This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

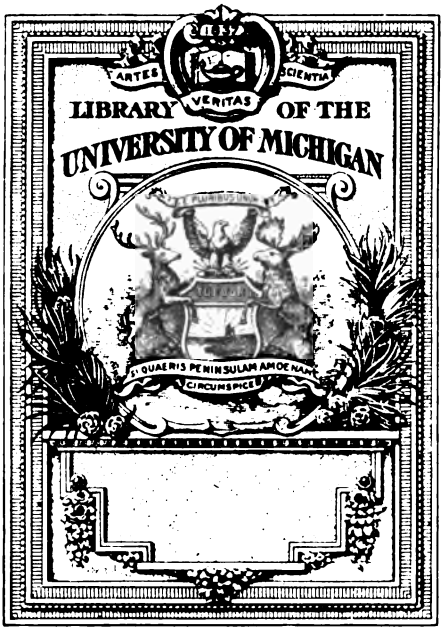
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

B 485993

Digitized by Google



Digitized by Google

DD
801
.W65
S36

Digitized by Google

Digitized by Google

Württembergische Geschichte

367711

von

Eugen Schneider.

Stuttgart.
J. B. Metzlerscher Verlag.
1896.

Digitized by Google

J. B. Metzlersche Buchdruckerei in Stuttgart.

Digitized by Google

Vorwort.

Vielfach wird geklagt, und die Verlagshandlung hat sich dieser Klage angeschlossen, daß eine für weite Kreise des Volkes bestimmte und doch auf möglichst umfassender Kenntnis der Quellen beruhende Darstellung der württembergischen Geschichte fehle. Die vorliegende macht den Versuch, diese Lücke auszufüllen.

Der Verfasser weiß zwar nur zu gut, wie so manche Zeitabschnitte überhaupt erst auf eine eingehendere wissenschaftliche Bearbeitung warten; als Archivar hätte er vielleicht zunächst die Aufgabe gehabt, an dieser Arbeit mitzuwirken. Dennoch erscheint es als dankbares Unternehmen, einerseits eine zusammenfassende Darstellung der bisher schon ausführlich behandelten Abschnitte, andererseits einen den Weg weisenden Überblick über unbekanntere zu geben.

Die Litteratur ist so vollständig wie möglich benützt. Sie aufzuzählen würde zu weit führen, um so mehr als sie in der vortrefflichen Bibliographie von W. v. Heyd verzeichnet ist. Erwähnt sei nur, daß ich für die ältere Zeit den Werken von Chr. Fr. und P. Fr. v. Stälin, wie ein Ährenleser den Schnittern, gefolgt bin und für die neuere den Veröffentlichungen von A. E. Adam, Fricker-Geßler, Klüpfel, W. Lang, A. v. Pfister, Plank, Reyscher, K. v. Riecke, G. v. Rümelin, A. v. Schloßberger, Vreede reiche Belehrung verdanke. Nicht vergessen sei Sybels Buch über die Begründung des deutschen Reichs und H. v. Treitschkes deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, die bei aller Anfechtbarkeit der Auffassung auch für die württembergische Geschichte des Neuen und Geistreichen genug bietet. Ausdrücklich angeführt habe ich eine Quelle nur, wo ich ihr eine Stelle wörtlich entnommen habe oder länger vorwiegend gefolgt bin. Daß ich, namentlich für das 18.

Digitized by Google

und den Beginn des 19. Jahrhunderts, auch archivalische Quellen verwertet habe, wird sich nicht verbergen. Für die spätere Zeit durfte ich auch mannigfache Familienpapiere benützen; doch habe ich mich, je mehr sich die Darstellung ihrem Ziele nähert, auf eine kürzere Übersicht beschränkt.

Der Gegenstand meiner Geschichte ist der württembergische Staat, wie er im Laufe der Zeiten geworden ist. Gerne hätte ich die Vorgeschichte der neuwürttembergischen Landesteile mehr berücksichtigt; allein ich befürchtete zu große Ausdehnung des Stoffs und Mangel an Einheitlichkeit. Mögen jene bald ihre besonderen Darsteller finden.

Stuttgart, im Januar 1896.

Dr. Eugen Schneider.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 1

Erstes Buch. Die Grafschaft Württemberg.

I. Abschnitt. Von Conrad I. bis Graf Hartmann. 1080—1240 . . 7
II. Abschnitt. Von Graf Ulrich I. bis Graf Eberhard dem Erlauchten. 1240—1325 15
III. Abschnitt. Von Graf Ulrich III. bis Graf Eberhard dem Greiner. 1325—1392 28
IV. Abschnitt. Von Graf Eberhard dem Milden bis zur Teilung des Landes zwischen dem Grafen Ludwig dem Älteren und Ulrich dem Vielgeliebten. 1392—1441 45
V. Abschnitt. Von der Teilung des Landes bis zur Selbständigkeit Graf Eberhards im Bart. 1441—1459 60
VI. Abschnitt. Graf Ulrich der Vielgeliebte seit der Selbständigkeit Eberhards im Bart und Graf Eberhard der Jüngere von Württemberg-Stuttgart. 1459—1482 67
VII. Abschnitt. Graf Eberhard im Bart von Württemberg-Urach bis zur Wiedervereinigung des Landes. 1459—1482 79
VIII. Abschnitt. Graf Eberhard im Bart als Alleinherrscher und die Erhebung des Landes zum Herzogtum. 1482—1496. 87

Zweites Buch. Das Herzogtum Württemberg.

I. Abschnitt. Herzog Eberhard II. 1496—1498 105
II. Abschnitt. Herzog Ulrich bis zu seiner Vertreibung. 1498—1519 . 110
III. Abschnitt. Die österreichische Zwischenregierung. 1519—1534 . . . 126
IV. Abschnitt. Herzog Ulrich nach seiner Rückkehr. 1534—1550 . . . 142
V. Abschnitt. Herzog Christoph. 1550—1568 157
VI. Abschnitt. Herzog Ludwig. 1568—1593 189
VII. Abschnitt. Herzog Friedrich I. 1593—1608 200
VIII. Abschnitt. Herzog Johann Friedrich. 1608—1628 214
IX. Abschnitt. Die Vormünder Ludwig Friedrich und Julius Friedrich. 1628—1633 232
X. Abschnitt. Herzog Eberhard III. bis zur Beendigung des dreißigjährigen Kriegs. 1633—1648 244

Digitized by Google

Seite

XI. Abschnitt. Herzog Eberhard III. nach dem westphälischen Frieden. 1648–1674 272
XII. Abschnitt. Herzog Wilhelm Ludwig und der Vormünder Eberhard Ludwigs, Herzog Friedrich Karl. 1674—1693 294
XIII. Abschnitt. Herzog Eberhard Ludwig. 1693—1733 313
XIV. Abschnitt. Herzog Karl Alexander und die Vormünder Karl Eugens. 1733—1744 344
XV. Abschnitt. Herzog Karl Eugen. 1744—1793 354
XVI. Abschnitt. Die Herzoge Ludwig Eugen und Friedrich Eugen. 1793 bis 1797 380
XVII. Abschnitt. Friedrich II. als Herzog und Kurfürst. 1797—1805 . 398

Drittes Buch. Das Königreich Württemberg.

I. Abschnitt. König Friedrich. 1806—1816 435
II. Abschnitt. König Wilhelm I. bis zu den Revolutionsjahren. 1816 bis 1848 479
III. Abschnitt. König Wilhelm I. seit den Revolutionsjahren. 1848—1864 511
IV. Abschnitt. König Karl bis zum Eintritt in das neue Reich. 1864 bis 1871 552

Register 575

Digitized by Google

Einleitung.

Daß schon in der Eiszeit im heutigen Württemberg Menschen hausten, ergiebt sich aus den vereinzelten Funden von Werkzeugen und Waffen aus Stein, auch Bein und Holz, die neben den Überresten vom Renntier und Eisfuchsen gemacht worden sind. Vielleicht noch gleichzeitig mit ihnen sind die Höhlenbewohner der schwäbischen Alb, welche mit ihren Feuersteinwaffen Raubtiere und große Dickhäuter wie das Mammut jagten und schon imstande waren, sich einfache Gefässe aus Thon zu brennen. Auch über die folgenden Zeiten schweigen noch die Blätter der Geschichte; manche Jahrhunderte lang mögen die Pfahlbauten in schützenden Seen und Mooren bewohnt gewesen sein. Sie weisen neben zahlreichen Erzeugnissen des Feldbaus, neben dem vielartig bearbeiteten Stein und den mannigfacher gestalteten Horn- und Beinwerkzeugen schon eine Menge sauber gefertigter Thongefässe auf.

Bereits brachte der Handel Kupfer und Bronze aus fremden Ländern; noch mehr dehnte er sich aus, als neben den Pfahlbauten sich immer mehr festländliche Ansiedelungen, meist an stark geschützter Stelle, erhoben. Es waren ausschließlich keltische Stämme, welche damals in unserem Lande saßen; zeitweise verjagt, kehrten sie wohl wieder und mischten sich mit den eingedrungenen Germanen, welche übrigens schon vor der Mitte des ersten vorchristlichen Jahrhunderts völlig überwogen. Die mächtigen Ringwälle und Erdburgen, sowie stattliche Grabhügel, in denen zu den Geräten und Waffen von Stein und Bronze auch eingeführtes Eisen, Gold und Silber, Bernstein und Glas treten, sind die Zeugen der keltisch-germanischen Zeit.

Wenige Jahre vor Christi Geburt besetzten die Römer das Land zwischen Oberrhein und Donau und schlugen es zur Provinz Rätien; gegen Ende des ersten Jahrhunderts nach Chr. hatten sie sich schon nord-

Digitized by Google

westwärts bis zum Main ausgedehnt und mit dem neuen Zehntlande ihr Obergermanien vergrößert, während um dieselbe Zeit die Grenze Rätiens über die Donau hinüber verlegt wurde. Zur Verteidigung dieser Gebiete wurden von den Römern jene beiden Grenzwälle aufgeführt, der überrheinische zum Schutze von Obergermanien, der über Jagsthausen-Öhringen nach Lorch zieht, und der rätische von da ostwärts über Ellwangen, Heute noch sind namentlich vom ersteren große Strecken sichtbar. Zahlreiche Ortschaften wurden gegründet und durch treffliche Straßen verbunden, die Vorteile des römischen Lebens, römischer Kunstfertigkeit und Geselligkeit wurden in unser Land übertragen, Vereine von Berufs- und Altersgenossen bildeten sich, und viele Inschriften drücken den Dank der Stifter aus für glückliches Geschick im fremden Lande.

Doch schon am Ende des dritten Jahrhunderts waren die Römer wieder bis zum Rhein und zur Donau zurückgedrängt, vor der Mitte des fünften hatten sie auch das rätische Land südlich der Donau verloren.

Die Feinde, welche die Römer in langen, zum Teil wechselvollen Kämpfen überwanden und, was dieselben im Lande geschaffen, vom Boden wegfegten, waren die Alamannen, die „Mannen des Götterhains", ein schwäbischer von den Gothen aus seinen nordischen Sitzen verjagter Stamm. Doch vermochten diese nur kurz ihre Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Da sie sich zwischen die salischen Franken im Westen und die ripuarischen im Osten hineingeschoben hatten, konnte ein Zusammenstoß nicht lange ausbleiben: die Schlacht des Jahres 496 entschied zu Gunsten der salischen Franken.

Alamannien wurde von den Franken erobert und mit ihrem Reiche verbunden. Aber wenn auch die zurückbleibenden Bewohner den neuen Herren zinspflichtig wurden, so behielten sie doch zunächst ihr eigenes Recht, ja eigene Volksherzoge. Erst als diese sich unabhängiger machen wollten, schritten die Merowinger Karlmann und Pipin mit den Waffen ein und jener richtete zur Brechung des Widerstandes 746 bei Cannstatt verräterischer Weise unter den alamannischen Großen ein Blutbad an. Nach der Beseitigung der Volksherzoge bildete sich die Gauverfassung aus; vom Frankenkönig auf Lebenszeit ernannte Grafen, denen Gericht, Steuern und Heerbann unterstanden, traten an die Spitze der einzelnen Gaue. Die Wohnsitze bildeten in der merowingischen Zeit umzäunte Höfe; die Waffen, namentlich kurze Saxe und breite Langschwerter, wurden aus Eisen geschmiedet; zum Schmuck dienten, wie die Funde in den Reihengräbern beweisen, Gold, Silber und Bronze, Elfenbein, Bernstein und Glas; die

Digitized by Google

Gefäße wurden vorzugsweise aus Thon unter Anwendung der Töpferscheibe gefertigt.

Reste des Christentums hatten sich wohl aus der römischen Zeit her erhalten; die Franken gründeten zahlreiche Kirchen, wenn auch, wie es scheint, noch besondere für sich selbst und für die unterworfenen Alamannen. Doch blieb die Bekehrung der Masse lange rein äußerlich; erst im 7. Jahrhunderte predigten irische Glaubensboten das Christentum als Sache der Innerlichkeit; jedenfalls war die Kirche frühzeitig auch in Alamannien eine bedeutende Macht des öffentlichen Lebens.

In der Karolingerzeit häufte sich der Grundbesitz immer mehr in einzelnen Händen an; die Masse des Volkes trat in Dienst- und Lehensverhältnisse zu wenigen Großen. Da diesen auch die gräfliche Amtsgewalt übertragen war, steigerte sich ihr Einfluß derart, daß schon am Ende dieses Zeitabschnittes mit der Grundherrschaft das Grafenamt erblich erscheint.

Das Sinken der karolingischen Macht rief auch in Schwaben aufs Neue das Streben nach Wiederaufrichtung des Herzogtums hervor. Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es Burkart I. (917—926) sich Anerkennung zu verschaffen eben in der Zeit, da durch König Heinrich I. das deutsche Reich eigentlich erst begründet wurde. Auch unter den Herzogen blieb die Grafschaftsverfassung etwa bis zum Ende des 11. Jahrhunderts bestehen. Aber an die Stelle des einheitlichen Staats, in dem allenthalben des Königs Beamte walteten, trat ein durch den Lehensverband lose zusammenhängendes Gemengsel von Einzelgebieten, in denen wieder alte Einrichtungen mit neuen wirr sich kreuzten, ein wunderlicher Mischmasch, aus dem sich seit dem 13. Jahrhundert endlich die Landeshoheit der Fürsten auf Kosten von Kaiser und Reich herausbildete. [1])

Das Herzogtum war meist in den Händen von nahen Verwandten der Könige; es nahm daher regen Anteil an den Geschicken des Reiches. Unter Graf Rudolf von Rheinfelden, der 1057 durch die Mutter Heinrichs IV. zum Herzog ernannt worden war, wurde es in den heftigen Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum hineingezogen. Rudolf ließ sich 1077 als Gegenkönig aufstellen; und wenn auch 1079 ihm das Herzogtum Schwaben entzogen und dem Grafen Friedrich von Staufen übertragen wurde, hob doch die päpstliche Partei Bertold (1079—1090), Rudolfs Sohn, als eigenen Herzog auf den Schild und wählte nach dem

---

[1]) Baumann, Geschichte des Allgäus I, 301.

Digitized by Google

Tode Rudolfs Hermann von Salm zum Gegenkönig (1081—1088). Erst 1096 söhnten sich die meisten schwäbischen Großen mit Heinrich IV. aus und Friedrich von Staufen wurde allgemein als Herzog anerkannt.

Bildungsstätten waren damals fast noch ausschließlich die Bischofssitze und Klöster; namentlich als Handelsmittelpunkte bildeten sich allmählich größere Ansiedelungen, die ersten Städte. Etwa seit der Mitte des 11. Jahrhunderts erhoben sich auf geschützten Höhen die Burgen der Edlen, welche diesen meist erst den bleibenden Namen gaben; die Burg bestand mindestens aus Wohnhaus, Kapelle und Bergfried. Das Land wurde teils durch Knechte bebaut, die unmittelbar den Herren gehörten, teils gegen bestimmte Abgaben und Leistungen verliehen. Die Leibeigenschaft war sehr verbreitet; doch fehlte es nicht an gemeinfreien Leuten, die freies Eigentum besaßen und keinem Privatmann unterstanden, aber das auszeichnende Waffenrecht verloren hatten, so daß die von ihren Herren zum Waffendienst aufgebotenen Dienstmannen sie im Range überholten. An der Spitze der gesellschaftlichen Ordnung standen, aber noch nicht als einzelne abgeschlossene Stände, die Fürsten, Herzoge, Grafen und freien Herren, welche dem Reiche heerdienstpflichtig waren.

Digitized by Google

Erstes Buch.

Die Grafschaft Württemberg.

Digitized by Google

Digitized by Google

I. Abschnitt.

Von Conrad I. bis Graf Hartmann.

1080—1240.

Unter den freien Herren, die als Teilnehmer an dem großen Streite zwischen dem Kaisertum Heinrichs IV. und dem Papsttum genannt werden, erscheint ein Conrad von Württemberg. Er ist einer von denen, die in jener Zeit sich nach einer Burg einen Geschlechtsnamen beilegten; wahrscheinlich hat er selbst diese Burg gebaut. Die Inschrift eines früher über einer Thüre des Stammschlosses Württemberg, jetzt in der Sakristei der Grabkapelle auf dem Rothenberg, eingemauerten Steines besagt, daß am 7. Februar 1083 eine Kapelle von Bischof Adelbert von Worms geweiht worden sei. Daß dieser Bischof beigezogen wurde, stimmt zu der kirchenpolitischen Stellung Conrads I., da der eigentlich zuständige Constanzer auf des Kaisers Seite stand.

Was der Name Württemberg oder, wie er lange Zeit richtig geschrieben wurde, Wirtemberg, bedeutet, ist noch nicht nachgewiesen; eine spätere Zeit hat die Fabel von der „Wirtin am Berge" erfunden; am glaubhaftesten ist die Deutung als Berg der Wirten, vielleicht eines in der Gegend wohnenden Stammes, der so bezeichnet wurde.

Woher jener älteste Conrad stammt, ist ebenfalls unsicher; doch weisen die Namen seiner nächsten Nachkommen und andere Spuren auf das rheinische Franken. In der Geschichte tritt er plötzlich als treuer Anhänger der von Abt Wilhelm von Hirsau (1071—1091) so erfolgreich vertretenen Forderungen Gregors VII. auf. Nicht lange nach 1080 erscheint er in des Abts Gesellschaft neben Graf Liutold von Achalm, dem Mitstifter des Klosters Zwiefalten, den Grafen Hugo und Heinrich von Tübingen; bald darauf ist er Zeuge, wie Diemar von Trifels nach Über-

Digitized by Google

gabe seiner Burg an den Gegenkönig in das Kloster Hirsau eintritt und es reich beschenkt; mit ihm war der Vogt des Klosters Graf Adelbert von Calw, der spätere schwäbische Gegenherzog Bertold von Zähringen, Grafen von Achalm, Zollern, Tübingen u. a. anwesend. Noch zweimal finden wir Conrad, zum letztenmal 1092 während einer Versammlung der Welfisch-gesinnten in Ulm, auf Seiten der päpstlichen Partei; dann verschwindet sein Name [1]). Verheiratet war er sehr wahrscheinlich mit Liutgart, Schwester des Abts Bruno von Hirsau und Conrads von Beutelsbach. Jedenfalls stammt der Hauptbesitz der ältesten Württemberger von einer beutelsbachischen Erbtochter.

Liutgart überlebte lange den Gatten. Ihr Sohn Conrad II. [2]) wehrte sich lebhaft für sein mütterliches Erbe, das durch die Schenkungen der Oheime an das Kloster Hirsau geschmälert schien. Doch vermachte er mit seiner Gattin Hadelwig, die vermutlich dem spitzenbergisch-sigmaringischen Geschlechte entstammte, 1110 dem Kloster Blaubeuren Güter in der Göppinger Gegend. Politisch hat sich Conrad II. zu Kaiser Heinrich V. gehalten: im Dezember 1122 ist er neben dem Markgrafen Hermann von Baden und mehreren Grafen bei ihm in Speyer. Heinrich V., im Kampf gegen Herzog Lothar, seinen späteren Nachfolger, wurde, als er Weihnachten in Utrecht feierte, durch einen Aufstand der Bürger von dort vertrieben und floh eiligst den Rhein herauf. Wenn wir nun Conrad von Württemberg und andere Edle schon am 28. Dezember mit ihm in Speyer treffen, so ist anzunehmen, daß diese den Feldzug und die Flucht des Kaisers mitgemacht haben.

Als Söhne Conrads II. sind die Brüder Ludwig I. (1135—1158) [3]) und Emicho (1139—1154) anzunehmen. Der letztere tritt hinter dem Bruder sehr zurück und wird so wenig wie die Vorgänger als Graf bezeichnet, während Ludwig in dieser Stellung erscheint. Wie er dieselbe gewann, ist wieder nicht aufgeklärt. Am nächsten läge der Gedanke, daß er als treuer Anhänger des schwäbischen Herzogs Friedrich II. von Staufen und seines Bruders, des nachmaligen Königs Conrad, von diesen mit den Graf-

---

1) Die Annahme, daß er mit dem nach Beutelsbach benannten Conrad dieselbe Person und damit Bruder des Abts Bruno und der Liutgart gewesen sei, ist kaum haltbar (Württ. Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 1889, 90).

2) Wer in Liutgart eine Schwester Conrads I. sieht, muß ihr einen Gemahl unbekannten Namens zusprechen und nach des ersteren kinderlosem Tode Conrad II. erst den Namen des Oheims annehmen lassen.

3) Wie die 1135—1226 genannten Ludwige zu unterscheiden sind, steht nicht fest.

Digitized by Google

schaftsrechten über sein Herrschaftsgebiet belehnt worden sei; aber nach der Entwicklung der Reichsverfassung müssen wir eher eine Ererbung durch die Vermählung mit der Tochter oder Enkelin eines Gaugrafen voraussetzen. Mit Herzog Friedrich tritt Graf Ludwig etwa im Jahre 1135 in einer Versammlung auf, an der Grafen von Zollern, Tübingen, Achalm, Heiligenberg, Habsburg teilnahmen. Vielleicht ist er derselbe Graf Ludwig, der im Gefolge Kaiser Lothars 1136 zuerst gegen den Normannen Roger, dann in Oberitalien kämpfte.

Die Grafschaftsrechte, mit denen Ludwig ausgestattet war, bestanden namentlich in der Befugnis, über Leben und Tod zu richten und im Bezug der ursprünglich dem Reiche gehörigen Abgaben. Doch begann damals schon der mit diesen Rechten verbundene Lehenbesitz als Hauptsache angesehen zu werden, während das Amt selbst zurücktrat. Erst im folgenden Jahrhundert hatten die Grundherren allgemein die Vogtei, d. h. den Schutz und die Vertretung ihrer Unterthanen und damit auch die „niedere" Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Sachen und bei geringfügigeren Vergehen; vorher war die Vogtei unabhängig von Grundbesitz. Als mit einzelnen Vorrechten der Königsgewalt ausgestattet wurden die Grafen bis in die Regierungszeit Kaiser Friedrichs I. zu den Fürsten gezählt; von da an gehörten sie zu den Großen des Reichs, während die Fürsten noch eine Reihe weiterer Herrschaftsrechte genossen.

Die Grafschaft Ludwigs hatte ihre Gerichtsstätte bei Cannstatt; sie erstreckte sich namentlich auf die Gegend zwischen dem unteren Remsthal und den Fildern.

Wie seine Nachfolger, so ritt auch König Conrad III. durch das Reich, um sich huldigen zu lassen und überall Ordnung zu schaffen. Im Oktober 1139 weilt er in Markgröningen, wo Graf Adelbert von Calw, Markgraf Hermann von Baden, die Grafen von Tübingen, Zollern, Lauffen, Vaihingen, Graf Ludwig von Württemberg mit seinem Bruder Emicho, Burggraf Gottfried von Nürnberg sich um ihn sammeln.

Gegen Ostern 1141 zog der König mit seiner Gemahlin in Straßburg ein, um einen Provinziallandtag des oberrheinischen Gebiets abzuhalten. Zahlreiche geistliche und weltliche Fürsten folgten seinem Rufe; mit Herzog Friedrich und seinem Sohne, dem späteren Kaiser Friedrich Barbarossa, stellte sich auch Graf Ludwig von Württemberg dort ein, um bei der Entscheidung über verschiedene Streitigkeiten mitzuwirken.

Sonst wissen wir von ihm, daß er mit dem Kloster Hirsau in freundnachbarlicher Beziehung stand, und offenbar beteiligte er sich unter

Digitized by Google

Conrad III. an dessen unglücklichem Zuge nach Polen und Sachsen; denn wie er im November 1146 mit sehr vielen Getreuen, darunter Bertold von Plochingen, Wortwin von Rommelshausen, Werner von Cannstatt zu Würzburg dem Könige das Geleite gab, war es wohl kaum, um erst den Heimgekehrten pflichtschuldigst zu begrüßen.

Am Hofe Kaiser Friedrichs I., der vor seiner Wahl einige Jahre die schwäbische Herzogswürde bekleidet hatte, treffen wir Graf Ludwig zum erstenmal im Juli 1153 als Zeuge der Schenkung Besigheims an Baden. Als am Anfang des folgenden Jahres sich der Kaiser in Süddeutschland aufgehalten, leistete ihm Ludwig Folgschaft nach Magdeburg, wo ein neuer Erzbischof eingesetzt wurde, und nach Quedlinburg. Mit Aufenthalt in Worms und Göppingen zog der Kaiser im April 1154 wieder an den Bodensee. Auf diesem Wege war es, daß Ludwig den weinberühmten Ort Elfingen samt der dortigen Kirche dem Kloster Maulbronn überließ. Da der Ort Lehen vom Reich war, mußte der Graf vom Kaiser die Erlaubnis zur Veräußerung haben; dieser erteilte sie aber nicht, ohne daß dem Reiche ein anderes Gut, das bisher freies Eigentum gewesen, zu Lehen aufgetragen worden wäre. Bestimmen ließ sich Ludwig zu diesem Schritt durch die Bitten und Entschädigungen des dem Kloster wohlgeneigten Bischofs von Speyer. In Göppingen fand sich auch Emicho von Württemberg ein, um den Kaiser zu bewillkommnen.

Noch einmal schließt sich Ludwig dem Kaiser an, wie er im Februar 1158 von Ulm nach Hagenau sich begiebt, um dort Vorbereitungen zum neuen Zuge gegen das widerspenstige Mailand zu treffen.

Vielleicht sein Sohn ist derjenige Ludwig (II.), welcher im März 1166 zu Ulm bei Kaiser Friedrich I. eintrifft, als er zu abermaliger Heerfahrt rüstete, und im Mai 1181 zu Eßlingen, wo derselbe nach Niederwerfung Heinrichs des Löwen auf dem Weg zum Hohenstaufen verweilte.

Im Jahre 1194 begegnet uns wieder ein Brüderpaar, Ludwig und Hartmann, ohne Zweifel Enkel Ludwigs I. Während Hartmann beim schwäbischen Herzog Conrad zurückblieb, zog Ludwig III. (1194—1226), wohl der ältere Bruder, mit Kaiser Heinrich VI. zur Eroberung des normannischen Reiches nach Italien. Das Heer war im Mai 1194 aufgebrochen; im Süden von Neapel, zu Salerno, das nach eintägiger Belagerung geplündert und zerstört worden war, nimmt Graf Ludwig im September neben Herzog Ludwig von Bayern, Philipp von Staufen, dem nachmaligen Könige, an Regierungshandlungen des Kaisers Teil. Es ist

Digitized by Google

kaum zu bezweifeln, daß er im November den Siegeszug in Sicilien mitgemacht hat.

Nach dem Tode Herzog Conrads wurde Philipp (1196) sein Nachfolger in Schwaben; als er zum deutschen Könige gewählt worden war (1198), behielt er das Herzogtum in unmittelbarer Verwaltung. Graf Ludwig blieb seinem Könige und Herzoge treu, auch als dieser vom Papste gebannt wurde. Neben dem Erzbischofe von Bremen, vier Bischöfen, darunter dem von Constanz, dem Herzog von Sachsen, dem Landgrafen von Thüringen, dem Pfalzgrafen Rudolf von Tübingen fand er sich im September 1201 in Bamberg ein, als die damals versammelten Anhänger Philipps schwuren, an ihm festzuhalten. Wie der König in den letzten Tagen des Juli 1205 des Reiches Lehensleute und Dienstmannen versammelte, um den Zug gegen das von seinem Gegenkönige Otto besetzte Köln vorzubereiten, begab sich auch Graf Ludwig von Württemberg mit seinem Bruder Hartmann zu ihm nach Ulm. Und wie zwei Monate nach der Ermordung Philipps die Witwe Irene auf dem Hohenstaufen in Vorahnung ihres nahen Todes noch letztwillige Verfügungen traf, befand sich Graf Ludwig bei ihr.

Der bisherige Gegenkönig, Otto IV., wurde um so eher als Nachfolger Philipps anerkannt, als er die Absicht aussprach, sich mit dessen Tochter Beatrix zu vermählen. Nach dem großen Hoftag in Frankfurt, wo Otto namentlich von den Franken, Bayern und Schwaben anerkannt und wo auf Klage der Beatrix die Reichsacht über den Königsmörder ausgesprochen wurde, finden wir im November 1208 die Grafen Ludwig und Hartmann in Worms, bald darauf in Speyer, dessen Bischof ein Hauptverfechter der Erbansprüche des Königs war. Auf dem weiteren Umritte des Kaisers treffen wir die Brüder in den letzten Tagen des Januars 1209 mit Graf Conrad von Zollern in Ulm, im Februar auf dem Hoftage zu Nürnberg. Die Begleitung des Königs, der sich aufmachte, um in Rom die Kaiserkrone zu holen und in Italien einzugreifen, überließ Graf Ludwig dem Bruder; er selbst taucht erst wieder auf, als der junge Staufer Friedrich II. die Hand nach der Krone ausstreckte.

Bei dem Hoftage zu Constanz, auf dem im März 1213 die schwäbischen Edlen diesem als dem rechtmäßigen Herzoge und neuen Könige huldigten, fanden sich beide württembergische Brüder ein. Ludwig scheint dem Könige von dort aus Heerfolge geleistet zu haben; denn im Juli ist er bei ihm in Eger, als derselbe beschäftigt war, die staufischen Erblande an der böhmischen Grenze in Besitz zu nehmen; dabei wurde er Zeuge, wie der König das Ver-

Digitized by Google

sprechen des Gehorsams gegen den Papst abgab. In den folgenden Jahren nahm Ludwig an verschiedenen Reichs- und Hoftagen Teil, so namentlich an demjenigen, der im Anschluß an die zweite Krönung Friedrichs II. im Juli 1215 zu Aachen abgehalten wurde. Auch bei den im Mai 1216 zu Würzburg gefaßten, so wichtigen Beschlüssen zur Festigung der fürstlichen Gewalt war er anwesend und zog in demselben Jahr von Nürnberg aus mit dem Könige zum Schutz des Markgrafen von Meißen gegen seine ungehorsamen Dienstmannen nach Leipzig, um von dort aus der zum erstenmale in Deutschland erschienenen Königin Konstanze und ihrem jungen Sohne Heinrich nach Nürnberg entgegen zu gehen. In Wimpfen und Würzburg, in Ulm und Hagenau besucht noch Graf Ludwig die Hoftage; zum letztenmal sehen wir ihn bei Friedrich II. im September 1219, als der König die Streitigkeiten über das Zähringische Erbe zum Austrag brachte, und im Mai 1220.

Die Kriegszüge Friedrichs II. in Italien und Palästina machte Graf Ludwig nicht mit; er blieb wie sein Bruder zur Unterstützung des unter Vormundschaft die Reichsverweſung besorgenden Sohnes des nunmehrigen Kaisers zurück. Er war in Aachen anwesend, als der zwölfjährige Heinrich im Mai 1222 zum Könige gekrönt wurde; und als dieser 1226 sich zum Hoftage nach Cremona begeben wollte, wartete er mit ihm vergebens zu Trient sechs Wochen lang, bis die von den lombardischen Städten gesperrten Päſſe frei würden. Von da an ist Graf Ludwig nicht mehr mit Sicherheit nachzuweisen. Ein treuer Anhänger der Staufer, der ihnen namentlich in den deutschen Angelegenheiten gute Dienste geleistet hatte, ist er wohl noch im kräftigen Mannesalter söhnelos gestorben.

Graf Hartmann von Württemberg (1194—1239) stand in der Zeit, da Graf Ludwig mit dem Kaiser gegen die Normannen focht, dessen Bruder, Herzog Conrad, zur Seite; neben ihm erscheinen Marschall Ulrich von Rechberg, Heinrich und Friedrich von Waldburg. Nach der Königskrönung Philipps fehlte Graf Hartmann nicht, als zu Ostern des Jahres 1200 die Staufischgesinnten des oberen Rheingebiets in Straßburg zusammenkamen, um mit Philipp einen Stillstand im Kampfe gegen den Gegenkönig Otto für ihre Gegenden zu beschließen. Aber auch Hartmann wollte, wie sein Eintreffen in Nürnberg im Herbst desselben Jahres wahrscheinlich macht, nichts von einem Schiedsgericht zwischen Philipp und Otto wissen. Bald allein, bald mit dem Bruder nahm er an den Hoftagen des ersteren Teil, so namentlich im Juni 1207 zu Straßburg, als von allen Seiten dem Könige Unterwerfung entgegengebracht wurde und schon die

Digitized by Google

päpstlichen Gesandten sich nahten, die ihn vom Banne lösen sollten und gegen Ende des Jahres zu Augsburg, wo Philipp in Anwesenheit zahlreicher Fürsten und Großen mit jenen Gesandten verhandelte; auch Otto von Wittelsbach, der ein halbes Jahr nachher zum Königsmörder wurde, befand sich in der Versammlung.

Gleich dem Bruder schloß sich Graf Hartmann dem als rechtmäßiger Erbe anerkannten Otto IV. an. Er folgte ihm im Mai 1209 nach Würzburg, wo die förmliche Verlobung des Königs mit Beatrix von Staufen stattfand und die Vorbereitungen zum Römerzug getroffen wurden. Im Juli sammelte sich das Heer auf dem Lechfelde und zog über Innsbruck, Brixen, Trient nach dem Gardasee. Bei Bologna, Florenz, Pavia, Lodi erscheint der Graf in der Nähe des Königs und war ohne Zweifel anfangs Oktober in Rom bei der Kaiserkrönung gegenwärtig. Nach derselben blieb nur ein kleiner Teil der Deutschen bei Otto zurück, unter ihnen Graf Hartmann. Wieder war er im Gefolge des Kaisers, als dieser in Friedrich II. einen Gegner in Deutschland erhielt, zog mit ihm am Anfang des Jahrs 1212 über die Apenninen nach der Lombardei zurück, um bald darauf mit ihm nach Deutschland heimzukehren.

Als aber wenige Monate später die Königin Beatrix gestorben war und die Schwaben und Bayern sich von dem jetzt gebannten Otto weg zu Friedrich II. wandten, schloß sich Graf Hartmann dem Bruder zur Huldigung für den neuen König an, und besuchte mehrfach den Hof desselben. An dem allgemeinen Hoftag zu Frankfurt, auf dem 1220 Friedrichs Sohn Heinrich (VII.) durch Vorwähler, Fürsten und Edle zum König gewählt wurde, nahm auch er Teil und blieb diesem während der langen Zeit, da der Vater in der Ferne weilte, zur Seite; ja er erscheint sogar noch im November 1234 in Heinrichs Begleitung, nachdem dessen Empörung schon beschlossene Sache war. Doch finden wir ihn nach der Unterdrückung des Aufstandes noch einmal bei Kaiser Friedrich II., dem er, als derselbe im August 1237 ein neues Heer zum Zug nach Italien sammelte, seinen Enkel Hartmann in Augsburg zuführte. Nachdem er 1239 um seines Seelenheils willen einige Schenkungen an Klöster gemacht, verschwindet sein Name.

Graf Hartmann hat durch Heirat mit einer Gräfin von Veringen [1]) seinem Hause eine zweite Grafschaft erworben. Auf ihrer Hauptburg Grieningen (OA. Riedlingen) schlug den Sitz sein Sohn Conrad auf,

[1]) Klemm in Illustrierte Geschichte von Württemberg S. 276 ff.

Digitized by Google

der sich 1226 noch nach Württemberg, im folgenden Jahre nach der neuen Burg nennt, obgleich er im Siegel die ältere Bezeichnung beibehält. Merkwürdig ist die Thatsache, daß dieser Conrad im September 1228 zu Accon, wo er sich auf dem Kreuzzuge Friedrichs II. befand, dem Deutschorden, der später in Oberschwaben sich so sehr ausdehnen sollte, die erste Schenkung in dieser Gegend machte. Conrad kehrte nicht mehr aus dem heiligen Lande zurück; sein Sohn ist ohne Zweifel Graf Hartmann von Grieningen, der uns mit dem Großvater 1237 begegnet und nach sehr bewegtem Leben 1280 starb. Die von ihm ausgehende Linie, die sich bald nach der Burg Landau (gleichfalls OA. Riedlingen) nannte, war vom Glück wenig begünstigt und ist längst erloschen. Es muß ein Bruder Conrads, vielleicht Eberhard, gewesen sein, der den württembergischen Namen fortpflanzte [1]). Während die Nachkommenschaft des ersteren im Besitz der Grafschaft Grieningen erscheint, blieb die Grafschaft Württemberg unter einem zweiten, dem jüngeren, Zweige vereinigt. Beide Linien haben in dem Gebiete der anderen vereinzelte Besitzungen, so daß auch aus diesem Grunde als gemeinsamer Ahnherr der Vereiniger jener Grafschaften, Hartmann von Württemberg, anzunehmen ist.

Die Form des Wappens war den Grieningern und Württembergern gemeinsam: drei übereinander liegende Hirschstangen. Wahrscheinlich hat Graf Hartmann dasselbe von dem veringischen Geschlechte herübergenommen, wobei die Möglichkeit offen bleibt, daß das ursprüngliche württembergische Wappen einige Jahrzehnte lang anders gestaltet war [2]).

---

1) Besondere Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg, 1890 S. 163.

2) C. von Alberti, Württ. Adels- und Wappenbuch 1, VII.

Digitized by Google

II. Abschnitt.

Von Graf Ulrich I. bis Graf Eberhard dem Erlauchten.

1240—1325.

In der Zeit, da die dem Untergange geweihten Staufer durch Begünstigung des Fürstenstandes die Schwächung der kaiserlichen Gewalt herbeiführten und zugleich die Stellung der Grafen und freien Herren gegenüber den Fürsten herabdrückten, gelang es Graf Ulrich I. von Württemberg (etwa 1240—1265) sich ein größeres Gebiet zu schaffen, dessen Regierung einheitlicher zu gestalten und, wenn auch nicht die Stellung eines Fürsten, so doch die eines nur von Kaiser und Reich abhängigen größeren Landesherrn zu erringen. Freilich mußte diese Errungenschaft von seinen Nachfolgern in langen Kämpfen gegen das Reich wie gegen die auf dieses Emporsteigen eifersüchtigen Mächte des Adels und der Reichsstädte verteidigt werden.

Graf Ulrich, nach unserer Annahme ein vor dem Tode des Großvaters verwaister Enkel Graf Hartmanns von Württemberg, regierte kurze Zeit zusammen mit seinem frühe gestorbenen Bruder Eberhard, der 1241 noch genannt wird [1]). Offenbar unter dem Einflusse seines älteren Vetters, des Grafen Hartmann von Grieningen, der in der Begleitung Kaiser Friedrichs II. die Überlegenheit der päpstlichen Staatskunst kennen gelernt hatte, änderte Ulrich die Haltung seines Hauses. Hatten seine Vorfahren sich als des Reiches Mannen hervorgethan und ihre Tüchtigkeit in Rat und That im Gefolge der Kaiser erprobt, so machte sich Ulrich zur Aufgabe, die verwickelten Verhältnisse auszunützen und möglichst viel für sich

[1]) Am 2. Februar 1241 erscheint bei einer Schenkung der Brüder die Burg Württemberg zum erstenmal als Ausstellungsort einer Urkunde.

Digitized by Google

zu gewinnen. Gelegenheit bot sich ihm zuerst, als der Gegenkönig Heinrich Raspe wider Conrad IV., den Stellvertreter seines gebannten Vaters in Deutschland, heranzog. Wie sich am 5. August 1246 die Heere bei Frankfurt trafen, befanden sich Ulrich von Württemberg und Hartmann von Grieningen mit 2000 Rittern und Armbrustschützen auf der Seite Conrads; der Kampf hatte kaum begonnen, so gingen sie zum Feinde über und brachten diesem den Sieg. Hohe Versprechungen von päpstlicher Seite haben nach dem Berichte eines allerdings nicht ganz unparteiischen Zeitgenossen die Grafen zu diesem Verrate verleitet. Vom Gegenkönige erhielt Ulrich einige Reichslehen. Ohne Zweifel hat er sich, sei es persönlich oder durch Hilfstruppen, 1247 an der vergeblichen Belagerung Ulms durch Heinrich und nach dessen Tod an der gleichfalls erfolglosen von Reutlingen beteiligt.

Bei Heinrichs Nachfolger, Wilhelm von Holland, fand sich Graf Ulrich im Februar 1249 während der Belagerung von Ingelheim ein und war Zeuge seines Treuschwurs gegen den Papst. Nach dem Tode Friedrichs II. und der Verhängung des Bannes über Conrad IV. übernahm er von den schwäbischen Großen den Auftrag, Papst Innocenz IV. im März 1251 zu Lyon aufzusuchen, wo sich bald darauf auch König Wilhelm einfand. Graf Ulrich wurde vom Papste sehr gnädig empfangen und verwendete sich bei dieser Gelegenheit mit Erfolg für Lorch und andere Klöster. Dem Könige zog Ulrich wieder im Juli des nächsten Jahres zu, als derselbe auf dem Felde vor Frankfurt, welches den Gegnern der Staufer die Thore verschlossen hatte, einen Reichstag abhielt. Hier wurde König Conrad wiederholt des Herzogtums Schwaben entsetzt, während die Anhänger Wilhelms Belohnungen erhielten. So verpfändete der König die Vogtei über das Kloster Denkendorf an Graf Ulrich oder schenkte sie diesem vielmehr, bis sie gegen eine hohe Summe wieder eingelöst würde; damals verlieh König Wilhelm auch dem Grafen von Grieningen neben verschiedenen Gütern die Stadt Markgröningen mit der Reichssturmfahne.

Zweifelhaft ist, ob die Belagerung der Burg Baldeck (OA. Urach), an der Graf Ulrich im September 1256 teilnahm, als Deutschland gar kein anerkanntes Haupt mehr hatte, mit den allgemeinen politischen Kämpfen zusammenhing. Nach der Doppelwahl des Richard von Cornwallis und Alphons von Castilien schloß sich Ulrich an den ersteren an und trat dadurch auch zu Conradin, dem jener das Herzogtum Schwaben versprach, in ein freundschaftliches Verhältnis. Er traf mehrmals mit dem letzten Staufer zusammen und nahm zu München an der Hochzeit von dessen

Digitized by Google

verwitweter Mutter Elisabeth mit dem Grafen von Tirol Teil. Zum Dank für seine Parteinahme erhielt er 1259 von Conradin die Vogtei über Ulm, die Gerichtsbarkeit über die Ulmer Alb und Umgegend, sowie das zum Herzogtum gehörige Amt eines schwäbischen Marschalls, worunter wahrscheinlich die Aufbietung und Führung des Heeres zu verstehen ist. Um den Grafen noch mehr an sich zu ketten, erhöhte der Herzog die Summe, welche sein Vater Conrad IV. jenem vor seinem Abfall auf Güter zu Achalm und Reutlingen angewiesen hatte, beträchtlich. Auch König Richard zeigte sich erkenntlich: nicht nur bestätigte er Ulrich die von seinem Vorgänger erhaltenen Lehen [1]), sondern verlieh ihm alles, was durch den Tod des Grafen Rudolf von Urach dem Reiche heimgefallen war. Zugleich versprach er ihm eine große Summe und verpfändete ihm für den Fall der Nichtbezahlung dasselbe Eßlingen, das eben erst den Grafen schwer geschädigt.

Die reichen Mittel, die sich Graf Ulrich verschaffte, benützte er zur Vergrößerung seines Herrschaftsgebietes. Zwar zeigte er sich manchen Klöstern günstig, befreite z. B. das Kloster Adelberg vom Durchgangszoll und das Kloster Sirnau in einer 1263 auf der Weißenburg ausgestellten Urkunde von aller Steuer für seine Weinberge bei Stuttgart. Aber im Ganzen war er offenbar sehr haushälterisch.

Es waren nicht sowohl Besitzungen des erlöschenden staufischen Hauses, die er an sich brachte; denn diese waren in jener Zeit nur noch verschwindend klein; vielmehr bot ihm namentlich der Umstand, daß die mit ihm verwandten Grafen von Urach ihren Sitz von der Alb nach dem Schwarzwald verlegten, Gelegenheit zur Ausdehnung. Die Gegend von Nürtingen, Urach, Münsingen, Pfullingen kam dadurch an Württemberg. Außerdem gelang es Ulrich, Marbach zu erwerben. Leonberg erhob er zur Stadt, offenbar um einen größeren festen Platz an der westlichen Grenze des Landes zu schaffen.

Die Regierung Graf Ulrichs I fällt in die Blütezeit der mittelalterlichen deutschen Poesie, in die Übergangszeit vom romanischen zum gothischen Baustil. Ist auch aus seiner Grafschaft selbst kein hervorragendes Werk erhalten, so war sie doch ohne Zweifel beeinflußt von dem sonstigen geistigen und künstlerischen Leben. Die Gelehrsamkeit beschränkte sich noch auf kleine Kreise: in Klöstern und vereinzelten Stadtschulen

---

[1]) Dieselben sind nicht angegeben; vielleicht sind Schorndorf, Waldhausen und die Vogtei über das Kloster Lorch gemeint.

Digitized by Google

wurde Knaben etwas Lateinisch beigebracht, dort auch Mädchen der Psalter und Gebete gelehrt. Am verbreitetsten war die Landwirtschaft; Vieh-, namentlich Schweinezucht, bot neben dem Bau von Brotfrüchten die Nahrung; Hühner, auch Bienen wurden allerorten gehalten. Den Schweinen boten die vielen Eichenwälder reiche Weide; die Kuhmilch wurde vielfach zur Käsebereitung verwendet. Auch der Weinbau war, besonders in der Stuttgarter Gegend, sehr ausgedehnt, obgleich schon die Bereitung des Biers nicht fehlte. Großen Besitz hatten die Klöster, von denen hier namentlich Adelberg, Denkendorf, Hirsau, Lorch, Maulbronn in Betracht kommen. Über Preisverhältnisse wissen wir, daß einmal Graf Ulrich dem Kloster Adelberg ein gutes und schönes Pferd um 70 Pfund Heller abkaufte. [1]) Die Kleidung bestand bei den Großen aus fremden, kostbaren Stoffen; Bürger und Bauern trugen selbstgewobenes Tuch und Zwillich. Die Kopfbedeckung bildete allgemein die Zipfelhaube. Die Wohnungen waren eng und finster; selbst die Burgen hatten meist einen nur geringen Umfang. Die rechtliche Stellung der Unterthanen war eine sehr verschiedene. Adelige und Dienstmannen erhielten Lehen gegen Verpflichtung zum ritterlichen Waffendienste. Mit ihnen wurden auch die Hofämter besetzt; sie bildeten, soweit sie sich um die Person des Grafen aufhielten, seinen Rat. Die Bürger und Bauern waren teils dem Grafen leibeigen, teils als Zinser zu Abgaben und Diensten verpflichtet. Der Graf hatte Schutz- und Schirmgeld anzusprechen, Kriegsdienste und Kriegssteuer, verschiedene Arten von Umgeld, persönliche Dienstleistungen oder Frohnen; dazu bezog er einen großen Teil der bei Gericht verfallenen Strafen. Von württembergischen Städten mit etwas selbstständigerer Verfassung ist nur Leonberg und Schorndorf nachzuweisen; Stuttgart ist noch ein offener Ort mit einer an den heute noch teilweise erhaltenen romanischen Südturm und einen kleinen steinernen Chor angefügten, wahrscheinlich überwiegend hölzernen Kirche, einem Filial des jetzt mit Cannstatt verbundenen Altenburg, wo auch das Landgericht tagte. Älter als Stuttgart sind Dörfer, wie Berg, Birkach, Bothnang, Degerloch, Gaisburg.

Ulrich starb am 25. Februar 1265. Vermählt war er in erster Ehe mit Mechthild, Tochter des Markgrafen Hermann V. von Baden, in zweiter mit Agnes, einer liegnitzischen Herzogstochter. Von einem un-

[1]) Diese Pfunde, im Wert häufig wechselnd, bildeten bis zum Aufkommen der Gulden die gewöhnliche Münzeinheit. Damals hatten sie einen Silberwert von gegen 20 Reichsmark, wobei aber der Geldwert ungleich höher als heutzutage anzusetzen ist.

Digitized by Google

gewöhnlich großen Daumen hat Ulrich den Beinamen „mit dem Daumen“ erhalten; spätere haben ihn als Neubegründer des Stiftes Beutelsbach mit dem dortigen Familienbegräbnis als „Stifter“ bezeichnet, — schwerlich mit Unrecht. Wie der ältere Zweig des Geschlechtes, die Grafen von Grieningen, sich in Heiligkreuzthal ein neues Erbbegräbnis schuf, so scheint Graf Ulrich für das württembergische Haus der Gruft im Stifte zu Beutelsbach eine neue Form kirchlicher Wartung und Pflege gegeben zu haben. Er selbst wurde dort bei seinen Vorfahren beigesetzt und erst bei der Verlegung des Stiftes nach Stuttgart hieher übergeführt. Noch in anderem Sinne würde Ulrich den Namen des Stifters verdienen. Er hat den Grund gelegt, auf welchem die Grafschaft zu ihrer Bedeutung auswuchs und sich weit über die Nachbarn erhob. Nicht bedenklich in der Wahl seiner Mittel, suchte er aus den Wirren im Reiche Nutzen zu ziehen. War er darin nicht besser als viele seiner Zeitgenossen, so erscheint er überlegen durch die Zielbewußtheit, mit welcher er seinen Einfluß vergrößerte. Man sagte von ihm, er zeichne sich durch kriegerische Macht aus und beherrsche Schwaben mit Hilfe seiner Blutsfreunde. Jedenfalls ist er der erste württembergische Graf, der ein ansehnliches, verhältnismäßig abgerundetes Herrschaftsgebiet hinterließ.

Graf Ulrichs I. ältester Sohn Ulrich II. starb schon 1279; einziger Erbe und Nachfolger wurde der zweite, eine zeitlang gleichfalls Ulrich genannte Graf Eberhard der Erlauchte (1265—1325). Seine Geburt (13. März 1265) kostete die schon verwitwete Mutter Agnes das Leben. Die Äußerung, mit der sie ihn sterbend begrüßt haben soll: „thut hin das Kind; so lange es lebt, wird es keinen Frieden im Schwabenland geben“, hat er jedenfalls nicht Lügen gestraft.

Als Graf Eberhard sich vor die Aufgabe gestellt sah, das Werk des Vaters fortzusetzen und in möglichster Unabhängigkeit von Kaiser und Reich eine Landeshoheit, wie sie die Reichsfürsten genossen, sich zu bewahren oder noch auszudehnen, war ein neuer deutscher König in Rudolf von Habsburg gewählt worden. Dessen Beruf seinerseits war es, die Macht des Reiches zu stärken und, nachdem die Fürsten sich seiner Botmäßigkeit fast entzogen, außer den Reichsstädten die kleineren Herrscher in Abhängigkeit zu halten. Da er das dem Reiche Entwendete wieder an sich zu ziehen suchte und jede Veräußerung von Reichsgütern seit 1245, da Papst Innocenz IV. über Kaiser Friedrich II. die Absetzung ausgesprochen hatte, für nichtig erklärte, konnte ein Zusammenstoß mit dem Grafen von Württemberg nicht ausbleiben. Rudolf von Habsburg war als deutscher König im

Digitized by Google

Recht mit seinen zur Festigung des Reiches dienenden Plänen. Aber nach einer Zeit vollständiger Gesetzlosigkeit und Gärung, wie das Interregnum war, konnte man es nicht leicht jemand verargen, wenn er sich dagegen wehrte, ein Opfer der Politik des neuen Königs zu werden. Dies um so weniger, als des Königs natürliches Streben, seine Hausmacht zu vergrößern, selbstsüchtig erscheinen mußte. Zudem entsprach Rudolf nicht dem Bilde, welches sich das Volk von der Herrlichkeit des Kaisers entworfen. Der nüchterne Herrscher und tapfere Kriegsmann im einfachen Wamse, das er wohl selbst flickte, der leutselige Mann, der beim nächsten besten Bäcker eintrat, um die erfrorenen Glieder zu wärmen, konnte die Gestalten eines Barbarossa und Friedrichs II. nicht aus den Gemütern verdrängen. Ein falscher Friedrich um dem andern stand auf, dem die Masse zujauchzte; 1295 wurde einer von ihnen in Eßlingen verbrannt.

Einer Errungenschaft konnten sich zwar alle freuen, die nicht gerade zur Sippe der Raubritter gehörten. Die Sicherheit in Handel und Wandel führte der König durch Aufrechthaltung des Landfriedens durch. Aber die Art, wie dieser gehandhabt wurde, reizte wieder die schwäbischen Herren zur Auflehnung. Da der König nicht überall persönlich eingreifen konnte, übertrug er die Sorge für den Landfrieden wie für Erhaltung des Reichsguts verschiedenen Landvögten. In Niederschwaben vertrat seine Stelle sein Schwager, Graf Albrecht von Hohenberg. Der Stolz der schwäbischen Herren empörte sich dagegen, sich unter einen Standesgenossen zu beugen, mit dem auch nachbarliche Händel nicht fehlten. Angriff auf ihren seitherigen Besitz und gekränktes Selbstgefühl trieb sie zum Bunde gegen den König und seinen Landvogt.

An der Spitze der Unzufriedenen stand der junge Graf Eberhard von Württemberg. Noch 1281 hatte er sich beim Könige in Nürnberg eingefunden, 1284 in Eßlingen, 1285 in Gmünd. Aber schon im Juli 1285 drohte der Kampf auszubrechen, als die Bürger der von Graf Albrecht von Hohenberg besetzten Stadt Markgröningen Bürger von Leonberg gefangen nahmen. Um dieselbe Zeit hatte Graf Eberhard Reibereien mit den Herzogen von Teck, die den Grafen Albrecht unterstützten; auch die Nachbarschaft war von Fehden voll.

Der Krieg begann am Anfang des Jahres 1286 damit, daß nach damaliger Sitte im ganzen Lande gebrannt und geplündert wurde. Noch einmal brachte der König einen Ausgleich zustande; bald sah er sich genötigt, selbst mit den Waffen einzugreifen. Zuerst ging es auf Nürtingen los, dessen fester Kirchhof die wichtige Stadt deckte. Nach dessen Erober-

Digitized by Google

ung erschien das königliche Heer am 23. September vor Stuttgart. Mit den festen Mauern, die es jetzt umgaben, und mit seiner stattlichen Burg konnte die Stadt eine lange Belagerung aushalten. Während man frei stehende Burgen damals zu untergraben suchte, mußte eine Stadt, wenn sie nicht überrumpelt oder ausgehungert werden konnte, mit Leitern erstürmt werden. Mit Schirmdächern und Sturmböcken richtete man nicht viel aus und die Schleuderkästen, Steinbüchsen und Brandpfeile vermochten den Mauern auch nichts anzuhaben. Bei Eberhard befanden sich Grafen von Zollern, Montfort, Helfenstein; die Bürgerschaft wehrte sich tapfer. Aber während die Kräfte der Belagerten sanken, erhielt der König neuen Zuzug. Er bot dem Grafen, um in weitergehenden Plänen nicht gestört zu werden, günstige Bedingungen und so kam es am 10. November zur Übergabe. Graf Eberhard mußte sich verpflichten, die Burgen Wittlingen und Remseck auf zwei Jahre als Friedenspfand herzugeben, Christen und Juden seine Schulden zu bezahlen und die Mauern Stuttgarts brechen zu lassen. Bei der Eile, welche der König hatte, ist kaum anzunehmen, daß die Zerstörung gründlich vorgenommen wurde; im folgenden Jahre ist Stuttgart schon wieder befestigt. Überhaupt ist kaum eine Bedingung des Vertrags zur Ausführung gekommen; er enthielt zu viele vorläufige Bestimmungen, über welche sich bald wieder Streit erheben mußte. Schon im Sommer 1287 hatte Graf Eberhard einen neuen Bund gegen den König ins Leben gerufen; sein Schwager, Markgraf Rudolf von Baden bekämpfte wieder die Hohenberger. Zur Ordnung der Dinge kam König Rudolf selbst in der zweiten Hälfte des Juli nach Eßlingen und wandte sich zuerst gegen Graf Eberhard. Rasch erstürmte er sieben Burgen um Stuttgart, worunter Cannstatt, Brie und Berg. Mit Stuttgart selbst hielt er sich diesmal nicht auf, sondern zog gegen eine Feste des Grafen von Helfenstein. Bis er nach Eßlingen zurückkam, wüteten Raub, Brand und Totschlag in Württemberg und seinen Nachbargegenden. Unter Vermittlung des Erzbischofs Heinrich von Mainz, eines Isnyer Bürgersohnes, wurde am 23. Oktober die Eßlinger Sühne vereinbart. Neben der Erfüllung früherer Bedingungen sollte Graf Eberhard allen Schaden ersetzen, den er angerichtet, und gewärtig sein, daß ihn der König wegen Wiederaufbaus der Mauern von Stuttgart belange.

Es zeugt, wenn auch einerseits von der Schwäche seiner Stellung, so doch auch von Klugheit, daß König Rudolf, dem es um Aufrechthaltung des Landfriedens zu thun war, den Grafen nicht als Aufständischen behandelte, sondern nur zu leichteren Verpflichtungen zwang. Er hat durch

Digitized by Google

seine nur teilweise notgedrungene Nachgiebigkeit seinen nächsten Zweck erreicht: so lange er noch lebte, verhielt sich Graf Eberhard ruhig und erschien mehreremale an seinem Hof. [1])

Kaum hatte aber König Rudolf die Augen geschlossen, als Eberhard den Grafen Albrecht von Hohenberg aufs Neue angriff. Nach gegenseitigen Verheerungen, bei denen Waiblingen, Berg und Endersbach zerstört wurden, kam noch im Jahre 1291 der Friede und die Verlobung eines Sohnes von Eberhard mit der jungen Mechthilde von Hohenberg zustande. Es ist, als habe Graf Eberhard nur vor der Wahl eines neuen Königs seine alte Kraft und Unbändigkeit zeigen wollen; jedenfalls mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl ließ er sich mit dem Herzog Ludwig von Bayern, einem Schwager des Herzogs Albrecht von Österreich, in ein Bündnis ein. Als nicht Herzog Albrecht, sondern Graf Adolf von Nassau zum König gewählt worden war (1292), hielt dieser, nachdem ihm Albrecht endlich gehuldigt, im Februar und März 1293 einen Hoftag in Eßlingen zur Beschwichtigung Schwabens. Unter zahlreichen Edlen erschien auch Graf Eberhard von Württemberg: er trug Bedenken, gleich den andern den Landfrieden zu beschwören, und fürchtete sich nicht vor einem Könige, der, von den Fürsten als schwach und unschädlich erwählt, gerade gegen diese sich auf die Herren und Städte stützen mußte. Doch überwarf er sich deshalb nicht mit dem König; denn er begleitete ihn gleich darauf an den Rhein und dann nach Reutlingen. Zum weiteren Beweis des guten Einvernehmens hob ihm die Königin Imagina am 1. Jan. 1294 eine Tochter aus der Taufe; er selbst besuchte bald darauf mit seiner Gemahlin Irmengard, einer Tochter des Markgrafen Rudolf I. von Baden, das königliche Hoflager. Auch an dem ersten vergeblichen Zug Adolfs, den dieser im September 1294 unternahm, um die dem Reiche heimgefallene Markgrafschaft Meißen zu besetzen, nahm Graf Eberhard Teil.

Die Rücksichtslosigkeit des Königs, mit der er nach seinem endlichen Erfolge im nächsten Jahre überall vorging, hat auch Graf Eberhard in das Lager seines Nebenbuhlers Albrecht von Österreich getrieben. Als dieser im Kampfe gegen König Adolf im Frühjahr 1298 in Schwaben einrückte, schloß sich ihm Eberhard an und erhielt von ihm gewichtige Versprechungen. In der Schlacht bei Göllheim am 2. Juli, in der König Adolf und sein niederschwäbischer Landvogt das Leben verloren, focht auch Eberhard. An des Landvogts Stelle wurde er erhoben.

---

[1]) Vgl. über diese Kämpfe: E. Schneider, der Kampf Graf Eberhards ds. Erl. gegen König Rudolf von Habsburg, Stuttgart 1886.

Digitized by Google

Mit dem ebenso tüchtigen und tapferen, wie nachsichtigen und versöhnlichen Könige Albrecht stand Eberhard lange im besten Einvernehmen. Nicht nur ritt er bei seiner und seiner Gemahlin Krönung zu Hof, sondern rückte auch mehrmals mit ihm ins Feld. Als Albrecht 1301 den gegen ihn gerichteten Bund der rheinischen Kurfürsten bekämpfte, beteiligte sich der württembergische Graf namentlich an der Belagerung von Bingen. Auch gegen König Wenzel II. von Böhmen zog er im Spätsommer 1304 mit. Zum Dank für seine Dienste hatte er von Albrecht schon auf dem Nürnberger Hoftage im November 1298 Neckarrems und Neustadt, die ihm entzogen worden waren, zurückerhalten und gegenüber den Reichsstädten starke Unterstützung gefunden. Vor dem rheinischen Feldzuge überließ ihm der König Markgröningen als Pfandbesitz und ebenso vor dem böhmischen die Burg Spitzenberg, die Stadt Kuchen und die Vogtei über das Kloster Lorch. Zugleich gab er ihm das wichtige Versprechen, ihn im Besitze der von dem Grafen von Asperg und der von dem Markgrafen von Baden erworbenen Gebiete nicht zu stören, und verabredete mit ihm, württembergische Unterthanen nicht in seine und des Reichs Städte als Bürger aufnehmen zu lassen, so wenig wie der Graf königliche Unterthanen in Württemberg.

Aber Zerwürfnisse im böhmischen Feldzug, überhaupt die Haltung Eberhards, der sich als König Albrecht unentbehrlich und gleichberechtigt betrachtet haben mag und diesen selbst wie die Reichsstädte schwer verletzte, führten zum Bruch. Der König forderte von ihm im Herbst 1305 Rechenschaft über sein Landvogteiamt und überzog ihn, als er dieselbe trotzig verweigerte, mit Krieg. Zuerst lagerte er sich in der Nähe von Oberboihingen, entweder weil Eberhard sich in Nürtingen festgesetzt hatte oder weil er ihn in jener Gegend zum Kampf veranlassen wollte. Es kam zu keiner Entscheidung. Ebensowenig als sich der König gegen Markgröningen gewendet hatte, das er fast einen Monat belagerte. Offenbar hatte sich Graf Eberhard selbst dorthin geworfen und ließ die ihm vom König nur verpfändete Stadt die Lasten der Belagerung tragen. Das Frühjahr 1306 brachte statt der Fortsetzung des Kampfes den Frieden. Im April stellte sich Eberhard zu Nürnberg bei Albrecht ein und nahm die Bedingungen an, die ihm vor dem Kriege gestellt worden waren. Dagegen trat er dem Landfriedensbunde nicht bei, den jener 1307 in Schwaben ins Leben rief und gab ebensowenig seine Verbindung mit den Feinden des Königs in Böhmen auf; ja er ließ sich sogar mit Herzog Heinrich von Kärnthen, dem Hauptgegner Albrechts, in ein Bündnis ein. Die dortigen Wirren

Digitized by Google

schienen ihm, der offenbar von Albrecht für sich nichts mehr erwartete, so wichtig, daß er sich mehrmals persönlich nach Böhmen begab. So befand er sich dort auch, als am 1. Mai 1308 Albrecht durch seinen Neffen Johann ermordet wurde. Graf Eberhard hatte seit Jahren zu den Schiedsrichtern gehört, die jener in der Sache dieses Neffen bestellt hatte. Für das Vertrauen, das Johanns Genossen auf etwaigen Schutz Eberhards setzten, spricht jedenfalls, daß einer von ihnen, Walther von Eschenbach, seine Zuflucht in Württemberg gesucht haben soll, wo er als Viehhirte gelebt und nach fünfunddreißigjährigem Aufenthalt sterbend seinen Namen geoffenbart habe.

Wieder kam ein neuer König auf den Thron. Graf Eberhard war nicht gewillt, sich viel von Heinrich VII., einem Grafen von Luxemburg, befehlen zu lassen. Diesmal aber fand er seinen Meister. Da Eberhard nicht aufhörte, für Herzog Heinrich in Böhmen thätig zu sein, das der König seinem eigenen Sohne zuwenden wollte, war das Verhältnis von Anfang an ein feindseliges. Dazu kamen die lebhaften Klagen der Städte, die Eberhard als Landvogt hart behandelte und gerne zu württembergischen Landstädten herabgedrückt hätte. Im August 1309 sollte sich der Graf auf dem königlichen Hoftage zu Speier verantworten. Sein Erscheinen mit einer stattlichen Schar verhinderte nicht, daß ihn Heinrich hart anließ; ohne Abschied ritt er davon; das einflußreiche Amt des Landvogts, das ihm vielleicht vorher schon vorläufig abgenommen worden war, verlor er. Hätte König Heinrich nicht größere Pläne gefaßt gehabt, er hätte wohl damals schon den trotzigen Grafen gezüchtigt. Aber außer der Gründung einer Hausmacht in Böhmen wollte der ritterlich hochstrebende Fürst die Wiederaufrichtung des Kaisertums erreichen, nachdem seit Friedrich II. kein deutscher König mehr der gefährlichen Krone zulieb nach Rom gezogen. Erst als die Klagen gegen Graf Eberhard immer lauter wurden, beauftragte der König im September 1310 eine Anzahl schwäbischer Reichsstädte, besonders Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Reutlingen, Rottweil, Gmünd mit dem Reichskrieg gegen denselben. Zum Heerführer wurde der nunmehrige Landvogt, Conrad von Weinsberg bestellt; zahlreiche Grafen und Herren, mit denen sich Eberhard überworfen hatte, schloßen sich an. Als König Heinrich selbst vom Oberelsaß aus nach Italien und sein Sohn nach Böhmen zogen, trennte sich Conrad von Weinsberg von ihnen, um den Krieg gegen Württemberg zu rüsten. Aber auch in der Ferne behielt der König diesen Kampf im Auge. Der Stadt Eßlingen, welcher er gleich den andern beteiligten Reichsstädten alle Zölle, Steuern und Dienste

Digitized by Google

auf 7 Jahre erlassen hatte, erlaubte er von Italien aus im August 1311 die Bezahlung der Judenschulden im Anstand zu lassen und wies ihr im März 1312 bedeutende Hilfsgelder auf die Reichssteuern von Frankfurt und anderen Städten an. Dem Landvogte erließ er sogar, damit er gegen Eberhard um so besser vorgehen könne, alle bei Juden gemachten Schulden, verlieh ihm einen Teil der jährlichen Judensteuer und versprach ihm, Weinsberg nur gegen eine höhere Summe, als vorher ausbedungen, wieder von ihm an das Reich zu lösen. Bei solchen Hilfsmitteln und der gegenseitigen Erbitterung mußte der Kampf ein heftiger werden.

Graf Eberhard hatte es durch seine Gewaltthätigkeit dahin gebracht, daß er fast allein stand. Die Acht, welche Heinrich über ihn als seinen und des Reichs öffentlichen Feind, als Störer des Friedens und der Ordnung von Schwaben, als Stifter allgemeiner Unruhe verhängt hatte, that ihre Wirkung. Im Mai 1311 begann der Krieg mit der Belagerung der Burg Württemberg. Der Versuch, dieselbe zu entsetzen, kostete den württembergischen Marschall das Leben. Am 23. Juli fiel die Burg und wurde zerstört [1]).

Ebenso wurde das Erbbegräbnis in Beutelsbach verwüstet, Nürtingen verbrannt, Schorndorf, namentlich mit Hilfe der Gmünder Belagerungsmaschinen, erstürmt; zahlreiche Burgen wurden gebrochen. Stuttgart ging verloren, aus dem Asperg konnte sich Graf Eberhard noch vor der Übergabe flüchten; im Sommer 1312 war fast das ganze Land dem Reiche unterworfen. Die württembergischen Städte traten in Abhängigkeit von der Reichsstadt Eßlingen; so schloß Stuttgart am 31. Juli 1312 mit dieser einen Vertrag, wonach Eßlingen die seither von dem Grafen bezogenen Abgaben (Trethaber von den Leibeigenen, Vogthaber und Vogthühner für den Schutz der Unterthanen) gehören sollten, während die Stadt zwar Zoll, Umgeld, Eiche behalten, aber nach sechsjähriger Steuerfreiheit jährlich 300 Pfund an Eßlingen bezahlen sollte; zudem wurde sie verpflichtet zum Vogt, ihrem obersten Beamten, nur einen Eidgenossen der Reichsstadt zu wählen und während der Zeit der Steuerfreiheit keinen Eßlinger als Bürger aufzunehmen [2]).

---

[1]) Daß die Zerstörung keine gründliche war, beweisen romanische Teile, die noch am Anfang unseres Jahrhunderts sichtbar waren.

[2]) Das an dieser Urkunde hängende Siegel Stuttgarts, das älteste, das wir kennen, zeigt zwei schreitende Pferde übereinander. Als Stuttgart wieder in den Besitz Eberhards kam, verlor es sofort dieses Zeichen eigener Machtvollkommenheit und erhielt erst im 15. Jahrhundert wieder ein solches.

Digitized by Google

Graf Eberhard hatte in einem Turme Besigheims, welches damals in badischem Besitz war, ein sicheres Versteck gefunden. Von hier aus bot er des nunmehrigen Kaisers Heinrich Feinden in Italien an, zu ihnen zu stoßen; in Württemberg selbst schien für ihn alles verloren. Da ereilte den Kaiser jenseits der Alpen (24. August 1313) der Tod. Bis der Nachfolger gewählt oder gar allgemein anerkannt war, mußte eine geraume Zeit vergehen. Gelang es dem Grafen inzwischen sich einige Geltung zu verschaffen, so hatte er alle Aussicht darauf, daß seine Dienste wieder geschätzt würden. Die Doppelwahl Friedrichs des Schönen von Östreich und Ludwigs des Bayern trennte sogar seine Gegner und machte ihn zum umworbenen Manne. Eberhard hatte zwar vor der Wahl Ludwig in einer Fehde gegen Östreich unterstützt; das große Übergewicht, das Friedrich in Schwaben gewann, veranlaßte ihn aber, sich diesem anzuschließen. Wie hoch der letztere den Grafen schätzte, zeigt sich daraus, daß er das Zerwürfnis mit dem bisherigen Vorort der schwäbischen Reichsstädte, Eßlingen, nicht scheute und jenem 1315 die unter die Hoheit der Reichsstadt gestellten württembergischen Städte zurückgab. Die Folge war wirklich, daß Eßlingen zu Ludwig übertrat, der ihm im Oktober für die Dauer des Kriegs und 10 Jahre nach demselben Steuerfreiheit verlieh. Der Versuch, des von Graf Eberhard unterstützten Königs Friedrich, sich Eßlingen zu bemächtigen, gelang weder in diesem noch im folgenden Jahre. Während der zweiten Belagerung zog König Ludwig selbst zum Entsatze heran; er konnte aber nicht in die Stadt gelangen und, nachdem ein blutiger Kampf oberhalb der Stadt im September 1316 beide Könige zum Rückzug veranlaßt hatte, trat dieselbe zu Friedrich über. Dadurch wurde auch die Aussöhnung mit Graf Eberhard herbeigeführt; er gewann einen Teil der landvogteilichen Rechte über die Stadt wieder, aber die letztere bekam die Befugnis, dieselbe gegen eine gewisse Summe einzulösen und so sich von ihm unabhängig zu machen. Auch für Markgröningen, das wieder in den Pfandbesitz Eberhards kam, wurde die Auslösung in sichere Aussicht genommen.

Eberhard schien sich im Frieden der wiedergewonnenen Macht freuen zu können und sorgte sogar selbst für die Sicherheit der Handelsstraßen. Die Belagerung des Hohenstaufen, die er im Winter 1319 für König Friedrich unternahm, hat wahrscheinlich durch Untergrabung der Reichsfeste rasch zum Ziel geführt. Er benützte die Ruhe, um seine zerstörten Städte und Burgen wieder aufzubauen. Eine Gesandtschaft nach Avignon, an der er teilnahm, um ein Bündnis zwischen Friedrich und dem Könige

Digitized by Google

von Sicilien zu vermitteln, gab ihm Gelegenheit, vom Papste die Einwilligung zur Verlegung des Stifts Beutelsbach nach Stuttgart zu erlangen. Hier, wo er durch Erweiterung der Burg und Neubefestigung der Stadt den Grund zur Residenzstadt legte, wollte er auch die Gebeine seiner Ahnen bergen. So wurde denn Stuttgart 1321 vom Filialverbande mit der Kirche zu Altenburg gelöst und der Bau der Stiftskirche eifrig gefördert. Die Beiträge zu demselben sollten zugleich zur Sühne dienen für die schweren Beschädigungen, welche der Graf und die Kirchen zu Beutelsbach und Altenburg im Kriege erlitten hatten.

Noch einmal wurde Eberhards Stellung bedroht, als durch die Schlacht bei Mühldorf (28. September 1322) Ludwig von Bayern das Übergewicht bekam; er rettete sie nicht nur durch Übertritt zu dem Sieger, sondern erhielt von diesem noch weitere Vergünstigungen, wie die Landvogtei in Niederschwaben und Oberfranken. Um so weniger konnte er es verschmerzen, daß ihm sein Schwager, Markgraf Rudolf III. von Baden, die Burg Reichenberg mit Erfolg streitig machte. Der Grimm darüber warf den sechzigjährigen Grafen, der selbst noch ins Feld gezogen war, auf das Krankenlager; er starb am 5. Juni 1325 zu Stuttgart und wurde in der neuen Grablege im Chor der dortigen Stiftskirche beigesetzt.

Ihn überlebte seine Gemahlin Irmengard, drei Töchter und ein Sohn, welcher gleich dem verstorbenen Erstgeborenen den Namen Ulrich führte. Zahlreich waren die Erwerbungen, die Eberhard, namentlich auch mit Hilfe der von den Königen ihm verliehenen Summen, gemacht; die wichtigsten sind Backnang, ein weiterer Teil von Nürtingen, die Grafschaft Neuffen, die Hälfte von Calw und ebenso von Brackenheim, ferner Rosenfeld, Dornstetten, Neuenbürg, Göppingen und Hohenstaufen.

Voll unbeugsamen Trotzes, ein harter, fehdelustiger Mann, der nur so lange Treue wahrte, als es ihm nützlich dünkte; ein verwegener Haudegen, der sich nur mit Hilfe des Glückes wieder heraushauen konnte, nachdem er völlig unterlegen war, hat Graf Eberhard sein Ziel erreicht und sich und seinen Standesgenossen endgiltig eine den Fürsten gleiche Stellung errungen. Er hat dadurch die innere Entwicklung Deutschlands auf lange hinaus beeinflußt. Württemberg verdankt ihm die Wahrung seiner Selbständigkeit in entscheidungsvollen Zeiten. Deshalb hat ihm die Nachwelt den Namen des Erlauchten beigelegt, während seine Zeitgenossen ihn mit demselben Rechte als den Kochen, d. h. den Kecken bezeichneten.

Digitized by Google

III. Abschnitt.

Von Graf Ulrich III. bis Graf Eberhard dem Greiner.

1325—1392.

Eberhards des Erlauchten Sohn, Graf Ulrich III. (1325—1344) war mit seinem Vater von König Friedrich zu Ludwig übergetreten. Aber verwandtschaftliche Beziehungen verknüpften ihn mit dem Hause Östreich, von dem er zur Zeit seines Regierungsantritts für Erbansprüche seiner Gemahlin die Hälfte der Burg Teck und der Stadt Kirchheim, sowie Sigmaringen als Pfandbesitz erhielt. Dies bewog ihn, wieder auf Friedrichs Seite zu treten, der übrigens bald darauf sich mit dem Gegenkönige aussöhnte. Als dann Ludwig 1327 nach Italien zog, und durch seine Abwesenheit Reichsstädte wie Landesherrn zum Abschlusse von Schutzbündnissen veranlaßte, verband sich Graf Ulrich aufs Engste mit seinem Schwager, dem Grafen Rudolf von Hohenberg. Er wurde in mehrere kleine Fehden verwickelt und schloß sich 1328 dem Heere König Johanns von Böhmen an, das den Deutschorden in seinen langen Kämpfen mit den Litthauern unterstützte.

Nach Friedrichs Tode bestätigte der nunmehrige Kaiser Ludwig im April 1330 dem Grafen seine Rechte und Freiheiten und bestellte ihn zum Landvogte von Niederschwaben; als solcher erhielt er den willkommenen Auftrag, in seinem Bezirke alles Gut der dem Kaiser ungehorsamen Geistlichen für sich einzuziehen. Bald darauf wurde ihm auch die Landvogtei im Elsaß übertragen. Beide Vogteien teilte er vertragsgemäß mit Graf Rudolf von Hohenberg. Die bedeutenden Einkünfte derselben bildeten die Entschädigung für den von Ulrich im Dienste des Kaisers gemachten Aufwand. Freilich hatte er dabei so wenig Glück, wie der Kaiser selbst; und in den Kämpfen

Digitized by Google

gegen die zum Papste haltenden Bischöfe von Straßburg, Würzburg und Constanz verlor er an den ersteren sogar ein Stück seiner neuen überrheinischen Besitzungen. Zum letzten Mal zog er mit dem Kaiser ins Feld, als derselbe 1336 gegen König Johann von Böhmen kriegte, kehrte aber bald aus Unlust an diesem Kampfe heim.

Viel hat Ulrich für die Wahrung des Landfriedens gethan. Nicht nur trat er dem großen vom Kaiser herbeigeführten Nördlinger Bunde vom 17. Juni 1340 zwischen geistlichen und weltlichen Fürsten und 22 schwäbischen Reichsstädten bei, sondern schloß sogar mit Eßlingen, mit dem sein Haus so viele nachbarliche Händel hatte, eine besondere, vom Kaiser anerkannte Einung [1]). Zum Schutze des vom Markgrafen von Baden bedrückten Klosters Herrenalb ließ er sich die Vogtei desselben übertragen und schritt zur Beilegung innerer Unruhen in der Reichsstadt Hall ein. Zahlreiche Adelige gelobten, für den Kriegsfall ihm ihre Burgen zu öffnen, was seine Macht sehr vermehrte.

Bei dieser Stellung fiel es ihm nicht schwer, sein Land noch bedeutend zu vergrößern. Vorübergehend war der Pfandbesitz des Hagenauer Forsts und der Stadt Donauwörth, ebenso der von Reutlingen. Dagegen brachte er außer dem schon erwähnten die elsäßischen Herrschaften Horburg und Reichenweier dauernd an sein Haus; ferner besonders die Burg Achalm, Markgröningen, das für die „Besorgung und Verwahrung" der Reichssturmfahne verliehen wurde, Burg Aichelberg mit mehreren Dörfern in der Kirchheimer und Göppinger Gegend, Burg und Stadt Vaihingen, die Klostervogteien von Denkendorf und Bebenhausen und vor allem Burg und Stadt Tübingen. Mit den Besitzern der letzteren war Graf Ulrich in Streit gekommen und sein Vogt Gumpolt von Gültlingen nahm den Pfalzgrafen Götz gefangen. Nicht lange nach der Entlassung desselben überließen die schwerverschuldeten Pfalzgrafen am 5. Dezember 1342 Tübingen um 100001 Pfund Heller an Württemberg; sie behielten sich zwar den Wiederkauf vor, konnten aber diesen um so weniger ausführen, als der größte Teil der Kaufsumme sofort in die Hände ihrer Gläubiger, vor allem des Klosters Bebenhausen, kam. In Folge Verarmung der den Württembergern verwandten Seitenlinie Grieningen-Landau fiel eine große

---

[1]) Auf einen lebhaften Verkehr mit Eßlingen läßt der Vertrag schließen, daß den württembergischen Unterthanen, welche dort im Spiele verlieren, nur was sie auf dem Leibe tragen, abgepfändet werden dürfe, während die weiteren Spielschulden vor dem württembergischen Richter eingeklagt werden müssen.

Digitized by Google

Zahl landauischer Lehen- und Dienstleute an Graf Ulrich. Seine Hoffnung, auch die Herrschaften Ehingen, Berg und Schelklingen zu erhalten, wurde durch den letzten Grafen von Berg vereitelt, der sein Gebiet an Oestreich verkaufte; ein darüber geführter Krieg, in dem Ehingen, Marchthal und Mengen schwer geschädigt wurden, hatte für Ulrich einen ungünstigen Ausgang.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Landeshoheit war, daß auf Bitte des Grafen Kaiser Ludwig den alten Landtag mit dem Landgerichte bei Cannstatt abschaffte. Dort, am Altenburger Steine, hatte sich ein Rest des alten Gaugerichtes erhalten, der, wenn auch unter Leitung eines gräflichen Richters, seine Befugnisse noch kraft unmittelbar kaiserlicher Vollmacht ausübte. 1330 wurde der Landtag in die Stadt Cannstatt verlegt, welcher deshalb besondere Rechte übertragen wurden. Doch war dies nur ein kurzer Übergang dazu, daß die volle Gerichtshoheit in die Hand des Grafen selbst und seiner Räte kam.

Die Regierung Graf Ulrichs III. fiel größtenteils in die Zeit, da das deutsche Königtum durch Begünstigung der Reichsstädte sich eine neue Stütze geschaffen hatte und da es ihm noch gelang, sowohl deren Übermacht zurückzudämmen, als auch dieselben mit den Landesherrn und dem Adel in ein gutes Verhältnis zu setzen. Demgemäs verlief auch jene Regierung ziemlich friedlich, obgleich der Graf Fehden nicht abhold war. Außer den früher angeführten bestand er eine solche gegen einen unbekannten Feind, bei der er das Unglück hatte, gefangen genommen zu werden; wenigstens kredenzen im Mai 1321 dem aus der Gefangenschaft Heimkehrenden die Bürger von Augsburg einen Ehrentrunk. Seinen Tod soll Graf Ulrich am 11. Juli 1344 durch die Hand eines elsäßischen Edeln gefunden haben, dessen Ehre er schwer gekränkt, wenige Monate nach seiner Gemahlin Sophie, einer Gräfin von Pfirt.

Auch Ulrichs III. Söhne, Graf Eberhard der Greiner (Zänker) oder der Rauschebart (1344—1392) und Graf Ulrich IV. (1344—1362), welche die Regierung gemeinschaftlich übernahmen, hatten noch die Vorteile des durch die Bündnisse geschützten Landfriedens zu genießen. Zwar die Vogtei über das Kloster Herrenalb, die ihnen Kaiser Ludwig aufs Neue übertrug, drohte sie gleich in einen Kampf mit dem Markgrafen von Baden zu verwickeln; aber der letztere sah sich genötigt, auf seine Ansprüche zu verzichten. Auch die Söldner, welche die Juden von Colmar und Schlettstadt aufboten, um sich für die Schulden des Grafen Ulrich III. schadlos zu machen, mußten sich bald zurückziehen;

Digitized by Google

denn der Kaiser befahl seinem Landvogt im Elsaß, jene für aufgehoben zu erklären und die Schuldbriefe den Juden abzunehmen.

Ernstere Verwicklungen, die durch Aufstellung Karls IV. als Gegenkönigs (11. Juli 1346) für die an Ludwig festhaltenden württembergischen Grafen hätten entstehen können, verhütete des letzteren baldiger Tod. Auch hatten sie sich schon vor demselben eine Brücke zum Rückzug gebaut: als im September 1347 Kaiser Ludwigs Sohn, Herzog Stephan, im Kriege gegen abgefallene schwäbische Große Hechingen eroberte und Sulz belagerte, kamen die Grafen dem Herrn dieser Stadt, ihrem Verwandten und Dienstmann Walter von Geroldseck, gegen den Herzog zu Hilfe.

Nach Ludwigs Absterben bot dessen ältester Sohn, Markgraf Ludwig von Brandenburg, zwar den Grafen 100 000 Gulden für ihre Unterstützung; aber diese begnügten sich mit Karls IV. früherem Gebot von 70 000 Gulden und erkannten ihn als römischen König und rechten Herrn an. Die Grafen blieben ihm auch treu gegen den von der bayerischen Partei 1349 aufgestellten Gegenkönig Günther von Schwarzburg; Graf Eberhard bekämpfte denselben und es glückte seinen Reitern, den König selbst, der beim Übergang über den Rhein unterhalb Mainz überfallen wurde, zu retten. Wieder folgten die württembergischen Grafen dem Rufe des Königs, der zur Unterstützung des Herzogs Albrecht von Östreich gegen die Schweizer aufforderte. Graf Ulrich half 1351 und 1354 die Stadt Zürich, freilich vergeblich, belagern, ebenso 1352 Graf Eberhard, der jedoch, obgleich zum Kriegshauptmann ernannt, wegen einer Kränkung abzog. 1353 übernahm der letztere auf dringendes Verlangen des Königs die Hauptmannschaft des zu Ulm geschlossenen Landfriedens. Im folgenden Jahre brachte er einen Ausgleich zwischen der Stadt Würzburg und dem dortigen Bischofe zustande und wohnte 1356 dem Nürnberger Reichstage bei, auf welchem Karl IV., jetzt als Kaiser, die goldene Bulle über das Recht der Kurfürsten bei der Königswahl verkündigte.

Unter den mannigfachen Bündnissen, welche die Grafen von Württemberg schlossen, ist das merkwürdigste dasjenige von 1349 mit der Stadt Straßburg, an dem sich eine große Zahl geistlicher und weltlicher Fürsten und Herren beteiligten. Im Zusammenhang mit dem schwarzen Tod, einer Pest, die auch in Schwaben wütete, zogen nicht nur die schauerlichen Bußzüge schwärmerischer Geißler durch das Land, sondern suchte auch das erregte Volk ein Opfer in den Juden, welche die Brunnen vergiftet haben sollten. Allerorten, so im November 1348 zu Stuttgart, wurden sie haufenweise verbrannt. Als Karl endlich einschritt, die weggenommenen

Digitized by Google

Güter der Juden für das Reich einzog und Bußgelder auferlegte, kam jenes Bündnis mit Straßburg zustande. Die dortigen Juden waren, wie es scheint, der Bundesgenossen größte Gläubiger. Trotz dem Befehle des Reichsoberhaupts verpflichtete sich die Stadt, alle ihren Juden ausgestellten Schuldbriefe auszuliefern, wogegen sie selbst gegen die Ansprüche, die von Seiten der Judenschaft erhoben würden, geschützt werden sollte. In eine enge Verbindung trat Graf Eberhard mit dem Herzogtum Lothringen, indem er mehrere Jahre an der Spitze der vormundschaftlichen Regierung für Herzog Johann, den Verlobten seiner Tochter Sophie, stand. 1357 traf er mit dem Kurfürsten Ruprecht I. von der Pfalz auf dem Felde bei Liebenzell eine Abrede, die sich besonders auf den Fall einer neuen Königswahl bezog, ebenso zwei Jahre später mit dem Herzog Rudolf IV. von Östreich, ein Beweis, daß er für diesen Fall ernstlich mitzureden gedachte.

Die Kunde von solchen Abmachungen und die erneuten Klagen über Bedrückung der Städte durch die württembergischen Grafen veranlaßten den Kaiser, Graf Eberhard im Sommer 1360 vor sich nach Nürnberg zu laden und, als er Trotz bot, das Reich gegen ihn und seinen Bruder aufzubieten. Drei Heere fielen im August in Württemberg ein und belagerten gleichzeitig Schorndorf, Göppingen und Markgröningen. Außer den Böhmen, welche der Kaiser selbst herbeiführte, bestand das Aufgebot namentlich aus reichsstädtischer Mannschaft, das erste Mal, daß der künftige Todfeind der Städter sich mit diesen herumschlug. Den Reichsstädten hatte der Kaiser befohlen, die feindlichen Städte und Burgen zu brechen und alle diejenigen, die darin betroffen würden, als Landfriedensstörer mit dem Schwerte zu strafen, damit von solch rechtem Gerichte dem Kaiser, dem Reiche und seinen Städten Nutzen und Ehre widerfahre. Um so überraschender kam, daß Karl nach dreitägiger Belagerung Schorndorfs, die er persönlich geleitet, Frieden machte. Die Grafen mußten ihrem Bündnisse mit Östreich entsagen, Streitigkeiten mit den Reichsstädten vor dem Kaiser vertragen, die ihnen verpfändete Stadt Aalen mit Lauterburg, Rosenstein, Heubach auslösen lassen. Aus dem Vergleiche, den der Kaiser bald darauf zwischen den Grafen einerseits und den Reichsstädten andererseits abschloß, sind die Klagen der letzteren ersichtlich. Jene hatten die Beifuhr von Wein, Korn, Holz, Kohlen für die Reichsstädte auf Straßen und Flüssen verhindert und neue Zölle eingeführt; reichsstädtischen Bürgern den Besitz von Gütern in Württemberg erschwert; in die Klöster und Klosterhöfe, namentlich zu Eßlingen, Reisige eingelegt; den Verkauf von

Digitized by Google

Wäldern, in denen sie den Wildbann hatten, an Reichsstädte verboten; lauter Maßregeln, welche den von württembergischem Gebiet umschlossenen Städten den Gedanken einer vollständigen Unterwerfung deutlich genug vor die Augen stellen mußten. Um sich ganz von solchen Bedrückungen zu lösen, bezahlten die Städte dem Kaiser die Summe, um welche er die Landvogtei, d. h. jährliche Steuer, Ammannamt und Umgeld in den Reichsstädten und Klöstern Schwabens den Grafen von Württemberg verpfändet hatte, wobei eine baldige Wiederverpfändung trotz gegenteiligen Versprechens nicht ausgeschlossen war. Damals verloren die Grafen auch teils auf längere, teils auf kürzere Zeit die Vogtei über die Klöster Maulbronn, Adelberg, Steinheim, Bebenhausen. Mit Eßlingen freilich brachen Reibereien immer wieder aus, um so mehr, als dortige Einwohner, welche in der Grafschaft steuerbare Güter gekauft, die Steuern nicht mehr bezahlen wollten und württembergische Unterthanen von der Reichsstadt in das sogenannte Pfahlbürgerrecht aufgenommen wurden, das ihnen ermöglichte, auf einem Gute der Grafen sitzen zu bleiben, sich aber deren Gerichtsbarkeit zu entziehen.

Suchte der Kaiser auf der einen Seite die Reichsstädte zufriedenzustellen, so waren schon die billigen Friedensbedingungen ein Beweis, daß er auch die Grafen an sich fesseln wollte. So bestätigte er ihnen denn an demselben Tage, da er sie mit den Reichsstädten vertrug, alle Rechte und Besitzungen mit Ausnahme der ihnen bisher verpfändeten Festen Hohenstaufen und Achalm, sowie der Landvogtei, die aber nicht sehr lange nachher wieder an Württemberg kamen. Und im folgenden Jahre verlieh er ihnen das Recht, daß sie nur vor dem Kaiser oder einem eigens bestellten Hofrichter belangt und auch ihre Unterthanen außer bei Rechtsverzögerung vor kein auswärtiges Gericht geladen werden könnten.

Namentlich der thatkräftigere ältere Bruder, Graf Eberhard, war es, der sich nach der Aussöhnung der Gunst des Kaisers zu erfreuen hatte. Im Vertrauen auf dieselbe trat er, unmittelbar nachdem er vom Kaiser die Zusicherung wegen des Gerichtsstandes erhalten, im Oktober 1361 allen Gelüsten des Grafen Ulrich nach Teilung des Landes schroff entgegen, setzte dessen Räte gefangen und ließ sich allein huldigen. Ulrich klagte beim Kaiser, aber dieser wußte für seine Vermittlerrolle zwar einen ansehnlichen Lohn herauszuschlagen, entschied sich aber im Wesentlichen für Eberhard. Er ließ von beiden Grafen die 6 Festen Neuenbürg, Burg und Stadt, Beilstein, Burg und Stadt, Bottwar, Lichtenberg, die ihr freies Eigen gewesen, ihm als böhmischem König zu Lehen auftragen und dabei bedingen, daß dieselben ihn auf Verlangen einmal im Jahr mit

Digitized by Google

50 Helmen (je 1 Ritter mit 2—3 Knechten) unterstützen sollen. Bezeichnend für die genaue Bestimmung des Lehensverhältnisses ist, daß die Grafen in der Nähe 2, in der Ferne 4 Wochen die Kosten des Auszugs selbst zu tragen hatten, während bei längerer Dauer Entschädigung eintrat. Am 3. Dezember 1361 ließen sich die Grafen in Nürnberg zu diesen Einräumungen herbei; an demselben Tage schlossen sie mit des Kaisers Zustimmung einen Vergleich, der die Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Landes feststellte. Beide Brüder behielten sich einige Schlösser persönlich vor, worunter Eberhard Urach, Neuffen, Stuttgart, Tübingen, Schorndorf, Ulrich nur Württemberg und Marbach; die Gerichtsbarkeit und Verwaltung übertrugen sie zwei gemeinschaftlich gewählten Amtleuten, während die Lehensherrlichkeit Eberhard allein ausüben sollte. Thatsächlich blieb Ulrich fast keine Regierungsthätigkeit übrig und in der Erkenntnis davon überließ er im Stuttgarter Vertrag vom 1. Mai 1362 Eberhard die ganze Regierung und begnügte sich mit der Hälfte der Landeseinkünfte. Später erneuten Ansprüchen machte sein am 24. Juli 1366 erfolgtes, kinderloses Absterben ein Ende.

Nach Einräumung der böhmischen Lehenschaft bestätigte der Kaiser den Grafen die Ungiltigkeitserklärung für alle Schulden, die sie vor 1349, „als man die Juden gemeinlich in deutschen Landen schlug," bei diesen gemacht hatten, sowie die Freiheit von fremden Gerichten. Dazu verlieh er dem Grafen Eberhard am 10. Dezember 1361 die Gerichtsbarkeit über seine sämtlichen Unterthanen auch in Strafsachen, so daß jetzt das alte Landgericht zu Cannstatt vollends verschwand und die Gerichtshoheit im ganzen Lande dem Grafen als Herrn desselben zufiel. Sitz des obersten Gerichts wurde die gräfliche Kanzlei; Rechtsprecher wurden die gräflichen Räte. Damit war die Zusammenfassung der verschiedenartigen Landesteile zu einem Staatsganzen wesentlich gefördert.

Den beiden Brüdern gelang es, ihr Land ansehnlich zu vergrößern. Namentlich Eberhards Gemahlin, Elisabeth Gräfin von Henneberg, brachte als Erbteil eine Anzahl fränkischer Orte bei, durch deren Verkauf 90000 Gulden erlöst werden konnten. Von den Erwerbungen sind Böblingen und der Schönbuch, die zweite Hälfte von Calw, das aber eine Zeit lang an das Kloster Hirsau versetzt wurde, sowie Sindelfingen, Lauffen, Nagold, Waldenbuch zu erwähnen.

Bei der größeren Ausdehnung des Herrschaftsgebiets ergab es sich von selbst, daß auch die Regierungseinrichtungen und Mittel umfassendere wurden. Nicht nur beginnt in jener Zeit die lange Reihe der württem-

Digitized by Google

bergischen Lehenbücher, sondern wir besitzen auch aus derselben die ältesten eigentlichen Lagerbücher mit der Zusammenstellung der dem Landesherrn zu bezahlenden Abgaben. Deshalb können wir uns die Lage der Unterthanen in jener Zeit verdeutlichen. Die Hauptsteuer ruhte auf Grund und Boden. Für Stuttgart betrug dieselbe im Jahre 1350 und lange nachher jährlich 1300 Pfund Heller. Das dortige Umgeld belief sich auf etwa 150 Pfund; dazu bezahlte der Schultheiß 25 Pfund, wofür er dienst- und steuerfrei war und den größten Teil der erhobenen Geldstrafen bezog. An Naturalien fielen der Herrschaft Zins-, Vogt-, Trethaber, Vogt- und Gülthühner, Kapaunen, Gänse, Eier, Öl, Käse. Die Grafen bauten selbst in der Hauptstadt 64 Morgen in jeder Zelge, sowie etwa 90 Mannmahd Wiesen. Die Abgaben waren teils Entgeld für den durch die Vogtei des Landesherrn gewährten Schutz, teils bestimmte für überlassene Güter herkömmliche Entschädigungen. Die Landbevölkerung scheidet sich noch in Zinser und Leibeigene. Jene genossen die persönliche Freiheit, waren aber zu allerlei Abgaben und Diensten verpflichtet; diese mußten einen besonderen Leibzins, etwa jährlich eine Henne, abreichen und waren an die Scholle gebunden, hatten jedoch das Recht, sich eigenes Vermögen zu erwerben. Wer ein einem Herrn zustehendes Gut bebaute, hatte diesem außer dem Zinse noch besondere Abgaben bei Besitzwechsel und Todesfall zu entrichten. Die einzelnen Bestimmungen und Verhältnisse waren gar mannigfaltige. Da wurde z. B. beim Tode eines leibeigenen Mannes das beste Haupt Vieh aus seinem Stall verlangt, sein Obergewand, Rock, Wamms, Juppe, Kappe, Hut, Gürtel, Messer, Tasche, Hosen und Schuhe, wie er dieses an kirchlichen Festtagen getragen, und, wenn er nur Töchter hinterließ, seine Waffen und der Harnisch. Im letzteren Falle fielen auch seine Lehengüter an den Herrn zurück; war der Mann kinderlos, so ist jener sein Erbe. Starb eine leibeigene Frau, so nahm wohl der Herr ihre besten Kleider, mit denen sie an Weihnachten zur Kirche ging, Pelz, Mantel, Rock, Schleier und Schuhe; ebenso wenn sie keine Töchter hatte, die besten Federbetten, Hauptpfühl oder Kissen. Bei der Ernte mußte jeder Unterthan eines Gutsherrn zum Schneiden erscheinen oder einen Taglöhner bezahlen; dafür erhielten sie Essen und zwar besseres als das Gesinde. Besonders war den Bauern verboten, das Stroh zu verkaufen, statt es zur Düngung der eigenen Güter zu verwenden, die Arbeiten in den Weinbergen zur Unzeit zu verrichten. Wegzug aus dem Gebiet des Leibherrn und Heirat mit einem diesem nicht gleichfalls leibeigenen Ehegatten war nicht gestattet.

Digitized by Google

Eigentümlich war das Verhältnis der unter württembergischer Hoheit gesessenen Klosterunterthanen. Während z. B. die kleineren Güter des Klosters Blaubeuren, als Vogtrecht eine nicht unbedeutende Abgabe an Geld und Frucht zu bezahlen hatten, war ein Hofmaier verpflichtet, den württembergischen Vogt, so oft er kam, selbzehnt einen Tag und eine Nacht zu beherbergen und mit Muß, Brot und Futter zu versehen. Ebenso lange mußte er die württembergischen Jäger aufnehmen, während bei längerem Aufenthalt die Nachbarn beizusteuern hatten oder die Glocke geläutet wurde, damit das Gericht zur Verteilung der Last zusammentrat. Auch den ankommenden württembergischen Boten hatte der Maier Essen zu reichen.

Zur Landesverteidigung waren alle waffenfähigen Bürger verpflichtet und hatten sich auf eigene Kosten zu rüsten; Kriege außer Lands wurden fast ausschließlich mittelst der Lehenleute, besonderer Reisigen, und bewaffneter Beamten nebst den zugehörigen Knechten geführt.

Waren die Abgaben und Lasten auch mannigfaltig, so ist doch die Lage der Unterthanen im 14. und bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts in ihrer Art nicht ungünstig. Namentlich wurden die Güter meist erblich verliehen, so daß sie einer Familie nicht ohne deren Verschuldung entrissen werden konnten. Ja, es finden sich sogar Bestimmungen, daß, wenn ein Anwesen durch Krieg oder Feuersbrunst vernichtet wurde oder der Inhaber sonst verarmte, der Gutsherr dasselbe nur so lange an sich ziehen durfte, bis jener wieder selbst zur Übernahme fähig war. Für den Fall, daß der Herr den Erben eines Lehenguts dieses nicht verleihen wollte, war vielfach üblich, daß dieselben die bei Besitzwechsel als Handlohn herkömmliche kleine Summe Geldes auf den Tisch legen und so sich ihr Recht sichern konnten. Verwaiste Kinder ohne nahe Verwandte hatte häufig der Gutsherr zu erziehen.

Die ersten Jahre der Alleinherrschaft waren für Graf Eberhard den Greiner im Ganzen friedlich, wenn schon die Unordnung im Reich immer größer wurde. Daß es ihm aber an erbitterten Feinden nicht fehlte, zeigt der Überfall zu Wildbad im Frühjahr 1367. Graf Eberhard gebrauchte gerade mit seiner Gemahlin, seinem Sohn Ulrich und dessen Gattin die dortigen Bäder, als ihm ein Bauer die Kunde brachte, daß die Grafen von Eberstein mit zahlreichen Rittern, darunter Wolf von Wunnenstein, gegen das Städtlein heranrückten. Nichts Gutes ahnend entrann er auf steilen Waldwegen nach der Burg Zavelstein. Zur Bestrafung dieses Frevels bot der Kaiser den Landfrieden auf, und wirklich zogen dem Grafen reichsstädtische Truppen zu. Aber als es nach unbedeutenden Er-

Digitized by Google

folgen im Sommer zur Belagerung des festen Neu-Eberstein kam, glaubten die Reichsstädter nach einmonatlichem Ausharren das Ihrige gethan zu haben und liefen auseinander.. Aus des Kaisers Versprechen, Mannschaften unter des Reiches und Böhmens Bannern zu Hilfe zu schicken, wurde es nichts; der Markgraf von Baden ergriff die Partei der Ebersteiner und trotz einzelnen Aussöhnungen kam erst im Jahre 1385 zu Herrenberg ein Friede zustande, der dem Grafen von Württemberg die ebersteinischen Burgen öffnete.

In der Zwischenzeit suchte Eberhard Bundesgenossen zu gewinnen und trat einer der damals gebildeten Rittergesellschaften, den Kronern, bei. Andererseits schlossen sich 1370 auf Veranlassung des Kaisers und seines Sohnes Wenzel eine große Zahl von Städten in Ulm zu einem Bunde zusammen, der gegenseitigen Schutz gegen Fürsten und Adel bezweckte. Kaiserlicher Hauptmann dieses Bundes war Graf Ulrich von Helfenstein. Es zeugt von dem großen Mißtrauen der Städter gegen Graf Eberhard, daß sie ihm die Schuld gaben, als ihr Hauptmann im Februar 1372 überfallen und gefangen gesetzt wurde. Sie griffen zu den Waffen. Aber ehe sie ihr Heer vereinigt hatten, wurden sie von Eberhard in der Frühe des 7. April zwischen Weidenstetten und Altheim auf der Ulmer Alb mit 1200 Reitern überfallen und mit schweren Verlusten auseinander gesprengt. Unter den Gefallenen war ihr Führer, Heinrich Besserer. Der Haß wuchs noch, als wenige Wochen nach der Schlacht der gefangene Graf Ulrich von Helfenstein mit abgeschnittenem Halse im Bette gefunden wurde, wofür man natürlich wieder Graf Eberhard verantwortlich machte, umsomehr, als er mit dem Getöteten und dessen Schwester, der Witwe des Grafen Ulrich von Württemberg, starke Erbschaftsstreitigkeiten gehabt hatte.

Der drohende Krieg wurde vom Kaiser verhindert, der, innerlich den Städten abgeneigt, sich die Entscheidung über den Streit von Eberhard übertragen ließ und die Stadt Ulm zu dem Versprechen bewog, unter Verzicht auf alle weiteren Schritte sich seinem Schiedsspruche zu unterwerfen. Abgesehen von der Aufhebung der Kronergesellschaft ist übrigens keine Thätigkeit des Kaisers in dieser Sache bekannt. Um so bitterer mußten es die Städte empfinden, daß Eberhard vom Kaiser, der zur Erwerbung der Mark Brandenburg Geld brauchte, den Auftrag erhielt, von ihnen große Summen zu diesem Zwecke einzuziehen. Auch daß Karl IV. im Mai 1373 einen neuen Landfriedensbund zahlreicher Städte unter der Hauptmannschaft Eberhards und mit dem Sitze in Kirchheim u. T. oder einem sonstigen dem Grafen genehmen Orte errichtete, verzögerte nur die

Digitized by Google

unvermeidlich gewordene Messung der Kräfte. Die Wahl Wenzels zum römischen Könige im Juni 1376 brachte den Groll der Reichsstädte zum Ausbruch. Mit Recht befürchteten diese, daß sie wieder für die Aufbringung der großen Summen, mit denen der Kaiser die Fürsten zur Wahl seinen Sohnes gewonnen hatte, sich opfern müssen. Namentlich die oberschwäbischen, Ulm voran, traten im Juli zu einem Bunde zusammen und verweigerten die Anerkennung Wenzels, wenn dieser ihnen nicht vorher den Schutz ihrer Rechte und Freiheiten verbürge. Als Antwort auf diese Forderung verpfändete der Kaiser dem Grafen Eberhard das Schultheißenamt und die Vogtei, also die städtische Verwaltung und Gerichtsbarkeit zu Weilderstadt, das Schultheißenamt zu Eßlingen und Gmünd, die Dörfer in der Birs bei Rottweil um 40 000 Goldgulden und bevollmächtigte ihn, alle vom Reiche verpfändeten Ämter in der Landvogtei Niederschwaben und andern Städten an sich zu lösen. Natürlich trat sofort Weilderstadt dem Städtebunde bei, bald folgte Eßlingen; es war dem Grafen nicht möglich, von allen Pfandschaften Besitz zu nehmen.

Wohl sprach der Kaiser die Reichsacht über den Bund aus und rückte selbst in Begleitung Eberhards im Oktober vor Ulm; aber schon nach Verfluß einer Woche zog er wieder ab und gedachte, die Sache wie früher durch kaiserliche Sprüche beizulegen. Aber darauf ließen sich die Reichsstädte nicht mehr ein und bei der völligen Ohnmacht der Reichsgewalt dauerte der Kriegszustand 2 Jahre lang.

Während desselben wüteten nach alter Weise Raub und Todtschlag im Lande; jede Partei suchte eben die andere möglichst zu schädigen. So zog in der Nacht vom 13. zum 14. Mai 1377 eine Schar von etwa 700 Reutlingern plündernd und brennend nach Urach und Dettingen; sie vereinigte sich auf dem Heimwege vor der Stadt mit einer ihr zur Unterstützung entgegengeschickten Abteilung. Jetzt erst gelang es Graf Ulrich, dem Sohne des Greiners, von der Feste Achalm aus ihnen in den Weg zu treten; mit 232 Spießen (je ein Ritter mit 1—2 Knechten) griff er sie fast vor den Thoren von Reutlingen an. Auf der württembergischen Seite fochten schwerbewaffnete Ritter und Knechte, mit aus Ringen geflochtenen Panzerhemden und schweren Helmen angethan; Arme und Beine waren durch Leder und eiserne Schuppen und Schienen geschützt, die Hand von Kettenhandschuhen bedeckt, die Linke hielt den dreieckigen lederbezogenen Schild; die Angriffswaffen bildeten Lanze, Schwert, Streitkolben und Dolch. Auf Seiten der Reutlinger überwogen jedenfalls leichte Reiter mit Brustpanzern, Armbrust und Schwert, Speerträger mit

Digitized by Google

der in eine eiserne Spitze auslaufenden, fast drei Meter langen Spießstange oder der mit breiter Schneide versehenen zu Stoß und Schlag geeigneten Hellebarde, und Schützen mit Armbrust oder Bogen. Bei der Minderzahl und der Schwerfälligkeit der Bewaffnung, welche die Ritter öfters veranlaßte, zu Fuß zu kämpfen, hatte Graf Ulrich mit den Seinen einen sehr schweren Stand. Die Württemberger erlitten eine blutige Niederlage. Die Leichen von 70 Grafen und Rittern und von etwa 15 Knechten bedeckten das Schlachtfeld, darunter Grafen von Tübingen und Zollern, Herren von Neipperg, Gemmingen, Sternenfels; Graf Ulrich entkam verwundet auf die Achalm; das württembergische Banner ging verloren. Die Reutlinger, die einen sehr geringen Verlust erlitten hatten, gestatteten die Abholung der Leichname.

Groß war der Eindruck, den dieser Erfolg der Städter machte: König Wenzel entließ sie sofort aus der Reichsacht und suchte sich möglichst gut mit ihnen zu stellen. Namentlich versprach er, sie nicht mehr zu verpfänden. Sogar die Herzoge von Östreich schlossen für ihre oberschwäbischen und benachbarten Lande 1378 einen Bund mit den Städten. Diese fühlten sich so stark, daß sie mehrere „streichende Reisen", rasche Verheerungszüge, durch württembergisches Gebiet machten: Die Ulmer drangen, alles verwüstend, bis nach Münsingen; die oberländischen Städte mit den Eßlingern und Reutlingern setzten ihr Zerstörungswerk bis vor die Mauern von Stuttgart fort; im Oberlande wurde die Feste Mägdeberg niedergerissen. Eberhard und sein Sohn Ulrich rächten sich durch Wegnahme der eßlingischen Filderorte Möhringen und Vaihingen, durch Niederbrennung von Wimpfen im Thal. Endlich brachte der Kaiser am 30. August 1378 zu Nürnberg einen Frieden zustande, der Eberhard fast alles nahm, was er noch von den Städten und vom Reich innehatte. Auch ohne die fortgesetzten nachbarlichen Reibereien der nächsten Jahre würden wir glauben, daß in Eberhard heißer Grimm über sein Unterliegen gegenüber den Städtern kochte.

Der Tod Karls IV. (29. November 1378), wenige Monate nach dem Beginn der großen Kirchenspaltung, stürzte Deutschland vollends in Zerrissenheit und war das Zeichen zur Bildung einander schroff gegenüberstehender Parteien. Da schlossen sich Fürsten und Städte nebst dem Lande Appenzell zusammen, wobei sie sich verpflichteten, die württembergischen Grafen nicht in ihren Bund aufzunehmen, dort entstanden Adelsgesellschaften zu gegenseitigem Schutze, — zu der vom Löwen gehörte auch Graf Ulrich. Am 17. Juni 1381 trat sogar ein schwäbisch-rheinischer

Digitized by Google

Städtebund ins Leben. Mehrere Anläufe, die verschiedenen Parteien unter sich zu vereinigen, gelangen höchstens äußerlich, namentlich weil König Wenzel damals wieder die Fürsten begünstigte; und als jener gegen Ende des Jahres 1384 die Entdeckung machte, daß diese mit seiner Absetzung umgingen, wurde der Riß erst recht groß. Der Kampf zwischen Herzog Leopold von Östreich, den auch Graf Eberhard unterstützte, und den schweizerischen Eidgenossen drohte den allgemeinen Brand zu entfachen. Als durch die Schlacht bei Sempach (1386) die Macht der Fürsten einen schweren Stoß erhalten hatte, kam zwar noch einmal eine Vermittlung zustande, aber im November 1387 brachte die Gefangennahme des städtefreundlichen Salzburger Erzbischofs in Bayern den Stein ins Rollen. Zunächst brach hier der Krieg aus, in dem Graf Ulrich von Württemberg den bayerischen Herzogen Beistand leistete und mit ihnen in der Nähe von Augsburg einen befestigten Kirchhof erstürmte. Der Bundestag zu Ulm beratschlagte, wie man sich der Fürsten am besten erwehren könne. Am meisten schien Nürnberg bedroht; aber ehe man ihm Hilfe brachte, sollte Graf Eberhard der Greiner lahm gelegt werden. Den Nürnbergern schien der Einfall in Württemberg überflüssig, da Eberhard kein Volk und keine Macht um sich habe und gerade keine Stadt bedränge. Aber die übrigen Reichsstädte hielten die Zeit für gekommen, wie zehn Jahre zuvor ihren Mut an dem, wie sie annahmen, gerade wehrlosen Eberhard zu kühlen, und ihm die Lust zu vertreiben, sie seinerseits anzugreifen. Im Juni 1388 wurde der Verheerungszug nach Württemberg beschlossen, der etwa 12 Tage dauern sollte. Am 7. August brach das Bundesheer von Augsburg auf, namentlich Nürnberger, Rothenburger, Augsburger, Ulmer, zu denen Truppen aus Kaufbeuren, Kempten, Memmingen, Lindau, Constanz kamen. Unter gräßlichen Verwüstungen, mit Sengen und Brennen drangen sie mitten durch Württemberg bis zur Reichsstadt Eßlingen vor; von hier aus ging der Plünderungszug über die Filder nach Weilderstadt. Der Plan war offenbar mit dem Raub auf einem andern Weg zurückzukehren und das Land noch einmal der Quere nach zu verwüsten. In Weil erfuhren aber die Städter, daß die Bauern der benachbarten württembergischen Dörfer sich und ihre Habe in den befestigten Kirchhof des nahen Döffingen geflüchtet haben; um sich diese Beute nicht entgehen zu lassen, bestürmten sie den Kirchhof. Die Stärke des städtischen Heers wird sehr verschieden angegeben; es mögen etwa 4000 Mann gewesen sein, für damals eine beträchtliche Anzahl. Da die eigentlichen Bürger nur verpflichtet waren, eine Tagereise von der Stadt weg die Waffen zu

Digitized by Google

tragen, überwogen unter ihnen vor Döffingen die Bürger von Weilderstadt; sonst bestand das Heer aus in den Dienst der Städte getretenen Edelleuten und aus Söldnern. Es mochte den Städtern nicht schwer scheinen, den Kirchhof zu erstürmen; war er doch nur von einer Mauer mit einem Umgange umgeben und von ungeübten Bauern besetzt, die höchstens mit Schwert, Spieß, Axt oder irgend sonstwie bewaffnet waren. Aber der gehaßte Greiner kam über sie. Rasch und in aller Stille bot er von ritterlichen Lehenleuten und Bauern auf, was er erreichen konnte, rief seine fürstlichen Bundesgenossen, die gerade Heilbronn und Windsheim belagerten, herbei und erschien plötzlich im Rücken der Städter. Das württembergische Heer sammelte sich in dem festen Leonberg und überraschte am 23. August 1388 die Feinde. Voran zog Graf Ulrich; er stieg bei ihrem Anblick sofort vom Pferde und stürmte, der Schmach von Reutlingen eingedenk, den Berg hinan. Der Angriff wird abgeschlagen. Graf Ulrich fällt, mit ihm Graf Heinrich von Werdenberg, Ritter Johann von Rechberg und wohl 50 andere Ritter und Edelknechte. Auch zwischen dem Fußvolk wogte der Kampf hin und her. Dem entmutigten Heere Eberhards, das den Gegnern, wenn nicht an Zahl so doch an Bewaffnung, nachstand, gelang es nicht vorwärts zu dringen, ja schon drohte es zurückzugehen. Da feuerte der Graf, der wohl wußte, was für ihn auf dem Spiele stand, die Seinigen mit lautem Zurufe an, er schlug und trieb sie vorwärts. Die Städter begannen zu weichen; plötzlich kam noch von dem seit sechs Jahren württembergischen Herrenberg her Zuzug für den Grafen. Schrecken ergriff den Feind, der sich von Weilderstadt abgeschnitten sah. Die Franken und Rheinländer wichen zuerst und bald löste sich das Heer in wilder Flucht auf. Eine Menge der Feinde wurde erschlagen oder gefangen. Am schwersten wurde Weilderstadt betroffen: 68 Bürger verlor es in der Schlacht, deren Gedächtnis bis zum Anfang unseres Jahrhunderts jährlich gefeiert wurde, und heute noch kündet ein Grabstein an der dortigen Kirche von dem angesehenen Anselm Reinhart, der zu Döffingen erschlagen worden. Unter den Gefallenen befand sich auch der Städtehauptmann Conrad Besserer von Ulm, dessen Grabschrift in der Familienkapelle des Münsters gleichfalls seinen Tod in dieser Schlacht meldet. Andere Städter wurden gefangen genommen und mußten sich mit schwerem Gelde lösen; so fing der württembergische Ritter Burkard von Ehingen den Weilderstädter Bürger, welcher zu der Belagerung des Kirchhofs geraten hatte, und ließ ihn nicht los, bis ihm derselbe das Dienstgeld bezahlte, das ihm Graf Eberhard schuldete. Im Ganzen betrug

Digitized by Google

der Verlust der Städte etwa 1000 Mann; auf württembergischer Seite soll man mehr als 40 Wagen und Karren mit toten Knechten und Bauern weggeführt haben.

Wichtig ist der Sieg des Greiners nicht sowohl durch das, was die Reichsstädte verloren, als durch das, was Graf Eberhard von Württemberg für sich rettete. Wäre er, der gefürchtetste Feind der Städter, unterlegen, so hätten diese aller Wahrscheinlichkeit nach eine Stellung eingenommen wie die Schweizer nach dem Sieg über Herzog Leopold von Östreich bei Sempach. Die Reichsstädte hätten das Übergewicht bekommen über die Fürstenmacht, und bei ihren nahen Beziehungen zu den Eidgenossen, bei der Schwäche des Reichs, wäre es wohl unausbleiblich gewesen, daß mindestens Schwaben der Eidgenossenschaft sich anschloß. Die Grafen von Württemberg aber wären in eine unbedeutende Stellung herabgedrückt worden.

Mit der Schlacht bei Döffingen, der letzten auf schwäbischem Boden, in welcher das infolge Umgestaltung der Bewaffnung dem Untergange zugehende Rittertum Ruhm gewann, war der Krieg nicht beendet. Aber der Eindruck, den die Niederlage der Städter machte, wirkte entscheidend. So wenig ihnen die Mittel fehlten, neue Söldner zu werben, die der Hauptbestandteil ihrer Heere waren, so hat doch diese Niederlage in einer unerwarteten und sonst so gemiedenen Feldschlacht den Kampfesmut der Städter herabgestimmt. Sie wagten nicht mehr viel aufs Spiel zu setzen und beschränkten sich auf kleinere Unternehmungen. Gegen württembergische Orte zogen nur noch die Eßlinger und die Reutlinger aus, während die Fürsten die Umgegend von Heilbronn verwüsteten.

Die Niederlage der Reichsstädte war für König Wenzel, der im Gefühl seiner Machtlosigkeit eine Zeit lang an Abdankung dachte, Veranlassung, wieder auf die Seite der Fürsten zu treten. Auf dem Reichstag zu Eger, bei welchem auch Graf Eberhard anwesend war, wurde am 5. Mai 1389 ein Landfrieden verkündigt, dem Fürsten, Herren und Städte beitreten sollten und zu dessen Ermöglichung sie ihre verschiedenen Streitigkeiten vorher auszutragen hatten.

Der erste Vergleich, den Graf Eberhard und sein gleichnamiger Enkel schlossen, war der mit der Stadt Eßlingen. Die letztere räumte dem Grafen wieder alle landesherrlichen Rechte ein, die sie zu Obereßlingen, Plochingen und in einigen benachbarten Filderorten an sich gerissen, und verpflichtete sich, die dorther in die Stadt gezogenen Bürger aus dem Bürgerrechte zu entlassen; gleichzeitig wurde verabredet, daß alle nach Eß-

Digitized by Google

lingen eingewanderten württembergischen Leibeigenen, die nicht heimkehrten, ihrer Güter in Württemberg verlustig gehen sollten, ein wichtiger Schritt gegen das von den Grafen so sehr bekämpfte, auch im Egerer Landfrieden verbotene Pfahlbürgertum. Bald folgte ein Ausgleich mit Reutlingen: Württemberg behielt das mit dem Besitz von Achalm verbundene Schultheißenamt in der Reichsstadt, diese das Recht, ihre Schweine in den Schönbuch zu treiben. Im August 1391 kam es sogar zu einem förmlichen Bündnis mit Eßlingen, indem beide Teile sich verpflichteten sechs Jahre lang gegen einander stille zu sitzen und die Feinde des andern nicht zu hausen, zu hofen oder sonst zu unterstützen; bei Streitigkeiten sollte ein Schiedsgericht, womöglich zu Untertürkheim zusammentreten; Prozesse der Unterthanen sollten vor dem zuständigen Gerichte des Beklagten geführt werden. Schon vor diesem Bündnis hatten sich die Grafen auch mit Ulm ausgesöhnt.

Noch einmal zog Graf Eberhard der Greiner ins Feld, als ein von der Stadt Hagenau geschädigter elsäßischer Edelmann ihn und den Markgrafen Bernhard von Baden zu Hilfe rief; es kam aber nur zum Abfangen von Einwohnern und Frachtwagen der Stadt (1390).

Am 15. März 1392 schloß der greise Eberhard sein Leben. Von seinen Feinden ist er viel gescholten worden; namentlich die Reichsstädte waren schlecht auf ihn zu sprechen. Ein späterer Schriftsteller hat ihn einen frischen freien Katzbalger und Kriegsmann genannt, ohne damit sein Wesen völlig zu kennzeichnen. Richtig ist, daß er sich mit seinen Feinden unter dem Adel und mit den Städten vielfach herumschlug; aber jene hatten ihn im friedlichen Bade überfallen, diese verheerten sein Land bei jeder Gelegenheit; auch als er sie bei Döffingen aufs Haupt schlug, waren sie auf einem Raubzug begriffen. Eberhard der Greiner war ein tapferer, streitbarer Fürst, aber seine Streitigkeiten waren hervorgerufen durch die Auflösung der Ordnung im Reiche und das Bestreben der Reichsstädte, sich eine übermächtige Stellung zu Ungunsten des Landesherrn zu verschaffen. Graf Eberhard kämpfte mit Nebenbuhlern, die auch von der Reichsgewalt häufig als Feinde betrachtet wurden; nur einmal ist er mit dem Kaiser selbst im Kriege zusammengestoßen, als er sein Auge über die Dinge in Schwaben hinaus erhob und auf die künftige Königswahl einzuwirken versuchte. Daß er, wo er konnte, die Reichsstädte drückte, ist bei der gegenseitigen Spannung leicht erklärlich. Darin übertraf er noch seine Vorfahren. Aber während Eberhard der Erlauchte mehr den Eindruck eines gewaltthätigen Haudegens macht, der mit jedermann anband,

Digitized by Google

hat die Dichtung Uhlands nicht mit Unrecht den Greiner als reckenhafte Heldengestalt aufgefaßt und in ihm die schönsten Züge aus Sage und Geschichte seiner Zeit vereinigt. Eberhards Thatkraft war mit Weisheit verbunden: er war es, der das erste württembergische Hausgesetz über die Unteilbarkeit des Landes ins Leben rief und die Gerichtseinheit desselben schuf. Sein kirchlicher Sinn zeigte sich darin, daß er sich und seiner Gemahlin vom Papste das Recht geben ließ, einen tragbaren Altar weihen und sich auf dem Sterbebette völligen Ablaß erteilen zu lassen. Die letztere Gnade knüpfte der Papst übrigens an die Bedingung, daß der Graf jetzt Gewänder tragen müsse, die bis zu den Knieen gehen, ein Beweis, daß sich Eberhard über die Sitte seiner Zeit keck lich hinwegsetzte.

Wir haben schon gesehen, wie Eberhard zugleich mit seinem Bruder bedeutende Erwerbungen machte; nachher gewann er durch Kauf von den Herzogen von Teck die zweite Hälfte Kirchheims, von den Pfalzgrafen von Tübingen Burg und Stadt Herrenberg, ferner Ebingen, Tuttlingen, Murrhardt, sowie die teilweise seinem Hause verloren gegangene Vogtei über die Klöster Ellwangen, Adelberg und Lorch. Außer den ebenso kauflustigen Herzogen von Östreich machte ihm niemand mehr die friedliche Ausdehnung der Grenzen Württembergs streitig. Vom Kaiser erhielt der Graf 1374 das Recht, eigene Heller zu schlagen.

Digitized by Google

IV. Abschnitt.

Von Graf Eberhard dem Milden bis zur Teilung des Landes zwischen den Grafen Ludwig dem Älteren und Ulrich dem Vielgeliebten.

1392—1441.

Da Graf Ulrich, der einzige Sohn des Greiners, bei Döffingen gefallen war, folgte sein Enkel Eberhard der Milde (1392—1417) in der Regierung, ein Sohn von Elisabeth, der Tochter Kaiser Ludwigs des Bayern, vermählt seit 1380 mit Antonia Visconti von Mailand.

Am 17. Juni 1392 bestätigte König Wenzel zu Prag dem Grafen alle Rechte an Herrschaften, Grafschaften, Festen, Städten, Schlössern, Lehenschaften, Pfandschaften, Vogteien, Münz, Zoll, Land und Leuten, Wildbännen, Gerichten, die seine Vorfahren sich erworben. Um gleich den letzteren auch ritterlichen Ruhm zu gewinnen, beteiligte sich Graf Eberhard noch in demselben Jahre mit 50 Gleven an der Belagerung der in die Reichsacht gefallenen Stadt Straßburg und im folgenden mit einer noch größeren Schar an dem Heereszug, der zur Unterstützung des Deutschordens bis über die Memel vordrang.

Um diese Zeit veranlaßte die Schwäche des Königtums wieder neue Bündnisse. Eine größere Zahl von Städten schloß sich unter der Führung von Ulm zusammen und ließ sich mit den Herzogen von Östreich, welche König Wenzel verdrängen wollten, in eine enge Verbindung ein. Da auch Graf Eberhard Dienstgelder von Östreich annahm, kam er zu den Städten in freundschaftliche Beziehungen. Dies hinderte zwar nicht, daß er mit Rottweil in Streit geriet und gegen die Bodenseestädte mit Mark-

Digitized by Google

graf Bernhard von Baden einen Kampf bestand. Aber bei der wichtigsten Fehde, die er auszumachen hatte, derjenigen mit den Schleglern, standen die Städte auf seiner Seite. Besser als bei den letzteren war es dem Landesherrn bei dem Adel gelungen, ein Abhängigkeitsverhältnis herzustellen; um die Selbständigkeit wieder zu gewinnen, bildete sich seit 1393 in Schwaben und am Rhein eine Adelsgesellschaft, nach ihrem gemeinsamen Abzeichen die Schlegler genannt. Im Sommer 1395 warfen namentlich Herren von Gültlingen, Enzberg, Stein, Geroldseck bewaffnete Haufen in die festen Orte Neuenbürg, Berneck, Heimsheim und Schenkenzell. Graf Eberhard von Württemberg machte sich auf, sie anzugreifen, um so mehr als die von Schenkenzell sein Land und die Stadt Rottweil schädigten. In das ihnen gehörige Schloß Heimsheim hatten sich drei Hauptleute oder Könige der Schlegler geworfen, Wolf von Stein, Reinhard und Friedrich von Enzberg. Mit diesen ihm am nächsten gelegenen Gegnern machte Eberhard den Anfang. Nahe bei der wohlbefestigten Stadt stand eine Mühle, zwischen beiden lag Stroh in großen Haufen aufgestapelt; in die Mühle rannte ein Edelknecht mit einer Armbrust und schoß mittelst glühender Pfeile das Stroh in Brand, um durch den gerade günstigen Wind das Feuer in die Stadt tragen zu lassen. Dies gelang (24. September 1395); die Schlegler flohen bis auf sechs, darunter die drei Könige, welche in die Gefangenschaft Eberhards fielen, aber bald gegen eine Verschreibung wieder los gelassen wurden; Burg und Stadt wurden gebrochen. Später bemächtigte sich der Graf noch weiterer Edler und bekämpfte die Gesellschaft auch in der Kocher- und Jagstgegend. Zur völligen Unterdrückung der Schlegler und namentlich auch des von ihnen geübten Straßenraubs traf Eberhard nebst Östreich und den verbündeten schwäbischen Städten mit rheinischen Fürsten die Verabredung gegenseitiger Unterstützung, wobei er im Namen seiner bisherigen Genossen zu handeln hatte. Deshalb war auch er es, der im Februar 1396 zu Pforzheim einen Waffenstillstand abschloß, welcher zu dem Brackenheimer Frieden vom 6. April führte. Die Schlegler lösten sich auf, erhielten aber alles zurück, was ihnen abgenommen worden war, freilich vielfach in Trümmer verwandelt.

Auch nach der Niederwerfung der Schlegler war Eberhard für den Schutz der Ordnung und des Friedens thätig. Da in Schwaben viele böse Münzen im Umlauf waren und vom König nicht so bald zu erwarten war, daß er eine Abhilfe treffe, verglichen sich Östreich, das Bistum Augsburg, Graf Eberhard von Württemberg und die Grafen von Öttingen mit den Reichsstädten Ulm, Gmünd und Eßlingen 1396 dahin,

Digitized by Google

daß sie wenigstens eine einheitliche Münze [1]) — Württemberg in Stuttgart und Göppingen — prägen wollten. Mit den beiden erstgenannten und mehreren anderen ober- und niederschwäbischen Reichsstädten stand der Graf auch in einem Schutz- und Trutzbündnisse, das jene verpflichtete, ihm im Notfalle 30 Spieße zur Verfügung zu stellen; einige Monate nach der Münzübereinkunft schloß sich Eßlingen an mit weiteren 3 Spießen; bald kam auch Reutlingen dazu.

Diese Bündnisse waren um so wertvoller, als jetzt zu dem Streite der beiden Päpste auch wieder ein solcher von zwei Königen kam. Seit 1399 gingen einflußreiche Fürsten mit der Absetzung des unfähigen Wenzel um; 1400 schloß sich ihnen Graf Eberhard an. Wahrscheinlich nur um ihn zu gewinnen, nannten die zunächst beteiligten Fürsten unter den Häusern, aus denen der neue König genommen werden könnte, neben den ihrigen auch das württembergische. Am 21. August wurde Ruprecht von der Pfalz zum Könige gewählt. Eberhard erkannte ihn an, ließ sich von ihm seine Rechte bestätigen und leistete ihm bei Verhandlungen und im Felde Dienste. Mit dem gleichfalls auf der Seite Ruprechts stehenden Bischof Wilhelm von Straßburg hielt Graf Eberhard gute Freundschaft, besonders zum Schutze der vom Rhein nach dem Schwarzwald führenden Straßen; mit dem näheren Nachbar, dem Markgrafen Bernhard von Baden, blieben trotz mehrfacher Einungen Reibereien nicht aus. Als daher im Frühjahr 1403 König Ruprecht den Bischof Wilhelm und den Grafen Eberhard beauftragte, den Markgrafen zur Aufgabe eines Bündnisses mit dem ehrgeizigen Herzog Ludwig von Orleans und zur Abstellung widerrechtlich eingeführter Zölle zu zwingen, waren jene gerne bereit, in Baden einzufallen. Sie verwüsteten es in den ersten Tagen des April und eroberten einige Schlösser, so daß der Markgraf bald zum Frieden bereit war. Während des Krieges erhielt das Kloster Herrenalb, das den badischen Angriffen so sehr ausgesetzt war, von König Ruprecht die Erlaubnis, sich mit Mauern, Türmen und Gräben zu versehen.

Bald aber verband die gemeinsame Abneigung gegen den die Reichsgewalt thatkräftig handhabenden König Ruprecht Eberhard wieder mit dem Markgrafen. Im Verein mit dem selbstsüchtigen Ränkeschmied Kurfürst Johann von Mainz schlossen die beiden mit der Stadt Straßburg und

---

[1]) 1 Pfund 4 Schillinge Heller sollten auf einen ungarischen, 1 Pfund 3 Schillinge auf einen rheinischen Gulden gehen. 1 Pfund Heller entsprach damals im Gehalte heutigen 4 ℳ 92 ₰.

Digitized by Google

17 schwäbischen Reichsstädten, worunter Ulm, Reutlingen, Gmünd, Ravensburg, Biberach, am 14. September 1405 den Marbacher Bund, zunächst zur Aufrechthaltung des Landfriedens und Schutz von Handel und Wandel, zugleich aber auch zur Abwehr ungerechter Schädigung durch den König. Im Kriegsfall sollten Württemberg 8, Baden 6, Straßburg 9, die schwäbischen Reichsstädte 16 Spieße [1]) einander zu Hilfe schicken; von Württemberg war die Hilfe in Stuttgart, von den Reichsstädten in Ulm zu verlangen. Sämtliche festen Plätze der Verbündeten standen gegenseitig als Stützpunkte für den Krieg offen. Die Verbündeten unterließen zwar nicht, den König von dem Abschluß ihres Vertrages zu benachrichtigen und hervorzuheben, daß derselbe nur zum Frieden dienen solle; es gelang ihnen aber nicht, den wohlbegründeten Verdacht Ruprechts, daß der Bund gegen ihn gerichtet sei, zu beseitigen, um so weniger, als derselbe sich bald durch den Beitritt weiterer Fürsten und Städte verstärkte. Auch eine Verhandlung auf einem Reichstag zu Mainz (Januar 1406), zu der sich Eberhard persönlich einfand, führte zu keinem Ziele. Doch kam es nicht zum Bruch mit dem Könige, obgleich der abgesetzte Wenzel dem Grafen große Summen für seine Unterstützung bot.

Als Bundesgenosse Östreichs beteiligte sich Eberhard an den Kämpfen gegen die Appenzeller, welche damals ihre Unabhängigkeit vom Kloster St. Gallen errangen und sich auf Östreichs Kosten ausdehnten (1408). Des Grafen Beziehungen zu Östreich und zu Baden veranlaßten wegen eines Streites der beiden den Zusammentritt eines Schiedsgerichtes zu Stuttgart (1409); wie er denn überhaupt, namentlich auch im Streite der zollerischen Brüder, häufig um Vermittlung angegangen wurde.

Als König Ruprecht starb (1410), trat Graf Eberhard auf die Seite Sigmunds, dessen Nichte Elisabeth, Burggräfin von Nürnberg, er nach dem Tode seiner ersten Gemahlin geehelicht hatte, [2]) und erhielt von diesem den Auftrag, mit einigen anderen Fürsten bis zu seiner Ankunft für die Sicherheit der Straßen und den Schutz der Reichsstädte besorgt zu sein. Der Auftrag mußte ihm um so willkommener sein, als er selbst durch Erneuerung und Ausdehnung von Bündnissen für den Landfrieden in seiner Gegend wirkte, während es dem König trotz mehrfacher Anläufe

---

[1]) Zu einem Spieß werden hier ausdrücklich neben dem Ritter ein gewappneter Knecht und 2 weitere Pferde gerechnet.

[2]) Am 27. März 1410 wurde dieselbe dem Abt Siegfried von Ellwangen als Stellvertreter des Grafen mittelst Ringwechsels angetraut.

Digitized by Google

nicht gelang, einen allgemeineren zu stande zu bringen. So verband er sich mit der Pfalz zu gegenseitiger Hilfeleistung und trat mit Eßlingen in eine Einung (1410), die ihn verpflichtete, bei Freveln gegen die Reichsstadt die Thäter durch seine Amtleute von einem Mittag bis zum nächsten verfolgen zu lassen, seine Städte, Festen und Schlösser zum Schutze der Eßlinger zu öffnen, bei Angriffen auf sie mit 200 Mann herbeizueilen, ihnen sein Geschütz zur Verfügung zu stellen und sie überhaupt mit Rat und That zu unterstützen. Von Beziehungen zu seinen Nachbarn ist noch hervorzuheben, daß auch er das Kloster Adelberg vom Durchgangszoll, namentlich zu Schorndorf, befreite. Einige Orte Württembergs standen in nur zu lebhafter Verbindung mit Auswärtigen, so daß sich der Graf, wie früher sein Großvater, veranlaßt sah, von ihnen einen besonderen Treuschwur zu fordern.

Eine Beteiligung Eberhards an dem Konstanzer Konzil ist nicht sicher beglaubigt, aber um so wahrscheinlicher, als seine Gemahlin sich der Königin Barbara anschloß, die mit König Sigmund dorthin durch Württemberg reiste. Während das Konzil noch tagte, starb der Graf am 16. Mai 1417 zu Göppingen, wo er den Sauerbrunnen gebrauchte. Sein unerwarteter Tod hat zu allerlei Sagen Anlaß gegeben. Die Beisetzung erfolgte in Stuttgart mit großer Feierlichkeit; auch im Dome zu Konstanz wurde ein Trauergottesdienst veranstaltet.

Eberhard vermehrte sein Land durch den Kauf der Feste und Herrschaft Schalksburg mit der Stadt Balingen, ferner namentlich der Reste von den Städten Bietigheim und Murrhardt, der Burgen Neckartenzlingen und Rechtenstein, mehrerer zollerischer Orte, wie Mössingen und Belsen. Dagegen trat er den ihm von Östreich überlassenen Pfandbesitz der Herrschaften Sigmaringen und Veringen an einen Grafen von Werdenberg ab und mußte sogar vorübergehend zur Verpfändung eigener Landesteile schreiten. Denn er liebte es offenbar, den Glanz seines Hauses auch durch äußere Pracht zu vermehren.

Graf Eberhard der Milde war, vielleicht schon aus äußeren Gründen — man nannte ihn früher auch den Feisten — mehr ein Mann der Verhandlungen als des Schwertes. Als solcher hat er es trefflich verstanden, eine entscheidende Stellung in Schwaben einzunehmen. Neben dem Ansehen, das seine Vorfahren dem Hause errungen hatten, genoß er die Vorteile reicher Beibringen und gewichtiger Familienverbindungen. Mußte das Bestreben noch seines Großvaters darauf gerichtet sein, die württembergische Herrschaft gegen grundsätzliche Feinde zu sichern und fest-

Digitized by Google

zustellen, so konnte Eberhard der Milde das Gewicht einer allgemein anerkannten Macht in die Wagschale legen und auch in Fragen der großen Politik sich mehr Geltung verschaffen. Auf ihn, nicht auf seinen gleichnamigen Sohn, bezieht sich vielleicht die Erzählung des späteren Papstes Pius II., daß ihn König Sigmund zum Dank für seine Verdienste mehrmals habe in den Fürstenstand erheben wollen, daß er aber vorgezogen habe, ein großer Graf statt ein kleiner Fürst zu sein.

Graf Eberhard der Jüngere (1417—1419), dessen Geburt den Greiner bei dem Verluste Ulrichs in der Döffinger Schlacht getröstet haben soll, folgte als einziger Sohn dem Vater. Der letztere hatte ihn schon im neunten Lebensjahre (1397) mit Henriette, der Erbin der Grafschaft Mömpelgard und einiger benachbarter Herrschaften, verlobt, so daß er noch zu Lebzeiten desselben, seit 1409, die erheirateten Lande regierte. Da ein Teil dieser Herrschaften Lehen von Burgund war, trat Graf Eberhard mit dem Herzoge Johann dem Unerschrockenen in Beziehung; wohl wegen des Reichslehens Mömpelgard führte er dem Könige Sigmund, der vom Constanzer Konzil weg zu Verhandlungen mit dem Gegenpapst Benedikt XIII. und König Ferdinand von Aragonien nach Perpignan (Ostpyrenäen) reiste, im Sommer 1415 eine stattliche Reiterschar zu, kehrte aber von dort wieder um, während der König sein vergebliches Friedenswerk auch in England fortsetzte. Nach des Vaters Tod empfing Graf Eberhard von König Sigmund die Reichs-, von König Wenzel die böhmischen Lehen.

Dem Beispiele seines Vaters folgend nahm sich Eberhard der Jüngere der Streitigkeiten an, welche zwischen den Grafen Friedrich dem Öttinger von Zollern und seinem Bruder Eitelfritz über ihren beiderseitigen Besitz entstanden waren. Eine Aussöhnung der feindlichen Brüder gelang übrigens nicht. In diese Streitigkeiten hinein fiel eine Fehde des Grafen Friedrich mit dem Pfalzgrafen Otto, welchem damals die Herrschaft Wildberg im Schwarzwalde gehörte. Der Graf brach, von Graf Eberhard von Württemberg, dessen Dienstmann er geworden, und den Herren von Geroldseck unterstützt, in diese Herrschaft ein, was den Pfalzgrafen 1418 zur Belagerung der Stadt Sulz veranlaßte. Doch schloß Württemberg noch vor Zollern Frieden.

Mit den Reichsstädten stand Graf Eberhard in freundlichem Verhältnisse und schloß namentlich mit Ulm und Eßlingen Schutzverträge. Die letztere Stadt wurde dadurch begünstigt, daß die württembergischen Unterthanen die Erzeugnisse ihrer Felder und ihrer Gewerbe, auf welche dieselbe sehr angewiesen war, frei dahin ausführen durften.

Digitized by Google

Kaum 31 Jahre alt starb Eberhard der Jüngere nach zweijähriger Regierung. Am 2. Juli 1419 raffte ihn zu Waiblingen eine weitverbreitete Pest weg. Er hinterließ eine Tochter und zwei unmündige Söhne Ludwig und Ulrich.

Es gelang seiner herrschsüchtigen Witwe Henriette (1419—1426), die Vormundschaft an sich zu bringen. Ihr zur Seite stand ein Vormundschaftsrat von etwa 30 Mitgliedern, worunter Abt Sigfried von Ellwangen, Herzog Ulrich von Teck, einige benachbarte Grafen und württembergische Dienstmannen. Bald traten an deren Stelle wenige Statthalter. Die Seele der Regierung blieb die Gräfin. Eine bedeutende Unterstützung verschaffte sich Henriette, indem sie schon am 25. November 1419 ihren achtjährigen Sohn Ludwig mit Mechtilde, der Tochter des Pfalzgrafen Ludwigs des Bärtigen verlobte, ebenso im folgenden Jahre ihre zwölfjährige Tochter Anna mit Graf Philipp von Katzenellenbogen. Bei der Belehnung der Gräfin durch König Sigmund wurde zum ersten Male ein Verzeichnis der Lehen und Eigengüter des württembergischen Hauses verlangt. Obgleich man über die Eigenschaft manchen Besitzes selbst nicht mehr klar war, stellte man folgende Liste zusammen:

Reichslehen: die Grafschaft zu Württemberg mit den Städten Stuttgart, Cannstatt, Leonberg, Waiblingen, Schorndorf; der Zoll zu Göppingen; die Grafschaft zu Aichelberg mit der Stadt Weilheim und der Vogtei zu Jesingen; das Herzogtum Teck mit den Städten und Schlössern Kirchheim, Owen, Gutenberg, Wielandstein, Hahnenkamm; die Grafschaft Neuffen mit der Stadt Neuffen; die Grafschaft Urach mit der Stadt Urach, Wittlingen, Münsingen; die Pfalzgrafschaft zu Tübingen mit den Städten Tübingen, Herrenberg, Böblingen, Sindelfingen und mit dem Schönbuch; die Grafschaft Calw mit der Stadt Calw, Wildbad (Teinach?), Zavelstein; die Grafschaft Vaihingen mit den Städten Vaihingen, Riexingen, Horrheim, Haslach; die Herrschaft Magenheim mit der Stadt Brackenheim; die Stadt Markgröningen, ein Fahnenlehen vom Reich; die Grafschaft Asperg; die Herrschaft Horburg und die Grafschaft Witkisau mit der Stadt Reichenweier (im Elsaß) und der Feste Sponeck (im Breisgau); die Herrschaft Waldhausen (OA. Welzheim); die Herrschaft Nagold mit den Städten Nagold und Haiterbach; die Herrschaft Irslingen mit der Stadt Rosenfeld; die Grafschaft Sigmaringen mit der Stadt Sigmaringen; die halbe Herrschaft Hornberg (wohl das jetzt badische) mit der Hälfte der Stadt Hornberg und mit der einen Feste daselbst.

Böhmische Lehen: Neuenbürg, Beilstein, Lichtenberg, Bottwar.

Digitized by Google

Eigengüter: Tuttlingen, Nürtingen, Grötzingen, Waldenbuch, Lichtenstein, Leofels, Schiltach, Dornhan, Fautsperg, Gartach, Güglingen, Lauffen, Backnang, Winnenden, Marbach, Göppingen, Schülzburg, Hunderfingen, Sternenfels, Bilstein (bei Reichenweier), Ramstein (bei Schlettstadt), Ebersberg, Reichenberg, Waldenstein (OA. Welzheim), Bittenfeld, Hoheneck, Schalksburg, Balingen, Blankenhorn, Bietigheim, Blankenstein, halb Rechtenstein, Ingersheim, Ebingen, Veringen, Achalm, Hohenstaufen, Lauterburg, Rosenstein, Gundelfingen, Oberndorf mit der Burg Wasseneck.

Daraus, daß außer den Festen nur Städte aufgeführt sind, ergiebt sich, daß die kleineren Ortschaften als bloße Zugehörden zu diesen betrachtet wurden, daß also die Stadt schon als Mittelpunkt eines Amtes erscheint, eine Einteilung, welche diejenige nach Grafschaften und Herrschaften bald ganz verdrängt hat.

Mömpelgard hatte die Gräfin für sich behalten; im Lande selbst mußten ihr Stadt und Schloß Tübingen, Schloß Nürtingen und zahlreiche Einkünfte zur Nutznießung überlassen werden.

Auch die vormundschaftliche Regierung erneuerte die Einungen mit den benachbarten Reichsstädten, namentlich mit Eßlingen, und wußte sich mit denselben gut zu vertragen, ein großer Vorteil für sie bei den hitzigen Kämpfen, die bald ausbrachen. Der erste galt den Edlen von Geroldseck, Herren der Stadt Sulz, die einem württembergischen Dienstmann sein Recht nicht widerfahren ließen. Die an sich geringfügige Sache gewann dadurch an Bedeutung, daß auf Seite der Geroldsecker Graf Friedrich der Öttinger von Zollern stand, derselbe, den wenige Jahre zuvor Graf Eberhard von Württemberg im Verein mit jenen gegen den Pfalzgrafen Otto unterstützt, der sich aber mit Eberhards Witwe gründlich überworfen hatte. Ihm folgten mehr als sechzig Ritter und Edle. Auf der anderen Seite leisteten die schwäbischen Reichsstädte, wie Ulm, Rottweil, Gmünd, Biberach, Weil, Leutkirch, Giengen, Aalen, Reutlingen und gegen hundert Ritter und Edle Württemberg Beistand, so daß ein sehr großes Heer aufgebracht wurde. Die mannhafte Gräfin zog selbst mit ins Feld; im September 1420 wurde Sulz und die nahe dabei gelegene Feste Alpeck belagert. Die Stadt mußte sich schon im November ergeben. Das Heer ging nach Hause; sonst wäre es der Besatzung von Alpeck nicht gelungen, Streifzüge bis nach Lorch hinüber auszuführen. Ein Friedensschluß kam erst im Januar 1423 zu stande, als schon in einem zweiten Kriege die Macht des Grafen Friedrich von Zollern gebrochen war. Die Geroldsecker mußten gegen jährliche 300 Gulden in den Dienst Württembergs treten und ihm das Öffnungs-

Digitized by Google

recht in Sulz und Alpeck, den Besitz des vierten Teiles von Sulz und den Vorkauf für den Rest einräumen.

Nach dem Falle von Sulz hatte sich der Graf von Zollern auf seine Burg Hohenzollern zurückgezogen und hörte nicht auf, die Stadt Rottweil, mit der er schon längere Zeit Streit hatte, zu schädigen. Gütliche Schritte hatten keinen Erfolg; auch eine württembergische Gesandtschaft wurde von ihm mit Spottreden heimgeschickt. Das Rottweiler Hofgericht hatte den Grafen, freilich bis jetzt ohne Erfolg, schon mehrfach geächtet; König Sigmund war ihm feindlich gesinnt; jetzt erklärte ihm der Städtebund den Krieg und Württemberg nahm an demselben eifrigen Anteil. Im Mai 1422 schickte Rottweil, als die meistbeteiligte Stadt, den Absagebrief; kurz darauf begann die Einschließung des Hohenzollern. Das württembergisch-reichsstädtische Heer war wieder recht zahlreich, wenn auch eine genauere Angabe bei der regelmäßigen Übertreibung unserer Quellen nicht möglich ist. Aus Württemberg war namentlich das Amt Balingen aufgeboten; daß Gräfin Henriette auch diesmal persönlich teilgenommen habe, ist unwahrscheinlich. Droben auf der für uneinnehmbar geltenden Feste lag ein kleines Häuflein von Getreuen des Öttingers; da dieselbe mit Waffen und Lebensmitteln reichlich versehen war, meinte der letztere, außer Gott werde niemand im stande sein, sie ihm abzugewinnen.

Der Beginn der Belagerung schien ihm Recht zu geben. Nach der herkömmlichen wochenlangen Bedenkzeit wegen etwaiger Übergabe trieb das mehrere Male abgelöste Heer am Fuße des Hohenzollern allerlei Kurzweil. Doch rückten die Geschütze und Wurfmaschinen der Burg immer näher, wobei namentlich Graf Eitel Friedrich von Zollern, den der Bruder daraus vertrieben hatte, die schwächsten Punkte derselben angab; die Rottweiler und Balinger versuchten sogar unter dem Schutze von aus Zweigen geflochtenen Dächern einen Sturm. Der herannahende Winter brachte einen neuen Stillstand, aber nicht den von dem Öttinger erwarteten Abzug der Belagerer. In der Hoffnung, irgendwo Hilfe zu finden, schlich sich der Graf am Schluß des Jahres mit seiner Geliebten und einigen Knechten an den Feinden vorbei und entkam. Die Geliebte, eine schöne Steinlacherin, welche die Sage verherrlicht hat, versuchte bald darauf, den Belagerten bei Nacht Pulver zuzutragen, wurde aber dabei gefangen genommen. Der Graf selbst kehrte nicht zurück. Als im Frühjahr die Belagerung wieder nachdrücklicher aufgenommen, Vorwerk um Vorwerk besetzt und auf einem derselben ein hoher Turm aufgeführt wurde, mußte sich die Besatzung, auf etliche 30 Mann zusammengeschmolzen, ergeben. Die Burg wurde ge-

Digitized by Google

plündert und zerstört. Der flüchtige Öttinger kam später noch einigemal mit Württemberg in Zwiespalt. Längere Zeit verschwindet er, man sagt auf Veranlassung der Gräfin Henriette in einem mömpelgardischen Gefängnis; damit hängt die weitere Sage zusammen, daß ihm jene gezürnt, weil er ihre Anträge abgewiesen. Das erstere ist nicht zu beweisen und gegen letzteres spricht schon die Thatsache, daß der Graf damals verheiratet war. Seinen Tod fand er auf einer Pilgerfahrt. In den Besitz Zollerns gelangte der Bruder Eitel Friedrich, der am 12. Mai 1429 mit den Söhnen der Gräfin Henriette einen Vertrag abschloß, wonach seine Grafschaft bei Aussterben des Mannstamms an Württemberg fallen sollte.

Noch in einen weiteren, langwierigen Krieg wurde das Land unter der vormundschaftlichen Regierung verwickelt. Wieder waren es Klagen von Städten, diesmal der breisgauischen, gegen Markgraf Bernhard von Baden, welche die württembergischen Statthalter neben Pfalz und Speier zum Anschluß an das breisgauisch-elsäßische Bündnis und 1424 zum Kampfe mit dem wegen Ausdehnung seiner Macht angefeindeten Markgrafen trieben. Ein großer Teil Badens wurde schrecklich verwüstet; nach wenigen Wochen sah sich jener zum Frieden gezwungen, der allerdings den Städten gegenüber nicht von Dauer war. Auch an kleineren Fehden fehlte es nicht; so mußte die Abtei Ellwangen, die sich 1419 wieder unter württembergischen Schutz gestellt hatte, gegen Übergriffe benachbarter Ritter geschützt werden, während die Schädigung einer Kirche durch württembergische Lehenleute vorübergehend zur Verhängung des Interdikts über das Land führte.

Da Graf Ludwig 1426 als vierzehnjährig mündig wurde, trat Henriette von der Vormundschaft zurück. Noch später fand sie Gelegenheit für ihre Söhne Regierungshandlungen auszuüben; so richtete an sie König Sigmund 1431 den Befehl, das Kloster Königsbronn zu schützen. Doch überwarf sie sich mit den Söhnen, namentlich weil sie ihre Tochter in ihrer letztwilligen Verfügung bedeutend bevorzugte. Der Streit wurde so hitzig, daß jene die Mutter eine Zeit lang in Nürtingen einsperren ließen. Nachdem die Grafen sich die Erbfolge in Mömpelgard gesichert, entließen sie Henriette dahin und hier starb sie dann auch am 14. Februar 1444.

Graf Ludwig der Ältere (1426—1450) trat die Regierung an zu der Zeit, da die Hussitenkriege den Reichsständen beträchtliche Opfer auferlegten und die allgemeine Zerfahrenheit deutlich genug offenbarten. Württemberg hatte nach dem Reichsanschlag ständig nur 80 Reiter zu

Digitized by Google

stellen, so viel wie das Herzogtum Lothringen, das Doppelte von Baden; sie haben als Teil des Reichsheers schmähliche Niederlagen erlitten. Graf Ludwig empfand das Schimpfliche der Stellung des Reiches und erbot sich, seine gesamte Ritterschaft sowie den vierten Teil seiner Bürger und Bauern ins Feld zu schicken. Als 1431 zum letzten Mal ein Reichstag den Versuch machte, eine stärkere Macht auf die Beine zu bringen, rüstete Graf Ludwig statt der verlangten 400 Reiter mehr als die doppelte Anzahl aus, was freilich deren Abmarsch so sehr verzögerte, daß dieselben erst unmittelbar nach der Niederlage des Kreuzheeres auf dem Kriegsschauplatz eintrafen.

Noch während der Hussitenkriege hatte Ludwig eine Fehde zu bestehen, wie sie bei dem Mangel jeder oberrichterlichen Gewalt an der Tagesordnung war, die aber durch das Zusammentreffen verschiedener Umstände eine größere Ausdehnung gewann. Am 29. April 1429 starb nämlich zu Schorndorf die Stiefmutter des Vaters von Ludwig, Elisabeth, mit Hinterlassung beträchtlicher Schulden. Einer ihrer Dienstmannen, Friedrich Bock von Staufenberg, hatte 30 Gulden und den Wert eines abgängig gewordenen Pferdes anzusprechen; weil er nicht sofort befriedigt wurde, fiel er, von Wilhelm von Schauenburg unterstützt, zweimal in Württemberg ein und brachte den Raub nach der Schauenburg in Sicherheit. Da bald darauf diese Raubritter auch einen Straßburger Bürger tödteten, schloß Graf Ludwig mit Straßburg einen Vertrag zu gemeinsamer Belagerung der Burg (August 1432). Er selbst verpflichtete sich, mit 200 Reitern, 400 Fußknechten mit Armbrusten und Handbüchsen, 200 guten Knechten mit Hauen und Schaufeln, 2 großen und 4 kleineren Büchsen, mit Pulver, Steinen und Zugehör sich zu beteiligen. Es ist für jene Zeit ganz bezeichnend, daß nach Ausbruch der Fehde die Werkmeister des Grafen erst Steine zu Kugeln suchen mußten und daß die Aufstellung des Heeres der Abmachung nicht entsprach: am 13. August kamen 30 Pferde, 22 Schützen und 50 Knechte mit Äxten und Harnisch unter Führung des Vogts von Nagold, zwei Tage darauf 52 redliche Gesellen mit Panzern und Eisenhüten, später Graf Eitelfritz von Zollern, damals oberster württembergischer Hauptmann, mit 200 Pferden, 40 Knechten mit guten Handbüchsen, 150 Knechten mit Armbrusten, 200 wohlgewaffneten Knechten mit Spießen und Äxten; dazu die Geschütze, deren Herbeischaffung über den Schwarzwald schwere Mühe gekostet hatte. Bei der Beschießung wollten die Straßburger Kisten mit gepulvertem ungelöschtem Kalk in die Burg werfen, was aber die württembergischen Hauptleute als unritterlich

Digitized by Google

durch Drohung mit Abzug verhinderten. Graf Ludwig fand sich persönlich bei der Belagerung ein; da aber der Bischof von Straßburg und der Markgraf von Baden auf Abschluß des Friedens drangen, versöhnten sich im September die Gegner.

Gleichfalls während des Reichskriegs gegen die Hussiten setzte Graf Ludwig die Politik seiner Vorgänger fort, indem er durch Abschluß von Bündnissen wenigstens für kleinere Gegenden den Landfrieden unterstützte. War er darauf angewiesen, das gute Einvernehmen mit den benachbarten Reichsstädten zu pflegen, so unterließ er auch nicht, sich von den Fürsten und Rittern, die zur Gesellschaft des Georgenschilds zusammengetreten waren, in dieselbe aufnehmen zu lassen. Der Bund, welcher schon die 3 Kantone im Hegau, in Oberschwaben an der Donau und in Niederschwaben an der Donau umfaßte, verpflichtete seine Angehörigen nicht nur, Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht austragen zu lassen und sich in der Verfolgung von Verbrechen zu unterstützen, sondern auch bei anerkannt gerechten Fehden einander bewaffnete Hilfe leisten. Württemberg hatte zu bloßen Streifzügen die Hilfe von 10 Edeln mit 60 Pferden zu beanspruchen und mußte seinerseits den Verbündeten auf ihr Verlangen seine Büchsen und Werkleute leihen; zu Belagerungen war besondere Übereinkunft über das Aufgebot vorbehalten.

Dem Zwecke dieser Bündnisse entsprach es, daß Graf Ludwig die Bemühungen König Sigmunds um Unterdrückung des Fehdeunwesens unterstützte. Deshalb bestellte dieser 1432, als er auf dem Zuge zur Kaiserkrönung begriffen war, Graf Ludwig von Württemberg zum Beistand seines Statthalters, des Herzogs Wilhelm von Bayern, da er überzeugt sei, daß jenem die unredlichen Kriege und die Räubereien auch zuwider seien.

Die Haltung Ludwigs billigte sein 1433 zur Mitregierung gelangter Bruder Ulrich; beide Brüder genossen daher die Gunst des Kaisers. Auch Sigmunds Nachfolger, Albrecht II., übertrug ihnen schon 1438 den Schirm des bayerischen Landes an Donau und Lech und rechnete bei seiner Absicht, das Reich in Landfriedenskreise einzuteilen, für den schwäbischen Kreis besonders auf die Unterstützung des Grafen Ludwig. Die kurze Regierungszeit verhinderte die Ausführung seiner weitaussehenden Pläne. Nach seinem Tod schienen unter dem schwachen Könige Friedrich III. bald alle Landfriedensanstalten umsonst zu sein; Räubereien und Fehden nahmen wieder überhand. In Württemberg glaubte Graf Ulrich nicht bloß die Mitregierung, sondern die Hälfte des Gebietes beanspruchen zu

Digitized by Google

können, und so fiel das Land in einer Zeit, da in der allgemeinen Unordnung das Zusammenhalten der Kräfte doppelt notwendig und nützlich gewesen wäre, in zwei Teile auseinander.

Die gemeinsame Regierung der beiden Brüder zeichnet sich aus durch eifrige Förderung der Kirche. Nicht nur erneuerten sie mehrmals dem Constanzer Weihbischofe einen eigenen Schutzbrief für ungehinderten Wandel durch das Land, sondern verdienten sich auch den besonderen Dank des Papstes und der Kardinäle durch Befreiung ihres Gesandten aus der Gefangenschaft eines Raubritters. Sie haben 1436 den Grundstein zum Ausbau des Langhauses der Stiftskirche in Stuttgart legen lassen, haben sonstige Kirchenbauten begonnen, das Stift Herrenberg und die Karthause Güterstein errichtet, letztere freilich durch Verjagung von Zwiefalter Mönchen aus ihrem dortigen Besitze. Auch dem Kloster Blaubeuren zeigten die Brüder sich freundlich, indem sie auf die Hundeatz und andere Forstrechte auf einem Hof desselben verzichteten.

An Erwerbungen war den Grafen namentlich diejenige der Herrschaft Wildberg und Bulach, die bis dahin pfälzisch war, gelungen.

In dieser Zeit bestand, während früher der Graf mit Hilfe seiner augenblicklichen Umgebung regiert hatte, schon eine oberste, noch nicht nach Verwaltungszweigen getrennte Behörde, die durch eigens dazu berufene Räte, an ihrer Spitze den Landhofmeister, gebildet wurde. In den einzelnen Städten sind gräfliche Vögte angestellt, deren Amtsbezirk sich über die Stadt und die dazu gehörigen Ortschaften erstreckte. Sie beaufsichtigten die Verwaltung der Ämter und saßen den aus Bürgern zusammengesetzten Stadtgerichten vor. Diese Bezirke wurden die politischen Einheiten, aus denen sich das Land zusammensetzte; Vermittler zwischen ihnen und dem Landesherrn war zunächst der Vogt. Die Stadtgerichte hielten sich an das Gewohnheitsrecht; besondere Vorrechte konnten von den Grafen bewilligt werden, wie z. B. Stuttgart die Gnade erhielt, daß die Eltern ein Kind, das sich ohne ihre Erlaubnis verheiratete, enterben durften. Der Wirkungskreis der Stadtgerichte erstreckte sich den Bürgern gegenüber auf Civil- und Strafsachen; sie konnten sogar auf Todesstrafe erkennen, über deren Anwendung der Graf zu entscheiden hatte. An ihr Erkenntnis war der letztere übrigens so sehr gebunden, daß er sich ausdrücklich vom Kaiser die Vollmacht erteilen lassen mußte, auch solche Verbrecher mit dem Tode zu bestrafen, welche die Stadtgerichte nur deshalb freigesprochen hatten, weil die durch alten Brauch geforderten sieben Belastungszeugen nicht aufzutreiben waren (1434). Für Civilsachen waren auch die in immer

Digitized by Google

größerer Zahl aufkommenden Dorfgerichte zuständig. Bei wichtigeren Streitigkeiten wandte man sich wohl auch an ein größeres Stadtgericht als eine Art Obergericht; so einmal Stadt und Stift Sindelfingen an dasjenige zu Tübingen, wobei sie aber — ein Beweis für die Kostspieligkeit des Prozeßverfahrens — auf die Ausstellung eines Urteilsbriefs verzichteten und das Urteil lieber zu Hause durch den Böblinger Vogt nach ihren Angaben aufsetzen ließen. Gleichfalls um Kosten zu ersparen, wurden viele Streitgegenstände vor bloßen Schiedsgerichten erledigt.

Die Besteuerung blieb sich, was die eigentliche Landsteuer betrifft, Jahrhunderte lang gleich; in Stuttgart z. B. betrug diese 1300 Pfund Heller, in Schorndorf 400, in Grumbach 100, Degerloch 24, Gaisburg 6 Pfund. Dazu kamen die vielerlei Naturalleistungen, die auf dem unbeweglichen Vermögen ruhten. Für Benützung im Stand gehaltener Straßen wurden Zölle erhoben; einzelne Gewerbe waren besonders besteuert; so bezahlte man in Stuttgart von einer Badstube 26 Pfund Heller, von einer Brotbank 12 und einer Fleischbank 7 Schillinge. Für größere im öffentlichen Interesse liegende Ausgaben mußten ursprünglich die zunächst betroffenen Landesteile aufkommen; bald begann man durch Umlage auf die andern, den sogenannten Landschaden, die Lasten zu verteilen. Auch zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse, wie sie namentlich Kriege mit sich brachten, wurden besondere Schatzungen ausgeschrieben.

Infolge der Ausdehnung gleichmäßigerer Besteuerung verwischten sich allmählich die Standesunterschiede zwischen den verschiedenen Klassen des Landvolks: die ursprünglich persönlich freien Zinser verschwanden in der Masse der Leibeigenen. Den Städtern dagegen gelang es mehrfach durch Ablösung der auf ihnen lastenden Verpflichtungen, größere wirtschaftliche und persönliche Unabhängigkeit zu erringen. Die überwiegende Beschäftigung auch der Städter war die Landwirtschaft, Getreidebau sowohl wie Viehzucht; die Schafhaltung war sehr ausgedehnt, 1442 besaßen die Grafen allein 16 Schäfereien. Auch an gewerblicher Thätigkeit fehlte es nicht, vor allem in den Städten. Um sie zu regeln, wurde schon 1425 eine Taxe aufgestellt, die zugleich auf die Masse der Lohnarbeiter ausgedehnt wurde. Ein Meister des Zimmer- oder des Maurerhandwerks hatte für den Sommertag 32 Heller zu beanspruchen, für den Wintertag 24 Heller, ein Geselle 24 beziehungsweise 18; dazu noch Kost und eine Maß Wein, beides zu je 6 Hellern berechnet. Ein Knecht erhielt jährlich 10 Pfund Heller, 4 Ellen Zwilch, 4 Ellen Leinwand und Schuhe nach Bedarf, ein Taglöhner 12 bis 18 Heller nebst Kost. Ein Paar Reiterstiefel kostete

Digitized by Google

5 Schillinge, Frauenschuhe 10 Heller. Die Taglöhner erhielten um jene Zeit morgens Suppe und Gemüse, mittags Brühe, Fleisch und Gemüse oder, wo das Fleisch fehlte, zweierlei Gemüse, dazwischen Brot, Milch oder Suppe, was immerhin auf eine befriedigende Lebenshaltung des Bauernstandes selbst schließen läßt. Bei der wohlhabenden Bevölkerung der Schlösser und Städte, allerdings in erster Linie der Reichsstädte, nahm der Luxus sehr überhand und wurde ohne großen Erfolg bekämpft. Am wenigsten verwendete man auf die Wohnungen; aus Stein gebaute Häuser waren noch sehr selten.

Digitized by Google

V. Abschnitt.

Von der Teilung des Landes bis zur Selbständigkeit Graf Eberhards im Bart.

1441—1459.

Der Gedanke einer Teilung des Landes, bei dem die Erinnerung an das Hausgesetz von 1361 kaum mehr auftauchte, ging von Graf Ulrich aus. Derselbe hatte, nachdem Graf Ludwig 1434 die ihm als Kind anverlobte Mechtilde von der Pfalz heimgeführt, sich im Januar 1441 mit der Herzogin Witwe Margarete von Bayern, einer geborenen Herzogin von Cleve, vermählt und wünschte nun eigener Herr zu werden. Die Mutter der Brüder, Henriette, unterstützte das Verlangen des jüngeren Sohnes, für welches der Vorgang anderer Herrscherhäuser sprach. Am 23. April vereinigten sich die Brüder dahin, das Land zu teilen, zunächst aber 4 Jahre lang den Wert der beiden Hälften zu erproben. Um recht einfach zu verfahren, machte man den Neckar zur Scheidelinie: Ludwig sollte die Ämter rechts, Ulrich diejenigen links desselben bekommen, wobei jedoch die Amtsgrenzen manchmal über den Fluß hinübergriffen; Stuttgart und einige weitere Besitzungen und Rechte blieben gemeinsam. Die festen Plätze sollten übrigens gegenseitig offen stehen, über Frieden und Krieg durfte nicht ohne des andern Willen entschieden werden. Die Brüder waren sich bewußt, daß diese Teilung eine ungleiche sei; deshalb sollte jeder das Recht haben, nach Verfluß der Hälfte der bedungenen Zeit einen Tausch zu verlangen; aber noch war kein Jahr vergangen, als sich die Grafen auf der Grundlage des wirklichen Ertrags einigten (25. Januar 1442). Ludwigs Teil grenzte mit den Ämtern Urach, Tübingen, Herrenberg, Böblingen, Leonberg, Markgröningen, Asperg, Bietigheim, Brackenheim an

Digitized by Google

Ulrichs Ämter Neuffen, Nürtingen, Grötzingen, Stuttgart, Cannstatt, Waiblingen, Marbach, Bottwar, Gemmrigheim. Jedem Grafen wurden etwa 130 Lehenleute und die Vogtei über mehrere Klöster zugeschieden. Zum Ersatz für das elsäßische Reichenweier erhielt Ulrich noch die Ämter Balingen und Ebingen. Die Unterthanen durften von einer Landeshälfte in die andere ziehen, wenn sie zuvor ihre Steuer bezahlt. Hauptstadt Graf Ludwigs war Urach, diejenige Graf Ulrichs Stuttgart. Die Teilung wurde vom deutschen Könige bestätigt.

Noch einmal handelte es sich darum, über ein Erbe zu verfügen, als durch den Tod der Herzogin Henriette Mömpelgard an die Brüder fiel. Sie versuchten zwar unter ungünstigen Verhältnissen — die Armagnaken hausten gerade dort — eine gemeinschaftliche Regierung durchzuführen, verglichen sich aber bald dahin, daß das Loos einen von ihnen zum alleinigen Herrscher Mömpelgards bestimmen sollte, während der andere mit einer Entschädigung von 40000 Gulden vorlieb nehmen mußte. Das Loos wies jenes Besitztum dem Grafen Ludwig zu. Schon frühe empfand man die Unbequemlichkeit seiner fernen Lage; es fehlte nicht an Versuchen, durch Austausch Mömpelgards eine näher gelegene Herrschaft zu erwerben.

Zunächst gingen die Wege der beiden Brüder nicht auseinander; es bot sich noch eine Gelegenheit gemeinsam auf Befehl König Friedrichs III. den Schloßherrn zu Schatzberg (O.A. Riedlingen) zu züchtigen, der den Bischof von Augsburg befehdet hatte. Aber schon bei dem Krieg, den der König 1444 gegen die von ihm selbst herbeigerufenen Armagnaken und die von Östreich wegen der verlorenen aargauischen Stammgüter angegriffenen Schweizer erklärte, zeigte sich die friedliebendere Natur Ludwigs. Beide Grafen hatten zusammen 3000 Mann zu stellen, sie beteiligten sich mit einander an den Vorbereitungen zum Auszug, aber nur Ulrich rückte ins Feld. Auch er kehrte übrigens bald nach Hause; denn nachdem die Armagnaken dem Reichsaufgebot gewichen waren, hätte der König den Krieg mit den Schweizern am liebsten Württemberg und Baden überlassen, die sich dessen natürlich weigerten. Als um dieselbe Zeit sich wieder ein großer Bund namentlich schwäbischer Reichsstädte zum Schutze ihrer Freiheiten gegen die Übergriffe von Fürsten bildete, trat Graf Ludwig dessen auf den Schutz des Friedens gerichteten Bestrebungen bei (1446), während Ulrich sich auf die Seite der kriegslustigen Fürsten stellte. An den ersteren schlossen sich zahlreiche Grafen und Edle, Mitglieder des Georgenbundes, an und begaben sich sogar als seine Diener unter seinen Schutz. Ludwig bewahrte dann auch sein Land vor den Greueln des großen Fürsten- und Städte-

Digitized by Google

krieges. Nur wie von den Rottweilern die östreichische Feste Hohenberg zerstört und deren Verteidiger die Burgfelsen hinabgestürzt worden waren, verband auch er sich mit Östreich (1450); aber wenige Tage darauf verglichen sich die Gegner.

Seit der Landesteilung war Graf Ludwig darauf bedacht, neue Erwerbungen zu machen. Außer einer größeren Zahl einzelner Ortschaften und Einkünfte gelang es ihm, die Burg Hohenkarpfen nebst mehreren Dörfern in der Tuttlinger Gegend an sich zu bringen und namentlich durch Kauf von den überschuldeten Grafen von Helfenstein Stadt und Amt Blaubeuren, die von Östreich zu Lehen gingen. Weit mehr als die Stuttgarter schien die Uracher Landeshälfte und deren Herrscher das Glück zu begünstigen; da wurde Graf Ludwig noch nicht vierzigjährig am 24. September 1450 durch eine Seuche dahingerafft, ein Mann, der nach leichtsinnig verlebter Jugend sich den Aufgaben seines Berufes völlig gewachsen gezeigt hatte. Nikolaus von Wyle, seines Bruders Kanzler, rühmt von ihm, er sei so wahrhaftig gewesen, daß seine Worte für Brief und Siegel geachtet wurden. Für die Wohlfahrt und den Frieden seines Landes hat Graf Ludwig weise gesorgt und dasselbe in stürmischer Zeit vor Gefahren bewahrt. Auch gegen die Übergriffe der damals so mächtigen westphälischen Gerichte hat er es geschützt, indem er von diesen die Anerkennung erlangte, daß das Recht durch seine eigenen Beamten genügend gepflegt werde. Vielleicht nicht so „vielgeliebt" wie sein im Unglück geprüfter Bruder Ulrich, war er, viele Fürsten an Macht übertreffend, ein staatskluger und vorsichtiger Herrscher; sein Geist ist auf seinen Sohn und Nachfolger Eberhard im Bart übergegangen.

Ludwigs Witwe, Mechtild, vermählte sich wieder mit Erzherzog Albrecht von Östreich (1452). Über die unmündigen Söhne Ludwig und Eberhard, die außer zwei Töchtern, Mechtilde und Elisabeth, den Vater überlebten, übernahm der Oheim die Vormundschaft.

Dieser, Graf Ulrich der Vielgeliebte (1433—1480), hatte, wie schon erwähnt, nach der Landesteilung an dem Kriege gegen die Schweizer lebhafteren Anteil genommen. Bald darauf spitzte sich der Zwist zwischen den Fürsten und den Reichsstädten wieder scharf zu; jene rüsteten allerorten, in diesen gingen die abenteuerlichsten Gerüchte über geplante Überfälle. Graf Ulrich hatte Streit mit Eßlingen, weil dieses seinen Zoll zum Schaden Württembergs auf das Dreifache erhöht hatte, und für zwei in der Stadt erschlagene württembergische Unterthanen keine Genugthuung leisten wollte. Als daher Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, das Haupt der

Digitized by Google

Fürstenpartei, im Juni 1449 der Stadt Nürnberg einen Fehdebrief zusandte, folgte Graf Ulrich seinem Beispiele, ohne indessen selbst gegen jene Stadt ins Feld zu ziehen. Er sparte seine Kraft für näher liegende Aufgaben. Da Eßlingen als Genosse von Nürnberg dem Markgrafen Albrecht Fehde angekündigt hatte, so konnte es nicht ausbleiben, daß Graf Ulrich als Verbündeter des letzteren seinen Streit mit der benachbarten Reichsstadt mit Gewalt zum Austrag zu bringen suchte. Hielt doch auch er die Zeit für gekommen, da die infolge ihres wachsenden Wohlstands immer einflußreicheren und selbstbewußteren Reichsstädte von den Fürsten in die gebührenden Schranken gewiesen werden könnten. Der Versuch einer gütlichen Vermittlung schlug deshalb fehl; der Angriff des Markgrafen Jakob von Baden auf Weilderstadt vermehrte die Kriegsstimmung; am 5. August 1449 schickte Graf Ulrich seinen Feindsbrief an Eßlingen. Von den Mitgliedern der Fürstenpartei schlossen sich 113 diesem Vorgehen an, so Markgraf Albrecht von Brandenburg seinerseits. Schon vor der Abgabe der Kriegserklärung kam es zu Gewaltthätigkeiten gegen die dem Eßlinger Spital gehörigen Orte Möhringen und Vaihingen, so daß die Reichsstadt sich vollends auf keinen Vergleich mehr einlassen wollte. Zuerst steckten die Eßlinger das württembergische Kloster Weiler (jetzt Gestüt Weil) in Brand und raubten dort den Nonnen sogar „ihren Palmesel und ihren Herrgott"; nachher kamen zahlreiche Orte, namentlich im Neckarthal und auf den Fildern an die Reihe. Am 16. August rückte Graf Ulrich mit großer Macht vor die Stadt, ließ das Korn auf den Feldern wegführen und einige Höfe verbrennen. Dies wiederholte sich einigemale. Erst anfangs September begannen Ulrich und Markgraf Bernhard von Baden die Belagerung und ließen einige Tage lang ihre Geschütze spielen, ohne etwas zu erreichen. Nur durch Abhauen der Reben und Obstbäume um die ganze Stadt wurde ein Schaden von mehr als 100 000 Gulden angerichtet. Dann beschränkte sich Ulrich wieder auf die Beobachtung der Stadt. Denn in der Ulmer Gegend, wo sich ein reichsstädtisches Heer gesammelt, schien die Entscheidung fallen zu sollen. Auch der Graf von Württemberg hatte deshalb einen Teil seiner Reiterei dahin entsendet. Da aber die Ulmer ihrerseits bis vor Göppingen streiften und von hier aus die Gmünder im Schach zu halten waren, blieb Göppingen stark besetzt. Dieser Umstand war den Reichsstädten, die auf langes Drängen von Eßlingen endlich Hilfe schickten, entgangen. Als eine stattliche Schaar von Reisigen aus Augsburg, Ulm, Nördlingen, Reutlingen, Schaffhausen, Memmingen, Ravensburg, Gmünd, Biberach, Kempten u. a.

Digitized by Google

von Ulm aus nach Reutlingen und von hier über die Filder zog, glaubten sie in aller Ruhe die württembergischen Ortschaften, durch welche sie der Weg führte, einäschern zu können. Der aufsteigende Rauch war den Eßlingern ein Zeichen ihres Nahens und veranlaßte dieselben, ihnen entgegen zu ziehen; Sielmingen, Bernhausen und Neuhausen, Plieningen und Kemnath fielen durch sie den Flammen zum Opfer. Aber auch die Württemberger in Göppingen bekamen Kunde von diesen Vorgängen; es gelang ihnen am Abend des 3. Novembers kurz vor der Reichsstadt an der Straße, die von Nellingen herabführt, die Gegner zu überfallen. In tollem Getümmel, bei dem Freund und Feind nicht mehr zu unterscheiden waren, fielen gegen 100 Städter, darunter zwei ihrer Hauptleute, während die Württemberger wenig Schaden nahmen. Zu einer förmlichen Belagerung von Eßlingen kam es nicht mehr, wohl aber zu häufigen Streifzügen vor die Stadt, wobei die noch stehenden Reben vernichtet, die Weinbergmauern niedergerissen und durch wiederholte Beschießungen Mauern und Thore beschädigt wurden. Im April 1450 wurden sogar gegen 150 Frauen und Kinder, die vor der Stadt Gras und Holz holten, gefangen weggeführt und erst nach mehreren Wochen in schimpflichem Aufzuge entlassen. Zur Rache zerstörten die Städter wieder einige württembergische Dörfer. Um Eßlingen Luft zu machen, fielen die Heilbronner plündernd in Ulrichs Land ein; sofort wandte sich dieser mit dem Erzbischof von Mainz und dem Markgrafen von Baden dorthin und verwüstete die Umgegend. Dasselbe Schicksal traf Reutlingen.

Der Bamberger Friede, welcher das Aufhören aller Feindseligkeiten zwischen Fürsten und Städten auf 3. Juli festsetzte, brachte auch Eßlingen Ruhe; schon wenige Tage nachher verkehrten württembergische Reisige in der Stadt. Aber die Hauptursache des Zwistes war nicht gehoben; der Zoll blieb aufrecht, weshalb Graf Ulrich seinen Unterthanen verbot, mit der Stadt Handel zu treiben. Noch Jahre lang dauerte das gegenseitige Mißtrauen; es kam zu Rüstungen und kleineren Angriffen. Erst 1454 wurde ein Frieden geschlossen, in welchem beide Teile nachgaben. Zur Verhütung weiterer Zwistigkeiten übernahmen auf Veranlassung des Kaisers die Markgrafen von Baden den Schutz der Reichsstadt. So hatte Ulrich zwar seinen nächsten Zweck, die Herabsetzung des Zolls, endlich erreicht; aber sein Einfluß auf Eßlingen war vermindert. Übrigens sank die politische Bedeutung der Reichsstädte seit jenen Kämpfen bedeutend, da die meisten von allgemeineren Bündnissen unter einander abstanden und vorzogen, in Anlehnung an benachbarte Fürsten sich Ruhe zu verschaffen.

Digitized by Google

Während dieser Streitigkeiten fiel, wie schon erwähnt, an Graf Ulrich die Vormundschaft über seine Neffen, die Herren des Uracher Landesteils. Die Einsetzung eines größeren Vormundschaftsrats, der die laufenden Regierungsgeschäfte besorgte, und die vorsichtige Abmachung, daß die Neffen nicht zur Hilfeleistung in den Kriegen des Oheims verpflichtet seien, beschränkten den Einfluß des letzteren. Dies war noch mehr der Fall, als nach dem baldigen Verzicht der Gräfin-Witwe auf ihre Rechte deren Bruder, der herrschsüchtige Pfalzgraf Friedrich, sich in die Vormundschaft mischte und, nachdem der ältere kränkliche Neffe Ludwig der Jüngere (1453—1457) für mündig erklärt worden war, sich thatsächlich den gleichen Einfluß auf dessen Regierung erzwang, wie Ulrich. Graf Ludwig starb schon am 3. November 1457. Die Fallsucht, an der er litt, hatte sich weder durch den Heilspruch, den er auf dem Leibe trug, noch durch Gelübde oder Enthaltsamkeit von Tier- und Gemüsehäupter bannen lassen. Da der jüngere Bruder, Eberhard, erst 12 Jahre zählte, handelte es sich wieder um eine vormundschaftliche Regierung. Graf Ulrich beeilte sich, dieselbe anzutreten; aber er fand die Thore von Urach verschlossen. Die dortigen Räte, die zum größeren Teil pfälzisch gesinnt waren und bei der ausgesprochenen Feindschaft zwischen dem Pfälzer Fritz und Graf Ulrich von einer gemeinsamen Vormundschaft derselben nichts Gutes erhoffen konnten, griffen zu der Auskunft, die Sache der Landschaft des Uracher Teils vorzulegen. So kam am 16. November 1457 der Landtag in Leonberg zusammen, der erste in Württemberg, von dem wir Kunde besitzen. Dieser entschied für Graf Ulrich, wenn auch unter bedeutenden Einschränkungen. Zur Vorsicht wurde der Kaiser gebeten, die Abmachungen zu bestätigen.

Die Räte des jungen Grafen, unterstützt von dessen Mutter, die von Rottenburg aus ihren Einfluß geltend machte, kümmerten sich wenig um den Vormund und brachten Eberhard eine starke Abneigung gegen denselben bei. Sie redeten ihm vor, daß auch sein Vater und sein Bruder mit vierzehn Jahren die Regierung erhalten haben; und wie Ulrich im November 1459, um den Neffen auf die der Pfalz feindliche Seite zu ziehen, dessen Verlobung mit einer Tochter des Herzogs Albrecht von Bayern, sowie eine solche seiner einen Schwester mit einem Herren von Henneberg erzwingen wollte, eilte Eberhard zu seiner Mutter und flüchtete sich auf deren Rat zu dem ihm verwandten Markgrafen von Baden. Mechtilde und Eberhard, Baden und Pfalz einerseits, Ulrich andererseits wandten sich in zahlreichen Schreiben an die Städte und Ämter der Uracher Landschaft.

Digitized by Google

Diese war im Anfang geteilter Ansicht. Vogt und Gericht zu Urach selbst machten Ulrich den Vorschlag, er solle, da ein Thor am Tiergarten hinter dem Schlosse nicht bewacht sei, das letztere überrumpeln lassen; aber bald erklärte sich eine Stadt um die andere für Eberhard. Ulrich mußte nachgeben, und ehe noch seine Gesandten den Neffen erreichen konnten, hatte dieser schon Besitz von seinem Lande genommen (Dezember 1459).

Digitized by Google

VI. Abschnitt.

Graf Ulrich der Vielgeliebte seit der Selbständigkeit Eberhards im Bart und Graf Eberhard der Jüngere von Württemberg-Stuttgart.

1459—1482.

Die Vorgänge bei der Vormundschaft der gemeinsamen Neffen trugen nicht dazu bei, das Verhältnis zwischen Graf Ulrich und Pfalzgraf Friedrich zu verbessern, das namentlich durch verwandtschaftliche Zwistigkeiten gestört war. Ulrichs erste Gemahlin, Margarete von Cleve, war 1444 gestorben; seine zweite, Elisabeth von Bayern-Landshut, die Stammmutter des jetzigen Königshauses, war ihr nach sechsjähriger Ehe am Neujahrstag 1451 nachgefolgt; er vermählte sich 1453 in dritter Ehe mit Margarete, Tochter des Herzogs Amadeus von Savoyen, desselben, der als Felix V. den päpstlichen Stuhl bestieg, der Witwe König Ludwigs III. von Sicilien und nachher des Kurfürsten Ludwig IV. von der Pfalz, Schwägerin des Pfalzgrafen Friedrich. Über das Vermögen derselben, das Friedrich zum größten Teile dem Sohne seines Bruders zuwenden wollte, entstand ein heftiger Streit zwischen ihm und Ulrich. 1457 lagen sie schon gegeneinander im Felde; doch machte der Pfalzgraf auf Zureden des Markgrafen Albrecht von Brandenburg einige Einräumungen, und so wurde der Kampf noch verhindert. Aufs neue drohte er im folgenden Jahre. Denn Graf Ulrich ließ das Städtchen Widdern, in dem sein Feind, der geächtete Graf von Helfenstein, Aufnahme gefunden hatte, zerstören, während der Pfalzgraf in der Nähe stand, um seinen dortigen Lehenleuten Hilfe zu bringen.

Der persönliche Streit mußte umsomehr zum Austrage kommen, als die Gegner bei der Bildung der großen Parteien, die sich damals für und

Digitized by Google

wider Kaiser Friedrich III. zusammenschloßen, auf verschiedene Seiten traten. Pfalzgraf Friedrich war das Haupt der wittelsbachischen Partei, welche ihre fürstliche Macht auf Kosten des ohnehin kraftlosen Kaisers noch mehr erheben wollte; sein bedeutendster Genosse war Herzog Ludwig von Bayern-Landshut. Graf Ulrich hielt zum Kaiser, dem auch der Papst sich geneigt zeigte. Führer dieser Partei war Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach; weitere Genossen waren namentlich Markgraf Karl von Baden, dessen Bruder Georg, Bischof von Metz, und der Erzbischof Diether von Mainz. Der Gegensatz der Parteien verhinderte allerdings nicht, daß Graf Ulrich im Herbst 1458 dem Herzog Ludwig gegen die Reichsstadt Donauwörth Hilfe zuschickte. Eben diese Vergewaltigung Donauwörths mußte nach einigen Monaten den Grund abgeben, daß über den Herzog die kaiserliche Acht ausgesprochen und daß von den Verbündeten Graf Ulrichs eifrig gerüstet wurde. Die zahlreichen Einzelbündnisse hatten leicht zur Folge, daß bei der Unterstützung der hilfesuchenden Genossen der frühere Freund plötzlich auf der gegnerischen Seite stand. Das nahm man auch, wenn nicht persönlicher Haß obwaltete, gar nicht schwer; galt es doch bei der Teilnahme an den Fehden jener zerfahrenen Zeit selten dem Kampfe für das Recht oder die Überzeugung, sondern mehr der förmlichen Erfüllung einer eingegangenen Verpflichtung. Deshalb stieß sich auch Graf Ulrich, als bald darauf der Krieg mit dem Pfalzgrafen ernstlich ausbrach, nicht daran, daß Heilbronn diesem die bedungene Mindestzahl von Mannschaft zuschickte; denn dadurch mußte ihr friedliches Verhältnis im Übrigen nicht gestört werden.

Die Acht über den bayerischen Herzog hatte, wie so häufig, nicht die Vollstreckung derselben, sondern erneute Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien zur Folge; dabei kamen auch die Klagen Graf Ulrichs gegen Pfalzgraf Friedrich, namentlich wegen Vorenthaltung des Heiratsguts seiner Gemahlin, zur Sprache. Die nicht unparteiischen Schiedsrichter gaben dem ersteren Recht; aber der letztere zerriß den Brief, der ihm das Urteil ankündigte; er war entschlossen, die Entscheidung den Waffen zu überlassen. Darauf hatten seine Gegner gerechnet. Im Februar 1460 drangen sie noch einmal auf Befolgung jenes Entscheids; noch in demselben Monat rüstete Ulrich und schickte dem Pfalzgrafen, der in der Zwischenzeit Unterthanen des Grafen zum Abfall zu verleiten gesucht hatte, den Absagebrief Es kam, da der Pfalzgraf an diesem Kriege nicht persönlich teilnehmen konnte, zu keiner ernstlichen Messung der Kräfte. Ulrich besetzte in den ersten Märztagen das unter pfälzischem Schutze stehende Kloster Maulbronn und versprach ihm, nachdem es bedeutende Summen hatte bezahlen müssen,

Digitized by Google

Schonung im ferneren Verlaufe des Krieges. Nicht so glücklich ging es bald darauf mit Weinsberg ab, da die Städte Wimpfen und Heilbronn die dortige pfälzische Besatzung unterstützten; ja im April wagten sogar die Verteidiger Weinsbergs mit etwa 300 Reitern einen Einfall in Württemberg. In der Nähe von Beilstein stießen sie auf eine kleinere Zahl von Württembergern; schon glaubten sie des Sieges sicher zu sein, als eine andere Abteilung sie aus einem Hinterhalte überfiel und teils in die Flucht schlug, teils gefangen nahm.

Auf dem bayerischen Kriegsschauplatze war die wittelsbachische Partei entschieden im Vorteil. Graf Ulrich hatte dorthin zur Unterstützung des Markgrafen Albrecht von Brandenburg einen „trefflichen Zug" zu Roß und zu Fuß geschickt, und hatte die Klöster seines Landes zum Gebet gegen die ketzerischen Böhmen, die im Heere des Herzogs von Bayern fochten, aufgefordert. Der Pfalzgraf selbst hatte sich gegen den neuen Erzbischof Diether von Mainz gewendet und hatte diesen am 4. Juli bei Pfeddersheim auf das Haupt geschlagen. Der Erzbischof verdankte seine Niederlage namentlich dem Umstande, daß er die unmittelbar bevorstehende Ankunft von 400 württembergischen Reitern nicht abgewartet. Deshalb mußte Graf Ulrich mit seinen Bundesgenossen von den früheren Ansprüchen viele fallen lassen. Er verstand sich dazu, mit Herzog Ludwig, der ihm eben einige Dörfer verbrannt, Frieden zu schließen und sich zu Vaihingen an der Enz mit dem Pfalzgrafen durch den gemeinsamen Neffen Eberhard im Bart vertragen zu lassen (8. August).

Daß diese Waffenruhe nur eine vorläufige war, daran zweifelte kaum einer der Beteiligten. Für die kaiserliche Partei handelte es sich vor allem darum, ein größeres Aufgebot an Mannschaft zusammenzubekommen und, soweit dies damals möglich war, einen Reichskrieg zu entflammen. Dem Markgrafen Albrecht gelang es wirklich, die Verbindung des Herzogs Ludwig von Bayern mit dem Böhmenkönige Georg Podiebrad dem schwer sich aufraffenden Kaiser als so gefährlich darzustellen, daß er im Juli 1461 ihn, sowie den Grafen Ulrich von Württemberg und den Markgrafen Karl von Baden zu Reichshauptleuten ernannte und sie das Reichspanier, welches Ulrich zu verwahren hatte, aufwerfen hieß. Freilich fand der Ruf des Kaisers wenig Folge; die Reichsstädte besannen sich ernstlich, ob sie sich zum Kriege entschließen sollten, und auch sonst fand die Deutung, daß es sich nicht um den Kaiser als solchen, sondern als Erzherzog von Östreich handle, und daß daher das Reichsaufgebot ungerechtfertigt sei, willigen Eingang. Ein gefährlicher Feind dagegen drohte dem Pfalzgrafen zu er-

Digitized by Google

wachsen in Adolf von Nassau, dem Papst Pius II. an Stelle des zu den Wittelsbachern übergegangenen und darum abgesetzten Diether das Erzbistum Mainz übertragen hatte. Da Diether zunächst im Besitze seiner Macht blieb, schloß Adolf mit Graf Ulrich von Württemberg einen Vertrag ab, wonach ihn dieser gegen 40000 Gulden in sein Erzbistum einsetzen sollte. Das war für Ulrich, der im Verlaufe des Jahres 1461 fast keine Kriegsluft gezeigt hatte, die Hauptveranlassung, am Ende desselben, freilich fast ohne Erfolg, in die Pfalz einzufallen. Ihm schloß sich Markgraf Karl von Baden an. Beide waren in eine ungewöhnlich enge Verbindung getreten: das Land des einen sollte dem andern gegenseitig als Schirmherrn huldigen und dafür 100 Mark Silbers (600 Gulden) bezahlen, eine Summe, die Graf Ulrich auf seine eigene Rechnung zu übernehmen sich veranlaßt sah.

Am Anfang des Jahres 1462 wurden Erzbischof Diether und sein Freund, der Pfalzgraf, vom Papste mit dem Banne belegt. Die Kaiserlichen erhielten Zuwachs durch den Beitritt des Grafen Eberhard im Bart und anderer. Der erste Stoß richtete sich gegen Herzog Ludwig von Bayern. Es glückte Graf Ulrich am 28. Februar die Stadt Heidenheim und das darüberragende Schloß Hellenstein einzunehmen; bald darauf gewann Ludwig einen Vorteil, ohne daß es jedoch zu einer entscheidenden Schlacht kam. Er hatte dadurch Luft bekommen, daß eine Streifschar des Pfalzgrafen bis in die Nähe von Stuttgart vorgedrungen war, wogegen wieder ein Einfall in die Pfalz zahlreichen dortigen Dörfern Brandschatzung brachte.

In der Absicht, zu einem entscheidenden Schlage auszuholen, zogen Markgraf Karl, sein Bruder Georg, Bischof von Metz, und Graf Ulrich im Juni ihre Mannschaft, einige Tausend Mann, zusammen. Der Kaiser eröffnete Ulrich die Aussicht, die oberschwäbische Landvogtei von den Truchsessen von Waldburg an sich lösen zu dürfen. Das Gerücht ging, der Pfalzgraf sei dem Bayernherzog zu Hilfe geeilt; um so siegesgewisser rückten die Fürsten in seinem Lande ein. Zwar waren sie von erfahrenen Männern gewarnt; Graf Ulrich insbesondere war dringend aufgefordert worden, wenigstens einen des Landes kundigen Heerführer mitzunehmen; aber in unbegreiflicher Verblendung vergaßen sie alle Vorsicht. Über Pforzheim, wo die Sammlung stattfand, fielen die Fürsten am 26. Juni im Pfälzischen ein; auf dem Wege nach Heidelberg suchten sie das befestigte Heidelsheim zu überrumpeln. Es gelang ihnen nicht, und der dessen Verteidigung ohne ihr Wissen leitete, war der Pfalzgraf selbst.

Digitized by Google

welcher mit wenigen Begleitern sich dorthin geworfen. Nach zweitägiger vergeblicher Belagerung ließen die Fürsten, um möglichst rasch weiter zu kommen, die kleine Stadt liegen; denn so ärgerlich ihnen der Mißerfolg war, glaubten sie von dorther nichts Schlimmes befürchten zu müssen. Sie rückten weiter gegen Heidelberg vor und beschlossen, nachdem bei Sankt Leon sich der Bischof von Speier mit ihnen vereinigt, Troß und Fußvolk dort zurückzulassen. Da der Bischof sie versicherte, daß in der ganzen Pfalz nicht viel mehr als 300 Reisige sich befänden, wollten sie die günstige Gelegenheit benützen und streiften am 29. Juni mit 800 Pferden sengend und brennend bis nach Seckenheim am Neckar, 3 Stunden unterhalb Heidelbergs. Eine willkommenere Blöße hätten sie dem Pfalzgrafen, der alle ihre Bewegungen beobachtete, nicht geben können. Er eilte ihnen nach, zog schleunigst Verstärkungen an sich und schnitt am 30. Juni mit über 600 Reitern und etwa 2000 zusammengerafften mit Spießen bewaffneten Landleuten seinen Feinden den Rückweg ab. Ein Ausweichen war diesen nicht möglich. Sie wendeten sich, den Neckar im Rücken, gegen den Pfalzgrafen, der bei Seckenheim aus dem Schwetzinger Walde hervorbrach. Auf beiden Seiten stellte man sich in Schlachtordnung; der Pfalzgraf unterließ nicht, zahlreichen Edeln noch den Ritterschlag zu erteilen; die Kaiserlichen steckten zur Unterscheidung Haferbüschel, die Pfälzischen Nußlaub auf; nach Mittag griff der Pfalzgraf an. Die schwer bewaffneten Ritter, von der brennenden Sonnenhitze gequält, kämpfen mit dem Mut der Verzweiflung und bringen schon die pfälzische Reiterei zum Weichen; aber immer enger zieht sich der Ring der sie überflügelnden Feinde; deren Reiter bekommen durch die in die Schlachtlinie eingerückten Spießträger Luft und an diesen Spießen bricht sich die Kraft der kaiserlichen Ritter. Der Markgraf von Baden und der Bischof von Metz wurden schwer verwundet, Graf Ulrich von Württemberg wollte sich, obgleich umzingelt, nicht ergeben, bis Hans von Gemmingen kräftig auf ihn eindrang; da erst reichte er diesem Faustkolben und Eisenhandschuhe. Weil übrigens bei Seckenheim fast keine Büchsen mitgeführt worden waren, blieb die Zahl der Gefallenen verhältnismäßig klein, auf kaiserlicher Seite nicht ganz 50, auf pfälzischer etwa ein Dutzend; um so zahlreicher waren die Verwundeten. Gegen 400 Gefangene fielen in die Hand des siegreichen Pfalzgrafen; der Rest rettete sich zu dem in Sankt Leon zurückgebliebenen Fußvolk. Dieses hätte wohl selbst auf die Kunde von der Niederlage seiner Führer schleunigst sich aufgelöst; zum Überfluß zwang der Sieger die gefangenen Fürsten, ihm eine dahingehende Weisung zukommen zu lassen.

Digitized by Google

Damit war der Krieg in der Pfalz völlig entschieden; die Wirkung auf dem bayerischen Kriegsschauplatz sollte sich bald zeigen. Schon am 7. Juli nahm Herzog Ludwig von Bayern die Stadt Heidenheim mit dem Schloß Hellenstein wieder ein. Markgraf Albrecht von Brandenburg, von Graf Eberhard von Württemberg und einigen Reichsstädten unterstützt, trat ihm entgegen. Es war das erste Mal, daß Graf Eberhard ernstlicher in den Krieg eingriff. Veranlassung dazu war wohl weniger, daß der Kaiser auch ihn zum Reichshauptmann ernannt hatte, als daß seine mit seinem Oheim Ulrich abgeschlossene Einigung ihn verpflichtete, diesem, wenn er in Not komme, mit allen Kräften zu helfen. Aber die Lust, viel gegen den bayerischen Herzog zu wagen, war nirgends groß; das Heer, das ihm am 17. Juli bei Heidenheim entgegentrat, wurde ohne Mühe geschlagen. Die Kaiserlichen stellten sich zwar wieder auf dem rechten Brenzufer gegenüber der befreundeten Reichsstadt Giengen; aber ehe sie ihre Wagenburg auf einer Anhöhe vollendet hatten, stürmten die Bayern von allen Seiten heran, drangen trotz tapferen Widerstands in jene ein und machten viele Gefangene und reiche Beute, namentlich an Kriegsbedarf. Das Reichspanier, die Banner des Markgrafen Albrecht und des Grafen Eberhard gingen verloren. Der letztere sah sich außer Stand, für den gefangenen Oheim noch weiter die Waffen zu führen und schloß bald mit Herzog Ludwig von Bayern Frieden. Die Absicht der Kaiserlichen, nach einem Siege über den letzteren den Pfalzgrafen zur Freilassung seiner Gefangenen zu zwingen, war völlig vereitelt.

Die Lage der gefangenen Fürsten war eine schlimme. Markgraf Karl und Graf Ulrich wurden im Heidelberger Schlosse in enger Haft gehalten und wie gemeine Verbrecher in Ketten gelegt. Kaiser Friedrich, in dessen Namen die Fürsten in der Pfalz eingefallen waren, wußte nichts zu thun, als zwei Tage nach der Schlacht bei Giengen den König von Frankreich und den Herzog von Burgund brieflich um Hilfe anzuflehen; ihm schloß sich der Papst zu Gunsten des Erzbischofs Adolf von Mainz an. Vergebens unterhandelten die württembergischen Räte mit dem Pfalzgrafen, der unannehmbare Bedingungen stellte; vergebens wandten auch sie sich an den burgundischen Hof, wo Ulrichs Sohn, Graf Eberhard der Jüngere, bis dahin sich aufgehalten hatte; vergebens hielten sie dem Kaiser und dem Reichstage vor, daß ihr Herr nur aus Gehorsam gegen Papst und Kaiser in so großen Schaden geraten sei und daß es darum diesen gezieme, ihn wieder daraus zu erretten. Dem Pfalzgrafen selbst lag an rascherer Erledigung, weil seinen Gegnern inzwischen die Überrumpelung

Digitized by Google

der Stadt Mainz gelungen war; er griff zu dem unerhörten Mittel, seine Gefangenen in den Stock zu schließen und so in krampfhaft eingezwängter Haltung auf den Boden eines Saales zu legen. Wie zum Hohne versäumte er dabei nicht, sie ihrem Stande gemäß durch Edelleute und Knechte bedienen zu lassen. Sofort nach dieser grausamen Maßregel entließ er einige württembergischen Edle, damit diese unter dem Eindrucke derselben die Annahme seiner Forderungen im Lande durchsetzten. Rührend war die Anteilnahme des Volkes an des Grafen Geschick; in Stadt und Amt Schorndorf wurde von Haus zu Haus eine Sammlung veranstaltet, um ihn zu erlösen; von dem Vogt, der 70 Gulden spendete, gings herab zu dem Bäuerlein, das sich einen Gulden nicht zu viel sein ließ. Da aber doch die verlangte hohe Summe nicht zusammenkam, mußten die Gefangenen zwei Monate lang in ihrer peinlichen Lage verharren, bis sie wieder nur in Ketten gelegt wurden.

Auf den 23. April 1463 war ein neuer Reichstag angesetzt. Der Pfalzgraf hatte zu erwarten, daß, wenn dort keine Einigung mit ihm zu stand käme, der Krieg aufs neue ausbreche. Dies wäre ihm aber gerade jetzt sehr unwillkommen gewesen, da sein Bruder Ruprecht nur unter der Bedingung zum Erzbischof von Köln gewählt worden war, daß der Streit zwischen der Pfalz und dem Erzbischof Adolf von Mainz beigelegt werde. So entschloß er sich denn, seine Forderungen etwas herabzusetzen, und es gelang ihm, mit den ihrerseits mürbe gemachten Fürsten noch rechtzeitig Verträge abzuschließen. Graf Ulrich verpflichtete sich, 100 000 Gulden als Lösegeld zu bezahlen, Marbach — ursprünglich war Stuttgart verlangt worden — gegen Wiederlösung um 30 000 Gulden zum pfälzischen Lehen zu machen, auf Ansprüche seiner Gemahlin zu verzichten, den Pfalzgrafen nie mehr zu befehden und ihn bei Strafe von 10 000 Gulden binnen Jahresfrist mit Papst und Kaiser auszusöhnen. Dazu kam, daß das Verlöbnis zwischen seiner Tochter und dem jungen Markgrafen Christoph von Baden aufgehoben werden mußte. Am 27. April kam Ulrich los, nachdem er noch der Sitte gemäß beurkundet, daß er nach Gestalt der Sachen freundlich und gütlich gehalten worden sei. Der Pfalzgraf gab ihm und den Seinigen ein Abschiedsmahl. Sofort sorgte Ulrich für die Abschickung von Gesandten an den Papst, um seiner Verpflichtung nachzukommen. Graf Ludwig von Helfenstein und Meister Johann Bürgermeister von Deizisau, ein Eßlinger Kind, reisten nach Rom und erwirkten das Erscheinen eines päpstlichen Legaten in Worms.

Dank hatte Graf Ulrich nach seiner Befreiung nicht viel mehr zu

Digitized by Google

von Ulm aus nach Reutlingen und von hier über die Filder zog, glaubten sie in aller Ruhe die württembergischen Ortschaften, durch welche sie der Weg führte, einäschern zu können. Der aufsteigende Rauch war den Eßlingern ein Zeichen ihres Nahens und veranlaßte dieselben, ihnen entgegen zu ziehen; Sielmingen, Bernhausen und Neuhausen, Plieningen und Kemnath fielen durch sie den Flammen zum Opfer. Aber auch die Württemberger in Göppingen bekamen Kunde von diesen Vorgängen; es gelang ihnen am Abend des 3. Novembers kurz vor der Reichsstadt an der Straße, die von Nellingen herabführt, die Gegner zu überfallen. In tollem Getümmel, bei dem Freund und Feind nicht mehr zu unterscheiden waren, fielen gegen 100 Städter, darunter zwei ihrer Hauptleute, während die Württemberger wenig Schaden nahmen. Zu einer förmlichen Belagerung von Eßlingen kam es nicht mehr, wohl aber zu häufigen Streifzügen vor die Stadt, wobei die noch stehenden Reben vernichtet, die Weinbergmauern niedergerissen und durch wiederholte Beschießungen Mauern und Thore beschädigt wurden. Im April 1450 wurden sogar gegen 150 Frauen und Kinder, die vor der Stadt Gras und Holz holten, gefangen weggeführt und erst nach mehreren Wochen in schimpflichem Aufzuge entlassen. Zur Rache zerstörten die Städter wieder einige württembergische Dörfer. Um Eßlingen Luft zu machen, fielen die Heilbronner plündernd in Ulrichs Land ein; sofort wandte sich dieser mit dem Erzbischof von Mainz und dem Markgrafen von Baden dorthin und verwüstete die Umgegend. Dasselbe Schicksal traf Reutlingen.

Der Bamberger Friede, welcher das Aufhören aller Feindseligkeiten zwischen Fürsten und Städten auf 3. Juli festsetzte, brachte auch Eßlingen Ruhe; schon wenige Tage nachher verkehrten württembergische Reisige in der Stadt. Aber die Hauptursache des Zwistes war nicht gehoben; der Zoll blieb aufrecht, weshalb Graf Ulrich seinen Unterthanen verbot, mit der Stadt Handel zu treiben. Noch Jahre lang dauerte das gegenseitige Mißtrauen; es kam zu Rüstungen und kleineren Angriffen. Erst 1454 wurde ein Frieden geschlossen, in welchem beide Teile nachgaben. Zur Verhütung weiterer Zwistigkeiten übernahmen auf Veranlassung des Kaisers die Markgrafen von Baden den Schutz der Reichsstadt. So hatte Ulrich zwar seinen nächsten Zweck, die Herabsetzung des Zolls, endlich erreicht; aber sein Einfluß auf Eßlingen war vermindert. Übrigens sank die politische Bedeutung der Reichsstädte seit jenen Kämpfen bedeutend, da die meisten von allgemeineren Bündnissen unter einander abstanden und vorzogen, in Anlehnung an benachbarte Fürsten sich Ruhe zu verschaffen.

Digitized by Google

Während dieser Streitigkeiten fiel, wie schon erwähnt, an Graf Ulrich die Vormundschaft über seine Neffen, die Herren des Uracher Landesteils. Die Einsetzung eines größeren Vormundschaftsrats, der die laufenden Regierungsgeschäfte besorgte, und die vorsichtige Abmachung, daß die Neffen nicht zur Hilfeleistung in den Kriegen des Oheims verpflichtet seien, beschränkten den Einfluß des letzteren. Dies war noch mehr der Fall, als nach dem baldigen Verzicht der Gräfin-Witwe auf ihre Rechte deren Bruder, der herrschsüchtige Pfalzgraf Friedrich, sich in die Vormundschaft mischte und, nachdem der ältere kränkliche Neffe Ludwig der Jüngere (1453—1457) für mündig erklärt worden war, sich thatsächlich den gleichen Einfluß auf dessen Regierung erzwang, wie Ulrich. Graf Ludwig starb schon am 3. November 1457. Die Fallsucht, an der er litt, hatte sich weder durch den Heilspruch, den er auf dem Leibe trug, noch durch Gelübde oder Enthaltsamkeit von Tier- und Gemüsehäupter bannen lassen. Da der jüngere Bruder, Eberhard, erst 12 Jahre zählte, handelte es sich wieder um eine vormundschaftliche Regierung. Graf Ulrich beeilte sich, dieselbe anzutreten; aber er fand die Thore von Urach verschlossen. Die dortigen Räte, die zum größeren Teil pfälzisch gesinnt waren und bei der ausgesprochenen Feindschaft zwischen dem Pfälzer Fritz und Graf Ulrich von einer gemeinsamen Vormundschaft derselben nichts Gutes erhoffen konnten, griffen zu der Auskunft, die Sache der Landschaft des Uracher Teils vorzulegen. So kam am 16. November 1457 der Landtag in Leonberg zusammen, der erste in Württemberg, von dem wir Kunde besitzen. Dieser entschied für Graf Ulrich, wenn auch unter bedeutenden Einschränkungen. Zur Vorsicht wurde der Kaiser gebeten, die Abmachungen zu bestätigen.

Die Räte des jungen Grafen, unterstützt von dessen Mutter, die von Rottenburg aus ihren Einfluß geltend machte, kümmerten sich wenig um den Vormund und brachten Eberhard eine starke Abneigung gegen denselben bei. Sie redeten ihm vor, daß auch sein Vater und sein Bruder mit vierzehn Jahren die Regierung erhalten haben; und wie Ulrich im November 1459, um den Neffen auf die der Pfalz feindliche Seite zu ziehen, dessen Verlobung mit einer Tochter des Herzogs Albrecht von Bayern, sowie eine solche seiner einen Schwester mit einem Herren von Henneberg erzwingen wollte, eilte Eberhard zu seiner Mutter und flüchtete sich auf deren Rat zu dem ihm verwandten Markgrafen von Baden. Mechtilde und Eberhard, Baden und Pfalz einerseits, Ulrich andererseits wandten sich in zahlreichen Schreiben an die Städte und Ämter der Uracher Landschaft.

Digitized by Google

Diese war im Anfang geteilter Ansicht. Vogt und Gericht zu Urach selbst machten Ulrich den Vorschlag, er solle, da ein Thor am Tiergarten hinter dem Schlosse nicht bewacht sei, das letztere überrumpeln lassen; aber bald erklärte sich eine Stadt um die andere für Eberhard. Ulrich mußte nachgeben, und ehe noch seine Gesandten den Neffen erreichen konnten, hatte dieser schon Besitz von seinem Lande genommen (Dezember 1459).

Digitized by Google

VI. Abschnitt.

Graf Ulrich der Vielgeliebte seit der Selbständigkeit Eberhards im Bart und Graf Eberhard der Jüngere von Württemberg-Stuttgart.

1459—1482.

Die Vorgänge bei der Vormundschaft der gemeinsamen Neffen trugen nicht dazu bei, das Verhältnis zwischen Graf Ulrich und Pfalzgraf Friedrich zu verbessern, das namentlich durch verwandtschaftliche Zwistigkeiten gestört war. Ulrichs erste Gemahlin, Margarete von Cleve, war 1444 gestorben; seine zweite, Elisabeth von Bayern-Landshut, die Stammmutter des jetzigen Königshauses, war ihr nach sechsjähriger Ehe am Neujahrstag 1451 nachgefolgt; er vermählte sich 1453 in dritter Ehe mit Margarete, Tochter des Herzogs Amadeus von Savoyen, desselben, der als Felix V. den päpstlichen Stuhl bestieg, der Witwe König Ludwigs III. von Sicilien und nachher des Kurfürsten Ludwig IV. von der Pfalz, Schwägerin des Pfalzgrafen Friedrich. Über das Vermögen derselben, das Friedrich zum größten Teile dem Sohne seines Bruders zuwenden wollte, entstand ein heftiger Streit zwischen ihm und Ulrich. 1457 lagen sie schon gegeneinander im Felde; doch machte der Pfalzgraf auf Zureden des Markgrafen Albrecht von Brandenburg einige Einräumungen, und so wurde der Kampf noch verhindert. Aufs neue drohte er im folgenden Jahre. Denn Graf Ulrich ließ das Städtchen Widdern, in dem sein Feind, der geächtete Graf von Helfenstein, Aufnahme gefunden hatte, zerstören, während der Pfalzgraf in der Nähe stand, um seinen dortigen Lehenleuten Hilfe zu bringen.

Der persönliche Streit mußte umsomehr zum Austrage kommen, als die Gegner bei der Bildung der großen Parteien, die sich damals für und

Digitized by Google

wider Kaiser Friedrich III. zusammenschloßen, auf verschiedene Seiten traten. Pfalzgraf Friedrich war das Haupt der wittelsbachischen Partei, welche ihre fürstliche Macht auf Kosten des ohnehin kraftlosen Kaisers noch mehr erheben wollte; sein bedeutendster Genosse war Herzog Ludwig von Bayern-Landshut. Graf Ulrich hielt zum Kaiser, dem auch der Papst sich geneigt zeigte. Führer dieser Partei war Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach; weitere Genossen waren namentlich Markgraf Karl von Baden, dessen Bruder Georg, Bischof von Metz, und der Erzbischof Diether von Mainz. Der Gegensatz der Parteien verhinderte allerdings nicht, daß Graf Ulrich im Herbst 1458 dem Herzog Ludwig gegen die Reichsstadt Donauwörth Hilfe zuschickte. Eben diese Vergewaltigung Donauwörths mußte nach einigen Monaten den Grund abgeben, daß über den Herzog die kaiserliche Acht ausgesprochen und daß von den Verbündeten Graf Ulrichs eifrig gerüstet wurde. Die zahlreichen Einzelbündnisse hatten leicht zur Folge, daß bei der Unterstützung der hilfesuchenden Genossen der frühere Freund plötzlich auf der gegnerischen Seite stand. Das nahm man auch, wenn nicht persönlicher Haß obwaltete, gar nicht schwer; galt es doch bei der Teilnahme an den Fehden jener zerfahrenen Zeit selten dem Kampfe für das Recht oder die Überzeugung, sondern mehr der förmlichen Erfüllung einer eingegangenen Verpflichtung. Deshalb stieß sich auch Graf Ulrich, als bald darauf der Krieg mit dem Pfalzgrafen ernstlich ausbrach, nicht daran, daß Heilbronn diesem die bedungene Mindestzahl von Mannschaft zuschickte; denn dadurch mußte ihr friedliches Verhältnis im Übrigen nicht gestört werden.

Die Acht über den bayerischen Herzog hatte, wie so häufig, nicht die Vollstreckung derselben, sondern erneute Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien zur Folge; dabei kamen auch die Klagen Graf Ulrichs gegen Pfalzgraf Friedrich, namentlich wegen Vorenthaltung des Heiratsguts seiner Gemahlin, zur Sprache. Die nicht unparteiischen Schiedsrichter gaben dem ersteren Recht; aber der letztere zerriß den Brief, der ihm das Urteil ankündigte; er war entschlossen, die Entscheidung den Waffen zu überlassen. Darauf hatten seine Gegner gerechnet. Im Februar 1460 drangen sie noch einmal auf Befolgung jenes Entscheids; noch in demselben Monat rüstete Ulrich und schickte dem Pfalzgrafen, der in der Zwischenzeit Unterthanen des Grafen zum Abfall zu verleiten gesucht hatte, den Absagebrief Es kam, da der Pfalzgraf an diesem Kriege nicht persönlich teilnehmen konnte, zu keiner ernstlichen Messung der Kräfte. Ulrich besetzte in den ersten Märztagen das unter pfälzischem Schutze stehende Kloster Maulbronn und versprach ihm, nachdem es bedeutende Summen hatte bezahlen müssen,

Digitized by Google

Schonung im ferneren Verlaufe des Krieges. Nicht so glücklich ging es bald darauf mit Weinsberg ab, da die Städte Wimpfen und Heilbronn die dortige pfälzische Besatzung unterstützten; ja im April wagten sogar die Verteidiger Weinsbergs mit etwa 300 Reitern einen Einfall in Württemberg. In der Nähe von Beilstein stießen sie auf eine kleinere Zahl von Württembergern; schon glaubten sie des Sieges sicher zu sein, als eine andere Abteilung sie aus einem Hinterhalte überfiel und teils in die Flucht schlug, teils gefangen nahm.

Auf dem bayerischen Kriegsschauplatze war die wittelsbachische Partei entschieden im Vorteil. Graf Ulrich hatte dorthin zur Unterstützung des Markgrafen Albrecht von Brandenburg einen „trefflichen Zug" zu Roß und zu Fuß geschickt, und hatte die Klöster seines Landes zum Gebet gegen die ketzerischen Böhmen, die im Heere des Herzogs von Bayern fochten, aufgefordert. Der Pfalzgraf selbst hatte sich gegen den neuen Erzbischof Diether von Mainz gewendet und hatte diesen am 4. Juli bei Pfeddersheim auf das Haupt geschlagen. Der Erzbischof verdankte seine Niederlage namentlich dem Umstande, daß er die unmittelbar bevorstehende Ankunft von 400 württembergischen Reitern nicht abgewartet. Deshalb mußte Graf Ulrich mit seinen Bundesgenossen von den früheren Ansprüchen viele fallen lassen. Er verstand sich dazu, mit Herzog Ludwig, der ihm eben einige Dörfer verbrannt, Frieden zu schließen und sich zu Vaihingen an der Enz mit dem Pfalzgrafen durch den gemeinsamen Neffen Eberhard im Bart vertragen zu lassen (8. August).

Daß diese Waffenruhe nur eine vorläufige war, daran zweifelte kaum einer der Beteiligten. Für die kaiserliche Partei handelte es sich vor allem darum, ein größeres Aufgebot an Mannschaft zusammenzubekommen und, soweit dies damals möglich war, einen Reichskrieg zu entflammen. Dem Markgrafen Albrecht gelang es wirklich, die Verbindung des Herzogs Ludwig von Bayern mit dem Böhmenkönige Georg Podiebrad dem schwer sich aufraffenden Kaiser als so gefährlich darzustellen, daß er im Juli 1461 ihn, sowie den Grafen Ulrich von Württemberg und den Markgrafen Karl von Baden zu Reichshauptleuten ernannte und sie das Reichspanier, welches Ulrich zu verwahren hatte, aufwerfen hieß. Freilich fand der Ruf des Kaisers wenig Folge; die Reichsstädte besannen sich ernstlich, ob sie sich zum Kriege entschließen sollten, und auch sonst fand die Deutung, daß es sich nicht um den Kaiser als solchen, sondern als Erzherzog von Östreich handle, und daß daher das Reichsaufgebot ungerechtfertigt sei, willigen Eingang. Ein gefährlicher Feind dagegen drohte dem Pfalzgrafen zu er-

Digitized by Google

wachsen in Adolf von Nassau, dem Papst Pius II. an Stelle des zu den Wittelsbachern übergegangenen und darum abgesetzten Diether das Erzbistum Mainz übertragen hatte. Da Diether zunächst im Besitze seiner Macht blieb, schloß Adolf mit Graf Ulrich von Württemberg einen Vertrag ab, wonach ihn dieser gegen 40000 Gulden in sein Erzbistum einsetzen sollte. Das war für Ulrich, der im Verlaufe des Jahres 1461 fast keine Kriegslust gezeigt hatte, die Hauptveranlassung, am Ende desselben, freilich fast ohne Erfolg, in die Pfalz einzufallen. Ihm schloß sich Markgraf Karl von Baden an. Beide waren in eine ungewöhnlich enge Verbindung getreten: das Land des einen sollte dem andern gegenseitig als Schirmherrn huldigen und dafür 100 Mark Silbers (600 Gulden) bezahlen, eine Summe, die Graf Ulrich auf seine eigene Rechnung zu übernehmen sich veranlaßt sah.

Am Anfang des Jahres 1462 wurden Erzbischof Diether und sein Freund, der Pfalzgraf, vom Papste mit dem Banne belegt. Die Kaiserlichen erhielten Zuwachs durch den Beitritt des Grafen Eberhard im Bart und anderer. Der erste Stoß richtete sich gegen Herzog Ludwig von Bayern. Es glückte Graf Ulrich am 28. Februar die Stadt Heidenheim und das darüberragende Schloß Hellenstein einzunehmen; bald darauf gewann Ludwig einen Vorteil, ohne daß es jedoch zu einer entscheidenden Schlacht kam. Er hatte dadurch Luft bekommen, daß eine Streifschar des Pfalzgrafen bis in die Nähe von Stuttgart vorgedrungen war, wogegen wieder ein Einfall in die Pfalz zahlreichen dortigen Dörfern Brandschatzung brachte.

In der Absicht, zu einem entscheidenden Schlage auszuholen, zogen Markgraf Karl, sein Bruder Georg, Bischof von Metz, und Graf Ulrich im Juni ihre Mannschaft, einige Tausend Mann, zusammen. Der Kaiser eröffnete Ulrich die Aussicht, die oberschwäbische Landvogtei von den Truchsessen von Waldburg an sich lösen zu dürfen. Das Gerücht ging, der Pfalzgraf sei dem Bayernherzog zu Hilfe geeilt; um so siegesgewisser rückten die Fürsten in seinem Lande ein. Zwar waren sie von erfahrenen Männern gewarnt; Graf Ulrich insbesondere war dringend aufgefordert worden, wenigstens einen des Landes kundigen Heerführer mitzunehmen; aber in unbegreiflicher Verblendung vergaßen sie alle Vorsicht. Über Pforzheim, wo die Sammlung stattfand, fielen die Fürsten am 26. Juni im Pfälzischen ein; auf dem Wege nach Heidelberg suchten sie das befestigte Heidelsheim zu überrumpeln. Es gelang ihnen nicht, und der dessen Verteidigung ohne ihr Wissen leitete, war der Pfalzgraf selbst.

Digitized by Google

welcher mit wenigen Begleitern sich dorthin geworfen. Nach zweitägiger vergeblicher Belagerung ließen die Fürsten, um möglichst rasch weiter zu kommen, die kleine Stadt liegen; denn so ärgerlich ihnen der Mißerfolg war, glaubten sie von dorther nichts Schlimmes befürchten zu müssen. Sie rückten weiter gegen Heidelberg vor und beschlossen, nachdem bei Sankt Leon sich der Bischof von Speier mit ihnen vereinigt, Troß und Fußvolk dort zurückzulassen. Da der Bischof sie versicherte, daß in der ganzen Pfalz nicht viel mehr als 300 Reisige sich befänden, wollten sie die günstige Gelegenheit benützen und streiften am 29. Juni mit 800 Pferden sengend und brennend bis nach Seckenheim am Neckar, 3 Stunden unterhalb Heidelbergs. Eine willkommenere Blöße hätten sie dem Pfalzgrafen, der alle ihre Bewegungen beobachtete, nicht geben können. Er eilte ihnen nach, zog schleunigst Verstärkungen an sich und schnitt am 30. Juni mit über 600 Reitern und etwa 2000 zusammengerafften mit Spießen bewaffneten Landleuten seinen Feinden den Rückweg ab. Ein Ausweichen war diesen nicht möglich. Sie wendeten sich, den Neckar im Rücken, gegen den Pfalzgrafen, der bei Seckenheim aus dem Schwetzinger Walde hervorbrach. Auf beiden Seiten stellte man sich in Schlachtordnung; der Pfalzgraf unterließ nicht, zahlreichen Edeln noch den Ritterschlag zu erteilen; die Kaiserlichen steckten zur Unterscheidung Haferbüschel, die Pfälzischen Nußlaub auf; nach Mittag griff der Pfalzgraf an. Die schwer bewaffneten Ritter, von der brennenden Sonnenhitze gequält, kämpfen mit dem Mut der Verzweiflung und bringen schon die pfälzische Reiterei zum Weichen; aber immer enger zieht sich der Ring der sie überflügelnden Feinde; deren Reiter bekommen durch die in die Schlachtlinie eingerückten Spießträger Luft und an diesen Spießen bricht sich die Kraft der kaiserlichen Ritter. Der Markgraf von Baden und der Bischof von Metz wurden schwer verwundet, Graf Ulrich von Württemberg wollte sich, obgleich umzingelt, nicht ergeben, bis Hans von Gemmingen kräftig auf ihn eindrang; da erst reichte er diesem Faustkolben und Eisenhandschuhe. Weil übrigens bei Seckenheim fast keine Büchsen mitgeführt worden waren, blieb die Zahl der Gefallenen verhältnismäßig klein, auf kaiserlicher Seite nicht ganz 50, auf pfälzischer etwa ein Dutzend; um so zahlreicher waren die Verwundeten. Gegen 400 Gefangene fielen in die Hand des siegreichen Pfalzgrafen; der Rest rettete sich zu dem in Sankt Leon zurückgebliebenen Fußvolk. Dieses hätte wohl selbst auf die Kunde von der Niederlage seiner Führer schleunigst sich aufgelöst; zum Überfluß zwang der Sieger die gefangenen Fürsten, ihm eine dahingehende Weisung zukommen zu lassen.

Digitized by Google

Damit war der Krieg in der Pfalz völlig entschieden; die Wirkung auf dem bayerischen Kriegsschauplatz sollte sich bald zeigen. Schon am 7. Juli nahm Herzog Ludwig von Bayern die Stadt Heidenheim mit dem Schloß Hellenstein wieder ein. Markgraf Albrecht von Brandenburg, von Graf Eberhard von Württemberg und einigen Reichsstädten unterstützt, trat ihm entgegen. Es war das erste Mal, daß Graf Eberhard ernstlicher in den Krieg eingriff. Veranlassung dazu war wohl weniger, daß der Kaiser auch ihn zum Reichshauptmann ernannt hatte, als daß seine mit seinem Oheim Ulrich abgeschlossene Einigung ihn verpflichtete, diesem, wenn er in Not komme, mit allen Kräften zu helfen. Aber die Lust, viel gegen den bayerischen Herzog zu wagen, war nirgends groß; das Heer, das ihm am 17. Juli bei Heidenheim entgegentrat, wurde ohne Mühe geschlagen. Die Kaiserlichen stellten sich zwar wieder auf dem rechten Brenzufer gegenüber der befreundeten Reichsstadt Giengen; aber ehe sie ihre Wagenburg auf einer Anhöhe vollendet hatten, stürmten die Bayern von allen Seiten heran, drangen trotz tapferen Widerstands in jene ein und machten viele Gefangene und reiche Beute, namentlich an Kriegsbedarf. Das Reichspanier, die Banner des Markgrafen Albrecht und des Grafen Eberhard gingen verloren. Der letztere sah sich außer Stand, für den gefangenen Oheim noch weiter die Waffen zu führen und schloß bald mit Herzog Ludwig von Bayern Frieden. Die Absicht der Kaiserlichen, nach einem Siege über den letzteren den Pfalzgrafen zur Freilassung seiner Gefangenen zu zwingen, war völlig vereitelt.

Die Lage der gefangenen Fürsten war eine schlimme. Markgraf Karl und Graf Ulrich wurden im Heidelberger Schlosse in enger Haft gehalten und wie gemeine Verbrecher in Ketten gelegt. Kaiser Friedrich, in dessen Namen die Fürsten in der Pfalz eingefallen waren, wußte nichts zu thun, als zwei Tage nach der Schlacht bei Giengen den König von Frankreich und den Herzog von Burgund brieflich um Hilfe anzuflehen; ihm schloß sich der Papst zu Gunsten des Erzbischofs Adolf von Mainz an. Vergebens unterhandelten die württembergischen Räte mit dem Pfalzgrafen, der unannehmbare Bedingungen stellte; vergebens wandten auch sie sich an den burgundischen Hof, wo Ulrichs Sohn, Graf Eberhard der Jüngere, bis dahin sich aufgehalten hatte; vergebens hielten sie dem Kaiser und dem Reichstage vor, daß ihr Herr nur aus Gehorsam gegen Papst und Kaiser in so großen Schaden geraten sei und daß es darum diesen gezieme, ihn wieder daraus zu erretten. Dem Pfalzgrafen selbst lag an rascherer Erledigung, weil seinen Gegnern inzwischen die Überrumpelung

Digitized by Google

der Stadt Mainz gelungen war; er griff zu dem unerhörten Mittel, seine Gefangenen in den Stock zu schließen und so in krampfhaft eingezwängter Haltung auf den Boden eines Saales zu legen. Wie zum Hohne versäumte er dabei nicht, sie ihrem Stande gemäß durch Edelleute und Knechte bedienen zu lassen. Sofort nach dieser grausamen Maßregel entließ er einige württembergischen Edle, damit diese unter dem Eindrucke derselben die Annahme seiner Forderungen im Lande durchsetzten. Rührend war die Anteilnahme des Volkes an des Grafen Geschick; in Stadt und Amt Schorndorf wurde von Haus zu Haus eine Sammlung veranstaltet, um ihn zu erlösen; von dem Vogt, der 70 Gulden spendete, gings herab zu dem Bäuerlein, das sich einen Gulden nicht zu viel sein ließ. Da aber doch die verlangte hohe Summe nicht zusammenkam, mußten die Gefangenen zwei Monate lang in ihrer peinlichen Lage verharren, bis sie wieder nur in Ketten gelegt wurden.

Auf den 23. April 1463 war ein neuer Reichstag angesetzt. Der Pfalzgraf hatte zu erwarten, daß, wenn dort keine Einigung mit ihm zu stand käme, der Krieg aufs neue ausbreche. Dies wäre ihm aber gerade jetzt sehr unwillkommen gewesen, da sein Bruder Ruprecht nur unter der Bedingung zum Erzbischof von Köln gewählt worden war, daß der Streit zwischen der Pfalz und dem Erzbischof Adolf von Mainz beigelegt werde. So entschloß er sich denn, seine Forderungen etwas herabzusetzen, und es gelang ihm, mit den ihrerseits mürbe gemachten Fürsten noch rechtzeitig Verträge abzuschließen. Graf Ulrich verpflichtete sich, 100 000 Gulden als Lösegeld zu bezahlen, Marbach — ursprünglich war Stuttgart verlangt worden — gegen Wiederlösung um 30 000 Gulden zum pfälzischen Lehen zu machen, auf Ansprüche seiner Gemahlin zu verzichten, den Pfalzgrafen nie mehr zu befehden und ihn bei Strafe von 10 000 Gulden binnen Jahresfrist mit Papst und Kaiser auszusöhnen. Dazu kam, daß das Verlöbnis zwischen seiner Tochter und dem jungen Markgrafen Christoph von Baden aufgehoben werden mußte. Am 27. April kam Ulrich los, nachdem er noch der Sitte gemäß beurkundet, daß er nach Gestalt der Sachen freundlich und gütlich gehalten worden sei. Der Pfalzgraf gab ihm und den Seinigen ein Abschiedsmahl. Sofort sorgte Ulrich für die Abschickung von Gesandten an den Papst, um seiner Verpflichtung nachzukommen. Graf Ludwig von Helfenstein und Meister Johann Bürgermeister von Deizisau, ein Eßlinger Kind, reisten nach Rom und erwirkten das Erscheinen eines päpstlichen Legaten in Worms.

Dank hatte Graf Ulrich nach seiner Befreiung nicht viel mehr zu

Digitized by Google

genießen, als vorher Hilfe. Erzbischof Adolf von Mainz übernahm zwar 37 000 Gulden von seinen pfälzischen Schulden. Der Kaiser aber lehnte die nachgesuchte Erhebung in den Fürstenstand ab, er erlaubte ihm nur, an der Mühle zu Berg bei Stuttgart eine Zollstätte zu errichten, und verbot dem Rottweiler Hofgericht gegen die Seinigen einzuschreiten. Erst im Juli 1465 übertrug er ihm auch das einträgliche Schirmrecht über die Juden in den Bistümern Mainz, Trier, Salzburg und Besançon.

Während Ulrichs Gefangenschaft regierten im Lande seine Räte und sein aus Burgund heimberufener fünfzehnjähriger Sohn Eberhard der Jüngere. Der Kaiser ließ es ihnen gegenüber nicht an Versprechungen und Aufmunterungen fehlen; aber das Schicksal des Landesherrn und der Mangel an Unterstützung schwächte das Vertrauen in ihre Kraft so, daß einige Klöster, die unter Ulrichs Schutz gestanden, sich einstweilen in denjenigen des Kaisers begaben.

Graf Ulrich kehrte als ein halbgebrochener Mann zurück. Politisch schloß er sich von da an meist dem Grafen von Württemberg-Urach, seinem Neffen Eberhard im Bart, an; persönlich suchte er in Werken der Frömmigkeit die Befriedigung, die ihm in Beruf und Familie versagt war.

Ein Gutes hatten die Erfahrungen der Pfälzer Fehde zur Folge, daß nämlich schon im Jahre 1464 die württembergischen Grafen für beide Landeshälften zu einem engen Schutz- und Trutzbündnisse zusammentraten, das wenigstens nach außen das Land wieder einigte. Demgemäß schlossen sie auch mit anderen Mächten gemeinsame Verträge. Als Mitglieder des Sankt Georgen-Bundes wurden sie im Herbst 1464 in eine Fehde mit den Herren von Klingenberg hineingezogen, die bei dem raufluſtigen und kriegserfahrenen Hans von Rechberg Unterstützung fanden. Dem Heere Graf Ulrichs gelang es, unter Führung des Grafen Nikolaus von Zollern die feste Schalksburg zu erobern; Graf Eberhard zog gegen Hans von von Rechberg aus, der auf einem Streifzuge zum Tode verwundet wurde.

Persönlich griff Ulrich nur noch einmal zu den Waffen, um einem Aufgebot des Kaisers gegen Herzog Karl den Kühnen von Burgund Folge zu leisten: er beteiligte sich an der Entsetzung der Feste Neuß unterhalb Kölns, durch welche der Streit um das Kölner Erzbistum entschieden wurde (1475).

Wieder ein Kampf von zwei Bewerbern um einen Bischofsstuhl war es, der Graf Ulrich noch in demselben Jahre in eine für ihn sehr unangenehme Lage brachte. In Constanz hatte Papst Sixtus IV. den Ludwig von Freyberg zum Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge des

Digitized by Google

Bischofs bestellt; als aber der letztere starb, wählte das dortige Domkapitel nicht ihn, sondern den Truchsessen Otto von Waldburg zum Bischof. Für diesen sprach sich auch der Kaiser aus und forderte mehrmals die württembergischen Grafen zu dessen Unterstützung auf. Graf Eberhard gehorchte. Aber Ulrich hielt sich trotz seiner Anhänglichkeit an den Kaiser für verpflichtet, dem päpstlichen Stuhle zu gehorsamen. Durch den baldigen Tod des Bischofs Ludwig entging Ulrich den Verlegenheiten, welche das Verlangen des Kaisers und die Haltung Eberhards im Bart ihm bereiteten, und Otto wurde nunmehr auch vom Papste als Bischof anerkannt.

War der Graf somit in seinen Beziehungen nach außen, die er zudem durch Verträge mit Eßlingen neuerdings gebessert hatte[1]), keinen bedeutenden Störungen des Friedens mehr ausgesetzt, so wurden die Verhältnisse im Innern immer trüber. Zur Deckung der drückenden Schulden mußten außerordentliche Steuern eingetrieben, ansehnliche Landesteile verpfändet werden. Seine beiden Söhne bereiteten ihm viel Kummer. Der ältere von ihnen, Eberhard der Jüngere (geboren in Waiblingen 1. Februar 1447) hatte vom Burgundischen Hofe, an dem er erzogen worden war, eine starke Neigung zu Pracht und Üppigkeit mitgebracht; er ließ auch nicht von seinen Ausschweifungen, als ihm 1467 Elisabeth, Tochter des mächtigen Markgrafen Albrecht von Brandenburg anvermählt wurde[2]). Der jüngere Sohn Heinrich (geboren 7. September 1448) sollte, damit nicht wieder eine Landesteilung eintrete, Geistlicher werden. Es gelang, Domherrnpfründen zu Mainz und Eichstädt für ihn zu erhalten, ja ihn durch den Einfluß des Markgrafen Albrecht dem Erzbischof von Mainz mit siebzehn Jahren als Koadjutor beizugesellen. Aber Heinrichs Abneigung gegen den geistlichen Stand wurde durch eine Studienreise nach Italien und Frankreich nur noch gesteigert; er bestand darauf, eine eigene weltliche Herrschaft zu bekommen; der auch von dem herrschsüchtigen älteren Sohne gedrängte Vater willigte ein. Zu dem Zwecke setzte er sich mit seinem Neffen Eberhard im Bart ins Benehmen, und dieser trat, um einer weiteren Zersplitterung des Landes vorzubeugen, im Uracher Vertrag vom 12. Juli 1473 das überrheinische Gebiet, Mömpelgard mit den burgundischen und elsäßischen Besitzungen, gegen Entschädigung ab. Dieses

1) 1473 wurde er neben dem Markgrafen von Baden Mitschutzherr der Stadt.

2) Die Vermählung fand am 8. Februar in Ansbach mit einem Stellvertreter statt, da Eberhard krank war; die Feier in Stuttgart am 16. Übrigens hatte vorher schon eine kirchliche Vermählung stattgefunden, um dadurch, wie später bei Eberhard im Bart, den wegen zu naher Verwandtschaft nötigen Dispens zu erzwingen.

Digitized by Google

Gebiet wurde Heinrich zur Regierung überlassen, wogegen er alle Ansprüche auf Württemberg aufgeben mußte. In den beiden Hälften des letzteren sollte bei Aussterben des einen Mannesstammes der andere nachfolgen; zum Zeichen der Zusammengehörigkeit sollten alle Grafen gleiche Titel und Wappen führen[1]).

Graf Heinrich konnte sich seines neuen Besitzes wenig freuen. Schon im folgenden Jahre ließ ihn Herzog Karl der Kühne von Burgund, um im Kampf mit Herzog Sigmund von Östreich und den schweizerischen Eidgenossen die feste Stadt Mömpelgard in seine Gewalt zu bekommen, überfallen und gefangen nehmen. Als die Stadt eine Übergabe verweigerte, mußte der Graf im Angesicht derselben Todesangst durch den Scharfrichter ausstehen. Dann wurde er drei Jahre lang in Kerkern herumgeschleppt. Als er endlich nach dem Tode des Herzogs frei kam, war schon der Keim zu einer geistigen Umnachtung gelegt.

Hatte Heinrich eine eigene Herrschaft zugewiesen erhalten, so wollte sein Bruder Eberhard auch nicht zurückstehen. Er maßte sich gegenüber dem schwachen Vater immer mehr die Gewalt an, so daß dieser 1477 seinem Neffen Eberhard im Bart klagen mußte, sein Sohn gehe darauf aus, ihn selbst zu regieren. Mit des Neffen Hilfe kam eine Ordnung zu Stande, an die sich beide halten sollten. Aber schon am 8. Januar 1480 trat Graf Ulrich, der zudem durch den Tod seiner dritten Gemahlin[2]) tief betrübt worden war, von der ihm widerwärtigen Regierung zurück, um den Rest seines Lebens in Ruhe zuzubringen. Am 1. September desselben Jahres starb er in Leonberg, wohin Eberhard im Barte ihn zur Hirschjagd geladen. Seine Beisetzung fand in der Stuttgarter Stiftskirche statt. Die Trauer im Lande war groß.

Ulrichs des Vielgeliebten kirchlicher Sinn hat sich in vielen Stiftungen kundgegeben. Er ist der Gründer des Dominikaner-Klosters in Stuttgart, des Stifts Oberhofen bei Göppingen, des Klösterleins auf dem Engelberg. Den Bau der prächtigen Alexanderskirche in Marbach, der drei Hauptkirchen Stuttgarts hat er gefördert. Mit Gemahlin und Söhnen

---

1) Grafen von Württemberg und Mömpelgard; Wappen geviert, mit den 3 Hirschstangen und den 2 Barben.

2) Gräfin Margarethe starb 1479. Mit großer Entschiedenheit hatte sie bei ihrem Schwager, König Renatus von Sicilien, ihre Ansprüche auf Zurückgabe ihres Heiratsguts durchgesetzt und war zu diesem Zwecke 1466 in Begleitung des Grafen Johann von Eberstein, des Stuttgarter Probstes Johann Vergenhans u. a. mit ihm in Angers zusammengetroffen.

Digitized by Google

hat er sich in die Brüderschaft des Predigerordens aufnehmen lassen. Den Schutz der Priesterschaft hat er seinen Amtleuten besonders anbefohlen. Daß er sich durch ernstere Frömmigkeit auszeichnete, zeigt sein mit Eberhard im Bart verabredetes Einschreiten gegen die Zuchtlosigkeit der ausgearteten Bettelmönche, gegen die Unordnungen in den Frauenklöstern.

Graf Ulrich hat zuerst viel Selbstvertrauen gezeigt und sich mit großen Hoffnungen getragen. Unklugheit, Verwegenheit und unglückliche Umstände haben ihm schwere Enttäuschungen eingetragen. Trotzdem gewann er die Herzen seiner Unterthanen. Auf seine Volkstümlichkeit weist schon sein zeitgenössischer Beiname „Botz Nieswurtz"; den schöneren des Vielgeliebten hat er seinem biederen, versöhnlichen Sinn, seiner Kirchlichkeit und Freigebigkeit zu verdanken. Für Württemberg war die von ihm veranlaßte Teilung gefährlich; seiner Landeshälfte hat er durch unnötige Einmischung in allerlei Händel großen Schaden zugefügt. Doch hütete er sich, dem dringenden Hilfegesuch seines Neffen Ludwig von Savoyen, des von Jakob, dem Gemahl der Katharine Cornaro, vertriebenen Königs von Cypern, zu entsprechen.

Von Ulrichs Töchtern traten die beiden ältesten in ein Kloster ein, während die vier andern sich vermählten; sein jüngerer Sohn Heinrich war bestimmt, Stammhalter des Gesamthauses zu werden.

Der ältere Sohn, Eberhard der Jüngere (1480—1482), ließ sich nach des Vaters Tode zunächst von seinem erfahrenen älteren Vetter beeinflussen, nicht weil etwa das Bewußtsein der Verantwortlichkeit in ihm stärker geworden wäre, sondern weil er die Regierungssorgen nicht allein tragen mochte. Er schloß, ähnlich wie schon sein Vater, mit Eberhard im Bart ein Bündnis zu gegenseitiger Hilfeleistung. Infolge seiner Abneigung gegen jede ernste Thätigkeit geriet er aber bald mit seinen Räten in Streit, was ihm die Regierung noch mehr entleidete. Dazu kamen Mißhelligkeiten mit seinem Bruder Heinrich, der auf einmal durch die im Uracher Vertrag erfolgte Abfindung sich benachteiligt glaubte und sogar mit Feinden seines Hauses sich in Verabredungen einließ, um doch noch einen Anteil an Württemberg für sich herauszuschlagen. Es gelang zwar, durch den Vertrag von Reichenweier (26. April 1482) Heinrich zu bestimmen, daß er sogar auf Mömpelgard und die burgundischen Herrschaften zu Gunsten seines Bruders verzichtete und sich mit dem Besitz von Horburg, Reichenweier und Bilstein im Elsaß nebst einem Jahrgeld begnügte; aber dieser Zuwachs erschien Eberhard d. J. wieder als eine Vermehrung seiner Lasten, und so bot er, kaum neun Monate nach jenem Vertrag seinem

Digitized by Google

Vetter von Württemberg-Urach an, er solle die Regierung des ganzen Landes übernehmen. Dieser ging darauf ein, und so entsagte Eberhard d. J. im Münsinger Vertrag vom 14. Dezember 1482, auf den wir später des Näheren kommen werden, der Regierung. Seine völlige Unfähigkeit zum Herrschen, seine Verschwendungssucht, die nach den durch seinen Vater erlittenen Verlusten um so verderblicher war, bewirkten die Wiedervereinigung des Landes und seine Hälfte fiel dem besonneneren und tüchtigen Eberhard im Bart zu.

Digitized by Google

VII. Abschnitt.

Graf Eberhard im Bart von Württemberg-Urach bis zur Wiedervereinigung des Landes.

1459—1482.

In Württemberg-Urach war, wie schon erwähnt, der Sohn Graf Ludwigs d. Ä., Eberhard im Bart (1459—1496) namentlich durch pfälzischen Einfluß vierzehnjährig zur Selbstherrschaft gelangt. Eberhard ist am 11. Dezember 1445 im Stadtschlosse zu Urach als der erste württembergische Grafensohn seit der Landesteilung geboren und verlor im fünften Jahre den Vater. Seine Erziehung wurde ziemlich vernachlässigt; die feingebildete Mutter Mechtild zog sich, über die Zurücksetzung in der Vormundschaft verstimmt, auf ihren Witwensitz nach Böblingen zurück und trat bald mit Herzog Albrecht von Österreich in eine zweite Ehe; die Vormundschaft selbst verhinderte nach dem letzten Willen des Vaters den Erzieher des jungen Grafen, den spätern Tübinger Kanzler Johann Vergenhans, diesen im Lateinischen und damit, nach dem damaligen Stande, in den höheren Wissenschaften überhaupt, zu unterrichten. Ohne Zweifel wollte der Vater mit Rücksicht auf die schwächliche Gesundheit seines älteren Sohnes Ludwig verhüten, daß der zweite in den geistlichen Stand eintrat, wie dies bei Ulrichs des Vielgeliebten jüngerem Sohne zur Vermeidung einer weiteren Teilung des Landes der Fall war. Die Folge war, daß Eberhard, der fast nur zu körperlichen Übungen angehalten wurde, sich später über mangelhaften Jugendunterricht beklagen mußte, zum Teil auch daß er Zeit und Kraft durch Ausschweifungen und Leichtsinn vergeudete. Es ist wohl wesentlich der Thätigkeit seiner Räte zuzuschreiben, wenn er in den Kämpfen der kaiserlichen Partei mit seinem Oheim, dem bösen Pfälzer Fritz, eine überwiegend vermittelnde Rolle spielte, bis auch er in die Nieder-

Digitized by Google

lagen durch Herzog Ludwig von Bayern bei Heidenheim und Giengen verwickelt wurde. Ein Schachzug von der anderen Seite war, daß er 1465 mit der erst halbjährigen Tochter Kaiser Friedrichs verlobt werden sollte. Plötzlich tritt eine Wendung in Eberhards Leben ein; er geht ernstlich in sich und beginnt sich zu dem Fürsten zu entwickeln, der als einer der trefflichsten Württembergs heute noch den wohlverdienten Nachruhm genießt.

Was diese Umwandlung in Eberhard veranlaßte, ist nicht nachweisbar. Mahnungen der edlen Mutter, das stumme Vorbild oder laute Warnungen tüchtiger Männer, wie Vergenhans oder der Güterstеiner Prior Konrad von Münchingen, mögen Erfolg gehabt haben. Sicher ist, daß Eberhard 1468 seine Pilgerfahrt in das heilige Land als ein neuer Mensch antrat. In Güterstein ließ er sich die Weihe zur Reise erteilen und zog am 10. Mai mit einem zahlreichen Gefolge von Urach aus. Zuvor hatte er sein Testament gemacht und die Vertretung in der Regierung einigen Räten, darunter dem vielgereisten und weitberühmten Ritter Georg von Ehingen, übertragen. Für wichtigere Fälle waren noch besondere Anordnungen getroffen; Gerüchten von seinem Tode sollte nicht geglaubt werden, wenn nicht seine Reisebegleiter selbst dieselben bestätigen würden. Über Ulm ging es dem Brenner zu, von da nach Venedig, das nach zehn Tagen erreicht wurde. Hier schiffte man sich am 4. Juni ein und landete am 2. Juli in Jaffa. Noch wurde die Geburts- und Begräbnisstätte des h. Georg, dessen Banner die Grafen von Württemberg so häufig führten, in Lydda besichtigt, dann hielt Eberhard am 8. Juli seinen Einzug in Jerusalem. Nach dem Besuche der heiligen Stätten ließ er sich in der Grabeskirche zum Ritter schlagen und trug wohl von da an nach dem Vorbild Anderer als Zeichen der Demut den langen Bart, der ihm seinen Beinamen verschaffte.[1]) Der Rückweg führte mit Aufenthalt auf mehreren Inseln des Mittelmeeres nach Neapel und Rom. Dort kam er mit dem Papste in ein so gutes Verhältnis, daß es ihm bald darauf gelang, die vielen ursprünglich kirchlichen Zehnten, welche die Grafen von Württemberg allmählich an sich gezogen hatten, in der Form eines päpstlichen Lehens zugesichert zu erhalten. Im November kehrte der Graf in die Heimat zurück. Sein erster Gang galt der Karthause Güterstein, sein zweiter der in Rottweil weilenden Mutter. Groß war die Freude im Lande, als Eberhard glücklich nach Hause kam; Unterthanen und Nachbarn begrüßten ihn durch Darbringung reicher Geschenke.

[1]) Übrigens zeigen ihn auch einzelne spätere Bilder ohne Bart.

Digitized by Google

Die Beschwerden der Reise hatten dem Grafen so wenig geschadet, daß er nach kaum zwei Monaten schon wieder nach Venedig aufbrach, um den Kaiser, der sich gerade dort aufhielt, aufzusuchen. Erst im März 1469 übernahm er wieder dauernd die Regierung.

Zu Hause fand er bald Gelegenheit, sich als thatkräftiger Herrscher zu zeigen. Gleich den Gütern seiner eigenen hatte er diejenigen der badischen Unterthanen im Lande mit Steuern belegt. Markgraf Karl von Baden, der Leidensgenosse Graf Ulrichs, nahm auf Rat seines Landhofmeisters Dietrich von Gemmingen eine Anzahl Württemberger gefangen, um sich an ihnen schadlos zu halten; zugleich reizte er die unter seinem Schutz stehende Reichsstadt Eßlingen, welche immer nachbarliche Klagen gegen die Grafschaft Württemberg-Stuttgart hatte, gegen Graf Ulrich auf, damit derselbe seinen Neffen nicht unterstützen könnte. Graf Eberhard nahm dafür den dem Dietrich von Gemmingen gehörigen Teil von Heimsheim weg und wetteiferte mit den Feinden in der Schädigung und Brandschatzung offener Dörfer. Im Juli 1469 gelang es dem Markgrafen Albrecht einen Waffenstillstand zu vermitteln; am 17. Oktober kam durch Pfalzgraf Friedrich in Bretten der Friede zu Stande. Eberhard behielt Recht mit seiner Besteuerung, mußte aber das Eigentum des badischen Landhofmeisters wieder herausgeben.

Eine günstige Gelegenheit zur Vergrößerung seines Landes benützte der Graf, als sich ein Streit um die Stadt Sulz erhob. Ein Viertel derselben hatte fünfzig Jahre zuvor seine streitbare Großmutter, die Gräfin Henriette, gewonnen; der Rest gehörte Hans von Geroldseck. Dieser wurde vom Hofgerichte wegen Schuldforderungen in die Acht erklärt, mit deren Vollstreckung der Kaiser Graf Eberhard beauftragte. Weil aber der Geroldsecker bei Herzog Sigmund von Östreich Hilfe fand, erhoben sich Schwierigkeiten. Erst nachdem Eberhard anerkannte Ansprüche auf Sulz sich hatte übertragen lassen (1471) und von der wegen ihres Herrn seit zehn Jahren auch dem Kirchenbanne verfallenen Stadt flehentlich zur Erlösung herbeigerufen worden war, zog er mit Hilfe aus den kaiserlich gesinnten Städten Ulm, Gmünd und Reutlingen vor Sulz. Die Stadt ergab sich sofort; ihre Feste Alpeck wurde überrumpelt, der Geroldsecker darin gefangen und nach Hohenurach geführt, wo er sich dazu verstehen mußte, Sulz an Eberhard abzutreten. Dieser verfehlte nicht, dessen Erben dafür zu entschädigen, die ihn wegen seines Gehorsams gegen kaiserliche und päpstliche Befehle und seiner Anerkennung eines in der Sache ergangenen Schiedsspruches als Landfriedensbrecher verklagt hatten, — ein grelles Beispiel öffentlicher Rechtlosigkeit.

Digitized by Google

Graf Eberhard unterstützte, obgleich er selbst die Schwäche Kaiser Friedrichs III. erkennen mußte, alle Anläufe desselben, Ordnung zu schaffen, und suchte das Ansehen des Reichsoberhauptes zu heben. Er beteiligte sich an dem allerdings vergeblichen Regensburger Reichstag, auf welchem der zehnte Teil alles Einkommens als Kriegssteuer gegen die Türken festgesetzt werden sollte (1471); ebenso an dem zu Augsburg, wo der Kaiser weder gegen die Türken noch gegen Herzog Karl von Burgund die begehrte Hilfe bekam (1473). Er begleitete ihn sogar auf seinem wenig kaiserwürdigen Zuge durch Schwaben nach Straßburg und bemühte sich mit mehreren Bischöfen und Fürsten auf einem Tage zu Teinach, den Kaiser mit dem Pfalzgrafen Friedrich, der noch immer die Kurfürstenwürde sich anmaßte, auszusöhnen. Von Straßburg wandte sich Graf Eberhard mit Friedrich III. nach Trier, um mit Karl von Burgund wegen Erhaltung des Friedens zu verhandeln. Bei den dortigen Festlichkeiten war er es namentlich, der in scharfem Turnier die Ehre der deutschen Waffen wahrte.

Auf des Kaisers Seite blieb Eberhard auch im Streite gegen den von Karl dem Kühnen unterstützten Erzbischof Ruprecht von Köln, seinen eigenen Oheim. Gleich Graf Ulrich zog er persönlich ins Feld und durfte als erster die St. Georgsfahne tragen, um die sich die schwäbische und die fränkische Ritterschaft stritten. Wie früher erwähnt, unterstützte er im Gegensatz zu Graf Ulrich den kaiserlichen Bischof zu Constanz, Otto von Waldburg. All das verhinderte freilich nicht, daß er gegenüber dem Erzhause Östreich, mit dem er infolge der Bemühung um Vergrößerung seines Landes zusammenstieß, beim Kaiser keine Unterstützung fand.

Im Jahre 1474 trat Eberhard im Alter von 29 Jahren in den Ehestand. Der Schwiegervater seines Vetters, der nunmehrige Kurfürst Albrecht von Brandenburg, lenkte die Blicke des Grafen auf seine Großnichte Barbara, des Markgrafen Ludwig des Bärtigen von Mantua neunzehnjährige Tochter. Der erprobte Georg von Ehingen übernahm die Brautwerbung. Dann erschien der Graf mit stattlichem Gefolge zu Mantua, in dessen Dom in der Frühe des 12. April die kirchliche Einsegnung der Verlobten stattfand. Da dieser das Hindernis zu naher Verwandtschaft entgegenstand, wurde der Vollzug der Ehe bis zu einer zweiten Einsegnung aufgeschoben. Die erste hatte, wie dies auch sonst vorkam, nur den Zweck, die dem Papst vorbehaltene Erlaubnis, die denn auch bald erfolgte, durch Schaffung einer vollendeten Thatsache zu erleichtern. Eberhard kehrte nach Hause, um die Vorbereitungen zu festlicher Einholung seiner Gemahlin zu

Digitized by Google

treffen; einen seiner Räte, Hans von Sachsenheim, ließ er zum Geleite zurück. Im Juni folgte Barbara und wurde zu Kempten von Abgesandten Eberhards mit 200 Pferden empfangen. In Ulm wartete wieder eine Anzahl Adeliger auf die neue Herrin; als diese am 3. Juli, einem Sonntage, über Blaubeuren nach Urach fuhr, traf sie unterwegs auf den Grafen, der mit vielen Fürsten und Herren, einem Gefolge von mehr als 2000 Pferden ihr entgegenkam. Am Abend erfolgte der Einzug in Urach; sofort ging es in die Kirche, wo der greise Bischof Hermann von Constanz die Vermählung vollzog. Die eigentliche Hochzeitsfeierlichkeit war am folgenden Tag mit Kirchgang und Festmahl. Auf des Grafen Kosten wurden über 13000 Menschen in Urach gespeist; drei Tage lang floß Wein aus einem Brunnen im Schloßhof. Barbara, eine milde, herzgewinnende Erscheinung, welche freilich die schwäbische Kost zu ihrem Leidwesen bald sehr stark machte, eine Frau von hervorragenden Kenntnissen und hohen Geistesgaben, war ganz dazu geschaffen, Eberhards ernstere Auffassung von seinem Leben und Berufe zu bestärken und ihm beratend zur Seite zu stehen.

Es war sicher in der Übereinstimmung mit ihr, daß Eberhard den Entschluß faßte, eine Universität in seinem Lande zu gründen. Noch stärker hat allerdings seine Mutter Mechtilde, die, zum zweitenmale verwitwet, in Rottenburg lebte und dort Dichter und Gelehrte unterstützte, in dieser Richtung auf ihn eingewirkt, wie sie denn ohne Zweifel bei der durch ihren zweiten Gemahl Albrecht von Österreich nach dem Vorbilde des pfälzischen Heidelberg erfolgten Stiftung der Freiburger Hochschule thätig war. Auch Graf Ulrich von Württemberg-Stuttgart ließ sich zunächst bewegen, an der Errichtung der Universität teilzunehmen, trat aber bald von dem ihm in seiner Lage zu kostspielig scheinenden Unternehmen zurück.

Es klingt wie eine klagende Anspielung auf die Vernachlässigung seiner eigenen Jugendbildung, wenn Graf Eberhard in dem Freiheitsbrief für seine Hochschule als Zweck derselben bezeichnet, daß er helfen wolle den Brunnen des Lebens zu graben, daraus von allen Enden der Welt unversieglich geschöpft werden möge tröstliche und heilsame Weisheit zu Erlöschung des verderblichen Feuers menschlicher Unvernunft und Blindheit. Zunächst galt es die Mittel für die Stiftung zu beschaffen. Eine Gesandtschaft, welche Eberhard nach Rom schickte (1476), erwirkte, daß der Papst die Übertragung der Pfründen von Probst und acht Chorherrn des Sindelfinger Stifts und der Einkünfte von mehreren Pfarreien an die St. Georgenkirche zu Tübingen guthieß. Dazu schenkte Eberhard selbst einige weitere Kirchen; sein hauptsächlichster Mitarbeiter in dieser Angelegenheit, der

Digitized by Google

Blaubeurer Abt Heinrich Fabri, schenkte die Kaplanei im benachbarten Schwärzloch. Diese kirchlichen Einkünfte dienten zur Besoldung der Lehrer. Fabri war zugleich mit dem früheren Sindelfinger, jetzt Tübinger, Probste Johann Degen und dem Herrenberger Probste Nötlich Bevollmächtigter des Papstes für die Einrichtung der Hochschule. Degen wurde denn auch zum ersten Kanzler ernannt, der mit denselben Befugnissen wie der Archidiakon zu Bologna bei der dortigen Universität die Rechte des Papstes, namentlich bei Erteilung akademischer Würden, ausüben sollte. Rektor wurde Eberhards Lehrer, Johann Vergenhans. Lehrstühle wurden am Anfang vierzehn gegründet, drei für Theologie, drei für das Kirchenrecht, zwei für das bürgerliche Recht, zwei für die Medizin, vier für die Artisten, die spätere philosophische Fakultät, die lange Zeit nur Vorbereitungskurse für die eigentliche Hochschule abzuhalten hatte. Die Einrichtung des Senats, die Bestellung von Dekanen erfolgte schon damals. Die jüngeren Studenten lebten in Bursen zusammen.

Daß Graf Eberhard gerade Tübingen zur Universitätsstadt erwählte, erklärt sich aus seiner Bedeutung für den Uracher Landesteil und seiner günstigen Lage. Zudem konnte die dortige mit zwölf Kaplaneien versehene Kirche der neuen Stiftung als treffliche Grundlage dienen. Es ist eine merkwürdige Fügung, daß Eberhard seine Universität in den letzten Jahren der Landesspaltung gegründet hat; nach derselben wäre sie wohl sicher in Stuttgart errichtet worden. Am 3. Juli erließ Eberhard ein öffentliches Ausschreiben, in dem er alle Freunde wahrer Weisheit, die begabte Jugend, welche den Weg der Tugend und Wissenschaft betreten und so das wahre Glück suchen wolle, zum Besuche der Hochschule einlud. Am 1. Oktober 1477 wurde sie eröffnet und von etwa 250 Studenten besucht; der Ton auf derselben unterschied sich bald nicht von dem der anderen.

Der ausgeprägt religiöse Sinn, der sich auch bei der Stiftung der Hochschule kundgiebt, veranlaßte Eberhard 1482 eine Pilgerreise nach Rom anzutreten, um dort einen Teil der Fasten und die Osterzeit in frommer Andacht zu verbringen. Mit ihm waren sein alter Lehrer Vergenhans, die Pröbste von Backnang und Urach und als Geheimschreiber der treffliche Sprachkenner Johann Reuchlin. In Florenz besuchte er den Herzog Lorenzo von Medici und bewunderte sowohl seine prächtigen Schätze als seine wohlgesitteten Kinder. Am 15. März zog er mit etwa 60 Pferden in Rom ein, am übernächsten Tage, dem Rosensonntag, überreichte der Papst dem Grafen in der Peterskirche wegen seiner Ergebenheit gegen den päpstlichen Stuhl und als Lohn für seine gefahrvolle Reise die von ihm

Digitized by Google

geweihte goldene Rose.[1]) Trotzdem kam es zu bestimmten Erklärungen Eberhards gegen den Papst, in denen er sich dagegen verwahrte, daß römischen Höflingen unter Mißachtung seiner Patronatsrechte württembergische Kirchen übertragen würden. Erst nach Ablauf der Osterwoche, am 16. April, verließ er die ewige Stadt, nicht ohne auch die Schattenseiten der dortigen Zustände kennen gelernt zu haben: neben ihm war ein Kardinal von einem Meuchelmörder erdolcht worden.

An demselben Tage, an welchem Eberhard in Rom einzog, hatte der Kaiser ihn und seinen Stuttgarter Vetter wegen Verweigerung von Hilfe gegen die Türken in Ungarn mit der Acht bedroht, ließ sich aber durch eine Abschlagssendung zufriedenstellen. Als der Graf in sein Land zurückkam, hatte eben Eberhard der Jüngere im Vertrag von Reichenweier die erneuten Ansprüche seines Bruders Heinrich auf weitere Teilung glücklich abgewiesen, zugleich aber für sich noch einen stärkeren Grund geschaffen, um der Regierung müde zu werden. Es stand denn auch nicht lange an, bis Eberhard im Bart vor die Frage gestellt wurde, ob und unter welchen Bedingungen eine Wiedervereinigung des Landes jetzt vor sich gehen sollte. Daß er selbst grundsätzlich für eine solche war, ergiebt sich schon aus dem Uracher Vertrag von 1473, in welchem er die überrheinischen Besitzungen, wenn auch gegen Entschädigung, sich hatte abnehmen lassen, um weiterer Zertrennung Württembergs zu steuern; daß von ihm die Hilfe kommen mußte, zeigte schon der Notschrei seines Oheims Ulrich um Schutz gegen seinen Sohn. Ob er aber unter den damaligen Verhältnissen sich zu sofortiger Vereinigung des Landes entschließen sollte, war für Eberhard wohl der Überlegung wert. Da er und sein Vetter kinderlos waren, mußte das Aussterben mindestens eines Mannsstammes in Aussicht genommen werden; dann aber erfolgte nach den Bestimmungen des Uracher Vertrags die Wiedervereinigung von selbst. Es handelte sich also nur darum, ob dieselbe vor dem Tode eines der regierenden Grafen vor sich gehen sollte, indem der ältere von ihnen die Gesamtherrschaft übernahm. Gegen diesen Schritt sprach für Eberhard im Bart aber nicht nur die ungünstigere Lage des durch die Schuldenlast Ulrichs des Vielgeliebten in Mitleidenschaft gezogenen Stuttgarter Teiles, sondern auch die sichere Aussicht, daß er mit seinem wankelmütigen Vetter in steten Streit verwickelt werde. Er hat diesem später erklärt, daß er um das Zusammenwerfen nicht gebeten

[1]) Wegen der damit verknüpften Ablässe hat Eberhard diese Rose der Uracher Stiftskirche geschenkt; unter Herzog Ulrich wurde sie eingeschmolzen.

Digitized by Google

habe und ohne dasselbe bessere Tage und mehr Lust gehabt hätte. Wenn er sich dennoch entschloß, auf das Anerbieten desselben einzugehen, so that er es jedenfalls nur in der Erwägung, daß die Vereinigung des Landes schon für die nächste Zukunft gesichert und durch einen alle Möglichkeiten berücksichtigenden Erbvertrag gewährleistet werden sollte. So kam es am 14. Dezember 1482 zu dem Münsinger Vertrag, bei welchem, da dem Grafen kein Rechtsnachfolger zu Seite stand — auch Graf Heinrich hatte noch keine Söhne — die Stände Württembergs, die Prälaten, Ritterschaft und Landschaft, letztere die Vertretung der Städte und Ämter, beigezogen wurden. Die Landschaft beschwor zugleich dessen Einhaltung. Durch diesen Vorgang wurde für die Landschaft unwillkürlich der Grund zu einem Einfluß gelegt, der sich bei den nächsten kritischen Lagen und später überhaupt im Staate immer mehr geltend machte.

Im Münsinger Vertrag wurde das ganze Land in „ein Regiment und Wesen" zusammengeworfen, so daß es den Grafen von Urach und von Stuttgart als gemeinsames Eigentum Huldigung leistete. Im Namen beider Linien übernahm der Älteste, Eberhard im Bart, die Regierung, nach dessen Tod sie an Eberhard den Jüngern fallen sollte. Nach beider Absterben sollte der älteste ihrer Nachkommen und so fort der Reihe nach regieren, also der Senior des wieder vereinigten Hauses Württemberg-Urach und Stuttgart. Bei dessen Erlöschen erst hatten die Nachkommen Graf Heinrichs die ihnen schon früher eingeräumten Erbrechte. Für die gemeinsame Hofhaltung und Landesregierung wurde Stuttgart zum Sitz bestimmt. Wichtige Handlungen, wie Verkauf oder Verpfändung eines Landesteils, durfte der neue Landesherr nur mit Zustimmung des andern vornehmen; in strittigen Fällen sollten die Landstände entscheiden. Ausgenommen von der Übereinkunft waren für die Lebenszeit der Grafen die von beiden zu vergebenden Lehen, einbezogen war Mömpelgard mit den burgundischen Herrschaften. Auf diese Weise bekam Eberhard im Bart persönlich das Recht und die Last der Einherrschaft, während sein Vetter die Nachfolge nicht dessen etwaigen Söhnen zugestand, sondern sich selbst und allen seinen Nachkommen vorbehielt, die denjenigen des ersteren im Alter vorgehen würden. Es war ein Opfer von Seiten des Uracher Grafen, wenn er unter solchen Bedingungen sich auf die Vereinigung des Landes einließ.

Zum Zeichen, daß die Regierung von dem älteren Eberhard zugleich im Auftrage des jüngeren geführt wurde, enthielt das neue Siegel neben dem Palmbaum und dem Wahlspruch des ersteren (Attempto, ich wag's) in der Umschrift die Namen beider Grafen.

Digitized by Google

VII. Abschnitt.

Graf Eberhard im Bart als Alleinherrscher und die Erhebung des Landes zum Herzogtum.

1482—1496.

Kaum hatte Eberhard d. Ä. die Alleinherrschaft angetreten, so mußte er dieselbe gegenüber seinem Vetter verteidigen. Für die Nachgiebigkeit des einen, wie für die Launenhaftigkeit des andern ist es bezeichnend, daß der Münsinger Vertrag bis zum Tode des ersteren immer wieder neue Abänderungen erfuhr. Eberhard d. J. beklagte sich bald, daß ihm die Versprechungen nicht gehalten werden, und wandte sich an befreundete Fürsten um Vermittlung. Jetzt aber beharrte der ältere Graf auf dem Vertrage; denn so ungern er in denselben gewilligt, so sehr hielt er sich für verpflichtet an ihm festzuhalten. Räte und Landschaft bestärkten ihn in seiner Absicht, und die Widerspenstigkeit seines Vetters nahm auch den Kaiser gegen diesen ein. Nach längeren Versuchen, die Fesseln des Münsinger Vertrags von sich abzuschütteln, mußte sich Eberhard d. J. im Stuttgarter Vertrag vom 22. April 1485 sogar dazu verstehen, auf jede Art von Mitregierung Württembergs zu verzichten, so daß Eberhard im Bart jetzt in eigenem Namen herrschte. Dagegen bekam jener die Städte Kirchheim, Owen und Weilheim, sowie Stadt und Amt Winnenden mit einem jährlichen Einkommen von 8000 Gulden zur Nutznießung zugewiesen, ferner den Sitz im Nürtinger Schlosse, zwei Jagdhäuser und zahlreiche Jagdrechte. Mit dem Tode eines der Grafen sollte wieder der Münsinger Vertrag Giltigkeit erlangen.

Das gute Einvernehmen schien endlich hergestellt, um so mehr als Eberhard im Bart gerne bereit war, dem Vetter noch weitere Einräumungen zu machen. Als letzterer verlauten ließ, er wolle seine Gemahlin wieder zu sich nehmen, übergab ihm jener auch die Obrigkeit über Nürtingen und

Digitized by Google

versprach ihm Unterhaltungsgelder für seine dortige Hofhaltung. Das gemeinsame Interesse führte zu einem freundschaftlichen Vergleiche über Vorsichtsmaßregeln, die für den Fall zu treffen waren, daß der immer mehr geistesgestörte Graf Heinrich zur Nachfolge im Stammlande gelangen sollte (1486). Aber aus der Vereinigung des jüngeren Eberhard mit der Gemahlin wurde es wieder nichts; das alte flotte und ausschweifende Leben begann; der Graf machte sogar den Versuch, seine Anwartschaft auf Württemberg an den Herzog von Bayern-Landshut zu verkaufen; als dies fehlschlug, wollte er aus den ihm gebliebenen Ämtern und Klöstern um so mehr Geld erpressen. Er nahm dem Kloster Salem seinen Hof zu Nürtingen weg, weil ihm der Abt kein Schutzgeld bezahlen wollte; er verbot seinen Unterthanen zu Winnenden jede Lieferung für das dortige Deutschordenshaus, weil sich ihm der Kommenthur nicht gefügig zeigte; er nahm den Kirchheimern das Recht der Auswanderung und behielt Priestern ihre Pfründen zurück. Namentlich das Frauenkloster zu Kirchheim, wo Eberhard vor dessen Reformierung manche fröhliche Nacht durchjubelt hatte, mußte Schweres erdulden. Die Nonnen wurden dreimal im Kloster eingeschlossen und ihnen die Lebensmittel abgeschnitten. Vergebens sprach der Bischof von Constanz über ihn und das ganze Amt, das ihm hatte helfen müssen, den Bann aus. Vergebens versuchte Eberhard im Bart die Streitigkeiten in Güte beizulegen; da besetzte derselbe endlich die seinem Vetter zugewiesenen Städte und Ämter und befreite das Kloster Kirchheim mit Waffengewalt (Februar 1488). Nachdem er vorher damit umgegangen, das Land seinem Schwestersohn, dem Landgrafen Wilhelm dem Mittleren von Hessen, zuzuwenden, traf er jetzt Bestimmungen, daß dasselbe mit Ausschließung Eberhards d. J. an den jungen Ulrich falle. Kaiser Friedrich III. billigte das Vorgehen des älteren Grafen, da der jüngere durch seinen Landfriedensbruch der Reichsacht verfallen war. Die gespannten Beziehungen zwischen dem eben gegründeten schwäbischen Bunde, dem auch Eberhard im Bart beigetreten war, und den bayerischen Herzogen, den Beschützern Eberhards d. J., verhinderten den letzteren längere Zeit, wieder etwas zu erreichen. Erst als er sich an König Maximilian um Vermittlung wandte, fand er Gehör. Eberhard im Bart ließ sich zu einem Vergleich nicht mehr herbei, sondern unterstellte den Streit einem in des Königs Namen urteilenden Schiedsgerichte.

Während eines Reichstags, dem beide Grafen anwohnten, erfolgte am 30. Juli 1489 durch dieses Gericht der Frankfurter Entscheid, welchen, um endlich ruhige Zustände zu schaffen, nicht nur die Grafen selbst, sondern

Digitized by Google

auch die württembergische Landschaft und der schwäbische Bund beschworen. Eberhard d. J. mußte entgiltig auf die ihm wieder abgenommenen Städte und Ämter verzichten, behielt dagegen sein Jahrgeld von 8000 Gulden und bekam dazu noch eine Abfindungssumme. Die Regierung des Landes blieb ausschließlich Eberhard im Bart, über die Erbfolge wurden aber neue Bestimmungen getroffen. Hatte der Münsinger und mit ihm der Stuttgarter Vertrag dem jüngeren Grafen die Aussicht auf die Nachfolge im ganzen Lande eröffnet, so ging der Frankfurter Entscheid darauf aus, dieselbe so weit wie möglich zu beschränken, sogar unter vorübergehendem Verzicht auf die Unteilbarkeit des Landes. Nach des älteren kinderlosem Tode sollte der jüngere nur den Landesteil erben, den er zur Zeit des Zusammenwerfens gehabt, ausgenommen Stuttgart mit Zugehör, wofür ihm Blaubeuren ausgesetzt wurde. Die andere Hälfte aber bekam nicht er, sondern sein ältester Sohn und in dessen Ermanglung ein von Eberhard im Bart zu bestimmender anderer ehelicher Sohn des württembergischen Gesamthauses — voraussichtlich Ulrich. Für den Fall der Unmündigkeit des Nachfolgers wurde ein Regimentsrat mit Ausschluß Eberhards d. J. vorgesehen.

Jetzt war es dieser, welcher dem Vetter gegenüber die Unteilbarkeit des Landes betonte und aus Anlaß einer gefährlichen Krankheit desselben um ihre Wiedereinführung bat. Bei dem damaligen Personalstande des Hauses ging Eberhard im Bart im Eßlinger Vertrag vom 2. September 1492 auf jene Bitte ein, freilich in einer Form, welche seinem Nachfolger starke Fesseln anlegte. Eberhard d. J. sollte nämlich nach des älteren Tode das ungetrennte Land erben, aber die Regierung sollte nicht an ihn, sondern thatsächlich an einen aus dem Landhofmeister und je vier Mitgliedern der drei Stände des Landes bestehenden Regimentsrat übergehen. Der letztere war nur bei den wichtigeren Angelegenheiten an die Zustimmung des Grafen gebunden und zudem in seiner Zusammensetzung ganz von ihm unabhängig. Derselbe Regimentsrat wurde eintretenden Falls dem geisteskranken Grafen Heinrich und bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahr seinen Nachfolgern zur Seite gestellt. Das Unteilbarkeitsgesetz wurde auf die Heinrichsche Linie ausgedehnt. Eberhard d. J. erhielt einstweilen neben seinen jährlichen 8000 Gulden die Schlösser zu Münsingen und Göppingen nebst einem großen Jagdbezirk zugewiesen. Diesmal scheint er zufriedengestellt gewesen zu sein, wenn er auch damit umging, das Land zu verlassen und in fremde Kriegsdienste zu treten. Auf die endgiltige Ordnung, wie sie der Herzogsbrief brachte, hat er keinen Einfluß ausgeübt.

Digitized by Google

Um dieselbe Zeit wurden auch die übrigen Besitzungen wieder unter Eberhard im Bart vereinigt. Der Zustand des Grafen Heinrich zwang nämlich zu entschiedenen Maßregeln. Jenem gelang es, ihn zu einer Reise nach Stuttgart zu bewegen, von wo er nach Hohenurach in Verwahrung und Pflege gebracht wurde. Seine treue zweite Gemahlin, Gräfin Eva von Salm, begleitete ihn und gebar dort jenen Grafen Georg, an dessen Sohn Friedrich später das Herzogtum übergieng. Mit kaiserlicher Genehmigung übernahm Graf Eberhard die Verwaltung der elsäßischen Herrschaften.

Die württembergische Grafschaft war jetzt wieder groß, ihr Herrscher mächtig genug, um einen entscheidenden Einfluß in den schwäbischen Angelegenheiten ausüben zu können. Graf Eberhard fürchtete daher eher eine Verminderung desselben, als an ihn die Aufforderung kam, sich an der Gründung des schwäbischen Bundes zu beteiligen. Den langen Bemühungen des Kaisers war es gelungen, zur Durchführung des 1486 in Frankfurt beschlossenen zehnjährigen Landfriedens die zum großen Teile schon im Georgenschild vereinten schwäbischen Grafen und Herren und die Prälaten einerseits, die Reichsstädte anderseits zu einer engeren Vereinigung zu veranlassen. Zweck derselben war gütlicher Austrag von Zwistigkeiten der Mitglieder und gemeinsame Abwehr von Angriffen. Eberhard, der in mancherlei Einzelbündnissen stand, hielt sich für hinlänglich geschützt und zögerte beizutreten. Denn daß der neue Bund mehr der östreichischen als der kaiserlichen Politik dienen sollte, war klar. Erst als der Kaiser mit Entziehung der Reichslehen drohte, machte er Ernst und beteiligte sich an der endgiltigen Feststellung der Bundesbriefe (14. Februar 1488), gleichzeitig mit Erzherzog Sigmund von Östreich. Erleichtert wurde ihm der Anschluß dadurch, daß Württemberg wie Östreich als selbständige Gruppe neben die beiden andern von Prälaten und Adel und von Reichsstädten gestellt wurde. Diese beiden versprachen, Eberhard in kleineren Händeln hundert Reisige zu Hilfe zu schicken, im Kriegsfall aber, als ob es ihre eigene Sache wäre, Zuzug zu leisten. Bei einer Unternehmung des ganzen Bundes hatte Eberhard dieselbe Mannschaft wie Erzherzog Sigmund zu stellen: beim ersten Aufgebot 3000 zu Fuß und 300 zu Pferd, beim zweiten noch einmal die Hälfte — bei einer ursprünglichen Heeresstärke von 12000 zu Fuß und 1200 zu Pferd ersten Aufgebots. Auf 100 Pferde wurden 10, auf 100 Fußknechte drei Wagen gerechnet. Zur Beschließung der vier Thore der Wagenburg sollten je zwei mit Büchsen gerüstete Wagen angeschafft werden, dazu Schlangenbüchsen und Kartaunen so viel als möglich.

Digitized by Google

Der Bund dehnte sich unter dem Schutze des Kaisers und seines Sohnes, des Königs Maximilian, nicht nur über Schwaben aus, sondern umfaßte bald auch die Markgrafen von Brandenburg-Ansbach und Bayreuth und die Erzbischöfe von Mainz und Trier. Bei Ablauf des Frankfurter Landfriedens war er so erstarkt, daß er noch länger bestehen blieb und bald wurde er, sehr zum Schaden der württembergischen Herrscher, die ausschlaggebende Macht in diesem Teile des Reiches.

Die Spannung zwischen dem schwäbischen Bunde und den landgierigen Herzogen von Bayern veranlaßte den ersteren zwar zu starken Rüstungen, einmal sogar schon zum Auszug; aber der Streit wurde noch beigelegt und so blieb es auch Eberhard versagt, seine Tüchtigkeit als oberster Feldhauptmann des Bundes zu erproben. Ebenso gab der Bischof von Speier sofort nach, als ihn der Bund wegen Schädigung eines Genossen bedrohte.

Von besonderer Bedeutung für den Bund und für Eberhard wurde es, daß das österreichische Schwaben 1490 an König Maximilian kam, um so mehr als dieser nicht lange darauf (19. August 1493) dem Kaiser Friedrich III. nachfolgte. Denn Maximilian ging seine Genossen auch in solchen Angelegenheiten um Hilfe an, die außerhalb der Aufgaben des Bundes lagen, und zeigte sich, um sie willfährig zu machen und dem Hause Östreich den lange verlorenen Einfluß zu sichern, sehr gnädig. Nicht nur verlieh er Graf Eberhard, wie dem Markgrafen Christoph von Baden, den Orden vom goldenen Vließe, sondern verglich sich auch mit ihm in freundnachbarlicher Weise über eine Reihe alter Streitigkeiten und verzichtete auf die Wiederlösung der Feste Teck und der Städte Kirchheim, Waldenbuch, Ebingen, Dornstetten und Sigmaringen.

Mit Rat und That stand Eberhard seinerseits dem Könige bei. Wenn er auch schon 1491 für das so leicht gefährdete Mömpelgard sich Neutralität ausbedungen hatte, unterstützte er doch willig Maximilian, als 1493 die Anmaßungen König Karls VIII. von Frankreich einen Krieg herbeizuführen drohten. Im folgenden Jahre machte er eine beschwerliche Reise nach Innsbruck, um an der Hochzeit des Königs mit Maria Blanca persönlichen Anteil zu nehmen.

Eberhards Verdienste und freundschaftliche Beziehungen zu Maximilian bestimmten diesen, ihn durch Erhebung in den Reichsfürstenstand zu ehren. Freilich mochten dabei noch andere Gründe mitgewirkt haben. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Absterbens des württembergischen Stammes mußte dem Könige viel daran liegen, daß das Land an das Reich und

Digitized by Google

damit womöglich an sein Haus fiel. So sollte in friedlicher Weise die Ausdehnung Östreichs in Schwaben angebahnt werden, wie sie wenige Jahrzehnte später mit Hilfe des schwäbischen Bundes versucht wurde. Als daher Graf Eberhard auf dem ersten Reichstag, den Maximilian nach dem Tode seines Vaters in Worms abhielt, um Belehnung und Erneuerung seiner Freiheiten anhielt, schlug ihm der König vor, seine auf den verschiedensten Rechtstiteln beruhenden Herrschaften zu einem einheitlichen Ganzen zu vereinigen und sich mit diesem als einem Herzogtume belehnen zu lassen. Eberhard erbat sich Bedenkzeit, so daß der König nicht umhin konnte, ihm im April die Belehnung als Grafen zu erteilen; er beratschlagte mit den ihn begleitenden Räten, darunter dem Grafen Hugo von Werdenberg, demselben, der so eifrig für die Errichtung des schwäbischen Bundes und damit für ein Zusammenfassen der Kräfte im südlichen Deutschland gewirkt hatte; er forderte die im Lande zurückgebliebenen zu einem Gutachten auf. Die Gelegenheit war günstig, um die Unteilbarkeit des Landes durch ein förmliches Reichsgesetz bestimmen zu lassen; es galt aber auch, entgegen den vermutlichen Wünschen des Königs zu verhüten, daß es nach Aussterben des württembergischen Hauses mit einem andern Lande verschmolzen werde. Man einigte sich auf die Vorschläge Eberhards, die in der Richtung der bisherigen Hausverträge lagen, aber die veränderte Sachlage berücksichtigten. Denn jetzt hatte Eberhard im Bart keine Hoffnung mehr auf einen Leibeserben; er konnte daher ruhig die Nachfolge der Linie des jüngeren Eberhard überlassen. Damit fiel aber auch für ihn der Grund weg, die Regierung des Landes dem Ältesten des Gesamthauses vorzubehalten; er konnte die einfachere und natürlichere Folge nach der Erstgeburt einführen, die er immer noch vermieden hatte, um nicht seine eigene etwaige Nachkommenschaft unter Umständen von der Regierung auszuschließen. Nachfolger sollte Eberhard d. J. werden, aber mit der im Eßlinger Vertrag bestimmten Einschränkung durch den Regimentsrat; nach ihm sollte sein ältester Sohn oder in dessen Ermanglung der älteste Herr des Gesamthauses auf den Thron kommen und von da an der Erstgeborene. Beim Aussterben des württembergischen Mannstammes fiel das Herzogtum an das Reich; aber der deutsche König durfte die Regierung nur führen, wenn er persönlich im Lande Hof hielt; wenn nicht, so wurde dieselbe dem aus Vertretern der drei Stände zusammengesetzten zwölfköpfigen Regimentsrat überlassen, dessen Präsidenten der König aus den Prälaten oder dem Adel des Herzogtums zu wählen hatte.

Am 21. Juli 1495 fand die feierliche Erhebung Eberhards zum

Digitized by Google

Herzoge in Worms statt. Maximilian saß unter freiem Himmel, von den Fürsten in ihrer Standestracht umgeben, auf dem königlichen Throne. Aus den Reihen der Grafen führten vertraute Genossen Eberhard vor den König; im Auftrag des letzteren wurde eine lange zierliche Rede über des Grafen Verdienste gehalten, wobei man betonte, daß er die Erhöhung nicht gesucht habe; dann wurde er mit den herzoglichen Gewändern bekleidet, mit dem herzoglichen Schwerte umgürtet und ihm als jüngstem Herzoge der Rang und Sitz vor den Markgrafen und Landgrafen zugewiesen. Nachdem er so die persönliche Auszeichnung empfangen, mußte er sich in dieser Eigenschaft vom Könige belehnen lassen. Zu dem Zwecke ritt er in seine Wohnung, schickte von dort aus drei Grafen, worunter Hugo von Werdenberg, vor Maximilian, um die Verleihung von Herzogtum und Regalien zu erbitten. Auf dessen Zusage hin rannte das stattliche Gefolge des Herzogs mit seiner schwarzgelben Fahne dreimal gegen den Königsstuhl; dann Eberhard selbst mit reicher Begleitung unter lautem Trompetenschalle. Vor dem Könige stieg er ab und empfing knieend seine Lehen, wie es bei Fürsten Sitte unter Fahnen, denen von Württemberg, Teck, Mömpelgard, der Reichssturm- und der Blutbannfahne.

Der Herzogsbrief brachte noch als besondere Auszeichnung die Berechtigung, sich des Titels und Wappens, der Ehren und Würden der Herzoge von Teck zu bedienen, sowie die Vermehrung des Wappens um die Reichssturmfahne.

Von dem großen Ansehen, das Eberhard im Bart damals zu Worms genoß, zeigt die prächtige Erzählung von dem Gastmahl der Fürsten, die ihrer Länder Reichtümer rühmten. Jeder wußte eine andere schöne Seite hervorzuheben, nur Eberhard schwieg. Erst wie er gedrängt wurde, pries er als Höchstes, daß er im Freien und in jedes Unterthanen Schoß ruhig schlafen könne. Allseitig erklärte man ihn für den reichsten Fürsten.

Im Lande selbst war die Freude über die Erhebung zum Herzogtume nicht ungeteilt. Man fürchtete vermehrten Aufwand bei Hof, größere Steuerlast zu Gunsten des Reiches. Doch wurde Eberhard, als er nach fünfmonatlichem Aufenthalt von Worms heimkehrte mit vielen Ehren empfangen; seine Städte und Ämter, benachbarte Reichsstädte und Klöster bewillkommneten ihn mit stattlichen Geschenken.

Er selbst begnügte sich nicht mit der neuen Würde, sondern ging sofort an einen umfassenden inneren Ausbau des Herzogtums. Noch ehe er in Stuttgart einzog, blieb er drei Monate lang im Kreise seiner Vertrauten und Gelehrten zu Tübingen; hier entstand die Landesordnung vom 11. November

Digitized by Google

1495, die erste einheitliche Gesetzgebung für das ganze Land. Sie erstreckt sich auf die Sorge für Straßen und Herbergen, Einschränkung des Spiels, Verbot des Judenwuchers, der heimlichen Tänze, des Zutrinkens, auf Regelung der Märkte, des Gewerbes, des Bauwesens, des Abholzens der Wälder, der Besteuerung liegender Güter, des Pfandschaftswesens, des Erbrechtes der Klöster, der Befugnisse der Amtleute, der Verhaftung flüchtiger Verbrecher, auf die Abschaffung der freien und Ausdehnung der Amtsgerichte, Bestellung von Feuerschauern, Errichtung von vier Fruchtkästen zur Linderung der durch Hagel, Mißwachs, Teurung entstehenden Schäden.

Handelte es sich bei dieser Landesordnung mehr um die Abstellung zufällig empfundener Mängel, so zeugt der Plan Eberhards, die gesamte Landsteuer auf einem festen Fuße gleichmäßig zu regeln und das Recht freier Auswanderung allgemein zu gewähren, von einer Weite der Anschauungen und einer Größe der Gedanken, durch die er seine Zeit überragt.

Mitten in der Ausführung seiner Entwürfe, heraus aus einer Regententhätigkeit, welche eben auf bewunderungswürdiger Höhe angekommen war, wurde Eberhard im Bart am 24. Februar 1496, zwei Monate, nachdem er sich zu Stuttgart hatte als Herzog huldigen lassen, vom Tode weggerafft. Ein schmerzhaftes Leiden hatte schon lange seine Geduld auf die Probe gestellt; er trug es mit frommer Ergebung und traf zeitig seine letzten Anordnungen. Zum Haupterben seines Vermögens setzte er den nachmaligen Herzog Ulrich ein; zur Grablege wählte er seine Lieblingsschöpfung, das Stift Einsiedel, wo er in der blauen Kutte der dortigen Laienbrüder beigesetzt sein wollte; nach seinem Tode sollte in sämtlichen Kirchen die Verzeihung aller, denen er je geschadet, erbeten werden, — eine Selbstdemütigung, so viel aufrichtiger gemeint, als jenes Sündenbekenntnis, das später Herzog Karl von den Kanzeln verkündigen ließ.

Mit Eberhard im Barte starb ein Fürst, den schon die Zeitgenossen als Zierde der Herrscher Deutschlands bezeichneten, als klein von Person, aber großmächtig von Herzen. Seine Thätigkeit erstreckte sich namentlich auf die geistige und sittliche Hebung seines Landes, nachdem er an sich selbst den Anfang gemacht. Zu diesem Zwecke umgab er sich mit tüchtigen, gelehrten Männern, wie Johann Reuchlin, dem berühmten Humanisten, und den Brüdern Johann und Ludwig Vergenhans, von denen jener als Kanzler der Universität Tübingen, dieser als Probst zu Stuttgart starb; auch mit auswärtigen Gelehrten stand er in regem Verkehr. Um sich und

Digitized by Google

seinem Volke fremdsprachige Bücher zugänglich zu machen, ließ er sich solche in größerer Zahl übersetzen; Nikolaus von Wyle und Heinrich Steinhöwel waren vor allen dafür thätig und schufen nach Lessings Urteil die Prosa der deutschen schönen Litteratur. Darum pflegte Eberhard auch die neue Kunst des Buchdruckes: schon als er noch in Urach Hof hielt druckte hier Conrad Fyner das vielgelesene Buch der Beispiele der alten Weisen mit einer Widmung an Eberhard. Der Sinn für die Kunst zeigt sich an den zahlreichen Kirchen, die er aufführen ließ, namentlich der zu Tübingen und der zu Urach mit seinem herrlichen Betstuhle.

Sein Volk wies er zur Reinigung der Sitten und zur Gottesfurcht an und bemühte sich in erster Linie dessen Erzieher, den geistlichen Stand, zur Zucht anzuhalten. Deshalb setzte er in Frauenklöstern Reformen durch, führte Brüder des gemeinsamen Lebens, nach ihrer Bedeckung Kappenherren genannt, als Vorbilder werkthätiger Frömmigkeit im Lande ein. Auch unter der Weltgeistlichkeit suchte er die in Schwange gehenden Laster zu unterdrücken.

In allen öffentlichen Verhältnissen begann er neue Ordnung zu schaffen, bisher Übliches oder Willkürliches in die Form von Gesetzen zu fassen. Dem Reiche gegenüber fühlte er sich als Glied des Ganzen verpflichtet und leistete ihm eifrige Dienste, so daß Kaiser Maximilian beim Besuch seines Grabes ihn als den verständigsten und tugendhaftesten Fürsten pries.

Ein Mann des Friedens, wenn auch stets bereit Kränkungen abzuweisen, ein Vater seines Volkes, ein Schöpfer frischen Lebens, die Bewunderung seiner Zeitgenossen, ist Eberhard im Bart für Württemberg der Bringer der neuen Zeit. Wenn Gott nicht Gott wäre, so müßte Eberhard Gott sein, so rühmten seine dankbaren Unterthanen. Wohl drohte seiner Schöpfung bald nach seinem Tode mehrfacher Untergang; daß sie dennoch Bestand hatte, das war nicht zum Wenigsten Wirkung des festen Gefüges, das ihr der erste Herzog gegeben.

Eberhards Gemahlin, mit der er in glücklicher Ehe verbunden gewesen war, überlebte ihn nur wenige Jahre. Sie starb am 15. Mai 1503 auf ihrem Witwensitze zu Böblingen und wurde ihrem Wunsche gemäß in dem Frauenkloster Kirchheim beigesetzt.

Digitized by Google

Der Übergang von der Grafschaft zum Herzogtum fällt in die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Überall bereitet sich eine Umwandlung vor. Werfen wir daher noch einen Blick auf das Leben und Treiben der Unterthanen am Ende der Grafenzeit. Dieselben scheiden sich in die Bürger der Städte und die Bewohner des offenen Landes, die Bauern. Die ersteren zeichnen sich durch verschiedene Vorrechte aus, die ihnen als Entschädigung für die größeren Lasten der Städte verliehen sind; vor allem sind sie der Mehrzahl nach persönlich frei, während die Bauern dem Stande der Leibeigenschaft angehören. Demgemäß hatten neben der gewöhnlichen Steuer jene noch die auf den Häusern und Gütern ruhenden Zinse und Gülten zu tragen, diese die auf dem Leibe ruhende Abgabe und hatten einen Teil der Hinterlassenschaft dem Herren zu reichen. Nicht zu den eigentlichen Unterthanen gehört der Adel, wenn er gleich zu dem Grafen im Lehensverbande oder in einem Schutzverhältnis steht und noch einen Landstand bildet; ebensowenig die größeren Klöster mit ihren Hintersassen, denen es gleichfalls noch gelungen ist, sich trotz der gräflichen Schirmvogtei eine gewisse Selbständigkeit zu erhalten. Aber während der landsäßige Adel schon im Begriffe steht, sich allen Verpflichtungen gegen den Landesherrn zu entziehen und die Anerkennung seiner Reichsunmittelbarkeit durchzusetzen, müssen die Prälaten sich immer bedingungsloser zur Landstandschaft bequemen und bereiten so die völlige Vereinigung ihrer Gebiete mit dem Fürstentum vor.

In allen Ständen herrschte viel Lebensfreude, die sich namentlich bei Gelagen und Tänzen kundgab. Speise und Trank hatte man gerne recht mannigfaltig und reichlich; zwanzig Gerichte waren bei einem vornehmen Festessen nichts Ungewöhnliches. Die Vorliebe der Reichen für prächtige Stoffe, kostbar gewirkte und verzierte Kleider dehnte sich so sehr auf alle Stände aus, daß die Obrigkeiten Verbote gegen die Üppigkeit in der Tracht erlassen mußten. Auch die Wohnungen begann man geräumiger und bequemer herzustellen. Eberhard im Bart fürchtete aber, daß köstliche, unnütze Bauten unwiederbringliche Kosten verursachen könnten, und befahl, daß kein Bauernhaus über zwei Stockwerke haben solle; auf dem Lande durften nur die Priester- und Wirtshäuser höher sein; wenn möglich sollte in den Dörfern der untere Stock, in den Städten mindestens dieser, von Stein aufgeführt werden; hier waren zudem die Dächer mit Ziegeln zu decken.

Zu Belustigungen in Trinkstuben und Tanzhäusern, auf Straßen und Plätzen bot sich reichlich Gelegenheit. Die Spielsucht war so ver-

Digitized by Google

breitet, daß Eberhard im Bart den Versuch machte, das Spielen ganz zu unterdrücken; er mußte sich aber darauf beschränken hohes, heimliches und gewerbsmäßiges Spiel zu verbieten. Bei keinem Anlaß durfte ein guter Trunk fehlen; so wurden beim Leichenbegängnis Ulrichs des Vielgeliebten mehr als sechzig Eimer Weins geleert. Selbst in den Kanzleien gab es Suppen-, Schlaf- und Untertrünke. Der heitere, unbefangene Lebensgenuß, der naturgemäß vielfach zu rohen Auswüchsen führte, hielt die öffentliche Sittlichkeit auf einer ziemlich niederen Stufe. Daneben war die Wohlthätigkeit sehr rege.

Im Ganzen zeigt die spätere Grafenzeit einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung. Wohlhabenheit ist auch unter den Bauern verbreitet und in Stuttgart wie in manchen Dörfern stiftet jeder neue Gemeindevertreter einen silbernen Becher aufs Rathaus. Der Geldwert ist noch ein sehr hoher; so erhielt der Landhofmeister, der höchste Beamte des Landes, außer einigen Nebeneinkünften nur 200 Gulden Besoldung.

Von der Wohlhabenheit hatten auch Kunst und Kunstgewerbe Gewinn, wenn ihnen auch in der Grafschaft nicht so hohe Aufgaben gestellt wurden, wie in den Reichsstädten.

Die Aufrechthaltung des Friedens unter Eberhard im Bart kam namentlich der Landwirtschaft zu gute; auch die Zucht von Vieh und Geflügel gewann an Ausdehnung. Die Pferdezucht lag dem Genannten besonders am Herzen; daher legte er auf dem Einsiedel ein Gestüt an; ein Rappe aus seinem Besitz gewann bei einem Rennen auf der Nördlinger Messe einen Preis. Der Weinbau war verbreiteter als heutzutage; die Preise für den Wein wurden amtlich festgesetzt, so daß sie auch in Fehljahren nicht zu hoch stiegen. Die Gewerbe waren besonderen Ordnungen, teilweise, wie die Bäcker und Metzger, besonderer Aufsicht unterworfen; das Zunftwesen diente noch überwiegend zur Hebung des Handwerks. Der Handel war vor allem auf die Jahr- und Wochenmärkte angewiesen.

Die Art der Besteurung durch die feststehende gewöhnliche Steuer und die außerordentlichen Umlagen wurde nicht geändert. Nur wurden für die letzteren bestimmtere Ordnungen eingeführt; den Maßstab für dieselben gab eidliche Selbsteinschätzung. Die Amts- und Landschadensordnung von 1489 stellte fest, welche Leistungen von den einzelnen Bezirken, welche vom Lande zu übernehmen waren. So wenig bei der Verwendung der eingegangenen Summen zwischen Kosten für das Land und solche für den gräflichen Hof unterschieden wurde, so wenig galten die Steuern

Digitized by Google

und Abgaben als öffentlich rechtliche Leistungen. Daher konnten sie nicht nur veräußert und auf andere übertragen, sondern auch durch Vergleiche mit dem Landesherrn abgelöst werden; so kaufte die Stadt Stuttgart dem Grafen die Haber-, Hühner-, Kapaunen-, Eier- und Ölgülten ab. Im Ganzen bezog Eberhard im Bart am Ende seiner Regierung jährlich 30—50 000 Gulden vom Lande bei einer Einwohnerzahl von etwa 200 000 Seelen.

Während die Reichsstädte ihr Heer schon wesentlich aus Söldnern bildeten, hoben die Grafen das Fußvolk im Lande aus. Die waffenfähigen Bürger vom 18.—60. Lebensjahre gehörten zum Landesaufgebot, das sich selbst zu bewaffnen hatte und je nach Bedürfnis eingezogen wurde. Die Reiterei bestand aus den Lehenleuten nebst Knechten und den dienstlich berittenen Beamten, namentlich den Förstern und Schultheißen. Zur Ausbildung des Fußvolks dienten häufigere kurze Waffenübungen in den Städten und Ämtern, sowie die zahlreichen Schießstätten. Überwiegend war noch die Ausrüstung mit Spieß, Messer und Harnisch; die Armbrust war noch nicht ganz durch die Hand- oder Hackenbüchsen verdrängt; das schwere Geschütz fand nur bei Belagerungen Verwendung.

Der Einfluß der Kirche erstreckte sich auf alle Verhältnisse: die zahlreichen Bruderschaften, in welchen namentlich Berufsgenossen zusammentraten, stellten sich unter ihren Schutz; fromme Herren, wie Ulrich der Vielgeliebte und Eberhard im Bart, ließen sich von Männerorden als Laienmitglieder aufnehmen, um die Früchte von den geistlichen Werken derselben mitzugenießen. Der religiöse Niedergang, in dem die Kirche trotz ihrer äußeren Machtstellung begriffen war, wurde vielfach schwer empfunden: nicht nur einzelne Äbte, vor allem des Benediktinerordens, suchten ihre Klöster durch eine Reformation wieder zu heben, sondern auch die württembergischen Grafen schritten mit großem Eifer gegen die besonders in Frauenklöstern eingerissene Zuchtlosigkeit ein. Auch gegenüber dem unbefriedigenden Zustande der Weltgeistlichkeit machte sich das Bedürfnis geltend, durch Errichtung von Predigtämtern gelehrtere und ernstere Männer dauernd für Gemeinden zu gewinnen. Die Zahl der mit Seelsorge und Gottesdienst beschäftigten Geistlichen wird für das damalige Württemberg auf etwa 900 geschätzt; von den Pfarrstellen wurde aber nur die kleinere Hälfte ständig versehen, worunter das kirchliche Leben sehr zu leiden hatte. Für Volksbildung geschah wenig; Schulen gab es fast nur in den Städten; sie dienten, da in allen Latein gelehrt wurde, vorzugsweise den höheren Ständen. In Stuttgart konnten nicht einmal alle städtischen Richter lesen und schreiben.

Digitized by Google

In der Verwaltung und Rechtsprechung galt meist Ortsbrauch und Herkommen, an welche das Gericht und dessen Erweiterung, der Rat, sich hielten. Leiter derselben waren in den Städten der landesherrliche Vogt oder Amtmann neben dem bürgerlichen Schultheißen, in den Dörfern der Amtmann oder der Schultheiß. Abänderungen des Ortsrechtes konnten nur durch den Grafen getroffen werden. Für das ganze Land giltige Ordnungen sind noch selten; Eberhard im Bart hat das Verdienst, außer den schon erwähnten Landschadens- und Landesordnungen solche über Apotheken und Fischerei erlassen zu haben. Die Verbindung zwischen den Bezirksstellen und der Regierung, in welcher jetzt neben den Landhofmeister als erster gelehrter Rat der Kanzler getreten war, wurde namentlich durch persönliches Umherreiten der aufsichtsführenden Räte hergestellt; auch der Landesherr wechselte noch häufig seinen Aufenthalt, teils um der Nutznießung der mit den einzelnen Schlössern verbundenen Gerechtsame willen, teils um überall aus eigener Anschauung eingreifen zu können.

In größeren Städten, wie Stuttgart, wurden nur wichtigere Gegenstände vor Vogt und ganzem Gericht verhandelt; unbedeutendere kamen vor jenen und einige Beisitzer, Kleinigkeiten vor den Büttel. Sollte in Stuttgart Gericht gehalten werden, so mußte der Amtmann Abends zuvor durch die Stadtknechte es den Richtern ansagen lassen; in der Frühe wurde ein Zeichen mit der Glocke gegeben, daß die Richter sich ankleiden und Messe hören sollten; nach einer Stunde folgte das zweite Glockenzeichen, und wenn dieses verstummt, wurde mit der Sanduhr eine Viertelstunde gemessen; dann erst begann die Sitzung. Zur Verhütung leichtsinniger Streitigkeiten mußten beide Parteien vor Beginn der Verhandlung eine Summe beim Gericht niederlegen, welche der unterliegende Teil zum Voraus verlor. Vor dem ganzen Gericht war persönliche Sachwaltung oder Aufstellung eines Fürsprechers gestattet, bei dem kleinen Gericht nur jene. Dem Gericht lag auch die ganze Polizei ob; es hatte darüber zu wachen, daß der Zwischenhandel auf dem Markte unterdrückt wurde, daß jeder seinen Mist alle Wochen einmal aus der Stadt führte, daß jeder Bürger Harnisch und Wehr in Ordnung hielt, daß man Feuerbrünsten und Aufläufen wehrte. Als Strafen, die das Gericht, wenn es sich nicht um Leibesstrafe handelte, verhängen konnte, waren ein großer und ein kleiner Frevel festgesetzt. Ihre Höhe war verschieden; in Stuttgart und in Tübingen belief sich der große Frevel auf 13 Pfund Heller, der kleine auf 3 Pfund; Vogt und Gericht hatten an dieser dem Landesherrn verfallenen Strafsumme einen kleinen Teil anzusprechen oder bezogen sie noch eine

Digitized by Google

besondere Abgabe. Die Gerichtskosten fielen dem Verurteilten zur Last, dem sie neun Tage hinter einander abgefordert werden konnten, wobei für die jedesmalige Weigerung außer der Gebühr für den Amtmann dem Grafen ein kleiner Frevel verfallen war. Auch in der Festsetzung der Stadtrechte hat Eberhard im Bart sich ausgezeichnet, wobei freilich das fremde römische Recht sehr zum Kummer der Unterthanen immer mehr an die Stelle des Gewohnheitsrechtes trat. Als oberstes Gericht in Civilsachen wurde das Hofgericht eingesetzt, das außer in Stuttgart auch in Urach und Tübingen zusammentrat. Gegen die Eingriffe aller auswärtigen Gerichte ließ sich Eberhard im Bart durch den Kaiser schützen.

Von hervorragender Wichtigkeit für die ganze innere Entwicklung des Landes ist die Bedeutung, welche sich die Landschaft in unserem Zeitabschnitt zu erringen wußte [1]). Es war altes Herkommen, daß der Graf mit Rat der Ritterschaft regierte; stand diese ihm doch in dem Verhältnisse einer gewissen Gleichberechtigung zur Seite und hatte vielfach dieselben Interessen, namentlich in der äußeren Politik, da der Graf die ihm „zugewandten" Ritter vertrat und diese ihm ihr Schwert liehen. Mit der Einteilung des Landes in Ämter bildeten sich selbständige, je aus einer Stadt und den zugehörigen Dörfern bestehende Körperschaften, welche als die Vermittler der Steuererhebung und der Wehrbarmachung Einfluß gewannen. Als weiterer Stand wurden die Prälaten angesehen, die dem Grafen in der Art wie die Ritter gleichgestellt, aber doch, da sie nicht persönlichen Heerdienst leisteten, zu bedeutenderem Schutzgeld verpflichtet waren. Aber während die letzteren in ein immer stärkeres Abhängigkeitsverhältnis von dem Grafen gebracht wurden, wehrten sich die Ritter kräftig gegen solche Versuche. Die Folge davon war, daß zur Minderung des Einflusses der Ritterschaft die Prälaten und die Landschaft zur Beratung des Landesherrn beigezogen wurden, im Anfang unter lebhafter Ablehnung der Landschaft, welche die Ritter für allein geeignet zur Teilnahme an der Regierung hielt.

Im Jahre 1457 finden wir zum ersten Male die Nebeneinanderstellung von Ritterschaft, Prälaten und Landschaft und zwar im Stuttgarter Teil; in demselben Jahre wurde im Uracher Teil die Landschaft zum ersten uns bekannten Landtag nach Leonberg berufen. 1464 hatte die Landschaft schon eine solche Stellung gewonnen, daß für das Schutzbündnis zwischen

[1]) Daß der Friedensvertrag mit Eßlingen vom 20. Dezember 1316 von Bürgern württembergischer Städte mitbeschworen wurde, ist aus der Thatsache zu erklären, daß der Versuch gemacht worden war, dieselben reichsunmittelbar zu machen.

Digitized by Google

dem Uracher Grafen Eberhard und dem Stuttgarter Grafen Ulrich, welch letzterer durch den Krieg mit der Pfalz in schwere Bedrängnisse gekommen war, Städte und Ämter aus beiden Landeshälften eine Bürgschaft übernahmen. In der Folge veranlaßten teils die Zwistigkeiten innerhalb der Familie Ulrichs des Vielgeliebten, teils das Bestreben Eberhards im Bart, die Zukunft des Landes sicher zu stellen, eine Beiziehung der Landschaft zu allen wichtigen Verträgen: im Uracher von 1473 verpflichteten sich 48 Ämter zur Festhaltung seiner Bestimmungen; im Münsinger von 1482 tritt die Landschaft gleichberechtigt neben die Prälaten und den Adel.

Die Macht der Stände wuchs rasch. Wie die persönlichen Verhältnisse des gräflichen Hauses im Frankfurter Entscheid von 1489 und im Eßlinger Vertrag von 1492 zur Einsetzung eines Ständeausschusses als Regimentsrat führten, der für unfähige und unmündige Grafen fast die ganze Regierung übernehmen sollte, und wie im Herzogsbrief derselbe Regimentsrat nicht nur für die bezeichneten Fälle beibehalten, sondern auch nach etwaigem Aussterben des Herrscherhauses zum Vertreter des Kaisers als Landesherrn bestellt wurde, da war in der Verfassung Württembergs der monarchische Grundgedanke völlig durchbrochen. Wohl war die Gewalt der Landstände zunächst auf die Zeit beschränkt, da kein regierungsfähiger Herzog vorhanden war, aber von da bis zur Erringung einer dauernden Machtstellung gegenüber dem Fürsten war, wie sich bald zeigen sollte, nur ein Schritt. Es war verhängnisvoll, wenn auch durch die Umstände leicht erklärlich, daß die altwürttembergische Verfassung von Anfang an nicht sowohl die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Fürsten und der Volksvertretung festsetzte, als vielmehr neben die absolutistische Regierungsform eine ihrem Wesen nach republikanische stellte.

Digitized by Google

Digitized by Google

Zweites Buch.

Das Herzogtum Württemberg.

Digitized by Google

Digitized by Google

I. Abschnitt.

Herzog Eberhard II.

1496—1498.

Es war ein schlimmes Geschick für Württemberg, daß die eben erst mit so vielem Recht erworbene Herzogswürde auf einen unfähigen Fürsten, wie Eberhard II. (1496—1498), überging. Zwar hatte Eberhard im Bart wohlweislich durch den Eßlinger Vertrag von 1492 und in seinem Testamente die Macht seines Vetters fast ganz aufgehoben und die Regierung einem Regimentsrate übertragen; aber nachdem das Land dem neunundvierzigjährigen neuen Fürsten gehuldigt, hielt es schwer ihn wie einen Unmündigen zu leiten. Im Regimentsrate selbst mochten die Stimmen darüber auseinandergehen, wie weit es zweckmäßig und für die Mitglieder vorteilhaft sei, einen so gewaltthätigen Herrn wie Eberhard zu reizen. So blieb denn seine Einrichtung zunächst ohne Wirkung und bei der Belehnung Eberhards durch König Maximilian wie bei seiner Aufnahme in den schwäbischen Bund spielt der Regimentsrat keine Rolle.

Anfangs schien die Sache gut zu gehen. Auf die dringenden Vorstellungen der Räte und der Landschaft ließ der Herzog seine tugendhafte Gemahlin Elisabeth wieder zu sich kommen und trat zum Zeichen der Versöhnung zugleich mit ihr in eine geistliche Brüderschaft ein. Auch der Streit, in den er mit Markgraf Christoph von Baden über die Vogtei des Klosters Herrenalb verwickelt wurde, kam durch Eberhards Entschiedenheit zu einem befriedigenden Austrag. Das Kloster hatte versucht, sich mit Einwilligung des Königs dem württembergischen Schutze zu entziehen und hatte die badische Fahne aufgepflanzt; hierüber erbittert zog der Herzog aus, riß die Fahne nieder und ließ im Kloster plündern. Der König mußte die württembergische Schirmvogtei über das Kloster selbst anerkennen

Digitized by Google

und der Markgraf sich mit der über einige auf seinem Gebiete gelegene herrenalbische Dörfer begnügen.

Aber die alten Räte wurden dem Herzog unbequem. Er suchte sie durch neue, ihm ergebenere zu ersetzen und rief sogar den Genossen seiner früheren Ausschweifungen, den von Eberhard im Bart auf Wunsch seines Ordens gefangen gesetzten Mönch Conrad Holzinger wieder in seine Nähe. Zudem vermehrte er, um der herzoglichen Würde gebührenden Ausdruck zu geben, seinen Hof ins Ungemessene.

Bald hielt er die Zeit für gekommen, gründlich gegen alles sich zu wenden, was ihm lästig schien. Zuerst sollte seine Gemahlin ihren Wohnsitz nach Tübingen, Urach oder Nürtingen verlegen, da dort billiger zu leben sei; die Regierungsbehörden sollten ihr aus dem gleichen Grunde folgen. Wollte aber die Gemahlin Stuttgart nicht verlassen, so sollten wenigstens die Behörden umziehen. Zum Schluß verlangte er Befestigung und Verwahrung der Schlösser und Städte und allgemeine Rüstung. Diesmal sperrten sich die Räte; namentlich gegen die Rüstung, welche nur dem Herzoge Georg dem Reichen von Bayern gelten konnte, da Eberhard sich von ihm beleidigt glaubte, hatten sie gewichtige Bedenken. Ihnen schlossen sich die Vertreter der angesehenen und wohlhabenden Kreise, die sogenannte Ehrbarkeit, an. Es war das erste Mal, daß der altwürttembergische Beamten- und Familienstolz, damals allerdings mit vollem Rechte, sich gegen den Landesherrn auflehnte.

Als Grund für die Unzufriedenheit wurde angegeben, daß leichtfertige Personen aus des Herzogs Umgebung die Ehrbarkeit zu vergewaltigen sich unterstanden haben, so daß viele unschuldige Leute haben fliehen müssen oder ohne Untersuchung gefangen gesetzt worden seien; andere seien um Hab und Gut gebracht, einigen die Kinder ohne deren und der Eltern Willen durch den Herzog verheiratet worden.

Es ist anzunehmen, daß Eberhard II. infolge seines Geisteszustands damals schon nicht mehr regierungsfähig war; bedeutende Männer, wie Johann Reuchlin, verzichteten darauf, noch auf ihn einzuwirken, und verließen seine Dienste. Man raffte sich endlich dazu auf, für den Regimentsrat die von Eberhard im Bart ihm zugewiesene Stellung zu beanspruchen. Auf allseitiges Drängen mußte der Herzog einen Landtag einberufen. Er selbst, wie die Stände, gaben die Abstellung von Mißbräuchen in der Regierung als Zweck desselben an, beide natürlich in sehr verschiedenem Sinne. Am 25. März 1498 sollte der Landtag in Stuttgart zusammentreten; der Herzog, auf dessen Anwesenheit es vor allem ankam, erschien

Digitized by Google

nicht, und so sahen sich Landhofmeister, Prälaten, Räte und Landschaft veranlaßt, sein Kommen zu verlangen. Sie erleichterten ihm dieses freilich nicht, indem sie sofort den Kanzler Holzinger dem Constanzer Bischofe übergaben, während der Herzog höchstens wieder eine Gefangensetzung im Lande sich hätte gefallen lassen, indem sie weiterhin einige seiner Vertrauten gleichfalls verhaften ließen. Mit verblüffender Deutlichkeit erinnerten sie an den Eßlinger Vertrag, stellten ihm vor, daß, wenn dieser nicht eingehalten werde, der Landgraf von Hessen als Schwestersohn Eberhards i. B. Ansprüche auf die Uracher Landeshälfte erheben könnte.

Eberhard erschrack, raffte seine Kostbarkeiten zusammen und floh nach Ulm. Damit war jede Verhandlung abgebrochen und die Landstände erließen von sich aus eine neue Regimentsordnung, in der sie die notwendigsten Bestimmungen über Rechtspflege und Verwaltung, über Hof- und Staatsämter trafen. Die Regierung sollte vom Landhofmeister, Graf Wolfgang von Fürstenberg, vom Kanzler, Dr. Gregor Lamparter, geführt werden; mit ihnen hat ein Prälat, der von seinem Kloster abwesend sein kann, in Stuttgart zu verweilen, unterstützt von dem Backnanger Probste Dr. Peter Jakobi, dem Lehrer des jungen Herzogs Ulrich. Ferner werden für die laufenden Geschäfte einige Räte mit den nötigen Kanzleibeamten bestellt. Bei wichtigeren Dingen sollten auch die andern Regimentsräte berufen werden, im Notfalle sogar alle Prälaten, Grafen, Ritter und Knechte, die übrigen Räte und die Landschaft. Am Hofe durften nicht mehr als 100 Reitpferde gehalten werden, wovon etwa 80 für den Heeresdienst zur Verfügung zu stehen hatten; die Ritterschaft sollte durch Übertragung von Ämtern an das Land gekettet werden.

Gleichzeitig mit der Regimentsordnung veröffentlichten die Räte und Landstände eine Verantwortung ihres Verhaltens und am 10. April wurde von Beamten und Hofgesinde dem Herzoge, der die Verträge umstoßen und das Land nur nach seinem Gefallen beherrschen wolle, die Pflicht aufgekündigt. Wer überhaupt bisher in seinem Dienste stand, sah sich zu dieser Absage veranlaßt: Regimentsräte und Ritter, Prälaten und Kanzleibeamte, Vögte und Schultheißen als Mitglieder der Landschaft, Küchenmeister, reitende Boten und Hoftrompeter.

Um die Bestätigung der neuen Ordnung auszuwirken, schickte die Regentschaft eine Botschaft an den König und trotz lebhafter Gegenanklagen Eberhards gab Maximilian, der persönlich in Ulm sich die Sache vortragen ließ, dessen Gegnern Recht. Außer dem württembergischen Landhofmeister und Kanzler wirkte namentlich Kurfürst Friedrich der Weise

Digitized by Google

von Sachsen zu Gunsten des Regimentsrats; für den König war bestimmend, daß er das Land als ein halb herrenloses Gut ansehen zu dürfen glaubte. Die württembergischen Unterhändler wußten seinem Verlangen nach Bezahlung von Reichssteuern, wegen Bündnis mit Östreich, Verzicht auf den Pfandbesitz von Achalm, Heimfall des Herzogtums nicht an das Reich, sondern an Östreich, so entgegenzukommen, daß es scheinbar, aber allerdings auch nur scheinbar, befriedigt wurde; und so sprach der König am 28. Mai die Absetzung Eberhards aus und belehnte den Grafen von Fürstenberg als Vertreter des jungen Ulrich mit dem Herzogtum.

Noch galt es, Eberhard durch Entschädigungen zur Ruhe zu bringen. Von letzterem und von den Landständen angerufen, erließ der König am 10. Juni zu Horb den Spruch, daß Eberhard zu Gunsten seines Neffen Ulrich auf Württemberg samt Mömpelgard und Reichenweier verzichten und seine Unterthanen ihres Eides entbinden und daß ihm dafür Ulrich eine Abfindungssumme von 2000 und ein Jahrgeld von 6000 Gulden bezahlen, den Hofstaat seiner Gemahlin unterhalten und die Verpflegung seines eigenen Vaters, des Grafen Heinrich, übernehmen solle. Eberhard durfte das Land nicht mehr betreten.

Da die Parteien zum voraus die eidliche Verpflichtung eingegangen waren, dem Spruche des Königs sich zu fügen, konnte Eberhard nicht umhin, am folgenden Tage die verlangte Urkunde über den Verzicht auszustellen; man begründete denselben mit Alter und Leibesblödigkeit.

Aber ein Mann, welcher die Aufhebung so vieler Verträge durchgesetzt hatte, konnte den ihm lästigsten kaum für unabänderlich halten. Schon am 16. Juni schilderte er dem König von Baden-Baden aus das ihm angethane Unrecht in lebhaften Farben. Als er hier nichts erreichte, wandte er sich an den auf Östreich eifersüchtigen Pfalzgrafen Philipp, seinen Vetter, und übergab ihm die zahlreichen Kostbarkeiten und Silberbarren, die er aus dem Nachlasse Eberhards im Bart überkommen und trotz des königlichen Spruches nicht mit Ulrich geteilt hatte. Ja er trat sogar dem Pfalzgrafen alle seine Rechte auf Württemberg ab (Januar 1499). Eberhards Jahrgeld wurde aber wegen der Zurückbehaltung jener Schätze nicht ausbezahlt; alle seine Versuche, weitere Ansprüche durchzusetzen, scheiterten; Maximilian bedrohte sogar jeden mit der Reichsacht, der ihn unterstütze; zuletzt wurde er auch dem Pfalzgrafen lästig, wurde in dessen Schloß Lindenfels eingewiesen und starb hier in der Fremde am 17. Februar 1504. Sein Grab fand er in Heidelberg. Die edle Gemahlin, mit der er sich

Digitized by Google

nicht mehr vereinigt hatte, überlebte ihn 20 Jahre; sie verschied am 28. März 1524 auf ihrem Witwensitze zu Nürtingen.

Mit Eberhard starb ein unruhiger, zerfahrener Kopf; ein selbstsüchtiger Genußmensch, der um augenblicklichen Nutzens willen auf alles einging, was man von ihm verlangte, um hinterdrein sich für übervorteilt zu erklären und an eben abgeschlossenen Verträgen zu rütteln; ein Fürst, der seinem Berufe nicht das mindeste Verständnis entgegenbrachte. Entschuldigend kommt für ihn nur in Betracht, daß er seiner Sinne nicht ganz mächtig war. Seine Absetzung befreite Württemberg aus einer unerträglichen Lage; unter seinem Nachfolger schien das Land mit Hilfe des Regimentsrates einer glücklichen Zukunft entgegenzugehen.

Digitized by Google

II. Abschnitt.

Herzog Ulrich bis zu seiner Vertreibung.

1498—1519.

Der Nachfolger Eberhards II., Herzog Ulrich (1498—1550) ist am 8. Februar 1487 zu Reichenweier im Elsaß geboren. Sein Vater war der jüngere Bruder Eberhards II., Graf Heinrich, seine Mutter Elisabeth, eine Gräfin von Zweibrücken. Des Vaters Geist war gestört, die Mutter starb nach der Geburt; darum ließ Eberhard im Bart, welcher den nicht mehr jungen Vetter zur Vermählung gedrängt hatte, das Kind nach Stuttgart abholen und behandelte es ganz als seinen Sohn. Frühe zeigte sich der Eigenwille des Knaben: als er bei der Firmung seinen Taufnamen Eitel Heinrich in Ulrich verwandeln mußte, bestand er darauf, daß er dennoch Heinz heiße. Nach des Oheims Tod entbehrte der junge Prinz aller Liebe in der Erziehung. Eberhard II. kümmerte sich nicht viel um ihn und nach dessen Absetzung machten die Regimentsräte unsichere Erziehungsversuche. Sie bestimmten, daß er täglich vier Stunden lerne und sonst unschädliche Kurzweil treibe, daß er in Gesellschaft der im Lande zurückgebliebenen Herzogin Elisabeth, zeitweise in derjenigen fremder Botschafter und der Räte speise, und mit jener zur Kirche gehe. Aber während sie ihn anfangs in die Wissenschaften einführen ließen, traten bald Spiele, Hunde und Jagden an die Stelle des Lateins. Und doch hätte Ulrich eine sichere, zielbewußte Erziehung so nötig gehabt. Denn der erste tiefere Eindruck, den er bekam, war der von der gewaltsamen Entthronung seines Oheims und der Bevormundung durch dessen Gegner. Dieser Eindruck ist ihm sein ganzes Leben geblieben; er hat die Furcht genährt, in ähnlicher Weise, wie Eberhard II. behandelt zu werden, und die Gewaltthätig-

Digitized by Google

keit gesteigert, mit der er in oft tollkühner Weise zu vernichten suchte, was ihm entgegentrat.

Am 5. Juni 1498 ritt der elfjährige Ulrich als Herzog in Stuttgart ein; er hatte dazu zum ersten Male ein Pferd bestiegen. Noch in demselben Jahre wurde er mit der sechsjährigen Herzogin Sabine von Bayern verlobt. Diese Verbindung hatte ihr Oheim, König Maximilian schon in Aussicht genommen, als er sich zu Ulrichs und der Landschaft Gunsten gegen Eberhard II. aussprach.

Ihren Dank stattete die württembergische Regierung dem Könige bald darauf ab: in dem unglücklichen Schweizerkrieg von 1499, den Maximilian mehr um Östreichs als des deutschen Reichs willen führte, zeichnete sich Württemberg durch eifrige Unterstützung aus; der Landhofmeister, Graf Wolfgang von Fürstenberg, befehligte das schwäbische Kriegsvolk; der junge Herzog Ulrich schloß sich persönlich dem Gefolge des Königs an. Noch wertvoller war für diesen, daß die herzogliche Regierung durch ihre Beitrittserklärung zur Erneuerung des schwäbischen Bundes viele unschlüssige Edle und Reichsstädte nach sich zog. Andererseits trat Württemberg sofort auch wieder mit den Schweizern in freundschaftliche Verhältnisse.

Ulrichs frisches und beherztes Wesen gefiel dem Könige so wohl, daß er ihn im Juni 1503 für volljährig erklärte. Er hoffte ihn damit vollends ganz an sich zu ketten, befreite ihn aber vielmehr vorzeitig von jeder Fessel. Den Regimentsräten und den wegen der Wichtigkeit der Sache berufenen Landständen fiel es nicht leicht, diese Abweichung von den verfassungsmäßigen Bestimmungen zuzulassen; aber die Gesandten des Königs und einzelne württembergische Räte, welche jetzt alle Gewalt in die Hände zu bekommen hofften, brachten den Widerstand zum Schweigen. So wurde Ulrich im Alter von 16 Jahren und 4 Monaten selbständiger Landesherr.

Der Anfang seiner Regierung war glänzend. Im bayerischen Erbfolgekrieg von 1504, in dem sich Bayern und Pfalz um den Nachlaß des söhnelos gestorbenen Herzogs Georg von Bayern-Landshut stritten, stand Ulrich als Glied des schwäbischen Bundes auf der Seite von Bayern. Er beteiligte sich um so lieber am Kampfe, als Württemberg von Ulrichs des Vielgeliebten Zeiten her mit der Pfalz Abrechnung zu halten hatte. Mit einem stattlichen Heere von über 20 000 Mann rückte er zuerst vor das unter pfälzischem Schutze stehende Kloster Maulbronn, das stark befestigt war. Das Kloster ergab sich nach siebentägiger Belagerung, nicht

Digitized by Google

ohne daß die Beschießung erheblichen Schaden angerichtet hätte. Ulrich hatte die Absicht, sich mit dem Landgrafen von Hessen zu vereinigen und unterwegs die Stadt Bretten zu besetzen. Aber hier fand er heftigen Widerstand. Im offenen Felde stellte sich ihm der Feind nicht, wie er gewünscht hätte, entgegen; er schloß daher einen Vergleich, wonach er gegen einige Zugeständnisse von Bretten abzog. Jetzt wandte er sich gegen die seinem Lande zunächst liegenden pfälzischen Besitzungen; Besigheim erlag einer heftigen Beschießung, ebenso bald darauf Löwenstein; die Ämter Neuenstadt, Weinsberg, Möckmühl unterwarfen sich. Durch die Gunst Maximilians gelang es Ulrich, fast alle seine Eroberungen beim Friedensschluß festzuhalten; dazu kam noch die Befreiung Marbachs vom pfälzischen Lehensverbande und als Kriegsentschädigung von Seiten der unterstützten Herzoge von Bayern die Überlassung des Amts Heidenheim und der Schutzvogtei über die Klöster Herbrechtingen und Anhausen. Mußte Ulrich auch noch nach langen Streitigkeiten die Pfalzgrafen mit einer größeren Geldsumme abfinden, so hatte er doch gleich am Anfang seiner Regierung sein Gebiet mehr als irgend einer der Vorgänger vergrößert. Das Land freilich hatte unerhörte Lasten auf sich nehmen müssen; kein Wunder, wenn die Landschaft erklärte, sie wolle Leib, Ehre und Gut daran setzen, daß das Gewonnene wenigstens nicht mehr entrissen werde.

Ulrich stand auf der Höhe seines Glücks. Wo sich der stattliche Herzog mit dem blauen feurigen Auge, dem blonden krausen Haare und dem roten Barte zeigte, erregte er Aufsehen durch die Pracht seiner Erscheinung. Namentlich bei Reichs- und Bundesversammlungen suchte er zu strahlen: so auf dem Kölner Reichstage von 1505, wo er sich vom Könige feierlich belehnen ließ, so auf dem Constanzer von 1507, bei dem er mit 300 Reitern erschien und 30 000 Gulden aufwendete. Zur Erhöhung des Glanzes führte er erbliche Hofämter ein und vermehrte seine Räte und sein Gesinde, besonders seine Kapelle, zu deren Unterhaltung er mit Erlaubnis des Papstes die Einkünfte der von Eberhard im Bart herbeigerufenen Kappenherren einzog. Seine Freigebigkeit war berühmt, und als froher Nachbar lud er sich selbst bei der Reichsstadt Eßlingen auf die Fasnacht ein. Kühn auf der Jagd — noch ist im Rittersaal zu Urach ein riesiger Eber nachgebildet, den er eigenhändig erlegt — gewann er durch Leutseligkeit die Zuneigung des gemeinen Mannes. Als er einst, auf der Jagd verirrt, von einem Bauern, der ihn nicht kannte, grob behandelt worden war, nahm er ihn zu seinem Gefolge mit und entließ ihn hier reichbeschenkt.

Digitized by Google

Auch zur Romfahrt Maximilians bot Ulrich eine größere Reiterschar auf, als er verpflichtet war, und zog am Anfang des Jahres 1508 bis in das südliche Tirol. Aber jener verzichtete auf die Krönung und erklärte sich vorläufig selbst zum erwählten römischen Kaiser; mit ihm kehrte der Herzog in die Heimat zurück.

Um die Kosten dieses Zuges aufzutreiben, hatte Ulrich in aller Eile die Prälaten und die Landschaft versammelt und sich von diesen ein ansehnliches Hilfsgeld bewilligen lassen. Er mußte, wie es scheint, dabei so viel von besserem Haushalten hören, daß er den Landtag nicht mehr einberief, bis er dazu gezwungen wurde.

Die größte Pracht entfaltete der Herzog bei seiner Hochzeit. Lange hatte er mit dieser gezögert. Sabine von Bayern mochte ihm herrschsüchtig erscheinen; ihr dem seinigen zu ähnliches Wesen ließ eine wenig friedliche Ehe ahnen. Auch hatte ihn seine Neigung zu Elisabeth von Brandenburg-Ansbach hingezogen, die in Nürtingen längere Zeit auf Besuch war und auf die er das Lied gedichtet haben soll:

„Ich schell' mein Horn in Jammers Ton,
Mein' Freud' ist mir verschwunden;
Ich hab' gejagt, muß abelon,
Das Wild läuft vor den Hunden."

Erst 1509 ließ er sich, aus Anlaß des Leichenbegängnisses des Herzogs Albrecht, des Vaters der ihm bestimmten Braut, zur persönlichen Verlobung mit dieser herbei. Es kostete starkes Zureden von Seiten der Landschaft wie des Kaisers, bis Ulrich die Vermählung festsetzte. Am 2. März 1511 ritt endlich der Herzog in rotem Festgewande, von Gold und Edelsteinen strotzend, seiner Braut entgegen; mit ihm zogen tausend Berittene. In köstlichem Aufzuge ging es zur Stadt, in der eine Woche lang 16000 Menschen gespeist wurden; eine stattliche Zahl von Fürsten erhöhte den Glanz der Feier; der Kaiser war durch seinen Erbkämmerer, Graf Eitel Friedrich von Zollern, vertreten.

Doch nicht durch höfischen Aufwand allein suchte Ulrich dem neuen Herzogstitel Ehre zu machen. Damals hieß es, was das Herzogtum Schwaben mit Conradin verloren, werde Ulrich wieder herstellen. Es sagte ihm nicht zu, daß er durch die Mitgliedschaft des schwäbischen Bundes sich Einschränkungen seiner Herrschermacht unterwerfen mußte. Er beklagte sich, daß er im Bunde so leicht überstimmt werde und die Entscheidung über Krieg und Frieden verliere; daß seine Gerichtshoheit durch die Befugnisse des Bundesgerichts geschmälert werde. Dazu kam, daß sein Bei-

Digitized by Google

trag für die Bundeshilfe thatsächlich zu hoch angesetzt war. Ulrichs Gedanke war eine Politik freier Bündnisse, die ihn mit den mächtigeren Fürsten geeinigt, aber nicht gezwungen hätte, für die Interessen der Reichsstädte, der Prälaten, Grafen und Ritter einzutreten. Denn daß diese an dem schwäbischen Bunde einen Rückhalt fanden, ersah er aus dem Beispiel der Probstei Ellwangen, die trotz seines Widerspruchs als selbständiges Glied aufgenommen wurde. Für den Kaiser aber waren Ulrichs Bestrebungen eine Bekämpfung seiner eigenen Absichten. Denn er brauchte solche einen Teil Deutschlands umfassenden Landfriedensanstalten als Ersatz für allgemeine Reichseinrichtungen. Sehr deutlich erklärte er daher auf die Versicherung, daß Württemberg, wenn es auch dem schwäbischen Bunde nicht mehr beitrete, die Erbeinung mit Österreich treu halten werde, diese beiden Länder seien zu schwach gegen die widerspenstigen Eidgenossen und andere Nachbarn, und des Reiches Hilfe gehe zu langsam von statten.

Lange glaubte Maximilian auf des Herzogs Nachgiebigkeit rechnen zu können; er erhöhte ihm den Weinzoll, der die innerhalb Württembergs liegenden Reichsstädte schwer schädigen mußte (1512), und stellte ihn an die Spitze der kaiserlichen Reiter, die bis Dijon vordrangen und Paris überrumpelt hätten, wenn nicht — ein schlimmes Vorzeichen für Ulrich — die geworbenen Schweizer davon gelaufen wären (1513). Umsonst: der Herzog löste sich von der ihn drückenden Verbindung und beschränkte sich auf Bündnisse, die mehr dem selbstherrlichen Interesse entsprachen. Mit seiner Beihilfe bildete sich ein Gegenbund, dem nach und nach außer Württemberg die Pfalz, der Bischof von Würzburg, Kurfürst Friedrich und Herzog Johann von Sachsen beitraten, und der trotz des Kaisers Drohung mit der Reichsacht sich nicht auflöste.

Aber die Prunksucht Ulrichs führte zu immer größerem Aufwande. Die gewöhnlichen Einkünfte reichten nicht mehr aus und doch konnte das durch Seuchen und Teurung heimgesuchte Volk kaum neue Lasten tragen. Man versuchte es zuerst mit einer direkten Steuer: 1513 wurde ein Ausschreiben erlassen, nach welchem alle Unterthanen vor Amt ihr Vermögen anzugeben hatten; vom Gulden sollten sie zwölf Jahre lang einen Pfennig bezahlen. Die allgemeine Unzufriedenheit verhinderte die Ausführung. Jetzt griff man zu bedenklicheren Mitteln. Ein Umgeld auf Fleisch, Wein und Früchte sollte in der Weise erhoben werden, daß ein verringertes Pfund eingeführt würde, dessen Minderbetrag gegenüber dem herkömmlichen der herzoglichen Kasse zugute kam (1514). Und das alles, ohne daß die Landschaft gefragt worden wäre, welcher die Bewilligung neuer Steuern

Digitized by Google

zustand. Ulrichs Gewaltthätigkeit mißachtete dabei völlig die drohende Erregung des Volkes, in das seit dem Schweizerkriege die revolutionären Gedanken des Bundschuhs, namentlich durch alte Landsknechte, eingedrungen waren. Die Abänderung des Gewichts brachte den Aufruhr zum Ausbruch. Im Remsthal warfen die Bauern die neuen Gewichte ins Wasser mit den Worten: „Haben die Bauern recht, so fall zu Boden; hat der Herzog recht, schwimm oben", und rotteten sich mit anderen zusammen. Die Bewegung war übrigens nicht gegen die Person Ulrichs gerichtet; es war eine Auflehnung des gemeinen Volkes gegen die Herrschaft der regierenden und besitzenden Ehrbarkeit, die sich dadurch in vielen Städten genötigt sah, Verordnete aus der Gemeinde zur Leitung der Angelegenheiten beizuziehen. Das Verlangen ging auf Abschaffung drückender Frohnen, Freigebung der Jagd und des Holzes. Armer Konrad (Kunz) nannten sich die Unzufriedenen im Gegensatz zu den herrschenden reichen Kunzen und warteten zunächst demütig auf Gewährung ihrer Bitten, wenn sie auch der Gewohnheit gemäß mit Spieß und Schwert ausgezogen waren. Um der Empörung Herr zu werden, mußte sich Ulrich auf die Ehrbarkeit stützen. Aber diese benützte seine Zwangslage und der Herzog mußte erfahren, daß er nirgends Zufriedenheit geschaffen hatte. Er berief nach langem Zögern den Landtag, der zuerst in Stuttgart zusammentrat. Von dessen Stimmung zeugt ein Ausschreiben, das die Grenzstädte des Landes vor einem Überfall durch fremdes Kriegsvolk warnt, welches der Herzog herbeigerufen haben sollte. Das war nicht ohne Grund, denn für den Fall des Mißlingens der Verhandlungen hatte Ulrich seine adeligen Nachbarn gebeten, ihm mit ihrer Macht zuzuziehen. Der Herzog verlegte den Landtag nach Tübingen, während die Abordnungen der Bauern in Stuttgart zurückgehalten wurden. Aber auch dort machte man ihm bittere Vorwürfe wegen seiner Verschwendung und Willkür.

Es war von großem Vorteil für Ulrich, daß auf seine Bitte eine kaiserliche Gesandtschaft, die Bischöfe von Constanz und Straßburg, Botschafter zahlreicher Stände — so Franz von Sickingen für Kurpfalz — dem Landtage beiwohnten. Mit ihrer Unterstützung kam ein für ihn noch günstiger Vergleich zu stande, der Tübinger Vertrag vom 8. Juli 1514. Der Herzog mußte versprechen, die Reichstagsabschiede gegen Gotteslästerung und Zutrinken durchzuführen, übermäßiges Dienstgeld abzustellen, die inländische Ritterschaft vor anderen zu bedenken, Räuber zu bestrafen, die Rechnungen des Landschreibers persönlich abzuhören, bei der Kanzlei taugliche Leute anzustellen, den Amtleuten jedes Privatgewerbe zu verbieten, die Fasnachthennen in Geld abtragen zu lassen, bei Verleihung der

Digitized by Google

Pfründen die Landeskinder zu bevorzugen, mutwillige Beschädigungen durch seine Reisigen und Forstleute zu verbieten, bei allen Beamtungen Ordnung zu schaffen, für Aufnahme von Eingeborenen in die Klöster zu sorgen, dem Übermut des Hofgesindes zu steuern, den Wildschaden einzuschränken, das Recht der Städte auf Besetzung ihrer Ämter zu wahren, die Münze im Einverständnis mit der Landschaft zu regeln, Geschenkannahme der Beamten zu ahnden, die Frohndienste zu ordnen, schädliche Monopole abzustellen. Die einzige Klage, die Herzog Ulrich durch sein persönliches Eingreifen zum Verstummen brachte, war die gegen Kanzler, Marschall und Landschreiber, denen Eigennutz vorgeworfen worden war.

Nach der Erledigung dieser Beschwerdepunkte, die zum großen Teile eine Vorversammlung von Abgeordneten in Marbach zusammengestellt hatte, übernahm das Land auf fünf Jahre je 22 000 Gulden an den laufenden Ausgaben des Herzogs, wozu noch entsprechende Beiträge der Klöster und dem Lande nicht einverleibter Ämter kamen; ferner zur Deckung alter Schulden 800 000 Gulden. Dafür sollte der Landschaden, d. h. jede außerordentliche Steuer abgeschafft werden, so daß der Herzog mit seinen herkömmlichen, privatrechtlich begründeten Einkünften auszukommen hatte. Endlich wurden noch weitere Verfassungsbestimmungen vereinbart. Darnach sollten Kriege, die zur Verteidigung des Landes und der herzoglichen Herrlichkeit oder zum Schutze von Verbündeten dienten, mit Rat und Wissen der Landschaft geführt werden, solche, die der Herzog aus andern Gründen beginnen wollte, nur mit Willen derselben; dabei wurde ausbedungen, daß während eines Kriegs die Abbezahlung der Schulden ruhen solle. Ein weiteres wichtiges Zugeständnis des Herzogs war das, nur in den ersten Jahren beschränkte, Recht der Auswanderung. Außerdem sollten keine Teile des Landes ohne Zustimmung der Landschaft verpfändet, die Prinzessinnen nach dem Ermessen der Körperschaft ausgesteuert, peinlich Angeklagte nicht ohne rechtliches Urteil bestraft werden. Den Schluß bildeten schärfere Bestimmungen über die Huldigung der Unterthanen und Züchtigung der Aufrührer.

Der Tübinger Vertrag ist der Grundpfeiler der Verfassung Altwürttembergs geworden; Ulrich hat sicher kein Verdienst daran. Weit mehr trifft ihn der Vorwurf, daß er, um sich augenblicklich aus der Klemme zu ziehen, Verpflichtungen für sich und seine Nachfolger eingegangen hat, die in wichtigen Punkten die landesherrliche Gewalt gegenüber der Macht der Stände lahm legten. Diese haben ihrerseits den Anfang, der im Münsinger Vertrag gemacht war, trefflich verwertet.

Die Art, wie der Tübinger Vertrag abgeschlossen wurde, ist für die

Digitized by Google

Beziehungen der württembergischen Landstände zum Herzog vorbildlich geworden: dieser kommt in Not und muß sich an die Stände wenden; die Stände verweigern ihre Hilfe, bis derselbe die immer zahlreich vorliegenden Beschwerden abstellt und Einräumungen macht; braucht der Herzog die Stände nicht, so haben sie wenig Einfluß, ist er aber auf dieselben angewiesen, so lassen sie ihn ihre Macht fühlen. Die Folge davon war, daß ein Zusammenwirken der beiden so oft gefehlt hat, wo es für das Heil Württembergs nötig gewesen wäre.

Der Vertrag mit der Landschaft war geschlossen; die Frage war, ob diese die einzelnen Ämter so beeinflussen konnte, daß derselbe allgemein angenommen und daß auf ihn gehuldigt würde. Der Herzog stellte die Huldigung allen frei; er erklärte, in den Zugeständnissen so weit gegangen zu sein, daß er niemand zur Annahme derselben zwinge. Aber es war klar, daß der Tübinger Abschied, wenn er nicht als allgemeines Landesgesetz durchzuführen war, wenig Wert hatte. Die Landschaft sah sich daher immer mehr veranlaßt, auf die Annahme seitens der Ämter zu dringen. Das ging freilich nicht so leicht. Denn die Abgeordneten der Bauern, die in Stuttgart zurückgehalten worden waren, baten ernstlich, der Herzog möge ihre Klagen anhören, da sonst ihre Auftraggeber sich empören würden, und ließen sich nicht mit Ausflüchten abspeisen.

Die Aufregung im Lande wuchs immer mehr. Auf dem Engelberg bei Leonberg traten von weit her die Unzufriedenen zusammen; ganze Ämter baten wenigstens um Bedenkzeit wegen der neuen Huldigung. Die herzoglichen Abgesandten, wie der wieder in württembergische Dienste getretene Johann Reuchlin, stießen überall auf Mißtrauen. Die Unruhen, welche zur Berufung des Landtags geführt hatten, hörten nicht auf. Es gelang dem Herzog, bewaffnete Hilfe von außen zu erhalten; jetzt sollte ernstlich Ordnung geschaffen werden. Ulrich begab sich zunächst persönlich mit kleinerem Gefolge zum ursprünglichen Herd des Aufstandes, ins Remsthal. Er wollte selbst das Schorndorfer Amt in Pflicht nehmen, wurde aber von der aufgeregten Menge gefährlich bedroht; ja als er sich vor ihr in die Stadt zurückziehen wollte, war diese von derselben besetzt und er mußte froh sein, mit heiler Haut nach Stuttgart heimzukommen. Wieder zogen die Anhänger des armen Kunzen auf den Kappelberg, ließen sich aber, nachdem am 25. Juli in Stuttgart ein neuer Landtag zur Beratung über die Beschwerden zusammengetreten war, zur Auflösung bewegen. Nur gegen Schorndorf schien die Anwendung von Gewalt nötig zu sein. Ein Heer, das namentlich aus Tübingern bestand und in dem

Digitized by Google

sich auch Götz von Berlichingen befand, rückte gegen die Stadt, fand aber keinen Widerstand, da die Bauern aus ihr entflohen. Zum Strafgericht kam Ulrich selbst mit 1800 Reisigen. Auf seinen Befehl versammelten sich die Remsthäler, 3400 an der Zahl, auf den Wiesen vor Schorndorf; 1600 von ihnen wurden eingekerkert. Am 7. August saßen die Vertreter der Ehrbarkeit zu Gericht. Auf die Frage, ob sie sich dem Spruche füge, fiel die Menge auf die Kniee und gelobte Gehorsam. Sie mußte alle Waffen abliefern; von den Rädelsführern wurden sofort drei enthauptet, denen nachher fünfzehn andere folgten. Viele Schuldige waren geflohen, namentlich in die Schweiz, wo sie so laut über Ulrichs Härte klagten, daß dieser sich veranlaßt sah, in langem Ausschreiben sein Verfahren zu rechtfertigen. Die Ausgetretenen gaben dort ihrerseits eine öffentliche Darstellung des Geschehenen und verglichen ihr Thun mit dem eines Staufacher und Tell, da sie auch nur das alte Herkommen verteidigt haben.

Mit dem Schorndorfer Strafgericht war der Aufstand gebrochen; niemand bedachte sich mehr den Tübinger Vertrag anzunehmen. Aber die Empfindung, daß es besser geworden sei, kam im Lande nicht auf. Als die Landschaft im November wieder zusammentrat, stellte sie fest, daß der Herzog die wenigsten seiner Versprechungen gehalten; auch die verlangte Bestätigung des Vertrags durch den Kaiser war noch nicht ausgewirkt. Die Verstimmung war so groß, daß sogar Ulrichs eigene Räte ihm Vorhalt machten und die Selbstverwaltung der Landschaft in Aussicht stellten, wobei er nur dem Namen nach Herzog bliebe. Dringend sprachen sie ihm zu, sich dem schwäbischen Bunde anzuschließen, an dem er am leichtesten einen Halt finden könnte. Auf Ulrich machte dieses Vorgehen kaum einen andern Eindruck als den, daß seine Räte die Zeit für gekommen hielten, ihn unter eine Art von Regimentsrat zu stellen und ihm das Schicksal eines Eberhard II. zu bereiten.

In dieser Furcht betrieb er daher die Zustimmung des Kaisers zu dem Vertrag, die denn auch am 10. Januar 1515 erfolgte; er erließ im April eine Landesordnung, welche zahlreiche Mißbräuche abschaffte, und übergab am 23. desselben Monats allen Städten mit ihren Ämtern eine Urkunde, welche die Bestätigung des Tübinger Vertrags durch ihn und den Kaiser enthielt und zugleich den Städten Stuttgart und Tübingen das Recht einräumte, die Einberufung eines Landtags bei ihm zu beantragen. Der Eindruck hievon war ein starker und alles schien sich zu Gunsten des Herzogs gewendet zu haben; da brach der Zorn, der in ihm kochte, nach einer anderen Richtung aus und änderte seine ganze Stellung.

Digitized by Google

Zu den Vertrauteſten Ulrichs gehörte Hans von Hutten. Der heitere, wohlgeſtaltete Ritter war als Stallmeiſter in des Herzogs Dienſte getreten und hatte ſich mit des einflußreichen Erbmarſchalls Tochter vermählt. Von Jugend auf hatte Ulrich dieſelbe gekannt und bewundert; nach ihrer Verheiratung mit Hutten übertrug er die Freundſchaft, die ihn mit dieſem verband, auf deſſen ſchöne Gemahlin. Aber von der Leidenſchaft hingeriſſen, ging er ſo weit, den Freund kniefällig zu bitten, daß er ſeine eheliche Hausfrau liebhaben dürfe. Er ſelbſt war mit ſeiner Gemahlin Sabine gründlich zerfallen: ihre Heftigkeit, die noch ſpäter dahin führte, daß ſie ihr Bruder längere Zeit einſteckte, ſtieß auf die ſeinige. Hans von Hutten war unvorſichtig genug, von Ulrichs Benehmen in weiteren Kreiſen zu erzählen, ſo daß Ulrich ſich ſchwer gekränkt fühlte. Merkwürdigerweiſe blieb Hutten am Hofe, ſei es, daß ihn der Herzog nicht ziehen ließ, ſei es, daß er ſelbſt in herausforderndem Leichtſinn ſeine bevorzugte Stellung nicht aufgeben wollte. Ja, er ritt mit Ulrich am 7. Mai 1515 zur Jagd in den Böblinger Wald. Hier veranlaßte der Herzog, daß ſie allein blieben, ſtellte den Freund heftig zur Rede und erſtach ihn. Jener war bei der That in voller Rüſtung, dieſer im Jagdanzug. Daß Ulrich gewappnet auszog, iſt aber nur ein Ausfluß der ſteten Furcht, die wir auch ſonſt an ihm kennen, es werde ihm nach dem Leben getrachtet. Ein vorbedachter Mord ſcheint ausgeſchloſſen; der Grimm, der in ihm durch den Aufſtand des gemeinen Mannes, durch die bedrohliche Haltung der Ehrbarkeit und der Räte erregt war, machte ſich gegen den Freund und Diener Luft, den er, der eigenen Schuld uneingedenk, des Verrats beſchuldigte. Die Witwe des Getöteten iſt nachher unangetaſtet bei ihrem Vater geblieben.

Die That Ulrichs erregte in den weiteſten Kreiſen Unwillen. Die Familie des Erſchlagenen rief nach Rache; eine Anzahl Ritter kündete ihm den Dienſt. Daß Ulrich ernſtlich geſtraft werden würde, war übrigens ausgeſchloſſen; es konnte ſich, wenn er ſich zu Recht erbot, höchſtens um die Höhe der Entſchädigung handeln. Der Kaiſer, dem das Urteil zuſtand, nahm die Sache ſo wenig ſchwer, daß er Ulrich gnädig empfing und zur Hochzeit ſeiner Enkel nach Wien beſchied. Ehe der Herzog das Land verließ, mußte er ſich jedoch entſchließen, einen allgemeinen Landtag auszuſchreiben. Derſelbe wurde in ſeiner Abweſenheit eröffnet (2. Juli) und bot wieder Gelegenheit, die heftigſten Klagen über Ulrich laut werden zu laſſen. Bayeriſche Geſandte, die damals die Sache Sabinens im Lande vertraten, hielten es nicht für unmöglich, daß der Herzog abgeſetzt werde.

Digitized by Google

Dieser suchte sich nach seiner Rückkehr möglichst zu rechtfertigen. Der Unterstützung des Kaisers sicher, glaubte er auch seine Stände beschwichtigen zu können. Da trat wieder ein unheilvoller Zwischenfall ein: seine Gemahlin floh aus dem Lande.

Die Herzogin Sabine hielt sich schon länger in Urach auf, wo sie auch ihren Sohn Christoph gebar, von ihrem Gatten getrennt; ihr Ohr hatte der mit Ulrich verfeindete Erbtruchseß Dietrich Spät. Um dem Kaiser, der zu ehelicher Eintracht mahnte, zu gefallen, wohl auch um die Forderung der Vereinfachung in der Hofhaltung zu befriedigen, berief Ulrich die Gemahlin wieder zu sich. Diese konnte sich nicht entschließen, ihr Loos an das des liebloſen Gatten zu knüpfen, und führte auf dem Weg nach Stuttgart die längst geplante Flucht aus (24. November). Dietrich Spät half ihr im Einverständnis mit den Herzogen von Bayern; von der vorderösterreichischen Grenze an gaben ihr auf Befehl des Kaisers, der übrigens die Mitwissenschaft am Plane selbst bestritt, Reiter des Markgrafen von Brandenburg das Geleite. In diesem Punkte wollte Ulrich von keinem Ausgleiche wissen. Er erklärte, wenn er solche Schmach ungerochen so liederlich fallen ließe, würde es ihm ewige Schande sein. Im Lande selbst regte sich das Mitgefühl mit dem Herzog. Leider führte ihn sein Mißtrauen wieder dahin, sich von treuen Dienern verraten zu sehen: der hochverdiente Tübinger Vogt Conrad Breuning bekam seine Ungnade zu spüren, wodurch die Ehrbarkeit tief verletzt wurde.

Am 13. Dezember trat endlich der Herzog vor den Landtag. Während er seine Klagen wegen Entweichung der Gemahlin vorbrachte und mit Beziehung auf die Huttensche Sache versprach, von sich aus keinen Krieg anzufangen, verlangte die Landschaft Abstellung unnötigen Aufwands, Schutz gegen Wildschaden und Eintritt in den schwäbischen Bund. Zum Schluß sagte der Herzog die Abstellung verschiedener Beschwerden zu und der Landtag leistete ihm finanzielle Hilfe. Inzwischen machten die Huttenschen mit den Brüdern der Herzogin Sabine gemeinsame Sache, sie wiesen jede Geldentschädigung ab und verlangten Ulrichs Kopf oder doch seine Absetzung. Dem Kaiser war diese Entwicklung um so unangenehmer, als er den gütlichen Austrag zum Vorteil seiner eigenen Politik dringend herbeiwünschte. Um Ulrich zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, hielt er sich an einen nebensächlichen Punkt. Zwei herzogliche Beamte sollten Sabinen Übles nachgesagt haben; ihre Auslieferung stellte er in den Vordergrund. Das mußte Ulrich fast als Hohn erscheinen; er verweigerte sie. Der Kaiser lud ihn endlich wegen beider Streitigkeiten vor sein Gericht. Gleich-

Digitized by Google

zeitig rüsteten die Parteien mit Macht. Als Plänkler erschienen geharnischte Streitschriften, die ganz Deutschland erregten; Ulrichs von Hutten scharfe Feder stempelte Ulrich zum Tyrannen und Todfeind des Adels. Der Herzog wurde bedenklich. Mit seiner Einwilligung schlug die Landschaft dem Kaiser vor, einen Regimentsrat ihm beizusetzen, seiner Gemahlin ein jährliches Einkommen zu bestimmen und die Huttenschen Händel friedlich auszumachen. Doch als Äußerstes verlangte jetzt der Kaiser den Verzicht auf die Regierung für sechs Jahre mit Meidung des Landes. Das hieß für Ulrich seine Natur verkehren. Er greift zum letzten Mittel und wendet sich an das gemeine Volk; er fragt es, während seine Unterhändler dringend zur Nachgiebigkeit raten, durch die Amtleute, ob er solche Bedingungen annehmen könne. Es hat auf den ersten Blick etwas Rührendes, den Selbstherrscher, der sich auch vor dem Kaiser nicht beugen will, vor seine Bauern treten zu sehen und ihnen die Entscheidung über die Beschränkung seiner Herrschaft vorzulegen; aber im Grunde ist auch dieser Schritt ein Ausfluß der entschlossensten Hartnäckigkeit. Denn daß seine Unterthanen der größten Zahl nach ein Regiment der verhaßten Herren von der Ehrbarkeit verabscheuten, wußte er zum voraus; dagegen konnte er hoffen, mit dem überraschenden Trumpf der Volksabstimmung nicht nur im Lande Anhang zu gewinnen, sondern auch auf die Gegner Eindruck zu machen. Der Kaiser sprach am 11. Oktober 1516 des Reiches Acht und Aberacht über den ungehorsamen Ulrich aus. Auch sie konnte denselben nicht schrecken; es war vorauszusehen, daß die Ausführung nicht den erbitterten Huttenschen überlassen werden würde. Ohne Rücksicht auf die Reichsacht knüpfte der Herzog neue Unterhandlungen an, und während schon alles in Waffen stand, kam wirklich durch den Einfluß des Kardinals Lang am 19. Oktober der Blaubeurer Vertrag zu stande, nach dem sechs Jahre lang ein von Kaiser und Ulrich eingesetzter Regimentsrat in des Herzogs Namen regieren sollte. Auch die Finanzen des Landes sollten von diesem Rate verwaltet, dem Herzog eine Art Wartegehalt ausgesetzt werden. Wegen Sabinens hatten die von ihr beschuldigten Beamten eine Ehrenerklärung abzugeben, wegen der Tötung Huttens hatte die Landschaft durch Vermittlung des Kaisers eine Sühne von 27 000 Gulden zu leisten.[1]) Zehn Tage nach Verhängung der Acht über Ulrich wurde sie aufgehoben.

Das war freilich nicht die Art, um Ulrichs Selbstgefühl zu demütigen.

---

[1]) Die Bezahlung erfolgte sehr langsam. Erst 1553 wurde das letzte Ziel abgetragen.

Digitized by Google

Zwar war die Strafe, die jetzt über ihn ausgesprochen war, nicht gering; aber ihre Spitze hatte er durch seinen Widerstand abgebrochen, sie war in die Form eines Vertrags gefaßt worden, dessen Ausführung lange Wege haben mochte. Ulrichs Leidenschaftlichkeit war eher gesteigert. Schon auf dem Rückweg von Blaubeuren kam sie zu neuem Ausbruch. Seine Leute hatten, wie es scheint, im Vorbeiziehen die Besatzung der helfensteinischen Feste Hiltenburg geneckt. Diese rächte sich durch Abfeuern eines scharfen Schusses über das württembergische Lager hin. Sofort wurde die Burg beschossen und besetzt, bald darauf, weil der Besitzer das Öffnungsrecht nicht zugestehen wollte, zerstört. Das bedungene Regiment setzte der Herzog selbst ein; natürlich wählte er nur ihm ergebene Männer, so daß dessen Zweck vereitelt war. Und nicht genug damit, wütete er gegen alle, die er im Verdacht hatte, ihre für ihn vermittelnden Bestrebungen seien auf seine Absetzung gerichtet gewesen. Das Gespenst seines Vorgängers forderte blutige Opfer. Sein unheilvoller Kanzler Volland strengte, auf die Begriffe des landfremden römischen Rechtes vom Majestätsverbrechen gestützt, Hochverratsprozesse gegen bedeutende Glieder der Ehrbarkeit an; der Regimentsrat mußte dazu dienen, einen Conrad und Sebastian Breuning und andere trefflich bewährte Männer auf das Schaffot zu liefern. So gefürchtet wagte er auch mit der Erklärung, er habe vorher die Größe von Spätz Verschuldung nicht gekannt, gegen den Blaubeurer Vertrag dessen Güter zu verwüsten. Die Warnungen des Kaisers beantwortete er mit verschleppenden Rechtserbietungen und Schriften und kränkte ihn darin durch den Vorwurf der Abhängigkeit von fremden Einflüssen, so daß er sich zu thatkräftigem Handeln anschickte. Freilich ließ der Kaiser, als er nicht sogleich Beistand fand, da das auch von Ulrich aufgestachelte fürstliche Interesse sich gegen ihn richtete und die sozialen Unruhen zur Vorsicht mahnten, die Sache fallen. Erst als Ulrich im Juli 1518 wieder nicht auf dem Reichstage in Augsburg erschien, wo zahlreiche Klagen seiner harrten, wurde über den Ungehorsamen aufs neue die Acht verhängt. Die Landschaft erhielt den Befehl, den Herzog von seinem unmenschlichen und tyrannischen Wesen abzubringen. Aber hier war die Kraft des Widerstandes völlig gebrochen und die Reichsfürsten waren weniger als je gesonnen, einen der Ihren die Macht des Kaisers fühlen zu lassen. Während der noch einmal aufgenommenen Ausgleichsversuche starb Maximilian (12. Januar 1519) und ließ diesen Streit, wie so viele andere, ungeschlichtet zurück.

Eben befand sich der Herzog bei der Leichenfeier, als die Nachricht

Digitized by Google

kam, sein Burgvogt auf Achalm sei von Reutlingern erschlagen worden. Die Stadt erbot sich zu rechtlichem Austrag, wie dies der Schirmvertrag mit Württemberg vorschrieb; Ulrich wollte nichts davon wissen. Nachdem die drohende Huttensche Sache im Sande verlaufen zu sein schien, schreckte er vor nichts mehr zurück. Die stolzen Reichsstädte innerhalb seines Gebiets waren ihm längst ein Dorn im Auge. Jetzt, da der Kaiser tot war und Ulrichs Freund, König Franz von Frankreich, Aussicht auf die Nachfolge hatte, war eine günstige Gelegenheit, Reutlingen dem Lande einzuverleiben. Die Reichsstadt wurde belagert und mußte ihm huldigen. Doch die gemeinsame Gefahr brachte die Gegner auf die Beine. Die Abmahnungen des Reichsverwesers für Schwaben, des Ulrich günstig gesinnten Kurfürsten Ludwig von der Pfalz, wurden mißachtet. Durch die jetzt veröffentlichten Schriften Ulrichs von Hutten wurde selbst in Gegenden, die kaum etwas von Württemberg wußten, Ulrichs Name verfehmt. Im Anfang stand ein ansehnliches Heer für den Herzog im Felde; aber als die Schweizer auf östreichische Verwendung hin ihre Leute heimgerufen hatten, wagte er keine Schlacht mehr. Unaufhaltsam drang der schwäbische Bund [1]) durch die Herrschaft Heidenheim in das Fils- und das Neckarthal. Am 7. April 1519 wurde Stuttgart unterworfen; der Bayer Christoph von Schwarzenberg übernahm die Statthalterschaft. Die festen Plätze fielen rasch hintereinander. Das stattliche Hohentübingen, in dem sich Ulrichs Kinder Anna und Christoph befanden, wurde in seiner Abwesenheit übergeben, bei einem Ausfall aus Möckmühl der tapfere Götz von Berlichingen gefangen; im Mai war der ganze Feldzug zu Ende. Ulrich war aus Tübingen geflohen, um auswärts Hilfe zu suchen; über seine Kinder übernahmen die Fürsten von Östreich und Bayern die Vormundschaft. Sie schienen berufen, nach Befriedigung der Forderungen des Bundes eine Regierung im Namen des jungen Christoph einzusetzen, wenn auch manche Bundesglieder gewünscht hätten, das Land zu teilen. Das Wiedererscheinen Ulrichs gab Veranlassung, die Beute noch fester zu fassen.

Die Hilfe, die dieser gefunden, war unbedeutend. Gerade der Umstand, daß gegen ihn eine so beträchtliche Streitmacht von Anhängern Östreichs im Felde stand, führte mit zur Wahl Karls V., des Mitbewerbers von König Franz um die deutsche Krone. So sah sich Ulrich in seiner

---

1) Seine Reisigen waren mit Spießen, zu kleinem Teile mit Armbrusten, seine Fußtruppen mit langen Spießen, auch einzelnen Helebarden bewaffnet; dazu kamen gute Büchsenschützen.

Digitized by Google

vorzüglichsten Hoffnung betrogen. Nur eine Anzahl vom schwäbischen Bund verabschiedeter Landsknechte ließ sich anwerben. Doch durfte er hoffen, das Landvolk, das ihn in seiner Anhänglichkeit als Leidensgenossen gegenüber der Ehrbarkeit ansah, werde ihm zufallen. Diese Erwartung täuschte ihn nicht. Am 12. August 1519 fiel er von der Pfalz her mit einer kleinen Schar im Lande ein, am 15. ergab sich ihm Stuttgart. Der geplante Überfall von Urach mißlang infolge der Thatkraft von Dietrich Späts Schreiber, der, während sein Herr sich aus dem Staube machte, von Ulm aus das Donauthal herauf die Trommel rühren ließ und über die Alb herüber mitnahm, was einem Kriegsmanne gleichsah. Das flache Land huldigte dem Herzog; aber die meisten Städte und Festen blieben in der Gewalt der Bündischen. Trotzdem fühlte sich Ulrich so sehr als Herr, daß er den Tübinger Vertrag zerriß. In unbegreiflicher Verblendung betrachtete er sich als Eroberer des Landes, der an den Vertrag nicht mehr gebunden sei. Hatte einst die Ehrbarkeit diesen unter Mißachtung des gemeinen Mannes durchgesetzt, so hob ihn jetzt der Herzog an der Spitze des gemeinen Mannes wieder auf und eröffnete so mitten im Kriege mit der Reichsgewalt den Kampf gegen die landständische Verfassung. Freilich konnte er es mit der Ehrbarkeit kaum noch mehr verderben, als vorher — der Adel hatte sich so wie so schon der Landesherrschaft entfremdet —, und das Landvolk hatte von den Segnungen des Vertrags wenig verspürt. Aber auf die Dauer konnte er sich ohne Unterstützung der Ehrbarkeit unmöglich halten; und gerade jetzt, wo er diese am notwendigsten brauchte, brach er alle Brücken zwischen sich und ihr ab. Bald genug zeigte sich seine Hilflosigkeit. Während des aussichtslosen Unternehmens, sich der Reichsstadt Eßlingen zu bemächtigen, mußte Ulrich vor dem heranrückenden Bundesheere sich zurückziehen. Er versuchte noch zwischen Hedelfingen und Obertürkheim das Neckarthal zu versperren; aber die Besetzung der Höhe zwischen Hedelfingen und Wangen durch feindliche Geschütze machte seine Stellung unhaltbar. Er ließ alle Hoffnung fallen und floh am 15. Oktober; sein Landvolk lief auseinander. Am Abend desselben Tages wurde sein Stammschloß verbrannt, als ob sein Name im Lande verschwinden sollte.

Ulrichs Anhänger wurden hart bestraft, bedeutende Schatzungen wurden dem Lande aufgelegt. Eine meist aus Fremden gebildete Regierungsbehörde, der Regimentsrat, unter der Statthalterschaft des Truchsessen Wilhelm von Waldburg wurde eingesetzt. Aber auf die Dauer konnten die schwäbischen Bundesstände das Land nicht in gemeinsamem Besitze be-

Digitized by Google

halten. Denn dessen Zustand erlaubte kaum, sich die Kriegskosten von ihm bezahlen zu lassen. Eine vormundschaftliche Regierung für Herzog Christoph konnte ebenso wenig für diese Kosten aufkommen und bot zudem keine Gewähr gegen eine Wiederkehr des Vaters Ulrich. So kam denn das Bedürfnis des Bundes, für das Land einen mächtigen und zahlungsfähigen Käufer zu finden, dem Bestreben Östreichs, seine schwäbischen Vorlande abzurunden, sehr passend entgegen. Noch im November 1519 sprach der Bundestag zu Augsburg das eroberte Württemberg Karl V. als Erzherzog von Östreich zu, während es nach dem Reichsrechte nur nach Aussterben des Mannsstammes an das Reich fallen sollte. Am 6. Februar 1520 wurde endgiltig vereinbart, daß Karl den übrigen Bundesmitgliedern 220 000 Gulden für ihre Kosten bezahlen und den jungen Christoph am Hofe zu Innsbruck erziehen lassen sollte; die Schwester Anna wurde ihrer Mutter übergeben. Damit hatte der Bund die Hoffnung, sein Geld zu bekommen; aber die Verpflichtung, Württemberg gegen Angriffe verteidigen zu müssen, wurde er nicht los; denn der Kaiser erklärte, von dem ganzen Handel nichts wissen zu wollen, wenn nicht auch Württemberg in den schwäbischen Bund aufgenommen werde. Daß Angriffe nicht ausbleiben würden, war vorauszusehen. Karl V. sicherte sich den Beistand des Bundes, erhöhte aber damit die Unlust mancher Stände, sich an demselben zu beteiligen; und so hat die stete Furcht vor dem vertriebenen Herzog Ulrich mit dazu beigetragen, daß der schwäbische Bund seiner Auflösung entgegenging und sich allmählich dem vergewaltigenden Einflusse Östreichs entzog.

Digitized by Google

III. Abschnitt.

Die östreichische Zwischenregierung.

1519—1534.

Herzog Ulrich hatte sich nach der Schweiz geflüchtet. Solothurn und Luzern nahmen ihn in ihr Bürgerrecht auf; die Eidgenossenschaft verwendete sich für ihn. Während Karl V. im Begriff war, Württemberg dem schwäbischen Bunde abzukaufen, verhandelte er mit Ulrich, ließ später einen Waffenstillstand mit ihm abschließen und ihm Geld zustellen, damit er persönlich zu einem Austrag am kaiserlichen Hoflager erscheinen könnte. Ulrich versprach sich nichts davon und kündete den Stillstand auf. Für die Absicht des Kaisers, Württemberg seinem Hause zu erhalten, wirkte die jetzt herrschende Partei im Lande, die sich auch alle Mühe gab, die Schweizer von Ulrich abzubringen. Der Kaiser drohte mit der Acht, wenn derselbe sein vermeintliches Recht nicht auf friedlichem Wege suche; dieser erklärte, solange er abgesetzt sei, sich auf kein gerichtliches Verfahren einzulassen. Am 5. Juni 1521 wurde wieder die Acht über ihn ausgesprochen, nachdem er, von der Mehrzahl der Eidgenossen aufgegeben, kurz zuvor einen Vertrag mit dem ihn insgeheim unterstützenden Könige Franz von Frankreich geschlossen hatte.

Die neue Regierung in Württemberg bemühte sich, das Land zu beruhigen. Sie rief den Tübinger Vertrag wieder ins Leben und gewährte dazu noch weitere Erleichterungen, sie setzte landständische Ausschüsse ein, welche die Aufsicht über die Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums führten. Aber wegen der hohen Kosten der Regierung und der Schulden hatten die Unterthanen schwere Lasten zu tragen, obgleich Landesteile, wie die Herrschaft Heidenheim, veräußert wurden. Auch als Erzherzog Ferdinand, dem sein Bruder Karl das Land überließ (7. Februar 1522),

Digitized by Google

persönlich sich hier einfand, wurde er zwar in Stuttgart gar festlich empfangen, vermochte aber während seines mehrmaligen kürzeren Aufenthalts nicht die Erinnerung an den angestammten Herzog zu verwischen.

Ulrich gelang es im Mai 1521 die Feste Hohentwiel zu gewinnen, eine treffliche Warte gegen Württemberg, einen günstigen Stützpunkt für seine Unternehmungen. Die Furcht seiner Feinde, daß er einmal mit Macht daraus hervorbrechen werde, steigerte er durch falsche Gerüchte. Hier und noch mehr in dem ihm gebliebenen Mömpelgard [1]) weilte er und suchte auf zahlreichen Rundreisen in der Schweiz Geld und bewaffnete Hilfe zu bekommen. Luzern schrieb einmal, täglich gehe er klagend und Gerechtigkeit anrufend durch ihre Straßen. Seine Mittel waren karg. Ich bin ein armer vertriebener Fürst, sagte er; wer mir dienen will, muß auf Hoffnung dienen.

In Mömpelgard stellten sich nach dem Falle des Franz von Sickingen (7. Mai 1523) zahlreiche ritterliche Anhänger desselben ein, um Ulrich ihre Dienste anzubieten. Er war nicht in der Lage, sie zu benützen; aber einer von ihnen, Hartmut von Kronberg, übte allem Anscheine nach einen Einfluß auf ihn aus, der für seine Zukunft entscheidend war: er gewann ihn für die Sache der Reformation. Kronberg stand in Briefwechsel mit Luther, er war von großem Bekehrungseifer beseelt, dabei eine gelassene, vermittelnde Natur, welcher Bedenken gegen die Form von Glaubenssätzen nicht viel zu schaffen machten; er mochte in Ulrich einen aufmerksamen Zuhörer finden, da dem mit Kaiser und Fürsten, mit seinen Nachbarn, den Führern des eigenen Volkes und der Gemahlin zerfallenen, in der Verbannung lebenden Herzoge im Protestantismus eine Macht zu erstehen schien, die mit dem Alten brach und Neues schuf, die auch ihm die Hoffnung auf eine Wendung seines Geschickes belebte. Man mag über den Grad der inneren Umwandlung Ulrichs der verschiedensten Ansicht sein; darüber ist kein Zweifel möglich, daß sein Entschluß, zur Kirche der Reformation überzutreten, durch die Aussicht mitbestimmt worden ist, die sich so kühn und kräftig regende Bewegung auch für seine politischen Zwecke auszunützen. Neben Kronberg war es vor allen Ökolampad aus Weinsberg, einst mit jenem auf der Ebernburg bei Sickingen, jetzt Prediger in Basel, der auf Herzog Ulrich einwirkte. Schon im Januar 1524 ließ dieser einen Abdruck seiner an den Nürnberger Reichstag gerichteten Zuschrift Luther als einem wahrhaftigen Lehrer des Evangeliums zustellen;

[1]) Die elsäßischen Herrschaften waren mit Württemberg verloren gegangen; später wurden sie Ulrichs Bruder Georg überlassen.

Digitized by Google

er begünstigte in demselben Jahre den von den Bürgern nach Mömpelgard berufenen Farel und nahm den aus Württemberg vertriebenen Johann Gayling als Hofprediger an.

Ulrichs Haltung hatte für ihn zur Folge, daß er sich in der Schweiz neue Freunde erwarb, daß die schwäbischen Reichsstädte, in welchen die Reformation bedeutende Fortschritte machte, ihm Östreich gegenüber gute Seiten abgewannen, daß aus Württemberg selbst die flüchtigen Evangelischen sich an ihn wandten. Hier wurden namentlich durch herumziehende Kaufleute lutherische Schriften heimlich verbreitet; in den Herbergen und auf den Straßen redete man von dem neuen Glauben; der gemeine Mann war überzeugt, daß Luther nur das heilige Evangelium schreibe. Männer wie Johann Mantel in Stuttgart, die Prediger Brenz, Alber, Sam, Stiefel in den benachbarten Reichsstädten fanden großen Zulauf. Der württembergische Statthalter klagte, seit 300 Jahren sei kein solcher Ungehorsam unter den Unterthanen gewesen und dieser entspringe allein aus der lutherischen Sekte.

Vergebens verbot Erzherzog Ferdinand ungläubige Predigten und Bücher, vergebens befahl er den mit den Herzogen von Bayern und zahlreichen Bischöfen vereinbarten Regensburger Vertrag (vom 6. Juli 1524) zur Unterdrückung der Reformation im Lande durchzuführen; mit friedlichen Mitteln oder einzelnen Strafen war nichts mehr zu erreichen. Erst als die Sieger über die aufständischen Bauern das Land mit eisernem Besen fegten, wurde es wieder etwas vom Luthertum gereinigt.

Die Ursachen für die Neigung zur Reformation waren in Württemberg zunächst die allgemeinen. Die bedenkliche Lockerung der Zucht in den Klöstern, die schmählichen Ausschweifungen der Weltpriester, wie sie Bischof Hugo von Constanz rügen mußte, hatten den Einfluß der Geistlichkeit im Volke untergraben, die naheliegende Übertragung der Freiheit eines Christenmenschen auf das staatliche und soziale Gebiet hatte lockende Aussichten eröffnet, die ungewohnte Predigt des reinen Evangeliums hatte die Gemüter gepackt. Dazu kam noch die lebhafte Empfindung von der Fremdherrschaft, das Mitgefühl mit dem gleichfalls bedrückten alten Landesherrn, dessen Übertritt zum Protestantismus bei der Menge viele Freude und Hoffnung erweckte.

Die Regierung in Württemberg bot alles auf, um die Äußerungen der Anhänglichkeit an Ulrich zu unterdrücken. Jeder, der auch nur günstig von ihm spreche, solle getötet werden; seine Anhänger wurden heimlich prozessiert, damit ja nichts von ihm an die Öffentlichkeit dringe. Rührende

Digitized by Google

Züge der Treue gegen den Herzog sind überliefert, welche beweisen, daß seine Persönlichkeit bei allen Herbheiten doch auch für viele Gewinnendes und Bezauberndes hatte. Von ihm denken und träumen wollten wenigstens seine Anhänger, wenn sie nicht von ihm reden durften. Steine sollten vom Himmel gefallen sein, welche seinen Namen trugen — noch heute wird in Stuttgart ein solcher aufbewahrt. Selbst Tiere wurden gelehrt, auf das Wort Ulrich zu merken. Im Eise sollte sich von selbst das württembergische Wappen gebildet haben, und jener alte Soldat zu Tübingen ließ es sich nicht nehmen, seines Herzogs Rock mit der Aufschrift auf dem Ärmel „mit Freuden hindurch" bis zu seiner Rückkehr beizubehalten. Ja, in dieser Zeit der Vertreibung Ulrichs ist der Ruf aufgekommen: „Hie gut Württemberg allewege."

Ulrich war durch Flüchtlinge und Kundschafter von der Stimmung des Landes auf das Beste unterrichtet. Er verstärkte die Befestigungen des Hohentwiels, warb insgeheim Söldner in der Schweiz, wußte in Böhmen drohende Zettelungen gegen Östreich anzustiften, schürte die Unzufriedenheit unter den Bauern und verschaffte sich durch Verkauf einer linksrheinischen Herrschaft Geld. Die Zeitumstände lagen für ihn äußerst günstig. Die Waffen Östreichs waren gegen König Franz von Frankreich in Anspruch genommen und durch diesen in die Lombardei zurückgedrängt worden. Zudem gärte es schon längere Zeit unter dem Landvolk. Beschwerden über Vermehrung der Lasten oder Mißbrauch herrschaftlicher Rechte vereinigten sich mit dem Verlangen nach freier Jagd und Fischerei und führten zu dem Rufe nach allgemeiner Freiheit und Gleichheit. Es ist zuerst das Aufbäumen des geknechteten und ausgesogenen Bauern gegen die Hand, die ihn drückt; bald kommt dazu die mißverstandene Lehre vom Evangelium, welche dem Haufen ein packendes Schlagwort und eine geistige Triebkraft bietet; daneben erscheinen immer mehr Ausartungen, die sich in Raub, Brand und Mord äußern[1]). Erzherzog Ferdinand bestellte wegen des Bauernaufruhrs im südlichen Schwarzwald und Hegau den Truchsessen Georg von Waldburg zum Feldhauptmann (Oktober 1524) und dieser wäre trotz seiner geringen Mannschaft mit den ungeübten und zerstreuten Bauern bald fertig geworden, wenn nicht gleichzeitig der Einfall Herzog Ulrichs gedroht hätte.

1) Außer den Burgen hatten namentlich die Klöster zu leiden; zu Bebenhausen tranken die Bauern in vier Tagen 162 Eimer Wein aus und ließen dazu eine Menge auslaufen.

Digitized by Google

Ulrich benützte wie die religiöse so auch die revolutionäre Bewegung. Ihm galt es gleich, ob er „durch Stiefel oder Schuh“ sein Land wieder gewänne, und bezeichnete sich selbst als Bauer Utz. Dazu kam, daß König Franz von Frankreich vom Lager vor Pavia aus ihn dringend aufforderte, loszuschlagen und dadurch ihm Luft zu machen. Ulrich hätte noch gerne abgewartet, bis er mehr Reisige hätte anwerben können; er schickte daher den vielgewandten Ritter Hans von Fuchsstein zum König. Aber dieser ließ nicht ab zu drängen, und so schlug der Herzog los, ohne genügend gerüstet zu sein. Am 16. Februar 1525 erging ein Ausschreiben an die Stände des Reichs, worin er über Rechtsverweigerung klagte und darüber, daß sein Volk in fremder Hand gehalten, unchristlich und tyrannisch regiert und, was ihm am höchsten anliege, von dem einigen Trost unserer Gewissen, dem heiligen Gotteswort, gedrungen werde. Am 24. zog Ulrich mit etwa 7000 Mann, meistens Schweizern, vom Sammelplatz am Hohentwiel aus, überschritt bei Möhringen die Donau und besetzte Spaichingen. Am 1. März öffnete ihm nach kurzer Beschießung Balingen die Thore. Aber das erwartete französische Geld blieb aus; der einflußreiche Hauptmann Setzstab erhielt noch 400 Kronen [1]) zur Verteilung unter die Schweizer, womit diese so wenig zufrieden waren, daß die Hälfte trotz Bitten und Flehen Ulrichs davonlief. Die mitgenommenen Bauern verschwanden gleichfalls. Den Rest seines Heeres führte der Herzog am 4. März gegen Herrenberg, immer zur Seite begleitet von Truchseß Georg, der zu schwach war, um sich mit ihm zu messen, der aber bei Rottenburg bedeutende Verstärkungen an sich zog. Herzog Ulrich glückte es noch, ihm mit der Besetzung Herrenbergs zuvorzukommen, da die Unzuverlässigkeit des württembergischen Fußvolks im Heere des Truchsessen diesen an der Entfaltung seiner Kräfte hinderte. Statt nun rasch nach Stuttgart zu rücken und sich die dortigen Hilfsmittel zu sichern, rastete Ulrich mehrere Tage zu Sindelfingen und gab so den Gegnern Gelegenheit von den Fildern her eine starke Besatzung in die Hauptstadt zu werfen. Als jener am 9. vor Stuttgart eintraf, gelang es ihm zwar, in die beiden Vorstädte einzudringen, nicht aber die Mauern der inneren Stadt zu gewinnen. Eine ernstliche Beschießung war ihm nicht möglich, da sein schweres Geschütz noch nicht zur Stelle war; trotzdem konnte er bei der für ihn günstigen Stimmung in Stuttgart selbst und bei dem großen Zulaufe aus dem Land auf baldige Eroberung der Stadt rechnen; da traf ihn wieder ein Schlag, der seinen kecken Mut zu Schanden machte

[1]) 1 Krone etwa 2 ℳ. 70 ₰.

Digitized by Google

An demſelben Tage, da Ulrich im Vertrauen auf den baldigen Sieg des Königs Franz über den gemeinſamen Gegner in das Feld zog, wurde Franz bei Pavia völlig geſchlagen und gefangen, ſo daß die Anhänger Öſtreichs wieder rühmen konnten, Gott ſei noch wie alleweg der Fürſten von Öſtreich Vetter. Die Eidgenoſſen, die, namentlich unter dem Einfluſſe Zwinglis, vorher ſchon ihren Angehörigen verboten hatten, ſich von Fremden anwerben zu laſſen, ſahen ſich jetzt mit Rückſicht auf Öſtreich genötigt, mit dem Verbote Ernſt zu machen und erließen an die Schweizer in Württemberg den ſtrengſten Befehl zur Heimkehr. Am 12. März gelangte derſelbe zu dem vor Stuttgart liegenden Heere. Sofort traten die Schweizer zuſammen und beſchloſſen auf Zuſpruch des Hauptmanns Setzſtab, den Herzog im Stich zu laſſen. In der Frühe des 13. März mußte Herzog Ulrich, wollte er nicht faſt allein vor Stuttgart bleiben, die Flucht ergreifen. Er folgte den davoneilenden Schweizern. In Rottweil gab er noch jedem zwei Batzen, ſchickte ſeine Getreuen nach Mömpelgard und ließ ſich ſelbſt mit wenigen Begleitern durch einen Knecht nach Hohentwiel führen.

Somit war dieſer Verſuch der Wiedereroberung des Landes völlig mißlungen. Ulrich ließ ſich nicht niederſchlagen und machte ſofort einen zweiten. Der Bauernaufruhr hatte einen gewaltigen Umfang angenommen. Wäre es Ulrich geglückt, ſich zur rechten Zeit an die Spitze desſelben zu ſtellen, ſo hätte er eine großartige Macht zur Verfügung gehabt. Da er aber ſeine hauptſächliche Hoffnung auf die kriegserfahrenen Schweizer ſetzte, unterließ er es, mit den Bauern ſich in ein förmliches Bündnis einzulaſſen, bis es zu ſpät war. Denn durch ſeine Niederlage wurden die Kräfte des ſchwäbiſchen Bundes gegen die Bauern frei; der Truchſeß Georg, der berühmte Bauernjörg, ſuchte die einzelnen Haufen derſelben auf und zerrieb ſie in blutigen Kämpfen. Am 4. April wurde ein ſolcher Haufen bei Leipheim geſchlagen, zehn Tage ſpäter der Baltringer bei Wurzach auseinandergetrieben, bald darauf derjenige vom Allgäu und Bodenſee aufgelöſt, und ſchon wandte ſich Georg gegen die Hegauer und Klettgauer, mit denen ſich Herzog Ulrich in Verbindung geſetzt. Da inzwiſchen im Norden Württembergs der Graf von Helfenſtein mit mehreren Edlen zu Weinsberg von den Bauern durch die Spieße gejagt und die Reichsſtadt Heilbronn eingenommen worden war, erhielt der Truchſeß vom Bunde den gemeſſenen Befehl, ſich dorthin zu wenden. Damit bekam Ulrich wieder Luft; er ſchloß mit den Bauern am 21. April einen Vertrag, wonach dieſe ihm mit all ihrem Vermögen zu Land und Leuten verhelfen ſollten, erließ an die Württemberger Bauern einen Aufruf und

Digitized by Google

erschien in den ersten Tagen des Mai mit wenigen Reisigen in Rottweil Aber der Aufstand hatte schon eine Wendung genommen, die seinen Absichten nicht entsprach. Ein großer Teil der Bauern wollte überhaupt von keinem Herrn mehr etwas wissen, ein anderer widersetzte sich jedem Versuch einer politischen Umwälzung, um sich mit der bestehenden Regierung unter günstigen Bedingungen zu vertragen. Die letztere Richtung siegte namentlich bei den Bauern im Herzen Württembergs, die sich unter Matern Feuerbacher sammelten, während die Haufen vom unteren Neckar und Odenwald plündernd das Bistum Würzburg überschwemmten und dort niedergeworfen wurden. Vergebens schickte Ulrich den Hans von Fuchsstein zu den Bauern, die am 25. April sogar in Stuttgart eingezogen waren und gegen Herrenberg rückten; ihre Haltung nahm ihm den Mut, sich selbst zu ihnen zu begeben, und während er noch verhandeln ließ, kam der Bauernjörg auch über diesen Haufen. In der Zeit, da Ulrich sich in Rottweil befand, bezog Truchseß Georg wieder seine Stellung bei Rottenburg. Auch diesmal mußte er infolge Meuterei seiner Leute zusehen, wie Herrenberg in die Hände der Feinde fiel, aber nach wenigen Tagen nahm er es den Bauern wieder ab, erreichte ihr Hauptheer bei Böblingen und richtete hier am 12. Mai ein großes Blutbad unter ihnen an. Auf die Kunde hievon floh Herzog Ulrich nach dem Hohentwiel zurück. Seinem Ärger auf die Schweizer machte er dadurch Luft, daß er durch ihr Gebiet geleitete Kaufleute auf offener Straße niederwerfen ließ. Er schnitt damit das Tafeltuch zwischen sich und ihnen vollends entzwei. Auch mit den Bauern ließ er sich nicht mehr ein, obgleich ihn ein fränkischer Haufe noch um Hilfe bat; doch versuchte er, seine Sache in die Verhandlungen über die Beruhigung der Bauern einbeziehen zu lassen. Der Besieger der Bauern wurde Statthalter in Württemberg; die Schuldigen wurden schwer bestraft; der Henker des schwäbischen Bundes zog mit bewaffnetem Geleite landauf landab und brachte um, wer im Aufruhr eine Rolle gespielt hatte oder der Anhänglichkeit an Herzog Ulrich oder der Neigung zum Luthertum verdächtig war. Erzherzog Ferdinand stellte sich selbst im Lande ein, bestätigte zwar den Tübinger Vertrag, verlangte aber eine große Summe, welche namentlich die ungehorsamen Ortschaften aufbringen mußten. Um die Städte für sich zu gewinnen, begünstigte er die Verlegung der Badstuben, Metzgereien, Krämereien, Zielstätten aus den Dörfern.

Nach den vergeblichen Versuchen mit den Bauern und den Schweizern richtete Ulrich seine Hoffnung auf die Fürsten. Östreich selbst fürchtete

Digitized by Google

die stetigen Umtriebe des Herzogs; es bot ihm ein Jahrgeld von 20 000 Gulden und Einlösung des von ihm aus Vorsicht seinem Bruder, dem Grafen Georg, verpfändeten Mömpelgard; aber Ulrich bestand auf der Rückgabe des Herzogtums. Eifrig setzte er die Verhandlungen mit Frankreich fort, dessen König sich zwar im Madrider Frieden (14. Januar 1526) von ihm hatte lossagen müssen, aber trotzdem gegen Karl V. jederzeit zur Unterstützung geneigt war. Doch auch diese Hilfe hätte nicht leicht zum Ziele geführt. Neben den Geldmitteln war vor allem ein Mann nötig, der in der Lage war, die politischen Verhältnisse klar zu durchschauen und im rechten Zeitpunkte entschlossen alles zu wagen.

Einen solchen Mann und Freund fand Ulrich in dem Landgrafen Philipp von Hessen. Die beiden Fürstenhäuser standen sich nahe; Philipp empfand Mitleiden mit dem vertriebenen Herzog; er nahm den Geächteten am Ende des Jahres 1526 bei sich auf und stieß ihn trotz den Drohungen des Königs und des Reichsregiments nicht von sich. So wär' Gott zu erbarmen, schrieb er einmal, daß einer seinem nächsten Christenmenschen und Freund nicht solle sein Brot teilen; wäre doch wider Gott und sein Evangelium. Als deutschen Fürsten empörte ihn die Absetzung eines Mitfürsten, dem ohne rechtmäßigen Spruch sein Herzogtum der habsburgischen Hauspolitik zuliebe vorenthalten wurde; als Protestant sah er in der Zurückführung Ulrichs einen großen Vorteil für seine Sache. Hatte doch der Speierer Reichsabschied die Stellung zur Reformation vorläufig freigegeben und damit auch die Möglichkeit geboten, daß bei einem Siege Ulrichs Württemberg für den neuen Glauben zu gewinnen war. Durch einen solchen Zuwachs wurde die politische Festigung der Reformation gefördert, wie sie Philipp anstrebte.

Durch den Landgrafen trat Ulrich auch in Beziehung zu anderen Fürsten, die sich ihrerseits für ihn verwendeten, ohne den auf gewaltsame Wiedereinsetzung gerichteten Plänen Philipps beizutreten. Erst als die Scheidung zwischen Alt- und Neugläubigen durch die Speierer Protestation von 1529 verschärft worden war, als der nunmehrige Kaiser Karl V. auf dem denkwürdigen Augsburger Reichstage von 1530 allen Bitten zum Trotz seinen Bruder Ferdinand endgiltig mit Württemberg belehnt hatte, war ein Zündstoff angesammelt, dessen Entladung auch für die Sache Ulrichs von entscheidender Wirkung wurde. Zu gegenseitigem Schutze entstand der schmalkaldische Bund evangelischer Reichsstände; zur Bekämpfung der von Kaiser Karl gewünschten Wahl Ferdinands zum deutschen Könige schlossen sich alle Gegner Östreichs zusammen. Beiden Gruppen gehörte

Digitized by Google

Landgraf Philipp an; er faßte sofort den Gedanken, die Macht, welche durch ihr Zusammenstehen gegen die Königswahl gebildet wurde, zu Gunsten Ulrichs auszunützen. Die im Januar 1531 erfolgte Wahl Ferdinands trennte die Gegner nicht. Bayern vor allem und König Franz von Frankreich, die sich beide Hoffnung auf die Nachfolge Karls V. machten, suchten die Anerkennung des neuen Königs zu hintertreiben. Zwischen den Schmalkaldnern, den bayerischen Herzogen und den Königen von Frankreich und Dänemark kam ein förmliches Bündnis zu stande, bei dem zur Schwächung Ferdinands auch die Wiedereinsetzung Herzog Ulrichs ins Auge gefaßt wurde. Dieses Bündnis veranlaßte den Kaiser, im Nürnberger Religionsfrieden von 1532 den Schmalkaldnern gegenüber den damaligen Religionszustand anzuerkennen, allerdings nicht zur Freude des Landgrafen, dem damit die Aussicht, Württemberg der Reformation zu erobern, bedeutend eingeschränkt war.

Philipp gab sich alle Mühe, die Herzoge von Bayern mit Ulrich auszusöhnen und ihren Glauben an die lockende Aussicht der deutschen Krone zu stärken. Gleichzeitig verhandelte er mit Frankreich, dem die württembergische Frage eine willkommene Handhabe bot, einen neuen Krieg gegen die Habsburger anzufachen. Am liebsten freilich wäre ihm die freiwillige Nachgiebigkeit des Kaisers oder Ferdinands gewesen; diese war aber nicht mehr zu erwarten.

Die wichtigste Stütze, welche Östreich noch hatte, war der schwäbische Bund; seine Auflösung vollends herbeizuführen, war für Philipp eine notwendige Aufgabe. Denn so lange jener bestand hatte er die Verpflichtung, das an König Ferdinand überlassene Württemberg für diesen zu verteidigen. Aber gerade deshalb wurde die Neigung, den Bund aufrecht zu erhalten immer geringer, um so mehr als Ferdinand das Herzogtum, wie seine Erblande, den Verpflichtungen zu den allgemeinen Reichslasten zu entziehen wußte. Die Kurfürsten von Mainz, Trier und der Pfalz samt dem Bischof von Würzburg einigten sich mit Landgraf Philipp zu gemeinsamer Stellungnahme gegen den schwäbischen Bund. Im Februar 1534 fiel er auseinander.

Beschleunigt wurde dieser Ausgang durch das Auftreten des jungen Herzogs Christoph. Der Prinz war am östreichischen Hof erzogen worden, hatte aber vielfach über mangelnden Unterhalt zu klagen. Nach dem Augsburger Reichstage von 1530 begleitete er den Kaiser nach den Niederlanden, später zum Regensburger Reichstag und nach Wien, wo er, noch nicht achtzehnjährig, mit Erfolg gegen die Führung der Reichsfahne durch

Digitized by Google

den öſtreichiſchen Statthalter in Württemberg ſich verwahrte, da dieſe nur ſeinem Hauſe zuſtehe. Längſt ſchon gingen die Fürſten von Heſſen und Bayern mit dem Plane um, ihn der Gewalt des Kaiſers zu entziehen; er ſelbſt empfand drückend die Beſchränkung ſeiner Freiheit und fürchtete wohl zum Eintritt in den geiſtlichen Stand gezwungen zu werden; er floh daher aus dem Gefolge des nach Spanien reiſenden Kaiſers mit Hilfe ſeines treuen Lehrers Tiſſern und wandte ſich an ſeine Oheime in Bayern (Oktober 1532). Es geſchah ſicher mit ihrem Einverſtändniſſe, daß er ſchon am 27. November eine Vorſtellung an den ſchwäbiſchen Bund und die Regierung zu Stuttgart richtete, worin er ſeine Anſprüche zunächſt auf die ihm einſt vorbehaltenen Ämter Tübingen und Neuffen geltend machte. Einen entſcheidenden Schritt that Chriſtoph mit Gutheißen ſeines Vaters, mit dem er ſich in Verbindung geſetzt hatte, am 31. Juli 1533 durch ein gedrucktes Sendſchreiben an den Bund. Über Deutſchlands Grenzen hinaus erregte es Aufſehen, mit welcher Beſtimmtheit der junge Prinz das an ſeinem Vater und ihm begangene Unrecht aufdeckte, die Giltigkeit der über das Land getroffenen Abmachungen beſtritt und von Kaiſer, König und ſchwäbiſchem Bund das Seinige zurückforderte. König Ferdinand konnte nicht umhin, auf dem Bundestage mit Chriſtoph zu verhandeln, und der letztere fand hier durch Bayern und Frankreich gewichtige Unterſtützung. Ehe aber die Sache zur Vergleichung kam, wurde der Knoten mit dem Schwerte durchhauen.

Der Landgraf kam zu der Erkenntnis, daß Bayern mit ſeiner unentſchiedenen Politik nicht leicht zu ernſtlichem Vorgehen kommen werde und daß es jedenfalls nicht zu Gunſten Ulrichs, ſondern Chriſtophs handeln würde. Um ſo willkommener war ihm die Einladung des Königs von Frankreich, perſönlich mit ihm Rückſprache zu nehmen. Im lothringiſchen Schloſſe Barleduc trafen ſie zuſammen. Der König erbot ſich, einen großen Teil der Kriegskoſten zu bezahlen und auf Mömpelgard Geld zu leihen. Offener Zweck des Krieges ſollte die Wiedereinſetzung Herzog Ulrichs ſein; franzöſiſche Abſicht war, den Widerſtand gegen König Ferdinand zu ſtärken und dieſen vielleicht gar zur Abdankung zu bringen. Der Landgraf war von der Gerechtigkeit ſeiner Sache ſo überzeugt, daß er ſein Vorgehen vor Kaiſer und Reich verantworten zu können glaubte. Handelte es ſich doch für ihn um einen Kampf um das Reichsrecht und einen Dienſt, den er dem Freunde leiſtete.

So geheim Philipp ſeinen Plan zu halten ſuchte, wurde er doch bald bekannt. Auch der württembergiſchen Regierung blieb er nicht fremd.

Digitized by Google

Sie mahnte Ferdinand dringend, das Land in Verteidigungszustand zu setzen; aber dieser war zu sehr mit den Dingen in Böhmen und Ungarn und mit der Türkengefahr beschäftigt, als daß er hätte Hilfe bringen können. Von den Nachbarn war kaum Unterstützung zu erwarten, denn die schwäbischen Reichsstände waren der Ausdehnung Östreichs so wenig freundlich gesinnt, daß selbst der gut kaiserliche Abt Gerwig von Weingarten, ein geriebener Staatsmann, dem das Kloster seine Erhaltung verdankte, gegen Östreich thätig war. In der Voraussicht, daß es dem König unmöglich sein werde, Württemberg festzuhalten, ging ein größerer Teil der Mitglieder der Regierung auf den durch Geschenke und Versprechungen unterstützten Plan Bayerns ein, das Land mit Hilfe der Landschaft dem Herzog Christoph zuzuwenden. Für ihn, der damals noch der katholischen Kirche angehörte, war die ganze Ehrbarkeit eingenommen, während die Masse des Volkes Ulrich geneigt war. Selbst der tapfere und edle, aber von seinen Räten zu sehr abhängige Statthalter, Pfalzgraf Philipp, der im Mai 1532 an die seit des Truchsessen Georg Tode fast ein Jahr lang erledigte Stelle getreten war, wurde in die Umtriebe für Christoph eingeweiht. Der König sollte schon die Geneigtheit ausgesprochen haben, Württemberg auf Wunsch der Prälaten und der Landschaft dem Prinzen einzuräumen.

So wenig aber des Landgrafen und Herzog Ulrichs Absicht dahin ging, den Sohn an die Stelle des Vaters zu setzen, so wenig zögerten sie jetzt, nachdem sie die Mittel zum Kriege zur Verfügung hatten, sich derselben zu bedienen. Am 16. März 1534 schlossen sie zu Kassel einen Vertrag, in dem sich Philipp zur Stellung von 600 Pferden für drei Monate auf seine Kosten verpflichtete, während Ulrich die Wiedererstattung des ganzen übrigen Aufwands zusagte. Auf zahlreichen Werbeplätzen, namentlich in den Niederlanden und bei Straßburg, wurden Knechte gesammelt, im ganzen etwa 20 000; der hessische Adel lieferte die Mehrzahl der Reiterei, die sich auf gegen 5000 Mann belief. Von einzelnen Fürsten und Reichsständen kam Geldunterstützung; Ulm schickte wenigstens einige Büchsenmeister, wenn es auch gleichzeitig dem König Ferdinand sich willfährig zeigte. Der Bischof von Münster versprach, während Philipps Abwesenheit Hessen zu schützen. Noch warnte der Kurfürst von Sachsen samt Luther vor dem Kriege gegen das Reichsoberhaupt; auch die eigenen Räte des Landgrafen sprachen gegen das gefährliche Unternehmen. Aber Philipp konnte, selbst wenn er wollte, nicht mehr zurück; denn wenn er nicht angriff, mußte er fürchten, selbst angegriffen zu werden.

Digitized by Google

Ein Ausschreiben der beiden kriegsbereiten Fürsten, das Mitte April erlassen wurde, sollte ihren Schritt rechtfertigen. Am 23. April rückten sie aus Kassel ins Feld und vereinigten sich in der Nähe von Darmstadt mit den durch Graf Wilhelm von Fürstenberg bei Straßburg geworbenen Truppen. Es war, wie Ranke sagt, das erste Heer religiös-politischer, europäisch-deutscher Opposition gegen das Haus Österreich. Weil ihnen der Weg durch die Pfalz verwehrt war, zogen sie durch den Odenwald. Am 10. Mai standen sie bei Neckarsulm.

Der württembergische Statthalter hatte sich noch persönlich an König Ferdinand um Hilfe gewendet, aber wieder nur Versprechungen erhalten. Seinem tapferen Sinne widerstrebte es, das offene Land preiszugeben und nur die Festungen zu halten; mit seinen 12 000 Mann zu Fuß und nicht ganz 500 zu Pferd rückte er den Fürsten, die er von der Pfalz her erwartete, entgegen und verschanzte sich an der Grenze bei Knittlingen. Erst spät erhielt er sichere Kunde von der Richtung ihres Nahens und warf am 10. Mai seine Reisigen nach Lauffen, das Fußvolk nach Kirchheim am Neckar. Die Absicht war, am folgenden Tage Neckarsulm zu besetzen und hier den Eintritt in Württemberg zu verwehren. Aber die Fürsten waren bereits zuvorgekommen; ihre Reiterei streifte bis nahe an Lauffen.

Am 11. Mai besichtigte der Statthalter mit seiner Reiterei die Stellung des Feindes; das Fußvolk zog zwischen Heilbronn und Neckarsulm auf der linken Seite des Neckars auf. Da aber die Hessen keine Anstalten machten, den Fluß zu überschreiten, ging das österreichische Heer nach Lauffen zurück, von wo aus es in der Lage war, sowohl einem Angriff auf der linken Seite des Neckars entgegenzutreten, als auch eine Verteidigungsstellung auf der rechten Seite einzunehmen. Die Hauptmacht wurde jetzt auf dieser gelagert, während eine Abteilung der Reiterei die Straßen links vom Neckar auf der Höhe gegen Nordheim beobachtete. Da Heilbronn den Landgräflichen den Durchzug verweigerte, gingen diese am Vormittag den 12. Mai ihrerseits auf das linke Neckarufer über, gerade dem Landturm und dem Zabergäu zu. Sofort brach auch der Pfalzgraf in der Richtung nach Nordheim auf, sein Geschütz wurde auf der Höhe vor diesem Orte aufgepflanzt. Die Feinde erwiderten das Feuer. Eine verstellte Flucht brachte den Landgräflichen einen kleinen Vorteil, kostete sie aber einige Gefangene. Von diesen erfuhren die Österreicher die Überlegenheit ihrer Gegner und zogen sich, nachdem beide Teile ihren Platz behauptet, um Mitternacht nach Lauffen zurück. Verhängnisvoll war für sie, daß ihr Führer, der tapfere Pfalzgraf, schwer verwundet worden war. Sonst

Digitized by Google

war der Verlust auf beiden Seiten gering. Die Landgräflichen lagerten in der Nacht zu Großgartach.

Die östreichischen Führer rechneten ohne Zweifel darauf, daß am 13. Mai sich das Spiel des vorhergehenden Tags wiederhole, daß die beiden Heere sich aufs neue gegen einander in Schlachtordnung stellen würden. Daher ließen sie auf der Höhe eine Abteilung Reiterei zurück, um rechtzeitig vom Anmarsch der Feinde unterrichtet zu werden. In Lauffen selbst konnten sie sich unmöglich halten, da in dem östlich vom Neckar, nördlich von der Zaber, westlich und südlich von Höhen und einem jetzt ausgetrockneten See eingeschlossenen Thalkessel, durch welchen nur die Straße nach Süden, gegen Kirchheim, einen Ausweg bot, die Gefahr des Eingeschlossenwerdens zu nahe lag. Aber der Landgraf war früher aufgestanden als sie. Während sich ihr Heer kaum in Lauffen eingerichtet hatte, brach das landgräfliche morgens nach 4 Uhr auf, warf die Reisigen, welche auf Vorposten standen, die Höhe hinunter gegen das Lager der Fußknechte im Dorf Lauffen und richtete von der Höhe hinter dem Kloster aus die Geschütze gegen das Lager. Die Östreicher mußten auf einen gesicherten Rückzug Bedacht nehmen und wandten sich gegen die Seehalde zwischen Lauffen und Kirchheim.

Wie Landgraf Philipp von Hessen den drohenden Abzug der Feinde bemerkte, suchte er dem Zusammenstoß dadurch eine entscheidende Wendung zu geben, daß er dieselben im Rücken angriff und so zum Stehen brachte. Er nahm einige Geschwader Reiter, welche Büchsenschützen hinter sich auf die Pferde setzten, und einige Geschütze mit sich, ging über Hausen und Meimsheim durch den Kaywald auf der alten Heerstraße, die von Brackenheim nach Kirchheim führt, vor und erschien auf der Höhe von Kirchheim im Rücken des Gegners. Dieser war inzwischen langsam zurückgewichen; seine Reiterei hatte schon den Ausweg nach Kirchheim gefunden. Der Vortrab des Fußvolks wurde von der Straße weg durch die Weinberge in den Neckar gedrängt; aber das Geschütz der Östreicher machte die Straße wieder frei. Es gelang ihnen mit den übrigen Fußtruppen sich in guter Ordnung nach Kirchheim durchzuschlagen. Etwa 400 Mann gingen zu Grunde. Die Davonziehenden wurden bis Kirchheim hineingedrängt; hier stellte sich ein Häuflein zum Schutze der Übrigen, welche dem Asperg zu flohen. Eine weitere Verfolgung verhinderte Herzog Ulrich; er wollte die zum Kampfe gezwungenen württembergischen Bauern vollends ungefährdet auseinander laufen lassen.

Der Landgraf war, nachdem er die Reiter in den Rücken des Feindes

Digitized by Google

geführt, zum Hauptheere zurückgeeilt, um es jetzt kräftig vorstoßen zu lassen. Inzwischen war dieses, jedenfalls der Verabredung mit dem Landgrafen gemäs, langsam gegen Lauffen gerückt und hatte sich auf einen Geschützkampf beschränkt. Aber die Östreicher hielten in richtiger Erkenntnis ihrer Lage nicht lange genug Stand, so daß der Landgraf mit dem Hauptangriffe zu spät kam. Wäre dieser gleichzeitig mit dem Vorstoße der hessischen Reiter erfolgt, so wäre das ganze Fußvolk samt Geschütz verloren gewesen.

Mochte der Verlust der Östreicher bei Lauffen nicht groß sein; der moralische Eindruck der Niederlage war so bedeutend, daß der Gedanke des Widerstands auf offenem Felde fallen gelassen wurde. Das fliehende Fußvolk wurde, soweit es noch beieinander war, bei Cannstatt beurlaubt; ein Teil besetzte den Asperg, wohin sich der verwundete Pfalzgraf und die Regierung zurückgezogen hatten. Die Reiter wandten sich nach Hause.

Landgraf Philipp und Herzog Ulrich zogen nach dem Siege auf Stuttgart zu und riefen das Land zur Huldigung auf; der Asperg wurde einstweilen liegen gelassen. Am Morgen des 15. Mai wurde die Aufforderung zur Übergabe in Stuttgart in öffentlicher Versammlung verlesen. Bei der Abstimmung streckte mancher beide Hände auf mit Begehr, Herzog Ulrich einzulassen. Freilich hatte er diesmal die Bestätigung des Tübinger Vertrags zugesagt. Als der Herzog einritt, erhob sich ein großes Freudengeschrei. Mit der Rückkehr des angestammten Fürsten, dessen Bild durch die Abwesenheit verklärt worden war, brachen dem Volke bessere Zeiten an.

Wäre es nach Ulrichs Sinn gegangen, so hätte das siegreiche Heer seinen Marsch gegen die östreichischen Erblande genommen. Der Gedanke lag auch nahe, mindestens die beabsichtigte Neusammlung des Feindes im vorderöstreichischen Donaugebiet zu verhindern. Aber Landgraf Philipp bedachte die möglichen Folgen. Trug er den Krieg über die Grenzen Württembergs hinaus, so waren gefährliche Verwickelungen unausbleiblich. Sein kecker Handstreich, dessen Gelingen selbst Freunde Östreichs freute, mochte ihm ungestraft hingehen; weitere Unternehmungen hätten die König Ferdinand verbundenen Fürsten und den Kaiser selbst ins Feld gerufen. Man knüpfte daher sofort Friedensverhandlungen an und beschränkte sich darauf, die württembergischen Festungen zur Übergabe zu zwingen. Die von Tübingen und Urach öffneten sich nach kurzem Widerstande; der Burgvogt von Neuffen versprach, wenn der Asperg falle, sich auch zu ergeben. Dieser war von etwa 600 Mann besetzt; Pfalzgraf Philipp erklärte, derselbe solle sein Kirchhof sein; aber nachdem die Belagerer, welche am

Digitized by Google

29. Mai vor der Feste erschienen, dieselbe lebhaft beschossen hatten, wurde die Besatzung schwierig, so daß ihr tapferer Führer nachgeben mußte. Am 2. Juni ritten die Fürsten auf dem Asperg ein.

Damit war Württemberg thatsächlich erobert. Die oberösterreichische Regierung in Innsbruck hatte schon am 17. Mai den geheimen Befehl in die dem Herzogtum benachbarten Vorlande geschickt, sich rein auf die Verteidigung zu beschränken. Um noch einen Druck auf König Ferdinand selbst auszuüben, rückten der Landgraf und der Herzog langsam über die Alb in das Donauthal. In der Nähe von Riedlingen trafen sie mit Bevollmächtigten des Königs zusammen und vereinbarten vorläufigen Stillstand. Aber der Friede wurde nicht hier geschlossen, sondern kam ohne unmittelbare Mitwirkung der beiden Fürsten im Zusammenhang mit anderen Unterhandlungen zu Stande.

Der Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen hatte schon vor Ausbruch des Kriegs mit Ferdinand über dessen Anerkennung als König verhandelt; die Ereignisse in Württemberg konnten nicht verfehlen, hier zur Sprache zu kommen. Dem Kurfürsten lag viel daran, dieses Land durch Ulrichs Wiedereinsetzung der Reformation zu gewinnen; um Ferdinands Widerstand zu überwinden, willigte er auf Drängen der politisch eifrig thätigen Herzogin Elisabeth von Sachsen, einer Schwester des Landgrafen Philipp, darein, daß Ulrich sein Land als Afterlehen von Östreich erhalte. Reichsrechtlich war es ein Unding, daß ein Herzogtum nicht unmittelbar vom Reich, sondern von einem anderen Fürsten zu Lehen gehe; man half sich damit, daß man erklärte, das neue Verhältnis solle weder dem Reiche noch dem Herzog irgendwie nachteilig sein. Dadurch behielt König Ferdinand der Form nach die fürstliche Hoheit über Württemberg, während Herzog Ulrich zwar thatsächlich in den Besitz derselben gelangte, aber Östreich gegenüber eine demütigende Stellung einnahm. Ulrich war außer sich, als er von dieser Bestimmung erfuhr; es kam zu einem heftigen Auftritt mit dem Landgrafen, der seinerseits die Schuld auf den Kurfürsten von Sachsen schob. Landgraf Philipp hat durch sein Zugeständnis, von dem er die Absicht Ulrich völlig geheim hielt, diesen in kaum zu rechtfertigender Weise preisgegeben. Der Mut, welcher zur Eroberung Württembergs geführt hatte, war ihm gesunken; fast ängstlich harrte er auf das Gelingen der Vermittlungsversuche und ließ es geschehen, daß eine unüberlegte Äußerung über die Afterlehenschaft in einem Briefe an seine Schwester zum Nachteil der Sache des Freundes verwertet wurde. Ulrich selbst war nicht in der Lage, der auferlegten Bedingung dauernd seine Zustimmung

Digitized by Google

zu versagen. Das Reich, das durch dieselbe geschädigt wurde, hat sie nie bestätigt; aber erst Ulrichs drittem Nachfolger, seinem Neffen Friedrich, gelang es, die Lehensabhängigkeit von Östreich abzuschütteln.

Der Kaadener Friede vom 29. Juni 1534, in welchem diese Afterlehenschaft bedungen wurde, gab Ulrich sein Land zurück gegen die weitere Verpflichtung, gleich Kursachsen Ferdinand, wenigstens vorläufig, als König anzuerkennen, die Landesschulden zu übernehmen und den Hohentwiel an Östreich abzutreten; außerdem sollten Philipp und Ulrich zur Sühne für ihren Angriff vor König und Kaiser einen Fußfall thun und einen Zug gegen die Wiedertäufer in Münster unternehmen. Zu letzterem kam es nicht; ebensowenig wurde der Hohentwiel aufgegeben. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Protestantismus war, daß der Kaadener Friede den Nürnberger bestätigte und daß Ulrich nur verpflichtet wurde, die innerhalb der Grenzen seines Landes eingesessenen Nichtwürttemberger, voran die gefürsteten Äbte, bei ihrem Glauben zu lassen. Den Versuch, durch eine besondere Bestimmung Ulrich an etwaiger Reformierung seines Landes zu hindern, hatte der Kurfürst von Sachsen vereitelt. Für Württemberg war besonders wichtig, daß die Zwinglianer vom Frieden ausgeschlossen wurden. Bei Ulrichs Eingenommenheit für dieselben wäre eine kirchliche Anlehnung an sie nicht unmöglich gewesen; jetzt war dem Wunsche des Kurfürsten von Sachsen und des Landgrafen gemäs der Sieg des Luthertums in Württemberg gesichert.

Digitized by Google

IV. Abschnitt.

Herzog Ulrich nach seiner Rückkehr.

1534—1550.

Das Sträuben des Herzogs gegen das Zugeständnis der Afterlehenschaft und die daraus entstehende Erbitterung gegen den Landgrafen benützte der verschlagene bayrische Kanzler Eck, um noch einmal einen Versuch zum Sturz des verhaßten Ulrich zu machen. Er schürte die Zwietracht mit Philipp, verdächtigte den Herzog bei König Ferdinand, als ob er den Frieden verletze, suchte Herzog Christoph zum Auftreten gegen seinen Vater zu bestimmen. Es kostete den Landgrafen viele Mühe und Überwindung, um den auch über die Verteilung der Kriegskosten aufgebrachten Ulrich zur Versöhnung mit ihm und zum Nachgeben gegenüber dem Könige zu bringen. Erst am 6. August 1535 unterzog sich der Herzog in Wien der Lehensempfängnis; den schuldigen Fußfall vor Ferdinand hatten vorher in seinem Namen Gesandte geleistet. Die Aufnahme bei dem Könige war gut; in dem Wiener Abschied vom 21. August, einer Ergänzung des Kaadener Friedens, erlaubte jener dem Herzoge sogar unter Wahrung der Gegenseitigkeit die Besetzung östreichischer Pfarreien in Württemberg mit evangelischen Predigern.

Die erste Sorge nach Ulrichs Rückkehr war für ihn die Tilgung der Schulden. Von jedem, namentlich von den geistlichen Körperschaften, brachte man heraus, soviel man konnte. Schon unter der östreichischen Regierung war wegen der drückenden Last Einzug geistlicher Güter vorgeschlagen worden. Jetzt da der Herzog allein 230 000 Gulden Kriegskosten zu bezahlen und das verpfändete Mömpelgard einzulösen hatte, griff er um so unbedenklicher zu, als er von Anfang an entschlossen war, die Reformation einzuführen.

Digitized by Google

Zur Neuordnung des Kirchenwesens berief Ulrich den Heilbronner Erhard Schnepf und den Constanzer Ambrosius Blarer. Jener war ein angesehener Lehrer der lutherischen Theologie, von welchem bei aller Bestimmtheit seiner Glaubensstellung Friedfertigkeit zu erwarten war, dieser ein ausgetretener Mönch von gemäßigt zwinglianischer Richtung. Schon darin zeigte sich die Absicht Ulrichs, keine schroffen Gegensätze aufkommen zu lassen und durch möglichste Vermittlung im Lande Ruhe zu schaffen. Daß dieses Verfahren nicht nur einem Bedürfnisse seiner Persönlichkeit, sondern auch seines Volkes entsprach, beweist die ganze Entwicklung der evangelischen Kirche Württembergs. Der Wirkungskreis der beiden Männer wurde durch die Stuttgarter Steige abgeteilt; ob der Steig, mit dem Sitze in Tübingen, sollte Blarer reformieren; unter der Steig, von Stuttgart aus, Schnepf. In Begleitung eines weltlichen Rates ritten sie in die Amtsstädte, beriefen dahin die Priesterschaft des Bezirkes und setzten ihr auseinander, was anders gelehrt und eingerichtet werden solle. Dann fragten sie die einzelnen, ob sie damit einverstanden seien. Im Ganzen weigerten sich wenige. Diese ließ man auf unwichtigen Stellen absterben oder gab ihnen eine Entschädigung. Durchaus wohlwollend wurden diejenigen von ihnen behandelt, die von dem Herzoge schon vor seiner Vertreibung angestellt waren; weniger Rücksicht hatten die anderen zu erfahren, da der Herzog die Vergebung von Pfründen durch die östreichische Zwischenregierung nicht als rechtmäßig ansah. Je mehr die Predigt des Wortes zur Geltung kam, desto mehr trat die Messe zurück. Sie wurde allmählich überall abgeschafft, wo ein neuer Pfarrer eingesetzt war; am 2. Februar 1535 wurde in Stuttgart die letzte gehalten, am 7. März in Tübingen. Dafür wurde nach der Kirchenordnung von 1536 in den größeren Ortschaften täglich, in den kleineren wöchentlich zweimal gepredigt, wobei zum großen Ärger des Herzogs viele Angriffe auf Andersgläubige mit unterliefen.

Für die Lehre stellte die Landesordnung von 1536 als Richtschnur das Abkommen Schnepfs und Blarers über das Abendmahl neben der heiligen Schrift fest; später kamen dazu das Augsburgische Bekenntnis nebst Apologie und Melanchthons neue Glaubenslehre. Streit verursachte die Form des Gottesdienstes. Namentlich in der Frage, ob Bilder in der Kirche zulässig seien, war man nicht einig; der sogenannte Götzentag in Urach (September 1537) brachte keine Entscheidung, bereitete aber die Wegnahme der unärgerlichen Bilder vor.

Ausgesprochene Gegner der kirchlichen Lehre waren weniger die Alt-

Digitized by Google

gläubigen als die Sektierer, vor allem die Wiedertäufer und die Anhänger Schwenkfelds. Beiden, in manchen Punkten mystischen, Richtungen war das neue Kirchenwesen zu äußerlich; sie verwarfen dessen Formen und verlangten die Gewißheit der Wiedergeburt von jedem Christen. Die Tübinger Juristenfakultät erklärte, daß die Wiedertäufer nach kaiserlichem Rechte mit dem Schwerte zu richten seien, stellte aber dem Herzog Milde anheim; die Theologen waren für gelindere Abschreckung und wiesen namentlich darauf hin, daß bei den Rottengeistern wenigstens ein so feiner Schein des Lebens sei.

Sehr schwer hielt es mit der Reformation der Universität. Der mehr gemütvoll veranlagte Blarer, in dessen Bereich sie fiel, war auch kaum der Mann dazu. Erst als 1536 Melanchthon nach persönlichem Einblick dem Herzoge seine Vorschläge machte und Johann Brenz beigezogen wurde, machte die Sache Fortschritte. Um in der Ausbildung evangelischer Beamten sicher zu gehen, errichtete Herzog Ulrich 1537 eine Stiftung, welche von den einzelnen Städten und Ämtern durch Beiträge unterstützt werden mußte. Arme, gottesfürchtige Bürgerskinder sollten nach bestandener Prüfung in Tübingen, wo bald das Zusammenleben derselben in einem Gebäude eingeführt wurde, kostenlos studieren dürfen unter der Bedingung, daß sie sich fleißig und züchtig verhalten, in keine fremden Dienste begeben und zu einem Prediger, Rat oder Diener gebrauchen lassen.

Denselben Zweck, für den Dienst des Herzogs taugliche Männer heranzubilden, verfolgt die Einrichtung der niederen Schulen. Daher kommt es, daß auf lateinische Schulen viel mehr Wert gelegt wurde, als auf deutsche. Im Anfang wurde sogar vorgeschrieben, daß in den vielen, auch kleineren Städten, in welchen neben der lateinischen auch deutsche Schulen waren, die letzteren Gott zu Ehre und von gemeinen Nutzens wegen aufgehoben werden sollten, weil dadurch jene verderbt und beeinträchtigt würden.

Den Unterthanen gegenüber wurde bei Einführung der Reformation kein anderer Zwang ausgeübt, als daß ihnen der Besuch der Messe in ausländischen Orten verboten wurde, gerade wie es die vorherige Regierung mit der evangelischen Predigt gehalten hatte, und daß an Sonn- und Feiertagen mindestens einmaliges Hören der Predigt verlangt wurde. Auf dasselbe hatte der katholische König Ferdinand zur Hebung von Frömmigkeit und Sittlichkeit gedrungen. Herzog Ulrich nahm den entsprechenden Befehl in die Landesordnung auf neben dem Verbot des Volltrinkens und Fluchens, ein Zeugnis dafür, daß er auch aus sittenpolizeilichen Gründen

Digitized by Google

in diesem Punkte eingreifen zu müssen glaubte. Wenn er gleich annahm, jeder christliche Mensch werde begierig sein, dem Wort des Herrn und der Lehre der Apostel anzuhängen, so war er ferne davon, den neuen Glauben zu erzwingen. Sogar in Stuttgart ließ er bis zum Dezember 1537 die katholisch gesinnten Stadträte und Vogt ruhig im Amte. Hier konnte er abwarten, während es bei Besetzung der Kirchenstellen selbstverständlich war, daß nur „einhelliglich christliche Lehre" gepredigt werde. Freilich war die aristokratische Ehrbarkeit, die schon die Rückkehr Herzog Ulrichs bekämpft hatte, der Mehrzahl nach noch weniger seiner Reformation zugethan; aber die Masse des Volkes begrüßte sie mit Freuden.

Neben der Neubestellung der Pfarrer ging die Festsetzung des Ortskirchenguts her. Nach Ansicht der Reformatoren sollte das gesamte Kirchengut für kirchliche Zwecke erhalten bleiben; Herzog Ulrich mußte aber zu sehr auf Vermehrung seiner Einkünfte Bedacht nehmen, als daß er nicht alles Entbehrliche an sich zog. Nicht nur wurden zu Gunsten der herzoglichen Rentkammer die kostbaren kirchlichen Geräte, Gefäße und Gewänder eingeschmolzen oder verkauft, sondern auch die durch Verminderung der Stellen überflüssigen Häuser und Grundstücke veräußert. Erst als das seitherige Ortskirchengut bedeutend beschnitten war, wies die Kastenordnung von 1536 alle Einkünfte, welche zu jetzt abgeschafften kirchlichen Gebräuchen bestimmt und nicht für Besoldungen und Erhaltung der Kirchengebäude nötig waren, dem Armenkasten zu und gab zugleich Vorschriften für gleichmäßige Verwaltung.

Noch weit größere Summen kamen bei Aufhebung der Klöster ins Spiel. Daß diese erfolgte, war selbstverständlich; die Art, wie sie geschah, war im Einzelnen manchmal hart, im Ganzen rücksichtsvoll; namentlich die standhaften Nonnen durften, wenn auch ohne ihren Gottesdienst, bis zum Tode im Kloster bleiben. Die Aufsicht über das Klostergut wurde herzoglichen Beamten übertragen und da, wo eine Vorenthaltung durch die Äbte vermutet wurde, gegen diese scharf eingeschritten. Bei dieser Aufhebung der Klöster handelte es sich vor allem um Einverleibung ihrer Gebiete in das Herzogthum und Einziehung ihrer Einkünfte, die den dritten Teil von denen des ganzen Landes ausmachten. Auch hierin hatte die östreichische Regierung schon vorgearbeitet, die diese zahlreichen Güter der toten Hand für die allgemeinen Bedürfnisse möglichst beizog und das Streben der Klöster nach Reichsunmittelbarkeit kräftig unterdrückte.

Wegen der Verwendung des eingezogenen Kirchen- und Klostergutes mußte sich Ulrich von Freund und Feind viele Vorwürfe gefallen lassen,

Digitized by Google

ohne sie durch seine Gegenerklärungen zum Schweigen zu bringen. Sein Land konnte übrigens mit diesem Verfahren wohl zufrieden sein; es wäre sonst von der auf ihm ruhenden Schuldenlast erdrückt worden.

Eine Kirchenverfassung bildete sich nur ganz allmählich. Die Sorge für das Religionswesen war auf dem Reichstag zu Speier 1526 den Landesobrigkeiten und ihren Unterthanen vorläufig übertragen worden. Als in Württemberg die Reformation die bisherige geistliche Leitung abschaffte, machte auch Herzog Ulrich von Anfang an keinen Unterschied zwischen landesherrlichen und kirchenregimentlichen Rechten. Er übertrug die Einrichtung der Kirche seinen Räten, denen gewissermaßen als Sachverständige einige Theologen beigegeben wurden. Daraus entstand eine besondere Behörde, die Visitation; ihre geistlichen Mitglieder wurden zu Generalsuperintendenten. Die unmittelbare Aufsicht über die Geistlichkeit hatten die weltlichen Beamten, bis durch die Visitationsordnung vom 4. Mai und noch mehr die Synodalordnung vom 1. August 1547 eine größere Selbständigkeit der Kirche geschaffen und Dekanate eingeführt wurden. Durch diese Ordnungen, die freilich wegen des dazwischentretenden Interims nicht gleich zum Vollzug kamen, erfolgte eigentlich erst die Gründung der evangelischen Kirche Württembergs, während sie vorher fast vollständig im Staat aufgegangen war. In der bitteren Not, die der Ausgang des schmalkaldischen Krieges über Ulrich brachte, da es um den Protestantismus auch in Württemberg geschehen schien, folgte der Herzog endlich den Ratschlägen, welche ihm seine Mitstände und seine Theologen schon lange erteilt hatten, und gab der Landeskirche den drohenden Stürmen gegenüber eine feste Grundlage.

Politischen Rückhalt suchte Herzog Ulrich, während Östreich immer noch nicht von der Wiederaufrichtung des schwäbischen Bundes lassen wollte, bei dem schmalkaldischen, in welchen er im April 1536 aufgenommen wurde. Dies war für ihn um so notwendiger, als Bayern nicht aufhörte insgeheim gegen ihn zu wirken und seinen Sohn aufzustacheln, daß er selbst nach dem Herzogtum strebe. Mehrere Male drohte der Streit auszubrechen und wenige Wochen vor Eintritt in den schmalkaldischen Bund hatte Württemberg schon gerüstet, um, wie die Sage ging, Bayern zu überfallen. Erst 1541 verglichen sich die beiden und Bayern suchte den Herzog sogar von seinem Bundesgenossen abzuziehen; um dieselbe Zeit milderte Ulrich sein Mißtrauen gegen Herzog Christoph, den er, um ihn ferne zu halten, französische Dienste hatte annehmen lassen. Als Mitglied des schmalkaldischen Bundes beschickte Ulrich die Versammlungen, welche auf Wunsch des Kaisers

Digitized by Google

durch Religionsgespräche eine Einigung der getrennten Kirchen herbeiführen sollten, so namentlich diejenige zu Worms (November 1540 bis Januar 1541). Auch bei dem darauf folgenden Regensburger Reichstag, bei welchem sich Karl V. nach achtjähriger Abwesenheit aus Deutschland zur Vermittlung der kirchlichen Gegensätze einfand, ließ sich der Herzog durch eine stattliche Botschaft vertreten. Hier bat er den Kaiser zugleich um Bestätigung seiner Fürstenrechte, die denn auch erfolgte. Ulrich gab sich viele Mühe, die Zufriedenheit des Reichsoberhauptes zu verdienen; er stellte dem Könige Ferdinand, als dieser auf dem Speirer Reichstag von 1542 Hilfe gegen die Türken verlangte, willig eine zahlreiche Mannschaft zu Gebote und verschmähte es, die Notlage Östreichs und des Königs zur Erpressung weiterer Zugeständnisse auf kirchlichem Gebiete zu benützen. Zum Danke für solche Bereitwilligkeit besuchte der Kaiser im Juli 1543 den ihm persönlich bis dahin unbekannten Herzog zu Stuttgart und erließ ihm den noch schuldigen Fußfall. Überhaupt versäumte Herzog Ulrich neben der Erfüllung seiner Pflichten gegen den schmalkaldischen Bund nicht dasjenige, was er den Reichseinrichtungen schuldig war. So wenig auch sonst die schon von Maximilian I. versuchte Kreiseinteilung Bedeutung gewonnen hatte, rief der Herzog als der weltliche ausschreibende Fürst Kreistage zur Ausführung von Reichstagsbeschlüssen zusammen, teils allein teils mit seinem geistlichen Amtsgenossen, dem Bischofe von Augsburg, seit 1542 dem von Constanz.[1]) Aber weder die Mitgliedschaft des schmalkaldischen Bundes noch diejenige des schwäbischen Kreises hinderte Ulrich, mit den benachbarten Reichsstädten die alten Reibereien zu erneuern. Zwar mit Ulm ließ er sich bald nach seinem eigenen Eintritte in den Bund wegen der von der östreichischen Zwischenregierung an dasselbe verpfändeten Herrschaft Heidenheim in einen Vergleich ein; lange genug hatte er behauptet, die Stadt halte ihn für einen guten Nachbarsnarren, wenn er jene Herrschaft nicht als unrechtmäßigen Besitz ohne Entschädigung zurückverlange. Aber mit Eßlingen endigten die Streitigkeiten erst nach seinem Tode. Jahrelang sperrte er ihm die Zufuhr von Lebensmitteln und es hatte fast den Anschein, als wollte er diese Reichsstadt vergewaltigen, wie er es zu seinem Schaden einst mit Reutlingen versucht hatte. Hätte man nicht nachgerade dem Mann mit dem „harten Kopf" vieles zugut gehalten, so wäre der Friede des Landes leicht gestört worden.

Erst als der Kaiser durch den Frieden zu Crespi (1544) und den

[1]) So 1541 nach Weilderstadt, 1544 nach Reutlingen.

Digitized by Google

Rückzug der Türken Luft bekommen hatte und allmählich seine wahren Absichten mit dem Protestantismus merken ließ, wurde auch Ulrich wieder in kriegerische Bewegungen hineingezogen; ja er beteiligte sich besonders lebhaft an den Gegenrüstungen, da er wohl wußte, daß für ihn alles auf dem Spiel stand. Die Weigerung der Protestanten, das im Dezember 1545 zu Trient eröffnete Konzil als Schiedsrichter in der Kirchenfrage anzuerkennen, verschärfte die Gegensätze; ein nochmaliges Religionsgespräch zu Regensburg (1546), an welchem württembergischerseits Balthasar von Gültlingen und Erhard Schnepf sich beteiligten, mußte unter diesen Umständen vollends ergebnislos verlaufen. Als der Kaiser zum Kampf bereit war, suchte er durch das Vorgeben, der Krieg gelte nur der Züchtigung Kursachsens und Hessens wegen Landfriedensbruchs, Herzog Ulrich von seinen Verbündeten zu trennen. Aber dieser blieb fest; ja er ging damit um, Östreich die Afterlehenschaft seines Herzogtums aufzukündigen, und stellte etwa 10 000 Mann Fußvolk und 800 Reiter ins Feld. So gerüstet wollte er zunächst abwarten. Er tadelte heftig den Plan des kühnen Landsknechtsführers Schertlin, die Anwerbung von Truppen durch den Kaiser zu stören, und weigerte sich, seine Reiter mit jenem ziehen zu lassen. Nur einige Fähnlein württembergischen Fußvolkes stießen zu Schertlin, wie dieser in raschem Vorstoße Füßen eroberte und, um den Zuzug italienischer und spanischer Truppen zu verhindern, die Ehrenberger Klause besetzte (11. Juli), und gegen Tirol rückte. Die zu Ulm beratschlagenden Kriegsräte des schmalkaldischen Bundes hofften, König Ferdinand werde, wenn man ihn nicht angreife, den Kaiser nicht unterstützen; Herzog Ulrich erschrack vor der Tragweite des kecken Unternehmens. Darum erhielt Schertlin den Befehl, zurückzukehren und sich mit dem Hauptheere zu vereinigen. Dieses bewegte sich von Ulm aus das Donauthal abwärts und eroberte unter Führung des württembergischen Feldhauptmanns Heideck die Stadt Günzburg. Hier traf Schertlin mit seinen Scharen wieder ein. Das Heer rückte sofort, nachdem Balthasar von Gültlingen es im Namen der Kriegsräte angefeuert, weiter gegen das vom Kaiser besetzte Regensburg und nahm Dillingen und Donauwörth (23. Juli). Dillingen wurde Herzog Ulrich vom Bunde als Pfand für eine von ihm vorgestreckte Summe überlassen und in württembergische Verwaltung übernommen; im August begab sich Ulrich selbst dahin. Den Weitermarsch verhinderte die Weisung des Landgrafen Philipp von Hessen, auf seine und des Kurfürsten Johann Friedrich von Sachsen Ankunft zu warten. Dieselbe erfolgte endlich am 4. August, brachte aber keinen bestimmten Kriegsplan und keinen einheit-

Digitized by Google

lichen Oberbefehl. Statt den Kaiser rasch in Regensburg einzuschließen, ließ man ihm Zeit nach Landshut zu rücken, die Verbindung mit den von Süden heranziehenden Hilfstruppen herzustellen und mit diesen unter die Mauern der ihm freundlichen bayerischen Festung Ingolstadt vorzugehen. Den Bündischen gelang es nicht, ihn zur Schlacht zu zwingen; sie fürchteten das Nahen eines starken Heeres, welches aus den Niederlanden dem Kaiser zu Hilfe eilte, und suchten jetzt diesem sich in den Weg zu stellen. So bekam der schwer bedrängte Kaiser Luft; aber das Hilfsheer wußte den Bündischen auszuweichen und traf von Nürnberg her vor Ingolstadt ein (15. September); — Herzog Ulrich hatte gefürchtet, es könnte den Marsch durch Württemberg nehmen, und hatte sein Land in Verteidigungszustand gesetzt. Jetzt entschloß sich der Kaiser mit dem Herzog von Alba seinerseits zum Vorgehen, lockte durch einen Marsch gegen Nördlingen die Feinde aus ihrer festen Stellung an der Donau heraus und ließ Donauwörth und Dillingen überrumpeln. Er selbst zog, von den Schmalkaldischen gefolgt, in das Brenzthal, um von dort aus Ulm zu bedrohen. Diese Stellung an der württembergischen Grenze veranlaßte Herzog Ulrich, seine Bundesgenossen dringend zu einer endlichen Entscheidungsschlacht zu mahnen und sein Landvolk aufzubieten. Hunger und Seuchen, die übrigens beide Heere heimsuchten, veranlaßten den Kaiser, sich wieder in die Donaugegend zu wenden. Der Feldzug schien ergebnislos zu bleiben; da kam die Kunde vom Einfall des durch die Übertragung der Kurwürde zum Verrat verlockten Moriz von Sachsen. Jetzt suchten die Schmalkaldischen mit dem Kaiser Frieden zu schließen, aber dieser stellte zu harte Bedingungen. Am 22. November wurde das bündische Lager bei Giengen den Flammen preisgegeben; die Fürsten zogen nach Hause. Unterwegs versuchte noch der Landgraf von dem bis dahin willigen Herzog Ulrich Geld für den Kurfürsten zu erlangen, aber ohne Erfolg. Der letztere, welcher zum großen Ärger Ulrichs das Rems- und Neckarthal hinunter durch das Land rückte, half sich durch Brandschatzung der katholischen Reichsstadt Gmünd.

Der württembergische Herzog mußte auf einen sofortigen Angriff gefaßt sein, umsomehr als die oberschwäbischen Reichsstädte sich möglichst rasch mit dem Kaiser aussöhnten; er ließ Werbungen anstellen und die in das Land führenden Straßen verhauen. Aber das kaiserliche Heer wandte sich nordwestlich um Württemberg herum gegen Heilbronn. Von dieser Seite war das Land völlig offen. Ulrich gab sich verloren, bat am 11. Dezember den Kaiser um Verzeihung und entließ seine Truppen. Da

Digitized by Google

Karl V. Unterwerfung auf Gnade und Ungnade verlangte und seine Unterthanen ihrer Pflichten entband, floh Ulrich am 16. Dezember auf den Hohentwiel und verhandelte von dort mit Schaffhausen und Constanz wegen Aufnahme. Albas Scharen drangen mordend und plündernd das Neckarthal hinauf; Marbach wurde entgegen den Übergabebedingungen mißhandelt; nur der Asperg und Hohentübingen sowie die befestigten Städte Kirchheim und Schorndorf konnten sich halten. Am 31. Dezember wurde Stuttgart besetzt; die Unterthanen samt den herzoglichen Beamten mußten dem Kaiser huldigen.

Damit hatte Herzog Ulrich zum zweitenmale sein Land verloren, und wenn es nach dem Wunsche König Ferdinands und sogar einer Partei in Württemberg selbst gegangen wäre, so wäre es endgiltig dabei geblieben. Aber der Kaiser wollte gegen Hessen und Sachsen freie Hand bekommen und fürchtete weitere Verwicklungen; zudem war die Aufregung im Lande so groß, daß ein neuer Bauernaufruhr zu drohen schien. So schenkte er denn den Vermittlungsvorschlägen seiner von Herzog Ulrich bestochenen Räte Gehör und begnügte sich mit dessen Demütigung.

Am 8. Januar 1547 bestätigte Karl V. zu Heilbronn einen Vertrag, den Ulrich am 3. auf dem Hohentwiel unterzeichnet hatte. Der Herzog sollte vor dem Kaiser einen Fußfall thun und ihm Gehorsam versprechen; von seinen Bundesgenossen mußte er sich lossagen, den kaiserlichen Truppen freien Durchzug gestatten und 300 000 Gulden bezahlen. Zur Sicherheit ließ der Kaiser den Asperg, Kirchheim und Schorndorf besetzen. Ulrichs Bruder Georg, der für diesen gefochten, blieb in der Acht. Und bei allem dem wurden die Ansprüche König Ferdinands auf das Herzogtum, der es wegen Lehensuntreue für verwirkt erklärte, vorbehalten und gaben den Anlaß, große Scharen übelhausender Spanier Jahre lang vertragswidrig in das Land zu legen. Ulrich ließ sich im März gichtkrank zu Ulm vor den Kaiser tragen, der ihm den Fußfall erließ. Er war wieder im Besitz des Herzogtums; aber die Dauer desselben war fraglich, seine eigene Thätigkeit durch kaiserliche Soldaten beaufsichtigt; sogar persönlich fühlte er sich nicht sicher vor ihnen. Jede Hoffnung auf Hilfe war durch die Gefangennahme der Fürsten von Sachsen und Hessen abgeschnitten. Dazu kamen widerwärtige Verhandlungen mit den früheren Verbündeten wegen Erstattung der von ihm vorgeschossenen Kriegskosten.

In solcher Zwangslage befand sich Herzog Ulrich, als der Kaiser auch an ihn das Ansinnen stellte, das Augsburger Interim vom 15. Mai 1548 anzunehmen. Weil der Papst sich geweigert hatte, das nach Bologna

Digitized by Google

verlegte Konzil wieder nach Trient zu berufen, machte Karl V. den Versuch, von sich aus in Deutschland den religiösen Frieden bis zur Entscheidung durch ein Konzil wiederherzustellen; dies sollte durch Erlaubnis der Verheiratung der Geistlichen, Austeilung des Abendmahls unter beiderlei Gestalt, deutsche Messe und Abschaffung einiger Zeremonien und Feiertage geschehen, während im Übrigen die katholische Lehre beibehalten würde. Dieses Interim fand nur da Eingang, wo des Kaisers Macht unmittelbar zu spüren war, so namentlich in Württemberg. Herzog Ulrich erklärte, daß er dem Teufel den Willen lassen müsse; doch veröffentlichte er es nur in der Form, daß niemand gehindert sei, sich an dasselbe zu halten. Auch das damit zusammenhängende Verbot des Fleischessens an Fasttagen begründete er mit der Gefahr eines Viehmangels. Er entließ sämtliche Geistliche und setzte Interimspriester an deren Stelle. Da aber deren nur wenige aufzutreiben waren und auch diese durch ihr sittenloses Leben Ärgernis erregten, wurden allmählich die Lücken durch Katechisten ausgefüllt, welchen zuerst die Predigt und der kirchliche Unterricht, bald auch die Verwaltung der Sakramente übertragen wurde. Um auch Vorwürfen wegen des Kirchenguts zu begegnen, überwies der Herzog die Einkünfte von noch nicht eingezogenen Pfründen den Ortsarmenkästen. Im Volke fand das Interim vielen Widerspruch; die Geistlichkeit wußte so wenig wie die Regierung selbst, an was sie sich halten sollte. Am herbsten war für Ulrich, daß er auch die Klöster ihren Äbten wieder einräumen mußte; doch gelang es ihm, die letzteren zu bestimmen, daß sie ihn als Erbschirmherrn und Landesfürsten anerkannten, ihr Erscheinen auf den Landtagen versprachen, die Anrufung des württembergischen Hofgerichtes und die Ausübung der Halsgerichtsbarkeit durch den Herzog zugestanden.

In der Gesetzgebung brachte die Niederlage und Besetzung des Landes keinen Stillstand. Die schon erwähnten kirchlichen Ordnungen wurden erlassen, eine im Anschluß an einen Reichstagsabschied entworfene Polizeiordnung sollte den Auswüchsen in der Lebenshaltung, in Handel und Verkehr steuern. Visitatoren hatten in allen Gemeinden herumzureiten, um den kirchlichen und sittlichen Zustand derselben zu untersuchen und zugleich nachzusehen, ob den Ordnungen nachgelebt werde. Die Ordnungen selbst, wie deren Ausführung, hatten viel heilsames Patriarchalisches; doch mahnte die Landschaft, daß bei den Unterthanen die Freiheit ein gutes Herz mache.

So sehr sich Herzog Ulrich seit dem Heilbronner Vertrag anstrengte, den Kaiser durch äußeren Gehorsam zufrieden zu stellen, so wenig erreichte er die Abwendung des ihm von König Ferdinand drohenden Prozesses.

Digitized by Google

Am Ende des Jahres 1547 hatte der König seine Klage beim Kaiser eingereicht, im Februar 1548 wurde ein eigenes Lehensgericht eingesetzt. Vergebens machte Ulrich geltend, der Krieg habe gar nicht Ferdinand gegolten, die Besetzung der Ehrenberger Klause sei nur aus Vorsicht gegen den Einbruch fremden Kriegsvolkes geschehen, durch den Heilbronner Vertrag sei alles ins Reine gebracht. Trotz der vielen Gutachten, die er sich von den bedeutendsten Rechtsgelehrten abfassen ließ, zeigte sich wenig Aussicht auf einen glücklichen Ausgang. Schon trug sich der Herzog mit dem Gedanken, wenigstens der Form nach abzutreten und die Regierung seinem Sohne zu überlassen. Da wurde er auf der Reise vom Wildbad, wo er Linderung seines langjährigen Gichtleidens suchte, krank und starb am 6. November 1550 in Tübingen. In der dortigen Stiftskirche wurde er beigesetzt. Erst 1552 gelang es Christoph, den König Ferdinand mit Geld abzufinden, und dem Nachfolger von Ulrichs Enkel, dem Sohne des württembergischen Stammhalters Georg, Herzog Friedrich I., war es vorbehalten die Afterlehenschaft zu beseitigen.

So entging Ulrich nur durch den Tod dem tragischen Schicksal, des Landes, das er mühsam wiedererrungen, noch einmal beraubt zu werden. Wetterwendisch wie sein Leben war sein Charakter. Eine elementare Kraft in gärender Zeit hat er sich in der Jugend fast nur durch die Leidenschaftlichkeit leiten lassen und ist später von den Wegen, welche er sich vorsteckte, nur zu oft abgewichen. Das Unglück und die Abnahme der Kräfte haben ihn maßvoller gemacht; im Grunde ist er sich selbst gleich geblieben. Gewaltthätig, reizbar und mißtrauisch, dann wieder freundlich und herablassend; bald hochfahrend und eigensinnig, bald demütig und bescheiden; streng achtend auf äußere Frömmigkeit, aber unversöhnlichen Herzens, bietet er ein psychologisches Rätsel, das nur durch krankhafte Anlage und mangelhafte Erziehung eine Erklärung findet. Seine Hauptfreude fand er an Jagd und Musik. Bedeutung hat seiner Regierung der Abschluß des Tübinger Vertrags und vor allem die Einführung der Reformation gegeben. Versöhnend wirkt die Thatsache, daß ein großer Teil seines Volkes ihm Anhänglichkeit bewahrte auch nach bitteren Erfahrungen und daß seine Zeitgenossen geneigt waren, dem Fürsten manches zu gut zu halten. Diese Anhänglichkeit, der er immer wert zu sein schien, erweckt bei aller Verurteilung seiner Fehler Mitgefühl für sein Geschick.

Seine Gemahlin Sabine hatte Ulrich seit ihrer Flucht nicht wiedergesehen; alle Versöhnungsversuche scheiterten an der Abneigung des Herzogs. Als dieser starb, lebte sie am Hofe ihrer Brüder in München; ihr Sohn

Digitized by Google

Christoph ließ sie dort abholen und wies ihr Nürtingen zum Witwensitze an. Länger schon der Reformation geneigt, gewann sie sich hier durch große Wohlthätigkeit allgemeine Verehrung. Von Herzog Christoph selbst wurde sie bei wichtigen Dingen um Rat angegangen. 73 Jahre alt starb sie am 30. August 1564.

Ulrichs Schwester Maria war bis 1515 mit Herzog Heinrich von Braunschweig vermählt und dem Bruder im Tode vorangegangen (28. Dezember 1541); sein Bruder Graf Georg (geb. 4. Febr. 1498, gest. 17. Juli 1558), Herr von Reichenweier und lange Zeit Statthalter in Mömpelgard, das ihm 1553 von Herzog Christoph als eigene Herrschaft überlassen wurde, ein edler, tüchtiger Mann, entschloß sich erst 1555 auf Christophs Drängen zur Ehe und führte Barbara, die junge Tochter des Landgrafen Philipp von Hessen, heim. Er starb am 17. Juli 1558 und hinterließ ein Knäblein, den späteren Herzog Friedrich I.

Auf dem Gebiete des Rechts brachte die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts wenig Neuerungen. Im Privatrecht überwogen noch die örtlichen Gewohnheitsrechte.

In der Verwaltung wurden zahlreiche Bestimmungen erneuert, in vielen Einzelheiten das Leben der Unterthanen genau geregelt. Jeder Fluch kostete einen Pfennig, den, wer ihn hörte, zu erheben und in den Armenkasten zu legen befugt war; schwerere Gotteslästerung wurde mit dem Turm bestraft. Sommers nach 9, Winters nach 8 Uhr durfte sich niemand mehr auf der Gasse oder im Wirtshaus blicken lassen; das Zutrinken wurde geahndet. Der Wucher, der Handel mit Juden, die eigenmächtige Aufnahme von verzinslichen Geldern wurde verboten.

Der Luxus war durch Fest- und Kleidervorschriften beschränkt; so wurde die äußerste Zahl der Gäste bei den Hochzeiten, der höchste Wert ihrer Geschenke vorgeschrieben, das Übermaß in der Kleidung abgestellt. Bauern waren dabei auf inländische Tücher und gemeines Pelzwerk angewiesen; nur ihren ledigen Töchtern wurden seidene Haarbänder und Gürtel gestattet. Auch der gewöhnliche Bürger und Handwerker mußte sich wertvoller Stoffe enthalten; ihre Frauen durften schon zu bescheidenem seidenem Ausputz, ihre Töchter zu Schleiern mit goldener Borte und Haarbändern aus Samt mit silberner Spange greifen. Gelang es einem, in Gericht

Digitized by Google

oder Rat gewählt zu werden, so stand es ihm frei, gleich den Kaufleuten, seidenes Wamms und Barett, auch goldene Ringe zu tragen, an seinen Wehren silberne Verzierungen anzubringen, seinen Söhnen statt den glatten Hosen zerschnittene anzuschaffen, seine Frauen und Töchter mit samtverbrämten Kleidern, seidenen Hütlein und reicherem Schmuck auszustatten. Die herzoglichen Sekretäre, Vögte und andere nichtadeligen Amtsleute zeichneten sich noch durch samtene Barette und goldene Kragen aus. Entsprechend dem Wohlstand in der Kleidung ist auch die übrige Lebenshaltung eine behagliche. Fast alle Bauern hatten eigene Keller voll Weins; die Handwerksleute verlangten ihren Weintrunk schon zur Morgensuppe, wie zu Mittag und Abend. Das Fleisch war billig; ein Pfund vom Kalb kostete nicht ganz einen Kreuzer, eine Ente drei; genossen wurden auch Würste aus Pferdefleisch. Fische wurden eifrig gezüchtet und gefangen, auch fremde, wie Häring und Lachs, billig eingeführt; sehr groß war der Bedarf an Gewürzen und Südfrüchten. Bäder wurden häufig genommen, Belustigungen wie Scheibenschießen und Tanz gerne besucht. Letzterer führte zu solchen Ausschreitungen, daß verboten werden mußte, vor und nach dem Gottesdienste zu tanzen, und daß eigene Männer aufgestellt wurden, welche dabei über Anstand in der Haltung und Maß in der Zeitdauer wachen sollten. Am wenigsten hatte die Wohnung gewonnen; selbst Herrenhäuser waren noch vielfach enge und dunkel; man fand in ihnen zur Bequemlichkeit nur Kissen auf den Bänken und Stühlen, dagegen prächtige Teppiche und reiches Geschirr aus Gold, Silber, Zinn, Messing und Kupfer.

Gewerbe und Handel wurde möglichst in die Städte gezogen, Fremden das Ausbieten der Waren im Umherreisen verboten. Vielfach ließ man im Hause arbeiten gegen billigen Lohn: der Metzger bekam z. B. in Blaubeuren für das Schlachten eines Ochsen einen Batzen, für dasjenige eines Kalbes nur Wein und Brot, der Schneider täglich drei, der Schuhmacher vier, der Maurer und Schreiner sechs Kreuzer. Man klagte übrigens, daß fast nichts mehr ohne Betrug gearbeitet oder verkauft werde, ebenso daß die Arbeiter und das Gesinde immer anspruchsvoller werden und ohne Ursache aus dem Dienste laufen.

Behufs gleichmäßiger Steuerumlage wurde das Vermögen sämtlicher Unterthanen angeschlagen. Während die eigentliche Landsteuer mehrfach herabgesetzt wurde, dehnte sich das Gebiet des Steuerbaren aus. Da der Landesherr für die Kosten öffentlicher Einrichtungen selbst aufkommen mußte, so besteuerte er deren Genuß. So wurde der kleine Zoll für Unter-

Digitized by Google

haltung von Wegen und Stegen erhoben, ein Stättegeld für die Besuchung der Märkte; diese beiden gingen übrigens in Stuttgart samt den entsprechenden Lasten an die Stadt über. Der große Zoll für Einfuhr von Waren verblieb dem Herzog. Vom Wein mußte ein bedeutendes Umgeld abgegeben werden; die Wirte konnten dabei eine bestimmte Summe vereinbaren; in manchen Orten läutete der Meßner alle Monate zur Angabe des Umgelds.

Bei der großen Ausdehnung der Leibeigenschaft bildeten die daher rührenden Gefälle eine bedeutende Einnahmequelle. Meist mußte statt der früheren Abgaben des besten Viehs und Kleids aus der Hinterlassenschaft eines Mannes von je hundert Pfund Heller ein Gulden bezahlt werden, aus derjenigen einer Frau die Hälfte. Jährlich war eine Henne abzuliefern, mindestens von den leibeigenen Frauen.

Dazu kamen die auf allen nicht befreiten Gütern ruhenden Grundzinse in Geld, Hühnern, Eiern, Käse, selbst Salz und Pfeffer; allein die Stuttgarter Amtsorte lieferten jährlich mehr als 2000 Sommerhühner und ebensoviele Eier.

Drückend war vielfach der kirchliche Zehnte: in Plochingen mußte der Probstei Nellingen bis zu einem Fünftel des Ertrags an Wein gezehntet werden; doch schenkte der Probst wieder einen Teil der Gemeinde und drückte ein Auge zu, wenn in der Kelter jedermann sich den Zehentwein schmecken ließ.

Neben solchen als öffentlich rechtliche Leistungen erscheinenden Abgaben ruhten auf den Bauern, die im Genuß eines Lehengutes waren, noch zahlreiche Lasten. Nicht nur durften sie vielfach auf dem Felde nichts ohne Erlaubnis verkaufen, sondern mußten auch zahlreiche Gülten abliefern. Da gab es an Lichtmeß Fasnachthennen, an Ostern Eier, am Johannistag Wiesengült, im Herbst Hühner, zu Galli Gänse, Martini Korn und Haber, Schweinsfüße zu Andreä, ein herkömmliches Geschenk an Weihnachten und dazu Dienste nach Gelegenheit.

Nach wie vor der Reformation blieben die Klöster in einem besonderen Verhältnisse zum Lande. Wenigstens bei den größeren erstreckten sich die Herrschaftsrechte des Herzogs nicht unmittelbar auf deren Unterthanen; meistens übte vielmehr der Abt die Gerichtsbarkeit und die Besteuerung selbst aus. Dafür hatte er dem Herzoge seinen Teil an der Landsteuer zu bezahlen, bei Kriegen eine Anzahl Bewaffneter zu stellen, bei Reichsumlagen ein Ansehnliches zu übernehmen. Schon unter der östreichischen Regierung hatten die württembergischen Äbte in Notzeiten ein Drittel ihrer

Digitized by Google

Einkünfte abgeben müssen. Sehr belästigt wurden sie durch die häufigen Besuche der herrschaftlichen Jäger und die in die Klöster eingelegten Hunde, so daß sie auf dem Landtag von 1520 klagten, sie werden dadurch sogar am Gottesdienste verhindert. Innerhalb des Klostergebiets stand es den Äbten wie anderen großen Grundherren frei, nach ihrem Belieben zu schalten. Aus den letzten Zeiten des Klosters Blaubeuren hat sich eine eingehende Beschreibung vom dortigen Leben und Treiben erhalten, aus der uns das idyllische Bild einer Klosterwirtschaft entgegentritt. Das zahlreiche Gesinde hat an Sonn- und Feiertagen Messe, Predigt und Vesper zu besuchen, die werktäglichen Gottesdienste so oft wie möglich. In der Frühe wird Armen Brot, zu Mittag Speise ans Thor gebracht. Ein Speisezettel für das ganze Jahr regelt die Küche; der Kellermeister bereitet nach den vielartigen Vorschriften die beliebten Würzweine. An Festen darf das Gesinde an den Hoftafeln essen: Brühe, Fleisch, Kraut oder Rüben, Braten, Hirsen- oder Reismus bilden den Schmaus; dazu wird zweimal Wein eingeschenkt. An Martini wird ein großes Faß durch die Stadt gefahren und jeder Haushaltung eine Maß Wein geliefert zum Dank für den Wachdienst; der herzogliche Obervogt erhält vier große Kannen. An Ostern wurden Fladen aus tausend Eiern gebacken und gleichfalls in den Haushaltungen verteilt. An Weihnachten erhielten alle württembergischen Beamten in der Stadt Geschenke; dem Herzog wurden zehn Goldgulden nach Stuttgart geschickt, — früher als die Herren noch nicht Fürsten waren, waren sie mit wenigerem zufrieden. Am Stephanstag kamen die Klosterpfarrer und brachten dem Abte Käse oder Kapaunen; dafür wurden sie zum Essen geladen und erhielten etwa ein Paar Sporen. An der Kirchweihe wurde viel geschlachtet und alles, was zum Kloster Beziehung hatte, bewirtet. Sommers um acht, Winters nach sechs Uhr abends wurde das Thor geschlossen, auch im Klostergasthause um acht Uhr der Tiegel mit Unschlitt gelöscht, nachdem die Kerzen nur zur Nachtmahlzeit geleuchtet hatten.

Digitized by Google

V. Abschnitt.

Herzog Christoph.

1550—1568.

Herzog Christoph (1550—1568) stand im 36. Jahre (geboren 12. Mai 1515), als er die Regierung antrat. Sein Schicksal war so wenig wie das des Vaters freundlich gewesen, hatte ihn aber für die Aufgaben, welche seiner harrten, tüchtig geschult. In frühester Jugend dem Vater entrissen, von der Mutter getrennt, wurde er als Anwärter auf sein Stammland von Östreich beargwohnt, von Bayern gegen letzteres ausgespielt und bekam so zeitig genug einen Einblick in die politischen Händel. Sein kühnes Auftreten hatte dazu beigetragen, Württemberg dem Hause Östreich zu entwinden. Aber eben dadurch wurde er auch Herzog Ulrich verdächtig, und statt daß er nach dessen Rückkehr ins Land endlich ein Vaterhaus gefunden hätte, wurde er nach wenigen Monaten veranlaßt, sich in französische Dienste zu begeben. Beinahe acht Jahre lang blieb er dort und erwarb sich durch Unerschrockenheit und Klugheit großes Ansehen. Erst als sich Ulrich mit Bayern ausgesöhnt und mit seinem, bisher Christoph gegenüber begünstigten, Halbbruder Georg überworfen hatte, kam es zur Rückberufung des Sohnes, freilich nur nach dem fernen Mömpelgard, dessen Statthalterschaft demselben übertragen wurde (1542). Damals verpflichtete er sich zur Beibehaltung der evangelischen Lehre in Württemberg, nachdem er schon länger, wenn auch nicht offen, zu derselben hingeneigt hatte. Als Herrin führte er nach Mömpelgard Anna Maria, des Markgrafen Georg von Brandenburg-Ansbach Tochter, mit der er sich am 24. Februar 1544 vermählte. Seine Stellung bot ihm Anlaß zu vielen Klagen. Da die Einkünfte der Grafschaft zum großen Teile seinem Oheim Georg vorbehalten waren, blieb ihm nur weniges

Digitized by Google

übrig. Die Folge davon war, daß sein Vater ihm schlechtes Haushalten vorwarf und ihn im Verdacht hatte, daß er ihm zum Nachteile sich um fremde Dienste bemühe, wozu dem Prinzen allerdings Frankreich wie Österreich entgegenkamen. Trotzdem lehnte er nach dem schmalkaldischen Kriege das von kaiserlicher Seite gemachte Anerbieten ab, sich gegen des Vaters Willen als Mitregent aufstellen zu lassen.

Als die Regierung an Herzog Christoph fiel, hatte König Ferdinand durch die spanischen Besatzungen das Land noch ziemlich in der Gewalt und war offenbar entschlossen, nach dem voraussichtlich für ihn günstigen Ausgang des Lehensprozesses von derselben Gebrauch zu machen. Glücklicherweise war Christoph, eben in dieser Angelegenheit nach Württemberg berufen, im Lande anwesend, als sein Vater verschied; von Calw aus eilte er noch am Todestage nach Tübingen, ließ die Stadtthore schließen und betrieb in Eile die Huldigung des Landes. Mit heller Stimme fielen die Unterthanen ein in den Ruf: „Hie gut Württemberg in Ewigkeit".

Eine der ersten Handlungen des neuen Herzogs war, den Befehl hinauszugeben, daß auf den Kanzeln keine ungeschickten und hitzigen Worte gebraucht werden. Er fürchtete nicht nur alle Anlässe zum Eingreifen von außen, sondern haßte auch allen Streit über die evangelischen Wahrheiten in dem festen Glauben, daß das Wort Gottes durch eigene Kraft die Menschen überzeugen müsse. Demgemäs waren die mannigfachen Versuche, ihn durch Eröffnung glänzenderer Aussichten zum Aufgeben seines protestantischen Standpunktes zu bewegen, vergeblich.

Das wichtigste Anliegen Christophs war die Stellung zum Kaiser und zum König Ferdinand. Dort fand er, wie zu erwarten war, freundliches Entgegenkommen. Denn Karl V. ging mit dem Gedanken um, das Reich an seinen Sohn Philipp zu bringen, und brauchte dazu die Unterstützung der Fürsten; er zog daher auch die Spanier aus Kirchheim, Schorndorf und dem Asperg zurück und schickte dafür nur auf den letzteren eine kleine deutsche Besatzung. Von Ferdinand wurde das Schreiben mit der Anzeige von dem Regierungsantritt Christophs nicht angenommen, weil die Aufschrift nicht den Titel eines Herzogs von Württemberg enthielt. Denn während Christoph die Anschauung geltend machte, daß durch den Tod seines Vaters der Rechtsstreit mit Ferdinand gegenstandslos geworden sei, hielt jener um so entschiedener an der Beute fest, die er sich beinahe schon rechtmäßig zugesprochen glaubte. Der Herzog fand nötig, seine Landstände eine Verwahrung gegen die Absicht des Königs einlegen zu lassen; selbst die Ritterschaft, in ihren Rechten beeinträchtigt, beteiligte sich

Digitized by Google

an derſelben. Weit gingen die Zugeſtändniſſe Chriſtophs: er wollte die Afterlehenſchaft, die für ihn rechtlich kaum beſtand, in den Kauf nehmen; er wollte dem Könige eine beträchtliche Hilfe an Geld oder Mannſchaft leiſten; ja er verſprach ſogar die dem Herzogtum nicht einverleibte Feſte Hohentwiel abzutreten und, wenn nur auf württembergiſche Landesteile verzichtet würde, eine Summe zum Ankauf anderer Gebiete hinzugeben. Der Landtag war mit den Vorſchlägen des Herzogs einverſtanden; nur bedang er ſich vorher die Beſtätigung des Tübinger Vertrags und die Abſtellung von Beſchwerden aus. Aber König Ferdinand verlangte mehr als die Hälfte des Herzogtums, und trotz den Bemühungen des Kaiſers und einflußreicher Fürſten, blieben die Verhandlungen ergebnislos, bis die veränderte politiſche Lage auf ſie einwirkte.

In der württembergiſchen Kirche galt noch das Interim. Freilich war es nur notdürftig eingeführt und es lag nicht in Chriſtophs Abſicht, ſein ſanftes Erlöſchen anders als der Form zulieb aufzuhalten. Statt der allerſeits unbeliebten Interimspriester wurden allmählich nur noch Prädikanten und Katechiſten ernannt; für größere Landesteile wurden Generalſuperintendenten, für die einzelnen Bezirke Dekane eingeſetzt. Nur weil der Herzog zum Dank für die Rückberufung der ſpaniſchen Beſatzungen ſich dem Kaiſer gegenüber für das Interim ausdrücklich hatte verpflichten müſſen, machte er demſelben nicht ſofort ein Ende.

Es geſchah ebenfalls dem Kaiſer zu Gefallen, daß Herzog Chriſtoph das 1551 wieder eröffnete Konzil von Trient zu beſchicken beſchloß. Gleich hier zeigte ſich ſeine Neigung und Fähigkeit, ſich in kirchenpolitiſchen Fragen an die Spitze der proteſtantiſchen Stände zu ſtellen. Er ſuchte und fand bei mehreren Höfen Unterſtützung für ſeinen Plan, ließ durch Johann Brenz, der, wenn auch erſt insgeheim, ihn hauptſächlich beriet, ein württembergiſches Glaubensbekenntnis abfaſſen, dasſelbe von auswärtigen Theologen als der Lehrmeinung der augsburgiſchen Konfeſſion entſprechend anerkennen und durch einige Räte dem Konzil übermitteln. Einen greifbaren Erfolg hatte hier die Sache nicht; ſchon die Auffaſſung des württembergiſchen Herzogs, daß der Papſt nicht als Richter, ſondern als Partei anzuſehen ſei, wurde ſcharf zurückgewieſen. Ebenſo wenig konnte eine zweite, meiſt aus Theologen, darunter Brenz ſelbſt, beſtehende Geſandtſchaft etwas ausrichten; es blieb bei aufſchiebenden Erklärungen.

Der Ausgang des ſchmalkaldiſchen Krieges hatte nicht alle Gegner des Kaiſers entmutigt; die habsburgiſch-ſpaniſche Politik desſelben erregte vielfachen Anſtoß. Der nunmehrige Kurfürſt Moriz von Sachſen, deſſen

Digitized by Google

Verrat den Sieg des Kaisers entschieden hatte, wandte sich, nachdem er seine nächsten Zwecke erreicht, innerlich bald wieder von ihm ab. Er verhandelte insgeheim mit König Heinrich II. von Frankreich, der sich, wie einst sein Vater, Aussichten auf den deutschen Thron machte, und schloß mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen, dem Sohne des gefangenen Philipp, und anderen deutschen protestantischen Fürsten ein Bündnis. Gegen den Umsturz der deutschen Freiheit, welche durch Erblichmachung der Kaiserkrone bedroht schien, gegen die Unterdrückung der Religion und die Gefangenschaft der Fürsten von Hessen und Sachsen sollte sich dasselbe richten. Es kam sogar zur Überlieferung von Metz, Toul, Verdun, Cambrai an den französischen König, wobei allerdings die Rechte des Reichs vorbehalten wurden; König Heinrich verkündigte sich in offenem Schreiben an die Reichsstände als Wiederhersteller der Freiheit Deutschlands und der gefangenen Fürsten.

Es war für Herzog Christoph nicht leicht, sich zu einer bestimmten Stellungnahme in dem ausbrechenden Kampfe zu entschließen. Zwar gegen die Einmischung des Königs von Frankreich war er entschieden und fürchtete dessen Begehrlichkeit und Untreue; aber die Ziele der Verbündeten liefen seinen Wünschen nicht entgegen und ihr Sieg konnte ihm leicht die Möglichkeit gewähren, König Ferdinands Ansprüche auf Württemberg abzuschütteln. Auf der andern Seite mußte er durch eine Niederlage, in die er vielleicht verwickelt wurde, jede Aussicht auf Unterstützung durch den Kaiser verlieren, der doch sich eben jetzt seiner warm gegen den eigenen Bruder annahm. Neigung und Klugheit bestimmten den Herzog zu einer vermittelnden Haltung, zu der ihn im Auftrage des Kaisers auch die Kurfürsten von Mainz und Köln aufforderten. Im März 1552 kamen diese mit ihm in Göppingen zusammen; man beschloß eine Vereinigung von den Parteien genehmen Fürsten zum Zwecke des Ausgleichs zu bilden. Dabei wurde der Hintergedanke nicht unterdrückt, daß die Vermittler die schönste Gelegenheit haben, für ihre eigenen Beschwerden sich Abhilfe zu verschaffen.

Die Schritte zur Verhütung des Kampfes hatten keinen Erfolg, sicherten aber Württemberg, das nach Ausbruch der Feindseligkeiten von beiden Seiten um Hilfe angegangen wurde, die Neutralität; eine kleine Zahl geworbener Truppen wurde zur Aufrechthaltung derselben zusammengezogen. Rasch drangen die zum Krieg verbündeten Fürsten nach Süddeutschland vor, bemächtigten sich Augsburgs und beschossen vom 12. bis 18. April Ulm. Wenige Tage nachher traf Moriz von Sachsen, die Ver-

Digitized by Google

stimmung König Ferdinands gegen den Kaiser benützend, mit dem ersteren in Linz zusammen und verabredete, die vielen Irrungen in Deutschland auf einem Fürstentage, welcher vom 26. Mai ab in Passau zusammentreten sollte, beizulegen. Aber während die in Worms versammelte Mittelpartei mit Herzog Christoph sich ängstlich bemühte, den Krieg einzudämmen, den König von Frankreich durch Verhandlungen zurückzuhalten und den religiösen Hader durch den Vorschlag eines in Deutschland abzuhaltenden Konzils zu beschwichtigen, benützte Kurfürst Moriz die bis zur Eröffnung der Passauer Verhandlungen gelassene Frist, um einen Hauptschlag auszuführen. In geheimem Einverständnisse mit König Ferdinand zog er nach Innsbruck, wo es ihm beinahe gelang, den Kaiser zu überfallen. Erst am Tage vor Beginn des in Aussicht genommenen Waffenstillstands reiste Moriz nach Passau ab.

Hier sollte auch der Prozeß um Württemberg seinen Austrag finden. König Ferdinand hatte selbst seine Willfährigkeit bezeugt; die Kurfürsten, welche Christoph um Unterstützung angegangen, hatten versprochen, das Reichsrecht zu seinen Gunsten geltend zu machen. Am 1. Juni 1552 wurden die Verhandlungen in Passau eröffnet. Herzog Christophs Wünsche gingen auf ein deutsches Nationalkonzil, Befreiung von der Afterlehenschaft, Herabsetzung der Reichsanlage für Württemberg, Zurückziehung der kaiserlichen Besatzung von dem Asperg, Aussöhnung des Grafen Georg mit König Ferdinand. Dem Kaiser mußte daran liegen, daß Christoph nicht durch harte Gegenforderungen in das Lager der Französlinge getrieben würde; er verwendete sich eifrig für denselben. Aber gerade die Verquickung der württembergischen Sache mit derjenigen des aufrührerischen Kurfürsten Moriz drohte sie scheitern zu machen. Denn je weniger der Kaiser bereit war, sich dem Kurfürsten gegenüber etwas zu vergeben, desto weniger willfahrte der König Karls V. Schützling Christoph. Ja sogar, als durch den Weggang des Kurfürsten von den, wie es schien, aussichtslosen Verhandlungen der Kampf wieder entbrannte und die Mittelpartei mit Herzog Christoph zu neuen Verhandlungen zusammentrat, wurden in Passau (16. Juli) zwar die allgemein deutschen Angelegenheiten ausgetragen; aber der Ausgleich wegen Württembergs fand noch bedeutende Schwierigkeiten. Immer noch gingen die beiderseitigen Bedingungen sehr weit auseinander. Herzog Christoph hatte die Bezahlung von 130 000 Gulden gegen Aufhebung der Afterlehenschaft geboten; König Ferdinand hielt an letzterer fest und verlangte 300 000 Gulden nebst dem Asperg und dem Hohentwiel samt 10 000 Gulden jährlicher Zinse. Nachher ließ er zwar

Digitized by Google

vom Asperg nebst diesen Zinsen ab, erhöhte aber die Geldforderung auf das Doppelte. Durch das Zureden befreundeter Fürsten wurde Christoph endlich veranlaßt, die Afterlehenschaft zuzugeben und 200000 Gulden zu bieten. Als alles zu scheitern schien, setzte Herzog Albrecht von Bayern, der gemeinsame Vertraute, einen Entwurf auf (6. August 1552), dessen wesentlicher Inhalt zehn Monate später, aber mit dem ursprünglichen Datum, von Herzog Christoph zu Heidenheim unterschrieben wurde. Dieser hatte lange gezögert, und es war ihm, wieder durch bayerische Vermittlung, gelungen, einzelne Punkte desselben für sich günstiger zu gestalten, wenn er auch die Lehenschaft nicht los wurde: er bezahlte an König Ferdinand 250000 Gulden; Graf Georg, welchen der Kaiser aus der Acht entlassen hatte, wurde in die Lehenserbfolge aufgenommen; Württemberg selbst blieb unverletzt. Zur vollen Rechtskraft fehlte auch diesem Vertrage die Einwilligung der Kurfürsten in die Lehenseigenschaft des früher reichsunmittelbaren Herzogtums und diejenige der württembergischen Stände in die Aufhebung ihrer durch den Herzogsbrief gewährleisteten Rechte. Am 10. August 1553 gab endlich Karl V. den Befehl, auch den Asperg zu räumen.

Im Lande selbst benützte Christoph die günstige Lage, um das verhaßte Interim vollends abzuschaffen. Ein Erlaß vom 30. Juni 1552 ordnete an, daß die Messe bis auf weiteren Bescheid aufhören solle. Das war in den Pfarrkirchen fast ausnahmslos schon vorher geschehen; mit den Klöstern wartete man auch jetzt noch zu, um den Kaiser nicht unvorsichtig zu reizen. Doch wurde den Äbten schon im Juli verboten, Novizen anzunehmen und die vorhandenen entgegen dem württembergischen Bekenntnis mit Zeremonien und Gelübden zu beschweren. Den Mönchen selbst, soweit solche noch vorhanden waren, blieb ihr Gottesdienst, und erst der Augsburger Religionsfriede bahnte die Einsetzung evangelischer Prälaten in den umgewandelten Klöstern an. Der Tod des Stiftsprobstes in Stuttgart gab dem Herzog Gelegenheit, seinen vorzüglichsten Theologen, Johann Brenz, zu dessen Nachfolger zu ernennen und ihn auch öffentlich an die Spitze des württembergischen Kirchenwesens zu stellen. Die lange Zeit vermittelnde Richtung von Brenz, welche mit der Politik Christophs übereinstimmte, hat für die Durchführung der Reformation Württembergs reiche Früchte getragen; seine durch Lehrstreitigkeiten hervorgerufene Stellungnahme für bestimmte Formeln hat aber auch den Herzog doch noch auf die Bahn schroffen Glaubenseifers gebracht.

Für die oberste Leitung der Kirche fand in Württemberg die Kon-

Digitized by Google

fistorialverfassung Eingang, welche die landesherrlichen Rechte sehr weit ausdehnte. Die Visitationsordnung vom 26. Mai 1553, durch welche die Kirchenbehörde eine feste Gestalt erhielt, wies den geistlichen Mitgliedern gegenüber den weltlichen einen nicht sehr großen Geschäftskreis zu. Dagegen hatten die Generalsuperintendenten, jetzt vier an der Zahl, ihr Augenmerk auf alles zu richten, was für die kirchlichen, sittlichen und finanziellen Aufgaben der Visitation (Kirchenrat) in Betracht kam.

Eine tief einschneidende Neuerung fand in der Verwaltung des Kirchenguts statt. Ursprünglich hatte es nur Ortskirchenvermögen gegeben und dieses war durch Herzog Ulrich bedeutend geschmälert worden. Christoph vereinigte die einzelnen Ortskirchenvermögen zu einem allgemeinen Kirchengut, aus dem die Bedürfnisse von Kirche und Schule bestritten wurden. Dadurch war der Geistliche der peinlichen Last enthoben, seine ganze Besoldung selbst innerhalb der Gemeinde eintreiben zu müssen; namentlich aber wurden durch die Überschüsse der einen Stelle die Abmängel der anderen gedeckt, während vorher jene als entbehrlich eingezogen, diese aber selten berücksichtigt wurden. Ausreichen konnte das Kirchengut aber erst, nachdem das Einkommen der Klöster zu ihm geschlagen wurde.

Für die kirchliche Lehre blieb neben dem augsburgischen das württembergische Glaubensbekenntnis maßgebend. Die gefährlichste Strömung, welche die Lehreinheit bedrohte, die calvinistische, gab Veranlassung, daß durch eine Synode ein eigenes Bekenntnis vom Abendmahl abgefaßt wurde (1559), auf das alle Prediger sich verpflichten mußten. Außerhalb des Landes begegnete dasselbe mit seiner Lehre von der Ubiquität Christi teils kühler Ablehnung, teils entschiedenem Spotte, vor allem Melanchthons.

Jahrzehnte lang zeigte sich übrigens da und dort Hinneigung zum Katholizismus, namentlich in Wallfahrtsorten; auch die sektiererischen Lehren Schwenkfelds und der Wiedertäufer fanden vielen Anklang, so daß scharfe Verordnungen dagegen erlassen wurden. Im Ganzen aber gewann die evangelische Kirche nach Abschaffung des die religiöse Gleichgiltigkeit fördernden Interims festen Boden, wenn es ihr auch trotz vielen Bemühungen nicht gelang, den sittlichen Zustand des Volkes entschieden zu heben. Die Absicht, durch strenge Kirchenzucht auf diesem Gebiete einzuwirken, scheiterte an der Unmöglichkeit der Ausführung durch den weltlichen Arm, und der Versuch Jakob Andreäs und Caspar Lysers, nach dem Genfer Vorgange Calvins durch Gemeindeälteste die Unwürdigen aus der Kirche auszuschließen, stieß außerdem auf den Widerstand der Oberkirchenbehörde, welche nicht in jedem Dorfe eine Art Konsistorium schaffen lassen wollte.

Digitized by Google

In den Mannsklöstern hielten sich die katholischen Äbte teilweise bis nach dem Augsburger Religionsfrieden, wenn auch ihre Verwaltung durch herzogliche Beamte beaufsichtigt wurde. Am 9. Januar 1556 ließ der Herzog den nach Stuttgart berufenen evangelischen wie katholischen Äbten unter Hinweis auf das Schweigen des Konzils bei Übergabe des württembergischen Bekenntnisses und die Bestimmungen des Religionsfriedens, sowie auf das ärgerliche Verhalten der jungen Klosterinsassen, eine neue Ordnung vorlegen. Als Zweck des Klosterlebens wurde darin das Studium der heiligen Schrift bezeichnet, als Hauptaufgabe die Ausbildung von Kirchendienern, da ja das Vermögen der Klöster namentlich aus ursprünglichen Pfarrkirchengütern bestehe. Der Abt wird auf die weltliche Verwaltung verwiesen — bald ist ihm diese jedoch abgenommen worden —; ihm zur Seite werden Klosterpräzeptoren gesetzt, die neben wissenschaftlichem Unterricht täglich den Psalmengesang und das Bibellesen leiteten [1]). Aufgenommen sollten in das Kloster nur noch begabte und ehrbare Landeskinder werden, welche mindestens 14 Jahre alt wären; Vorbedingung wurde eine Prüfung in Stuttgart. So sind aus den Klöstern die niederen theologischen Seminarien samt dem Landexamen entstanden. Zur Weiterbildung diente das in das Augustinerkloster verlegte Stipendium in Tübingen, das ausschließlich für Theologen bestimmt wurde.

Während so die Mönchsklöster rasch genug umgewandelt wurden, hielten die Frauenklöster noch lange Stand. Trotz eindringlicher Aufforderungen zum Übertritt, trotz Einführung evangelischen Gottesdienstes harrten nicht wenige Nonnen bei ihrem Glauben aus und erst ihr allmähliches Absterben leerte vollends die Klöster. Eine größere Zahl freilich verzichtete gegen Entschädigung auf ihre Ansprüche.

Die ganze kirchliche Gesetzgebung wurde in der großen Kirchenordnung vom 15. Mai 1559 zusammengefaßt. Diese ist mit ihren Bestimmungen über die Lehre, das Kirchengut und die Kirchenbehörde zu dem Ansehen einer Bekenntnisschrift der württembergischen Kirche gelangt.

In die große Kirchenordnung ist die Schulordnung aufgenommen, durch welche mit sämtlichen Meßnereien deutsche Schulen vereinigt werden sollten. Die Bestellung von Schulmeistern war Sache der Gemeinden, wenn auch deren Prüfung und Bestätigung dem Kirchenrat zustand. Bei dem vielfachen Mangel an Besoldungsmitteln und der genügsamen Zu-

---

[1]) An die Stelle der Messe trat das allsonntägliche Abendmahl, an welchem immer etwa ein Drittel der Klosterinsassen teilzunehmen hatte.

Digitized by Google

friedenheit mit den Leistungen mancher bisher neben ihrem Gewerbe unterrichtender Männer ließ sich zwar noch nicht das ganze Volksschulwesen gleichmäßig regeln; aber Herzog Christoph gilt mit Recht als der erste deutsche Fürst, welcher den Begriff der Volksschule klar erfaßt hat. Während noch sein Vater vorwiegend den Zweck der Heranbildung eines brauchbaren Beamtenstandes im Auge hatte, geht Christophs Absicht auf genügenden Schulunterricht für das ganze Volk, damit ihm namentlich die Schriften über seinen Glauben selbst zugänglich würden.

Die staatsrechtliche Anerkennung der Reformation, wie diese durch die große Kirchenordnung thatsächlich besiegelt worden war, brachte der Landtag von 1565. Die Landschaft und die als zweiter Landstand anerkannten Prälaten erhielten die Zusicherung, daß das augsburgische und württembergische Glaubensbekenntnis von den Herzogen geschützt werden solle. Christoph verzichtete damit für sich und seine Erben auf das landesherrliche Reformationsrecht, freilich nicht zu Gunsten der Glaubensfreiheit, sondern zur Festigung seiner bestehenden Kirche und unter Verwahrung dagegen, daß die Unterthanen im Falle eines darüber entstehenden Streites die gebührende Bescheidenheit verletzen.

Kaum hatte Herzog Christoph durch den Gang der Passauer Verhandlungen Luft bekommen, so trieb es ihn auch außerhalb seines Landes im Sinne der Reformation thätig zu sein. Zweifelte er doch nicht an der Möglichkeit, daß die Einheit des Glaubens in seinem Sinne hergestellt werde. Auf Bitte des Pfalzgrafen Otto Heinrich überließ er diesem eine Zeit lang Brenz zur Ordnung des Kirchenwesens; allmählich folgten die Markgrafschaft Baden-Pforzheim, die Helfensteinische Herrschaft Wiesensteig, die Grafschaft Öttingen, die Reichsstädte Rothenburg a. T. und Hagenau i. E., die Herzogtümer Jülich-Cleve und Braunschweig, — überallhin sandte Christoph seine wohlgerüsteten Theologen, neben Brenz namentlich den später durch das Konkordienwerk bekannten Jakob Andreä. Manchmal war die Wirkung keine bleibende; aber schon das anfängliche Gelingen zeugt von dem Einfluß des württembergischen Herzogs. Und nicht zufrieden mit der Wirksamkeit in Deutschland, ergriff derselbe eifrig jede Gelegenheit, in fernen Ländern das Evangelium zu unterstützen. Sein Hauptwerkzeug dabei war der Italiener Vergerio, einst Bischof und päpstlicher Nuntius, den er in seine Dienste nahm, ein Mann voll unruhiger Beweglichkeit, mehr Diplomat als Glaubensapostel, aber trotz mancher Schwächen von redlicher Überzeugung. Vergerio konnte seine ausgedehnten Beziehungen benützen, um am Hofe zu Ferrara im Sinne Christophs zu

Digitized by Google

arbeiten, der zur Stärkung der protestantischen Sache um die Hand der dortigen Prinzessinnen, der durch Tasso verklärten Gestalten, für ihm nahe stehende Fürsten werben ließ, darunter um diejenige Leonorens für seinen ältesten Sohn Eberhard. Ebenso wirkte Vergerio in des Herzogs Auftrage mit nicht geringem Erfolge in Polen und für die den Hussiten verwandten böhmischen Brüder. Noch ein anderer, um seines Glaubens willen heimatloser, hervorragender Flüchtling bot sich zu diesem Zwecke an, der Kärnthner Johann Ungnad von Sonnegg. Einst ein tapferer Heerführer gegen die Türken, aber wegen des Glaubenswechsels beim Kaiser in Ungnade gefallen, ergriff er die durch Vergerio dargebotene Hand und ließ sich in Württemberg nieder. Mit großem Eifer ergriff er den Gedanken des gleichfalls aus Östreich vertriebenen Primus Truber, der schon länger große Opfer brachte, um wenigstens aus der Ferne durch den Druck selbstgefertigter slovenischer Übersetzungen von heiligen Schriften auf seine Landsleute einzuwirken. Auf Ungnads Anregung unterstützte Herzog Christoph ihre im Uracher Mönchshof eingerichtete Druckerei, aus der neben den slovenischen noch kroatische und italienische Bücher hervorgingen. Doch hielt sich das Unternehmen nur bis Ungnads Tod (1564).

Wie auf kirchlichem, so bewährte Herzog Christoph auch auf staatlichem Gebiete seinen Sinn für Neuschöpfung und Regelung. Noch unter Herzog Ulrich hatte es sich herausgestellt, daß der Gang der Regierungsgeschäfte ein sehr unsicherer war. Da der Herzog, streng genommen, die Entscheidung über alles zu erteilen hatte, so blieb vieles unerledigt und die Unterthanen wurden mit ihren Anliegen von einer Beamtung zur andern gewiesen. Christoph bezeichnete sofort die Gegenstände, welche er sich selbst vorbehielt, wie Beziehung zu den Nachbarn, Abänderung bestehender Verordnungen, Anstellung von Beamten [1]), und wies den obersten Behörden ihre bestimmten Geschäftskreise zu. Alle zusammen bildeten ursprünglich den herzoglichen Rat, der aus dem Landhofmeister, dem Kanzler, sechs adeligen und elf gelehrten Räten bestand. Bald aber löste sich von diesem oberen Rate, dem die eigentliche Regierung verblieb, die Rentkammer als oberste Finanzbehörde und die Visitation als oberste Kirchenbehörde ab, jedoch so, daß der Oberrat über den beiden anderen Behörden stand und daß es dem Belieben des Herzogs überlassen blieb, ob und mit welchen Räten er sich über wichtigere Fragen besprach.

---

[1]) Als Bedingung für Anstellung bei der Regierung wurde jetzt zum ersten Male die Kenntnis des Lateinischen oder Französischen ausgesprochen.

Digitized by Google

Dem Geiste der Zeit entsprechend erstreckten sich die Regierungsverordnungen fast auf das ganze Leben der Unterthanen. Die Landesordnung vom 2. Januar 1552 gab Vorschriften über eine Menge von Einzelheiten, vom Hören der Predigt und Schutz der Heiligkeit der Ehe bis zu den Fasnachtsverkleidungen und zum Verkauf von Rebpfählen. So sehr das Ganze von einem polizeilichen Geiste durchdrungen ist, der sich auch in den vielerlei Visitationen und Inspektionen äußert, so sehr tritt uns des Herzogs tief gegründeter Eifer um Hebung der Volksschäden entgegen. Bald erfolgte auch die Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes statt den hunderterlei bisher üblichen. Die Landesordnung wurde nach Beratung mit dem landschaftlichen Ausschusse am 17. August 1567 mit Zusätzen wieder veröffentlicht und ist unter geringen Abänderungen bis in das 18. Jahrhundert für die württembergische Verwaltung maßgebend geblieben; sogar die von Herzog Christoph selbst wieder verworfene Einrichtung der heimlichen Aufpasser in den Gemeinden hat sich bis dahin herübergerettet.

In unmittelbarem Anschluß an die Landesordnung ließ Herzog Christoph ein neues Landrecht abfassen oder vielmehr erst schaffen. Denn Privatrecht und Civilprozeßordnung beruhten bis jetzt nur auf Dorf- und Stadtrechten, auf örtlichen Gewohnheiten, die, wenn auch in den Grundgedanken vielfach einig, doch auf die verschiedenste Weise sich zufällig ausgebildet hatten und nur teilweise durch landesherrliche Genehmigung bekräftigt waren. Zur Ergänzung dienten einigermaßen das kanonische und das hauptsächlich dem römischen nachgebildete Reichsrecht. Christophs Gedanke war, die örtlichen Rechte zu sammeln und aus ihrem Inhalt ein gemeinsames Landrecht zusammenzustellen. Aber bei der Verschiedenartigkeit der Bestimmungen war die Ausführung dieses Planes sehr schwierig. In dem zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschuß fanden die Abgeordneten des Landtags überhaupt keinen, die rechtsgelehrten Räte nur den einen Ausweg, von den Ortsrechten ganz abzusehen. So wurde denn die Ausarbeitung den herzoglichen Räten und der Tübinger Juristenfakultät übertragen, welche das neue Landrecht fast ausschließlich auf römischrechtlicher Grundlage herstellten. Die Abneigung gegen die letztere hatte sich bei den Ständen im Laufe der letzten Jahrzehnte so gemildert, daß die neue Rechtssammlung nach kurzer Verhandlung mit denselben als verfassungsmäßiges Landesgesetz angenommen und am 6. Mai 1555 verkündigt wurde. Justiz und Verwaltung blieben in der Bezirksinstanz vereinigt, so daß die Schreiber der Stadt- und Amtsgerichte durch ihre vielseitige

Digitized by Google

Geschäftserfahrung zu einem Einflusse gelangten, der zur Landplage geworden ist. Schwer gewöhnte man sich im Volke selbst an dieses Landrecht; schon 1567 mußte es in manchen Bestimmungen abgeändert werden. Aber bald erlangte es Bedeutung auch über die Grenzen Württembergs hinaus und innerhalb derselben ist es in der 1610 überarbeiteten Form, abgesehen von der Art des Prozeßverfahrens und der Gerichtsorganisation, im Wesentlichen bis heute giltig geblieben.

Für das Strafrecht behielt die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. mit wenigen Abänderungen ihre Geltung.

Auf dem Gebiete des Finanzwesens wurden die Regalien weiter entwickelt und ausgenützt: fast die gesamte Jagd mit den dazu gehörigen Frohnrechten, das Fisch- und Floßrecht stand dem Herzog zu; das letztere hoffte Christoph durch Schiffbarmachung des Neckars, die aber nicht zur Ausführung gelangte, besser verwerten zu können. Dazu kam das Schafweiderecht, der im Schwarzwald nicht ganz unbedeutende Bergbau, die Zölle und das Umgeld. Im Übrigen war der Herzog auf die Kammergüter und Gefälle angewiesen. Im Ganzen betrugen diese Einkünfte etwa 100 000 Gulden und mit ihnen sollten die Ausgaben für den herzoglichen Hofhalt, den Staat und das Reich bezahlt werden. Da dies nie möglich war, so mußten immer wieder die Stände zur Bezahlung der aufgelaufenen Schulden angehalten werden. So entstand die ständige Einrichtung der Ablösungshilfe, der ordentlichen Steuer, aus welcher namentlich die Reichs- und Kreisanlagen zu decken waren; bald wurden aber auch die außerordentlichen Steuern zur Regel. Wie hoch die letzteren sich beliefen, war der Verabschiedung zwischen Fürst und Ständen vorbehalten.

Die Stände, endgiltig aus Prälaten und Landschaft mit Ausschluß der Ritterschaft zusammengesetzt, gelangten unter Herzog Christoph schon wegen der dringend notwendigen Schuldenübernahme zu großer Bedeutung. Die Prälaten vertraten die Unterthanen der Klostergebiete, die Landschaft war aus Abgeordneten zusammengesetzt, welche aus der Mitte der Stadtvertretungen durch die einzelnen Amtsversammlungen gewählt wurden. Die ersteren bezogen ihre Taggelder aus dem Kirchengut, die letzteren von den sie beauftragenden Bezirken, welche ihnen dafür genaue Weisungen für ihre Abstimmungen mitgaben.

Um der Landschaft die durch Steuern zu deckenden Bedürfnisse klar nachzuweisen, bot ihr Christoph sogar an, den jährlichen Aufwand für die Hofhaltung und die Staatsverwaltung gemeinsam festzustellen, ein Anerbieten, das mit der Bemerkung zurückgewiesen wurde, sie fühle sich zu un-

Digitized by Google

verständig, schlecht und gering dazu und überlasse alles dem Herzog und seinen hochverständigen Räten. Für die Landschaft handelte es sich eben nicht sowohl um die Verwendung der Steuern im Einzelnen, als um das Verwilligungsrecht überhaupt; denn die Steuerschraube sollte auch nach oben drücken und dazu dienen, dem sonst so unbeschränkten Landesherrn seine Abhängigkeit in diesem wichtigen Punkte fühlbar zu machen.

Der erste Zusammenstoß zwischen Herzog und Landschaft erfolgte bei Ausbruch des durch Moriz von Sachsen angefachten Fürstenkriegs. Die innerhalb des Landes sitzenden Ritter zeigten sich, das letzte Mal in den den Zeiten des Herzogtums, willig, mit Rat und That das ihrige zu leisten. Die Stände jedoch weigerten sich entschieden, die ihnen angesonnene Bezahlung eines kleinen geworbenen Heeres auf sich zu nehmen; sie seien zwar bereit, im Fall eines Krieges das Landesaufgebot zu unterhalten; aber daneben noch andere Truppen zu besolden, sei verfassungswidrig. Auf Drängen der Räte ließen sie sich zu unbedeutenden Zuschüssen herbei; der Herzog, welcher den Ernst der allgemeinen Lage erfaßt hatte, erlaubte ihnen gnädig, heimzuziehen und behielt seine Söldner auf eigene Kosten. Bedenkt man, daß damals für Herzog Christoph die endliche Abweisung der östreichischen Ansprüche auf Württemberg in Aussicht stand, so ist es begreiflich, daß derselbe — der erste Fall seit Bestehen der württembergischen Verfassung — den Landtag auflöste und die Macht der Thatsachen der bedächtigen Überlegung gegenüberstellte. Auch später führte die an König Ferdinand zu bezahlende Entschädigung und die von Herzog Ulrich ererbte Schuldenlast noch zu mannigfachen Reibereien mit der Landschaft; und so sehr von der letzteren begreiflich ist, daß sie vor der Deckung so großer Summen zurückscheute, so sehr war Christoph im Recht, auf Hebung der nicht von ihm angehäuften Lasten zu dringen. Er konnte der Landschaft beweisen, wie die notwendigen Ausgaben die Einnahmen bedeutend überstiegen, er drohte ihr, die Regierung eine Zeit lang niederzulegen und in fremden Diensten Befreiung von den Schulden zu suchen; jene übernahm zwar den größten Teil der Verbindlichkeiten, aber doch nicht soviel, daß von da an das Gleichgewicht im Hof- und Staatshaushalt hergestellt worden wäre.

Bald benützte die Landschaft die Notlage des Herzogs, um ein, wie sich in der Folge zeigte, äußerst wichtiges Recht von demselben herauszuschlagen. Sie bedang sich aus, nicht nur neben dem bald zurücktretenden herzoglichen Steuereinnehmer zwei eigene zu bestellen, sondern auch die Verwendung der eingegangenen Gelder zur Schuldenabzahlung durch

Digitized by Google

einen Ausschuß zu beaufsichtigen, der sich auch mit sonstigen öffentlichen Fragen befassen konnte. Der Anfang zu solcher Einrichtung war schon unter der östreichischen Regierung gemacht worden; jetzt genehmigte Herzog Christoph (8. Januar 1554) die Ordnung für den engeren und den zwischen diesem und der Landesversammlung selbst stehenden weiteren Ausschuß. Jener sollte aus zwei Prälaten und sechs Abgeordneten der Landschaft bestehen, dieser aus der doppelten Zahl, die aber im Bedürfnisfalle vermehrt werden konnte. Dem engeren Ausschuß lag es ob, jährlich mindestens zweimal zusammenzutreten; der größere sollte versammelt werden, wenn der engere die Verantwortung für eine Sache nicht übernehmen wollte, deren Bedeutung doch nicht groß genug war, um die Einberufung des Landtags zu veranlassen. Den größten Einfluß hat natürlich der engere Ausschuß gewonnen; denn von ihm hing es vielfach ab, ob er eine wichtige Entscheidung von sich allein aus treffen wollte; und außerdem gab ihm das Recht der Selbstergänzung die Macht, nur ihm gefällige Männer sich beizuwählen und so ein durch stätige Überlieferung und strengen Kastengeist gestärktes Kollegium zu bilden, das mit der Zeit nicht nur die in der Verfassung des Landes überhaupt wurzelnde Nebenregierung führte, sondern auch die Volksvertretung selbst in maßloser Weise bevormundete. Herzog Christoph hatte jenes gefährliche Recht der Selbstergänzung nicht mit Bewußtsein zugestanden; er war auch beim ersten Falle der Bethätigung der Ansicht, daß es nicht Sache des Ausschusses sei, den Nachfolger für ein abgegangenes Mitglied zu ernennen, sondern daß die bei der ersten Einrichtung erwählten Klöster und Städte jedesmal ihren Vertreter zu stellen haben. Aber wenn auch für den größeren Ausschuß eine solche Bestimmung getroffen worden war, der kleinere war nur gebunden, einen anderen, frommen, tapferen, verständigen, dem Fürsten ergebenen und in Landschaftssachen erfahrenen Mann zu wählen. So hatte die Landschaft sich eine vom Herzog in den wichtigsten Punkten noch unabhängigere Stellung errungen. Diese wurde zugleich dadurch gestärkt, daß sie als rechtsverständigen Beirat einen Landschaftsadvokaten oder, wie der spätere Titel heißt, Landschaftskonsulenten beizog, der über den Überlieferungen wachte, freilich auch gleich den Schreibern in den Städten durch seine Geschäftsgewandtheit einen dem Sinne der Verfassung ganz widersprechenden Einfluß gewann.

Ein Ausschuß für die Beaufsichtigung der Schuldenzahlung war somit da; aber das Geld, welches bewilligt worden war, genügte eben nicht, um dieselbe durchzuführen, vollends, da immer neuer Zuwachs dazu kam. Herzog Christoph warf ernstlich die Frage auf, ob der sein Besteuerungs-

Digitized by Google

recht so sehr einschränkende Tübinger Vertrag unter den obwaltenden Umständen überhaupt noch einen Sinn habe und ob er nicht beim Kaiser eine Abänderung desselben beantragen solle; er konnte um so leichter auf diesen Gedanken kommen, als ein Zollprivileg, das ihm dieser zum Dank für seine Haltung im Fürstenkriege verliehen, nach der Erklärung des landschaftlichen Ausschusses gleichfalls jenem Vertrage widersprach. Weil aber der im Jahre 1565 zusammengetretene Landtag, derselbe der über die neue Kirchenverfassung endgiltig entschied, sich zu bedeutenden weiteren Einräumungen, namentlich auch der Verzinsung der Hauptschuld, verstand, beruhigte sich der Herzog wieder.

Auf dem Gebiet der deutschen Politik bemühte sich Herzog Christoph bald nach dem vorläufigen Abschluß der Passauer Verhandlungen, den Streit zwischen Karl V. und Frankreich beizulegen. Er begünstigte den Zuzug württembergischer Unterthanen zum Heere des vor Metz liegenden Kaisers; doch hoffte er, durch eine Art von Passauer Tag einen friedlichen Ausgleich herbeiführen zu können. Die Vermittlung schlug dadurch fehl, daß dieselbe infolge des unerwarteten Übertritts des dem Kaiser seither feindlich gesinnten Markgrafen Albrecht von Brandenburg unnötig geworden zu sein schien. Freilich mußte Karl V. unverrichteter Dinge von Metz abziehen.

Während der Kaiser dort beschäftigt war, bekam Herzog Christoph Veranlassung, einen Schützling desselben, den damaligen Deutschmeister, wegen Bruch des Landfriedens zu bekriegen. Der Deutschmeister war von dem Probste zu Ellwangen ohne Wissen des dortigen Stiftskapitels zu seinem Nachfolger bestimmt worden. Da das letztere nach dem Tode des Probstes auf sein Wahlrecht nicht verzichtete und den Kardinalbischof von Augsburg, Truchseß Otto von Waldburg, ernannte, überfiel der Deutschmeister, den Christoph als Schirmherr der Probstei zu schiedsrichterlichem Ausgleich nach Tübingen geladen hatte, am 4. Dezember 1552 die Stadt Ellwangen und zwang sie zur Huldigung. Der Herzog rief sofort seine Mannschaft zusammen: die Lehenleute, die für solche Fälle mit bestimmtem Dienstgeld verpflichteten Herren, die Obervögte und die Forstmeister mit ihren Amtsknechten, die reisigen Schultheißen mit den ihrigen, dazu die sieben Hauptleute, welche zur Führung des Aufgebots bestimmt waren. Zum letzteren hatten die einzelnen Ämter eine verhältnismäßige Zahl zu stellen, Stuttgart die höchste mit 500 Mann, Bietigheim die niederste mit 30; möglichst viele derselben sollten mit Büchsen einrücken. Im Ganzen betrug das erste Aufgebot 4100 Mann; weitere 6000 standen in der Reserve.

Digitized by Google

Von Geschütz nahm er vier Karthaunen (je 70 Zentner schwer) mit, zwei Halbkarthaunen (je 45 Zentner), vier Schlangen (desgl.) und vier Falkonettlein (je 16 Zentner) [1]), dazu 160 Zentner Pulver. Auf je 50 Mann kam ein Wagen für Gepäck und Vorratsmittel; die Verpflegung sollte täglich für jeden in einer Maß Wein, einem Pfund Fleisch, zwei Pfund Brot neben Suppe und Gemüse bestehen. Schon am 13. Dezember gab der Deutschmeister Ellwangen wieder auf, am 17. wurde es von Württembergern besetzt. Um einen noch größeren Druck auszuüben, ließ Christoph Besitzungen des Deutschordens, vor allem Neckarsulm, einnehmen; aber der Kaiser beeilte sich, ihn auf den Rechtsweg zu verweisen. Trotzdem gelang es ihm nach wenigen Monaten einen Vertrag abzuschließen, der ihm eine ansehnliche Kriegskostenentschädigung sicherte. Man hat es Herzog Christoph vielfach übel genommen, daß er durch Bekämpfung eines Schützlings des Kaisers diesen selbst bloßgestellt habe. Für ihn handelte es sich aber nur um seine Pflicht den Landfrieden zu schirmen; in seinem ehrlichen Bestreben, dem Recht zum Siege zu verhelfen, dachte er nicht an weitere Folgerungen.

Nur noch einmal hatte der Herzog Gelegenheit, mit den Waffen einzugreifen; das war, als seinem Vetter und Mündel, dem späteren Herzog Friedrich I., das Erbrecht auf die Herrschaft Hericourt streitig gemacht wurde. Seine Truppen nahmen (1561) das dortige Schloß den Feinden des Prinzen wieder ab.

Es galt für den Kaiser sowohl wie für die protestantischen Fürsten, neue Bündnisse ins Leben zu rufen, die der durch den Passauer Vertrag geschaffenen politischen Lage entsprachen. Für den ersteren handelte es sich darum, in der Form von Reichseinrichtungen Kräfte zusammenzufassen, die sich dem Kaiser als solchem zur Verfügung stellten, ohne, wie dies bei gewöhnlichen Sonderbündnissen der Fall war, sofort Gegenbünde hervorzurufen. Dazu schien ihm für den Südwesten Deutschlands am zweckmäßigsten ein neuer schwäbischer Bund; und gerade Herzog Christoph, den er sich besonders verpflichtet glaubte, sollte eine Hauptrolle in demselben spielen. Aber die protestantischen Fürsten waren schon zu mißtrauisch, um auf die Vorschläge des Kaisers zu hören, und die katholischen hatten eben jetzt starken Anlaß, auch ihrerseits vorsichtig zu sein. Karl V. stand allgemein in dem Verdacht, das Kaisertum erblich an sein Haus bringen

---

1) Die Karthaunen schossen Kugeln von 37, die Halbkarthaunen von 27, die Schlangen von 7½, die Falkonettlein von 2 Pfund.

Digitized by Google

zu wollen; jedenfalls suchte er seinem Sohne, dem Prinzen Philipp von Spanien, die Nachfolge als deutscher König zu sichern, sobald Ferdinand zum Kaiser gekrönt sein würde. Das schien katholischen wie protestantischen Fürsten ein unerträglicher Angriff auf das freie Wahlrecht der Kurfürsten und veranlaßte noch einmal ein gemeinschaftliches Vorgehen.

Kurpfalz, Bayern, Mainz, Trier und Jülich vereinigten sich mit Württemberg, um durch offenen Zusammenhalt eine ausschlaggebende Stellung einzunehmen. Jetzt konnte man dem auf eine große Landfriedensvereinigung dringenden Kaiser entgegenhalten, daß die nötige Vorsorge schon getroffen sei. Zum Abschluß kam das Bündnis im März 1553 zu Heidelberg; es galt jedem Angreifer, den Kaiser nicht ausgenommen. Die letztere Bestimmung hatte dieser namentlich seiner Haltung gegenüber dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg-Culmbach zu verdanken, welcher im Vertrauen auf kaiserlichen Schutz in ständigem Hader, vor allem mit den fränkischen Bischöfen, lebte. Die Verbündeten gingen so weit, sogar dem Kurfürsten Moriz von Sachsen seinen Besitz zu verbürgen, der von dem Kaiser und dem Markgrafen bedroht schien. Zahlreiche Reichsstände erklärten ihren Beitritt zum Heidelberger Verein, allerdings auch manche kleine und kleinste, von denen Herzog Christoph gewünscht hätte, daß sie sich, wie dies früher üblich, unter den Schutz des nächsten Fürsten gestellt, statt selbständig auftreten zu wollen; pflegten sie doch lebhafter an den Beratungen als an den Lasten teil zu nehmen.

Schon zur Zeit der Gründung des Bundes versuchte König Heinrich II. von Frankreich sich wieder als Retter der deutschen Freiheit anzupreisen und forderte die Genossen zum Abfall von Karl V. auf. Als Antwort übersandten dieselben die Zuschrift dem Kaiser und baten um die Erlaubnis, Frieden zwischen ihm und Frankreich zu stiften.

Ein neuer Tag der Verbündeten fand in der württembergischen Stadt Heidenheim statt; Herzog Christoph ließ sich während derselben durch Herzog Albrecht von Bayern bestimmen, endlich den Passauer Vertrag zu unterzeichnen (6. Juni 1553)[1]. Wie entschlossen Christoph damals war, dem Bunde Nachdruck zu verschaffen, zeigt, daß er in Württemberg Rüstungen anordnete. Doch immer wieder kamen Bedenken wegen der Gefahr bedeutenderer Verwicklungen. Weder die Niederlage des Markgrafen Albrecht gegen Kurfürst Moriz von Sachsen bei Sieversbausen, noch die Aufnahme des demselben so feindlich gesinnten Königs Ferdinand selbst in den Heidel-

[1]) Vgl. Seite 162.

Digitized by Google

berger Verein, ja nicht einmal die Verhängung der Acht über den Markgrafen durch das kaiserliche Kammergericht hatten zur Folge, daß der Verein aus seiner zuschauenden Stellung heraustrat. Nur wie der König von Frankreich von Neuem sich einmischen zu dürfen glaubte, rüstete er, voran der Herzog von Württemberg. Christoph hatte als erster die Würde eines obersten Hauptmanns annehmen müssen. Um so mehr war er überrascht, gleich bei der ersten Gelegenheit, wo er den Schutz des Bundes nötig zu haben glaubte, von diesem im Stiche gelassen zu werden. Sein eigener Oheim, Herzog Heinrich von Braunschweig, machte von der Zeit her, da ihn der schmalkaldische Bund vertrieben hatte, noch Ansprüche an Württemberg; wie er gegen Markgraf Albrecht glücklich bis nach Rothenburg a. T. vorgedrungen war, musterte Herzog Christoph seine 24 000 waffenfähigen Männer und verlangte Unterstützung durch die Genossen. Der erwartete Angriff erfolgte zwar nicht, aber die Hilfe wurde ihm zum Voraus versagt. So kamen denn er und mit ihm andere Mitglieder zu der Überzeugung, daß der Kostenaufwand den Wert des Bundes übersteige, und dieser ging rasch seiner Auflösung entgegen. Dies um so mehr, als der Zusammenhalt protestantischer und katholischer Reichsstände durch die vielen schwebenden Streitpunkte auf die Dauer unmöglich gemacht wurde.

Auf dem Augsburger Reichstag von 1555 erhielt Christoph endlich die Belehnung mit seinem Herzogtum vom Kaiser als Erzherzog von Östreich; er selbst blieb längere Zeit anwesend, um die Aussöhnung der Glaubensparteien oder doch wenigstens die Gleichberechtigung zu betreiben. Letztere wurde bekanntlich im Augsburger Religionsfrieden anerkannt, zu dessen Zustandekommen der Herzog, der Rädelsführer seiner Partei, wie er genannt wurde, nicht wenig beitrug; doch hatte auch er sich vergebens bemüht, in der für die Ausbreitung des Protestantismus wichtigsten Frage des „geistlichen Vorbehalts“ für übertretende geistliche Würdeträger ein Nachgeben der Gegner zu erzielen.

Im September 1556 trat Karl V. die Regierung in Deutschland förmlich an seinen Bruder Ferdinand ab. Da Papst Paul IV., ärgerlich darüber, daß Östreich den Fortschritten des Protestantismus nicht Einhalt that, dieser Macht sich unfreundlich gegenüberstellte und den zum Kaiser gewählten Ferdinand nicht anerkannte, suchte dieser die Unterstützung der protestantischen Fürsten, darunter besonders Christophs. Zwar wechselte der Nachfolger jenes Papstes, Pius IV., die Politik und schlug sogar Östreich vor, den kirchen- und staatsgefährlichen Herzog aus Württemberg zu vertreiben und das Land für einen Erzherzog in Besitz zu nehmen;

Digitized by Google

aber Ferdinand wies den Vorschlag zum Besten des Friedens mit Entschiedenheit zurück. Das Verhältnis Christophs zum Kaiserhause wurde noch durch die engen Beziehungen gefestigt, in welchen er zu Maximilian, dem ältesten Sohne Ferdinands, stand. Schon 1556 kehrte der Erzherzog mit seiner Gemahlin auf der Hin- und Rückreise nach den Niederlanden in Stuttgart ein und übernahm bei einem Sohne Christophs die Pathenstelle. Wie seine Wahl zum deutschen Könige betrieben werden sollte, stachelte Ferdinand den Eifer des Herzogs, für seinen Freund zu wirken, noch mehr an. Er machte ihm Aussicht auf die Verlobung einer seiner Töchter mit dem herzoglichen Erbprinzen, Eberhard, ja sogar auf die Aufhebung der Afterlehenschaft. Da Ferdinand sehr viel an der Gewinnung der kurpfälzischen Stimme gelegen war, bemühte sich Christoph mit Erfolg dafür, unterließ es aber in seiner ehrlich vertrauenden Weise, Bürgschaften für die Erfüllung der willkommenen Verheißungen zu verlangen. Während der Wahl Maximilians II. war Herzog Christoph mit großem Gefolge in Frankfurt anwesend; seinen ältesten Sohn schlug nach derselben der neue König zum Ritter. Den Heimweg von der Krönung machte Maximilian wieder durch Württemberg. Unabsehbar war sein Gefolge, wie ihn der Herzog auf dem Wege von Maulbronn her in Vaihingen begrüßte und nach Stuttgart geleitete, wo der gastlichste Empfang seiner harrte. Groß war die Hoffnung, welche Christoph auf das neue Reichsoberhaupt setzte, nachdem Ferdinand im Juli 1564 verschieden war. Den protestantischen Fürsten brachte seine Regierung die Enttäuschung, daß er immer mehr in das Fahrwasser der spanisch-habsburgischen Politik geriet, Christoph noch besonders die, daß er selbst auf dem Augsburger Reichstage von 1566 sein Herzogthum wieder nicht als unmittelbares Lehen vom Reiche empfing.

Die Durchführung der Beschlüsse der Reichsgewalt und die Wahrung der Sicherheit im Handel und Wandel, wie sie den Kreisen oblag, brachte Herzog Christoph viele Pflichten. Hatte doch er zuerst seinen schwäbischen Mitständen den Entwurf einer Reichsexekutionsordnung vorgelegt, wie sie vom Augsburger Reichstage beschlossen wurde. Bei den Umlagen war er der am höchsten eingeschätzte [1]); während er die Würde des Kreisausschreibenden mit dem Bischofe von Constanz teilte, hatte er allein das Direktorium; 1556 wurde er auch noch zum Obersten ernannt. Mit der Aufgabe des Kreisverbandes stimmte allerdings nicht recht, daß er 1562

[1]) Dieselben waren in der Regel unbedeutend; 1552 betrugen sie 1000 Gulden, wovon Württemberg 124 Gulden 3 Kreuzer 4 Pfennige bezahlte, die Reichsstadt Wangen den Mindestbetrag von 22 Kreuzern.

Digitized by Google

einen Tag nach Ulm ausschrieb, auf dem gegen Rüstungen der päpstlichen Partei Anstalten getroffen werden sollten. Doch trat im folgenden Jahre eine gemeinsame Kreisordnung ins Leben. Sie betonte den Schutz des Augsburger Religions- und des Landfriedens; sie gewährte den drei Bänken, nämlich der Fürsten, ferner der Prälaten, Grafen und Herren und endlich der Städte je zwei Ausschußmitglieder, sie bestimmte, daß der Oberst das Recht habe, eine kleinere Zahl von Truppen auf eigene Faust zu werben, daß immer eine Kriegskasse bereit sein solle und daß das Geschütz in Ulm aufzubewahren sei. Der Kreis wurde in vier Teile zerlegt, in deren jedem eine bestimmte Truppenzahl die Landespolizei auszuüben hatte. Der Herzog von Württemberg stand an der Spitze des einen Viertels.[1]) Dagegen, daß Östreich seine schwäbischen Gebiete diesem Kreise entzog und einen besonderen vorderöstreichischen bildete, konnte Herzog Christoph nichts ausrichten. Um so mehr nahm er Stellung gegen die Bestrebungen der Ritterschaft, welche, wie die Abhängigkeit vom Landesherren, so jetzt auch die Verpflichtung zur Teilnahme an der Kreiseinrichtung vollständig ablehnte, und verwahrte sich gegen die von ihr in diesem Sinne abgefaßte Ordnung. Er versuchte andere Landesherren zu gemeinsamen Schritten gegen diese Sonderstellung des Adels zu bewegen. Als aber ein allgemeiner Aufstand desselben gegen die Fürsten drohte und der fränkische Ritter Wilhelm von Grumbach zu wildem Kampfe gegen die landesherrliche Gewalt das Schwert zog, beschränkte sich auch Christoph auf Verteidigungsmaßregeln, um nicht seinerseits gefährliche Stürme zu entfesseln.

Die Glaubensspaltung trennte die Reichsstände immer schroffer in zwei Parteien. Der unter dem Einflusse des Königs Ferdinand und des Herzogs Albrecht von Bayern gemachte Versuch, an Stelle des erloschenen Heidelberger Vereins einen neuen zu gründen, der wieder protestantische wie katholische Mitglieder in sich begreifen sollte, scheiterte an dem Mißtrauen der ersteren und wirklich nahm der zu Landsberg gestiftete „Papisten- oder Pfaffenbund", wie ihn Herzog Christoph nannte, allmählich ein ausgesprochen katholisches Wesen an. Christophs stetiges Bestreben den katholischen Ständen gegenüber war, eine Bürgschaft für dauernden Religionsfrieden zu erhalten, und dieses glaubte er in der Aufhebung des „geistlichen Vorbehalts" und damit in der völligen kirchlichen Freiheit auch der geistlichen Fürsten erblicken zu dürfen. Mit dieser Forderung trat er, dem Kaiser oft recht

---

[1]) Er stellte in seinem Viertel 60 Mann zu Roß, 277 zu Fuß, Ulm 25 und 150, Eßlingen 5 und 40, Reutlingen 3 und 38.

Digitized by Google

unbequem, bei jeder Gelegenheit auf und erklärte trotz der ablehnenden Haltung Ferdinands auf dem Regensburger Reichstage (1557) jenen Vorbehalt als nicht zu Recht bestehend. Freilich schreckten seine meisten protestantischen Mitstände vor einem so entschiedenen Vorgehen zurück und fürchteten, dadurch das, was sie bis dahin erreicht hatten, wieder in Gefahr zu bringen. Auf jenem Reichstage wurde der Beschluß gefaßt, der Kirchenspaltung, deren Abstellung die Protestanten einem Konzil nicht überlassen wollten, durch ein großes Religionsgespräch Einhalt zu thun. Herzog Christoph war für den Gedanken sehr eingenommen; seine mit den Theologen gemachten Erfahrungen veranlaßten ihn aber zu dem Verlangen, daß die Vorbesprechungen zwischen den Fürsten und übrigen Reichsständen selbst stattfänden, da jene durch ihre Streitsucht gar zu leicht Unheil anstifteten. Freilich ist daraus nicht zu schließen, daß er selbst zur Nachgiebigkeit bereit gewesen wäre. Er war von der evangelischen Lehre, wie sie seine eigenen Theologen auslegten, und von deren richtiger Auffassung des Wortes Gottes so durchdrungen, daß er der Überzeugung lebte, dieses Wort Gottes müsse auf jeden, der überhaupt hören wolle, unwiderstehlichen Eindruck machen, und jeder Widerstrebende sei völliger Verstocktheit verfallen. Für Männer, wie Herzog Christoph, handelte es sich bei allen Verständigungsversuchen nie um Einräumungen, sondern um eine Gelegenheit, die Macht der von ihnen als göttlich aufgefaßten Wahrheit auf die Gegner einwirken zu lassen. Jedem Religionsgespräch sollte darum das augsburgische Bekenntnis zu Grunde gelegt werden. Die milde Gesinnung des Herzogs aber, welche der Schmähsucht und Gehässigkeit unter den Wortführern im Streite Zügel anlegte, zeichnet ihn vor vielen Genossen aus. Zur Vorbereitung des Gespräches beratschlagten die protestantischen Fürsten auf einem Tage zu Frankfurt; es war schon sehr mißlich, daß sie statt der auch von Christoph empfohlenen Einigung auf Grund des augsburgischen Bekenntnisses nur zu unvorgreiflichen Bedenken kamen. Im September 1557 kam das Religionsgespräch in Worms zu Stande. Der Herzog von Württemberg war von protestantischer Seite mit dem Kurfürsten von Sachsen zum Beisitzer desselben bestimmt worden und sollte eine Art Aufsicht über die Thätigkeit seiner Partei ausüben. Weil aber der Kurfürst sich hütete, durch persönliche Beteiligung eine größere Verantwortung auf sich zu nehmen, so blieb auch Christoph ferne und überließ den Austrag der Sache einigen Räten und seinen Theologen Brenz, Andreä, Alber, Beurlin und Schnepf, die durch geistige Bedeutung wie durch Entschiedenheit des Standpunktes hervorragten. Das Gespräch litt zum voraus not durch die Verdammungs-

Digitized by Google

sucht der Theologen des Herzogs Johann Friedrich von Sachsen, welche die Mehrheit der Protestanten für Sektierer oder Beschützer derselben erklärte. Trotz allen Bemühungen Herzog Christophs und seiner Genossen ließ sich Johann Friedrich nicht zum Zusammenschluß gegen den gemeinsamen Gegner bewegen, und so endete das Wormser Gespräch, das letzte, welches auf diesem Wege eine Versöhnung der Kirchen herbeiführen sollte, in einer für die Protestanten kläglichen Weise, wenn auch Brenz in seiner Glaubenszuversicht meinte, solches Gezänke solle dem Evangelium durch Gottes Gnade unschädlich sein.

Nachdem dieser Einigungsversuch gescheitert war, trat das Verlangen nach Freistellung der Religion wieder in den Vordergrund. Herzog Christoph gab im Frühjahr 1559 seinen Gesandten zum Augsburger Reichstag sehr bestimmte Weisungen mit; er erklärte den geistlichen Vorbehalt für eine Beleidigung der Protestanten und für eine Ungerechtigkeit gegen die geistlichen Stände, da diesen dadurch eine Freiheit entzogen bleibe, die der geringste Bürger genieße. Seine Mitstände schlossen sich dem Schritte an mit Ausnahme der ängstlichen Mehrzahl der Reichsstädte; Kaiser Ferdinand aber wollte lieber einen Stab in die Hand nehmen und von Land und Leuten gehen, als in diesem Punkte nachgeben. Der Kaiser seinerseits hoffte immer noch Erfolg von einem allgemeinen Konzil. Die protestantischen Fürsten wollten sich zu einem solchen nur verstehen, wenn der Papst und die Bischöfe dort nicht als Richter, sondern als Gegenpartei der gleichberechtigten Protestanten auftreten würden. Herzog Christoph vertrat den besonderen Gedanken, daß der Kaiser als das von Gott geordnete Haupt des Reiches sich die strittigen Punkte von beiden Seiten vortragen lassen sollte, um über dieselben zu entscheiden. Freilich behielt er sich wieder vor, sich einer Entscheidung, die sein Gewissen beschwere, nicht zu fügen. Als einfachstes Mittel erschien ihm immer noch die Annahme des Augsburger Bekenntnisses durch die Katholiken, denen dann bezüglich der äußeren Kirchengebräuche Einräumungen gemacht werden könnten.

Damit war die Frage der Beschickung des Konzils zu Trient noch nicht aus der Welt geschafft. Der Papst lud wiederholt zu demselben ein. Christoph vor allen setzte es durch, daß sein Schreiben von den protestantischen Fürsten nicht angenommen wurde, weil es an seine geliebten Söhne gerichtet war. Ein großer Teil der Protestanten war übrigens nicht abgeneigt einzulenken; nur wollten sie das Konzil nicht als Fortsetzung des früher von ihnen verworfenen anerkennen, sondern forderten eine ausdrückliche Neuberufung. Herzog Christoph beteiligte sich lebhaft an den

Digitized by Google

Verhandlungen, auf denen dieser Standpunkt begründet werden sollte, und ließ eine umfangreiche Rekusationsschrift verfertigen. Auf dem Fuldaer Tage (September 1562), auf dem eine Einigung zu Stande kam, wurde aber beschlossen, diese Schrift ohne Namensangabe drucken zu lassen, die gemeinsame Erklärung jedoch in einem kürzeren Ausschreiben abzugeben. Da man mit dem Papste und dem Konzile nicht unmittelbar verkehren wollte, ersuchten die Fürsten in Frankfurt, wo sie sich zur Königswahl Maximilians einstellten, den Kaiser um Übermittlung.

Noch einmal trat an Herzog Christoph die Aufgabe heran, für die Wiedervereinigung der Kirchen zu wirken. Die Anregung dazu ging von römischer Seite aus. Papst Pius IV., dessen Staatsklugheit auf dem Konzil über die von katholischer Seite erhobenen Bedenken gesiegt hatte, hoffte durch vorsichtiges Nachgeben auch die Protestanten zu gewinnen. Freigebung des Laienkelches, der Priesterehe, der äußeren Gebräuche im Gottesdienste und des von den Fürsten eingezogenen Kirchengutes waren die Anerbietungen, die er machte. Für diese bei den protestantischen Fürsten Stimmung zu machen und dieselben, um Rom nicht in Verlegenheit zu bringen, im Notfalle als eigene Ratschläge auszugeben, dazu ersah er sich Herzog Christoph von Württemberg. Sein Gesandter verhandelte heimlich mit demjenigen des letzteren und stellte sogar eine Vergrößerung des Herzogtums durch schweizerische Gebiete in Aussicht. Aber Christoph fand in den Vorschlägen die Zumutung, den evangelischen Glauben aufzugeben, und fürchtete Gefährdung des Religionsfriedens; er lehnte sie ab.

War dieser Plan von Anfang an undurchführbar, so schien die Thronbesteigung Maximilians II. günstigere Aussichten für einen Ausgleich zu bieten. Herzog Christoph vereinigte sich mit seinen Genossen, um dem neuen Kaiser auf seinem ersten Reichstage zu Augsburg (1566) den Vorschlag eines deutschen Nationalkonzils unter dessen Vorsitze zu machen. Umsonst; denn der Zwiespalt der Protestanten ließ diese dem Kaiser nachgerade als zu unsichere Stützen bei einer entscheidenden Stellungnahme erscheinen.

Der Riß zwischen den Alt- und den Neugläubigen war unheilbar. Ein Sieg des Protestantismus in Deutschland wäre bei festem Zusammenhalten seiner Anhänger, wenn er sich auch auf die Stellung nach außen beschränkt hätte, nicht ausgeschlossen gewesen. Aber das Auseinandergehen in einzelnen Glaubenslehren rief solche Ausbrüche der Leidenschaft hervor, daß ein gemeinsames Vorgehen auch in allgemeinen Fragen nur vereinzelt zu Stande kam. Herzog Christoph fühlte das Bedürfnis der kirchlichen Einigung seiner Genossen am tiefsten und betrieb sie zuerst und auf's

Digitized by Google

kräftigste. Als Vertrauensmann der protestantischen Fürsten nahm er denn auch an der Visitation des kaiserlichen Kammergerichts teil und bildete vielfach den Mittelpunkt für das kirchenpolitische Vorgehen derselben. Nicht lange nach dem unglücklichen Wormser Gespräche drang er darauf, doch noch die Einigkeit unter den Evangelischen öffentlich zur Anschauung zu bringen, und benützte die Anwesenheit der protestantischen Kurfürsten in Frankfurt bei der Erklärung Ferdinands zum Kaiser, um im Einvernehmen mit Melanchthon eine ausgleichende Formel für die Anhänger des augsburgischen Bekenntnisses vorzuschlagen. Dieselbe fand vielen Beifall (der Frankfurter Rezeß vom 18. März 1558); sie schien bestimmt, selbst die calvinischen Kreise den lutherischen näher zu bringen. Aber nachdem die erste Begeisterung verrauscht war und es sich darum handelte, die Formel bindend zu machen, regte sich der Widerspruch der herzoglich sächsischen Theologen zu Jena; sie wollten von der namentlichen Verdammung aller mit ihnen nicht einigen Lehren nicht lassen, und so war es mit der Einigung wieder nichts. Das einzig Nachhaltige, das die Fürsten in Frankfurt beschlossen, war das Verbot an ihre Kirchendiener, Anschauungen vorzutragen, die nicht denjenigen der Konsistorien und Superintendenten entsprächen. Dem Versuche der sächsischen Theologen, die durch eine evangelische Synode den Streit schlichten wollten, trat Herzog Christoph seinerseits entgegen; er erwartete von einer solchen nur neue Verwicklungen und empfahl dafür wieder eine Fürstenversammlung. Es war ganz im Sinne der Frankfurter Abmachungen, daß in Württemberg ein in der Abendmahlslehre zum Calvinismus neigender Pfarrer vor ein großes geistliches Gericht gezogen wurde und Veranlassung gab, die Lehre von der Ubiquität, der Allgegenwart Christi, als Beweis für seine persönliche Anwesenheit im Abendmahl, aufzustellen, wodurch freilich das Einigungswerk unter den Landeskirchen eher erschwert wurde. [1])

Der so dringend gewünschte Fürstentag kam wirklich zu Stande. Um die Verhandlungen darüber rascher zum Abschlusse zu bringen und zugleich weniger auffällig machen, lud Herzog Christoph einige gleichgesinnte Fürsten zu einem Feste nach Stuttgart ein; hier versprach man sich auf den Januar 1561 ein Stelldichein zu Naumburg, wohin sämtliche protestantische Fürsten zusammengerufen werden sollten. Es ist Christophs immer festgehaltener Gedanke, daß hier, um vielerlei Zwiespalt abzuschneiden, das augsburgische Bekenntnis den Beratungen zu Grunde gelegt wurde. Der

[1]) Vergleiche oben Seite 163.

Digitized by Google

mehr calviniſch geſinnte Kurfürſt von der Pfalz entſchloß ſich zur Unterſchrift desſelben in der älteſten, ſtreng lutheriſchen Faſſung, nachdem durch eine neue Vorrede ein weiterer Spielraum für die Auslegung gewährt worden war. Aber gerade dadurch wurde Herzog Johann Friedrich von Sachſen mit einigen Genoſſen veranlaßt, ſich auszuſchließen. Das große Werk der Einigung unter den Proteſtanten ſcheiterte wiederum. Immerhin hatte die überwiegende Mehrheit ſich zuſammengeſchart und die Bemühungen, die kleineren Reichsſtände zum Beitritt zu bewegen, waren ſehr erfolgreich. Herzog Chriſtoph ſchickte eine eigene Geſandtſchaft bei den ihm benachbarten Grafen und Reichsſtädten herum, die eine große Zahl von Unterſchriften heimbrachte.

Auf dem Naumburger Fürſtentag hat die kirchenpolitiſche Thätigkeit des Herzogs ihren Höhepunkt erreicht. Die bald darauf erfolgte offene Parteinahme des pfälziſchen Kurfürſten Friedrich III. für den Calvinismus hat nicht nur die Schwierigkeiten der Einigung unendlich vermehrt, ſondern auch gerade Chriſtoph und ſeine Theologen in eine immer geſpanntere Stimmung verſetzt, die der gegenſeitigen Annäherung nichts weniger als förderlich war. Der maßvolle und erbauliche Heidelberger Katechismus, den der Kurfürſt 1563 veröffentlichte, wurde von Herzog Chriſtoph im Verein mit dem Pfalzgrafen Wolfgang von Zweibrücken und dem Markgrafen Karl von Baden als verführeriſchem und verdammlichem Irrtum entſproſſen gekennzeichnet. Ihr Eifer war dadurch begründet, daß König Maximilian zu Göppingen Herzog Chriſtoph mit Einſchreiten der Reichsgewalt gedroht hatte, wenn ſich die Proteſtanten nicht in Bälde einigen würden. Eine ſcharfe Aufſicht über den Buchhandel ſollte das Eindringen des pfälziſchen Giftes verhüten. Da der Kurfürſt den offenen Bruch, der ihm ſogar den Genuß des Religionsfriedens hätte rauben können, vermeiden wollte, bewog er doch noch Herzog Chriſtoph zu einem Geſpräche zwiſchen den beiderſeitigen Theologen. Daß dieſer entgegen ſeinem beſtimmten Grundſatze auf ein ſolches einging, zeugt ſchon von der angefachten Streitluſt. Im April 1564 kamen die beiden Fürſten im Kloſter Maulbronn zuſammen, Herzog Chriſtoph, begleitet namentlich von Brenz und Jakob Andreä, der Kurfürſt von den Verfaſſern ſeines Katechismus, Olevianus und Urſinus; zum Einſchreiten für den Fall hitzigen Zankes waren mehrere Räte zugegen. Man beſprach ſich über das Abendmahl und die Lehre von der Ubiquität. Daß von württembergiſcher Seite die letztere ſo in den Vordergrund geſtellt wurde, obgleich ſelbſt gemäßigte Lutheraner an ihr Anſtoß nahmen, ließ wenig Fruchtbares erwarten. Die Theologen

Digitized by Google

beharrten denn auch gegenseitig in zehnmaligem Austausche der Meinungen auf der ihrigen; ebenso die Fürsten, die zum Schluß ihr Bekenntnis schriftlich austauschten. Die Anwesenheit der letzteren verhütete gehässige Ausbrüche; um so leidenschaftlicher entbrannte nachher der Streit. Jeder Teil rühmte sich des Siegs und warf dem andern Fälschungen in den Berichten vor. Herzog Christoph wollte die Entscheidung Kursachsen überlassen und schickte dorthin die Akten des Maulbronner Gesprächs. Das hatte aber nur zur Folge, daß auch die kursächsischen Theologen die württembergische Ubiquitätslehre verurteilten und die Fürsten verleitet wurden, scharfe Briefe zu wechseln. Jetzt suchte Christoph bei den übrigen Lutheranern Hilfe und trug ihnen die Sache vor. Nirgends zeigte man Lust, sich auf dieselbe einzulassen, und so blieb auch dieser Riß unausgefüllt. Wie den Katholiken so auch den abweichenden Protestanten gegenüber ließ sich der Herzog so wenig wie seine meisten Zeitgenossen auf irgendwelche Nachgiebigkeit in Glaubenssachen ein; daher beharrten eben alle Parteien auf ihrem Standpunkt. Der Streit mit Kurpfalz drohte eine sehr gefährliche Wendung anzunehmen, als Maximilian II. auf dem Augsburger Reichstag von 1566 sich entschlossen zeigte, nur die Anhänger des augsburgischen Bekenntnisses als durch den Religionsfrieden geschützt anzuerkennen. Dieselben Fürsten, welche einst dem Kaiser die Bitte um ein Nationalkonzil vortrugen, teilten diese Auffassung und ließen ihre Theologen, worunter Andreä, in diesem Sinne eifern, mußten aber hören, daß dann auch die württembergischen als sondergläubige ebenso zu behandeln wären. Namentlich das persönliche, würdevolle Auftreten Friedrichs III. von der Pfalz brachte es endlich dahin, daß man zwar jenen Grundsatz bezüglich des Religionsfriedens beibehielt, es aber dahin gestellt sein ließ, ob der Kurfürst dem Bekenntnisse der Lutheraner noch angehöre. Herzog Christoph blieb mit dem Kurfürsten trotz alledem befreundet. Seine Erregung über den Abfall des Freundes von der gemeinsamen Lehre legte sich; er griff wieder zu gütlichen Mitteln und gab niemals die Hoffnung auf, den Kurfürsten doch noch zu gewinnen. Der Zwiespalt zwischen Luthertum und Calvinismus untergrub aber die politische Stellung des Protestantismus.

Es lag in der Natur und in den Zielen des Herzogs Christoph, daß er seine vermittelnde Thätigkeit auch auf fremde Länder ausdehnte. Gelegenheit dazu gaben ihm Anregungen, die ihm von dorther gegeben wurden. Hauptfeld für diese Wirksamkeit war Frankreich. Sein langjähriger Aufenthalt daselbst, seine dauernden Beziehungen zum französischen Hofe und jetzt seine angesehene Stellung unter den protestantischen Fürsten

Digitized by Google

machten, daß er von jener Seite viel umworben wurde. Es ist ein edler Zug an Herzog Christoph, daß er zwar der damaligen Auffassung von der Stellung der Reichsfürsten entsprechend Beziehungen mit Frankreich aufrecht erhielt und sogar für die Zulassung französischer Gesandter zum Reichstage eintrat, daß er aber zugleich nicht nur der verfolgten französischen Reformierten sich annahm sondern auch die Rückgabe der Deutschland 1552 entrissenen Städte und Bistümer Metz, Toul und Verdun verlangte. Auch hier wollte Christoph alles aus dem Wege schaffen, was den Frieden störte. Er gab sich der ehrlichen Hoffnung hin, daß die Gegenpartei dieselben Gesinnungen hege, und ließ sich mit dieser so weit ein, daß er bei Österreich in den Verdacht hochverräterischer Verbindung mit Frankreich kam. Daß er zusammen mit dem Kurfürsten August von Sachsen auch die übrigen unter Karl V. dem Reiche entfremdeten Teile, wie Mailand, Geldern, Lüttich, Utrecht, Mastricht, Savoyen, Lothringen für Deutschland zurückforderte, beweist freilich das Überwiegen schöner Gedanken über nüchterne Besonnenheit. Jene erste Forderung an Frankreich hätte Christoph selbst mit einem katholischen Genossen auf Wunsch des Kaisers dem Könige Heinrich II. überbringen sollen; doch wurde nichts aus der Gesandtschaft.

Noch wichtiger als diese politischen Fragen war dem Herzog die Unterstützung der französischen Hugenotten. Die schweren Verfolgungen, denen diese ausgesetzt waren, veranlaßten Christoph und andere protestantische Fürsten zu häufigen Fürbitten am französischen Hofe. Herzog Christoph, an den sich Calvin selbst um Vermittlung wandte, machte sich Hoffnung, den nach Heinrichs II. und bald darauf Franz II. Tod der Reformation scheinbar offenstehenden Hof für das augsburgische Bekenntnis zu gewinnen und damit einen Sieg desselben in ganz Frankreich anzubahnen. König Anton von Navarra, der als des jungen Karl IX. Statthalter regierte, war ein alter Freund Christophs; die Königin-Mutter und Vormünderin, Katharina von Medici, galt ihm für halb dem Evangelium gewonnen; daher schenkte er gar zu leicht den Versicherungen Glauben, welche in deren Namen ihm als dem einflußreichen Fürsten die Verhältnisse in Frankreich so günstig als möglich darstellten. Und doch ging die ganze Politik des französischen Hofes nur dahin, den Herzog und durch ihn seine protestantischen Mitfürsten durch heuchlerische Vorspiegelungen von thätlichem Eingreifen in dem durch tiefen Zwiespalt zerrissenen Frankreich abzuhalten. Christoph schmeichelte sich mit dem Gedanken, durch Warnung vor der calvinischen Abendmahlslehre, durch Übersendung des württembergischen

Digitized by Google

Bekenntnisses und Empfehlung der Ubiquität eine Wirkung zu erzielen. Sein Rat, ein französisches Nationalkonzil zu veranstalten, entsprach einem Wunsche im Lande selbst und man that ihm den Gefallen, auch deutsche Theologen dazu einzuladen. Nur er und der Kurfürst von der Pfalz schickten solche nach Poissy, wo im September 1561 statt eines Konzils ein Religionsgespräch abgehalten wurde. Dem Einflusse der lutherischen Württemberger hatte Calvin zum voraus entgegengearbeitet. Zum Gespräch selbst kamen die Deutschen zu spät, — nicht zu ihrem Schaden; so entgingen sie wenigstens dem Schicksal, in der Komödie, die dort aufgeführt wurde, persönlich wider Willen eine Rolle zu spielen. Denn der Kardinal von Lothringen, der den katholischen Standpunkt vertheidigte, wußte sich absichtlich so sehr der Hinneigung zum Luthertum verdächtig zu machen, daß ein großer Streit mit den Calvinisten über die lutherische Abendmahlslehre ausbrach und daß so eine Verständigung der deutschen Protestanten mit ihnen unmöglich gemacht wurde. Als die deutschen Theologen endlich ankamen, wurden sie vom Hofe mit Artigkeiten überhäuft. Wenige Tage nach ihrer Heimkehr machte schon ein französischer Gesandter in Stuttgart den Vorschlag eines Bündnisses der deutschen protestantischen Fürsten mit seinem Könige. Herzog Christoph wandte die Verschiedenheit des Bekenntnisses ein; die Sache war ihm doch zu weittragend. Aber von französischer Seite ließ man nicht nach, ihn zu bearbeiten: die Guisen luden ihn zu einer persönlichen Unterredung nach Elsaßzabern, wo jene Verschiedenheit ausgeglichen werden sollte. Christoph traf daselbst im Februar 1562 mit dem Kardinal von Lothringen und seinem Bruder zusammen; begleitet war er von Brenz, Andreä und einigen Räten. Im Schlosse des Städtchens verhandelte man über die Messe und den Papst, wobei natürlich die heuchlerischen Guisen dem Herzoge beistimmten; dann kam der Hauptzweck, die Verdammung der Calvinisten und Zwinglianer, worin man wieder einig war; des weiteren unterhielt man sich über die Mittel und Wege, die getrennten Kirchen wieder zu einigen; die Guisen erboten sich, zu diesem Zwecke eine Anzahl französischer Bischöfe nach Deutschland mitzunehmen. Zum Schlusse wurde Christoph bestimmt, über die Geneigtheit der Guisen zu konfessioneller Versöhnung rühmend an König Anton zu berichten. Wie ernst es diesen mit ihren Versicherungen war, zeigte sich kurz nach ihrer Abreise von Elsaßzabern, als sie in Vassy ein Gemezel unter den Hugenotten anstellten. Der ehrliche Herzog sträubte sich lange gegen den Gedanken, daß er betrogen worden sei, obgleich ihn der alte Landgraf Philipp tröstete, daß das andern frommen Leuten auch schon geschehen sei, und

Digitized by Google

obgleich er ihm später etwas stärker bemerkte, daß ein großes Hagelwetter in Württemberg seine Ursache in dem Mißfallen Gottes über die Verhandlungen in Zabern haben könnte.

Nach Ausbruch des ersten Hugenottenkriegs enthielt sich Christoph jedes thätigen Eingreifens. Er hätte es gerne gesehen, wenn das Reich die Vermittlung übernommen hätte; er selbst beschränkte sich darauf, beiden Parteien, die sich immer wieder an ihn wandten, die Annahme des augsburgischen Bekenntnisses zu empfehlen. Allmählich neigte er sich mehr den verfolgten Hugenotten zu und streckte nicht nur mit anderen Fürsten dem Prinzen Ludwig von Condé Geld vor, sondern erlaubte auch einigen Unterthanen sich für diesen anwerben zu lassen; doch hoffte er immer noch, durch gute Worte Frieden stiften zu können. Mehr als diese wirkte das Verlangen Kaiser Ferdinands, daß Frankreich seine Besatzungen aus Metz, Toul und Verdun zurückziehe; es trug mit dazu bei, daß Katharina von Medici Frieden mit den Hugenotten suchte. Es geschah, um auf diese, wie auf die deutschen Fürsten günstig einzuwirken, daß Katharina sich wieder an Herzog Christoph wandte, diesmal um ihm die Statthalterstelle in Frankreich anzubieten. Der Schachzug war klug berechnet. Aber ehe die sicher erwartete Ablehnung Christophs bekannt wurde, brachte das Edikt von Amboise (19. Mai 1563) den Stillstand der Hugenottenkämpfe; die Königin wiederholte ihr Verlangen nicht. Zur Festigung des Friedens wirkte der Herzog auf Wunsch des französischen Hofes für eine Eheverbindung des jungen Königs Karl IX. mit einer Tochter Maximilians II.

Die Ruhe in Frankreich bot Christoph Veranlassung, durch eine französische Übersetzung des Katechismus von Brenz und andere Bücher dort eine weitere Einwirkung zu versuchen, auf ein Religionsgespräch aber wollte er sich nicht mehr einlassen. Als sich vollends bei Hofe niemand mehr einer alten Geldschuld erinnern wollte, an die Christoph mahnte, erklärte er endlich Frankreich mit all seiner Untreu, Leichtfertigkeit, Üppigkeit und seinem Unglauben fahren zu lassen. Auch der Prinz von Condé zeigte keine ernstliche Absicht, die ihm geliehene Summe zurückzugeben; nach jahrelangen Bedenken schickte Christoph mit seinen Genossen eine gemeinsame Gesandtschaft ab, um die Forderung bei dem Prinzen zu betreiben und zugleich für die immer wieder gedrückten Hugenotten ein gutes Wort einzulegen; beides vergeblich.

Frankreich fuhr fort, den deutschen Fürsten Furcht vor den Plänen Östreichs einzuflößen. Schon verabredeten sich protestantische Fürsten zu Maulbronn über die Bedingungen, unter welchen sie mit jenem zusammen-

Digitized by Google

gehen könnten. Der Ausbruch des zweiten Hugenottenkriegs (September 1567) kam aber dazwischen. Herzog Christoph wurde wieder von beiden Parteien durch Gesandte angegangen. Er war jetzt geneigt, die Hugenotten für Aufrührer zu halten und lehnte jede Unterstützung derselben ab; doch riet er dem Könige Karl IX. dringend zur Gewährung der Religionsfreiheit. Noch einmal sollte er als Gesandter nach Frankreich ziehen, als Kaiser Maximilian II., wie früher Ferdinand, sich ins Mittel legen wollte. Der den Hugenotten günstige Friede von Lonjumeau machte die Gesandtschaft überflüssig. Als nach wenigen Monaten die Hugenottenkriege wieder aufloderten, wurde der Herzog mit der Sorge erfüllt, daß jetzt Deutschland von der Unruhe ergriffen werde. Er fürchtete einen Plan des Papstes, nach und nach in allen Ländern den Religionsfrieden aufzuheben. Demgemäß enthielt er sich vollends jeder Unterstützung, die ihn selbst hätte schwächen können. So endeten die Bemühungen Herzog Christophs um Beilegung der französischen Religionswirren. Man hatte ihn von allen Seiten als einen einflußreichen, eifrigen Fürsten angegangen und ihm auf allerlei Weise geschmeichelt; er hatte vielen guten Willen gezeigt, aber die Macht moralischer Einwirkung überschätzt und die französische Politik nicht durchschaut. Doch wenn er noch so wenig erreichte, sein umfassendes Streben und sein edles Herz haben ihm viele Bewunderer gewonnen.

Auch Königin Elisabeth von England sah in Herzog Christoph einen der einflußreichsten Fürsten Deutschlands, der ihren Plan eines allgemeinen protestantischen Bündnisses unterstützen sollte. Aber er teilte die Bedenken seiner Freunde wegen Störung des Religionsfriedens im Reiche selbst und ließ sich auch nicht hinreißen, als Elisabeth kühnen Mutes die Hugenotten als Glaubensgenossen unterstützte. Seine Antwort zeigt, daß er darüber mit seinen Theologen zu Rate gegangen, welche die englische Königin nicht als rechtgläubig anerkannten: Bündnisse in Religionssachen bringen oft mehr Unheil als Nutzen; Gott benütze selten menschliche Gewalt zur Befreiung seines Volkes und schlage auch dann oft große Feindesmacht durch eine kleine Schar von Frommen. Aber auf andere Weise suchte er von Elisabeths Entschiedenheit Früchte für den Protestantismus in Deutschland zu erzielen; er betrieb eifrig eine Verlobung derselben mit dem Erzherzog Karl, einem Sohn Kaiser Ferdinands. Viele Jahre blieb er der Vertrauensmann beider Parteien und wechselte mit der englischen Königin zahlreiche Briefe; doch blieb Elisabeth unvermählt.

Noch mehr als bei den Hugenotten war Herzog Christoph geneigt, bei den aufständischen Niederländern eine unrechtmäßige Empörung gegen

Digitized by Google

ihren Landesherrn anzunehmen; er ging von der Voraussetzung aus, daß es Sache des Kaisers sei, in dem habsburgischen Lande Frieden zu schaffen. Doch bewilligte er spanische Werbungen in Württemberg nur gegen die Ungläubigen, nicht aber nach den Niederlanden. Andererseits aber beschränkte er sich einer Bitte Wilhelms von Oranien gegenüber auf eine Gesandtschaft protestantischer Fürsten an die Statthalterin der Niederlande, die nichts ausrichtete. Thätliches Eingreifen hielt er auch hier für gefährlich; nachdem aber des Grafen Egmont Haupt gefallen, trieb ihn sein Mitleiden mit den verfolgten Glaubensgenossen zu einer heimlichen Unterstützung des Oraniers mit einer größeren Geldsumme.

Die mancherlei Enttäuschungen, die Christoph erlebte, der Stillstand der reformatorischen Bewegung, der Verlust des erstgeborenen Sohnes Eberhard, der nach wüstem Leben in noch jungen Jahren starb, zusammen mit langer eigener Unpäßlichkeit nahmen ihm vor der Zeit die Freude am Leben. Eine schwere Krankheit ließ ihn fühlen, daß sein Ende nahe; er gab die Weisung, daß die Seinen das Lied anstimmen sollten: „Mit Fried' und Freud' fahr' ich dahin!" und verschied fromm und gottergeben am 28. Dezember 1568, im Alter von noch nicht 54 Jahren. Seine Gebeine ruhen in der Tübinger Familiengruft.

Außer der Gemahlin überlebten ihn seine acht Töchter, aber von den vier Söhnen nur einer. Von jenen vermählten sich drei mit Söhnen des bewährten Freundes seines Hauses, Philipps von Hessen.

Herzog Christoph, ein stattlicher, doch frühe zu starker Mann mit durchdringendem Blicke und kräftiger Nase, braunen Haaren und vollem Barte, war eine liebenswürdige, edle Persönlichkeit. Gesellig, heiter und jagdlustig legte er zugleich einen unermüdlichen Fleiß an den Tag, der sich auf die geringsten Einzelheiten erstreckte und die Arbeiten seiner Räte fast peinlich prüfte. Bei genauester Regelung des Hofhaltes hielt er doch sehr auf standesgemäße Pracht und schuf durch zahlreiche Schloßbauten, vor allem den Umbau des alten Schlosses in Stuttgart, würdige Stätten für seinen Aufenthalt; freilich überstieg diese zur Leidenschaft gewordene Liebhaberei beinahe die Mittel des Landes. Dazu wurden seltene Pflanzen und Tiere erworben. Den Wohlstand des Landes hob der Herzog durch Einfuhr guter Pferde, durch Pflege des Obstbaus; der Not trat er durch Einrichtung von Fruchtkästen entgegen. Als großen Förderer der Wissenschaft hat er sich durch Sammlung wertvoller Handschriften und Bücher gezeigt, die leider nach der Nördlinger Schlacht von den Bayern aus Tübingen entführt worden sind. Sein religiöser Standpunkt ist der festen

Digitized by Google

Glaubens an die heiligen Schriften und die Richtigkeit der Auslegung derselben durch die deutschen Reformatoren. Auf die Geistlichen gab er viel als die Kenner dieser Auslegung; vor theologischem Streit aber hielt er sich am liebsten zurück und übertrug gerne die Vermittlung auch in kirchlichen Fragen weltlichen Beamten. Daß sein persönlicher Standpunkt nicht engherzig war, ergiebt sich aus der milden Beurteilung volkstümlicher Irrtümer, von denen er annahm, daß sie von selbst verschwinden werden. Der hervorstechende Grundzug seines Charakters ist Versöhnlichkeit und Friedensbedürfnis. Er wurde berufen, zahlreiche Zerwürfnisse in fürstlichen Häusern zu schlichten; von demselben Geiste ist seine Behandlung kirchenpolitischer Fragen getragen. Sein liebster Gedanke war die Einigung der Glaubensgenossen in Deutschland und den andern vom Protestantismus bewegten Ländern. Aber auch in ihr erkannte er zugleich ein Mittel, den allgemeinen Frieden zu fördern und die Selbständigkeit des Reiches zu schützen. Seinen Söhnen verbot er im Testamente ausdrücklich, jemals Krieg anzufangen oder auch nur Ursache zu einem solchen zu geben.

Herzog Christoph wurde der allgemeine Vertrauensmann in den wichtigsten Angelegenheiten des Protestantismus. Wenn ihm viele Bestrebungen mißlangen, so lag das insoweit an ihm, als er sich die Ziele zu hoch gesteckt hatte und zu sehr geneigt war, die Offenheit und Redlichkeit, von denen er selbst beseelt war, auch bei andern vorauszusetzen. Er zeigte sich hier mehr als guter Mensch denn als großer Staatsmann. Seine Bedeutung liegt aber weniger in dem, was er auf der größeren Bühne versucht, als in dem, was er in seinem Herzogtum durch unermüdlich ordnende und regelnde Thätigkeit geschaffen hat. Es ist richtig, daß er auch hier manchmal des Guten zu viel gethan; immer hat er sich als ein wahrer Vater des Landes bewährt. Wenn das Streben nach Wohlfahrt des Volkes, wenn rastloser Eifer und reine Gesinnung das Recht auf Anerkennung als tüchtiger Herrscher gewährt, so ist Christoph der tüchtigsten einer.

Digitized by Google

VI. Abschnitt.

Herzog Ludwig.

1568—1593.

Da Christophs ältester Sohn Eberhard ein halbes Jahr vor dem Vater gestorben war, folgte ihm Herzog Ludwig (1568—1593). Derselbe war am 1. Januar 1554 zu Stuttgart geboren, also gerade fünfzehnjährig, als er zur Regierung gelangte. Sein Vater hatte aus Mißtrauen gegen die Fähigkeiten Ludwigs die Volljährigkeit auf das vollendete 24. Lebensjahr festgesetzt und zu Vormündern neben der Mutter Anna Maria deren Bruder, den Markgrafen Georg Friedrich von Ansbach, den Markgrafen Karl von Baden und den Herzog Wolfgang von Zweibrücken bestellt. Da der letztere bald starb, wurde die Regierung von den beiden andern Vormündern geführt oder vielmehr von dem Statthalter, dem Grafen Heinrich von Castell, einem bewährten württembergischen Diener, dem freilich in den ersten Jahren sein Amt durch die immer mehr geistig umnachtete Herzogin-Mutter schwer genug gemacht wurde. Unter dem Statthalter stand ein engerer Rat, der sich noch unter Herzog Ludwig zum Geheimerat entwickelte. Übrigens trat der Graf von Castell schon 1575 zurück, weil Ludwig viele Geschäfte ohne ihn erledigte, und auch die Vormünder behielten ihre Stellung nur noch dem Namen nach bei, bis der Herzog nach dem Testamente des Vaters die Regierung förmlich übernahm. Die Thätigkeit der vormundschaftlichen Regierung hatte sich vor allem auf die Linderung der durch Hungerjahre und Pest entstandenen Not zu erstrecken; nach außen bezweckte sie, das Land vor allen Verwicklungen zu bewahren. Die Warnung Herzog Christophs beherzigend, daß jeder, der Bündnisse suche, nur seinen eigenen Vorteil im Auge habe, lehnte sie den von Bayern angesonnenen Beitritt zum Landsberger Bunde ab und be-

Digitized by Google

schränkte sich Frankreich gegenüber mit den andern protestantischen Fürsten auf eine schriftliche Verwendung für die aufs Neue bedrängten Hugenotten. Auch gegen den von Kurpfalz nach der Pariser Bartolomäusnacht vorgelegten Plan eines Schutzbündnisses der deutschen Protestanten verhielt sie sich ganz zurückhaltend, obgleich Herzog Ludwig selbst erklärte, daß, so lange die Welt stehe, der Rhein die Gräuel jener Nacht nicht abwaschen werde. Dem König von Spanien gegenüber war die Regierung sogar so willfährig, daß das Gerücht entstehen konnte, der Herzog habe Geld von jenem erhalten, damit er die um ihre Freiheit kämpfenden Niederländer im Stiche lasse. Auch an die württembergische Regierung erging das Ansinnen der Königin Elisabeth von England, endlich den Streit zwischen den Protestanten ruhen zu lassen und sich zur Wahrung der eigenen Unabhängigkeit zusammenzuscharen. Umsonst; nirgends fand sich ein Wagemut für große Ziele und die theologischen Zänkereien drängten alle ernsten Fragen in den Hintergrund, wenn die Fürsten auch manchmal sich veranlaßt sahen, das gegenseitige Lästern und Verdammen zu verbieten.

Es war wohl der Einfluß des ehemaligen Lehrers im Lautenspiel und Ratgebers von Ludwig, des Melchior Jäger, daß er sich so bald um die Vormundschaft nichts kümmerte. Der junge Herzog warf sich ganz dem nunmehrigen Kammersekretär in die Arme, der es zwar mit seinem Herrn gut meinte, aber den eigenen Vorteil nicht vergaß und seine Stellung mit niemand teilen wollte.

Ein wichtiges Anliegen für das Land war die Vermählung des Herzogs. Schon vor der Vollendung seines 20. Lebensjahres forderte ihn der Abt von Bebenhausen im Namen der landschaftlichen Ausschüsse auf, seine Wahl zu treffen. Erst zwei Jahre später (7. November 1575) vermählte er sich mit Dorothea Ursula (geb. 20. Juni 1559), der Tochter seines Vormünders, des Markgrafen Karl von Baden. Nach der Sitte der Zeit wurde das Hochzeitsfest mit allem erdenklichen Aufwand von Pracht, mit Ritterspielen, Aufzügen, den ausgesuchtesten Schmausereien und Schaustücken gefeiert; die Armen durften durch reichliche Labung, das gemeine Volk durch springende Brunnen Weins an der Freude Anteil nehmen.

Infolge Abwesenheit des noch einzigen Vormunds verzögerte sich die förmliche Regierungsübernahme bis in den Sommer 1578. Der Austausch von Versprechungen zwischen Fürst und Landschaft gaben dem Feste die Weihe, Geschenke der letzteren und stattliche Bewirtungen erhöhten den Glanz. Herzog Melchior, wie Jäger bald genannt wurde, stellte sich

Digitized by Google

bei dem Antritt der Regierung mit einer langen Abhandlung ein, die dem Fürsten die Notwendigkeit einer Beratung mit treuen, verständigen Dienern klar machte, vor Mitteilung wichtiger Angelegenheiten an all zu viele Vertraute warnte und regelmäßigen Gang der Regierung anpries. Es gelang Jäger allmählich zum Geheimenrat aufzusteigen, der fast ausschließlich Vortrag beim Herzog hatte; er erwarb sich aber dabei große Verdienste durch sein Dringen auf Sparsamkeit und seinen Eifer für Ordnung in der Verwaltung.

Die herzoglichen Finanzen litten unter der überkommenen Schuldenlast. Von den dem Herzog Christoph versprochenen Summen hatte die Landschaft noch 900 000 Gulden nicht abgetragen. Der Landtag, der 1583 von Ludwig — zum ersten Mal in das neu erbaute Landhaus — zusammenberufen wurde, verstand sich zur Bezahlung von 600 000 Gulden wovon diesmal die Hälfte dem Kirchengut zugeschieden wurde, freilich unter dem Vorbehalt, daß die Übernahme nur gegenüber Herzog Ludwig selbst und seinen leiblichen Erben Geltung haben solle. Unter den üblichen Wünschen, die zum Zwecke der Gegenleistung von den Ständen vorgetragen wurden, ging der wichtigste dahin, daß auch der Adel wieder zum Lande und zur Besteuerung beigezogen werden solle, ohne daß Mittel und Wege dazu angegeben worden wären. Der Herzog sprach dem Landtag für die bewiesene Willfährigkeit seinen Dank aus; beide forderten sich gegenseitig zu größerer Sparsamkeit auf.

Als erste Gelegenheit zu Erübrigungen ersah sich Herzog Ludwig die Klöster. Immer noch waren dieselben alle, um keinen Anlaß zu Vorwürfen wegen Mißbrauchs der Stiftungen zu geben, mit Schülern besetzt, die sich dem geistlichen Berufe widmen sollten. Ein Prälat und ein Verwalter standen jedem Klostergebiet vor und regierten dasselbe ziemlich selbständig. Die Gefahr lag nahe, daß der Aufwand in den Klöstern übermäßig wurde, abgesehen davon, daß für den Unterhalt und die Erziehung der Schüler eine geringere Zahl von Anstalten genügte. Der Herzog fand, daß die Prälaten alles verthun und eigensinnige Köpfe haben, und hob einen Teil der Klosterschulen auf. Der landschaftliche Ausschuß aber sah in dieser Maßregel eine Verletzung der Verfassung und brachte dadurch den Herzog so sehr gegen sich auf, daß er sich manchmal über „ungnädige, hitzige und ungereimte fürstliche Antworten" zu beklagen hatte und sich seinerseits von den Räten warnen lassen mußte, nicht „einen Kessel überzuhängen" und dadurch einen leidenschaftlichen Ausbruch herbeizuführen.

Digitized by Google

Herzog Ludwig selbst machte großen Aufwand. Nachdem seine junge erste Gemahlin auf der Rückreise vom Hochzeitsfest seiner Schwester, das in Weimar gefeiert wurde, zu Nürnberg gestorben war (19. Mai 1583), beging er (10. Mai 1585) in herrlichster Weise zu Stuttgart seine Vermählung mit der dreizehnjährigen Pfalzgräfin Ursula; wieder reihten sich Schaustücke an Schaustücke. Ludwigs vom Vater ererbte Bauluſt fand in dem Baumeister Georg Beer einen Künstler, dessen Werke dem Herzog hohen Ruhm verschafft haben. Mit prächtigen Säulengängen, zierlichen Gallerien und stolzen Giebeln erhob sich im fürstlichen Lustgarten zu Stuttgart das neue Lusthaus, der großartigste Renaissancebau, den Württemberg aufzuweisen hatte; auch durch Büsten und Gemälde ein bildnerisches Schatzhaus. Die dem Alten und nicht praktisch Verwertbaren feindselige Geschmacksverirrung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat auch das Denkmal edelsten Kunstsinnes aus Herzog Ludwigs Zeit verwüstet. Als es aufgebaut wurde und die für damals riesige Summe von 300 000 Gulden verschlang, fand es freilich schon viele Widersacher, die durch des Herzogs Verwahrung, daß auch er das Recht habe, sich ein Gartenhäuslein zu bauen, kaum zufrieden gestellt wurden. Von der hehren Schönheit jener Renaissancebauten zeugen noch die Giebel von Ludwigs Jagdschloß in Kloster Hirsau, zwischen denen die von Uhland besungene Ulme emporsteigt. Die Standbilder seiner Ahnen, die er im Chore der Stuttgarter Stiftskirche aufstellen ließ, kündeten gleichfalls von des Herzogs Freude an der Kunst. Einen wohlwollenden Gönner fanden in ihm die damals aller Orten aufgeführten Schauspiele, namentlich biblischen Inhalts; die Bürger von Waiblingen, welche vor ihm das jüngste Gericht in Scene gesetzt hatten, veranlaßte er zu einer Wiederholung auf dem Stuttgarter Marktplatze, die freilich durch den Brand der Hölle einen schlimmen Ausgang nahm. Als Dichter besonders begünstigte Herzog Ludwig den geistreichen Nikodemus Frischlin, der seine Muse in den Dienst des Hofes stellte. Als derselbe aber den Haß des von ihm verspotteten Adels sich zugezogen, gegen seinen früheren Lehrer Martin Crusius spritzige Schriften losgelassen und durch ausgelassenen Lebenswandel sich um seinen guten Ruf gebracht hatte, ließ ihn der Herzog nach Hohenurach in Sicherheit bringen. Der Freiheitsdrang des Mannes trieb ihn zu gefahrvoller Flucht, bei der er zu Tode stürzte.

Seine besondere Fürsorge wandte Ludwig der Tübinger Hochschule zu. Er ließ die zahlreichen sie betreffenden Verordnungen in ein Ganzes verarbeiten und damit manchen Beschwerden abhelfen. Ihrem ersten

Digitized by Google

Jubelfest, das wegen Ausbruchs der Pest auf das Jahr 1578 verlegt worden war, wohnte er samt seiner Gemahlin bei. In Tübingen gründete er eine Erziehungsanstalt, zu der schon Herzog Christoph den Plan gefaßt hatte, das Collegium illustre; es war bestimmt für vermöglichere Bürgersöhne, die hier ohne zu große eigene Kosten sich zu weltlichen Beamten ausbilden sollten. Herzog Ludwig erlebte noch die Einweihung des Gebäudes; aber schon sein Nachfolger gab ihm eine wesentlich andere Bestimmung.

Für Pflege der heimischen Geschichte sorgte der Herzog, indem er seinen Leibarzt Oswald Gabelkofer, den eifrigen Sammler geschichtlicher und genealogischer Nachrichten, beauftragte, eine württembergische Chronik zusammenzustellen, die allerdings nicht zum Drucke fertig wurde. Derselbe hatte des Herzogs Ohr für die Angelegenheiten seines eigenen Berufes und klagte ihm, daß neben den freilich noch sehr wenigen Ärzten und Apothekern allerlei durchstreifende Zahnbrecher, „selbstgewachsene Kälberärzte“ und Segensprecher ihr Wesen treiben und daß einzelne Pfarrer Arzneien verabreichen.

Auch die Handschriftensammlung Herzog Christophs vermehrte der Sohn durch Ankauf griechischer Werke, wozu die später zu erwähnenden Beziehungen zu Constantinopel Anlaß gaben; sie sind mit den übrigen im dreißigjährigen Krieg nach München gewandert.

Wie einst sein friedfertiger Vater so mußte auch Herzog Ludwig einmal zur Verteidigung seiner Rechte das Schwert ergreifen. Graf Ludwig von Löwenstein erkannte die Lehensherrlichkeit desselben nicht an und bedrückte zudem seine Unterthanen sehr hart. Der Herzog erklärte die Lehen für verwirkt, ließ Löwenstein besetzen und öffnete die gräflichen Gefängnisse (1586). Die Entsagung des Grafen brachte die Herrschaft in die Hände von dessen Söhnen. Der Auftrag, welchen Ludwig vom Kaiser erhielt, den Landfrieden gegen den Erbmarschall Konrad von Pappenheim zu schützen, ließ sich ohne Blutvergießen erledigen; er nahm ihm die gewaltsam behauptete Landgrafschaft Stühlingen ab und führte ihn gefangen nach Schloß Tübingen (1591), von wo derselbe nie mehr frei kam.

Der schwäbische Kreis ernannte Ludwig noch während seiner Unmündigkeit zum Kreisobersten, obgleich sein Vormünder, Markgraf Karl von Baden, sich auf die Würde Hoffnung machte. Wie aber später der Bischof von Constanz ihm dieselbe entleidete, that er um so lieber darauf Verzicht, als die Kreisstände doch zu keinem gemeinsamen Handeln zu

Digitized by Google

bringen waren, und behielt sich nur die Stellung eines ausschreibenden Fürsten neben dem Bischof sowie das Direktorium vor.

Auf einem Reichstage zu erscheinen, hatte sich Herzog Ludwig in seiner Jugend geweigert; auch dem Kurfürstentage, auf dem der nachmalige Kaiser Rudolf II. zum König gewählt wurde (1575), blieb er trotz dringender Aufforderung Maximilians II. ferne. Um so prächtiger war sein Auftreten auf dem Augsburger Reichstage von 1582; in Begleitung seines Vetters, des Grafen Friedrich von Württemberg-Mömpelgard, und eines zahlreichen Hofstaats erschien er dort bald nach der Eröffnung und wieder zum Schlusse. Seine Vertreter hatten nicht nur Sinn für Rangstreitigkeiten, wie diejenige zwischen Württemberg und Mecklenburg, sondern zeigten auch vielen Eifer für die allgemeinen Angelegenheiten. Freilich ohne Erfolg; denn Österreich war auf den Reichstagen, besonders durch die Religionsspaltung, so übermächtig geworden, daß an die Stelle der Beratung eigentlich der Vollzug der österreichischen Befehle getreten war. Die meisten kleineren Reichsstände stimmten grundsätzlich wie Österreich; wagte einmal einer eine selbständige Stellung einzunehmen, so setzte er sich der persönlichen Ungnade des Kaisers aus. Erster Gegenstand der Beratung war regelmäßig die Steuerfrage; da Österreich selbst und mit ihm eine Reihe von Reichsständen nicht beitragspflichtig waren, wälzten sie leichten Herzens die Abgaben auf die übrigen Stände; war das gelungen, so wurde der Reichstag geschlossen, damit er ja nicht dem Kaiser widrige Gegenstände berühre. Die wichtigsten Dinge wurden gar nicht an den Reichstag gebracht, sondern mit dessen Umgehung an Ausschußtage gewiesen, weil hier die Mehrheit für Österreich noch sicherer war. Der Reichstag selbst sollte über Eingaben nicht mehr wie von Alters her abstimmen, sondern nur Gutachten abgeben, die der Kaiser nach Belieben befolgte oder nicht; den meist protestantischen Reichsstädten wurde zugemutet, sich auf dem Reichstage als Untergebene des Kaisers eigener Ansichten zu enthalten. Und wenn je der Reichstag dazu kam, Beschlüsse zu fassen, welche Österreich nicht zusagten, so wurden sie nie ausgeführt. Was die Protestanten vollends kränkte, war, daß die katholischen Stände sich für ihre Abstimmungen Rat beim päpstlichen Nuntius holten, als ob der Papst bei deutschen Reichstagen etwas dreinzureden hätte. So fanden denn auch die Religionsbeschwerden, die Herzog Ludwig vortragen ließ, kein Gehör. Dennoch hütete er sich, Österreich zu verletzen, um ja seinerseits keinen Anlaß zum Ausbruch von Feindseligkeiten zu geben; er schickte dem Kurfürsten von Köln, dem Truchseß Gebhard von Waldburg,

Digitized by Google

der sein Erzbistum in ein weltliches Kurfürstentum umwandeln wollte, zwar einige Räte und Theologen zu, enthielt sich aber weiterer Unterstützung. Auch in späteren Jahren, als endlich durch den Torgauer Bund (1591) ein engerer Zusammenschluß der deutschen protestantischen Fürsten geschaffen schien, gebrauchte er die Vorsicht, dem landschaftlichen Ausschuß mit wenigen geheimnisvollen Andeutungen die Frage vorzulegen, ob er sich in ein Sonderbündnis einlassen solle. Natürlich verneinte der Ausschuß diese Frage, da der Land- und der Religionsfrieden genüge; doch wurde wenigstens zur Anlegung eines besonderen Kriegsschatzes geschritten, zu dem der Herzog und die Landschaft je einen verschiedenen Schlüssel haben sollte.

Herzog Ludwigs Herzensbedürfnis war die Ausbreitung und Reinhaltung der protestantischen Lehre. Die höhere Geistlichkeit, die schon durch die Gunst seines Vaters zu großem Ansehen gelangt war und durch die einreißende Bevorzugung der Verwandtschaft bei Stellenbesetzung eine Macht im Staate bildete, galt viel bei dem Herzoge; der geistliche Beruf überhaupt stand bei ihm sehr in Ehren. Wenn er, so erklärte er, die Gaben von Gott hätte, die von einem Prediger erfordert werden, wollte er sich nicht scheuen, das Evangelium selbst zu verkündigen. Er war sehr belesen in der heiligen Schrift und verfügte über eine große Zahl von Sprüchen, die er im Gespräche gerne treffend anwandte. Sogar die Schriften seiner Theologen pflegte er vor dem Erscheinen auf ihre Rechtgläubigkeit zu prüfen, um deren Inhalt selbst vertreten zu können. So hat er denn schon bei Lebzeiten den Beinamen des Frommen erhalten. Ihm gelang es, in der Reichsstadt Aalen durch den seit dem Tode von Johann Brenz (1570) hervorragendsten württembergischen Theologen, den Tübinger Kanzler Jakob Andreä, die Reformation durchzusetzen; ein Gleiches geschah in der neu erworbenen Herrschaft Steußlingen und zu Neidlingen. Es mußte dem Herzog eine große Befriedigung gewähren, daß eben der von ihm so begünstigte Andreä mit unermüdlichem Eifer, vielem Wissen und herber Unbeugsamkeit den Sieg des strengen Luthertums über die mildere Auffassung Melanchthons erfocht. Andreä hatte noch auf Herzog Christophs Aufforderung einen Entwurf für die Einigung der Protestanten geliefert. Derselbe stellte sich auf den allgemeinen Standpunkt des evangelischen Glaubens gegenüber dogmatischen Einengungen, befriedigte aber eben darum niemand. Als die Sache schon ganz aussichtslos schien, kam von Niedersachsen aus eine neue Anregung an Herzog Ludwig; Andreä ließ sofort eine Reihe von Predigten über den Gegen-

Digitized by Google

stand drucken und arbeitete diese auf Wunsch zum „Tübinger Buch," der schwäbischen Konkordie, um. Auch sie fand keinen großen Beifall. Erst als nach dem blutigen neuen Siege des Luthertums in Kursachsen sich vollends das Bedürfnis einer einigenden Bekenntnisschrift ergab, kamen Württemberg und Baden zu Maulbronn (1576) über eine Formel überein, die jetzt durch die Rücksicht auf den nächsten Zweck ziemlich streng lutherisch ausfiel. In Kursachsen schlossen sich daran weitere Verhandlungen unter Beteiligung von Andreä, die zur Anerkennung der Konkordienformel führten (1577). Durch sie war die endgiltige Spaltung zwischen Lutheranern und Reformierten in Deutschland geschaffen. In Württemberg wie in andern Ländern wurde von sämtlichen Kirchendienern und Beamten die Unterschrift der Formel verlangt, was sich bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts erhielt. Auch in den meisten schwäbischen Reichsstädten, bei der fränkischen Ritterschaft und der hohenlohischen Geistlichkeit fand die Formel, vielfach auf Betreiben Herzog Ludwigs, Anklang. Freilich wurde sie nach dem Urteile sehr kirchlicher Männer die Ursache vieler äußerlicher Kirchlichkeit, welche die innere Kraft des Christentums verleugnete.

Noch weiter ausschauend war der Plan durch Vermittlung von Tübinger Magistern, die als Gesandtschaftsprediger in Constantinopel lebten, auf den dortigen griechischen Patriarchen einzuwirken und die Vereinigung der morgenländischen und der protestantischen Kirche herbeizuführen. Unter lebhafter Anteilnahme des Herzogs führten Andreä und der gleichfalls sattelfeste Theologe Jakob Heerbrand einen längeren Briefwechsel mit dem Patriarchen, wobei der gelehrte Kenner des Alt- und Neugriechischen und eifrige Sammler zur schwäbischen Geschichte, Martin Crusius, den Schriftführer machte, bis die Sache im Sande verlief.

Gleich wenig glücklich waren die württembergischen Bestrebungen, die Verdrängung des Luthertums durch den Calvinismus in der Pfalz zu verhindern. Obgleich Herzog Ludwig einer der Vormünder des Kurfürsten Friedrichs IV. (seit 1583) war, wußte dessen Oheim, der Pfalzgraf Johann Casimir, voll Abscheu gegen das „Pfaffengetriebe" in Württemberg, durch Drohungen und alte Beschwerden Herzog Ludwig, wie die übrigen Mitvormünder, von jeder Thätigkeit in der Kurpfalz auszuschließen. Auch der Versuch, die in Mömpelgard eingewanderten Calvinisten auf einem Religionsgespräch zu gewinnen, das vornemlich Andreä und der Hofprediger Lukas Osiander mit Theodor Beza führten, schlug fehl (1586).

Digitized by Google

Noch schärfer als gegen die Calviniſten loderte der Streit gegen die Katholiken, beſonders die damals ſo einflußreichen Jeſuiten. Der Übertritt des Schwagers von Ludwig, des Markgrafen Jakob von Baden, der durch den vom Luthertum zum Calvinismus, von dieſem zur katholiſchen Kirche übergetretenen Johann Piſtorius verurſacht worden war, rief leidenſchaftliche Kämpfe hervor. Hüben wie drüben wurde mit Bitterkeit und Derbheit geſtritten; Männer wie Lukas Oſiander ſtanden darin keinem andern nach. Gar lebhaft entbrannte der Kampf auf einem Gebiete, das mit dem Glauben nichts zu thun zu haben ſcheint, in der Frage der Einführung des durch Papſt Gregor XIII. verbeſſerten neuen Kalenders (1582). Die thatſächlichen Fehler der bisherigen Zeitrechnung ſuchte dieſer dadurch auszugleichen, daß zehn Tage auf einmal überſprungen werden ſollten. Da die Sache vom Papſte ausging, erhob ſich auf proteſtantiſcher Seite ein Sturm der Entrüſtung; in gemiſchten Reichsſtädten, wie Augsburg, kam es zu tiefgehenden Zwiſtigkeiten, die auch Herzog Ludwig nicht vermitteln konnte. Die württembergiſchen Theologen ereiferten ſich in einer Weiſe gegen die „unſelige Mißgeburt“, die uns heute lächerlich anmutet. Und doch war der Widerſtand berechtigt. Die Angſt vor einem allgemeinen Angriff auf den Proteſtantismus laſtete auf den Gemütern. Der Papſt hatte, wie ein Gutachten der Tübinger Hochſchule hervorhebt, die Abänderung getroffen, damit die kirchlichen Feſte ſamt dem Gedächtnis der Heiligen und andere Gottesdienſte zu rechter Zeit gehalten werden; die Annahme war bei Strafe des Bannes befohlen. Dazu kam, daß der Kaiſer, ohne das Reich oder die Kurfürſten zu befragen, die Aufforderung des Papſtes zu der ſeinigen gemacht hatte. Konnten damals die Proteſtanten „zur Kirche gehen, wenn der Papſt mit dem neuen Kalender läuten ließ?“ Durch die Form, in welcher derſelbe durchgeſetzt werden ſollte, war jenen eine That des Gehorſams zugemutet, die leicht hätte Folgen haben können. Darum kam auch das Tübinger Gutachten zu dem Schluſſe, daß es ſich hier um einen kirchlichen Artikel handle, deſſen Vorſchreibung dem Religionsfrieden zuwider ſei. Anders wäre es, wenn Kaiſer und Reich einen neuen Kalender machten. So weigerte ſich denn auch Württemberg, dem päpſtlichen Befehle zu gehorſamen; erſt am 16. November 1699 wurde hier der gregorianiſche Kalender angenommen, zu einer Zeit, wo die Annahme keiner falſchen Deutung mehr fähig war und das praktiſche Bedürfnis ſich gar zu laut geltend machte.

Auch an Herzog Ludwig kam, wie einſt an ſeinen Vater und an ſeine Vormünder die Aufforderung der raſtlos für die Feſtigung des

Digitized by Google

Protestantismus thätigen Königin Elisabeth von England, endlich im Ernste die bedrängten Glaubensgenossen, besonders in Frankreich, zu unterstützen und so das immer stärkere Übergewicht der katholischen Partei zu bekämpfen. So gerne Herzog Ludwig als Retter seines Glaubens aufgetreten wäre, so wenig zeigte sich auch jetzt bei den deutschen protestantischen Fürsten die Lust, für die Hugenotten etwas zu wagen. Eine Gesandtschaft, zu der sie sich wieder einmal aufrafften (1586) und der auch Graf Friedrich von Württemberg angehörte, war ganz nutzlos. Als sie dann doch geschehen ließen, daß für König Heinrich von Navarra in ihren Ländern ein Heer angeworben wurde, hatte Herzog Ludwig vor allem dessen Niederlage schwer zu büßen. Die erzürnten Guisen brachen (Ende 1587) in Mömpelgard ein und verheerten es fünf Wochen lang auf das Grausamste, ohne daß der Herzog irgendwo Hilfe gefunden hätte. Als nach der Ermordung König Heinrichs III. Heinrich von Navarra selbst den französischen Thron bestiegen hatte, schoß ihm auch Herzog Ludwig bedeutende Summen vor, damit er sich gegen die katholische Ligue halten könnte; ebenso Graf Friedrich und Reichsstädte wie Ulm. Ja der Herzog unterstützte den neuen König auf dessen wiederholte Bitten (1591) durch Begünstigung der Anwerbung zahlreicher Württemberger. Freilich vermochte auch das deutsch-protestantische Heer, dem sie eingereiht wurden, dem freunde- und geldarmen König Heinrich IV. keine Sicherheit zu verschaffen, so daß er es vorzog, durch Glaubenswechsel sich die Krone zu retten.

Herzog Ludwig war kinderlos und die Nachfolge des Vetters seines Vaters, des Grafen Friedrich, galt nicht für ganz unbestritten; man fürchtete östreichische Ansprüche. Frühe schon suchte daher der Herzog diese Nachfolge durch testamentarische Bestimmungen zu sichern, zugleich aber auch den Schutz der protestantischen Lehre samt der Konkordienformel, die Anerkennung der Freiheiten der Landschaft, die Beibehaltung seiner Räte auszubedingen. Friedrich ging auf alles ein, obgleich seiner beweglichen Natur das Wenigste davon zusagte.

Ludwig starb, ehe er vierzig Jahre erreicht hatte. Auf die Nachricht, daß sein neues Lusthaus fertig gestellt sei, kehrte er von der Hirschjagd bei Marbach nach Hause und freute sich sehr, die Einweihung desselben festlich begehen zu können. Aber schon am folgenden Tage erlag er einem Schlagflusse (8. August 1593). Das Denkmal, das er sich selbst in die Tübinger Stiftskirche bestellt, war eben fertig geworden. Seine Witwe zog sich nach Nürtingen zurück, dessen Schloß ihr als Sitz angewiesen war und erlebte hier noch die Greuel des dreißigjährigen Krieges. Aufrichtig verehrt und betrauert starb sie hier am 5. März 1635.

Digitized by Google

Voll Gutmütigkeit und Wohlwollen verkehrte Ludwig mit dem Volke so vertraulich, daß ein Ebinger Bürger, bei dem er als Witwer Einkehr hielt, wagen konnte, seine Tochter im Brautschmuck neben ihn zu setzen und sie ihm zur Gemahlin anzubieten. Neben Jagd und frohen Künsten waren scharfe Zechgelage sein Hauptvergnügen, besonders wenn er dabei fremden Herren seine Überlegenheit zeigen konnte. Der Geheimerat Jäger warnte ihn einmal mit offenen Worten vor dem Zustande fortgesetzter Trunkenheit. Die Regierung überließ er trotz großer Vielgeschäftigkeit fast ganz seinen Räten mit der Begründung, daß es besser sei, auf den Rat verständiger Männer zu hören, als diesen den eigenen Willen aufzudringen. Nur um die Reinheit der kirchlichen Lehre nahm er sich von ganzem Herzen an und erfüllte so redlich die Pflicht, welche zu seiner Zeit als die vorzüglichste eines Fürsten angesehen wurde.

Digitized by Google

VII. Abschnitt.

Herzog Friedrich I.

1593—1608.

Mit dem Tode Herzog Ludwigs war der Stamm Ulrichs abgestorben. Ein Glück, daß der Bruder des letzteren, Graf Georg, auf Christophs Zureden sich noch in höheren Jahren zur Vermählung entschlossen hatte und daß aus seiner Ehe mit Barbara, Tochter des Landgrafen Philipp von Hessen, ein Sohn hervorgegangen war. Sonst wäre Württemberg als erledigtes Lehen Österreich heimgefallen und das Land Herzog Christophs hätte aufgehört, eine selbständige Rolle zu spielen.

Herzog Friedrich I., geboren zu Horburg im Elsaß am 19. August 1557, war noch von Christoph am Stuttgarter Hof aufgenommen worden, hatte längere Zeit auf der Tübinger Hochschule gelernt und auf weiten Reisen seine Begierde, fremde Länder und Leute zu sehen, befriedigt. 1581 führte er die Prinzessin Sibylle von Anhalt heim und erhielt die Regierung von Mömpelgard und den zugehörigen Herrschaften. Schon dort zeigte sich sein Eifer für die reine Lehre; unter seinem Vorsitze fand jenes Religionsgespräch zwischen Lutheranern und Calvinisten statt, an dem besonders Andreä und Beza teilnahmen (1586).

Schon dort ging er darauf aus, durch Käufe und zum Teil aussichtslose Verhandlungen sein Gebiet zu vermehren, wodurch er sich in bedeutende Schulden stürzte. Dem Ziele seines Ehrgeizes, durch Aufnahme in den englischen Hosenbandorden an Glanz und Pracht zu gewinnen, steuerte er schon damals zu und machte eine eigene Reise zur Königin Elisabeth. Und wie er über einengende Ordnungen dachte, bekam die Stadtvertretung von Mömpelgard zu spüren, die er infolge eines Streites über ihre Befugnisse züchtigte. Herzog Ludwig fürchtete denn auch seine

Digitized by Google

Neigung zu Neuerungen und bemühte sich, derselben durch letztwillige Bestimmungen Schranken zu setzen.

So wurde der neue Herrscher von Anfang an im Lande mit Mißtrauen betrachtet. Man sah in ihm den Fremden, der vor der heimischen Eigenart keine Achtung hege, den Eindringling in eine von einer Anzahl hervorragender, womöglich unter sich verwandter Männer vorsichtig geleitete Regierung, einen unzuverlässigen Hüter der zum Glaubensstück gewordenen Verfassung. Die Verschiedenheit in der Auffassung zwischen Fürst und Land trat denn auch sofort zu Tage. Der Herzog faßte in der Furcht, Östreich könnte bei Anlaß des Regierungswechsels eine Einmischung in die Angelegenheiten Württembergs versuchen, sofort die Aufstellung einer kleinen Truppenmacht ins Auge; die Landstände bewillkommten ihn mit der Forderung, er solle die Summe, die sie von Herzog Ludwigs Kammerschulden übernommen, zurückbezahlen, da sich ihre Einwilligung nur auf unmittelbare Nachkommen desselben bezogen habe. Der Herzog griff aber nur den letzteren Gedanken auf und besann sich seinerseits, ob er als Gründer einer neuen Linie an die mit seinen Vorgängern abgeschlossenen Landesverträge gebunden sei. Er zog daher die Bestätigung der Landesfreiheiten, welche vor Einnahme der Huldigung hätte stattfinden sollen, möglichst hinaus. Es ist Friedrich nicht zu verargen, wenn er nach den gleich anfangs gemachten Erfahrungen sich die Frage vorlegte, ob mit solchen Ständen sich regieren lasse.

Bald nach Antritt der Regierung eilte der Herzog nach Mömpelgard zurück. Er brachte von dort nicht nur seine Familie, sondern auch eine französische Leibwache mit; ein neuer Grund zur Aufregung im Lande, da man darin eine Bedrohung sah. Die übermütige Haltung dieser Leibwächter zwang übrigens den Herzog, sie nach kurzer Zeit wieder zu entlassen. Es kam noch nicht zu scharfem Zusammenstoße; Friedrich erkannte selbst, daß er nur allmählich Änderung schaffen könne, und beschränkte sich zunächst darauf, entgegen den Bestimmungen Ludwigs die obersten Beamtungen nach und nach mit ihm willfährigen Männern zu besetzen.

Seine Stellung war von außen nicht ungefährdet. Zwar Kaiser Rudolf II. als Haupt des Hauses Östreich konnte ihm die Belehnung mit dem Herzogtum nicht auf die Dauer versagen, aber Erzherzog Ferdinand machte auf Blaubeuren als eröffnetes Lehen von Tirol Anspruch und dessen Sohn, Kardinal Andreas, Bischof von Constanz, suchte ihm das Direktorium des schwäbischen Kreises zu entwinden. Gelang es Friedrich nicht, die Afterlehenschaft los zu werden, so war er in seiner Thätigkeit

Digitized by Google

als Reichsfürst fortwährend durch die Rücksichtnahme auf Österreich gebunden. Bei der immer schroffern Entwicklung der Gegensätze zwischen den protestantischen und den katholischen Ständen war die Wiedererlangung der Reichsunmittelbarkeit für ihn noch weit mehr eine Lebensfrage als für seine Vorgänger; denn sonst setzte er sich, wie einst Ulrich im schmalkaldischen Kriege, bei dem drohenden Zusammenstoß mit Österreich einer Klage wegen Lehensuntreue aus. Diese Gefahr zu beseitigen, hielt er in erster Linie für notwendig; die durch seine eigenen Landstände aufgerichteten Schranken glaubte er später mit Leichtigkeit durchbrechen zu können.

So sehen wir denn zunächst nach Beilegung der ersten Zwistigkeiten Herzog Friedrich I. und die Landstände Österreich gegenüber Hand in Hand vorgehen; ja der Herzog ließ sogar im Laufe der Verhandlungen eigene Gesandte der letzteren neben den seinigen zu. Für ihn war diese wichtige Einräumung ein nur für den bestimmten Zweck berechnetes Mittel; die Stände sahen darin ein neues Recht, dessen Ausübung sie sich später auch gegen den Willen des Landesherrn anmaßten. Nach Überwindung zahlreicher Schwierigkeiten erfolgte am 24. Januar 1599 der Abschluß des Prager Vertrags, durch welchen Württemberg gegen Bezahlung von 400 000 Gulden wieder in ein unmittelbares Reichslehen umgewandelt wurde, während Österreich die Anwartschaft für den Fall des Aussterbens des Mannstamms verblieb. Die Landstände sträubten sich lange, diese Summe auf ihre Rechnung zu übernehmen, und verlangten, daß der Herzog selbst die Hälfte bezahle; aber zuletzt machte er sie durch einige Versprechungen willfährig.

Der Angelegenheiten des Reiches nahm sich Herzog Friedrich mit lebhaftem Eifer an. Die auf jedem Reichstage wieder neu geforderte Beisteuer zum Kriege gegen die Türken leistete er um so williger, als er in diesen ein Ableitungsmittel gegen die dem Papste und einigen katholischen Fürsten zugeschriebenen Gelüste sah, über die Protestanten herzufallen. Nur tadelte er die unnütze Verschwendung der Hilfsgelder durch Österreich und schlug, freilich vergeblich, vor, statt derselben Truppen zu stellen, um sicher zu sein, daß jene nicht zu persönlichen Zwecken verwendet würden. Wie der Kaiser aber die Reichstage fast zu nichts mehr brauchen wollte als zur Bewilligung der Türkenhilfe, gab der Herzog seinen Gesandten die Weisung, dahin zu wirken, daß diese Frage an die letzte Stelle gesetzt werde; denn sonst sei keine Aussicht vorhanden, für die eigenen Beschwerden Gehör zu finden. Bei der Einladung zu den Reichstagen hatte sich Württemberg immer noch gegen die Übung der kaiserlichen Kanzlei zu ver-

Digitized by Google

wahren, welche die ihm zugehörigen Klöster Blaubeuren, Königsbronn und Maulbronn, sowie die Herrschaft Weinsberg als besondere Reichsstände behandelte; innerhalb der Sitzungen dauerte der Streit über die Rangordnung, namentlich mit Mecklenburg, fort.

Von Anfang an wurde Herzog Friedrich in die namentlich von pfälzischer Seite ausgehenden Pläne besonderer protestantischer Bündnisse hineingezogen. Er beteiligte sich persönlich an Fürstentagen, welche der Vorbesprechung der auf Reichstagen anzubringenden Klagen galten. Aber das calvinistische Bekenntnis von Kurpfalz und die stete Sorge, beim Kaiser anzustoßen und in größere Händel verwickelt zu werden, hielt ihn von entscheidenden Schritten zurück. Erst nachdem er die Ketten der Afterlehenschaft abgeschüttelt, beteiligte er sich mit mehr Entschiedenheit an den Unionsbestrebungen. Von einer allgemeinen Union der Protestanten, wie sie damals namentlich der König von Frankreich betrieb, wollte er nichts wissen, da durch eine solche nur die Gegner gereizt würden. Daher ließ er holländische Gesandte, welche während der Freiheitskämpfe ihres Landes gegen Spanien die protestantischen Fürsten zur Eintracht mahnten und um Hilfe baten, gar nicht vor. Doch verband er sich 1605 zu Stuttgart mit den lutherischen Fürsten von Pfalz-Neuburg und Baden-Hochberg und schloß 1607 auch mit dem Kurfürsten von der Pfalz einen Vertrag ab, wonach sie in allen allgemeinen Angelegenheiten im Einvernehmen handeln und dazu auch andere evangelische Stände beiziehen wollten; zur Förderung des Friedens unter diesen versprachen sie alle Angriffe auf abweichende Lehren zu unterdrücken. Es gelang Herzog Friedrich nicht mehr, die beiden Gruppen von Verbündeten zu vereinigen; aber ein wesentlicher Schritt dazu war geschehen. Die Ereignisse trieben freilich bald weiter als er gewollt hatte.

Das Schicksal der protestantischen Reichsstadt Donauwörth brachte den Herzog doch noch in Streit mit dem Kaiser. Vergebens hatte er sich bemüht, die Ausführung der Acht, welche über die Stadt wegen Störung einer klösterlichen Prozession verhängt worden war, als Direktor des schwäbischen Kreises selbst in die Hand zu bekommen und dem Herzoge von Bayern zu entwinden. Nur die protestantischen Kreisstände folgten seinem Rufe nach Stuttgart zur Beratschlagung über die Rettung der Kreisgenossin und schlossen sich seinen Verwahrungen gegen die Schmälerung der Rechte ihres Kreises und gegen die Vergewaltigung der Reichsstadt an. Der Kaiser mißachtete dieselben und machte dem Herzoge scharfen Vorhalt.

Digitized by Google

Je mehr Friedrich mit der Zeit das Bedürfnis nach Zusammenschluß gleichgesinnter Fürsten empfand und je gefahrdrohender die Donauwörther Sache sich entwickelte, desto dringender ergab sich für ihn die Notwendigkeit der Beschaffung von Machtmitteln. Dem stand aber die Landesverfassung, vor allem der Tübinger Vertrag, straks entgegen. Durfte doch der Herzog ohne Rat und Wissen der Landschaft keinen Krieg führen und mußte die Mannschaft, wenn sie sich auch selbst ausrüstete, auf seine Kosten verpflegen. Die Unterthanen waren nur verpflichtet, sich zum Krieg ausheben zu lassen und die nötigen Fuhren zu leisten; das Geld dazu aufzubringen war Sache des Herzogs. Nun fehlte es zwar in Württemberg nicht an wehrfähigen Männern — eine Musterung im Jahre 1603 ergab deren 66229 —; auch hatte sich Friedrich bemüht durch Anordnung von Schießübungen, durch Einführung von Musketen statt der unhandlichen Haken sie kriegstüchtiger zu machen. Bei dem großen Widerwillen aber, dem die neuen Einrichtungen begegneten, und der Undurchführbarkeit einer genügenden Ausbildung sah er nur zu deutlich, wie wenig Nutzen das Land von dieser waffentragenden Masse hätte, und drang mit seinem kriegserfahrenen Obervogt Burkard Stickel auf Ersetzung der Miliz durch ein Berufsheer. Wohl stand es ihm jetzt schon frei, Söldner zu werben, so viel er wollte; aber auch sie mußte er selbst bezahlen, da die Landschaft gleichfalls durch den Tübinger Vertrag gegen alle außerordentlichen Steuern geschützt und freiwillig für ein Heer keinen Heller zu bewilligen geneigt war. Wollte der Herzog hierin Besserung schaffen, so mußten die betreffenden Bestimmungen des Tübinger Vertrags abgeändert werden. Daß das schwer halten würde, konnte er voraussehen; aber er war nicht der Mann, sich durch Unterthanen von seinem Plane abschrecken zu lassen, und sein hervorragendster Berater, der Geheimerat Matthäus Enzlin, der an die Stelle Melchior Jägers getreten war, vermochte ihm etwaige Bedenken leicht auszureden. Enzlin, früher Rechtslehrer in Tübingen, hatte den Herzog allmählich ganz für sich gewonnen durch die Geschmeidigkeit, mit der er auf seine Ansichten einging, durch die außerordentliche Gewandtheit, mit der er die Geschäfte leitete; beim Volke war er verhaßt wegen seiner Gewissenlosigkeit und Habgier.

Nachdem Enzlin dem Herzoge ein vorbereitendes Gutachten über die Verfassungsänderung abgefaßt, trat der Landtag am 26. Januar 1607 im Schlosse zu Stuttgart zusammen. Es war schon ein Gewaltstreich, daß auch die Amtleute zu demselben berufen worden waren; sie und die Prälaten wurden vor der Eröffnung in der herzoglichen Kanzlei ver-

Digitized by Google

ſammelt und an ihre Pflichten als Beamte und Kirchendiener erinnert. Eine weitere Neuerung war, daß der landſchaftliche Ausſchuß zwei Rechtsbeiſtände wählen mußte, da doch meiſt ſchlechtverſtändige Leute auf den Landtag kämen. In Gegenwart des Herzogs erklärte Enzlin, es ſei nötig, den Tübinger Vertrag in einzelnen Punkten zu erläutern. Große Beſtürzung folgte dieſer Eröffnung, um ſo mehr, als die Beratung ſchon auf den folgenden Tag angeſetzt wurde. Nicht unfein ſtellte Enzlin bei ſeiner hier vorgetragenen Begründung einige Punkte voran, die, weil auf vorübergehende Verhältniſſe berechnet, veraltet ſeien; dann ſuchte er dem Artikel von der Kriegshilfe eine Deutung zu geben, die des Herzogs Wunſch nach Umwandlung derſelben in Geldbeiträge entſprach. So hoffte man die Bedenken, die einer ausgeſprochenen Abänderung des Tübinger Vertrags, jenes höchſten und beſten Kleinodes, für das ihn die Landſchaft anſah, nicht aufkommen zu laſſen. Die Stände beſchwerten ſich, daß ihnen die Sache nur mündlich vorgetragen werde; der Herzog erwiderte ſpöttiſch, eine ſchriftliche Faſſung ſei unnötig, da ihnen jener Vertrag ſo bekannt ſei, wie das Vaterunſer. Doch gab er ihnen auf ihre Bitte kurze Bedenkzeit. Schon am Nachmittag beriet ſich ein verſtärkter Ausſchuß; am folgenden Tage traten die Stände mit Ausnahme der Amtleute faſt einſtimmig deſſen Beſchluſſe bei, daß ein Vertrag, der durch Herzoge und Kaiſer beſtätigt ſei, nicht unnötig abgeändert werden dürfe; zudem haben die Abgeordneten, die an die Weiſung ihrer Auftraggeber gebunden waren, gar keine Vollmacht dazu. Friedrich war empört über den Widerſpruch; er erklärte ſich dadurch in ſeiner Ehre gekränkt, daß man ihm eine Abänderung des Vertrags zutraue, während er doch nur eine höchſt notwendige Erläuterung wolle; wenn ihm der Landtag dieſe nicht gebe, ſo gebe er ſie ſich ſelbſt und behaupte, daß er nicht ſchuldig ſei, jenen Vertrag zu halten. Am 3. Februar wurde der Landtag aufgelöſt, der Ausſchuß mit einem derben Verweiſe abgeſetzt; die Hauptwortführer der Stände verloren ihre Ämter. Zu weiterer Begründung ſeines Schrittes teilte der Herzog ein Gutachten Stickels über die Mangelhaftigkeit des Heerweſens mit. Der erſchrockene Landtag entſchuldigte ſich mit ſeinem ungenügenden Verſtande und erbot ſich vergebens zu neuen Verhandlungen.

Es iſt Herzog Friedrich zuzugeben, daß ſeine Vorſchläge thatſächlich durchaus begründet waren; es iſt ihm auch zu glauben, daß er ſelbſt die Abänderung der Verfaſſung für eine bloße Erläuterung hielt. Seinen Unwillen über die ablehnende Haltung der Stände kann man ihm deshalb

Digitized by Google

nicht verargen. Daß er aber die Landschaftsmitglieder, die doch auch nach bester Überzeugung gehandelt hatten, seinen Zorn persönlich entgelten ließ und zum Teil ihrer staatlichen Stellen entsetzte, ist ein Ausfluß jener hitzigen Gewaltthätigkeit, die ihm auch sonst nicht fremd ist. Daß er in dieser nicht fortfuhr, sondern auf feinere Art einen Staatsstreich ausführte, geschah jedenfalls unter dem Einflusse des geriebenen Enzlin.

Zunächst wurde dem abgeschafften Ausschuß, der seine Thätigkeit nicht ganz aussetzte, der Schlüssel zum geheimen Gewölbe des Landhauses abgenommen und dieses versiegelt. Dann wurden herzogliche Räte in die einzelnen Städte und Ämter geschickt; sie sollten dieselben dahin beeinflussen, daß ihre Abgeordneten auf des Herzogs Vorschläge einzugehen wüßten und daß die Führer der Opposition nicht mehr gewählt würden. Wirklich zeigte sich fast überall Willfährigkeit. Da man die Hartnäckigkeit des letzten Landtags namentlich den Prälaten zuschrieb, wurden zum neuen nur einzelne derselben einberufen. Schon am 17. März ward derselbe eröffnet. Wieder trug Enzlin in Anwesenheit des Herzogs dessen Begehren vor; nur wurde es näher dahin gefaßt, daß die Landschaft im Falle eines Krieges drei Viertel der Kosten beisteuern solle, während der Rest aus der herzoglichen Kammer zu decken war; zugleich sollte sie sich verpflichten, im Falle bedrohlicher Durchzüge fremder Truppen das Geschütz an die geeigneten Orte zu führen. Damit die Abgeordneten nicht wieder durch einzelne ermutigt würden, mußten sie ohne weitere Beratung abstimmen: 52 gegen 11 Stimmen lauteten auf Ja. Dann ging es an die übrigen „unklaren" Punkte des Tübinger Vertrags. Mehrere Artikel, welche entschieden nur für die Zeit des Abschlusses Bedeutung gehabt hatten, wie über Begnadigung der Aufrührer, Bestätigung des Vertrags durch den Kaiser, wurden für abgeschafft erklärt; eine Anzahl weiterer wurde erläutert oder vielmehr im Sinne der Stärkung der fürstlichen Gewalt abgeändert. Die Wiedereinführung des harten Aufruhrgesetzes Herzog Ulrichs wurde durchgesetzt; die Huldigungspflicht der Unterthanen wurde von der vorgängigen Verfassungsversicherung des Fürsten unabhängig gemacht und nur die Bedingung beigefügt, daß die Huldigung im Falle Angriffs des Landesherrn auf die wahre christliche Religion ihre Giltigkeit verliere. Außerdem sollten sich die Ämter wieder durch die Amtleute vertreten lassen. Am wichtigsten war die Einschränkung des Steuerverwilligungsrechtes; im Falle dringender Not, in der es sich um des Herzogtums Wohlfahrt handle, sollte die Landschaft verpflichtet sein, in außerordentliche Steuern zu willigen. Damit waren allerdings die Grundsäulen der

Digitized by Google

württembergischen Verfassung erschüttert, wenn nicht umgestürzt; denn gerade in den bedeutendsten Angelegenheiten wurde der Fürst von den Ständen fast unabhängig.

Ein weiterer Versuch, durch sofortige Einführung einer, zunächst auf 12 Jahre berechneten, Kapitalsteuer die fortwährenden Bitten an die Stände um Beiträge zur Schuldenzahlung zu vermeiden, scheiterte. Denn diese fürchteten nicht nur die Unzufriedenheit des Landes mit einer neuen Steuer, sondern wohl auch die ungewisse Höhe der durch dieselbe aufzubringenden Gelder. Lieber erboten sie sich, wenn auch schweren Herzens, zur Übernahme der festen Summe von 1100 000 Gulden, die sie nach Abwälzung eines Drittels auf das Kirchengut nach ihrem Ermessen in den einzelnen Ämtern umlegen konnten. Doch auch dafür gab ihnen der Herzog die Weisung, die armen Unterthanen geringer, die vermöglichen aber stärker beizuziehen. Zum Dank versprach Friedrich Freigebung des Eisenhandels und des Bleichens und Wiederherstellung des engeren Ausschusses, in den zwei Prälaten und sechs Bürgermeister gewählt wurden, während der größere abgeschafft blieb.

So hatte Herzog Friedrich vom Landtage alles erreicht, was er wollte. Gleich wie in andern deutschen Ländern war der Fürst in dem Kampf mit den Ständen um die Regierung Sieger geblieben. Hatte der Augsburger Religionsfrieden die Unabhängigkeit der Landesherrn vom Kaiser wesentlich vergrößert, so drängte das Bedürfnis nach leichter Beweglichkeit und Schlagfertigkeit der Kräfte auf die Zusammenfassung der Gewalt in der Hand der Fürsten, deren Thätigkeit durch die Stände unleidlich gelähmt war. Je näher der Waffenkampf heranrückte zwischen den Anhängern des alten und des neuen Glaubens, desto notwendiger war diese Festigung der fürstlichen Macht. Daß dieselbe auf protestantischer Seite nur vom Herzoge von Württemberg, und auch hier nur vorübergehend, erreicht wurde, während die katholischen Fürsten sie durchsetzten, war mit ein Grund für die Überlegenheit der letzteren.

Eine weitere Ausdehnung seines Einflusses suchte Herzog Friedrich durch die Vergrößerung seines Gebietes zu erreichen. Neben zahlreichen kleineren Erwerbungen gelang es ihm, zwei größere Herrschaften in seinen, freilich nur pfandweisen, Besitz zu bekommen, das straßburgische Amt Oberkirch und das französische Herzogtum Alençon. In beiden Fällen überwand er mit erstaunlicher Zähigkeit die größten Schwierigkeiten.

Zum Haupte des Bistums Straßburg war von den protestantischen Domherren Markgraf Johann Georg von Brandenburg gewählt worden,

Digitized by Google

von den katholischen der Kardinal Karl von Guise, die sich infolge kaiserlicher Vermittlung vorläufig in das Bistum teilten (1593). Die Sache wurde dadurch noch verwickelter, daß der König von Frankreich die Guisen bekriegte und die deutschen protestantischen Fürsten zum Anschluß aufforderte. Auch Herzog Friedrich wurde in die Angelegenheit hineingezogen; seinem Sohne Ludwig Friedrich wurde eine Domherrnstelle angetragen und er machte sich Hoffnung durch Verzicht des Markgrafen und mit Hilfe Frankreichs das ganze Bistum für denselben erhalten. Er brachte auch wirklich den ersteren dazu, seinem Sohne die Anwartschaft abzutreten und ihm selbst für seine Unkosten das Amt Oberkirch zu verpfänden. Wie der Kaiser sich um diese Abmachung nichts kümmerte und den Kardinal allein mit dem Bistum belehnte, machte Friedrich an diesen Ansprüche und erhielt auch von ihm das Amt Oberkirch für seinen auf 380000 Gulden berechneten Aufwand als Pfand. Freilich nahm jetzt der Markgraf dasselbe mit Waffengewalt ein und mußte auch noch abgefunden werden (1604). Nach wenigen Jahrzehnten schon kam das Amt wieder an das Bistum Straßburg und die Nachfolger Friedrichs hatten große Mühe, Entschädigung zu erlangen.

Noch kürzer dauerte der Besitz des in der Normandie gelegenen Herzogtums Alençon. Alte Geldforderungen an Frankreich waren auf Herzog Friedrich übergegangen. Sein vielgewandter Rat Benjamin von Buwinghausen verstand es nicht nur, einen Teil der fast verloren gegebenen Summe, sondern auch für den Rest derselben die Verpfändung jenes Herzogtums herauszuschlagen (1605). Dasselbe trug zwar sehr wenig ein, wurde aber nach wenigen Jahren von Frankreich mit über 750000 Gulden wieder eingelöst.

Bleibender waren andere Erwerbungen. Markgraf Ernst Friedrich von Baden bot ihm, um die Last seiner Schulden zu mindern, 1595 die von der östreichischen Zwischenregierung einst veräußerte Stadt Besigheim mit einigen benachbarten Dörfern und im folgenden Jahre die Ämter Altensteig und Liebenzell zum Kaufe an. Beides war ihm sehr günstig gelegen und er griff mit Freuden zu, obgleich sich voraussehen ließ, daß von Seiten des markgräflichen Hauses ein Streit darüber entstehen würde. Bei dem zweiten der Käufe trat Herzog Friedrich das heute pfälzische Rhodt, das seinem Vorgänger nach dem Aussterben der damit belehnten Familie heimgefallen war, an Baden ab. Von einzelnen Dörfern sind besonders Neidlingen und Pflummern zu nennen, jenes teilweise mit Gewalt den widerspenstigen Herren von Freyberg abgenommen. Des Herzogs

Digitized by Google

Lust nach Vermehrung seines Landes wurde mannigfach von Adeligen, die mit ihren Erben zerfallen waren, benützt, um ihn in die Erbschaft einzusetzen. Freilich gab es dabei mehr Streit als Vorteil und trotzdem er Hohenrechberg und Zwiefalten schon in Besitz genommen hatte, mußte er jenes den Herren von Rechberg, dieses denen von Spät wieder herausgeben. Den Teil der waldburgischen Herrschaft, welchen ihm der wegen Übertritts zum Protestantismus abgesetzte Kurfürst Gebhard von Köln vermacht hatte, wagte er gar nicht für sich zu fordern.

Es ist begreiflich, daß ein Mann wie Friedrich über den Rechten, die er in seinen Gebieten hatte, mit Entschlossenheit wachte. Wie seine Lehensleute, die Schenken von Limpurg, seine Gewalt über die Herrschaft Welzheim nicht in gewünschtem Maße anerkannten, nahm er ihnen dieselbe Jahre lang weg und wie der Prior des damals noch katholischen Klosters Reichenbach seine Hoheitsrechte anzweifelte, ließ er ihn verjagen. Es gab darüber endlose Verwicklungen mit Baden und Hohenberg, wo das Kloster auch begütert war; man sperrte sich gegenseitig die Gefälle; aber der Herzog behielt das Kloster und reformierte dasselbe. Für seinen Eifer ist bezeichnend, daß er persönlich seine ganze Landesgrenze beritt, um sie zu beaugenscheinigen, wie er denn auch sämtlichen Gemeinden befahl, daß die alten Bürger mit den jungen Umgang um die Markung halten sollten, damit ja überall die Kenntnis des alten Besitzstands erhalten werde.

Mit den benachbarten Reichsstädten stand Friedrich nicht im besten Einvernehmen. Reutlingen gegenüber weigerte er sich lange das Schutzverhältnis zu verlängern, da er ihm nicht vergessen konnte, in welches Elend Herzog Ulrich durch dasselbe gekommen war. Eßlingen schlug er dasselbe ganz ab, weil bei dessen lebhaftem Verkehr mit Württemberg die gegenseitigen Rechte auf Zoll, Besteuerung und Gerichtsbarkeit Gegenstand fortwährenden Streites bildeten. Mit Ulm traf er jedoch einen für beide Teile vorteilhaften Tausch, indem er ihm seine im Gebiete der Stadt liegenden Pfarrrechte, Güter und Zinsen gegen ihre Zölle und sonstigen Einkünfte im Amte Heidenheim überließ. Hall rief ihn an, damit er einen ärgerlichen Glaubensstreit zwischen zwei protestantischen Predigern schlichte. In Weilderstadt schritt er auf Bitte der unterdrückten Evangelischen ein und brachte den dortigen Rat dazu, daß er denselben wenigstens das Betreten der Stadt durch auswärtige Geistliche behufs Spendung der Sakramente gestattete.

Auch in der Ferne schätzte man seinen Einfluß. Entsprechend der Aufforderung von Kurbrandenburg schickte er Gesandte nach Polen, um

Digitized by Google

wegen des Herzogtums Preußen zwischen den beiden Mächten vermitteln zu helfen; der König von Polen selbst nahm sonst noch seine guten Dienste in Anspruch.

Durch Herzog Ludwigs gleichmütiges Gehenlassen waren in der inneren Verwaltung des Herzogtums viele Mißbräuche eingerissen. Um sie zu heben, griff Friedrich möglichst viel persönlich ein und behielt die oberste Leitung in seiner Hand. Alles sollte so rasch wie möglich erledigt werden; häufigere Durchsicht der Rechnungen sollte in diesen Ordnung schaffen. Die Landbeamten, die gerne die großen Herren spielten, wurden angewiesen, sich ernstlich um ihre Geschäfte zu kümmern. Feuersbrünsten wurde durch strengere Bauvorschriften vorgebeugt: den Unterthanen wurde verboten, ohne obrigkeitliche Erlaubnis mehr als 100 Gulden aufzunehmen. Es war ein allgemeines Verbessern und Erneuern, das freilich, weil es zu hastig und ohne Beharrlichkeit geschah, vielfach nur zum äußeren Schein von Ordnung führte und nicht verhinderte, daß alte Mißbräuche in neuer Form oder unter neuem Schutze fortbestanden. Je verhaßter der allgewaltige Enzlin wurde, desto mehr mußte derselbe seinen Anhängern Nachsicht schenken. Der Herzog selbst konnte keinen Widerspruch ertragen. War einer seiner Räte anderer Ansicht als er, so hielt er ihm vor, daß er der Herr und jener sein Diener sei; den Hofprediger Osiander, der gegen Zulassung der Juden in das Herzogtum Vorstellungen machte, setzte er ab, ebenso den Prälaten von Herrenalb, der die Aufhebung der dortigen Klosterschule mißbilligte; seine Hofprediger mußten auf der Kanzel alles vermeiden, wodurch er sich getroffen fühlen konnte; den Unterthanen verwies er das unnötige Gerede über seine Befehle.

Es war Herzog Friedrich entschieden darum zu thun, seines Landes Wohlstand zu fördern, wenn auch der entscheidende Grund dafür die Hebung seiner eigenen Machtmittel war. Namentlich der Bergbau nach Silber, Kupfer und Eisen im Schwarzwald und im Brenzthale wurde eifrig geschützt und für vertriebene evangelische Bergleute aus Östreich sogar eine eigene Stadt, Friedrichs Freudenstadt, gegründet. Daneben wurde die Leinenweberei als Haupterwerbszweig begünstigt, die Garnausfuhr verboten, eine Weberzunft mit dem Sitze in Urach errichtet und mit so zahlreichen Vorrechten versehen, daß vom übrigen Lande viele Klagen einliefen. Da von jeder Elle eine kleine Abgabe bezahlt werden mußte, stellte sich die herzogliche Kasse nicht schlecht dabei. Es gab kaum ein Gewerbe, dem nicht ein Erlaß des Herzogs galt; neu suchte er die Seidenzucht einzuführen. Der Handel erhielt mannigfache Erleichterung durch Zollbefreiungen, Pflege

Digitized by Google

der Märkte, Schutz vor gefährlichem Wettbewerb von Fremden, Regelung der Posten, gegen deren Unterstellung unter den Fürsten von Thurn und Taxis der Herzog sich mit Erfolg wehrte. Friedrich nahm sogar eine Gesellschaft jüdischer Kaufleute in dem neuerkauften Rittergute Neidlingen auf und gewährte ihr eine freie Straße durch das Land und zwei Jahrmärkte; da dieselbe infolge der vielen bestehenden Schranken ihre Nahrung nicht fand, löste sie sich freilich bald wieder auf. Im Ganzen war das Land noch ziemlich wohlhabend; die Bauern waren durch ihre silbernen Becher berühmt; erst der lange Krieg verschlang die Habe. Doch wimmelte es auch schon von Bettlern und Landstreichern.

Auf dem Gebiet von Kunst und Wissenschaft bevorzugte Friedrich vor allem die geheime Kunst der Alchymie. Aus Eisen oder sonst einem unedlen Metall Gold herstellen zu können, diese Hoffnung hatte die weitesten Kreise erfaßt. Betrüger und zahllose Gläubiger destillierten und laborierten, um das Geheimnis herauszubekommen; mancher kam in den Ruf, dasselbe schon zu besitzen und nur aus Eigennutz nicht zu offenbaren. Auch Herzog Friedrich gelüstete es, solche einträgliche Künstler zu haben, und es fehlte nicht an Leuten, die ihr Glück in seinem Dienste versuchten. Wie ernst die Sache genommen wurde, ergiebt sich schon daraus, daß Lukas Osiander, der spätere Doktor der Theologie und Kanzler der Universität Tübingen, sich zuerst als Aufseher über die Alchymistenwerkstätte gebrauchen ließ. Eine stattliche Reihe solcher weisen Männer kam zum Herzog. Einer der ersten erklärte das württembergische Eisen für untauglich und erbat sich solches aus Mömpelgard; der Herzog beschaffte es, ließ dann aber, als der Mann kein Gold zustande brachte, einen Galgen daraus schmieden und den Betrüger daran aufknüpfen. So ging es noch mehreren andern, obgleich die Räte starkes Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Verfahrens hatten. Des Herzogs berühmtester Baukünstler war Heinrich Schickhard aus Herrenberg, den er selbst auf eine Reise nach Italien mitnahm und mit der Ausführung einer stattlichen Rüstkammer, des Neuen Baus, betraute. Auch für Kunst- und Naturmerkwürdigkeiten hatte er Sinn und Verständnis und ließ nach Altertümern graben; die Stuttgarter Münz- und Medaillensammlung verdankt ihm ihre Entstehung. Im Schulwesen wurden zwei wichtigere Änderungen durchgeführt. Die Zahl der Klosterschulen, die immer noch zehn betrug, wurde auf die Hälfte herabgesetzt. Den erneuten Vorstellungen der Landschaft gegenüber bestand der Herzog auf seinem Willen, da den Bedürfnissen der Landeskirche zweifellos Genüge geschah. Des Weiteren eröffnete

Digitized by Google

Friedrich den stattlichen Neubau des von seinen Vorgängern gegründeten Collegium illustre zu Tübingen. Aber während dasselbe nach Christophs und Ludwigs Plan eine Einrichtung zur Heranbildung von höheren Beamten hätte werden sollen, eine Art weltliche Schwesteranstalt zum theologischen Stipendium, machte sie Friedrich zu einer Fürsten- und Adelsschule, die zwar den Ruhm seines Namens erhöhte und viel vornehme Jugend nach Tübingen führte, aber bei ihrer völligen Unabhängigkeit von der Universität dieser so wenig wie dem Lande Nutzen brachte.

Herzog Friedrichs Hofhaltung war glänzend. Mehr als 500 Personen, unter denen der Leibzwerg nicht fehlte, pflegten täglich dort gespeist zu werden. Zahlreiche Feste, Jagden, Turniere boten ihm die ersehnte Abwechslung und verbreiteten seinen Ruf. Als ihm endlich Jakob I. den englischen Hosenbandorden überschickte, wurde dieser nicht nur mit großen Feierlichkeiten in Empfang genommen, sondern auch das Ordensfest jährlich mit ungewöhnlichem Aufwand begangen.

Das ganze Land kam in Bewegung durch Friedrichs Regsamkeit; mit starrem Staunen, vielfach mit Bangen, fragte man sich, wohin der Herzog ziele; da starb er nach kurzer Krankheit am 29. Januar 1608, noch nicht 51 Jahre alt. Ihn überlebten aus einer durch seine Schuld unglücklichen Ehe fünf Söhne und vier Töchter. Auf seinen Wunsch baute sein Nachfolger eine neue Gruft in der Stiftskirche zu Stuttgart, wo von jetzt an die Leichname der württembergischen Herzoge neben denen der alten Grafen beigesetzt wurden, während die herzoglichen Vorgänger Friedrichs I. zu Tübingen ruhen.

Es war eine ganz eigenartige Persönlichkeit, die in Herzog Friedrich I. über Württemberg herrschte. Während die übrige lange Zeit vom Tode Herzog Christophs bis zum endgiltigen Untergange der alten Verfassung einen gleichmäßigen Stillstand in der inneren politischen Entwicklung des Landes aufweist, hat Friedrich I. die noch nicht völlig erstarrten Formen umzugestalten gesucht. Es ist richtig, daß er sich zu wenig eingelebt hat in die Art seines Volkes, er machte auch keinen Hehl aus seiner Vorliebe für fremdes Wesen. Deshalb fand er mehr Gegnerschaft und Abneigung als ohnedem der Fall gewesen wäre. Er schreckte nicht vor starken Gewaltthätigkeiten zurück, aber er handelte im Sinne eines aufgeklärten Despotismus, der sein Land vorwärts bringt. Nicht durch sinnlose Neuerungssucht hat er sich treiben lassen, sondern durch ein lebhaftes Gefühl für Bedürfnisse seiner Zeit, welche starke, von einer einzigen Hand gelenkte Staatswesen erheischte. Des Herzogs Werk hatte keinen Bestand;

Digitized by Google

ſchon ſein Nachfolger gab es auf, — ein Unglück für Württemberg, das als militäriſch und finanziell im Sinne Friedrichs gefeſtigte Macht von manchen Drangſalen des kommenden Krieges verſchont geblieben wäre.

Kirchlich ſtand Herzog Friedrich I. ganz auf der Seite des ſtrengen Luthertums und kämpfte eifrig gegen den überhandnehmenden Calvinismus. Nicht als ob theologiſche Fragen ihn innerlich bewegt hätten; auch er war jener ſtarren Rechtgläubigkeit verfallen, welche das Weſen der Religion in dem Einſchwören auf beſtimmte Formeln findet und damals ſo wenig wie je der ſich ausbreitenden Sittenloſigkeit Einhalt thun konnte.

Digitized by Google

VIII. Abschnitt.

Herzog Johann Friedrich.

1608—1628.

Friedrichs I. ältester Sohn Johann Friedrich (1608—1628) war anders geartet als sein hochstrebender Vater. Zu Mömpelgard am 5. Mai 1582 geboren, erhielt er von früher Kindheit an seine Erziehung am Hofe von Stuttgart, dann im Collegium illustre zu Tübingen, wo er außer in Sprachen und Staatswissenschaften besonders in inhaltsloser Schulphilosophie unterrichtet wurde; die Universität erwählte ihn zum Rektor. Strenge Unterwürfigkeit unter den Willen des Vaters, blinder Gehorsam, zu denen man anhielt, unterdrückten die Entwicklung des freien Willens und machten ihn zu sehr von Einflüssen abhängig. Die ausgedehntesten Reisen in deutschen und fremden Ländern vollendeten seine Ausbildung. Des neuen Herzogs milde Natur zeigte sich gleich nach seinem Regierungsantritt. Den landschaftlichen Ausschuß, der ihm seine Teilnahme bezeugte, bat er bescheiden um seine Unterstützung und sprach dabei die Absicht aus, Prälaten und Landschaft wieder in den vorigen Stand zu setzen; an das Land erging die Aufforderung, sich über ungerechte Beamte zu beschweren. Für den Landtag, dessen Einberufung durch die politische Lage gefordert war, ließ er zwar den Eröffnungsvortrag noch von Enzlin abfassen, entließ den letzteren aber wenige Tage vor dem Zusammentritt der Stände und ersetzte ihn durch Melchior Jäger, den Berater und Lenker Herzog Ludwigs. So schien er mit den Regierungsgrundsätzen seines Vaters nicht sofort brechen, aber doch das durch denselben gestörte friedliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk wieder herstellen zu wollen. Da er mehr für das letztere als für jene Grundsätze eingenommen war, gab es sich von selbst, daß dieselben in Bälde geopfert wurden. Der Hauptgegenstand, den

Digitized by Google

Johann Friedrich seinem Landtage vorlegte, war der beabsichtigte Eintritt in die Union protestantischer Fürsten. Hierin blieb er der Politik seines Vaters treu, um so mehr, als die Furcht vor den Anschlägen der Katholiken auf die früheren geistlichen Güter immer mehr Grund bekam. Zugleich stellte er die Einrichtung des großen landschaftlichen Ausschusses neben dem kleinen wieder her. Die Landschaft hatte gegen das geplante Bündnis schwere Bedenken. Es ist die stehende Auffassung der württembergischen Stände, daß das, was außerhalb der Landesgrenze sich abspiele, sie eigentlich gar nichts angehe; nur wenn der Herzog sich unnötigerweise einmische, haben auch sie bei der Hand zu sein, um ein Unglück zu verhüten. So fürchtete denn die Landschaft von einer Union Verwicklungen und Gefahren, warnte vor Verletzung der Reichsordnung und verwahrte sich dagegen, daß ein Bündnis nicht bloß mit Lutheranern, sondern auch mit Calvinisten abgeschlossen werde. Dagegen stellte sie die Forderung der Wiederherstellung des Tübinger Vertrages. Der Herzog bestand auf dem Beitritte zu dem protestantischen Bündnisse, den er schon der Ehre seines Vaters schuldig sei, da derselbe sich so weit in ein solches eingelassen habe. Auch die förmliche Aufhebung der Verfassungsveränderung schien ihm bedenklich, weil damit seiner Ehre zu nahe getreten werde. Doch schon am 25. April bestätigte er den Tübinger Vertrag; den Kaufpreis bildete ein von den Ständen zu beschaffender Barvorrat für den Kriegsfall und die Übernahme beträchtlicher Schulden der herzoglichen Kammer.

So war wenige Monate nach Friedrichs I. Tod die frühere Verfassung wiederhergestellt. Daß der Hauptschuldige bei deren Erläuterung, Enzlin, so leichten Kaufes davonkommen sollte, wollte nach dem leichten Sieg der Stände seinen Feinden nicht gefallen. Zahlreiche Klagen liefen gegen ihn ein: Betrug und Unterschlagung, Beleidigung des Fürsten und Gewaltthätigkeit gegen die Landschaft warf man ihm vor. Die Untersuchung führte dahin, daß er die Eröffnung eines halsgerichtlichen Prozesses nur durch einen Fußfall vor dem Herzoge abbitten konnte. Dagegen mußte er beträchtlichen Schadenersatz bezahlen und wurde zu lebenslänglicher Einkerkerung verurteilt. Als er auf Hohenneuffen und später auf Hohenurach sich Mittel und Wege zu einem geheimen Briefwechsel mit seiner Familie zu verschaffen und Klagen an Kaiser und Kammergericht gelangen zu lassen wußte, sowie mit Verrat von Staatsgeheimnissen drohte, wurde ein neuer Prozeß eingeleitet. Über den Hauptmann von Hohenurach, der sich hatte bestechen lassen, ward Standrecht gehalten, Enzlin selbst des Bruchs seiner Eidesverschreibung überwiesen und zum Tode verurteilt. Sein Haupt

Digitized by Google

fiel auf dem Markte zu Urach (22. November 1613). Der Landes- und Landschaftsfeind, wie er genannt wurde, hatte nach strengem Rechte sein Schicksal verdient; politischer Märtyrer ist er nur insofern, als der Haß, der auf ihm als Werkzeug des Staatsstreiches lastete, der Milde keinen Raum gab. Seine Genossen kamen glimpflicher davon.

Im deutschen Reichstage zeigte sich die gereizte Stimmung den Protestanten gegenüber auch darin, daß Herzog Johann Friedrichs Gesandte trotz lebhafter Einsprache dort nicht zugelassen wurden, weil er noch nicht mit seinem Fürstentume belehnt sei. Die Belehnung erfolgte dann im September 1608 zu Prag; Württemberg, Teck, Mömpelgard, die Reichssturmfahne, der Blutbann wurden anstandslos von Reichs wegen verliehen; die böhmischen Lehen reihten sich sofort an, wegen der tirolischen wurden die Bevollmächtigten nach Innsbruck gewiesen, wo schon Herzog Friedrich die Belehnung nicht hatte erlangen können.

Wenige Tage nachdem der württembergische Landtag dem Herzoge Johann Friedrich die Mittel zur Beteiligung an einem protestantischen Bündnisse verwilligt hatte, reiste dieser zu der in dem ansbachischen Dorfe Ahausen stattfindenden Versammlung, an der außer Württemberg noch Baden, Brandenburg-Ansbach und Kulmbach, die Kurpfalz und Pfalz-Neuburg sich beteiligten. Am 14. Mai 1608 wurde hier, zunächst auf 10 Jahre, die Union abgeschlossen zur Verteidigung protestantischer Interessen gegen Gewalt sowie auf den Kreis- und Reichstagen, namentlich behufs Wahrung des Religionsfriedens und des Rechts auf die eingezogenen geistlichen Güter. Die Leitung des Bundes wurde auf württembergischen Antrag dem Kurfürsten von der Pfalz übertragen. So notwendig dieser Schritt war, wenn der Bund überhaupt Lebenskraft zeigen sollte, so große Selbstüberwindung kostete er damals einen Lutheraner gegenüber einem Calvinisten; im eigenen Lande, im württembergischen Mömpelgard wurde das Eindringen der calvinistischen Lehren mit aller Macht bekämpft. Auf den bald folgenden weiteren Zusammenkünften wurde das Kriegswesen vollends geordnet, — Württemberg wollte 60 Mann zu Roß und 277 zu Fuß aufstellen; jene mit einem Aufwand von je 12, diese von je 4 Gulden monatlich; — auch eine gemeinsame Münzwährung führten die Verbündeten ein.

Herzog Johann Friedrich bekam den Auftrag, bei Frankreich und England wegen Unterstützung der Union zu verhandeln; sein Bruder Ludwig Friedrich gewann persönlich die beiden Könige, von denen Heinrich IV. von Frankreich sogar zu einem förmlichen Bündnisse bereit gewesen wäre.

Digitized by Google

Die unierten Fürsten lehnten dasselbe ab — erst 1610 verbanden sie sich, als die Lage drohender wurde, mit Frankreich, 1612 mit England; — wieder aus Furcht vor unberechenbaren Verwicklungen, nicht etwa aus deutschpatriotischer Scham. Seit lange suchten ja deutsche Fürsten gegen die Übermacht Östreichs bei Frankreich Unterstützung, veranlaßt zum guten Teile durch die eigennützige Politik des Kaiserhauses. Auch an den Ausschuß der Reichsstädte, der gerade in Eßlingen tagte, richtete Johann Friedrich die Aufforderung, sich dem Bunde anzuschließen; Ulm, Straßburg und Nürnberg traten bei, später folgten ihnen Heilbronn, Hall und mehrere andere. Mit Hilfe derselben hoffte der Herzog einen Ausweg in der Donauwörther Sache, die ihm als Direktor des schwäbischen Kreises besonders am Herzen lag, zu finden. Er schlug den Reichsstädten vor, ihre Genossin mit Geld aus der Hand Bayerns zu lösen; aber diese getrauten sich nicht einen Versuch zu wiederholen, der dem Fürsten und dem Kreise mißlungen war.

Herzog Friedrichs Gedanke, den protestantischen hohen Adel möglichst nach Tübingen zu ziehen und dort eine Anstalt zu dessen gemeinsamer Ausbildung zu pflegen, fand in dem Sohne, der selbst dort erzogen worden war, einen warmen Anhänger. Aber noch schroffer als vorher sonderte Johann Friedrich das Collegium illustre ab von der Hochschule; seine neuen Statuten (1609) teilten dieselbe in die seitherige Universität als Akademie und das neue Kollegium. Vollständig gleichberechtigt trat das letztere neben die erstere; sein Oberhofmeister hatte sogar überall den Vorrang vor dem Rektor. Vier Professoren, die alle Doktoren der Rechtswissenschaft sein sollten, wurden zu Lehrern dieser Anstalt bestellt; einer von ihnen hatte übrigens neuere Sprachen vorzutragen. Dazu kamen Übungen im Büchsen- und Armbrustschießen, Unterricht im Reiten, Fechten, Ballspiel und Tanz. Die Vorlesungen im Kollegium anzuhören, waren auch die Studenten der Akademie befugt; zu den Leibesübungen wurden sie nicht zugelassen. So schuf Johann Friedrich im Kleinen eine eigene hohe Schule neben der alten, ohne dabei einen eigenartigen Betrieb der Wissenschaft ins Leben zu rufen, wie dies später durch Herzog Karl in seiner Stuttgarter Karlsschule geschehen ist. Die Landstände hatten gegen beide das Bedenken, daß sie neben der Universität zu hohe Kosten verursachten. Zu einer Blüte hat es das Kollegium nur vorübergehend gebracht. Nach wenigen Jahrzehnten wurde es nur dann geöffnet, wenn württembergische Prinzen in Tübingen studieren sollten oder fremde Fürsten nnd Grafen um Aufnahme nachsuchten. Im Jahre 1689 hörte es als

Digitized by Google

selbständige Anstalt auf; nur ab und zu nahm ein württembergischer Prinz in dem Gebäude Wohnung, um auf der Hochschule Studien obzuliegen, als letzte die beiden Söhne des Königs Friedrich.

Bald überwogen wieder die politischen Sorgen. Sogar die Vermählung, die Herzog Johann Friedrich mit Barbara Sophia, Tochter des Kurfürsten Joachim von Brandenburg, mit der vom Vater her üblichen Pracht zu Stuttgart beging, wurde zu einem Unionstage benützt (5.—13. November 1609). Die Gründung der katholischen Liga durch den thatkräftigen Herzog Maximilian von Bayern (10. Juli 1609) und das Auftauchen des Jülich-Cleve'schen Erbschaftsstreites zwangen die Union zu entschlosseneren Maßnahmen. In Hall (Anfang 1610) wurde der Bund erweitert; schon beteiligte sich ein französischer Gesandter an den Beratungen, man beschloß Verhandlungen mit Venedig und der Schweiz, damit diese Durchzug und Anwerbungen den Gegnern wehren sollten. Württemberg sollte 400 Mann zu Pferd und 2200 zu Fuß stellen und damit die Rhein- und Donaupässe besetzen; das nötige Geschütz hatten die Reichsstädte im Bunde zu liefern. Gegen das Heer, das Erzherzog Leopold, Bischof von Straßburg, für Habsburg erwarb, stellten die Unierten eines unter dem Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg auf. Zwei württembergische Fähnlein zu je 300 Mann stießen zu demselben; unter den Obersten der Unierten waren des Herzogs Bruder Julius Friedrich und Graf Kraft von Hohenlohe; in den Grenzämtern des Herzogtums wurde auch das Landvolk aufgeboten.

Da der Herzog schon den mit der Landschaft vereinbarten Kriegsschatz, der auf dem Asperg lag, angreifen mußte, konnte er nicht unterlassen, sich wieder an den landschaftlichen Ausschuß zu wenden. Dieser fürchtete für das Land des Kaisers Ungnade und beschwerte sich bitter über den unnötigen Aufwand des Herzogs, der sich einbilde, daß das Vermögen seiner Unterthanen unerschöpflich sei, während dieselben neue Auflagen kaum mehr geduldig hinnehmen würden. Mit Recht verwies diesmal der Herzog die Klagen auf eine spätere Zeit und rief die Landschaft auf zum Schutz gegen die katholische Liga. Er hatte Erfolg. Aber die Wankelmütigkeit des Herzogs wurde durch die Vorstellungen des landschaftlichen Ausschusses noch gesteigert. Auf dem Bundestag im Juni 1610 redete er schon sehr eindringlich für friedliche Verständigung. Als vollends der Kaiser die Aufstellung jenes Heeres im Elsaß zum Anlaß nahm, die Union als reichsschädlich zu verbieten (21. Juni 1610) und als bald darauf ein kaiserlicher Herold, dem man in Stuttgart nicht gleich Gehör schenkte, das Verbot der Union

Digitized by Google

öffentlich am dortigen Rathaus anschlug, da war der Herzog froh, daß er seine zwei Fähnlein aus dem Elsaß infolge eines Waffenstillstandes zurückziehen konnte, und entließ sofort auch sein Landvolk. Der Hauptgegner, Herzog Maximilian von Bayern, wollte die Dinge seinerseits noch nicht zum Äußersten treiben, und so kam es im Oktober zu allgemeinem Stillstand und gegenseitiger Abrüstung.

Der württembergische Herzog wäre jetzt am liebsten von der Union zurückgetreten; er machte seinen Verbündeten starke Vorwürfe, daß sie über den ursprünglichen Zweck der Vereinigung hinausgehen, und war mit Recht verstimmt darüber, daß er bei ihnen für die Beschützung seiner elsäßischen Herrschaften gegen die Truppen des Straßburger Bischofs keine Hilfe gefunden. Sein bedächtiger Geheimerat Jäger warnte immer wieder vor Abenteuern; es kam zu einer Erneuerung eines Schutzvertrages mit Östreich; zum Schluß siegte doch die Meinung des Benjamin von Buwinghausen, der mit freierem Blicke erkannte, daß ein Verzicht Württembergs auf Teilnahme an den das Reich bewegenden Kämpfen sein ganzes Ansehen in Frage gestellt hätte. Zudem ließ die Verbindung, welche König Matthias mit der Union gegen seinen Bruder, den schwachen Kaiser Rudolf, anzuknüpfen suchte, hoffen, daß nach dessen bald zu erwartendem Abgang die Stellung der Union zu dem neuen Reichsoberhaupt eine freundlichere sein würde. Nach Überwindung der gewöhnlichen Schwierigkeiten brachte der Herzog die Landstände zu weiteren Geldbewilligungen. Zur Verwahrung des Kriegsschatzes der Verbündeten wurde eine württembergische Festung bestimmt. Es war ein Höhepunkt der Union, als sie im Sommer 1611 durch den Zutritt neuer Mitglieder und durch engere Beziehungen zu auswärtigen Staaten verstärkt worden war und von den feindlichen östreichischen Brüdern, darunter dem Kaiser selbst, umworben wurde. Noch zur Kaiserkrönung von Matthias (3. Juni 1612) stellte sich der Herzog von Württemberg nebst anderen unierten Fürsten ein; aber sie erkannten bald, daß ihre Hoffnungen eitel waren. Sie dehnten daher ihren Bund noch weiter aus; Herzog Johann Friedrich fiel persönlich die Aufgabe zu, Niedersachsen zu gewinnen. Zum Reichstag in Regensburg, dem letzten auf lange Zeit, der zu Stande kam, stellte sich kein Mitglied des protestantischen Bundes ein und auch ihre Gesandten beteiligten sich wenig an den Verhandlungen, weil man ihre Beschwerden, besonders wegen der Stadt Donauwörth, nicht zuerst erledigen wollte.

Johann Friedrich empfand lebhafter als je das Bedürfnis, für den Notfall gerüstet zu sein. Er schlug dem ständischen Ausschusse vor, tausend

Digitized by Google

fremde Söldner zu gewinnen, damit die Landleute geschont würden; aber um Geld zu ersparen und keine Neuerung einzuführen, bestand der Ausschuß darauf, höchstens Einheimische anzuwerben. Doch setzte der Herzog Waffenübungen für die zum Schutze der Landesgrenzen bestimmten Unterthanen durch. Sein Wort wurde dadurch auch dort gewichtiger, wo er, wie zu Weilderstadt, sich der benachbarten Glaubensgenossen in ihrer Bedrängnis annahm. Eine Fürstenversammlung in Stuttgart (März 1614) setzte die Verhandlungen mit auswärtigen Staaten fort. Dagegen weigerte sich der Herzog, die Reichssteuer der Türkenhilfe, weil von den Unierten verworfen, dem Kaiser zu bezahlen.

Der Jülich-Cleve'sche Streit wurde durch das Einrücken der Spanier für die benachbarte Kurpfalz gefährlich. Auf Bundestagen zu Heilbronn (1614) und Nürnberg (1615) beschloß die Union Vermehrung der Rüstungen. Der Herzog von Württemberg sollte 182 000 Gulden bereitstellen, sowie eine Anzahl Rüstungen, Geschütz und Mundvorrat liefern. Der landschaftliche Ausschuß war wenigstens zu einem Darlehen auf zehn Monate bereit.

In der Nachbarschaft kam es durch Herzog Johann Friedrich in dieser unruhigen Zeit zur Beilegung der Händel mit Eßlingen. Während die Herzoge Christoph und Ludwig die Reichsstadt in ein Schirmverhältnis aufgenommen hatten, war dasselbe von dem der vielen Reibereien überdrüssigen Herzog Friedrich nicht erneuert worden (1604). Jetzt endlich (1617) wurde wieder Gleichstellung der Württemberger und der Eßlinger in Handel und Wandel verabredet und vom Herzoge die Beschützung der Stadt gegen das frühere jährliche Schirmgeld von 240 Gulden versprochen; im Kriegsfalle sollte Eßlingen dem Schirmherrn noch 200 Mann zu Fuß stellen, die eine Hälfte mit langen Spießen gut gerüstet, die andere mit gleichartigen Musketen. Zusammen mit den 100 Mann des im gleichen Verhältnis stehenden Reutlingen war das eine nicht zu verachtende Hilfstruppe. Nur schade, daß die Reichsstädte, sobald sie selbst wirklich in Gefahr waren — und das geschah immer zugleich mit Württemberg — für den Schutzherrn selten einen Soldaten übrig hatten.

Innerhalb des herzoglichen Hauses brachte der fürstbrüderliche Vergleich vom 28. Mai 1617 längere Verhandlungen zum Abschluß, welche die Söhne Herzog Friedrichs über die Erbschaft des Vaters führten. Da das Herzogtum selbst dem ältesten Bruder zustand, wurde der nächste, Ludwig Friedrich, mit Mömpelgard und den übrigen linksrheinischen Besitzungen abgefunden, Julius Friedrich mit Weiltingen und Brenz, Friedrich

Digitized by Google

Achilles und Magnus mit Renten und dem freien Sitze, jener im Schlosse Neuenstadt an der Linde, dieser in dem zu Neuenbürg. Mömpelgard fiel nach dem Aussterben der ehelichen Nachkommen Ludwig Friedrichs (1723) an die Hauptlinie zurück, Weiltingen-Brenz schon 1705.

Noch einmal ließ die Spannung in Deutschland nach; die Liga löste sich auf und die Verlängerung der Union war in Frage gestellt. Bei einer Taufe am Stuttgarter Hofe kam der Gedanke auf, Herzog Maximilian von Bayern auf die Seite der unierten Fürsten herüberzuziehen, indem man ihm Hoffnung auf die Kaiserkrone mache; derselbe verwarf die Anträge. Andererseits suchte Österreich Württemberg durch freundschaftliches Entgegenkommen zu gewinnen. Herzog Johann Friedrich wußte immer weniger, wofür er sich entscheiden sollte. Unglücklicherweise waren auch seine Räte ganz geteilter Ansicht: auf der einen Seite stand die Partei der Sonderpolitik, welche Württemberg von niemand gefährdet glaubte, wenn es sich selbst von den Welthändeln frei halte; ihr trat auch bei, wer mit den bösen Calvinisten nicht zusammengehen wollte; auf der andern Seite gab den Ausschlag der Haß gegen den Katholizismus, die nur zu berechtigte Furcht vor Vergewaltigung durch denselben und die Scheu vor Abbruch der bisherigen Beziehungen. Die Räte überließen die Entscheidung dem Herzog; er sprach sich für Erneuerung des Bundes aus, weil er von ihm Erhaltung des evangelischen Glaubens in Württemberg und Sicherung des allgemeinen Friedens hoffe. Im Jahre 1617 wurde die Union auf einem Heilbronner Tage für drei Jahre verlängert. Wie um sich selbst Mut einzuflößen, beschloß man zugleich, den hundertsten Gedenktag des Reformationsanfanges festlich zu begehen. Es war nicht bloß Ausdruck der herrschenden Gereiztheit, sondern auch eine weitere Steigerung derselben, daß bei diesem Feste die schärfsten Schmähungen gegen den römischen Antichrist und die ganze römische Abgötterei von allen Kanzeln erschollen. Natürlich erfolgten ebenso scharfe Erwiderungen; der Papst schrieb zur Versöhnung des göttlichen Zornes ein Jubeljahr aus. Ohne solche Hetzereien ging es nicht mehr ab; je lauter vor allem die Jesuiten die Vertilgung der Ketzer predigten, desto heller entbrannte auch der Haß der protestantischen Streittheologen.

Kurz nachdem die böhmischen Unruhen ausgebrochen waren, entschlossen sich die Unierten zu einem Gewaltstreiche. In der Nähe von Speier hatte der dortige Bischof die Feste Philippsburg gebaut; die Furcht war nicht unbegründet, daß dieselbe den Spaniern als Trutzwehr gegen die oberrheinischen Gebiete dienen sollte. Man besprach sich zu Stuttgart (Juni 1618)

Digitized by Google

VIII. Abschnitt.

Herzog Johann Friedrich.

1608—1628.

Friedrichs I. ältester Sohn Johann Friedrich (1608—1628) war anders geartet als sein hochstrebender Vater. Zu Mömpelgard am 5. Mai 1582 geboren, erhielt er von früher Kindheit an seine Erziehung am Hofe von Stuttgart, dann im Collegium illustre zu Tübingen, wo er außer in Sprachen und Staatswissenschaften besonders in inhaltsloser Schulphilosophie unterrichtet wurde; die Universität erwählte ihn zum Rektor. Strenge Unterwürfigkeit unter den Willen des Vaters, blinder Gehorsam, zu denen man anhielt, unterdrückten die Entwicklung des freien Willens und machten ihn zu sehr von Einflüssen abhängig. Die ausgedehntesten Reisen in deutschen und fremden Ländern vollendeten seine Ausbildung. Des neuen Herzogs milde Natur zeigte sich gleich nach seinem Regierungsantritt. Den landschaftlichen Ausschuß, der ihm seine Teilnahme bezeugte, bat er bescheiden um seine Unterstützung und sprach dabei die Absicht aus, Prälaten und Landschaft wieder in den vorigen Stand zu setzen; an das Land erging die Aufforderung, sich über ungerechte Beamte zu beschweren. Für den Landtag, dessen Einberufung durch die politische Lage gefordert war, ließ er zwar den Eröffnungsvortrag noch von Enzlin abfassen, entließ den letzteren aber wenige Tage vor dem Zusammentritt der Stände und ersetzte ihn durch Melchior Jäger, den Berater und Lenker Herzog Ludwigs. So schien er mit den Regierungsgrundsätzen seines Vaters nicht sofort brechen, aber doch das durch denselben gestörte friedliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk wieder herstellen zu wollen. Da er mehr für das letztere als für jene Grundsätze eingenommen war, gab es sich von selbst, daß dieselben in Bälde geopfert wurden. Der Hauptgegenstand, den

Digitized by Google

Johann Friedrich seinem Landtage vorlegte, war der beabsichtigte Eintritt in die Union protestantischer Fürsten. Hierin blieb er der Politik seines Vaters treu, um so mehr, als die Furcht vor den Anschlägen der Katholiken auf die früheren geistlichen Güter immer mehr Grund bekam. Zugleich stellte er die Einrichtung des großen landschaftlichen Ausschusses neben dem kleinen wieder her. Die Landschaft hatte gegen das geplante Bündnis schwere Bedenken. Es ist die stehende Auffassung der württembergischen Stände, daß das, was außerhalb der Landesgrenze sich abspiele, sie eigentlich gar nichts angehe; nur wenn der Herzog sich unnötigerweise einmische, haben auch sie bei der Hand zu sein, um ein Unglück zu verhüten. So fürchtete denn die Landschaft von einer Union Verwicklungen und Gefahren, warnte vor Verletzung der Reichsordnung und verwahrte sich dagegen, daß ein Bündnis nicht bloß mit Lutheranern, sondern auch mit Calvinisten abgeschlossen werde. Dagegen stellte sie die Forderung der Wiederherstellung des Tübinger Vertrages. Der Herzog bestand auf dem Beitritte zu dem protestantischen Bündnisse, den er schon der Ehre seines Vaters schuldig sei, da derselbe sich so weit in ein solches eingelassen habe. Auch die förmliche Aufhebung der Verfassungsveränderung schien ihm bedenklich, weil damit seiner Ehre zu nahe getreten werde. Doch schon am 25. April bestätigte er den Tübinger Vertrag; den Kaufpreis bildete ein von den Ständen zu beschaffender Barvorrat für den Kriegsfall und die Übernahme beträchtlicher Schulden der herzoglichen Kammer.

So war wenige Monate nach Friedrichs I. Tod die frühere Verfassung wiederhergestellt. Daß der Hauptschuldige bei deren Erläuterung, Enzlin, so leichten Kaufes davonkommen sollte, wollte nach dem leichten Sieg der Stände seinen Feinden nicht gefallen. Zahlreiche Klagen liefen gegen ihn ein: Betrug und Unterschlagung, Beleidigung des Fürsten und Gewaltthätigkeit gegen die Landschaft warf man ihm vor. Die Untersuchung führte dahin, daß er die Eröffnung eines halsgerichtlichen Prozesses nur durch einen Fußfall vor dem Herzoge abbitten konnte. Dagegen mußte er beträchtlichen Schadenersatz bezahlen und wurde zu lebenslänglicher Einkerkerung verurteilt. Als er auf Hohenneuffen und später auf Hohenurach sich Mittel und Wege zu einem geheimen Briefwechsel mit seiner Familie zu verschaffen und Klagen an Kaiser und Kammergericht gelangen zu lassen wußte, sowie mit Verrat von Staatsgeheimnissen drohte, wurde ein neuer Prozeß eingeleitet. Über den Hauptmann von Hohenurach, der sich hatte bestechen lassen, ward Standrecht gehalten, Enzlin selbst des Bruchs seiner Eidesverschreibung überwiesen und zum Tode verurteilt. Sein Haupt

Digitized by Google

fiel auf dem Markte zu Urach (22. November 1613). Der Landes- und Landschaftsfeind, wie er genannt wurde, hatte nach strengem Rechte sein Schicksal verdient; politischer Märtyrer ist er nur insofern, als der Haß, der auf ihm als Werkzeug des Staatsstreiches lastete, der Milde keinen Raum gab. Seine Genossen kamen glimpflicher davon.

Im deutschen Reichstage zeigte sich die gereizte Stimmung den Protestanten gegenüber auch darin, daß Herzog Johann Friedrichs Gesandte trotz lebhafter Einsprache dort nicht zugelassen wurden, weil er noch nicht mit seinem Fürstentume belehnt sei. Die Belehnung erfolgte dann im September 1608 zu Prag; Württemberg, Teck, Mömpelgard, die Reichssturmfahne, der Blutbann wurden anstandslos von Reichs wegen verliehen; die böhmischen Lehen reihten sich sofort an, wegen der tirolischen wurden die Bevollmächtigten nach Innsbruck gewiesen, wo schon Herzog Friedrich die Belehnung nicht hatte erlangen können.

Wenige Tage nachdem der württembergische Landtag dem Herzoge Johann Friedrich die Mittel zur Beteiligung an einem protestantischen Bündnisse verwilligt hatte, reiste dieser zu der in dem ansbachischen Dorfe Ahausen stattfindenden Versammlung, an der außer Württemberg noch Baden, Brandenburg-Ansbach und Kulmbach, die Kurpfalz und Pfalz-Neuburg sich beteiligten. Am 14. Mai 1608 wurde hier, zunächst auf 10 Jahre, die Union abgeschlossen zur Verteidigung protestantischer Interessen gegen Gewalt sowie auf den Kreis- und Reichstagen, namentlich behufs Wahrung des Religionsfriedens und des Rechts auf die eingezogenen geistlichen Güter. Die Leitung des Bundes wurde auf württembergischen Antrag dem Kurfürsten von der Pfalz übertragen. So notwendig dieser Schritt war, wenn der Bund überhaupt Lebenskraft zeigen sollte, so große Selbstüberwindung kostete er damals einen Lutheraner gegenüber einem Calvinisten; im eigenen Lande, im württembergischen Mömpelgard wurde das Eindringen der calvinistischen Lehren mit aller Macht bekämpft. Auf den bald folgenden weiteren Zusammenkünften wurde das Kriegswesen vollends geordnet, — Württemberg wollte 60 Mann zu Roß und 277 zu Fuß aufstellen; jene mit einem Aufwand von je 12, diese von je 4 Gulden monatlich; — auch eine gemeinsame Münzwährung führten die Verbündeten ein.

Herzog Johann Friedrich bekam den Auftrag, bei Frankreich und England wegen Unterstützung der Union zu verhandeln; sein Bruder Ludwig Friedrich gewann persönlich die beiden Könige, von denen Heinrich IV. von Frankreich sogar zu einem förmlichen Bündnisse bereit gewesen wäre.

Digitized by Google

Die unierten Fürsten lehnten dasselbe ab — erst 1610 verbanden sie sich, als die Lage drohender wurde, mit Frankreich, 1612 mit England; — wieder aus Furcht vor unberechenbaren Verwicklungen, nicht etwa aus deutschpatriotischer Scham. Seit lange suchten ja deutsche Fürsten gegen die Übermacht Östreichs bei Frankreich Unterstützung, veranlaßt zum guten Teile durch die eigennützige Politik des Kaiserhauses. Auch an den Ausschuß der Reichsstädte, der gerade in Eßlingen tagte, richtete Johann Friedrich die Aufforderung, sich dem Bunde anzuschließen; Ulm, Straßburg und Nürnberg traten bei, später folgten ihnen Heilbronn, Hall und mehrere andere. Mit Hilfe derselben hoffte der Herzog einen Ausweg in der Donauwörther Sache, die ihm als Direktor des schwäbischen Kreises besonders am Herzen lag, zu finden. Er schlug den Reichsstädten vor, ihre Genossin mit Geld aus der Hand Bayerns zu lösen; aber diese getrauten sich nicht einen Versuch zu wiederholen, der dem Fürsten und dem Kreise mißlungen war.

Herzog Friedrichs Gedanke, den protestantischen hohen Adel möglichst nach Tübingen zu ziehen und dort eine Anstalt zu dessen gemeinsamer Ausbildung zu pflegen, fand in dem Sohne, der selbst dort erzogen worden war, einen warmen Anhänger. Aber noch schroffer als vorher sonderte Johann Friedrich das Collegium illustre ab von der Hochschule; seine neuen Statuten (1609) teilten dieselbe in die seitherige Universität als Akademie und das neue Kollegium. Vollständig gleichberechtigt trat das letztere neben die erstere; sein Oberhofmeister hatte sogar überall den Vorrang vor dem Rektor. Vier Professoren, die alle Doktoren der Rechtswissenschaft sein sollten, wurden zu Lehrern dieser Anstalt bestellt; einer von ihnen hatte übrigens neuere Sprachen vorzutragen. Dazu kamen Übungen im Büchsen- und Armbrustschießen, Unterricht im Reiten, Fechten, Ballspiel und Tanz. Die Vorlesungen im Kollegium anzuhören, waren auch die Studenten der Akademie befugt; zu den Leibesübungen wurden sie nicht zugelassen. So schuf Johann Friedrich im Kleinen eine eigene hohe Schule neben der alten, ohne dabei einen eigenartigen Betrieb der Wissenschaft ins Leben zu rufen, wie dies später durch Herzog Karl in seiner Stuttgarter Karlsschule geschehen ist. Die Landstände hatten gegen beide das Bedenken, daß sie neben der Universität zu hohe Kosten verursachten. Zu einer Blüte hat es das Kollegium nur vorübergehend gebracht. Nach wenigen Jahrzehnten wurde es nur dann geöffnet, wenn württembergische Prinzen in Tübingen studieren sollten oder fremde Fürsten und Grafen um Aufnahme nachsuchten. Im Jahre 1689 hörte es als

Digitized by Google

selbständige Anstalt auf; nur ab und zu nahm ein württembergischer Prinz in dem Gebäude Wohnung, um auf der Hochschule Studien obzuliegen, als letzte die beiden Söhne des Königs Friedrich.

Bald überwogen wieder die politischen Sorgen. Sogar die Vermählung, die Herzog Johann Friedrich mit Barbara Sophia, Tochter des Kurfürsten Joachim von Brandenburg, mit der vom Vater her üblichen Pracht zu Stuttgart beging, wurde zu einem Unionstage benützt (5.—13. November 1609). Die Gründung der katholischen Liga durch den thatkräftigen Herzog Maximilian von Bayern (10. Juli 1609) und das Auftauchen des Jülich-Cleve'schen Erbschaftsstreites zwangen die Union zu entschlosseneren Maßnahmen. In Hall (Anfang 1610) wurde der Bund erweitert; schon beteiligte sich ein französischer Gesandter an den Beratungen, man beschloß Verhandlungen mit Venedig und der Schweiz, damit diese Durchzug und Anwerbungen den Gegnern wehren sollten. Württemberg sollte 400 Mann zu Pferd und 2200 zu Fuß stellen und damit die Rhein- und Donaupässe besetzen; das nötige Geschütz hatten die Reichsstädte im Bunde zu liefern. Gegen das Heer, das Erzherzog Leopold, Bischof von Straßburg, für Habsburg erwarb, stellten die Unierten eines unter dem Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg auf. Zwei württembergische Fähnlein zu je 300 Mann stießen zu demselben; unter den Obersten der Unierten waren des Herzogs Bruder Julius Friedrich und Graf Kraft von Hohenlohe; in den Grenzämtern des Herzogtums wurde auch das Landvolk aufgeboten.

Da der Herzog schon den mit der Landschaft vereinbarten Kriegsschatz, der auf dem Asperg lag, angreifen mußte, konnte er nicht unterlassen, sich wieder an den landschaftlichen Ausschuß zu wenden. Dieser fürchtete für das Land des Kaisers Ungnade und beschwerte sich bitter über den unnötigen Aufwand des Herzogs, der sich einbilde, daß das Vermögen seiner Unterthanen unerschöpflich sei, während dieselben neue Auflagen kaum mehr geduldig hinnehmen würden. Mit Recht verwies diesmal der Herzog die Klagen auf eine spätere Zeit und rief die Landschaft auf zum Schutz gegen die katholische Liga. Er hatte Erfolg. Aber die Wankelmütigkeit des Herzogs wurde durch die Vorstellungen des landschaftlichen Ausschusses noch gesteigert. Auf dem Bundestag im Juni 1610 redete er schon sehr eindringlich für friedliche Verständigung. Als vollends der Kaiser die Aufstellung jenes Heeres im Elsaß zum Anlaß nahm, die Union als reichsschädlich zu verbieten (21. Juni 1610) und als bald darauf ein kaiserlicher Herold, dem man in Stuttgart nicht gleich Gehör schenkte, das Verbot der Union

Digitized by Google

öffentlich am dortigen Rathaus anschlug, da war der Herzog froh, daß er seine zwei Fähnlein aus dem Elsaß infolge eines Waffenstillstandes zurückziehen konnte, und entließ sofort auch sein Landvolk. Der Hauptgegner, Herzog Maximilian von Bayern, wollte die Dinge seinerseits noch nicht zum Äußersten treiben, und so kam es im Oktober zu allgemeinem Stillstand und gegenseitiger Abrüstung.

Der württembergische Herzog wäre jetzt am liebsten von der Union zurückgetreten; er machte seinen Verbündeten starke Vorwürfe, daß sie über den ursprünglichen Zweck der Vereinigung hinausgehen, und war mit Recht verstimmt darüber, daß er bei ihnen für die Beschützung seiner elsäßischen Herrschaften gegen die Truppen des Straßburger Bischofs keine Hilfe gefunden. Sein bedächtiger Geheimerat Jäger warnte immer wieder vor Abenteuern; es kam zu einer Erneuerung eines Schutzvertrages mit Östreich; zum Schluß siegte doch die Meinung des Benjamin von Buwinghausen, der mit freierem Blicke erkannte, daß ein Verzicht Württembergs auf Teilnahme an den das Reich bewegenden Kämpfen sein ganzes Ansehen in Frage gestellt hätte. Zudem ließ die Verbindung, welche König Matthias mit der Union gegen seinen Bruder, den schwachen Kaiser Rudolf, anzuknüpfen suchte, hoffen, daß nach dessen bald zu erwartendem Abgang die Stellung der Union zu dem neuen Reichsoberhaupt eine freundlichere sein würde. Nach Überwindung der gewöhnlichen Schwierigkeiten brachte der Herzog die Landstände zu weiteren Geldbewilligungen. Zur Verwahrung des Kriegsschatzes der Verbündeten wurde eine württembergische Festung bestimmt. Es war ein Höhepunkt der Union, als sie im Sommer 1611 durch den Zutritt neuer Mitglieder und durch engere Beziehungen zu auswärtigen Staaten verstärkt worden war und von den feindlichen östreichischen Brüdern, darunter dem Kaiser selbst, umworben wurde. Noch zur Kaiserkrönung von Matthias (3. Juni 1612) stellte sich der Herzog von Württemberg nebst anderen unierten Fürsten ein; aber sie erkannten bald, daß ihre Hoffnungen eitel waren. Sie dehnten daher ihren Bund noch weiter aus; Herzog Johann Friedrich fiel persönlich die Aufgabe zu, Niedersachsen zu gewinnen. Zum Reichstag in Regensburg, dem letzten auf lange Zeit, der zu Stande kam, stellte sich kein Mitglied des protestantischen Bundes ein und auch ihre Gesandten beteiligten sich wenig an den Verhandlungen, weil man ihre Beschwerden, besonders wegen der Stadt Donauwörth, nicht zuerst erledigen wollte.

Johann Friedrich empfand lebhafter als je das Bedürfnis, für den Notfall gerüstet zu sein. Er schlug dem ständischen Ausschusse vor, tausend

Digitized by Google

fremde Söldner zu gewinnen, damit die Landleute geschont würden; aber um Geld zu ersparen und keine Neuerung einzuführen, bestand der Ausschuß darauf, höchstens Einheimische anzuwerben. Doch setzte der Herzog Waffenübungen für die zum Schutze der Landesgrenzen bestimmten Unterthanen durch. Sein Wort wurde dadurch auch dort gewichtiger, wo er, wie zu Weilderstadt, sich der benachbarten Glaubensgenossen in ihrer Bedrängnis annahm. Eine Fürstenversammlung in Stuttgart (März 1614) setzte die Verhandlungen mit auswärtigen Staaten fort. Dagegen weigerte sich der Herzog, die Reichssteuer der Türkenhilfe, weil von den Unierten verworfen, dem Kaiser zu bezahlen.

Der Jülich-Cleve'sche Streit wurde durch das Einrücken der Spanier für die benachbarte Kurpfalz gefährlich. Auf Bundestagen zu Heilbronn (1614) und Nürnberg (1615) beschloß die Union Vermehrung der Rüstungen. Der Herzog von Württemberg sollte 182 000 Gulden bereitstellen, sowie eine Anzahl Rüstungen, Geschütz und Mundvorrat liefern. Der landschaftliche Ausschuß war wenigstens zu einem Darlehen auf zehn Monate bereit.

In der Nachbarschaft kam es durch Herzog Johann Friedrich in dieser unruhigen Zeit zur Beilegung der Händel mit Eßlingen. Während die Herzoge Christoph und Ludwig die Reichsstadt in ein Schirmverhältnis aufgenommen hatten, war dasselbe von dem der vielen Reibereien überdrüssigen Herzog Friedrich nicht erneuert worden (1604). Jetzt endlich (1617) wurde wieder Gleichstellung der Württemberger und der Eßlinger in Handel und Wandel verabredet und vom Herzoge die Beschützung der Stadt gegen das frühere jährliche Schirmgeld von 240 Gulden versprochen; im Kriegsfalle sollte Eßlingen dem Schirmherrn noch 200 Mann zu Fuß stellen, die eine Hälfte mit langen Spießen gut gerüstet, die andere mit gleichartigen Musketen. Zusammen mit den 100 Mann des im gleichen Verhältnis stehenden Reutlingen war das eine nicht zu verachtende Hilfstruppe. Nur schade, daß die Reichsstädte, sobald sie selbst wirklich in Gefahr waren — und das geschah immer zugleich mit Württemberg — für den Schutzherrn selten einen Soldaten übrig hatten.

Innerhalb des herzoglichen Hauses brachte der fürstbrüderliche Vergleich vom 28. Mai 1617 längere Verhandlungen zum Abschluß, welche die Söhne Herzog Friedrichs über die Erbschaft des Vaters führten. Da das Herzogtum selbst dem ältesten Bruder zustand, wurde der nächste, Ludwig Friedrich, mit Mömpelgard und den übrigen linksrheinischen Besitzungen abgefunden, Julius Friedrich mit Weiltingen und Brenz, Friedrich

Digitized by Google

Achilles und Magnus mit Renten und dem freien Sitze, jener im Schlosse Neuenstadt an der Linde, dieser in dem zu Neuenbürg. Mömpelgard fiel nach dem Aussterben der ehelichen Nachkommen Ludwig Friedrichs (1723) an die Hauptlinie zurück, Weiltingen-Brenz schon 1705.

Noch einmal ließ die Spannung in Deutschland nach; die Liga löste sich auf und die Verlängerung der Union war in Frage gestellt. Bei einer Taufe am Stuttgarter Hofe kam der Gedanke auf, Herzog Maximilian von Bayern auf die Seite der unierten Fürsten herüberzuziehen, indem man ihm Hoffnung auf die Kaiserkrone mache; derselbe verwarf die Anträge. Andererseits suchte Östreich Württemberg durch freundschaftliches Entgegenkommen zu gewinnen. Herzog Johann Friedrich wußte immer weniger, wofür er sich entscheiden sollte. Unglücklicherweise waren auch seine Räte ganz geteilter Ansicht: auf der einen Seite stand die Partei der Sonderpolitik, welche Württemberg von niemand gefährdet glaubte, wenn es sich selbst von den Welthändeln frei halte; ihr trat auch bei, wer mit den bösen Calviniſten nicht zusammengehen wollte; auf der andern Seite gab den Ausschlag der Haß gegen den Katholizismus, die nur zu berechtigte Furcht vor Vergewaltigung durch denselben und die Scheu vor Abbruch der bisherigen Beziehungen. Die Räte überließen die Entscheidung dem Herzog; er sprach sich für Erneuerung des Bundes aus, weil er von ihm Erhaltung des evangelischen Glaubens in Württemberg und Sicherung des allgemeinen Friedens hoffe. Im Jahre 1617 wurde die Union auf einem Heilbronner Tage für drei Jahre verlängert. Wie um sich selbst Mut einzuflößen, beschloß man zugleich, den hundertsten Gedenktag des Reformationsanfanges festlich zu begehen. Es war nicht bloß Ausdruck der herrschenden Gereiztheit, sondern auch eine weitere Steigerung derselben, daß bei diesem Feste die schärfsten Schmähungen gegen den römischen Antichrist und die ganze römische Abgötterei von allen Kanzeln erschollen. Natürlich erfolgten ebenso scharfe Erwiderungen; der Papst schrieb zur Versöhnung des göttlichen Zornes ein Jubeljahr aus. Ohne solche Hetzereien ging es nicht mehr ab; je lauter vor allem die Jesuiten die Vertilgung der Ketzer predigten, desto heller entbrannte auch der Haß der protestantischen Streittheologen.

Kurz nachdem die böhmischen Unruhen ausgebrochen waren, entschlossen sich die Unierten zu einem Gewaltstreiche. In der Nähe von Speier hatte der dortige Bischof die Feste Philippsburg gebaut; die Furcht war nicht unbegründet, daß dieselbe den Spaniern als Trutzwehr gegen die oberrheinischen Gebiete dienen sollte. Man besprach sich zu Stuttgart (Juni 1618)

Digitized by Google

und ließ sofort durch kurpfälzische Truppen die Festung schleifen, ohne daß dabei übrigens jemand ein Haar gekrümmt worden wäre. Allgemein wurde wieder gerüstet. Herzog Johann Friedrich schilderte seinem Landtag die Gefahren, die das Land und den evangelischen Glauben bedrohten; er wies ihm nach, daß das Kammergut nicht im Stande sei, die notwendigen Ausgaben zu bestreiten, und verlangte Übernahme größerer Summen. Der Landtag wies auf die Schuldenlast des Landes infolge solcher außerordentlicher Leistungen hin; die Beschwerden lauteten diesmal auf Schutz der Landwirtschaft gegenüber dem Anwachsen des städtischen Gewerbes, strengere Beobachtung der Handwerksordnungen, Belassung des niederen Weinzolls und des freien Eisenhandels, Berücksichtigung der Landeskinder bei Anstellungen, Minderung der Frohnen und des Wildschadens; der Herzog selbst solle nicht so viel auf kostbare Feste verschwenden. Kaum jemals trat die Unnatur des Verhältnisses von Fürst und Ständen deutlicher zu Tage, wie damals beim Beginne des großen Krieges: der Fürst, der in gewöhnlichen Zeiten mit seinem Kammergute reicht, entschließt sich, wenn Eile not thut, die Stände um Hilfe anzugehen; diese werfen, weil sie keine andere Gelegenheit dazu haben, alle Beschwerden, die sie auf Lager haben, in die Verhandlungen hinein. Dadurch wird der Fürst gereizt und die Landstände werden mit schönen Versprechungen abgespeist, die zum großen Teile nachher der Vergessenheit anheimfallen. Johann Friedrich wurde über die Einreden der Stände sehr ungnädig; er erklärte, in Fällen eiliger Not müsse man thätlich helfen und nicht disputieren. Trotzdem gewährte er ihnen die Einverleibung einer größeren Anzahl bisher der Landschaft nicht steuerbarer Orte; sie ihrerseits übernahmen Schulden im Betrage von mehr als 1 200 000 Gulden und die Anlegung eines neuen, gemeinschaftlich zu verwaltenden Kriegsvorrats von 200 000 Gulden (Abschied vom 16. August).

Inzwischen verlangte der Kaiser, daß den Böhmen keine Hilfe geleistet werde, um welche diese so dringend baten. Herzog Johann Friedrich zeigte Geneigtheit, sich mit ihnen zu verbinden; er weigerte sich, einen Kreistag abzuhalten, auf dem die Acht gegen sie veröffentlicht werden sollte. Die Räte hielten ihn vor unüberlegten Schritten zurück.

Der Tod des Kaisers Matthias (20. März 1619) vermehrte die allgemeine Aufregung. Auch in Württemberg wurde das Landvolk in den Waffen geübt und wurden Söldner geworben. Die Lehensleute wurden aufgeboten: jeder sollte, zunächst auf ein Vierteljahr, einen gerüsteten Reiter stellen oder monatlich 20 Gulden dafür bezahlen; die Ritterschaft

Digitized by Google

wurde, freilich vergeblich, um Hilfe angegangen. Die Ordnung des württembergischen Heerwesens übernahm Graf Kraft von Hohenlohe; zur Unionsarmee kamen nach der Verfassung nur geworbene Mannschaften; von dem Landesaufgebot drillte man in Stuttgart je sechzig Mann, teils Spießträger, teils Musketiere, einen Monat lang mit der herzoglichen Leibgarde; sie sollten im Lande draußen als Muster dienen. Metzger und Pferde besitzende Bauern hatten sich mit ihren Kleppern zu raschem Nachrichtendienste bereit zu halten.

Spiele und Tänze wurden den Unterthanen verboten, allgemeine Gebete um göttliche Hilfe angeordnet. Doch wurde auch in der bewegten Zeit der Kriegsrüstungen eifersüchtig darüber gewacht, daß keine Übergriffe in die Herrschaftsrechte vorkamen: wie der unierte Markgraf Karl von Baden einen entlaufenen Soldaten, der sich in die Freistatt zu Neuenbürg geflüchtet, mit Gewalt dort weggeholt hatte, ruhte der Herzog von Württemberg nicht, bis er ausreichende Genugthuung dafür erhalten hatte.

Die Wahl des Kurfürsten Friedrich von der Pfalz zum böhmischen König (26. August 1619) und damit zum Nebenbuhler des fast gleichzeitig erkorenen Kaisers Ferdinand II. riß die Union vollends zu bestimmter Stellungnahme fort. Ein Unionstag in Nürnberg beschäftigte sich mit der Frage, ob der Kurfürst die angebotene Krone annehmen solle oder nicht. Johann Friedrich war entschieden dagegen; sein Lehensverhältnis zu Böhmen, sein und seiner Theologen Mißtrauen gegen den Calvinisten Friedrich, die Warnung des Kaisers und sein eigener Wankelmut sprachen für Absage. Dem gegenteiligen Mehrheitsbeschlusse fügte er sich aber und traf neue Rüstungen. Die östreichische Herrschaft Hohenberg fürchtete schon feindlichen Überfall und plante, den Wurmlinger Berg zwischen Rottenburg und Tübingen zu besetzen. Württembergische Reiter streiften über die Alb bis zur Donau und bis zum Schwarzwald und begannen schon sich durch Plündern Unterhalt zu verschaffen; in Ebingen und Balingen standen Abteilungen von ihnen und bedrohten die Verbindung zwischen Ober- und Unterhohenberg; auch in Sulz, Rosenfeld, Dornhan sollten sie Standquartiere aufschlagen. Den Winter über lagen die Reiter ziemlich stille; aber im Frühjahr huben die Plünderungszüge sofort wieder an.

Die Parteinahme der Unierten für den Kurfürsten von der Pfalz veranlaßte die Sammlung des ligistischen Heeres unter Herzog Maximilian von Bayern. Ihm stellte die Union ein Heer bei Ulm entgegen. Wieder scheuten sich beide Teile, den Krieg zu beginnen; unter französischer Vermittlung schlossen sie zu Ulm noch einmal Frieden (3. Juli 1620); die

Digitized by Google

Union gab dabei Böhmen völlig Preis, schloß aber Kurpfalz ein. Letztere wurde trotzdem von den Spaniern Spinolas bedrückt unter dem Vorwande, daß sie nicht zur Liga gehören. Mutter und Kinder des Kurfürsten fanden Zuflucht in den württembergischen Schlössern Großsachsenheim und Schorndorf. Der Rückzug des Unionsheeres durch Württemberg gab zum erstenmal dem Land den Übermut der freundlichen und feindlichen Soldateska zu empfinden. Jetzt ließ sich auch der Landtag zu weiteren Kriegsbeiträgen herbei. Der Herzog ging selbst ins Feld zur Abwehr der Spanier. Räte und Landschaft rieten dringend davon ab, und in der That konnte der Schritt, der nicht durch die Übernahme eines Kommandos gerechtfertigt war, nur den Kaiser noch mehr gegen ihn aufbringen; dienten doch schon zwei Brüder des Herzogs bei den Unierten. Er setzte sich aber in den Kopf, dort das Kriegshandwerk persönlich zu lernen, um nötigenfalls sein Land selbst schützen zu können. So blieb er denn Monate lang beim Heere, obgleich ihn der Kaiser mehrfach besonders warnte; er glaubte, durch den Ulmer Vertrag gedeckt zu sein.

Inzwischen hatte die Liga in Böhmen freie Hand. Am 8. November verlor Kurfürst Friedrich in der Schlacht am weißen Berge bei Prag die böhmische Krone. Die Reichsstädte traten von der Union zurück; Württemberg geriet in großen Schrecken; Landschaft, Hochschule und Konsistorium baten den Herzog, Aussöhnung mit dem Kaiser zu suchen. Er fügte sich, wandte sich demütig an denselben und empfahl auf dem Unionstage zu Heilbronn (Februar 1621) den Verbündeten gleiches Vorgehen. Sein Unterhändler war der mömpelgardische Kanzler Löffler, der sich damals zu dem gewiegten Diplomaten ausbildete, als der er nachher in württembergischen und schwedischen Diensten erscheint. Noch standen die unierten Truppen beobachtend in der Pfalz, ihnen gegenüber Spinola mit seinen Spaniern. Mit ihm schloß Johann Friedrich im Verein mit dem Markgrafen Joachim Ernst von Brandenburg zu Mainz einen Vertrag, der die Zertrennung der Union aussprach und die Gegner zu vorläufigem Stillstand verpflichtete. Kurz nachher wurde die Union in Heilbronn förmlich aufgelöst (24. April). Im Mai dankte Herzog Johann Friedrich seine Söldner ab. Kläglich genug war das Ende eines Bundes, der zur Verteidigung des Protestantismus und der fürstlichen Selbständigkeit in das Leben gerufen war, aber entschiedenen Schritten ängstlich aus dem Wege ging; genützt hatte er Johann Friedrich so wenig wie sonst jemand. Für den Spott brauchte der Herzog nicht zu sorgen; in sein Jägerhorn habe sich die Treue der Unierten verloren, er habe sie in den Wind geblasen und so sei sie nirgends

Digitized by Google

mehr zu finden. Der verlassene Kurfürst von der Pfalz zieh ihn und den Markgrafen von Brandenburg des Verrats um spanisches Gold.

Graf Mansfeld setzte den Krieg für den verjagten Böhmenkönig auf eigene Faust fort und wollte für ihn wenigstens die Kurpfalz retten. Auf dem Marsche brandschatzte er die Ämter Möckmühl und Maulbronn, sowie die Gegend von Heilbronn, das sich württembergische Besatzung erbeten hatte. Als Tilly mit seinen Bayern dem Grafen folgte, zog sich an den Grenzen Württembergs ein drohendes Gewitter zusammen. Ihm zu begegnen, bot Johann Friedrich wieder die Lehensleute und die sonst zum Reiterdienste Verpflichteten auf und rief zwei Regimenter der Landesauswahl von je 1500 Mann zu den Waffen. Die festen Plätze wurden notdürftig besetzt, im Neckar- und Enzthal Schanzen aufgeworfen. Von einer Anwerbung allein kriegstüchtiger Söldner wollten die Landstände gar nichts wissen, da der Herzog Frieden geschlossen habe; nur wenige konnte dieser mit eigenen Mitteln aufbringen. Und doch kostete die Landesauswahl mehr als ein gleich großes Soldheer.

Mit Mansfeld verbündete sich Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, den das feige Treiben der Union angewidert hatte. Ihm warb auch Herzog Magnus von Württemberg, des regierenden Fürsten Bruder, ein Regiment zu Pferd und eines zu Fuß. Unmittelbar vor dem Zusammenstoß rief ihn der Bruder ab; er blieb trotzdem, da ihm die Ehre verbiete, jetzt die Freunde im Stiche zu lassen. Am 6. Mai 1622 kam es bei Wimpfen, besonders auf der Markung des württembergischen Obereisisheim, zwischen dem Markgrafen und Tilly zur Schlacht; Magnus fiel im wildesten Getümmel; Tilly stand siegreich an der Grenze des Herzogtums. Den fliehenden Markgrafen beherbergte Johann Friedrich in Stuttgart; seine geretteten Habseligkeiten beförderte er heimlich an einen sicheren Ort. Für den Sohn, dem die Schuld des Vaters angerechnet wurde, verwendete er sich. Grund genug, daß Tilly, der seinen Sieg nach eigenem Geständnis der Nichteinmischung der Württemberger verdankte, mit einem Einfall in das Land drohte. Jetzt waren die Landstände wieder zu ausgiebigerer Geldhilfe bereit. Auch der schwäbische Kreis stellte Milizen zur Verteidigung seiner Grenzen auf; von den 4000 Mann zu Fuß und 1200 zu Pferd, die übrigens zum Teil nur auf dem Papier standen, traf Württemberg die Hälfte. Johann Friedrich übernahm selbst das Kreisoberstenamt; an seiner Stelle befehligte Graf Kraft von Hohenlohe. Über die Soldaten erhoben sich viele Klagen; die herzoglichen Reiter machten die Straßen unsicher und hausten unmenschlich; andere jagten die Bürger aus ihren

Digitized by Google

Wohnungen und zehrten ihre Vorräte auf. Die willkürliche Auswahl der Leute veranlaßte die Forderung, daß die zurückbleibenden Reicheren den Eingezogenen eine billige Entschädigung bezahlen; die Weiber und Kinder derselben sollten gleichfalls unterstützt werden. Bei der Bestellung der Offiziere tadelte man die Beiziehung von Ausländern und wollte jene den Stadtvertretungen übertragen, da dieselben die Fähigkeit der Amtsangehörigen am besten beurteilen könnten.

Der Einfall Tillys wurde durch einen Vertrag zu Heilbronn (18. Juni 1622) abgewendet; denn jenem lag damals nur daran, Württemberg in Schrecken zu versetzen. Durchmärsche mit Brand und Plünderung hatte das Land dennoch zu leiden. Möglichst frühzeitig machte die Regierung von den bevorstehenden Durchmärschen Meldung; sie befahl, die Wertsachen zu flüchten, die Amtsstädte zu verwahren, den Durchziehenden möglichst genügenden Unterhalt beizuschaffen, damit sie schnell weiterkämen. Aber manche Dörfer fielen der Zerstörungswut der Bayern und Kaiserlichen zum Opfer, und als man sich endlich, im Einverständnis mit Tilly, entschloß, den Räubern mit Gewalt entgegenzutreten, da fehlte es an Gewehren für die aufgebotene Mannschaft. Was nützte es, daß sich jetzt die Beamten und Bürger von Stuttgart mit Ober- und Untergewehr versehen sollten? Trotz den 5000 Mann zu Fuß und 500 zu Pferd, die Württemberg am Ende des Jahres 1622 auf den Beinen hatte, konnte es sich den von Tilly dem ganzen schwäbischen Kreise zugemuteten unentgeltlichen Lieferungen nicht entziehen und mußte froh sein, daß es wenigstens mit Winterquartieren verschont wurde.

Auch Johann Friedrich wurde veranlaßt, an den Friedensverhandlungen mit dem Kurfürsten von der Pfalz teilzunehmen. Da sie von kaiserlicher Seite gar nicht ernstlich gemeint waren, verdiente er sich durch den großen Eifer, den er dabei entwickelte, wenig Dank. Zuletzt konnte er nicht umhin, die Übertragung der Kurfürstenwürde von Friedrich von der Pfalz an Maximilian von Bayern anzuerkennen. Dazu bewog ihn mit das rasche Schwinden seiner Machtmittel. Wohl empfahlen ihm die Stände die Errichtung von vier Regimentern zu je zehn Kompagnien von 300 Mann aus dem Landvolk; die Offiziere vom Hauptmann abwärts sollten nur im Felde vom Herzog, zu Hause aber von den betreffenden Städten und Ämtern verhalten werden; die Mannschaften, die sich selbst auszurüsten hatten, sollten dem Kopfe nach von jenen drei Gulden Ausmarschgeld mitbekommen. Aber er getraute sich nicht, so viele ungeübte Männer einer Gefahr auszusetzen; und für Söldner bewilligte ihm die

Digitized by Google

Landschaft anfangs 1623 nur noch bis zum Oktober das Geld, monatlich 45 000 Gulden. Dann dankte er alle bis auf 1400 Mann ab.

Für die Festungen wurde kaum zur Notdurft gesorgt; Hohentwiel hatte noch nicht die nötigen 200 Mann als Besatzung, ebensowenig Hohenurach und Hohenneuffen ihre 100. Auf der letztgenannten Feste waren im Jahre 1624 ganze zehn Musketen vorhanden, so daß hundert neue angeschafft werden sollten. Die Ausstattung mit Vorräten war für Twiel wegen der entfernten Lage auf zwei Jahre geplant, für die anderen auf sechs Monate; auf den Mann wurden dabei täglich vier Schoppen Wein und zwei Pfund Brot gerechnet.

Da der Krieg in das nördliche Deutschland verlegt wurde, blieben dauernde Einquartierungen kaiserlicher Scharen dem Lande erspart. Aber immer stärker wurden die Durchzüge, immer beängstigender das Benehmen der fremden Truppen. Doch ging es einige Jahre lang da, wo die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden, leidlich ab. Auf herzoglichen Befehl mußte jetzt während der Durchzüge in den Städten alles zu Hause bleiben, um nicht sich, die Pferde und das Vieh mutwillig der Gefahr auszusetzen; die Truppen wurden von württembergischen Beamten begleitet, damit etwaige Anstände sofort gehoben würden; in den größeren Ortschaften wurden die Wachen fleißig bezogen und die Schlagbäume in Acht genommen; die Hauptleute hatten sich für den Fall eiligen Aufgebots des Landvolks immer bereit zu halten. Auf dem platten Lande wurden außer den Wertsachen Vieh und Getreide beim Herannahen von Truppen möglichst ohne Aufsehen geflüchtet; Vorspann wurde rasch beschafft, damit der Weiterzug sich nicht verzögerte. Die Flucht aus Schlössern und Dörfern in die Städte wurde nur unter der Bedingung gestattet, daß dort wenigstens für einige Tage ein ansehnlicher Vorrat zurückgelassen würde, damit nicht die Enttäuschung der Ankommenden sie zur Brandstiftung verleite. Die Kosten der Durchzüge wurden, um eine einigermaßen gerechte Verteilung durchzuführen, auf die der betroffenen Gegend benachbarten Ämter umgelegt. Durch unermüdliche Verhandlungen zur Abwehr von Übergriffen erwarb sich namentlich Jakob Löffler Verdienste. Der Landtag, den der Herzog wieder angehen wollte, kam einfach nicht zusammen, weil die Ämter die Kosten für ihre Abgesandten scheuten und sich auf die zu erwartenden neuen Schatzungen nicht einlassen wollten. Das Geld war nachgerade durch Umschmelzung des guten in geringwertiges und Außerkurssetzung des letzteren so teuer geworden, daß an die Stelle des Kaufes vielfach der Tauschhandel getreten war. Der Herzog von Württemberg hatte stark mitgeholfen, daß es so

Digitized by Google

kam; seine Hirschgulden waren kaum zehn Kreuzer wert. Zuletzt spielten die Kinder auf den Straßen mit dem neuen Geld, und nur sehr langsam gelang es, die natürlich sehr gestiegenen Preise der Waren mit dem Wert des Geldes wieder in Einklang zu bringen. Der durch die Teurung hervorgerufene Mangel begünstigte die Verbreitung ansteckender Krankheiten: allein 1626 starben in Württemberg 28 000 Menschen weg.

Trotzdem konnte noch 1627 ein Redner in Tübingen rühmen, daß das Land von der furchtbaren Wut des Krieges verschont geblieben sei, daß es keinen Schlachtendonner gehört habe, daß seine Kirchen nicht zerstört, Kunst und Wissenschaft nicht verjagt seien. Aber die Siege, welche die katholischen Waffen in Norddeutschland erfochten, führten jetzt auch die aufgeschobene Abrechnung mit Württemberg herbei.

Es war noch ein Kleines, daß Herzog Johann Friedrich auf des Kaisers Verlangen einen seiner schärfsten Kampfhähne, der das Geschlecht der Habsburger beschimpft hatte, den Theologen Thumm zu Tübingen, bis zu dessen Tod in Haft setzen mußte. Die Ansprüche, die auf die früheren Klöster gemacht wurden, zeigten deutlich, wohin die siegreiche Partei zielte. Die katholischen Kurfürsten sprachen dem Kaiser das Recht zu, die Wiederherausgabe der früheren geistlichen Güter zu verlangen, und schon meldeten sich benachbarte Bischöfe und Äbte unter allerlei Begründungen um eine gute Anzahl württembergischer Klöster. Die Geschicklichkeit Löfflers, welcher die alte Zugehörigkeit derselben zum Herzogtum hervorhob, wandte vorläufig noch die Losreißung ab.

Als gefährlichster Feind Württembergs erschien Wallenstein. Ihn hatte man im Verdacht, nicht nur daß er die Prälaten gegen dasselbe hetze, sondern auch daß er überhaupt dort Unruhen schaffen wolle, um selbst eingreifen und das Herzogtum für sich erwerben zu können. Im Juli 1627 legte Wallenstein Truppen in den schwäbischen Kreis, verschonte aber zunächst Württemberg. Anfangs des folgenden Jahres rückten jedoch 16 000 Kaiserliche ein, die ausschließlich in protestantischen Gebieten sich einquartierten. Der Herzog brachte es über sich, Wallenstein persönlich um Schonung zu bitten. Gute Worte gab es auf kaiserlicher Seite immer noch; aber der Wille wurde allezeit schlimmer.

In der Zeit der größten Bedrängnis, als er tief gebeugt von Wallenstein heimgekehrt war, starb Johann Friedrich (18. Juli 1628). Ein Mann voll Wohlwollen und Glaubenstreue, voll augenblicklichem Eifer und allseitiger Rücksichtnahme kam er zu keinem anhaltenden Entschluß und machte es so niemand recht. Seine Liebhabereien wurden durch die Alchymisten

Digitized by Google

befriedigt, denen er milder gesinnt war als sein gestrenger Vater, und zahlreiche Tonkünstler. Die innere Verwaltung überließ er, von den auswärtigen Angelegenheiten ganz in Anspruch genommen, fast ausschließlich seinen Räten. Die Folge war das Überhandnehmen jener Verwandtenwirtschaft, die in Württemberg so oft eine große Rolle spielte, und die Einführung des bis dahin unerhörten Dienstandels, bei dem die staatlichen Ämter an die Meistbietenden abgegeben und von diesen zum eigenen Vorteil ausgenützt wurden.

Seine Gemahlin, Barbara Sophia von Brandenburg, starb 13. Februar 1636 zu Straßburg, wo sie sich mit ihrem aus dem Lande geflohenen Sohne Eberhard aufhielt. Der Herzog hinterließ drei Söhne: Eberhard III., seinen Nachfolger, Friedrich (geb. 19. Dez. 1615, gest. 24. März 1682), einen tüchtigen Kriegsmann und Stifter der Linie Württemberg-Neuenstadt, Ulrich (geb. 15. März 1617, gest. 4. Dezember 1671), einen tapferen, aber etwas abenteuerischen General in vielerlei Diensten; und drei Töchter, von denen eine, Sibylla (geb. 4. Dezember 1620, gest. 21. Mai 1707) sich mit ihrem Vetter, Leopold Friedrich von Württemberg-Mömpelgard, vermählte.

Ehe Württemberg die Schrecknisse des Krieges und die gewaltige Hand des Siegers voll zu spüren bekam, war es bei allen Klagen über den außerordentlichen Steuerdruck noch in einer glücklichen Lage. Das kleine Land mit seinen 150 Quadratmeilen und 450 000 Einwohnern, wie sie eine amtliche Aufnahme im Jahre 1623 ergab, zählte 70 Städte, 8 Marktflecken, 1027½ Dörfer und Weiler, 743 Höfe, 83 Schlösser und 188 herrschaftliche Gebäude, dabei 570 Keltern, 660 Mahlmühlen, 162 Säg- und 150 sonstige Mühlen, 9 Hammer- und Feilenschmieden; Festungen waren Asperg, Twiel, Urach, Neuffen, Schorndorf, Göppingen, Kirchheim; als Mannsklöster wurden noch 15 verwaltet, als Frauenklöster 10, als Stifte 8.

Die Stellung der zahlreichen Leibeigenen und der abgabepflichtigen Hörigen war gleich geblieben. Die Städter hatten meist alle Frohnen mit Ausnahme der Jagdfrohnen abgeschüttelt. Jedermann suchte das Leben möglichst zu genießen. Essen und Trinken spielten eine wichtige Rolle; an Gerichten und Geschirren war der Aufwand sehr groß. Gelegenheiten, sich auszutollen, wie sie die Faßnacht bot, wurden allgemein gründlich benützt. Selbst höfische Feste wurden mit einer naturwüchsigen Derbheit begangen, die unserer verfeinerten Zeit unbegreiflich erscheint, wenn sie

Digitized by Google

gleich kaum edler geworden ist. Die Beschränkung der Zahl der Hochzeitsgäste mußte immer wiederholt werden. Dagegen sorgten die Badstuben, die sich in allen Orten befanden, für Pflege der Gesundheit.

Auch für die Tracht wurden die obrigkeitlichen Vorschriften häufig in Erinnerung gebracht. Zwar die Bauern begnügten sich leicht mit Wämsern aus heimischem Tuch, kurzen Hosen und großen Schuhen, wozu beim Fest der Mantel, gegen die Kälte ein Pelz kam; doch mußte ihnen verboten werden, mehr als sechs Falten an den Röcken machen zu lassen, und ihren Weibern, seidene Kleider zu tragen. Die stets wechselnde Mode fand ihre Stutzer und Gecken, ohne daß die landesväterlichen Verwarnungen mit ihr gleichen Schritt halten konnten.

Der Wohlstand des Landes gründete sich noch überwiegend auf Feldbau und Viehzucht. Letzterer zulieb wurde sogar das Halten von Pferden beschränkt, damit Fleisch, Unschlitt und Lichter nicht zu teuer würden. Als einträglich wurde die Schaf- und Fischzucht gepflegt. Zum Schutze des Weinbaues wurde selbst der Bereitung von Obstmost Schwierigkeiten gemacht; das Brauen des Bieres, das zuerst in Heidenheim aufkam, wurde 1618 durch eine besondere Ordnung geregelt. Daß die Wälder noch wenig gelichtet waren, beweist das, wenn auch vereinzelte, Vorkommen von Bären und Wölfen. Der Bergbau auf Kohlen, Silber, Kupfer und Eisen gab eine kaum lohnende Ausbeute. Unangenehm wurde die Steigerung der Löhne durch die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter empfunden, die zudem kaum zu sättigen waren und ihres Gefallens von und zu der Arbeit gingen. Auch das Heer der Beschäftigungslosen fehlte nicht, die als Bettler und Landstreicher die Straßen unsicher machten.

Im Gerichtsverfahren blieb für bürgerliche Streitigkeiten die Berufung von den Stadtgerichten an das Hofgericht bestehen. In peinlichen Strafsachen wurde gegen Ende des 16. Jahrhunderts der Vogt zum Staatsanwalt bestellt, der die Klage vor Stabhalter und Gericht vortrug. Die letzteren hatten sich von der Juristenfakultät ein Gutachten geben zu lassen und dieses samt dem gefällten Urteil an die herzogliche Kanzlei einzuschicken; erst nach der Genehmigung der Urteils durfte es vollzogen werden. So umständlich dieses Verfahren war, so sehr zeichnete es sich vor dem sehr abgekürzten früherer Zeiten aus. An die Stelle grausamer Verstümmelung trat unter Herzog Johann Friedrich Verurteilung zur Zwangsarbeit. Die große Zahl kleinerer Vergehen wurde durch den Schultheißen oder das Ortsgericht abgeurteilt; hier gab es vorwiegend Geldstrafen, deren Höhe sich Jahrhunderte lang gleich blieb. In Schorndorf kostete z. B. ein

Digitized by Google

„großer Frevel“ 14 Gulden, wovon einer dem Gericht, die übrigen dem Herzog gehörten; ein „kleiner Frevel“ 3 1/4 Gulden[1]). Bloßes „Unrecht“ wurde mit wenigen Kreuzern angesehen. Ein Mann, der die Wehre zückte, eine Frau, welche die Zunge scharf gebrauchte, mußte einen Gulden bezahlen, der, weil es sich um eine Art Landfriedensbruch handelte, an manchen Orten dem Herzog anheimfiel. Sonst waren kleinere Geldstrafen gewöhnlich ein Einkommensteil des Armenkastens.

Wie diese Strafen so blieb die gewöhnliche Steuer immer auf demselben Stand, so daß die außergewöhnliche um so größerer Steigerung unterlag. Schorndorf bezahlte im 17. Jahrhundert noch die 400 Pfund Heller, die es im 15. bezahlt hatte; auch der Zoll für Fuhrmannswaren, für die Metzelbank und andere war derselbe geblieben. Sämtliche Landsteuern samt dem Amtsschaden wurden durch die Mitglieder der Amtskörperschaften auf Güter, Gewerbe und Renten umgelegt; die Hauptlast lag auf Grund und Boden.

Als Bildungsmittel dienten zahlreiche Romane, besonders Liebesgeschichten, die von den Mädchen verschlungen wurden.

Für den Bildungszustand einer Zeit, die doch auf dem Gebiete der Kunst nicht Unbedeutendes leistete, ist bezeichnend, daß der Glaube an Hexen überhandnahm. Ihm waren auch in Württemberg Gelehrte wie Ungelehrte verfallen. Selbst der berühmte Astronom Johann Kepler aus Weilderstadt, der seine in Leonberg lebende greise Mutter mit Mühe vor der Verurteilung rettete, bekämpfte nicht den Wahn selbst. Während der Aberglauben fortwucherte, schützte man den Glauben durch die von allen Geistlichen und Beamten geforderte Einschwörung auf die Konkordienformel. Kepler selbst wurde von dem Stuttgarter Konsistorium des Abendmahls für unwürdig erklärt, weil er nicht jener anzuhängen behauptete, sondern dem Augsburger Bekenntnis.

---

[1]) 1620 sind Gulden und Pfund Heller gleichwertig.

Digitized by Google

IX. Abschnitt.

Die Vormünder Ludwig Friedrich und Julius Friedrich.

1628—1633.

Nach dem Tode Herzog Johann Friedrichs übernahm die Vormundschaft über den noch nicht vierzehnjährigen Eberhard III. (geb. 16. Dez. 1614) sein ältester Oheim Ludwig Friedrich von Württemberg-Mömpelgard (1628—1631). So tüchtig der neue Herzog-Administrator war, so sehr seine Thatkraft und seine Sparsamkeit für das notleidende Land willkommen war, so aussichtslos erschien die Rettung der für den Mündel angetretenen Erbschaft. Ganz Norddeutschland lag zu den Füßen des Kaisers; der protestantische Südwesten, in den sein übergewaltiger Heerführer Wallenstein sich in aller Ruhe hineinschob, war dem Willen desselben gerade so widerstandslos preisgegeben, wie wenn er in offenem Felde überwunden worden wäre. Schon machte man sich an die Verteilung der Beute; die umfangreichen Besitzungen der Klöster wurden für katholische Prälaten zurückverlangt. Das Restitutionsedikt vom 6. März 1629 gab denselben vollends eine Handhabe für ihre Ansprüche. Bald luden die kaiserlichen Kommissare, an ihrer Spitze der Bischof von Constanz, den Herzog vor sich nach Waldsee, damit er über die württembergischen Klöster Rechenschaft gebe. Er weigerte sich zu folgen und ließ sich mehrere Gutachten von Rechtsgelehrten ausstellen; sogar die katholische Universität Freiburg kam zu dem Schlusse, daß das Restitutionsedikt auf solche Klöster keine Anwendung finde, die schon vor dem Interim reformiert und nur durch dasselbe über den Abschluß des Passauer Vertrags hinaus wieder vorübergehend den Prälaten eingeräumt worden seien. Zudem hatte der Prager Vertrag den Bestand Württembergs anerkannt. Wie wenig es aber den Kommissaren um den Rechtsstandpunkt zu thun war, zeigte sich schon darin, daß sie das Verlangen nach Herausgabe auch auf solche Klöster und Kirchengüter ausdehnten,

Digitized by Google

in denen das Interim gar nie eingeführt war. Es verlautete, daß der Anfang mit dem damals württembergischen St. Georgen und mit Alpirsbach gemacht werden solle. Im Einvernehmen mit dem landschaftlichen Ausschuß bot Herzog Ludwig Friedrich Mannschaft auf, und wie die Kommissare vor St. Georgen anlangten (27. August 1629), fanden sie die Thore stark besetzt. Einer von ihnen, der an der Wache vorbei eindringen wollte, wurde von dem Major Conrad Wiederhold mit drohenden Worten zurückgewiesen. Sie zogen unverrichteter Dinge ab und verzichteten darauf, einen gleichen Versuch mit Alpirsbach zu machen. Freilich änderte dieser Widerstand nichts an der Lage der Dinge. Der Kaiser wurde sehr aufgebracht, so daß der Herzog sich zu der Entschuldigung bequemen mußte, Wiederhold verstehe sich besser auf das Kriegswesen als auf Anstand, und daß Löffler, der wenigstens die Erhaltung der landesherrlichen Rechte über die Klöster betreiben sollte, taube Ohren fand.

In der Not wurde wieder der Landtag einberufen (2. Dezember 1629). Es zeugt von kaum glaublicher Steuerkraft des Landes, daß derselbe über zwei Millionen Gulden auf sich nahm. Nur sollte diesmal die Steuer zur Erleichterung von Grund und Boden auch vom Kapital getragen werden, wobei nur die höchsten Beamten ausgenommen blieben. Es zeugt aber auch wieder von dem Schachergeiste der Landschaft, daß sie für diese Summen sich bedeutende Rechte ausbedang. Zwar daß sie sich die Abschaffung der Alchymisten und des Diensthandels, die Minderung des Wildschadens und der Frohndienste, sowie die Beschränkung des Luxus versprechen ließ, war vollauf erklärlich; daß sie die Zuziehung der Amtleute zu den Landtagen sich verbat, entsprach dem Rechte. Auch daß sie die Abänderung von Landesordnungen von dem Vorwissen des engeren Ausschusses abhängig machte, vertrug sich mit alter Übung. Aber zugleich zwang sie Ludwig Friedrich zu der Erklärung, er erkenne den Geheimen Regimentsrat, der ihm als Verweser des Herzogtums an die Seite gestellt war, als dauernde Einrichtung an mit der Verpflichtung, daß derselbe auf den Nutzen der Landschaft sowohl wie den des Herzogs zu sehen habe; sie nahm ihm das Gelöbnis ab, nicht nur das Kammergut nie mehr mit Schulden zu belasten, sondern auch jeden Beamten, der etwa dazu raten würde, strenge zu bestrafen; und zu alle dem sollte er sich wie in keinen Krieg so in kein Bündnis ohne Wissen der Landschaft einlassen, — lauter Bedingungen, wie sie von dem wohllöblichen Rat einer kleinen Reichsstadt dem regierenden Bürgermeister gegenüber am Platze, wie sie aber für einen Fürsten in der Zeit des großen Krieges unheilvoll oder unerfüllbar waren.

Digitized by Google

Noch während der Dauer des Landtags zeigte es sich, wie ernst es dem Kaiser mit der Rücknahme der Klöster war; er wies Denkendorf, das als Kirche des heiligen Grabes in Deutschland keinen Oberen gehabt hatte, dem Bischof von Constanz zu, Lorch dem Abte von St. Blasien, Adelberg dem von Mönchsroth. Auch die Kommissare ergriffen wieder entschiedene Maßregeln. Im Januar 1630 verlangten sie, daß Lorch, Anhausen, Herbrechtingen, Denkendorf mit allen Zubehörden und Schriften ihnen innerhalb dreißig Tagen eingeräumt werden. Eine sechswöchige Frist wurde für Alpirsbach, Blaubeuren, Hirsau, Murrhard, Maulbronn, Bebenhausen, Königsbronn, Herrenalb, Pfullingen und zwei zwiefaltische Pfarreien gestellt; bei dieser Reihe gab man dem Herzoge anheim, Gegenbeweise innerhalb sechsunddreißig Tagen vor der Kommission auf dem Rathause in Überlingen vorzubringen. Zwei Tübinger Professoren waren verdächtig, mit den Feinden gemeinsame Sache zu machen; während der eine verhaftet wurde, entfloh der andere nach Wien und wirkte gegen den Herzog. Jetzt entschied auch das Speirer Kammergericht die Sache wegen St. Georgen zu Ungunsten von Württemberg. Vergeblich legte dieses Revision ein; vergeblich machte es für die andern Klöster alle denkbaren Gründe geltend; im August begannen unter dem Schutze zahlreicher im Lande liegender Truppen in rascher Folge die Exekutionen, die meist von dem kaiserlichen Generalkommissar von Ossa ausgeführt wurden. Vor Lorch erschien dieser mit einem Reitertrupp, drang in das Kloster ein und ließ die Bürgerschaft des Ortes huldigen; denn alle ehemaligen Klosterunterthanen sollten zur katholischen Religion zurückgebracht werden. Von Lorch ging es nach Adelberg; die Einwohner der dazu gehörigen Dörfer wurden ebendahin beschieden; deren Schultheißen und Schulmeister traten meist anstandslos über; statt der evangelischen Pfarrer setzte Ossa katholische ein, bis Württemberg jene wieder zurückführte und so abwechslungsweise längere Zeit hindurch. Denkendorf samt seinem Eßlinger Pfleghofe folgte sofort; dann St. Georgen, Anhausen und Herbrechtingen, Maulbronn, Hirsau, Bebenhausen, Alpirsbach, Blaubeuren, Murrhard; den Schluß machte Königsbronn. Von Frauenklöstern wurde nur Pfullingen weggenommen; als Äbtissin zog eine Gräfin von Zollern ein, kurz ehe die Jesuiten das Kloster für sich besetzen wollten. Überall legten die württembergischen Beamten Verwahrung ein, namentlich gegen die Huldigung der Unterthanen; aber Widerstand war unmöglich. Da außerdem Erzherzog Leopold die Herrschaft Blaubeuren als verwirktes Tiroler Lehen beanspruchte, schien die Zerstückelung des Herzogtums unvermeidlich zu sein.

Digitized by Google

Die Verpflegung der Wallensteinischen Soldaten verschlang riesige Summen. Ludwig Friedrich klagte und klagte beim Kaiser, da doch nirgends ein Feind zu bekämpfen sei; er unterzog sich wie Johann Friedrich einer persönlichen Bitte bei Wallenstein, den er in Heidenheim aufsuchte. Auch begrüßte er den im Mai in Ofterdingen eingetroffenen Grafen Piccolomini schriftlich und lud ihn nach Stuttgart ein. Die Soldaten blieben; höchstens wurden gesättigte Truppen durch hungrige ersetzt. Endlich (November 1630), nachdem selbst die Kurfürsten gegen die gewaltthätige Behandlung des Landes Bedenken erhoben hatten, gebot der Kaiser, daß die monatlichen Quartierlasten sich auf nicht mehr als 25000 Gulden belaufen sollen — früher waren sie auf 160000 gestiegen —. Aber jetzt weigerten sich die neuen Klosterinhaber, an den allgemeinen Lasten mitzutragen, was doch schon vor der Reformation Rechtens gewesen war. Doch Ludwig Friedrich befahl kurzerhand, die Einkünfte der störrischen Äbte mit Beschlag zu belegen; Oxa selbst erklärte sie wenigstens für mitverpflichtet zum Truppenunterhalt; allerdings wollte er ihre Beiträge unmittelbar in seine eigene Kasse einziehen. Die Mehrzahl der Prälaten bildete einen besonderen Verein und betrieb eifrig die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit.

Trotz alledem unterließ es Ludwig Friedrich nicht, das Jubiläum des Augsburger Bekenntnisses zu begehen. Schon 1629 hatte ihm die Landschaft den Rat gegeben, der Vergewaltigung gegenüber eine Protestation gleich der vor hundert Jahren zu veranlassen; jetzt schrieb er auf Anregung von Kursachsen hin jenes Jubiläum aus. Daß es unter den gegebenen Umständen mehr Schaden als Nutzen stiftete, ist selbstverständlich. An die Stelle vom Glaubensmut war Glaubenswut getreten, und die politische Lage der Evangelischen verbot, die Gegner noch zu reizen.

War es zu verwundern, wenn der gequälte Herzog-Administrator den Gedanken eines neuen Bündnisses der Evangelischen mit Freuden ergriff? Löffler verhandelte in seinem Namen in Leipzig. Er selbst wich den Bedrückungen des Landes, in dem er fast keine Macht mehr hatte, aus und begab sich nach Mömpelgard. Dort starb er bald darauf am 26. Januar 1631, ein beklagenswertes Opfer warmer Teilnahme an den Drangsalen seines Heimatlandes.

Die Vormundschaft gelangte an den jüngeren Oheim Eberhards III., Julius Friedrich von Württemberg-Weiltingen (1631—1633). Er ließ mit sich handeln, ehe er dieselbe übernahm; man mußte ihm versprechen, allen Schaden zu ersetzen, den er und seine Herrschaft Weiltingen infolge seines Entschlusses erleiden könnten. Dann aber griff er entschieden

Digitized by Google

zu, nahm allen Klosterunterthanen ohne Rücksicht auf die Einsprachen der Äbte die Huldigung ab, da sie seiner Landeshoheit nicht entzogen seien. An die Klöster selbst wagte er sich nicht, zog jedoch auch von ihnen die Landessteuern ein. Aber die wenigen geistlichen Anstalten, die noch dem Herzogtum einverleibt waren, wurden bald von den kaiserlichen Kommissaren gleichfalls abgefordert (März 1631), zu einer Zeit, da schon die Fortschritte des Königs Gustav Adolf von Schweden den evangelischen Ständen Mut machten, zu dem geplanten Bündnis zusammenzutreten. Die Nachrichten über die Mißhandlung Württembergs beschleunigten den Abschluß des Leipziger Bundes (12. April), der zwar noch einmal gütlichen Ausgleich versuchen, aber für den erwarteten Fall des Mißlingens Rüstungen treffen sollte. Die schwäbischen Mitglieder nebst der Reichsstadt Straßburg traten in Eßlingen zusammen, um die Bundesbeschlüsse bei sich durchzuführen: Herzog Julius Friedrich wurde zum Kreisdirektor ernannt, sein Landhofmeister Bleikart von Helmstatt wurde ihm als Oberst beigegeben; Baden, Öttingen, Straßburg und Ulm stellten die Kriegsräte. Württemberg verpflichtete sich außer der vertragsmäßigen Truppenzahl noch 2000 Mann aufzustellen. Auch hiefür verlangte der Herzog Beiträge von den Äbten; sie weigerten sich, teils weil sie nicht seine Unterthanen seien, teils weil jener sich in den Leipziger Bund ohne ihr Wissen eingelassen, so daß sie laut Tübinger Vertrag ihm nichts schuldig seien. Der Abschluß des Bundes wurde in Württemberg von den Kanzeln verkündigt; die katholischen Nachbarn fürchteten Überfälle.

Julius Friedrich nahm als sicher an, daß es zu allgemeiner Erhebung kommen werde. Obgleich in Wimpfen am Neckar Bayern lagen, besetzte er die für die Sicherung seiner Zuzüge wichtige Stadt. Doch diese blieben aus. Denn der Kaiser hatte ein Heer von 24000 Mann, das in Italien frei geworden und nach Ungarn bestimmt war, unter dem Grafen von Fürstenberg in den schwäbischen und fränkischen Kreis rücken lassen, um die Rüstungen für den Leipziger Bund zu verhindern. Julius Friedrich stand allein. Wohl zog er noch frohgemut aus, um mit seinen Haufen von Landvolk und mit seinen paar hundert Reitern der Reichsstadt Ulm Hilfe zu bringen. Fürstenberg trat ihm mit dem Verlangen entgegen, daß er aus dem Bunde trete und dem kaiserlichen Heere den Durchmarsch gestatte. Die Übermacht des Feindes veranlaßte den Herzog, sich bis Kirchheim u. T. zurückzuziehen. Doch was nun? Julius Friedrich erinnerte sich daran, daß der landschaftliche Ausschuß sich vor kurzem die Befugnis hatte erteilen lassen, auch über den Krieg mitzureden; er berief ihn schleunigst

Digitized by Google

zu sich und befragte ihn, ob er den Kampf aufnehmen oder dem Bunde entsagen solle. Der Ausschuß wollte die Verantwortung ebenso wenig auf sich nehmen und so begaben sich beide unentschieden mit dem Heere nach Tübingen, wo die Gegend zur Aufstellung günstiger schien. Die herzoglichen Räte stimmten für Nachgiebigkeit: der Kaiser habe erprobte Soldaten, die er, weil geworben, immer wieder ersetzen könne, während der Verlust des ungeübten württembergischen Landvolkes dem Lande schwere Wunden schlagen würde, — eine treffende Verurteilung des hergebrachten Milizwesens. Im Land verbreitete sich großer Schrecken; wer fliehen konnte, floh. Ulm mußte sich ergeben und dem Leipziger Bunde entsagen; das ganze Heer Fürstenbergs zog die Donau hinauf gegen Ehingen, Riedlingen und Zwiefalten. Dann ging es über die Alb. Die Ortschaften am Wege wurden ausgeplündert. Reutlingen wurde von 300 Württembergern unter Wiederhold geräumt und öffnete die Thore. Am 11. Juli wälzten sich die Kaiserlichen das Burgholz gegen Tübingen herab; die Württemberger, an Zahl kaum die Hälfte, stellten sich auf dem Wöhrd unter dem Schutze des Schlosses und der Stadt auf. Graf Fürstenberg forderte Unterwerfung und gewährte nur eine Stunde Bedenkzeit; um seinem Verlangen noch mehr Nachdruck zu geben, ließ er seine Truppen bis zur Brücke, die über die Steinlach führte, vorrücken. Herzog Julius Friedrich fügte sich. Er mußte dem Leipziger Bund entsagen, sein Landvolk nach Hause schicken und entwaffnen, die Söldner abdanken, dem feindlichen Heere bis auf kaiserliche Entscheidung Quartier geben. So endete der „Kirschenkrieg" des Herzogs Julius Friedrich, der kaum so lange gedauert hatte, als es reife Kirschen gab, ein Unternehmen, bei dem unüberlegtes Losgehen nur zu rasch durch Zaghaftigkeit abgelöst wurde.

Gleich nach dem Friedensschlusse zogen die Kaiserlichen weiter; das Hauptquartier kam nach Untertürkheim. Die betroffenen Orte mußten wehrlos alle Anmaßungen der Soldateska hinnehmen. Erst ein Geschenk der Landschaft an den Grafen von Fürstenberg und die Begnadigung desselben mit einem großen Jagdbezirk durch den Herzog ermöglichte einen neuen Vertrag (24. Juli), wonach nur 2200 Mann im Lande selbst blieben, für die übrigen monatlich 28000 Gulden bezahlt und außerdem der kaiserlichen Kriegskasse weitere monatliche 10000 beigetragen wurden. Die Zurückgebliebenen wurden in den Städten Schorndorf, Göppingen, Cannstatt, Marbach, Waiblingen, Winnenden, Backnang und Heidenheim verteilt; doch durften neben ihnen auch die Bürger die Wachen an den Stadtthoren beziehen.

Digitized by Google

Julius Friedrich war völlig entmutigt. Er hoffte wenigstens für sich noch eine Zulage vom Lande herauszuschlagen, und als ihm auch dies nicht gelang, kündigte er die Vormundschaft auf. Dringende Vorstellungen der Räte, die endliche Zusicherung höherer Einkünfte, sowie von Geldhilfe im Falle nötiger Flucht bestimmten ihn doch noch zum Ausharren; aber er wagte nicht mehr, den Asperg zu verlassen aus Furcht sowohl vor den fremden Bedrückern als dem in Verzweiflung geratenen Volke. Die erbitterten Unterthanen schlugen kaiserliche Soldaten tot, so daß die noch vorhandenen Waffen ihnen abgenommen und nach Schorndorf in Verwahrung geführt werden mußten. Vergebens suchte der Herzog durch Beschlagnahme von Klostereinkünften die Steuerlast des Volkes zu mindern; den nimmersatten Gästen mußten der Rest der Habe, die letzten Kostbarkeiten aufgeopfert werden. Ausgleichsverhandlungen zu Frankfurt waren zwecklos, da von katholischer Seite vom Restitutionsedikte nicht abgegangen wurde.

In diesen Jammer schlug die Kunde ein von dem Siege, den König Gustav Adolf bei Breitenfeld über Tilly erfocht (17. September). Bald näherten sich die schwedischen Befreier den Grenzen Württembergs. Kaiser Ferdinand II. warnte den Herzog-Vormund sich mit dem Feinde des Reiches einzulassen. Andererseits bot ihm der König ein Bündnis an. Julius Friedrich, obgleich einst persönlich gesonnen in seine Dienste zu treten, war unschlüssig; jedenfalls wollte er warten, bis Gustav Adolf selbst in die Nähe käme. Der landschaftliche Ausschuß war zum Bündnisse bereit (13. Dez.). Noch lagen im Lande und in der Nachbarschaft kaiserliche Besatzungen; zu ihrem Oberbefehlshaber wurde gerade jetzt der gefürchtete Gallas ernannt. Noch konnten 6000 Lothringer ungehemmt durch das Land ziehen und das Maulbronner Amt aussaugen. Man traf deshalb in Württemberg zunächst geheime Rüstungen, half dem großen Mangel an Offizieren ab — so wurde der tüchtige Haudegen vom Holtz zum Oberstlieutenant über ein Regiment Landvolk gewonnen. Um aber die Kaiserlichen auf unblutige Weise los zu bekommen, benützte man die günstige Lage zu Verhandlungen, die im Februar 1632 zur völligen Räumung des Landes führten. Mit den Soldaten gingen die Mönche weg. So war thatsächlich durch die Fortschritte der Schweden Württemberg befreit, ohne daß es mit ihnen verbündet war. Hatten sie doch durch die Einnahme von Mergentheim (25. Dezember 1631) und Heilbronn (2. Januar 1632) eine Stellung gewonnen, welche dem Feinde die Winterquartiere unheimlich machte. In den nächsten Monaten schon streiften die Schweden in Württemberg und Oberschwaben. Ohne Erfolg hatte sich Julius Friedrich bemüht, von ihnen

Digitized by Google

bedrohte Städte, wie Ellwangen, durch Anerbietung seines Schutzes vorwegzunehmen. Der Herzog war der Sorgen ledig und vergnügte sich; der landschaftliche Ausschuß aber ließ nicht nach, bis er in nähere Beziehungen zu Gustav Adolf trat. Löffler, der an denselben abgesandt wurde (Mai 1632), wußte sich dem Könige in so gutem Lichte zu zeigen, daß er ihn zum Vicekanzler für die deutschen Angelegenheiten ernannte; zugleich blieb er, nunmehr als Kanzler, in württembergischen Diensten. Daß das Land zu den Schweden übertrat, war Pflicht der Selbsterhaltung. Wohl war zu befürchten, daß es schlimmsten Falls auch in deren Niederlage verstrickt werde. Aber konnten die Folgen dann schlimmere sein, als sie von jeder sonstigen Stellungnahme waren? An Neutralität war nicht zu denken; dazu fehlte die Macht. Die Parteinahme für die Kaiserlichen, denen gegenüber ja zuletzt Frieden geherrscht hatte, bedeutete die Zerspitterung des Landes und die Aussaugung des Restes. Nur von den Feinden des amtlichen Reiches konnte überhaupt noch das Heil kommen. Daß die Dinge so schmählich lagen, war aber zum kleinsten Teil Schuld der mißhandelten Protestanten.

Herzog Julius Friedrich sollte 6000 Mann zu Pferd und zu Fuß stellen. Die Landschaft mußte allmählich nicht nur für solche geworbene Truppen, die auch außerhalb des Landes verwendet werden konnten, mit Geld aufkommen, sondern auch für die Landesauswahl, die eigentlich der Herzog zu verhalten hatte. Zum Zwecke der Auswahl zogen die Musterungskommissare in den Amtsstädten herum, wohin die waffenfähigen Männer befohlen wurden. Je nach Tauglichkeit wiesen sie die Leute der ersten oder der zweiten Auswahl zu; jeder Aufgebotene konnte einen Stellvertreter schicken. Wer Lust zur Reiterei hatte, durfte freiwillig Landreiter werden. Er trug als Fernwaffe die Pistole, während die ausgehobenen Dragoner Musketen führten. Wer ein Pferd besaß und nicht als Reiter diente, mußte es zur Verfügung für Geschütze und Wagen halten. Die Landreiter — meist sehr wenige in einem Amte — sollten auch von Zeit zu Zeit geübt werden; saßen sie aber weit von der Amtsstadt entfernt, so konnte es Jahre anstehen, bis sie einmal einen Tag dorthin einberufen wurden. Die Dragoner wurden nach der Aushebung bei der Fahne behalten. Weil aber die hauptsächlich mit den Pferden vertrauten Metzger auch noch den Postdienst zu versehen hatten, fehlte es sehr an brauchbarer Reiterei.

Wo sich noch Kaiserliche im Lande zeigten, wie im Juni bei Tuttlingen, wurden sie durch die Schweden hart mitgenommen. Aber die neuen Freunde selbst hielten schlechte Mannszucht und sahen sich nicht ver-

Digitized by Google

anlaßt, in ihren Quartieren irgend eine Entschädigung zu bezahlen. Und nicht nur die Truppen machten Anspruch auf Verköstigung; auch die Menge schwedischer Offiziere und Kuriere, welche durch das Land reisten, verlangte freie Verpflegung und Weiterbeförderung. Bald bemühte sich jeder Ort, die Schweden wie Landstreicher möglichst rasch weiter zu schieben.

Aber auch die Württemberger lernten nur zu schnell die geläufige Kriegführung. Auf der Alb plünderten sie alle Klosterflecken aus und rückten Beute suchend bis vor Riedlingen. Doch wie ihnen vor der Stadt ein kaiserlicher Oberst mit wenigen Reitern entgegentrat und ihnen die Frage vorhielt, ob sie bei dem Tübinger Vergleich vom vorigen Jahre bleiben wollten, kehrten sie ruhig um. Dagegen wurden das Kloster Zwiefalten (24. Mai 1632) und die Herrschaften Sigmaringen und Veringen besetzt (Juni).

Während König Gustav Adolf durch Wallenstein bei Nürnberg festgehalten wurde, versuchten die Kaiserlichen vom Elsaß her einen Handstreich auf Württemberg. Mit 2000 Mann zu Fuß und ebenso viel zu Pferd drohten sie dort ein Feuer anzumachen, daß „die Engel im Himmel die Füße anziehen müßten". Am 15. August 1632 erschienen sie vor Knittlingen, das durch eine einzige Kompagnie der Landmiliz besetzt war; mit Leichtigkeit wurde das Städtlein erstürmt und eingeäschert. Zwei Tage später nahte Herzog Julius Friedrich vom Kniebis her mit 5000 Mann zu Fuß, 1200 zu Pferd und zehn Geschützen; er machte dem Feinde die Knittlinger Steige, die in das Land führte, streitig. Gleichzeitig eilten Schweden von Mannheim her hinzu und so mußten die Kaiserlichen sich zurückziehen. In ganz Württemberg war große Aufregung entstanden; in dem Lande unter der Steige wurde Sturm geschlagen, die zweite Auswahl einberufen; Lauffen und Bietigheim wurden als Sammelpunkte bestimmt. Um das Landvolk zu ermutigen und den Feind abzuschrecken, wurde befohlen, einige Schüsse auf dem Asperg abzubrennen. Wieder fehlte es an Offizieren.

Anfangs September fiel Offenburg, bei dessen Belagerung Julius Friedrich den General Horn unterstützt hatte. Jetzt schien die Zeit zu kühnerem Wagen gekommen. Einige Tausend Mann wurden ausgeschickt, um mit den Verbündeten die vorderösterreichischen Gebiete zu brandschatzen. Die Herrschaft Hohenberg lag mit Ausnahme weniger Städte wehrlos da. Die zum Kaiser haltende Reichsstadt Rottweil wurde von Horn aufgefordert, sich unter seinen Schutz zu begeben; bald erschien ein württembergischer Gesandter mit dem gleichen Begehren. Dem Gesandten folgte ein Heer auf

Digitized by Google

dem Fuße nach. Etwa 6000 Württemberger, meist Landvolk, wenige Söldner, sammelten sich bei Tübingen, vereinigten sich mit einer vom Hegau her über Tuttlingen versprengten schwedischen Schar, zwangen das hohenbergische Städtchen Schömberg zur Unterwerfung (11. Oktober) und erschienen am folgenden Tage vor Rottweil. Die Bauernhaufen, welche von Dietingen her zur Hilfe in die Stadt eilten, wurden zersprengt. Doch boten einige Schüsse von den Mauern den Angreifern Halt. Der Rat der Stadt bedang sich aus, mit dem Herzog selbst darüber zu verhandeln, was unter dem angebotenen Schutze gemeint sei; einstweilen blieben die Thore geschlossen. Die Württemberger zogen weiter, belegten unterwegs die Äbtissin von Rottenmünster mit einer erklecklichen Kriegssteuer und machten mit Villingen denselben Versuch wie mit Rottweil (14. Oktober). Hier hatte auf herzoglichen Befehl der Verwalter des Klosters St. Georgen die Herausgabe des dortigen Klosterhofes erfolglos beansprucht. Auch die jetzige Aufforderung wurde abgelehnt; statt der versprochenen Gesandtschaft nach Stuttgart schickten die Villinger um Hilfe zur vorderösterreichischen Regierung nach Ensisheim. Auch die Bauern der Gegend rotteten sich zusammen und drohten ihrerseits mit Überfall der württembergischen Nachbarorte. Der Oberst Rau ließ daher vor Villingen nur Beobachtungstruppen, schloß eine große Zahl Bauern im fürstenbergischen Städtchen Hüfingen ein und richtete ein Blutbad unter ihnen an (15. Oktober). Die Württemberger drangen bis zum Bodensee; von ihrem Generalkommissar wurde weithin gebrandschatzt; überall wurde das Vieh fortgetrieben. Die Herrschaft Scheer mußte dem Herzoge Huldigung leisten.

Nachdem der Bodensee erreicht war, sollte **Villingen**, das inzwischen österreichische Besatzung aufgenommen hatte, gezüchtigt werden. 300 Musketiere samt dem Aufgebot der benachbarten Ämter besetzten das Kloster St. Georgen, um von hier aus die Stadt im Schach zu halten. Ein kecker Ausfall brachte denselben großen Schaden bei; als die Musketiere bald darauf abgelöst wurden, erlitten sie wieder eine böse Schlappe. Da Rottweil in starkem Verdacht stand, die Hände mit im Spiel gehabt zu haben, wurde jetzt diese Stadt belagert und nach wenigen Tagen eingenommen (27. Dezember). Im Januar 1633 begann die Beschießung Villingens; bei dem naßkalten Wetter liefen viele Soldaten davon, so daß sie bald wieder aufgegeben werden mußte. Nur die Umgebung blieb besetzt unter lebhafter Belästigung durch die Villinger, die das mehrmalige Nahen kaiserlicher Truppen zu größeren Streifzügen benützten, Schwenningen verbrannten und St. Georgen selbst ausplünderten.

Digitized by Google

In denselben Tagen traf das württembergische Landvolk auf dem östlichen Kriegsschauplatz ein herber Verlust. Der Herzog hatte sich vergebens bemüht, für die von König Gustav Adolf nach Kempten, Memmingen und Augsburg gelegten Kompagnien desselben die Erlaubnis zur Rückkehr zu erwirken. Von derjenigen zu Augsburg lief, als der König bei Lützen den Tod fand, der größte Teil ohne Erlaubnis nach Hause. Die übrigen fielen bei der Eroberung ihrer Waffenplätze (Januar 1633) in die Hände der Bayern und wurden zu München in enger Haft mißhandelt; nach mehr als einem Jahr durften zwei Leute auf Ehrenwort nach Hause, um das Lösegeld zu holen, das durch Aufruf von den Kanzeln zusammengebettelt werden mußte.

Glücklicher waren die Württemberger in der Herrschaft Hohenberg. Der Herzog verlangte von der dortigen Regierung, sie solle die östreichische Besatzung von Rottenburg wegschicken. Ein starkes Aufgebot württembergischen Landvolkes vereinigte sich mit einer von Pfullingen aus streifenden Schar Schweden, die sich eben vergeblich an Rottenburg versucht, und bezwang die Stadt nach kurzer Beschießung. Die Verwaltung der Herrschaft übernahm ein württembergischer Statthalter; für die schwedische Kriegskasse wurden monatliche Beiträge, namentlich von der Geistlichkeit, eingetrieben. Das hieß freilich Östreich gründlich herausfordern.

Nicht mit Unrecht wurde dem Herzog-Administrator vorgeworfen, daß er die Hilfe Schwedens mehr zu persönlichem Vorteil benütze als zu dem des Landes. Schon im Sommer 1632 drang deshalb die Herzogin Mutter darauf, daß Eberhard III. die Regierung übernehmen solle. Noch sträubten sich die Oberräte, welche für besser hielten, daß für den Fall eines Unglücks die Verantwortlichkeit den Vormund, nicht den Mündel selbst treffe. Bei dem zunehmenden Geldmangel nahmen sogar sie es schwer, den Hofhalt des Administrators zu bestreiten, wenn sie ihn auch gerne in der Ehrenstellung des Mitvormunds gelassen hätten. Um so emsiger benützte Julius Friedrich die ihm noch übrige Zeit. Die im Herzogtum liegenden Klöster und geistlichen Güter, welche während seiner Regierung nach Kriegsrecht eingezogen worden — so Probstei Nellingen, Kloster Zwiefalten, Deutschordenskommende Winnenden — ließ er sich von Schweden übertragen, ferner die Grafschaft Sigmaringen, die Hälfte der Baar, sowie die Herrschaft Hohenberg (28. Oktober 1632), die Baar mußte er übrigens wieder an Fürstenberg herausgeben. Da Gustav Adolf vor Ausfertigung der Schenkungsurkunde starb, vollzog sie Oxenstierna (20. Januar 1633). In Rottenburg weigerten sich die Stiftsherren zu

Digitized by Google

St. Moriz, dem Herzoge zu huldigen und wurden abgesetzt; das Stift bekam einen lutherischen Verwalter. Den katholischen Geistlichen der Herrschaft blieb ihre Amtsthätigkeit freigestellt, aber der Herzog kümmerte sich nicht um ihre Besoldung. Am Ende des Jahres 1632 versprach Julius Friedrich, die Regierung und die Vormundschaft in Bälde niederzulegen. Der Tod Gustav Adolfs und die dadurch nötig gewordene Neuregelung der Bundesangelegenheiten, die erst der Heilbronner Konvent brachte (März 1633), verzögerten den Rücktritt. Doch führte die Abfassung der Weisungen für die württembergischen Gesandten zu eben diesem Konvent die Dinge zum Bruche: der Administrator verfolgte, sehr im Widerstreit mit dem Vorteil seines Mündels Eberhard, seine Absicht, aus vorderösterreichischen Gebieten sich in unmittelbarer Nachbarschaft Württembergs ein eigenes Fürstentum zu schaffen. Er wollte daher die Gesandten beauftragen, die neuerworbenen geistlichen Güter für ihn zu sichern. Um dies zu verhindern, bewogen die Räte Eberhard, selbst entgegengesetzte Weisungen zu erlassen. Es gelang, für das Herzogtum wenigstens jene geistlichen Güter und die Grafschaft Hohenberg dem Administrator abzunehmen. Dafür bekam er die Herrschaft Haigerloch, die Landgrafschaft Nellenburg, das Amt Oberndorf. Am 19. April wurde in Heilbronn das Bündnis zwischen Schweden und Frankreich erneuert, am 23. dasjenige zwischen Schweden und den vier oberen Kreisen geschlossen, das erste, in das Württemberg förmlich mit Schweden trat. Zweck war die Erhaltung des Protestantismus auf Grund der früheren Reichsverfassung und gebührende Entschädigung für Schweden, das zur Erreichung dieses Ziels schon so viele Opfer gebracht. Als Bundesbehörde wurde ein oberster Kriegsrat mit dem Sitz in Frankfurt eingerichtet.

Digitized by Google

X. Abschnitt.

Herzog Eberhard III. bis zur Beendigung des dreißigjährigen Kriegs.

1633—1648.

Jetzt übernahm Herzog Eberhard III. (1633—1674) ganz die Regierung. Der Landtag kam ihm durch Übernahme weiterer 400 000 Gulden entgegen. Auch er suchte die günstige Lage zur Vergrößerung seines Landes zu benützen. Die Klagen der unterdrückten Evangelischen in Weilderstadt gaben ihm Anlaß, die Stadt in ein Schutzverhältnis zu Württemberg zu bringen, das sich freilich nach dem Wechsel des Kriegsglücks wieder löste. Der unverteidigte Hohenrechberg wurde besetzt; Villingen, der „Dorn im Fuße", welcher die Ausbreitung des württembergischen Einflusses in Vorderösterreich lähmte, sollte endlich bewältigt werden. Der Herzog leitete persönlich die Belagerung der Stadt. Zahlreiches Landvolk lag vor derselben; die Auswahl von Stuttgart und einigen andern Ämtern befehligte Conrad Wiederhold. Die Belagerten wehrten sich tapfer und machten häufige Ausfälle. Ein Sturm wurde abgeschlagen; im September zog Herzog Eberhard vor, mit dem größten Teil seiner Truppen sich nach Constanz zum Feldmarschall Horn zu wenden. Auch hier blieben die Feinde im Vorteil. Das württembergische Landvolk lief haufenweise davon, so daß der Herzog mit den strengsten Strafen drohen mußte, wie er schon vorher für die Feiglinge eine besondere Auszeichnung an den Kleidern angeordnet hatte. Die Umschließung Villingens, welche dem tüchtigen Oberst von Degenfeld übertragen worden war, mußte aufgehoben werden (5. Oktober); die dortige Besatzung plünderte ungestraft in Württemberg. Der einzige Erfolg dieses Sommers war die Eroberung der Burg Schramberg.

Digitized by Google

Auch der Hohenzollern war von den Württembergern umschlossen worden (Juli 1633), weil die Besatzung ihren Unterhalt aus den benachbarten Dörfern des Herzogtums holte. Fünfhundert Bauern und hundert berittene Metzger unter dem Obersten Faber schnitten ihr die Lebensmittel ab; zur Belagerung selbst wurden noch 2000 Württemberger samt den Reutlinger und Eßlinger Hilfstruppen beigezogen. Graf Karl von Zollern, der sich vor dem Zorne der Schweden dorthin geflüchtet hatte, schlich sich hinaus, um Entsatz zu suchen. Niemand nahm sich seiner an und so ergab sich die Feste nach monatelangem tapferem Ausharren (April 1634). Die Herrschaft Hechingen hatte schon vorher dem Herzoge huldigen müssen.

Im Herbst 1633 begann wieder der Kampf um die Winterquartiere in Württemberg. Schon standen in der Nähe von Tuttlingen dem kaiserlichen und bayerischen Heere 30 000 Schweden unter Bernhard von Weimar und Horn gegenüber. Kein Teil wagte eine Schlacht; die Feinde zogen sich dem Rhein zu, Horn ihnen nach, während Bernhard sich gegen Ulm wandte, um Wallenstein aufzusuchen. Freund und Feind drückte das Land ohne Mitleiden. Bald genug kamen die Feinde — 12000 Mann unter Aldringen und Feria — aus dem Elsaß zurück; gleichzeitig machten sie vom Bodensee her Streifzüge. Alles geriet in Furcht und Schrecken; niemand war mehr zu bewegen, auch nur ein paar Stunden weit zu gehen, um Kundschaft vom Feinde einzuziehen; einzelne Städte baten dringend um Wegnahme der sie schützenden Besatzung, da durch diese nur der Feind auf sie aufmerksam gemacht werde. Degenfeld warf neue Truppen nach Rottweil und wies kaiserliche Reiter vor Tuttlingen ab. Schon eilten in den nahen vorderösterreichischen Städten die Bauern den kaiserlichen Werbern zu, um in Württemberg sichere Beute zu machen. Der Herzog rief alle Mannschaft im Lande bei Verlust Leibes und Lebens zur Landesrettung auf. Nach Hechingen wurde Unterstützung geschickt, um die Belagerung des Hohenzollern zu sichern; Blaubeuren wurde stark besetzt, Ehingen nach Niederreißung der Thore, Schutzgitter und eines Teils der Mauern geräumt. Tübingen war ein Hauptsammelplatz. Der Umsicht Degenfelds gelang es, die Feinde im Schach zu halten, bis Horn zur Hilfe herbeieilte (Anfang Dezember). Als er sich zum Entscheidungskampf anschickte, fand er die Stellungen des Gegners geräumt. Dieser zog das Donauthal hinunter; Degenfeld folgte mit drei Brigaden Landvolk, zwei Kompagnien französischer Dragoner und zwei Kompagnien seines Regiments nach Blaubeuren. Bald konnte das Landvolk, wonach es sich so lange schon sehnte, entlassen werden, nachdem es zum Teil ein halbes Jahr von

Digitized by Google

Hause weg gewesen war; die Landreiter hatten bis auf wenige sich schon vorher selbst Urlaub genommen. Horn verließ mit seinen Truppen gleichfalls das Land und bezog die Winterquartiere in Oberschwaben; nur sein Leibregiment hielt Rottenburg besetzt.

So war diese Gefahr glücklich beseitigt und der Tod Wallensteins (25. Februar 1634) befreite den Herzog von dem immer noch gefürchteten Anwärter auf das Land. Friedensverhandlungen, die in Frankfurt eröffnet wurden, ließen das Volk etwas aufatmen. Herzog Eberhard holte denn auch Bernhard von Weimar, der im April durch Württemberg reiste, feierlich ein und veranstaltete in Stuttgart Feste. Dem Gang der Dinge sah er mit großer Gemütsruhe entgegen, so daß sein Kanzler Löffler, der sich fortwährend über die Regierungsgeschäfte nach Frankfurt berichten ließ, sehr über Saumseligkeit und Gleichgiltigkeit klagte. Unter den Vorschlägen, welche Württemberg in Frankfurt machte, war auch der, vom Kurfürsten von Bayern eine ansehnliche Kriegsentschädigung zu verlangen; da das betreffende Gutachten später in bayerische Hände fiel, kam es den Herzog gar teuer zu stehen.

Während hier getagt wurde, erneuerten sich die Kämpfe. Horn nahm Biberach ein (25. März) und belegte es mit württembergischem Landvolk; Buchhorn wurde Kriegshafen für die neugeschaffene Bodenseeflotte. Andere Abteilungen der Württemberger unterstützten Horn bei der vergeblichen Belagerung Überlingens. Dagegen überließ der Feldmarschall ein schwedisches Reiterregiment zur Wiederaufnahme der Belagerung Villingens, die jetzt dem Oberst vom Holtz übertragen wurde. Bei der völligen Verwilderung des württembergischen Heeres, dessen Reiter sogar ihre Kameraden ausplünderten und statt des Dienstes spazieren oder nach Hause ritten, sowie bei der fortgesetzten Schwächung desselben durch Abkommandierungen gelang es dem tüchtigen vom Holtz so wenig wie seinen Vorgängern, die Mauern zu bezwingen. Er versuchte es mit Überschwemmung der Stadt; aber ehe der dazu aufgeworfene Damm vollendet war, machte die Meldung von dem Unglücke bei Nördlingen der Belagerung ein jähes Ende. Oberst vom Holtz wandte sich in geordnetem Rückzuge nach Straßburg.

Inzwischen war der schwedische General Rheingraf Otto Ludwig in Frankfurt beauftragt worden, den Schutz des schwäbischen Kreises zu übernehmen; die Kreisstände selbst hatten zu Eßlingen sich über dessen Unterstützung geeinigt. Bald genug sollte der Schutz notwendig werden. König Ferdinand von Ungarn, der Sohn des Kaisers, sammelte kaiserliche, bayrische

Digitized by Google

und spanische Truppen und näherte sich den Grenzen. Die Schweden zogen sich aus der Gegend von Augsburg gegen Württemberg zurück; Bernhard von Weimar, von Horn getrennt, nahm die Richtung nach Schorndorf. Hier wollte er den Rheingrafen erwarten, der aber nur langsam vom Oberrhein herbeikam. Ziel König Ferdinands war das schwedisch gesinnte Nördlingen; seine Scharen streiften und brannten im Heidenheimer Amt und kamen Bernhard durch die Besetzung von Gmünd zuvor. Dieser verband sich bei Aalen wieder mit Horn; das Brenzthal wurde vom Feinde gesäubert und derselbe aus Gmünd vertrieben. Trotz ihrer Schwäche wagten die Schweden bis Bopfingen vorzurücken, um Nördlingen zu entsetzen; bei ihnen befanden sich etwa 6000 aufgebotene Württemberger, großenteils mit Spießen bewaffnete Bauern, unter dem Obersten Philipp von Liebenstein. Weitere Zuzüge bestimmten Herzog Bernhard, obgleich auch jetzt kaum 20 000 Mann gegen etwa 35 000 standen, die Stellung des Feindes anzugreifen. Die Württemberger kämpften unter den Truppen Horns auf dem rechten Flügel; sie stürmten mit ihm gegen den die ganze Gegend beherrschenden, mit Schanzen befestigten Berg Allbuch im Süden von Nördlingen. Nach erbittertem Kampfe erlagen die Schweden, Horn selbst fiel in die Hände der Bayern; das Heer wurde fast aufgerieben (6. September). Die guten württembergischen Bauern lagen gliederweise da in ihren weißen Zwilchkitteln und mit ihren Ränzlein auf dem Rücken. Am folgenden Tage fiel Neresheim, in dem 1000 Württemberger das reiche Gepäck Herzog Bernhards bewachten.

Während der Schlacht war der Rheingraf kaum drei Tagemärsche von Nördlingen bei Donzdorf angelangt. Zu Göppingen hatte sich Herzog Eberhard bei jenem eingefunden, obgleich die Räte ihm wieder dringend zusprachen, die Regierungsgeschäfte zu besorgen, statt durch persönliche Teilnahme am Kriege sich beim Kaiser verhaßt zu machen. Von Göppingen aus ging der Befehl ins Land, sobald drei Schüsse auf den Festungen fallen, Sturm zu schlagen, sich in den Amtsstädten zu versammeln und Vaterland und Religion zu retten. Am Tage nach der Schlacht bei Nördlingen ertönten dumpf die drei Schüsse vom Asperg; kein Mensch aber dachte an Widerstand. Denn mit Windeseile durchflog die Nachricht von dem großen Unglück das Land und die Einwohner mischten sich mit den gehetzten Scharen der Besiegten, die in völliger Auflösung den Weg über Neresheim, Aalen und Heidenheim in das Filsthal nahmen. Die Feinde folgten im ersten Ansturm bis Göppingen. Des Rheingrafen 5000 Mann waren unversehrt geblieben; er gedachte zuerst mit Eberhard sich nach

Digitized by Google

Tübingen zu wenden, um im Notfalle über den Schwarzwald den Rhein zu erreichen. Als er aber von Herzog Bernhard eingeholt wurde, suchte er die Flüchtigen zu sammeln und bei Cannstatt den Verfolgern Halt zu gebieten. Doch bald fühlte er sich zu schwach und setzte mit jenem den Rückzug das Neckarthal hinunter fort. Er selbst bog nach Ettlingen ab, um Straßburg zu gewinnen, was ihm gerade noch gelang. Bernhard vereinigte bei Heilbronn etwa 6000 Mann und führte sie nach Frankfurt. Die Unionsräte befahlen, die im Lande zerstreuten Schweden mit Güte oder Gewalt nach Maulbronn und Ladenburg zu weisen und das württembergische Landvolk in Horrheim und Vaihingen zu sammeln. Niemand gehorchte mehr; den zuchtlosen Schweden wurden die Thore verschlossen.

Herzog Eberhard berichtete schon am Abend der Schlacht die Niederlage hoffnungslos nach Stuttgart. Wie die Schweden Anstalt machten, noch einen letzten Widerstand zu versuchen, floh er nach Straßburg. Bernhard von Weimar suchte ihn zurückzurufen: das Land zeige viel Entschlossenheit, die er durch seine Gegenwart noch steigern könne. Auch der Kanzler Löffler riet ihm, sich auf ein Bergschloß zu begeben und von hier aus mit dem Kaiser zu unterhandeln. Eberhard blieb taub und überließ das Land ratlos den Feinden. Kaum daß er noch Bernhard den Schutz desselben übertrug. Diesem blieb nichts mehr übrig, als in die Festungen Hellenstein, Asperg, Schorndorf, Urach, Neuffen und Tübingen tüchtige Offiziere mit einiger Mannschaft zu schicken; auf Hohentwiel hatte noch Eberhard selbst Conrad Wiederhold von Villingen weg abgeordnet mit 100 geworbenen Musketieren und der Weisung, das Schloß nie ohne seinen eigenhändigen Befehl abzutreten. Es war ein folgenschwerer Fehler des Herzogs, daß er Württemberg ganz im Stich ließ. Wenn er den Kampf aufgab, mußte er Verhandlungen mit dem Sieger einleiten, um wenigstens einigermaßen einen Rechtszustand herbeizuführen. So überließ er jenem alles zu freier Verfügung und fand nicht leicht Mittel und Wege, da wieder Fuß zu fassen, woraus er selbst sich völlig zurückgezogen. Der abgesetzte Administrator Julius Friedrich suchte sein Heil in französischen Diensten. Während er dazu ein Regiment warb, raffte ihn der Tod weg (5. Mai 1635).

Die herzoglichen Räte thaten von sich aus, was der Augenblick erforderte. Sie warnten vor gefälschten Befehlen des Herzogs Bernhard, da die ganze schwedische Kanzlei in die Hände des Feindes gefallen sei; sie forderten auf, die ummauerten Städte zu verteidigen. Denn besser sei es, für das liebe Vaterland zu fechten, als sich schändlich zu ergeben. Auch der landschaftliche Ausschuß kehrte nach kurzer Unentschlossenheit auf seinen

Digitized by Google

Posten zurück. Aber schon nahte der neue Landesherr, König Ferdinand. Ihm voraus verbreiteten die Kroaten Furcht und Schrecken; in Nürtingen schleiften sie die greise Herzogin Ursula, die Witwe Ludwigs, an den Haaren über Leichen, bis dieselbe durch einen mitleidigen Obersten befreit wurde. Die württembergischen Städte schickten dem Könige Gesandte entgegen und baten um Gnade. In Stuttgart zogen Vogt, Bürgermeister und Gericht zum Thor hinaus und fielen vor ihm auf die Kniee. Schon am 20. September traf er hier zu kurzem Aufenthalt ein, ernannte Statthalter und Regimentsräte und ließ das Land als erobertes verwalten. Seine Regierung legte schwere Abgaben auf das Land und gab dem Drängen des Bischofs von Constanz auf Gegenreformation wenigstens soweit nach, daß sie an Stelle der beiden Hofprediger einige Jahre lang Jesuiten in das Konsistorium setzte und daß sie diesen sofort die Stuttgarter Stiftskirche überließ. Glücklich die Städte, die in den Schutz des Königs selbst kamen. Was von dessen Wege ablag, wurde von den das Land durchstreifenden Horden zu Grunde gerichtet. Waiblingen wurde geplündert und niedergebrannt und blieb fast fünf Jahre lang ein Trümmerhaufen; von 2350 Männern kamen 145 davon; ein Teil derselben wurde als Geiseln nach den Niederlanden geschleppt und dort, um sie los zu werden, hingemordet. Die Calwer hatten vor Jahren im Übermut ein Papstbild verbrannt; Grund genug, daß der bayrische Reitergeneral Johann von Werth ihren mit teurem Geld erkauften Schutzbrief mißachtete, die Einwohner in die Stadt einschließen und diese anzünden ließ. Nur wenige entkamen, unter ihnen Johann Valentin Andreä, dessen bewunderungswürdiger Thatkraft und Nächstenliebe vor allem die Stadt es verdankte, daß sie sich wieder aus dem Schutte erhob; wie er es denn auch war, der mit heiligem Ernste und herzenswarmer Frömmigkeit der sittlichen Verderbnis der Zeit am kühnsten entgegentrat. Durch die gräßlichsten Martern, die gemeinsten Ausschweifungen wurden die wehrlosen Bewohner des Landes gequält; Vorräte und Feldfrüchte wurden geraubt und verwüstet, so daß bald auch noch Hunger und Pest wüteten; es kam vor, daß Mütter ihre entkräfteten Kinder vollends töteten und als Speise zubereiteten. Und wie vorher die Schweden in der Vergewaltigung keinen Unterschied zwischen Freund und Feind machten, so empfanden jetzt auch die durch die Kaiserlichen befreiten Gegenden kaum eine Änderung; in der Herrschaft Hohenberg nahmen diese alles mit, was jene noch übrig gelassen.

Die württembergischen Festungen hielten nur kurze Zeit Stand. Hellenstein wurde schon am 13. September von den Spaniern genommen;

Digitized by Google

bald fiel das Schloß Tübingen, das nur 70 Bürger unter Hans Georg von Tübingen besetzt gehalten hatten; doch erhielten sie das Versprechen, daß Herzog Eberhard seine Rechte vorbehalten bleiben sollten. Im November wurde die Stadt Urach erstürmt; einen Monat später mußte der Schwede Taupadel, der sogar die Brandschatzungen der kaiserlichen Regierung gestört hatte, die Festung Schorndorf, wenn auch unter günstigen Bedingungen, übergeben. Im Sommer 1635 wurde Hohenurach ausgehungert, Hohenasperg, wohin die fürstlichen Kleinodien und ein Teil des Archivs geflüchtet worden waren, bezwungen. Gegen Ende des Jahres waren außer dem Felsenneste Hohentwiel nur noch Hohenneuffen und der seinen Besitzern abgenommene Hohenzollern in den Händen der Württemberger. Der Neuffen wurde durch Meuterei unhaltbar. Der Befehlshaber auf Hohenzollern, dem Conrad Wiederhold von Twiel aus schon einmal Luft gemacht hatte, ließ sich durch eine Kriegslist täuschen: die belagernden Bayern schickten ihm einen gefälschten Brief Herzog Eberhards, der die Übergabe verlangte, und erlaubten ihm nicht, sich durch einen Boten nach der Ächtheit zu erkundigen[1]).

Währenddem saß Eberhard zu Straßburg und hatte sein Vergnügen an der Unterhaltung mit edlen Damen und dem Besuch von Schießhäusern und Kegelplätzen. Wäre seine große Hofhaltung nicht so kostspielig gewesen, so hätte er von der Not der Zeiten gar wenig verspürt. Zweierlei Wege öffneten sich ihm zur Wiedergewinnung seines Landes; die Hilfe Frankreichs, dessen Einfluß durch das enge Bündnis mit dem geschwächten Schweden (1. November 1634) in Oberdeutschland das Übergewicht erhielt, und die Friedensverhandlungen, welche der Kurfürst von Sachsen mit dem Kaiser einleitete. Aber die Wahl des Weges war schwierig; denn es war kaum abzusehen, welcher von beiden am sichersten zum Ziele führe. Der Kanzler Löffler, der in schwedischem Auftrage neben dem Staatsrechtslehrer Hugo Grotius die Verhandlungen mit Frankreich führte, neigte zu dieser Macht und gewann auch den Herzog. Konnte er ihm doch die Aufstellung eines besonderen französischen Heeres zur Wiedereroberung Württembergs in Aussicht stellen. Da ferner Philippsburg den Franzosen unter der Bedingung eingeräumt werden sollte, daß ein deutscher Fürst dort befehlige, setzte Löffler die Ernennung Eberhards zum Gouverneur der Festung in französischem Solde durch. Doch übertrug der Herzog das Amt einem Stellvertreter und blieb so bei dem baldigen Fall Philippsburgs vor dem Schicksal bewahrt, gleich einigen Hunderten der ihm noch gebliebenen Württemberger

[1]) Trotz neuerer Ableugnung steht die Thatsache dieses Betrugs fest.

Digitized by Google

in die Hände der Kaiserlichen zu geraten. Wohl schickte Frankreich das versprochene „württembergische Heer“ unter dem Herzog von Rohan ab; ein allgemeiner Aufstand des Landes war bei seinem Nahen in Aussicht zu nehmen. Nachdem aber Eberhard selbst die Führung des Heeres abgelehnt, blieb es unthätig in der Ferne stehen. Auch die schwedische Hilfe versagte. Löffler, der nach Oxenstiernas Auffassung den Franzosen zu viele Einräumungen gemacht hatte, fiel bei diesem in Ungnade; und weil Bernhard von Weimar sich über die Frage der Heerführung mit dem schwedischen Reichskanzler überwarf, so war ein entscheidendes Eingreifen zu Gunsten Württembergs ausgeschlossen. Nur Taupatel machte im Frühjahr 1635 mit vier Regimentern einen schwachen Versuch, die Grenzen Württembergs zu überschreiten. Dadurch ermutigt streiften die Ulmer in den Thälern der Brenz und der Rems und statteten sogar dem Kloster Lorch einen Besuch ab. Für das Land bedeuteten diese Hilfeleistungen nur neue Verluste.

Von dem Inhalte der eingeleiteten Friedensverhandlungen hatte Herzog Eberhard bald Kenntnis bekommen. Er hatte denselben den Prälaten und der Landschaft mitgeteilt und sie befragt, ob er beitreten solle oder nicht. Auch sie wollten beiderlei Gelegenheit sich zu Nutzen machen und rieten zum Frieden, einstweilen aber, bis dieser zu Stande käme, zum Anschluß an Frankreich. Eberhard selbst wandte sich an Kursachsen zur Vermittlung und fand hier Entgegenkommen. Er wußte wohl, daß ein solcher Schritt bei den Schweden und Franzosen, seinen bisherigen Verbündeten, ihn verdächtig machen mußte; aber er glaubte zu gerne den Versicherungen, daß er für den Abfall von jenen mit der Rückgabe des ganzen Herzogtums belohnt werden solle. Er täuschte sich bitter; denn der Kaiser verzieh ihm seine bisherige Stellungnahme um so weniger, als Württemberg für Österreich wie Bayern zur Abrundung der Grenzen so passend gelegen war. Eberhard wurde samt dem Markgrafen Friedrich von Baden und anderen oberländischen Herren vom Prager Frieden (30. Mai 1635) ausgeschlossen. Wenn er sich unterwerfe, sollte er einige Ämter zur Beschaffung des Lebensunterhaltes angewiesen bekommen. Das Übrige wurde kaiserlicher Entscheidung vorbehalten; doch sollte das Land nach dem Stande vom 12. November 1627 dem Augsburger Bekenntnis verbleiben. Die Anhänger Schwedens jubelten über diesen Ausgang, der Württemberg demselben wieder ganz in die Arme zu treiben schien. Der Fortschritt, den die kaiserlichen und bayrischen Waffen sogar auf dem linken Rheinufer machten, der Zwiespalt unter den Schweden, der Bernhard von Weimar in französische

Digitized by Google

Dienste trieb, brachten Eberhard trotzdem dazu, sein Heil überwiegend vom Kaiser zu erwarten.

Die württembergischen Gesandten, welche bei König Ferdinand und seinem Vater, dem Kaiser, für Eberhard wirken sollten, fanden zunächst kaum Gehör. Es war beschlossen, für die Kriegskostenentschädigung, welche Kurfürst Maximilian von Bayern vom Kaiser forderte, ihm ein Stück Württembergs zuzuweisen; schon in den ersten Tagen des Jahres 1635 mußte daher die Herrschaft Heidenheim jenem den Eid der Treue schwören. Auch hervorragende kaiserliche Räte ließen sich ihre Dienste durch Schenkungen in dem eroberten Lande belohnen: Graf Trautmannsdorf erhielt die Ämter Weinsberg und Neuenstadt, Graf Schlick Balingen, Tuttlingen, Ebingen und Rosenfeld; dem Bischof von Wien gefiel es, Möckmühl sich anweisen zu lassen. Das Amt Oberkirch, welches vom Bistum Straßburg für eine größere Schuld an Württemberg verpfändet war, sollte ohne Entgelt zurückgestellt werden. Die in die Klöster zurückgekehrten Äbte behaupteten großenteils ihre Reichsunmittelbarkeit. Unterstützt wurden sie dabei von dem Tübinger Kanzler Besold, der nach der Nördlinger Schlacht seinen Übertritt zur katholischen Kirche bekannt machte, aber durch seine Bemühungen sich wenig Dank von Östreich verdiente; denn auch dessen Vorteil entsprach nicht die Lostrennung der Klöster vom Lande. Am gierigsten stürzte sich die Erzherzogin Claudia von Östreich, Witwe Leopolds, auf die Beute: zuerst machte sie die Entdeckung, daß die seit beinahe 300 Jahren württembergischen Herrschaften Achalm und Hohenstaufen Pfandschaften der Tiroler Linie des Erzhauses seien, die um billigen Preis zurückgelöst werden könnten, und zog in dieselben zahlreiche Ortschaften ein, die niemals zu jenen gehört hatten; dann erklärte sie die böhmischen Lehen, vor allem Blaubeuren, die seit Herzog Friedrich I. umstritten waren, für verwirkt. Als der Kaiser sich endlich in Verhandlungen mit Eberhard einließ, war von dessen Herzogtum die größere Hälfte weggegeben und auch aus dem übrigen Teile hatten die derzeitigen Besitzer genommen, was ihnen paßte: die fürstlichen Schlösser wurden ausgeräumt, Archive und Bibliotheken geplündert, von Tübingen ließ der Kurfürst von Bayern zur Ergänzung seiner von den Schweden geraubten Bibliothek die wichtigen, von Herzog Christoph und seinen Nachfolgern gesammelten Handschriften nach München schaffen.

Die Begutachtung der Klagen Herzog Eberhards wurde dem Reichshofrat übertragen. Trotz dessen günstigem Urteil mußte er sich zu Angeboten entschließen. Östreich erwiderte mit Forderungen, die außer der

Digitized by Google

Anerkennung des Besitzes sowohl der Äbte, als der vom Kaiser beschenkten Räte und der Erzherzogin Claudia auch noch die Bezahlung einer bedeutenden Kriegskostenentschädigung, die bleibende Abtretung der Festungen Hohentwiel und Asperg und die Wiederannahme der durch Herzog Friedrich glücklich abgeschüttelten Afterlehenschaft enthielten. Außerdem sollte Eberhard seine vertrautesten Räte entlassen, dagegen Männer wie Besold zu Gnaden annehmen. Damit war der Entschluß Östreichs, Württemberg bis auf Weiteres für sich zu behalten, deutlich genug ausgesprochen.

Immerhin konnte der Herzog annehmen, daß mit solch harten Bedingungen nicht das letzte Wort gesprochen sei und namentlich, daß König Ferdinand mildere Gesinnungen hege als die östreichischen Staatsmänner. Er wartete deshalb dem Könige, wie dieser nach Offenburg kam, von Straßburg aus auf und erhielt von ihm wenigstens das Versprechen, daß er alles vom Herzogtum Losgetrennte mit Geld wieder einlösen dürfe. Der Kaiser selbst ließ sich durch die Verwendung von Kursachsen und Brandenburg für den Herzog günstiger stimmen. Ein billiger Vergleich schien dem Abschlusse nahe; aber das Fehlen von Vollmachten für die württembergischen Gesandten verschaffte den Äbten Zeit, den Kaiser durch seinen Beichtvater umzustimmen. Auf dem Kurfürstentage zu Regensburg wurden im Spätsommer 1636 die Verhandlungen fortgesetzt. Kursachsen wollte sich überhaupt an dem Tage nicht beteiligen, wenn nicht allen denjenigen völlige Verzeihung gewährt werde, welche sich dem Kaiser unterwerfen; ja es ahmte die Rolle nach, die Kurfürst Johann Friedrich bei der Wiedereinsetzung Ulrichs übernommen, indem es die Zustimmung zur Wahl König Ferdinands von Ungarn als römischen Königs vom Nachgeben des Kaisers abhängig machte. Aber die Mehrzahl der Kurfürsten entschied gegen den Herzog, da er sich mit Gutheißen seiner Landschaft in einen offenen Krieg mit dem Kaiser eingelassen habe. Eberhard, dessen Einkünfte nachgerade gänzlich gesperrt waren, wollte um Einräumung wenigstens der in Aussicht gestellten wenigen Ämter bitten; Sachsen hielt ihn zurück, da er dadurch seinen Standpunkt grundsätzlich gefährde.

In den Tagen, da Ferdinand III. — auch von Kursachsen — zum römischen König gewählt wurde, erfolgte ein neuer Bescheid des Kaisers in der württembergischen Sache (9. Dezember 1636): Herzog Eberhard solle wieder in sein Land eingesetzt werden, wenn er den katholischen Äbten die Klöster belasse, Hohentwiel sowie die Pfandschaften Staufen und Achalm samt Göppingen und den andern Zugehörungen an Östreich abtrete, die Herrschaft Heidenheim zur Verfügung des Kaisers stelle, das Amt Ober-

Digitized by Google

kirch dem Bistum Straßburg zurückgebe, die durch Kauf, Belehnung und Schenkung seitens des Kaisers in Besitz gekommenen Inhaber württembergischer Güter nicht störe. Es war ein, wenn auch geringes, Entgegenkommen gegenüber den früheren Forderungen. Eberhard hoffte durch weitere Verhandlungen noch mehr erreichen zu können, brachte aber gleichzeitig durch seine Vermählung mit der Wild- und Rheingräfin Anna Katharina von Salm (8. März 1637) Freund und Feind gegen sich auf. Am Kaiserhofe nahm man schweren Anstoß daran, daß der Vater seiner Gemahlin als General in schwedischen Diensten stand; Oxenstierna tadelte, daß er nicht statt der Bräutigamshosen das eiserne Wamms angezogen; und allgemein hielt man die Klagen über seine große Geldnot für übertrieben, da er doch Hochzeit mache.

Zur Unterstützung Eberhards ging sein Bruder, Prinz Friedrich, nach Wien. Bei der versöhnlichen Haltung des neuen Kaisers, Ferdinand III., stieß er nicht mehr auf die Weigerung, das Herzogtum in seinem alten Umfange herauszugeben; nur noch die Persönlichkeit Eberhards und das protestantische Bekenntnis erregten Anstoß. Man bot ihm selbst das Herzogtum an, wenn er zur katholischen Kirche übertrete. Der Prinz lehnte ab, erreichte aber dennoch, daß ihm einige Ämter zum Unterhalt angewiesen wurden, ohne daß es ihm freilich gelang, deren Einkünfte während der Wirren des Krieges wirklich zu beziehen.

Der Schritt des Bruders war Herzog Eberhard trotzdem nicht unverdächtig; er trug dazu bei, daß er sich den Bedingungen, wie sie im Dezember gestellt worden waren, unterwarf. Einige Vorbehalte, die er machte, boten wieder eine Handhabe, die Sache in die Länge zu ziehen. Die derzeitigen Machthaber in Württemberg benützten redlich die Frist, um die herzoglichen Schlösser vollends auszuplündern. Die Frau des kaiserlichen Statthalters leerte in Stuttgart sogar die Betten aus und schüttete, was sie nicht brauchen konnte, in den Schloßgraben. Was an Früchten noch vorhanden war, wurde unter den Regimentsräten verteilt, damit der Herzog nur ein leeres Nest vorfinde. Die Unterthanen waren durch die fortwährenden Quartierlasten und Plünderungen, durch Hunger und Seuchen so hart mitgenommen, daß von ihnen kaum eine Unterstützung des Herzogs in Aussicht stand. Tausende waren ausgewandert, namentlich nach der Schweiz, welche die Flüchtlinge gastlich aufnahm; viele waren unter die Soldaten gegangen, gleichviel bei welchem Heere, nur um nicht immer gequält zu werden, sondern lieber selber zu quälen.

Im November 1637 erhielt der Herzog wirklich die Zusage, daß

Digitized by Google

ihm wegen der Klöster und der Pfandschaften der Rechtsweg offen bleiben solle. Auf die übrigen Ansprüche müsse er verzichten, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, daß der Kaiser seinerseits einen Prozeß wegen Beleidigung seiner Majestät anstrenge. Bis zum Friedensschluß sollten württembergische Festungen besetzt bleiben. Um die Geistlichkeit wegen dieses Entgegenkommens zu versöhnen, erhielt die Stadt Stuttgart den Befehl, den Jesuiten endlich sämtliche Einkünfte des dortigen Stifts einzuräumen, da sie in der Hauptstadt des Landes ein Seminar errichten wollten.

Der hauptsächlichste Anstand, welcher der Rückkehr Herzog Eberhards noch bereitet wurde, war diesmal nicht von dem kaiserlichen Hof verschuldet: Wiederhold weigerte sich, den Hohentwiel zu übergeben. Er hatte denselben nach der Nördlinger Schlacht in trefflichen Verteidigungszustand gesetzt und hatte die Nachbarfesten Hohenkrähen, Mägdeberg und Stauffen zerstört, damit der Gegner sie nicht benützen konnte. Auf kecken Zügen holte er in der Nähe und in der Ferne alles, was er brauchte, und während die Umgebung bald den Feinden nichts mehr zu bieten hatte, herrschte auf Twiel selten Mangel. Im Anfang bat er noch wiederholt Herzog Eberhard um Entsatz, da der Rückstand des Soldes und Krankheiten seine Leute schwierig machten. Nur zu bald merkte er, daß er auf seine eigene Kraft angewiesen sei und über Kurzem wuchs diese ins Heldenhafte. Mit Mißtrauen erfüllte ihn der östreichische Vorschlag, er solle die Festung bis auf Weiteres in die neutralen Hände der Erzherzogin Claudia übergeben; darum ließ er sich auch nur ungerne in Waffenstillstandsverhandlungen ein. Man gab sich alle Mühe, ihn mit Güte und mit Gewalt zur Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen. Herzog Eberhard selbst forderte ihn dazu auf, weil er die Aufnahme in den Prager Frieden erhoffe. Endlich war Wiederhold bereit; denn gegen das Versprechen, seine Besatzung zu vermindern und ohne Schädigung der Nachbarschaft zu unterhalten, räumte man ihm ein, daß der Hohentwiel dem Herzog von Württemberg verbleibe. Am 25. Februar 1636 wurde darüber ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum Ausgleich zwischen Kaiser und Herzog giltig sein sollte. Die Bedingungen, unter welchen dieser zu Stande kam, befaßten, wie oben erwähnt, die Abtretung des Hohentwiels an den Kaiser. Der tapfere Befehlshaber war vor eine schwere Wahl gestellt: durch Ungehorsam mußte er seinem Herzoge große Ungelegenheiten bereiten und doch hatte er die redliche Überzeugung, daß er damit zu seinem wahren Besten handle. Dazu kam, daß Bernhard von Weimar auf die Kunde, daß der Hohentwiel in kaiserliche Hände kommen solle, mit Verheerung des Herzogtums drohte. Für ihn

Digitized by Google

war von höchstem Werte, daß auf dem Kriegsschauplatz ein Ausfalls- und Beobachtungsposten von der Unbezwingbarkeit Hohentwiels nicht verloren gehe. Wiederhold entschloß sich, selbst in die Dienste Bernhards zu treten (21. November 1637). Er handelte damit in vollem Einverständnisse mit Friedrich, dem Bruder Eberhards, von dem auch später angenommen wurde, daß er eigentlich über den Besitz des Hohentwiels verfüge. Damit befreite er den Herzog von der Verantwortlichkeit für sein Treiben und erhielt die nötigen Mittel zur Fortsetzung des Kampfes. Aber indem er der Form nach einen Treubruch beging, bedang er sich in dem Vertrag mit Bernhard nicht nur aus, daß der Hohentwiel nach dem Friedensschluß gegen Ersatz der Unkosten an Württemberg zurückgegeben werde, sondern sogar daß jener das Herzogtum womöglich im alten Umfange wieder herstelle. So vollzog Wiederhold eine staatsmännische That, die auch nach Herzog Bernhards Tod die einzige unbezwungene Feste des Landes den Feinden vorenthielt. Und wenn er auch jetzt unter fremden Fahnen kämpfte, so läßt sich doch von ihm sagen: in seinem Lager war Württemberg.

Als der Kaiser im Januar 1638 dem Grafen von Sulz befahl, in Gemäßheit des Vergleichs mit Herzog Eberhard den Hohentwiel zu besetzen, schickte der letztere einen württembergischen Obersten mit, um die Übergabe zu vollziehen. Wiederhold antwortete durch die Mitteilung, daß er Bernhard von Weimar Gehorsam geschworen. Darauf wurde ihm der Waffenstillstand, den er vor zwei Jahren geschlossen, aufgekündigt. Eberhard war in Verzweiflung. Er reiste selbst nach Wien, um seine Unschuld zu erweisen. Zum ersten Male kam er wieder durch sein Land und verspürte gleich am eigenen Leibe, wie es dort aussah: zwischen Plochingen und Göppingen wurde er von streifenden Reitern ausgeplündert. In Wien fand er höfliche Aufnahme.

Während seiner Anwesenheit daselbst machten die Truppen Herzog Bernhards schon einen Versuch, Württemberg zu erobern. Sie hatten Johann von Werth bei Rheinfelden geschlagen und verfolgten sein sich dorthin zurückziehendes Heer (März 1638). Tuttlingen, Balingen, Sulz, die Herrschaft Hohenberg, fielen in ihre Gewalt; Tübingen wurde ohne Schwertstreich besetzt. Während die Kaiserlichen Winnenden plünderten und auf dem Schlosse Württemberg die Keller leerten, rückten die Schweden, 1500 Reiter stark, nach Stuttgart, wo nur 50 Feinde lagen. Sie drangen nach Urach, Nürtingen, Göppingen vor; aber in Kirchheim und Reutlingen sammelten sich die Kaiserlichen in Überzahl und nach wenigen Wochen war kein Schwede mehr im Lande. Schwer hatte Württemberg wieder von

Digitized by Google

beiden Seiten zu leiden. Die Kaiserlichen warfen den Einwohnern vor, sie haben die Schweden herbeigelockt, und mißhandelten sie doppelt; namentlich Stuttgart büßte hart die rasche Einnahme.

Der Kaiser glaubte den Beteuerungen Herzog Eberhards, daß er an dem Trotze Wiederholds unschuldig sei, und gab sich vorläufig statt des Hohentwiels mit dem Asperg zufrieden (15. Mai). Doch wagte Eberhard noch nicht nach Württemberg zurückzukehren. Man wunderte sich in Wien, daß er niemand schicke, um die förmliche Übergabe des Herzogtums zu betreiben; endlich gab man von sich aus Weisungen. Im August 1638 erhielten die Statthalter den Befehl, in den Stiftskirchen zu Stuttgart und Backnang den evangelischen Gottesdienst wieder zu gestatten, — in den Pfandschaften Staufen und Achalm und in der Herrschaft Heidenheim blieb die Gegenreformation in Kraft. Dann wurden die Statthalter endlich wegen Mißhandlung und Aussaugung des Landes verwarnt. Obgleich der Kaiser Ernst zeigte, wich die Regierung in Stuttgart nur zögernd. Erzherzogin Claudia ließ Beschlag auf das Uracher Amt legen als Zugehör zu Achalm. Viel glatter hätte alles sich abgewickelt, wenn der Herzog nicht bloß Räte vorausgeschickt hätte, sondern selbst erschienen wäre. Sein letztes Bedenken wegen der Unsicherheit der Wege beseitigten die Stuttgarter und Cannstatter damit, daß sie ihm ein Geleite von Reitern und einem Trompeter bis Durlach entgegenschickten. Am 11. Oktober traf er in Stuttgart ein; seine Wohnung mußte er im Landschaftshaus nehmen, da das Schloß ausgeräumt war. Wenige Tage nachher übergaben ihm die östreichischen Statthalter die Regierung. Am 17. wurde der Landtag eröffnet, dessen Zusammenberufung jene noch zu einer merkwürdigen Deutung des Tübinger Vertrags benützt hatten: die Landschaft sei verbunden in vorfallenden Landesrettungen eine ergiebige Beihilfe zu leisten; deshalb sollen die einzelnen Ämter für die durch die Rückgabe des Herzogtums der kaiserlichen Regierung entstehenden Kosten aufkommen. Natürlich mußte Herzog Eberhard selbst dem Landtage in erster Linie Steuervorschläge machen. Er sah ein, daß eine Steigerung der gewöhnlichen Steuern unmöglich sei, und griff daher zur Accise, einer besonderen Abgabe von Kaufmannswaren und Handwerkserzeugnissen, von Wein, Frucht, Fleisch und Liegenschaften. Der Ausschuß, dem die Landschaft die Sache anvertraut hatte, bedachte sich ernstlich; da er auch keinen anderen Ausweg wußte, genehmigte er die Maßregel als eine vorübergehende. Bald mußten benachbarte Länder, wie Baden, zu demselben Mittel greifen. Die bleibende Frucht des Landtags von 1638 war wieder die Beschränkung der herzog-

Digitized by Google

lichen Gewalt. Der kleine Ausschuß erhielt das Recht, sich nach dem Tode eines Herzogs ohne Berufung zu versammeln und dafür zu sorgen, daß die Verfassung vor der Huldigung gewährleistet werde; die Verwaltung der geheimen Truhe, die ursprünglich für Zwecke der landständischen Einrichtung selbst bestimmt war, aber immer mehr selbstsüchtigen Nebenzwecken diente, wurde völlig jenem Ausschusse anvertraut. Übrigens that die Landschaft auch in den folgenden Jahren vieles, um die Mittel zur Regierung aufzubringen, und steuerte namentlich zu den Gesandtschaften bei, welche bei den Friedensverhandlungen für den Herzog wirkten.

In Württemberg hielten sich noch Tausende von erholungsbedürftigen Soldaten auf; die Kaiserlichen und Bayern lagerten sich in großer Zahl bei Tübingen und vierzehn Regimenter bezogen Winterquartiere in den Ämtern Nagold, Wildberg, Calw, Böblingen, Leonberg, Vaihingen. Fast bis in den Sommer 1639 dauerte die Einlagerung der Bayern, deren Kurfürst die Begnadigung Eberhards zu milde fand.

Nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten holte Eberhard seine Gemahlin in Straßburg ab. Seinen Bruder Friedrich, der vor ihm ins Land zurückgekehrt war, hatte die hochmütige Behandlung, die er von den Kaiserlichen zu erleiden hatte, so abgestoßen, daß er sich heimlich zu Bernhard von Weimar begab, um gleich Conrad Wiederhold in dessen Heere zu fechten. Ausschließlich auf das ausgesogene Stuttgart war Herzog Eberhard mit seinem Unterhalt angewiesen. Die übrigen Einkünfte blieben noch gesperrt, so daß nicht einmal von Einlösung der versetzten Stammkleinodien die Rede sein konnte. Freilich auch wenn es vom Feinde geräumt worden wäre, hätte das Land Mühe genug gehabt, die Steuern aufzubringen; hatte es doch während der Dauer des Kriegs einen Aufwand von gegen 80 Millionen Mark für Kriegsschatzungen und Quartiere machen müssen, wozu noch ein durch Brand und Plünderung verursachter Schaden von über 100 Millionen kam. Während früher die Bevölkerung des Herzogtums über 400 000 betragen hatte, lebten jetzt nicht viel mehr als 61 000 Menschen daselbst, und diese verminderten sich noch im Laufe der nächsten zwei Jahre bis zu 48 000. Am meisten waren die Reihen der Geistlichkeit gelichtet, so daß 1639 das Läuten der Betglocke eingeführt wurde, damit zum Ersatz der Gottesdienste wenigstens gleichzeitiges Gebet in den Häusern möglich war. In dem leeren Lande vermehrte sich um so ungestörter der Wildstand, welcher dem Wenigen, das noch auf den Äckern gebaut wurde, sehr schadete.

Obgleich Württemberg jetzt die Vorteile des Prager Friedens genießen

Digitized by Google

sollte, ließen sich die Jesuiten nicht so leicht aus den in Besitz genommenen Stiften zu Stuttgart, Tübingen, Backnang und Herrenberg vertreiben. Im erstgenannten hatten sie zum Zeichen ihres Siegs die Gebeine des Johann Brenz aus ihrem Grabe geschafft und durch diejenigen eines ihrer Brüder ersetzt. So lange sie, auch gegen den Befehl des Kaisers, von befreundeten Heerführern beschützt wurden, war nichts gegen sie auszurichten. Durch den Tod des Bischofs Anton von Wien wurde wenigstens das diesem geschenkte Amt Möckmühl frei. Rasch griff der Herzog zu; wie es scheint, auf einen Wink vom kaiserlichen Hof aus, wo man den Wert vollendeter Thatsachen gegenüber den sich widerstreitenden Ansuchungen auch zu schätzen wußte. Ein württembergischer Oberst benützte die Abwesenheit des bischöflichen Amtmanns auf der Hasenjagd, um die Stadt zu besetzen und den Unterthanen die Huldigung abzunehmen. Ein Gegenanschlag des Murrhardter Abts mißglückte und die kaiserlichen Befehle, das Amt wieder abzutreten, wurden in ehrerbietigster Form mißachtet. Um so zäher hielten die Grafen Schlick und Trautmannsdorf an ihren Herrschaften fest; ja sie beanspruchten sogar Sitz und Stimme auf den schwäbischen Kreistagen. Erfolg hatten sie hierin wenigstens nicht, so wenig wie die Äbte der württembergischen Klöster auf den Reichstagen.

Vom Hohentwiel wollten die Kaiserlichen nicht lassen. Der Feldmarschall von Geleen sollte im Sommer 1639 die Feste zum Gehorsam bringen. Er nahm vorübergehend den Vorhof derselben weg und fügte ihr beträchtlichen Schaden zu. Ein Glücksfall schien ihm zu Hilfe zu kommen: durch den am 18. Juli erfolgten Tod des Herzogs Bernhard von Weimar war, wie man annahm, Wiederhold von dem mit ihm geschlossenen Vertrage entbunden. Sofort machte man ihm daher die Zumutung, jetzt Herzog Eberhards Befehlen zu gehorchen; dieser selbst verlangte in mehrfachen Schriftstücken Unterwerfung. Es ist müßig zu fragen, ob es Eberhard mit seinen Weisungen Ernst war oder ob Wiederhold durch Nichtbeachtung derselben besondere Vorsicht und Treue gezeigt habe. Nachdem er „der unierten Kronen und des evangelischen Bunds bestellter Oberster zu Fuß und Kommandant der Festung Hohentwiel“ geworden, war es für ihn höchst gleichgiltig, ob ein Befehl des Herzogs von Württemberg, der mit dem Kaiser sich vertragen hatte, ächt sei oder nicht; er durfte ihm einfach nicht Folge leisten, wenn er den Übertritt aus württembergischen Diensten, den er im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit vollzogen, nicht feige rückgängig machen wollte. Für ihn stand fest, daß Bernhards Nachfolger in der Heerführung auch die Nachfolger in seinem

Digitized by Google

Vertrage seien, und so wurde er von Frankreich abhängig. Unerschöpflich in der Erfindung von Mitteln, um die Feinde zu überlisten, hielt Wiederhold die Belagerung durch Geleen so gut aus wie im folgenden Jahre die des Spaniers Enriquez, der auf besonderen Wunsch der ländergierigen Erzherzogin Claudia sich am Hohentwiel die Zähne einrannte. Nebenher gingen schmeichlerische Werbungen wie die durch einen alten Waffengefährten Wiederholds, den Obersten vom Holtz, der — ein bezeichnendes Beispiel — mit Vorwissen Herzog Eberhards bei den Bayern eingetreten war, und glänzende Anträge für den Fall der Annahme kaiserlicher Dienste. Kaum hatte Wiederhold durch schwedische Truppen wieder Luft bekommen, so überrumpelte er mittelst einer kecken Kriegslist Balingen, — einer seiner Soldaten, der sich als Arbeiter verkleidet hatte, lenkte die Aufmerksamkeit der Wache ab, indem er Nüsse fallen ließ, und gab so seinen Kameraden Gelegenheit einzudringen und eine erkleckliche, für den Grafen von Schlick bestimmte Summe an sich zu ziehen.

Im Herzogtum Württemberg regierte inzwischen Eberhard III. auf seine Weise. Er gestattete zwar, daß Männer wie Valentin Andreä zur sittlichen Hebung des Volkes alte Ordnungen wieder einführten und neue durchsetzten. Aber er selbst hatte keinen Sinn für höhere Interessen und war befriedigt, wenn Marstall und Hundezwinger gut besetzt waren. Jagd und Gastereien bildeten sein Vergnügen; die Regierung überließ er zuerst dem gutmütigen Oberstallmeister von Münchingen, nachher (1641—1644) dem Statthalter Geizkofler, einem Mann von bedeutender Erfahrung und Geschäftsgewandtheit, aber herrischem und launischem Charakter. Die völlige Willkürherrschaft der Beamten, die Verwilderung der Unterthanen, das Brachliegen von Handel und Gewerbe wurden auf diese Weise eher gefördert als gehemmt.

Im Sommer 1640 konnte das Land etwas aufatmen, weil der schwedische General Baner sich mit dem Weimarschen Heere in Thüringen vereinigte und die Kaiserlichen nach sich zog; doch hörten die Lieferungen für dieselben nicht auf und die zurückgebliebenen Besatzungen von Schorndorf, Asperg, Urach und Neuffen kosteten große Summen. Für den Winter wurden dem schwäbischen Kreise wieder zwanzig kaiserliche Regimenter ins Quartier gelegt; Württemberg, das doch um fast zwei Drittel geschmälert worden war, sollte wie früher den sechsten Teil der Kreislasten übernehmen. Und zu diesen vom Kaiser ausgeteilten kam immer noch eine erkleckliche Anzahl von Quartiersuchern, denen Schwaben noch nicht den Eindruck der Ausgesogenheit machte, wie andere Länderstrecken. Das Nahen der Schweden

Digitized by Google

trieb diesmal einen Teil der in Württemberg liegenden Reiterregimenter schon im Januar 1641 aus den Winterquartieren. Aber die aufgescheuchten Haufen aus den Nachbargebieten überschwemmten ihrerseits das Land. Die Verwirrung wurde vermehrt, als Wiederhold, die Angst der Feinde benützend, sie durch weite Streifzüge beunruhigte. Württemberg war völlig wehrlos; es war nicht im Stande auch nur zwei Kompagnien aufzustellen. Wirklich drangen die Schweden unter Rosen ein (Februar 1641); sie besetzten Calw, mit dem sie glimpflich verfuhren, plünderten das Kloster Hirsau und nahmen die katholische Reichsstadt Weilderstadt ein; wo sie hinkamen, nahmen sie alle Pferde weg. Ihre starken Kriegssteuern erwiederten die Bayern mit solchen in der Kirchheimer Gegend. Als die Kaiserlichen gegen Rottenburg und Horb vordrangen, zogen die Schweden sich wieder nach dem Oberrhein zurück. Im Schlosse Albeck bei Sulz blieben nur neun Mann unter einem Lieutenant; um auch sie zu bezwingen, brauchte es nicht weniger als drei bayerische Regimenter, welche neun volle Wochen sie umringten, ein grelles Beispiel der Machtlosigkeit von mit Geschützen nicht versehenen Belagerungstruppen gegenüber einigermaßen wachsamen, mit dem Nötigen ausgestatteten Besatzungen fester Plätze.

Die Klöster hatten vorher schon um ihrer Selbsterhaltung willen eifrig dahin gewirkt, daß eine allgemeine Amnestie, wie sie von vielen Seiten dem Kaiser zugemutet wurde, nicht erlassen würde. Da Frankreich durch Übernahme des Weimarischen Heeres entschiedener in die deutschen Händel eingriff, stellten sie sich unter den Schutz dieser dem Reiche feindlichen Macht. Bei den Friedensverhandlungen genossen sie offen die Fürsprache der französischen Gesandten. Der Kaiser selbst wollte einen Mittelweg einschlagen: Maulbronn und Lorch wenigstens sollten den Mönchen verbleiben. Es kränkte ihn nicht wenig, daß Eberhard sein Versprechen, die Klöster bis zum Friedensschlusse in Ruhe zu lassen, so schlecht hielt. Er machte dem Herzoge Vorstellungen; aber dieser ließ nicht von dem Gegenverlangen ab, daß die Äbte in den ihnen eingeräumten Ortschaften die evangelischen Kirchen- und Schuldiener besolden sollen; dazu wollten sie sich trotz zweifelloser Verpflichtung nicht verstehen.

Trotzdem blieb Kaiser Ferdinand III. Württemberg gegenüber bei seiner milden Gesinnung. Auf die Klagen des Herzogs über die Ausschreitungen der kaiserlichen Soldaten erhielt derselbe von Wien aus den Rat, er solle die unbändigsten von sich aus aufhängen lassen; es werde kein Hahn darnach krähen. Der Kaiser befahl sogar wiederholt den Abzug in Württemberg stehender Regimenter, die freilich auch dann noch wenig

Digitized by Google

Eile hatten. Kaiserliche Truppen, die in Herrenberg eingelegt waren, mußten das Amt Urach gegen die Anmaßungen des dortigen Befehlshabers der Erzherzogin Claudia schützen. Es gelang hier nicht, wie in Blaubeuren, den Katholizismus mit Gewalt einzuführen.

Während Herzog Eberhard sein Möglichstes that, um des Kaisers Friedensbestrebungen zu unterstützen, während er seinen Rat Varnbüler nach Goslar abschickte, um dort Braunschweig und Hessen von Schweden und Frankreich trennen zu helfen, während er seinen Unterthanen und Lehensleuten strenge verbot, gegen den Kaiser zu kämpfen, ließ Wiederhold seine Reiter lustig bis nach Pfullingen streifen, das in der von Claudia besetzten Grafschaft Achalm lag. Zur Strafe erschien im Oktober 1641 der kaiserliche Feldzeugmeister von Sparr vor Hohentwiel. Er hatte sich vermessen, denselben in kurzer Zeit zu bezwingen und eröffnete die stärkste Beschießung, welche die Feste jemals auszuhalten hatte. Aber über 3000 Geschützkugeln töteten nicht mehr als sechs Menschen, so daß Wiederhold für die Feinde nur Hohn und Spott hatte. Sparr war schon entschlossen am letzten Tage des Jahres die Belagerung aufzuheben; da zwang ihn das Nahen der Generale Erlach und Oisonville mit Teilen des früheren Weimarschen Heeres, sogar sein Lager und zahlreiche Vorräte im Stiche zu lassen.

Württemberg hatte in dieser Zeit nur unter Durchmärschen und Einquartierungen zu leiden; es war wenigstens soweit Ruhe eingekehrt, daß die Landstände über gerechtere Aufbringung der Steuern beratschlagen konnten. Um dem Buchstaben der Verfassung zu genügen und gegen die derzeitige Entziehung der Klöster Verwahrung einzulegen, hatten sie sich durch frühere evangelische Prälaten ergänzt. Allgemein wurde die neu eingeführte Accise verurteilt; dieselbe treffe ausschließlich die Verkäufer, während man gehofft hatte, dieselbe auf die Käufer, namentlich die ausländischen, zu wälzen. Sie wurde daher schon wieder abgeschafft und dafür dem Herzog, zunächst auf ein Jahr, die Summe von 50 000 Gulden bewilligt; 10 000 davon waren zur Erhaltung des Tübinger Stifts und der Kirchendiener bestimmt, was um so dringender erschien, als gerade die Geistlichen der Wut des Krieges am zahlreichsten zum Opfer gefallen waren. Schon um die Steuerkraft des Landes zu erhöhen, schlug die herzogliche Regierung vor, nach dem Beispiele benachbarter Länder Ausgewanderte und Fremde zur Bebauung der brachliegenden Felder durch Gewährung von Steuernachlaß an sich zu ziehen. Die Landschaft wollte nicht auf augenblickliche kleine Erträgnisse verzichten, um später große zu erhalten, und so wurde

Digitized by Google

der Zuzug unternehmender Arbeitskräfte trotz mannigfacher Vorstellungen der Regierung Jahre lang von Württemberg abgehalten.

Bald genug traten die Fragen der inneren Verwaltung vor neuen Zuckungen des Kriegs in den Hintergrund. Es schien einige Zeit lang, als ob Württemberg der einzige Zankapfel wäre, um den die Gegner sich stritten. Im Spätherbste des Jahres 1642, — die Kaiserlichen hatten eben bei Leipzig eine neue Schlappe erlitten, — nahte der französische General Erlach vom Elsaß her dem Herzogtum. Kühne Ausfälle Wiederholds, bei deren einem er das Kloster Blaubeuren überfiel, unterstützten dessen Bewegung. Mit seinen 3000 Mann zog Erlach dem Feinde bis Tübingen entgegen; Tuttlingen, das er unbezwungen im Rücken liegen ließ, gewann Wiederhold. Doch der bayerische General Mercy sammelte rasch seine Truppen aus den Winterquartieren, trieb die Franzosen zurück und plünderte Balingen und Tuttlingen.

Gleichzeitig war von Nordwesten her ein Teil des französisch-schwedischen Heeres in den Ämtern Weinsberg und Möckmühl eingerückt. Am Schluß des Jahres 1642 und am Anfang des Jahres 1643 fielen ihm Großbottwar, Marbach und Winnenden zum Opfer; von Klöstern wurde Hirsau heimgesucht, Herrenalb völlig verstört. Im Januar 1643 erschien auch der französische General Guebriant, der vorher in Sachsen gekämpft, an der Tauber, um in Bayern einzufallen. Mercy zog ihm nach Hall entgegen. Das ganze französisch-schwedische Heer mit ungeheurem Troß und etwa 90 000 Pferden mußte sich an der Neckarlinie, statt weiter ostwärts, vereinigen. Es bezog Stellungen auf dem linken Ufer des Neckars zwischen Lauffen und Cannstatt. Man erwartete eine Schlacht. Als aber die Bayern, die inzwischen sich bedeutend verstärkt hatten, bei Marbach auftauchten, wurde die dortige Linie aufgegeben und die günstigere zwischen Cannstatt und Waiblingen bezogen. Auch hier kam ihnen der schneidige Reiter Johann von Werth in den Rücken, indem er trotz einer Schlappe bei Großheppach Schorndorf und Göppingen wegnahm. Am 4. Februar war das französisch-schwedische Heer schon neckaraufwärts bei Eßlingen; dann zog es sich über die Fildern nach Nürtingen und Kirchheim zurück; das Kloster Weil ging dabei in Flammen auf. Der Verlust von Göppingen bestimmte Guebriant sich gegen Reutlingen zu wenden, um nicht umgangen zu werden. Mercy folgte rasch, vereinigte sich bei Metzingen mit dem Herzoge von Lothringen und suchte jenen bei Reutlingen zu fassen. Die Franzosen und Schweden wichen der Entscheidung aus und setzten ihren Rückzug über Tübingen, Rottenburg, Sulz nach dem

Digitized by Google

Kinzigthale (28. Februar) fort. Bis Sulz und Nagold blieben ihnen die feindlichen Reiter auf den Ferſen. Der Anſchlag Guebriants gegen Bayern war völlig mißglückt. Württemberg, das den Kriegsſchauplatz gebildet hatte, war von beiden Heeren wieder hart mitgenommen worden; damals erreichten Not und Jammer den höchſten Grad. Zwar hatte Mercy verſprochen, jeden, der nicht ſeine Gegner unterſtütze, als Freund zu behandeln; aber das Verſprechen wurde ſchlecht gehalten. So fiel das befeſtigte Waldenbuch der Plünderungswut bayeriſcher Reiter zum Opfer.

Im Juni 1643, wenige Wochen nach der Thronbeſteigung ſeines Königs Ludwig XIV., wiederholte Guebriant mit friſchen Truppen ſeinen Verſuch. Der Weg ſollte vom ſüdlichen Schwarzwald über Tuttlingen am rechten Donauufer hinab nach Bayern führen. Tuttlingen wurde von den Schweden genommen; aber Mercy hatte in Vorausſicht dieſer Bewegungen ſein Heer ſchon in der dortigen Gegend zuſammengezogen und verlegte dem Feinde in der Nähe von Sigmaringen den Weg. Dieſer wurde dadurch nach Süden abgedrängt und brandſchatzte die Orte am Bodenſee. Auch hier wieſen ihn die Bayern zurück; er änderte daher ſeinen Plan und ſuchte über Tuttlingen gegen den Neckar vorzudringen. Rottweil wurde mit Aufbietung aller Kräfte belagert; bei einem Sturm wurde Herzog Friedrich von Württemberg verwundet. Aber Johann von Werth brachte der Stadt Hilfe; Guebriant wich zuerſt gegen Horb aus, ſuchte aber dann den Rückweg durch das Kinzigthal zu gewinnen (30. Juli). Bald rückten die Bayern über den Schwarzwald nach.

Im Spätherbſt desſelben Jahres war das franzöſiſch-ſchwediſche Heer aufs neue ſtark genug, um einen Angriff zu wagen. Er wurde wieder gegen Rottweil gerichtet. In angeſtrengten Märſchen eilten die Bayern vom Rhein her über Pforzheim, Weilderſtadt und das obere Gäu in die bedrohte Gegend. In der Nähe von Balingen überraſchten ſie die ſchwediſchen Vortruppen; dennoch mußte ſich Rottweil an Guebriant ergeben (19. November). Dieſer ſelbſt ſtarb in der eroberten Stadt an einer Wunde; ſein Nachfolger Rantzau ließ nur den Herzog Friedrich von Württemberg mit wenigen Truppen dort zurück und verteilte ſein Heer in und um Tuttlingen in der Hoffnung, ungeſtörte Winterquatiere genießen zu können. Aber die Bayern, durch Zuzüge bis auf 20 000 Mann verſtärkt, überfielen mit Ungeſtüm die ſchwächeren und verzettelten Feinde und rieben ſie faſt völlig auf (24. und 25. November). Ihren unbemerkten Anmarſch verdankten ſie dem der Gegend kundigen, früher württembergiſchen Oberſten vom Holtz. Rottweil mußte ſich am 2. Dezember ergeben; Herzog

Digitized by Google

Friedrich, der mit seinen Offizieren freien Abzug erhalten hatte, ging nach Frankreich. Die Bayern verteilten sich den Winter über in Niederschwaben; namentlich Reutlingen und Hall wurden bedacht.

Inzwischen schleppte sich der nach Frankfurt berufene Reichsdeputationskonvent weiter. Der Kaiser wünschte, daß hier die innerdeutschen Streitigkeiten ausgemacht werden sollten, damit nachher sämtliche deutsche Stände den fremden Mächten gegenüber ein um so gewichtigeres Wort sprechen könnten. Bald darnach waren die Friedensverhandlungen zu Osnabrück und Münster eröffnet worden, wohin Schweden und Frankreich die ganze Entscheidung ziehen wollten. Herzog Eberhard war wieder in der peinlichsten Lage. Er wollte die gewonnene Gnade des Kaisers nicht preisgeben und hätte am liebsten durch diese noch weitere Zugeständnisse erlangt; er konnte auch hoffen, daß der Streit um die Klöster durch Nachgiebigkeit von kaiserlicher Seite erledigt würde, da um ihretwillen niemand die Waffen weiter führen wollte. Aber von dem Kurfürsten von Bayern, von welchem der Kaiser stark abhing, hatte der württembergische Herzog wenig Gutes zu erwarten; mutete ihm doch jener das Unmögliche zu, den Abfall der Weimarischen Armee von Frankreich zu bewerkstelligen und machte ihn verantwortlich für die Parteinahme seines Bruders Friedrich, die übrigens durch Eintritt eines andern Bruders, Ulrich, in bayerische Dienste, wettgemacht wurde. Auch die Erzherzogin Claudia ließ alle Minen springen, um im Besitz ihres Teiles von Württemberg zu bleiben. Von der andern Seite warnte Schweden den Herzog, sich auf einen besonderen Vertrag mit dem Kaiser einzulassen, und riet ihm, eigene Gesandte zu den Friedensverhandlungen zu schicken. So sehr dieser Vorschlag dem eigenen Nutzen Schwedens entsprach, das zugleich als Anwalt deutscher Fürsten auftreten wollte, so sehr konnte Eberhard annehmen, daß dasselbe wirklich es als Ehrensache behandelte, die durch frühere Verbindung mit ihm in Not gekommenen Reichsstände nicht im Stiche zu lassen. Mit Schweden betrieb Frankreich, freilich nur aus selbstsüchtigem Grunde, die Zuziehung von Gesandten der einzelnen Länder. Herzog Eberhard schwankte lange; nicht aus Patriotismus, denn der Name war im Kriegsgetümmel verhaucht, sondern um abzuwarten, was andere thun. Zuletzt entschied er sich zu seinem Glücke für eigene Gesandte.

Noch einmal versuchte Wiederhold von sich aus das Geschick Württembergs zum Besten zu lenken. In den ersten Monaten des Jahres 1644 umschlossen die Bayern den Hohentwiel; Eberhard von Württemberg mußte dazu monatlich 3000 Gulden beisteuern. Um die Feste für sich zu

Digitized by Google

gewinnen, wurden dem tapferen Befehlshaber von öſtreichiſcher, den Bayern mißgünſtiger Seite, verlockende Anerbietungen gemacht; als Antwort ſchickte Wiederhold das Schreiben zerriſſen zurück. Mercy, der eben Überlingen erſtürmt hatte, unternahm nunmehr ſelbſt die Belagerung. Geſandte des Herzogs Eberhard halfen ihm, Wiederhold zur Übergabe zu beſtimmen. Er erklärte ſich dazu bereit, aber in einer Weiſe, daß er als Sieger und als Retter Württembergs erſchien: der Hohentwiel ſollte an Eberhard übergeben werden und ewig beim Hauſe Württemberg verbleiben, der Kaiſer auf alle Vorbehalte gegenüber dem Herzoge verzichten und dieſem das ganze Land wieder einräumen; bis zur Beſtätigung des Vertrags wollte ſich Wiederhold friedlich verhalten, verlangte jedoch den Unterhalt für ſeine Mannſchaft vom Kaiſer oder von Bayern. So glaubte er andere Friedensverhandlungen mit einem Schlage für Württemberg überflüſſig zu machen. Von franzöſiſcher Seite warf man dem Oberſten Verrat vor, aber dieſer erklärte mit nackten Worten, daß ſeine ganze Haltung nie etwas anderes bezweckt habe, als das zerriſſene Herzogtum Württemberg wieder zuſammenzubringen und auf den Abſchluß des Friedens hinzuwirken. Der Vertrag (31. Mai) hatte wenig Ausſicht auf Annahme und fand nicht die Billigung des Kaiſers; aber er zeigt deutlich, wie Wiederholds ganzes Trachten dahin gerichtet war, den Beſitz des Hohentwiels politiſch zur Wiedergewinnung Württembergs für ſeinen Herzog zu verwerten und daß ihm der Übertritt in andere Dienſte nur Mittel zum Zweck war. Wie er auf eigene Fauſt ſich an Schweden und Frankreich angeſchloſſen, ſo wollte er jetzt ohne deſſen Erlaubnis ſich dem alten Herrn unterwerfen, wenn er dadurch deſſen Land rettete.

Mercy ließ bis zur kaiſerlichen Entſcheidung die Feſtung von einigen Regimentern umſchließen; aber nachdem er ſelbſt durch Türenne und dem Prinzen von Enghien zum Rückzug aus dem Breisgau nach dem Neckar genötigt worden war, machten ſich auch die Belagerer des Hohentwiels aus dem Staube (Auguſt). Das bayeriſche Heer zog ſich bis über Heilbronn hinunter und bezog die Winterquartiere in der Gegend von Hall. Nur wenige Plätze Württembergs blieben beſetzt. Damit lag das Herzogtum wieder den Franzoſen offen. Schon im Januar 1645 machte General Roſen mit etwa 2000 Mann vom Kinzigthal her einen Streifzug, der ihn über Freudenſtadt, Nagold und Calw nach Neuenbürg und nach Leonberg führte. Nachdem er die Bayern in der Winterruhe geſtört und erkleckliche Beute gemacht, wandte er ſich auf demſelben Wege zurück und ließ nur auf dem Schloſſe Nagold eine kleine Beſatzung. Der Hauptangriff

Digitized by Google

erfolgte im April von Speier her durch Turenne. Mit 11 500 Mann rückte er über Pforzheim nach Vaihingen; auch Calw wurde besetzt. Die Bayern sammelten sich bei Schorndorf und suchten an der Neckarlinie von Cannstatt bis Heilbronn Fuß zu fassen. Das rasche Vorgehen Türennes ließ ihren Plan nicht zur Ausführung kommen; sie wichen in der Richtung nach Hall. Auch diese Stadt gaben sie dem Feind preis und rückten südostwärts nach Ellwangen, dann weiter nach Feuchtwangen. So wurde Württemberg von beiden Heeren erlöst. Türenne folgte den Bayern nicht, sondern zog nordwärts nach Mergentheim, wo er rastete und seine Truppen der leichteren Verpflegung wegen in den Ortschaften verteilte. Mercy gewahrte sofort die Schwäche der feindlichen Stellung, überfiel die Franzosen und brachte ihnen, ehe sie sich ganz aufstellen konnten, bei Herbsthausen eine schwere Niederlage bei (5. Mai). Türenne zog sich nach Hessen zurück.

Im Elsaß wurde ein neues Heer gesammelt. Der Herzog von Enghien rückte mit über 30 000 Mann gegen Heilbronn (Juni), zu deren Unterhalt auch Württemberg Brandschatzungen erdulden mußte. Mercy hatte nicht genug Truppen beieinander, um ihm Stand zu halten und ging nach Hall zurück. Wieder richteten die Franzosen ihren Marsch auf Mergentheim, die Bayern, diesmal über Crailsheim, auf Feuchtwangen. Enghien wandte sich gegen sie und drängte sie zurück. In der Nähe von Nördlingen, bei Allerheim, erfolgte ein Zusammenstoß, bei dem Mercy fiel (3. August). Die Franzosen blieben im Vorteil, erlitten aber selbst so schwere Verluste, daß sie sich gegen Heilbronn zurückzogen. Türenne, der hier an die Stelle Enghiens trat, unternahm die Belagerung der Stadt. Er richtete durch Verwüstung der Umgegend bedeutenden Schaden an, richtete aber sonst nichts aus. Schon eilten die Bayern wieder herbei. Ihr neuer Führer Geleen drang von Heidenheim her in das Remsthal und dieses hinunter bis zum Neckar. Gräßliche Verwüstungen bezeichneten ihren Weg; was sie an Wein und Früchten fanden, nahmen sie den Einwohnern weg und brachten es auf die Festungen. Vergeblich bat Herzog Eberhard beide Teile, die doch der eine wie der andere sich als seine Helfer ausgaben, um Schonung des Landes. Türenne verzweifelte vor Heilbronn am Erfolg und hob die Belagerung auf (14. September). Noch glaubte er sich in Schwaben halten zu können und bezog Quartiere in und bei Hall. Auch aus diesen wurde er vertrieben: Geleen kehrte durch das Remsthal zurück und machte einen Vorstoß über die Limpurger Berge südöstlich von Hall. Sofort gaben die Franzosen die gründlich ausgesogene

Digitized by Google

Gegend auf und schlugen über Wimpfen den Weg nach dem Rhein ein. Die Winterquartiere in Württemberg blieben ausschließlich den Kaiserlichen und den Bayern. Es ist kaum glaublich, was das Land immer noch zu bieten hatte. Die so sehr gesunkene Zahl der Bewohner bebaute offenbar unverhältnismäßig große Strecken von Feldern und Weinbergen, immer in der Hoffnung, die Früchte der Arbeit selbst genießen zu können. Ein ertragreiches Jahr füllte Scheunen und Keller, und so fand Freund und Feind immer noch genügende Vorräte, um deren willen sich der Kampf um die württembergischen Quartiere lohnte, abgesehen davon, daß es für Bayern und Franzosen, als in der Mitte gelegen, den gegebenen Kriegsschauplatz bildete.

Ein neuer Versuch des französisch-schwedischen Heeres, durch Württemberg nach Bayern einzufallen, wurde im Frühjahr 1646 erwartet. Die Bayern stellten sich daher im Remsthale auf, um den Feind zu empfangen. Da derselbe sich diesmal den Rhein abwärts gewendet hatte, rückten sie ihm in die untere Maingegend nach. Plötzlich schlugen Türenne und Wrangel wieder die Richtung nach der Donau ein, 40 000 Mann stark. Das Hauptheer bewegte sich über Hall; einige Tausend Reiter unter Türenne versuchten einen Handstreich auf Heilbronn (August). Die Ämter Weinsberg und Neuenstadt erlitten neue Plünderung. Über Großbottwar, Marbach und Waiblingen drang Türenne bis Cannstatt vor und nahm unterwegs Schorndorf, das von der bayerischen Besatzung mutig verteidigt worden war (8. September). Hieher legte er 400 Franzosen, zu deren Unterhalt Herzog Eberhard monatlich 2700 Reichsthaler beitragen mußte. In Cannstatt blieben zwei Reiterregimenter. Er selbst eilte zur Wiedervereinigung mit Wrangel das Remsthal hinauf nach Nördlingen, um von dort aus Augsburg zu entsetzen. Dies gelang, und dem großen Heere lag Oberschwaben für die Winterquartiere offen; doch wurden einzelne Abteilungen auf und über die Alb nach Münsingen, Laichingen, Urach und Reutlingen vorgeschoben. Balingen, das noch in den Händen der Bayern war, öffnete nach kurzem Kampfe den Franzosen die Thore (22. Januar 1647). Schloß Tübingen wurde heftig beschossen und mittelst Minen angegriffen; die 200 Bayern, welche es längere Zeit hielten, übergaben es gegen freien Abzug (17. März).

Während so die Franzosen neckarabwärts siegreich vordrangen, umging ein großer Teil der Schweden das Herzogtum und suchte über Mergentheim wieder den Main zu gewinnen. Dort wurde er von Johann von Werth vom geraden Wege abgedrängt und kam durch Hall und Neckarsulm; eine Schar plünderte bei Bietigheim.

Digitized by Google

Die Fortschritte der Feinde zwangen den Kurfürsten Maximilian von Bayern zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Am 14. März 1647 wurde derselbe zu Ulm abgeschlossen. Bayern gab die Verbindung mit dem Kaiser auf und versprach unter anderem den Franzosen Heilbronn einzuräumen, dem Herzog von Württemberg die noch besetzten Festen Urach, Tübingen, das übrigens in der Zwischenzeit von den Franzosen erobert worden war, Asperg, Hornberg und Albeck. Das erstere Versprechen wurde gehalten, das letztere nicht. Dazu kam eine große Anzahl Franzosen und Schweden in das Herzogtum zu liegen, so daß dieses von dem scheinbar so günstigen Vertrage keinen Vorteil hatte. Vergebens bat Herzog Eberhard um Ausführung der Bestimmungen; die Franzosen machten nur schöne Worte und hielten Tübingen und Schorndorf fest; die Bayern trafen keine Anstalt, aus dem Lande zu weichen. Im September kündigte Bayern den Schweden den Waffenstillstand; im November that Frankreich seinerseits denselben Schritt Bayern gegenüber. Keine Partei ließ die Hand von Württemberg.

In dem langen Streit über die Art der Friedensverhandlungen war die Auffassung zur Geltung gekommen, daß die einzelnen Reichsstände sich durch besondere Gesandte beteiligen sollten. Obgleich der Deputationskonvent in Frankfurt sich noch weiter über die innerdeutsche Beilegung der Streitigkeiten unterhielt, schickte Herzog Eberhard im Jahre 1645 seinen Kanzler Andreas Burkard und seinen Geheimrat Johann Conrad Varnbüler, einen in der Staatskunst sehr erfahrenen und bei Schweden sehr beliebten Mann, nach Münster mit der Weisung, die Verhältnisse des Jahres 1618, wie dies im französisch-schwedischen Vertrage von 1634 geschehen war, für den Friedensschluß zu Grunde zu legen. In Münster gab es zunächst Vorrangsstreitigkeiten mit Hessen-Kassel, das die Bedrängnis Württembergs benützen wollte, um alte Ansprüche durchzusetzen. Bei Schweden fand der Schritt des Herzogs, durch den er sich diesem statt dem Kaiser anvertraute, die beste Aufnahme. Freilich verzichtete der Herzog selbst nicht darauf, in beständiger Fühlung mit dem kaiserlichen Hofe zu bleiben und auch hier für sich zu werben; die Wiederherstellung des Herzogtums hatte er aber ausschließlich der Zuverlässigkeit Schwedens zu verdanken. Schritt für Schritt mußten die Kaiserlichen nachgeben. Bald wurde die Einräumung der Klöster grundsätzlich zugestanden; doch sollten acht derselben, in erster Linie die in den umstrittenen Herrschaften Achalm, Staufen und Blaubeuren gelegenen das Lösegeld für die andern bilden. Die acht waren Lorch, Adelberg, Blaubeuren, Pfullingen, Maulbronn, Herren-

Digitized by Google

alb, St. Georgen, Reichenbach. Es war günstig, daß unter den katholischen Orden selbst ein Kampf um die Klöster entbrannt war: die Jesuiten und die von ihnen vorgeschobenen Kapuziner suchten den Besitz derselben den gemäßigteren Benediktinern und Cistercienſern wegzuschnappen. Das Kriegsglück der Schweden und Franzosen im Sommer 1646 trieb viele Äbte in die Flucht. Für Maulbronn trat Frankreich, das es um Hilfe angerufen, entschieden ein; von kaiserlicher Seite wurde daher dieses Kloster am leichtesten preisgegeben. Endlich drehte sich der Streit nur noch um St. Georgen und Reichenbach, deren Prälaten besonders ausdauernd waren, und um Blaubeuren, über welches Östreich die Schirmherrschaft beanspruchte. Für die Herrschaft Heidenheim gestand Bayern das Recht der Wiedereinlösung, zuerst um 500 000 Gulden, nachher um die Hälfte, zu. Weil jedoch Schweden eine solche Rückkaufsumme als ein seine Ehre kränkendes Strafgeld ansah, das Herzog Eberhard für seine Verbindung mit ihm auferlegt werden wolle, wurde auch diese Forderung fallen gelassen. Ein kleines Zwischenspiel in den Friedensverhandlungen hatte das Auftreten des Prinzen Roderich gebildet, der gleich seinem Vater, dem einstigen Administrator Julius Friedrich, sich eine eigene Herrschaft an den Grenzen Württembergs ergattern wollte.

So standen die Dinge zur Zeit des Ulmer Waffenstillstandes. Dessen Aufkündigung brachte Württemberg neue Unruhe. Im September 1647 plünderten die Schweden Weilheim u. T. Am Anfang des Jahres 1648 besetzten sie Göppingen, das eben hatte Bayern aufnehmen müssen. Andere Regimenter lagen in Winnenden, Backnang, Murrhardt, Münsingen, Blaubeuren. Im Frühjahr sammelte sich das ganze französisch-schwedische Heer im Lande zu neuem Einfall in Bayern. Über Geislingen und Ulm zog es unter entsetzlichen Verheerungen nach Augsburg. In dessen Nähe kam es zur letzten Schlacht während des ganzen Krieges (17. Mai); sie war für die Angreifer glücklich. Im Sommer hausten die Schweden besonders in Oberschwaben, — auf dem Bodensee hatten sich Kriegsflotten gebildet; die Franzosen machten im Herbst noch einen Streifzug durch Württemberg und stürmten und verbrannten die Reichsstadt Weilderstadt (22. Oktober). Das war die letzte kriegerische That, durch welche das Herzogtum Württemberg in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Verhandlungen in Münster und Osnabrück führten eben zum Frieden (24. Oktober). Der württembergische Gesandte Varnbüler hatte sich allgemeine Achtung zu erringen gewußt. Im Friedensvertrag selbst fertigte er die Württemberg betreffenden Abschnitte mit der peinlichsten

Digitized by Google

Genauigkeit aus: kein Dorf und kein Recht, auf das der Herzog noch Anspruch machen konnte, wurde vergessen. Der Übersichtsplan, den Varnbüler über die in den ganzen Friedensvertrag aufzunehmenden Punkte aufgestellt, zeugt von einem wahrhaft großartigen Einblick in die verworrene Masse der so vielseitigen Streitigkeiten. Die Macht freilich legte Schweden in die Wagschale, dem es als Ehrensache galt, daß dem Herzog von Württemberg kein Bauer verloren gehe. Daß die Bestimmungen des Friedens bezüglich des Herzogtums trotz der verschiedensten Gegner so unanfechtbar wurden, ist Varnbülers Verdienst. Ihm vertraute auch der Kaiser die Aufgabe an, das allgemeine Friedensausschreiben zu verfassen.

Zur Beschleunigung des Friedensvollzugs hatte Herzog Eberhard sich an die Landschaft gewandt, welche die nötigen Gelder bereit halten sollte. An der von Schweden beanspruchten Kriegsentschädigung trafen Württemberg gegen 140 000 Gulden und für die Entfernung der allerlei Gäste waren noch ziemliche Summen in Aussicht zu nehmen. Die Landschaft wußte keinen andern Rat mehr, als daß sich der Herzog an Conrad Wiederhold wenden solle, der große Schätze angehäuft habe.

Digitized by Google

XI. Abschnitt.

Herzog Eberhard III. nach dem westphälischen Frieden.

1648—1674.

Am 12. November 1648 wurde in Württemberg das Dankfest für den Friedensschluß veranstaltet; aber noch dauerte es zwei Jahre, bis das Land geräumt war, und mehr als einmal schien es, als ob die Flammen des Kriegs noch einmal ausbrechen wollten, um vollends alles zu verzehren. Thatsächlich stieg jetzt, wo der Staat seine Ansprüche an die Steuerkraft der Bürger wieder mit Entschiedenheit geltend machte, die Not vielfach noch höher als in der Kriegszeit und trieb zahlreiche Einwohner zur Auswanderung. Die Verhandlungen über die Ausführung der Friedensbestimmungen schritten um so langsamer vorwärts, als jeder Teil dem andern mißtraute; in Württemberg machte Schweden die Räumung der festen Plätze durch die Kaiserlichen und die Bayern zur Bedingung seines Abzugs und umgekehrt. Varnbüler war eifrig thätig, um die Vollziehung des Friedens zu betreiben; Herzog Eberhard selbst begab sich zu diesem Zwecke nach Nürnberg. In die Reichsdeputation, welche den Frieden ausführen sollte, wurde auch Württemberg gewählt, und Varnbüler setzte es durch, daß der schwäbische Kreis, um seinerseits Ernst zu machen, einen eigenen Vergleichsausschuß aufstellte.

Am raschesten ging der Rückzug des Erzhauses Östreich: in der Herrschaft Blaubeuren waren dessen Beamte infolge der Annäherung der Feinde schon vor dem Friedensschlusse geflohen; Eberhard durfte nur die seinigen hinschicken. Erzherzog Ferdinand Karl, an den die Ansprüche übergegangen waren, leistete willig Verzicht, so daß auch noch Göppingen und die Grafschaft Achalm am Ende des Jahres wieder württembergisch wurden. Bayern besann sich wegen Heidenheims; da aber Frankreich die

Digitized by Google

Herrschaft besetzt hielt, überließ es dem Herzog von Württemberg, sie von diesem abzufordern. Sonst hatte Bayern noch Hohenurach, Albeck, Schiltach und Hornberg in Händen; erst im Oktober und November 1649 zog es seine Besatzungen daraus zurück. Fast ebenso lange verzog sich die Übergabe des Aspergs durch die Kaiserlichen; sie erfolgte nur, nachdem die Schweden Lindau und Überlingen geräumt. Noch langsamer setzten die befreundeten Mächte, Frankreich und Schweden, den Fuß aus dem Lande, nicht zum Mißfallen Eberhards, der fürchtete, nach ihrer Entfernung ganz unbeschützt zu sein. Zwar übergab der französische General Türenne dem Herzoge aus persönlicher Liebenswürdigkeit sogleich die Schlösser Tübingen und Hellenstein; aber im Herzen des Landes blieb Schorndorf vorenthalten und außerdem der Hohentwiel, dessen Befehlshaber sich alle Mühe gab, jetzt sein Verhältnis zu Frankreich zu lösen und zu dem alten Herren zurückzukehren. Dazu kam die offene Absicht Frankreichs, Mömpelgard unter seine Oberhoheit zu bringen. Bei der Fortdauer des Krieges zwischen Frankreich und Spanien, bei der Erbitterung des ersteren darüber, daß das letztere noch das kurpfälzische Frankenthal besetzt hielt, schien hier der gefährlichste Zündstoff zu liegen. Nachdem Württemberg noch lange genug Kriegsgelder nach Philippsburg, Breisach, Stollhofen wie nach Heilbronn und Schorndorf hatte liefern müssen, gab endlich Frankreich, um in der bedrohlichen Lage den Herzog von Württemberg für sich zu gewinnen, Schorndorf und Hohentwiel preis. Am 14. Juli 1650, nicht lange nachdem der Nürnberger Exekutionsreceß zu stande gekommen, konnte Wiederhold seine wohlgerüstete Feste wieder dem alten Herrn zustellen. Er hatte auch während der letzten Kriegsjahre durch kühne Streifzüge die weite Gegend in Schrecken versetzt und seiner kleinen Schar Unterhalt verschafft. Herzog Eberhard erkannte dankbar an, daß er ihm durch Tapferkeit und kluge Staatskunst die so heiß umstrittene Burg gerettet, ernannte ihn zum Obervogt von Kirchheim und verlieh ihm das Gut Neidlingen. Wenige Wochen nach den Franzosen verließen die letzten Schweden das Land, da die Entschädigungsgelder allmählich zusammen gebracht worden waren. Für die leeren Festungen schenkten sie noch einige Geschütze.

Hatten die Klöster schon während der Friedensverhandlungen sich heftig gegen ihre Aufhebung gesperrt und erklärt, daß sich ihre Insassen eher tot schlagen lassen als weichen wollten, so machten sie auch nach dem Frieden keine Anstalten zum Nachgeben. Die meisten beriefen sich auf den Mangel an Befehlen ihrer Oberen; ein Teil hoffte immer noch von Frankreich Hilfe. Da aber die sofortige Rückgabe der Klöster einer der

Digitized by Google

Punkte war, auf welchen Schweden am entschiedensten bestand, so mußte der Kaiser selbst die Weisung geben, die Sache ins Werk zu setzen. Die Beauftragten gingen ernstlich vor: so zwangen sie, noch während Tübingen von den Franzosen besetzt war, im Januar 1649 die dort sich aufhaltenden Äbte von Bebenhausen und Königsbronn zum Verzicht. Der Bischof von Constanz, der über das ohne seine Beiziehung erfolgte Vorgehen erzürnt war, mußte trotzdem Denkendorf herausgeben und machte nur zur Bedingung, daß er vor Angriffen von Hohentwiel aus geschützt werde. Manche Äbte räumten noch vieles aus den Klöstern weg; namentlich wurden die Urkunden bei Seite geschafft und trotz den Bestimmungen des Friedens nicht zurückgegeben, sondern so versteckt, daß sie zum Teil erst in neuerer Zeit wieder aufgefunden wurden.

Durch die Hilfe des Kaisers ging es mit der Übergabe der Klöster und Stifte verhältnismäßig rasch. Doch wußten sich die Äbte in den neuen Wechsel so wenig zu finden, daß noch 1658 durch die von Hirsau und Blaubeuren nachträglich Urkunden angefertigt wurden, welche ihre beiden Klöster als Eigentum der reichsunmittelbaren Abtei Weingarten erweisen sollten. Dagegen hatten die Erfahrungen vor und nach dem Frieden die Wirkung, daß das Stift St. Blasien seine mit erklecklichen Lasten beschwerte Probstei Nellingen (bei Eßlingen) gegen ihr bequemer gelegene Besitzungen an Württemberg überließ. Das Einzige, was dem Herzogtum dauernd abgenommen blieb, war die einst an Herzog Friedrich verpfändete Herrschaft Oberkirch. Das Stift Straßburg glaubte, auf Versprechungen des Kaisers gestützt, dieselbe ohne Weiteres behalten zu können; zum Schlusse mußte es wenigstens eine befriedigende Ablösungssumme bezahlen.

Am 1. Dezember 1650 wurde Herzog Eberhard wieder sein ganzes Land als Reichslehen verliehen, nach einigen Tagen auch Mömpelgard, das freilich unter den Gewaltthätigkeiten Frankreichs noch lange zu leiden hatte. Eberhards Gesandte zu Wien waren der Landhofmeister Graf von Kastell und der Geheimerat Varnbüler, dessen Verdienste um das Friedenswerk vom Kaiser bei dieser Gelegenheit durch Erneuerung seines alten Adels, eine goldene Gnadenkette und die Pfalzgrafenwürde anerkannt wurden; die letztere begriff das Recht in sich, den Adel zu verleihen, Doktordiplome auszustellen, Notare zu ernennen und Dichter zu krönen. Herzog Eberhard selbst hatte ihm Hemmingen zu Lehen gegeben. Einige Ämter mußte der Herzog seinen beiden Brüdern zur Nutznießung überlassen: Friedrich, der einst für ihn so wacker in Wien thätig gewesen und dann bis zum Ende des Kriegs in französischen und hessischen Diensten gestanden, erhielt Neuen-

Digitized by Google

stadt, Möckmühl und einen Teil von Weinsberg. Dessen Söhne Friedrich August, Ferdinand Wilhelm und Karl Rudolf gehören zu den glänzendsten Erscheinungen auf den Schlachtfeldern der nächsten europäischen Kriege; der Stamm erlosch schon mit dem letztgenannten (1742). Der jüngere Bruder Eberhards, Ulrich, erhielt Schloß Neuenbürg.

Der äußere Zustand des Landes wies die schrecklichsten Spuren von dem langen Kriege auf. Eine Zusammenstellung, welche 1652 gefertigt wurde, nennt als Verlust an waffenfähigen Männern 57700, als verbrannt oder zu Grunde gerichtet 8 Städte, 45¼ Dörfer, 67 Kirchen, 160 Pfarr- und Schulhäuser, 320 Staats- und Gemeindegebäude, darunter eine große Anzahl Schlösser, 36000 Häuser und Scheunen. Selbst in bevölkerte Ortschaften wagten sich die Wölfe; in Obertürkheim holten sie sich mehrmals Kinder zum Fraß. Noch 1655 mußte jeder Förster jährlich zwei erlegte Wölfe abliefern. Der Verlust an Geld wurde für die Jahre 1628—1650 auf über 200 Millionen Mark berechnet. Die Unterthanen und die Gemeinden waren verarmt, die Silberschätze der Rathäuser eingeschmolzen. Bettelei, Landstreicherei, Diebstahl und Betrug wurden kaum schwer genommen. Die sittlichen Begriffe der Masse verwirrten sich völlig; allerlei Laster und Liederlichkeit gingen immer mehr im Schwange. Als Rückschlag gegen die Drangsale breiteten sich Prunk- und Genußsucht aus. Die Beamten waren in dem Durcheinander des Krieges mit schlechtem Beispiel vorangegangen; die Geistlichkeit, die sich im allgemeinen sehr opfermutig und gewissenhaft gezeigt, war zu großem Teile Mißhandlungen, Krankheiten und Entbehrungen zum Opfer gefallen.

Es war eine schwierige Aufgabe, die Wunden zu heilen und das Volk wieder auf eine höhere Stufe zu heben. Herzog Eberhard hatte tüchtige Räte, die sich große Verdienste auf diesem Gebiete erwarben. Da war Nikolaus Myler aus Urach, ein vielgereister, angesehener Rechtslehrer, vom Kaiser unter dem Namen von Ehrenbach geadelt, der sich des Bildungswesens mit Geschick annahm; Georg Wilhelm Bidembach von Treuenfels aus Tübingen, der mit zäher Beharrlichkeit durchsetzte, was er für gut erkannt hatte und dabei — ein Wunder in seiner Zeit — jegliche Geschenke, durch die man ihn beeinflussen wollte, zurückwies; ferner der Vicekanzler Daniel Imlin, ein Mann von eisernem Fleiße, und der menschenfreundliche Dr. Friedrich Jäger, der im Rufe stand, daß er sich des Anliegens von jedermann annehme.

Die Regierung verzichtete auf umfassendere Ordnungen und erließ dafür zahllose Einzelvorschriften, die allmählich alle Lagen des Lebens be-

Digitized by Google

rührten. Es war entschuldbar, daß das Bedürfnis nach polizeilicher Erziehung und Beaufsichtigung eines entarteten Geschlechtes wieder zu kleinlicher Bevormundung führte. Die zerfahrene Art der Gesetzgebung hat sich aber fast ein Jahrhundert erhalten.

Die Wiederbevölkerung des Landes erfolgte teils durch Rückkehr der Flüchtigen teils durch Einwanderung aus benachbarten Gegenden, besonders der Schweiz. Auch zahlreiche abgedankte Soldaten, worunter eine ziemliche Anzahl von Schweden gewesen sein soll, ließen sich in Württemberg nieder; bald kamen aus Östreich vertriebene Protestanten hinzu. Noch machte sich der Widerstreit zwischen den Anschauungen der Regierung und der Bürgerschaft geltend: jene wollte, wie schon während des Krieges, durch Gewährung von Vorteilen und durch Nachsicht die Fremden gewinnen, diese betrachtete sie als Eindringlinge und legte ihnen alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg. Bei der großen Zahl der unbebauten Güter behielt die Regierung Recht.

Dennoch dauerte es etwa 25 Jahre nach dem Friedensschluß, bis die Felder die Spuren der Verödung verloren hatten. Um der leidenden Landwirtschaft aufzuhelfen, griff man in Fehljahren zum Verbot der Ausfuhr, in Jahren des Überflusses zur Beschränkung der Einfuhr und zur Festsetzung eines Preises, unter dem die Frucht nicht verkauft werden sollte. Für Fälle der Not mußten die Fruchtkästen der Gemeinden wieder gefüllt werden. Besonders empfindlich schien in Jahren des Fruchtüberflusses das Mißverhältnis zwischen dem Erträgnisse der Industrie und demjenigen der Landwirtschaft — eine Klage, die sich durch Jahrhunderte wiederholt und sich so lange wiederholen wird, als die Hauptvoraussetzungen für beide, die menschliche Geschicklichkeit und die Gunst oder Ungunst von Witterung und Boden, verschiedene Dinge bleiben.

Fast wichtiger als der Bau der Feldfrüchte war für den Wohlstand des Landes der Weinbau; war doch der Wein das hauptsächlichste Erzeugnis für den Handel nach auswärts. Auch ihm half man in ertragsreichen Jahren durch Verbot fremder Weine; nachhaltiger war, daß geringe Sorten von Reben ausgehauen und daß bessere Weine nicht als neue verkauft werden durften, sondern in den Keller gelegt werden mußten. Zur Förderung des Weinbaus und Weinhandels ging man so weit, das Brauen von Bier auf fünf Städte zu beschränken, ja sogar in einzelnen Jahren das Mosten des Obstes zu verbieten, damit ja nicht der Obstmost in den Wein geschüttet würde. Andererseits erkannte man die Bedeutung des Obstbaus so sehr an, daß befohlen wurde, alle noch nicht vierzigjährigen Männer

Digitized by Google

sollen auf der Allmand einen, alle neu aufgenommenen Bürger zwei Obstbäume pflanzen.

Die Gewerbe wurden mit zahlreichen Ordnungen bedacht. Um die Handwerker nicht gegenüber den Bauern gar zu üppig werden zu lassen, suchte man ihre Preise durch amtliche Taxen einzuschränken, die mit Rücksicht auf den Wert der Lebensmittel angesetzt wurden. Durch besondere Verabredungen, auf deren Bruch eine Strafe stand, wußten die Gewerbetreibenden die Taxen zu umgehen. Der Hausierhandel und der Wettbewerb von Ausländern wurde fast nur für im Lande selbst fehlende Erzeugnisse zugelassen. Der Zunft der Kaufleute wurden weitläufige Vorschriften gegeben, welche die Ehrlichkeit im Handel gewährleisten sollten. Maße und Gewichte unterlagen, wie heutzutage, unvorhergesehenen Nachprüfungen.

In Verwaltung und Rechtspflege galten im Wesentlichen die alten Ordnungen; nur wurde ihre Handhabung eingeschärft. Die Ämter — zu Eberhards III. Zeit 77, worunter 15 Klosterämter — hatten das Recht freiester Selbstverwaltung. Die oberste Regierungsbehörde, der Regimentsrat, wurde zum Geheimen Regimentsrate, nachher zum Geheimen Rate erhoben; sie bestand aus Landhofmeister [1]), Kanzler, drei adeligen und drei gelehrten Räten. Als niedere Gerichte bestanden noch die Stadt- und Dorfgerichte, von denen an die Obergerichte zu Stuttgart und Tübingen und weiter in peinlichen Sachen an den Oberrat, in bürgerlichen an das Hofgericht Berufung eingelegt werden konnte. Das letztere war während des Kriegs in Abgang gekommen und jetzt neu besetzt mit dem Präsidenten, zwei Adeligen, vier Gelehrten und zwei von der Landschaft. Den Rechtsanwälten wurde befohlen, keine unnötig langen Schriftstücke abzufassen, sondern sich kurz und deutlich auszudrücken; der Anhäufung derselben an den Hauptgerichtssitzen zu Stuttgart und Tübingen wurde zu Gunsten der Amtsstädte gesteuert. Überhaupt suchte man den Gang der Rechtsgeschäfte zu beschleunigen und zu vereinfachen. Die Anwendung der Folter in peinlichen Prozessen wurde nicht mehr dem Ermessen der Stadtgerichte überlassen, sondern von der Genehmigung des Oberrats abhängig gemacht.

Als Beispiel für den Geist der Verwaltung und die Stellung der Unterthanen diene das Klosteramt Reichenbach. Das frühere Kloster ist noch durch den Burgfrieden geschützt; wer ihn bricht, indem er dort eine Waffe zückt oder jemand verwundet, von dem ist eine Hand und ein Fuß

---

1) 1668 verschwindet der Landhofmeister. An seine Stelle tritt im Geheimen Rate der Präsident, während im Oberrate der Kanzler den Vorsitz übernimmt.

Digitized by Google

verfallen. Auch wer im Gasthaus gegen einen andern durch That oder Worte frevelt, wird besonders schwer mit 13 Gulden bestraft, während dasselbe Vergehen an nicht geschütztem Orte nur 2 Gulden kostet, es sei denn, daß durch einen dazwischen Kommenden Friede geboten worden wäre. Wehe dem, der schon einmal wegen Körperverletzung bestraft war und eidlich hatte für die Zukunft Frieden geloben müssen; schlug er auch nur jemand blutrünstig, so hatte er sein Leben verwirkt und sollte mit dem Schwerte gerichtet werden. Zuständig war das Malefizgericht in der nächsten Amtsstadt; die bloßen Polizeistrafen verhängte das mit 12 Bürgern besetzte Ortsgericht. Die gewöhnliche Steuer des ganzen Klosteramtes betrug nicht mehr als 250 Gulden, wovon übrigens das Kloster selbst nichts bezahlte, während die Mühlen und Höfe für je 100 Gulden Kaufpreis mit 15 Kreuzern eingeschätzt waren. Um so häufiger waren die von den Landtagen besonders bewilligten Umlagen für Reichs-, Kreis- und Landesangelegenheiten, um so zahlreicher die verschiedensten Lasten. Außerdem daß auf jedem Besitztum ein Grundzins ruhte, mußte der Klosterverwaltung der große Zehnte von allen Früchten geliefert werden, der Heu- und Öhmdzehnte, der kleine Zehnte von Obst, Rüben, Kraut, Zwiebeln, Kirschen, Flachs, Hanf; statt des kleinen lebenden Zehnten durften für das Füllen 2, für das Schwein 1 Kreuzer, für ein Kalb, für einen Bienenschwarm, für Honig und Wachs nur 3 Heller (3/4 Kreuzer) bezahlt werden. Jeder Unterthan hatte jährlich einen Tag zu mähen und einen zu heuen oder dazu einen Mann zu stellen. Die Verwaltung reichte diesen Frohnern Morgens eine Suppe oder Haberbrei, Mittags Suppe und Gemüse, Nachmittags Käse und Brot, Abends ein Stück Schwarzbrot. Für die Einfuhr von Klosterwein und Zehentfrüchten erhielten die Frohnbauern eine angemessene Vergütung; bei Anlage von Straßen, Weihern und bei amtlichen Bauten wurden die Handfrohnen durch 6 Kreuzer, die Fuhrfrohnen mit sechs Ochsen durch 24 Kreuzer täglich vergütet. Von den Gutspächtern wie von den Taglöhnern fiel nach dem Tode der Klosterverwaltung das beste Stück Vieh oder wenigstens das beste Kleid heim; ebenso von den Leibeigenen, die zudem den jährlichen Leibzins und bei der Verheiratung eine Scheibe Salz zu reichen hatten. An Umgeld waren von 6 Imi je 2 Maß nebst 24 Kreuzern zu erlegen; auf den zwei Jahrmärkten wurde den Krämern und den auswärtigen Viehhändlern ein kleines Standgeld abgenommen. Der Zoll von Früchten und Waren gehörte unmittelbar dem Herzog; ihm stand auch die Jagd zu; nur durften die Klosteramtleute Rehe, Hasen und Füchse schießen lassen und stand es den Unterthanen frei,

Digitized by Google

Krammets- und andere kleine Vögel zum Vergnügen zu fangen, wenn sie dieselben dem Verwalter ablieferten. Selbst aus den verpachteten Fischwassern mußte der Fang auf Begehren dem Amt oder dem Herzog abgegeben werden, das Pfund Forellen oder Saiblinge um 8, das Pfund Lachs um 5 Kreuzer. Damit die Güter emporgebracht würden, durfte Futter und Stroh nicht verkauft werden. Zum Schutze der Häuser vor Feuersgefahr waren steinerner Unterbau, starke Kamine, mit Platten oder gutem Schutt besetzte Küchenböden vorgeschrieben; Wäschen waren auf die Waschstätten außerhalb der Häuser beschränkt; statt der in den Wohnungen gebräuchlichen Kienlichter waren für Ökonomieräume Laternen vorgeschrieben; die Reinigung der Kamine, die Beschaffung von Feuerleitern und Kübeln war geregelt.

Gegen das zahllose herumstreifende Gesindel und die gleichfalls räuberischen Zigeuner wurde im ganzen Lande scharf eingeschritten. Im Notfall sollte die Sturmglocke geläutet und die bewaffnete Mannschaft aufgeboten werden.

Eine sehr eingehende Bauordnung gab zweckmäßige Anweisungen zur Einhaltung von einer Art Ortsbauplan zum Schutz gegen Feuersgefahr, zur Verhütung von Nachbarrechtsstreitigkeiten. Für die Apotheker wurde eine neue Taxe aufgestellt; gegen Kurpfuscher wurde eingeschritten; gegen das Eindringen von Seuchen wurde Reinlichkeit empfohlen, der Eintritt in das Land aus angesteckten Gegenden verboten, Beobachtung der Reisenden eingeführt, Vorsorge für Krankenräume getroffen. Auch bei Viehseuchen ergingen Ein- und Durchfuhrverbote und Befehle zur Absonderung der kranken Tiere. Dem Schutz des Wildes wurde große Aufmerksamkeit gewidmet; doch bewirkten die vielen Klagen über Wildschaden Verminderung durch planmäßige Jagden. Als Wohlthat wurde dabei empfunden, daß zu diesen nur Leute aus der Nachbarschaft und auch diese nicht auf zu lange Zeit als Treiber verwendet werden durften, — die gegenteilige Übung hat zu großem Teile verursacht, daß später König Friedrich beim Landvolk so verhaßt geworden ist.

Am ausgiebigsten war der Natur der Sache nach das Gebiet der Sittenpolizei. Nach den Notjahren war man nur zu leicht geneigt, in das Gegenteil zu verfallen. Sobald man wieder Gelegenheit hatte, überboten sich die einzelnen Stände im äußeren Auftreten, um so mehr, als die Nachahmung französischer Sitten zum guten Tone gehörte. Die Regierung suchte der Üppigkeit zu steuern; den Bauern und Arbeitern wurde verboten, Gold, Silber, Seide und Perlen oder ausländische Hüte zu tragen; ihre

Digitized by Google

Kleidung sollte aus Leder, Zwilch, Leinwand und gewöhnlichen Tuchen bestehen; nur ihren Töchtern wurden seidene Haarbänder und Gürtel erlaubt. Bei den einfachen Bürgern und Handwerkern durfte der Preis der Elle Tuch schon 1 Gulden 15 Kreuzer betragen; ihre Frauen und Töchter sollten nicht mehr als 6 Gulden für einen Hut ausgeben, bescheidene Halsketten und Armspangen tragen, jedoch zu reicheren Gürteln und Haarbändern berechtigt sein. Für die wohlhabenderen Bürger, Kaufleute und Ratspersonen wurde der Höchstpreis der Elle Tuchs auf $4\frac{1}{2}$ Gulden festgesetzt; dagegen wurden ihnen und den Ihrigen Sammt, Damast und Atlas, allerlei englische und spanische Tücher, mit Gold, Silber und Spitzen geschmückte Kleider freigegeben. Die höheren bürgerlichen Beamtenfamilien durften sich mit halbseidenen Zeugen, taffetenen Ehrenkleidern und goldenen Ringen schmücken; goldene Armbänder und Halsketten, feinere Mützen, Schuhe und Pelze waren, wie das Tragen von Haarlocken, dem Adel vorbehalten. Zugleich wurde gegen das Mitmachen der so oft wechselnden, schamlosen Mode geeifert und die alte, ehrbare deutsche Tracht empfohlen. Man ging soweit, den Frauen für den Besuch der Kirche die Schauben wieder vorzuschreiben. Um das gute Geld, welches für Borten, Fransen, Spitzen, übersponnene Knöpfe ins Ausland floß, zurückzuhalten, wurde solchen Erzeugnissen überhaupt das Land gesperrt.

Auch im Essen und Trinken war ein starkes Übermaß eingerissen und doch war man hier vorher schon an ziemlich viel gewöhnt. Die Regierung beschränkte daher die Gänge bei festlichen Mahlzeiten für die Bauern und gewöhnlichen Bürger auf sechs, für die vermöglicheren auf acht, und für die Beamten auf zehn. Das neu aufgekommene Tabakrauchen wurde als schädlich und feuergefährlich eine Zeit lang ganz verboten.

Zur Unterdrückung der Sonntagsentheiligung und der Gotteslästerung wurden besondere Aufpasser aufgestellt; leichtfertiges Spiel wurde verboten, das Tanzen sehr erschwert. Die ungemein verbreitete Unzucht wurde mit schweren Strafen bedroht, zum Beistande der Lehrer gegen die heillose Verwilderung der Jugend wurden die Beamten aufgefordert. Infolge der gestiegenen Raufluft wurde zuerst den Handwerksburschen, dann auch den Weingärtnern, Bauern und Knechten das Tragen von Degen und sonstigen Hieb- und Stoßwaffen untersagt. Bei der Ausführung solcher Verordnungen ging es freilich so wie bei vielen Landes- und Reichsgesetzen: die Stellen, von denen sie ausgingen, begnügten sich mit der papierenen That und kümmerten sich wenig um die Wirkung.

Zur sittlichen Hebung des Volkes wurde die Volksschule eifrig ge-

Digitized by Google

pflegt, da sie den größten Teil der Bürger auszubilden habe. Die Schulpflicht wurde eingeschärft, die Sommerschule, wenn auch mit geringerer Stundenzahl, neben der Winterschule wieder hergestellt; für den Lehrgang wurde wenigstens vorgeschrieben, daß das Lesen dem Auswendiglernen voranzugehen habe. Die Stellung der Schulmeister wurde dadurch gebessert, daß dieselben von den Gemeinden nicht ohne Grund entlassen werden durften, während sie seither immer nur auf ein Jahr angestellt waren. Der ungesunde Andrang zu den Lateinschulen veranlaßte die Aufforderung an die Lehrer, unbegabte Knaben zum Erlernen eines Handwerks anzuhalten. Von den Klosterschulen wurden Blaubeuren und Hirsau als niederere, Bebenhausen und Maulbronn als höhere nach der alten mönchisch strengen Regel wieder hergestellt.

Die Tübinger Hochschule hatte während des Krieges einen guten Teil ihrer Stiftungsgelder verloren. Die Sitten der Studenten waren völlig verwildert; namentlich der Mißbrauch der „Füchse" durch die älteren Burschen war ins Widerliche gestiegen. Eine neue Universitätsordnung von 1652 regelte die Verwaltung und schritt scharf gegen die studentischen Auswüchse ein; sogar die Mensur wurde verboten. Besondere Aufmerksamkeit richtete die Regierung auf die Lehrmittel: die Bibliothek wurde vermehrt und neu eingerichtet, ein botanischer Garten angelegt, der Bau eines anatomischen Theaters befohlen. Auch das theologische Stift, das im Kriege fast ganz untergegangen war und immer noch als ein Kleinod des Landes galt, wurde wieder hergestellt und vergrößert.

Dem Niedergange der Kirche trat vor allem Valentin Andreä entgegen. Schon 1639 hatte er in seiner Cynosura einen Auszug aus sämtlichen im Herzogtum giltigen kirchlichen Verordnungen zusammengestellt, um Mittel an die Hand zu geben, die Kirche und namentlich die Kirchenzucht zu bessern. 1642 waren auf seine Anregung die Kirchenkonvente eingesetzt worden, welche die religiösen und sittlichen Zustände in den Gemeinden beaufsichtigen sollten. Auch sie stellten ihre geheimen Aufpasser an, erzielten aber nur langsam eine Wirkung; durch ihre Thätigkeit kamen sie manchfach in Streit mit den weltlichen Beamten. Sogar die Wiedereinführung der Kirchenzensur setzte Andreä durch, das Recht der Geistlichen, anstößige Gemeindeglieder zu verwarnen und zu strafen, im äußersten Falle sogar mit Ausschluß aus der Kirche. Im übrigen wurden die alten Ordnungen wieder an das Licht gezogen: die große Kirchenordnung wurde neu herausgegeben, der Synodus wieder regelmäßiger einberufen. In den gottesdienstlichen Gebräuchen wurde Gleichartigkeit vorgeschrieben, das ge-

Digitized by Google

waltthätige Verhalten vieler Geistlichen gerügt. Die Türkengefahr veranlaßte eine Vermehrung der Gottesdienste durch Einführung der Buß- und Bettage.

Den Aberglauben bekämpfte die Regierung, indem sie auf das Segensprechen strengere Strafen setzte, altertümliche Gebräuche, wie die Johannisfeuer, abschaffte und angebliche Wunder und Gesichte sofort gründlich untersuchen ließ. Doch sollte noch immer gegen Hexerei gepredigt werden, da man solche für möglich hielt; und so oft Kometen am Himmel erschienen, wurden die Gläubigen zwar auf deren natürliche Ursachen, aber auch auf ihre höhere Bedeutung als Ankündiger von Heimsuchungen hingewiesen.

Für die Landschaft war ein Hauptanliegen die Regelung der ins Ungemessene gestiegenen Schulden des Landes und der Privaten. Da ein Versuch, durch den Reichstag eine allgemeine Herabsetzung der Schulden und Nachlaß der Zinsen beschließen zu lassen, fehlschlug, legte sich die Landschaft von sich aus auf Verhandlungen mit den Gläubigern; es gelang die vor 1654 verfallenen Zinsen aus $4\frac{1}{2}$ Millionen Gulden ganz abzuschütteln und die weiteren auf die Hälfte herunterzudrücken. Den Gemeinden wurde einfach befohlen, die schuldigen Zinsen erst von 1656 an wieder voll zu bezahlen; bis dahin wurden auch die Privatleute von ihren Verpflichtungen befreit; doch mußten sie dann die Hälfte der verfallenen Zinsen von 1650 ab nachholen. Es waren gewaltthätige, aber nicht unbillige Maßregeln, ohne welche geordnete Verhältnisse im Lande kaum herzustellen waren.

Bei der großen Überschuldung des Kammerguts mußte die Landschaft hier gleichfalls Zuschuß leisten; sie verstand sich zur Bezahlung von drei Millionen Gulden und versprach, die in Straßburg verpfändeten herzoglichen Stammkleinodien einzulösen. Dabei bedangen sich aber die Stände aus, daß der Herzog in Zukunft keine Schulden mehr mache. Um die bewilligten Summen aufzutreiben, ließ man die Accise, die aufgehoben und wieder eingeführt worden war, weiter bestehen und erhöhte noch die Steuern durch eine neue Ablösungshilfe. Die seit wenigen Jahrzehnten zur Erleichterung des armen, mit vielen Gülten beladenen Landmanns eingeführte Kapitalsteuer, welche von Fremden und Einheimischen gerne umgangen wurde, sollte strenge eingetrieben werden. Vergebens hatte der Landtag verlangt, daß das erschöpfte Kammergut selbst ein Viertel der Lasten trage; auch das Kirchengut war zu sehr zusammengeschrumpft, um in der alten Höhe beigezogen zu werden. Die Forderung, die Dienstboten, weil sie im Laufe der letzten 15 Jahre ihren Lohn auf das Doppelte

Digitized by Google

hinaufgetrieben hätten, mit einer besonderen Kopfsteuer zu belegen, wurde fallen gelassen. Herzog Eberhard seinerseits verzichtete auf die den Ständen angesonnene Verzinsung der Kammerschulden.

Nicht so glatt wie mit der Steuerbewilligung ging es mit dem zweiten wichtigen Gegenstand, über den die Stände mitzureden hatten, dem Militär. Überall empfand man als Notwendigkeit, eine stehende Truppe für alle Fälle bereit zu halten. Auch Herzog Eberhard wollte die 180 Mann, die er mit Hilfe der Landstände noch auf den Beinen hielt, vermehren. Da er aber als Grund dafür den Schutz vor dem herumstreifenden Gesindel angab, machte die Landschaft mit einem gewissen Rechte geltend, daß dazu die Bürger aufgeboten werden könnten. Statt in diesem wichtigen Punkte Beharrlichkeit zu zeigen, warf sich Herzog Eberhard auf einen ziemlich zwecklosen Lieblingsplan: Freudenstadt, das einst sein Großvater erbaut, sollte zu einer Hauptfestung des Landes gemacht werden. Wieder weigerte sich die Landschaft, die Kosten zu übernehmen; sie erklärte überhaupt, daß die Beschlüsse des Reichstags wegen Unterhaltung der Festungen für sie nicht bindend seien, da dieselben den Landesfreiheiten zuwiderlaufen. Der Herzog setzte seinen Plan, sobald er selbst Mittel dazu aufbringen konnte, ins Werk; zu spät stellte sich heraus, daß die Lage der Stadt für eine Festung ganz ungeeignet war. So blieb Württemberg auf die Landmiliz angewiesen. Zu ihrer Wiederherstellung und besseren Ausbildung rief Eberhard den kriegserprobten Georg Friedrich vom Holtz aus bayerischen Diensten zurück und ernannte ihn zum Generalfeldzeugmeister. Am Ende des Jahres 1652 war die Neuordnung soweit fortgeschritten, daß eine Musterung der Landesdefensionsvölker vorgenommen und jeder Kompagnie eine Fahne verliehen werden konnte. Im Ganzen waren es 32 zu Fuß und 17 zu Pferd. Jene waren in 4 Regimenter [1]) eingeteilt und je zur Hälfte mit Musketen und mit Piken bewaffnet; doch verminderten sich die letzteren bald gegenüber den ersteren. Die Reiter trugen Karabiner. Fast ausschließlich beim Festungskrieg wurden die meist irdenen mit Pulver gefüllten und mit einem Zünder versehenen Handgranaten gebraucht, die fest genug sein mußten, um nicht beim Auffallen

---

[1]) Die Stärke des Regiments Fußvolk wechselte sehr; 1663 betrug sie etwa 1800, 1673 nur 1000 Mann. Im ersteren Jahre waren unter 58376 männlichen Württembergern 33685 landwehrpflichtig (17.—55. Jahr), wovon 9000 zum eigentlichen Dienst ausgewählt, davon 1690 zur Reiterei. Die Reiterkompagnieen, die ursprünglich den Fußregimentern zugegeben waren, aber schon 1673 drei Regimenter bildeten, bestanden aus etwa 100 Mann.

Digitized by Google

zu zerbrechen. Die Offiziere waren zum geringsten Teile Berufssoldaten. Die Ansprüche, welche an dieselben gemacht wurden, waren sehr klein; so wurde ein achtzigjähriger Lieutenant noch für rüstig genug erachtet, die, freilich unbedeutende, Feste Albeck bei Sulz zu bewachen. Es dauerte länger als ein Jahrzehnt, bis die Reiterei zweimal, das Fußvolk dreimal im Jahre zur Musterung einberufen werden konnte. Daneben sollten etwas häufigere, kompagnieenweise Übungen hergehen, bei denen nach Kriegsgebrauch zu exerzieren und in den Handgriffen zu unterrichten war. In manchen Ämtern bot dies aber so viel Schwierigkeiten, daß die Regierung die Dauer der Einberufung auf einen einzigen Tag festsetzen mußte. Zum Exerzieren wurden gerne die Sonn- und Feiertage verwendet, da man in der Woche Besseres zu thun hatte. Das Schießen wurde auf die bürgerlichen Schießstätten verwiesen.

In einer Zeit, da sonst in Deutschland die Fürstenmacht gegenüber den Ständen sich gewaltig hob oder diese ganz unterdrückte, befestigte sich in Württemberg der Einfluß der Landschaft; und während sonst durch stehende Heere ein sicherer Rückhalt geschaffen wurde, blieb Württembergs Schutz der Landmiliz anvertraut. Die Prälaten und Städtevertreter lebten immer noch des Glaubens, wenn ihr Herzog keine Händel anfange, so thue ihnen niemand etwas zu leide, und wenn doch ein Feind komme, so müsse er, da er nicht gereizt werde, die Unschuld verschonen. Daran, daß das Land auch gegen seinen Willen in alle deutschen Kriege hineingezogen wurde, dachte man nicht oder tröstete sich mit der so trügerischen Hoffnung auf Hilfe vom Reich und Kreis. Wie bitter hat sich der Mangel eines geschulten Heeres schon an den Kindern des damaligen Geschlechtes während der Franzoseneinfälle gerächt!

Die sichtbarste Frucht, welche die durch den westphälischen Frieden gewonnene Landeshoheit dem Herzog Eberhard brachte, war Erhöhung der Pracht und des Glanzes am Hofe. Die Fürsten begannen, sich gegenseitig Durchlaucht zu nennen; der Hofstaat wurde in das Ungemessene gesteigert. Im Dezember 1652 reiste Eberhard mit einem Gefolge von 150 Personen nach Regensburg zum Reichstag. Sein pomphafter Einzug erregte großes Aufsehen, ebenso seine Auffahrt beim Besuch des Kaisers und der Fürsten. Bis der Kaiser dem Reichstage seine Eröffnungen machte, vergingen 7 Monate. In der Zwischenzeit war der Herzog anwesend, wie Ferdinand IV., Sohn des Kaisers, zum König gewählt und gekrönt wurde. Auf dem Reichstage selbst verlangte er dringend die Zulassung schwedischer Gesandter für Vorpommern, da Schweden Schutzmacht für

Digitized by Google

die Protestanten blieb. Seine Forderung, für Mömpelgard eine besondere Stimme führen zu dürfen, wurde erst nach seinem Weggange anerkannt (1654), während der gleiche Anspruch wegen des Herzogtums Teck, das niemals ein eigenes Fürstentum gewesen, zurückgewiesen wurde.

Ein Ausfluß der neuen Landeshoheit war das förmliche Recht, mit fremden Herrschern Bündnisse abzuschließen, wenn sie nur nicht offen gegen das Reich gerichtet waren. Schon 1655 bot Schweden den deutschen Fürsten bewaffnete Unterstützung für die Durchführung der Friedensbestimmungen an; Herzog Eberhard verhielt sich zurückhaltend. Auch als Schweden in den Krieg mit Polen und Dänemark verwickelt wurde, gestattete er ihm, weil der Kaiser die letzteren unterstützte, nur eine heimliche Werbung im Lande (1657). Ernstlicher erhob sich die Frage einer Verbindung mit anderen Mächten nach dem Tode Kaiser Ferdinands III. (2. April 1657). Da der zu dessen Nachfolger gewählte König Ferdinand IV. schon vor ihm gestorben, so war die Bahn frei für allerlei Bestrebungen und Zettelungen. Mazarin suchte die Wahl eines Sohnes des Kaisers zu verhindern. Als dennoch endlich Leopold I. berufen wurde, hatte Frankreich so fest die Hand in den deutschen Angelegenheiten, daß es sofort einen Bund ins Leben rief, der mit seiner Hilfe die noch nicht ausgeführten Abmachungen des westphälischen Friedens nötigenfalls mit den Waffen durchsetzen sollte (August 1658). Diesem ersten rheinischen Bunde traten die Kurfürsten von Mainz, Trier und Köln, der Bischof von Münster, Pfalz-Neuburg, der König von Schweden für seine deutschen Besitzungen, die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg und Landgraf Wilhelm von Hessen bei. Sie sprachen Eberhard ernstlich zu, sich ihnen anzuschließen. Bedenklich genug war die politische Lage: noch dauerte der im westphälischen Frieden nicht gedämpfte Krieg zwischen Frankreich und Spanien; im Norden sandte der Kaiser den Feinden Schwedens Hilfstruppen. Auch durch Württemberg hatte er zur Unterstützung der Spanier Truppen marschieren lassen wollen. Das Herzogtum stand zudem allein da, weil der schwäbische Kreis infolge des dauernden Zwiespalts der Glaubensparteien weder zu Konventen zusammentrat noch einen Kreisobersten erwählte.

Eberhard III. schwankte lange. Trat er bei, so hatte er das Mißfallen des Kaisers zu befürchten, und mußte Lasten auf sich nehmen, zu denen er selbst so unvermöglich wie seine Landschaft unlustig war; blieb er ferne, so schnitt er sich damit selbst die einzige Unterstützung ab, auf die er bei dem drohenden Ausbruch größerer Verwicklungen rechnen konnte.

Digitized by Google

Zudem schien die Verbindung der fremden Mächte mit katholischen wie protestantischen Fürsten eine Bürgschaft dafür zu sein, daß nicht etwa ein dem Kaiser unleidlicher Zweck verfolgt werde. Die herzoglichen Räte fanden, wo der Herzog unentschlossen war, auch keine Entscheidung. In der Verlegenheit sollte der Landtag, da ja ohne dessen Einwilligung keine Bündnisse mehr geschlossen werden durften, den Ausschlag geben. Natürlich verwahrte sich dieser gegen alle Wagnisse. Er konnte sich dabei auf des Herzogs eigenen, staatsklugen und kriegserfahrenen Bruder Friedrich stützen, der hervorhob, daß der rheinische Bund, auch wenn Württemberg nicht auf seiner Seite stehe, das Herzogtum niemals zerstückeln werde, während Österreich jede Gelegenheit benützen würde, sich auf Kosten Württembergs zu vergrößern. Freilich schloß sich die Landschaft dieser Auffassung nur so weit an, als sie ihr bequem däuchte, während sie für Friedrichs entscheidende Forderung, daß das Land sich durch Rüstungen eine starke Stellung sichere, taub blieb. Immer dringender wurden die Mahnungen der Verbündeten, namentlich Frankreichs. Mazarin machte dem Herzoge sogar Vorstellungen darüber, daß er in den österreichischen Vorlanden, die doch nicht zum schwäbischen Kreise gehörten, die Werbungen für den Kaiser nicht verhindere; Schweden schlug, um Eberhard eine Brücke zu bauen, vor, daß von ihm eine unverhältnismäßig kleine Truppenzahl verlangt werde. Erst nachdem Eberhard mit Hilfe einer ausgiebigen Sendung Neckarweins vom neuen Kaiser die Belehnung erhalten hatte, überwand er seine Bedenken. Der pyrenäische Frieden von 1659 beendigte den offenen Krieg Frankreichs mit dem Hause Habsburg und der Krieg im Norden war dem Erlöschen nahe, als der Herzog von Württemberg endlich dem rheinischen Bunde beitrat (4. Februar 1660). Die Räte hatten ihm jetzt mehr Gründe dafür als dagegen zusammengetragen und die Frage, ob die Landesverfassung den Schritt verbiete, wurde kaum mehr aufgeworfen. Die Bundeshilfe, welche Württemberg aufbringen sollte, wurde auf 200 Mann zu Fuß und 100 zu Pferd festgesetzt. Den Ständen blieb nichts übrig, als für die Kosten aufzukommen, obgleich die Reiter gleich zur ständigen fürstlichen Leibwache erklärt wurden, einer Einrichtung, die in Württemberg bis dahin nur Herzog Friedrich, und dieser vergebens, einzuführen versucht hatte.

Groß war die Freude im Lande, als durch den Frieden von Oliva (5. Mai 1660) auch der Norden Deutschlands zur Ruhe kam; man hielt jetzt allen Streit auf lange Zeit für geschlichtet. In Stuttgart wurde ein eigenes Friedensfest gefeiert. Der Herzog und die Landschaft widmeten

Digitized by Google

sich der Abstellung innerer Beschwerden. Jener entließ von seinen auf 300 angewachsenen Fußsoldaten ein Drittel, von seinen 100 Reitern fast die Hälfte. Nur die Ausbildung der Landesauswahl setzte General vom Holtz eifrig fort. Ein strenger Befehl erging, daß die Mannschaft zu Hause ihre Ausrüstung nicht mißbrauchen solle, daß die noch fehlenden Uniformen anzuschaffen und die Kompagnieen auf dem vollen Fuße zu erhalten seien.

Bald genug wurde der Friede wieder gestört: die Türken bedrohten das Reich. Der Reichstag, der 1662 zur Begegnung der Gefahr einberufen wurde, vertrödelte seine Zeit mit Formsachen und Rangstreitigkeiten; ähnlich den württembergischen Landständen benützte er die Not des Oberhauptes, um ihm Versprechungen abzudringen. Auch Herzog Eberhard fühlte sich beschwert und verlangte vom Kaiser auf 15 Jahre den Nachlaß eines Drittels des seitherigen Reichsanschlags, dem immer noch die alte Wormser Matrikel zu Grunde lag; er wendete dazu nicht weniger als 12000 Gulden für Geschenke auf. Aber der Reichstag erklärte die Abmachung bald für ungesetzlich, da sonst andere Stände für den Abmangel hätten eintreten müssen. Der württembergische Landtag mußte sich rasch zu beträchtlicher Geldhilfe für den Herzog verstehen, mochte er noch so sehr jede Leistung an das Reich ausschließlich als dessen Sache ansehen.

Der rheinische Bund wollte beweisen, daß er nicht gegen Kaiser und Reich gerichtet sei, und bot von sich aus Hilfe gegen die Türken an (1663). Auch Herzog Eberhard stellte seine bedungene Anzahl; man griff dazu im Lande Strolche auf und zwang sie, sich anwerben zu lassen; da diese nicht ausreichten, wurden auch ledige Männer der Landesauswahl zugelassen. Das Fußvolk war mit Musketen, beziehungsweise Piken, die Reiterei außer der Schußwaffe mit Brust- und Rückenstücken, sowie mit Helmen bewaffnet; jenes führte weiße, mit dem herzoglichen Wappen bemalte Fahnen, dieses eine schwarzgelbe Standarte. Im August marschierten die Truppen ab; Führer des bündischen Heeres war Graf Wolfgang von Hohenlohe. Kaum waren sie weg, so verbreitete sich in Württemberg der blinde Lärm, die Türken seien schon in Bayern eingefallen. Man flüchtete Kostbarkeiten, ein Kriegsrat trat zur Verteidigung des Landes zusammen; die reisigen Förster, Schultheißen und Amtsknechte mußten sich bereit halten; die Lehenleute — damals 104 mit 173 berittenen Knechten — wurden aufgeboten. Es war eine Aufregung, so groß wie am späteren Franzosenfeiertag. Im folgenden Jahre bewilligte der Reichstag dem Kaiser

Digitized by Google

aufs neue Kriegshilfe; Herzog Eberhard hatte sich persönlich auf demselben eingefunden. Da auch der schwäbische Kreis sich zur Aufstellung von 3000 Mann aufschwang, hatte Württemberg neben den für den rheinischen Bund geworbenen Truppen als Kreisstand noch 171 Reiter und 400 Fußgänger zu liefern; die letzteren bildeten ein eigenes Regiment unter dem Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld. Beide fanden in Ungarn Verwendung: die Bundestruppen halfen Fünfkirchen erobern, von den schwäbischen Kreisregimentern war das württembergische das einzige, welches in der siegreichen Schlacht bei St. Gotthard an der Raab nicht davonlief (1. August 1664). Die Verluste waren groß, weniger vor dem Feind als infolge schlechter Verpflegung; wurden doch die protestantischen Soldaten so scheel angesehen, daß sie in die Länder des Kaisers, für den sie bluteten, nicht einmal Feldgeistliche ihres Glaubens mitnehmen durften. Die Unzufriedenheit mit der Heeresverwaltung wuchs deshalb so sehr, daß die Fürsten schon entschlossen waren, den Kaiser nur noch mit Geschützen und Munition zu unterstützen, aber nicht mehr mit Geld, da dieses doch unterwegs irgendwo hängen bleibe. Ein zwanzigjähriger Waffenstillstand machte aber dem ersten Türkenkriege ein Ende.

Nachdem die Truppen heimgekehrt waren und sich in den Quartieren etwas erholt hatten, verlangte die Landschaft deren sofortige Verabschiedung. Der Herzog beruhigte sie mit der Erklärung, daß er nicht durch stehende Truppen den Unterthanen die Friedensfrüchte verkümmern wolle, behielt aber seine Reiterei mit ihren kriegserfahrenen Offizieren bei. Er rechnete mit der Möglichkeit eines neuen Krieges und kam daher auch den französischen Hilfsvölkern, die aus Ungarn durch Württemberg zogen, auf jede Weise entgegen.

Während des Türkenkriegs wurde der Reichstag zu Regensburg, der mit nichts fertig werden konnte, zur ständigen Einrichtung mit katholischer und protestantischer Abteilung. Damit erlosch endlich die zur Überwachung der Ausführung des Friedens eingesetzte Reichsdeputation in Frankfurt, der auch Württemberg angehörte. Ein Hauptstreit auf dem Reichstag war die Stellung der Kurfürsten und der Fürsten zu einander und zum Kaiser. Die Fürsten drangen besonders auf Abschaffung des Rottweiler Hofgerichts und des Landgerichts in Schwaben wegen deren Übergriffe in ihre landesherrlichen Rechte. Mit der wichtigsten Miene wurden in Regensburg die Formsachen behandelt. Als Herzog Eberhard dahin kam, mußte genau festgesetzt werden, wie weit ihm der Kaiser und die Kurfürsten bei Besuchen entgegen zu gehen und wie weit sie ihn

Digitized by Google

hinaus zu begleiten hatten. Die Stadt kränkte ihn sehr, indem sie auf höhere Weisung ihn beim Einzug nicht durch Kanonenschüsse begrüßte.

Als der rheinische Bund erneuert werden sollte, war nur noch ein Teil der Mitglieder, darunter Herzog Eberhard, dafür. Schweden hatte keine Lust mehr, sich von Frankreich ins Schlepptau nehmen zu lassen; bei andern Fürsten wirkten die Abmahnungen des Kaisers. Der Beginn der Eroberungskriege Ludwigs XIV. brachte den Bund vollends zum Erlöschen (1667); die Absicht Frankreichs, ihn ganz auf seine Seite zu ziehen, war wenigstens mißlungen.

Der Herzog von Württemberg sah sich veranlaßt, einen andern Rückhalt zu suchen. Bayern schlug eine engere Verbindung der oberdeutschen Kreise vor, welche der Reichsverfassung entsprochen hätte und durch die allgemeine Lage völlig geboten war. Eberhard griff den Gedanken mit Freuden auf; aber des schwäbischen Kreises katholische Stände wollten sich mit den anderen noch so wenig vertragen, daß Württembergs Bemühungen für ein Übereinkommen vergeblich waren, und die württembergische Landschaft selbst weigerte sich, die nötigen Kosten auf sich zu nehmen, da man die Krone Frankreich schonen und mit ihr wegen der so nahen Nachbarschaft in gutem Einvernehmen stehen müsse. Der den Krieg in den Niederlanden beendigende Aachener Friede von 1668 ließ das Bedürfnis nach Bündnissen zunächst in den Hintergrund treten.

So war denn Herzog Eberhard mit der Festhaltung der Neutralität auf sich selbst oder vielmehr auf den guten Willen seiner Stände angewiesen. Der letztere fehlte nicht ganz, oft genug bewilligten sie eine außerordentliche Steuer zum Unterhalt des Kriegsvolks. Aber wahrhaft kläglich ist es zu beobachten, wie die Stände eben immer nur für das unmittelbar Notwendige Verständnis hatten, ohne sich zu umfassenden Maßregeln aufzuraffen. Allerdings ahmten sie damit in ihrer Art das Beispiel des Reichs und der Kreise getreulich nach. Es dauerte deshalb auch lange genug, bis Württemberg wieder Truppen zum Reichsheere stellte. Der Beschluß des Reichstags im Jahr 1669, daß von den in Aussicht genommenen 30000 Mann der schwäbische Kreis 2000 zu Fuß und 1000 zu Pferd stellen solle, ließ sich nicht ausführen, weil der Bischof von Constanz als mitausschreibender Fürst sich weigerte, einen Kreistag zu berufen, da der Ansatz zu hoch sei. Selbst als Ludwigs XIV. zweiter Eroberungskrieg gegen Holland ausbrach, suchte der schwäbische Kreis die Zahl der zu stellenden Truppen herunterzumarkten und kam über die Verteilung auf die einzelnen Glieder erst zu keinem Einverständnis. Wußte

Digitized by Google

doch der französische Gesandte, der noch in Stuttgart saß, die vollendete Harmlosigkeit der Rüstungen seines Königs nachzuweisen. Dem Landtag waren die nach dem Plane Württemberg treffenden 300 Mann zu Fuß und 150 zu Pferd auch zu viel: von den ersteren wollte er nur 200 anwerben lassen und den Rest durch ungeübte ledige Bursche der Landesauswahl ergänzen; statt der letzteren sollten die 86 vorhandenen Reiter genügen. Immerhin war das doch wenigstens etwas, während der Kreistag selbst so wenig zu einer Übereinstimmung kam, daß die katholischen und die protestantischen Stände sich völlig trennten und zu Überlingen und Eßlingen besondere Sitzungen abhielten. Herzog Eberhard gab sich viele Mühe, die Spaltung zu beseitigen, um so mehr, als er in Aussicht nahm, die von seinen Vorfahren innegehabte Stellung eines Kreisobersten übertragen zu bekommen. Je weniger ihm dieses gelang und je gewaltiger die Macht Frankreichs sich offenbarte, desto mehr trat seine Rücksichtnahme auf dieses zu Tage, so daß er stark in Verdacht kam, nach dessen Seite zu neigen. Jedenfalls war er so vorsichtig, sowohl dem Könige von Frankreich und seinen Generalen als in das kaiserliche und kurbayerische Lager Ladungen des beliebten Neckarweins zu schicken. Wie 1672 ein kaiserliches Reiterregiment durch das Land dem Rheine zuzog, bot Eberhard 800 Mann seiner Landesauswahl auf, die es zu beiden Seiten begleiten mußten, damit ja keine Ausschreitungen vorkämen; sein Sohn Wilhelm Ludwig hatte bei Vaihingen a. d. E. die Kaiserlichen und Brandenburger so gut wie die Franzosen zu beobachten. Im folgenden Jahre schloß er sogar mit dem von Frankreich gewonnenen Kurfürsten von Bayern ein Bündnis ab. Ganz ohne die Landstände zu fragen, versprach der Herzog, im Notfall 1500 Mann zu Fuß und 400 zu Pferd aufzustellen. (10. Februar 1673). Von seinen Landständen verlangte er die Bezahlung von 2000 Mann zu Fuß und 600 zu Pferd, begnügte sich aber mit der Hälfte. Dazu kamen 20 Geschütze mit 100 Mann.

Die Gefahr rückte näher. Im Sommer 1673 streiften die Franzosen mehrmals an den Grenzen Württembergs; Türenne stand mit einem Heere bei Mergentheim. Hätte der kaiserliche General Montecuccoli nicht von seinem Hofe die Weisung gehabt, einem Zusammenstoß auszuweichen, so hätte das Herzogtum wahrscheinlich jetzt schon den Kriegsschauplatz abgeben müssen. Die paar Schanzen, die bei Lauffen aufgeworfen wurden, und das Aufgebot der Landesauswahl in der Maulbronner Gegend hätten dem Lande keinen Schutz gewährt.

Endlich mußte sich der Kaiser entschließen, ernstlich mit Frankreich

Digitized by Google

zu brechen. Namentlich infolge der Überrumplung der pfälzischen Feste Germersheim wurde der Reichskrieg erklärt (28. Mai 1674). Auch der schwäbische Kreis sollte sich zu Rüstungen verstehen, beteuerte aber Türenne gegenüber seine Friedensliebe, weil dieser ihm mitteilte, daß er den Befehl habe, niemand feindlich zu behandeln, der sich nicht selbst zum Gegner Frankreichs erkläre. Württemberg zögerte sehr mit dem Anschluß; es schien ihm besser, wenn die entfernter liegenden Kreise zuerst ihre Truppen herbeiführten, damit die an der Grenze gelegenen nicht durch verfrühte Rüstungen den Einfall des Feindes auf sich zögen. Vorbild in dieser Auffassung war ihm Österreich, das noch ruhig von Freiburg aus Lebensmittel nach dem französischen Breisach gelangen ließ. Zudem weckten die greulichen Plünderungen der in Württemberg liegenden kaiserlichen Truppen nicht leicht eine Begeisterung. Dennoch knüpfte Eberhard III., in seiner Ratlosigkeit auch diesen Ausweg versuchend, Verhandlungen mit dem Kaiser an, um mit ihm als dem Inhaber der Württemberg benachbarten vorderösterreichischen Lande ein besonderes Bündnis einzugehen. Zum Abschluß kam dasselbe erst unter seinem Nachfolger.

Nachdem die Franzosen in der Pfalz eingefallen waren (Juni 1674), wollte der von ihnen verjagte Herzog von Lothringen durch Württemberg eilen, um über den Oberrhein in der Freigrafschaft einzubrechen. Der Durchmarsch wurde ihm versagt, so daß er einen weiten Umweg machen mußte. Sein Plan mißlang; Türenne ging ihm entgegen und brachte ihm starke Schlappen bei. Dadurch war der schwäbische Kreis zum Voraus vollends entmutigt; sein Aufgebot hielt er vom Reichsheer getrennt, um ja sich rechtzeitig auf die Seite schlagen zu können. So kläglich stand es um die Widerstandskraft und den Gemeinsinn. Nicht als ob der schwäbische Kreis sich etwa unrühmlich ausgezeichnet hätte; denn von diesem Sinne war in ganz Deutschland kaum etwas zu verspüren und jene Kraft war fast nur im brandenburgischen Staate zu schauen, wo ein mächtiger Wille sie auszubilden und zu lenken verstand.

Eberhard III. erlag mitten in der bangen, sorgenvollen Zeit zu Stuttgart einer Krankheit, deren Vorboten sich schon länger eingestellt hatten (12. Juli 1674). Er starb tiefbetrauert von seinem Volke; war er doch ein Mann ganz nach dem Herzen desselben: ein ehrenwerter Hausvater ohne Bedürfnis, sich im Krieg oder Frieden besonders hervorzuthun; ein Fürst ohne Kühnheit des Entschlusses und ohne Beständigkeit in seinen Plänen. Zwar stellte er viele Forderungen an die Landstände; aber sie ließen sich teilweise durch die Not der Zeiten entschuldigen und boten den

Digitized by Google

Ständen reiche Gelegenheit, ihrerseits ihre Klagen vorzutragen. Daß er einen ungewöhnlich großen Hofstaat hielt, hatte auch seine günstigen Seiten. Er meinte es offenbar gut mit dem Lande und in damaliger Art auch mit dem Reiche. Wenn er samt dem Lande feindlichem Angriffe fast wehrlos preisgegeben war, so war das ein Schicksal, das ihn seinen Ständen besonders nahe brachte; waren doch sie es, denen zu lieb er die Anläufe zur Schaffung von Verteidigungsmitteln wieder aufgab. Dankbar empfand man die glückliche Wahl seiner Räte und die vielseitigen Bemühungen seiner Regierung um sittliche und wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Volkes. Es fehlte auch sonst nicht an Regierungshandlungen, die für ihn einnahmen. Dahin gehört das entschiedene Auftreten gegen Nachbarn, die ihm Unrecht thaten. Den Schirmvertrag mit Eßlingen fortzusetzen, weigerte er sich so lange, bis die Stadt genügende Bürgschaften für Beachtung der herzoglichen Forstrechte gab. Den Abt von Zwiefalten hinderte er, sich zum Schaden Württembergs die Reichsunmittelbarkeit zu erschleichen. Östreichs Verlangen nach Oberherrlichkeit über die längst begehrte Feste Hohentwiel wies er schroff zurück. Baden machte Ansprüche auf die früher abgetretenen Ämter Besigheim und Mundelsheim, sowie auf die Klöster Herrenalb und Reichenbach; das letztere Ansinnen wurde sofort abgelehnt, jenes ließ sich allerdings erst 1753 durch Vergleich erledigen. Hieher ist auch seine Vermittlung zu Gunsten von Glaubensgenossen zu rechnen und seine Weigerung, eine Tochter dem Erzherzoge Franz Sigmund in die Ehe zu geben. Dieser, ein Sohn der einst Württemberg so feindseligen Klaudia, hatte, um die Regierung in Tirol antreten zu können, seine Würde als Kardinal und Bischof von Augsburg niedergelegt und bewarb sich um die Hand einer Tochter Herzog Eberhards, wenn diese wenigstens äußerlich zur katholischen Kirche übertrete, fand aber kein Entgegenkommen.

Trotz des großen Geldmangels gelang es Eberhard III. sein Land durch Käufe zu vergrößern: Untereisisheim, das Deutschordenshaus Winnenthal, die liebensteinischen Orte Liebenstein, Ottmarsheim, Neckarwestheim waren die hauptsächlichsten Erwerbungen. Einen guten Teil derselben vereinigte er aber nicht mit dem Herzogtum, sondern bildete aus ihm das Kammerschreibereigut. Während die Erträgnisse der Kammer aus Gütern und Leistungen für die Bedürfnisse des Herzogs und der Regierung gleichmäßig bestimmt waren und, soweit sie für die letztere nicht ausreichten, durch Steuern ergänzt wurden, blieben die Besitzungen der Kammerschreiberei bloßes Familiengut. Sie trugen daher zu den all-

Digitized by Google

gemeinen Landeszwecken nichts bei. Obgleich diese Einrichtung in der Verfassung begründet war, hatte sie vorher keinen Boden fassen können; die Abneigung der Landschaft gegen eine solche Vorenthaltung herzoglicher Gebiete war zu groß gewesen. Erst Eberhard begründete das eigene Familiengut und traf zugleich die auch im Interesse des Landes liegende Bestimmung, daß die nachgeborenen Prinzen nicht mehr durch Einräumung von Städten und Ämtern, sondern durch jährliche Zuschüsse versorgt werden sollten.

Nach dem Tode seiner ersten Gemahlin Anna Katharina von Salm (1655) verehelichte sich Herzog Eberhard mit der Gräfin Maria Dorothea Sophia von Öttingen (geb. 1639, gest. 1698). Ihn überlebten von 25 Kindern 8 Söhne und 6 Töchter. Außer Wilhelm Ludwig, seinem Nachfolger, und Friedrich Karl, dem nachmaligen Vormund von dessen Sohn Eberhard Ludwig haben sich 3 der Brüder einen Namen gemacht, obgleich keiner von ihnen zu reiferen Jahren kam. Georg Friedrich (geb. 1657) half Wien gegen die Türken verteidigen und wurde nach heldenmütiger Laufbahn von einer feindlichen Kugel niedergestreckt (1685); Ludwig (geb. 1661) kämpfte gleichfalls tapfer gegen die Türken, betrieb nach dem Franzoseneinfalle von 1688 mit Eifer und Geschick die Befreiung Württembergs und stieg bis zum Feldmarschallieutenant des schwäbischen Kreises und des Reichs (gest. 1698); Johann Friedrich (geb. 1669) diente im östreichischen Heere mit Auszeichnung gegen Frankreich, fiel aber bald bei Herrenberg im Duell (1693).

Digitized by Google

XII. Abschnitt.

Herzog Wilhelm Ludwig und der Vormünder Eberhard Ludwigs, Herzog Friedrich Karl.

1674—1693.

Die schwierige Erbschaft Eberhards III. trat sein fünfter Sohn Wilhelm Ludwig (geb. 17. Januar 1647) an (1674—1677). Da er ursprünglich nicht für die Nachfolge in Aussicht zu nehmen war, hatte ihm sein Vater schon in seinem sechsten Lebensjahre ein protestantische Domherrnstelle in Straßburg verschafft. Jetzt war er seit Kurzem vermählt mit der Landgräfin Magdalene Sybille von Hessen-Darmstadt, einer ebenso milden als unerschrockenen Frau, welche für die ihrer harrende Aufgabe wie geschaffen war.

Der neue Herzog traf Mömpelgard von den Franzosen besetzt, die Grenzorte von den Besatzungen Philippsburgs und Breisachs mit Brandschatzungen heimgesucht. Auch er hielt es für das Beste, möglichst den Unbeteiligten zu spielen und niemand zu reizen. Augenblicklich hatte das Land mehr Luft bekommen, weil Türenne vor den Kaiserlichen, die sich beträchtlich verstärkt hatten, auf das linke Rheinufer zurückgewichen war. Auch die Brandenburger unter der persönlichen Führung des Kurfürsten Friedrich Wilhelm eilten herbei und nahmen ihren Weg durch den Nordwesten Württembergs dem Rheine zu. Wilhelm Ludwig begrüßte zu Heilbronn den großen Kurfürsten und seinen Sohn, den nachmaligen ersten König von Preußen, die aber nach wenigen Monaten sich den auf Anstiftung Frankreichs in ihre Lande eingefallenen Schweden entgegenwerfen mußten.

Türenne drang bald wieder vor, so daß die Kaiserlichen ihre Winterquartiere in größerer Entfernung vom Rheine und zwar vorzugsweise in

Digitized by Google

Württemberg nahmen. Der Herzog war darüber so aufgebracht, daß er kaiserliche Truppen mit Gewalt aus seinem Lande trieb und benachbarte Städte, wie Weilderstadt, mit Erfolg aufforderte, dasselbe zu thun. Wie Herden irrender Schafe stoben die Regimenter im schwäbischen Kreise umher; jedermann suchte sie weiterzujagen. Wilhelm Ludwig war gerne bereit, die ihn gerechterweise treffenden Lasten zu tragen; aber da das Reichsheer, so oft es die eigentlichen Grenzlande im Stiche gelassen, in Württemberg und der Nachbarschaft Halt machte, um sich zu verköstigen, wäre es billig gewesen, daß ferner liegende Kreise, die doch auch geschützt wurden, Beiträge zu den unerschwinglichen Kosten geliefert hätten. Aber davon war keine Rede, weil jene sich von den Drangsalen der anderen kaum berührt fühlten.

Im April 1675 sollten die Anstalten zum neuen Feldzug getroffen werden. Der zum Oberbefehlshaber ernannte Feldmarschall Montecuccoli forderte den schwäbischen Kreis auf, möglichst rasch marschieren zu lassen. Aber dessen Truppen kamen aus Mangel an Mitteln nicht zusammen. Wilhelm Ludwig, obgleich kreisausschreibender Fürst, war völlig dagegen machtlos. Im Juni erschien Türenne wieder im Badischen. Sein baldiger Tod beseitigte die Gefahr; aber die Reichstruppen fühlten sich zu schwach, den weichenden Franzosen über den Rhein zu folgen, und konnten nicht einmal die Streifzüge verhindern, welche die Philippsburger Besatzung zur Eintreibung von Kriegssteuern machte. In kleinen Abteilungen drang dieselbe bis Sulz und Freudenstadt; in der Nähe von Heilbronn konnten wenige hundert Reiter die reichsstädtischen Dörfer Neckargartach und Frankenbach unter unmenschlichen Grausamkeiten verwüsten.

Herzog Wilhelm Ludwig erbot sich, seine Leistungen für das Reichsheer zu verdoppeln; nur von den drückenden Quartieren und unnötigen Durchmärschen wollte er verschont bleiben. Er bewies seinen Eifer auch durch Lieferung schwerer Geschütze zur Belagerung von Philippsburg im Sommer 1676, so daß der Kaiser ihm seine lebhafte Anerkennung aussprach; ja während der schwäbische Kreis für seine vier Regimenter keine Bezahlung mehr auftreiben konnte und dieselben abdankte, behielt der Herzog die seinigen bei. Trotzdem bekam Württemberg nicht die erhoffte Schonung zu genießen; die Kaiserlichen drückten es ebenso schwer wie die Franzosen.

Gar zu gerne hätte sich der Herzog an den Friedensverhandlungen zu Nymwegen beteiligt, um eine Entschädigung für seine Leistungen durchzusetzen; aber der Kaiser führte dieselben diesmal im Namen des ganzen Reiches, und so blieben die Forderungen der kleineren Fürsten unberück-

Digitized by Google

sichtigt. Mömpelgard wurde zwar von den Franzosen geräumt, die Rückgabe der burgundischen und elsäßischen Herrschaften aber verweigert, ja sogar der Herzog von Württemberg wegen der ersteren für einen Lehensmann Frankreichs erklärt. Das war der Lohn der schon von Herzog Eberhard III. eingeleiteten Politik, die bei aller Erfüllung der dringendsten reichsfürstlichen Pflichten sich doch nie zu voller Entschiedenheit aufraffte. Es mag, sagt Spittler, ein Zug in dem guten Charakter sowohl Wilhelm Ludwigs als seines Vaters sein, daß sie für Land und Leute als Hausväter sorgten, daß sie von allem hörten und bei allem mitsprachen, was gangbare Neuigkeit im heiligen römischen Reich war, doch immer mit sattsam bedenklicher Überlegung, damit König Ludwig nicht klagen könne, Kaiser Leopold eine gute Meinung von ihnen habe, und keine neue Last ihrem Lande aufgebürdet werde. Aber dem Geschichtsschreiber muß man die kleine Ungeduld verzeihen, wenn er dieses Haus nicht in dem Zeitpunkt stillstehen zu sehen wünscht, wo andere ihm ehemals gleiche Familien auf eine höhere Stufe emporstiegen.[1])

Wilhelm Ludwig erlebte den Friedensschluß nicht. Nicht viel mehr als 30 Jahre alt starb er plötzlich in seinem Jagdschlosse zu Hirsau am Schlage (3. Juli 1677). Außer zwei Töchtern, zu denen nach des Vaters Tode noch eine dritte kam, hinterließ er einen einzigen Sohn, Eberhard Ludwig. Seine Witwe überlebte ihn noch lange (gest. 11. August 1712).

Es war ein schweres Verhängnis für das Land, daß der nunmehrige Herzog Eberhard Ludwig (geb. 28. September 1676) noch ein Kind war. Die Regierung kam dadurch wieder an einen Administrator, und von einem solchen war anzunehmen, daß er ohne Beharrlichkeit ein Amt führen werde, das ihm fast nichts als Mühen und Opfer in Aussicht stellte. Anspruch auf die Administration und Vormundschaft hatte in erster Linie der Großoheim Eberhard Ludwigs, Herzog Friedrich von Württemberg-Neuenstadt. Es war vorauszusehen, daß er seinen alten Gedanken, Württemberg durch Schaffung eines starken Heeres gegen Brandschatzungen und Durchmärsche zu schützen, ernstlich durchzusetzen versucht hätte. Er war daher den Landständen wenig willkommen. Als sein Mitbewerber trat Friedrich Karl von Württemberg-Winnenthal[2]), ein Bruder des verstorbenen Herzogs, auf, dem aber, weil er noch nicht ganz fünfundzwanzig Jahre alt war, selbst noch einige Wochen zur Volljährigkeit fehlten. Die

---

1) Spittler, Geschichte Württembergs, S. 286.

2) Er hatte von seinem Vater Winnenthal als Apanagenschloß erhalten.

Digitized by Google

Herzogin-Witwe ihrerseits verlangte Anteil an Regierung und Vormundschaft. Die Schlichtung des Streites wurde dem Kaiser übertragen, der sich für Friedrich Karl (1677—1693) entschied; die Herzogin mußte sich mit dem Titel einer Obervormünderin und geringem Einfluß begnügen.

Friedrich Karl betrieb seine Sache noch persönlich in Wien, als Württemberg mit einem feindlichen Einfall bedroht wurde. Die Franzosen hatten wieder den Rhein überschritten und Freiburg erobert (November 1677). Während der schwäbische Kreis, der die eigenen Soldaten entlassen hatte, darüber zankte, ob Reichstruppen das Recht haben, ohne Erlaubnis durchzumarschieren, während die Reichstruppen selbst, statt dem Feinde entgegenzuziehen, sich in beliebige Quartiere legten und die Einwohner nach Laune mißhandelten, sollte Württemberg nach des Kaisers Wunsch das weitere Vordringen der Franzosen verhindern und Rottweil und Villingen besetzen. Selbst wenn es dazu im Stande gewesen wäre, so konnte es jetzt, da die Reichsstände einander völlig im Stiche ließen, unmöglich ein französisches Heer eigens auf sich ziehen; man begnügte sich, die Päße und Grenzorte des Landes notdürftig zu verwahren. Die Brandschatzungen, welche der Befehlshaber von Freiburg in den Schwarzwaldämtern ausschrieb, mußten diese sich ruhig gefallen lassen. Die württembergische Regierung trieb die Vorsicht so weit, daß sie dem Herzoge von Lothringen, der Freiburg den Franzosen wieder abnehmen sollte (Mai 1678), die Stellung von Schanzarbeitern verweigerte. Jeder dachte eben nur an sich und in Württemberg glaubte man mit Recht, gegenüber den andern Reichsständen schon mehr als genug Opfer gebracht zu haben. Zudem machten sich die Kaiserlichen immer verhaßter; eine Schar derselben fiel plündernd und brennend in der Freudenstadter Gegend ein und wurde von den erbitterten Bauern unter Führung des Schultheißen von Baiersbronn mit blutigen Köpfen heimgeschickt.

Der Nymweger Frieden brachte zwar für einige Zeit Ruhe vor den Franzosen und schien den schwäbischen Kreis der Pflicht zu überheben, dem gefährdeten Straßburg Hilfe zu bringen. Aber die Bedingung des Friedens, nach der Östreich die Stadt Freiburg an Frankreich abzutreten hatte, rief sofort einen Streit mit dem Kaiser hervor. Jenes war nicht gesonnen, das Opfer auf sich zu nehmen, sondern verlangte vom Kreise die Abtretung einiger Reichsstädte als Entschädigung. Dem Kaiser gegenüber fanden die Kreisstände ihren Mut wieder und erklärten, daß sie nach den großen Aufwendungen für den Krieg keine Lust haben, die Fehler der östreichischen Politik noch besonders zu büßen. Östreich mußte auf

Digitized by Google

die Besitzergreifung schwäbischer Reichsstädte verzichten, aber seine Truppen sogen noch lange nach dem Frieden den Kreis aus, vor allem Württemberg, das auf ihren Abzug um so mehr dringen mußte, als Frankreich erst nach demselben die bedungene Räumung von Mömpelgard ausführen wollte. Als freilich die Kaiserlichen weg waren, wurde die Rückgabe dieser Grafschaft doch verzögert und Frankreich machte Ansprüche auf die Oberherrlichkeit daselbst und über sämtliche linksrheinische Besitzungen.

Dem württembergischen Landtag bot der Frieden willkommenen Anlaß, auf Verminderung des Heeres zu dringen und die außerordentlichen Beiträge zur herzoglichen Kasse einzustellen. Zu den letzteren mußte er sich zwar immer wieder verstehen, schon weil manchmal Forderungen auftauchten, wie diejenige Frankreichs, das noch rückständige Brandschatzungsgelder entdeckte. An geworbener Mannschaft konnten nur noch 75 zu Pferd und 600 zu Fuß beibehalten werden. Für die Landwehr wurden 1000 Reiter und 4000 Fußgänger bestimmt, die als erste Auswahl einberufen werden sollten; im Falle der Not standen noch 3300 Mann zweiter Auswahl im Rückhalt, zusammen nicht der fünfte Teil der waffenfähigen Mannschaft.

Frankreich spottete offenkundig des schwachen deutschen Reiches und nahm mitten im Frieden Straßburg weg. Endlich raffte sich der Reichstag dazu auf, nach dem Wunsche des Kaisers die Errichtung eines stehenden Reichsheeres zu beschließen, das auf die einzelnen Kreise verteilt werden sollte. Aber wieder fürchtete der schwäbische Kreis, sich zuerst der Gefahr aussetzen zu müssen und hielt sich bedächtig zurück. Nur wenige Truppen wurden aufgestellt; von Württemberg 840 Mann zu Fuß und 200 zu Pferd, die wenigstens in das Feld geschickt werden konnten, als bald nachher die Türken in Östreich einfielen. Lange zogen sich die Unterhandlungen mit Frankreich hin, bei denen die Fragen des Ceremoniells ihre bedeutende Rolle spielten; französische Gesandte wußten den schwäbischen Kreis bald durch Derbheit bald durch Beschwichtigungen in seiner Unthätigkeit zu bestärken. Der württembergische Herzog-Administrator, der allerdings in Folge der Lage Mömpelgards besondere Rücksicht zu nehmen hatte, betrachtete die Beziehungen zu Ludwig XIV. noch so wenig als gespannt, daß er sich beeilte, ihm seine Aufwartung zu machen, sobald derselbe das geraubte Elsaß besuchte; doch wahrte er wenigstens äußerlich durch selbstbewußtes Auftreten seine Würde als Reichsfürst. Den französischen Ansprüchen auf die Oberhoheit über Mömpelgard mußte er sich trotzdem fügen und übernahm, weil sein dort regierender Vetter Georg standhaft blieb, die Verwaltung der Grafschaft im Namen von dessen Sohn Leopold Eberhard.

Digitized by Google

Die durch die aufständischen Ungarn herbeigerufenen Türken vermehrten die Not Deutschlands; die Furcht, Ludwig XIV. könnte mit ihnen gemeinsame Sache machen, veranlaßte vollends, daß das doch so schwer gekränkte Reich sich zu einem zwanzigjährigen Waffenstillstand mit Frankreich herbeiließ (1684). Günstig wirkte der zweite Türkenkrieg (1682 bis 1699) auf den schwäbischen Kreis insofern, als dieser den fernen Feinden gegenüber unternahm, was er zum Schutz seiner eigenen Grenzen nicht gewagt hatte; er schickte Truppen ins Feld, so daß sie die ihnen so sehr mangelnde Kriegstüchtigkeit sich erwerben konnten. Während in dem belagerten Wien ein Regiment mitkämpfte, das Friedrich Karls Bruder, Herzog Georg Friedrich, in Württemberg für den Kaiser geworben, zogen zum Entsatz der Stadt auch einige schwäbische Kreisregimenter herbei. Das eine zu Fuß, Regiment Baden-Durlach, bestand großenteils aus Württembergern. Im August 1683 zogen die Truppen stattlich gerüstet ins Feld. Der Herzog-Administrator hielt darauf, daß sich seine Soldaten durch gleichmäßige Uniformierung auszeichneten; nur wollte er sich nicht zur Einführung der damals als Ersatz der Picken aufkommenden Bajonette verstehen, so daß nur der nichtwürttembergische Teil jenes Regiments mit solchen versehen war. Die Truppen kämpften unter dem Oberbefehl des Markgrafen Karl Gustav von Baden-Durlach bis gegen das Ende des Jahres 1688 in Ungarn gegen die Türken. In Folge der schlechten Verpflegung durch die kaiserlichen Kriegskommissäre litten sie großen Mangel und wurden mehr durch Krankheiten als vor dem Feinde geschwächt; gleich aus dem ersten Feldzug kamen von den 1000 Württembergern kaum 300 zurück, so daß häufiger Nachschub nötig wurde. Die Kreistruppen fochten tapfer in dem vielfach unglücklich geführten Kriege; namentlich bei der Erstürmung von Neuhäusel (1685) und bei derjenigen von Ofen (1686) errangen sie sich hohen Ruhm.

Längst schon hatte der schwäbische Kreis auf eine engere Verbindung mit anderen Kreisen angetragen. Der Kurfürst von Bayern griff den Gedanken mit Lebhaftigkeit auf; Herzog Friedrich Karl aber bedachte sich lange, der Vereinigung von Schwaben, Franken und Bayern beizutreten, da es ihm immer noch vorsichtiger däuchte, sich nur solchen Schritten anzuschließen, die vom ganzen Reich ausgingen. Endlich ließ er von seinem Widerstand ab (1684), ja er ging in der Erwartung, daß jetzt ein größeres Heer aufgestellt werde, in dem Gedanken auf, die so wenig lohnende Regierung Württembergs den Räten zu übertragen und sich selbst eine hohe Befehlshaberstelle zu verschaffen. Mit Mühe hielt ihn der land-

Digitized by Google

schaftliche Ausschuß durch das Versprechen eines Geschenkes von 50 000 Gulden bei der Regierung zurück.

Die gleiche selbstsüchtige Politik verfolgte der Herzog, als auf Andringen des Kaisers zu Augsburg eine Allianz gegen Frankreich abgeschlossen wurde (1686). Von den Nachbarn verbanden sich der fränkische, bayerische und oberrheinische Kreis mit dem Kaiser; Württemberg ließ sich nur zur Erneuerung des Einvernehmens mit den beiden ersteren herbei, so daß auch der schwäbische Kreis neutral blieb. Es hatte wenig Sinn, wenn Herzog Friedrich Karl auf die bestehenden Einrichtungen des Reiches hinwies, während jene Augsburger Allianz eben diesen versagenden Einrichtungen gegenüber den Anfang einer Besserung versuchte.

Es hängt wohl mit der Spannung, die sich in Folge hievon zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Württemberg bildete, zusammen, daß Friedrich Karl gerne bereit war gleich Braunschweig-Lüneburg Truppen in den Sold Venedigs zu stellen. Er entzog zwar dadurch dem Reiche unentbehrliche Hilfskräfte und brachte dem eigenen Gewinne zahlreiche Landeskinder zum Opfer; aber er konnte sein Gewissen damit beschwichtigen und den Vorwürfen des Kaisers das entgegenhalten, daß sie ja auch gegen die Türken ihr Blut vergießen. Im Anfang des Jahres 1687 zogen 1000 im Herzogtum geworbenen Fußtruppen nach Venedig; sie wurden nach Griechenland übergeführt und halfen Patras erobern und Korinth besetzen. Bei ihnen befand sich Herzog Karl Rudolf von Württemberg-Neuenstadt. Schon am Ende des Jahres sollten 3000 weitere geliefert werden; doch zwang die Schwierigkeit der Werbung in Württemberg, 1000 davon an Hessen weiter zu vergeben. Jetzt wurde Karl Rudolf zu ihrem Befehlshaber ernannt. Unter ihm lagen sie lange vergeblich vor dem festen Negroponte auf Euböa, wobei der Führer selbst schwer verwundet wurde. Erst 1689 kam ein Regiment derselben in die Heimat zurück und wurde dem Kaiser zum Schutze des schwäbischen Kreises überlassen; der Rest folgte im April 1690; nur ein kleiner Teil konnte noch als tüchtig jenem andern Regiment einverleibt werden.

So kämpften tausende von Württembergern tapfer, aber nutzlos in fremden Diensten, während über die Heimat ein Gewitter hereinbrach, das furchtbare Verwüstungen anrichtete.

Die Anmaßungen Frankreichs waren immer ärger geworden. Sein Gesandter in Stuttgart geberdete sich fast als Herr des Landes; über die katholischen Einwohner beanspruchte er so wie so das Schutzrecht. Dennoch hütete sich der Administrator nicht, König Ludwig XIV. dadurch zu ver-

Digitized by Google

letzen, daß er, um einem seiner Söhne eine Befehlshaberstelle zu verschaffen, für Wilhelm von Oranien zu dessen Zug nach England 900 Reiter anwarb. Als daher die Heere des allerchristlichsten Königs aus Anlaß des pfälzischen Erbschaftsstreits losgelassen wurden, hatte Württemberg Schlimmes zu gewärtigen. Wohl rief der schwäbische Kreis, noch ehe die Franzosen den Rhein überschritten, seine Regimenter zum Schutze der eigenen Grenzen aus Ungarn zurück. Aber bis sie heimkehrten, mußte eine lange Zeit verstreichen; einstweilen war niemand da, um zu helfen. In Württemberg war die eine Kompagnie von Berufssoldaten, die seit einigen Jahren auf dem Hohentwiel lag, auch den Venetianern zugeschickt worden und das eben geworbene Reiterregiment war ja für den Prinzen von Oranien bestimmt. Auf dringende Vorstellungen und Geldversprechungen der Herzogin-Mutter Magdalene Sybille und des Geheimerats einerseits, auf französische Drohungen andererseits hielt zwar der Administrator die Hälfte dieser Reiter zurück; da er sie aber keiner Gefahr aussetzen und durch ihren Anblick die Franzosen nicht reizen wollte, suchte er sie möglichst vor ihnen zu verbergen, so daß sie den wenigen Ämtern zur Last fielen, welche von den Feinden verschont blieben.

Im September 1688 erschienen die Franzosen vor Philippsburg und verstärkten die Besatzung von Freiburg; von beiden Punkten aus war Württemberg bedroht. Noch während der Belagerung Philippsburgs zog der General Montclar den Neckar herauf. Ehe er im Lande stand, überreichte der Gesandte Juvigny in Stuttgart schon die Forderung einer Brandschatzung von 8000 Säcken Haber, 4000 Wagen Heu, 50000 Büschel Stroh; nach wenigen Tagen folgte zur Strafe für die Anwerbung der Reiter eine weitere von 100000 Reichsthalern und 150 Kühen. Am 16. Oktober wurde von den Franzosen die Brücke über den Neckar bei Lauffen besetzt; der Eintritt in Württemberg stand offen, neue Brandschatzungen in Geld und in Landeserzeugnissen wurden ihm auferlegt. Alles war kopflos. Während der Rat der Reichsstadt Heilbronn gegen den Willen der Bürgerschaft heimlich dem Feinde die Thore öffnete, rettete sich der Herzog-Administrator von Württemberg auf den Hohentwiel. Doch auch hier war seines Bleibens nicht; er ließ das Land völlig im Stich und suchte Hilfe von auswärts. Auch der Landprinz Eberhard Ludwig wurde nach Regensburg geflüchtet. Nur Magdalene Sibylle harrte aus. Der Kreistag in Ulm brachte es nicht über Erwägungen hinaus, ob seine Truppen auf dem Heimmarsch aus Ungarn noch die nötigen Mittel besäßen und wie verhütet werden könnte, daß dieselben beim Einmarsch in den Kreis von den Franzosen in ihr Heer eingesteckt würden.

Digitized by Google

Nach dem Falle von Philippsburg (31. Oktober) drangen zwei französische Streifscharen gegen Württemberg vor; die eine führte Feuquieres, die andere Melac. Jener durcheilte über Neckarsulm mit nur wenigen Truppen Franken bis Mergentheim und wandte sich dann südlich über Nördlingen nach Ulm. Erst hier stieß er auf Widerstand und zog beutebeladen über Wiesensteig an den mittleren Neckar zu Melac. Während ein irgend ernstlicher Angriff die Bande Feuquieres vernichtet hätte, flößte sie ihrerseits den herannahenden Kreistruppen solchen Schrecken ein, daß sie den Marsch gegen Württemberg abbrachen und auf die Seite auswichen. Melac rückte das Neckarthal aufwärts; Marbach wurde geplündert, Cannstatt kaufte sich los; am 9. Dezember öffnete Eßlingen die Thore und übergab sich der Aussaugung. Damit hatte Melac einen sicheren Platz in Händen, von dem aus er Württemberg vollends in der Gewalt hatte. Er selbst machte, um den Eindruck von Feuquieres Rückzug abzuschwächen, einen Vorstoß über Göppingen nach Geislingen.

Jetzt kamen Hohenasperg, Tübingen und Schorndorf an die Reihe, feste Plätze, an die sich etwaiger Widerstand anlehnen konnte. Die Regierung in Stuttgart, eingeschüchtert durch die heftigen Drohungen der Franzosen, welche namentlich die Verwüstung der Hauptstadt in Aussicht stellten, gab den Befehl zur Übergabe von Hohenasperg. Es kostete viele Mühe, den braven Kommandanten Keller zum Gehorsam zu bereden; am 13. Dezember fügte er sich unter Thränen.

Von Eßlingen aus zogen etwa 4000 Mann nach Tübingen. Auch hier dachte man nur daran, sich möglichst glimpflich mit den Franzosen abzufinden. Der Professor Johann Osiander, ein weitgereister, weltgewandter junger Mann wurde ihnen nach Waldenbuch entgegengeschickt. Er wußte den zum Stadtkommandanten bestimmten General Peysonel so für sich zu gewinnen, daß der Stadt Schonung versprochen wurde. Am 15. Dezember brachten deren Abgesandte die Schlüssel der Thore nach Lustnau entgegen; die Franzosen rückten in Ordnung ein und enthielten sich fast aller Ausschreitungen. Nur im Schloß und Zeughaus wurde wild gehaust. Freilich mußte auch Tübingen eine starke Brandschatzung erlegen und schwebte vor dem Abzug des Feindes in großer Gefahr, ganz verwüstet zu werden oder durch Sprengung der Festungswerke Schaden zu leiden. Doch wurde auch dieses, wie es scheint durch Osianders Bemühungen, abgewendet; an wenigen kleinen Stellen wurden Bollwerke und Mauern umgestürzt. Im Ganzen büßte die Stadt etwa 125 000 Gulden ein.

Am 17. Dezember erhielt Schorndorf die schriftliche Aufforderung,

Digitized by Google

die Franzosen einzulassen. Die Festung sperrte den Weg durch das Remsthal. Der Befehlshaber, Peter Krummhaar, hatte daher vom Administrator die Weisung bekommen, sie bis zum Äußersten zu halten; besetzt war sie aber nur von kaum 300 Mann junger Bürger und Bauern. Die Aufforderung zur Übergabe hatte bei dem braven Befehlshaber so wenig Erfolg wie ein Bestechungsversuch. Die Franzosen griffen zu dem bewährten Mittel, auf die Regierung in Stuttgart einzuwirken. Schon am 18. Dezember schlug Juvigny der Herzogin vor, die Stadt zum Besten des Landes den Franzosen einzuräumen. Bald folgten wieder die schwersten Drohungen. Die Herzogin beschwerte sich mutig über die Vergewaltigung. Der Geheimerat besann sich einige Tage lang; er kam zu der jetzt freilich richtigen Ansicht, daß man ganz in der Gewalt der Feinde sei, und schickte den Kriegsrat Heller nach Schorndorf, um die Stadt zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Allein hier hatte man von dem Nahen der Kreistruppen vernommen; Krummhaar hatte ihnen Boten entgegengeschickt; die Einwohnerschaft war nicht gesonnen, um Stuttgart zu retten, die eigene Stadt preiszugeben. Der Mut der Unterthanen hob sich überhaupt wieder so, daß diese nach dem württembergischen Prinzen Ludwig, der ein Kreisregiment herbeiführte, Verlangen trugen „wie die Engländer nach dem Prinzen von Oranien"; wenn nur jemand käme und sie anführte, war allgemeiner Wunsch. Unter diesen Umständen hatte der herzogliche Kriegsrat in Schorndorf einen schweren Stand: auf Krummhaars Frage erklärte sich die ganze Bürgerschaft zur Gegenwehr bereit. Eben (24. Dezember) erschien Melac mit 250 Pferden und 80 Fußgängern bei der Ziegelhütte vor der Stadt und schlug Krummhaar vor, zu ihm herauszukommen. Dieser ging nicht in die Falle. Die Ankunft des Kriegsrats Heller und eines Begleiters hatte die Aufregung so gesteigert, daß die Schorndorfer Frauen unter Führung der Bürgermeisterin Walch vor dem Rathause zusammenliefen, und die Abgesandten der Regierung, sobald sie sich herunterwagen würden, mit Schlägen bedrohten.[1]) Erst nach einigen Tagen konnte Heller durch den Dekan listiger Weise aus der Stadt hinausgerettet werden. Beinahe wäre es ihm doch gelungen, seinen Auftrag auszuführen. Denn so lange er noch in der Stadt war, rückte Melac mit stärkerer Macht nach Adelberg (26. Dezember), am folgenden Tage vor Schorndorf und wies selbst

[1]) Die Keckheit der Schorndorfer Weiber im Gegensatze zu der Ratlosigkeit der Stuttgarter Regierung hat der Göppinger Präzeptor Spehr in stark ausschmückender Erzählung gepriesen. Er mußte dafür im Gefängnis büßen, hat aber jenen zum verdienten Nachruhme verholfen.

Digitized by Google

einen Befehl aus Stuttgart vor, ihn einzulassen. Dieses Erscheinen machte auf den Rat der Stadt einen solchen Eindruck, daß er sich auf die Seite der herzoglichen Gesandten bringen ließ; aber Krummhaar und die Bürgerschaft blieben fest. Wie Heller und Genossen merkten, daß Schorndorf mit solcher Sicherheit auf Entsatz durch die Kreistruppen rechnete, wußten sie nichts Besseres zu thun, als dem Markgrafen von Baden-Durlach vorzustellen, wie groß die Macht der Franzosen sei und wie das Land durch den Versuch eines Entsatzes nur noch mehr zu leiden bekäme. Krummhaar ließ es sich sehr angelegen sein, diese Märe zu vernichten; er bat vielmehr um rasche Hilfe, da er die Franzosen gar sehr erbittert habe.

Ihre Wut wollten die von Schorndorf abgewiesenen Franzosen an Stuttgart auslassen. Obgleich bei der Übergabe von Hohenasperg ausbedungen worden war, daß die Hauptstadt von allen Lasten verschont bleiben solle, erschienen vor derselben am 30. Dezember auf Befehl Montclars 200 französische Dragoner. Der Eintritt wurde ihnen von den Bürgern verwehrt; die Sturmglocke wurde gezogen; von der Regierung und, als diese sich weigerte, von den Stadtbehörden forderte man Waffen. Aber wieder wurde durch die Bedächtigkeit der Führer die Thatkraft der Bürger gehemmt; selbst Magdalene Sibylle verließ sich auf die getroffene Abrede. Während vor dem Hauptstätter Thore die Zahl der Franzosen stetig wuchs, ließ man die Verteidiger fast ohne Waffen und ohne Leitung und hinderte nicht einmal, daß der französische Gesandte selbst mit seinen Leuten sie von seinem Hause aus beschoß. Nach zweistündiger tapferer Gegenwehr wurden die Bürger überwältigt und 2500 Franzosen besetzten den Marktplatz. Ihr Führer Peysonel hatte so viele Achtung vor der würdigen Haltung der Herzogin-Mutter, daß er seine Soldaten möglichst in Zucht hielt; selbst die Straffumme von 30 000 Gulden ließ er zur Hälfte nach. Dennoch folgte der Besetzung der Stadt eine Schreckensnacht. Am folgenden Tage erschien Montclar und ließ sofort einen Teil der Stadtmauer niederreißen. Der geringe Verlust, den die eindringenden Franzosen erlitten hatten, bot ihm den Vorwand, allen Versprechungen zuwider doch noch den Befehl seines Königs ausführen zu lassen und Stuttgart der Plünderung und Einäscherung preiszugeben. Schon schickte Melac von Eßlingen her zahlreiches Brandzeug, das aber der Fuhrmann heimlich in Cannstatt abladen konnte; schon wurde die Stellung von Wagen verlangt, welche den Raub fortführen sollten. Da endlich nahte die Hilfe.

Am 25. Dezember waren die aus Ungarn kommenden vier Kreis-

Digitized by Google

regimenter in Ulm angelangt. Mit ihnen zog eine kaiserliche Abteilung. Der Markgraf Karl Gustav zögerte vorzurücken, da die Stärke der Franzosen noch immer überschätzt wurde. Aber der kriegsmutige Prinz Ludwig von Württemberg, obgleich durch Abgesandte der herzoglichen Regierung vor übereilten Schritten gewarnt, ließ nicht nach in jenen zu dringen. Immer lauter wurden die Hilferufe aus Schorndorf, immer lebhafter die Bitten, den Aufstand gegen die Franzosen ins Werk zu setzen. Die Ämter Blaubeuren und Heidenheim stellten schon ihre Auswahl auf; die zurückgehaltenen oranischen Reiter stießen zu den Kreistruppem. Der Markgraf gab nach; am 31. Dezember rückte er nach Geislingen. Die Nachricht, daß Stuttgart besetzt sei, machte ihn wieder über die Zahl der Feinde stutzig; zudem sei ja Schorndorf jetzt aus der Not. Prinz Ludwig wehrte sich heftig gegen die Umkehr. Jetzt kam auch ein herzoglicher Gesandter, der um schnellen Weitermarsch bat; — in Göppingen hatte die Volksmenge, voran die aufgeregten Weiber, ihn nicht weiterreisen lassen wollen, da sie ihm die gegenteilige Absicht zutrauten. Er hatte den Befehl, wenn der Markgraf Hilfe zusage, die Ämter am oberen Neckar zu den Waffen zu rufen. Der Markgraf bat den bis Hall vorgedrungenen Kurfürsten Johann Georg von Sachsen, gleichfalls in das Herzogtum einzurücken, und marschierte nach Göppingen. Am Neujahrstage 1689 zog sein Heer vollends das Filsthal herunter, machte aber vor Plochingen Halt, da dieses von den Franzosen besetzt sein sollte. Ungeduldig erbat sich Prinz Ludwig die Erlaubnis, mit seinem Regiment Aufklärung zu verschaffen. Die Franzosen hatten schon Tags zuvor Eßlingen geräumt und beeilten sich überall, ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Der Markgraf lagerte sich in der Gegend von Nellingen auf den Fildern, zog noch um Mitternacht hier seine Truppen zusammen, da die Kunde von der Niederreißung der Stuttgarter Mauern auf den Abmarsch des Feindes schließen ließ, und brach am Morgen des zweiten Januar gegen Stuttgart auf. Als eben die Kreistruppen auf dem Bopser sichtbar wurden, eilten die Franzosen, ohne ihren Zerstörungsplan auszuführen, in der Richtung gegen Leonberg und den Asperg davon; der letztere wurde noch vertragswidrig zerstört. Mit sich schleppten jene reichen Raub und viele Geiseln, die für die noch rückständigen Brandschatzungsgelder bürgen sollten. Der Gesandte Juvigny rettete sich vor seinen vielen Gläubigern und führte gleichfalls große Beute fort; es war ein verdientes Geschick, daß ihm kaiserliche Reiter dieselbe bei Rutesheim abjagten.

Kaum gewahrten die Kreistruppen den Abzug der Franzosen aus Stuttgart, so stürmte eine Schar Reiter durch das Thor und säbelte

Digitized by Google

die Nachzügler nieder; es waren fast nur noch Verwundete und Kranke. Prinz Ludwig begann dem Feinde nachzusetzen, wurde aber bald vom Markgrafen zurückgerufen. Dieser hielt einen großen Kriegsrat im Schlosse. Die württembergischen Geheimeräte warnten ihn vor der Verfolgung; sie waren froh die Dränger los zu sein, fürchteten aber schon ihre Rache. Die Herzogin-Mutter, die der Markgraf gleichfalls befragte, überließ natürlich ihm die Entscheidung. Offiziere und Soldaten brannten vor Kampf- und Beuteluft; es wurden Anstalten zum Aufbruch getroffen und widerrufen, so daß die Aufregung und Verwirrung in der Stadt groß wurde und gefährlichen Unfug verursachte. Zuletzt entschloß sich der Kriegsrat, dem Feinde goldene Brücken zu bauen. Als ein Grund für die Unterlassung der Verfolgung wurde angeführt, daß ja das Reich an Frankreich noch nicht den Krieg erklärt habe! Nur einzelne Reiterabteilungen beobachteten den abziehenden Feind. Um so kecker wurden die Franzosen von den Bauern belästigt: teils bloße Schnapphahnen, die sich zu kleinen Rotten vereinigten, teils größere Bauernhaufen, die zu den Waffen griffen, thaten ihnen großen Schaden. Am meisten waren die Bauern dadurch erbittert, daß sie von ihren Bedrückern gezwungen worden waren, das Heu und Stroh, das diese nicht mitnehmen konnten, zu verbrennen. Vielfach wurden die Pässe verhauen, so daß die Wagen nicht weiter konnten. Die aus dem Unterlande heranströmende Mannschaft wagte sogar, das von 500 Franzosen besetzte Freudenstadt anzugreifen. Sie wurde zwar blutig zurückgewiesen; aber die Besatzung zog es vor, über den Schwarzwald zurückzugehen, und wie sie mit ihrer Beute den Kniebis erreichte, wurden ihr von den Alpirsbacher und Dornhaner Bauern etwa 20 beladene Wagen abgenommen.

Die Franzosen zogen sich in die Gegend von Pforzheim und Durlach und schädigten das Nagoldthal bis hinauf nach Calw und Wildberg, das Enzthal bis Neuenbürg. Zu ihrer Abwehr wurden einige Truppen in das obere Gäu gelegt; die Hauptmacht des Markgrafen, welcher Verbindung mit den in Heilbronn eingerückten Sachsen und Franken suchte, besetzte die Enzlinie von Bietigheim bis Vaihingen und hielt sich hier in abwartender Stellung. Die Furcht war wieder so groß geworden, daß Prinz Ludwig nicht einmal die wenigen noch in Eßlingen befindlichen Franzosen gefangen nehmen durfte, da der dortige Rat Einsprache erhob.

Jetzt kam auch der Administrator Friedrich Karl wieder zurück mit dem zur Hilfe aufgebotenen Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Am 21. Januar 1689 trafen der Markgraf und Prinz Ludwig mit ihnen in

Digitized by Google

Stuttgart zusammen. Der Kurfürst beschloß gegen Heidelberg zu marschieren und erhielt die beiden schwäbischen Reiterregimenter zur Unterstützung. Schon am 27. erschien sein Heer vor der Stadt; da es dieselbe aber zu stark besetzt fand, kehrte es bis Bruchsal um. Die Truppen bezogen Quartiere; der Kurfürst begab sich nach München zurück.

So waren die Franzosen ziemlich unbelästigt aus Württemberg hinausgekommen, obgleich sie sich selbst wie in einer Falle fühlten. Das Herzogtum hatte von ihnen in den wenigen Monaten einen Schaden von über 900 000 Gulden (nach heutigem Werte etwa 9 Millionen Mark) erlitten und seine meisten Festungen waren der Geschütze beraubt.

Im Februar 1689 wurde endlich der Reichskrieg gegen Frankreich beschlossen. 20 000 Reichstruppen eilten herbei und nahmen im Herzogtum Stellung. Kursachsen legte mit Gewalt drei Regimenter nach Lauffen, Bottwar und Beilstein. Das Land war in Gefahr, völlig ausgesogen zu werden; denn die fernerliegenden Kreise weigerten sich wieder lange, die Grenzbezirke durch Zufuhren zu unterstützen. Es war ein unleidlicher Zustand, durch den der Administrator Friedrich Karl von selbst dazu gedrängt wurde, die Verlegung des Kriegsschauplatzes nach Frankreich zu betreiben. Jetzt da der Reichskrieg entschieden war, leistete jener so viel als er konnte. Nicht nur überließ er dem Kaiser die aus venetianischen Diensten zurückkehrenden Truppen und lieferte freiwillig viele Munition, sondern übergab auch die Regierung der Herzogin-Mutter und den Räten, um selbst in das Feld zu ziehen. Zum Glück für Württemberg blieb es in den nächsten Jahren von Einfällen verschont. Zwar näherten sich die Franzosen im Juli 1689 wieder dem Lande, nahmen zwischen Bretten und Durlach einige Kompagnieen Kreistruppen und 250 Mann von der Landesauswahl gefangen und führten die letzteren nach Rheims, wo sie vom Herzogtum verhalten werden mußten. Zwar rückten sie nach vergeblichem Versuche gegen das von Württembergern verteidigte Heidelberg im August noch einmal heran und verbreiteten solche Furcht, daß die Bayern und die Kreisvölker bis nach Herrenberg zurückwichen, der Landsturm aufgeboten wurde, allenthalben das Gerücht erscholl, die Feinde seien schon da, und ein allgemeines Flüchten begann, von dem sogar Magdalene Sibylle mitgerissen wurde. Aber die Belagerung und baldige Eroberung von Mainz durch das Reichsheer schaffte dem Lande Luft.

Freilich war es auf deutscher Seite mit dem Kriege bald nicht mehr Ernst. Die Reichsstände thaten kaum, was sie unbedingt mußten, die Kreistruppen drohten aus Mangel an Sold zum Feinde überzugehen, die

Digitized by Google

württembergischen Bauern weigerten sich, da kein Franzose im Land stand, beim Landsturm einzutreten. Die starken Lasten, die Württemberg vom Freunde zu tragen hatte, ließen die Bedrückung durch die Feinde schon vergessen. Das Heer geriet immer mehr in Zerfall.

Man gewöhnte sich schon daran, die Hilfe der Reichstruppen für überflüssig zu halten. Als im folgenden Jahre (1690) die Sachsen wieder ins Land kamen, um sich hier mit andern zu vereinigen, zog der Administrator eine feste Linie gegen dieselben, damit sie keinen weiteren Schaden anrichten könnten. Und doch behaupteten sich die Franzosen, wenn auch der eigentliche Kriegsschauplatz nach den Niederlanden verlegt war, in bedrohlicher Weise am Oberrhein und in der Pfalz.

Friedrich Karl hatte mit seinem Bruder Ludwig und dem jungen Herzog Eberhard Ludwig mehrere Wochen in Augsburg bei der Wahl des römischen Königs und bei der Krönung der Kaiserin verbracht und dabei sich das Versprechen geben lassen, daß das Herzogtum mehr geschont werde. Jetzt faßte er den Plan, dasselbe auf eigene Füße zu stellen und durch Schaffung eines geschulten Heeres die Einlagerung von Reichstruppen im Lande unnötig zu machen. Er schlug daher die Umwandlung der Landesauswahl in eine „regulierte Landmiliz" vor. Der Landschaft mißfiel der Eifer des Herzogs, sie erklärte seinen Plan kurzer Hand für verfassungswidrig. Seine weitere Absicht, die Lehensleute zum Kriegsdienste herbeizuziehen, scheiterte an der von diesen behaupteten Reichsunmittelbarkeit. Da der Kaiser den Herzog im Streit mit der Landschaft unterstützte, setzte dieser seinen Willen durch. Er stellte bei einer Generalmusterung der Landesauswahl drei Regimenter zu Fuß von je 1500, ein Reiterregiment von 800 und ein Dragonerregiment von 650 Mann auf, zusammen 6000, während nur 1100 weitere den Kreisregimentern einverleibt waren. Die Kosten sollten durch eine Kopfsteuer aufgebracht werden. Der Beitritt zu dem Bunde zwischen dem Kaiser, England und Holland, den Friedrich Karl persönlich im Haag ins Werk setzte (24. März 1691), erhöhte für ihn den Wert eines eigenen Heeres neben den Kreistruppen; er änderte daher die regulierte Landmiliz eigenmächtig in regelrechte Soldtruppen um. Zu ihrem Unterhalt mußte der dreißigste Teil des Ertrags an Wein und Frucht beigesteuert werden. Da durch Werbungen nicht die ganze Zahl zusammengebracht wurde, schritt Friedrich Karl unter lebhaftem Widerspruch der Landschaft zu Aushebungen. Dies ist der gewaltthätige Anfang der württembergischen Haustruppen, gegen deren Beibehaltung damals und so oft die Landstände sich beim Kaiser beschwerten. Der Streit kam unter

Digitized by Google

der vormundschaftlichen Regierung Friedrich Karls nicht mehr zum Austrag. Übrigens sahen auch die anderen Stände des schwäbischen Kreises scheel zu dem Unterfangen des württembergischen Herzogs; mußte dieser doch, wenn er über größere Machtmittel verfügte, ihnen gegenüber an Einfluß und Ansehen gewinnen. Nur ungern entschlossen sie sich daher, nachdem sie sich dem fränkischen Kreis zur Aufstellung eines Heeres von 10 000 Mann verpflichtet, für zwei Regimenter zu Fuß und eines zu Pferd an Friedrich Karl 155 000 Gulden Hilfsgelder, zunächst auf ein Jahr, zu bezahlen, wofür der Herzog selbst die Verpflegung und Ergänzung derselben übernahm (Juli 1691).

Im Sommer 1691 standen sich die Heere am Oberrhein unthätig gegenüber. Doch nahmen die Franzosen Pforzheim weg, und so kamen für Württemberg zu den drückenden Lieferungen an die Kaiserlichen und der kostspieligen Verpflegung der Sachsen auch noch französische Brandschatzungen.

Erst im Juni 1692, nachdem der Feind schon längst wieder den Feldzug durch Vorstöße eröffnet, entschloß man sich deutscherseits zum Angriffskrieg. Der fränkische und der schwäbische Kreis beschlossen die Aufstellung von je 12 000 Mann. Auch diesmal überließ dem letzteren der Herzog-Administrator drei Regimenter, eines zu Fuß und zwei zu Pferd, so daß seine Haustruppen nur noch aus zwei Regimentern zu Fuß bestanden. Er selbst hätte vorgezogen, seine sämtlichen Haustruppen in den Dienst des Kaisers zu bringen und den Oberbefehl über dieselben zu behalten. An der Eifersucht Badens und des Bischofs von Constanz, der sogar den Streit über das Kreisdirektorium erneuerte, scheiterte seine Absicht. Die Folge war, daß er weder innerhalb des Kreises noch als „armierter" Fürst außerhalb desselben eine bedeutende Rolle spielen konnte. Die Hartnäckigkeit der Landschaft bewirkte, daß die württembergischen Abteilungen die am schlechtesten gerüsteten waren. Um so eifriger zeigte sich der Herzog mit Anbietung von Belagerungsgeschütz.

Der Kaiser erkannte die Bemühungen Friedrich Karls um das allgemeine Beste an, indem er einen Streit beendigte, der seit dem Tode des Herzogs Ludwig zwischen Östreich und Württemberg geschwebt hatte und während des dreißigjährigen Krieges sehr brennend geworden war. Die Herrschaft Blaubeuren war seit 1447 Lehen von Östreich. Noch nie hatte dieses Ansprüche auf Rückfall bei Aussterben des Hauptstammes gemacht, bis Herzog Friedrich zur Regierung kam. Von da an hatte es seine Ansprüche nicht mehr fallen lassen. Jetzt gab es gegen eine Entschädigung

Digitized by Google

von 40000 Gulden zu, daß sämtliche männliche Glieder des herzoglichen Hauses ein Erbrecht an dem Lehen haben; und so blieb es, bis unter König Friedrich der Lehensverband gelöst wurde. Ebenso freundlich war der Kaiser Württemberg in einer wichtigen Frage gesinnt, die eben damals auftauchte, derjenigen der Errichtung einer neunten Kur. Hannover machte Ansprüche auf die Kurwürde und ließ sich als Beigabe derselben das Reichserzbanneramt versprechen. Württemberg, das seit Alters wegen Markgröningens mit der Reichssturmfahne belehnt war, erhielt vom Kaiser die Zusage, daß er nichts dem Herzoge in dieser Sache Nachteiliges zugeben werde.

Der Feldzug gegen Frankreich verlief unglücklich.[1]) Kaum hatten die Verbündeten den Rhein überschritten (September), als die Uneinigkeit ihrer Führer sie trennte. Gleichzeitig ging der französische General Lorge auf das rechte Rheinufer und rückte gegen Pforzheim. Um Württemberg gegen Streifzüge zu schützen, wurde Herzog Friedrich Karl mit vier Reiterregimentern dem Feinde entgegengeschickt. Südlich von Maulbronn, bei Ötisheim, stellte er sich in günstiger Stellung auf und befestigte den Ort, — noch heute sind deutliche Spuren davon sichtbar. Rasch zog er zwei weitere Reiterregimenter, darunter dasjenige seines Bruders Ludwig, und einige Kompagnieen zu Fuß an sich, schickte 300 Mann Kreistruppen zur Unterstützung von Pforzheim vor und glaubte den Feind durch die Belagerung dieser Stadt aufgehalten. Aber die Franzosen nahmen dieselbe mit Leichtigkeit (26. September 1692) und drangen sofort gegen Ötisheim vor. Friedrich Karl hatte die Absicht, keine Schlacht anzunehmen, sondern sich langsam zurückzuziehen, damit die Franzosen gehindert würden, sich auf Beutezügen zu zerstreuen. Aber unbegreiflicherweise erfuhr er nichts von dem Fall Pforzheims und ließ sich durch das Heer des Generals Lorge überfallen. Er selbst glaubte nur die Vorhut vor sich zu haben und wehrte sich tapfer. Aber der größte Teil der Seinigen wurde durch das unerwartete Erscheinen des Feindes so erschreckt, daß sie sich nicht halten ließen. Friedrich Karl selbst und der bayerische General Soyer fielen in Gefangenschaft; Prinz Ludwig wurde durch seinen Mohren gerettet, der dem sein Pferd greifenden Franzosen den Kopf spaltete (27. Sept.). Die geschlagenen Truppen retteten sich teils nach Heilbronn, teils nach Vaihingen, von wo sie aber bald wieder verjagt wurden.

---

[1]) Zum Folgenden vergl. namentlich Schulte, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich 1693—1697.

Digitized by Google

Die Folgen des unglücklichen Treffens waren für die benachbarten Gebiete Württembergs schreckliche: Vaihingen mit vielen kleineren Ortschaften, ebenso Neuenbürg und Liebenzell wurden ausgeplündert, Zavelstein, Calw und das prächtige Kloster Hirsau mit seiner altehrwürdigen Peterskirche und seinem anmutigen Schloßbau wurden (30. September) niedergebrannt. Von der Herzogin Magdalene Sibylle forderte Lorge die noch von 1688 her rückständigen Brandschatzungsgelder und eine weitere halbe Million Franken. Tapfer erwiderte die Herzogin, daß, wo gebrannt werde, nicht auch noch Schatzung bezahlt werde; sie mußte sich aber von dem Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth, der Friedrich Karl gefolgt war und sich nach dessen Niederlage über den Neckar zurückgezogen hatte, sagen lassen, daß ihr nichts übrig bleibe, als das Verlangte zu bezahlen oder ihr Land verheert zu sehen. Zum Glück konnte Lorge seine Drohungen nicht wahr machen, sondern mußte zum Entsatz des belagerten Ebernburg abziehen.

Der Herzog-Administrator wurde zu Straßburg, dann zu Paris, in mildester Haft gehalten; Ludwig XIV. selbst zeigte sich ihm sehr gnädig. Wahrscheinlich dachte derselbe, ihn und andere Fürsten dem Kaiser abspenstig zu machen. Am Anfang des Jahres 1693 schenkte er ihm ohne Lösegeld die Freiheit. Als aber Friedrich Karl nach Württemberg zurückkam, fand er sich der Vormundschaft entsetzt und Eberhard Ludwig als regierenden Herzog. Früher hatte er wohl selbst sich mit dem Gedanken getragen, eine Stellung aufzugeben, die ihn zu beschränkt dünkte. Viel lieber wäre er als kaiserlicher General an der Spitze eines Heeres gestanden und hätte hier Ehre und Gewinn gesucht. Jetzt war er tief gekränkt, da durch die während seiner Abwesenheit erfolgten Schritte ihm öffentlich das Mißtrauen des Kaisers ausgedrückt schien. Eberhard Ludwig mußte alles nachteilige Geschwätz über ihn verbieten und ihm ein Gnadengeschenk machen; die Landschaft verpflichtete sich nochmals zu der versprochenen Entschädigungssumme. Der Kaiser selbst ernannte ihn bald zum Generalfeldmarschall, in welcher Eigenschaft wir ihn noch mehrmals im Krieg gegen Ludwig XIV. begegnen.

War Herzog Friedrich Karl in erster Linie Soldat, so zeichnet sich die Zeit seiner Regierung doch auch durch Werke des Friedens aus.[1]) Sein Name ist mit der Umwandlung des Stuttgarter Pädagogiums in ein Gymnasium verbunden, das als erstes württembergisches 1686 eröffnet

[1]) Bemerkenswert ist, daß der berühmte Philosoph Leibniz dem Herzog die Verlegung der Residenz und der Universität nach Cannstatt als dem bestgelegenen Orte vorschlug.

Digitized by Google

wurde. Er schenkte den Bemühungen des Bischofes Spinola Beifall, der durch persönliche Auseinandersetzung mit protestantischen Fürsten eine Einigung der getrennten Kirchen herbeiführen wollte und ließ seine hervorragendsten Theologen mit ihm verhandeln. Als nach Aufhebung des Edikts von Nantes zahlreiche flüchtige französische Reformierte im Lande Aufnahme suchten, hätte ihnen der Administrator diese gerne gewährt. Aber geistliche und weltliche Räte warnten vor dem Gifte des Calvinismus; der blinde Eifer für die Orthodoxie — so urteilte ein gebildeter Fremder, der bald nachher das Land bereiste — und das strenge Geschrei vieler Geistlicher, welche lehrten, daß man hiedurch Altar gegen Altar baue und es besser sei, der türkischen als der calvinischen Religion anzuhangen, machten so vieles Bedenken bei den Landständen, daß man darauf verzichten mußte und der Vorteil andern Ländern zufiel. Als Vorwand für die Abweisung mußte noch dienen, daß Württemberg für die Anlage von Fabriken, wie sie von den Auswanderern geplant wurde, nicht geeignet sei. Bekanntlich bot dann der große Kurfürst zum Vorteile für Preußen den Flüchtigen eine Heimat. Von den, freilich ganz mittellosen, Waldensern, die man für rechtgläubiger hielt, durfte sich eine Anzahl in dem immer noch stark entvölkerten Herzogtum niederlassen; doch wurden sie bald durch den Krieg wieder verjagt.

Friedrich Karl war seit 1682 vermählt mit Eleonore Juliane von Brandenburg-Ansbach. Er starb am 30. Dezember 1698 zu Winnenthal. Unter seinen Söhnen ragen hervor: Karl Alexander, der spätere regierende Herzog, und Maximilian Emanuel, der Freund und Waffengenosse Karls XII. von Schweden (geb. 1689, gest. 1709); zwei weitere, Heinrich Friedrich (geb. 1687, gest. 1734) und Friedrich Ludwig (geb. 1690, gest. 1734) erwarben sich Ruhm als kaiserliche Heerführer.

Digitized by Google

XIII. Abschnitt.

Herzog Eberhard Ludwig.

1693—1733.

Am 20. Januar 1693 hatte Kaiser Leopold I. den nicht viel mehr als 16 Jahre alten Herzog Eberhard Ludwig (1693—1733) für mündig erklärt. Seine „fürstlichen Qualitäten und sonderbaren Fähigheiten" ließen ihn hiefür tauglich erscheinen; die Lage des Landes erfordere eine beständige Regierung. Der Kaiser verpflichtete ihn, sich bis zur wirklichen Volljährigkeit von seiner Mutter beeinflussen zu lassen und während der ganzen Dauer des Krieges nur solche Räte anzustellen, welche die Politik des Wiener Hofes unterstützen würden.

Eben in den Tagen des Regierungsantritts Eberhard Ludwigs erklärte sich der schwäbische Kreis bereit, die ihm von Württemberg überlassenen Regimenter, eines zu Fuß von 2100 und zwei zu Pferd von je 600 Mann, noch ferner in seinem Sold zu behalten. Der Herzog, oder wohl seine Mutter, kam dem fortwährenden Verlangen der Landstände insoweit entgegen, daß die übrigen Haustruppen entlassen und so die zum Dienste gezwungenen begüterteren Landeskinder ihrem Berufe zurückgegeben wurden.

Der schwäbische und der fränkische Kreis rüsteten eifrig für den bevorstehenden Feldzug. Auf ihre Bitte stellte der Kaiser den Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, den berühmten Türkensieger, an die Spitze des Reichsheeres, das freilich außer wenigen kaiserlichen Regimentern nur aus Truppen der beiden Kreise bestand. Württemberg brachte Opfer über Gebühr; auch Prinz Ludwig zog als Führer eines Reiterregiments des schwäbischen Kreises ins Feld, ebenso sein Bruder Johann Friedrich. Der württembergische Oberrat Johann Georg Kulpis war mit großem Ge-

Digitized by Google

schicke thätig, die Kreise selbst zu kriegerischen Anstrengungen zu bewegen und die übrigen Reichsstände aus ihrer gewissenlosen Gleichgiltigkeit aufzurütteln; im Einverständnis mit dem Markgrafen entwarf er umfassende Pläne für Schaffung einer allgemeinen Reichskriegsverfassung, Pläne, die freilich an der Vorsicht und Schadenfreude so vieler Reichsstände scheiterten, die aber der Erscheinung des weitschauenden, deutschpatriotischen Staatsmannes Glanz und wohlthuende Wärme verleihen.

Am 23. April 1693 hielt der Markgraf seinen ersten Kriegsrat in Eßlingen; hier und an dem benachbarten Hofe zu Stuttgart wurde verabredet, daß das Reichsheer sich in der Gegend von Heilbronn sammeln sollte. Aber statt der versprochenen 54 000 Mann traf Ludwig Wilhelm, als er am 18. Mai sein Hauptquartier nach Heilbronn selbst verlegt hatte, nicht viel mehr als 15 000; die Sachsen, auf deren Hilfe allein er sicher rechnen konnte, waren noch in bedeutender Entfernung. Und doch hatten die Franzosen unter dem Marschall Lorge schon einige Tage vorher in einer Stärke von gegen 50 000 Mann den Rhein überschritten und lagerten sich vor Heidelberg; ihnen voran zog der Mordbrenner Melac. Nach der schmählichen Übergabe von Stadt und Schloß war zu erwarten, daß sie sich gegen das Reichsheer wenden würden. Der Markgraf zog sich in eine feste Stellung auf dem rechten Neckarufer zwischen Heilbronn und Thalheim zurück, um hier dem Feinde den Übergang über den Fluß streitig zu machen. Nach Neckarsulm hatte er Reiter geworfen; Heilbronn, an dessen Befestigung mit allen Kräften gearbeitet worden war, und Lauffen waren stark besetzt; neckaraufwärts bis Cannstatt wurden wenigstens die Brücken zerstört und Wachposten aufgestellt.

Am 5. Juni erschien das französische Heer bei Heilbronn; sein rechter Flügel lagerte sich gegenüber dem Neckarübergang bei Klingenberg und eröffnete das Feuer auf das andere Ufer. Der Markgraf, dessen Geschütze noch nicht angekommen waren, konnte das Feuer nicht erwidern und mußte eine Änderung seiner Stellung vornehmen. Dieser Augenblick schien den Franzosen günstig; sie stürmten die Anhöhe herunter und suchten zwei Brücken zu schlagen, um den Übergang zu erzwingen. Aber Ludwig Wilhelm warf ihnen rasch einige Bataillone entgegen; der Brückenschlag wurde verhindert. Lorge suchte noch eine andere Stelle für den Übergang zu erspähen; das Nahen hessischer Reiterregimenter, die Ankunft der deutschen Geschütze und der Mangel an Futter für die Pferde ließen ihn an dem Gelingen seiner Aufgabe verzweifeln, so daß er sich zurückzog. Um wenigstens Brandschatzungen einzutreiben und das Land zu verwüsten,

Digitized by Google

schickte er Melac mit 4000 Mann südwärts ins Württembergische. Noch im Mai besetzte dieser Vaihingen an der Enz. Deutsche Reiter thaten ihrerseits auf Streifpartien den plündernden Franzosen Abbruch.

Noch glaubte Markgraf Ludwig Wilhelm nicht an den Abzug des Feindes; er vermutete einen Anschlag auf Stuttgart oder Weilderstadt und rückte vorsichtig auf dem rechten Neckarufer bis Ottmarsheim. Am 15. Juni ging aber Lorge nach Bruchsal zurück; ihm schloß sich unterwegs Melac an. Erst am Ende des Monats regte sich der Marschall wieder und suchte im Odenwald die Vereinigung der Sachsen und Hessen mit dem Markgrafen zu hindern, der am 2. Juli aus dem Lager bei Ottmarsheim aufbrach und diesen bis Wimpfen entgegenging.

Bald führte der Dauphin selbst ein zweites französisches Heer zur Unterstützung des Marschalls heran. Beide wandten sich gegen das Reichsheer. Jener überschritt am 16. Juli bei Philippsburg den Rhein, dieser um dieselbe Zeit vom Odenwald her den Neckar. Der Markgraf zog sich bei Kochendorf auf das rechte Neckarufer zurück und ließ den Übergang bei Lauffen aufs neue bewachen; die Furt bei Klingenberg hatte er schon vorher durch eine Schanze gedeckt. Am 21. kam der Dauphin in Illingen an, am 23. in Oberriexingen und besetzte den unverteidigten Asperg; unterwegs ging Enzweihingen in Flammen auf. Am 25. fand endlich die Vereinigung mit Lorge statt, der bis auf das lange Feld vorgerückt war. Das Hauptquartier kam nach Eglosheim; der rechte Flügel des nunmehr gegen 80 000 Mann starken Heeres reichte bis Gerlingen. Eine Abteilung von 5000 Mann mit 8 Geschützen bestürmte noch an demselben Tage Besigheim, um in den Besitz des dortigen Neckarübergangs zu gelangen; die Bürger hielten sich samt der kleinen Besatzung wacker, mußten sich aber in der Nacht aus der Stadt retten.

Dem Markgrafen war die Langsamkeit der feindlichen Bewegungen sehr zu statten gekommen. Außer brandenburgischen und pfälzischen Truppen konnte er noch den Kurfürsten von Sachsen mit ansehnlicher Macht an sich ziehen und dem Feinde in einer trefflichen Stellung Halt gebieten. Von Sontheim aus erstreckte sich dieselbe der tiefeingeschnittenen Schozach entlang über Thalheim und fast im Kreise rückwärts über Flein bis gegen Heilbronn; sie war ringsum durch zahlreiche Schanzen befestigt.

Am 26. und 27. Juli erfolgte bei Besigheim und weiter oben bei Neckarweihingen der Übergang der Franzosen. Zügellose Scharen derselben streiften plündernd gegen das Bottwar- und Murrthal; Großbottwar und Beilstein, Marbach und Backnang sanken in Asche, zahlreiche andere Orte

Digitized by Google

wurden mit Brand und Raub heimgesucht, die Einwohner unmenschlich gequält; namentlich das Aufhängen derselben, um den Verrat versteckter Schätze zu erzwingen, war ein beliebtes Vergnügen. Die Franzosen hausten so wild, daß manche von ihnen in den brennenden Häusern und den einstürzenden Kellern selbst den Tod fanden. Das Hauptheer stand am 30. Juli zwischen Pleidelsheim und Großbottwar und rückte am folgenden Tag über Ottmarsheim und Liebenstein in ein zwischen Neckarwestheim und Untergruppenbach geschlagenes Lager. Eine entscheidende Schlacht schien bevorzustehen. Aber nach unbedeutenden Vorpostengefechten versuchte wohl der Dauphin am 2. August einen Angriff auf die deutschen Schanzen, erkannte aber bald dessen Erfolglosigkeit und ging in sein Lager zurück. Langsam wie er gekommen, wandte er sich wieder über Pleidelsheim an den Neckar; am 13. August war sein Heer auf das linke Ufer zurückgekehrt; es lagerte sich bei Heutingsheim. Eine Krankheit des Markgrafen und der Mangel an Einheitlichkeit in der Führung des Reichsheeres hinderte die Verfolgung des Feindes.

Inzwischen waren einzelne Abteilungen der Franzosen in das Innere des Herzogtums eingedrungen und erhoben überall Brandschatzungen. Alles flüchtete; der Hof selbst begab sich nach Heidenheim. Die wenigen württembergischen und kaiserlichen Reiter, die, namentlich auf Schorndorf gestützt, den Feinden stark zusetzten, fanden Unterstützung an zahlreichem Gesindel und an Bauern, welche die Verzweiflung zu den Waffen trieb. Natürlich unterschieden diese nicht genau zwischen Freund und Feind und nahmen, was sie bekamen. Von ihrer Keckheit zeugt, daß sie sogar einen Proviantzug, der für den Dauphin bestimmt war, unmittelbar vor Stuttgart überfielen und die Bedeckungsmannschaft in die Stadt hinein verfolgten. Die letztere mußte sich im Schlosse ergeben, wurde ihnen aber durch württembergische Reiter, die in der Stadt Ordnung herstellten, abgenommen und nach Schorndorf geführt (3. August). Durch solche Vorgänge steigerte sich die Wut der Franzosen; sie steckten Winnenden in Brand (4. August), besetzten Stuttgart mit gegen 1000 Reitern und drohten mit schwerer Rache (6. August).

Wäre Herzog Eberhard Ludwig nicht zu jung gewesen, um sich an die Spitze des Landesaufgebots zu stellen, er hätte nicht nur den französischen Räubern das Handwerk legen, sondern auch dem Heere des Dauphin selbst gefährlich werden können. So aber siegte im Rate der Regierung die alte Bedächtigkeit. Man suchte jeden Schein der Begünstigung des deutschen Heeres zu vermeiden und knüpfte Verhandlungen mit den

Digitized by Google

Franzosen an, um Raub und Brand durch eine Geldsumme abzukaufen. Da man aber die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, der Markgraf könnte am Ende doch den Feind verjagen, zögerte man mit dem Abschluß eines Vertrags und als derselbe zu stande gekommen war (9. und Nachtrag 13. August), beeilte man sich wieder nicht ihn zu erfüllen, so daß die eingegangenen Verpflichtungen dem Lande kaum eine Erleichterung verschafften. Und doch waren die Bedingungen hart genug ausgefallen: 1 200 000 Franken sollte das Land innerhalb Jahresfrist nach Straßburg bezahlen und von Beginn des Jahres 1694 ab bis zur Beendigung des Krieges alle drei Monate 75 000 nach Philippsburg. Zur Sicherung der Bezahlung mußten sechs Geiseln gestellt werden, je zwei hohe Räte und Geistliche und zwei Bürgermeister.

Der Rückzug des Dauphin hätte doppelte Veranlassung geben sollen, den Landsturm aufzubieten. Der schwäbische Kreiskonvent in Ulm befahl, drei Haufen zu bilden, die sich bei Plochingen, zwischen Herrenberg und Nagold, und an den in das Kinzigthal führenden Schwarzwaldpässen sammeln sollten. Dem Ruf wurde vielfach Folge geleistet. Aber die württembergische Regierung, deren Kreisgesandte zu ihrem Entsetzen für den Landsturm gestimmt hatte, unterdrückte im Herzogtum die Bewegung und bei der Unthätigkeit des Reichsheeres verlief sie bald im Sande.

So konnten die Franzosen trotz ihres Mißerfolgs gegen das Reichsheer in Württemberg nach Belieben schalten. Bis Göppingen und bis Tübingen drangen Scharen derselben vor. Viele Ortschaften, namentlich bei Stuttgart, fielen den Flammen zum Opfer. Endlich, am 24. August, setzte sich der Dauphin aus seinem Lager bei Heutingsheim in Bewegung, um das ausgesogene Land zu verlassen; ein Teil seines Heeres marschierte durch das Strohgäu, ein anderer durch das Enzthal in der Richtung nach Pforzheim. In Vaihingen, wo sich große Feldbäckereien befunden hatten, brach bei dem Abzug ein Brand aus, der, von den Franzosen geschürt, fast die ganze wohlhabende Stadt dem Boden gleichmachte; der Schaden wurde auf 600 000 Gulden (etwa 6 Millionen Mark nach heutigem Werte) geschätzt. Am 29. August verließen die Franzosen auch Eßlingen und Stuttgart. Was ihnen hier an Lebensmitteln geliefert worden war, erlaubten sie großmütigst an der Kriegssteuer in Abzug zu bringen, was ihnen in der Kunst- und Rüstkammer gefiel, nahmen sie unverrechnet mit.

Erst an demselben Tage wagte sich das Reichsheer, das gleichfalls großen Mangel litt, aus seiner festen Stellung hinter der Schozach heraus. Am 2. September überschritt es bei Beihingen den Neckar und wandte

Digitized by Google

sich bald nordwärts bis Eppingen. Hier trennte sich das Heer. Der Markgraf selbst rückte, um einem etwaigen neuen Einfall über den Schwarzwald zu begegnen, mit den Kreisregimentern in die Gegend von Herrenberg, wo schon der Landesausschuß unter den Waffen stand; bald bekam er noch Zuzug und es gelang ihm, nicht nur die Franzosen abzuhalten, sondern sie auch durch kühne Streifpartien zu schädigen. Obgleich dem Reichsheere jede Plünderung in Württemberg strenge verboten war, erlaubten sich doch namentlich die kaiserlichen Reiter viele Ausschreitungen. Im Unmut stieß daher der in Herrenberg eingetroffene Prinz Johann Friedrich einen Husaren, den er beim Obstdiebstahl ertappte, nieder; die Folge war ein Duell mit dem Regimentsinhaber Palffy, in welchem der Prinz fiel (25. Oktober). Am Anfang des Novembers gingen die Truppen in die Quartiere auseinander.

Der Schaden, den Württemberg allein bis zum Abschluß des Brandschatzungsvertrags erlitten hatte, belief sich, die verbrannten Städte und Dörfer nicht eingerechnet, auf über 900 000 Gulden (etwa 9 Millionen Mark nach heutigem Werte), von da bis zum Frieden auf weitere 2 Millionen (etwa 20 Millionen Mark). Der Herzog gab sich alle Mühe, wenigstens die zweite Summe von der Kriegssteuer in Abzug bringen zu lassen — vergebens. Gebäude waren im Ganzen etwa 1900 verbrannt worden, 7 Städte und 37 Ortschaften lagen ganz oder zum Teile in Trümmern. Das Elend im Herzogtum war fast größer als in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges; Hungersnot und Seuchen wüteten schrecklich, das Land nördlich der Alb war von Freund und Feind zerstampft und verwüstet. Von 450 000 Einwohnern blieben bis zum Jahre 1696 kaum 300 000 übrig. Viele Klagen richteten sich gegen den Markgrafen, der die Hoffnung, welche man auf ihn gesetzt, er werde Württemberg vor Brandschatzungen erretten, nicht erfüllt hatte; aber auch die württembergische Regierung mußte bittere Vorwürfe darüber hören, daß sie mit dem Feinde in Verhandlungen getreten war.

Statt der 6 bedungenen Geiseln wurden 14 mitgeführt. Da die Strafgelder nicht rechtzeitig abgezahlt wurden, erlitten jene eine ebenso qualvolle als schimpfliche Behandlung. Aus Straßburg schleppte man sie nach Metz in die elendesten Kerker, so daß der Hirsauer Prälat Dreher und der tüchtige Göppinger Vogt Schott den Mißhandlungen erlagen. Zu Hause gab man sich am Anfang redliche Mühe, ihre Auslösung zu bewirken. Eine Steuer, die sich auf alle Haustiere erstreckte, genügte aber

Digitized by Google

so wenig, wie eine Umlage, welche die höchsten Beamten mit 30 Gulden, die geringste Magd mit ebenso vielen Kreuzern traf. Die Regierung verzichtete gar bald auf die Aufbringung des Geldes und wollte zuwarten, ob sie nicht bei den Friedensverhandlungen die Geiseln ohne dieselbe frei bekäme. Aber die Notschreie derselben wiederholten sich so häufig, daß neue Schritte unternommen wurden. Mit Hilfe von Basler Geldleuten gelang es endlich die Gefängnisse der gequälten Opfer für ihr Vaterland zu öffnen. Am 29. November 1695 zogen sie unter dem Jubel der Bevölkerung in Stuttgart ein. Zu dauerndem Gedächtnis verlieh ihnen und ihren Familien die Landschaft silberne Pokale.

Es galt Vorbereitungen für das Jahr 1694 zu treffen. Württemberg war unter dem Einfluß des Geheimerats Kulpis ganz mit dem Markgrafen einig, der in Kreis und Reich alle Kräfte aufbieten wollte und entschlossen war, das Herzogtum, was es auch koste, diesmal vor einem Einfall zu bewahren. Hohenasperg wurde neu befestigt, bei Heilbronn und an der Enz sperrten starke Stellungen den Weg. Wieder aber kam nur ein kleines Heer zusammen. Bei Vaihingen befehligte der ortskundige Herzog Friedrich Karl von Württemberg, nunmehr als kaiserlicher General die Reiterei. Auch der junge Herzog Eberhard Ludwig ließ sich durch den Markgrafen im Waffenhandwerk unterrichten. Im Juni nahte der Marschall Lorge mit überlegenem Heere, machte aber vor der deutschen Stellung eine Schwenkung nach Norden und ging nach unbedeutenden Gefechten über den Rhein zurück. Im folgten die Deutschen ohne viel auszurichten. Nach Württemberg kam in diesem Kriege kein Franzose mehr. Wohl wiederholten sich in den nächsten Jahren die Rheinübergänge des Feindes, aber nie gelang es diesem, den Markgrafen aus seiner Verteidigungsstellung an der Grenze des Herzogtums zu vertreiben. Trotzdem hatte das Land noch schwere Lasten zu tragen. Außer der Kriegssteuer, die vertragsmäßig nach Philippsburg abzuliefern war, mußte mannigfach der Landesausschuß unter den Waffen gehalten werden und bedeutende Schanzarbeiten erforderten viele Kräfte. Es kam so weit, daß 1695 in Stuttgart gar keine ordentliche Steuer erhoben werden konnte; das noch erhaltene Steuerbuch dieses Jahres enthält unter dem Einbande nur ein Stück Holz. Bei der Ungewißheit über die Dauer des Krieges und bei der Erkenntnis von der Ohnmacht und Hilflosigkeit des Reiches galt es zudem, Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Eberhard Ludwig, in dem bereits der Soldat erwachte, ging freudig ein auf den Plan des Markgrafen und seines eigenen Geheimerats Kulpis, ein stehendes Heer der

Digitized by Google

Kreise zu schaffen;[1]) und da er im schwäbischen Kreise nicht ganz aufgehen wollte, setzte er es durch, daß er seine eigenen Haustruppen beibehalten und nur, wie seither, in den Sold desselben überlassen konnte. Wenn er damit seinem Lande mehr zumutete, als es schuldig war, gewann er eine um so einflußreichere Stellung im Kreise und machte sich um den Kaiser verdient. Kulpis betrieb in diesem Sinne als sein Gesandter in Wien den Anschluß Vorderösterreichs und der schwäbischen Ritterschaft an die militärischen Einrichtungen des schwäbischen Kreises. Ungerechten Zumutungen setzte er um so entschiedeneren Widerstand gegenüber, so, als der Kaiser 12 Regimenter, die aus Italien nach Schlesien marschierten, den Schwaben und Franken in das Quartier legen wollte.

Im Juni 1696 traten der schwäbische und der fränkische Kreis selbständig dem Bunde gegen Frankreich bei; sie konnten damit bei den Friedensverhandlungen ihr Wort in die Wagschale legen. Doch thaten sie auf dem Kriegsschauplatz wenig mehr, um ihm Nachdruck zu verschaffen. Am Anfang des Jahres hatte der Markgraf den Oberbefehl am Oberrhein für die Dauer der Winterpostierung dem ältesten Feldmarschall Herzog Friedrich Karl überlassen, der denselben von Kirchheim u. T. aus notdürftig führte; auch im folgenden Winter übernahm Friedrich Karl diese Aufgabe. Zu den Reichstruppen waren englische Hilfsvölker gekommen, die im Heidenheimer Amte lagen. Im Sommer 1697 ging Herzog Eberhard Ludwig wieder persönlich zum Heer; es kam zu keiner ernsten Thätigkeit mehr. Nur das von den Franzosen besetzte Ebernburg in der Rheinpfalz mußte sich an den Markgrafen übergeben, der dem bei ihm befindlichen Prinzen Karl Alexander von Württemberg die Ehre überließ, die Kapitulation abzuschließen (27. September 1697).

An den langwierigen Friedensverhandlungen war der schwäbische Kreis und Württemberg durch die Geheimeräte Kulpis und Heespen vertreten. Eberhard Ludwigs Forderungen gingen auf Rückgabe von Mömpelgard und Entschädigung für die nach Abschluß des Brandschatzungsvertrags erlittenen Verluste; die erstere wurde versprochen, mit letzterer drang er nicht durch. Außerdem trat er eifrig für die Rückgabe von Straßburg an das Reich ein; sein Gesandter erklärte diese für den einzig annehmbaren Preis des Krieges; schon damals erkannte man in der Stadt das Ausfallthor der Franzosen gegen Süddeutschland. Als aber England,

---

[1]) Zu den damaligen militärischen Einrichtungen gehörte die Einführung von Wegweisern.

Digitized by Google

Holland und Spanien das Reich im Stich ließen und ihren besonderen Frieden mit Frankreich machten, mußte auch Herzog Eberhard Ludwig jede Hoffnung wegen Straßburgs fallen lassen und gab Kulpis die Weisung, sich allen Bedingungen zu fügen. So kam es, daß dieser, als am 30. Okt. 1697 der Friede zu Ryswick zu stande kam, sogar als einziger Protestant, wenn auch unter Verwahrung, die Religionsklausel unterschrieb, nach welcher die katholische Kirche in allen von Frankreich zurückgegebenen Ortschaften geschützt sein solle, eine Klausel, die trotz der behaupteten Nichtanwendbarkeit auf Mömpelgard zu fortgesetzten Plackereien führte, obgleich Ludwig XIV. auf die Oberherrlichkeit der Grafschaft verzichtete. Kulpis hatte schwer an den Folgen seiner That zu leiden; man unterschob ihm die niedrigsten Beweggründe. Wegen der großen Entrüstung, die unter den protestantischen Reichsständen wie im Lande entstand, folgte sein Herzog nicht mehr so willig dessen Ratschlägen, was freilich die Wirkung hatte, daß Württembergs Einfluß auf die allgemeinen Angelegenheiten bedeutend herabsank. Kulpis überlebte den Friedensschluß nicht lange; er starb schon 1698.

Bei der allgemeinen Erschöpfung — das kleine Württemberg berechnete den gesamten Kriegsschaden auf 8 Millionen Gulden (80 Millionen Mark) — war es natürlich, daß sofort nach dem Friedensschluß die Stimmen nach Abrüstung sich erhoben. Kaum vermochten diejenigen sich Gehör zu verschaffen, welche an den Schutz gegen zukünftige Gefahren erinnerten. Dem schwäbischen Kreis waren vor allem die von ihm übernommenen 3000 Mann württembergischer Haustruppen lästig; besonders neidete der Bischof von Konstanz die Macht des Amtsgenossen in der Leitung des Kreises. Vergebens mahnte der Kaiser und der Markgraf, vergebens ließ der Herzog vortragen, daß infolge des schlechten Friedens ein Zusammenhalten der Kräfte doppelt notwendig sei. Nicht einmal die von Frankreich abgetretenen rechtsrheinischen Festungen konnten genügende Besatzungen erhalten und die bei Kehl blieb so verwahrlost, daß sie in Gefahr kam, vom Rhein weggeschwemmt zu werden. Endlich verstanden sich die Kreisstände wenigstens zur ferneren Aufstellung von 6000 Mann; aber die Württemberger wollten sie nicht darunter haben. Eberhard Ludwig konnte sich nicht entschließen, sie jetzt zu entlassen. Da die Landstände jeden Beitrag für das stehende Heer verweigerten, schrieb der Herzog eigenmächtig Steuern zur Unterhaltung desselben aus. Dadurch entstand ein Zwiespalt, der sich bis zum Ende der Herzogszeit durchzieht und in seiner Entstehung sowohl als in seinem Fortgange zeigt, wie das förmliche, in der Verfassung gegründete Recht der Landstände jeden Fortschritt, so-

Digitized by Google

bald er die Macht des Fürsten zu erhöhen schien, hemmte, wenn er auch noch so sehr durch den Geist der Zeit und das Bedürfnis des Staatslebens gefordert war. Es konnte nicht ausbleiben, daß die letzteren am Ende das veraltete Recht über den Haufen warfen.

Kurz vor dem Ende des Krieges vermählte sich Eberhard Ludwig mit der Markgräfin Johanna Elisabeth von Baden-Durlach (26. Mai 1697), deren Bruder, der Erbprinz Karl Wilhelm, seine Schwester Magdalene Wilhelmine heimführte. Zum Empfang der Braut errichtete der Herzog eine neue berittene Leibwache, die an Tüchtigkeit der Mannschaft und Pracht der Ausstattung ihres Gleichen suchte. Sein Hof begann glänzend zu werden; auf einer mehrmonatlichen Reise, die ihn nach Holland, England und Frankreich führte, lernte der Herzog vollends die Üppigkeit der großen Welt kennen.

Erst am Ende des Jahres 1699 erhielt Eberhard Ludwig die kaiserliche Belehnung mit Württemberg. Umsonst hatte er sich bemüht, im Lehenbriefe seine Sturmfahne als Reichsbanner bezeichnen zu lassen. Der Reichshofrat hatte zwar nach eingehender Behandlung der „lustbaren Materie“ dieselbe als allgemeine Reichsfahne anerkannt und der kaiserliche Geheimerat hatte sich dessen Gutachten angeschlossen; aber der Kaiser unterdrückte aus Rücksicht auf Hannover die Veröffentlichung der Entscheidung. Der Herzog mußte sich mit dem Versprechen begnügen, daß für den neuen Kurfürsten ein anderes Erzamt ausgesucht werden solle, und wies, um sein Recht kundzugeben, der Reichssturmfahne in seinem Wappen eine bedeutendere Stellung an.

Zur Wiederbevölkerung des Landes bot sich Gelegenheit, als neue Scharen vertriebener Waldenser um Aufnahme baten (1699). Besonders in der von den Franzosen so hart mitgenommenen Maulbronner Gegend wurden ihnen Wohnplätze angewiesen; etwa 2000 derselben ließen sich nieder. Auch 400 französische Hugenotten, meist Gewerbetreibende, die seit Jahren in der Schweiz sich aufgehalten, durften in Cannstatt eine Gemeinde bilden. Durch zahlreiche sonstige Maßregeln suchte man den Wohlstand des Landes wieder zu heben; der Wiederaufbau der Häuser, die Anpflanzung der Güter wurden durch Steuernachlässe befördert; dem württembergischen Wein sollte sein alter Ruf durch strenge Bestrafung der Fälscher wiedergewonnen werden, — ein solcher wurde sogar mit dem Schwerte gerichtet.

Kaum drohte der spanische Erbfolgekrieg auszubrechen, als

Digitized by Google

der schwäbische, wie der fränkische Kreis ein Heer aufzustellen beschloß, um seine Neutralität zu wahren. Der erstere übernahm aufs neue zwei württembergische Regimenter zu besolden. Die schwäbischen Truppen sammelten sich im Lager bei Heilbronn; ihr Zustand war jetzt, da es nur Eindruck zu machen galt, noch schlechter als im letzten Kriege. Herzog Eberhard Ludwig ließ auch seine Haustruppen marschieren, musterte sie bei Plochingen und begab sich persönlich nach Offenburg zu den Kreistruppen, um von hier aus die Verteidigungsanstalten bei Kehl zu besichtigen (Juli 1701). Mit jenen Kreisen vereinigten sich weitere. Französische Gesandte versuchten dieselben gegen Östreich aufzuhetzen, während der Kaiser auf Beitritt zu der großen Allianz drang, die er mit den Seemächten eingegangen. Eberhard Ludwig sträubte sich sehr gegen die Teilnahme; die Erfahrung hatte ihn gelehrt, daß die südwestlichen Kreise im Ernstfalle von den andern im Stiche gelassen werden. Endlich siegte die Erwägung, daß der Kampf gegen Frankreich doch gemeinsame deutsche Sache sei, bei den Protestanten vielleicht auch die Hoffnung, in dem neuen Kriege sich Östreich gegenüber den Anspruch auf Aufhebung der Ryswickschen Religionsklausel zu erwerben. Im März 1702 ließen sich die Kreise in die große Allianz aufnehmen. Führer des Reichsheeres am Oberrhein war wieder Markgraf Wilhelm Ludwig von Baden. Zum kaiserlichen Feldmarschallleutenant war der Herzog von Württemberg ernannt (2. Febr.); er leistete mit einem Teil seiner Haustruppen dem Markgrafen Hilfe bei der Belagerung Landaus. Ehe aber die Festung fiel, riß Kurfürst Max Emanuel von Bayern, der mit Frankreich im Einvernehmen stand, die Maske des unparteiischen Zuschauers weg und überrumpelte das schlecht verwahrte Ulm (8. September). Eberhard Ludwig mußte herbeieilen, um sein Herzogtum gegen Osten zu decken; der junge Prinz Karl Alexander blieb vor Landau zurück. Jetzt erklärte endlich auch der Reichstag den Krieg; aber das Mißtrauen der Evangelischen gegen den katholischen Kaiser war wieder so rege geworden, daß sie ihn des Einverständnisses mit Bayern beschuldigten. Herzog Eberhard Ludwig hätte am liebsten die Truppen des schwäbischen und des fränkischen Kreises vom Reichsheere weg gegen Ulm geworfen, um so auf den Kaiser durch Schwächung desselben zu wirken; er schloß sich der Erklärung Preußens an, jenen nicht mehr zu unterstützen, bis Ulm den Bayern entrissen sei. Das Vorgehen der letzteren zwang ihn doch, sich seiner Haut zu wehren. Die Bayern machten in der Absicht, sich mit einem durch den Schwarzwald hindurchbrechenden französischen Heere zu vereinigen, zahlreiche Streifzüge nach

Digitized by Google

Württemberg. Die Absicht schlug zwar fehl, aber ein großer Teil der schwäbischen Alb litt unter Brandschatzungen.

Den württembergischen Landständen war ihres Herzogs hervorragende Beteiligung am Kriege ein Greuel; ihnen bedeutete es, Gott zu versuchen, was er zum Schutz gegen die Feinde veranstaltete. Er kümmerte sich nicht darum und vermehrte noch seine Haustruppen; im Jahr 1703 stellte er außer seinen Kreissoldaten [1]) noch 3400 Fußgänger und 940 Reiter auf. Gleich am Anfang des Jahres rückte er das Remsthal hinauf und über Nördlingen zur Verbindung mit den Östreichern, die in der Gegend von Neuburg an der Donau den Bayern gegenüberstanden. Mit ihnen drang er nordwärts in die Oberpfalz ein, mußte aber schleunigst umkehren, da die Franzosen das Kinzigthal herauf über den Schwarzwald drangen und vom Markgrafen der Befehl kam, ihnen entgegen zu gehen. Die Franzosen überwältigten Hornberg, in dem ihnen 800 Mann vom württembergischen Landesaufgebot in die Hände fielen (1. Mai), und eilten gegen die Donau. Zwischen Tuttlingen und Riedlingen fand die Vereinigung statt (11. Mai); ein Heer von etwa 55000 Mann stand im Herzen des schwäbischen Kreises. Die württembergischen Ämter zwischen den Oberläufen des Neckars und der Donau mußten sich bei General Villars von Raub und Brand loskaufen. Der kaiserliche General Limburg-Styrum war dem Kurfürsten aus der Oberpfalz nachgefolgt; die Vorhut befehligte Eberhard Ludwig. Unterwegs brachte dieser in Erfahrung, daß Ulm von Truppen ziemlich entblößt sei; er plante, mit Hilfe einiger Bürger den Arm der Blau abzuleiten, welcher durch die Stadt fließt, und seine Leute unter der Mauer eindringen zu lassen. Der Anschlag wurde verraten und die Verspätung der Ankunft Styrums, der an einer anderen Stelle einen Scheinangriff machen sollte, vereitelte ihn vollends (10. Mai). Die Württemberger vereinigten sich bei Göppingen mit den Kaiserlichen, die sich durch Zuzug aus Polen, Sachsen und Franken verstärkten und, um den Pässen im Rücken der Franzosen näher zu sein, nach Tübingen rückten. Da aber vom Markgrafen die Kunde kam, daß er mit den Kreistruppen heranziehe, um den Feinden in Bayern entgegen zu treten, ging das Heer in das Filsthal zurück und erwartete jenen bei Großsüßen (Mitte Juni).

Inzwischen saugten die Franzosen das schwäbische Oberland bis zum Bodensee aus. Ein Anschlag auf den Hohentwiel, wo Dietrich Wieder-

[1]) 350 zu Pferd, die beim Regiment Erbprinz von Württemberg, 1575 zu Fuß, die beim württembergischen Kreisregiment zu Fuß den Hauptteil bildeten.

Digitized by Google

hold, eine Neffe Conrads befehligte, mißlang, ebenso der auf Schloß Montfort bei Langenargen. Bald zog sich Villars in die Gegend von Ulm, von da langsam die Donau abwärts. Am 25. Juni traf Markgraf Ludwig Wilhelm mit den bei Großsüßen gesammelten Truppen, im Ganzen etwa 26000 Mann stark, bei Langenau ein. Der Gegner wich bis Dillingen zurück; ihm gegenüber, bei Haunsheim, schlugen die Kaiserlichen ein Lager, ohne einen Angriff zu wagen. Die Franzosen und Bayern beschränkten sich ihrerseits darauf, mit den in Ulm zurückgelassenen Abteilungen die benachbarten Gebiete, vor allem Württemberg, zu schädigen. Der Herzog ließ daher die festen Plätze besser bewachen und gab Anweisungen zum Widerstande der Bauern. Man begann eine gewaltige Linie von Schanzen und Verhauen anzulegen, von der Geislinger Steige ab über die ganze Alb bis zum Schwarzwald und dem Anfang des Kinzigthals. Der Markgraf schaffte dem Lande einige Erleichterung, indem er im Lager nur einen Teil seines Heeres unter Styrum zurückließ und selbst über Heidenheim und die Alb an die Donau rückte. Das schwäbische Kreisregiment Erbprinz von Württemberg blieb bei Styrum zurück und erlitt mit diesem eine schwere Niederlage. Eberhard Ludwig, der zum General der kaiserlichen Reiterei ernannt worden war, begleitete mit seinen Leibtruppen den Markgrafen. Er besetzte mit diesem Augsburg, das freilich bald wieder an die Bayern verloren ging, kehrte aber, als derselbe seine Regimenter in Oberschwaben in die Winterquartiere legte, mit seinen Haustruppen von Leutkirch über Riedlingen und Urach in die Heimat. In Württemberg und im ganzen Kreise überwinterten zahlreiche Reichstruppen; trotzdem wagte die Ulmer Besatzung Giengen zu bestürmen (11. Januar 1704) und hätte auch Nördlingen in ihre Gewalt gebracht, wenn nicht Herzog Eberhard Ludwig mit einigen Regimentern nach Aalen geeilt wäre und sie dadurch zum Rückzug veranlaßt hätte. Bei Munderkingen wurden die aus Ulm ausfallenden Franzosen, namentlich durch Prinz Karl Alexander, zurückgeschlagen, aber in Blaubeuren, Münsingen, im Brenzthal bis gegen Aalen verübten sie ungestraft die empörendsten Grausamkeiten.

Die Reichsarmee geriet in einen immer schlechteren Zustand. Als daher im Mai 1704 das französisch-bayerische Heer sich wieder dem Schwarzwald zu in Bewegung setzte, um Nachschübe aus Frankreich an sich zu ziehen, war sie nicht im stande, dessen Absicht zu vereiteln. Sie nahm zwar Stellung bei Tuttlingen, wich aber bald nach Rottweil aus, um die von Eberhard Ludwig über Tübingen und Sulz herbeigeführten Haustruppen zu erwarten. Dorthin kamen auch noch weitere kaiserliche

Digitized by Google

und Kreisregimenter nebst einigen preußischen Bataillonen, so daß Markgraf Ludwig Wilhelm, als er endlich am 19. Mai in Rottweil eintraf, gegen 35000 Mann mustern konnte. Inzwischen hatte die Vereinigung der beiden feindlichen Heere schon stattgefunden; der Landsturm, der ihnen allein auf dem Schwarzwald entgegenstand, war bei ihrem Nahen wie weggeblasen. Dem Markgrafen blieb noch die Möglichkeit, dem Feinde die Rückkehr nach Ulm abzuschneiden. Auch das gelang nicht; doch fiel den Württembergern, wie erzählt wird, das Silberzeug und die Kriegskanzlei des Kurfürsten in die Hände. Am 1. Juni erreichten die Vortruppen des letzteren Ulm; das Reichsheer, zu dem auch Karl Alexander von Württemberg wieder stieß, lagerte sich bei Ehingen. Die Gegner standen sich zuwartend gegenüber; nur Alpeck, das von 200 Württembergern besetzt worden war, wurde von den Bayern erobert und eingeäschert.

Eine entscheidende Wendung trat dadurch ein, daß auf Betreiben des Prinzen Eugen von Savoyen das englisch-holländische Heer unter dem Herzog von Marlborough herbeieilte. Eugen selbst stellte sich am 2. Juni in dem Lager des Markgrafen ein und ging dann Marlborough entgegen, dessen Heer sich schon der württembergischen Grenze näherte. Nach wenigen Tagen folgte ihm der Markgraf selbst und traf die beiden am 13. Juni in Großheppach. Im dortigen Wirtshause zum Lamm fand der Kriegsrat statt, nach dem Prinz Eugen den Oberrhein verteidigen, Marlborough und der Markgraf sich gegen die Franzosen und Bayern wenden sollten. Bei dem Markgrafen blieb auch Eberhard Ludwig mit den Württembergern. Bei dem heißen Ringen um den Schellenberg bei Donauwörth hielten diese sich tapfer. Während ihr Herzog selbst 43 Schwadronen der verschiedensten Heeresteile kühn und doch umsichtig in das Feuer führte und nur durch die Stärke seines Harnisches von schwerer Verwundung bewahrt blieb, kämpften seine Gardereiter auf dem rechten Flügel unter dem Markgrafen, sein Fußvolk auf dem linken unter Marlborough. Prinz Karl Alexander, der nicht unbedeutend verwundet wurde, trug zum Siege bei, indem er schon geschlagene Grenadiere sammelte und mit ihnen den Feind zurückwarf.

Zur Unterstützung des Kurfürsten von Bayern wurde der französische Marschall Tallard mit einem neuen Heere abgeschickt; er schlug den Weg über Tuttlingen und Riedlingen ein. Rasch entschlossen folgte ihm Prinz Eugen vom Rhein weg. Da er ihn an der Donau nicht mehr erreichen konnte, brach er den Marsch, den er über Pforzheim und Herrenberg nach Rottenburg genommen hatte, ab und gewann über Reutlingen und Kirch-

Digitized by Google

heim das Filsthal, um von hier aus über Heidenheim zu den Verbündeten zu stoßen. In seinem Heere befand sich der heldenmütige Karl Rudolf von Württemberg mit seinen Dänen. Bis Höchstädt schickte Marlborough den Herzog Eberhard Ludwig mit einigen Reiterregimentern dem Prinzen entgegen. Am 13. August wurde hier die mörderische Schlacht geliefert, in der die Verbündeten Sieger blieben. Eberhard Ludwigs Reiterei zeichnete sich dabei auf Prinz Eugens Flügel aus; das württembergische Fußvolk hielt unter Marlborough tapfer Stand. Der Kurfürst von Bayern mußte sich mit dem Rest des Heeres über den Schwarzwald nach Frankreich zurückziehen. Ulm wurde belagert und fiel am 11. September; es wurde mit württembergischen Truppen besetzt.

Eberhard Ludwig benützte die Gunst der Umstände, um die bayerische Herrschaft Wiesensteig, die für ihn sehr passend gelegen war, in Beschlag zu nehmen (7. November).[1]) Er hatte von Bayern einen Schaden von etwa 600 000 Gulden erlitten und beschloß sich selbst schadlos zu halten, da er sonst leer auszugehen fürchtete. Das verbündete Österreich verlangte aber Herausgabe der Herrschaft und die schwäbischen Mitstände beklagten sich über das einseitige Zugreifen des Herzogs. Der Kaiser erklärte sogar schmeichelnd, daß Wiesensteig als Entschädigung für Württemberg zu unbedeutend sei, und stellte die Einräumung der lange angestrebten Stimme für Teck auf dem Reichstag in Aussicht. Der Herzog hielt fest, was er in Händen hatte, bis er beim Friedensschluß den Dank vom Hause Österreich erfuhr und jene Herrschaft an Bayern zurückstellen mußte.

Die Uneinigkeit der Heerführer verhinderte, den Krieg nach dem Elsaß zu tragen. Der Herzog von Württemberg sammelte seine Haustruppen am 1. Mai 1705 bei Cannstatt und führte sie Marlborough nach bis Trier; wie derselbe aber immer weiter vom Oberrhein wegmarschierte, kehrte er um, unterstützte den General Thüngen bei der Eroberung von Hagenau und bezog dann eine Verteidigungsstellung auf dem Schwarzwald. Im November erhielt er den Befehl, München gegen die aufständischen Bauern zu schützen und half mit seinen Haustruppen diese zersprengen. Auch im nächsten Jahre hatte Württemberg selbst unter dem Kriege kaum zu leiden. Der Herzog ging mit Wilhelm Ludwig über den Rhein, wenn auch bald wieder zurück; die Schlacht bei Ramillies, zu deren

---

[1]) Für die Fortpflanzung alter Rechtsbräuche ist bezeichnend, daß bei der Besitzergreifung im Schloßgarten ein Stück Rasen ausgestochen, in den Fruchtkästen eine Hand voll Frucht jeder Gattung aufgehoben wurde.

Digitized by Google

Entscheidung Herzog Karl Rudolf erheblich beitrug, hemmte das Vordringen der Franzosen.

Um so Schlimmeres brachte das Jahr 1707. Gleich am Anfang starb Markgraf Ludwig Wilhelm, dessen Namen noch große Bedeutung hatte, wenn auch schon an seiner bedächtigen Art der alte Türkensieger kaum mehr zu erkennen war. Es ging das Gerücht, daß die Franzosen entschlossen seien, dem Kurfürsten von Bayern wieder zu seinem Lande zu helfen; sogar von England kamen Warnungen vor diesem Plane. Auch Ulm traute man nicht recht, da es auf Wegnahme der württembergischen Besatzung aus seiner Stadt Geislingen drang. Trotzdem blieb die Grenze am Oberrhein verwahrloster als je. Der neue Oberbefehlshaber, Markgraf Christian von Brandenburg-Baireuth, hatte kaum genügend Truppen, um die Festungen zu besetzen. Dazu kamen persönliche Streitigkeiten: Eberhard Ludwig drohte, wenn ihn nicht wenigstens der schwäbische Kreis zu seinem Feldmarschall ernenne, seine Kreistruppen mit den Haustruppen zu vereinigen, um so ein größeres eigenes Kommando zu haben; der Kreis that ihm den Willen. Es war dem bei Straßburg übersetzenden Marschall Villars ein Leichtes, die ihm gegenüberstehenden Reichstruppen zum Abzug zu zwingen (23. Mai). Dieselben zogen sich gegen Pforzheim zurück, von hier gegen das Remsthal. Am 2. Juni war Villars schon in Vaihingen a. d. E., am 5. trafen ihn württembergische Abgesandte in Schwieberdingen und verpflichteten sich zur Bezahlung von einer Million Gulden zur Abwehrung von Raub und Brand. Die besonnene Herzogin-Witwe Magdalene Sybille war es, die dem wehrlosen Land auf diese Weise Schonung zu verschaffen hoffte. Wie gewöhnlich nützte die Abmachung nur da, wo sie von Generalen aufrecht erhalten wurde. So blieb zwar Stuttgart, das am 8. Juni besetzt wurde, ziemlich unbelästigt; aber von dem zwischen der Hauptstadt und Cannstatt aufgeschlagenen Lager aus wurde die Gegend ringsum geplündert. Der Rückzug des Reichsheeres ging über Schorndorf. Der Oberstlieutenant d'Aston sollte hier dem Feinde die Straße sperren. Er trieb ihn auch zuerst tapfer zurück; der planmäßigen Belagerung durch übermächtige Truppen war er aber nicht gewachsen und schloß auf Andrängen der Bürgerschaft — diesmal wagten sich auch die Frauen nicht einzumischen — am 15. Juni einen ehrenvollen Vertrag.

Inzwischen hatten die Franzosen weithin Streifscharen entsendet, um zu brandschatzen. Eine Abteilung von 1500 Pferden ritt über Eßlingen, Köngen, Kirchheim und Gutenberg nach Oberschwaben und hauste dort

Digitized by Google

namentlich in den Klöstern und Reichsstädten; sie kehrte über Pfullingen, Reutlingen, Lustnau zurück und wurde bei Nürtingen von einer anderen Abteilung erwartet (18. Juni), mit der zusammen sie zwischen Kloster Weil, Untertürkheim und Wangen lagerte und die benachbarten Filderorte heimsuchte, bis sie zum Hauptheer nach Schorndorf ging.

Die Reichstruppen befestigten sich zwischen Gmünd und Aalen; die Wälder im oberen Remsthal wurden 100 Schritte breit verhauen. Die Nachhut hielt den Paß bei Lorch besetzt. Am 20. Juni wurde die letztere aber überfallen; das Heer wich gegen Ellwangen und suchte über Crailsheim, Öhringen und Heilbronn Vereinigung mit dem am Rheine stehenden General Thüngen. Dadurch wurde Villars genötigt, Württemberg zu verlassen. Er rückte über Winnenden und Backnang zu der Rückzugspforte des Enzthals, machte aber, wohl zur Leerung der dortigen Magazine, einen Abstecher nach Cannstatt, das mit der ganzen Umgegend greulich verwüstet wurde. Am 3. Juli war Württemberg mit wenig Ausnahmen von diesen Gästen befreit.

Noch durchzog General Vivant mit 6000 Mann den schwäbischen Kreis; in der Donaugegend und über den Schwarzwald herüber streiften einzelne Scharen. Um dies zu verhindern, trennte sich Herzog Eberhard Ludwig gegen Ende August von dem Reichsheere, ging der Ostseite des Schwarzwalds entlang nach Hornberg vor und verjagte hier die letzten in seinem Lande befindlichen Franzosen (4. September). Nachdem er die dortigen Pässe besetzt, kehrte er zum neuen Oberfeldherrn, dem thatkräftigen Kurfürsten Georg von Hannover, zurück. Bald verschwanden die Franzosen vom rechten Rheinufer. Die Truppen des schwäbischen Kreises und die Württemberger lagen den Winter über auf dem Schwarzwalde. Der Schaden, den das Herzogtum durch den Einfall erlitten, belief sich auf 2 Millionen Gulden, derjenige seit Beginn des Krieges auf 15 Millionen.

Am Oberrhein trat ziemliche Ruhe ein. Um so weniger zeigte sich Bereitwilligkeit, die leere Kriegskasse zu füllen. Die entfernteren Reichsstände überließen Schwaben und Franken ihrem Schicksal, die Kurfürsten beanspruchten wie Östreich Freiheit von allen allgemeinen Lasten, die Reichsritterschaft weigerte sich fortgesetzt, für Angelegenheiten des Kreises Opfer zu bringen. Nicht einmal für den Bau von Schanzen, den Eberhard Ludwig wieder eifrig betrieb, leistete sie Beihilfe. Der Herzog wurde mißmutig und wollte sich, da der schwäbische Kreis seine Truppen allein ernährte, auch im Oberfehl über dieselben nichts dreinreden lassen. So gab es aufs neue Zwist mit dem Reichsfeldmarschall. Endlich erreichte er, daß

Digitized by Google

die Verpflegung seiner Haustruppen vom Reich übernommen wurde. Der Sieg der Verbündeten bei Oudenaarde (Juli 1708) bewahrte Oberdeutschland vor feindlichem Einfall.

Der Krieg zog sich immer mehr nach den Niederlanden. 1709 marschierten darum auch das württembergische Leibdragonerregiment und drei Infanterieregimenter, zusammen etwa 4000 Mann, die schon seit Jahren von Holland mit unterhalten wurden, zum Prinzen Eugen ab. Namentlich bei Malplaquet erlitten sie starke Verluste. Der Herzog selbst behielt beim Kreisheere seine Leibgarde und Gardegrenadiere zurück. Erst 1711 näherte sich der Krieg wieder, da nach dem Tode Kaiser Josephs I. der vertriebene Kurfürst von Bayern mit neuem Vorstoße über den Rhein drohte. Eberhard Ludwig, dem Prinz Eugen den Oberbefehl anvertraut hatte, zog sich über den Schwarzwald zurück. Eugen eilte selbst herbei, um dem Einfall zu begegnen; unter den Truppen, die er aus den Niederlanden mitführte, waren auch die württembergischen Regimenter. Nach der Wahl Karls VI. zum deutschen Kaiser setzte der Prinz wieder auf das linke Rheinufer über; die Gefahr für Württemberg war abgewendet. Eberhard Ludwig sammelte das zusammengeschwundene Reichsheer 1712 erst spät aus den Quartieren. Er wies die bei Philippsburg übergegangenen Franzosen über den Rhein zurück und folgte ihnen bis an die Weißenburger Linien. Weißenburg wurde beschossen; Prinz Karl Alexander umging die Linien, stieß aber auf Fußvolk des Reichsheeres, das ihn für den Feind hielt und scharf beschoß, dann aber vor Schrecken davonlief (August 1712). Dadurch wurde die Überrumpelung der Weißenburger Linien vereitelt und Eberhard Ludwig mußte, um so mehr, als ein Hochwasser seine Rückzugslinie gefährdete, wieder heimkehren. Eben damals wurde seine Ernennung zum Reichsfeldmarschall betrieben, deren Genehmigung durch den Kaiser erst am 3. Januar 1713 erfolgte — gleichzeitig mit dem Vorrücken Karl Alexanders zum Feldmarschalllieutenant —; es war ihm ein schmerzlicher Schlag, daß er sich nicht im Elsaß die Sporen als solcher hatte verdienen können. Nur ungern ließ er sich 1713 wieder den Befehl über das schwache Reichsheer am Oberrhein übertragen. Vergebens erbot sich der Herzog, seine 4700 Mann aus holländischem Solde den verbündeten Kreisen zu überlassen, wenn auch nur ein Jahr lang ihre Verpflegung durch das Reich gesichert würde. Er ging selbst mit dem Gedanken um, sich vom Krieg zurückzuziehen und billigte den Beschluß der Kreise, dem Kaiser mit Friedensschluß zu drohen, wenn sie nicht unterstützt würden. Auf des Kaisers leere Mahnungen hielt auch er wieder aus, obgleich der

Digitized by Google

Sonderfrieden, den England und Holland zu Utrecht geschlossen, fast jede Aussicht auf Erfolg nahm. Die württembergischen Regimenter in den Niederlanden wurden jetzt frei und kamen an den Oberrhein; Prinz Eugen selbst übernahm den Oberbefehl, nicht ohne Reibereien mit dem auf seine Stellung eifersüchtigen Eberhard Ludwig. Landau, das von Prinz Karl Alexander mit Anspannung aller Kräfte verteidigt wurde, fiel in die Hand des Marschalls Villars (20. August). Dann drängte dieser die wenigen rheinaufwärts stehenden Reichstruppen über Freiburg nach Rottweil zurück, nahm Freiburg weg (18. November) und zwang Kaiser und Reich zu Friedensverhandlungen in Rastadt. Im März 1714 trennte hier der Kaiser seine Sache von derjenigen des Reichs und überließ diesem selbständig weiter zu verhandeln; doch galt der Friede schon für so gesichert, daß die württembergischen Truppen nach Hause geschickt wurden.

Der Friede zu Baden, der am 7. September unterzeichnet wurde, betrog alle Hoffnungen der kleineren Reichsstände. Eberhard Ludwig hatte schon nach Utrecht einen eigenen Gesandten geschickt, um seine Forderungen zu betreiben. Außer der Aufhebung der Ryswicker Religionsklausel, dem gemeinsamen Ziele der Protestanten, außer der Rückgabe des Elsaßes, für die sich der ganze schwäbische Kreis verwendete, suchte er die Herrschaft Wiesensteig endgiltig zugewiesen zu erhalten, zum Gouverneur des Elsaßes ernannt zu werden und Mömpelgard mit den zugehörigen Herrschaften ganz von Frankreich zurückzubekommen. Bezüglich Wiesensteigs und des Elsaßes hatte ihm König Friedrich I. von Preußen in einem Schutzbündnis (5. Juli 1709) seine Beihilfe versprochen. Das Einzige, was der Herzog erreichte, war das Zugeständnis der Unabhängigkeit Mömpelgards von Frankreich, das schon im Ryswicker Frieden ausgesprochen war und jetzt so wenig gehalten wurde, wie seither. Wiesensteig mußte er dem Kurfürsten von Bayern herausgeben. Der Kaiser wußte ihn infolge der unseligen Verbindung mit der Grävenitz so von sich abhängig, daß er gar keine Rücksicht nehmen zu dürfen glaubte.

Um wenigstens für die Zukunft besser gesichert zu sein, machte Eberhard Ludwig während der Friedensverhandlungen den Vorschlag, Kehl auf Reichskosten zu besetzen, die Verbindung der vier oberen Kreise mit stehendem Heer aufrecht zu halten, die schadhaften Verteidigungslinien auszubessern und ein Feldlager bei Rottweil zu befestigen. Niemand hörte mehr auf ihn; sogar der schwäbische Kreis entließ sofort einen Teil seiner Truppen. Tief verstimmt kehrte Herzog Eberhard Ludwig nach Hause. War er auch als Feldherr einem Prinz Eugen nicht ebenbürtig, so durfte

Digitized by Google

er sich doch als Reichsfürst sagen, daß, wenn andere seinem Beispiel nachgeeifert hätten, das Reich vor Schande und die Grenzländer vor unermeßlichem Schaden bewahrt geblieben wären. Freilich ist nicht zu verkennen, daß sein Eifer mehr dem Wohlwollen Östreichs als dem Heil Deutschlands galt.

Schon während des Kriegs hatten die württembergischen Landstände wiederholt Klagen über die Zahl des vom Herzog unterhaltenen Heeres vorgebracht. Namentlich die kostspielige Leibgarde, eine silberstrotzende Paradetruppe, war ihnen ein Dorn im Auge. An ihr lag jenem gerade am meisten; er behielt sie bei, verminderte jedoch das Heer auf 2675 Mann mit 435 Pferden. Von Jahr zu Jahr rang der Herzog für diese das nötige Geld den Landständen ab. Er mußte sich später (1722) zu einer Herabsetzung auf 1750 Mann — neben dem Kreiskontingent — entschließen, erreichte aber doch, daß der landschaftliche Ausschuß statt der jährlichen Bewilligung eine Steuer für 2—3 Jahre zugestand (1724). Damit hatte Eberhard Ludwig den Widerstand gegen ein stehendes Heer im Grundsatze gebrochen. Zu verdanken hatte er diesen Sieg dem vielgewandten Johann Ostander, der seine Landsleute so gut zu gewinnen wußte, wie einst die Franzosen in Tübingen, und die Stellung als herzoglicher Kriegsrat mit demselben Geschick bekleidete, wie diejenige als Prälat und Konsistorialdirektor.

Zur Unterbringung der entlassenen Soldaten trat Eberhard Ludwig in Verhandlungen mit dem Kaiser. Am 24. Dezember 1715 übernahm dieser ein Infanterieregiment, das 2300 Mann stark sein sollte. Die Offiziere desselben mußten, da eine Aufforderung zu freiwilligem Eintritt wenig Erfolg hatte, durch Drohungen beigeschafft werden. Unter dem Namen „Altwürttemberg" zog das Regiment im Mai 1716 nach Ungarn. Es nahm Teil an dem Siege, den Prinz Eugen bei Peterwardein über die Türken erfocht, half dem Herzog Karl Alexander Temesvar bezwingen und kämpfte im folgenden Jahre rühmlich vor Belgrad. Nach dem Frieden von Passarowitz (1718) wurde das Regiment nach Oberitalien geschickt und bald zum Kampf gegen die eingedrungenen Spanier nach Sicilien übergesetzt. Am Anfang des Jahres 1721 kam es in sehr verminderter Zahl in die Heimat zurück.

Das Herzogtum erfreute sich des Friedens nach außen; aber im Innern war ihm ein Feind erwachsen, der es fast gründlicher ausplünderte, als dies die Franzosen vermocht hatten, — die Geliebte Eberhard Ludwigs, Christiane Wilhelmine von Grävenitz. Ihr Bruder, ein junger,

Digitized by Google

abenteuernder Edelmann aus Mecklenburg, war durch Vermittlung einer Verwandten als Kammerjunker an den ebenso glänzenden als leichtsinnigen Stuttgarter Hof gekommen. Der Herzog, der von Abneigung gegen seine Gemahlin erfüllt war, suchte bald da, bald dort Ersatz. Der fremde Kammerjunker ließ seine Schwester kommen in der Hoffnung, daß sie jenen vielleicht ganz an sich fesseln könnte (1706). Kaum schien das Gelingen in Aussicht zu stehen, so hängte sich eine Schar von Höflingen an das Mädchen, um ihm vollends die Wege zu ebnen. Des Herzogs Vertrautem, dem Fürsten Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Hechingen, schien eine solche Verbindung gleichfalls günstig; er erregte die Eifersucht Eberhard Ludwigs und trieb ihn zum entscheidenden Schritte.

Kaum war die Franzosengefahr des Jahres 1707 beseitigt, so eilte der Herzog vom Heere weg nach der Schweiz, um die Grävenitz zu holen, welche sich vor dem Feinde geflüchtet hatte. Unterwegs kehrten sie auf dem Gut einer Verwandten derselben bei Mühlen a. N. ein und ein aus Straßburg stammender Tübinger Kandidat mußte das Paar heimlich trauen (Ende Juli). Nach wenigen Monaten wurde die vollendete Thatsache dem Geheimerate mitgeteilt. Weß Geistes Kind sie war, zeigte die Grävenitz gleich am Anfang, indem sie sich einen Jahresgehalt von mehr als 10000 Gulden aus der Kammerschreiberei anweisen ließ. Der Kaiser ließ sich bereit finden, sie und ihren Bruder in den Grafenstand zu erheben; die Kosten samt den nötigen Bestechungsgeldern überstiegen die Summe von 20000 Gulden. Eberhard Ludwig legte ihr aus eigener Machtvollkommenheit den Titel einer Gräfin von Urach bei. Er hatte gehofft, durch seinen rücksichtslosen Schritt alle Einwendungen zu unterdrücken und erklärte einfach, daß er alles mit Gott und seinem Gewissen abgemacht habe. Er war daher sehr ungnädig, als der Geheimerat sowohl als der landständische Ausschuß Vorstellungen gegen die Doppelehe machten, und verfuhr strenge gegen die Geistlichkeit, die ihn verdammte. Namentlich die letztere redete eine offene Sprache: der Synodus erkannte die zweite Ehe nicht an; Hofprediger und Konsistorium verweigerten ihm das Abendmahl; auf den Kanzeln wurde gegen ihn gepredigt. Die Herzogin und ihre Verwandten klagten beim Kaiser; befreundete Fürsten schickten Gesandte nach Stuttgart. Eberhard Ludwig ging schon mit dem Gedanken um, durch Übertritt zur katholischen Kirche die Lösung seiner ersten Ehe zu erlangen. Endlich wollte er die Herzogin als alleinige rechtmäßige Gemahlin behandeln, dagegen die Gräfin nicht von sich lassen, — letzteres zu beantragen verbot er seinen Räten bei Verlust des Kopfes. Auch

Digitized by Google

hierin mußte er noch nachgeben, verlangte aber für die Grävenitz eine Abfindungssumme von 100000 Thalern und suchte ihre Person zu schützen, indem er sogar in sein Schutzbündnis mit Preußen eine entsprechende Bestimmung aufnehmen ließ. Da jene Summe zu hoch schien, zerschlug sich der Handel, und als jene aus Furcht vor Verfolgungen in die Schweiz floh, geleitete sie der Herzog (1709).

Erneute Klagen der Herzogin beim Kaiser brachten es im Mai 1710 dahin, daß sich der Gemahl doch mit ihr aussöhnte. Die Landschaft gab ihrer Freude durch ein Geschenk von 50000 Gulden Ausdruck. Aber plötzlich reiste der Herzog der Geliebten nach und suchte nach einem Mittel, sie wieder ins Land zurückzubringen. Ein gewandter Diplomat in Wien, Johann Heinrich Schütz, verschaffte ihm ein solches: er trieb einen verschuldeten kaiserlichen Rat, den Grafen von Würben auf, der sich erbot, gegen hohen Gehalt die Grävenitz zum Scheine zu ehelichen (Januar 1711). Derselbe wurde sofort zum höchsten Beamten des Landes, zum Landhofmeister, ernannt, verzehrte aber sein Einkommen in der Ferne, während die Frau Landhofmeisterin stolz ihren Einzug in Stuttgart hielt. Mit dieser Wendung war sogar der Kaiser zufrieden, da er es keinem Reichsfürsten verwehren könne, die Frau seines vornehmsten Ministers an seinem Hofe zu haben.

Die Gräfin hatte gesiegt; sie verstand den Sieg auszunützen. Wer sich ihr nicht willig unterwarf, mußte weichen; so des Herzogs Jugendfreund, der Hofmarschall von Forstner, dessen Warnungsbriefe mit Verurteilung zum Tode — freilich nur in seiner Abwesenheit — beantwortet wurde. Die hohen Staatsämter wurden ausschließlich mit ihren Vertrauten besetzt und diese schlossen ihrerseits einen förmlichen Vertrag unter sich, zuerst ihre eigenen Verwandten zu befördern. Zur Umgehung des nicht ganz gefügigen Geheimerats wurde 1717 ein Geheimes Kabinetsministerium errichtet, in dem die Landhofmeisterin thatsächlich den Vorsitz führte. Ihr Bruder und dessen Sohn, der schlaue Herr von Schütz und der ergebene Regierungsrat von Pfau waren die Mitglieder; nicht einer von ihnen war Landeskind, wie denn bis zu Eberhard Ludwigs Tod fast nur Ausländer in den obersten Behörden saßen. Und wie der älteste Bruder vom einfachen Kammerjunker so rasch emporgestiegen war, so fand der jüngere als Generalmajor im schwäbischen Kreisregiment und als Obervogt von Heidenheim Verwendung; der eine Schwager brachte es zum Geheimerat und Obervogt zu Balingen, der andere zum Kriegsratspräsidenten und Obervogt zu Kirchheim. Bei der Schwäche des Herzogs war die

Digitized by Google

Gräfin allmächtig. Sie war es, die das Land regierte und ihre Regierungsweisheit bestand darin, Geld zusammen zu raffen. Die Beamtungen wurden, auch soweit sie noch nicht einmal erledigt waren, dem Meistbietenden ausgeboten; einträgliche Handelszweige wurden wenigen Bevorzugten übertragen; Strafen für Ehebruch und andere Vergehungen konnten abgekauft werden. Wenn infolge von schlechten Ernten die Getreideausfuhr verboten werden mußte, ließen sich die Verschworenen Freipässe geben und verdienten damit viel Geld. Der Bruder ließ sich das Waiderecht im ganzen Lande zusprechen und lieferte ungehindert dem Könige von Preußen lange Soldaten, wofür er von diesem den Rang eines Generallieutenants erhielt. Von dem herzoglichen Einkommen an Geld, Holz, Wein und Früchten zog die Landhofmeisterin für sich ein, was sie wollte; namentlich das Geld gelangte selten in die Hände Eberhard Ludwigs. Die Folge war, daß dieser häufig Anlehen bei ihr machen und dann für solche Gefälligkeiten sich besonders erkenntlich zeigen mußte. Sogar von den Stammkleinodien mit ihren vielen Diamanten konnte sie nicht ganz die Hände lassen. Dazu kamen ansehnliche Grundstücke und Landesteile, die sie sich schenken ließ: Stetten, das durch den Tod der ehrwürdigen Magdalene Sybille freigeworden war, die von Limpurg heimgefallene Herrschaft Welzheim, Brenz und Gochsheim; ferner Freudenthal und Unterboihingen, die sie mit unterschlagenem Gelde kaufte. Sie liebte sich recht als Reichsgräfin zu gebärden; hoffte sie doch, nachdem sie so vieles erreicht, auch noch in den Fürstenstand erhoben zu werden. Sie errichtete daher als verwitwete Reichsgräfin von Würben (der Mann starb schon 1720), Gräfin von Welzheim und Gochsheim, Frau zu Freudenthal, eine eigene Regierung und ernannte einen Superintendenten über die Kirchen- und Schuldiener in ihren Landen und Orten,[1]) zuletzt sogar ein eigenes Konsistorium. Damit erreichte sie endlich, in das Kirchengebet eingeschlossen zu werden, nachdem ihr im Herzogtum eingewendet worden war, daß das schon durch die Bitte „Erlöse uns von dem Übel" geschehe. Auch der Bruder wußte sich Heimsheim, Marschalkenzimmern, Albeck und andere Güter zu verschaffen; am ersteren Orte ließ er sich gleich Zollerleichterungen erteilen, durch die er einen großen Teil der Einfuhr nach Württemberg dorthin zog.

---

[1]) Er bekam von ihr den Auftrag, bei seinen Kirchenvisitationen für alles zu sorgen, was der Ehre Gottes und seiner Gemeinde förderlich, auch zur Erhaltung oder Herstellung christlicher Zucht und Ehrbarkeit nötig und nützlich sein möge!

Digitized by Google

Zu großem Ärger der Landhofmeisterin harrte die Herzogin im Schlosse zu Stuttgart aus. Da sie sich nicht vertreiben ließ, mußte die Residenz verlegt werden. In einer zum Kirchengut gehörigen Maierei, dem Erlachhofe, hatte sich Eberhard Ludwig schon 1697 einige Wohnzimmer zum Jagdaufenthalt einrichten lassen; 1704 wurde dort ein Schlößchen gebaut und Ludwigsburg benannt. In dem Jahre, da die Grävenitz an den Hof kam, wurde das Schloß erweitert und mit Parkanlagen umgeben. Bedeutende Steuererleichterungen und Geschenke sollten die Erbauung bürgerlicher Häuser und damit die Entstehung einer Stadt in dessen Nähe veranlassen. Erst als der Herzog seine Absicht, Stuttgart zu meiden, durch Verwendung der im Bau begriffenen Leibgardekaserne zu einem Waisenhaus kundgegeben (1709) und auf Wunsch der Landhofmeisterin dauernden Aufenthalt in Ludwigsburg nahm, stieg die Stadt rascher aus dem Boden empor. Die Städte und Ämter des Landes mußten, je mehrere zusammen, Gebäude errichten, die der Herzog verschenkte. Von 1727 ab wurden auch die Regierungsbehörden nach Ludwigsburg verlegt. Die Stadt der rechtmäßigen Herzogin verödete.

Fünfundzwanzig Jahre dauerte die Herrschaft der Grävenitz über den Herzog und über das Land, bis er ihrer überdrüssig wurde. Befördert wurde die Ungnade durch ihren eigenen Bruder, mit dem sie über die Herrschaft Welzheim und den davon abhängenden Sitz im fränkischen Grafenkollegium Streit bekommen hatte; daß der Besuch, den der König von Preußen 1730 in Stuttgart machte, zur Wiederversöhnung der herzoglichen Familie beigetragen hätte, ist nicht nachzuweisen. Im April 1731 besuchte Eberhard Ludwig die Landhofmeisterin noch einmal im Wildbad. Dann gab er ihr den Abschied. Als sie nach dem Gegenbesuche, den er in Berlin abstattete, noch in Freudenthal weilte, hieß er sie von dort sich entfernen; sie ging zur Rettung ihrer Schätze nach Heidelberg und Frankfurt, kehrte aber bald wieder zurück. Da bekannt wurde, daß sie mit Zaubermitteln sich die Gunst des Herzogs wieder verschaffen wollte, wurde sie wegen Störung von dessen Hausfrieden von Husaren aufgehoben und in das Schloß zu Urach gebracht. Die beharrliche Weigerung, sich auf einen Vergleich einzulassen, führte zu ihrer Festsetzung auf Hohenurach. Erst im April 1733 kam sie frei, nachdem sie gegen 125000 Gulden auf Gochsheim, Stetten und Brenz verzichtet und um 85000 Gulden Freudenthal käuflich abgetreten hatte. Die Forderungen, die sie im Ganzen machte, beliefen sich auf 340000 Gulden; der Tod Eberhard Ludwigs brachte deren Bezahlung zum Stillstand. Sie selbst begab sich nach Berlin,

Digitized by Google

wo sich der König für sie verwendete, so daß sie 1736, obgleich sie in Württemberg wegen ihrer Verbrechen zum Tod verurteilt worden war, noch über 150 000 Gulden ausbezahlt erhielt. Daran betrog sie freilich der den Vergleich vermittelnde Jude Süß, ihr Nachfolger als Landesverderber, um 30 000. In Berlin starb sie nach Jahren. Ihr Bruder und ihre Anhänger blieben in der Gunst Eberhard Ludwigs.

Eine bedeutendere Erwerbung machte Herzog Eberhard Ludwig in der Zeit, da er so vieles wegschenkte: er gewann Mömpelgard wieder für die Hauptlinie seines Hauses. Nachdem die Grafschaft lange von Frankreich besetzt und durch den nach dem Ryswicker Frieden wieder eingelassenen Herzog Georg, den jüngeren Sohn des Administrators Ludwig Friedrich, völlig verwahrlost worden, war sie in die Hände von dessen schamlosem Sohn Leopold Eberhard gekommen. Der ungebildete, zum Türken erzogene Fürst suchte mit seinen Weibern und Sprößlingen Schutz bei Frankreich, und es gehörte immerhin Mut dazu, daß der regierende Herzog nach dessen Tode (1723) sofort Besitz von Mömpelgard ergriff. Auf die übrigen linksrheinischen Herrschaften legte Frankreich die Hand und gab sie erst 1748 heraus, nachdem Württemberg die französische Landeshoheit über dieselben anerkannt. Zu dem raschen Einschreiten in Mömpelgard leistete die Landhofmeisterin durch Vorschüsse Beihilfe und ließ sich zum Dank die noch von dem französischen Könige gesperrten Einkünfte aus Horburg und Reichenweier verschreiben.

Innerhalb des Reiches trat Eberhard Ludwig in enge Fühlung mit König Friedrich Wilhelm I. von Preußen.[1]) 1716 und wieder 1731 trat er mit ihm in ein Bündnis, das, ohne unmittelbar gegen Östreich gerichtet zu sein, doch die Wahrung der gegenseitigen Interessen und ein Einvernehmen in der Politik zum Zwecke hatte. Im Kreise erneuerte sich der Streit mit dem Bischof von Constanz über das Direktorium; der Kaiser entschied, daß dasselbe Württemberg allein zustehe, daß dieses aber einen möglichst wenig verletzenden Gebrauch von seiner Stellung machen solle. Auch mit den Nachbarn gab es Reibereien: Eßlingen und Reutlingen wurde der Schirmvertrag nicht mehr erneuert, da die denselben zugestandenen Zollerleichterungen dem Herzog unvorteilhaft schienen; die Reichsritterschaft verlangte Fortbezahlung der Steuern von an Württem-

[1]) Schon König Friedrich I. hatte ihm den neugestifteten Orden vom schwarzen Adler verliehen.

Digitized by Google

berg heimgefallenen Lehen, während dieses auf Leistung derselben an das Land bestund.

Bald nach der endlichen Wiedervereinigung des Herzogs mit seiner Gemahlin erlebte er den Schmerz, den einzigen Sohn, Friedrich Ludwig, ins Grab sinken zu sehen (23. November 1731). Er selbst folgte ihm, als eben der Ausbruch des polnischen Erbfolgekriegs neue Wirren in Aussicht stellte, am 31. Oktober 1733. Ein glänzender Kavalier und gewandter Sportsmann[1]), ein herablassender Fürst und liebenswürdiger Gesellschafter hat Eberhard Ludwig zuerst seinen Ehrgeiz darein gesetzt, in hohen kriegerischen Stellen Ruhm und Vorteile zu erwerben. Aber noch während er als Feldherr des Reichsheeres thätig war und lange ehe er um die Früchte seiner Thätigkeit betrogen wurde, fiel er in die Netze eines herrschsüchtigen Weibes. Es zeugt von unbeugsamem Trotz, von keckem und frivolem Starrsinn, daß er in seiner Verbindung mit ihr der öffentlichen Sitte Hohn sprach[2]). Aber wenn wir sehen, wie er unter dem Einfluß der Landhofmeisterin auf jeden eigenen Willen verzichtet, wie er sich und sein Land von ihr knechten und mißhandeln läßt, so können wir seinen Trotz und seinen Starrsinn nicht als Ausfluß von Thatkraft anerkennen; sind diese doch auch sonst oft genug mit Schwachheit verbunden. Mag er der Gaben vielerlei gehabt haben, Selbständigkeit und Charakter hat er nie gezeigt, es sei denn, daß man diese darin finden wollte, daß er die gealterte Geliebte von sich stieß. Eberhard Ludwig gehörte zu den prunkliebenden Selbstherrschern der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die niemand über ihre Thaten Rechenschaft schuldig zu sein glaubten; von der Verpflichtung, die sein hohes Amt ihm auferlegte, hatte er keine Ahnung. Um so weniger fiel es ihm daher bei, seinen Neigungen Zügel anzulegen.

Als Herzog Eberhard Ludwig starb, belief sich die Einwohnerzahl Württembergs auf etwa 428000 in 72 Städten und 1200 Dörfern und Weilern. Die Grundsätze, nach denen dieselben regiert wurden, waren die gleichen wie unter den Vorgängern: möglichst viele Vorschriften über die Einzelheiten des Lebens und zum Zwecke der Durchführung derselben die

---

1) 1702 stiftete Eberhard Ludwig als leidenschaftlicher Jäger den ersten württembergischen Orden, den Hubertusorden.

2) Das geistreiche Charakterbild Rümelins (Württ. Jahrbücher 1864, 277 ff.) scheint schon deshalb nicht richtig zu sein, weil Eberhard Ludwigs Leben nicht in Perioden hervorragender kriegerischer Thätigkeit und rücksichtslosen Genusses zerfällt, vielmehr die zweite weit in die erste hineinragt.

Digitized by Google

Ausbildung des Beamtenstaats. Es war für das Land des Guten zu viel, daß von der Regierungsratsbehörde ein Kriegsrat, ein Oberbergamt, eine Forst-, eine Floß- und eine Kommerziendeputation abgezweigt wurden. Auch in der Gemeindeverwaltung wurden neue Stellen geschaffen, vielfach zum Zwecke der Zusammenfassung der Geschäfte in den Städten. Zum erstenmal erscheinen dabei die Militäranwärter, indem befohlen wurde, bei Vergebung von Gemeindediensten in erster Linie verabschiedete Soldaten zu bedenken.

Das Volk sollte zu mäßigem Leben angehalten werden: Musik und Tanz an Sonn- und Feiertagen, außer bei Hochzeiten und Kirchweihen, wurde verboten; gegen die Kleiderpracht und den ungemessenen Aufwand bei Festlichkeiten wurde eingeschritten. Aus den betreffenden Vorschriften ist zu ersehen, wie die Üppigkeit im Essen seit dem großen Kriege bedeutend zugenommen hatte, während der Kleideraufwand nachließ, zugleich auch wie die Abstufungen unter den Ständen zahlreicher wurden. Da kamen auf der ersten Stufe der Oberhofmarschall, die Geheimeräte und die höchsten Offiziere; ihnen stand alles frei außer mit Gold oder Silber gewirkten Stoffen und mit Tressen besetzten Kleidern. Der zweiten Stufe, den Kammerjunkern, Obervögten und Adeligen waren schon sammtene, mit Seide gestickte Kleider verboten, der dritten, den Oberstlieutenants, Majoren und höheren Beamten sogar seidene. Alle drei Stufen durften silberne Leuchter, Thee- und Kaffeekannen benützen und samt der vierten sich in teuren Spiegeln beschauen und sich am Kartenspiele ergötzen; bei Hochzeiten war es ihnen gestattet, 24 Gäste zu laden und sie mit Austern, Trüffeln, Salmen, marinierten Fischen, Fasanen und Auerhahnen zu bewirten; doch mußte schon die dritte Stufe sich mit Landweinen begnügen. Der vierten Stufe, den Kassieren, Sekretären, Registratoren, Stadtgeistlichen, Professoren, Ärzten, Hauptleuten, Lieutenants waren geknüpfte, spanische und kurze Perücken und Tuch zu höchstens 3 Gulden 30 Kreuzern die Elle vorgeschrieben; der fünften, den niederen Regierungsbeamten und einem Teil der Hofdiener solches zu höchstens 3 Gulden. Diese beiden Stufen durften 20 Hochzeitsgäste beiziehen. Auf der sechsten Stufe, welcher die niederen Landbeamten und Hofdiener, die Apotheker und Künstler angehörten, war Tuch nur bis zu 2 Gulden 30 Kreuzern die Elle gestattet; aber ihre Frauen durften noch Schmuck im Wert von 100 Gulden anlegen. Bis hieher waren Degen, gepuderte Haare und der Genuß von Wildbret bei Hochzeiten erlaubt. Die siebte Stufe, Handwerker und gewöhnliche Bürger, Kaufmannsdiener, Fuhrknechte und Bediente von Adeligen

Digitized by Google

konnten 1 Gulden 30 Kreuzer auf die Elle Tuch verwenden, mußten aber auf alle fremden Zeuge, auf Gold und Silber verzichten; die achte, aus Reitknechten, Schultheißen, Gericht und Rat und Wirten in den Dörfern bestehend, durfte 16 Batzen für die Elle ausgeben; die neunte, die gemeinen Bauern, 12 Batzen. Die Zahl der Hochzeitsgäste sank bei der sechsten Stufe auf 16, bei der siebten und achten auf 12, bei der neunten auf 8. Wie aber auch Ausnahmen gemacht werden könnten, dazu gab eine Taxordnung das Mittel an. Eine Folge der unsicheren Zeit war die Verbreitung des Waffentragens; es gelang schwer, den Handwerksburschen die Degen abzusprechen.

Für die Pflege der Gesundheit wurde durch die erste Medizinal- und Apothekerordnung gesorgt (1720). Dieselbe sucht den Stand der Ärzte zu heben und setzt die Belohnungen für ihre Dienste fest [1]); mit den Ärzten giebt sie den Apothekern, Barbierern, Badern und Hebammen ihre Dienstvorschriften.

Die Verfolgung von Verbrechen wurde durch eine ausführliche Kriminalprozeßordnung neu geregelt, freilich nur bezüglich der Voruntersuchung und der dabei anzuwendenden Folter. Ein Erlaß setzte die strengsten Strafen auf das Duell. Das wegen rücksichtslosesten Wildschutzes überhandnehmende Wildern wurde durch verschärfte Drohungen bekämpft; ein Vertrag mit Venedig bot dem Herzog die Möglichkeit, Wilderer auf dessen Galeeren zu schicken.

Zur Hebung des Wohlstandes dienten zahlreiche Einrichtungen. Den Postverkehr wollte Eberhard Ludwig selbst in die Hand bekommen und errichtete eine eigene Landpost, die den einfachen Brief eine Meile weit um $^1/_2$ Kreuzer befördern sollte, den doppelten um 1, ebenso je ein Pfund eines Gepäckstücks, Personen im Sommer um 20, im Winter um 24 Kreuzer. Aber der Fürst von Taxis erhob nachdrücklichen Widerstand; die Stadt Ulm ließ den ersten württembergischen Postwagen auf Befehl des kaiserlichen Kommissars beim schwäbischen Kreise gar nicht ein, und so mußte der Herzog damit zufrieden sein, daß die ausschließliche Anstellung von Landeskindern bei den Posten innerhalb des Herzogtums zugestanden wurde. Auch der Gedanke, den schon Herzog Christoph gehabt, den Neckar schiffbar zu machen, wurde wieder aufgegriffen. Es gelang, wöchentlich zwei Markt-

---

[1]) Rezept in der Sprechstunde 10—12 Kreuzer, Besuch 15 Kreuzer, Konsultation $1^1/_2$ bis 2 Gulden, Sektion 2 Gulden, Brüche und Verrenkungen 6 bis 18, Amputation 24 Gulden, wenn aber der Operierte stirbt, nur die Hälfte.

Digitized by Google

schiffe von Heilbronn bis Cannstatt fahren zu lassen; die Fortsetzung bis Köngen oder gar Tübingen verhinderte Eßlingen mit seinen vielen Wasserbauten. Der Handel wurde in jeder Weise gefördert — 1682 schloß Württemberg den ersten Handelsvertrag mit Baden —; die Straßen wurden in gutem Stand gehalten, der Wettbewerb von Ausländern wurde beschränkt. Eine Hofbank, die bald wieder erlosch, diente nicht sowohl dem Handelsverkehr als der Auslosung von Leibrenten. Zu besserer Organisation des Handwerks wurden drei Hauptladen, zu Stuttgart, Ludwigsburg und Tübingen errichtet; fast alle einzelnen Gewerbe erhielten neue Zunftordnungen. Der Weinbau wurde staatlich beaufsichtigt, der Anbau von Gemüsen in den Weingärten erschwert; doch schützte man auch die Fruchtfelder gegen allzugroße Ausdehnung der Rebenanlagen. Dem Tabaksbau suchte man längere Zeit durch Verbot der Einfuhr fremder Erzeugnisse aufzuhelfen und verpachtete den ganzen Tabakshandel an einen Unternehmer.

Andererseits wurden auch die Anforderungen an die Steuerkraft der Unterthanen gesteigert. Der Aufwand bei Hof mit den großartigen Jagden und Festen, mit dem prächtigen Marstall, mit den vielen Glücksrittern, die sich vom freigebigen Herzog verhalten ließen, nahm das Einkommen der Kammer so sehr in Anspruch, daß für das Heer oder vollends für Abtragung der Landesschulden kaum etwas übrig blieb. Die Einkünfte von Kammer, Landschaft und Kirchengut beliefen sich auf etwa 2 Millionen Gulden, die in ruhigen Zeiten ausreichten. Jetzt ließ sich die herzogliche Kammer vom Kirchengut allmählich über $2\frac{1}{2}$ Millionen vorschießen; Eberhard Ludwig erhob von sich aus verfassungswidrige Steuern, darunter die ungewohnte Kapitalsteuer, zur Erhaltung des Heeres und wußte den landschaftlichen Ausschuß dazu zu bringen, auch noch einen Teil der Apanagen für die Prinzen des Hauses der Kammer abzunehmen. Die Einführung von Sporteln für Anstellungen, Titel, Hantierungen vermehrte gleichfalls die Abgaben. Zugleich aber wurde in die ganze Art der Besteuerung mehr Gleichartigkeit und Gerechtigkeit gebracht: liegende Güter sollten nach dem Ertrag, Gebäude nach dem Wert, Gewerbe nach dem Erlöse eingeschätzt werden. Dazu kamen als steuerbar Frucht-, Wein- und Geldgülten, angelegte Kapitalien, Wein-, Frucht- und Viehhandel (1713). Bei den Gebäuden wurden die Reallasten, bei den Gütern dazu noch die Bebauungskosten abgezogen; bei jenen nahm man die Hälfte der Schätzungssumme als Steueranschlag an, die Güter und ebenso die Gewerbe wurden in Klassen eingeteilt. Unter den Steuern wurden diejenigen von den

Digitized by Google

Kapitalien, vom Wein- und vom Viehhandel den Gemeinden überlassen. Im Jahre 1713 belief sich der ganze ordentliche Steuerertrag auf 183768 Gulden, ein Beweis, welche kleine Rolle er im Landeshaushalt spielte. Erst nach Jahrzehnten kam das angeordnete allgemeine Landeskataster zu stande.

Wie auf dem staatlichen so ist unsere Zeit auf dem kirchlichen Gebiete reich an allerlei Ordnungen. Mit der Zerlegung der Behörden überhaupt hängt die Trennung des Konsistoriums von dem Kirchenrate als nunmehriger ausschließlicher Verwaltungsbehörde zusammen. Von dem Eifer, die Thätigkeit der Geistlichen wirksamer zu gestalten, geben die häufigen Weisungen über ihr Leben, ihre Studien, über Predigt und Katechese Zeugnis; das Verbot, in ihrem Hause Wein auszuschänken, machte einem alten Mißbrauch ein Ende. Als Hauptaufgabe der Kirche steht die Erhaltung der Rechtgläubigkeit da; aber gerade sie wurde von Schwärmern und Sektierern, vor allem von dem unaufhaltsam eindringenden Pietismus stark erschüttert. Strenge Erlasse gegen denselben, sogar das Verbot von Privatzusammenkünften hatten wenig Wirkung. Unter dem Einfluß des Pietismus, wenn auch eigentlich zur Bekämpfung desselben, wurde die Kinderlehre (endgiltig 1698) und die Konfirmation (1723) eingeführt, letztere unter großem Widerstreben der Kirchengenossen. Daß die Bewegung so große Ausbreitung gewann, hängt nicht in letzter Linie damit zusammen, daß das durch die Kriege mitgenommene, von der Regierung ausgesogene Volk seine Befriedigung in der Lehre vom tausendjährigen Gottesreich suchte, das ihm Frieden und Glück verhieß. Dadurch besonders wurde bewirkt, daß der Verfall von Zucht und Ordnung sich nicht auf das ganze Volk erstreckte, sondern daß ein Kern desselben sich durch Gottergebenheit und Sittlichkeit auszeichnete. Viele freilich fanden ihr Heil in der Auswanderung nach Amerika, wogegen alle Warnungen nichts fruchteten.

Mußte die Kirche dem Pietismus Einräumungen machen, so fiel es ihr auch nicht mehr so schwer, den Reformierten einige Freiheiten zu gestatten: 1708 erhielten sie das Recht eine Kirche in Ludwigsburg zu erbauen, die freilich ihrer Bestimmung nie zugeführt wurde, seit 1724 durften sie in Stuttgart Privatgottesdienste veranstalten. Um so strenger hielt man den Katholiken gegenüber an der Ausschließung fest; nur in Ludwigsburg, wohin der Hof eine größere Zahl gezogen hatte, durften sie im Stillen Religionsübungen veranstalten. Die Absicht Eberhard Ludwigs, ihnen samt den Reformierten Gleichberechtigung zu verschaffen, war kaum ernst gemeint. Er benützte den Gedanken als Schreckmittel, um in der

Digitized by Google

Grävenitzschen Sache von den Ständen und der Geistlichkeit Nachgiebigkeit zu erzielen; am Ende seines Lebens hat er ihn selbst verdammt.

Über das Schulwesen der Zeit ist zu erwähnen, daß der Unterricht in den Volksschulen auch Sommers mindestens an zwei Wochentagen stattzufinden hatte; die Anfangsgründe sollten möglichst bedachtsam beigebracht und alles Gelernte genau erklärt werden; als Ziel wird das Fertigen eines Briefs oder kleinen Aufsatzes angegeben.

Digitized by Google

XIV. Abschnitt.

Herzog Karl Alexander und die Vormünder Karl Eugens.

1733—1744.

Mit Eberhard Ludwig war die Stuttgarter Linie des herzoglichen Hauses erloschen. Die Regierung fiel an Karl Alexander (1733—1737), den Sohn des Stifters der Winnenthaler Linie, Friedrich Karl. Derselbe war am 24. Januar 1684 zu Stuttgart geboren. Schon im 13. Lebensjahre zum kaiserlichen Obersten ernannt, beteiligte er sich unter dem Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden am Reichskriege gegen Frankreich. Bald darauf zog er dem Prinzen Eugen von Savoyen zu und zeichnete sich im Kampfe gegen die Türken aus. 1700 wies ihm der Kaiser auch den Gehalt eines Obersten an und behielt ihn während des ganzen spanischen Erbfolgekriegs in seinen Diensten. Namentlich die Belagerung Landaus (1702) brachte ihm reiche Lorbeeren. 1703 wurden ihm zwei Regimenter zu Fuß verliehen. 1704 kämpfte er tapfer unter Prinz Eugen und Marlborough gegen die Franzosen in Deutschland, in den folgenden Jahren in Italien, wobei er schwer verwundet wurde. 1708 folgte er Prinz Eugen zu seinen Siegen in den Niederlanden und wurde 1709 zum Kommandanten der Festung Landau ernannt, nachdem er allmählich zum Generalfeldzeugmeister emporgestiegen war. Von hier aus nahm er 1712 an dem Versuche des Herzogs Eberhard Ludwig Teil, die Weißenburger Linie zu durchbrechen. Die unglückliche Wendung, welche der Krieg zum Schluß für den Kaiser nahm, führte zum Fall von Landau, das der Prinz mit den äußersten Mitteln verteidigt hatte. Noch einmal trat er unter die Fahnen Eugens von Savoyen und trug wesentlich zu den Siegen von Peterwardein (1716) und Belgrad (1717) bei. Schon vor dem letzteren war er zum Feldmarschall ernannt worden; nach dem Frieden erhielt er zur Belohnung

Digitized by Google

seiner Verdienste (4. August 1719) die Stellung als kommandierender General und Präses der Landesadministration im Königreich Serbien, eine Auszeichnung, welcher bald der Rang eines kaiserlichen Geheimerats und die Verleihung des goldenen Vließes folgten. Es gelang dem Prinzen, namentlich in militärischer Beziehung, Sicherheit und Ordnung im Lande zu schaffen, seine natürlichen Hilfsquellen und Reichtümer zu erschließen und eine geregelte Verwaltung herzustellen, wenn auch die bis auf Kleinigkeiten sich erstreckende Unterordnung unter die Regierung zu Wien sehr hemmend einwirkte. Seine Stellung in Belgrad oder wenigstens die damit verbundenen Einkünfte durfte Karl Alexander auch noch als Herzog von Württemberg bis zu seinem Tode beibehalten.

So schien der Nachfolger Eberhard Ludwigs auf das Beste für sein hohes Amt vorbereitet. Man hätte erwarten können, daß das Volk den ruhmgekrönten Feldherrn und kaiserlichen Statthalter mit Jubel aufnehmen würde. Aber in dem rein protestantischen Lande hatte der Übertritt des Herzogs zur katholischen Kirche tiefes Mißtrauen hervorgerufen. Derselbe war 1712 erfolgt, ehe jener bestimmte Aussicht auf die Thronfolge hatte, am Hofe und in Gegenwart Kaiser Karls VI., der im Rufe stand, gerne Konvertiten zu machen. Karl Alexander selbst versichert in seinem Testamente, daß er den Schritt gethan aus reiner Überzeugung und ohne Nebenabsicht; es konnte ihm aber nicht verborgen sein, daß er sich durch denselben die Gunst des Kaisers in höchstem Grade erwerben werde, und der damals gehegte Plan der Vermählung mit einer Prinzessin von Lichtenstein ist schwerlich ohne Einfluß auf die Entscheidung geblieben.

Die Möglichkeit, auf den Thron berufen zu werden, hatte übrigens Karl Alexander schon länger ins Auge gefaßt und im Blicke auf das Treiben der Grävenitz und ihres Anhangs sich mit seinen Brüdern verabredet, keinerlei Veräußerung eines Landesteils anzuerkennen, wenn sie auch scheinbar ihre Einwilligung geben müßten; ein geheimer Vertrag, der auch ihre Zusage, daß sie die Grävenitz nie schädigen wollen, völlig aufhob. Es macht den Eindruck, als hätte der Herzog einen solchen innerlichen Vorbehalt auch gemacht, als er, um die Umtriebe der Landschaft für seinen evangelischen Bruder Heinrich Friedrich zu zerstören, schon am 28. November 1729 von Belgrad aus sich schriftlich verpflichtete, die Landesreligion strenge aufrecht zu erhalten, und als er diese Erklärung mehrmals, zuletzt in den Religionsreversalien vom 17. Dezember 1733 wiederholte. Wenigstens hat er später, als ihm die Reversalien sehr lästig waren, bitter über die Pflichtvergessenheit der Minister und die Treulosigkeit der Landstände

Digitized by Google

geklagt, die ihm dieselben abgenötigt, und behauptet, er habe sich so viele Rechte nur rauben lassen, um jene nachher desto schärfer strafen zu können.

Bis zur Ankunft des neuen Herrschers führte der Geheimerat unter Vorsitz des Herzogs Karl Rudolf von Württemberg-Neuenstadt die Regierung. In Stuttgart hatte man gefürchtet, daß sich der Minister von Grävenitz derselben bemächtigen würde, aber ein Bevollmächtigter Karl Alexanders war sofort eingeschritten. Am 16. Dezember 1733 zog dieser selbst in Stuttgart ein, dessen gesamte Bürgerschaft unter Gewehr stand. In der Frühe des 27. Januar 1734 wurde in Stuttgart die Eidglocke geläutet; wer über 16 Jahre alt war, begab sich in ehrbarer Kleidung und Mantel auf den Markt; der Herzog erschien dazu mit großem Gefolge, von der Leibgarde unter Pauken- und Trompetenschall geleitet. Unter einem Baldachin im Herrenhaus huldigte ihm der Magistrat, dann auf dem Markte die Bürgerschaft; eine Predigt in der Stiftskirche, welcher der Herzog beiwohnte, Hoftafel, Komödie und Ball schlossen sich an. Es schien fast, als sollte das Mißtrauen zurücktreten. Die Übertragung der landesbischöflichen Rechte an den Geheimerat [1]) wirkte beruhigend, das entschiedene Vorgehen gegen die Landhofmeisterin und ihre Genossen fand vielen Beifall. Karl Alexander ließ sofort den Minister von Grävenitz verhaften; derselbe mußte auf alles, was er in Württemberg besaß, gegen 50 000 Gulden, verzichten, blieb aber in Haft, bis es ihm gelang zu entweichen und, wie die Schwester, beim König von Preußen Schutz zu suchen. Auch die Mitschuldigen entgingen der Strafe nicht.

Aber gleich die Stellungnahme des Herzogs zum Kaiser stieß auf starken Widerstand. Er hatte auf der Herreise zu Wien einen Vertrag mit Karl VI. abgeschlossen, worin er versprach, demselben 4600 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferd zu stellen. Der Ausbruch des polnischen Erbfolgekriegs hatte noch Eberhard Ludwig bestimmt, seine Truppen zu sammeln; aber seine Absicht ging auf Neutralität, da der Streit das Reich nicht unmittelbar berührte. Karl Alexander war sofort bereit, an der Seite Östreichs zu kämpfen. Er betrachtete sich überwiegend als kaiserlichen General und wollte seine Stellung dazu benützen, sich Östreich zu möglichst großem Danke zu verpflichten. Er schmeichelte sich mit der Hoffnung, mit den seinem Lande benachbarten Herrschaften Hohenberg, Nellenburg und Burgau belehnt zu werden, erhielt aber nur zu der Würde eines Feld-

[1]) Thatsächlich war dessen kirchliche Gewalt verschwindend klein, da der Herzog nicht an seine Vorschläge gebunden und der Geheimerat überhaupt von diesem abhängig war.

Digitized by Google

marschalls des schwäbischen Kreises diejenige eines Reichsgeneralfeldmarschalls und für seine ein- bis sechsjährigen Söhne ein Oberstenpatent. Um den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen zu können, ordnete der Herzog eine Landesauswahl an, worüber vielfache Unruhen entstanden. Karl Alexander vertrat persönlich einige Zeit die Stelle des Prinzen Eugen am Oberrhein. Um sein Land in Verteidigungszustand zu setzen, wurden die festen Plätze verstärkt, als deren wichtigste Hohentwiel, Neuffen, Asperg, Vaihingen und Lauffen galten. Dazu wurden die nach dem Innern führenden Straßen durch Schanzen und Verhaue gedeckt; ebenso wurde zu schnellem Nachrichtendienste das Postwesen verbessert. Der Herzog beabsichtigte alle Bergschlösser neu zu befestigen; sogar Teck, Hohenstaufen und Württemberg sollten mit Kanonen oder doch Wallmusketen versehen werden. Alle jungen Leute vom siebten bis zwanzigsten Jahr sollten in den Waffen geübt werden, alle fünfzehn bis dreißig Jahre alten sich zur Musterung stellen. Die Entscheidung des Kriegs fiel in Italien. Württemberg hatte infolge Karl Alexanders Fürsorge wenig zu leiden; Mömpelgard freilich war den Franzosen preisgegeben, die es auch nach dem Friedensschluß nicht ganz fahren ließen.

Für die großen Summen, welche der Herzog aufwenden mußte, waren die Landstände nicht zu haben. Denn außer der Gefährdung der Religion war in Altwürttemberg nichts so sehr ein Greuel, als die Unterhaltung eines Heeres. Die Besteuerung der Beamten, die Eintreibung der Rückstände brachte nicht viel ein; da warf sich der Herzog einem Manne in die Arme, welcher ihm unter dem Scheine dienstfertiger Uneigennützigkeit goldene Berge versprach und thatsächlich immer wieder große Summen beischaffte, dem Juden Joseph Süß Oppenheimer. Schon früher hatte er bei diesem in Geldverlegenheiten Hilfe gefunden und ihn zunächst zu seinem Residenten in Frankfurt ernannt. Bald wurde Süß als Kabinetsfaktor nach Stuttgart berufen, rückte zum Geheimen Finanzrat auf und verstand es, mit Hilfe einiger Gesinnungsgenossen die treuen Räte des Herzogs zu verdrängen und diesen völlig zu beherrschen. Männer wie Forstner, Hardenberg, Georgii mußten einem Remchingen, Hallwachs, Bühler und Metz weichen, denen auch der Hofkanzler Scheffer sich fügte. Ihnen gelang es, durch unerhörte Einschüchterungen die Landschaft zu zwingen, daß sie, so lange die mißlichen Umstände dauerten und das Land dazu im Stande sei, den Unterhalt von 12 000 Mann bewilligte. Die Seele der Unternehmungen blieb Süß. Je mehr er aus dem Lande herauspreßte, desto mehr wuchs des Herzogs Vertrauen zu ihm und dessen Abneigung gegen alle, die seinen Plänen hinderlich waren. Um die Mittel freilich

Digitized by Google

war derselbe nicht verlegen. Zuerst wurden über 11 Millionen Gulden schlechte Münze geprägt; auf falsche Angaben hin wurden zahlreichen Beamten Strafgelder abgenommen; ein Gratialamt, welches angeblich dem Diensthandel und den Bestechungen steuern sollte, trieb mit den offenen wie mit den schon besetzten Stellen einen schmählichen Handel; das dem Süß übertragene Fiskalamt mischte sich in die Rechtspflege und machte diese feil; das Vermögen der Minderjährigen und Waisen wurde einem Pupillenamt übertragen, welches dasselbe trefflich zu beschnipfeln verstand; die baren Gelder der Gemeinden und Stiftungen wurden dem Bankalitätsamt dienstbar gemacht; zahlreiche Monopole und Sondersteuern füllten die herzogliche Kasse. Daß dabei Süß selbst nicht zu kurz kam, ist selbstverständlich; bei allen diesen Einrichtungen fiel manches für ihn ab und persönliche Geschäfte, wie ein schwunghafter Juwelenhandel trugen ihm vom Lande und vom Herzog große Summen ein. Selbst mit dem Vermieten von Masken zu den jährlichen Karnevalsfesten befaßte er sich, und damit diese zahlreich besucht würden, mußte der Herzog seinen Beamten befehlen, alle mannbaren Töchter bei Strafe des Verlusts einer vierteljährigen Besoldung auf dieselben zu schicken. Verfügte er doch über die Personen wie über die Vermögen und zerstörte in üppigem Übermut das Glück zahlreicher Familien. Durch geheime Aufpasser, die im ganzen Lande verteilt waren, wurde er in die Lage versetzt, alle Äußerungen des Mißmutes zu unterdrücken.

Zwar die Landstände erhoben von Zeit zu Zeit Vorstellungen. Aber ihre scharfe Sprache machte es Süß und seinen Helfershelfern leicht, dem Herzog die Überzeugung beizubringen, daß das Land von Mißtrauen gegen ihn als Andersgläubigen erfüllt sei und daß nur eine stramme Zügelführung ihn gegen Aufruhr, ja gegen Mordanschläge schützen könne. So kam denn der umgarnte, von Natur gutgesinnte Herzog zu dem Entschluß, die vermeintlichen Ursachen des Widerstands zu zerstören, die Macht der Landstände und die Stellung des Protestantismus als Staatsreligion. Der hauptsächlichste Träger dieses Gedankens war der General von Remchingen. Ein geborener Katholik, der früher schon unter dem Herzog gedient hatte, war er mit diesem nach Württemberg gekommen; ein gewaltthätiger, aufbrausender Soldat konnte er keinen Widerstand ertragen und war sofort mit Drohungen bei der Hand. Seine unvorsichtigen Äußerungen gegen die Landschaft und die evangelische Kirche riefen Aufregung und Erbitterung im Lande hervor. Und wenn auch der Herzog Gewalt vermeiden wollte bei einem Staatsstreiche, der nur mit Gewalt durchzusetzen war, so ließ er doch zu, daß Remchingen in seinem Sinne Verhandlungen mit dem

Digitized by Google

Bischofe Friedrich Karl von Würzburg und Bamberg führte. Den letzteren, seinen alten Freund, gedachte der Herzog auch für den Fall seines Ablebens mit der Ausführung der gemeinsamen Pläne zu betrauen. Im Testamente von 1735, das noch ganz den Religionsreversalien entsprach, räumte er ihm die Mitberatung wichtiger Angelegenheiten ein; das Kodizill von 1736 ernannte ihn gegen alles württembergische Herkommen zum Mitvormünder und das Testament von 1737 bestätigte nicht nur diese Bestimmung, sondern stellte sich auch gegenüber jenen Reversalien auf einen ausgesprocheneren katholischen Standpunkt. Es forderte die Nachfolger auf, die Unterthanen aller drei Konfessionen gleich zu lieben und zu schützen und fand es für nötig, ihre Bedenken wegen der Nichtherausgabe der Klöster damit zu zerstreuen, daß sich der Herzog mit dem Papste darüber verständigt habe, während das erste Testament die Einräumung derselben an einen Orden einfach verboten hatte. Würzburgischerseits ging man mit dem Gedanken um, wenigstens ein kleines Kapuzinerhospiz in Württemberg zu gründen. Der päpstliche Nuntius in der Schweiz hatte schon beim Regierungsantritt des Herzogs die Weisung erhalten, die in Württemberg für die katholische Kirche eröffnete Aussicht nach Kräften auszunützen.

Die gleiche Absicht, die Religionsreversalien aufzuheben und der katholischen Kirche gleiche Rechte neben der evangelischen zu verschaffen, verfolgte eine 1736 in Würzburg entworfene Instruktion für die Hofgeistlichkeit: jeder Geistliche sollte seinem ordentlichen Bischofe unterstellt werden, was bisher in Württemberg verboten war; die evangelische Hofkapelle in Ludwigsburg sollte, wie dies auch thatsächlich geschah, dem katholischen Gottesdienste eingeräumt, in Stuttgart selbst eine größere Zahl von Geistlichen angestellt werden. Gleichzeitig wurden bei den Regimentern katholische Feldgeistliche zugelassen und in ihrer Thätigkeit auch an Protestanten geschützt.

Der nach Stuttgart gesandte würzburgische Geheimerat Fichtel arbeitete, um den Widerstand der Landstände zu brechen, ein Gutachten aus, das ihre durch den Tübinger Vertrag gegebene selbständige Stellung für veraltet erklärte und sie mit geringen Ausnahmen nur zu Beratern des Herzogs und Vollstreckern seines Willens stempelte. Das war ganz im Sinne Karl Alexanders; er eröffnete daher den Ständen, daß bei den zwischen Herr und Landschaft errichteten alten Verträgen wohl zu beobachten sei, in welchen Zeiten diese gemacht worden, und daß man mit dem, was vor Jahren gut gewesen, bei jetzigen Zeiten nicht mehr auskomme. Nach

Digitized by Google

Erringung der Selbstherrschaft sollte auch Süß, über dessen Treiben dem Herzog allmählich die Augen aufgingen, seine Strafe finden. Vorläufig brauchte ihn dieser noch, ließ ihn zwar seine Ungnade fühlen, suchte ihn aber durch schriftliche Anerkennung seiner Dienste zu beruhigen, damit er nicht vor der Zeit entweiche.

Remchingen drängte auf Entscheidung; aber der Bischof riet zur Vorsicht und vorheriger mündlicher Besprechung des einzuschlagenden Weges. Deshalb entschloß sich Karl Alexander, die Reise zu einem Heilkünstler nach Danzig über Würzburg zu machen. Während die unsinnigsten Gerüchte das Land durchschwirrten, setzte der Herzog für die Dauer seiner Abwesenheit eine Regierung ein, an deren Spitze seine Gemahlin und der Hofkanzler Scheffer treten sollten, während das Militär ausschließlich dem General Remchingen unterstand. Am Tage vor der geplanten Abreise, am 12. März 1737, begab sich Karl Alexander nach Ludwigsburg; wie er sich abends zur Ruhe begeben wollte, wurde er plötzlich von einem Steckflusse überfallen und verschied. Es zeugte von der großen Aufregung des Landes, daß über seinen Tod von Freund und Feind die abenteuerlichsten Geschichten in Umlauf gesetzt wurden. Beigesetzt wurde er in Ludwigsburg, wo zweitausend Krieger von allen Waffengattungen zusammenströmten, um dem Genossen und Führer die letzte Ehre zu erweisen.

Wie weit die Gerüchte Grund hatten, die für die Zeit der Abwesenheit des Herzogs einen Umsturz der Verfassung voraussagten, ist nicht zu entscheiden. Thatsache ist, daß Remchingen auf denselben hinarbeitete und daß ein solcher das Ziel der Wünsche des Herzogs war. Wie er selbst aber die Sache ausführen wollte, stand kaum schon fest; und jedenfalls ist zu bezweifeln, daß er Erfolg gehabt hätte.

Karl Alexander kam aus fremden Verhältnissen auf den Thron Württembergs; es war nicht nur das Glaubensbekenntnis sondern die Grundanschauung über die Landesverfassung, welche ihn von seinem Volke schied. Es wäre verkehrt, von ihm zu rühmen, daß er mit seinen Gedanken der Zeit vorangeeilt sei. Denn es war nur die lästige Empfindung persönlicher Schranken, die den langjährigen General und eifrigen Katholiken zu deren Niederreißung anspornte; und die Art, wie er sich von einem Süß bestricken ließ, deutet nicht auf einen durch Grundsätze gefestigten Charakter.

Durch die katholische Erbfolge büßte Württemberg an seiner Stellung unter den deutschen Staaten ein. Es war bisher die Vormacht und der natürliche Führer der evangelischen Stände im schwäbischen Kreise und in

Digitized by Google

Süddeutschland überhaupt gewesen; denn es war im Süden der Mainlinie der größte evangelische Staat und das konfessionelle Element spielte damals in alle politischen Fragen herein. Nun war diese Stellung wie gelähmt; denn der katholische Fürst eines evangelischen Landes konnte weder im einen noch im andern Lager Geltung ansprechen.[1])

Karl Alexander war seit 1. Mai 1727 vermählt mit Maria Augusta, Prinzessin von Thurn und Taxis (gestorben 1. Februar 1756). Er hinterließ eine Tochter Auguste (geboren 30. Oktober 1734), die sich mit dem Fürsten Karl Anselm von Thurn und Taxis vermählte, und drei Söhne, welche ihm nacheinander in der Regierung folgten: Karl Eugen, Ludwig Eugen und Friedrich Eugen, alle nach seinem großen Vorbilde, dem Prinzen Eugen, benannt.

Karl Alexanders ältester Sohn, Herzog Karl Eugen war beim Tode des Vaters neun Jahre alt. Er war im fürstlich Thurn und Taxisschen Palaste zu Brüssel am 11. Februar 1728 geboren und von der mütterlichen Großmutter erzogen worden. Nicht lange vor des Vaters Absterben wurde er mit seinen Brüdern nach Württemberg verbracht. Die Vormundschaft sollte nach Karl Alexanders Testament der nächste Agnat, Herzog Karl Rudolf von Württemberg-Neuenstadt, die Herzogin-Witwe und der Bischof von Würzburg übernehmen, die Landesregierung sollte den beiden ersteren zustehen. Die Kunde davon war in das Land gedrungen und hatte dazu beigetragen, die Aufregung zu steigern. Im Einverständnis mit der Herzogin-Witwe verstärkte General Remchingen die Besatzung Stuttgarts und ließ das Testament Karl Alexanders durch das Heer beschwören; die Herzogin gab dem letzteren die Weisung, Befehle nur von ihr oder dem General anzunehmen; man streute, um die Offiziere zu gewinnen, das Gerücht aus, die Gegenpartei wolle eine große Zahl derselben entlassen. Aber Herzog Karl Rudolf (1737—1738) eilte sofort nach Stuttgart und nahm im Einvernehmen mit dem Geheimerat und der Landschaft Besitz von der Administration. Die Stuttgarter waren so erregt, daß sie ihm sagen ließen, wenn er nicht wage, die Regierung allein an sich zu ziehen, so wollen sie die Sturmglocke läuten, was durch das ganze Land laufen würde. Zur Beruhigung des Militärs versprach die Landschaft, dasselbe beizubehalten. In der Nacht des 18. März wurden heimlich Postillone an die Vögte geschickt, um die Übernahme der Administration durch Karl Rudolf anzuzeigen. Am folgenden Vormittag wurde Remchingen,

[1]) G. Rümelin in Württemb. Jahrbücher 1864, S. 283.

Digitized by Google

der sich geweigert hatte, dem Herzoge den Eid zu leisten, vor diesen berufen und, als er hartnäckig blieb, verhaftet; zugleich wurde das Heer von dem Gehorsam gegen ihn entbunden und der Oberbefehl dem Generalmajor von Gaisberg übertragen. Während noch Remchingen beim Herzoge war, versammelten sich die Bürger in der Stille auf dem Rathause, bis man sah, wie die Sache ablief. An demselben Tage wurden die Oberoffiziere befragt, ob sie den Administrator anerkennen; die wenigen, welche dies verneinten, erhielten den Abschied. Der Geheimerat wurde durch zuverlässige und ehrliche Männer, wie Forstner und Neuffer, ergänzt und samt dem Hofmarschall, den Spitzen der einzelnen Regierungszweige und Abgesandten von Landschaft und Gemeindevertretung vereidigt.

Gleichzeitig ging es an die Bestrafung derjenigen, welchen die Schuld an den Gewaltthätigkeiten der letzten Jahre beigemessen wurde. Joseph Süß war gleich nach dem Tode Karl Alexanders nach Stuttgart geeilt, um diesen der Herzogin-Witwe anzuzeigen und sein Vermögen zusammenzuraffen. Aber der Burggraf und Oberstallmeister von Röder war mit ihm eingetroffen und hatte ihn unter Billigung der Herzogin selbst verhaftet. Dasselbe Schicksal traf seine Helfershelfer, die Räte Bühler und Hallwachs, denen auf Befehl Karl Rudolfs noch der Regierungsrat Metz beigesellt wurde. Im Verlaufe der eingeleiteten Untersuchung erhob sich gegen den bisherigen Oberhofkanzler von Scheffer Verdacht und auch er wurde auf den Asperg abgeführt, nicht ohne daß die Herzogin-Witwe gegen die Verhaftung dieses ihr treu gesinnten Mannes, ihrer letzten Stütze nach dem Verluste Remchingens, lebhaften Widerspruch erhoben hätte. Die Anklage, welche namentlich auf Hochverrat lautete, wurde gegen die Verhafteten strenge durchgeführt. Remchingen, der unter Bruch des Ehrenwortes entfloh, wurde abgesetzt; die gefangenen Räte wurden des Landes verwiesen; der Hofkanzler, dessen einziges Verbrechen in blindem Gehorsam gegen seinen Herrn bestand, wurde mit Beibehaltung seines Geheimeratstitels entlassen. Der Jude Süß mußte für die eigenen Sünden und diejenigen seiner Spießgesellen büßen. Wegen Amtserschleichung, Betrugs, Majestätsverbrechens und Hochverrats wurde er zum Tode verurteilt und am 4. Februar 1738 an dem von Herzog Friedrich für seine Goldmacher errichteten eisernen Galgen in einem besonders verfertigten Käfig aufgehängt. Der Haß, der sich mit allem Grund besonders gegen ihn gewendet hatte, überwand die rechtlichen Bedenken, welche seiner Hinrichtung entgegenstanden.

Die Herzogin-Witwe und der Bischof von Würzburg waren nicht

Digitized by Google

gesonnen, die ihnen von Karl Alexander übertragene Stellung preiszugeben. Beide wandten sich nach Wien, und der Kaiser, dem übrigens mehr an der rechtgläubigen Erziehung der herzoglichen Kinder als an der verlangten Mitadministration lag, schritt zu Gunsten der Herzogin Maria Augusta ein. Aber bald entleideten dieser die Streitigkeiten und sie bot am 5. November 1737 zu einem Vergleiche die Hand, welcher ihr nur die Vormundschaft überließ, die Regierung dagegen Karl Rudolf übertrug. Vergebens erhob der Bischof Einsprache und noch längere Zeit wurden Streitschriften gewechselt; aber der Kaiser sprach, wenn auch unwillig, seine Genehmigung aus. Ganz beruhigt über die Aufrechthaltung der staatlichen und kirchlichen Verfassung wurden die Landstände erst durch die 1743 seitens des neuen Kaisers Karl VII. erfolgte Bestätigung ihrer Privilegien. Die Schwierigkeiten, welche Karl VI. machte, trugen dazu bei, daß Herzog Karl Rudolf im August 1738 die Landesverwaltung niederlegte. Noch vier Jahre (gest. 17. November 1742) genoß er die Ruhe des Alters, einst, gleich seinem Bruder Ferdinand Wilhelm, ein gefeierter Held auf den Schlachtfeldern Europas, als Herzog-Administrator von einer Last gebeugt, der seine Kräfte nicht mehr gewachsen waren. Infolge hievon hob sich unter ihm die Stellung des Geheimerats und der Landstände in einer Weise, daß auch ein maßvollerer Nachfolger als Herzog Karl Eugen in die Notwendigkeit versetzt gewesen wäre, die Machtfrage zwischen ihnen und dem Landesherrn zu stellen.

Herzog Karl Friedrich von Württemberg-Öls (geb. 17. Febr. 1690, gest. 10. Dez. 1761), der neue Administrator (1738—1744), setzte alles daran, durch Abschaffung von Mißständen das Land zufrieden zu stellen, verfiel aber dabei in den Fehler Karl Rudolfs, durch zu große Nachgiebigkeit das Selbstgefühl der Landstände zu steigern. Während des östreichischen Erbfolgekrieges, an dem einige tausend Württemberger in kaiserlichem Solde teilnahmen, gelang es ihm, größere Beschädigungen vom Lande fern zu halten; nur mußten französische Hilfstruppen auf dem Durchmarsche verpflegt werden. Dem Verlangen Östreichs, der Frankfurter Union beizutreten, entsprach Karl Friedrich nicht wegen seiner Vorliebe für Preußen. Dies ließ denn auch seinen Versuch scheitern, die durch den Prager Vertrag von 1599 festgesetzte Anwartschaft Östreichs auf das Herzogtum abzuschütteln. Die in Östreich frei werdenden Regimenter wurden an Preußen abgetreten. Der Herzog setzte es durch, daß der junge Erbprinz mit seinen Brüdern, nachdem er zu Hause trefflichen Unterricht genossen, zur Ausbildung nicht an einen katholischen Hof, sondern an den-

Digitized by Google

jenigen Friedrichs des Großen nach Berlin geschickt wurde (Dez. 1741). König Friedrich nahm die Prinzen mit Freuden auf. Aber bald verstand es die Partei der Herzogin-Witwe ihnen den Aufenthalt gänzlich zu entleiden, so daß sie in klagevollen Briefen um ihre Rückberufung baten. Herzog Karl Friedrich bot allem auf, sie zum Bleiben zu bewegen. Als dies nichts half, wirkte der König, um sich doch Einfluß auf den jungen Herzog zu sichern, beim Kaiser die Mündigsprechung des sechzehnjährigen Karl Eugen aus (7. Januar 1744). In glänzender Versammlung überreichte er ihm persönlich die kaiserliche Urkunde und stellte ihm zum Abschied einen von ihm verfaßten „Fürstenspiegel" zu mit weisen Vorschriften für die Regierung; er solle darnach trachten, die Herzen zu gewinnen, Schmeichler fliehen, sich mit den Staatsangelegenheiten vertraut machen, Sittlichkeit und Frömmigkeit schützen, an Kaiser und Reich festhalten, doch ohne Parteinahme für Östreich, und bedenken, daß Württemberg nicht für ihn da sei, sondern er berufen, sein Volk glücklich zu machen. Einige Jahre mögen Herzog Karl solche Mahnungen vorgeschwebt haben, nachher hat er sie desto gründlicher vergessen. Ein Freundschaftsvertrag zwischen Württemberg und Preußen sollte die Fürsten noch enger an einander knüpfen.

Digitized by Google

XV. Abschnitt.

Herzog Karl Eugen.

1744—1793.

Im Februar 1744 reiste Herzog Karl Eugen (1744—1793) von Berlin ab, verlobte sich unterwegs auf Veranlassung Friedrichs des Großen mit einer Nichte desselben, der Prinzessin Elisabeth von Brandenburg-Baireuth, und zog am 10. März unter allgemeinem Jubel in Stuttgart ein. Man sah dem schönen, geistreichen Jünglinge nach, daß er das Leben in vollen Zügen genoß. Bestätigte er doch sofort die Verfassung des Landes samt den Religionsreversalien seines Vaters und überließ die Regierung tüchtigen Männern, wie dem Kammerpräsidenten von Hardenberg und den Geheimeräten Bilfinger [1]), Zech und Georgii, welche die weise Sparsamkeit der vormundschaftlichen Verwaltung fortsetzten. Dazu kam, daß die Angelegenheiten der Landschaft seit 1751 durch deren Konsulenten Johann Jakob Moser trefflich besorgt wurden. Die große Schattenseite des friedlichen Einvernehmens und der Teilung der Herrschaft zwischen dem Geheimerat und der Landschaft, die maßlose Bevorzugung der eigenen Familien im Staatsdienste durch die Mitglieder dieser beiden Körperschaften, schadete wenigstens dem Ganzen nicht viel, wenn sie auch die Einzelnen tief verletzte. Der Herzog gefiel sich in seiner Würde als Generalfeldmarschall des schwäbischen Kreises, in seiner Thätigkeit als Erbauer des neuen Schlosses zu Stuttgart, in kostspieligen Lustfahrten und Reisen.

---

[1]) Aus Cannstatt gebürtig, hat Bilfinger Theologie und Philosophie studiert, wurde als hervorragender Mathematiker von Peter d. Gr. nach Petersburg berufen, bis er unter Eberhard Ludwig Ephorus des Tübinger Stifts wurde. Karl Alexander ernannte ihn zum Mitglied des Geheimerats.

Digitized by Google

Das alles kostete Geld; immer wieder sah sich der Herzog genötigt, die Landschaft um Beiträge anzugehen, und wenn auch diese sich nach vielerlei Sträuben und regelmäßiger Verwahrung gegen die Gesetzmäßigkeit des Verlangens zu denselben herbeiließ, so bildete sich allmählich doch eine Spannung, die bei der bedächtigen Sorge der Landschaft, daß ja nichts Neues eingeführt werde, und der feurigen Raschheit des Herzogs eine große Gefahr in sich barg. Auch die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses und den Religionsreversalien nicht entsprechende gottesdienstliche Handlungen führten Zusammenstöße herbei. Dies um so mehr, als gleichzeitig des Herzogs Mutter katholischer Umtriebe verdächtig war, so daß ihr die Landschaft sogar mit Entziehung der früher verwilligten Jahrgelder drohte.

An Haustruppen hatte Herzog Karl nur noch 1426 Mann angetroffen; bald genug vermochte er dem Kreise ein Regiment zu überlassen. Doch hielt ihn Hardenbergs Rat ab, die Partei Östreichs zu ergreifen. Ein nach dem Vorgange anderer Fürsten im Jahre 1752 mit Frankreich auf 6 Jahre abgeschlossener Subsidienvertrag brachte zwar so lange nicht viele Lasten, als Frankreich die Kosten für die bedungenen 6000 Mann bezahlte, während der Herzog eine weit kleinere Zahl wirklich unterhielt; aber schon die Zusammenbringung der letzteren führte zu verfassungswidrigen Aushebungen. Immerhin ließen die Abstellung mancher Beschwerden, die Rücksichtnahme auf die Landschaft, der Nachlaß einiger Steuern bei Mißwachs und viele schöne Versprechungen und Redensarten die Hoffnung keimen, daß der Herzog mit den Jahren sich seiner Regentenpflichten bewußt werde und daß seine großen Talente zum Wohle des Landes sich entfalten.

Es kam ganz anders. Zwar die Verhaftung des eben noch mit der höchsten Gunst beehrten Oberststallmeisters von Röder (1751) blieb eine vereinzelte Gewaltthat, die sich durch dessen etwas nachlässige Geschäftsführung erklären ließ; aber je mehr das Selbstgefühl und die Eitelkeit des jungen Herzogs wuchs, je mehr er, der von Natur willensschwache Mann, von Schmeichlern sich umgarnen ließ, desto mehr kam er auf den Gedanken, daß er es eigentlich gar nicht nötig habe, auf Geheimerat und Landschaft Rücksicht zu nehmen; er begann ihre verfassungsmäßigen Vorstellungen als anmaßende Vorschriften zu betrachten, welche das Verhältnis zwischen Herzog und Unterthanen umkehrten. Der erste Sturm entfesselte sich gegen den treubewährten, wenn auch wenig geschmeidigen, Präsidenten von Hardenberg. Mit dessen am 24. Juni 1755 erfolgter Entlassung

Digitized by Google

war Herzog Karl vollends auf einer schiefen Ebene angelangt. Jetzt wollte er zeigen, daß er selbst alles am besten wisse; seine Laune trat an die Stelle der Staatsklugheit; ein prächtiges, lustiges Leben wurde für Volksbeglückung ausgegeben. Freilich hätte er gar zu gerne für sein Land etwas gethan; er zog sogar gleich nach Hardenbergs Verabschiedung Moser zu Rate, der leider dadurch das Vertrauen der Landschaft verlor. Aber des Herzogs Unbeständigkeit, der völlige Mangel an Opfersinn ließ Weniges zur Ausführung kommen und bald erstickte das gesteigerte Geldbedürfnis jede bessere Anwandlung. Als gar nach dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges die Verpflichtung an ihn herantrat, das von Frankreich besoldete Heer von 6000 Mann wirklich aufzustellen, schritt er von Gewaltthätigkeit zu Gewaltthätigkeit.

Um dieselbe Zeit trennte sich seine schöne, aber kalte und hochmütige Gemahlin von ihm; damit fiel der letzte Damm, welcher seine Leidenschaften noch etwas eingeschränkt hatte. Prinzessin Elisabeth war ihm am 26. September 1748 angetraut worden; nach kurzer Zeit war der Friede der Ehe gestört. Die Hoffnung auf Versöhnung, die sich das Land von einer gemeinsamen Reise der Gatten nach Italien machte (1753), ging nicht in Erfüllung, — es war dieselbe Reise, auf der sich Karl Eugen durch die Weigerung, den Papst zu besuchen, da dieser nicht auf den Fußkuß verzichtete, bemerklich machte.

Das Unglück wollte, daß sich dem Herzog zwei Männer zur Verfügung stellten, welche die größte Gewissenlosigkeit mit der größten Unterwürfigkeit verbanden und, um sich seine Gunst zu erhalten, ihn selbst zu immer schrofferen Maßregeln trieben, Rieger und Graf Montmartin. Philipp Friedrich Rieger hatte als Auditeur in einem preußischen Regimente den zweiten schlesischen Krieg mitgemacht, auf Verwendung seines Schwiegervaters, des Oberhofpredigers Fischer, eine Stelle als Regimentsquartiermeister erhalten und den Herzog Ludwig Eugen als Adjutant auf dem Zuge der Franzosen gegen Minorka begleitet. Bei der Rückkehr traf er Herzog Karl, der am Reichskriege gegen Preußen teilnehmen wollte, in der Verlegenheit wegen des Subsidienheeres. Rieger, der sich durch seine Gewandtheit und Unterhaltungsgabe dem Herzog schon empfohlen hatte, erbot sich, die fehlenden Soldaten aufzubringen. Er erhielt dazu unbeschränkte Vollmacht. Obgleich die Aushebung verfassungswidrig war und obgleich der Herzog wenige Jahre vorher sich besonders verpflichtet hatte, keine Landeseingeborenen mit List oder Gewalt zum Kriegsdienst zu zwingen, ging jetzt eine Jagd los auf alles, was über 18 Jahre alt war. Aus

Digitized by Google

den Betten und von den Kirchthüren weg schleppte man die Leute zusammen, und um der Form zu genügen, sperrte man sie so lange ohne Nahrung ein, bis sie die Freiwilligkeit ihres Eintritts schriftlich bezeugten. Das Volk warf dem landschaftlichen Ausschusse Pflichtvergessenheit und Verrat vor, da er solche Verfassungsverletzungen nicht verhinderte; aber dieser war unter sich selbst uneinig und konnte, wenn er sich auch zu eindringlichen Vorstellungen aufraffte, gegen die Gewalt nichts ausrichten. Denn vom Kaiser war gegen seinen treuen Bundesgenossen keine Hilfe zu erwarten und die Bürgen für die Wahrung der württembergischen Verfassung, Preußen und England, standen mit dem Kaiser im Kriege. Diese Lage der Dinge benützte Herzog Karl auf das Beste. Zwar liefen die gepreßten Soldaten, welche zum Kampfe gegen die evangelische Vormacht schon gar keine Lust hatten, vor dem Ausmarsche zur Hälfte auseinander; und auch, als das Heer wieder gesammelt und nach Böhmen und Schlesien geführt war, sank es namentlich durch Ausreißerei fast auf ein Drittel. Der Befehl, daß alle „Aushauser" eingezogen werden sollen, die das Ihrige verthan haben oder bei denen Gefahr sei, daß sie Verschwender werden, brachte, obgleich er als Ausfluß landesväterlicher Milde angepriesen wurde, viele Ungerechtigkeiten mit sich. Die Truppen erwarben sich denn auch in den Feldzügen gegen Friedrich d. Gr. wenig Lorbeeren. Im Jahre 1757 beteiligten sie sich unter ihrem Herzog, der zugleich die Bayern befehligte, an der Belagerung von Schweidnitz. Nach dessen Fall kehrte Karl Eugen heim, während sein Heer zwar bei Breslau (22. November) siegreich mitkämpfte, aber bei Leuthen (5. Dezember) mit einem Verluste von 2000 Mann über den Haufen geworfen wurde. Des Herzogs Wunsch, jetzt den Oberbefehl über das Reichsheer und die Kurwürde zu erhalten, ging nicht in Erfüllung. Erst im April 1758 kamen die Württemberger in die Heimat zurück, mußten aber nach notdürftigster Ergänzung wieder ausrücken. Diesmal führte sie der Herzog dem französischen Marschall Prinz von Soubise zu, da die Östreicher sie als Kampfgenossen verschmähten; ihre Thätigkeit beschränkte sich auf Bewegungen in Hessen und Hannover, ins Feuer kamen sie fast gar nicht. Um ein selbständiges Heer befehligen zu können, schloß der Herzog noch in demselben Jahre mit Frankreich einen Subsidientraktat auf 12000 Mann, die im folgenden Jahre auf 16000 erhöht wurden. Sie aufzubringen, wandte man die alten Mittel mit noch größerer Schärfe an. Im Herbste des Jahres 1759 bezog der Herzog mit seinen Truppen ein Lager bei Fulda. Unversehens wurde er vom Erbprinzen Karl von Braunschweig überfallen; er selbst

Digitized by Google

rettete sich von einem Balle weg mit der Reiterei; das tapfer kämpfende Fußvolk erlitt große Verluste (30. November). Trotzdem rühmte sich der Herzog noch seiner Heldenthat. Da dem französischen Marschall Broglie Karl Eugens Kriegsführung wenig zusagte, stellte dieser seine Truppen wieder Österreich zur Verfügung. Er machte noch einige Streifzüge nach Sachsen; aber bald verzichtete jenes wie Frankreich auf seine Dienste und so blieb in den letzten Jahren des Kriegs nur das kleine württembergische Reichskontingent im Felde.

In der Zeit, da Rieger durch sein rastloses Herbeischaffen von Soldaten und Geld dem Herzoge unentbehrlich geworden schien, trat jener zweite böse Geist in dessen Dienste, Graf Montmartin (Februar 1758). Dieser hatte sich den Herzog dadurch verpflichtet, daß er geholfen seine Mündigsprechung zu betreiben; die Sporen als Staatsmann und die Reichsgrafenwürde hatte er sich verdient, indem er 1756 als gothaischer Reichstagsgesandter treuloser Weise den Ausschlag für die Erklärung des Reichskrieges an Preußen gab. Bei seiner Berufung bildete Herzog Karl ein vom Geheimerat abgesondertes Staats- und Kabinettsministerium und und legte damit die Behörde lahm, welche seither in wohlthätigster Weise die Verbindung zwischen Landschaft und Herzog hergestellt hatte. War Rieger der geschäftige Diener seines Herrn, der mit Beseitigung aller Gewissensbedenken auf dem Gebiete der Militärverwaltung wie bei seinen Liebeshändeln sich ihm angenehm zu machen wußte, so wurde er hierin von Montmartin kaum übertroffen. Aber während Rieger sich doch den Ruf eines unbestechlichen Mannes wahrte, für seine Offiziere sorgte und den Haß des Volkes lieber auf sich als auf den Herzog lenkte, war Montmartin ein Meister in kriechender Unterwürfigkeit und im Ränkespiel und wußte das Land und den Herzog gleichermaßen zu prellen. Anfangs schienen sich die beiden zu ergänzen. Der Herzog, der immer Verschwörungen seiner Diener fürchtete, hatte Rieger verboten, mit dem Grafen zu verkehren oder gar ihm über Militärsachen Mitteilungen zu machen. Das ging, so lange der erstere des Herzogs Anforderungen befriedigte. Als aber 1759 das Heer auf 16000 Mann verstärkt worden war, wußte auch Rieger keine Mittel und Wege mehr, so fort zu machen, und riet zu allmählicher Einschränkung. Eine so schöne Gelegenheit, dem Nebenbuhler einen Streich zu versetzen, ließ sich Montmartin nicht entgehen; er ließ sich ohne Riegers Wissen die bisher von diesem verwaltete Kriegskasse übertragen und wußte sie richtig immer wieder zu füllen. Zwar beruhigte Herzog Karl den schwer gekränkten Rieger, der seinen Abschied eingereicht

Digitized by Google

hatte; aber den beiden war klar geworden, daß einer von ihnen weichen müsse. Als nach wenigen Jahren Montmartin seinerseits eine Verminderung des Heeres beantragen mußte, erklärte plötzlich der haßerfüllte Rieger dieselbe für unnötig. Der Minister sah seine Stellung bedroht und holte zum letzten Schlag aus; er spielte (November 1762) dem Herzog einen gefälschten Brief in die Hand, nach dem sein Gegner des geheimen Einverständnisses mit den heranrückenden Preußen schuldig schien. Wütend mißhandelte der Herzog den Obersten auf der Parade und ließ ihn ohne Verhör auf den Asperg und bald nachher auf den Hohentwiel abführen, wo er vier Jahre lang im Kerker schmachtete. So gewann Montmartin die Alleinherrschaft über den Herzog.

Des Grafen Staatskunst bestand darin, das Land auszusaugen und des Herzogs Eitelkeit zu schmeicheln; sogar in das Staatshandbuch nahm er die Wendung auf, daß Karl Eugen bei seiner Geburt die Zahl der Hohen in der Welt vermehrt habe, und redete ihm von Erlangung der polnischen Königskrone vor. Bei mäßigen Gaben besaß er die Kunst, mehr zu scheinen, als er war, besonders durch üppigen Wortschwall. Kaum war Montmartin Minister, so wurde der Landschaft auf ihre Einwendungen gegen neue Steuern erklärt, daß sie des Herzogs Ansinnen als unbedingten Befehl anzusehen habe. Als sie von nur verfassungsmäßigem Gehorsam sprach, nannte man solche Reden unanständig und aufrührerisch. Die von dem landschaftlichen Ausschusse abgelehnte Steuer wurde einseitig vom Herzoge ausgeschrieben; erneute Vorstellungen wurden als unzureichender Einsicht oder persönlicher Nebenabsichten entsprungen bezeichnet und zum Schluß holte sich der Herzog das Geld, das er wollte, mit Gewalt aus der Landschaftskasse. Als Seele des Widerstandes galt der Landschaftskonsulent Moser. Vergebens suchte ihn Montmartin durch Versprechungen zu gewinnen. Am 12. Juli 1759 berief ihn der Herzog selbst zu sich nach Ludwigsburg und erklärte ihm, er sehe sich genötigt, sich seiner als des Verfassers der ehrenrührigen landschaftlichen Schriften zu versichern. Auch Moser wurde auf den Hohentwiel geschleppt und büßte hier seine Rechtlichkeit im Gefängnis, aus dem ihn erst nach mehr als fünf Jahren die Verwendung der Landstände und des Königs Friedrich d. Gr. befreite.

Jetzt wurde der Satz aufgestellt, die Landesverträge seien nicht mehr anwendbar; ihre Deutung und Abänderung sei ausschließlich Sache des Herzogs; der Landesausschuß sei gar nicht fähig, die wichtigen Staatsgeheimnisse zu fassen, welche der weiseste Landesvater aus zärtlicher Liebe für

Digitized by Google

die Wohlfahrt des Landes sich angelegen sein lasse. In was diese Liebe bestand, ergiebt sich deutlich aus Berichten des preußischen Gesandten an seinen König, wonach in den Jahren 1757 bis 1765 neben den ordentlichen Steuern dem Lande mehr als sechs Millionen Gulden widerrechtlich abgenommen wurden, worunter mehr als 700 000 an unbezahlten Feldern zu Anlegung von Alleen und Gärten und an ungesetzlichen Frohnen [1]). Dazu kamen die Errichtung einer Kasse, zu welcher Beamte Anlehen geben mußten, harte Eintreibung der Steuerreste und Einziehung der Fruchtvorräte der Gemeinden, Verleihung von Bannrechten an Mühlen, Zerreißung der Ämter zu Gunsten der herzoglichen Kasse, Monopole und Handelsprivilegien, Einführung des Lottos mit Zwangsteilnahme der vermöglichen Bürger und Körperschaften. Eine der einträglichsten Geldquellen und eine wahre Landplage wurde der Diensthandel. In einem rohen, frechen Unteroffizier, der es zum Stiftsverwalter gebracht hatte, Lorenz Wittleder, fand Herzog Karl ein unübertreffliches Werkzeug für dieses schmutzige Geschäft und machte ihn zum Verwalter des Kirchenkastens, zuletzt (1762) zum Direktor des Kirchenrats. Neben dem, daß Wittleder dem Herzog in kurzer Zeit gegen 550 000 Gulden vom Kirchengut einhändigte, eröffnete er in Ludwigsburg eine förmliche Bude, in der jedes Staats- und Gemeindeamt zu kaufen war, vom höchsten bis zu den Hirten- und Nachtwächterstellen. Auf Befähigung wurde dabei gar nicht gesehen, nur auf die Höhe der Kaufsumme; es war ein treffender Spott, daß eines Morgens ein Esel am Hause Wittleders angebunden stand mit der Inschrift: Ich hätte gern einen Dienst. Wer aber ein Amt bezahlt hatte, war nicht einmal sicher, ob nicht sofort ein anderer mehr bot und er selbst die höhere Summe bezahlen mußte oder jenes samt dem Kaufpreis wieder verlor. Eine Unzahl neuer Stellen wurde geschaffen, so daß die Inhaber kaum mehr beschäftigt waren. Die Kosten hatten natürlich die Untergebenen dieser Beamten zu tragen. Wittleder bezog hohe Ge-

---

1) Die ordentlichen Einnahmen werden 1765 berechnet auf 1848612 Gulden 36 Kreuzer, darunter Herrschaftsgefälle 520054 Gulden 8 Kreuzer, vom Kirchengut nach Abzug der Besoldungen 441558 Gulden, von der Landschaft 530 000 Gulden — wovon aber 90 000 zur Schuldentilgung, 30 000 für das Kreisextraordinarium zurückbehalten werden —, Überschüsse von Mömpelgard 8034 Gulden 16 Kreuzer, von den sieben damit verbundenen Seigneurien 9364. Von diesen Einnahmen ist mehr als eine Million für das Militär bestimmt; die ordentlichen Ausgaben übersteigen dieselben um 559657 Gulden 42 Kreuzer, wozu die großen außerordentlichen für besondere Festlichkeiten u. a. kommen. Die Schulden betrugen 13316993 Gulden 58 Kreuzer.

Digitized by Google

bühren für seine Vermittlung; ja es kam vor, daß er für sich das doppelte verlangte wie für den Herzog.

Das Volk seufzte und murrte; der Prälat Heller konnte wagen, Mitglieder seine Beichtvaterdienste aufzukündigen; die Landschaft fand wenigstens den Mut, einen ihr 1763 angesonnenen Plan, der ihren jährlichen Beitrag für das Militär auf mehr als 1 600 000 Gulden erhöhte, zu verwerfen und dafür die Beschwerden des Landes zusammenzustellen. Freilich konnte sie nicht hindern, daß der größte Teil dieser Steuern und zahlreiche ihrer Kasse ausstehende Gelder vom Herzoge trotzdem eingezogen wurden. Jener Plan wurde aber fallen gelassen, weil Montmartin einen neuen, noch einträglicheren ausgeheckt hatte. Jeder Einwohner sollte sein Vermögen angeben, um in eine bestimmte Steuerklasse eingeteilt zu werden; Frauen hatten ebenso viel zu bezahlen, wie die Männer, unmündige Kinder ein Zehntel des elterlichen Ansatzes, Gesellen und Dienstboten nach Verhältnis ihres Lohnes. Einige willfährige Geheimeräte ließen sich zur Genehmigung des Planes herbei, andere, die Verfassungsbedenken geltend machten, wurden entlassen. Die neue Steuer sollte an einem Tage (31. März 1764) durch die Amtleute den Stadt- und Amtsversammlungen mit Empfehlungen und Drohungen zur Annahme vorgelegt, bis dahin aber geheim gehalten werden. Um die Amtleute zu beeinflussen, wurden sie vor den Herzog, der mit Montmartin seine gewöhnliche Frühlingsreise durch das Land machte, an verschiedenen Orten zusammenberufen. Fast alle fügten sich, einer von ihnen, der Oberamtmann Commerell von Kirchheim, der dafür zum Regierungsrat und später zum Geheimerat erhoben wurde, drückte dem Minister seine Freude aus durch den Spruch: Dies ist der Tag, den der Herr gemacht hat; lasset uns freuen und fröhlich sein. Nur ein Mann wagte zu erklären, daß er nicht für den Ausgang verantwortlich sein wolle, da die Ungesetzlichkeit der Maßregel auf der Hand liege, der Tübinger Oberamtmann Huber. Wirklich lehnte die dortige Amtsversammlung die zugemutete Steuer ab, nachdem ihr Huber erklärt, daß er zwar sein Amt verlieren würde, daß man aber darauf keine Rücksicht nehmen solle. Auch eine Tübinger Abordnung, die darauf hin vor den Herzog vorgefordert wurde, blieb standhaft, obgleich dieser bei Nennung des Wortes Vaterland in die Rede ausbrach: Was Vaterland! Ich bin das Vaterland! Das Beispiel Tübingens brach den Bann stumpfer Ergebung im Lande. Als man versuchte, die Steuer mit Gewalt umzulegen — in Tübingen durch vier Regimenter —, zeigte sich bald die Unmöglichkeit der Ausführung. Huber, dessen gesetz-

Digitized by Google

mäßiges Verhalten die juristische Fakultät mit dem Doktortitel belohnte, wurde mit einigen andern auf den Asperg geführt, sechs Monate gefangen gehalten und seines Amtes enthoben.

Hätten diese Bedrückungen und Erpressungen wenigstens dem Lande einen Nutzen gebracht, sie hätten sich noch ertragen lassen. Aber alle dienten nur dazu, die Pracht und den Glanz des herzoglichen Hofes zu erhöhen, der denn auch seinesgleichen suchte. Zahlreicher ausländischer Adel, eine unglaubliche Schar von Hofbeamten, eine herrlich gekleidete Dienerschaft [1]), der auserlesenste Marstall verschlangen riesige Summen. Ein großes Heer stattlicher Paradesoldaten diente zur Kriegsspielerei des Herzogs. Für Schauspiel, Oper, Konzert und Ballet wurden die teuersten Kräfte gewonnen, so der frühere Kapellmeister an der Peterskirche zu Rom, Jomelli, und der „Tanzgott" Vestris aus Paris. In Ludwigsburg, wo Herzog Karl 1764 aus Ärger über Stuttgart seine Residenz aufschlug, wurde ein großes Opernhaus errichtet, allerdings nur aus Holz und deshalb bald baufällig, dazu ein kleines Hoftheater; in Stuttgart das große Schauspielhaus, Komödienhäuser in Grafeneck, Solitude, Teinach. Auch die bildenden Künste mußten zur Verschönerung der Feste beitragen und dazu wurde eine Akademie gestiftet mit dem Maler Guibal an der Spitze. 1763—1767 wurde das Lustschloß Solitude aufgeführt, zu dessen Beschleunigung die Bauern der Gegend sogar ihre Ernte liegen lassen mußten. Kurz darauf (1768) wandte sich die Vorliebe des Herzogs der neuen Schöpfung Hohenheim zu. Am großartigsten waren die Feste an den fürstlichen Geburtstagen, die bis zu zwei Wochen sich fortsetzten, am lästigsten die großen Jagden, zu welchen die Bauern zwölf Stunden weit zusammengetrieben wurden, um auf hohen Bergflächen Seen zu graben und mit Wasser aus den Thälern zu füllen. Seine Unterthanen betrachtete der Herzog als ganz ihm gehörig; manches Mädchen braver Familien fiel seinen Lüsten zum Opfer, die sich nicht mit den zahlreichen, meist fremden Dirnen begnügten. Natürlich wirkte das Beispiel auf weitere Kreise; Üppigkeit und Liederlichkeit, Anmaßung und Knechtsinn machten sich breit.

Das Vertrauen zu der Volksvertretung war völlig verschwunden; nicht mit Unrecht warf auch das Land dem engeren Ausschusse vor, daß er sich mehr um seine eigene Macht kümmere, als um das Wohl des

---

[1]) Als Besonderheit sei erwähnt, daß 1748 in Stuttgart der letzte Hofzwerg erscheint.

Digitized by Google

Ganzen. Nach der Mißhandlung Hubers und dem Versuche gewaltsamer Einziehung der Vermögenssteuer nötigte endlich die allgemeine Stimmung den Ausschuß, beim Reichshofrate eine Klage gegen den Herzog einzureichen (30. Juli 1764). Da nach Beendigung des siebenjährigen Kriegs auch die Könige von Preußen, England und Dänemark ihren Einfluß zu Gunsten der Landschaft geltend machten, gelang es Montmartin nicht, die Einleitung des Prozesses zu hintertreiben. Während der letztere weiterging, erschien (6. September 1764) der Befehl des Reichshofrats an den Herzog, Moser freizulassen, sich aller weiteren verfassungswidrigen Geldforderungen und der militärischen Eintreibungen zu enthalten und zur Beilegung der Streitigkeiten einen Landtag einzuberufen. Moser erhielt wirklich die Freiheit. Der Landtag trat am 29. Oktober zusammen; aber schon der herzogliche Eröffnungsvortrag zerstörte fast alle Hoffnung auf einen Ausgleich. Statt der Hebung der Streitpunkte gab der Herzog als Zweck einen letzten Versuch gütlicher Übereinkunft über den Punkt der Militärunterhaltung an und erhob sofort wieder unmäßige Geldforderungen. Dagegen wurde eine Untersuchung der Landesbeschwerden in Aussicht gestellt, als ob das Volk mit Versprechungen, die noch nie gehalten worden waren, sich abspeisen ließe. Die Landschaft ließ sich zwar auf Beratungen ein, verbot aber den Ämtern einseitig ausgeschriebene Auflagen zu bezahlen und verfaßte eine Sammlung der Beschwerden. Der Herzog versuchte vergebens, den Kaiser für sich günstig zu stimmen; endlich sah er sich genötigt, seinerseits der Landschaft Vergleichspunkte vorzulegen (17. Mai 1765). Die letztere zeigte einiges Entgegenkommen, behielt sich aber den rechtlichen Austrag der Sache vor. Am 18. Dezember 1765 wurde sie unverrichteter Dinge heimgeschickt.

Inzwischen hatte aber die Sache durch das entschiedene Eingreifen Friedrichs d. Gr. eine Wendung genommen, die eher zum Ziele führte. Dieser ließ in Wien erklären, daß, wenn nicht ein rasches, unparteiisches Erkenntnis über des Herzogs despotisches Verfahren erfolge, er selbst dem armen Lande Hilfe und Erleichterung schaffen werde. Das wirkte. An die Stelle des langwierigen Prozesses, dessen Ausgang nicht abzusehen war, setzte der Reichshofrat Vergleichsverhandlungen vor einem besonderen Ausschuß. Sofort wurden vom Herzoge das Militär und die Kosten für den Hofhalt verringert, um wenigstens guten Willen zu zeigen; aber zu einem Ausgleiche mit der Landschaft kam es, wie schon erwähnt, nicht. Ja Montmartin reiste noch persönlich nach Wien, um die Aufhebung der ständischen Klage zu bewirken. Als er sah, daß die Regierungskunst, zu

Digitized by Google

welcher er Herzog Karl verführt hatte, allgemein verurteilt wurde, zog er es vor, wenigstens der Form nach von seinem Amte zurückzutreten. Schönrednerisch wie immer bat er um seine Entlassung, damit er durch seine Gegenwart kein Hindernis der glücklichen Wiederherstellung des vollkommenen Vertrauens zwischen Herr und Land sei. Am 10. Mai 1766 erhielt er dieselbe in allen Ehren, blieb aber des Herzogs vertrauter Ratgeber. Ja noch am Ende desselben Jahres wurde er für mehr als sechs Monate zum Statthalter des Landes bestellt, während der Herzog mit kurzer Unterbrechung den widerwärtigen Verhandlungen nach Italien auswich und statt der geplanten Ersparnisse eine neue Schuldenlast mitbrachte. Erst im Februar 1773 wurde er ganz verabschiedet; er starb 1778 zu Dinkelsbühl. Bald nach ihm fiel Wittleder, der seine Entlassung aus dem Lande mit einer bedeutenden Summe erkaufen mußte.

Trotz Montmartins Rückzug gingen die Vergleichsverhandlungen langsam von statten. Erst ein Vermittlungsvorschlag des kaiserlichen Ausschusses brachte die Parteien einander näher. Am 27. Februar 1770 wurde der auf Grund jenes Vorschlags abgeschlossene Vertrag vom Herzoge, am 2. März von der Landschaft bestätigt. Derselbe sollte auch für die Nachfolger bindend sein, wie er denn auch von den Brüdern des Herzogs genehmigt wurde, und wurde so unter dem Namen des Erbvergleichs ein Staatsgrundgesetz. Die wichtigsten Punkte desselben sind folgende: 1) Die Landesverfassung wird einschließlich der bis 1753 ergangenen Abschiede vom Herzog als bindend anerkannt; bei strittiger Auslegung steht die Entscheidung dem Kaiser zu; von den Beamten und Unterthanen kann nur der verfassungsmäßige Gehorsam verlangt werden; das Einverständnis der Landschaft ist bei Steuererhebung und Gesetzgebung notwendig. 2) Das Mitverwaltungsrecht beim Kirchengut wird den Prälaten wieder eingeräumt, die Oberaufsicht über dasselbe dem Geheimerat; der katholische Gottesdienst wird eingeschränkt; dem Kirchengut sind widerrechtlich abgenommene 550000 Gulden wieder zu ersetzen; dasselbe leistet der Landschaft an jährlichen Beiträgen 60000 Gulden, die sich allmählich auf gegen 100000 Gulden erhöhen. 3) Das Militär wird ausschließlich aus der Kriegskasse erhalten; in diese steuert die Landschaft bis zur Schuldentilgung jährlich 460000 Gulden bei, nachher 45000 Gulden weniger; den Ständen wird der Plan über die Verwendung dieser Gelder vorgelegt; die Zwangsauswahl wird abgestellt. 4) Die herzogliche Kammer vermeidet neue Schulden; die Landschaft bezahlt ihr für 1770 40000 Gulden und ein außerordentliches Geschenk von 60000 Gulden. 5) Die Wälder

Digitized by Google

werden geschützt, ungesetzliche Frohnen und Dienste abgeschafft. Zum Schluß wird die Huldigung für den Landesfürsten von der Annahme des Erbvergleichs abhängig gemacht. Für den Fall des Abschlusses des Vergleichs hatte die Landschaft schon vorher jährliche 90 000 Gulden in eine gemeinschaftlich zu verwaltende Schuldentilgungskasse versprochen, wozu die herzoglichen Beamtungen von ihren Erträgnissen 190 000 Gulden zuzuschießen hatten.

Das war die letzte Durchsicht der altwürttembergischen Verfassung vor ihrer Aufhebung, eine Durchsicht, die freilich den schroffen Gegensatz zwischen Fürst und Volk, die veraltete Auffassung von der privatrechtlichen Stellung des ersteren bestehen ließ. Im Grundsatz hatte die Landschaft vollständig Recht bekommen; die Verfassung hatte über die Willkürherrschaft gesiegt. Aber daß Herzog Karl sich wenig an den erzwungenen Vergleich gebunden erachten werde, war allgemeine Annahme; der alte J. J. Moser hatte darum, sehr zum Mißvergnügen der Landschaft, davor gewarnt, zu viel von jenem zu verlangen. So hat denn auch der Herzog thatsächlich die im Erbvergleiche gemachten Zusagen nie ganz erfüllt. Er kam sofort mit neuen Geldansinnen, worauf die Landschaft mit neuen Beschwerden antwortete. Schon im nächsten Jahre war die letztere veranlaßt, sich wieder an den Kaiser zu wenden und noch 1773 mit neuer Klage zu drohen. Aber im Ganzen trat Ruhe ein, um so mehr, als jetzt der landschaftliche engere Ausschuß durch den errungenen Sieg im vollen Besitze der ständischen Gewalt befestigt, teilweise mit dem Herzoge gemeinsame Sache machte und gegen die auf Untersuchung seines eigenen kostspieligen und eigenmächtigen Gebahrens gerichteten Bestrebungen durch Geldbewilligungen bei jenem sich einen Rückhalt verschaffte; mit Leichtigkeit ließ er sich durch schöne Pläne, wie den 1777 sogar in die Landesverfassung aufgenommenen Finanzplan, beschwichtigen. Folge hievon war, daß jetzt der Ausschuß beinahe als Mitregent des Landes angesehen und daß, um den Rücktritt des Ausschusses zu verhüten, mehr als zwanzig Jahre lang kein Landtag mehr einberufen wurde. So entwickelten sich Verhältnisse, welche die ständische Verfassung dem Volke wie den Nachfolgern Herzog Karls allgemein verbesserungsbedürftig oder unleidlich erscheinen ließen.

Während jetzt der ständische Ausschuß dem Herzoge weniger Schwierigkeiten mehr machte, sahen sich seine Brüder veranlaßt, Vorsorge zu treffen, daß die Schuldenlast nicht auf sie übergehe. Namentlich der nächste Agnat, Herzog Ludwig Eugen, nahm sich der Sache an. Schon vor dem Erb-

Digitized by Google

vergleich hatte er dem Geheimerat und dem Kirchenrat wegen Verletzung der Landesprivilegien in das Gewissen geredet; dem regierenden Bruder selbst trat er mit rücksichtsloser Offenheit entgegen und hielt ihm vor, daß er nur leere Worte mache. Besonders legten die jüngeren Brüder Verwahrung ein gegen die Verpfändung zum Hausgut gehöriger überrheinischer Güter. Um ihren Klagen am kaiserlichen Hofe zuvorzukommen, wandte sich Herzog Karl selbst an denselben. Erst als nach der Berufung des früher entlassenen Geheimerats von Kniestädt zum Kammerpräsidenten das Kammergut in bessere Verwaltung kam (1777), beruhigten sich die herzoglichen Brüder; der bayerische Erbfolgekrieg drängte so wie so diesen Streit in den Hintergrund. Am 11. Februar 1780 wurde endlich der fürstbrüderliche Vergleich abgeschlossen, durch welchen in erster Linie die Schuldenzahlung neu geregelt wurde und das Hausgut gesichert werden sollte. Aber Ausgaben, wie für die zu Ehren des Großfürsten Paul und seiner Gemahlin 1782 veranstalteten Feste, warfen bald den ganzen neuen Haushaltsplan über den Haufen. Die Brüder des Herzogs traten wieder mit der Landschaft in Verbindung, sie verlangten Aufhebung der überflüssigen Akademie, Auflösung der kostspieligen, aus lauter großen Leuten bestehenden Legion, Abstellung des verschwenderischen Bauwesens, Öffnung der herzoglichen Privatkasse. Der Geheimerat riet dringend, daß Herzog Karl sich mit seinen Brüdern verständige. Aber 1792 waren noch sechs Millionen Schulden unbezahlt und wenige Monate vor des Herzogs Tode ließ er, sehr gegen den Wunsch seiner Berater, zu seinem bevorstehenden Regierungsjubiläum mit ungeheuren Kosten ein eigenes Gebäude in Hohenheim aufführen.

Um Geld zu gewinnen, ließ Herzog Karl das Militär mit Ausnahme seiner Lieblingstruppe, der Gardelegion, so herunterkommen, daß die Stände ihrerseits auf bessere Kriegsbereitschaft drangen. Auch hierin wurden sie von den Brüdern des Herzogs kräftig unterstützt. Da jene Ersparnisse nicht ausreichten, wiederholten sich Geldforderungen an die Landschaft und einzelne Städte. Stuttgart, das früher schon für Rückverlegung der Residenz eine größere Summe hergegeben hatte, mußte zum Bau einer Kaserne, der späteren Akademie, 20 000 Gulden beisteuern. Der schmähliche Dienstbandel wurde in die beschönigende Form gekleidet, daß der Herzog niemand verwehren könne, zum Dank für eine Gnade ihm ein Geschenk zu machen. Vergebens bezahlten die Stände dem Herzoge jährlich 20 000 Gulden für Abschaffung dieses Schadens; vergebens bauten sie auf sein heiligstes Fürstenwort; der Dienstbandel hörte niemals auf.

Digitized by Google

Auch mit der Überlassung von Truppen an fremde Mächte gegen reiche Bezahlung versuchte es der Herzog wieder. Zuerst fragte er bei England an, konnte sich aber über die Kaufsumme nicht einigen; dann wandte er sich an den Kaiser, der nichts davon wissen wollte; 1786 schloß er mit der holländisch-ostindischen Kompagnie über ein Infanterieregiment nebst einer Artilleriekompagnie ab. Die Mannschaft wurde durch freiwillige Werbungen aufgebracht; aber Offiziere, welche um Verschonung baten, wurden entlassen, und jedenfalls teilte man vielfach im Lande die Ansicht, die Herzog Ludwig Eugen schon bei dem ersten Versuch seinem Bruder gegenüber geltend gemacht hatte, daß es eine Schande sei, das Blut seiner Unterthanen zu verkaufen. Das Regiment blieb drei Jahre auf Kap der guten Hoffnung, dann wurde es nach Ceylon und Java verlegt; der größte Teil geriet in englische Gefangenschaft; der Rest wurde erst 1808 mit holländischen Truppen verschmolzen.

Die Wälder wurden durch Aushauungen verwüstet, das Volk durch Hegung eines großen Wildstandes und ungesetzliche Frohnen gedrückt. Die alte Willkür gegen Einzelne, die sich des Herzogs Ungnade zugezogen, zeigte sich namentlich bei der Gefangennahme Schubarts, der 1777 hinterlistig aus Ulm in das Land gelockt und zehn Jahre auf dem Asperg eingekerkert wurde, ohne daß sich angeben ließe, was er eigentlich verschuldet. Später machte ihn dann der Herzog zu seinem Theaterdichter.

Doch während der erste Lebensabschnitt Herzog Karls fast nur Handlungen der Laune und Gewalt aufweist, treten solche im zweiten zurück. Er hatte sich ziemlich ausgetobt und fand jetzt Gefallen an der Förderung von Kunst und Wissenschaft. Es kam ihm sogar ziemlich lebhaft zum Bewußtsein, daß sein bisheriges Leben ein recht verkehrtes war und die selbstprüfende Rückschau, wie sie ein fünfzigster Geburtstag leicht mit sich bringt, riß ihn hin, am 11. Februar 1778 von den Kanzeln ein Sündenbekenntnis verlesen zu lassen, in dem er seine Jugendvergehungen bereute und Besserung versprach. Nur schade, daß ihm das schöne Wort schon eine sittliche That schien.

Als Rousseaus Emil die Vorliebe für Erziehungsfragen geweckt hatte, ergriff dieselbe auch ihn. Kam sie doch zugleich seinem Bedürfnisse entgegen, für die teuren fremden Musiker und Künstler sich billigere eigene zu bilden. In der Zeit, da die letzteren entlassen werden mußten (1770), verfiel Herzog Karl auf den Gedanken, eine Schule für Garten- und Stuccatorknaben zu errichten, die sich schon im folgenden Jahre nach französischem Vorbilde zur militärischen Pflanzschule, 1773 zur Militär-

Digitized by Google

akademie entwickelte, sowie eine höhere Mädchenschule zu schaffen (1773), in denen er auch für Oper, Theater und Ballet sich Kräfte heranziehen konnte. Mit jener Pflanzschule wurde die schon länger bestehende, aber unentwickelte Kunstakademie verbunden, der für Musik und Theater bestimmte Teil der Zöglinge wurde abgesondert, der Lehrplan immer mehr ausgedehnt, eine besondere Abteilung für Militärwissenschaften, für Kameralisten, Forstwirte, Juristen, nach der Übersiedlung nach Stuttgart (1775) auch für Mediziner angefügt. Am 22. Dezember 1781 wurde die Anstalt durch Kaiser Joseph II. zur Universität erhoben und nahm den Namen Karls hohe Schule[1]) an. Es ist unverkennbar, daß Herzog Karl mit dieser Schöpfung, die er mit dem dazu so trefflich geeigneten Intendanten Seeger bis ins Einzelne selbst leitete, einen hohen Beweis von geistiger Kraft geliefert hat. Es gehörte viel dazu, im „Lande der Magister und Schreiber" die klassische Bildung zu Gunsten der realistischen zu beschränken, die Philosophie zur gemeinsamen Grundlage für den Gesamtunterricht zu machen und die Vorbildung für den öffentlichen Dienst aus den Amtsstuben in eine wissenschaftliche Anstalt zu verlegen. Es ist bekannt, daß eine Reihe hervorragender Männer aus der Karlsschule hervorgegangen ist und daß deren alte Zöglinge ihr eine dankbare Erinnerung bewahrt haben. Aber die Art, wie der an sich gute Gedanke durchgeführt wurde, ist so sehr durch die Persönlichkeit des Herzogs selbst bedingt, daß es ganz natürlich ist, wenn die Schule in seinen alten Tagen nachließ und nach seinem Tode sofort aufgehoben wurde. Die übermäßige Zahl von Fächern, die unsinnige, erst später durch kleinere Ferien unterbrochene Zahl von Wochenstunden (etwa 50) drohte schon den Lehrern eine Abspannung, die nur durch die fortwährende Beaufsichtigung des Herzogs verhindert werden konnte. Und wie vollends die auf die öffentlichen Prüfungen zugespitzten Studien der Schüler übertrieben wurden, zeigt deutlich ein Schreiben des Lieblingsschülers von Herzog Karl, des späteren Staatsministers von Normann, der dem Intendanten klagt, daß die Zeit der Prüfungen ihm immer Nervenüberreizung, Fieber und Kopfweh bringe; mit Mühe erhole er sich von einer zur andern und sei schon Monate lang zum Denken unfähig gewesen. Es war eine förmliche Treibhauskultur in Herzog Karls hoher Schule, und wie er den Ehrgeiz der Zöglinge durch persönliche Beziehungen, durch Lob und Strafe, durch Auszeichnungen und Orden an-

[1]) Vergl. J. Klaiber: Der Unterricht in der ehemaligen Hohen Karlsschule in Stuttgart (Programm des Stuttgarter Realgymnasiums 1873).

Digitized by Google

stachelte, so fand er die Befriedigung des eigenen Ehrgeizes darin, hohen Gästen die tadellose Ordnung seiner Anstalt zu zeigen und mit den glänzenden Ergebnissen zu prunken. Die Vorliebe für Paradesoldaten hatte sich auf Paradeschüler geworfen. Als Dionys von Syrakus aufhören muß Tyrann zu sein, da ward er ein Schulmeisterlein, ist eine treffende Anspielung Schubarts. Die erzieherische Seite der Karlsschule kennzeichnet sich namentlich durch die unausgesetzte Überwachung des ganzen Lebens der Schüler und durch Einpflanzung des hochgradigsten Autoritätsglaubens. Trotzdem drangen nach dem Ausbruch der französischen Revolution umstürzlerische Gedanken auch in die Karlsschule ein und der Herzog ließ sie, wie im ganzen Lande, ziemlich gewähren. Auch das darf nicht vergessen werden, daß die allmähliche Entstehung einer zweiten Hochschule neben der Tübinger Kosten verursachte, welche die Kräfte des Herzogs und des Landes weit überstiegen. Karl sah dies zuletzt selbst ein und ging damit um, die medizinische und juristische Fakultät aufzuheben und die Anstalt in eine Ritterakademie und eine Kunstschule zu verwandeln; der Tod hinderte ihn an der Ausführung dieses zweckmäßigen Planes.

Aus der Karlsschule sind außer Schiller, der freilich dem Zwange des Herzogs entfloh, außer hervorragenden Beamten und Offizieren und außer Naturforschern, wie Cuvier, namentlich auch tüchtige Künstler hervorgegangen. Ein Schick, Wächter, Dannecker verdanken der Gnade des Herogs ihre Ausbildung, wenn dieser auch ihren Beruf selbst sehr wenig schätzte.

Einen besonderen Stolz setzte Karl Eugen in die von ihm geschaffene öffentliche Bibliothek; nicht nur ließ er überall Bücher aufkaufen, sondern machte auch weite Reisen, um seine Schätze, besonders die Bibeln, zu mehren. Auf dem Gebiete der Kirche hat er das während seiner Minderjährigkeit erlassene milde Edikt über Pietismus und Separatismus bestätigt und hat den Bahnbrecher des religiösen Gemeinschaftslebens, den ebenso frommen als gelehrten Johann Albrecht Bengel, gewähren lassen. Das Theater fand auch nach Abschaffung der großartigen Festaufführungen Förderung. Die herzogliche Porzellan- und Fayencefabrik in Ludwigsburg wetteiferte mit den besten ausländischen Erzeugnissen. In der Rechtspflege suchte der Herzog dem unnötigen Prozessieren zu steuern und den Rechtsgang zu beschleunigen; die Aufhebung der Folter wurde in Erwägung gezogen. Auch um Landwirtschaft, Gewerbe und Handel hat sich Herzog Karl Verdienste erworben.

Das Bild seiner Thätigkeit in den letzten Jahrzehnten, die bei dem ungestörten Frieden nach außen für eine der glücklichsten Zeiten Altwürttem-

Digitized by Google

bergs gelten, wäre unvollständig, wenn wir nicht auch die zahlreichen persönlichen Berührungen mit seinen Unterthanen ins Auge faßten. Wie er über alle Regierungsgeschäfte sich sorgfältig auf dem Laufenden hielt, so befaßte er sich an den häufigen Audienztagen, bei seinen Reisen und Spazierritten mit Angelegenheiten Einzelner. Das machte ihn bekannt und beliebt, wenn er sich auch in der Regel auf gnädige Blicke und Worte beschränkte. Bei Brandfällen in weitem Umkreise erschien er rasch persönlich und traf sachgemäße Anordnungen, so daß der Glaube aufkam, er könne das Feuer bannen. So ist in der Auffassung und Erinnerung des Volkes der gewaltthätige Herzog Karl hinter den leutseligen „Karl Herzog" zurückgetreten.

Zeigte sich auf allen diesen Gebieten eine Mäßigung der Leidenschaften des Herzogs, so machte sich dieselbe auch darin geltend, daß er an die Stelle der zahlreichen Dirnen nach dem Vorgange Ludwig XV. von Frankreich eine einzelne Geliebte setzte. Er wählte dazu, um sie offen bei Hof zeigen zu können, eine adelige Frau, Franziska von Leutrum, geborene von Bernardin. Franziska hatte als Kind einer armen, kinderreichen Familie einen alten, rohen Freiherrn heiraten müssen; der Herzog fand Gefallen an ihr, bewog den Gatten zum Verzicht und nahm sie zu sich. Das Konsistorium ließ sich herbei, ihre Ehe für ungiltig zu erklären (Januar 1772); Kaiser Joseph II. erhob sie zur Reichsgräfin von Hohenheim; so ersetzte sie dem Herzog die von ihm getrennt lebende Gemahlin. Als die letztere am 6. April 1780 gestorben war, begünstigte die Landschaft, um die Wiederverheiratung mit einer Standesgenossin zu verhindern und die Regierungsnachfolge den evangelischen Nachkommen Herzog Friedrich Eugens zu sichern, Karls Verhältnis zu Franziska durch ein jährliches Geschenk von 50 000 Gulden. Des Herzogs Bemühungen, die Einwilligung der katholischen Kirche zur Eheschließung mit Franziska zu erhalten, hatten lange keinen Erfolg. Im Februar 1786 machte er trotzdem die schon ein Jahr vorher erfolgte Vermählung bekannt; er erklärte die neue Gemahlin selbst zur Herzogin, ohne beim Kaiser die Standeserhöhung durchzusetzen oder die Einwilligung der Agnaten zu erhalten. Von den letzteren stellte sich namentlich Herzog Ludwig Eugen auf den streng kirchlichen Standpunkt und verwarf die Giltigkeit dieser Ehe, bis endlich der Papst selbst 1791 die Nichtigkeit der ersten Ehe Franziskas anerkannte; Friedrich Eugen hatte seinen Widerstand früher schon fallen gelassen. Wenn auch somit die Stellung der Reichsgräfin nichts weniger als vorwurfsfrei war, so ist doch von ihr zu rühmen, daß sie ihren fast unbeschränkten Einfluß auf Herzog Karl nur selten mißbraucht hat. Nirgends zeigt sich eine Spur

Digitized by Google

von der Liederlichkeit und Verschwendungssucht der Grävenitz'schen Wirtschaft. Franziska erscheint vielmehr als ein guter Engel des Herzogs. Ihr Wesen, das sich nicht sowohl durch körperliche Reize als durch Verstand und Liebenswürdigkeit auszeichnete, übte eine mildernde Wirkung auf ihn aus. Da derselbe, so selbstherrisch er auftrat, sich immer einer Leitung anvertraute, so war es ein Glück, daß er, kaum dem Einflusse Montmartins entrückt, derjenigen einer sanften Frau anheimfiel. Karls rührende Liebe zu Franziska verklärt den Bund beider und das Land hatte allen Grund, sich ihrer Vereinigung zu freuen. Denn Franziska lag wirklich daran, Gutes zu schaffen; sie bändigte das Ungestüm des Gatten, sie förderte nützliche Anstalten, spendete Wohlthaten, verwendete sich für Unterdrückte.

Hauptsächlicher Schauplatz des Stilllebens von Karl und Franziska war das neuerbaute Schloß in Hohenheim, das der Reichsgräfin den Namen gab. Ursprünglich zu landwirtschaftlichem Betriebe bestimmt, entwickelte sich die dortige Anlage zu einem ansehnlichen Schlosse mit großem Parke, voll eigenartiger Nachbildungen von Altertümern und fremdländischen Bauten, die freilich Göthe als Ausgeburten einer unruhigen und kleinlichen Phantasie bezeichnet hat, die aber zu ihrer Zeit viele Bewunderer gefunden haben. Hier hat Herzog Karl die letzten achtzehn Jahre seines Lebens größtenteils zugebracht und sich viel an Jagden und ländlichen Vergnügungen erfreut.

Den großen politischen Vorgängen seiner späteren Zeit stand Karl Eugen schwankend gegenüber. So lange er beim östreichischen und dem mit diesem gegen Preußen zusammengehenden russischen Kaiserhause Halt zu finden glaubte, blieb er auf ihrer Seite. Namentlich ließ er sich nicht bewegen, dem von Friedrich dem Großen gegründeten Fürstenbunde beizutreten, sondern versuchte seinerseits eine engere Verbindung der deutschen Reichsfürsten herzustellen mit Anschluß an Östreich, von dem er dafür die Kurwürde erwartete. Als aber Kaiser Joseph II. bei der Vermählung der württembergischen Prinzessin Elisabeth mit dem Erzherzog Franz (1788) die Anrechte Östreichs an Württemberg doch wieder geltend machte, näherte er sich dem Fürstenbunde. Nach dem Ausbruche der französischen Revolution veranlaßte ihn die den linksrheinischen Gebieten drohende Gefahr, sich mit seinen Nachbarn zu gemeinsamen Schritten in Verbindung zu setzen. Um aber selbst bei den von Frankreich zu erhoffenden Entschädigungen in erster Linie berücksichtigt zu werden, machte er unter angenommenem Namen eine vielberufene Reise nach Paris, wo er sogar die Nationalkokarde anstteckte, und setzte sich dem Verdachte aus, die Revolutionäre zu begünstigen. Die

Digitized by Google

Anregung des weitblickenden und thatkräftigen Markgrafen Karl Friedrich von Baden, daß der schwäbische Kreis sich für alle Fälle in Verteidigungszustand setzen solle, lehnte Herzog Karl ab mit der Erklärung, daß durch jede Rüstung die Franzosen gereizt würden; allerdings hatte man auch von Wien aus dem Kreise geraten, sich möglichst ruhig zu verhalten. Es kam nicht einmal zu einer engeren Verbindung der schwäbischen und oberrheinischen Kreisstände; und selbst nachdem Frankreich an Östreich den Krieg erklärt hatte (April 1792), läugnete der württembergische Kreisvertreter noch jede Gefahr. Doch siegte beim Kreistage der badische Antrag, das Dreifache des gewöhnlichen Truppenanschlages aufzustellen, sowie nach Offenburg, Gengenbach und Kehl eine kleine Besatzung zu legen. Herzog Karl hatte aber mit der Aufstellung seines Kontingentes keine Eile und Kehl wurde, ganz gegen seine Absicht, weil dadurch die Neutralität des Kreises verletzt wurde, von Östreichern besetzt. Immer noch befand sich ein französischer Geschäftsträger in Stuttgart, ein württembergischer Gesandter in Paris; dadurch und durch Abweisung des ausgewanderten französischen Adels machte sich der Herzog beim Kaiser noch mißliebiger. Er brachte es dahin, daß er beim schwäbischen Kreise alles Ansehen verlor, ohne dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit seitens Frankreichs zu entgehen.

Erst im September räumte Östreich die Stellung bei Kehl und überließ sie den Kreistruppen; da aber vorher die dortige Brücke abgebrochen wurde, drohte Frankreich aufs Neue dem Kreise, weil er es nicht verhindert habe. Zum Glück gelang es Herzog Karl am Ende des Jahres 1792 den der Grenze sich nähernden General Custine durch Geschenke vom Lande abzuhalten; andernfalls hätte er lieber seine Truppen zurückgezogen, um sie ja keinem Zusammenstoße auszusetzen. Den vordringenden Östreichern konnte er den Durchzug nicht verwehren; aber diese hatten unter der schlechten Aufnahme in Württemberg sehr zu leiden.

Dem eigenen Heere des Herzogs fehlte so ziemlich alles zur Feldtüchtigkeit, sogar die Gewehre erwiesen sich meist als unbrauchbar, weil die guten verkauft worden waren. Da war es vollends schlimm, daß er sich über die Art der notwendigen Rüstungen nicht mit der Landschaft verständigen konnte. Während diese mit Berufung auf die seit 1770 in die Kriegskasse bezahlten acht Millionen Gulden die Vermehrung und Verbesserung der Feldtruppen aus dieser Kasse forderte, wollte jener die Landesdefension, den Landsturm, aufbieten, dessen Unterhaltung Sache des Landes gewesen wäre. Ja er verfiel auf das alte Auskunftsmittel, durch Anerbietung eines Hilfsheeres von 4000 Mann für den Kaiser sich außer-

Digitized by Google

ordentliche Einkünfte zu verschaffen, um sich von den Landständen unabhängig zu machen. Und das that er, obgleich gerade ein solcher Schritt Frankreich besonders reizen mußte. Es kam soweit, daß die Regierung den Gedanken erwog, wieder einmal mit Umgehung der Landstände auf die einzelnen Ämter einen Druck auszuüben, um Geld für die Pläne des Herzogs zu erhalten. Der lebhafte Widerspruch der auch hierin von den Brüdern Karls unterstützten Landschaft und die dringenden Vorstellungen des Kaisers bewirkten, daß sich der Herzog endlich diesem gegenüber zu allem bereit erklärte, was von ihm gewünscht werde. Er erhielt die Antwort, er solle nur in Zukunft von allem, was er bisher gethan, das Gegenteil thun.

Einzig die württembergische Artillerie befand sich in einem besseren Zustande; der Herzog lieh sogar dem Kreise, der sich bemühte, durch den tüchtigen General Nikolai die seinige in Ordnung bringen zu lassen, eine Anzahl von Geschützen und führte sie selbst an den Rhein. Als er dort rekognoszierte, fiel ein Schuß auf ihn aus einer französischen Kanone. Erst im Februar 1793 marschierten die württembergischen Kreistruppen ab. Im Lande verblieben noch wenige hundert Mann, von denen aber nur ein kleiner Teil brauchbar war.[1]) In Stuttgart wurden die Stadtthore mit einberufenen Invaliden besetzt. Obgleich das Land schwere Lasten trug,[2]) wurde doch für seine Sicherheit vor den kommenden Gefahren fast gar nichts erreicht. Als endlich der Reichskrieg an Frankreich erklärt wurde (22. Mai 1793), machte Herzog Karl neue Schwierigkeiten. Er weigerte sich, sein Heer unter einen Reichsgeneral zu stellen und verlangte selbständig die schwäbischen Kreistruppen führen zu dürfen, was namentlich an dem Widerstande Badens scheiterte. Doch nahmen die Württemberger rühmlichen Anteil an einigen Gefechten im Elsaß.

Glänzend stechen gegen diese Zerfahrenheit die Thaten der Söhne Herzog Friedrich Eugens ab, eines Ferdinand, der sich in östreichischen, eines Ludwig, der sich in preußischen Diensten Ruhm erwarb.

Die stärkeren Stürme des Krieges hat Herzog Karl Eugen nicht mehr erlebt. Eine längere Krankheit, durch die wohl auch die Unentschiedenheit seiner letzten politischen Maßregeln mitbewirkt worden ist, brachte ihm

---

1) Die württembergischen Haus- und Kreistruppen zusammen bestanden aus 41 Stabsoffizieren, 2550 Mann zu Fuß, 430 zu Pferd und 135 Mann Artillerie. Das in der Fremde kämpfende Capregiment zählte weitere 1980 Mann.

2) Allein die Kreisbeiträge und Reichsrömermonate betrugen vom 1. Nov. 1792 bis 31. Okt. 1793 300 000 Gulden.

Digitized by Google

am 24. Oktober 1793 den Tod. Er starb in dem geliebten Hohenheim, gefaßt und ergeben, in Gegenwart seiner Franziska; zum Ratgeber für die letztere bestellte er noch denselben Regierungsrat Huber, den er einst hatte auf den Asperg abführen lassen. Der Leichnam wurde in der Familiengruft zu Ludwigsburg beigesetzt. Die Gemahlin folgte ihm 1811; außer einer bald wieder verstorbenen Tochter der ersten Ehe war er kinderlos geblieben.

Das Gebiet des Herzogtums hat er durch den Kauf der Herrschaft Justingen (1751), eines Teils der Herrschaft Limpurg (1780/82), sowie Bönnigheims (1785) vergrößert.

Karls Lebensgang und Charakter zeigt eine merkwürdige Ähnlichkeit mit demjenigen Herzog Ulrichs: beide folgten auf einen Fürsten, der im Kampfe gegen die Landesverfassung erlegen war, so daß die landesherrliche Macht starke Einbuße erlitten hatte. Beide wurden aus politischen Gründen frühzeitig vermählt, stellten sich aber auf die Seite der Gegner ihrer neuen Verwandtschaft und wurden von ihren Gemahlinnen getrennt. Karl wie Ulrich wurden zu ihrem Unheil vorzeitig für mündig erklärt, ließen zunächst die alten bewährten Diener regieren, warfen sich aber, sobald sie sich von diesen eingeschränkt fühlten, schlimmen Ratgebern in die Arme. Beide waren gegen die entschlossenen Vertreter des bestehenden Rechtes persönlich erbittert und grausam, wenn schon Karl nicht mehr in die Wildheit Ulrichs verfallen konnte. Durch den Widerstand des Landes wurde dieser zum Tübinger Vertrage, jener zum Erbvergleiche gezwungen, so daß die den Fürsten am meisten einschränkenden Verfassungsgesetze gerade den herrschsüchtigsten und gewaltthätigsten Herzogen abgetrotzt wurden; beidemal freilich kümmerte sich der eine wie der andere nachher in Wirklichkeit wenig um diese Gesetze. Ulrich ist durch seine Kämpfe um sein Land und seinen Übertritt zur Sache der Reformation auf die Bahn der Besonnenheit gelenkt worden; Karl kam gleichfalls dazu, sein späteres Leben ruhiger und leidenschaftsloser einzurichten; aber in beiden steckte noch die alte Natur und brach bei Gelegenheit mit beängstigender Gewalt hervor. Beide haben als Staatsmänner Schiffbruch gelitten: dem einen drohte noch einmal der Verlust seines Erblandes, der andere hinterließ es hilflos den brausenden Wettern preisgegeben und sah die linksrheinischen Besitzungen losreißen. Beide genossen eine große Volkstümlichkeit und verdeckten bei dem gemeinen Manne die Fehler durch Herablassung, Züge persönlichen Wohlwollens und anscheinender Besserung. Grundtrieb bei Ulrich war aber harter Trotz und Eigensinn, bei Karl maßlose Eitelkeit.

Digitized by Google

Herzog Karls äußere Persönlichkeit war von einnehmender Wirkung. Lavater schreibt von ihm an Göthe: die originellste oder schönste Mannesbildung, die glücklichste Vermischung von Majestät und Huld, lauter Herzoglichkeit! Adlersblick! Heldengang, Wirkungsglut! Reflektierendes, vergleichendes Selbstgefühl! Auch seinen Unternehmungen spricht Göthe eine gewisse Großheit nicht ab, verkennt aber nicht, daß sie nur zur Befriedigung seiner augenblicklichen Leidenschaften und zur Realisierung abwechselnder Phantasien gedient haben. Nachdem er vergeblich nach dem Ruhme des Helden gestrebt, ist es Karl gelungen, den eines Beschützers von Kunst und Wissenschaft zu erlangen. Männer wie Voltaire, Basedow, Heyne wechselten mit ihm Briefe; gelehrte Gesellschaften ehrten ihn durch Aufnahme. So ist auch sein Bild wie dasjenige Herzog Ulrichs in der Überlieferung sehr verschieden ausgefallen.

In den letzten Jahren Herzog Karls wird auch Württemberg hineingezogen in die allgemeine Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Zustände. Es kommen Jahre banger Unsicherheit; denn es handelt sich darum, ob in der neu werdenden Ordnung die Selbständigkeit Württembergs untergeht oder ob es gelingt, das Land aus dem Strudel der Ereignisse neu gekräftigt und gestärkt herauszuziehen. Die letzte Zeit ruhigen Daseins für Altwürttemberg ist verflossen; es sieht sich seinerseits gezwungen, alte Schranken zu durchbrechen, gehemmten Kräften freien Lauf zu lassen, seine staatliche Form, die längst der Erstarrung anheimgefallen war, umzubilden. Werfen wir noch einen Blick auf die der Umwandlung entgegengehenden Verhältnisse.

Das Land — ohne die überrheinischen Gebiete etwa 170 Quadratmeilen mit 620 000 Einwohnern — ist zum größten Teile Lehen vom Reich. Die einzelnen Lehensstücke sind: das Herzogtum Württemberg und Teck, die gefürstete Grafschaft Mömpelgard, — nur die burgundischen und elsäßischen Besitzungen stehen unter französischer Oberhoheit —, die Reichssturmfahne und der Blutbann zu Stetten und Köngen. Von Böhmen gehen Neuenbürg, Beilstein und Bottwar zu Lehen, von Tirol Blaubeuren, von Hohenberg einzelne Höfe und Güter. Im Reichstage führte der Herzog zwei Stimmen wegen Württemberg und Mömpelgard; der neu erworbene Besitz von Justingen und von Limburg gab Stimmrecht im schwäbischen

Digitized by Google

und fränkischen Reichsgrafenkollegium. Im schwäbischen Kreise war der Herzog Direktor [1]), zugleich Kreisoberster und mit Konstanz kreisausschreibender Fürst; Stimmen hatte er hier für Württemberg und Justingen; eine eigene Kreiskanzlei besorgte die einschlägigen Geschäfte. Mit der innerhalb des Landes angesessenen Reichsritterschaft gab es viele Streitigkeiten, namentlich wegen des Besteuerungsrechtes in ritterschaftlichen Orten; häuften sie sich, so half man sich mit einzelnen Vergleichen.

Oberste Landesbehörde war der aus Ministern und Geheimen Räten bestehende Geheimerat, durch welchen sämtliche Anbringen der Landschaft wie der Beamtungen an den Herzog gelangten und welcher zugleich über die Aufrechterhaltung der Verfassung wachen sollte. Unter ihm standen der Regierungsrat für Verwaltung und Rechtspflege, das Konsistorium für Kirche und Schule und der Kirchenrat für das Kirchengut, die Rentkammer für Verrechnung der herzoglichen Kammereinkünfte, der Kriegsrat, das Medizinalkollegium und zahlreiche für einzelne Geschäftszweige eingesetzte besondere Behörden. Das höchste Gericht für bürgerliche Streitigkeiten war das ein- bis zweimal jährlich zusammentretende Hofgericht; Obergerichte, an welche Streitgegenstände von mehr als 50 Gulden Wert gebracht wurden, befanden sich zu Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg und waren ohne Unterschied für das ganze Land zuständig; unbedeutendere Streitsachen kamen vor die Stadt- und Dorfgerichte. Über peinliche Verbrechen entschieden die Stadtgerichte, doch unter Aufsicht der Regierung und nicht, ohne daß in schwierigen Fällen Gutachten von juristischen Fakultäten eingeholt worden wären. In den Bezirken waren die Oberamtleute Vorsteher des Amts und zugleich des Magistrats der Amtsstadt; die Kirchen- und Armensachen unterstanden den Kirchenkonventen. Die Masse der niederen Beamten gehörte dem Schreiberstande an; Hochmut und Faulheit brachten eine solche Verrohung der Sitten desselben, daß am Anfang von Herzog Karls Regierung den Pfarrern verboten wurde, Schreiber so wenig wie Offiziere in Kost und Wohnung aufzunehmen. Sämtliche Beamte, auch die Rechtsanwälte, mußten die symbolischen Bücher unterschreiben, ohne daß es üblich gewesen wäre, sie vorher zu lesen.

Zur Deckung der Staatsausgaben wie des persönlichen Bedarfs der Fürsten dienten während der ganzen Herzogszeit in erster Linie die Er-

[1]) Er hatte damit „die Führung von Mund und Feder", worin Einziehung der Vollmachten, Vorschläge, Umfrage, Herbeiführung der Beschlüsse, Leitung der Kreiskanzlei, Vorschlag der Kreissekretäre, Abfassung der Kreisdokumente, Verwahrung der Akten begriffen waren. Seit 1662 hatte Konstanz dieses Direktorium anerkannt.

Digitized by Google

trägnisse des Kammerguts. Der Herzog war der Grundherr des ganzen Landes, soweit es nicht zum Kirchengut gehörte, und bezog daher zahlreiche Zehnten, Gülten und Gefälle; für die Unterthanen waren in ruhigen Zeiten nur der Wildschaden und die Frohnen lästig. Die wichtigsten Kammereinkünfte neben dem unmittelbaren Güterertrag waren Steuern und Accise aus den besonderen Kammerorten (etwa 15 an der Zahl), Umgeld und Strafgelder. Von den Bezirksverwaltungen wurde nur der Überschuß abgeliefert, der Verwaltungsaufwand aber selbst bestritten. Dazu kamen die kleineren Summen, welche die Regalien abwarfen, besonders das Mühl-, Zoll-, Münz-, Forst-, Bergwerks- und Salzregal. Die Steuern dienten zur Deckung des Mehraufwands und konnten nur mit Bewilligung der Stände und nach Genehmigung der Regierung ausgeschrieben werden. Sie wurden von den Bürgermeistern eingezogen und an die Amtspfleger, von diesen an die Kasse der Landschaft eingeschickt. Als Ungerechtigkeit wurde empfunden, daß von der Kapitalsteuer alle diejenigen frei waren, welche in öffentlichen Diensten standen. Für die Finanzverwaltung waren die eingehendsten Vorschriften gegeben. Da es aber für den Herzog vorteilhaft war, keinen genaueren Einblick in seine Einkünfte zu gewähren, und die Stände ihrerseits aus dem Inhalt ihrer Kasse ein Geheimnis machten, so läßt sich die Höhe der Lasten des Landes kaum berechnen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in Friedenszeiten der Wohlstand des Landes sich hob, mochten auch die Fürsten eine noch so große Pracht entfalten. Der Verkehr steigerte sich durch Einführung von Thurn- und Taxisschen Geschwindkutschen neben den vier Landkutschen. Der Wert der jährlichen Ausfuhr wurde unter Karl Eugen auf drei, derjenige der Einfuhr auf zwei Millionen Gulden geschätzt. Zur Verhütung von Schadenfeuer wurden eingehende Feuerordnungen erlassen; eine staatliche Brandversicherung trat 1773 ins Leben. Um die Soldaten vom Müßiggang abzuhalten, beschäftigte man sie vielfach mit bürgerlichen Arbeiten. Zur Erleichterung der Bedürftigen wurden Armenanstalten und ein Waisenhaus eröffnet. Doch gelang es nicht, die Tausende von Bettlern und Gaunern, welche ganz Schwaben unsicher machten, loszuwerden.

In den Sitten des Volkes war schon seit dem 17. Jahrhundert unter französischem Einfluß Steifheit des Tons und ängstliche Beachtung äußerlicher Vorschriften um sich gerissen; Schwelgerei und Üppigkeit hatte gleichfalls feinere Formen angenommen und wucherte zu Zeiten in bedenklich weiten Kreisen. Der Bauer hielt sich, da ihm sonstiges Vergnügen fast ganz verwehrt war, an gut Essen und Trinken. Der Kulturzustand im

Digitized by Google

Ganzen ist nicht sehr hoch; denn Württemberg teilte mit seinen Nachbargebieten das Schicksal, daß es ihm an einem belebenden Kulturmittelpunkt fehlte. Erst Herzog Karl brach etwas Bahn, wie er denn auch den schönen Wissenschaften zur Anerkennung verhalf, die gegenüber den Brotstudien besonders auf der Landeshochschule verpönt gewesen waren. Im Unterricht wurde überwiegender Wert auf das Lateinische gelegt; doch gab die Karlsschule Anstoß zur Pflege der anderen Fächer. Dem Ausländer fiel am meisten die große Vorliebe der Württemberger für ihr Land auf, in dessen Verfassung diese ein der englischen gleiches Muster erblickten.

Digitized by Google

XVI. Abschnitt.

Die Herzoge Ludwig Eugen und Friedrich Eugen.

1793—1797.

Auf Herzog Karl Eugen folgte in der Regierung sein Bruder Ludwig Eugen (1793—1795). Geboren den 6. Januar 1731, wurde er mit seinen beiden Brüdern 1741 an den Hof Friedrichs des Großen gebracht, obgleich er, wie der jüngste, Friedrich Eugen, zum Geistlichen bestimmt war. Der Regierungsantritt des Bruders führte auch ihn nach Stuttgart zurück; Reisen nach den Niederlanden und nach Frankreich vollendeten die Ausbildung und machten den Prinzen an den Höfen bekannt. Schon 1743 hatte ihm Friedrich der Große ein Dragonerregiment verliehen; 1749 trat er aber, da ihm der preußische Dienst nicht so günstige Aussichten eröffnete, in denjenigen Ludwigs XV. von Frankreich. Der infolge der amerikanischen Grenzstreitigkeiten zwischen England und Frankreich entstandene Krieg gab ihm Gelegenheit, sich bei der Eroberung der Insel Minorka auszuzeichnen; allerdings war seine Teilnahme nicht ganz freiwillig gewesen, da übertriebener Aufwand ihm Paris entleidet hatte. Zum Danke dafür wurde der Prinz zum Generallieutenant befördert. Schon im nächsten Jahre trat er, um seine militärischen Kenntnisse zu erweitern, als Freiwilliger in das östreichische Heer ein und kämpfte viele Schlachten des siebenjährigen Krieges mit, teilweise gegen Friedrich Eugen, dessen Reiter ihn bei Torgau beinahe gefangen genommen hätten. Aber der Eindruck, als ob die östreichischen Generale nicht schlagen, sondern den Krieg in die Länge ziehen wollten, die Bewunderung, von der er für Friedrich den Großen und Heerführer wie Seidlitz erfüllt wurde, entleideten ihm den Dienst. Da ihm auch persönlich in Östreich so wenig wie in Frankreich alles nach Wunsch ging, zog er sich 1762 in das Privatleben

Digitized by Google

zurück. Seine Befriedigung fand er in den Schriften Rousseaus; ein gewisser Einfluß von dessen neuer Heloise ist kaum zu verkennen, wenn er sich sogar unter seinem Stande vermählte, mit der Gräfin Sophie von Beichlingen (10. August 1762). Demgemäß verzichtete er auch 1763 förmlich für seine Kinder auf die Thronfolge, während er sich selbst dieselbe trotz seines jüngeren Bruders Zurede vorbehielt. Ludwig Eugen zog auf ein Landgut in der Nähe von Lausanne und schwärmte für die Gedanken von Tugend und Humanität. Er genoß hier den Umgang des Arzt-Philosophen Tissot und trat bald auch mit dem verehrten Meister Rousseau in schriftlichen Verkehr. Hauptgegenstand desselben war die Erziehung seiner Töchter. Nicht lange vor der Geburt der ersten war der Emil erschienen (1762). Um die darin für die Erziehung von Knaben enthaltenen Grundsätze in Rousseaus Sinne auf diejenige von Mädchen anwenden zu können, holte sich der Prinz bei ihm Rat. Die Töchter wurden möglichst einfach erzogen und abgehärtet. Vielen Gesellschaften, die zur Pflege der neuzeitlichen Gedanken, zur Förderung von Volkswohl und Bürgertugend gegründet wurden, trat der Prinz bei und hielt das Privatleben für das befriedigendste Dasein, Zürich mit seinen angesehenen Vertretern jener Weltanschauung für das christliche Sparta. Erst als die älteste Tochter schon 1771 starb, wurde Ludwig Eugens Glaube an die Erziehungskunst Rousseaus erschüttert. Er wandte sich allmählich unter dem Einflusse seiner Gemahlin der Frömmelei zu und fiel so von einer Übertreibung in die andere.

Schon in der Zeit, da der künftige Thronerbe der Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten ausweichen wollte, wurde er in den Streit der württembergischen Landschaft mit dem regierenden Herzoge hineingezogen. Jene suchte fortwährend gute Beziehungen mit den Brüdern Herzog Karls aufrecht zu erhalten[1]) und unterrichtete sie über die Vorgänge in Württemberg. Ludwig Eugen gewann die Überzeugung, daß er von der Vorsehung berufen sei, die Grenzen der Rechte des Fürsten und der Stände festzustellen, und machte seinen Einfluß bei dem Bruder auf das Entschiedenste geltend. Um Württemberg näher zu sein, zog er 1768 nach Wasserlos bei Hanau; zehn Jahre später nach dem damals noch württembergischen Weiltingen, 1792 nach Bönnigheim. Die Geschichte Herzog Karls zeigt, daß seine Einwirkungen nicht vergeblich waren.

[1]) 1764 übermachte die Landschaft bei der Geburt der zweiten Tochter Ludwig Eugens 500 Gulden ins Kindsbett und 1000 Gulden Pathengeschenk, wofür 461 Gulden 55 Kreuzer Agio und Wechselspesen zu bezahlen waren.

Digitized by Google

Herzog Ludwig Eugens Regierungsantritt weckte, da sein gutes Herz und sein Gerechtigkeitssinn bekannt waren, große Erwartungen. Sein erstes Streben ging darauf, wieder gut zu machen, was unter dem Vorgänger gefehlt worden war. Er hob sofort das geheime Kabinet auf, das als Zwischenbehörde zwischen Geheimerat und Herzog für verfassungswidrig galt. Der wundeste Punkt war der Diensthandel. Der Herzog hatte schon als Prinz geäußert, daß er seiner Zeit jeden Beamten ohne Schonung absetzen werde, der erwiesenermaßen seine Stelle gekauft habe. So wurde denn allen Beamten eine Erklärung über den Erwerb ihres Dienstes abgefordert. Es kam zu Tage, daß nur wenige da waren, die auf rechtmäßige Weise eine Anstellung erlangt hatten. Denn da der Diensthandel fast die einzige Möglichkeit geboten hatte, eine Verwendung im Staatsdienste zu finden, so hatten sich wohl oder übel auch ehrliche Männer zu diesem Geschäfte verstehen müssen. Strafbar waren daher nicht sowohl sie, als die Händler. Da aber die Untersuchung auf alle Beamte ausgedehnt wurde, so empfanden die meisten das Gefühl erlittenen Unrechts. Zum Abschluß kam die Sache nicht, da Ludwig Eugen vor demselben verschied. Ein zweiter Dorn im Auge war ihm die Karlsschule. Er war schon gegen deren Errichtung gewesen, da ihm die Schuldenlast Karl Eugens einen solchen Aufwand nicht zu erlauben schien; ebenso betrachtete er sie später als den Punkt, an dem am leichtesten gespart werden könne. So hob er sie denn bald nach seinem Regierungsantritt im Einverständnis mit den Landständen, dem Geheimerat und der Rentkammer auf (Februar 1794), unbekümmert um den Ruf eines Feindes der Aufklärung. Auch von dem kostspieligen Hohenheim wollte er wenig wissen und überließ es auf dessen Bitten seinem Bruder Friedrich Eugen. Gelder, die sein Vorgänger unrechtmäßiger Weise sich hatte auszahlen lassen, gab er zurück, so der Stadt Stuttgart die Summen, die sie für die Rückkehr Herzog Karls in die Hauptstadt hatte erlegen müssen. Allen Klagen schenkte er selbst Ohr, wobei aber seine Güte oft mißbraucht wurde.

Im Gegensatz zu seiner sonstigen Sparsamkeit verwandte der Herzog viel auf die Freuden der Tafel, zu der jedermann als Zuschauer Zutritt hatte. Da er zudem noch an die Stelle der aufgeklärten Hofprediger Kapuziner und Franziskaner berief, so fiel bald der Vergleich, der zwischen ihm und der fürstlichen Gestalt Herzog Karls angestellt wurde, sehr zu seinem Nachteile aus.

In der äußeren Politik schloß sich Ludwig Eugen, bald nach seinem Regierungsantritt zum Kreisfeldmarschall ernannt, schon aus Haß gegen

Digitized by Google

die Revolution entschieden an den Kaiser an. Dies um so mehr, als Mömpelgard von den Franzosen besetzt wurde, wobei der Herzog selbst und sein Bruder Friedrich Eugen, der dort die Statthalterschaft geführt hatte, für Ausgewanderte erklärt, ein Freiheitsbaum errichtet, eine Guillotine herbeigeschafft, das herzogliche Eigentum verkauft und am 10. November 1793 das Land zur Huldigung gezwungen wurde. Die Anstalten zur Verteidigung Württembergs wurden eifrig betrieben. Der Herzog beriet sich mit Baden über gemeinsame Maßregeln und versprach dem Kaiser, alle Kräfte und Hilfsquellen seines Landes für das allgemeine Beste und zur Abwendung der dem Vaterlande drohenden Gefahr aufzubieten und auch für seine Person jedes Opfer zu bringen. Andrerseits bat er aber jenen auch, dem Kreise Hilfe zu leisten. Das stehende Heer, einschließlich der württembergischen Kreistruppen, wurde auf 6000 Mann gebracht, die Landmiliz einberufen; freiwillige Artillerie- und Reiterscharen bildeten sich, um die Person des Herzogs beim Auszug zu decken; in den Kirchen predigte man vom Kampfe für das Vaterland. Es war eine allgemeine Begeisterung, die auch dadurch nicht gestört wurde, daß in Stuttgart ein Aufstand von Handwerksgesellen durch Soldaten und Bürger unterdrückt werden mußte. Im Anfang hatte alles eine Freude am Exerzieren, das freilich sehr bequem gehandhabt wurde: der einzelne Mann wurde rasch zu Hause durch Unteroffiziere eingedrillt, dann zog man Kompagnien zu vier- bis fünfmaliger, zuletzt Bataillone zu zweimaliger Übung zusammen; war das vorbei, so wurde nur noch an Sonn- und Feiertagen exerziert. Von Mannszucht war kaum die Rede; während der neunzehn Monate der Regierung Ludwig Eugens sollen siebzehn Meutereien vorgekommen sein. Wer bei der Miliz stand, glaubte sich alles herausnehmen zu dürfen; bald wurden die Gewehre zum Wildern, die Uniformen bei den Feldgeschäften benützt. Auch die Stimmung schlug um; man fragte sich, wozu man denn gegen einen Feind rüste, der nur den Palästen Krieg, den Hütten aber Frieden bringe. Die Landschaft und sogar die herzoglichen Räte empfahlen möglichste Ruhe, damit ja die Franzosen nicht herausgefordert würden; des Herzogs treues Festhalten am Reiche sollte seinen Grund nur in seiner streng katholischen Gesinnung und seinem blinden Haß gegen die französischen Grundsätze haben. Vielfach wünschte man gar, Herzog Karl möchte noch am Leben sein, bei dessen Eigennutz das Land sich besser befunden habe, als bei der Uneigennützigkeit Ludwig Eugens.

Während die Landmiliz ausschließlich für die Verwendung innerhalb des Landes bestimmt war, wurden die Haustruppen unter General Nikolai

Digitized by Google

beauftragt, im Anschluß an die Kreistruppen eine Verteidigungslinie zum Schutze der Grenze herzustellen. Der Herzog erkannte bald, daß die Miliz völlig ungenügend sei, und suchte das stehende Heer durch Aushebung zu vermehren. Sein Neffe, Prinz Friedrich, hielt jene sogar für eine Art von Nationalgarde, ein Heer der Landschaft, das zum Untergang der souveränen Gewalt führe. Gegen die Aushebung sträubte sich aber sofort wieder die Landschaft, da die Miliz durch Verstärkung des stehenden Heeres verderbt werde und da zudem die Kosten für die Kriegskasse unerschwinglich seien. Vergebens suchte der kaiserliche Hof die Stände zur Aushebung einiger Tausend Rekruten zu bestimmen; sie bewilligten nicht einmal die Ergänzung des Abgangs durch Aushebung, sondern beharrten auf freiwilliger Anwerbung, zu der sich doch fast nur heruntergekommenes Gesindel hergab. Der Herzog war im Drange der Dinge geneigt, die Truppenaushebung zu erzwingen; aber jetzt erklärte ihm der kaiserliche Gesandte beim schwäbischen Kreise vor dem versammelten Geheimerat, sein Hof werde nie zugeben, daß der Landesverfassung, besonders dem Vergleiche von 1770, Eintrag geschehe. Man fürchtete das Einschreiten der den letzteren verbürgenden Mächte, besonders Preußens. Da die Gefahr am Oberrhein vorläufig aufhörte, fügte sich der Herzog; aber sobald sie durch die neuen Siege der Franzosen wieder dringender wurde, setzte er die Aushebung eines Mannes auf je 336 Menschen durch.[1])

Seine unbedingte Anlehnung an die östreichische Politik zeigte Herzog Ludwig Eugen auch gegenüber dem Plane eines besonderen, die gemeinsame Verteidigung bezweckenden Bundes. Markgraf Karl Friedrich von Baden, der wohl erkannte, daß für den Kaiser gegenüber den Interessen Östreichs diejenigen der kleineren Reichsstände völlig zurücktraten, beredete mit dem Landgrafen Wilhelm IX. von Hessen-Kassel einen Verein, dessen Glieder sich zu gegenseitiger thatkräftiger Hilfe verpflichten, eine Landmiliz errichten, ihr Reichskontingent unfehlbar stellen, womöglich noch weitere Truppen als Bundesheer aufbringen und daneben gegen Verbreitung umstürzlerischer Grundsätze Schritte ergreifen sollten. Herzog Ludwig Eugen ging zuerst eifrig auf den zweckmäßigen Vorschlag ein; der letztere fand auch die Unterstützung der Höfe von Petersburg und London. Aber der Widerspruch des Kaisers, dessen Einwilligung der Herzog zur Bedingung gemacht hatte, hielt ihn vom Eintritte ab. Franz II. meinte nemlich, daß zwar die Absicht löblich sei, daß sich aber alles besser durch Anschluß an

[1]) Dabei erfahren wir, daß sich die Einwohnerzahl von Stuttgart im Februar 1795 auf 20 082 belief.

Digitized by Google

bestehende Reichseinrichtungen erreichen lasse; die Kreise als solche sollen entschiedener zusammenhalten und statt Anordnungen in den dreihundert Einzelländern sollen allgemeine Bestimmungen von Reichs- und Kreiswegen durchgeführt werden; es gäbe ein trauriges Bild der deutschen Reichsverfassung, wenn, was durch diese vorgeschrieben sei, erst durch besondere Bündnisse durchgesetzt würde. Als ob ohne solche die schwankende, kaum noch bestehende Reichsverfassung überhaupt einen Halt gehabt hätte!

Die württembergischen Landstände drangen auf einen Friedensvertrag mit der französischen Republik, sie verlangten vom Herzoge, er solle sich selbst an den Nationalkonvent wenden, und erboten sich sogar zur Vermittlung auf geheimen Wegen. Aber ihre Weigerung, die letzteren anzugeben und die Zusicherung, welche sie von sich aus der Miliz erteilten, daß sie nicht außerhalb des Landes verwendet werden solle, bestärkten den Herzog in dem Entschlusse, sich nicht von ihnen gängeln zu lassen und nichts ohne das Reich zu thun. Konnte er doch zuwarten, da sein Land vom Krieg noch nicht unmittelbar berührt wurde. Im Dezember 1794 beantragte endlich der Reichstag, der Kaiser möge in Gemeinschaft mit Preußen sich um den Frieden bemühen. Im Auftrage des letzteren unterhandelte Graf Hardenberg in Basel und schloß daselbst am 5. April 1795 Frieden mit Frankreich, während Östreich neue Rüstungen traf und die Truppen des schwäbischen Kreises unter lebhaftem Widerspruch des württembergischen Herzogs nach Mainz verlegen wollte. Schon ehe der Frieden mit Preußen zu Stande gekommen, gab Ludwig Eugen dem Wunsche seines Landes soweit nach, daß er den Legationsrat Abel insgeheim in Basel verhandeln ließ. Frankreich selbst fürchtete, daß Östreich und England zur Fortsetzung des Krieges ernstlich entschlossen seien, und behielt den kleineren Staaten vor, durch Preußen dem Frieden beizutreten. Die württembergischen Landstände samt dem Geheimerat forderten den Herzog wiederholt auf, den entscheidenden Schritt zu thun; aber dieser konnte sich, seiner Haltung treu, nicht dazu entschließen, ohne vorher beim Kaiser anzufragen. Die Lage war gefährlich; denn durch den Frieden Preußens, der ganz Niederdeutschland einbegriff, mußte der Kriegsschauplatz nach Oberdeutschland verlegt werden. Nicht ohne Grund erklärten die württembergischen Landstände, daß der Krieg nicht mehr dem Reiche, sondern dem Erzhause Östreich gelte. Jetzt ließ sich der Herzog herbei, beim Kreiskonvente in Ulm zu beantragen, daß wenigstens vom Kreise aus Friedensverhandlungen eröffnet werden; aber nur die reichsstädtischen Gesandten stimmten ihm bei, während die übrigen an der Notwendigkeit eines allgemeinen Reichsfriedens

Digitized by Google

trägnisse des Kammerguts. Der Herzog war der Grundherr des ganzen Landes, soweit es nicht zum Kirchengut gehörte, und bezog daher zahlreiche Zehnten, Gülten und Gefälle; für die Unterthanen waren in ruhigen Zeiten nur der Wildschaden und die Frohnen lästig. Die wichtigsten Kammereinkünfte neben dem unmittelbaren Gütererertrag waren Steuern und Accise aus den besonderen Kammerorten (etwa 15 an der Zahl), Umgeld und Strafgelder. Von den Bezirksverwaltungen wurde nur der Überschuß abgeliefert, der Verwaltungsaufwand aber selbst bestritten. Dazu kamen die kleineren Summen, welche die Regalien abwarfen, besonders das Mühl-, Zoll-, Münz-, Forst-, Bergwerks- und Salzregal. Die Steuern dienten zur Deckung des Mehraufwands und konnten nur mit Bewilligung der Stände und nach Genehmigung der Regierung ausgeschrieben werden. Sie wurden von den Bürgermeistern eingezogen und an die Amtspfleger, von diesen an die Kasse der Landschaft eingeschickt. Als Ungerechtigkeit wurde empfunden, daß von der Kapitalsteuer alle diejenigen frei waren, welche in öffentlichen Diensten standen. Für die Finanzverwaltung waren die eingehendsten Vorschriften gegeben. Da es aber für den Herzog vorteilhaft war, keinen genaueren Einblick in seine Einkünfte zu gewähren, und die Stände ihrerseits aus dem Inhalt ihrer Kasse ein Geheimnis machten, so läßt sich die Höhe der Lasten des Landes kaum berechnen.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in Friedenszeiten der Wohlstand des Landes sich hob, mochten auch die Fürsten eine noch so große Pracht entfalten. Der Verkehr steigerte sich durch Einführung von Thurn- und Taxisschen Geschwindkutschen neben den vier Landkutschen. Der Wert der jährlichen Ausfuhr wurde unter Karl Eugen auf drei, derjenige der Einfuhr auf zwei Millionen Gulden geschätzt. Zur Verhütung von Schadenfeuer wurden eingehende Feuerordnungen erlassen; eine staatliche Brandversicherung trat 1773 ins Leben. Um die Soldaten vom Müßiggang abzuhalten, beschäftigte man sie vielfach mit bürgerlichen Arbeiten. Zur Erleichterung der Bedürftigen wurden Armenanstalten und ein Waisenhaus eröffnet. Doch gelang es nicht, die Tausende von Bettlern und Gaunern, welche ganz Schwaben unsicher machten, loszuwerden.

In den Sitten des Volkes war schon seit dem 17. Jahrhundert unter französischem Einfluß Steifheit des Tons und ängstliche Beachtung äußerlicher Vorschriften um sich gerissen; Schwelgerei und Üppigkeit hatte gleichfalls feinere Formen angenommen und wucherte zu Zeiten in bedenklich weiten Kreisen. Der Bauer hielt sich, da ihm sonstiges Vergnügen fast ganz verwehrt war, an gut Essen und Trinken. Der Kulturzustand im

Digitized by Google

Ganzen ist nicht sehr hoch; denn Württemberg teilte mit seinen Nachbargebieten das Schicksal, daß es ihm an einem belebenden Kulturmittelpunkt fehlte. Erst Herzog Karl brach etwas Bahn, wie er denn auch den schönen Wissenschaften zur Anerkennung verhalf, die gegenüber den Brotstudien besonders auf der Landeshochschule verpönt gewesen waren. Im Unterricht wurde überwiegender Wert auf das Lateinische gelegt; doch gab die Karlsschule Anstoß zur Pflege der anderen Fächer. Dem Ausländer fiel am meisten die große Vorliebe der Württemberger für ihr Land auf, in dessen Verfassung diese ein der englischen gleiches Muster erblickten.

Digitized by Google

XVI. Abschnitt.

Die Herzoge Ludwig Eugen und Friedrich Eugen.

1793—1797.

Auf Herzog Karl Eugen folgte in der Regierung sein Bruder Ludwig Eugen (1793—1795). Geboren den 6. Januar 1731, wurde er mit seinen beiden Brüdern 1741 an den Hof Friedrichs des Großen gebracht, obgleich er, wie der jüngste, Friedrich Eugen, zum Geistlichen bestimmt war. Der Regierungsantritt des Bruders führte auch ihn nach Stuttgart zurück; Reisen nach den Niederlanden und nach Frankreich vollendeten die Ausbildung und machten den Prinzen an den Höfen bekannt. Schon 1743 hatte ihm Friedrich der Große ein Dragonerregiment verliehen; 1749 trat er aber, da ihm der preußische Dienst nicht so günstige Aussichten eröffnete, in denjenigen Ludwigs XV. von Frankreich. Der infolge der amerikanischen Grenzstreitigkeiten zwischen England und Frankreich entstandene Krieg gab ihm Gelegenheit, sich bei der Eroberung der Insel Minorka auszuzeichnen; allerdings war seine Teilnahme nicht ganz freiwillig gewesen, da übertriebener Aufwand ihm Paris entleidet hatte. Zum Danke dafür wurde der Prinz zum Generallieutenant befördert. Schon im nächsten Jahre trat er, um seine militärischen Kenntnisse zu erweitern, als Freiwilliger in das östreichische Heer ein und kämpfte viele Schlachten des siebenjährigen Krieges mit, teilweise gegen Friedrich Eugen, dessen Reiter ihn bei Torgau beinahe gefangen genommen hätten. Aber der Eindruck, als ob die östreichischen Generale nicht schlagen, sondern den Krieg in die Länge ziehen wollten, die Bewunderung, von der er für Friedrich den Großen und Heerführer wie Seidlitz erfüllt wurde, entleideten ihm den Dienst. Da ihm auch persönlich in Östreich so wenig wie in Frankreich alles nach Wunsch ging, zog er sich 1762 in das Privatleben

Digitized by Google

zurück. Seine Befriedigung fand er in den Schriften Rousseaus; ein gewisser Einfluß von dessen neuer Heloise ist kaum zu verkennen, wenn er sich sogar unter seinem Stande vermählte, mit der Gräfin Sophie von Beichlingen (10. August 1762). Demgemäß verzichtete er auch 1763 förmlich für seine Kinder auf die Thronfolge, während er sich selbst dieselbe trotz seines jüngeren Bruders Zurede vorbehielt. Ludwig Eugen zog auf ein Landgut in der Nähe von Lausanne und schwärmte für die Gedanken von Tugend und Humanität. Er genoß hier den Umgang des Arzt-Philosophen Tissot und trat bald auch mit dem verehrten Meister Rousseau in schriftlichen Verkehr. Hauptgegenstand desselben war die Erziehung seiner Töchter. Nicht lange vor der Geburt der ersten war der Emil erschienen (1762). Um die darin für die Erziehung von Knaben enthaltenen Grundsätze in Rousseaus Sinne auf diejenige von Mädchen anwenden zu können, holte sich der Prinz bei ihm Rat. Die Töchter wurden möglichst einfach erzogen und abgehärtet. Vielen Gesellschaften, die zur Pflege der neuzeitlichen Gedanken, zur Förderung von Volkswohl und Bürgertugend gegründet wurden, trat der Prinz bei und hielt das Privatleben für das befriedigendste Dasein, Zürich mit seinen angesehenen Vertretern jener Weltanschauung für das christliche Sparta. Erst als die älteste Tochter schon 1771 starb, wurde Ludwig Eugens Glaube an die Erziehungskunst Rousseaus erschüttert. Er wandte sich allmählich unter dem Einflusse seiner Gemahlin der Frömmelei zu und fiel so von einer Übertreibung in die andere.

Schon in der Zeit, da der künftige Thronerbe der Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten ausweichen wollte, wurde er in den Streit der württembergischen Landschaft mit dem regierenden Herzoge hineingezogen. Jene suchte fortwährend gute Beziehungen mit den Brüdern Herzog Karls aufrecht zu erhalten [1]) und unterrichtete sie über die Vorgänge in Württemberg. Ludwig Eugen gewann die Überzeugung, daß er von der Vorsehung berufen sei, die Grenzen der Rechte des Fürsten und der Stände festzustellen, und machte seinen Einfluß bei dem Bruder auf das Entschiedenste geltend. Um Württemberg näher zu sein, zog er 1768 nach Wasserlos bei Hanau; zehn Jahre später nach dem damals noch württembergischen Weiltingen, 1792 nach Bönnigheim. Die Geschichte Herzog Karls zeigt, daß seine Einwirkungen nicht vergeblich waren.

[1]) 1764 übermachte die Landschaft bei der Geburt der zweiten Tochter Ludwig Eugens 500 Gulden ins Kindsbett und 1000 Gulden Pathengeschenk, wofür 461 Gulden 55 Kreuzer Agio und Wechselspesen zu bezahlen waren.

Digitized by Google

Herzog Ludwig Eugens Regierungsantritt weckte, da sein gutes Herz und sein Gerechtigkeitssinn bekannt waren, große Erwartungen. Sein erstes Streben ging darauf, wieder gut zu machen, was unter dem Vorgänger gefehlt worden war. Er hob sofort das geheime Kabinet auf, das als Zwischenbehörde zwischen Geheimerat und Herzog für verfassungswidrig galt. Der wundeste Punkt war der Dienstthandel. Der Herzog hatte schon als Prinz geäußert, daß er seiner Zeit jeden Beamten ohne Schonung absetzen werde, der erwiesenermaßen seine Stelle gekauft habe. So wurde denn allen Beamten eine Erklärung über den Erwerb ihres Dienstes abgefordert. Es kam zu Tage, daß nur wenige da waren, die auf rechtmäßige Weise eine Anstellung erlangt hatten. Denn da der Dienstthandel fast die einzige Möglichkeit geboten hatte, eine Verwendung im Staatsdienste zu finden, so hatten sich wohl oder übel auch ehrliche Männer zu diesem Geschäfte verstehen müssen. Strafbar waren daher nicht sowohl sie, als die Händler. Da aber die Untersuchung auf alle Beamte ausgedehnt wurde, so empfanden die meisten das Gefühl erlittenen Unrechts. Zum Abschluß kam die Sache nicht, da Ludwig Eugen vor demselben verschied. Ein zweiter Dorn im Auge war ihm die Karlsschule. Er war schon gegen deren Errichtung gewesen, da ihm die Schuldenlast Karl Eugens einen solchen Aufwand nicht zu erlauben schien; ebenso betrachtete er sie später als den Punkt, an dem am leichtesten gespart werden könne. So hob er sie denn bald nach seinem Regierungsantritt im Einverständnis mit den Landständen, dem Geheimerat und der Rentkammer auf (Februar 1794), unbekümmert um den Ruf eines Feindes der Aufklärung. Auch von dem kostspieligen Hohenheim wollte er wenig wissen und überließ es auf dessen Bitten seinem Bruder Friedrich Eugen. Gelder, die sein Vorgänger unrechtmäßiger Weise sich hatte auszahlen lassen, gab er zurück, so der Stadt Stuttgart die Summen, die sie für die Rückkehr Herzog Karls in die Hauptstadt hatte erlegen müssen. Allen Klagen schenkte er selbst Ohr, wobei aber seine Güte oft mißbraucht wurde.

Im Gegensatz zu seiner sonstigen Sparsamkeit verwandte der Herzog viel auf die Freuden der Tafel, zu der jedermann als Zuschauer Zutritt hatte. Da er zudem noch an die Stelle der aufgeklärten Hofprediger Kapuziner und Franziskaner berief, so fiel bald der Vergleich, der zwischen ihm und der fürstlichen Gestalt Herzog Karls angestellt wurde, sehr zu seinem Nachteile aus.

In der äußeren Politik schloß sich Ludwig Eugen, bald nach seinem Regierungsantritt zum Kreisfeldmarschall ernannt, schon aus Haß gegen

Digitized by Google

die Revolution entschieden an den Kaiser an. Dies um so mehr, als Mömpelgard von den Franzosen besetzt wurde, wobei der Herzog selbst und sein Bruder Friedrich Eugen, der dort die Statthalterschaft geführt hatte, für Ausgewanderte erklärt, ein Freiheitsbaum errichtet, eine Guillotine herbeigeschafft, das herzogliche Eigentum verkauft und am 10. November 1793 das Land zur Huldigung gezwungen wurde. Die Anstalten zur Verteidigung Württembergs wurden eifrig betrieben. Der Herzog beriet sich mit Baden über gemeinsame Maßregeln und versprach dem Kaiser, alle Kräfte und Hilfsquellen seines Landes für das allgemeine Beste und zur Abwendung der dem Vaterlande drohenden Gefahr aufzubieten und auch für seine Person jedes Opfer zu bringen. Andrerseits bat er aber jenen auch, dem Kreise Hilfe zu leisten. Das stehende Heer, einschließlich der württembergischen Kreistruppen, wurde auf 6000 Mann gebracht, die Landmiliz einberufen; freiwillige Artillerie- und Reiterscharen bildeten sich, um die Person des Herzogs beim Auszug zu decken; in den Kirchen predigte man vom Kampfe für das Vaterland. Es war eine allgemeine Begeisterung, die auch dadurch nicht gestört wurde, daß in Stuttgart ein Aufstand von Handwerksgesellen durch Soldaten und Bürger unterdrückt werden mußte. Im Anfang hatte alles eine Freude am Exerzieren, das freilich sehr bequem gehandhabt wurde: der einzelne Mann wurde rasch zu Hause durch Unteroffiziere eingedrillt, dann zog man Kompagnien zu vier- bis fünfmaliger, zuletzt Bataillone zu zweimaliger Übung zusammen; war das vorbei, so wurde nur noch an Sonn- und Feiertagen exerziert. Von Mannszucht war kaum die Rede; während der neunzehn Monate der Regierung Ludwig Eugens sollen siebzehn Meutereien vorgekommen sein. Wer bei der Miliz stand, glaubte sich alles herausnehmen zu dürfen; bald wurden die Gewehre zum Wildern, die Uniformen bei den Feldgeschäften benützt. Auch die Stimmung schlug um; man fragte sich, wozu man denn gegen einen Feind rüste, der nur den Palästen Krieg, den Hütten aber Frieden bringe. Die Landschaft und sogar die herzoglichen Räte empfahlen möglichste Ruhe, damit ja die Franzosen nicht herausgefordert würden; des Herzogs treues Festhalten am Reiche sollte seinen Grund nur in seiner streng katholischen Gesinnung und seinem blinden Haß gegen die französischen Grundsätze haben. Vielfach wünschte man gar, Herzog Karl möchte noch am Leben sein, bei dessen Eigennutz das Land sich besser befunden habe, als bei der Uneigennützigkeit Ludwig Eugens.

Während die Landmiliz ausschließlich für die Verwendung innerhalb des Landes bestimmt war, wurden die Haustruppen unter General Nikolai

Digitized by Google

beauftragt, im Anschluß an die Kreistruppen eine Verteidigungslinie zum Schutze der Grenze herzustellen. Der Herzog erkannte bald, daß die Miliz völlig ungenügend sei, und suchte das stehende Heer durch Aushebung zu vermehren. Sein Neffe, Prinz Friedrich, hielt jene sogar für eine Art von Nationalgarde, ein Heer der Landschaft, das zum Untergang der souveränen Gewalt führe. Gegen die Aushebung sträubte sich aber sofort wieder die Landschaft, da die Miliz durch Verstärkung des stehenden Heeres verderbt werde und da zudem die Kosten für die Kriegskasse unerschwinglich seien. Vergebens suchte der kaiserliche Hof die Stände zur Aushebung einiger Tausend Rekruten zu bestimmen; sie bewilligten nicht einmal die Ergänzung des Abgangs durch Aushebung, sondern beharrten auf freiwilliger Anwerbung, zu der sich doch fast nur heruntergekommenes Gesindel hergab. Der Herzog war im Drange der Dinge geneigt, die Truppenaushebung zu erzwingen; aber jetzt erklärte ihm der kaiserliche Gesandte beim schwäbischen Kreise vor dem versammelten Geheimerat, sein Hof werde nie zugeben, daß der Landesverfassung, besonders dem Vergleiche von 1770, Eintrag geschehe. Man fürchtete das Einschreiten der den letzteren verbürgenden Mächte, besonders Preußens. Da die Gefahr am Oberrhein vorläufig aufhörte, fügte sich der Herzog; aber sobald sie durch die neuen Siege der Franzosen wieder dringender wurde, setzte er die Aushebung eines Mannes auf je 336 Menschen durch.[1])

Seine unbedingte Anlehnung an die östreichische Politik zeigte Herzog Ludwig Eugen auch gegenüber dem Plane eines besonderen, die gemeinsame Verteidigung bezweckenden Bundes. Markgraf Karl Friedrich von Baden, der wohl erkannte, daß für den Kaiser gegenüber den Interessen Östreichs diejenigen der kleineren Reichsstände völlig zurücktraten, beredete mit dem Landgrafen Wilhelm IX. von Hessen-Kassel einen Verein, dessen Glieder sich zu gegenseitiger thatkräftiger Hilfe verpflichten, eine Landmiliz errichten, ihr Reichskontingent unfehlbar stellen, womöglich noch weitere Truppen als Bundesheer aufbringen und daneben gegen Verbreitung umstürzlerischer Grundsätze Schritte ergreifen sollten. Herzog Ludwig Eugen ging zuerst eifrig auf den zweckmäßigen Vorschlag ein; der letztere fand auch die Unterstützung der Höfe von Petersburg und London. Aber der Widerspruch des Kaisers, dessen Einwilligung der Herzog zur Bedingung gemacht hatte, hielt ihn vom Eintritte ab. Franz II. meinte nemlich, daß zwar die Absicht löblich sei, daß sich aber alles besser durch Anschluß an

[1]) Dabei erfahren wir, daß sich die Einwohnerzahl von Stuttgart im Februar 1795 auf 20 082 belief.

Digitized by Google

bestehende Reichseinrichtungen erreichen lasse; die Kreise als solche sollen entschiedener zusammenhalten und statt Anordnungen in den dreihundert Einzelländern sollen allgemeine Bestimmungen von Reichs- und Kreiswegen durchgeführt werden; es gäbe ein trauriges Bild der deutschen Reichsverfassung, wenn, was durch diese vorgeschrieben sei, erst durch besondere Bündnisse durchgesetzt würde. Als ob ohne solche die schwankende, kaum noch bestehende Reichsverfassung überhaupt einen Halt gehabt hätte!

Die württembergischen Landstände drangen auf einen Friedensvertrag mit der französischen Republik, sie verlangten vom Herzoge, er solle sich selbst an den Nationalkonvent wenden, und erboten sich sogar zur Vermittlung auf geheimen Wegen. Aber ihre Weigerung, die letzteren anzugeben und die Zusicherung, welche sie von sich aus der Miliz erteilten, daß sie nicht außerhalb des Landes verwendet werden solle, bestärkten den Herzog in dem Entschlusse, sich nicht von ihnen gängeln zu lassen und nichts ohne das Reich zu thun. Konnte er doch zuwarten, da sein Land vom Krieg noch nicht unmittelbar berührt wurde. Im Dezember 1794 beantragte endlich der Reichstag, der Kaiser möge in Gemeinschaft mit Preußen sich um den Frieden bemühen. Im Auftrage des letzteren unterhandelte Graf Hardenberg in Basel und schloß daselbst am 5. April 1795 Frieden mit Frankreich, während Östreich neue Rüstungen traf und die Truppen des schwäbischen Kreises unter lebhaftem Widerspruch des württembergischen Herzogs nach Mainz verlegen wollte. Schon ehe der Frieden mit Preußen zu Stande gekommen, gab Ludwig Eugen dem Wunsche seines Landes soweit nach, daß er den Legationsrat Abel insgeheim in Basel verhandeln ließ. Frankreich selbst fürchtete, daß Östreich und England zur Fortsetzung des Krieges ernstlich entschlossen seien, und behielt den kleineren Staaten vor, durch Preußen dem Frieden beizutreten. Die württembergischen Landstände samt dem Geheimerat forderten den Herzog wiederholt auf, den entscheidenden Schritt zu thun; aber dieser konnte sich, seiner Haltung treu, nicht dazu entschließen, ohne vorher beim Kaiser anzufragen. Die Lage war gefährlich; denn durch den Frieden Preußens, der ganz Niederdeutschland einbegriff, mußte der Kriegsschauplatz nach Oberdeutschland verlegt werden. Nicht ohne Grund erklärten die württembergischen Landstände, daß der Krieg nicht mehr dem Reiche, sondern dem Erzhause Östreich gelte. Jetzt ließ sich der Herzog herbei, beim Kreiskonvente in Ulm zu beantragen, daß wenigstens vom Kreise aus Friedensverhandlungen eröffnet werden; aber nur die reichsstädtischen Gesandten stimmten ihm bei, während die übrigen an der Notwendigkeit eines allgemeinen Reichsfriedens

Digitized by Google

festhielten mit der Vertröstung, daß ein Übergang der Franzosen über den Rhein nicht zu befürchten sei. Gegen seinen Willen ließ sich Ludwig Eugen zuletzt bewegen, Abel wieder nach Basel abzusenden. Kaum war derselbe dort angelangt, als der Herzog starb. Auf einem Spazierritte zu Ludwigsburg wurde er am 20. Mai 1795 vom Schlage getroffen; wie es scheint, hatte die Aufregung über die notgedrungene Abwendung vom Kaiser seiner schon länger schwachen Gesundheit einen Stoß versetzt.

Ludwig Eugen besaß, wie ein Zeitgenosse von ihm urteilt[1]), alle Tugenden eines liebenswürdigen Privatmannes. Freundlich und herablassend, gerecht und gewissenhaft, erwarb er sich vielfache Zuneigung. Aber der Mangel an Thatkraft und Selbständigkeit, der von jeher bei ihm zu beobachten war, äußerte sich nach seinem Regierungsantritt in einer gemessenen Behaglichkeit, die durch seine Vielgeschäftigkeit kaum verdeckt wird. Der gute Wille überwiegt ernstliches Können und Verstehen.

Seine Haltung brachte ihn in Widerstreit mit seinen Verwandten und seinen Räten und erbitterte die Landschaft. Da ihm zudem das Talent seines Vorgängers fehlte, die Unterthanen zu bezaubern, so kamen die edlen Eigenschaften, die er an sich hatte, nicht recht zur Geltung.

Ludwig Eugens Gemahlin verschied am 10. Mai 1807; von seinen Töchtern vermählte sich die zweite, Wilhelmine, mit dem Fürsten Kraft Ernst von Öttingen-Wallerstein, die dritte, Henriette, mit dem Fürsten Karl von Hohenlohe-Bartenstein.

Friedrich Eugen (1795—1797), der jüngste Bruder des Herzogs Karl, war, als er zur Regierung gelangte, schon 63 Jahre alt und hatte ein inhaltsvolles, ehrenreiches Leben hinter sich. Er hatte das Licht der Welt am 21. Januar 1732 zu Stuttgart erblickt, wo die Eltern auf Besuch weilten und ihn trotz ihres katholischen Glaubens durch den evangelischen Hofkaplan taufen ließen. Gemäß seiner Bestimmung zum Geistlichen erhielt er mehrere auswärtige Stiftsherrnpfründen; 1740 erteilte ihm der Weihbischof von Konstanz in den Gemächern der Mutter zum großen Ärgernis der Regierung die Tonsur; König Friedrich II. von Preußen, an dessen Hof er mit den Brüdern ausgebildet wurde, wollte ihn zum Koadjutor des Bistums Breslau ernennen. Aber gleich Ludwig

[1]) Die einseitige Auffassung seines geheimen Sekretärs Schwab (Württ. Viertelj.-Hefte für Landesgeschichte, 1894, 94 ff.) ändert nur wenig an dem bisherigen Urteil.

Digitized by Google

Eugen zog er es vor, die militärische Laufbahn zu ergreifen. 1749 trat ihm seine Mutter ihr ursprünglich württembergisches, in preußische Dienste überlassenes Dragonerregiment Altwürttemberg [1]) ab (gegen eine jährliche Entschädigung von 2500 Gulden aus der herzoglichen Rentkammer) und König Friedrich II. ernannte ihn zum Obersten der Kavallerie. Ein Patent als kaiserlicher Oberst und als solcher des württembergischen Kreisdragonerregiments hatte er schon als Knabe erhalten. Die Verbindung mit dem preußischen Königshause wurde noch enger durch die am 29. November 1753 erfolgte Vermählung Friedrich Eugens mit einer Nichte Friedrichs d. Gr., der Prinzessin Sophie Dorothee von Brandenburg-Schwedt (geb. 18. Dez. 1736, gest. 9. März 1798). Auf den Rat von deren Verwandten wurde im Ehevertrag festgesetzt, daß die Kinder im evangelischen Glaubensbekenntnis erzogen werden sollten, damit die Verschiedenheit zwischen demjenigen des Fürstenhauses und des Landes wieder verschwinde. Aus Dankbarkeit dafür verstanden sich die württembergischen Stände nicht nur zur Aussetzung einer ungewöhnlich hohen Apanage, sondern auch zu besonderen Donativgeldern im jährlichen Betrage von 25 000 Gulden für die männliche Nachkommenschaft. Kurz vor Ausbruch des siebenjährigen Kriegs begab sich der Prinz, um den Belagerungskrieg kennen zu lernen, zu seinem Bruder Ludwig Eugen nach der Insel Minorka; dann eilte er zurück, um ein Kommando zu übernehmen. Als Generalmajor, nach einem Jahre als Generallieutenant, nahm er an zahlreichen Schlachten des Krieges ruhmvollen Anteil; namentlich bei Reichenberg, Prag und Leuthen zeichnete er sich aus und erhielt bei Kunersdorf eine schwere Verwundung. Während er sich von dieser im Schlosse zu Schwedt erholte, fiel er in die Hände eines russischen Streifkorps und mußte die schriftliche Erklärung abgeben, sich nach der Genesung als Kriegsgefangener zu stellen. Da ein preußisches Korps jenes Schriftstück erbeutete, konnte er 1760 wieder in die Reihe der Kämpfer eintreten. Dabei fügte es sich, daß er es war, welcher die Truppen Herzog Karl Eugens aus der Gegend zwischen der Elbe und Saale vertrieb. Noch einmal wurde er verwundet und kämpfte, wenn auch nicht immer mit Glück, tapfer gegen Österreicher, Russen und Schweden. Wegen seiner Beteiligung am Kriege hatte der Reichshofrat die Komödie aufgeführt, ihn zu einer Strafe von 2000 Mark Golds zu verurteilen und die Einziehung aller seiner Güter und Absprechung aller seiner Rechte zu verkündigen.

Bis zum Jahre 1769 blieb Friedrich Eugen im preußischen Heeresdienste. Er verließ ihn, um in Mömpelgard Aufenthalt zu nehmen, das

[1]) Das heutige Kürassierregiment „Herzog Friedrich Eugen von Württemberg."

Digitized by Google

seit dem Aussterben der Linie Württemberg-Mömpelgard eine Hofhaltung im Lande vermißte und erst seit 1748 nach langen Verhandlungen von Frankreich wieder ganz herausgegeben war. Dort baute sich der Prinz in der Nähe der Stadt, zu Etupes, ein einfaches, trauliches Schlößchen und führte in der Mitte seiner auf acht Söhne und drei Töchter heranwachsenden Familie [1]) ein reizvolles Dasein. Hier kehrte manchmal auch Herzog Karl ein, um nach seinen anhänglichen Mömpelgardern zu sehen, sich ihre Wünsche persönlich vortragen zu lassen und begabte Landeskinder, unter denen später Cuvier hervorragte, für seine hohe Schule auszuwählen. Das wichtigste Ereignis im Hause Friedrich Eugens war, daß die schöne und hochbegabte älteste Tochter Sophie Dorothee durch preußische Vermittlung als Maria Feodorowna mit dem russischen Großfürsten und nachmaligen Kaiser Paul vermählt wurde (1776). Diese Verwandtschaft gab dem künftigen Herzoge von Württemberg ein hervorragendes Ansehen. Friedrich II. von Preußen wetteiferte mit Kaiser Joseph II., um die jüngste Tochter, Elisabeth, für einen Prinzen seines Hauses zu gewinnen; die Eltern entschieden sich für Erzherzog Franz, den Neffen Josephs II. (1788), dem aber die junge Gattin, ehe ihn die Krone schmückte, wieder entrissen wurde. Oft genug hat der vom russischen Hofe ausgeübte Druck oder die bloße Rücksichtnahme auf jenen Württemberg Vorteile verschafft, die es sonst hätte entbehren müssen, und bei aller Anerkennung der geistigen Fähigkeiten und der Thatkraft des Bruders von Maria Feodorowna, des späteren Königs Friedrich, ist es mehr als zweifelhaft, ob derselbe sein Land behalten oder gar hätte vergrößern können, wenn nicht die durch seinen Vater angeknüpften verwandtschaftlichen Beziehungen mit größerem Gewicht in die Wagschale gefallen wären als seine eigene Macht und sein unmittelbarer Einfluß.

Im März 1786 wurde Friedrich Eugen förmlich die Statthalterschaft von Mömpelgard übertragen; er erwarb sich hier den Ruf eines menschenfreundlichen und gerechten Fürsten. Die französische Revolution gefährdete seinen Posten. Wohl wehrten sich die treuen Bürger für ihren Herrscher; er selbst traf eifrige Anstalten zur Verteidigung; aber bei Ausbruch des Krieges hielt er seine Stellung für unhaltbar und verließ das Land. Bald darauf ernannte ihn Friedrich Wilhelm II. von Preußen zu seinem Generalgouverneur im Fürstentum Ansbach-Bayreuth, 1795 auch zum Generalfeldmarschall.

---

[1]) Friedrich (1754—1816), Ludwig (1756—1817), Eugen (1758—1822), Sophie Dorothee (1759—1828), Wilhelm (1761—1830), Ferdinand (1763—1834), Friederike (1765—1785), Elisabeth (1767—1788), Karl (1770—1791), Alexander (1771—1833), Heinrich (1772—1838).

Digitized by Google

Als Ludwig Eugen starb, hielt sich Friedrich Eugen in Baireuth auf; sein ältester Sohn, Erbprinz Friedrich, übernahm sofort für ihn die Regierung und sie blieb, kann man sagen, in seinen Händen. Denn wenige Wochen nach dem Tode seines Vorgängers wurde der Herzog von einem Schlaganfalle getroffen, von dem er sich zwar bald erholte, der ihn aber hinderte, sich irgend welcher anstrengenden Arbeit zu unterziehen. Als er sich vor den Unruhen des Krieges nach Ansbach zurückzog, übergab er die Regierung ganz, nach der Rückkehr, als er in seinem Hohenheim Hof hielt, zum großen Teile dem Erbprinzen. Er hatte fast nur noch Sinn für Spiel und sonstiges Vergnügen und überließ sich dem Einflusse seiner Räte, vor allem des nicht uneigennützigen Geheimerats Lang. So ist denn die Regierung Friedrich Eugens thatsächlich der erste Abschnitt von derjenigen Friedrichs; nur daß des letzteren zielbewußte und rücksichtslose Politik noch vielfach durchkreuzt wurde durch die zaudernden Erwägungen oder die besonnene Vorsicht der Räte seines Vaters. Es wäre daher ungerecht, Friedrich Eugen nach seiner Thätigkeit als Fürst zu beurteilen und dadurch das Bild des tapferen Reiterführers und des Hauptes eines geistig ausgezeichneten und edlen Familienkreises zu verdunkeln.

Sollte Württemberg dem Basler Frieden beitreten? Darüber mußte sich der neue Herzog zuerst schlüssig machen. Der Legationsrat Abel befand sich noch in Basel, um über den Frieden mit Frankreich zu verhandeln; er erhielt den wiederholten Auftrag, Neutralität zu verlangen, so daß Österreich den Herzog bereits als am Abfall Preußens beteiligt ansah und gegen das Land feindselig auftrat. Abel wurde von dem französischen Gesandten an die bei der Rheinarmee befindlichen Bevollmächtigten der Republik gewiesen und schickte seinerseits einen Unterhändler an diese. In Mannheim kam ein Vertragsentwurf zu Stande (25. September 1795), nach welchem der Herzog von Württemberg die Pässe des Schwarzwalds, des Rems- und des Enzthales gegen jedermann sperren, im Übrigen aber den Franzosen freien Durchzug gewähren und die Stellung der nöthigen Wagen und Pferde sowie Lieferungen von Korn und Haber bewilligen sollte. Friedrich Eugen war geneigt, den Vertrag zu genehmigen, dem Geheimerate und den Landständen wäre er jedenfalls willkommen gewesen, wenn auch die Öffnung des Landes für französische Durchmärsche Anstoß erregen mochte; aber der Erbprinz Friedrich setzte die Verwerfung durch. Sein leitender Gesichtspunkt war, daß kleine Mächte das Zutrauen großer nur durch gänzliche Ergebenheit und erprobte Umwandelbarkeit der politischen Grundsätze erwerben können; wenn ein Reichsfürst eine Rolle spielen wolle,

Digitized by Google

so müsse sein politisches System klar daliegen und müssen Thatsachen beweisen, daß er seine Pflichten gewissenhaft erfülle. Darum drang der Prinz auf Anhänglichkeit an das Reich, Vermehrung des Heeres und Besserung der Finanzen, bis man das Recht habe mitzusprechen, sowie auf Abbruch aller, noch so geheim gehaltener Verhandlungen mit den Franzosen. Da gleichzeitig die östreichischen Waffen wieder glücklich waren, so hoffte man von dem Besuche der Revolutionsheere verschont zu bleiben.

Der Zustand des württembergischen Heerwesens hatte sich noch nicht gebessert. An Haustruppen waren kaum 1200 Mann da, mit denen man höchstens einige Städte und Schlösser, nicht aber die Grenze decken konnte; die Miliz, welche sich auf 12000 Mann, in Bataillonen zu je 600, und 2000 Mann Reserve belaufen sollte, war ungeübt und so unbotmäßig, daß sich manche Hauptleute, besonders im Balinger Amt, fürchteten, von den Leuten mißhandelt zu werden. Thatsächlich war die Verteidigung des Landes fast ausschließlich den Kreistruppen [1]) und dem Heere Östreichs überlassen.

Was die ersteren wert waren, das zeigte sich, als die Franzosen unter Moreau in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1796 bei Kehl über den Rhein setzten. Einige Zeit leisteten sie tapferen Widerstand, dann aber ergriff sie allgemeine Bestürzung. Diese teilte sich auch dem Herzogtum Württemberg mit; bald waren die Straßen mit Flüchtigen bedeckt, die in den neutralen preußischen Fürstentümern in Franken eine Freistätte suchten. Der Geheimerat wollte, daß auch der Herzog das Land verlasse und ihm die Vollmacht gebe, einen Sonderfrieden abzuschließen; Friedrich Eugen ließ sich leicht gewinnen. Nur der Erbprinz hatte den Mut nicht verloren und bestand darauf, die Schwarzwaldpässe zu verteidigen. Was an Haustruppen verfügbar war, wurde wirklich nach Freudenstadt geschickt, wo sie sich mit kleinen Abteilungen von Reichstruppen vereinigten; nach dem wichtigsten Paß, dem über den Kniebis, wurden drei Bataillone und zwei Schwadronen Kreistruppen mit vier Kanonen geworfen; ein Teil der Miliz wurde zusammengezogen, allerdings gleich wieder als unbrauchbar heimgeschickt. Am 1. Juli begab sich der Erbprinz persönlich in den Schwarzwald zur Besichtigung der Verteidigungsanstalten; man faßte wieder Hoffnung, umsomehr, als an manchen Orten das Landvolk mit Erfolg sich erhob und Erzherzog Karl vom Niederrhein herbeieilte. Aber

[1]) Das Kreisheer sollte nach der Matrikel 16416 Mann betragen, doch standen etwa 6000 nur auf dem Papier. Württemberg stellte 3163 Mann zu Fuß, 401 zu Pferd, Baden 971 und 120.

Digitized by Google

die Truppen auf dem Kniebis waren stundenweit ohne Verbindung; die dortige Schanze war schlecht angelegt und die Kreistruppen entmutigt. Beim Ansturm der Franzosen in der Nacht vom 2. auf den 3. Juli ließen sich die Vorposten überrumpeln, ohne einen Schuß zu thun, das Bataillon in der Schanze auf dem Roßbühl ließ sich fast widerstandslos gefangen nehmen, das zweite, welches zur Unterstützung auf dem Kniebis selbst stand, warf auf den ersten Lärm hin die Waffen weg und das dritte beim Schlüsselpaß folgte nach; die Dragoner ritten davon.[1]) Der Erbprinz selbst rettete sich um Mitternacht aus Freudenstadt und eilte nach Stuttgart.

Jetzt konnte Württemberg nur noch durch die Östreicher gerettet werden; aber auch sie brachten keine Hilfe. Ein Bataillon östreichischer Jäger traf am Tage nach der Niederlage der Kreistruppen bei Freudenstadt ein und wechselte mit den Franzosen Schüsse. Es verband sich samt dem Reste der Kreistruppen mit dem General Fröhlich, der im südlichen Schwarzwald dem Feinde entgegentrat, aber bald zum Rückzug durch Oberschwaben gezwungen wurde. Von Norden her suchte Erzherzog Karl den Franzosen in den Rücken zu kommen, wurde aber am 9. Juli am Dobel, in der Gegend von Herrenalb, geschlagen und nach Pforzheim gedrängt; von hier rückte er über Vaihingen und Ludwigsburg gegen Stuttgart. Ebendahin marschierten die weithin plündernden Franzosen; ein Teil folgte langsam den Gegnern, ein zweiter nahm den Weg über Calw und Herrenberg, ein dritter über Horb und Tübingen. Fiel der Zusammenstoß für die Östreicher ungünstig aus, so war ganz Württemberg dem Feinde preisgegeben.

Um dem zuvorzukommen, suchte man sobald wie möglich sich mit den Franzosen zu vertragen. Der erfahrene Unterhändler Abel war mit dem Minister von Wöllwarth für alle Fälle denselben mit Vollmachten entgegengeschickt worden; nach dem Verluste der Stellung auf dem Kniebis bekamen beide sofort den Auftrag, beim französischen Gesandten in Basel um Frieden zu bitten. Dieser erklärte sich wieder für unzuständig und wies sie nach Paris. Sie zogen jedoch vor, zunächst den General Moreau aufzusuchen, um mit ihm einen Waffenstillstand abzuschließen. Sie trafen den General in Baden-Baden und verabredeten dort am 17. Juli zusammen mit den unmittelbar an diesen geschickten Unterhändlern, Geheimerat von Mandelslohe und Landschaftsassessor (Ausschußmitglied) Kerner, daß Württemberg samt den Reichsstädten Eßlingen und Reutlingen, die in einem

[1]) So schildert wenigstens der Erbprinz seinem Vater den Hergang.

Digitized by Google

Schutzverhältnisse mit ihm standen, gegen Einstellung der Feindseligkeiten die noch beim Heere des schwäbischen Kreises stehenden Truppen abzuberufen, den Franzosen freien Durchzug nebst Verpflegung zu gestatten, vier Millionen Franken sofort zu bezahlen und eine Masse Pferde, Getreide, Heu und Schuhe zu liefern habe. Behufs Friedensschlusses sollte alsbald eine württembergische Gesandtschaft nach Paris abgehen. Die Kunde vom Waffenstillstand traf gerade in Stuttgart ein, wie sich die Franzosen anschickten, vom Hasenberg herunter dort einzurücken. Schon waren zahlreiche Schüsse gewechselt, doch konnte eine feindselige Behandlung der Stadt noch verhindert werden; nur einige Franzosenfreunde, die sich zum Willkomm anschickten, wurden von den bewunderten Gästen gezwungen, mit ihnen die Stiefel zu wechseln. Die Östreicher zogen sich kämpfend nach Cannstatt zurück. Nach wenigen Tagen traf Moreau selbst mit seinem Stabe in Stuttgart ein; er befahl die Östreicher auf das rechte Ufer des Neckars zu werfen und sie vollends von dem durch Oberschwaben ziehenden Heere abzudrängen. Am 21. erfolgte ein allgemeiner Angriff dem Flusse entlang von Mühlhausen bis Eßlingen; bei Cannstatt entspann sich ein lebhafterer, für die Östreicher ungünstiger Kampf; auch um das Kloster Weil, das dabei der Zerstörung anheimfiel, wurde hitzig gerungen. Erzherzog Karl war schon vorher zum Rückzug entschlossen und zog in drei Abteilungen durch das Rems-, Fils- und Ermsthal gegen die Donau, durch die nachrückenden Franzosen stark beunruhigt.

Am 27. Juli schloß auch der schwäbische Kreis unter württembergischer Vermittlung zu Stuttgart Waffenstillstand; Baden war schon einige Tage vorher dem Beispiel Württembergs gefolgt. Die Herrscher dieser beiden Länder hatten sich nach dem preußischen Ansbach begeben, wo sich auch Erbprinz Friedrich einstellte, nachdem es ihm nicht gelungen, Erzherzog Karl zu weiterem Widerstand zu bewegen.

Der Erzherzog wie General Fröhlich behandelten Württemberg als abgefallenes Land und legten ihm drückende Lieferungen auf; der letztere ließ den Rest der Kreistruppen bei Biberach umzingeln und entwaffnen, ehe er ihn nach Hause schickte. Die Franzosen trieben es trotz des Waffenstillstands nicht besser, wenn auch die größeren Städte ziemlich verschont blieben; die Gegend von Calw und Leonberg, die nächste Umgebung von Stuttgart und Ludwigsburg, zahlreiche Orte bei Göppingen und Geislingen wurden besonders hart mitgenommen. Der Schaden, den jene anrichteten, wurde einschließlich der Kriegskostenentschädigung auf 6 740 000 Gulden berechnet.

Digitized by Google

Gemäß den Bestimmungen des Waffenstillstands wurden von Wöllwarth und Abel zu Friedensunterhandlungen nach Paris geschickt. Der Erbprinz hintertrieb es, daß der letztere als Bevollmächtigter der Landstände bezeichnet wurde, was diese lebhaft gewünscht hatten. Da die Gesandten keine Einzelweisungen mitbekamen, gingen sie selbständig vor und vereinbarten am 7. August einen Friedensvertrag, der dem Herzoge zur Bestätigung überschickt wurde. Württemberg sollte von jeder Verbindung gegen Frankreich abstehen, dessen Heeren freien Durchmarsch gestatten, Mömpelgard und die anderen linksrheinischen Gebiete abtreten, die französischen Ausgewanderten ausweisen und sich zu einem Handelsvertrag bereit erklären; ferner sollte es das Seinige dazu beitragen, daß im künftigen Frieden mit dem Reich das ganze linke Rheinufer an Frankreich käme und daß zur Entschädigung der betroffenen weltlichen Fürsten die Säkularisation geistlicher Gebiete diesseits des Rheins durchgesetzt werde. Solche Entschädigungen wurden auch dem Herzog von Württemberg in Aussicht gestellt. Bis zum Abschlusse des Friedens mit Östreich hatte das Land noch weitere 200 000 Franken monatlich zu bezahlen. Die württembergischen Landstände verlangten die unbedingte Annahme des nicht ungünstigen Vertrags; Herzog Friedrich Eugen billigte ihn gleichfalls. Aber der Erbprinz, welcher die darin enthaltene Lossagung von Östreich nur im äußersten Notfalle zugeben wollte, erklärte den Vertrag für schimpflich und unannehmbar, erinnerte an die Eigenschaft Mömpelgards als Reichslehen, das ohne kaiserliche Erlaubnis gar nicht abgetreten werden könne, und setzte es durch, daß der Geheimerat von Mandelslohe abgeschickt wurde, um von Wöllwarth ein Abberufungsschreiben zu übergeben und mit Abel zusammen die Erreichung mannigfacher Erleichterungen und Entschädigungen zu versuchen. Der Erbprinz hoffte dadurch die Sache bis zum allgemeinen Friedensschluß in die Länge zu ziehen. Weil man aber doch nicht sicher war, ob sich die Absicht durchführen lasse, bekam von Mandelslohe auch noch die herzogliche Bestätigungsurkunde über den Friedensvertrag mit nach Paris. Damit war jede Verantwortung auf die württembergischen Unterhändler geschoben. Abel, dem es ernstlich um den Abschluß zu thun war, gelang es in Bälde, namentlich infolge Vermittlung des preußischen Gesandten, die gewünschten Zugeständnisse zu erwirken; die Frist für Annahme des Vertrags ging zu Ende; da entschloß sich von Wöllwarth auf Zureden seiner beiden Amtsgenossen jene Urkunde mit einer die Ergebnisse der weiteren Unterhandlungen zusammenfassenden Denkschrift der französischen Regierung zu überreichen.

Digitized by Google

Während diese Verhandlungen in Paris geführt wurden, wechselte in Oberdeutschland das Waffenglück. Erzherzog Karl wandte sich plötzlich von dem Heere Moreaus weg gegen den vom Mittelrhein her nach Bayern vorgedrungenen Jourdan und schlug ihn aufs Haupt. Die Folge war, daß sich auch Moreau zurückziehen mußte. Truppen des Erzherzogs eilten das Rheinthal herauf, machten schon Streifzüge bis nach Stuttgart und hoben auf der Solitude das große französische Spital auf.

In Oberschwaben drang der Feldzeugmeister Latour mit Ungestüm vor, so daß Moreau trotz des Sieges bei Biberach (2. Oktober) seinen Rückzug fortsetzte, unter dem Ebingen und Tuttlingen zu leiden hatten. Mitte Oktober verschwanden die letzten Franzosen aus Württemberg. Dafür mißhandelten jetzt die Östreicher das Land so, daß mehrere Ämter einen Aufstand planten.

Unter diesen Umständen konnte freilich in Stuttgart nichts unwillkommener sein als der Friedensvertrag, den von Wöllwarth mitbrachte. Er bekam denn auch die herzogliche Ungnade scharf zu spüren. Jetzt schien der Erbprinz mit seiner zögernden Politik völlig Recht gehabt zu haben; er allein war der Mann, das erzürnte Östreich zu versöhnen. Noch ein zweiter Grund wies auf Wiederherstellung der guten Beziehungen zum Kaiserhofe: die Landstände schlugen aus Furcht, die Regierung werde sich an den endlich errungenen Frieden nicht binden, einen sehr drohenden Ton an. Als der Geheimerat von Mandelslohe auf seiner Reise nach Paris durch Stuttgart kam, verlangte das auf der Seite der Landstände stehende herzogliche Ministerium von dessen Weisungen Kenntnis zu erhalten; wie sich derselbe weigerte, verriet das Ministerium das Geheimnis der Sendung dem ständischen Ausschusse und dieser machte dem Herzoge heftige Vorstellungen. Wohl entließ Friedrich Eugen auf des Erbprinzen Drängen das Ministerium und suchte den Ausschuß in seine Schranken zurückzuweisen. Letzteres hielt aber schwer. Denn da die Bezahlung der Kriegsentschädigung ohne neue Steuern unmöglich war, so war sogar die Einberufung des vollen Landtages nicht zu umgehen, mochte man noch so sehr vor derselben zurückschrecken. Fast alle Landtage waren, so sagte man sich mit Recht, dem herrschaftlichen Interesse nachteilig gewesen und bedeuteten eine Entsagung auf einen Teil der herzoglichen Gerechtsame. Trotzdem blieb keine Wahl. So wurde denn der Landtag nach sechsundzwanzigjähriger Pause auf den 22. September einberufen, nicht ohne daß der Erbprinz, der den Vater dazu nach Stuttgart begleiten mußte, seinen Standpunkt durch eine förmliche Verwahrung gegen alle im Drang der Umstände erzwungenen Einräumungen festgehalten hätte. Die Eröffnung

Digitized by Google

des Landtages wurde übrigens infolge der österreichischen Siege bis zum März des nächsten Jahres verschoben. Inzwischen begab sich der Erbprinz an den kaiserlichen Hof.

Hier wurde Friedrich freundlich aufgenommen. Er fand williges Gehör für seine Klagen über die Anmaßung der Stände; man versprach ihm auch diejenigen über die Bedrückungen Württembergs durch österreichische Generale zu untersuchen. Da hielt er die Gelegenheit für günstig, dem Herzoge eine von den Ständen unabhängigere Stellung zu verschaffen und seinen Lieblingsplan, die Vermehrung des stehenden Heeres, auch gegen deren Willen durchzusetzen, indem er mit Österreich einen Subsidienvertrag abschloß. Aber die Reichskanzlei verbreitete aus Mißtrauen gegen Württemberg absichtlich die Kunde von den darüber geführten Verhandlungen und erregte dadurch einen solchen Sturm des Unwillens in Württemberg, daß der Herzog selbst sich über die Schritte seines Sohnes entsetzte und die Annahme des Vertrags verweigerte. Verstimmt zog sich der Erbprinz von den Geschäften zurück und hielt sich Monate lang vom Lande fern. In der Zwischenzeit trieb er Politik nach seiner Art, indem er sich mit einer englischen Prinzessin vermählte.

Der Sonderfrieden mit Frankreich blieb in Giltigkeit. Der, wenn auch noch so große Schaden des Landes konnte sich in friedlicher Zeit bald wieder ersetzen; war er doch meist von öffentlichen Kassen, darunter auf herzoglichen Befehl auch der Kammerschreiberei, und von Kapitalisten getragen worden, während die durch den Krieg verursachten hohen Getreidepreise dem Landmann und der große Verkehr dem Gewerbe zu gute kamen. Schon äußerten benachbarte Reichsstädte, wie Eßlingen, den Wunsch, dem Herzogtum einverleibt zu werden, um dessen Vorteile zu genießen. Man wiegte sich im Lande in ruhiger Sicherheit und mied nur ängstlich alles, was den Franzosen Anlaß zur Unzufriedenheit hätte geben können. Statt wenigstens ein Heer aufzustellen, das die Neutralität einigermaßen gewährleistete, begnügte man sich wieder mit der Miliz, die, wie ein Augenzeuge von damals schreibt, höchstens zur Hut von Äckern, Weinbergen und Kartoffelfeldern gut war, aber für die Verteidigung des Vaterlandes nichts leistete. So blieb man denn auch den Österreichern, die einen Teil des Landes besetzt hielten, preisgegeben und konnte deren Verlangen nach Lieferungen, die dem Frieden mit Frankreich widersprachen, nicht ausweichen. Ein Glück für Württemberg, daß gerade damals Friedrich Eugens Schwiegersohn Paul den russischen Thron bestieg; sonst wäre das Land noch viel weniger glimpflich weggekommen und andererseits hätte

Digitized by Google

Abel, der gleichzeitig bis zum Sommer 1797 in Paris Entschädigungsforderungen geltend machte, nicht solches Entgegenkommen gefunden.

Es gelang den Ständen sich im Lande großes Ansehen zu verschaffen, da sie den bisherigen herrschsüchtigen Ausschuß zur Rechenschaft zogen und einen neuen wählten. Man hoffte von ihnen die Herbeiführung glücklicherer Zustände. Auch das war nicht geeignet, ihr Selbstgefühl zu schwächen. Durch die Reise des Erbprinzen nach Wien ließen sie sich zu einem gefährlichen Spiele hinreißen. Aus Furcht, daß derselbe doch noch eine Verständigung mit Österreich herbeiführe, verletzten sie ihrerseits die Verfassung und errichteten eine ausgesprochene Nebenregierung; sie ernannten einen geheimen Ausschuß [1]) zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und schickten einen eigenen Gesandten, den Landschaftsassessor Baz, an die französische Regierung, um den dortigen herzoglichen Gesandten zu überwachen und ihm gegebenen Falls entgegenzuwirken. Namentlich sollte er für Zulassung eines landschaftlichen Gesandten beim Rastatter Kongresse und für Beglaubigung eines besonderen französischen Gesandten bei der Landschaft thätig sein. Die nötigen Pässe verschafften die Stände von dem Vertreter der batavischen Republik. Das Gesandtschaftsrecht leiteten sie daraus ab, daß der Herzog sie nicht über seine Politik, wie er verpflichtet sei, auf dem Laufenden halte, und daß sie daher durch eigene Mittel die nötige Kenntnis davon gewinnen müßten. Gleichzeitig griffen sie auf eine abhandengekommene Einrichtung zur Sicherung ihrer Beratungen zurück, indem sie ohne des Herzogs Erlaubnis besondere geheime Ausschüsse zur Vorbesprechung ihrer Angelegenheiten einsetzten, deren Mitglieder dem Herzog unbekannt waren. Damit beschränkten sie die landesherrliche Inspektionsgewalt. Alle Verbote des Herzogs blieben wirkungslos.

Wichtig genug war der damalige Zeitpunkt für jeden, der ein eigenes Interesse zu vertreten hatte. Napoleon drang von Italien her über die Alpen gegen Österreich und zwang es zu dem vorläufigen Frieden von Leoben (18. April 1797), dem nach Monaten der endgiltige zu Campoformio folgte; gleichzeitig war Moreau wieder über den Rhein herübergekommen; in einem besonderen Kongresse zu Rastatt sollte über die Bedingungen des Reichsfriedens verhandelt werden. Der Herzog konnte aber unmöglich geduldig zusehen, wie die Landstände in Paris und in

[1]) Mitglieder waren: Prälat Märklin von Denkendorf, Regierungsrat Georgii, Landschaftskonsulent Kerner, die Bürgermeister Klüpfel von Stuttgart, Baz von Ludwigsburg, Hauff von Tübingen und der Stadtrat Hofacker von Nagold.

Digitized by Google

Rastatt ihr Interesse dem seinigen entgegenstellten; dies um so weniger, als das Wohlwollen Frankreichs, auf das er beim Kongresse rechnen konnte, ebensowohl jenen als ihm selbst galt.

Das Vorgehen der Landschaft machte eine Verständigung fast unmöglich. Noch hatte man sich nicht über die Verteilung der Kriegslasten verglichen, weil jene den gerechten aber neuen Grundsatz aufstellte, daß der Großgrundbesitz, vor allem derjenige des Herzogs selbst, mit betroffen werden solle, während man bisher alles auf den Bauern und seinen Boden gewälzt hatte. Dazu kamen jetzt viele Klagen, namentlich über zu große Begünstigung des Adels, und der Streit über die Mitwirkung bei den Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, der von den Ständen um so hartnäckiger geführt wurde, als das herzogliche Ministerium unter Spittlers Einfluß wieder auf ihre Seite neigte. Die Zeit, für welche die wenigen Haustruppen angeworben waren, ging zu Ende; es war offenbar wenig Aussicht, daß die Stände neue Werbungen unterstützen würden; weigerten sie sich doch sogar seit dem Sonderfrieden mit Frankreich, den außerordentlichen Aufwand für die militärischen Bedürfnisse des schwäbischen Kreises bestreiten zu helfen.

In dieser Bedrängnis wandte sich Herzog Friedrich Eugen wieder an den Kaiser. Wer ihn dazu trieb, ist schon dadurch deutlich, daß des Erbprinzen Herzensfreund Zeppelin eine bedeutende Rolle bei der Sache übertragen wurde. Zunächst sicherte sich der Herzog die Unterstützung des russischen Hofes, der bei dem bevorstehenden Reichsfrieden die Kurwürde verbürgende Entschädigungen für ihn zu erlangen versprach. Im November 1797 betrieb Zeppelin in Wien selbst außer der Verleihung der Kurwürde den Schutz des Herzogs gegen die Landstände und die Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Subsidienvertrag zur Aufstellung eines tüchtigen Heeres. Gegen die Kurwürde verwahrten sich die Landstände feierlich, weil es ihnen nicht gleichgiltig sein könne, wenn ihr Herr an Macht und Ansehen gewänne; so kämpfte man schon für Beibehaltung eines württembergischen Gleichgewichts! Man war in Wien noch unentschlossen, wie weit man sich mit Württemberg wieder einlassen solle, als Herzog Friedrich Eugen am 23. Dezember 1797 in Hohenheim einem neuen Schlaganfall erlag.

Digitized by Google

XVII. Abschnitt.

Friedrich II. als Herzog und Kurfürst.

1797—1805.

Mit Friedrich Eugens Sohn Friedrich II. (1797—1816) kam ein neues Element zur Regierung. Am 6. November 1754 zu Treptow in Pommern geboren, längere Zeit zu Lausanne und Mömpelgard erzogen, trat der junge Prinz 1777, wie einst der Vater, in das Heer Friedrichs des Großen ein, wurde Oberst und Chef des zu Potsdam, später zu Lüben in Schlesien stehenden Dragonerregiments, schon im nächsten Jahre Generalmajor. Die Beziehungen zu seinem Schwager, dem Großfürsten Paul, zogen ihn nach Rußland; er ließ sich (1784) durch die Kaiserin Katharina zum Generallieutenant und Gouverneur von Finnland ernennen. Beim Ausbruch des zweiten Türkenkriegs (1787) ist er als Heerführer und Gouverneur zu Cherson in der Krim thätig; aber kurz darauf verläßt er plötzlich Rußland, während die ihm am 27. Oktober 1780 vermählte Prinzessin Auguste von Braunschweig zurückblieb (gest. 27. September 1788). Mit seinen Kindern Wilhelm (geb. 27. September 1781), Katharina (geb. 21. Februar 1783) und Paul (geb. 19. Januar 1785) weilte er zurückgezogen in Monrepos bei Lausanne, dann in Bodenheim bei Mainz und machte kürzere Reisen nach Holland und Paris, wo er den Ausbruch der Revolution miterlebte. Im Februar 1790 ließ er sich in Ludwigsburg nieder, um den Gang der Dinge in Württemberg zu beobachten. Am 18. Mai 1797 schloß er unter Vermittlung seines ersten Schwiegervaters eine neue Ehe mit der Kronprinzessin Charlotte Mathilde von England. Sein treuer Freund Karl von Zeppelin, der ihm aus Rußland gefolgt war, hatte die förmliche Werbung besorgt. So war Friedrich durch vielseitige Erfahrungen in der Ferne dem selbstgefälligen Tone des

Digitized by Google

Herzogtums entfremdet. Er erkannte von Anfang an, daß das kleine, mit einer Doppelregierung ausgestattete Land unter den neuzeitlichen Verhältnissen nicht lebensfähig sei. Sein Ziel war daher Vereinheitlichung der Macht und Erweiterung der Landesgrenzen. Dieses Ziel stand ihm unverändert vor Augen; und mögen Ehrgeiz und Herrschsucht bei der Erreichung desselben noch so sehr mitgewirkt haben, — daß ihm Friedrich mit Erfolg nachstrebte, ist sein bleibendes Verdienst um Württemberg.

Zahllos waren die großen und kleinen Wünsche und Beschwerden, die bei den Landständen sich angesammelt hatten. Da war das Verlangen nach unbeschränkter Auswanderungsfreiheit, nach Aufhebung von Vorrechten bei der Aushebung, nach Einfluß des Landtags auf die den Kreis- und Reichstagsgesandten zu erteilenden Weisungen. Betreffs der öffentlichen Ämter wünschte man Bevorzugung der Eingeborenen, Abschaffung der Begünstigung von Verwandten, Anstellung nach Dienstalter und Fähigkeit, Prüfung der Bewerber, Aufhebung unnötiger Stellen, Einschränkung der Macht der Schreiber, Verbot der Geschenkannahme, selbständigere Stellung der städtischen Magistrate, Wahl der Schultheißen auf nur sechs Jahre. Auf kirchlichem Gebiete wurde Verminderung der Predigten erstrebt, Vorschlagsrecht der Gemeinden bei Pfarrbesetzungen, Abstellung der Feiertage, Abschaffung der neu eingeführten Stolgebühren; auf dem der Schule forderte man Errichtung eines Lehrerseminars, Staatsbeiträge an die Gemeinden zur Lehrerbesoldung, Unterricht der Jugend in vaterländischer Gesetzes- und Verfassungskunde, zweckmäßige Einrichtung der Sonntagsschulen, Aufhebung der Waisenhäuser und Unterbringung der Waisen in Familien. Bei der Rechtspflege sollte der Prozeßgang abgekürzt, die Wahl des Verteidigers freigestellt werden. Für das Heer hielt man die Verabschiedung eines Militärplans für angezeigt, die Anstellung von Landeskindern als Offiziere, die Errichtung einer Militärschule, das Verbot der Soldatenehen. Am meisten Schmerzen hatte die Landwirtschaft; man schlug für sie vor Verbesserung der Landeskultur, besonders durch Anpflanzung von Futterkräutern auf der Alb, Ausreutung schlechter Weinberge, Erlaubnis zur Zertrennung von Bauerngütern, Verminderung der auf Grund und Boden ruhenden Lasten, Aufhebung der Leibeigenschaft, Verwandlung der Naturalabgaben in mäßige Geldleistungen, Unterstützung des durch Hagel, Überschwemmung und Viehseuchen geschädigten Landmanns, Abschaffung des Beschälzwanges, Freiheit des Getreidehandels (d. h. der Ausfuhr), Beschränkung der Einfuhr fremden Weines, Verbot der Einfuhr ausländischer Wolle. Zum Schutz von Gewerbe und Handel wurde Verbot des Handelns

Digitized by Google

und Hausierens Fremder außerhalb der Jahrmärkte beansprucht, sowie Beschaffung billiger Eichenrinde. Zur Verminderung der Landstreicherei sollte die Errichtung von Zwangsarbeitshäusern dienen. Das Kammergut sollte auf alle herrschaftlichen Frohnen, besonders die drückenden Boten- und Jagdfrohnen, verzichten. Die Steuern sollten zu gutem Teil auf Kapitalisten, Fabrikanten und besoldete Beamte übergewälzt, solche auf Luxusgegenstände eingeführt werden. — Das waren die hauptsächlichsten Wünsche. Viele sind darunter, die heute als Forderungen der neueren Zeit auftreten; nur in wenigen Fragen ist die Auffassung allgemein eine andere geworden; jedenfalls war die Fülle so groß, daß an eine Erledigung, auch abgesehen von den Zeitumständen, nicht zu denken war.

Zu allgemeiner Überraschung kam Herzog Friedrich den Landständen in wichtigen Punkten freundlich entgegen. Seine Absicht war, sie zum Schweigen zu bringen und dadurch nach außen ein schwereres Gewicht in die Wagschale zu legen. Er bestätigte anstandslos die Verfassung; er erkannte den von dem landschaftlichen Ausschuß zum Rastatter Kongreß abgeordneten Regierungsrat Georgii, dessen Rückberufung sein Vater verlangt hatte, als Gesandten an und hieß seinen eigenen gemeinsame Besuche mit demselben machen; er billigte sogar die Sendung des Assessors Baz nach Paris und versprach, die Hauptabsicht beider Gesandtschaften, die Verschmelzung der in Aussicht gestellten Erwerbungen mit dem Herzogtum, seinerseits auszuführen. Ja noch mehr: der wegen Abschluß des Friedens mit Frankreich in Ungnade gefallene Minister von Wöllwarth wurde wieder in sein Amt eingesetzt; bei Ernennung von Offizieren und Oberforstmeistern sollten von nun an die bürgerlichen Landeskinder mehr berücksichtigt werden; besondere Beauftragte des Herzogs und der Landschaft sollten alles ausgleichen, was das völlige Einvernehmen zwischen beiden noch störte. Auch die Aufhebung der Leibeigenschaft wurde in Erwägung gezogen, scheiterte aber daran, daß sich kein Ersatz für die noch 26 000 Gulden betragenden Gefälle finden ließ.

Während der Herzog so sein Land beschwichtigte, setzte er alle Hebel in Bewegung, um bei der vom Rastatter Kongreß erwarteten Länderverteilung nicht zu kurz zu kommen. Bei Österreich fand er viele Schwierigkeiten; Graf Zeppelin, der noch zu Lebzeiten Friedrich Eugens nach Wien geschickt worden war, mußte empfinden, daß man den neuen Herzog für doppelzüngig und dessen Forderungen für anmaßend hielt. Vergebens hatte Friedrich den Freund schon am Todestage des Vaters ermächtigt, bis zu 4600 Mann in den Sold Österreichs zu stellen; vergebens drohte

Digitized by Google

er, sich, wenn er in Wien nicht Erhörung finde, Frankreich ganz in die Arme zu stürzen. Man machte ihm einige grundsätzliche Einräumungen und Versprechungen wegen der seit dem Waffenstillstand mit Frankreich durch kaiserliche Truppen in Württemberg erhobenen Lieferungen; aber dabei blieb es. Gleichzeitig ließ Friedrich, der ja neutral sein wollte, in Paris verhandeln. Die ersten Verhaltungsmaßregeln, die er seinem Gesandten Abel am 9. Februar 1798 erteilte, enthalten ein förmliches Programm:[1]) er sei bereit, die Abmachungen mit Frankreich gewissenhaft zu erfüllen und habe nicht nur mit seinen Ständen vereinbart, die für Mömpelgard zu erhoffenden Entschädigungen dem Lande einzuverleiben, sondern überhaupt solche Einrichtungen getroffen, die dem Herzogtum nach der Absicht der französischen Regierung inneren Halt und Kraft geben, um für die Zukunft eine beständige Neutralität aufrecht zu halten. Trotzdem mache der Umfang und die Lage des Landes einen Erfolg in dieser Rücksicht zweifelhaft. Frankreich solle daher durch weitere Vergrößerungen es dahin bringen, daß das Herzogtum seiner Aufgabe gewachsen sei. Am nächsten liege die Zuweisung der innerhalb seines Gebietes liegenden reichsritterschaftlichen Orte, die großenteils von Württemberg zu Lehen gehen oder gar heimgefallen seien und nur noch Steuern an die Ritterschaft zahlen. Dann kommen die gleichfalls von Württemberg umschlossenen Reichsstädte Ulm, Hall, Giengen, Aalen, Gmünd, Heilbronn, Wimpfen, Eßlingen, Reutlingen, Weilderstadt, Rottweil in Betracht, die vielfach von Alters her im Schutzverhältnisse zum Herzogtum stehen und teilweise um ihrer Sicherheit willen selbst den Anschluß wünschen. Östreich sei zum Ersatz für die empfangenen Lieferungen nicht abgeneigt, die Grafschaft Hohenberg und die Landgrafschaft Nellenburg abzutreten und in die Säkularisation des Klosters Salmannsweiler wie in die Einverleibung der genannten Reichsstädte zu willigen. Dazu sei dann, um zusammen mit Baden einen ansehnlichen Teil der französischen Grenzen gegen Deutschland zu decken und den gegenseitigen Handelsverkehr auch während eines Kriegs zu sichern, nötig, die Grenzen Württembergs in der Weise abzurunden, daß sie (im Nordosten und Norden) von den nach Unterschwaben führenden Zugängen und Pässen bei Dillingen und Brenz an längs der Herrschaft Heidenheim und Ellwangen über Hall bis Wimpfen, sowie (im Südosten und Osten) die Donau aufwärts mit Wendung gegen Überlingen laufen sollten; auf

[1]) Vreede, La Souabe après la paix de Bâle S. 72. Dazu Klüpfel in Hist. Zeitschrift 46, 405.

Digitized by Google

der westlichen Seite war die bisherige Grenze, etwa mit einer Verlängerung von Tuttlingen nach Überlingen gedacht. Da die von Frankreich schon zugesicherten Herrschaften Oberkirch und Marchthal außerhalb der Linie fielen, könnte von ihnen abgesehen werden. Über die innerhalb der Linie gelegenen hohenzollerischen und fürstenbergischen Gebiete wagte der Herzog nur Befugnisse zur Wahrung der Neutralität zu beanspruchen; aber dazu sollten ihre und alle übrigen schwäbischen Fürsten statt des unbrauchbaren Kreismilitärs eine Anzahl Truppen ständig mit den württembergischen vereinigen oder im Notfall zu ihnen stoßen lassen. Die Neutralität des ganzen Gebietes sollte vom Kaiser und von Frankreich anerkannt werden.

Der Plan Herzog Friedrichs zeichnet sich ebenso durch die Kühnheit aus, mit der er sich zum Kriegsherrn des ganzen Kreises machen wollte, wie durch die sachgemäße Umgrenzung des in Aussicht genommenen Pufferstaates. Der Fehler in seiner Rechnung war nur der, daß die allgemeine Lage einen solchen Staat ausschloß und zu entschiedenem Für oder Wider zwang. Auf die Ziele Friedrichs werfen jene Forderungen ein helles Licht, wenn er auch in der Begründung derselben und in den Mitteln zu ihrer Erreichung öfters wechselte.

Es diente zur Förderung dieses Plans, wenn der Landschaftskonsulent Kerner im März 1798 mit Ulm verhandelte, es solle sich an Württemberg anschließen, um nicht an Bayern zu fallen.

Bald genug wurde das Einvernehmen zwischen dem Herzog und der Landschaft wieder gestört. Jener verstand unter Verhandlungen des gemeinsamen Ausschusses die Unterwerfung unter seinen Willen und zwang den Landschaftskonsulenten Regierungsrat Georgii, der einem herzoglichen Vertreter scharf entgegengetreten war, nicht nur aus dem Ausschusse zu scheiden, sondern auch seine Stellung beim Rastatter Kongreß niederzulegen. Diese blieb hartnäckig in der Verwerfung einer Heeresvermehrung. Der Herzog schickte daher den Ausschuß im September nach Hause, ohne übrigens die Verhandlungen ganz abzubrechen. Er entschloß sich schon im November zur Wiedereinberufung des Landtags; es kam aber kein Vergleich zu Stande.

Die fortgesetzte Weigerung der Landschaft erweckte in Friedrich den Verdacht, daß dieselbe an revolutionären Umtrieben gegen ihn beteiligt sei oder mindestens Frankreich zur Einmischung in die innern Angelegenheiten Württembergs zu bewegen suche. Die alten Gerüchte, daß in Süddeutschland die Republik ausgerufen werden solle, tauchten wieder auf. Thatsächlich verbreitete man den Abdruck eines Verfassungsentwurfs für dieselbe; man erzählte sich — nicht ganz ohne Grund —, daß ein Teil der würt-

Digitized by Google

tembergischen Landstände in das Geheimnis eingeweiht und zu Paris und Rastatt für die Sache thätig sei. Im Herzogtum trieben Franzosen ihr Wesen, die für revolutionäre Sendlinge gehalten wurden. Friedrich wurde von Furcht und Haß gegen die französische Regierung und die, wie er argwohnte, mit ihr verbündeten Landstände erfüllt; gleichzeitig eröffnete ihm endlich Österreich auf Betreiben des russischen Hofs Aussicht auf die Kurwürde und auf Unterstützung gegen die widerspenstigen Stände. Da neigte er sich wieder auf die Seite des Kaisers. Doch ließ er in Paris versichern, daß er auf den Reichsfrieden auch ohne Österreich hinwirken werde, und gab sich Mühe, den Verdacht, der bald gegen ihn rege wurde, zu entkräften. Dies gelang ihm soweit, daß Talleyrand bei Ausbruch des zweiten Koalitionskriegs ihm mitteilte, das nach Deutschland bestimmte Heer werde Württemberg als im Frieden mit Frankreich befindlich behandeln.

Der Herzog suchte es denn auch beiden Partien recht zu machen, als im März 1799 die Franzosen unter Bernadotte von Mannheim, unter Jourdan von Kehl und Basel her sich näherten, während Erzherzog Karl von Österreich vom Lech herbeieilte. Er erklärte den Ständen, an der Neutralität festhalten zu wollen, aber zu einer Vermehrung des Heeres genötigt zu sein behufs Schutzes gegen etwaige Ausschreitungen der Franzosen. Er verlangte daher die Aushebung von 1600 Mann zu den noch vorhandenen 1000, die er diesmal wenigstens grundsätzlich zugesagt erhielt, thatsächlich freilich wegen der vielen daran geknüpften Bedingungen nicht ausführen konnte. Er befahl den Beamten auf ihren Posten zu bleiben, da die Franzosen nicht als Feinde kommen. Aber bald genug empfand das Land, wie wenig eine Neutralität Wert hatte, welche die kriegführenden Mächte nicht von dem Überschreiten der Grenzen abhielt.

Am 3. März erschienen 5000 Franzosen in Freudenstadt. Das Hauptquartier ihrer Donauarmee kam am 9. nach Rottweil. Einzelne Abteilungen schoben sich bald auf der einen Seite nach Nagold, auf der andern über Ebingen nach Tübingen, Reutlingen, Urach vor. Das Heer ging über Tuttlingen die Donau abwärts und südlich derselben den Österreichern entgegen. Dem Herzogtum Württemberg verursachten die Franzosen einen Schaden von 2 700 000 Franken.

Erzherzog Karl rückte durch Oberschwaben heran; sein rechter Flügel griff auf das linke Donauufer über und brandschatzte Blaubeuren. Es gelang den Österreichern die Feinde in zahlreichen Treffen, besonders in der Schlacht bei Stockach (25. März), zurückzuwerfen. Am 6. April zogen sie in Freudenstadt ein und legten zum Schutze der Schwarzwaldpässe auch

Digitized by Google

dorthin eine Besatzung. Ganz Württemberg war in ihren Händen; und wenn sie auch nicht als Feinde auftraten, waren doch die Anforderungen, die sie wegen Lieferungen und Einquartierungen stellten, so ungeheuerlich, daß sich dieselben bald auf über 16 Millionen Gulden beliefen. Zwar wurden für manches Geldanweisungen ausgestellt; aber von Einlösung war keine Rede. Württemberg mußte es schwer empfinden, daß es, wie man sagte, in Folge zudringlich drohender Haltung der Landstände und des Ministeriums Frieden mit Frankreich gemacht. Ja Östreich achtete die Neutralität des Landes so wenig, daß es vom Herzog die Ausweisung des französischen Gesandten aus Stuttgart erzwang.

Inzwischen hatten die Franzosen in der Schweiz und in Italien neue Niederlagen erlitten; der Kongreß zu Rastatt, von dem Friedrich namentlich die Kurwürde erwartete, war aufgelöst. Die Zeit schien gekommen, das widerwillig festgehaltene Verhältnis zu Frankreich zu lösen. Schon im Mai verlangte der Herzog aufs Neue Aushebungen und Geldbeiträge; die Stände beharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt, wenn nicht wenigstens nach dem Vorgange Ludwig Eugens der herzogliche Kriegsrat, wie jede Landesbehörde, dem Geheimerat unterstellt und auf die Verfassung beeidigt werde. Vergebens diktierte Herzog Friedrich persönlich im Geheimerate den Befehl zur Aufbringung der nötigen Gelder, den die Mehrheit der Minister sonst verhindert hätte. Er war völlig machtlos. Seine Weigerung, mehr als einen geringen Teil der Kriegslasten auf die Rentkammer zu übernehmen, brachte das ganze Land gegen ihn auf. Denn da nach der Verfassung nur der Abmangel der Rentkammer von der Landschaft zu decken war, war das Anerbieten der letzteren von dem französischen Kriegsschaden zwei Drittel, von dem östreichischen drei Viertel zu bezahlen, als fast zu großes Entgegenkommen aufgefaßt worden. Friedrich wollte, da die Stände ihm kein Geld zur Rüstung bewilligten, nicht dasjenige hergeben, das er in den Händen hatte. Um seine Macht zu stärken, suchte er Hilfe von außen.

Verhandlungen mit Östreich über Herabminderung der Anforderungen an das Land boten den Vorwand, den Grafen Zeppelin im Mai nach Wien zu schicken, während gleichzeitig der Hauptmann von Varnbüler die russischen Verwandten zum Einschreiten bewegen sollte. Zugleich wandte sich der Herzog an seinen königlichen Schwiegervater in London, um Hilfsgelder zur Aufstellung eines Heeres gegen Frankreich zu erhalten. Kaiser Paul, dem der Friedensschluß Württembergs mit Frankreich so widerwärtig war wie die selbständige Haltung der dortigen Stände gegen ihren Landes-

Digitized by Google

herrn, wies die russischen Botschafter in Wien und London an, die Bestrebungen seines Schwagers zu unterstützen. Wieder verriet ein Minister zu Stuttgart den Landständen den Auftrag der herzoglichen Abgesandten; sie wandten sich in langer Ausführung gegen die verfassungswidrigen Schritte des Herzogs, namentlich den Plan eines Subsidientraktats mit England, die Beiseitesetzung des Geheimerats, die Nichtanerkennung solcher Verabschiedungen der letzten Herzoge, die nicht in förmliche Rezeßform gebracht worden, wie diejenige über die Unentlaßbarkeit der herzoglichen Räte. Die Verstimmung, welche in Wien gegen die Stände herrschte, machte ihre Vorstellungen wirkungslos. Als sie merkten, daß sich alles gegen sie verbunden hatte, gingen sie, um nicht nachgeben zu müssen, einfach auseinander. Friedrich war schon entschlossen, mit Hilfe des Erzherzogs Karl, der ihm dazu drei Reiterregimenter zur Verfügung stellte, die Aushebung zu erzwingen; nur der langsame Fortgang der Wiener Verhandlungen bestimmte ihn noch zum Aufschub.

Den Abschluß dieser Verhandlungen konnte der Herzog kaum erwarten; hoffte er doch durch ihn erst Herr im Lande zu werden. Es litt ihn nicht mehr zu Hause; er eilte heimlich über München bis nach Marktl, der letzten Poststation vor der österreichischen Grenze, um der Entscheidung näher zu sein. Dort erhielt er den Vertrag zur Unterschrift, den Zeppelin am 2. Juli mit Österreich abgeschlossen hatte.[1]) In seiner Art ist dieser Vertrag ein Gegenstück zu den Weisungen an Abel vom Februar des vergangenen Jahres; nur tritt jetzt der Natur der Sache nach die Vereinheitlichung der Macht in den Vordergrund, welchen dort die Vergrößerung des Staatsgebietes einnahm. Der erzwungene Frieden mit Frankreich wird für ungiltig erklärt; der Herzog von Württemberg verbündet sich mit Österreich als seinem Reichsmitstande und stellt diesem 5000 Mann Infanterie, 200 Artillerie und 800 Kavallerie zur Verfügung; da er diese nicht selbst bezahlen kann, verschafft er sich das nötige Geld von England; zugleich verspricht er, den schwäbischen Kreis zur Erfüllung seiner Pflichten gegen das Reich und zur Pflege der österreichischen Interessen anzuhalten. Österreich andrerseits will das Wohl Württembergs fördern, schützt den Herzog gegen die Übergriffe seiner Landstände, besonders auf dem Gebiete des Heerwesens, ermöglicht ihm die Absetzung widerspenstiger Staatsdiener, macht den Landständen wegen ihres verfassungswidrigen Benehmens ernstlichen Vorhalt, sorgt für die Erhaltung des Landes und womöglich für Kriegskosten-

[1]) Die Ratifikationsurkunde vom 6. Juli nennt natürlich nicht Marktl, sondern Ludwigsburg als Ausstellungsort.

Digitized by Google

entschädigung, verspricht die Beförderung zur Kurwürde. Der Inhalt des Vertrags ist völliges Geheimnis geblieben; der württembergische Gesandte in Paris, der beim Abschluß schon abberufen sein sollte, hat erst am 23. August seinen Posten verlassen; aber aus ihm erklärt sich die auf einmal so entschiedene Haltung des eben noch fast verzweifelnden Herzogs.

Er selbst wich schon im Juli nach Ansbach aus, da er, nachdem die Würfel gefallen, keinen persönlichen Streit mehr wollte. Im August, als der Durchzug eines russischen Heeres durch Ulm und Oberschwaben den Widerstand in Württemberg vollends lähmte, entließ er ohne Weiteres die den Frieden mit Frankreich vertretenden Mitglieder des Geheimerats, die Staatsminister von Uxkull und von Wöllwarth und den Geheimerat Hoffmann und berief den Grafen Zeppelin an die Spitze der nunmehr aus lauter willfährigen Männern zusammengesetzten Behörde. Man hoffte damals die baldige Rückkehr der Bourbonen auf den französischen Thron und glaubte durch einen Bruch mit der Republik auch deren Dank zu verdienen. Jetzt teilte Friedrich dem Landtage mit, daß er sich dem Bunde gegen Frankreich angeschlossen habe, und verlangte entschieden die Aushebung von 4000 Mann und Erhöhung des Militärbeitrags. Der Landtag verwahrte sich gegen den Bruch des Friedens und wiederholte nur die frühere Bewilligung von 1600 Mann. Trotzdem ließ der Herzog einen Teil seiner Truppen zu den Östreichern stoßen, die unter dem Obersten Wolfskeel bei Lauffen die über Heilbronn heranrückenden Franzosen erwarteten. Am 7. und 8. September beteiligten sich die Württemberger in der dortigen Gegend an kleinen Gefechten, konnten aber das Vordringen der Feinde bis Neckarwestheim und Ottmarsheim nicht aufhalten. Glücklicherweise trafen eben die Vortruppen des Erzherzogs Karl bei Ludwigsburg ein und dieser selbst eilte von der Schweiz her mit bedeutenden Streitkräften über Tuttlingen, Tübingen Stuttgart gegen Vaihingen, so daß die Franzosen ihren Plünderungszug im Herzogtum einstellen und über den Rhein zurückweichen mußten (18. September).

Das Unglück, das die Russen bald darauf bei Zürich traf (25 Sept.), führte das östreichische Heer durch das Herzogtum nach der Schweiz zurück und nach wenigen Wochen die Franzosen wieder herbei. Mit etwa 6000 Mann sollte sich General Ney der östreichischen Magazine in Cannstatt bemächtigen und Stuttgart und Ludwigsburg brandschatzen. Er drang bis Bönnigheim vor, während eine zweite Abteilung auf dem rechten Neckarufer gegen Ludwigsburg marschierte. Aber ehe diese den bei Bietigheim rasch gesammelten Östreichern und Württembergern in den Rücken kommen konnte,

Digitized by Google

wurde Ney am 3. November bei Löchgau angegriffen. Er hatte schon das Wäldchen zwischen Löchgau und Bietigheim besetzt, als er hier und bei nochmaligem Widerstande bei Erligheim mit großem Verluste zurückgeworfen wurde; namentlich die württembergischen Jäger zeichneten sich dabei aus. Als die Franzosen sich aufs Neue der württembergischen Grenze näherten (16. Nov.) und die Verbündeten schon sich hinter die Enz zurückgezogen hatten, wurde das Land durch den mit 10 000 Mann über Hechingen und Tübingen herbeieilenden General Sztarray gerettet.

Der engere landschaftliche Ausschuß merkte, daß der Widerstand gegen die Politik des Herzogs unmöglich sei, und setzte in einem Rundschreiben an die Mitglieder des Landtags die Sachlage auseinander. Doch gab er darum den Kampf noch nicht auf. Schon beim Nahen der Franzosen hatte er an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den württembergischen Pfarrerssohn Reinhard, durch seinen Pariser Korrespondenten einen Brief gelangen lassen, der um Aufrechterhaltung des Sonderfriedens bat. Nach den Ereignissen vom Anfang November schickte er, entsprechend einem schon früher von Preußen erteilten Rate, einen Gesandten nach Paris, der die Unschuld des Landes an dem Friedensbruch darstellen und um Schonung desselben bitten sollte. Er vermochte zur Übernahme dieser Sendung den bekannten Verleger und Staatsmann Johann Friedrich Cotta, dessen Beziehungen zu Reinhard ihn besonders geeignet erscheinen ließen, zu gewinnen. Am 6. November reiste Cotta ab, — um Verdacht zu vermeiden, in Begleitung seiner Frau —; aber jener erklärte ihm, daß von dem Sonderfrieden nicht mehr die Rede sei und daß er sich nur für Schonung des Landes verwenden könne. Während der Verhandlungen mußte Reinhard das Ministerium an Talleyrand abgeben, der die Vollmachten Cottas als ungenügend bezeichnete, so daß derselbe seinen Zweck nicht erreichte.

Inzwischen war die Erklärung des Reichskrieges endlich im Lande bekannt geworden; der Kaiser verlangte zur Unterstützung der regelmäßigen Truppen das Landesaufgebot. So wenig dies dem Herzoge zusagte, traf er doch in den unmittelbar bedrohten Gegenden Anstalten zur Bewaffnung der Bauern und machte hievon der Landschaft Mitteilung. Sofort legte diese gegen die Eigenmächtigkeit des Herzogs Verwahrung ein und erließ ein warnendes Rundschreiben an das Land. Thatsächlich fanden die zu jenem Zwecke ausgesandten Räte nirgends guten Willen. Herzog Friedrich unterließ nicht, die Handhabe, welche dieses Vorgehen ihm bot, zu benützen: er löste am 30. November den Landtag auf. Als dieser mit Berufung

Digitized by Google

auf die Verfassung den einseitigen Schluß der Versammlung für ungiltig erklärte und seine Sitzungen fortsetzte, wurde die Auflösung wiederholt so deutlich ausgesprochen, daß niemand mehr widerstand. Die zur Verlesung von den Kanzeln bestimmte Begründung der Maßregel besagte, die Landschaft habe sich nicht nur gegen den Landesherrn, sondern auch gegen den Kaiser vergangen, sie habe das in sie gesetzte Vertrauen mißbraucht und die Unterthanen in ihren guten Gesinnungen für den Herzog irre zu führen gesucht. Zugleich wandte sich Friedrich klagend an den Kaiser. Den Bestimmungen des Vertrags mit Östreich gemäß erschien schon am 17. Dezember ein scharfer Verweis des Reichshofrats an die Landstände, weil sie mit ärgerlicher Vermessenheit und schnöder Verachtung ihrer Pflichten gegen das Reich sich den Absichten des Herzogs widersetzt haben; sie wurden unter Strafandrohung angewiesen, denselben in der Mitwirkung für den Reichskrieg zu unterstützen. Zwar der landschaftliche Ausschuß beharrte auf seinem ablehnenden Standpunkte und schickte noch im Jahre 1799 Baz nach Wien, um den Reichshofrat eines Besseren zu belehren. Aber als am 4. Februar 1800 die Aushebung von 4000 Mann trotzdem ausgeschrieben wurde, war die von Östreich zugesagte militärische Hilfe entbehrlich; im Lande erhob sich kein Widerstand.

Um dieselbe Zeit traf bei Friedrich ein Schreiben des Erzherzogs Karl ein, das vor einer weitverzweigten staatsgefährlichen Verschwörung warnte. Mehrere Württemberger, darunter ein Mitglied des größeren landschaftlichen Ausschusses, Gerst von Balingen, waren als Teilnehmer namhaft gemacht. Dieselben wurden sofort auf dem Asperg gefangen gesetzt; eine eigene Untersuchungskommission stellte strenge Verhöre an. Man fand wohl vertrauliche Schreiben, die von der gereizten Stimmung im Lande Kunde gaben; eigentlich Aufrührerisches ließ sich nicht entdecken. Da aber der größere Ausschuß gegen die ungesetzlichen Verhaftungen und Untersuchungen die entschiedenste Einsprache erhob, sah sich der Herzog aufs Neue veranlaßt, gegen die Landstände wegen Mangels an schuldiger Ehrfurcht beim Kaiser vorstellig zu werden. Diese reichten ihrerseits wieder eine Klage beim Reichshofrat ein. Baz sollte das ganze verfassungswidrige Vorgehen Friedrichs zur Sprache bringen und dabei namentlich auch seine Verhandlungen über einen Subsidienvertrag mit England und seine Weigerung, einen Teil der Kriegskosten zu bezahlen, in das Licht stellen. Das hieß sich selbst das Urteil sprechen; denn der Vertrag mit England erfüllte ja einen besonderen Wunsch des Kaisers, und so war es dem Herzog von Württemberg ein Leichtes, Baz in Wien als einen ganz gefährlichen

Digitized by Google

Menſchen verhaften und zu den übrigen Gefangenen auf den Asperg führen zu laſſen (Ende Februar). Sein Zimmer im Landſchaftsgebäude wurde erbrochen. Unter den dortigen Papieren fanden ſich ſolche über Cottas Sendung nach Paris vor, ſo daß auch dieſer in die Unterſuchung verwickelt wurde. Er wurde in Tübingen verhaftet und nach Stuttgart geführt, jedoch nach kurzem Verhöre entlaſſen. Der Ausſchuß ſelbſt und nachher Cotta wieſen in ausführlichen Darlegungen den Vorwurf hochverräteriſcher Schritte zurück. Auch gegen Baz ergab die Unterſuchung nichts wirklich Belaſtendes; trotzdem wurde er feſtgehalten und, als die Franzoſen bald darauf Württemberg überſchwemmten, mit ſieben anderen Verdächtigen in eine bayeriſche Feſtung geflüchtet; erſt der Friede von Lüneville brachte ihm nach fünfzehn Monaten die Freiheit.

Der Baziſche Prozeß gab dem Streite der Landſchaft mit dem Herzog eine für jene ſehr ungünſtige Wendung. Als ſie ſich über die Verhaftungen noch einmal beim Reichshofrat beklagte, erhielt ſie den Beſcheid, daß ſie ſich aller ferneren Behelligung des Herzogs und unbefugter Einmiſchung in die von demſelben zur Sicherſtellung ſeiner eigenen und der angrenzenden Reichslande verhängte Unterſuchung ſchlechterdings enthalten ſolle (18. März). Und während die Mitglieder der Ausſchüſſe ſich vorher geweigert hatten, ſich der Unterſuchungskommiſſion zum Verhör zu ſtellen, erklärte das oberſte Reichsgericht das Vorgehen gegen dieſelben für ganz gerechtfertigt. Ja es ſtellte dem Herzog anheim, behufs einer anderweitigen Beſetzung der Ausſchüſſe, und ausſchließlich zu dieſem Zwecke, die Landſtände einzuberufen. So gab der Reichshofrat dem Herzoge ſelbſt die Mittel an die Hand, ſich über die Verfaſſung des Landes hinwegzuſetzen. Schon am 2. April beſchloß der Herzog die Auflöſung der Ausſchüſſe, da geheime Verſchwörungen bekannt geworden ſeien, die nur in Folge des Siegs der Öſtreicher nicht an den Tag getreten, und da die eigenen landſchaftlichen Geſandtſchaften ſtaatsgefährlich ſeien. Erſt zehn Tage ſpäter wurden die Ausſchußmitglieder vor den Geheimeratspräſidenten von Zeppelin berufen und von dieſem auf Grund des Reichshofratsbeſcheides nach Hauſe geſchickt. Damit die verfaſſungsmäßige Vertretung des Landes nicht zu lange in Schwebe gehalten würde, erfolgte die Ausſchreibung des neuen Landtags auf den 29. April. Schon ehe derſelbe zuſammentrat, erging ein Geheimeratserlaß an die beiden bisherigen Landſchaftskonſulenten Abel und Kerner, daß ſie ſich bis auf Weiteres aller Handlungen zu enthalten haben, die auf den neuen Landtag irgend einen Bezug hätten. Nach den Wahlen forderte der Herzog von den Oberämtern Berichte über die Ab-

Digitized by Google

geordneten ein, namentlich mit Rücksicht darauf, ob sie als Ausschußmitglieder gefügig wären. Außer den kraft ihres Privilegs berufenen, vielfach sehr selbständigen Prälaten, 14 an der Zahl, bestand die Landschaft zum größten Teile aus Bürgermeistern und ehrsamen Bauern oder Handwerkern. Sie mußte in die Bestellung eines dem Herzoge ergebenen Prälaten als Präsidenten und eines gleichfalls jenem ergebenen Landschaftskonsulenten willigen, wenn sie schon zugleich mit großer Offenheit um Wiederzulassung von Abel und Kerner bat. Damals beginnt die Erscheinung, daß einzelne Ständemitglieder, besonders Prälaten und Konsulenten, die geheimsten landschaftlichen Verhandlungen dem Herzoge verraten und so die Geschlossenheit der Körperschaft und das Gefühl der Unverantwortlichkeit des Einzelnen vernichten. Da der Herzog den seitherigen Mitgliedern mit Berufung auf den kaiserlichen Spruch die Befähigung wiedergewählt zu werden absprach, verzögerte sich die Wahl der Ausschüsse. Er ließ der Versammlung erklären, er werde, wenn sie sich nicht bald entschließe, Zwangsmittel anwenden oder die Ausschüsse selbst ernennen. Das wirkte, und die Wahl vollzog sich in einer Weise, daß der Herzog nur bei einem der Mitglieder Schwierigkeiten zu erheben sich veranlaßt sah. Der Landschaft blieb nichts übrig, als beim Herzog und beim Reichshofrat Verwahrung gegen die Einschränkung ihrer Rechte einzulegen; jener berief sich in der Antwort auf den Auftrag des letzteren. Zu weiteren Verhandlungen war, auch wenn solche beabsichtigt waren, keine Zeit; denn der Feind kam ins Land. Am 15. Mai wurde der Landtag aufgelöst.

Da England die Fortsetzung des Krieges mit Frankreich eifrig betrieb, war endlich der von Friedrich angestrebte Subsidienvertrag zu Stande gekommen. Ein eigener englischer Gesandter erschien am Stuttgarter Hofe und schloß am 20. April 1800 ein Bündnis ab, das, weit über den ursprünglichen Rahmen hinausgehend, den Herzog von Württemberg zum selbständigen Gliede der Koalition gegen Frankreich machte. Der Herzog verpflichtete sich, unabhängig von seinem Reichskontingent, ein Heer von 5000 Mann aufzustellen, welches, womöglich als geschlossene Einheit, überall in Europa verwendet werden dürfe. England übernahm die Ausrüstung,[1]) Sold und Unterhaltungskosten, den Abgang an Mannschaft hatte der Herzog nachzuliefern. Des Weiteren verpflichtete sich Württemberg, keinen Frieden ohne England zu schließen, während dieses alle Besitzungen des Herzogs

[1]) Es bezahlte für die Ausrüstung des Infanteristen 30, für die des Kavalleristen 80 Thaler.

Digitized by Google

gewährleistete und beim Friedensschlusse für ihn einzutreten versprach. Es ist den Landständen nicht zu verargen, wenn sie, auch ohne die näheren Bestimmungen dieses Vertrags zu kennen, denselben von ihrem Standpunkte aus verurteilten; denn er bedeutete auf dem Gebiete der äußeren Politik Württembergs einen ebenso starken Bruch mit Verfassung und Herkommen, wie derjenige, welcher auf dem der inneren erfolgt war.

Wenige Tage nach dem Abschluß des Bündnisses mit England überschritten die Franzosen unter Moreau bei Kehl, Breisach und Basel den Rhein (25. April). Ihnen standen die Östreicher unter dem Feldzeugmeister Kray entgegen. Das württembergische Reichskontingent, etwa 2700 Mann unter Generalmajor von Seeger befand sich als Teil vom Korps des Feldzeugmeisters Sztarray in der Gegend von Bruchsal. Es rückte dem Feinde bis Oos entgegen, mußte sich aber bald zurückziehen, ohne daß es hier zum Schlagen kam.

Den Hauptstoß richteten die Franzosen auf Oberschwaben. Zu diesem Zweck ging ein weiteres Korps derselben am 30. April bei Schaffhausen über den Rhein; General Vandamme mit über 10 000 Mann rückte am folgenden Tage gegen den Hohentwiel vor und forderte ihn zur Übergabe auf. Droben lagen kaum mehr als 100 Mann; zu gutem Teile alt und bresthaft; sie hatten 27 Geschütze zur Verfügung, von denen nur zwei ganz brauchbar gewesen sein sollen. Kommandant war der greise Generalmajor von Bilfinger, dem der Oberstlieutenant von Wolff beigegeben worden war. Mit Lebensmitteln und Schießbedarf war die Festung wohl versehen. Es war klar, daß sie einem ernstlichen Angriffe nicht Stand halten konnte. Sache der Befehlshaber war es aber, es auf einen solchen ankommen zu lassen, da die Franzosen keine Zeit und Kraft auf die Gewinnung des unschädlichen Felsennestes verwandt hätten. Statt dessen ließ sich der Oberstlieutenant von Wolff sofort in persönliche Verhandlungen ein und ein Kriegsrat beschloß auf die Drohungen Vandammes hin die Übergabe. Verlockend war das Versprechen des letzteren, den Hohentwiel beim Friedensschlusse womöglich in seinem damaligen Zustande Württemberg zurückzustellen. Die französische Regierung kümmerte sich jedoch nichts um dieses Versprechen und ließ die Festungswerke sprengen. Bilfinger und Wolff wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt, aber vom Herzog zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe begnadigt.

Moreau trieb die Östreicher durch die Gefechte bei Engen, Stockach, Meßkirch, Biberach, (3.—9. Mai) vor sich her hinter die Iller zurück. Französische Streiftruppen kamen nach Tuttlingen. Da sich Ulm hielt,

Digitized by Google

setzten sich die Feinde in der dortigen Gegend fest, worunter Blaubeuren und viele umliegende Orte schwer zu leiden hatten; sie dehnten ihre Züge bis Münsingen aus. Der Schrecken im Herzogtum wurde so groß, daß die öffentlichen Kassen nach Franken geflüchtet wurden. Friedrich selbst hatte schon länger durch Kurfürst Max Joseph von Bayern die sichere Kunde erhalten, daß Befehl ergangen sei, möglichst viele Fürsten, vor allem den Herzog von Württemberg, gefangen nach Paris zu liefern. Er zog sich daher in der zweiten Hälfte des Mai nach Weiltingen zurück; von hier begab er sich nach wenigen Wochen nach Erlangen. Bei der Flüchtung der Kassen entstand in Stuttgart ein Volksauflauf, den die Stadtreiter unterdrückten; zum Lohne wurden sie für sich und ihre Kinder von der Aushebung befreit.

In Folge der Niederlagen Krays mußte sich auch Sztarray zurückziehen. Um sich mit jenem zu vereinigen, marschierte er mitten durch das Herzogtum gegen Ulm und nach einigen Kämpfen in der Umgebung der Stadt weiter nach Günzburg, wo das württembergische Reichskontingent am 21. Mai eintraf. Den Tag vorher hatte sich die zweite württembergische Brigade, das in englischem Solde stehende Reichskontingentsergänzungskorps, dort eingefunden. Dieselbe war in der Eile nur auf etwa 3600 Mann gebracht worden; mit ihr kam der Generallieutenant von Hügel, der den Oberbefehl über beide Brigaden übernahm. Der unglückliche Verlauf des Feldzugs führte dahin, daß die erste wie die zweite mit englischem Gelde unterhalten wurde.

Schlag auf Schlag folgten die Niederlagen der Östreicher. Am 19. Juni fielen bei Donauwörth drei württembergische Kompagnieen in Gefangenschaft, die nach Nancy abgeführt, aber schon nach vier Wochen ausgewechselt wurden; am 22. mußte Kray die Stellung bei Ulm aufgeben und wandte sich über Giengen und Heidenheim nach Nördlingen. Die Franzosen folgten ihm auf dem Fuße und schickten gleichzeitig, da sie im Rücken noch da und dort beunruhigt wurden, Abteilungen nach Schorndorf, Göppingen, Kirchheim, Metzingen, Urach. Vor ihnen zogen sich die letzten im Lande gebliebenen Östreicher gegen Heilbronn zurück. Das Hauptheer unter Kray gewann mit Mühe bei Neuburg die Donau wieder und suchte, während die Franzosen in Bayern sich ausbreiteten, Oberöstreich zu decken. Am 17. Juli — auch Napoleon hatte inzwischen in Italien gesiegt — wurde zu Parsdorf (östlich von München) ein Waffenstillstand verabredet, der sich bis in den November erstreckte. Die Württemberger lagen während dieser Zeit in der Gegend von Mühldorf und

Digitized by Google

Wasserburg am Inn. Als nach Kündigung des Waffenstillstands die Franzosen den Sieg bei Hohenlinden errangen und den Übergang über den Inn erzwangen, mußten die Württemberger gegen Salzburg ausweichen, und dann über Böcklabruck die Richtung nach Wien einschlagen. Da sie die Nachhut des Heeres bildeten, hatten sie fortwährende Angriffe abzuweisen und Schweres zu leiden. Sie kamen bis nach Grafendorf (bei St. Pölten), elf Stunden von der Kaiserstadt. Nachdem der Waffenstillstand von Steyr (27. Dezember) die Feindseligkeiten beendigt hatte, brachen die Württemberger (1. Januar 1801) nach Böhmen auf, um dort den Friedensschluß abzuwarten. Im April durften sie die Heimkehr antreten. Sie hatten im Ganzen 8 Offiziere und 1076 Mann verloren; ehe sie die Grenzen des Vaterlandes erreichten, wurden die Lücken möglichst ergänzt. Am 9. Mai kamen sie in ihre Garnisonen zurück. Ihre Tüchtigkeit und Standhaftigkeit hatte Erzherzog Karl mit ehrenden Worten anerkannt.

Das Herzogtum Württemberg war zunächst vom Kriege nur wenig unmittelbar berührt worden. Erst nach dem Parsdorfer Waffenstillstand wurden größere Truppenverbände in das Land gelegt. Zuerst schlug General Richepanse, dessen Division im Neckar- und Remsthal lagerte, sein Hauptquartier in Stuttgart auf. Ihn löste St. Suzanne ab, bis dieser Mitte September wieder jenem Platz machte, wobei übrigens das Hauptquartier nach Eßlingen kam. Auch an zahlreichen Durchmärschen fehlte es nicht; der Wert der zu liefernden Kriegsbedürfnisse belief sich auf gegen zwei Millionen Franken. Es geschah gleichfalls nach dem Waffenstillstand, daß Moreau dem Lande eine Kontribution von sechs Millionen Franken auferlegte, die in drei zehntägigen Fristen bezahlt werden sollte; Östreich hatte seinen Verbündeten ruhig seinem Schicksal überlassen. Es wäre vielleicht möglich gewesen, die Höhe der Summe herabzudrücken, wenn Herzog Friedrich auf das Verlangen Moreaus eingegangen wäre, den engeren Kreiskonvent in Memmingen zu beschicken. Sonst hatte Württemberg nur den fünften Teil der Kreislasten zu tragen, so aber wurde ihm gerade so viel auferlegt, wie dem ganzen übrigen Kreis, der freilich zum Teile, darunter vor allem Baden, neutral geblieben war.

Der landschaftliche Ausschuß hoffte, eine Herabsetzung der Kontribution erreichen oder doch die angedrohte militärische Exekution abwenden zu können und schickte Abel zu Moreau nach Augsburg (29. Juli 1800). Er wartete nicht ab, bis durch den mit geringen Vollmachten ausgestatteten Geheimerat beim Herzoge in Erlangen die Ernennung von Unterhändlern in dieser Sache ausgewirkt war. Herzog Friedrich verwies dem Ausschuß die ver-

Digitized by Google

fassungswidrige Sendung, konnte sie aber nicht mehr verhindern. Das Ergebnis der Verhandlungen Abels war, daß Moreau, der das Land zu schonen und den Herzog zu strafen beauftragt war, die Hälfte der Kontribution dem letzteren zuwies. Rücksicht auf Friedrich bewog den Ausschuß, sich die Lieferung der ganzen Summe übertragen zu lassen und den Herzog nur um eine erkleckliche Beisteuer zu bitten. Da derselbe nicht mehr als 50 000 Gulden anbot, legte General St. Suzanne den Geheimeräten in Stuttgart Soldaten in die Wohnung, bis wenigstens $1\frac{1}{2}$ Millionen Franken, wenn auch unter Vorbehalt der Schadloshaltung am Lande, aus den herzoglichen Kassen bezahlt waren. Das Land selbst hatte vier Millionen abgetragen, als in Folge der bevorstehenden Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Württemberg eine neue Auflage von monatlich 600 000 Franken gemacht wurde, wovon der Herzog 240 000 zu übernehmen habe.

Während der Ausschuß sich auf die Gunst Frankreichs verließ, betrieb der Herzog seine Sache persönlich bei Östreich. Er war erbittert über den Verbündeten, der ihn gänzlich im Stiche gelassen, und suchte wenigstens bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mehr berücksichtigt zu werden. Er hielt sich daher zur Zeit des Waffenstillstands drei Monate in Wien auf, kam aber zu der Erkenntnis, daß dort wenig für ihn zu erhoffen sei. Deshalb schickte er, als Östreichs Niederlage besiegelt war, von Erlangen aus den Geheimerat von Normann, einen seiner begabtesten und gewandtesten, aber auch willenlosesten und schönrednerischesten Diener, nach Paris, um für einen Sonderfrieden zu wirken und bei der Ansetzung von Entschädigungen für die verlorenen linksrheinischen Besitzungen zur Stelle zu sein. Da der Lüneviller Friede, der auch Württemberg in sich begriff, Entschädigungen zunächst nur grundsätzlich versprach, fiel von Normann die Rolle zu, die Regierung in Paris seinem Fürsten geneigt zu machen.

Kaum war die Sendung Normanns im Lande ruchbar geworden, so verwahrte sich der landschaftliche Ausschuß dagegen, daß dieselbe ohne sein Wissen erfolgte. Da es sich um dieselbe Zeit empfahl, die französische Regierung wegen Nachlaß der Kontribution anzugehen und nötigenfalls in Frankreich ein Anlehen aufzunehmen, so erteilte der Ausschuß kurzerhand Abel die Weisung, nicht nur diese beiden Aufgaben zu übernehmen, sondern auch den herzoglichen Gesandten in Paris zu überwachen (29. Jan. 1801). Abel bedachte sich ernstlich; er sah klar, daß er im Begriff stand, sich den Herzog zum unversöhnlichen Feind zu machen und ließ vor der Abreise seine und seiner Familie Zukunft durch den landschaftlichen Ausschuß sicher-

Digitized by Google

stellen. Der letztere glaubte so wenig Hehl aus der Abordnung Abels machen zu sollen, daß er dem Herzoge, freilich unter Verschweigung des wichtigsten Grundes, Anzeige davon erstattete. Friedrich war empört. Aber sein Ansinnen auf Abberufung des Gesandten hatte so wenig Erfolg wie die Bemühung, die französische Regierung zu dessen Ausweisung zu veranlassen. Es gelang Abel, die Kriegslasten Württembergs zu erleichtern; er blieb aber noch fernerhin in Paris, um seine politische Thätigkeit für die Landstände fortzusetzen.

In Württemberg herrschte starke Erbitterung gegen den Herzog, der nicht nur selbst dasselbe preiszugeben sondern auch dessen Rettung durch die Landschaft vereiteln zu wollen schien. Erst als die letzten Franzosen das Land verließen, kehrte Friedrich mit dem Erbprinzen zurück (13. Mai). Es konnte unter den obwaltenden Umständen nicht von großer Wirkung sein, wenn er in einer, im übrigen versöhnlichen, Ansprache erklärte, daß das sicherste Mittel zur Heilung der Wunden unbegrenztes Vertrauen in die landesväterlichen Absichten des Regenten sei und daß die Vertreter des Volkes jeden Anlaß zur Uneinigkeit entfernen müssen. Wenige Wochen darauf verlor er seinen ihm innig verbundenen Freund, den Grafen Karl von Zeppelin, der so oft besänftigend auf ihn eingewirkt hatte und dessen Tod sein Herz schwer verwundete.

Gerade der Friedensschluß bot neuen Grund zu Zerwürfnissen. Die Landschaft wollte nicht zugeben, daß die zum Kriegsdienst Ausgehobenen jetzt noch länger unter der Fahne bleiben sollen; sie verlangte Lösung des Bündnisses mit England, damit Württemberg nicht in fremde Händel hineingezogen werde. Vor allem bestand sie darauf, von der Thätigkeit Normanns in Paris verständigt zu werden. Die beunruhigendsten Gerüchte durchschwirrten das Land; es hieß, es solle zertrennt oder als Ganzes mit einem anderen vereinigt werden. Da regte sich neben der Furcht, die Verfassung erst recht zu verlieren, doch noch die Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus, wenn auch Abel in der Trennung von demselben kein Unglück sah. Die Gerüchte waren nicht aus der Luft gegriffen. Da Frankreich in Herzog Friedrich einen ausgesprochenen Feind sah, tauchte der Plan auf, Württemberg nach dem Laufe des Neckars zwischen Bayern und Baden zu teilen und, da man den Schwager des Kaisers von Rußland nicht einfach absetzen konnte, ihm etwa das Kurfürstentum Hannover zu übertragen. Nachdem dieser Plan gescheitert, drohte eine neue Gefahr: Östreich hätte gerne Bayern für den im Lüneviller Frieden entsetzten Großherzog von Toskana gehabt und dem Kur-

Digitized by Google

fürsten von Bayern ein Reich in Schwaben geschaffen; Friedrich war dafür das Großherzogtum Berg zugedacht. Aber dieser erklärte, lieber gar nichts zu wollen, als ein Dorf seines Landes abzutreten, und gewann sich damit die Achtung Frankreichs. Den Landständen war die Verfassung wichtiger als das Fürstenhaus; sie wandten sich um Schutz derselben an Frankreich und die Mächte, die sich einst für sie verbürgt, vor allem an Preußen. „Rührend ist es, wie in einer Zeit, da alles wankte, Fürstentümer in den Staub sanken und andere aus dem Nichts erstanden, diese patriotischen Männer um ihr ein und alles sich schaaren: eine ehrwürdige Verfassung, die längst zur Unmöglichkeit geworden, die zum Stillstand verurteilt war, indessen die Welt sich verwandelte; rührend, wie sie bei den in Riesenkämpfen sich erschöpfenden Gewalten eine Teilnahme für ihr kleines Heiligtum voraussetzen oder diese Teilnahme zu gewinnen suchen. Sie trachten die entfesselten Bergströme zu nutzen, einzufangen und auf ein altertümliches Mühlrad zu lenken, das in idyllischer Selbstgenügsamkeit nichts weiter begehrt, als sich ewig um sich selbst zu drehen". [1]) Der Herzog wiederholte sein Verlangen nach Rückberufung Abels und gab diesem selbst unmittelbaren Befehl zur Heimkehr. Beide gehorchten um so weniger, als die französische Regierung sich eben damals der von Friedrich bestraften politischen Verbrecher entschieden annahm. Jetzt kam dem Herzog auch noch zu Ohren, was für Schritte der Ausschuß wegen der Verfassung bei Frankreich gethan hatte. Er stellte ihn scharf zur Rede und setzte, da derselbe eine Erklärung verweigerte, eine besondere Untersuchungsbehörde ein, welche die Mitglieder einzeln verhören sollte. Der Ausschuß protestierte unter Berufung auf das Amtsgeheimnis und die Verpflichtung zu nur verfassungsmäßigem Gehorsam. Schon glaubte er, daß der Herzog mit Gewalt vorgehen und ihn sprengen werde; er erteilte daher dem Legationsrat Abel Vollmacht, eintretenden Falls in seinem Namen beim Kaiser und den die Verfassung verbürgenden Mächten Klage gegen den Herzog zu erheben (17. September). Trotz aller Weigerung wurden denn auch Mitglieder des Ausschusses vor die Untersuchungsbehörde geladen, und es ist anzunehmen, daß noch Gewalt gegen sie gebraucht worden wäre, wenn nicht wieder Frankreich sich zur Abwehr dazwischen gestellt hätte.

Die Bemühungen Abels hatten den Erfolg, daß im Oktober 1801 der französische Geschäftsträger beim schwäbischen Kreise Massias von Karlsruhe, wo er seinen Sitz hatte, durch Napoleon nach Stuttgart geschickt

[1]) W. Lang, Von und aus Schwaben 2, 83.

Digitized by Google

wurde, um sowohl die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen als sich über die Verfolgung der Mitglieder des engeren landschaftlichen Ausschusses zu beklagen, da im Lüneviller Frieden Verzeihung für alle während des Kriegs verübten politischen Vergehen ausbedungen sei. Der Herzog berief sich auf die Befehle von Kaiser und Reichshofrat und suchte zu beweisen, daß die gerügten Verbrechen auch nach dem Friedensschlusse begangen worden seien; er gab Normann die Weisung persönlich in Paris zu verhandeln, um den lästigen Dränger loszuwerden. Zugleich aber stellte er die Vorladung der Landschaftsmitglieder ein, schlug die Untersuchung gegen Baz nieder und ließ die Gefangenen los, freilich nicht ohne die meisten vorübergehend oder dauernd des Landes zu verweisen. Bald darauf erging ein Beschluß des Reichshofrats (26. November), an den sich der Herzog und der Ausschuß wieder gewandt hatten. Dem ersteren wurden jene Vorladungen förmlich untersagt und anbefohlen, Abel und Kerner als Landschaftskonsulenten zuzulassen, während den Ständen die Bezahlung der Kriegssteuer und der Abbruch aller Verhandlungen mit auswärtigen Mächten auferlegt wurde. Auch Massias erschien aufs Neue und stellte die Forderung bedingungsloser Freigebung sämtlicher Gefangenen. Von zwei Seiten gedrängt gestand Friedrich die Wahlfähigkeit der Mitglieder der früheren Ausschüsse zu, bestätigte endlich die neugewählten, mit einer Ausnahme, die ihren Grund nicht in dem politischen Streite hatte, und erkannte sogar Abel und Kerner wieder an (21. Dezember). Massias kam noch ein drittesmal und verlangte außer der bedingungslosen Freilassung die Wiedereinsetzung des Ausschusses von 1797 und die Einberufung des Landtags. Jetzt konnte Friedrich mit Recht daran festhalten, daß die Befugnisse jenes Ausschusses verfassungsgemäs erloschen seien und daß die Berufung der Stände ihm allein zustehe; Massias mußte sich bescheiden.

Hatte Friedrich bei der Wiederzulassung Abels als Landschaftskonsulent die Nebenabsicht, ihn von Paris endlich wegzubringen, so schlug sie ihm fehl. Der Ausschuß wählte sogar den Erlanger Professor Gros an die Stelle Abels. Derselbe war Erzieher des Erbprinzen gewesen; dennoch wurde ihm die Bestätigung versagt, solange sein Vorgänger als Gesandter thätig sei (Februar 1802). Der französischen Regierung genügte vorläufig die von Herzog Friedrich bewiesene Nachgiebigkeit, da sie ihm Schonung schuldig zu sein glaubte. Abel richtete nichts mehr gegen ihn aus; dagegen erreichte Normann am 20. Mai 1802 zu Paris einen Sonderfrieden, in dem Württemberg angemessene Entschädigungen für die abgetretenen

Digitized by Google

linksrheinischen Gebiete mit ihren 50 000 Einwohnern in Aussicht gestellt wurden. Die Landschaft machte wenigstens ein Mitwirkungsrecht geltend; sie erinnerte an einen Artikel des Friedensvertrags von 1796, der ihr eigens die Abtei Zwiefalten als Ersatz der Kriegslasten verhieß; sie stellte Abel große Summen für Bestechungen zur Verfügung. Die einzige Folge war, daß der Herzog, dem diese Schritte hinterbracht wurden, die Zulassung eines Geheimerats zur Abhör der landschaftlichen Jahresrechnungen verlangte. Als daher ein kaiserlicher Erlaß die Rückberufung Abels in Erinnerung brachte, mußte sich der Ausschuß zu derselben verstehen (5. August). Abel konnte sich nicht entschließen, nach Stuttgart zurückzukehren, und erbat sich Urlaub. Da seine Anwesenheit in Paris auf die Stände den Verdacht fortgesetzter Verhandlungen warf und der Herzog sich in diesem Sinne beschwerte, baten sie ihn dringend um Abreise. Er zog es vor, als Vertreter der Hansestädte in Paris zu bleiben; das Geschick fügte es, daß er von hier aus dem verhaßten Landesfürsten auf nichtpolitischem Gebiet noch herbe Qualen bereitete.

Noch ehe der Reichsdeputationshauptschluß fertig war, in dem die Länderentschädigungen verteilt wurden, konnte Herzog Friedrich von den neuen Erwerbungen Besitz nehmen. Sie waren: die gefürstete Probstei Ellwangen, die Reichsabtei Zwiefalten, die Frauenklöster Heiligkreuzthal, Rottenmünster und Margrethausen, das Ritterstift Komburg, die Abtei Schönthal, die bisher dem Kloster Muri gehörige Hälfte des Dorfs Dürrenmettstetten, das adelige Damenstift Oberstenfeld und die neun Reichsstädte Aalen, Eßlingen, Giengen, Gmünd, Hall, Heilbronn, Reutlingen, Rottweil, Weilderstadt, — zusammen etwa 120 000 Einwohner und 633 000 Gulden Einkünfte. Namentlich in den Reichsstädten wurde die Vereinigung mit Württemberg gut aufgenommen. Es war nicht überraschend, daß die Erwerbungen nicht dem Lande einverleibt, sondern als Neuwürttemberg zu einem absolut regierten Lande vereinigt wurden. Da sie als Ersatz nicht bloß für die verlorenen Gebiete, sondern zugleich für die Kriegslasten des Landes dienen sollten, wurde die Vorenthaltung vielfach verargt; aber die altwürttembergische Verfassung schloß ja katholische Unterthanen völlig aus, und diese von dem protestantischen Zuwachs abzusondern, wäre sicher der verkehrteste aller Wege gewesen. Schon im Dezember 1802 wurde Normann zum leitenden Staatsminister für Neuwürttemberg ernannt; an Neujahr 1803 erging eine Verordnung über die Einrichtung des eigenen Staates. Er wurde in die Landvogteien Ellwangen, Heilbronn und Rottweil geteilt; Sitz der Regierung war Ellwangen, des Oberkonsistoriums Heilbronn. Ein

Digitized by Google

Erlaß vom 14. Februar 1803 gewährte freie Religionsübung und ungestörten Genuß des Kirchen- und Schulvermögens. Aber die Rücksichtslosigkeit, mit der alles Herkömmliche über den Haufen geworfen und überall strenge Gleichmäßigkeit durchgeführt wurde, ließ keine Freude an der neuen Regierung aufkommen, wenn schon die Abschaffung vieler Mißbräuche und die an Stelle des Schlendrians getretene Planmäßigkeit in der Regierung bereits die Aussöhnung anbahnte.

Hatte sich Herzog Friedrich darüber entrüstet, daß ihm Östreich im Lüneviller Frieden nicht die Kurwürde ausgewirkt hatte, so war seine Befriedigung um so größer, als sie der Reichsdeputationshauptschluß brachte. Er teilte dem Lande die Erhöhung noch vor der kaiserlichen Bestätigung mit und als diese am 29. April in Stuttgart eingetroffen war, wurde sogleich ein Fest für das ganze Land ausgeschrieben. Die Errichtung eines aus von Normann, Graf Wintzingerode und dem General Nikolai bestehenden Staatsministeriums gab dem Gedanken der neuen Machtfülle Ausdruck. In seinen Titel nahm Kurfürst Friedrich den eines Reichserzpanners auf, den sein Haus schon so lange beansprucht; das Wappen wurde beträchtlich vermehrt, im Mittelschild trat die Reichssturmfahne neben das Stammwappen. Im Kreisverbande behielt der Kurfürst das Direktorium bei, während für das Kreisausschreibeamt statt des Bischofs von Constanz nunmehr Kurbaden an seine Seite trat. Die Entwicklung der deutschen Dinge brachte es mit sich, daß die neue Kurwürde ein bloßer Ehrentitel blieb.

Für die inneren Streitigkeiten Württembergs brachte die Erhöhung des Herzogs zum Kurfürsten eher eine Verschärfung. Nicht zufrieden mit der Entlassung Abels aus dem Dienste der Landschaft, verlangte Friedrich Rechenschaft über die Kosten der Sendung [1]); einer reichshofrätlichen Entscheidung gemäß schob er dieselben den Mitgliedern des engeren Ausschusses zu, die sich natürlich durch die Landschaft schadlos halten ließen. Der Ausschuß seinerseits fand Mittel und Wege, um in Paris und Wien die Klagen gegen den Landesherrn nicht verstummen zu lassen. Dort hielt er an der Wiedereinsetzung sämtlicher alter Ausschußmitglieder fest, verlangte die Einverleibung der an Württemberg abgetretenen Reichsstädte und die Einberufung eines Landtags zur Wiederherstellung der Verfassung. In Wien betrieben ständige landschaftliche Agenten, die mit großen Mitteln zur Bestechung der kaiserlichen Räte ausgerüstet waren [2]), die Entlassung der

[1]) Sie beliefen sich auf gegen 120 000 Gulden.

[2]) Der Minister von Mühl hielt sie über alles auf dem Laufenden, was über Württemberg verhandelt wurde.

Digitized by Google

ausgehobenen Landeskinder, die Bestätigung des zum Landschaftskonsulenten gewählten Professors Gros, die Einberufung des Landtags. Beide Regierungen sahen sich veranlaßt, für die Stände sich zu verwenden. Im Oktober 1803 kam der französische Gesandte Didelot im Auftrage Talleyrands nach Stuttgart mit dem Begehren, daß die Wünsche der Landstände genehmigt würden. Er erklärte es für Ehrensache Frankreichs, seine mit Hilfe Östreichs vergewaltigten Anhänger zu schützen; am meisten hatte aber wohl wieder das Geld gewirkt, mit dem der Ausschuß Talleyrand gegenüber nicht kargte. Als nach Monaten Didelot noch nichts erreicht hatte, erhielt er (Januar 1804) die neue bestimmte Weisung, die Einverleibung der Reichsstädte, die Wiedereinsetzung der Ausschußmitglieder und die Benennung des Tags für die Landtagseröffnung zu verlangen. Wie sehr der Ausschuß den französischen Gesandten als seinen Vertreter ansah, ist daraus zu erkennen, daß dieser sich anheischig machen konnte, seinerseits die Stände zu einem jährlichen Militärbeitrag von 600 000 Gulden zu bewegen. Vergebens beschwerte sich der württembergische Gesandte von Steube in Paris über Didelot; Talleyrand tadelte zwar dessen Art des Vorgehens, bestand aber auf Berufung des Landtags und Einverleibung der Reichsstädte. Gleichzeitig erwirkten die Stände einen kaiserlichen Befehl zur Entlassung der ausgehobenen Landeskinder (18. Februar), mit dessen Durchführung das vom Kurfürsten scheel angesehene Kurbaden betraut wurde. Friedrich konnte nicht umhin, wenigstens einen Landtag auszuschreiben (25. Februar). Derselbe wurde am 19. März 1804 mit einer Rede eröffnet, welche die Bezahlung der auf dem Lande lastenden Kriegsschulden als Zweck angab. Wichtig genug war dieser Gegenstand; denn der Kriegsschaden war in der Zeit vom April 1792 bis Mai 1801 auf über 25 1/2 Millionen Gulden angewachsen. Aber dem Landtag war es in erster Linie um Befriedigung seiner Forderungen zu thun und die wiederholte Nichtbestätigung seines Konsulenten Gros erhöhte die Gereiztheit. Ein friedliches Zusammengehen wäre unter diesen Umständen sowieso kaum denkbar gewesen; da traten noch Widerwärtigkeiten hinzu, die den Streit vergifteten und den Ausgleich unmöglich machten: der Kurfürst bekam Kunde von geheimen Beziehungen zwischen der Landschaft und dem Erbprinzen.

Erbprinz Wilhelm hatte sich dem harten Drucke des Vaters, den er fast noch mehr als das Land empfand, durch die Flucht entzogen; er hatte freilich Anlaß zu gerechtem Tadel gegeben, da er mit einer Tochter des verfehmten Legationsrats Abel in naher Verbindung stand. Er hatte sich,

Digitized by Google

zunächst unter fremdem Namen, dann, da er freundlich aufgenommen wurde, offen nach Wien (April 1803), später nach Paris begeben. Von hier aus machte er eine längere Reise nach Italien. Friedrich wollte ihn wegen Fahnenflucht und Hochverrats verurteilen lassen; aber der Schutz, den ihm Napoleon gewährte, entzog ihn dem väterlichen Machtbereich. Doch soll jener es von dem ersten Konsul erreicht haben, daß die von Abel betriebene Vermählung Wilhelms in Paris unmöglich gemacht wurde.[1]) Erst nach dreijähriger Abwesenheit kehrte der Sohn zurück. Auf Wunsch des ersten Konsuls stellte der ständische Ausschuß dem Erbprinzen beträchtliche Mittel zur Verfügung und dieser versprach zum Danke die württembergische Verfassung zu schützen. Ja er machte sogar in Paris seinen Einfluß geltend, daß von dort aus das Verlangen nach Einverleibung der Reichsstädte unterstützt wurde, da er fürchtete, sein Vater könnte aus Haß gegen ihn die neuerworbenen Gebietsteile dem jüngeren Sohne Paul vermachen.

Jetzt kannte Friedrich keine Rücksicht mehr gegenüber der Landschaft. Am Abend des 11. Juni wurden plötzlich einige Mitglieder des engeren Ausschusses nebst dem Landschaftssekretär Stockmayer und dem Professor Gros vor die kurfürstlichen Räte geladen. Das Verhör dauerte die ganze Nacht und als Ergebnis desselben wurde schon am folgenden Tage der Landschaft vorgeworfen, daß ein geheimer Ausschuß bestehe, der verfassungswidrige Rechte sich anmaße und trotz der vorgeschützten Leere der landschaftlichen Kassen über einige Tonnen Goldes unverantwortlich verfüge; sie wurde aufgefordert, einige Mitglieder in die Untersuchungsbehörde abzuordnen und erhielt zugleich einen Verweis, weil sie dem nichtbestätigten Gros, wie sich jetzt herausstelle, amtliche Geschäfte übertragen habe. Da die Landschaft die Abordnung von Mitgliedern verweigerte und ihre eigene Haltung verteidigte, wurde sie sofort nach Hause geschickt (20. Juni). An demselben Tage ordnete Kurfürst Friedrich eine Untersuchung der landschaftlichen Verwaltung an, an welcher der größere Ausschuß teilnehmen sollte. Ein Ausschreiben an das Land begründete die Auflösung der Versammlung damit, daß sie nichts Ersprießliches geleistet. Beide Teile klagten beim Reichshofrat; aber Friedrich setzte trotzdem die Untersuchung fort. Mitglieder des engeren Ausschusses wurden aller Verwahrungen ungeachtet vor die Untersuchungsbehörde beschieden, eines derselben, Wagner von Calw, mit Gewalt vor dieselbe gebracht und nach dem Verhöre auf dem Stuttgarter Rathaus festgesetzt. Jetzt trat der Erbprinz offen für die Land-

[1]) W. Lang, Von und aus Schwaben 2, 88.

Digitized by Google

schaft ein: in einem Schreiben an den Geheimerat (Paris, 21.—22. Juli) erklärte er seine völlige Übereinstimmung mit der patriotischen Denkungsart der Stände, verwahrte sich gegen das verfassungswidrige Vorgehen seines Vaters und drohte, später strenge Rechenschaft von allen zu fordern, die ihrem Eide untreu geworden. Das Schreiben machte großes Aufsehen, namentlich auch in Wien. Als Verfasser und Verbreiter desselben wurde Gros festgenommen und auf den Asperg verbracht (24. August); er erkaufte seine Freiheit nach Wochen damit, daß er auf seine Professur nach Erlangen zurückkehrte.

Der engere Ausschuß ging mit dem Gedanken um, seine Sitzungen in eine vorderösterreichische oder badische Stadt zu verlegen, und kam von demselben nur ab, weil er in Wien wenig Beifall fand. Der größere Ausschuß faßte noch einmal alle seine Beschwerden zusammen (22. August). Es waren besonders die Schwächung der verfassungsmäßigen Wirksamkeit des Geheimerats und der landschaftlichen Behörden, das verfassungswidrige Verfahren bei Besetzung öffentlicher Ämter, die Verletzung der Justizverfassung, gesetzwidrige Verwendung des Kirchenguts, Nichtachtung der Landesverträge, Verweigerung von Beiziehung des Kammerguts zu den allgemeinen Lasten. Ohne auf die Beschwerden einzugehen, erklärte der Kurfürst in einem offenen Ausschreiben, daß er kraft der ihm zustehenden obersten Aufsicht über die Verwaltung der Landesgelder diese nicht mehr in den Händen derjenigen lassen könne, die durch einseitige, verfassungswidrige Verwendung ihre Befugnisse überschritten und durch eine Verschwiegenheitsverbindung die Verwaltung vor ihm zu verheimlichen gewagt hätten (22. September). Gleichzeitig wurden fünf Beisitzer des engeren Ausschusses (Klüpfel-Stuttgart, Baz-Ludwigsburg, Wagner-Calw, Keller-Murrhardt, Bilfinger-Nürtingen) vorläufig von ihren Stellen entfernt, Landschaftskonsulent Kerner und die Sekretäre Stockmayer und Weißer abgesetzt. Die Landeskasse sollte einstweilen von den verbleibenden Beisitzern (Prälat Cleß-Blaubeuren, Kölle-Tübingen) zusammen mit dem größeren Ausschuß verwaltet werden. Auf diese Weise hoffte Friedrich vollen Einblick in die Beziehungen der Landschaft zu bekommen, die mittelst der geheimen Truhe aufrecht erhalten wurden. Der landschaftliche Sekretär Stockmayer verweigerte seine Beihilfe und wurde dafür auf dem Rathaus eingesperrt, bis er, um seiner Frau Platz zu machen, auf den Asperg abgeführt wurde. Als kurfürstliche Räte mit den beiden für gefügig gehaltenen letzten Beisitzern des engeren Ausschusses die Rechnungen der Landschaftseinnehmerei abhören sollten, erhoben auch diese den Einwand der Verfassungswidrigkeit, da acht

Digitized by Google

Mitglieder anwesend sein müßten (15. Oktober). Nur der Landschaftskonsulent Stockmayer, Vater des Sekretärs, bot seine Beihilfe an; aber, als er die kurfürstlichen Beamten in die landschaftliche Ratsstube führte, waren die Rechnungen verschwunden (17. Oktober). In Voraussicht des Kommenden hatte der Sohn seiner Frau den Auftrag gegeben, die Rechnungen nötigenfalls bei Seite zu schaffen. Die mutige Frau hatte sie im landschaftlichen Archiv verschlossen. Sie verheimlichte ihre Thäterschaft nicht und wurde, da sie den Versteck nicht verriet, auf dem Rathaus gefangen gesetzt (22. Oktober); der Landtag aber sprach ihr als Dank des Vaterlandes eine Belohnung in Geld zu und „der letzte Württemberger", Eberhard Georgii, vermachte ihr die ihm selbst von den Ständen verliehene goldene Denkmünze. Umsonst durchsuchten die Beamten die Wohnung Stockmayers und die Registraturkästen in der Ratsstube der Landschaft. An sein Arbeitszimmer und das Archivgewölbe wurden wenigstens Siegel angelegt, da die Schlüssel sich nicht finden ließen (3. November). Noch einmal versuchte der Kurfürst seine Absicht mit Güte zu erreichen, indem er dem größeren Ausschuß gegenüber das Ansinnen auf Herausgabe der Rechnungen wiederholte. Aber in der Gewißheit der Erfolglosigkeit bei den derzeitigen Mitgliedern, schrieb er, noch ehe eine Antwort eintraf, einen neuen Landtag aus (10. November). Er gab dabei der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß die Abgeordneten seinen, unverkennbar einzig auf das allgemeine Beste gerichteten, Absichten entgegenkommen und allein das untrennbare Wohl des Herrn und Landes vor Augen haben werden. Als die Eröffnung des Landtags herannahte, wurden Stockmayer die schärfsten Maßregeln angedroht, wenn er den Aufbewahrungsort der Rechnungen nicht angebe; er hielt weiteren Widerstand für unzweckmäßig und gehorchte (22. November). Sofort wurden er und seine Frau auf freien Fuß gesetzt.

Am 26. November 1804 trat der Landtag zusammen, der der letzte in Altwürttemberg sein sollte. Zahlreiche Ämter hatten die Abordnung eines Vertreters unterlassen wollen; wie sie angaben, aus Sparsamkeit, — jedenfalls aus Furcht vor Streit mit dem Kurfürsten. Aber gerade deshalb bestand dieser auf der Absendung. Um den Landtag versöhnlich zu stimmen, hob Friedrich die Absetzung einiger Ausschußmitglieder und Landschaftsbeamten auf. Da aber die Stände auf Anerkennung sämtlicher Ausschußmitglieder und auf Entsiegelung des landschaftlichen Archivs als Voraussetzung für jede Verhandlung und demgemäß auch für den angesonnenen Militärbeitrag beharrten, während die Regierung zuerst den letzteren

Digitized by Google

wollte und der Entscheidung über den Verfassungsstreit auswich, so trat von Anfang an die Fortdauer der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit zu Tage. Sie zeigte sich bald auch darin, daß die Landschaft den Konsulenten Stockmayer wegen seiner regierungsfreundlichen Haltung zum Rücktritt veranlaßte. Nur das Archiv wurde, da der Anlaß weggefallen war, entsiegelt (7. Dezember). Die Regierung versuchte es mit kleinen Mitteln, den Landtag mürbe zu machen: Die einzelnen Ämter durften, mochten sie noch so bedürftig sein, ihre Stimmen nicht übertragen, sondern mußten eigene Abgeordnete unterhalten; ein Erlaß an die Prälaten forderte diese auf, ihres Eides als kurfürstliche Diener eingedenk zu sein; einzelnen Vertretern, von denen hinterbracht worden war, daß sie besonders heftigen Widerstand leisteten, wie der Prälat Fleischmann von Adelberg, wurden scharfe Verweise erteilt; die Ausbezahlung der ständischen Taggelder wurde verzögert; der Wunsch, in die Weihnachtsferien entlassen zu werden, wurde abgeschlagen; auf Magistrate und Amtsversammlungen wurde eingewirkt, sie sollen ihren Abgeordneten die Weisung zur Nachgiebigkeit erteilen. Als alles nichts nützte, ließ der Kurfürst die in den Amtspflegekasten vorrätigen Gelder wegnehmen und schrieb, da diese nicht ausreichten, von sich aus die nötigen Steuern aus (23. Januar 1805). Denn das Heer müsse notwendig unterhalten werden, wenn nicht unberechenbare Folgen daraus entspringen sollten, und es gereiche zum Vorteil der Unterthanen selbst, wenn nicht Steuerrückstände sich ansammeln, die dann auf einmal aufgebracht werden müßten. Der Schritt schien dem Kurfürsten offenbar selbst etwas gewagt; denn gleichzeitig bestätigte er, mit der Begründung, daß durch die Anordnung der Steuer seine Voraussetzungen erfüllt seien, die Wahl der Mitglieder des engeren und des größeren Ausschusses, freilich nicht aller —, Klüpfel, Baz und Wagner blieben ausgeschlossen, Keller und Bilfinger wurden nur vorbehältlich des Fortgangs der über sie verhängten Untersuchung zugelassen. Die Landschaft verwahrte sich gegen die Schritte des Kurfürsten, verlangte Rückgabe der Amtspflegegelder und erklärte feierlich die Selbstbesteuerung für eines der heiligsten Rechte der Württemberger. Sie nahm aber doch die Herstellung der Ausschüsse als eine verfassungsmäßige an und erklärte sich darum von sich aus zur Militärsteuer bereit.

Inzwischen hatten landschaftliche Bevollmächtigte in Wien Zeit gefunden, den Reichshofrat gegen den Kurfürsten in Bewegung zu setzen. Gleich nach den Gewaltthätigkeiten des Oktober waren Klüpfel und Baz dorthin geeilt; einem auf dem Fuße nachgeschickten Regierungsrat war es

Digitized by Google

weder in Bayern noch in Österreich gelungen, ihre Verhaftung durchzusetzen. Am 1. Februar 1805 erklärte der Reichshofrat die von dem Kurfürsten angeordnete Untersuchung der Verwaltung der Landesgelder nebst allen damit zusammenhängenden Schritten für verfassungswidrig und ungiltig und verbot ihm, die beiden Bevollmächtigten, die unter dem Drang der Umstände die oberstrichterliche Hilfe des Kaisers angerufen, dies irgendwie entgelten zu lassen. Der Entscheid des Reichshofrats diente wenigstens dazu, den Streit zwischen Fürst und Landtag äußerlich zu beschwichtigen. Der engere Ausschuß wählte zum Nachfolger des verstorbenen Konsulenten Kerner den dem Kurfürsten genehmen Regierungsrat Schmidlin; Friedrich billigte die Verstärkung des Ausschusses durch drei Prälaten und neun Abgeordnete und die Vertagung des Landtags (2. März). Zugleich wurde eine Vergleichsdeputation aus Räten und ständischen Mitgliedern eingesetzt, deren Thätigkeit jedoch durch die großen militärischen Ereignisse des Jahres um so mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, als sich eine grundsätzliche Übereinstimmung über die gegenseitigen Rechte und Pflichten auch hier nicht erzielen ließ.

Trotz dem Verbote, die landschaftlichen Bevollmächtigten zu bestrafen, ließ Kurfürst Friedrich Baz in Wien verhaften (7. März). Die östreichische Polizei leistete selbst dabei Hilfe, weil ihm anderweitige Verbrechen zur Last gelegt wurden. Durch die grundlosen Beschuldigungen eines rachsüchtigen Menschen war der hessische Regierungsrat Sinclair, der Freund und Beschützer des Dichters Friedrich Hölderlin, eines Anschlags auf das Leben des Kurfürsten und seines ersten Ministers Graf Wintzingerode verdächtigt worden; Hölderlins Irrsinn sollte die Folge eines bösen Gewissens sein, da er zu den Eingeweihten gehört habe. Als erster Mitschuldiger war Baz bezeichnet. Monate lang hielt die Untersuchung die Behörden in Aufregung, bis sie in Folge kräftigen Einschreitens von hessischer Seite im Sande verlief. Sie hatte nur ein, freilich ganz unerwartetes, Ergebnis: der eine der Angeklagten, Regierungsrat von Seckendorf, enthüllte den Plan, den Prinzen Paul heimlich aus dem Lande zu entfernen und in russische Dienste zu bringen. Da der Kurfürst ohnehin schon über die Abwesenheit des Erbprinzen erbittert war, steigerte sich sein Mißtrauen und seine Menschenverachtung.

Die Bildung der dritten Koalition gegen Frankreich nötigte auch Württemberg zur Stellungnahme. Friedrich wäre am liebsten auf der Seite Östreichs gestanden; ein Bündnis mit Frankreich schien ihm schimpflich und verräterisch. Aber Östreich ließ ihn über den Stand der

Digitized by Google

Dinge vollständig im Unklaren. Erst als sich zeigte, daß es ihn und sein Land wieder im Stich lasse, bemühte er sich wenigstens Neutralität zu erlangen; er setzte sich mit den Höfen von München und Karlsruhe ins Benehmen und rief den Schutz von Preußen und Rußland an. Der Plan mußte fehlschlagen, schon weil Bayern sich bereits für Frankreich entschieden hatte und weil das letztere keine Neutralität anerkannte. Sein Gesandter Didelot verlangte klare Entscheidung, ob für oder gegen Frankreich (27. August 1805). Als er nach wenigen Tagen auf sofortiger Antwort bestand, mit dem Einrücken eines großen Heeres drohte und im Fall der Bundesgenossenschaft einen Teil der schwäbischen Besitzungen Östreichs in Aussicht stellte, sprach sich der Geheimerat für Anschluß an Frankreich aus, da das Land sonst völlig verloren sei. Der Kurfürst ließ dem Gesandten eine entsprechende Erklärung abgeben, behielt sich aber die Geheimhaltung vor, bis er durch die äußerste Gewalt gezwungen und gegen die etwaigen Folgen sichergestellt sei (30. August). Es unterliegt keinem Zweifel, daß Friedrich, wenn er nicht einfach abdanken wollte, nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat: die größeren Mächte konnten und wollten ihm nicht helfen und der Nachbar Bayern bereitete sich eben vor, die Erbschaft freiwerdender Gebiete anzutreten; da wollte er doch lieber selbst sein Land vergrößern als es zerreißen lassen.

Am 8. September gingen die Östreicher über den Inn und marschierten durch Bayern; sie sammelten ihre Truppen bei Ulm und schickten Streifscharen bis in den Schwarzwald; zahllos waren die Lieferungen, die sie den württembergischen Ortschaften auflegten. Vom 24. ab überschritten die Franzosen den Rhein; nach wenigen Tagen erschienen sie in Freudenstadt und in Mühlacker; ein großer Teil zog das Rems- und das Filsthal hinauf. Am 30. September traf Marschall Ney in Stuttgart ein. Der Kurfürst hoffte auf Grund seiner Einräumungen, daß die Hauptstadt wie Ludwigsburg von Truppendurchzügen verschont bleibe. Der französische Unterbefehlshaber, der vor dem verschlossenen Rothebühlthor erschien, machte auch Halt, aber Ney selbst erzwang durch Auffahren von Kanonen die Öffnung des Ludwigsburger (späteren Königs-) Thors. Entrüstet beklagte sich Friedrich bei Napoleon, aber Ney behielt Recht, da jener noch keinen Vertrag geschlossen und die Östreicher nicht am Eintritt in das Land gehindert habe. Viele Tausende Franzosen wurden in Stuttgart einquartiert; in den ersten Tagen des Oktober hielten Ney und Prinz Mürat große Paraden innerhalb der Stadt ab. Nur Ludwigsburg blieb verschont, wo eben die Vermählung des jüngeren Sohnes von Friedrich,

Digitized by Google

des Prinzen Paul, mit der Prinzessin Charlotte von Sachsen-Hildburghausen gefeiert wurde.

Als schon die Franzosen in Stuttgart lagen, traf ein östreichischer Beamter dort ein, der anzeigte, daß der Kaiser Württemberg sich selbst überlassen und dem Kurfürsten die zweckmäßigsten Maßregeln anheimstellen müsse. Er wurde schleunigst wieder abgefertigt; aber kaum war er fort, so verlangte, weil Napoleon selbst in das Land kam, Didelot die sofortige Entfernung auch des bei Friedrich beglaubigten Gesandten von Östreich und desjenigen von Rußland. Ehe sie erfolgen konnte, wurden ihnen von französischer Seite Offiziere zur Bewachung in die Häuser gelegt. Der Kurfürst war empört über diese Verletzung des Völkerrechts, die seine eigene Ehre angriff, und erklärte sich selbst als Gefangenen, solange die Gesandten nicht in Freiheit seien. Wirklich tadelte Napoleon auf den erhobenen Einspruch hin jenes Vorgehen. Die Abschiedsaudienz, um welche die Gesandten nachsuchten, erteilte ihnen der Kurfürst aber nicht mehr; er hatte sich schon zu fest an Frankreich angeschlossen.

Napoleon traf in der Nacht des 2. Oktober in Ludwigsburg ein; Friedrich empfing ihn auf das Feierlichste. In der stundenlangen Unterredung, die sie am folgenden Tage hatten, versuchte der Kurfürst noch einmal Neutralität zu erreichen; der französische Kaiser antwortete mit der Erklärung, daß, wer nicht für ihn, wider ihn sei, und mit der Drohung, Württemberg als eroberte Provinz zu behandeln und ihm acht Millionen Kontribution, 2000 Pferde und die nötigen Fuhrleute für Artillerie und Train abzuverlangen. Friedrich machte, um die günstige Gelegenheit zu benützen, seine Abhängigkeit von den Landständen geltend. Napoleon soll ihm den Rat gegeben haben, sie einfach fortzujagen („chassez les bougres“) Sie vereinbarten einen Vertrag, der am 5. Oktober zur Unterschrift gelangte: Friedrich mußte 8000 bis 9000 Mann zu Fuß und 1000 zu Pferd stellen; dagegen wollte ihn Napoleon in den Streitigkeiten mit den Landständen wegen Aufbringung der nötigen Truppen und der Kriegskosten unterstützen und sagte ihm in geheimen Artikeln volle Souveränität über seine Staaten und Anteil an etwaigen Eroberungen zu. Damit war allerdings von dem Bestand des deutschen Reichs schon ziemlich abgesehen, wenn auch die Behauptung des bayerischen Ministers Montgelas, die geheimen Artikel dieses Allianzvertrags dürfen als eigentlicher Anlaß zum Einsturz des deutschen Reichs angesehen werden, Übertreibung und Ausfluß eines schlechten Gewissens ist.

Digitized by Google

Am Tage der Unterzeichnung des Vertrags machte Friedrich dem Geheimerat und dem verstärkten landschaftlichen Ausschuß Mitteilung. Von dem letzteren verlangte er die Aushebung von 2000 Mann und eine halbe Million Gulden; er hielt ihm vor, daß er nicht seine, sondern Napoleons Forderungen vortrage und daß eine Weigerung die Zerstücklung des Landes und das Unglück seines Hauses herbeiführen würde, was er niemals dulden werde. Dann wies er ihm ein Zimmer im Schloß an, wo er sich sofort beraten solle. Der Ausschuß fügte sich notgedrungen, verwahrte sich aber gegen jeden in dem Bündnis etwa auf die Verfassung enthaltenen Angriff. Ihm bangte mit Grund vor dem Äußersten. Hatte doch der Kurfürst noch vor dem Nahen der Franzosen die landschaftlichen Kassen erbrechen lassen. Der Ausschuß versuchte einen letzten Schritt zur Rettung der Verfassung: er wandte sich noch einmal an Talleyrand und sagte ihm die Summe von einer halben Million Gulden zu, wenn er ihren Fortbestand sichere. Der Minister nahm ohne Scheu die erste Sendung von 50 000 Gulden in Empfang; aber die Abmahnung des Gesandten Didelot, der offenbar den Betrug Talleyrands nicht billigte, verhinderte die nutzlose Fortbezahlung.

Sofort nach Abschluß des Vertrags begab sich Napoleon zum Heere. Noch ehe die Württemberger ins Feld ziehen konnten, waren die Östreicher unter Mack in Ulm eingeschlossen; lange Züge von Gefangenen wurden mitten durch das Land nach Frankreich abgeführt. Kurfürst Friedrich brachte nicht mehr als 6300 Mann mit 800 Pferden und 16 Geschützen zusammen. Den Oberbefehl erhielt Generallieutenant von Seeger, der wackere einstige Intendant der Karlsschule. Am 22. Oktober ging dieser selbst mit der ersten Abteilung zur Vereinigung mit den Franzosen nach Bayern ab und marschierte dann über Braunau nach Linz, zu dessen Schutz eine Kette an der böhmischen Grenze gezogen wurde. Dort stellte sich auch die zweite Abteilung, die am 18. November abging, ein. Beide erhielten den Auftrag, die Donaubrücke bei Krems zu decken und rückten demgemäß den Fluß abwärts. Außer einer leichten Plänkelei hatten die Württemberger kein Gefecht zu bestehen; am 25. Januar 1806 kamen sie in die Heimat zurück.

Der Sieg Napoleons bei Austerlitz verbürgte die Belohnungen der Verbündeten. Von württembergischer Seite befand sich seit Wochen der Minister von Normann im französischen Hauptquartier. Die Bereitwilligkeit, mit der Talleyrand jetzt sein Geld — es soll eine Million gewesen sein — annahm, ließ ihn hoffen, einen ansehnlichen Gebietszuwachs für seinen

Digitized by Google

Herrn zu erhalten. Schon war im Südosten Oberschwaben bis über Kempten hinaus samt der Herrschaft Montfort, der größeren Hälfte des Bodensees und einem Teil von Vorarlberg Württemberg zugeschieden, als auf Widerspruch des bayrischen Gesandten Napoleon mit einem kurzen Federstrich über diese Gebiete anders verfügte. Württemberg blieben im Brünner Vertrag vom 12. Dezember 1805 die Herrschaft Ehingen und die Donaustädte Munderkingen, Riedlingen, Mengen, Saulgau, die obere und untere Grafschaft Hohenberg, die Landgrafschaft Nellenburg, die Landvogtei Altdorf, soweit sie von württembergischem Gebiet umgrenzt war, samt dem nordöstlichen Teil des Breisgaus — der Herrschaft Triberg — [1]), die Gebiete von Villingen und Breunlingen und die Grafschaft Bonndorf. Dazu kamen die von Friedrich vorher mit Billigung Napoleons in Besitz genommenen Güter des Deutschordens und des Johanniterordens und die Hoheit über die reichsritterschaftlichen Besitzungen innerhalb des Landes. Die Zahl der neuen unmittelbaren Unterthanen belief sich auf über 120 000. Namentlich aber brachte der Brünner Vertrag und der ihn bestätigende Preßburger Friede vom 26. Dezember dem Kurfürsten von Württemberg die versprochene volle Souveränität und die Königswürde. Östreich mußte auf alle Anwartschafts- und Lehenrechte verzichten, — bis dahin hatte es Ansprüche im Fall des Erlöschens des württembergischen Mannsstamms und war Lehensherr einiger Landesteile. Doch sollte das Königreich noch einen Teil des deutschen Bundes — so wurde das Reich hier genannt — bilden.

So beklagenswert die Ohnmacht des absterbenden heiligen römischen Reiches deutscher Nation war, so schmachvoll die Behandlung, die es sich von Napoleon gefallen lassen mußte, so wenig trifft gerade Württemberg deshalb ein besonderer Vorwurf. Denn wie oft hatten seine Fürsten treu zum Kaiserhause gehalten und waren von diesem im Stiche gelassen worden. Wie die Souveränität, die Friedrich durch Napoleons Gnade

[1]) Als Grenze war eine Linie vom Schlegelberg (nordwestlich von Elzach) bis Molbach angegeben. Letzteres fand sich auf keiner Karte und das gemeinte Mehlbach (an einem der Quellbäche der Wutach) auch nur auf einer. Die württembergische Besitzergreifungsbehörde deutete nach einer andern Karte Molbach als den oberhalb Rheinfeldens auf der linken Seite des Rheins mündenden Möhlibach und nahm den ganzen östlichen Teil des Breisgaus mit Zell im Wiesenthal, Säckingen, Laufenburg in Beschlag, bis Baden mit französischer Hilfe seine Rechte geltend machte. — Die Darstellung eines östreichischen Agenten, der Molbach gar in die Linie zwischen Altdorf (Weingarten) und der Grenze des Fürstentums Ellwangen verlegt (gedruckt in: Fournier, Historische Studien und Skizzen S. 273) beruht auf Mißverständnis.

Digitized by Google

erhalten, das Ziel zweier Jahrhunderte des Verrats und der Felonie gewesen sein soll [1]), ist aus der Geschichte rein unerfindlich. Daß er um seine eigene Stellung und den gesonderten Bestand Württembergs zu retten, von dem französischen Kaiser sich zum Könige machen und sein Land vergrößern ließ, kann ihm nur verargen, wer eine deutsch-nationale Gesinnung von ihm verlangt, wie sie zu seiner Zeit fast nirgends, jedenfalls auch nicht bei seinen Mitfürsten, vorhanden war. Zudem hat thatsächlich die Schaffung größerer Staatengebilde die Einheit Deutschlands angebahnt.

Noch im November 1805 hatte der verstärkte landschaftliche Ausschuß das Ausschreiben einer Vermögenssteuer und die Aushebung von weiteren 1500 Rekruten bewilligt. Am 11. Dezember genehmigte er einen neuen Militärbeitrag, lehnte aber einen solchen zum Schloßbau ab; zugleich bat er um Entlassung über Weihnachten. Ein Bescheid vom 15. genehmigte die letztere, machte aber die Wiedereinberufung von den Umständen abhängig. Sie erfolgte nicht mehr. Als am 30. Dezember vertrauliche Nachricht von der Unterzeichnung des Preßburger Friedens einlief, zeigte der Kurfürst allen Kollegien sowie bei der Parole seine Erhebung zum König an. An demselben Abend wurden die wenigen in Stuttgart anwesenden Ausschußmitglieder in das Schloß befohlen. Es war, sagt ein Augenzeuge, ein langsam schwankender Zug dunkelgekleideter Männer mit gesenktem Blick. Dort wurde ihnen das Ende der Verfassung angekündigt und gedroht, der König werde jede nochmalige Versammlung als Empörung bestrafen. Kassen und Archiv der Stände wurden weggenommen. Am folgenden Tag wurde die Selbständigkeit der Amtsversammlungen, denen die Wahl und die Anweisung der Abgeordneten zustand, abgeschafft, indem sie nur noch unter dem Vorsitz der Beamten tagen sollten.

Ob die Aufhebung der altwürttembergischen Verfassung der Form nach als Staatsstreich Friedrichs zu bezeichnen ist, kann dahin gestellt bleiben. Er selbst hielt sie für die Folge, ja für eine Bedingung des zwischen Östreich und Frankreich geschlossenen Friedensvertrags, an dessen Fassung er freilich selbst mitgewirkt hatte. Darüber ist kein Zweifel, daß Napoleon seinem Verbündeten die Souveränität hauptsächlich darum verschaffte, damit dieser in der Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen unabhängig sei. Thatsächlich machten die neuen Verhältnisse ein Festhalten

[1]) v. Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 1, 226.

Digitized by Google

an der alten Verfassung unmöglich. Die Frage konnte höchstens sein, ob man die württembergischen Stände in der napoleonischen Zeit ein Scheinleben weiterführen ließ, das die Gefahr fortgesetzten Streites in sich barg. Ursprünglich lag eine Beseitigung der Verfassung kaum in der Absicht Friedrichs; er wollte nur die Stände in gewisse Schranken zurückweisen, vor allem den engeren Ausschuß, der seit der Regierungszeit Herzog Karls die Stellung von Kassendirektoren und erwägenden oder anbringenden Volksvertretern mit derjenigen von Mitregenten vertauscht zu haben schien. Erst allmählich verschärfte sich der Streit. Daß Württemberg auf dem europäischen Festland das einzige größere Herrschaftsgebiet mit ständischen Einrichtungen war, erhöhte den Zweifel an deren Zweckmäßigkeit; und eine Verfassung, welche Ämtchen wie Bulach, Dornhan, Heubach, Hohenek, Ochsenberg eigene Abgeordnete einräumte, war ohnehin veraltet. Deshalb begrüßte Friedrich mit Freuden das durch die Umstände herbeigeführte Ende. Die Art freilich, wie er den Einfluß der Landstände brach, die Verfolgungen, die er über deren Mitglieder verhängte, sind, obgleich er vielfach gereizt wurde, nicht dazu angethan, ihn in diesem Kampfe hervorleuchten zu lassen. Das menschliche Mitgefühl gehört den Männern, die, wenn auch rein auf dem Buchstaben und ihrer Auslegung desselben fußend, für das verbriefte Recht stritten und litten. Aber das ist nicht zu verkennen: Der Keim für die zeitgemäße Entwicklung des Staatswesens, die politische Vernunft, ist nicht auf der Seite der Landstände zu suchen, sondern auf der des Fürsten. Dies um so mehr, als eine Verschmelzung der neuen mit den alten Landesteilen am sichersten durch eine Übergangszeit sich vollzog, in der ein gewaltiger Wille gleichmäßig vermischte, was sich sonst in seiner Eigenart gar zu leicht geschieden hätte.

Digitized by Google

Digitized by Google

Drittes Buch.

Das Königreich Württemberg.

Digitized by Google

Digitized by Google

I. Abschnitt.

König Friedrich.

1806—1816.

Kanonendonner, Glockengeläute und Heroldsrufe verkündigten am Morgen des 1. Januar 1806, daß eben die amtliche Nachricht von der Unterzeichnung des Preßburger Friedens und damit von der Anerkennung der Königswürde Friedrichs in Stuttgart eingetroffen sei. Festgottesdienste und Feierlichkeiten gaben sofort der Freude über das Ereignis Ausdruck; das Neujahrsfest wurde dauernd zum Königsfeste bestimmt. Die erste Standeserhöhung, die der neue König vornahm, war diejenige des Friedensunterhändlers von Normann zum Grafen. Am 18. Januar begrüßte Napoleon selbst mit seiner Gemahlin auf dem Rückweg nach Frankreich den König in Stuttgart; der Bund der Souveräne war besiegelt.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die durch Napoleon begünstigten Fürsten das Abhängigkeitsverhältnis, in dem sie thatsächlich zu ihm standen, auch förmlich in einem eigenen Bunde anerkennen mußten. Das war freilich gar nicht nach dem Sinne Friedrichs, der die Souveränität und die Gebietsvergrößerung ja eben dazu erstrebt hatte, um selbständig zu werden, und dessen altfürstliches Selbstgefühl den französischen Emporkömmling im Grunde für recht minderwertig erachtete. Als daher sein Minister Graf Wintzingerode, der in Paris eine günstige Auslegung der Entschädigungsartikel des Friedensvertrags betrieb, den ersten Bericht über den Plan einer Rheinbundsakte erstattete, verhielt sich sein König völlig ablehnend (2. Juli). Er setzte sich sofort mit Bayern ins Benehmen, das aber erklärte, die Sache sei schon so weit gediehen, daß nichts mehr zu machen sei. Talleyrand drohte, den Plan auch gegen den Willen Friedrichs auszuführen und die noch im Königreich liegenden Franzosen,

Digitized by Google

bis er nachgebe, nicht zurückzuziehen. Trotzdem verweigerte Württemberg, als am 12. Juli die Bundesakte in Paris unterzeichnet wurde, die Unterschrift. Erst am 20. gab Wintzingerode der Gewalt nach; am 24. bestätigte der König selbst den Beitritt. Es war vielleicht politisch belanglos, ist aber für die Auffassung Friedrichs bezeichnend, daß er samt drei Brüdern und dem Kronprinzen eine geheime Urkunde aufnehmen ließ, in der er gegen diese Vergewaltigung Verwahrung einlegte. Offen hatte er nur die in dem Vertrage bedungene Abtretung des altwürttembergischen Tuttlingen verweigert. Es hängt sicher mit dieser entschiedenen Haltung Friedrichs zusammen, daß das in Aussicht genommene Schiedsgericht für den Bund, ja die Grundordnung, durch die das Verhältnis der Staaten unter sich und nach außen näher bestimmt werden sollte, nicht zu Stande kam und daß von dem Zusammentritt einer Bundesversammlung abgesehen wurde. Napoleon selbst deutete seine Stellung als Protektor dahin, daß er das Gebiet des Bundes schützen, aber sich nie in die inneren Angelegenheiten der verbündeten Staaten mischen werde.

Wenn wir sehen, daß die Rheinbundsakte mit dem Begriff der Souveränität auch die Aushebung und die einseitige Besteuerung verband, so fällt jeder Zweifel daran weg, daß schon durch die Zusage derselben im Brünner Vertrag die Abschaffung der württembergischen Verfassung ausgesprochen war. Nach außen freilich war die Souveränität fast vernichtet, da das Bündnisrecht vollständig von dem Willen des Protektors abhängig gemacht war.

Unter den 15 konstituierenden Mitgliedern des Rheinbundes nahm der König von Württemberg die zweite Stelle, nach Bayern, ein; auch die später hinzutretenden Könige von Sachsen und Westphalen wurden ihm nachgesetzt.[1])

Das deutsche Reich hatte aufgehört zu sein; am 6. August legte Kaiser Franz die deutsche Krone nieder.

Als Mitgift zum Bündnisse erhielt Friedrich von dem Protektor die Herrschaft Wiesensteig, welche Bayern, die Reichsstadt Biberach, welche Baden abtrat; aus östreichischem Besitz Waldsee und Schelklingen; ferner die Deutschordenskommenden Kapfenburg und Altshausen sowie die von Bayern aufgehobene Abtei Wiblingen. Dazu kam die Landeshoheit über zahlreiche Fürstentümer, Herrschaften und Reichsstifte: Hohenlohe, Waldburg, Buchau, Marchthal, Ochsenhausen, Warthausen, Weingarten, Schussen-

[1]) Zum Vorhergehenden vergl. Reyscher, Publizistische Versuche, S. 8—11.

Digitized by Google

ried, Weißenau, Isny u. a. — im Ganzen mit etwa 180 000 Einwohnern. Dagegen hatte Württemberg an Baden die im Preßburger Frieden erworbenen Gebiete von Bonndorf, Villingen und Breunlingen abzutreten; an die Stelle des gleichfalls verlangten Tuttlingen trat die Herrschaft Triberg, so daß die Ausdehnung, die es im Südwesten genommen hatte, zu Gunsten Badens wieder rückgängig gemacht wurde. Es war dies eine Folge der Vermählung des badischen Erbprinzen Karl mit Napoleons Adoptivtochter Stephanie Beauharnais. Dagegen breitete sich das Königreich im Südosten und Nordosten aus. Durch besondere Staatsverträge mit Bayern und Baden wurde eine große Zahl von innerhalb Württembergs gelegenen Besitzungen erworben, besonders in der Gegend von Heilbronn, Geislingen, Plochingen, Tuttlingen, mit zusammen etwa 90 000 Einwohnern.

An diese Verträge schlossen sich 1810 weitere an, die von Bayern Tettnang, Buchhorn, Wangen, Ravensburg, Leutkirch, Söflingen, Geislingen, Alpeck, Crailsheim, Ulm, die Hoheit über Dischingen und Neresheim, Hohenlohe-Kirchberg u. a. brachten — etwa 160 000 Einwohner —, während an Bayern namentlich die Herrschaft Weiltingen, an Baden Stockach, Hornberg, St. Georgen abgetreten wurden — etwa 50 000 Einwohner.

Gleichzeitig mit der Kundmachung über die Königswürde wurden sämtliche Beamte ihres Eides und ihrer Dienstpflicht entbunden und nur gegen den Schwur unbedingter Treue und Unterthänigkeit wieder bestätigt. Sehr wenige, darunter Eberhard Georgii, verzichteten auf ihr Amt. Bei den Magistraten, denen gleichfalls der neue Eid abverlangt wurde, ging es nicht so glatt ab; um Aufsehen zu verhüten, wurde den Widerspänstigen die Entlassung verweigert und bei der Verpflichtung die Erklärung hingenommen, daß sie nur der Gewalt weichen.

Zu der völligen Vereinigung der Macht in der Hand des Königs gehörte, daß auch die bisher selbständigen Finanzverwaltungen verschmolzen wurden; Rentkammer, Landschaftseinnehmerei und Kirchenkasten wurden dem Oberfinanzdepartement zugewiesen. Damit war jeder Unterschied zwischen den verschiedenartigen öffentlichen Einkünften vollends verwischt. Da der König alle auf dem geistlichen Gute haftenden Verbindlichkeiten übernahm, hatte auch die Kirche, soweit jener sein Versprechen erfüllte, keinen Grund, sich zu beklagen. War doch so wie so der Einfluß der Prälaten auf die Vermögensverwaltung ein äußerst geringer gewesen und gründete sich doch deren Vertretung im altwürttembergischen Landtag nicht

Digitized by Google

sowohl auf das Kirchengut überhaupt als auf die hergebrachte Vorstellung des fortdauernden gesonderten Bestands der alten Klostergebiete. Der Grundstock des mit dem Staatskammergut verschmolzenen Kirchenguts [1]) bestand aus 450 Ortschaften, Weilern, Höfen und Mühlen im Werte von etwa 32¾ Millionen Gulden und mit einer Einwohnerzahl von 68 412. Die vorhandenen Kapitalien beliefen sich auf 800 000 Gulden. Zur Verwaltung des Kirchenguts waren nicht weniger als 1090 Beamte und Diener angestellt. Empfindlicher war, daß auch das Ortskirchenvermögen der evangelischen und katholischen Pfarreien der Krondomänenverwaltung unterstellt und durchaus nicht nur stiftungsgemäß verwendet wurde.

Oberste Behörde für das ganze Land wurde das zunächst für Neuwürttemberg errichtete Staatsministerium, das in erster Linie die Vorstände der noch heute so abgegrenzten sechs Verwaltungszweige in sich vereinigte (Organisationsmanifest vom 18. März 1806). Ursprünglich sollte diese Behörde so ziemlich über alles, was dem König vorgelegt wurde, ein Gutachten abgeben; da aber Friedrich doch seine Entschließungen völlig selbständig traf, schaffte er bald die Beratungen derselben ab und ließ sich von den Ministern unmittelbar Bericht erstatten. Für die wichtigsten Angelegenheiten erweiterte er dagegen das Staatsministerium zum Staatsrat, ohne freilich viel Gebrauch von demselben zu machen.

Das Königreich wurde außer der Hauptstadt in zwölf Kreise mit Kreishauptleuten an der Spitze eingeteilt. Das napoleonische Vorbild führte die Umänderung in ebensoviele, nach Flüssen und Bergen benannte Landvogteien herbei; besonders deutlich zeigte sich dieses bei der willkürlichen Auszeichnung von sieben „guten" Städten. Der unbedingte Gehorsam, der von den Kreishauptleuten und Landvögten verlangt wurde, verleitete diese zur Härte nach unten. Da zudem jegliche Selbstverwaltung der Gemeinden und Amtskörperschaften abgeschafft und deren Vertreter, Beamte und Diener staatlich eingesetzt wurden, entwickelte sich während der Dauer des Rheinbundes genau nach dem Vorbilde eine französische Präfektenwirtschaft.

Da der König in seiner alles überschauenden, aber rasch zugreifenden Weise sich selten die Zeit nahm, zusammenhängende, umfassende Einrichtungen zu treffen, kam es, daß sein Streben nach Vereinheitlichung und Regelung allein in den Jahren 1806—1814 in nicht weniger als 2342 Reskripten und Verordnungen sich äußerte. Die kleinere Hälfte der-

[1]) von Riecke in: Das Königreich Württemberg II, 2, 238.

Digitized by Google

selben wurde im Regierungsblatt veröffentlicht[1]) und so kam es, daß sie vielfach von den Beamten gar nicht befolgt werden konnten, obgleich ihnen dafür Festungshaft und Absetzung drohte.

Auf dem Gebiete des Rechtes wurde in der Rheinbundszeit zunächst bei den höheren Behörden die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt und die oberste Leitung der Rechtspflege dem Justizminister übertragen (1806). Bei den niederen wurde der staatliche Einfluß verstärkt, den Stadt- und Dorfgerichten die Zuständigkeit bei Gegenständen der strittigen Gerichtsbarkeit entzogen (1811). Auch für diese bildeten jetzt, soweit sie geringfügig waren, die aus dem Oberamtmann, Mitgliedern des Ortsmagistrats und dem Stadtschreiber zusammengesetzten Oberamtsgerichte die erste Instanz, die Provinzialjustizkollegien zu Ludwigsburg, Rottenburg, Ulm die höhere.

Es war eine tiefeinschneidende, aber heilsame Maßregel, daß möglichst bald für das ganze Land Einheit des Rechts geschaffen wurde. Schon am 8. Mai 1806 wurde festgesetzt, daß alle mit dem württembergischen Recht nicht übereinstimmenden Bräuche und Gewohnheiten vom folgenden Jahr ab ungiltig sein sollen. Am meisten hatte unter der neuen Rechtsgleichheit der Adel zu leiden. Friedrich entzog ihm die niedere Gerichtsbarkeit auf den eigenen Besitzungen und die Steuerfreiheit; er hob die zu sicherer Vererbung seines Reichtums gestifteten Fideikommisse auf, nahm ihm die besonderen Ehrenrechte und tilgte den Unterschied zwischen adeligen und gelehrten Räten bei der Regierung. Dagegen erleichterte er den seither im Lehensverbande Stehenden die Loslösung von diesem Verhältnisse.

Im Grunde war es unverkennbarer Gerechtigkeitssinn, der König Friedrich in der Rechtspflege leitete. Bei bürgerlichen Streitigkeiten, auch wenn sie sein eigenes Interesse betrafen, verläugnete er denn auch nie seine Unparteilichkeit. Bei Strafsachen freilich glich er mehr dem zürnenden Gotte, der, was ihm sündig erscheint, mit unnachsichtlicher Strenge bestraft, ohne die erklärenden Umstände zu besehen. Die Urteile des Kriminaltribunals waren eigentlich nur Anträge an den König, der rein nach Gutdünken entschied. Da seine Auffassung von Recht und Gerechtigkeit derjenigen der Richter häufig widersprach, machte das Verfahren leicht den Eindruck der Vergewaltigung. Nur die Erzwingung von Geständnissen durch die Folter wurde abgeschafft. Ein hartes Gesetz gegen Staats- und Majestätsverbrechen (1810), das ein ausführliches Umsturzgesetz darstellte, befaßte jeden Versuch einer freien Meinungsäußerung über die Regierung

[1]) Verhandlungen in der Versammlung der Landstände, 1815, VI, 105.

Digitized by Google

in sich. Es war im Sinne dieses Gesetzes, daß ein ziemlich unschädlicher Magister Harter wegen Majestätsbeleidigung als angeblich gefährlicher Geisteskranker eine unmenschliche Behandlung zu erdulden hatte.

Das Finanzwesen erforderte um so mehr eine Neuordnung, als die ganze Verwaltung einer einzigen Behörde übertragen wurde. Man schritt zur Trennung in verschiedene Abteilungen, Sektionen, Ausscheidung einer Hof- und Domänenkammer, Errichtung zahlreicher Bezirkskassenämter. Auch hier wurden die Anforderungen an die Unterthanen gleichmäßigere, allerdings zugleich auch erheblich gesteigerte. Namentlich die Grundsteuer drückte die Besitzer schwer, da diesen vom Reinertrag oft kaum ein Fünftel blieb.

Fast der wichtigste Zweig der Verwaltung war die Polizei. Nicht nur das Thun und Lassen, auch das Reden und Denken der Unterthanen sollte beaufsichtigt werden. Und damit niemand dieser Aufsicht sich entzöge, wurde nicht nur das Recht freier Auswanderung aufgehoben, sondern sogar jede Reise in das Ausland von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht, während andererseits Fremde genauer Überwachung unterstanden. Öffentliche Versammlungen wurden verboten, Schriften, soweit sie irgend sich mit allgemeinen Fragen beschäftigten, wurden strengster Zensur unterworfen. Zahlreiche geheime Kundschafter belauschten die Unterhaltungen in den Wirtshäusern und Privatgesellschaften; und da jedes politische Gespräch verboten war, wurden die Leute so ängstlich, daß sie alle Äußerungen sich verbaten, die nicht ganz harmloser Natur waren. Das Gute freilich hatte dieser Zustand, daß sich bei den Gebildeten ein außerordentliches Interesse an dem unverfänglichen Gebiete von Kunst und Literatur entwickelte. Aus lauter Mißtrauen wurden dem Volke, das bis dahin verpflichtet war, Wehr und Harnisch bereit zu halten, die Waffen genommen, Feuergewehre gänzlich untersagt; die Schützengesellschaften mußten sich auflösen. Als gründliches Mittel gegen Äußerungen von Unzufriedenheit erprobte sich die Einreihung von Verdächtigen unter das Militär. Zur Aufrechthaltung der polizeilichen Ordnung wurden Landreiter aufgestellt. Die Ausdehnung der Überwachung führte zur Errichtung eines eigenen Polizeiministeriums.

Die Fürsorge für den Verkehr zeigte sich in der trefflichen Unterhaltung der Straßen, in der Pflege der dem Hause Taxis entrissenen Post. Handel und Gewerbe wurden durch hohe Zölle geschützt; als Stapelplatz für die Schweiz und Italien wurde durch Vereinigung der Reichsstadt Buchhorn und des Klosters Hofen Friedrichshafen gegründet (1811). Die staatlichen Salz- und Eisenwerke erfuhren zahlreiche Verbesserungen; in Oberndorf erhob sich die später zu großer Bedeutung gelangte Gewehr-

Digitized by Google

fabrik. Da freilich der Vertrieb von Eisen, Salz und Tabak dem Staate vorbehalten war, so blieb in dem industriearmen Lande der privaten Thätigkeit wenig übrig.

Das Religionsedikt vom 15. Oktober 1806 schuf gleiches Recht für die christlichen Glaubensbekenntnisse. Die evangelische Kirche wurde in fünf, später in sechs Generalate geteilt; ihre geistlichen Oberen rückten in die Stelle der alten Klosterprälaten ein. Die unumschränkte Herrschaft in der Kirche wie im Staat behielt sich der König vor; er traf rein kirchliche Anordnungen, ohne die zuständigen Behörden zu Rate zu ziehen, erteilte den Geistlichen Verweise wegen irgendwie mißliebiger Amtshandlungen und schloß Bauern- und Handwerkersöhne vom Studium in den theologischen Seminarien aus. Für Friedrich hatte die Kirche eigentlich nur die Bedeutung, daß sie Gehorsam gegen die Obrigkeit predigte. Die katholische Kirche hatte sich ausgedehnterer Fürsorge zu erfreuen, weil sie bis dahin aus Altwürttemberg mit Ausnahme der seit 1798 in Stuttgart und Ludwigsburg gestatteten Privatgottesdienste verbannt war. Zur Wahrung seiner Hoheitsrechte setzte Friedrich einen Kirchenrat ein, der alle katholischen kirchlichen Angelegenheiten, soweit sie sich durch die Regierung in die Hand nehmen ließen, zu erledigen hatte. Die Bildung eines eigenen Landesbistums mißlang trotz großem Entgegenkommen des Königs, weil Napoleon ein allgemeines Rheinbundskonkordat zu Stande bringen wollte. Nur für die seither zu den Bistümern Augsburg (1812) und Würzburg (1814) gehörigen Gebiete konnte Friedrich ein eigenes Generalvikariat durchsetzen. Sitz desselben wurde Ellwangen, wo zugleich ein Priesterseminar und eine katholische Universität gestiftet wurde. Da die letztere keinem Bedürfnis entsprach, wurde sie später (1817) nach Tübingen übertragen und hier als katholisch-theologische Fakultät der älteren Hochschule einverleibt.

Den Israeliten wurden einige Freiheiten eingeräumt, indem ihnen die Erwerbung liegender Güter zu eigener Bebauung und die Ausübung zünftiger Gewerbe gestattet wurde.

Eine wichtige Änderung vollzog sich auf dem Gebiete des Schulwesens. Während bisher auch die höheren Schulen dem Konsistorium unterstanden, wurde für diese eine eigene Studienoberdirektion errichtet. Jenem verblieb die Leitung der Volksschule, zu deren Hebung ein staatliches Schullehrerseminar in Eßlingen gegründet wurde (1811). Die Universität wurde dem geistlichen Departement für Kirchen, Schulen und Gelehrtenanstalten unterstellt und verlor ihre Sonderstellung (1806). Eine Eingabe des Senats, der sich für die bedrohte Militärfreiheit der Studenten ver-

Digitized by Google

wendete, gab Anlaß, der Universität den Rest der eigenen Gerichtsbarkeit und die Vermögensverwaltung zu nehmen und auch sie der Studienoberdirektion zu unterstellen. Es nützte nicht viel, daß auf die Hebung der Anstalt erkleckliche Summen verwendet wurden; sie blieb hinter anderen Hochschulen zurück, da kein freies geistiges Leben aufkommen konnte und der vom Könige eingesetzte Kurator durch Einhaltung strenger Zucht fast alle fremden Studenten vertrieb. Das Studium war von königlicher Erlaubnis abhängig, die oft gegen den Wunsch von Eltern und Söhnen nur für ein bestimmtes Fach erteilt wurde.

Je durchgreifender König Friedrich verfuhr, je weniger er das Herkömmliche und Liebgewordene, auch wo es möglich gewesen wäre, schonte und achtete, desto schwerer empfanden die Unterthanen den Druck seiner Hand. Zwar fehlte es nicht an Männern, die aus Unterwürfigkeit oder aus Überzeugung die Unbeschränktheit des einen Willens als Darstellung der Idee der Staatsallgemeinheit priesen; zahlreiche Anordnungen dienten thatsächlich der Besserung und der Aufhebung von Mißständen; im Großen hat Friedrich nirgends Zufriedenheit hervorgerufen. Besonders in Neuwürttemberg ließ der ungewohnte stramme Beamtengeist das Gefühl der Vergewaltigung nicht verschwinden. Statt die Bitterkeiten der neuen Ordnung der Dinge irgend zu versüßen, suchte man durch bloße Strenge Unterwürfigkeit zu erzielen. Auch in Altwürttemberg gab es neben dem Schmerz über den Raub der Verfassung genug der Klagen über Härte und Druck. Sie machten sich zwar nur in unbedeutenden Unruhen Luft und etwa in dem Plane jugendlicher Schwärmer, nach der Südseeinsel Tahiti auszuwandern; aber es sammelte sich im Lande eine Fülle der Unzufriedenheit, die Friedrich gefährlich geworden wäre, wenn sie sich nicht vielfach gegen die Franzosen als Verteidiger des Despotismus gewendet hätte.

Ein Hauptgrund der Unzufriedenheit war der die Kräfte des Landes weit übersteigende Aufwand, welcher am Hofe Friedrichs gemacht wurde. Zahlreiche Ehrenstellen, die meist mit ausländischem Adel besetzt wurden, glänzende Feste erhöhten die Pracht des neuen Königtums. Dazu gehörte die besondere Liebhaberei des Königs, die Hegung des Wildes und die Veranstaltung großer Jagdfeste. Als Grund für jene wurden gerne die zahlreichen Verpflichtungen angegeben, die der Hof zur Lieferung von Wild hatte[1]).

---

[1]) Thatsächlich hatte z. B. allein die Witwe Herzog Ludwig Eugens Anspruch auf die jährliche Lieferung von 12 Hirschen, 12 Wildschweinen, 16 Rehen, 50 Hasen, 40 Fasanen, 60 Feldhühnern, 40 Schnepfen.

Digitized by Google

Aber die Sache wurde so übertrieben, daß ein förmliches Landesunglück daraus entstand. Ein gebildeter und glaubwürdiger Zeitgenosse schildert die Beobachtungen, die er selbst in der Gegend von Ludwigsburg machte [1]). Rings um die Stadt her, in einer der fruchtbarsten, mit unsäglichem Fleiße angebauten Gegend des Landes, umschrieb das königliche Leibgehege einen Flächenraum von einigen Quadratmeilen, der einen großen Wildpark bildete, in dem Hasen, Rehe und Füchse sich zu Tausenden umhertrieben. Was der Landmann auf dem Acker oder in dem Weinberge und in den Gärten im Schweiße seines Angesichtes gepflanzt hatte und pflegte, war ihre Speise, ohne daß es jemand wagen durfte, sie im Genusse derselben zu hindern; und nur das, was sie übrig gelassen hatten, konnte seiner Zeit eingeheimst werden. Daß alle Belästigung derselben verhütet oder gebührend bestraft wurde, dafür sorgte eine zahlreiche Schar von vornehmen und gemeinen Jägern, welche im Bewußtsein, daß ihnen die Hut des höchsten königlichen Kleinods anvertraut sei, ihres Dienstes mit rohem Trotz und Übermut warteten. Kamen dann die Herbstmonate herbei, so wurden große Treibjagden veranstaltet, bei denen Tausende in der Nähe und Ferne aufgebotene Bauern das Wild in dichtem Gedränge dem Jagdschirm entgegentrieben. Kaum einer halben Stunde bedurfte es, und es war eine furchtbare Niederlage unter den herbeigetriebenen Hasen, Rehen und Füchsen angerichtet; es lagen wohl 800—1000 derselben tot oder schwer verwundet auf dem Schlachtfelde umher. Der Sieg war aber so leicht und mühelos, daß man das Vergnügen nicht recht begreifen konnte, das man den Schützen während ihrer Blutarbeit im Gesicht las. Noch schlimmer waren die Gegenden daran, in denen große Waldungen Hirschen und Wildschweinen geschützten Unterschlupf boten. Fraßen diese doch oft nicht nur den Segen eines Jahres ab, sondern umwühlten auch den kaum bebauten Boden. Und wehe den Bauern, die, zum Teil aus weiten Entfernungen, Wochen lang ohne Entgelt und Verköstigung als Treiber zu den Hochwildsjagden aufgeboten wurden. [2]) Zwar Höflinge wie Matthisson verherrlichten solche Dianenfeste und Maler brachten sie im Bilde

1) Pahl, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben und aus meiner Zeit (1840), S. 384 ff.

2) In einem einzigen Oberamt wurden in einem Jahre 21 584 Mann nebst 3237 Pferden zu Jagdfrohnen aufgeboten (mehrfaches Aufgebot derselben auch mehrfach gerechnet). Im Oberamt Heidenheim war 1814 der Schaden trotz der Abwehr des Wildes durch Hunderte von Wächtern so groß, daß 5293 Morgen Feld brach liegen gelassen wurden, obgleich die Steuer daraus fortbezahlt werden mußte (Verhandlungen in der Versammlung der Landstände, 1815, I, 96).

Digitized by Google

auf die Nachwelt; aber wer die ungeheure Bedrückung bedenkt, die sie dem gemeinen Volke bedeuteten, kann auch den tiefen Haß begreifen, mit dem in dessen Mitte alles, was König Friedrich Großes und Gutes seinem Lande leistete, für nichts geachtet wurde.

Für Stuttgart hatte die Prachtliebe des Königs den Vorteil, daß endlich das Residenzschloß ausgebaut und daß der herrliche Park, der sich von ihm bis an den Neckar hinabzieht, angelegt wurde.

Flößte Friedrich den Unterthanen Furcht ein, so verstand er es andererseits sich eine achtungsvolle Stellung gegenüber dem übermächtigen Napoleon zu verschaffen. Zwar unterdrückte er ängstlich alles, was den Protektor hätte reizen können; manche Maßregelungen von Schriftstellern, manche Beschränkungen in Handel und Wandel sind darauf zurückzuführen. Auch konnte er nicht umhin, seine einzige Tochter Katharina dem Bruder des Kaisers, dem zum König von Westphalen bestimmten Jerome, zur Gemahlin zu geben (12. August 1807). Aber er brachte es dahin, daß alle Übergriffe in die innere Verwaltung des Landes von französischer Seite vermieden oder auf seine Vorstellungen hin wieder gut gemacht wurden. Es war augenfällig, wie schonend die französischen Truppen in Württemberg verfuhren, während sie in Bayern sich so vieles erlaubten. Namentlich wo es sich um die Wahrung seiner Gerichtshoheit handelte, war Friedrich unbeugsam. Als der Prozeß wegen Verbreitung der Schrift „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung", dem Palm in Nürnberg zum Opfer fiel, auch auf württembergische Unterthanen ausgedehnt wurde und einer von ihnen, Merkle aus dem noch gar nicht unbestritten württembergischen Neckarsulm, vom französischen Kriegsgericht zum Tod verurteilt wurde, ließ der König nicht nach, bis derselbe zu Gefängnisstrafe begnadigt und ihm übergeben wurde. Er kam dann wie die andern in die Sache verwickelten Landeskinder mit einigen Wochen Festungshaft weg (1806). Als später ein französischer Oberst auf dem Rückmarsch durch Württemberg einen des Diebstahls bezüchtigten Bürger in Feuerbach verhaftete und fortführen lassen wollte, drohte ihm Friedrich gar, die benachbarten Garnisonen gegen ihn aufzubieten und zwang ihn, um Verzeihung zu bitten. Nicht einmal das eigenmächtige Einfangen von Hirschen für den kaiserlichen Park duldete er und rügte scharf die Nachgiebigkeit seiner Forstmeister, die geglaubt hatten, einem dahin gehenden Befehl des Marschalls Berthier Folge leisten zu sollen.

Auch bei den persönlichen Zusammenkünften mit Napoleon, als er mit den andern Rheinbundsfürsten einen Vasallenkreis um ihn schließen

Digitized by Google

mußte, hat König Friedrich seine Würde möglichst gewahrt. So lehnte er in Erfurt (1808) die Absendung württembergischer Truppen nach Spanien, obgleich andere Bundesfürsten sich fügten, entschieden ab. Napoleon konnte nur sein Bedauern aussprechen, daß er Friedrich nicht den Krieg erklären könne, da derselbe ein zu kleines Heer besitze. So blieb er in Paris (1809), als nach dem Wiener Frieden neue Länderverteilungen stattfanden, standhaft gegen die Zumutung, sein Erbland mit Hannover oder Portugal zu vertauschen.

Als Mitglied des Rheinbundes hatte Württemberg für den Kriegsfall 12 000 Mann zu stellen. Es bedurfte der ganzen Thatkraft Friedrichs, um ein solches Heer in dem dienstentwöhnten Lande aufzubringen und schlagfertig zu machen. Schon länger hatte er durch Feldübungen und bessere wissenschaftliche Vorbildung von Offizieren die Brauchbarkeit seiner Truppe erhöht. Jetzt gab ihm das Herrscherrecht die Möglichkeit an die Hand, die brauchbarsten Leute zur Fahne auszuheben. Die Wehrordnung vom 6. August 1806 sprach den Grundsatz aus, daß jeder Unterthan zum Heeresdienst verpflichtet sei, nahm aber den Adel, die größte Zahl der Beamtensöhne, in bedingter Weise auch die Einwohner von Stuttgart und Ludwigsburg, Studenten, Künstler u. a. aus. Die Dienstpflicht begann mit dem 18. Lebensjahre und erstreckte sich bei der Infanterie auf sechs, bei der Kavallerie und Artillerie auf zehn Jahre, wozu noch acht, beziehungsweise sechs in der Landwehr kamen. Die Wehrordnung vom 20. August 1809 hob fast alle Ausnahmen von der Dienstpflicht auf und dehnte diese auf die Zeit vom 18. bis zum 40. Lebensjahr aus. Nur wissenschaftliches Studium, zu dem aber besondere Erlaubnis gehörte, befreite von der Aushebung, ohne übrigens zu verhindern, daß besonders stattliche Studenten, die dem Könige auffielen, unter die Garde gesteckt wurden. Mitglieder der früher reichsunmittelbaren Fürsten und Adelsfamilien unterlagen zwar keinem gesetzlichen, aber einem starken moralischen Zwange zum Kriegsdienst. Den ausgedienten oder dienstunfähig gewordenen Soldaten wurde genügende Versorgung in Aussicht gestellt, für einen Teil der letzteren wurde das Invalidenhaus gegründet.

Als 1806 das Aufgebot Napoleons gegen Preußen kam, waren die württembergischen Bataillone noch nicht zu Regimentern umgebildet. Doch gelang es bald, die bedungene Zahl ins Feld zu schicken. Sie bestand aus drei Reiterregimentern, drei Batterieen, wovon eine beritten, und elf Bataillonen Infanterie; die letztere war eingeteilt in Linie, Füseliere, Fußjäger und leichte Infanterie. Den Oberbefehl erhielt Generallieutenant

Digitized by Google

von Seckendorff, dem aber Napoleon den General Vandamme vorsetzte. Da die Disziplin der Truppen viel zu wünschen übrig ließ, wurde von Seckendorff später durch von Camerer ersetzt. Am 14. Oktober, dem Tage der Schlacht von Jena, musterte König Friedrich die ausrückende Division und forderte sie in einem Tagesbefehl auf, sich der Ehre würdig zu zeigen neben dem siegreichen Heere Napoleons zu kämpfen. Der Marsch ging über Heilbronn, Hall, Rothenburg, Baireuth durch Sachsen an die Oder. Am 8. November wurden die Württemberger in Krossen mit zwei bayerischen Divisionen zum neunten Armeekorps unter Prinz Jerome vereinigt und erhielten den Auftrag, die von Napoleon im Rücken liegen gelassenen schlesischen Festungen zu belagern.

Zuerst kam Glogau an die Reihe. Nachdem die Württemberger von den Bayern die Einschließung übernommen hatten (25. November), begab sich Vandamme selbst zu ihnen; nach kurzer Beschießung ergab sich die schlecht verteidigte Festung (3. Dezember). Das ganze Korps sammelte sich wieder vor Breslau. Die Württemberger lagen in der Ohlauer Vorstadt und hatten Mühe, die Entsatzversuche des Fürsten Pleß abzuweisen. Ein Sturm auf die Stadt mißlang; aber sie kapitulierte trotzdem am 5. Januar 1807. Schon am 10. lagen die Württemberger, diesmal wieder allein, vor Schweidnitz. Auch hier wurden sie durch die Streifscharen des Fürsten Pleß stark beunruhigt. Erst nach vier Wochen trafen Belagerungsgeschütze ein, die ein ernsteres Vorgehen ermöglichten; am 6. Februar versprach der Befehlshaber der Festung die Übergabe am 16., wenn bis dahin nicht der Entsatz erfolge. Dieser blieb aus. Auf dem nach kurzer Rast angetretenen Marsch gegen Neisse wurden Glatz und Silberberg durch abgesandte kleinere Abteilungen vergeblich zur Übergabe aufgefordert. Vor Neisse war zunächst, da man sich zugleich gegen Ausfälle aus Glatz zu decken hatte, nur die Beobachtung der Festung möglich. Die tapferen Verteidiger setzten ihrem Gegner stark durch Ausfälle zu und nahmen einmal eine ganze Kompagnie nach kurzem, blutigem Kampfe gefangen (8. März); ein größerer Angriff derselben wurde aber ruhmvoll abgeschlagen (17. März), so daß jene Kompagnie gleich wieder ausgewechselt werden konnte. Mitte April wurde endlich mit den eigentlichen Belagerungsarbeiten begonnen; am 16. begann die Beschießung. Ein mit hervorragender Kühnheit ausgeführter Sturm auf ein vorgeschobenes Fort brachte dieses in die Hände der Württemberger. Aber unentmutigt machten die Belagerten noch mehrere Ausfälle. Erst auf die Nachricht vom Fall Danzigs verstand sich der Befehlshaber zu dem Versprechen, auch die Thore von

Digitized by Google

Neiſſe zu öffnen, wenn es bis zum 16. Juni nicht entſetzt werde. Da Vandamme mit ſtarken Abteilungen den Weg von Glatz verlegte, von wo allein ein Entſatz möglich war, fiel die Feſtung. Von der Beute erhielten die Württemberger drei Fahnen, einige hundert Pferde, 950 Gewehre. Während die Diviſion hier beſchäftigt war, halfen zwei Regimenter derſelben beim Angriff auf das von Gneiſenau verteidigte Kolberg; ſie hielten ſich tüchtig bei dem freilich vergeblichen Sturm auf den Wolfsberg. Noch war Glatz unbezwungen, in dem ſich Graf Götzen mit ſeinen zuſammengerafften Hilfstruppen gelagert. Mit einer bayeriſchen Diviſion fiel der württembergiſchen die Aufgabe zu, dasſelbe zu erobern. Am 21. Juni war die Stadt umſchloſſen; ſchon nach zwei Tagen gelang ein kecker Sturm auf die Außenwerke. Er hatte eine Übereinkunft zur Folge, nach der die Feſtung am 26. Juli übergeben werden ſollte. Der vorher zu Tilſit geſchloſſene Friede rettete ſie für Preußen.

Die Württemberger blieben zunächſt in Schleſien liegen, bis der Befehl kam, nach Berlin zu marſchieren (31. Juli). In Frankfurt a. O. erhielten ſie aber die Beſtimmung, Quartiere in der Mittelmark zu beziehen. Erſt Ende November brachen ſie dort wieder auf und zogen über Torgau, Leipzig und Hof nach Baireuth, um hier wieder Halt zu machen. Dringende Vorſtellungen König Friedrichs bewirkten, daß ihnen die Rückkehr in die Heimat geſtattet wurde. Über Nürnberg und Dinkelsbühl trafen ſie am 20. Dezember 1807 in Ellwangen ein. Ehe ſie ſich trennten, wurden ſie hier vom Könige gemuſtert. Der Abgang bei der Diviſion hatte gegen 1200 Mann und 400 Pferde betragen; darunter waren 11 Offiziere und 735 Mann tot oder verkrüppelt. In Schleſien hinterließen die Württemberger den Ruf üblen Hauſens; ihre Feldtüchtigkeit und Unerſchrockenheit hatten ſie glänzend bewährt.

Im März 1809 wurden die Truppen der Rheinbundsfürſten gegen Öſtreich ins Feld gerufen. Der König beſtimmte den Feldzeugmeiſter von Camerer zum Führer der Diviſion. Trotz entſchiedener Einwände gegenüber Napoleon gelang es ihm aber auch jetzt nicht, die Ernennung Vandammes zum Oberbefehlshaber zu hintertreiben. Camerer, der mit dieſem zu widerwärtige Erfahrungen in Schleſien gemacht hatte, wurde von ſeiner Stelle entbunden, in die Generallieutenant von Neubronn einrückte. König Friedrich befahl ſeinen Offizieren, Vandamme mit der gebührenden Achtung und Höflichkeit zu begegnen, warnte ſie jedoch vor jeglicher Kriecherei und vertraulicher Annäherung, die doch nur ihre Mißhandlung zur Folge hätten. Am 4. April übernahm Vandamme den Oberbefehl über das bei Heiden-

Digitized by Google

heim versammelte Heer, am 11. rückte es aus in einer Stärke von 12 244 Mann, 2530 Pferden, 22 Geschützen, 40 Munitionswagen. Erst am Tage vorher hatten die Östreicher den Inn überschritten. Der Marsch ging nach Dillingen und von da die Donau abwärts. Am 17. April kam Napoleon, der Tags zuvor sich noch kurz in Ludwigsburg aufgehalten hatte, in Donauwörth an und ließ sich durch württembergische Reiterei nach Ingolstadt geleiten. Am 20. war das französische Heer bei Abensberg vereinigt. Napoleon befand sich allein bei den Württembergern. In seiner stolzen, packenden Weise sprach er sie an und schickte sie zum Angriff vor. Nach hitzigem Kampfe drängten sie den rechten Flügel des Feindes zurück und trugen viel zu dem entscheidenden Siege bei. Am 21. erstürmten sie Landshut; am 22. in der Schlacht bei Eggmühl kämpften sie wieder ruhmvoll in erster Linie. Während das Hauptheer Regensburg eroberte und am rechten Donauufer hinabzog, wurde die Division über Braunau nach Linz befehligt. Sie besetzte, um den Übergang über die Donau zu sichern, auch das auf dem linken Ufer gelegene Urfahr und machte von dort aus weitere Streifzüge. Am 17. Mai wurden die etwa 10 000 Württemberger in ihrer Stellung bei Linz von mindestens 26 000 Östreichern angegriffen. Mit Aufbietung aller Kräfte hielten sie Stand und warfen die Angreifer zurück. Hier geschah es, daß ein aus Neuwürttemberg stammender berittener Jäger einen östreichischen Obersten, auf den er von seinem früheren Dienste her einen Haß hatte, von der Front seines Regiments weg als Gefangenen holte. Als Abends im Rücken der siegreich vorgedrungenen Württemberger eine neue feindliche Abteilung erschien, gab es noch einmal harte Arbeit. Vandamme versagte den dazu befohlenen — aus Bosheit, wie die württembergischen Führer annahmen — die zur Stelle geschaffte Munition; so ging es denn bei Nacht mit dem Bajonnet vor und dem Oberbefehlshaber zum Trotz wurde der übermächtige Feind auch hier geworfen. An der für Napoleon ungünstigen Schlacht bei Aspern und Eßling (21. und 22. Mai) nahm nur ein württembergisches Reiterregiment Teil; die Division selbst hatte die weite Donaustrecke von Mölk bis Wien zu decken. In dieser Zeit wurde der erkrankte Generallieutenant von Neubronn durch den bisherigen Befehlshaber der Reiterei von Wöllwarth ersetzt. Erst Anfangs Juli folgten die Württemberger der allgemeinen Vorwärtsbewegung nach Wien und kamen gerade recht, um während der Schlacht bei Wagram (5. und 6. Juli) die Feinde am Übergang auf das rechte Donauufer zu hindern und die aufgeregten Wiener niederzuhalten. Der Waffenstillstand von Znaym (12. Juli) beendigte die Feindseligkeiten.

Digitized by Google

Die Division blieb zum größten Teil in und bei Wien. Nachdem am 14. Oktober der Friedensschluß mit ungeheurem Jubel und allgemeiner Verbrüderung begrüßt worden war, marschierte sie sofort der Heimat zu. Am 10. Januar 1810 hielt König Friedrich Musterung über sein tapferes Heer. Es hatte 14 Offiziere und etwa 500 Mann verloren. Der Preis des Sieges, wie er im Wiener Frieden und dem besonderen Vertrag von Compiegne (24. April 1810) festgesetzt wurde, betrug einen Zuwachs von 110 000 Einwohnern.[1])

Der Krieg Östreichs rief zwei gleichzeitige Erhebungen hervor, die Württemberg in Mitleidenschaft zogen, am Bodensee und in Mergentheim. Die Erhebung Tirols unter Führern wie Andreas Hofer dehnte sich über den Vorarlberg aus. Um sie aufzuhalten, mußte ein besonderes französisches Heer abgesandt werden, zu dem auch ein württembergisches Regiment nach Kempten abging. Schon unterwegs hatte das letztere bei Isny mit vorarlbergischen Streifscharen zu kämpfen. Durch die Aufstellung der Franzosen wurde die Südostgrenze Württembergs nicht gedeckt. König Friedrich schickte daher den Generalmajor von Scheler mit 1200 Mann zu Fuß und einigen Schwadronen an den Bodensee. Außer drei Feldgeschützen führte derselbe eine Anzahl Stücke zur Ausrüstung einer kleinen Flotte mit sich; denn schon wagten die Gegner sich auf den See. Kaum war Scheler angekommen, als der Fall Innsbrucks die Vorarlberger zum Rückzug zwang; er konnte Lindau besetzen, und, wenn auch mannigfach beunruhigt, einen Vorstoß über Bregenz bis Dornbirn machen (25. Mai). Aber die Nachricht, daß die Tiroler den Kampf nicht aufgegeben, rief sofort die Vorarlberger wieder unter die Waffen; Scheler mußte Bregenz räumen und sich hinter die Argen und Schussen zurückziehen (1. Juni). Nur Lindau wurde, namentlich durch drei aus Kempten abgegebene württembergische Kompagnieen, bis zum Ende des Feldzugs tapfer gehalten. Friedrich schickte, was er an Verstärkungen auftreiben konnte, nach. Mit ihnen kam Generallieutenant von Phull, um den Oberbefehl zu übernehmen. Der König selbst begab sich nach Biberach. Zusammen mit französischen und badischen Abteilungen besetzten die Truppen die Linie von Lindau bis Leutkirch. Der Feind stand diesseits von Bregenz (15. Juni). Während sich die Gegner beobachteten, wurde durch Abberufung eines französischen und eines gegen die Aufständischen in Mergentheim bestimmten eigenen Regiments die Streitmacht Phulls so geschwächt, daß er wieder eine Ver-

[1]) Vergl. oben S. 437.

Digitized by Google

teidigungsstellung hinter der Schussen beziehen mußte. Sofort drangen die Vorarlberger vor und plänkelten täglich mit den württembergischen Posten.

Erst als die Gefahr im Norden Württembergs beseitigt war und die dorthin aufgebotenen Kräfte für die Bodenseegegend frei wurden, konnte hier wieder entschiedener vorgegangen werden. Außer der Besatzung Lindaus waren jetzt 12 Bataillone, darunter 10, und $9\frac{1}{2}$ Schwadronen, darunter 5 württembergische, beieinander. Es war die höchste Zeit. Constanz war in die Hände der Aufständischen gefallen, in Stockach mußte der Widerstand gegen die württembergische Aushebung mit Waffengewalt unterdrückt werden. Schon am Tage, nachdem König Friedrich mit den neuen Bataillonen in Weingarten angekommen war (13. Juni), begannen die hitzigsten Angriffe auf die württembergische Stellung. Bei Eglofs gelang es dem Feind, den Posten zu werfen (14. Juni); doch konnte er von Scheler wieder verjagt werden. Auch Isny wurde in diesen Tagen zweimal angegriffen; hier fiel auf Seiten der Württemberger der als wackerer Dichter geschätzte Hauptmann Lohbauer. Am Tage, da die Nachricht von dem zwischen Napoleon und Östreich geschlossenen Waffenstillstand einlief und am folgenden knallten noch die Büchsen bei Neuravensburg und bei Wangen. Die Vorarlberger schenkten jener Nachricht keinen Glauben. Aber der König betrachtete es nicht als seine Aufgabe, jetzt noch aufständische bayrische Provinzen zu beruhigen, schickte einen großen Teil der Truppen heim und überließ dem Kronprinzen Wilhelm den Oberbefehl über die zurückbleibenden. Da Tirol unterworfen wurde, mußte Vorarlberg nachfolgen (Anfang August). Die Gegend von Bregenz bis Immenstadt wurde ohne Schwertstreich besetzt. In Bregenz lieferte sich der Führer der Bewegung, Dr. Schneider, dem Kronprinzen aus, um nicht in die Hände der Franzosen zu fallen, die ihn erschießen wollten. Sein Vertrauen täuschte ihn nicht. Er wurde wenige Tage auf dem Asperg verwahrt und dann an Bayern ausgeliefert, das ihn nach einigen Monaten freiließ. Bald konnte auch Wilhelm mit seinem Bruder, dem gleichfalls ins Feld gezogenen Prinzen Paul, wieder heimkehren.

Der mit demjenigen am Bodensee gleichzeitige Kampf um Mergentheim wurde durch gewaltthätiges Vorgehen des Königs Friedrich hervorgerufen. Es heißt die Thatsachen völlig auf den Kopf stellen, wenn hier von einer Empörung gegen den Landesherrn und von deren Unterdrückung gesprochen wird. Noch ehe Napoleons Tagesbefehl aus Regensburg (24. April) den Deutschorden aufhob, ließ König Friedrich Mergentheim

Digitized by Google

durch den Generallandskommissär von Maucler vorläufig in Besitz nehmen. Er stützte sich dabei auf den Preßburger Frieden von 1805, der die damals schon von den benachbarten Fürsten eingenommenen Deutschordensgebiete denselben zuerkannte. Am 7. Juni wurde die förmliche Einverleibung in das Königreich bekannt gemacht. Als am 13. die Huldigungsformel vorgesprochen wurde, erfolgte fast allgemeines Stillschweigen und niemand erhob die Hand zum Schwure; am nächsten Sonntag wurde das Gebet für den König durch lautes Geräusch übertönt. Sofort sollte mit der Aushebung von Rekruten begonnen werden. Eben nahten von Böhmen her östreichische Scharen der Gegend. Es war natürlich, daß unter diesen Umständen die Aushebung nicht glatt vor sich ging. Der Major und der Oberamtmann, die sie in Wachbach und Markelsheim vornehmen wollten, wurden von den Bauern kurzerhand gefangen und nach Mergentheim geschleppt. Von allen Seiten strömten die erregten Bauern zur Stadt; die 46 Mann des Ludwigsburger Landbataillons, welche die Bedeckung der Beamten bildeten, waren im nächsten Augenblick entwaffnet; Maucler wurde schwer mißhandelt und mit seinen Begleitern eingesperrt. Tage lang herrschte der Pöbel in Mergentheim; nur mit Einsetzung des eigenen Lebens gelang es besonnenen Bürgern, vor allem zwei Deutschordensrittern, den Freiherrn von Maucler vor den rasenden Bauern zu retten.

König Friedrich war empört über die Mergentheimer Ereignisse. Eben war er im Begriffe durch Aufbietung verabschiedeter Soldaten, durch Einberufung ungeübter Landbataillone dem drohenden Eindringen jenes östreichischen Korps zu begegnen, dessen Kommen die Mergentheimer Bauern erhofften. Er sah hier eine noch größere Gefahr als am Bodensee und begab sich selbst mit seiner Garde auf den Schauplatz. Als er in Ellwangen eintraf (1. Juli), waren die Östreicher, die schon Nürnberg besetzt hatten, vor den von Würzburg herbeieilenden Franzosen gewichen; dem gegen Mergentheim vorgeschickten General Scheler war es deshalb leicht gelungen, den dortigen Unruhen ein Ende zu machen.

Auf die Kunde, daß die Württemberger nahen, sammelten sich die bewaffneten Bauernhaufen in der Stadt (29. Juni). Sie wurden durch List wieder hinausgebracht und stellten sich in Schlachtordnung, zerstoben aber auf die ersten Schüsse. Mergentheim selbst betrachtete die Württemberger als Befreier; man hätte gar zu gerne mit ihnen verhandelt oder ihnen einfach die Thore geöffnet. Das fortgesetzte Feuern derselben machte beides unmöglich. So drangen sie denn mit Gewalt ein und behandelten die

Digitized by Google

Stadt als eroberte, obgleich niemand Widerstand leistete. Vergebens suchte der besonnene und menschenfreundliche Maucler Ruhe zu schaffen; beinahe wäre er selbst ein Opfer seiner Landsleute geworden.

Mit den Schuldigen sollte auf Befehl des Königs strenge ins Gericht gegangen werden. Da aber die eigentlichen Anstifter geflohen waren, nahm der mit der Bestrafung beauftragte von Reischach Anstand, Unschuldigere die Härte kriegsgerichtlicher Sprüche fühlen zu lassen. Er wurde daher durch den gefügigen Grafen von Taube ersetzt, der durch Hinrichtung von sechs Beteiligten das gewünschte abschreckende Beispiel aufstellte. Die beiden Deutschordensritter, denen Maucler seine Rettung verdankte, wurden des Landes verwiesen, Maucler selbst wurde einige Monate in Haft gesetzt.

Die wenigen Friedensjahre, welche dem Kampf gegen Östreich folgten, benützte König Friedrich zur Neubildung seines Heeres. Hunderte von Studenten und sonstigen noch vom Dienste Befreiten wurden nach willkürlichster Auswahl eingezogen. Als das Heer im Jahre 1812 gegen Rußland marschieren mußte, war es geschulter und kriegstüchtiger als je. Um Mitternacht des 15. Februar kam der Befehl zur Marschbereitschaft. Schon am 1. März konnte der König bei Öhringen die Heerschau abhalten. Es sammelten sich zwölf Bataillone Infanterie unter Generallieutenant von Scheler, vier Regimenter Kavallerie unter Generallieutenant von Wöllwarth, zwei Batterieen zu Fuß. Mit dem seit fast einem Jahre nach Danzig verlegten Infanterieregiment und den später nachgeschickten Ersatzbataillonen gingen 15 800 Württemberger mit 3 400 Pferden und 32 Geschützen dem Verhängnisse in Rußland entgegen. Den Oberbefehl übernahm auf Geheiß des Vaters Kronprinz Wilhelm; sein Generalstabschef war Generalmajor von Kerner. Als Freiwilliger zog Herzog Adam von Württemberg mit, während des Königs Bruder, Herzog Alexander, und sein Neffe, der tapfere Herzog Eugen, auf russischer Seite fochten.

Am 11. März begann der Marsch in vier Kolonnen. Er ging über Würzburg, durch den Thüringer Wald nach Leipzig und Frankfurt a. O. Unterwegs wurden die Württemberger als 25. Division der großen Armee mit zwei französischen zum dritten Armeekorps unter dem Marschall Ney vereinigt. Durch Polen führte der Weg nach Thorn, das am 25. Mai erreicht wurde. Dann zog das Heer auf beschwerlichen Märschen bei schlechtester Verpflegung der russischen Grenze zu. Am 25. Juni wurde diese auf dem Niemen überschritten; Napoleon selbst beobachtete den Übergang. Da die Württemberger meist die Nachhut bildeten, trafen sie nichts als leere und verwüstete Orte. Schon in den ersten drei Tagen

Digitized by Google

blieben mehr als tausend Mann aus Erschöpfung liegen; Ruhr und Nervenfieber hielten schrecklichen Einzug. Am 29. ging es über die Wilija, um den äußersten linken Flügel des Heeres zu bilden. Wohin die Württemberger kamen, dehnte sich Moraſt aus, so daß die Mannschaften die Nächte stehend zubringen mußten, daß die Uniformen am Leibe verfaulten, daß die Pferde der Artillerie zahlreich stürzten. Im Städtchen Maliaty fanden sie eine fünftägige Rast; aber wieder ergriffen die Krankheiten tausend Mann. Glühende Hitze bei Tag wechselte mit schneidender Kälte bei Nacht, und als in der Richtung nach Nordosten Braslaw erreicht war, mußte der Kronprinz, der bis dahin ein glänzendes Beispiel von Selbstüberwindung gegeben, krank zurückbleiben (19. Juli). Er konnte nach einigen Wochen nach Wilna gebracht werden, erlitt dort einen Rückfall der Krankheit und kehrte dann nach Hause. Den Oberbefehl übergab er dem trefflichen General von Scheler. In Braslaw wurde durch die Ankunft einer Lebensmittelsendung aus der Heimat der größten Not für einige Tage abgeholfen, so daß der Zug, der jetzt aufwärts dem rechten Ufer der Düna folgte, weitergehen konnte. Am 28. Juli marschierte die Division durch Witebsk, bei dem sich das ganze Heer vereinigte, und durfte in Liozma eine zwölftägige Ruhe genießen. Freilich war sie auf kaum fünftausend Mann zusammengeschmolzen, obgleich sich an Gefechten bis jetzt nur das von der Division abgetrennte dritte Reiterregiment beteiligt hatte. Während dieser Zeit übernahm ein französischer General, Marchand, an Stelle Schelers den Oberbefehl.

Napoleon entschloß sich gegen Moskau vorzurücken. Am 12. August brachen die Württemberger auf, bald setzten sie unter den Augen Napoleons bei Krasnji über den Dnieper und rückten vor Smolensk, wo eine Hauptschlacht erwartet wurde. Auf dem äußersten linken Flügel, der von den Württembergern gebildet wurde, begann am 17. der Kampf. Nur 200 bis 300 Mann stark konnten die Bataillone noch aufmarschieren. Dennoch erstürmten sie die Vorstadt auf dem diesseitigen Ufer des Flusses. Das Gewehr im Arm erwartete man den Tagesanbruch; er zeigte Smolensk von den Russen geräumt; nur ihre Nachhut wehrte den Übergang. Eine württembergische Brigade, nur von einem halben Bataillon Portugiesen unterstützt, durchwatete unterhalb der Stadt den Fluß und säuberte in blutigem Ringen die Straßen vom Feinde, so daß es möglich wurde, Brücken zu schlagen und das Hauptheer überzuführen. 730 Mann, darunter 45 Offiziere, kostete die Division der Sieg. Schon eine Stunde rückwärts, hinter dem heiligen Thale, stellten sich die Russen wieder. Nachdem

Digitized by Google

das Gefecht lange unentschieden geblieben, gelang es dem Oberst von Stockmayer im dichtesten Nebel und Pulverdampf ein Dorf zu nehmen, auf das sich der rechte Flügel des Feindes stützte, und so zur Entscheidung vieles beizutragen (19. August). An diesem Tage schmolz die württembergische Division auf kaum 2200 Mann zusammen. Auch diese Zahl wurde durch Krankheiten so vermindert, daß nach wenigen Tagen die ganze Infanterie aus etwa 1400 Mann bestand; einige Kompagnieen zählten nur noch 3—6 Mann. Napoleon ordnete daher auch bei den Württembergern eine andere Einteilung der Truppenkörper an; ihre Infanterie wurde zu einem Regiment von drei Bataillonen unter dem bewährten Stockmayer vereinigt. Die vier Reiterregimenter mit zusammen 760 Mann, die Artillerie mit 420 blieben in der bisherigen Zusammensetzung bestehen. Die überzähligen Offiziere folgten zu etwaigem Ersatz.

Nach einigen Tagen der Ruhe wurde der Marsch fortgesetzt; am 7. September stand das Heer bei Borodino den Russen gegenüber, die einen letzten verzweifelten Versuch machten, Moskau zu retten. Bei dem furchtbaren Gemetzel, das hier entstand, hatten die Württemberger die Aufgabe, sich einer Schanze auf dem linken feindlichen Flügel zu bemächtigen. Sie wurde gewonnen und ging verloren. Während eingedrungene Franzosen daraus zurückströmten, drangen jene vor und besetzten dieselbe. Vorbeistürmende russische Reiterei kam ihnen in den Rücken; der Kaltblütigkeit Stockmayers gelang es, nach beiden Seiten siegreichen Widerstand zu leisten. Mürat selbst flüchtete sich in diese Schanze. Als die Schlacht entschieden war, hatte die kleine Schar der Württemberger über 600 Mann verloren; auch General Scheler war verwundet.

Der Weg nach Moskau war frei. Reiterei, an ihrer Spitze das 3. württembergische Regiment, durchzog prüfend die menschenleere Stadt. Am 14. September rückte Napoleon mit seinen Garden ein. Sofort leuchteten die Flammen auf, durch welche die Russen dem Feinde Wohnungen und Vorräte vernichteten. Als der Brand nachgelassen, durften auch die Württemberger Quartiere beziehen; die Kasansche Vorstadt wurde ihnen angewiesen. Endlich konnten sie sich der Ruhe hingeben, nachdem sie, seit der Niemen überschritten, nie aus den Kleidern gekommen. Dürftig genug zwar waren die Häuser der Vorstadt; auch fehlte es an Fleisch und Brot; sonst aber fanden sich Vorräte in Hülle und Fülle. Die Lage besserte sich noch, als eine Vorstadt innerhalb der Wälle bezogen werden durfte. Am empfindlichsten war der Mangel an Futter für die Pferde; die Abteilungen, welche deshalb die Gegend absuchten, wurden meist blutig

Digitized by Google

empfangen. Zur Sicherung wurden drei württembergische Reiterregimenter und eine Abteilung Infanterie einige Stunden weit vorgeschoben. Das 3. Reiterregiment nahm an der Verfolgung der Russen unter Mürat rühmlichen Anteil; als es aber nach Moskau zurückkehrte, bestand es noch aus zwei Unteroffizieren und vier Reitern. Am 18. Oktober hielt Napoleon über die Garden, das 1. und 3. Armeekorps Parade ab. Zur Anerkennung der tapferen Haltung der Württemberger ernannte er dabei General Scheler zum französischen Reichsgrafen und verlieh ihm eine Dotation von 20 000 Franken, den übrigen Offizieren zusammen eine solche von 80 000. Scheler wurde bald darauf auch in den Grafenstand des Königreichs erhoben und durch eine Dotation von 60 000 Gulden ausgezeichnet. Eben kamen 1000 Wiedergenesene bei der Division an, so daß die Infanterie aus etwa 1500 Mann bestand, die Kavallerie aus nicht ganz 400, die Artillerie aus 480 mit 30 Geschützen.

Schon am folgenden Tage begann der Rückzug aus Moskau. Da die vorausziehenden französischen Garden alles Vorhandene verzehrten und die Ortschaften anzündeten, blieb den später Kommenden nicht einmal mehr ein Obdach. Der Versuch Napoleons, eine unberührte Straße für den Heimweg einzuschlagen, wurde durch die andrängenden Russen vereitelt. Bei Borowsk wurden auch die Württemberger angegriffen und auf die Straße nach Smolensk gedrängt. Immer dichter waren die Russen auf den Fersen; der ganze Wagenpark mit dem Gepäck der Division fiel ihnen in die Hände. Am 3. November eröffneten die Russen bei Wjasma einen hitzigen Kampf; zwei französische Armeekorps wurden geworfen, das dritte, vor allem die Württemberger, deckte standhaft den Rückzug. Dafür wurde ihm die ebenso ehren- als dornenvolle Aufgabe zu teil, von nun ab die Nachhut der ganzen Armee zu bilden, so daß sie sich täglich mit den schwärmenden Kosaken herumzuschlagen hatten. Dazu kam jetzt tiefer Schnee und grimmige Kälte.

Am 11. November wurde Smolensk erreicht. Wieder waren die Magazine schon geleert; doch trieb General Scheler noch Brot und Branntwein auf, die für einige Tage ausreichten. Nur hundert Württemberger behielt Ney bei der Nachhut. Die übrigen schlossen sich an das vorausziehende 5. Korps an, mußten aber bei Krasnji durch die in den Weg tretenden Russen sich durchschlagen und ihnen die letzten Geschütze überlassen. Als Ney die Division wieder erreichte, hatte er von Württembergern nur noch einen Offizier und sieben Mann bei sich. Sie waren im Ganzen auf 300 Mann zusammengeschmolzen.

Digitized by Google

An der Beresina hatten sich die Russen aufgestellt, um den Resten der großen Armee den Garaus zu machen. Es wäre um diese völlig geschehen gewesen, wenn nicht zahlreiche frische Truppen den Kampf für die abgematteten übernommen hätten. Unter jenen war auch das von Danzig nachgeschobene 1600 Mann starke 7. württembergische Infanterieregiment. Es hatte unterwegs, namentlich bei Minsk (15. November) starke Verluste erlitten. Jetzt sollte es mit den Polen den Übergang bei Borisow halten, wurde aber daraus vertrieben und ging bis auf 150 Mann, die sich mit der Division vereinigen konnten, zu Grunde. Am Abend des 27. November überschritt das Häuflein Württemberger die Beresina. Kaum 150 Mann unter General Kerner marschirten noch bewaffnet und geschlossen in guter Haltung, die sie vor dem größten Teil des Heeres auszeichnete. Nach zwei Tagen hatten auch sie sich bis auf 57 Mann aufgelöst. Über 300 verwundete Landsleute mußten über dem Fluß zurückgelassen werden und erlagen meist der Kälte oder dem Hunger, ehe sie in die Hände der Russen fielen.

Immer grimmiger wütete der Winter; immer endloser schienen sich die nackten Gefilde auszudehnen. Es war nur noch eine Vermehrung des Jammers, daß 8000 neue deutsche Truppen, darunter 1000 Württemberger eintrafen, um den Rückzug zu decken (6. Dezember). Die letzteren hatten schon unterwegs 300 Mann zurückgelassen; jetzt wurden sie in den allgemeinen Untergang verwickelt. Als Wilna erreicht wurde und gegen die nachstürmenden Russen verteidigt werden mußte (8.—9. Dezember) zählte das Ergänzungsregiment noch 60 Mann. Kurz war die Erholung in Wilna. Am 10. Dezember wurde es von den Kosaken überfallen. 47 württembergische Offiziere und 600 Mann, die in den dortigen Spitälern lagen, wurden zu Gefangenen gemacht. General Scheler hatte ihr Loos durch Zurücklassung von Ärzten uud Geld möglichst erleichtert; der russische General Herzog Alexander von Württemberg nahm sich ihrer warm an; später genossen sie die Unterstützung der Kaiserin-Mutter Maria Feodorowna; aber fast alle erlagen einer gräßlich wütenden Seuche. Was sich noch aufrecht halten konnte, floh eiligst der Grenze zu, die Kosaken auf den Fersen. Endlich, am 13. Dezember, erblickten die ersten Flüchtigen die Grenze: von den Württembergern kamen etwa 300 über den Niemen zurück. Was nicht tot war, wurde gefangen in das Innere Rußlands bis nach Asien geschickt; erst im Anfang des Jahres 1814 befreite die Deutschen ein Befehl des Zaren.

Als Sammelplatz für die nach Ostpreußen zurückgekehrten Württemberger wurde Inowrazlaw, südlich von Thorn, bestimmt. Mit den früher

Digitized by Google

in der Gegend Zurückgebliebenen kamen hier im Anfang des Jahres 1813 etwa 280 Kavalleristen und Artilleristen mit 130 Pferden zusammen, von der Infanterie 7 Offiziere und 182 Mann. Die letzteren wurden in Posen zurückgehalten und mußten später Küstrin verteidigen helfen, während die anderen auf Befehl des Königs nach Hause geführt wurden. Im Januar und Februar kamen diese in die Heimat zurück, wo schon der König gewaltige Anstrengungen machte, um die schmerzlichen Verluste zu ersetzen.

Noch am 17. Dezember hatten die Stuttgarter Zeitungen die überschwenglichsten französischen Siegesberichte gebracht. Erst die Nachricht von der schnellen Rückkehr Napoleons machte stutzig. An Weihnachten kam die Schreckensbotschaft von der wahren Lage der Dinge. König Friedrich war von dem Unglück tief ergriffen. Er bestellte die an Neujahr üblichen Feierlichkeiten ab; er begleitete ein notwendiges Ausschreiben neuer Steuern mit Ausdrücken des Bedauerns über die schweren ihm und dem Lande auferlegten Opfer; er allein unter den Verbündeten enthielt sich, dem harten Oberherrn seine Teilnahme an den großen Verlusten auszudrücken. Daß er auch noch eine Liste der umgekommenen und gefangenen Offiziere veröffentlichte, nahm ihm Napoleon als Verhetzung des Landes besonders übel.

Die Stimmung in Württemberg, angefacht durch die Kunde von Preußens Erhebung, machte sich in lauten Verwünschungen gegen Frankreich, in begeistertem Verlangen nach Anschluß an die deutsche Sache Luft. Friedrich zögerte nicht, den Umständen Rechnung zu tragen, und nahm die diplomatischen Schritte Östreichs und Preußens eifrig auf. Jenes gewann ihn, indem es ihm die bisherige Unabhängigkeit in Aussicht stellte; dieses erhielt den Eindruck, daß er nur auf Östreich und Bayern warte, um seinerseits sich von Napoleon loszusagen. Schon erklärte er dem französischen Gesandten, daß er sein Heer nicht mehr aus dem Königreich hinausmarschieren lasse; und dieser fühlte sich am Stuttgarter Hofe wie in den Bann gethan. Selbst Napoleon gegenüber, der ihn zur Unterdrückung jeglicher Umsturzbewegung aufforderte, führte er eine stolze Sprache; er wies hin auf die Treue der deutschen Stämme, auf das Fehlschlagen aller Aufwieglungsversuche in seinem Lande, auf die achthundertjährige Verbindung Württembergs mit seinem Hause. Aber die so lange unentschiedene Haltung von Östreich und Bayern nötigte den König, zugleich dem französischen Kaiser gegenüber die Stellung des Verbündeten einzuhalten. Als daher Napoleon dem württembergischen Vertreter in Paris bittere Vorwürfe über die Schritte Friedrichs machte, sah sich dieser veranlaßt, einen außerordent-

Digitized by Google

lichen Gesandten zur Beschwichtigung des Zürnenden abzuschicken. Mit Strenge verfuhr er gegen öffentliche Kundgebungen, die ihn hätten in Verlegenheit bringen können: für den Anschlag eines Aufrufs in Biberach, der die nahe Erlösung durch Östreich verkündigte, mußten unschuldige Bürger harte Strafe leiden und wurden die Brustwehren auf den Mauern der Stadt gebrochen.

Die Neutralität Östreichs, der Abbruch der zwischen Preußen und Bayern geführten Verhandlungen trieben König Friedrich zum Festhalten an Napoleon. Doch war er entschlossen, wenn sich dieser über den Rhein zurückziehen müsse, seine Truppen abzuberufen. Um freie Hand zu behalten, lehnte er das von Bayern insgeheim angetragene engere Bündnis ab (April 1813).

Die Schaffung eines neuen Heeres wurde mit allen Mitteln beschleunigt. Am 19. April konnte die erste Abteilung, 7260 Mann mit 1400 Pferden von Mergentheim aus nach Sachsen abgeschickt werden. Den Oberbefehl führte Generallieutenant von Franquemont; der König gab ihm den geheimen Auftrag wegen des etwaigen Rückzugs. Als die Württemberger sich an der Elster mit dem 4. Korps unter Graf Bertrand vereinigten, das noch aus einer französischen und einer italienischen Division zusammengesetzt wurde (4. Mai), hatte Napoleon die Verbündeten schon über die Elbe zurückgedrängt. Bei Bautzen (20. und 21. Mai) kam es wieder zur Schlacht. Am zweiten Tag derselben erhielt die württembergische Division den Befehl, die Höhen, welche den Stützpunkt des rechten feindlichen Flügels bildeten, im Sturm zu nehmen. Mit einem Heldenmute, der die Bewunderung Napoleons erregte, wurde der Befehl ausgeführt. Franquemont wurde verwundet, 48 Offiziere und über 1200 Mann gingen verloren; aber die Württemberger hatten fast das Meiste zum Siege beigetragen; namentlich Generalmajor von Stockmayer hatte sich hervorgethan. Die Verfolgung, die nach Schlesien führte, brachte noch ein verlustreiches Gefecht bei Jauer. Dann traf die Nachricht von dem am 4. Juni vereinbarten Waffenstillstand ein. Die Württemberger lagerten in Schlesien, später bei Baruth in Brandenburg, südlich von Berlin.

Während des Waffenstillstands kam die am 25. Mai ausmarschierte zweite Abteilung, 4360 Mann mit 1330 Pferden — die Infanterie unter Döring, die Kavallerie unter Graf Karl von Normann — in Leipzig an. Sie wurden gegen die Streifscharen verwendet, die das Heer im Rücken beunruhigten. Die kühnste war diejenige des Majors von Lützow. Dieser hielt sich nicht genau an die Bestimmungen des Waffenstillstands, ver-

Digitized by Google

handelte aber mit französischen Heerführern über seine Marschrichtung. Napoleon hielt die Gelegenheit für günstig, die verhaßte Freischar aufzureiben. Auf seinen Befehl schickte der Herzog von Padua einen Teil der Brigade Döring ab, um Lützow aufzusuchen (15. Juni). Als derselbe bei Kitzen gefunden war, wurde er durch den Herzog hingehalten; derselbe sandte den Divisionsgeneral Fournier mit der Brigade Normanns und französischen Truppen an Ort und Stelle (17. Juni). Fourniers Ansinnen, Lützow verräterischer Weise gefangen zu nehmen, wies Normann entrüstet zurück. Dem Befehle, ihn mit seinen Leuten zur Übergabe aufzufordern, mußte er Folge leisten. Da die Lützower eilig gegen Leipzig abzogen, entstand in der schon einfallenden Dämmerung ein förmliches Wettrennen. Ein Schuß, der aus den Reihen der Freischar fiel, gab vollends das Zeichen zum Kampf. Die Lützower wurden zersprengt; Theodor Körner erlitt dabei eine schwere Verwundung. Die Württemberger verloren nur einen Toten und sechs Verwundete. Um die Schande des Überfalls von sich abzuwälzen, verläugneten Napoleon und seine Generale ihre Befehle, und so blieb sie ungerechter Weise an Normann und den Württembergern hängen, die sich unter diesen Umständen nicht verteidigen konnten.

Der Kongreß zu Prag, der während des Waffenstillstandes den Frieden herbeiführen sollte, endete mit dem Anschluß Östreichs an Preußen und Rußland. Napoleon befahl dem Marschall Oudinot, mit drei Armeekorps, darunter dem vierten, gegen Berlin zu rücken. Die württembergische Brigade Döring hatte sich mit der übrigen Division vereinigt, während die Reiterei Normanns zum Korps des Marschalls Marmont abbefehligt wurde. In die Niederlage, die sich Oudinot bei Großbeeren zuzog, wurden die Württemberger nicht verwickelt; doch erlitten sie auf dem Rückzuge über Jüterbog nach Wittenberg, da sie die Nachhut bildeten, fast tägliche Verluste.

Kaum bei Wittenberg angelangt, erhielt das Heer den Befehl, noch einmal den Vorstoß auf Berlin zu versuchen. Jetzt trat Ney an die Spitze. Das vierte Korps bildete den rechten Flügel der französischen Aufstellung; die Württemberger standen auf dem äußersten Flügel bei dem Dorf Eupern. Am 4. und 5. September kamen sie hier ins Gefecht, wobei sie zwar den andringenden Gegner aufhielten, aber 480 Mann, mehr als ein Drittel der beteiligten Brigade, verloren. Am 6. September entspann sich durch den Übereifer des Grafen Bertrand, der die Ankunft des andern Korps Neys nicht abwartete, die Schlacht bei Jüterbog und Dennewitz. Das zweite und das siebte württembergische Regiment wurden von dem überlegenen Feinde gefangen genommen. Etwa 2300 Mann kostete die Schlacht

Digitized by Google

die Württemberger. Und doch waren sie die einzigen, die auf dem wilden Rückzug noch einige Ordnung einhielten. In ihre Bataillone flüchteten sich die französischen Generale selbst. Wieder mußten sie die Nachhut übernehmen und litten Unmenschliches. Es waren Tage, die an die Gefilde Rußlands erinnerten. Als sich die Division bei Torgau sammelte, war es nur noch möglich, vier schwache Bataillone mit zusammen kaum 2000 Mann zu bilden; über Reiterei verfügte sie fast gar nicht mehr.

Die Berichte, die Franquemont an König Friedrich einsandte, veranlaßten ihn, Napoleon vorzustellen, er möge die traurigen Reste nach Hause ziehen lassen, da sie sonst nicht einmal mehr als Stamm für ein neues Heer dienen könnten. Als nach einigen Wochen Bayern im Begriff stand, sich mit Östreich zu verbünden, wiederholte Friedrich seine dringenden Bitten. Aber Napoleon mochte voraussehen, daß, was er jetzt dem Untergang entziehe, doch nur gegen ihn verwendet werden würde, und hielt die Reste der Württemberger zurück.

Noch einmal mußten diese gegen die Verbündeten kämpfen. Die Preußen schickten sich an, bei der Elstermündung die Elbe zu überschreiten. Bertrand stellte daher sein Korps bei Wartenburg auf; die Württemberger, 1500 Mann stark, sollten Bleddin halten. Gegen sie richtete sich der Hauptangriff des überlegenen Feindes (3. Oktober). Nach sechsstündiger heißer Gegenwehr zogen sie sich zurück; auf dem Rückzug gingen die letzten Geschütze verloren; nur 900 Mann kamen davon, ein Häuflein, das in den folgenden entscheidenden Kämpfen keine Rolle mehr spielen konnte. Rückwärts bis Leipzig, dann wieder vorwärts nach dem von den Verbündeten geräumten Wartenburg ging der Marsch. Am 16. Oktober, beim Beginn der Völkerschlacht, standen die Württemberger unter Franquemont unmittelbar vor dem Gerberthor von Leipzig an der Straße nach Halle, um einen Artilleriepark zu decken. Am 17. wurden sie in die Hallesche Vorstadt zurückgeschickt; am 18. brach das ganze Korps Bertrands gegen Weißenfels auf, um für den Fall einer Niederlage Napoleons den Übergang über die Saale zu sichern und die Nachhut zu bilden.

Währenddem befand sich Normann mit seiner Reiterbrigade noch beim sechsten Korps und erlitt bei Möckern große Verluste. Als er am 17. und 18. beim Kloster St. Thekla auf Vorposten stand, ließ er sich durch seine Offiziere bestimmen, eine Sache aufzugeben, von der, wie sie annahmen, auch ihr König jetzt abfallen würde. Zugleich wollte er den Verbündeten zeigen, daß er persönlich keinen Grund habe, sich wegen der verrufenen That von Kitzen vor ihnen zu scheuen. Er trat über unter

Digitized by Google

der Bedingung, daß er nicht ohne Befehl seines Königs sich am Feldzug beteiligen müsse. Aber Friedrich, der jede Eigenmächtigkeit verabscheute, mißbilligte den Schritt des Generals und befahl, ihn bei dem Betreten des Landes zu verhaften. Normann wurde gewarnt und ging in die Fremde. Erst nach Friedrichs Tod öffnete sich ihm die Heimat wieder. Es duldete ihn hier nicht. Um seine Ehre wieder herzustellen, trat er in die Reihen der griechischen Freiheitskämpfer und erlag den dortigen Mühsalen.

Der Rest der geschlagenen Division unter Franquemont geleitete den ihm anvertrauten Artilleriepark über Erfurt, Gotha, Eisenach nach Fulda. Obgleich die Verfolgung eine sehr schonende war, schrumpfte er immer mehr zusammen. In Fulda eröffnete der Führer den Seinigen, daß sie in die Heimat marschieren werden. Er hatte jetzt von dem König den Befehl erhalten, sich von den Franzosen zu trennen und lieber sich ihnen gefangen zu geben, als gegen die Verbündeten zu kämpfen. Jenseits der Stadt, wo sich die Straßen nach Frankfurt und Würzburg scheiden, gab er den Park an die den ersteren Weg einschlagenden Franzosen ab (27. Okt.); er selbst kam am 31. Oktober in Mergentheim an, wo sich im Ganzen etwa 1000 Württemberger mit 180 Pferden und 2 Geschützen sammelten.

Trotz aller Vorsichtsmaßregeln hatte sich in Württemberg die Stimmung zu Gunsten der gemeinsamen deutschen Sache noch gesteigert. Zwar war der Briefwechsel der Soldaten mit der Heimat unter Aufsicht gestellt worden, damit ja keine beunruhigenden Nachrichten kämen; zwar war den Beamten und Geistlichen jede Äußerung über die politischen Verhältnisse der europäischen Mächte und über den Krieg bei Strafe der Absetzung verboten. Aber das Gefühl, daß die Befreiung nahe, ließ sich nicht unterdrücken und allgemein war die Freude, als sich der König gezwungen sah, sich den Verbündeten anzuschließen, weil der Protektor sich nicht mehr in dem Falle befinde, den übernommenen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Die Art, wie König Friedrich die Schwenkung vollzog, zeugte von ebensoviel Nüchternheit als Selbstgefühl. Nachdem er seinen Verpflichtungen gegen Napoleon, so lange er konnte, nachgekommen, wollte er sich nicht bedingungslos auf die andere Seite stellen. Am 17. Oktober kam an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Ferdinand von Zeppelin, eine Anfrage des bayrischen Generals Wrede, wessen er sich von Württemberg zu versehen habe, da er sich dessen Grenzen nähere. Die Antwort lautete friedlich. Wrede drohte mit Beschlagnahme und Verwaltung des Landes, wenn nicht sofort ein Bündnis zu Stande komme. Der König war empört und wandte sich an Östreich. Es kam sofort zu einer vor-

Digitized by Google

läufigen Militärkonvention (23. Oktober), was zur Folge hatte, daß der französische Gesandte Stuttgart verließ.

Zur Führung der Verhandlungen mit den Verbündeten war Minister von Jasmund bestimmt. Als dieser aber seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß er für die Befreiung Deutschlands von dem fremden Joche thätig sein dürfe, verwies ihm der König diese strafbare Einmischung in seine Absichten. An seiner Stelle wurde Zeppelin abgeschickt (19. Oktober), noch ehe der Ausgang der Leipziger Schlacht bekannt war. Er hatte den Auftrag, Neutralität und Anerkennung des derzeitigen Umfangs des Königreichs zu verlangen, ja als Preis für den Übertritt die Einverleibung von Hechingen und Sigmaringen, gegen die im Notfalle einzelne Landesteile abgetreten werden könnten; die Teilnahme am Kriege sollte mit der Begründung der Erschöpfung des Landes abgelehnt werden. Von diesen Bedingungen konnte natürlich nach Leipzig nicht mehr die Rede sein und Friedrich bestand nur noch darauf, daß sich württembergische Truppen den Verbündeten nicht anschließen dürfen, ehe die andern von den Franzosen entlassen seien. Doch traf er sofort neue Rüstungen und ließ noch während der Verhandlungen zwei Infanterieregimenter mit zwei Kompagnieen leichter Infanterie, ein Reiterregiment und eine Fußbatterie nach Aschaffenburg zu Wrede aufbrechen.

Am 2. November schloß Zeppelin in Fulda einen Vertrag mit Österreich. Württemberg erklärte seinen Austritt aus dem Rheinbund und vereinigte seine Truppen mit denen der Verbündeten; dem König wurde Schutz seiner Souveränität zugesagt, doch mit leisem Vorbehalt der durch einen deutschen Bund notwendigen Beschränkung, und gerechte Entschädigung für den Fall eines Gebietstausches, wobei aber kein altwürttembergischer Teil in Betracht kommen sollte; zunächst hatte er 12000 Mann ins Feld zu schicken; Österreich versprach Verwendung bei Preußen und Rußland wegen Loslassung der Gefangenen und Vermittlung gegenüber von England. Am 14. November trat Rußland dem Vertrage bei, am 21. Preußen zu Frankfurt, wo sich König Friedrich selbst im Hauptquartier einstellte. Schon wenige Tage nach dem Abschluß hatte Friedrich seinem Lande die neue Stellungnahme kundgegeben. Der Unterhändler Zeppelin zog sich die schwere Ungnade des Königs zu, weil er die Selbständigkeit des württembergischen Korps nicht scharf genug betont habe. Doch schon am 1. Dezember, als beschlossen wurde, den Krieg nach Frankreich zu tragen, teilte Kaiser Franz die Erfüllung dieses Wunsches an Friedrich mit: dasselbe sollte mit kleineren österreichischen und russischen Abteilungen das vierte

Digitized by Google

Armeekorps unter dem Kronprinzen Wilhelm bilden, einen Teil des Schwarzenbergschen Heeres.

Im Ganzen belief sich die Zahl des württembergischen Heeres auf 24 500 Mann mit 2900 Pferden und 24 Geschützen. Befehlshaber war Feldzeugmeister Graf von Franquemont, die Reiterei führte Herzog Adam von Württemberg. Sie rückten in einzelnen Abteilungen gegen den Rhein. Die eine Brigade, welche nach Aschaffenburg abgesandt worden war, eilte nach dem Rückzuge der Franzosen gleichfalls dem Oberrhein zu und bezog bei Kehl eine sehr ausgesetzte Stellung (8. Dezember). Schon eröffnete der überlegene Feind einen Angriff von Straßburg aus, als ein Gegenbefehl denselben zurückrief (23. Dezember). Am 28. Dezember waren die Württemberger bei Freiburg versammelt; in den zwei letzten Tagen des Jahres überschritt das vierte Armeekorps unterhalb Hüningen den Rhein.

Die erste Aufgabe war, Neubreisach einzuschließen; diese wurde sofort gelöst. Nach der gleich darauf erfolgten Ablösung ging es durch die Vogesen gegen Epinal. Hier verteidigte sich der Feind, wurde aber bald geworfen und heftig verfolgt (11. Januar 1814). Beinahe wäre der mutig vordringende Kronprinz das Opfer eines Schusses geworden, der aus einem Hause der Stadt auf ihn fiel. Der Marsch richtete sich gegen die Hochebene von Langres, die vom Feinde geräumt wurde. Der Kronprinz wandte sich ihm nach nach Chaumont und lieferte ihm dort ein glückliches Gefecht. Er stellte sich damit an die Spitze des Schwarzenbergschen Heeres. Jetzt sollten die Franzosen aus Bar sur Aube entfernt werden. Bei Colombey wurden sie gerade noch erreicht und gegen das sich zurückziehende Hauptheer verfolgt.

Napoleon kam auf dem Kriegsschauplatz an; Blücher mußte sich vor ihm zum dritten und vierten Korps zurückziehen. Am 1. Februar ging Blücher wieder zum Angriff vor und schlug den Gegner bei La Rothiere. Den Württembergern glückte es dabei unter General Stockmayers Leitung, das wichtige Dorf La Giberie zu erstürmen, so daß Blücher selbst mit Gneisenau zu ihnen ritt, um sie zu beloben. Sie verloren 16 Offiziere und 532 Mann. Napoleon zog sich nach Troyes zurück. Als die Württemberger anrückten, war auch dieses geräumt.

Da die Deutschen sich wegen der Schwierigkeit der Verpflegung trennten, stürzte sich Napoleon plötzlich auf Blücher und ließ gegenüber dem Heere des bedächtigen Schwarzenberg nur eine kleinere Abteilung zurück. Kronprinz Wilhelm erhielt den Auftrag, einen Hauptstützpunkt derselben, die Stadt Sens, zu nehmen. Durch ein Loch, das in die Mauer gebrochen

Digitized by Google

wurde, drangen die Stürmenden mit Todesverachtung ein; inzwischen gelang es, einige Thore zu sprengen; Sens wurde erobert. Der Weg das Thal der Yonne hinab zur Einmündung in die Seine bei Montereau war frei. Aber jetzt wollte Schwarzenberg, durch die Niederlage des Blücherschen Heeres erschreckt, sich zurückziehen, um die Verbindung mit diesem herzustellen. Dazu sollten die Übergänge über die Seine nur noch kurze Zeit gehalten werden. Bis zum Abend des 18. Februar sollte Kronprinz Wilhelm den bei Montereau verteidigen. An eben diesem Tage wurde er auf den Höhen nördlich des Orts von Marschall Victor angegriffen. Seine 8500 Mann hielten dem überlegenen Feinde hartnäckig Stand. Da kam Napoleon selbst mit seinen Garden herbei. Vor den nunmehr 30 000 Franzosen mit 60 Geschützen mußten die Verteidiger weichen. Ein gefährlicher Rückzug den Berg hinab und durch die engen Straßen gegen die neue Brücke kostete zahlreiche Opfer; fast wäre der Kronprinz selbst in die Hände der feindlichen Reiter gefallen. Mit Mühe erreichte er das andere Ufer und schickte von dort aus ein frisches Regiment über die Brücke vor, um die Fliehenden aufzunehmen. Gegen 800 Mann wurden getötet oder verwundet; etwa 2000 fielen in Gefangenschaft. Der tapfere Widerstand hatte Napoleon zu dem Glauben veranlaßt, er habe das Hauptheer Schwarzenbergs vor sich.

Dieser zog sich bis hinter Troyes zurück. Als er sich endlich wieder vorwärts wagte, kam ihm Napoleon bei Arcis sur Aube entgegen. Der Kronprinz von Württemberg, der die Vorhut befehligte, stieß mit der Reiterei des ihm damals unterstellten dritten, vierten und fünften Korps auf die französische Gardekavallerie und warf sie mit unbedeutendem Verluste (20. März). Am folgenden Tage sah sich Napoleon durch die Übermacht der ihn überflügelnden Gegner gezwungen, seine Stellung aufzugeben. Alle Heersäulen der Verbündeten richteten sich gegen Paris, obgleich der französische Kaiser versuchte, sie durch einen Marsch gegen Nancy abzulenken. Die von ihm zurückgelassenen Marschälle wurden von der Reiterei des Kronprinzen Wilhelm bei Fere Champenoise keck angegriffen (25. März). Dieselbe eroberte 15 Kanonen und machte 4000 Gefangene, während die Württemberger nur 40 Mann verloren. Der Weg war frei. Am 30. März wurde Paris selbst angegriffen. Das vierte Korps drang über Nogent gegen Vincennes vor, warf seine Gegner nach St. Maur an der Marne, von hier am Flusse hinunter nach Charenton. Auch dieses wurde erstürmt; württembergische Reiter streiften schon bis zur Vorstadt St. Antoine. Da kam die Nachricht vom Waffenstillstand, den die Erfolge der Preußen und

Digitized by Google

Russen herbeigeführt. Der Verlust der Württemberger belief sich an diesem Tag auf etwa 160 Mann. Unter den Truppen, die nach der Kapitulation in Paris einziehen durften, waren auch zwei württembergische Bataillone.

Der Kronprinz sammelte seine heimischen Regimenter im Mai bei Troyes; in der ersten Hälfte des Juni erreichten sie die Heimat. Mit erhabenen Gefühlen kehrten sie zurück aus dem ersten Kriege, an dem Offiziere und Soldaten mit Begeisterung teilgenommen, mit Wärme begrüßt von dem auf die Leistungen seines Heeres stolzen König, mit Jubel von dem befreiten Vaterlande, dessen Stimmung Ludwig Uhlands Muse herrlichen Ausdruck verliehen.

Als die Niederlage Napoleons entschieden war, hatte Friedrich seine Tochter Katharina aufgefordert, sich von dem Gatten Jerome zu trennen. Die edle Frau weigerte sich, denjenigen im Unglück zu verlassen, dem sie ohne eigenen Willen im Glück angetraut worden war, und teilte seine Schicksale (gest. 28. November 1835).

Während die Truppen im Felde standen, begannen die Verhandlungen wegen der künftigen Gestaltung Europas. Bei der Verschiedenheit der Ansichten, wer über Frankreich herrschen solle, schlug Kaiser Alexander von Rußland, wie wenigstens Wellington berichtet, vor, den Kronprinzen von Württemberg zum Könige zu ernennen. Bestimmt wurde er dazu wohl durch die lebhafte Zuneigung, die seine Schwester Katharina damals schon dem Prinzen entgegenbrachte. Wilhelm selbst war von solchen Gedanken frei und setzte vielmehr im Widerstreit mit dem russischen Kaiser alles daran, um das linke Rheinufer, besonders das für die Sicherheit Süddeutschlands nötige Straßburg von Frankreich loszureißen. Das bis vor Kurzem württembergische Mömpelgard hatte schon dem alten Herren huldigen müssen.

Der erste Pariser Friede verschob die Lösung der großen politischen Fragen auf den Wiener Kongreß. Am wichtigsten war die Frage der Bundesverfassung. Es war für Württemberg mißlich, daß König Friedrich wegen seiner undeutschen Gesinnung von den Mächten mit Mißtrauen betrachtet wurde. Der Verfassungsentwurf, den der Freiherr von Stein gleich nach den französischen Niederlagen verfertigt hatte, schloß Württemberg von dem leitenden Ausschusse aus. Dennoch trat König Friedrich mit großen Hoffnungen und Anforderungen an den Kongreß heran. Lag es doch im Interesse Österreichs, die Rheinbundfürsten zu schonen, um sie gegen Preußen auszuspielen, wie in demjenigen Frankreichs, um ein starkes Deutschland unmöglich zu machen.

Digitized by Google

Die Weisung, welche der württembergische Gesandte, Freiherr von Linden, nach Wien mitbekam (2. September), behandelte namentlich die Möglichkeit der Gebietserweiterung. Rußland und Österreich seien geneigt, Württemberg durch Baden zu vergrößern; der Großherzog solle auf dem linken Rheinufer entschädigt werden. Die Annäherung an den Rhein sei für Württemberg wegen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen notwendig. Jedenfalls müsse das an Baden abgetretene Nellenburg wiedergewonnen, die Nordwestgrenze durch Einbeziehung von Wimpfen und Neudenau abgerundet werden. Über Hohenzollern müsse wenigstens die Oberherrschaft erlangt werden — gerade wie in dem Programm von 1798. Ferner dürfe die Souveränität des Königs durch das neue Föderativband nicht im mindesten beschränkt werden. Was Friedrich wollte, war demgemäß ein deutscher Bund mit voller Selbständigkeit der Glieder, wie im Rheinbund, sogar ohne Protektor; und um diese Selbständigkeit gegenüber den größeren Staaten zu verbürgen, die möglichste Verstärkung der mittleren auf Kosten der kleinen. Wer der Überzeugung ist, daß damals die Zeit für den Einheitsstaat noch nicht gekommen war, wird zugeben, daß Friedrichs Plan gegenüber der Zerrissenheit des alten Reichs einen großen Fortschritt bedeutete, wenn er auch nur durch die Selbstsucht eingegeben war.

Der König begab sich mit dem Kronprinzen Wilhelm noch im September persönlich nach Wien. Des Vaters Auftreten entsprach dem Selbstbewußtsein und der Pracht, die er zu Hause vor Fremden zeigte; seine Freigebigkeit wurde berühmt. Der Sohn, ein Gegner der bonapartistischen Gesinnung seines Vaters, zog aller Blicke auf sich. Da er sich als tapferer, geschickter Offizier gezeigt, hoffte er auf das Generalat der deutschen Bundesarmee. Seine spätere Gemahlin, die geistreiche Großfürstin Katharina, bestärkte ihn in seinen stolzen Träumen. Das junge Paar verstand einen solchen Nimbus geistiger Größe um sich zu verbreiten, daß selbst nüchterne Männer meinten, von dem Stuttgarter Hofe werde dereinst ein neues Zeitalter über Deutschland ausgehen. Manche sahen in dem Prinzen schon den künftigen deutschen Kaiser.[1]) Der Freiherr von Stein schlug wenigstens vor, ihn zum deutschen Feldmarschall und Befehlshaber des umstrittenen Mainz zu ernennen.

Bald traten die Verhandlungen des Ausschusses für die Vorbereitung der Bundesverfassung in den Vordergrund. Württemberg war in ihm neben Österreich, Preußen, Bayern und Hannover vertreten. Kronprinz

[1]) von Treitschke: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 1, 608.

Digitized by Google

Wilhelm hatte den Kaiser Alexander von Rußland dazu vermocht, den preußischen Minister Hardenberg zu einem Entwurf zu bewegen, der den Mittelstaaten ziemlichen Einfluß einräumte. Auf Grund dieses Entwurfs wurden dem Ausschusse zwölf Artikel vorgelegt (16. Oktober), welche eine Einteilung Deutschlands in Kreise und einen leitenden Rat der Kreisobersten, darunter Württemberg, vorsahen. Als weitere Vertretung sollte eine Bundesversammlung unter dem gemeinsamen Vorsitze von Östreich und Preußen gebildet werden. In den einzelnen Staaten sollte den Unterthanen durch eine ständische Verfassung ein gewisses Mindestmaß von Rechten eingeräumt werden; Streitigkeiten sollten vor ein Bundesgericht gebracht werden. Dieser Entwurf ging den kleineren Staaten nicht weit genug; sie wollten lieber durch ein neues Kaisertum den Schutz der Schwachen erreichen. Die Mittelstaaten sahen in ihm eine unleidliche Beschränkung ihrer Befugnisse. Württemberg sprach den Großmächten Östreich und Preußen das Recht ab, je zwei Stimmen als Kreisoberste zu führen; von einem Bundesgericht, vollends mit der Befugnis, Beschwerden der Stände anzunehmen, wollte es gar nichts wissen; das Recht, Bündnisse zu schließen, wollte es sich, so wenig wie Bayern, nehmen lassen. Seine Bevollmächtigten, jetzt als erster Graf von Wintzingerode, vertraten ihren Standpunkt mit solcher Schroffheit, daß es bald zum Bruche kam. Am 16. November übergaben sie dem Ausschuß eine Note, welche die Unzufriedenheit ihres Herrn mit dem Gange der bisherigen Verhandlungen über die deutschen Angelegenheiten aussprach: niemand wisse eigentlich, was er wolle; weder die Mitglieder des Bundes noch der Umfang der einzubeziehenden Besitzungen seien bekannt; nur von Verzichtleistungen sei die Rede, denen keine Vorteile gegenüberstünden; ehe an die innere Ordnung gegangen werde, müsse ein Plan des Ganzen festgestellt werden. Metternich erklärte, daß letzteres gar nicht die Aufgabe des Ausschusses sondern allgemein europäische Angelegenheit sei, daß die entstandenen Schwierigkeiten namentlich auf Rechnung Württembergs kommen, das eine Vergewaltigung der Mitstände angestrebt habe, und machte mit dürren Worten darauf aufmerksam, daß der Zweck der großen Allianz und der Pariser Friede keinem einzelnen deutschen Fürsten freistelle, dem Bunde beizutreten oder nicht. Die Folge war aber, daß die Sitzungen des Ausschusses mehr als fünf Monate ausgesetzt wurden.

Es war namentlich die strenge Behandlung des Königs von Sachsen, die Friedrich stutzig machte, und der beabsichtigte Eingriff des Bundes in das Verhältnis von Fürsten und Unterthanen. Seine letzte Hoffnung,

Digitized by Google

Rußland zu einer Bürgschaft für einen Bund selbständiger Fürsten Deutschlands zu gewinnen, schlug fehl. Er entschloß sich, zunächst unbekümmert um das, was in Wien vor sich ging, zu handeln und reiste ab (26. Dezember). Seine Weisungen an den zurückbleibenden Wintzingerode gründeten sich noch auf die leere Hoffnung auf Rußland.

Eines wenigstens wollte König Friedrich durch seine Abreise für sich retten, in der Annahme, daß davon die ganze Art der Einfügung in den unvermeidlichen Bund abhänge, die selbständige Verleihung einer Verfassung. Baden hatte die gleiche Absicht schon vorher erklärt. Denn das zeigte sich in Wien bald, daß das Verlangen der führenden Staaten nach Verfassungen für die Einzelländer eigentlich nur den Mittel- und Kleinstaaten galt und in erster Linie darauf abzielte, den früheren Rheinbundsfürsten durch Landstände Zügel anzulegen, welche die Wiederholung eines Rheinbunds unmöglich machen würden. In welcher Weise die Verfassungen eingerichtet werden sollten, blieb dahingestellt. König Friedrich fürchtete aber wohl, daß die Wiederanerkennung der früheren Verfassung von ihm verlangt werden würde und entschloß sich sofort, eine eigene einzuführen. Am 11. Januar 1815 verkündigte der König zu allgemeiner Überraschung, daß es von dem Augenblicke an, da gebieterische politische Verhältnisse die Staatsveränderung vom Jahre 1806 herbeigeführt haben, sein fester Entschluß gewesen sei, dem Königreiche eine den Rechten der Einzelnen und den Bedürfnissen des Staats angemessene Repräsentation zu geben, sobald ein fester Stand der Dinge eingetreten sein werde; dieser Zeitpunkt sei nun gekommen. Bald erfolgte ein Ausschreiben über die Zusammensetzung der neuen Ständekammer; auf den 15. März wurde sie einberufen.

War der Schritt Friedrichs, wie der ähnliche Bayerns und Badens, auch sicher gegen die Wiener Absichten gerichtet, so entsprach er doch der Natur der Dinge und half einer Verfassung zum Leben, die, wenn sie auf Weisungen von Wien hätte warten müssen, ungeboren geblieben wäre. Denn bald genug sah Metternich auch in den konstitutionellen Bestrebungen der Mittelstaaten eine Gefahr für die von ihm vertretene absolute Monarchie.

Als eben die Landstände in Stuttgart zusammentraten, wurde hier die Nachricht von der Landung Napoleons bekannt. König Friedrich rief sofort ein Heer von 20 000 Mann unter die Waffen. Er trat dem Wiener Bündnis vom 25. März am 8. April bei und bedang sich nur das Recht aus, beim Frieden mitzureden, soweit er seine Interessen berühre. In den letzten Tagen des April begann sein Heer gegen den Oberrhein zu rücken, wo Schwarzenberg eine Armee sammelte, deren drittes Korps die

Digitized by Google

Württemberger neben Österreichern und Hessen-Darmstädtern unter dem Befehl des Kronprinzen Wilhelm bildeten. Nachdem Napoleon sich nach Belgien gewendet und dort seinen Meister gefunden hatte, überschritt Schwarzenberg den Rhein. Das dritte Korps erhielt zunächst die Aufgabe, Landau einzuschließen; drei württembergische Landwehrregimenter unter General Stockmayer wurden nach dem Oberelsaß abgegeben. Der Kronprinz drang über Surburg und Hagenau vor. Hinter dem Suffelbach bei Schiltigheim stellte sich ihm der französische General Rapp. Nach heftigem Kampf, in dem der Kronprinz persönlich drei Reiterregimenter gegen den Feind führte, zog sich dieser unter die Kanonen von Straßburg zurück (28. Juni). Von einem Verlust des dritten Korps von 1150 Mann trafen 930 die Württemberger. Kronprinz Wilhelm verlegte sein Hauptquartier nach Vendenheim. Am 5. Juli wurde das Korps abgelöst und marschierte nach dem Innern von Frankreich. Von Troyes aus eilte der Kronprinz nach dem inzwischen eroberten Paris; seine Truppen besetzten die Demarkationslinie bei Autun und Nevers. Im Oktober konnten sie den Heimweg antreten und trafen am 16. November bei Vaihingen a. E. in der Heimat ein. Vor ihnen waren die drei Landwehrregimenter zurückgekehrt, nachdem sie tapfer an den Belagerungen von Schlettstadt und Hüningen teilgenommen.

Aus Furcht, General Rapp könnte von Straßburg aus die Magazine in Durlach und Rastatt überfallen sowie Baden und Württemberg bedrohen, hatte König Friedrich im Juli noch 3000 Mann mit 680 Pferden und 12 Geschützen nach Kehl geschickt und bei Freudenstadt 7000 Mann Reserve aufgestellt.

Bei den Friedensverhandlungen trat der Kronprinz von Württemberg mit noch größerer Entschiedenheit, als das Jahr vorher, für die preußische Forderung ein, das Elsaß wieder mit Deutschland zu vereinigen. Auch der im großen Hauptquartier anwesende Gesandte Wintzingerode wirkte in dieser Richtung. Jener handelte sicher nicht in der Absicht, sich einen Thron im Elsaß zu schaffen, woran andere dachten, sondern in der klaren Erkenntnis, daß ohne Schutz der Südwestgrenze die süddeutschen Staaten nicht von der Gefahr befreit würden, aus Selbsterhaltungstrieb sich mit Frankreich verbinden zu müssen. Sein Gefühl als Deutscher wie als Erbprinz eines Mittelstaates bäumte sich dagegen auf, daß die europäischen Großmächte ohne Rücksicht auf die Wünsche und Bedürfnisse des deutschen Südwestens die neuen Grenzen bestimmten. Damals zuerst hat er daher den Gedanken des reinen Deutschlands gegenüber den nicht deutsche,

Digitized by Google

sondern europäische Politik treibenden Großmächten aufgefaßt und ausgesprochen.

In Wien hielt Württemberg, wie Bayern, nach dem Wiederauftauchen Napoleons die Verhandlungen hin und wollte bis zum Abschluß des Friedens warten. Der König hoffte, durch die neuen Opfer, die er bringe, Anspruch auf größere Entschädigungen zu erlangen. Als trotzdem Sitzungen über einen neuen Verfassungsentwurf eröffnet wurden, hielten sich seine Bevollmächtigten unter nichtigen Vorwänden ferne. Die Bundesakte vom 8. Juni kam daher ohne ihre Mitwirkung zu Stande. Sie weigerten sich, gleich ihren badischen Amtsgenossen, dieselbe anzuerkennen, da sie die ersten elf, die allgemeine Verfassung des Bundes regelnden Artikel der Akte für genügend, die weiteren aber für Eingriffe in die Souveränität ihres Fürsten erklärten. Bis nach dem Tode des Königs hielt in Württemberg die Aufregung an, die durch die Ungewißheit des Beitritts, namentlich unter dem mediatisierten Adel, verursacht wurde. Die Urkunde über denselben wurde in der ersten vertraulichen Sitzung der Bundesversammlung (1. Oktober 1816) übergeben; sie trug das Datum des 1. September 1815. Friedrich unterließ nicht, dabei zwischen solchen Artikeln zu unterscheiden, die zum Zwecke des durch den Pariser Frieden festgesetzten Bundesvereins erfordert werden, und solchen, die wenigstens mit den von ihm selbst ausgesprochenen Grundsätzen vereinbarlich seien.

Die Aufnahme Friedrichs in die heilige Allianz, deren romantische Grundsätze so bald die Selbstherrlichkeit als Zweck offenbarten, erfolgte noch kurz vor seinem Tode.

Den deutschpatriotischen Geist, der sich nach den Freiheitskriegen regte, verabscheute König Friedrich als umstürzlerisch. Besonders verhaßt waren ihm geheime Gesellschaften, wie der für noch fortdauernd gehaltene Tugendbund. Er beauftragte daher seinen Gesandten in Berlin, den ehrlichen General Neuffer, sich über dessen Thätigkeit genaue Aufklärung zu verschaffen. Als dieser ihn als harmlos bezeichnete und berichtete, im Norden fürchte man ein Gewitter vom Süden her, wie umgekehrt, verwies ihm der König seinen Leichtsinn und die Anmaßung ihn belehren zu wollen, so daß Neuffer froh war, als er nach London versetzt wurde. Dafür zeichnete Friedrich den Geheimerat Schmalz für seine ihm eingesandte Schrift über politische Vereine mit dem Zivilverdienstorden aus. Da Schmalz gleichzeitig für seine Verdienste in Preußen einen Orden erhielt, erregte die Belohnung des als Verfolger der Deutschtümler berüchtigten Mannes großes Aufsehen.

Digitized by Google

Die Verzögerung des Bundesverfassungswerks in Wien wirkte stark auf den Gang der Verfassungsverhandlungen in Württemberg. Aber während dort das Verlangen, in den Einzelstaaten einen Damm gegen selbstherrliche Willkür aufzuführen, nach und nach in das Gegenteil umschlug, regte es sich hier mit unwiderstehlicher Gewalt. Seinen Ausdruck fand es in der Behauptung, daß die altwürttembergische Verfassung ihre Giltigkeit niemals verloren habe und daß sie als ein den Landesfürsten bindender Vertrag, höchstens mit geringfügigen Abänderungen, dem ganzen Lande zu gut kommen müsse. Dazu kam, daß die ehemaligen Reichsfürsten und der Adel sich den Plänen Friedrichs feindselig entgegenstellten, da sie vom Bunde die Einräumung weit größerer Rechte erwarteten als vom König und zum Teil ihre Unterwerfung unter Württemberg noch gar nicht anerkannten. Bestand doch Graf Georg von Waldeck ganz auf dem guten alten Rechte, weil das hochgräflich limpurgische Haus, dessen Stimme er führte, die Abdankung des römischen Kaisers noch nicht gebilligt habe.

Am 15. März 1815 erfolgte in dem Gebäude, das später das Katharinenstift aufgenommen, die Eröffnung des Landtags. Er war zusammengesetzt aus 31 Mediatisierten, 19 Virilstimmführern adeliger Familien, 4 Vertretern der Kirchen und der Universität und 71 Abgeordneten der guten Städte und der Oberamtsbezirke. Die letzteren waren von den Bürgern, die ein Einkommen von mindestens 200 Gulden aus Liegenschaften hatten, unmittelbar gewählt. Nach der königlichen Verfassung sollte der Zusammentritt der Kammer alle drei Jahre stattfinden, die Präsidentschaft dem jedesmaligen Erbmarschall zustehen. Als Befugnisse der Stände war die Mitwirkung bei der Besteuerung bezeichnet, — doch durften die Steuern für die Regierungszeit des jetzigen Königs nicht herabgesetzt werden; ebenso bei der Gesetzgebung, für welche die Initiative dem König verblieb, der Kammer aber das Recht zu Wünschen eingeräumt wurde; ferner das Petitionsrecht überhaupt und das Recht der Erhebung von Anklagen gegen Staatsbeamte. Ein landständischer Ausschuß sollte in den Jahren, da die Kammer nicht einberufen würde, vier Wochen lang zusammentreten, um dringende Angelegenheiten zu erledigen. Im Einzelnen folgten ziemlich freisinnige Bestimmungen über die Rechte der Staatsbürger.

Kaum hatte der König in der Eröffnungssitzung die Urkunde übergeben, so beantragte Graf Waldeck ihre Zurückweisung. Dieselbe erfolgte fast einstimmig. Außer dem Verlangen nach der alten Verfassung und den auf den Bund gesetzten Hoffnungen war für die Ablehnung ausschlaggebend, daß zwar keine neuen Gesetze ohne Einwilligung der Stände

Digitized by Google

erlassen werden, daß aber die vielen harten aus der napoleonischen Zeit zu Recht bestehen sollten. Einen besonderen Rückschritt sahen viele in der Bestimmung, daß die Wähler den Abgeordneten keine besonderen Weisungen erteilen und sich nicht unmittelbar mit Eingaben an die Kammer wenden durften.

So sah sich denn die Ständeversammlung als eine verfassunggebende an, während der König sie schon als verfassungsmäßig bestehende behandelte und ihr nur das Recht zusprach, Bitten um einzelne Abänderungen vorzubringen. Die öffentliche Meinung stand auf ihrer Seite. Sogar der bayrische Gesandte nahm sich derselben an, so daß seine Abberufung erfolgen mußte. Trotz der verschiedenen Grundvoraussetzungen tagte die Versammlung weiter und suchte den König zum Nachgeben zu bewegen. Eine lange Zusammenstellung der Landesbeschwerden sollte Stoff zu gesetzgeberischer Thätigkeit bieten. Der König traf zwar sogleich Abhilfe der Jagdbeschwerden, die sich freilich in Folge mangelhafter Ausführung noch lange wiederholten; im Übrigen beharrte er darauf, daß zuerst die Anerkennung der Verfassung zu erfolgen habe. Er beriet sich mit dem Kronprinzen, dessen volksfreundliche Haltung die Eröffnung eines Auswegs hoffen ließ. Dieser erklärte die Vorlage der neuen Verfassung für einen Fehler, da die Verwerfung sicher vorauszusehen gewesen sei. Um zum Ziele zu kommen, sei die Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission nötig. Bei dem offenkundigen Veraltetsein mancher Bestimmungen wie derjenigen über ständische Vertretung, Verschiedenheit der Glaubensbekenntnisse u. a., sei ein Übereinkommen nicht schwierig. Freilich müsse den Verhandlungen die alte Verfassung zu Grunde gelegt werden. Er selbst erbot sich zur Vermittlung, ohne daß der Würde des Königs etwas vergeben werde. Aber Friedrich sah eine Verletzung seiner Würde schon darin, daß er in der Frage der Grundlage nachgebe, und bot den Ständen nur mündliche Verhandlungen durch Bevollmächtigte an über Anträge, die auf Aufnahme weiterer Bestimmungen aus der alten Verfassung gerichtet seien (16. April). Um seinem Anerbieten leichtere Annahme zu verschaffen, entfernte er hervorragende Gegner aus Stuttgart, so den Grafen Waldeck, der das Amt eines Landvogts bekleidete, durch eine Sendung in das bayerische Hauptquartier.

Der Zwist hätte wahrscheinlich sogleich zum Bruche geführt, wenn nicht der neue Ausbruch des Kriegs die Tagung der Stände erwünscht gemacht hätte. Cotta vor allem trat für allgemeine Bewaffnung und Geldbewilligung zu den Rüstungen ein, wenn er auch nur in der alten Ver-

Digitized by Google

fassung die Bürgschaft für das Gelingen eines Anlehens sah. Daher kam der gemeinschaftliche Ausschuß wirklich zu Stande (24. April). Bald benannten die ständischen Vertreter sechs Punkte, auf deren Annahme die Landesversammlung beharre. Es war besonders die Belassung der Steuerverwaltung bei den Ständen und ein bleibender ständischer Ausschuß. Das erste Verlangen wurde namentlich mit Rücksicht auf die ins Ungemessene gestiegenen Lasten des Landes gestellt. [1])

Kaum war der Ausschuß beieinander, so machten die verschiedenen Stände ihre besonderen Ansprüche geltend. Die evangelischen Prälaten hatten vorher schon um die Wiederherstellung ihrer alten Rechte gebeten; die Universität verlangte selbständige Vermögensverwaltung; die katholische Kirche die Dotation eines Bistums, Rückgabe ihrer Güter und verhältnismäßige Vertretung in der Kammer; der Adel beanspruchte ungehinderten Genuß der gutsherrlichen Einkünfte, besonderen Gerichtsstand, Steuerfreiheit altadeliger Güter, Forst- und Jagdgerichtsbarkeit, Patrimonialgerichte (Zivilgerichtsbarkeit erster Instanz), Patronatrecht, eigene Wahl von Abgeordneten statt der königlichen Ernennung. Die königlichen Agnaten selbst wahrten entschieden ihre durch Friedrichs Hausgesetze abgeschafften Rechte.

Die Verhandlungen schritten gar langsam vorwärts, weil immer wieder die grundsätzliche Streitfrage aufgeworfen wurde. Nur der Abgeordnete Gleich von Aalen spottete in der Kammer über die Ansicht, daß nichts Vollkommeneres zu finden sei, als die Verfassung des ehemaligen Herzogtums und mußte sich eine derbe Zurechtweisung von derselben gefallen lassen. Cotta suchte wenigstens in der Frage der ständischen Kasse eine Vermittlung zu finden. Er war es auch, der seine Amtsgenossen nach der Unterzeichnung der deutschen Bundesakte darauf aufmerksam machte, daß die Bestimmungen derselben, ob sie schon in Württemberg noch nicht angenommen war, nicht ohne Einfluß auf das württembergische Verfassungswerk bleiben können. Als die Verhandlungen zu stocken schienen, richteten die Stände eine scharfe Vorstellung an den König, in der sie wieder die Unrechtmäßigkeit der Verfassungsaufhebung begründeten und die Beschwerden des Landes offen vortrugen (26. Juni). Sie wiesen hin auf die Zugehörigkeit Württembergs zu Deutschland und auf die Notwendigkeit, durch eine freie Verfassung mit ihm in Verbindung zu treten. Das Bestreben der Regierungen sei in neuerer Zeit offenbar dahingegangen, aus jedem

[1]) 1812—1818 hatten die Steuern 20 Gulden auf den Kopf betragen, 1814—1815 16½ Gulden; fast ein Drittel verschlang der Hofhalt.

Digitized by Google

deutschen Lande ein abgeschlossenes Ganzes zu machen. Es sei eine recht feindliche Stellung gewesen, in welche deutsche Nachbarstaaten sich gegen einander setzten. Selbst die deutsche Wissenschaft sollte, wie der Universitätszwang gezeigt, nicht mehr Gemeingut sein. Unmöglich lasse sich dieses Bestreben mit dem großen Grundsatz, daß alle Deutsche Kinder eines Vaterlandes seien, und mit der Bildung eines deutschen Nationalcharakters vereinigen; aber ebensowenig könne es der geistigen Entwicklung, der Industrie und dem Wohlstande der einzelnen Länder förderlich sein.

Die Antwort des Königs war die Entlassung des Landtags. Am 25. Juli befahl er, am folgenden Tage die Sitzungen zu schließen. Die Kammer ernannte sofort einen größeren Ausschuß, der während der Vertagung sie vertreten sollte. Der König wies ihn zurück und gestattete nur die Bezeichnung von vier Bevollmächtigten für die Fortsetzung der Verfassungsverhandlungen. Die Kammer bestand auf ihrem Beschluß. In der Erwartung des Kommenden führte sie eine schon länger gehegte Absicht aus und wandte sich hilfesuchend an die Minister der einstigen Bürgen für die altwürttembergische Verfassung, der Könige von Preußen, Hannover und Dänemark (26. Juli). Bis gegen Mitternacht blieb sie versammelt, auf die Entscheidung Friedrichs harrend. Diese erfolgte erst am folgenden Tag, verlängerte die Sitzung noch bis zum nächstfolgenden und gab nur die Aufstellung von zwölf Bevollmächtigten zu. Die Kammer, übrigens von falschen Voraussetzungen über den Sinn der Bundesakte ausgehend, entschied, daß die Annahme der Grundsätze des Königs diesem das Ansehen geben könnte, daß er den Forderungen des Wiener Kongresses gemäß eine ständische Verfassung errichtet habe, während es doch nur der Schatten einer solchen sei. Von dem größeren, sie selbst vertretenden Ausschuß wollte sie keineswegs lassen. Eine Gegenerklärung blieb aus, und so wurde das Verfassungswerk gänzlich abgebrochen.

Bald nach der Vertagung wandte sich der König in öffentlicher Erklärung an das Volk und verkündete die Giltigkeit seiner Verfassung. Doch schon wurde angedeutet, daß im äußersten Falle nur die Erblande ein Recht auf die frühere hätten, — ein Anfang der Nachgiebigkeit, der zu weiterer führte. Unter den wenigen Verteidigern von Friedrichs Stellungnahme ragte neben dem Philosophen Hegel, der sich aber erst später öffentlich hören ließ, der damalige Kurator der Universität Tübingen, Wangenheim, mit seiner Schrift über die Idee einer Staatsverfassung hervor; er wurde jetzt mit der Vermittlung beauftragt. Einen freiwilligen Gehilfen fand er in Cotta, den seine vielseitige Erfahrung und sein um-

Digitized by Google

fassender Blick den starren Prinzipienstreit als fruchtlos erkennen ließ. Am 3. September schien der Ausgleich so weit angebahnt, daß die Stände auf 16. Oktober wieder einberufen wurden. Doch gaben die während der Vertagung über einzelne Mitglieder verhängten Untersuchungen und die Überwachung, die sie alle empfanden, neuen Anlaß zu Klagen. Diesmal erschienen auch solche Fürsten und Adelige, die auf die Festsetzung ihrer Rechte durch den Wiener Kongreß gewartet hatten und sich an der Einzelausführung beteiligen wollten, was bei der Abneigung Friedrichs gegen die Ansprüche dieser Stände nicht viel Gutes versprach. Doch traten die Sonderinteressen zunächst in den Hintergrund. Zur Eröffnung versprach der König in versöhnlichem Sinne, alles von der alten Verfassung beizubehalten, was mit den jetzigen Umständen sich vereinigen lasse. Die Feier des 18. Oktober, die Begrüßung des aus dem Felde heimkehrenden Kronprinzen durch die Stände schien eine gehobene Stimmung hervorzurufen, welche die Gegensätze abstumpfte. Auf Wangenheims Drängen gab der König seinen Standpunkt völlig preis, erkannte die innere Giltigkeit der alten Landesverträge an und zog nur deren allgemeine Anwendbarkeit zu einer Zeit, da sich alles umgestaltet habe, in Zweifel (13. Nov.). Zugleich führte er vierzehn Punkte auf, die als Grundlage weiterer Verhandlungen dienen sollten, darunter gemeinsame Prüfung der Vereinbarkeit aller bisherigen Gesetze mit der neuen Verfassung, unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht und ständische Schuldenzahlungskasse, Verantwortlichkeit der Staatsdiener, zeitgemäße Rechte des Adels, ständige Wirksamkeit der Volksvertretung. Für den unseligen Fall der Nichtvereinigung sei er entschlossen, dem Stammlande die alte Verfassung zurückzugeben, in den neuen Gebieten aber eine den Verhältnissen entsprechendere einzuführen. Es waren Einräumungen, die das Maß des Billigen erreichten und die alten Rechte passend in das Neuzeitliche übertrugen. Außerhalb Württembergs war der fast allgemeine Eindruck, daß jetzt nur der schroffe Eigensinn der persönlich erhitzten Altrechtler die zur Verständigung gebotene Hand zurückweisen könne.

Jenes Zugeständnis war den König sehr schwer angekommen. Er ließ die Stände seine Verstimmung fühlen, als sie wenige Tage nachher an die zurückgekehrten Truppen eine Dankadresse erließen. Es genügte ihm nicht, daß General Graf Franquemont dieselbe nicht annahm und das Staatsministerium sie zurückschickte, sondern er erteilte jenen auch noch einen scharfen Verweis wegen der Überschreitung ihrer Befugnisse. Nach heftigen Wortgefechten, bei denen Cotta wieder die Ausdehnung der alten Verfassung

Digitized by Google

auf Neuwürttemberg als sinnlos angriff, nahm die Kammer mit nur geringer Mehrheit den Vorschlag an, auf Grund der königlichen Erklärung in neue Verhandlungen einzutreten. In der ersten Beratung, die zwischen den Bevollmächtigten stattfand, nahm Wangenheim das Zugeständnis des Königs insoweit zurück, als er als Aufgabe die Herstellung einer gemeinsamen Verfassung auf dem Weg des Vertrags bezeichnete und nur versprach, daß aus der alten beibehalten werden solle, was noch anwendbar sei. Man vereinigte sich dahin, daß beide Teile nach dem gleichen Plane eine Verfassung entwerfen und sich dann über die einzelnen Punkte verständigen sollten. Zur Erleichterung der Arbeit wurde endlich den Ständen die Benützung des alten landschaftlichen Archivs, wenn auch unter Aufsicht eines königlichen Archivars, gestattet (17. Dezember).

Immer noch betrachteten sich die Parteien als im Kriege befindlich. Der streitbare Graf Waldeck wurde von den Ständen zum Bevollmächtigten gewählt, aber vom König nicht bestätigt, so daß er verzichten mußte. Eine bei diesem Anlasse gefallene Äußerung eines Adeligen wurde als hochverräterisch gerügt und derselbe, nachdem die Kammer seine Unverantwortlichkeit behauptet und daher das Angebot eines eigenen Gerichtes abgelehnt hatte, vor das Kriminaltribunal verwiesen. Die Bemühungen der vormals Reichsunmittelbaren um ihre Rechte beim Bunde führten zu peinlichen Untersuchungen. Die einseitige Steuererhebung durch die königlichen Behörden erzeugte, um so mehr als ganze Ämter völlig verarmt waren, bittere Streitigkeiten zwischen König und Kammer. Als im Juni 1816 durch Wangenheim auch noch das Zweikammersystem in Vorschlag gebracht wurde, platzten die Meinungen vollends aufeinander. Cotta zuerst hatte entweder eine reine Volkskammer verlangt oder zwei Kammern, von denen die eine Adel, Gelehrte und Geistlichkeit in sich vereinigen und eine Art Erhaltungsrat bilden sollte. Wangenheim griff den Gedanken auf und schlug dem König eine Adelskammer als Erhaltungssenat vor; derselbe ging sofort darauf ein in der Hoffnung, daß dadurch die zweite Kammer dem Einfluß des hohen Adels, den er für demagogisch hielt, entzogen werde. Die Stände beharrten auf der einen Kammer und verlangten neben den Standesherrn und der Ritterschaft die Zulassung von einem Angehörigen der Universität, von neun evangelischen Prälaten und vier Vertretern der katholischen Kirche, von Abgeordneten der Oberämter, der Städte Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen als der alt- und neuwürttembergischen Hauptstädte, aller Städte mit über 5000 Einwohnern und von fünf gemeinsamen Vertretern der kleineren ehemaligen

Digitized by Google

Reichsstädte. Bei Fragen, welche einzelne Stände oder Kirchen besonders berührten, sollten diese das Recht haben, sich einem gegen sie gerichteten Mehrheitsbeschluß nicht zu fügen. Der leitende Gesichtspunkt war, die alten Rechte trotz der großen Umwälzungen möglichst als fortbestehend zu behaupten und die bisherigen Eigenarten zu schützen. Fast der einzige Gegner dieses die Staatseinheit gefährdenden Vorschlags blieb der unerschütterliche Cotta, der auf sich und seine Blätter, vor allem die Allgemeine Zeitung, den ganzen Zorn der Landstände zog.

Der Streit spitzte sich zu, als Waldeck persönlich sich noch einmal in einem Schreiben an die Bürgen der alten Verfassung wandte und gleichzeitig Österreich als ehemalige Kaisermacht zum Schutze aufrief. Er wurde vor Gericht geladen und erst unter König Wilhelm außer Verfolgung gesetzt, nachdem er die Zuständigkeit der württembergischen Behörden endlich anerkannt hatte.

Die Verhandlungen waren völlig aussichtslos geworden, als König Friedrich unerwartet rasch verschied (30. Oktober 1816). Bei der Besichtigung von Ausgrabungen vorgeschichtlicher Reste bei Cannstatt, denen er großes Interesse entgegenbrachte, hatte er sich eine schwere Erkältung zugezogen, die eine Lähmung der Lunge herbeiführte. Am 1. November wurde er in der Familiengruft zu Ludwigsburg beigesetzt.

Seine allverehrte Witwe Charlotte Mathilde folgte ihm am 6. Oktober 1828 im Tode nach. Sein jüngerer Sohn Paul starb den 16. April 1852 mit Hinterlassung einer Tochter Charlotte (geb. 9. Januar 1807, gestorben 9. Januar 1873), die sich als Helene Paulowna mit dem Großfürsten Michael von Rußland vermählte, und zweier Söhne, des Prinzen Friedrich (geb. 21. Februar 1808, gestorben 9. Mai 1870) und des Prinzen August (geb. 24. Januar 1813, gestorben 12. Januar 1885), des Führers der preußischen Garden im Krieg gegen Frankreich.

Das Urteil über König Friedrich ist sehr verschieden ausgefallen und wird verschieden bleiben, je nachdem man den Hauptnachdruck darauf legt, wie er seinen Zeitgenossen erschien oder darauf, wie er die Entwicklung Württembergs beeinflußt hat. Bei rein menschlicher Auffassung bietet er freilich wenig gewinnende Seiten. Durch und durch rücksichtslos, selbstsüchtig und gewaltthätig, ein Fürst, der die Unterthanen vom höchsten bis zum niedersten nur als willenlose Werkzeuge behandelte, der seinen Umgang nach dem Tode des wackeren Karl von Zeppelin fast nur bei einer niedrigen Schar von Günstlingen suchte, hat er sich wenig Freunde erworben. Als er starb, hatten die Beamten die größte Mühe, öffentliche Freudenbezeugungen

Digitized by Google

zu verhindern; Kaiser Franz von Östreich sagte ihm nach, er sei ein „gewaltiger Kamerad“ gewesen; Heinrich von Kleist verlieh in der Hermannsschlacht seine Züge dem verräterischen Ubierfürsten, dem der Kopf vor die Füße gelegt wird. Und dennoch ist es verkehrt, über dem, was die Zeitgenossen an ihm auszusetzen hatten, das zu vergessen, was er für die Zukunft Großes geleistet. Wer ihm überhaupt das Recht zugesteht, Württemberg aus den Wogen der Zeit unversehrt, ja bedeutend vergrößert herauszuführen, wer sein Ziel, einen innerlich gekräftigten, nicht jedem Ansturm preisgegebenen Staat sich zu bilden, anerkennt, wer die Schaffung von Ordnung in der Verwaltung, von Zucht und Kriegstüchtigkeit in der Armee für staatsmännische Thaten hält, der kann dem starken Geiste und dem unermüdlichen Eifer Friedrichs seine Bewunderung nicht versagen. Höchstens kann er bedauern, daß sein unbändiger Schöpfungsdrang kein größeres Gebiet für seine Bethätigung gefunden hat. Unter den Fürsten Württembergs hat er jedenfalls die größten Erfolge aufzuweisen.

Digitized by Google

II. Abschnitt.

König Wilhelm I. bis zu den Revolutionsjahren.

1816—1848.

König Wilhelm I. (1816—1864) war am 27. September 1781 in der damaligen Garnison des Vaters, Lüben in Schlesien, geboren. Nach harter Jugend kämpfte er 1800 im östreichischen Heere als Freiwilliger gegen Napoleon. Seine öffentliche Laufbahn wurde aber durch die Flucht nach Paris jäh abgebrochen. Erst 1809 übernahm er ein Kommando in der Heimat. Der russische Feldzug führte ihn widerwillig unter französische Fahnen, bis ihn eine Krankheit befreite. Um so freudiger kämpfte er nach der Wendung der Politik seines Vaters gegen den bisherigen Unterdrücker. Wir haben gesehen, wie er sich den Ruhm eines tapferen und einsichtigen Heerführers erwarb.

Es war Trotz gegen Napoleon und den eigenen, mit diesem verbündeten Vater gewesen, daß sich Wilhelm 1808 mit der Prinzessin Charlotte von Bayern vermählte. Er hatte nur der Gefahr begegnen wollen, gleich dem badischen Erbprinzen für eine Verwandte Napoleons bestimmt zu werden und betrachtete sich völlig als unverehlicht, bis das Band nach dem Sturze Napoleons im August 1814 gelöst wurde. Schon damals zog ihn sein Herz zu der verwitweten Prinzessin von Oldenburg, der russischen Großfürstin Katharina, Schwester des Kaisers Alexander (geb. 21. Mai 1788). Die Vermählung mit derselben erfolgte am 24. Januar 1816 zu Petersburg. Der Einzug Wilhelms mit der edlen Gemahlin in Stuttgart zeugte von den frohen Hoffnungen, die das Land auf das künftige Fürstenpaar setzte. Noch in demselben Jahre fiel ihm die Krone zu.

Es bedeutet sicher einen absichtlichen Bruch mit der Vergangenheit und eine Lossagung von den Grundsätzen Friedrichs, wenn der neue König

Digitized by Google

in allem, was zur Bezeichnung seiner Person und seiner Würde diente, Abänderungen traf. Er selbst ließ sich jetzt allgemein Wilhelm nennen, nachdem er bis zum Tode des Vaters amtlich Friedrich geheißen hatte (er war Wilhelm Friedrich Karl getauft worden); er nahm statt des üblich gewordenen gehäuften Titels den einfachen des Königs von Württemberg an; er behielt statt des reichen, zusammengesetzten Wappens nur den Mittelschild mit den angestammten Hirschstangen und den staufischen Löwen bei; er wählte, nachdem das württembergische Schwarz-Gold und das mömpelgardische Rot-Gold unter Friedrich zu Schwarz-Rot-Gold zusammengezogen worden war, Schwarz-Rot zur Landesfarbe.[1]) Mit dieser Richtung hängt es auch zusammen, daß er sein ehrwürdiges Stammschloß niederreißen ließ, wenngleich der Wunsch der verehrten Gemahlin, hier die letzte Ruhestätte zu finden, den Anstoß gab.

Als König Wilhelm den Thron bestieg, befand sich das Land in einer traurigen Lage. Zu der politischen Unzufriedenheit kam Mißwachs und Hungersnot. Die Preise der Früchte stiegen so hoch, wie während des dreißigjährigen Krieges. Es gelang, durch staatlichen Aufkauf von ausländischem Getreide, durch Erschwerung der Ausfuhr, Unterdrückung der Ausbeutung und nicht zum wenigsten durch das persönliche Eingreifen der Königin der Not zu steuern, obgleich die Bemühungen scheiterten, den deutschen Bund zu Schritten für zollfreien Verkehr von Lebensmitteln innerhalb seiner Grenzen zu veranlassen. Katharina schuf, unterstützt namentlich von Cotta, ein förmliches Netz von Wohlthätigkeitsanstalten im Land; überall entstanden örtliche Vereine, die mit der Zentralleitung in Stuttgart in Verbindung gesetzt wurden. Die Königin rief Industrieschulen ins Leben, um Anleitung zum Verdienste zu geben. Wenn auch die Beamten alten Schlags darüber spotteten, daß eine Frau sich Eingriffe in die öffentliche Verwaltung erlaube, die Unterthanen gewannen die Überzeugung, daß eine neue Auffassung vom Verhältnis zwischen Fürst und Volk in Württemberg eingezogen sei. Auch nach der Abwendung der unmittelbaren Gefahr wirkte Katharina zur Hebung der Lage der Unterthanen. Ihr verdankt die württembergische Sparkasse ihre Entstehung. Auch die für höhere Mädchenbildung gestiftete Anstalt, das nach ihr benannte Katharinenstift, half fühlbarem Mangel ab. So wirkte sie in versöhnendem Sinne auf die Stimmung des Landes, und als ein früher Tod sie abrief

[1]) In Folge der Ausmerzung des gemeinsamen Gold, das noch dazu die einzige Metallfarbe unter den dreien war, ist die Zusammenstellung ebenso unhistorisch als unheraldisch geworden.

Digitized by Google

(9. Januar 1819), da hat kein Geringerer als Ludwig Uhland, der lobkarge, auf seine Unabhängigkeit stolze Mann, die Verklärte besungen.

Wilhelm trat die Regierung mit dem Entschlusse an, dem Geiste der Zeit weitgehende Zugeständnisse zu machen. War er doch schon durch seine Beziehungen zur alten Landschaft gebunden. Wenn er später seine Gesinnung änderte, so liegen die Ursachen davon besonders in dem Drucke der freiheitsfeindlichen Großmächte und in der Überzeugung, daß er nach dem endlichen Zustandekommen der Verfassung das Seinige in dieser Richtung gethan und wenig Dank geerntet habe. Schon in der ersten Ansprache an sein Volk stellte der König eine zeitgemäße Verfassung in Aussicht. Die Wiederherstellung des Geheimerats statt des Staatsrats, die Anordnung der Untersuchung der Schreibereimißbräuche, die Abschaffung des Aufpasserunwesens, die Gewährung von Preß- und Auswanderungsfreiheit, sowie des Rechts, Waffen zu tragen, die Zulassung von Gemeindewildschützen entsprachen den gehegten Erwartungen. Auch die sofortige Berufung des geistvollen, freisinnigen Wangenheim zum Minister der geistlichen Angelegenheiten, die Ernennung des von Friedrich verfehmten früheren Landschaftskonsulenten Gros zum Präsidenten des Obertribunals, die durch Wangenheim und den ungestümen List besorgte Errichtung einer staatswirtschaftlichen Fakultät in Tübingen zeugen deutlich genug von der Unbefangenheit des jungen Königs. Man hätte erwarten können, daß die berufenen Vertreter des Volks dem Fürsten gegenüber ihrerseits einiges Entgegenkommen gezeigt hätten.

Die Stände waren am 7. Dezember 1816 vertagt worden. Am 3. März 1817 traten sie wieder zusammen. Nachdem ihr Ausschuß mit der Aufstellung eines Verfassungsentwurfs nicht fertig geworden war, legte ihnen der König einen eigenen vor. Derselbe trennte den Landtag in zwei Kammern: die „erste“ sollte eine reine Volkskammer darstellen, deren Mitgliedschaft für die Hälfte an ein Vermögen von 8000 Gulden gebunden war; die Wahl sollte mittelbar durch Wahlmänner vollzogen werden; von den Urwählern wurde eine Steuerleistung von mindestens fünfzehn Gulden verlangt. Die „zweite“ Kammer sollte aus vormals Reichsunmittelbaren, dreizehn Mitgliedern der landsäßigen Ritterschaft, allen Adeligen mit reiner Landrente von 5000 Gulden, sechs evangelischen Prälaten, dem katholischen Bischof und zwei weiteren Geistlichen, vier Vertretern der gelehrten Anstalten bestehen. Es war eine Zusammensetzung, ähnlich wie sie, abgesehen vom Wahlrecht und Zensus, späteren Geschlechtern als Ziel vorschwebte. Beilagen zur Verfassung bildeten ein Gesetz über Preßfreiheit, ein Adelsstatut,

Digitized by Google

Bestimmungen über Wiederherstellung des evangelischen Kirchenguts und Dotation des katholischen Bistums, eine Verordnung über die Universität Tübingen, die unmittelbar dem Kultministerium unterstellt werden sollte.

Der königliche Verfassungsentwurf stimmte vielfach mit dem unvollendeten ständischen überein. Abweichend war in diesem namentlich das Verlangen einer einzigen Kammer und eines größeren ständischen Ausschusses sowie einer ständischen Schuldenzahlungskasse als Einnehmerin aller Steuergelder. Bei der großen Nachgiebigkeit des Königs, über die in der Bundesversammlung bald tadelnde Äußerungen fielen, wäre ein Ausgleich nicht aussichtslos gewesen, wenn der Landtag sich nur auf die Behandlung sachlicher Fragen beschränkt hätte, statt in die alte allgemeine Rednerei zu verfallen. Wangenheim bot alles auf, um ein Abschweifen von den Tagesordnungen zu verhüten. Umsonst; die Abgeordneten zogen immer wieder die längsten Abhandlungen über ihre Grundsätze aus der Tasche. Wer heute dieselben liest, begreift, daß der Regierung die Geduld ausging. Dazu kam eine weitere Verzögerung. Die Altwürttemberger und mit ihnen der Adel wiederholten die Behauptung, daß sie Sonderrechte besitzen, über deren Abänderung die Mehrheit nicht entscheiden könne. Von jenen widersetzten sich nur Cotta und Griesinger; sofort drang ein Pöbelhaufe in das Ständehaus ein, um sie zu bedrohen. Die Mehrheit sprach sich gegen jenen Standpunkt aus; aber die Altwürttemberger legten feierliche Verwahrung ein. Dadurch sah sich die Regierung veranlaßt, den Mehrheitsbeschluß zum Gesetz zu erklären.

Am 24. Mai wurde auf Mauclers Betreiben der Präsident der Kammer mit den Mitgliedern des früheren Beratungsausschusses vor den König in das Schloß berufen und wegen der Langsamkeit der Geschäfte getadelt. Zwei Tage nachher erfolgte die schriftliche Aufforderung, sich bis zum 4. Juni zu äußern, ob der Verfassungsentwurf im Grundsatz angenommen werde; doch sollten noch einige Vertreter der Landschaft mit denen des Königs die strittigen Punkte vorbehältlich der Genehmigung des nächsten Landtags ins Reine bringen. Würde diese versagt, so verzichte der König auf den Weg des Vertrags und werde abwarten, welche Grundsätze über Verfassungen in den zum deutschen Bunde gehörigen Staaten allgemein angenommen würden; doch werde er einstweilen von sich aus sein Volk in den Genuß der dargebotenen Rechte setzen. Dieser Hinweis auf die notgedrungene Regelung durch den Bund erklärt deutlich Wilhelms spätere Schritte. Zugleich ging der König auf zahlreiche weitere Abänderungsvorschläge ein; ja er bewilligte sogar, daß durch die Regierung und eine

Digitized by Google

der beiden Kammern eine Änderung herbeigeführt werden könne, wenn sich innerhalb drei Jahren zeigen sollte, daß die Einführung einer einzigen Kammer besser sei.

Die Haltung der württembergischen Stände machte auch andere Regierungen stutzig; der nur hemmenden Thätigkeit derselben gab man allgemein Schuld, daß die Gegnerschaft gegen Verfassungen in Deutschland erstarkte.

Am 2. Juni erklärten die Altwürttemberger unter Führung von Weishaar das Gesetz, nach dem die einfache Mehrheit gegen sie entscheiden könnte, für unverbindlich; 67 gegen 42 Stimmen lehnten die vom König verlangte Äußerung ab; manche nicht, weil sie mit der Verfassung unzufrieden gewesen wären, sondern weil sie sich gegen den für die Beschleunigung ausgeübten Druck stemmten. Vielen, wie dem Freiherrn Karl von Varnbüler, war das Zweikammersystem unannehmbar. Für den Fall der drohenden Auflösung empfahl die Kammer die Bitte der Altwürttemberger um vorläufige Herstellung der früheren Verfassung für die Erblande. Am 4. Juni verbot der König den Ständen die Fortsetzung ihrer Sitzungen. Er war so sehr erzürnt über die Ablehnung seiner Vorschläge, daß er die nicht in Stuttgart wohnenden Mitglieder von dort auswies und dem Freiherrn von Varnbüler, seinem späteren Finanzminister, die Kammerherrnschlüssel abforderte, die dieser seinerseits mit der Post als Sachen ohne Wert zurückschickte. Am 5. gewährte König Wilhelm dem Lande die in seiner Verfassung enthaltenen Rechte und legte gegen den Beschluß der Abgeordneten Berufung an die alten Wahlkörper, die Amtsversammlungen, ein. Bei dem letzteren Schritte täuschte er sich in der Stimmung der Masse, die ihren langjährigen Führern Folge leistete und in Uhlands altrechtlerischen Gedichten den Ausdruck ihrer ganzen Stammesart fand.

Für die Einführung der durch die verworfene Verfassung in Aussicht genommenen Zustände waren besonders die Minister Wangenheim und Karl Kerner thätig, der letztere, ursprünglich Soldat, ein nüchterner, praktischer Mann und edler Charakter. Beide mußten bald weichen, weil der König für die innere Verwaltung zu dem strammen Beamtentum eines Maucler hinneigte. Dennoch wirkt ihr Einfluß in den Organisationsedikten von 1817 und 1818 nach, durch welche die ganze Staatsverwaltung auf einen neuen Boden gestellt wurde. Sie betrafen Erleichterung und Ablösbarkeit der Abgaben, namentlich Aufhebung der Leibeigenschaft, Tilgung der Staatsschulden, Einteilung des Königreichs in vier Kreise mit 64 Oberämtern, Festsetzung von fünf Ministerien, Beaufsichtigung der Finanzverwaltung, die Stellung der Staatsdiener, ferner die öffentlichen Rechts-

Digitized by Google

verhältnisse der Gemeinden, Oberämter und Stiftungen. Zugleich erfolgte die Einsetzung von der Kreisverfassung entsprechenden Gerichtshöfen, die Trennung von Rechtspflege und Verwaltung und damit die Errichtung von Oberamtsgerichten.

Zur Hebung der Landwirtschaft wurden besondere Vereine gegründet, die Akademie zu Hohenheim ins Leben gerufen, die Feier des Volksfestes angeordnet (1818).

Während so im Lande durch die Regierungsweisheit Wilhelms ein Umschwung der Stimmung herbeigeführt wurde, hatte in Frankfurt der Bundestag seine Thätigkeit unter den ungünstigsten Aussichten begonnen. Ging doch das Bestreben der meisten Beteiligten dahin, gemeinsame Maßregeln zu verhindern und die Sonderinteressen zu schützen. Einer der schärfsten Vertreter dieser Richtung war der, übrigens bald durch Graf Mandelslohe ersetzte, württembergische Gesandte von Linden, der nicht nur für bindende Beschlüsse Einstimmigkeit verlangte, sondern auch die letztere bei Abwesenheit eines einzelnen Gesandten für unvollständig erklärte. Freilich schienen die kleinen und mittleren Staaten seit dem Sturze Napoleons nur den Herrscher gewechselt zu haben, da Österreich und Preußen sie selten zu Rat gezogen. Auch Wangenheim, der nach seinem Rücktritt vom Ministerium zum Gesandten am Bundestag ernannt wurde (November 1817), war, obgleich begeisterter deutscher Patriot, ein abgesagter Feind der deutschen Großmächte als Bedroher der deutschen Freiheit und kämpfte für die Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Er gewann solchen Einfluß und trat dabei so kühn und offen auf, daß sich Metternich bald in Stuttgart über ihn beklagte. Wangenheim ist ein Hauptvertreter des Gedankens, der bald eine so große Rolle spielte, daß neben und gegenüber von Österreich und Preußen, diesen zugleich europäischen Mächten, ein engerer Bund der übrigen deutschen Staaten, des reinen Deutschlands, sich bilden sollte. Entsprach diese „Triasidee" an sich den damaligen Verhältnissen, so war ihre Anwendung auf die Bundeskriegsverfassung, wie sie Wangenheim machte, gefährlich. Württemberg trat mit den übrigen Kleinstaaten dem Verlangen Preußens, ihre Truppen zwei Heeren unter seiner und Österreichs Führung einzureihen, entschieden entgegen und forderte vielmehr die Aufstellung eines dritten Bundesheers unter einem vom Bundestage gewählten Feldherrn. Der Hintergedanke dabei war, etwaige Kriege der Großmächte diese selbst ausfechten zu lassen und das eigentliche Bundesheer für die gemeinsamen Zwecke des Bundes aufzusparen. Damit fiel der Bund für die europäische Politik nicht als große Einheit in die Wagschale.

Digitized by Google

Es geschah gleichfalls, um Österreichs und Preußens Einfluß zu schwächen, daß Württemberg die Aushebung von nur einem Prozent der Bevölkerung zum Heere und einem halben für den Ersatz zugestand und daß es, wenigstens in Friedenszeiten, die einzelnen Korps möglichst unabhängig stellen wollte. Da Österreich in diesem Punkte nachgab, mußte sich auch Preußen fügen.

Einen starken Grund zum Mißtrauen gegen die Großmächte bekam Württemberg mit dem ganzen Südwesten bei den Verhandlungen über Erbauung einer neuen Bundesfestung. Da Straßburg Frankreich nicht abgenommen worden war, hatte man aus der französischen Kriegskontribution 20 Millionen für eine Festung am Oberrhein bestimmt. Württemberg und Baden schlugen dazu Rastatt vor, Österreich Ulm. Preußen schloß sich letzterem an und ließ mit ihm den Südwesten im Stich. Da kein Teil nachgab, kam lange gar nichts zu Stande; zuletzt setzte Württemberg die Befestigung beider Plätze durch.

König Wilhelm hatte seinen widerspenstigen Ständen in Aussicht gestellt, er werde sich wegen des Zustandekommens einer Verfassung an den Bund wenden. Nach der Auflösung des Landtags wartete er zunächst noch auf die Entscheidung der Amtsversammlungen. Als auch dieser Weg fehlschlug, griff er zu dem angedrohten letzten Mittel. Wangenheim in Frankfurt bekam den Auftrag, beim Bunde auf eine genauere Erläuterung des Artikels 13 der Bundesakte zu dringen, damit das Maß und die Grenzen der den Ständen einzuräumenden Befugnisse festgesetzt würden (November 1817). Bald darauf erhielt er die Weisung abzuwarten, bis der Wiener Hof, an den sich der König gleichfalls gewandt hatte, dem dortigen Gesandten, dem jüngeren Wintzingerode, Eröffnungen gemacht habe. Es ist begreiflich, daß der eben seines Ministerpostens enthobene, seines unmittelbaren leitenden Einflusses auf das Verfassungswerk beraubte Wangenheim nunmehr den Verdacht schöpfte, daß sich der König den reaktionären Schritten anderer Höfe angeschlossen habe, und daß er in Schreiben an Freunde erklärte, er habe die Hoffnung auf den König aufgegeben, da er sich jetzt in den Händen einer Clique befinde.[1]) Was er davon fürchtete, war nicht das Verbot freisinniger Verfassungen durch den Bund, sondern die Aneignung des österreichischen Standpunkts, wonach die Art und Zeit der Einführung von Verfassungen, den Einzelstaaten zu

[1]) Die Einsichtnahme der handschriftlichen Briefe Wangenheims an den Geheimerat v. Hartmann verdanke ich der Güte des Herrn Professor Dr. Julius Hartmann.

Digitized by Google

überlassen sei. Denn dann mußte nach seiner Überzeugung auch in Württemberg das Verfassungswerk endgiltig ins Stocken geraten und das allen deutschen Völkern in der Bundesakte gegebene Versprechen war gebrochen. Es ist auch natürlich, daß Wintzingerode in Wien die Sache so darstellte, als ob in dem Schritte des Königs ein Entgegenkommen gegen die dortigen Anschauungen liege. Thatsächlich war Wintzingerodes Aufgabe, in Wien Stimmung für die württembergische Verfassung zu machen und eine Deutung des Artikels 13 herbeizuführen, die den Inhalt des vom König vorgelegten Entwurfs als zu liberal erscheinen lasse. Dadurch sollten die Stände so in Angst versetzt werden, daß sie ihren Widerstand aufgeben würden.

Metternich wäre bereit gewesen, den Verfassungsartikel zu erläutern, aber in ganz anderem Sinne als König Wilhelm gewünscht hatte. Während dieser an dem Gedanken der vertragsmäßigen Verfassung festhielt, und eine eigentliche Volksvertretung in Aussicht nahm, erklärte jener einen solchen Standpunkt für revolutionär und wollte nur die alte landständische Verfassung anerkennen. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen fand Östreich — es war die Zeit, als Kotzebue ermordet worden war — für angezeigt, Maßregeln gegen die revolutionären Bewegungen überhaupt zu ergreifen, und berief den Karlsbader Kongreß. Wilhelm war zwar indessen selbst schwankend geworden und trug sich mit der Absicht, Preußens Vorgang abzuwarten. Aber die Einführung von Verfassungen in Bayern und Baden trieb ihn wieder vorwärts, und als Metternichs Einladung zum Kongreß kam, waren die Vorbereitungen schon so weit gediehen, daß einer Einberufung der Ständeversammlung nichts mehr im Wege stand.

Wintzingerode, der inzwischen das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte, ging, da der Einladung keine bestimmten Vorschläge beigefügt waren, mit sehr allgemein gehaltenen Weisungen nach Karlsbad; doch hatte er schon den Auftrag, die Deutung des Artikels 13 im Sinne des Königs als dringlich hinzustellen. Erst im mündlichen Verkehr, nachdem in Württemberg die Stände schon versammelt waren, stellte Metternich an ihn das Ansinnen, bei seinem Hofe dahin zu wirken, daß gegen jene womöglich keine neuen Verbindlichkeiten vor dem Ausgang der hiesigen Verhandlungen eingegangen werden möchten. Der König erwiderte, daß der Abschluß des württembergischen Verfassungswerks sich nicht mehr lange verzögern lasse, daß er übrigens nur in dem Falle bereit sei, eine Grenzlinie für die Verfassungen zu ziehen, wenn dadurch das Wesen derselben, wie es sich in einzelnen Bundesstaaten bereits ausgebildet habe,

Digitized by Google

nicht beeinträchtigt würde. Die Folge war wirklich, daß die Verfassungen gerettet wurden.[1])

Die württembergischen Stände waren am 10. Juni 1819 zu großer Überraschung des Landes auf 13. Juli nach Ludwigsburg einberufen worden. Die Wahlen waren regierungsfeindlich ausgefallen: der berühmteste Altrechtler, der junge Uhland, war in Tübingen gewählt worden, die beiden einzigen, die auf dem letzten Landtag vermittelt hatten, Griesinger und Cotta waren unterlegen; doch trat der letztere als Vertreter des Grafen von Bissingen in die Kammer ein. Die Wahl eines der schroffsten Radikalen, List von Reutlingen, wurde vom Ministerium und später auch von der Kammer beanstandet, weil derselbe aus Unkenntnis seines Geburtstags die Vollendung des dreißigsten Lebensjahrs nicht nachweisen konnte. Um die Gegnerschaft niederzuhalten, unterdrückte die Regierung deren Zeitung und wies den auf Besuch von Heidelberg in die Heimat geeilten Altrechtler Paulus aus. Der königliche Verfassungsentwurf fand denn auch zunächst wenig Gnade; die Verhandlungen arteten wieder in ein langatmiges Gerede über die Geschäftsbehandlung aus. Da vertagte der König am 23. Juli die Kammer und ließ seinen Entwurf durch beiderseitige Bevollmächtigte durchberaten. Als am 2. September die Kommissionsbeschlüsse der Versammlung vorgelegt wurden, lastete auf dieser schon die Furcht vor den in Karlsbad drohenden Beschlüssen, eine Furcht, die von Seiten der Regierung noch gesteigert wurde. Schon am 8. erklärte der die Verhandlungen leitende Vizepräsident Weishaar, daß jede Minute kostbar sei; am 15. sprach Albert Schott es aus, daß die Kammer mit dem freien Vertrag eilen müsse, da den staatsrechtlichen Verhältnissen des deutschen Vaterlands in den nächsten Tagen eine genauere Bestimmung bevorstehe. Die Kammer beschloß, von jetzt ab täglich von 7—11 und 12—4 Uhr zu beraten. Ein Antrag, daß nur noch zu den Hauptpunkten das Wort genommen werden dürfe, wurde zwar abgelehnt, aber diese selbst wurden so rasch erledigt, daß sogar die Einrichtung von zwei Kammern, obgleich eigentlich gegen den Willen der Mehrheit, angenommen und nur die Bitte an den

[1]) Ausdrücklich sei hier bemerkt, daß unsere Darstellung den Akten entnommen ist. Das häßliche Bild, das H. v. Treitschke (Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert 2, 544 ff.) von dem Doppelspiel König Wilhelms entwirft, ist unrichtig. Wenn der König jemand hinter das Licht geführt hat, so war es Österreich und der Bund, nicht aber sein eigenes Land. Der Irrtum scheint durch einen mißverständlichen Brief Wangenheims an den Geheimerat Hartmann und die einseitige Verteidigungsschrift eines Sohnes des Grafen Wintzingerode entstanden zu sein.

Digitized by Google

König um baldige Abänderung beigefügt wurde. Den Streit darüber, ob dieser oder jener Vertreter in der ersten oder zweiten Kammer[1]) sitzen solle, brachte sogar Uhland mit der Bemerkung zum Schweigen, daß beides gleich wichtig und ehrenvoll sei. Auch die Ablehnung, welche die Regierung dem Wunsche nach Vertretung aller über 5000 Einwohner zählenden Städte und der früheren Reichsstädte, nach freierer Wahl der Vertreter der katholischen Geistlichkeit und der Hochschule zu Teil werden ließ, wurde hingenommen. Am 18. September war die Beratung beendigt, obgleich Eingaben zahlreicher Bürger vor Überstürzung warnten. Nachdem der König noch den verschiedensten Abänderungsvorschlägen beigetreten war, erfolgte am 23. September die Abstimmung. Sie lautete ausnahmslos Ja; Uhland bemerkte, daß zwar Mancher Manches vermissen werde, daß aber das Wesentliche bestehe, vor allem der Urfels des alten Rechts, der Vertrag. Am 25. fand im Schlosse zu Ludwigsburg der feierliche Austausch der beiden Verfassungsurkunden statt.

Die Verfassung handelt im 1. Kapitel von dem Königreich, im 2. von dem Könige, der Thronfolge und der Reichsverweſung, im 3. von den allgemeinen Rechtsverhältnissen der Staatsbürger, im 4. von den Staatsbehörden, im 5. von den Gemeinden und Amtskörperschaften, im 6. von dem Verhältnisse der Kirche zum Staat, im 7. von Ausübung der Staatsgewalt, im 8. von der Finanzverwaltung, im 9. von den Landständen, im 10. von dem Staatsgerichtshof. Von altwürttembergischen Einrichtungen ist die, freilich später als unmöglich erkannte, selbständige Verwaltung des Kirchenguts, das Bestehen des Geheimerats neben den Ministerien, der ständige landschaftliche Ausschuß, die Verwaltung der Staatsschuldenzahlungskasse durch ständische Beamte, beibehalten worden, nicht aber eine ständische Steuerkasse. Einen wichtigen Fortschritt bedeutete die Notwendigkeit ständischer Zustimmung zu allen Gesetzen, und das unbedingte Budgetrecht der Kammer. Auch gegenüber dem Entwurf von 1817 ist, wenn auch im Wesentlichen nur die Form sich geändert hatte, eine Verbesserung nicht zu verkennen; namentlich war die Wahl von einem Drittel der Wahlmänner von einer höheren Steuerleistung unabhängig gemacht.

Hätte König Wilhelm wirklich beim Bunde „Schutz gegen seinen eigenen Liberalismus“ gesucht, so ist rein unerfindlich, warum er selbst auf den Abschluß einer so freisinnigen Verfassung drängte. Wie leicht wäre es ihm gewesen, die Furcht der Stände vor den Beschlüssen des Karls-

[1]) Jetzt wurde die Kammer der Standesherren als erste bezeichnet.

Digitized by Google

bader Kongresses in rückschrittlichem Sinne auszunützen. Nichts von alledem! Vielmehr, nachdem der Bundestag eben jenen Beschlüssen beigetreten war (20. September), brachte Wilhelm schnell noch, ehe dieselben veröffentlicht wurden, seine Verfassung in Sicherheit. Denn was bedeuteten die Streitpunkte zwischen König und Ständen gegenüber dem grundsätzlichen Gegensatze, der sie von dem in Karlsbad herrschenden Geiste trennte? Oder sollte der König beim Bunde gegen seine Stände und bei den Ständen gegen den Bund ein Ränkespiel getrieben haben aus bloßer boshafter Freude an einem solchen? Den Ruf des „konstitutionellen Musterkönigs" hätte er behalten, auch wenn er sich scheinbar gegen den eigenen Willen durch den Bund hätte zur Zurücknahme wesentlicher Einräumungen zwingen lassen. So aber konnte Wangenheim in der Freude, daß sein Verdacht gegen den König unbegründet gewesen war, einem Freunde zurufen: nie hat Württemberg eine ruhmwürdigere Stellung gehabt und, wird sie ganz begriffen und einsichtsvoll behauptet, so gewinnt es eine innere Stärke, die jeder äußern gewachsen bleibt.

Der Eindruck von der Haltung Wilhelms war so groß, daß man allerorten in Deutschland von ihm die Durchsetzung von Verfassungen erwartete und sich ihn als Kaiser an der Spitze eines neuen Reiches vorstellte.

Den Großmächten gegenüber hatte König Wilhelm einen schweren Stand. Kurz vor Abschluß der Verfassung hatte ihm Kaiser Franz geschrieben, jede Schwäche seinerseits könne den Triumph der Revolution herbeiführen, und hatte ihn beschworen, die verabredete Verfassung nicht zu gewähren oder doch bis nach den in Aussicht genommenen Wiener Verhandlungen zu warten. Er ließ sich nur bestimmen, die Einberufung der neuen Kammern zu verschieben. Um Hilfe zu suchen, eilte er zu seinem Schwager, dem Kaiser Alexander von Rußland, nach Warschau und erreichte, daß dieser, obgleich mit Wilhelms Haltung schon nicht mehr ganz einverstanden, ein Rundschreiben an seine Gesandten in Deutschland erließ, worin er die konstitutionellen Staaten der Unterstützung gegen Östreich versicherte. Groß war der Jubel im Lande, als der König heimkehrte; die Stuttgarter gingen ihm bis Cannstatt entgegen, spannten am Thore die Pferde aus und zogen ihn im Triumph in die Stadt. Für eine Festaufführung dichtete Uhland den Prolog zu seinem Herzog Ernst von Schwaben, in dem er den volksfreundlichen Fürsten pries. Ulmer Offiziere ließen eine überschwängliche Adresse an den König abgehen, in der sie sich bereit erklärten, zum Schutze der Verfassung auch gegen die Großmächte ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Als Östreich und Preußen deren

Digitized by Google

Bestrafung forderten, behandelte sie der König so milde wie möglich. Württemberg blieb aber mit seiner Haltung allein; nicht einmal Baden zeigte sich willig, ihm beizutreten. Um daher nicht die Großmächte zu sehr zu reizen und sich völlig zu vereinzeln, trat König Wilhelm den Karlsbader Beschlüssen mit innerem Widerstreben bei. Wintzingerode erklärte eine Absonderung für schädlich und eine Weigerung, die Beschlüsse auszuführen für unmöglich, während Wangenheim vor Annahme der letzteren durch den Bund seine Bedenken geltend machte, aber für dieselben stimmen mußte. Doch wurden die gegen die Universitäten gerichteten Bestimmungen in Tübingen so milde ausgeführt, daß ein verdächtigter Burschenschaftler mit Hilfe der Regierung und, wie er selbst annahm, mit Geldunterstützung des Königs sich retten konnte. Württemberg weigerte sich, ein Mitglied in die Mainzer Zentraluntersuchungskommission abzuordnen. Die Beschränkung der Preßfreiheit wurde, wenigstens im Anfang, dadurch erleichtert, daß die Zensur dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten übertragen und nicht auf Besprechung der inneren Verhältnisse des Landes angewendet wurde.

Die Verhandlungen von Karlsbad sollten durch die Minister sämtlicher Einzelstaaten in Wien festgesetzt werden. Der württembergische Minister Graf Mandelslohe hatte in Übereinstimmung mit dem bayrischen Bevollmächtigten dafür Sorge zu tragen, daß die Landesverfassungen geachtet würden, und es gelang den beiden in die Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 die Bestimmung aufnehmen zu lassen, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden können. Mandelslohes Einsprache gegen die Befugnisse der der Bundesversammlung einträglichen Konferenz scheiterte an dem Machtspruch Östreichs und dem Mangel an Unterstützung; doch setzte er es durch, daß die Beschlüsse wenigstens, um die Form zu wahren, vom Bunde wiederholt wurden. War doch sogar dieser gegenüber der Gewaltthätigkeit, welche die Großmächte auf den besonderen Konferenzen anwandten, ein Hort der Freiheit. Mag diese mittelstaatliche Politik noch so selbstsüchtig, ja manchmal bösartig gewesen sein, so war sie doch bei dem Fehlen eines klaren Programms für die nationale Weitergestaltung, bei der Selbstdemütigung Preußens vor Östreich zu ihrer Zeit nicht unberechtigt und hat sich, wie selbst ihre heftigsten Gegner zugestehen müssen, das bleibende Verdienst erworben, die Grundlagen des modernen Staatslebens gegen die Eingriffe des Wiener Kabinetts zu verteidigen.[1])

[1]) H. von Treitschke, Historische und politische Aufsätze I, 224.

Digitized by Google

König Wilhelm wurde von dem Zorn, der in ihm über die Bevormundung durch die Großmächte und deren rückschrittliche Politik kochte, immer weiter fortgerissen. Da er ihm nicht offen den Lauf lassen konnte, suchte er insgeheim auf die öffentliche Meinung zu wirken. Im September 1820 erschien das Manuskript aus Süddeutschland von George Erichson, gedruckt in London. Es sollte die naturnotwendige Entwicklung der deutschen Dinge auf Grund der Geschichte der letzten Jahrzehnte darstellen. Der Basler Friede habe Preußen dem Süden von Deutschland entfremdet, das nun keinen anderen Schirmvogt als Östreich hatte. Östreich aber habe nur für sich selbst gesorgt, so daß alle diejenigen, die den Riesengeist der neuen Zeit erkannten und seine Bahn berechnen konnten, vielleicht gegen ihre Neigung, anderswo Schutz suchen mußten als unter den Fahnen des alten, ehrwürdigen Kaiserhauses. Frankreichs Absicht, die kleinen deutschen Fürsten durch Vergrößerung ihrer Gebiete von Östreich unabhängig zu machen, habe gegenüber von Preußen und Östreich ein unvermischtes Deutschland geschaffen, das sich enger verbünden müsse, um, wie einst der Rheinbund — durch Einführung einer neuen Militärverfassung, durch Erweiterung des Blicks der Regierungen — die Freiheit Deutschlands vorbereitet, jetzt diese Freiheit zu wahren. Dabei sei das reine Deutschland, sobald das Pariser Kabinett einen Schutz gegen Östreich und Preußen nötig habe, dessen natürlicher Verbündeter. Östreich schade durch Selbstsucht und Gewaltthätigkeit, Preußen durch Vertretung des zu weit gefaßten deutschnationalen Gedankens. Denn deutsch im strengen Sinne seien nur diejenigen Staaten, welche nicht europäischen Mächten angehören, da die andern als solche ein abgesondertes Interesse haben. Seit der Bund bestehe, seien die kleineren Mächte durch die großen völlig bevormundet worden; der ganze Bund sei nur auf das Übergewicht von Östreich und Preußen berechnet; der Bundestag kenne seine Befugnisse selbst nicht und schlage mit Kleinigkeiten die Zeit tot. Der Militärplan des Bundes habe durch Errichtung von neun Armeekorps die Streitkräfte der kleineren Staaten gewaltsam getrennt; in der Frage der süddeutschen Bundesfestung werde der Süden im Stich gelassen. So sei das reine Deutschland auf eine engere Vereinigung angewiesen, die sich auf die öffentliche Meinung stütze. Die letztere sei günstig in Folge Einführung der süddeutschen Verfassungen und der Haltung Württembergs und Bayerns, die den Fortbestand derselben gesichert habe. Man müsse vergessen, daß es einen deutschen Bund gebe, sich aber um so deutlicher daran erinnern, daß Östreich, Preußen, England, die Niederlande, Dänemark den andern Gliedern desselben so wenig zu gehorchen haben,

Digitized by Google

als diese jenen gehorchen wollen. Nach Ausscheidung der den genannten Mächten gehörigen Gebiete bleibe das reine Deutschland mit 10 624 800 Einwohnern auf 3687 Quadratmeilen übrig, im Großen und Ganzen der südliche Teil Deutschlands, der sich fast in jeder Beziehung vor dem Norden auszeichne. Im Süden würden Bayern und Württemberg die kleineren Staaten um sich gruppieren. — Eine spätere Schrift „Über die gegenwärtige Lage Europas" wies noch bestimmter auf König Wilhelm von Württemberg als den deutschen Bonaparte hin, der die öffentliche Meinung für sich gewinne und Deutschland die zweckmäßigste Verfassung verbürge.

Es war der gröbste Rheinbundsstandpunkt, der in dem Manuskript aus Süddeutschland seinen Ausdruck fand, erschrecklich bar alles nationaldeutschen Sinnes und voll Überschätzung der Kraft des Südens, vor allem Württembergs. Und doch vermochte die Schrift, auch als deren Urheber bekannt wurde, nicht das Ansehen zu vernichten, in dem König Wilhelm als Verteidiger der Verfassungen und als Gegner der einbrechenden Reaktion in Deutschland stand. Aber Bayern, in dem die Schrift nach einigen irreführenden Bemerkungen entstanden sein sollte, wehrte sich entschieden gegen die darin ausgesprochenen Gedanken und bezichtigte sofort die württembergische Regierung der Urheberschaft. Bayern sah in dem Triasgedanken vielmehr einen Verzicht auf den notwendigen Schutz der Großmächte, die man nicht beleidigen dürfe. Österreich, Preußen und Rußland legten bei Württemberg Verwahrung gegen die Schrift ein, und obgleich Wintzingerode jede Mitwissenschaft läugnete, blieb die Stellung der Großmächte zu Württemberg feindselig. König Wilhelm selbst gestand seinem Minister, daß er dem Verfasser, einem Dr. Lindner, die Gedanken eingegeben habe. Wintzingerode tadelte offen das Vorgehen des Königs, da ein auswärtiges Ministerium in Württemberg keinen Zweck habe, wenn das Vertrauen der Großmächte so leichtfertig verscherzt werde; auch Wangenheim, obgleich mit den Hauptgedanken einverstanden, mißbilligte den verletzenden Ton der Schrift.

Noch mehr wurde Wilhelm erbittert, als auf den Kongressen zu Troppau und Laibach die Großmächte ihre Politik der Vergewaltigung fortsetzten. Aus vollem Herzen dankte er, als einziger deutscher Fürst, England, wie es sich gegen diese Politik aussprach. Mit seinen Wünschen begleitete er die Aufständischen in Sardinien und Neapel, während den ersteren ein Häuflein Tübinger Studenten zuzog; er schwärmte, wie der Kronprinz von Bayern, für die um ihre Freiheit kämpfenden Griechen. Doch konnte er nicht umhin, Österreich für seine Bemühungen um die Niederwerfung der Revolutionen pflichtschuldigen Dank abzustatten.

Digitized by Google

Zum völligen Bruch mit den Großmächten führte der wegen der spanischen und griechischen Unruhen berufene Kongreß zu Verona im Jahre 1822. Österreich und Preußen waren entschlossen, unter Mißachtung der kleineren Staaten in der bisherigen Weise zu verfahren und, um jeden Widerstand zu brechen, den Bundestag von allen selbständigen Elementen zu säubern. Dazu gehörte in erster Linie die Demütigung des Königs Wilhelm von Württemberg. Denn Württemberg, so schrieb der preußische Minister Bernstorff an seinen Meister Metternich, war der Hauptbrennpunkt alles revolutionären Treibens in Deutschland und sein König ein der That und Absicht nach entschiedener Feind des Bundes. Wilhelm gab den Gegnern die willkommene Gelegenheit, ihren Plan auszuführen. Der Verdacht, daß in Verona die Bundespolitik zur Sprache kommen werde, veranlaßte König Wilhelm, sich von Wintzingerode ein Gutachten abstatten zu lassen. Der Minister war der Ansicht, es fehle an jeder völkerrechtlichen Befugnis, auf einem europäischen Kongreß eine Abänderung in den Grundgesetzen und der Organisation des Bundes oder gar den Umsturz bestehender Verfassungen in Antrag zu bringen; es sei aber schädlich, sich gegen die Großmächte aufzulehnen, denn ohne Annäherung an sie sei Württemberg kraftlos. Da wallte in dem Könige trotz dem Gefühle der Ohnmacht die ganze dynastische und sittliche Entrüstung gegen das Metternichsche System auf. „Mein Charakter und die Verhältnisse meines Landes“, erwiderte er, „erlauben mir nicht, den chien couchant zu spielen. Ich habe ihn nicht gegen Napoleon in einer weit gefährlicheren Zeit gespielt und will nicht jetzt, wo ich einen begründeten Ruf habe, damit anfangen einem Menschen gegenüber, den ich so gründlich verachte, wie Metternich. Stark durch mein Gewissen, durch die Liebe meiner Unterthanen, durch die öffentliche Achtung Deutschlands erwarte ich festen Fußes die geschlossenen Reihen des Macchiavellismus des schwachen Metternich. Dies ist mein letztes Wort.“

Als ein Rundschreiben Metternichs aus Verona vom 14. Dezember den deutschen Regierungen die treue und beharrliche Mitwirkung zur Ausführung der ohne sie beschlossenen Maßregeln gegen die revolutionären Bewegungen zumutete, bat König Wilhelm den Kaiser von Rußland um eine vertrauliche Unterredung. Sie kamen an Weihnachten zu Mittenwald im bayrischen Wald zusammen; Kaiser Alexander war völlig von Metternich gewonnen und fand, daß Wilhelm gänzlich verdorben und von den schlechtesten Grundsätzen durchdrungen sei. Trotzdem mußte Wintzingerode den württembergischen Gesandten im Ausland eine Note zustellen (2. Jan. 1823), in der der Überzeugung Ausdruck gegeben war, daß der König

Digitized by Google

dem, was die verbündeten Mächte von ihm erwarten, zum Voraus entsprochen habe, und der Klage, daß sie, die Erben des Einflusses, den sich Napoleon in Deutschland angemaßt hatte, die Mächte zweiten Ranges, ja sogar den deutschen Bund, keiner Einladung zu so wichtigen Verhandlungen, wie die in Verona, gewürdigt haben. Die Note war ausdrücklich zur Mitteilung von Seiten der Gesandten bestimmt und der Geschäftsträger in Berlin hielt sich für ermächtigt, sie im Wortlaut weiterzugeben. Die Folge war, daß sie nach einigen Wochen an die Öffentlichkeit kam. Vergebens beteuerte Wintzingerode, daß mit der Note ein unbeabsichtigter Mißbrauch getrieben worden sei; vergebens läugnete ein offiziöser Artikel der Stuttgarter Hofzeitung die derselben und dem Besuch in Mittenwald untergelegte tiefere politische Bedeutung. Preußen benützte sofort die Handhabe, um den unbequemen württembergischen Gesandten in Frankfurt los zu werden. Eben fanden in Wien wieder Konferenzen der Großmächte statt behufs Reinigung des Bundestags und Abänderung der Landesverfassungen; sie forderten sogleich zur Sühne des Geschehenen die Abberufung Wangenheims. Wilhelm zeigte sich insofern entgegenkommend, als er ihrem Verlangen nach Verschärfung der Zensur nachgab, freilich mit der ausdrücklichen Erklärung an seine Gesandten, daß er nur dem Zwange sich füge, und indem er den in Stuttgart erscheinenden Deutschen Beobachter wegen Beleidigung der Mainzer Untersuchungskommission unterdrückte. Aber Wangenheim wollte er nicht fallen lassen. Die Veröffentlichung der Note, obgleich nicht von württembergischer Seite veranlaßt, verschärfte den Gegensatz. Im April rief König Friedrich Wilhelm III. von Preußen seinen Gesandten aus Stuttgart ab. Diejenigen von Östreich und Preußen folgten und der bayrische ging wenigstens so lange in ein Bad, bis ihn seine Regierung wieder zurückschickte. Wilhelm seinerseits ließ seine Gesandten ruhig auf ihren Posten und benützte im Juli einen Vorwand, um Wangenheim abzuberufen. Aber eben weil der König den Anschein erwecken wollte, er habe damit nicht dem Drucke nachgegeben, blieben die fremden Gesandten noch weiterhin weg.

So fiel Wangenheim der Ungnade der Großmächte zum Opfer, und wahrlich er hatte ihnen Grund genug zu dieser Ungnade gegeben. War er doch das Haupt der Opposition am Bunde, welche für die Unabhängigkeit der kleineren Souveräne kämpfte; er war im Lippeschen Ständestreit für das Recht auf Verfassungen eingetreten, hatte die Pflicht des Bundes behauptet, in Holstein auf Bitte von Prälaten und Ritterschaft die alte Verfassung herzustellen, hatte einen Beschluß durchgesetzt, wonach

Digitized by Google

die Mainzer Untersuchungskommission aufgehoben werden sollte, hatte das Recht der Käufer westphälischer Domänen gegenüber der brutalen Gewalt des Kurfürsten von Hessen vertreten. Nicht einmal, daß er Preußens Zollpolitik bekämpft hatte, erwarb ihm die Fürsprache Östreichs.

Nach Wangenheims Entlassung litt es König Wilhelm nicht mehr in Stuttgart; er machte eine längere Reise nach Italien. Ihm flogen warnende Briefe der Großmächte an die dortigen Höfe voraus. Bei seiner Rückkehr fand er das Entlassungsgesuch Wintzingerodes, der nach dem Mißerfolg der von ihm getadelten, aber nach außen vertretenen Politik gegen des Königs Willen seinen Posten verließ. Da er nach seiner Verabschiedung sich in einer Pariser Zeitung über die Großmachtsucht seines bisherigen Herren lustig machte, ließ sich derselbe nur durch die Fürsprache des einst um Württemberg verdienten Vaters bewegen, ihn in dem Genuß seiner Würden und Bezüge zu belassen.

Wangenheim war erzwungenerweise entlassen, Wintzingerode verräterisch weggegangen, die Großmächte hatten den König in die Acht erklärt, da erkannte dieser, daß er allein zu schwach sei wider den Stachel zu löcken und ergab sich. Es ist unverkennbar der Einfluß des damaligen Justizministers Maucler, der König Wilhelm dazu brachte, rein mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen, was die Großmächte von ihm verlangten, über sich ergehen zu lassen und seine Befriedigung in der strammen Verwaltung seines Landes zu suchen. Damit hielt die Reaktion ihren Einzug auch in Württemberg.

Die Wiederanknüpfung der Beziehungen zu den Großmächten wurde, damit sich der König nichts vergebe, langsam vorbereitet. Erst im Juli 1824 stellte sich Maucler bei Metternich auf Schloß Johannisberg ein. Württemberg erkannte sofort die vom Bunde angenommene Erneuerung der Karlsbader Beschlüsse an und am 23. September schrieb Wilhelm an den König von Preußen und an den Kaiser von Östreich in versöhnlichem Sinne. Daraufhin kehrten endlich die Gesandten zurück.

Auf dem Gebiete der innern Politik setzte sich nach der Vollendung des Verfassungswerks die Neuordnung in zweckmäßigster Weise fort. Das Hauptverdienst erwarb sich dabei der Minister des Innern und des Kultus Schmidlin, ein charaktervoller, bei allen Parteien angesehener Mann. Da die Vorschläge und Maßregeln der Regierung den Wünschen des Landes entsprachen, vollzog sich alles in größter Ruhe, ohne daß deshalb von irgend einem Stillstand die Rede sein könnte. Nicht einmal daß die Kammer der Standesherren, deren Glieder die Unterordnung unter den

Digitized by Google

König von Württemberg noch nicht verwinden konnten, zeitweise sich nicht konstituierte, hemmte den Fortschritt der Gesetzgebung. Der erste nach der neuen Verfassung zusammengesetzte Landtag trat am 15. Januar 1820 zusammen; er tagte jetzt in dem fertiggestellten Ständehause zu Stuttgart. Daß er meist aus Beamten bestand, hatte damals seinen Grund in dem Vertrauen der Wähler zu der Regierung. Beinahe wäre in der Person Friedrich Lists der Hecht in den Karpfenteich gekommen. Aber eine von ihm verfaßte Reutlinger Eingabe mit maßloser Schmähung der Beamtenschaft zog ihm eine Kriminaluntersuchung zu, seine scharfe Verteidigungsrede in der Kammer verschlimmerte seine Stellung und so willfahrte der Landtag dem Verlangen des Justizministers, ihn auf Grund der Verfassung auszuschließen. Zugleich behielt er jedoch List für den Fall eines der eingelegten Beschwerde stattgebenden Erkenntnisses des höheren Gerichts seine Stellung vor und bat die Regierung um Abänderung der betreffenden Verfassungsbestimmung. Nachdem das Gericht die Beschwerde abgewiesen hatte, wurde List zu zehnmonatlicher Festungshaft verurteilt. Er entwich, kehrte aber später zurück und wurde gefangen gesetzt. Nachdem er einen Teil der Strafe abgebüßt, wurde er vom König begnadigt. Das Verfahren war völlig gesetzmäßig, hat aber bei dem Ansehen, das List genoß, dem Rufe König Wilhelms stark geschadet.

Die erste Zusammenstellung des Staatshaushalts wies einen Abmangel von 514 067 Gulden auf, während die Einnahmen aus direkten Steuern nur 2 400 000 Gulden betrugen. Es galt zunächst hier Wandel zu schaffen. Dies gelang, ohne daß die Steuerkraft des Landes über Gebühr angestrengt worden wäre, und in einer Weise, daß die Lasten gleichmäßiger verteilt wurden. Dagegen wurde die von Regierung und Volk dringend gewünschte Ablösung der grundherrlichen Rechte durch den Widerstand der Privilegierten lange vereitelt. Auch die nächsten Landtage arbeiteten erfolgreich an der Aufgabe, aus dem alten patrimonialen Schreiberstaat einen Staat der konstitutionellen Kontrole zu machen, wenn auch die Ausführung bald einem starren, büreaukratischen Geist verfiel. Die Dienstpragmatik von 1821 schuf einen ehrenhaften und verhältnismäßig unabhängigen Beamtenstand; das Verwaltungsedikt von 1822 gab den Gemeinden wieder eine größere Selbständigkeit. Durch Unterstützung der verschiedensten Fabrikationszweige wurde der Wohlstand gefördert, der Verkehr wurde erleichtert; am 1. Dezember 1824 schwamm das erste Dampfschiff, nach dem König „König Wilhelm" genannt, auf dem Bodensee. Ging in erster Linie das Bestreben der Regierung auf materielle Hebung des Landes,

Digitized by Google

so wurden doch auch die geistigen Interessen nicht vernachlässigt: zahlreiche Anweisungen für die Geistlichkeit ordneten die kirchliche Versorgung. Die bürgerlichen Rechte der Juden wurden erweitert. Realschulen, eine Gewerbe- und Kunstschule wurden gegründet, ein zweites Waisenhaus in Weingarten, eine Taubstummen- und Blindenanstalt in Gmünd ins Leben gerufen. Die Verhältnisse der vormaligen Reichsritterschaft wurden durch Verleihung von Privilegien geregelt, die übrigens auf den altlandsäßigen Adel ausgedehnt wurden; diejenigen der Standesherren wurden durch besondere mit ihnen abgeschlossene Verträge mit Mühe ins Reine gebracht. Das einzige verfassungsmäßige Verlangen, das nicht befriedigt wurde, war das der Ausscheidung des Kirchenguts. Schon der erste Landtag hatte einen Ausschuß dazu eingesetzt; die Schwierigkeiten ließen sich aber damals so wenig überwinden wie diejenigen, die später der Absicht entgegenstanden, der Kirche eine entsprechende Rente auf die einzelnen Kameralämter anzuweisen.

Eine der segensreichsten Maßregeln war die Gewerbeordnung vom Jahre 1828: die schweren Mißbräuche der Zunftverfassung wurden aufgehoben, einzelne Gewerbe für nichtzünftig erklärt, der Handel von zahlreichen Schranken befreit.

Die auf Veranlassung des Bundestags einbrechende Reaktion machte sich in Württemberg, wie wir gesehen haben, zuerst gegenüber der Presse bemerklich. Heinrich Heine bekam dies ebenfalls zu spüren. Als er die Weibertreu bei Weinsberg besuchte, erfragte ihn ein Beamter als den Verfasser der Reisebilder und brachte ihn auf dem Schub über die Grenze. Am meisten wütete die Reaktion gegen die Hochschule. Die Burschenschaft wurde in Tübingen zunächst geduldet. 1824 machte Preußen die Entdeckung von dem Bestehen eines politischen Geheimbundes daselbst und verbot seinen Landesangehörigen dort zu studieren. Der König war aufgebracht über diese Veranlassung zu fremdem Einschreiten und schickte eine Abordnung behufs Änderung der Universitätsverfassung nach Tübingen. Eben damals erreichten die Streitigkeiten zwischen dem Burschenverein und den Landsmannschaften ihren Höhepunkt; darum wurde beschlossen, diese Verfassung ganz außer Wirkung zu setzen und einen außerordentlichen Kommissär mit zwanzig Gensdarmen nach Tübingen zu schicken. Es war der Oberjustizrat Hofacker, der diese Aufgabe übernahm und mit der ganzen ihm zur Verfügung stehenden Plumpheit ausführte. Zahlreiche, übrigens meist auf Befehl der Mainzer Zentralbehörde angeordnete Untersuchungen sollten die Hochschule von dem burschenschaftlichen Gift reinigen; doch kamen die Verurteilten, sehr im Unterschiede von andern Staaten, mit

Digitized by Google

kurzer, gelinder Festungshaft davon. Auch Karl Hase, der nachmals so berühmte Gelehrte, damals Privatdozent in Tübingen, wurde in die Untersuchung verwickelt und saß acht Monate auf dem Asperg in Haft, während welcher der spätere Justizminister von Prieser als Untersuchungsrichter die Sporen an ihm verdiente. Hase wurde zu zwei Jahren Festung verurteilt, aber bald ohne Anrechnung der Gerichts- und Zehrungskosten entlassen. Er hatte einst zu jenen burschenschaftlichen Kreisen gehört, die davon redeten, daß Wilhelm Kaiser von Deutschland werden sollte.

Als nach Jahren die Universität ein neues Statut bekam (1829), fiel es so sehr nach dem Sinne Mauclers aus, daß nicht einmal die freie Wahl des Rektors und der Dekane übrig blieb. Damals schrieb Schelling die spöttischen Verse:

Vindice Nauclero quondam fundata Tubinga,
Iudice Mauclero perdita tota iacet.[1])

Der allgemeine Unwille jedoch, welcher sich gegen das Statut erhob, der in der Kammer ausgesprochene Zweifel an dessen Verfassungsmäßigkeit führte bald zur Besserung (1831).

Die katholische Kirche befand sich bei Wilhelms Regierungsantritt in einer nur vorläufigen Verfassung. Es galt die bisher verschiedenen Bistümern zugehörigen Landesteile zu einem zu vereinigen. Da sich bei diesem Bestreben der Wessenbergische Gedanke einer Nationalkirche geltend machte, erhoben sich von päpstlicher Seite zahlreiche Schwierigkeiten. Schon 1817 suchte Wangenheim in Frankfurt eine größere Zahl von Staaten, darunter Hannover und Oldenburg, zu gemeinsamem Vorgehen zu veranlassen. Nur Baden, die beiden Hessen, Nassau und die Stadt Frankfurt schlossen sich an. Eine Gesandtschaft, an der württembergischerseits Baron von Schmitz-Grollenburg, ein ausgetretener Geistlicher und zielbewußter Diplomat, teilnahm, suchte vergebens die auf den Frankfurter Konferenzen aufgestellten Grundsätze in Rom annehmbar erscheinen zu lassen. Auch ein ständiger Gesandter richtete nichts aus. Der Papst verstand sich nur zur Festsetzung der Grenzen der Bistümer der neuen oberrheinischen Kirchenprovinz in der Bulle Provida sollersque vom 16. August 1821. Noch gab es langwierigen Streit über die Einsetzung der Bischöfe und Domkapitel, der auch durch die Bulle Ad dominici gregis custodiam vom 11. April 1827 nicht erledigt wurde. Die letztere wurde auch in

[1]) Deutsch etwa:
Nauclers schaffendes Wort half einstens Tübingen gründen,
Mauclers strafender Spruch hat es zu Boden gestreckt.

Digitized by Google

Württemberg nur unter Vorbehalt veröffentlicht, da die Bestimmungen über das Priesterseminar, den freien Verkehr mit Rom und die bischöfliche Gerichtsbarkeit zu weit gingen. Trotzdem wurde am 20. Mai 1828 der bisherige Generalvikar Keller als Bischof von Rottenburg eingesetzt; er mußte sich zuvor auf die Staatsgesetze verpflichten. 1830 stellte die Regierung in Übereinstimmung mit den beteiligten Staaten weitgehende Bestimmungen über ihre Aufsichtsrechte auf, die freilich von der katholischen Kirche nie anerkannt wurden.

Der scharfe Blick, den König Wilhelm für die Hebung des Volkswohlstandes hatte, zeigte sich bei seinen Bemühungen um Abschluß von Zollverträgen. Die Hungersnot beim Beginn seiner Regierung hatte ihm die Schädlichkeit der achtunddreißig deutschen Zollinien vor Augen geführt. Noch ehe der von List gegründete Handelsverein den Bund um Aufhebung der Zollschranken und Erlaß eines deutschen Zollgesetzes bat, hatte Wilhelm in Karlsbad neben der Erläuterung des Artikels 13 der Bundesakte diejenige des Artikels 19 über das Zollwesen in Anregung gebracht. Aber Preußen zog den Abschluß von Verträgen zwischen den einzelnen Staaten der gemeinsamen Regelung durch den Bund vor und bekundete durch ein gegen die Nachbarn rücksichtsloses Zollgesetz seine Absicht, zunächst nur für die eigenen Interessen zu sorgen. König Wilhelm wurde dadurch gezwungen, gleichfalls den Weg der Verhandlungen mit den Nachbarstaaten zu beschreiten. 1820—1823 fanden in Darmstadt Konferenzen der süddeutschen Regierungen statt, die trotz Württembergs selbstlosem Entgegenkommen und seines Gesandten Wangenheim unermüdlichen Ausgleichsversuchen ergebnislos blieben. Sofort knüpfte Württemberg wenigstens mit den beiden hohenzollerischen Fürstentümern Verhandlungen an, und diese führten im Juli 1824 zum ersten zwischen deutschen Staaten geschlossenen Zollvertrag. Gleichzeitig gingen die Anregungen in München fort, wo Schmitz-Grollenburg im Sinne Wangenheims thätig war. Als dann Baden mit Hessen-Darmstadt sich geeinigt hatte und der badische Minister Nebenius selbst nach Stuttgart kam, um auch hier zu verhandeln, ließ sich Bayern zur Wiederaufnahme der Konferenzen in Stuttgart bestimmen (Februar 1825). Noch verhinderte der Eigennutz der meisten Beteiligten jedes Übereinkommen. Erst als in Bayern König Ludwig I. den Thron bestieg, eröffneten sich günstigere Aussichten. Im Dezember 1826 schrieb Wilhelm selbst einen Brief an denselben, in dem er ihm die Sache anempfahl. Es kam am 12. April 1827 zu einer vorläufigen Abrede und, nachdem König Wilhelm im September persönlich in München sich mit seinem früheren Schwager

Digitized by Google

versöhnt hatte, am 18. Januar 1828 zu einem Zollvereinsvertrag zwischen Württemberg und Bayern, an dem Hohenzollern teilnahm. Wenige Wochen nachher trat Hessen-Darmstadt mit Preußen in engere Verbindung. Es galt die beiden Vereine zusammenzuschweißen. Während Bayern zu dem Vorgehen Preußens scheel sah, erkannte Württemberg darin ein Fortschreiten zu dem eigenen Ziele. Im Sommer prüfte Cotta die Stimmung in Berlin; es gelang ihm Bayern zu gewinnen. Am Schluß des Jahres durfte er im Auftrage beider süddeutscher Königreiche in Berlin eine vorläufige Verabredung treffen. Bald kehrte er mit förmlichen Vollmachten zurück, und am 27. Mai 1829 war der Handelsvertrag fertig, der bald zum deutschen Zollverein führen sollte. In Württemberg hatte neben Cotta der Finanzminister Karl von Varnbüler sich um den Fortgang der Verhandlungen verdient gemacht. Der König war auf dem Plan bestanden, obgleich von preußischer Seite der Gedanke ausgesprochen wurde, daß damit Preußen als der Grundpfeiler für die Sicherheit Deutschlands anerkannt werde und der Handelsvertrag den Grund zu einem Bündnisse zwischen Preußen und den süddeutschen Königreichen lege, das auch gegen Außen einen festen Halt gewähren werde.

Die starke Wirkung, welche die französische Revolution vom Juli 1830 auf Deutschland ausübte, war auch in Württemberg lebhaft zu verspüren. Die Unzufriedenheit richtete sich hier besonders gegen bureaukratische Beamte und verlangte entschiedenes Auftreten des Landtags gegen alle Beschränkung der Freiheit. Ihr Sprachrohr fand die grundsätzliche Opposition in dem neuen Blatte „der Hochwächter", dem nachmaligen „Beobachter". Da von Anfang an nicht zu verkennen war, daß sie republikanische Ziele verfolge, während die Demagogen von 1823—1825 an der konstitutionellen Monarchie festgehalten hatten, fand sie in König Wilhelm einen erbitterten Feind. Er teilte die Furcht der Großmächte, daß die von der Presse unterstützten deutschen Ständeversammlungen die Macht der Regierungen schwächen könnten, und trat den Beschlüssen des Bundes bei, durch welche die Zensur verschärft und den Regierungen Schutz gegen Gefährdung der inneren Ruhe zugesagt wurde. Er weigerte sich, den Landtag, dessen Tagung im Frühjahr 1830 ihr Ende erreicht hatte, vor dem äußersten, durch die Verfassung gebotenen Zeitpunkt wieder zu berufen. Die lebhafte Aufregung des Volkes, die durch die Teilnahme für die aufständischen Polen und die Bildung zahlreicher Polenvereine noch gesteigert wurde, glaubte der König am besten durch unerschütterliche Festigkeit im Damm halten zu können. Wirklich hat sich in Württemberg so gut wie in andern deutschen

Digitized by Google

Staaten, durch die damalige revolutionäre Bewegung das Niederhaltungssystem nur befestigt.

Ein Hauptaugenmerk richtete der König, da zugleich äußere Verwicklungen drohten, auf den Schutz der deutschen Grenzen. Als er im Juni 1831 in Straßburg mit König Louis Philipp zusammentraf, ließ er ihm keinen Zweifel daran übrig, daß die Zeiten des Rheinbundes vorbei seien. Er selbst schlug auf eine Anregung von Preußen vor, im Kriegsfall dem Feldmarschall Wrede den Oberbefehl über das 8. Armeekorps zusammen mit dem über das bayerische zu übertragen, und verstand sich zu einer Übereinkunft mit Baden und Hessen wegen größerer Gleichförmigkeit in der Ausbildung und Bewaffnung des ersteren. Er begünstigte den Plan, dasselbe bei Heilbronn zu Feldübungen zusammenzuziehen, und ging darauf ein, daß nötigenfalls zwei aus Bundestruppen und Preußen zusammengesetzte Heere am unteren, ein östreichisches am oberen Rhein aufgestellt werden sollten.

Allerdings waren das nur vorübergehende Einräumungen, die teils durch die europäische Lage, teils durch die in Folge der Zollvereinsverhandlungen entstandene Besserung des Verhältnisses zu Preußen verursacht waren. Daß er nicht gewillt war, sich von diesem Staate abhängig zu machen, zeigte seine Haltung gegen Paul Pfizer, den Propheten des unter Preußens Führung geeinigten Deutschlands. Als Pfizer in seinem mit Friedrich Notter geführten Briefwechsel zweier Deutschen (1831) in Preußen die einzige Macht erkannte, von der das Heil des Vaterlands kommen könne, erhielt er von dem Justizminister Maucler einen so scharfen Tadel, daß er aus dem Staatsdienst austrat; und wie er darauf von Tübingen in die Kammer gewählt wurde, weigerte sich der König, dieselbe persönlich zu eröffnen, um ihn nicht den Ständeeid in die eigene Hand ablegen lassen zu müssen.

Die Wahlen zum Landtag am Ende des Jahres 1831 brachten der liberalen Opposition die Mehrheit. Gerade die Verzögerung der Einberufung der Kammer hatte zu den lebhaftesten Umtrieben und zur Gründung von Volksvereinen geführt, denen die Regierung keine geschlossene Partei entgegenzustellen hatte. Nach dem Ausfall der Wahlen wurden alle Versammlungen über öffentliche Angelegenheiten verboten. Aber die Liberalen hielten für sich einen Tag zu Voll ab (30. April 1832) und verlangten die Einberufung des Landtags. Schon waren in Wien neue Waffen geschmiedet, um die Umstürzler samt den ehrlichen Verteidigern der Verfassungen niederzuschmettern. Der Bundestag war gerne bereit, diese Waffen als rechtmäßige anzuerkennen; auch König Wilhelm waren sie willkommen.

Digitized by Google

Die sechs Artikel, die der Bund am 28. Juni 1832 annahm, waren ein offener Angriff auf die Rechte der Landstände. Die Fürsten seien nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden und haben jede ein anderes Gebiet berührende Eingabe derselben ohne weiteres zu verwerfen; gegen Steuerverweigerung oder nur bedingte Verwilligung werde der Bund einschreiten; die innere Gesetzgebung der deutschen Staaten dürfe den bundesmäßigen Verbindlichkeiten nicht hinderlich sein; ein besonderer Ausschuß des Bundes solle die landständischen Verhandlungen in Deutschland überwachen; Angriffe auf den Bund in den ständischen Versammlungen müssen von den Regierungen verhindert werden; die Auslegung der Bundesakte stehe nur dem Bunde selbst zu. Am 5. Juli folgten die weiteren Beschlüsse, nach denen die Aufsicht über politische Schriften verschärft, politische Vereine verboten, Volksversammlungen unter strenge Aufsicht gestellt, der Gebrauch von Kokarden und Fahnen in den deutschen Farben untersagt, der Karlsbader Beschluß gegen die Universitäten wiederholt, die wechselseitige Unterstützung der Regierungen bei Verfolgung staatsgefährlicher Verbindungen eingeschärft wurden. Die württembergische Regierung veröffentlichte diese Beschlüsse mit der Erklärung, daß dieselben der Verfassung und namentlich dem Steuerbewilligungsrecht der Stände keinen Eintrag thun werden. Der König wiederholte in einem Schreiben von Italien aus diese Versicherung. Aber es war nicht zu verwundern, wenn den Hörern der Botschaft der Glaube fehlte. Die Regierung mochte überzeugt sein, daß sich eine Anwendung der Beschlüsse durchführen lasse, die dem Buchstaben der Verfassung gerecht würde. Aber ihre innere Unverträglichkeit mit der letzteren lag so auf der Hand, daß sich die Furcht und Unruhe des Landes nicht bannen ließ. Vergebens eilte der König zurück, um persönlich seine Verfassungstreue zu beteuern und die Gegner zurechtzuweisen.

Jetzt übernahm Schlayer das Ministerium des Innern und des Kultus, vorübergehend — Maucler war Präsident des Geheimerats geworden — auch das der Justiz. Er war ein hochbegabter Mann, der aus niederem Stande heraus sich durch eisernen Fleiß den Weg zu den höchsten Stellen gebahnt, ein Meister der Beredtsamkeit, voll praktischen Verstands und persönlichen Wohlwollens, zugleich getragen von hohem Selbstgefühl und der Überzeugung, daß er alles am besten wisse, durch und durch ein moderner Bureaukrat. Ihm fiel die Aufgabe zu, den Landtag, dessen Einberufung sich nicht mehr umgehen ließ, im Zaum zu halten.

Am 15. Januar 1833 wurde der Landtag eröffnet, der wegen seiner Fruchtlosigkeit später der vergebliche hieß. Gleich zum Anfang

Digitized by Google

zeigte sich Schlayers zwingender Einfluß. Die Abgeordneten Kübel, Rödinger, Tafel, Wagner, alle vier Rechtsanwälte, waren vor Jahren wegen Beteiligung an einer revolutionären Verbindung auf die Festung gebracht, aber bald begnadigt worden. Jetzt sollten sie, obgleich ausdrücklich in die bürgerlichen Ehrenrechte wieder eingesetzt, aus der Kammer ausgeschlossen werden; denn die Verfassung erkläre jeden für nicht wählbar, der zu Festungsstrafe mit angemessener Beschäftigung verurteilt worden sei. Wirklich trat die Kammer, wenn auch mit geringer Mehrheit, der Auffassung der Regierung bei. Sie hielt fest an dem Buchstaben der Verfassung, um ja keine Handhabe zu bieten, dieselbe irgendwie zu umgehen. Wangenheim war im Oberamt Ehingen gewählt worden. Er hatte, da er nicht württembergischer Staatsbürger war, die Aufstellung als Kandidat dem Könige mitgeteilt und von diesem sofort ein gnädiges Schreiben erhalten, wonach ihm das Staatsbürgerrecht verliehen sei; Ehingen machte ihn zum Ehrenbürger. Aus dem Schreiben des Königs ersah Wangenheim, daß derselbe der erwarteten zahlreichen Opposition gegenüber die Stellung eines soldatischen Regenten einnehmen wollte, der in seinem Gewissen überzeugt war, daß er nicht nur die Absicht gehabt habe, seine Pflicht gegen das Volk treu zu erfüllen, sondern auch den rechten Weg eingeschlagen, um die Wohlfahrt seines Vaterlandes zu fördern. Wangenheim in seiner offenen Weise suchte den König über den berechtigten Kern der Opposition aufzuklären und ihn zu warnen, ihre gegen das Ministerium gerichteten Schritte als ihm persönlich feindselig aufzufassen. Dieser Widerspruch beleidigte den König. Er ließ, nachdem die Wahl sich nicht hatte verhindern lassen, Wangenheim mitteilen, daß sie wegen Unvereinbarkeit mit der Verfassung nicht bestätigt werden werde; denn diese verlange, daß die Gewählten im Lande wohnen. Als jener auf der Giltigkeit seiner Wahl bestand und sogar die Boller Versammlung besuchte, setzte es Schlayer durch, daß die Kammer sich der Auffassung des Königs anschloß. Wangenheim rechtfertigte sein Verhalten in einer eigenen Schrift und veröffentlichte die auf die Verleihung des Staatsbürgerrechts bezügliche Stelle aus dem königlichen Handschreiben. Dies hatte zur Folge, daß ihm der König die heftigsten Vorwürfe machte und völlig mit ihm brach.

Die Vorlagen, welche die Regierung an die Kammer brachte, waren ebenso gut gemeint als zweckmäßig ausgearbeitet. Es handelte sich namentlich um Herabsetzung öffentlicher Abgaben, um Aufhebung der auf dem Grundeigentum ruhenden Feudallasten, um Erweiterung des Verkehrs mit Erzeugnissen des Bodens und des Gewerbefleißes. Aber die Kammer war

Digitized by Google

nicht in der Stimmung, sich auf einzelne, wenn auch noch so segensreiche Maßregeln einzulassen; sie erklärte sich für das mahnende Gewissen des Staates, für die öffentliche Stimme eines unter Druck und Ungerechtigkeit leidenden Volkes; [1]) sie wollte zuerst eine freiheitliche Weiterentwicklung der Verfassung für Württemberg und ganz Deutschland. Zum ersten Mal zeigte sich die Richtung mächtig, die Württemberg und seinem Landtag die Aufgabe zuwies, Deutschlands politische Wiedergeburt durchzusetzen. Es waren achtunggebietende Gestalten, die Uhland, Pfizer, Römer, Schott; aber die Machtverhältnisse Württembergs stellten sie völlig außer Rechnung. Albert Schott forderte laut die Wiederherstellung der Preßfreiheit und verwarf die Karlsbader Beschlüsse als rechtswidrig. Dreimal kam im Laufe der Landtagsperiode der Antrag der Kammer an den Geheimerat, ohne daß eine Antwort erfolgte. Am 13. Februar brachte Pfizer die Motion ein, daß die Beitrittserklärung des württembergischen Gesandten zu den Bundesbeschlüssen vom 28. Juni 1832 zurückgenommen oder daß doch die letzteren zu landständischer Verabschiedung gebracht werden sollen. Bis dahin haben sie in Württemberg keine Giltigkeit; der Landtag behalte sich die Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel vor, um seiner Rechtsverwahrung Kraft zu geben. Der Geheimerat verlangte, daß die Kammer die Motion, die ihm aufrührerisch klang, mit verdientem Unwillen zurückweise. Römer erklärte, die Kammer werde der Meinung, daß der Geheimerat der berechtigte, sie der verpflichtete Teil sei, nie beitreten, solange sie einen Funken von Ehr- und Selbstgefühl in sich trage. Wegen der von ihm verbreiteten Äußerung, daß bei solchem Einmischungsrecht des Bundes die Verfassung eine Hundekomödie sei, zog ihn der König selbst zur Rechenschaft. In einer von Uhland verfaßten Adresse wurde die Zumutung des Geheimerats am 13. März abgelehnt. Nachdem auch noch Römer eine Motion gegen das Verbot von Volksversammlungen begründet hatte, wurde die Kammer am 22. aufgelöst. Im ganzen Lande sprach man schon von dem bevorstehenden Einrücken östreichischer Truppen.

Die Thorheiten einiger Leute schienen das Bestehen einer gefährlichen Gärung in Württemberg zu bestätigen. Nach dem Mißlingen des Frankfurter Attentats stellte es sich heraus, daß in Stuttgart und Ludwigsburg eine revolutionäre Verschwörung bestanden hatte, die mit Frankfurt in Verbindung stand und die Gründung einer deutschen Republik anstrebte. Besonders war das Militär bearbeitet worden; hier stand ein Oberleutnant

[1]) Vergl. Köstlin, Wilhelm I. S. 509 ff.

Digitized by Google

Koseritz an der Spitze. Die Genossen wurden schwer bestraft; doch wurde Koseritz mit einem gleichfalls zum Tode verurteilten Feldwebel noch auf dem Richtplatz begnadigt. In Tübingen ergab sich das geheime Dasein einer Burschenschaft und die Beschickung eines republikanischen Burschentags, was zahlreiche Verhaftungen zur Folge hatte. Darüber entstandene Studentenkrawalle wurden durch Soldaten unterdrückt. Die vom Bund wieder ins Leben gerufene Zentraluntersuchungskommission dehnte ihre Arbeit auf Württemberg aus.

Nach der Auflösung des Landtags erließ der König ein Manifest an sein Volk, in dem er der Kammer Gehässigkeit gegen die Regierung vorwarf, insofern nicht ganz mit Unrecht, als, was diese geboten, gut war, und dasjenige, was die Kammer von ihr verlangte, über ihre Kräfte ging. Das Land wurde stutzig über die gerade damals vollzogenen politischen Verhaftungen; denn es war weit entfernt von gewaltsamer Auflehnung. Der Druck der Regierung that das Übrige. So fielen die Neuwahlen meist im Sinne der letzteren aus; doch konnte sie es nicht verhindern, daß gerade die Führer der Opposition wiedergewählt würden. Freilich erhielt weder Schott noch Uhland, damals Professor in Tübingen, den erbetenen Urlaub. Beide nahmen ihre Entlassung. Dem letzteren wurde sie mit der Bemerkung „sehr gerne“ bewilligt, wahrscheinlich, weil der König durch eine Anspielung in einem Gedicht verletzt war. Wieder stießen die Gegensätze aufeinander. Die Regierung schritt auf dem Wege der materiellen Erleichterung des Volkes weiter; ein Gesetz über die Aufhebung künftiger Neubruchzehnten kam auch zu Stande und die Staatsausgaben wurden möglichst herabgesetzt. Im Namen der Opposition verlangte Römer Sicherheit der persönlichen Freiheit, Schott aufs Neue die verfassungsmäßige Preßfreiheit, beides wieder Forderungen, durch welche die Rechte des Bundes bestritten wurden. Uhland vertrat bei der zweiten Forderung offen den Standpunkt, daß in der württembergischen Kammer der Hebel für eine Besserung der öffentlichen Verhältnisse Deutschlands angesetzt werden müsse. „Rechte und Freiheiten“, so führte er aus, „die in der Pflege kleinerer ständischer Versammlungen nur mühsam gedeihen, könnten, wenn wir sie nur treulich schirmen und furchtlos verteidigen, einst noch von größeren Volksvertretungen und in der Mitte selbständiger Bundesstaaten von einer deutschen Nationalversammlung zu voller und segensreicher Entfaltung gebracht werden.“

Aus dem Mißtrauen gegen die Politik der Regierung, zugleich mit demjenigen gegen das reaktionäre Preußen erklärte es sich auch, daß die Opposition den Zollverein verwarf. Seit 1832 hatten in Berlin Ver-

Digitized by Google

handlungen mit Württemberg und Bayern über die Umbildung des Handelsvertrags stattgefunden. In Folge der Kleinlichkeit des württembergischen Bevollmächtigten Moriz Mohl drohten sie völlig zu scheitern. Da legte sich der König selbst in das Mittel und verständigte sich wieder mit König Ludwig von Bayern. Der bayrische Finanzminister von Mieg wurde zum Bevollmächtigten beider süddeutschen Königreiche bestellt und am 22. März 1833 wurde zwischen den Staaten des Handelsvertrags der deutsche Zollverein verabredet, der am folgenden 1. Januar ins Leben treten sollte. Die Mehrheit der württembergischen Kammer ließ sich im November durch dringendes Zureden der Regierung zur Annahme bewegen, obgleich auch sie eine Zollordnung für ganz Deutschland vorgezogen hätte. Am 12. Mai 1835 erfolgte durch Vermittlung Preußens der Beitritt Badens.

Während die württembergische Kammer vertagt war, erfolgten neue Angriffe des Bundestags auf die konstitutionellen Rechte. Von den geheimen Wiener Beschlüssen im Juni 1834, die zum Teil erst nach Jahren bekannt wurden, wurde die Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen Fürsten und Landständen veröffentlicht, das die eigentliche Entscheidung dem Bund vorbehielt. Ein weiterer Bundesbeschluß sollte die Universitäten vollends in Banden legen. Als die Kammer am 27. November 1835 auf wenige Wochen wieder zusammentrat, brachte Pfizer eine neue Motion gegen den Beschluß wegen des Schiedsgerichts ein; diesmal erlaubte die Mehrheit nicht einmal den Druck derselben. Die nächste Sitzungszeit von Januar bis Juli 1836 brachte endlich mehrere Regierungsvorlagen zur Erledigung: Gesetze über Ablösung von Frohnen, Grundzinsen und Bannrechten, über Entschädigung für aufgehobene Leistungen aus der Leibeigenschaft, über die Volksschulen mit Besserung der Lage der Lehrer. Dabei zeigte sich die Finanzlage so günstig, daß die Steuern bedeutend herabgesetzt wurden. Unter diesen Umständen nahm es die zweite Kammer nicht schwer, auf Verlangen der ersten für die Ablösung der Feudallasten den zweiundzwanzigfachen Betrag zu bewilligen, während die Regierung nur den sechzehnfachen angeboten hatte. Zu einem lebhaften Kampf kam es wieder, als die Regierung dem außerordentlichen Landtag von 1838 ein sehr strenges Strafgesetzbuch vorlegte. Die Opposition, vor allem Römer, wandte sich mit Schärfe gegen die hohen Strafen für politische Vergehen, die Todesstrafe, die Beibehaltung der Prügelstrafe, die dehnbaren Bestimmungen über die Strafdauer, die Aufhebung des Rechts zu politischen Vereinigungen. Die Standesherrn wollten von dem Paragraphen über Entschädigung für Wildschaden nichts wissen, und als die Regierung nachgab und ein eigenes

Digitized by Google

Wildschadensgesetz einbrachte, wurde dieses von der zweiten Kammer verworfen. Zuletzt ging das Strafgesetzbuch doch mit 62 gegen 28 Stimmen durch (19. Oktober).

Damals gab die Aufhebung der hannoverschen Verfassung der Regierung und den Ständen Württembergs Anlaß, ihre eigene Verfassungstreue auszusprechen. Die Stände gaben zu Protokoll, daß in jener Aufhebung eine offenbare Rechtsverletzung liege, die den Rechtszustand in ganz Deutschland gefährde. Die Tübinger Juristenfakultät, von der Stadt Osnabrück um ein Gutachten in der Sache angegangen, erklärte sich in einer Abhandlung Reyschers gegen das Verfahren des Königs Ernst August, und die Regierung ließ sich auf die Klage Hannovers nur zu einer Ausstellung wegen einiger anstößiger Stellen herbei, verteidigte aber sonst die Haltung der Fakultät. Ja sie schloß sich dem Antrag Bayerns an den Bund an, Hannover zur Aufrechthaltung des Rechtszustands aufzufordern, einem Antrag, den freilich Östreichs und Preußens Haltung zu Fall brachte. König Wilhelm nahm einen der entlassenen Göttinger Sieben in Tübingen auf, unbekümmert darum, daß der König von Hannover seinen Unterthanen den Besuch dieser Hochschule verbot, und erwiderte Ernst August bei einem Zusammentreffen in Berlin auf die Frage, warum er einen von ihm fortgejagten Professor angestellt habe, ruhig: „Ebendeswegen!“

Die Masse des Volkes war mit der Regierung zufrieden. Mußte doch Albert Schott 1838 gestehen, daß die gegenwärtige Regierung seit derjenigen Eberhards im Bart die beste sei, die das Land gehabt habe. Für die allgemeineren Gedanken fand sich beim Volke so wenig Sinn wie bei der Regierung und dem Bund. Machtlosigkeit in grundsätzlichen Fragen und Entrüstung über die Gefügigkeit der Mehrheit veranlaßte die Liberalen, sich vom Kampfe zurückzuziehen. Menzel, Pfizer, Römer, Schott und Uhland erklärten, eine Wahl nicht mehr anzunehmen. Die Folge war, daß im Jahre 1839 eine ganz unselbständige Kammer gewählt wurde und daß die nächsten Jahre mit Recht als die Blütezeit des Bureaukratismus bezeichnet werden. Ordnung und Ruhe wurde das Schlagwort für das politische Leben.

Die Haltung des französischen Ministeriums Thiers bedrohte den europäischen Frieden (1840). Zu den deutschen Sicherheitsmaßregeln gehörte die, dem Vorgeben nach nur zu Truppenübungen erfolgte, Zusammenziehung des 8. Armeekorps zwischen Mannheim und Heilbronn. 14 000 Württemberger stießen zu 16 000 Badensern und Hessen-Darmstädtern. König Wilhelm selbst leitete die Übungen.

Digitized by Google

Die Kriegsgefahr ging bald vorüber, nachdem sie endlich den deutschen Patriotismus wieder hatte auflodern lassen. 1841 konnte Württemberg im Gefühle voller Sicherheit das fünfundzwanzigjährige Jubiläum seines Königs feiern. Es war ein Zusammenströmen des Landes dort in Stuttgart, wo in festlichem Zuge alle Bezirke, Körperschaften und Stände mit ihren Festwagen und Trachten dem geliebten König ihre Huldigung darbrachten. Seine Volkstümlichkeit zeigte sich namentlich, als er allein durch die dichtgedrängten Straßen ritt. An der Stelle der damaligen Festsäule wurde die schlanke Jubiläumssäule zum Gedächtnisse des frohen Ereignisses errichtet.

In die Zeit des stillen Fortschreitens auf dem Gebiete von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft und der klugen und bedächtigen staatlichen Fürsorge für dieselben fiel die Entscheidung über die Eisenbahnfrage, die namentlich durch die Schriften Lists brennend geworden war. Nach langen Erwägungen, ob Privat- oder Staatsbahnen vorzuziehen seien, ob der Hauptbahnhof besser in Stuttgart oder in Cannstatt anzulegen sei, legte die Regierung den Ständen 1842 den ersten Eisenbahngesetzentwurf vor. Zuerst wird die Strecke Cannstatt-Untertürkheim befahren (1845).

Es war schon ein Wetterleuchten kommender Gewitter, als sich in Tübingen Stimmen hören ließen, die den herrschenden Ansichten und Bestimmungen laut widersprachen. Veranlaßt durch die Kölner Wirren hatte 1839 der Professor der katholischen Theologie, Mack, eine Abhandlung veröffentlicht, in der er die Verpflichtung der katholischen Geistlichen zur Einsegnung von gemischten Ehen bekämpfte, und war deshalb auf eine Pfarrei versetzt worden.[1]) Friedrich Vischer, der zum Professor der Ästhetik ernannt worden war, benützte 1844 seine Antrittsvorlesung, um gegen die ihn befehdende Orthodoxie loszuziehen. Die darüber entstandene Aufregung veranlaßte die Regierung, ihm auf zwei Jahre das Halten von Vorträgen zu verbieten.

Bei den Neuwahlen von 1845 stellten sich die Liberalen wieder zur Verfügung. Zu ihnen gehörte Robert Mohl, der berühmte Staatsrechtslehrer, der in Balingen ohne Erfolg als Bewerber auftrat. Er hatte in einem Brief an einen Wähler die bureaukratische Landesverwaltung scharf getadelt. Die Veröffentlichung des Briefes brachte ihm eine strafweise Versetzung an die Ulmer Kreisregierung, der er sich durch Austritt aus dem Staatsdienste entzog. Wieder griff die Opposition vor allem die Beschränkung der Preßfreiheit an. Daß sie dabei unbedenklich das Landes-

[1]) Vergl. Reyscher, Erinnerungen S. 86.

Digitized by Google

gesetz über das Bundesgesetz stellte, lag an der gründlichen Verachtung, die sich der Bundestag zugezogen hatte. Es dauerte nicht lange, bis König Wilhelm, natürlich vergebens, beim Bunde selbst für die Preßfreiheit eintrat.

Jetzt wurde auch die große politische Frage aufgerollt, die diejenige der deutschen Verfassung in Fluß bringen sollte, die schleswig-holsteinische. Schon ehe König Christian VIII. von Dänemark in seinem offenen Brief die Einverleibung der Herzogtümer in Aussicht gestellt hatte, hatte sich die württembergische Kammer an die Regierung um Schutz von Schleswig-Holstein gewendet (1845). Nach dem Erscheinen des Briefs versicherte eine Zuschrift der Tübinger den holsteinischen Landtag ihres Mitgefühls beim Kampf um die gerechte Sache (1846). Im ganzen Lande sah man den Streit als einen deutschnationalen an. Der Beschluß des Bundes, der für die Verfassung der Herzogtümer eintrat, beruhigte nur wenig.

Das Jahr 1847 brachte für Württemberg in Folge einer im Vorjahre weitverbreiteten Kartoffelkrankheit Teurung und Hungersnot. Es kam im Mai zu einem Brotkrawall in Stuttgart, bei dem die aufgeregte Menge nicht nur das ausgerückte Militär mit Steinen bewarf, sondern auch den König, der persönlich beschwichtigen wollte, gefährlich bedrohte. Als die Soldaten in die Luft schossen, wurde ein Neugieriger durch eine verirrte Kugel tötlich getroffen. Regierung und Private thaten das Mögliche, um der Not zu steuern; die Errichtung einer Zentralstelle für Gewerbe und Handel, die in diese Zeit fällt, sollte auch die Beifuhr von Lebensmitteln erleichtern. Die Aufregung glimmte weiter.

Sie schaffte sich Luft in einer Stuttgarter Wählerversammlung vom 17. Januar 1848. Man verlangte hier Preß-, Versammlungs-, Vereins- und Gewissensfreiheit, Volksbewaffnung, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Hebung des Volksunterrichts, Betreibung des Anschlusses sämtlicher deutscher Staaten an den Zollverein, Vereinfachung der Staatsverwaltung, Wahlrecht sämtlicher Steuerpflichtiger, völlige Ablösung der Zehnten und anderer Grundlasten. Das Ministerium zeigte wenig Entgegenkommen. Aus Furcht, die Regierung werde den Brotkrawall zum Anlaß nehmen, die Zügel noch straffer zu ziehen, hatte Friedrich Römer an den ständischen Ausschuß eine Eingabe gerichtet mit der Beschwerde über gesetzwidriges Verfahren bei Anwendung von Waffengewalt. Nach dem Zusammentritt der Kammern beantragte er, nähere Bestimmungen über den Gebrauch von Feuerwaffen zu treffen, und forderte eine Erklärung, warum die Regierung annehme daß bei jener Ausschreitung der Dämon des Radikalismus oder das Gespenst des Kommunismus eine

Digitized by Google

Rolle gespielt habe. Schlayer warf ihm vor, daß er sich damit eigentlich auf die Seite der Unruhestifter stelle; die Kammer, welche selbst die Ordnung für vom Pöbel bedroht hielt, wandte sich gegen den sonst so viel geltenden Volksmann und verwarf seinen Antrag. Aber es war ein Zeichen, daß auch in Württemberg etwas in der Luft lag, das leicht zur Entzündung gebracht werden konnte.

Als der Funken hereingeworfen wurde, der diese Entzündung verursachte und zugleich die allgemein deutschen Fragen wieder in den Vordergrund stellte, war König Wilhelm zu der Ansicht gelangt, daß er von Österreich wenig Gutes zu erwarten habe. Schon bald nach der letzten Kriegsgefahr (1842) hatte er der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Österreichs Absicht dahingehe, Württemberg mit Preußen zu entzweien. Preußen stehe und falle mit Süddeutschland, nicht so Österreich, dem alles an der Schwäche Deutschlands liege, um es desto bequemer für seine Privatzwecke ausnützen zu können. In den Hauptsachen sei jenes gezwungen, im deutschen Interesse zu handeln, nicht aber dieses; davon haben die Unterredungen mit Metternich im vorigen Herbst ihn vollends überzeugt. „Sein übelverdeckter Grimm gegen den König von Preußen, seine Verhöhnung jedes ächt deutschen Nationalgefühls, seine römische Tendenz sind alles Schlagbäume zwischen ihm und uns, die wohl mit Höflichkeit übertüncht werden können, aber auch veranlassen müssen, ihn immer mehr in seinem römischen Jesuitismus versinken zu sehen. Und wenn die Welttrompete sich einst hören läßt und sein Staat in seiner ganzen natürlichen Schwäche erscheint, wenn Deutschlands Wiedergeburt vor sich gehen soll, so muß Österreich untergehen, ist mein Wahlspruch, so lange ich lebe: Ewiger Krieg mit diesen Jesuiten und allen ihren Werken!“ [1]) Äußerungen, die der König dem österreichischen Gesandten gegenüber machte, bekunden freilich, daß ihm auch damals an Preußen nicht alles gefiel; er hatte immer die Furcht, dasselbe strebe nach völliger Oberherrschaft. Noch mehr entrüstete sich König Wilhelm über Österreich, als dieses im Hungerjahre die Getreideausfuhr auf der Donau verhinderte. Um es an den Pranger zu stellen, beantragte der König, zusammen mit Preußen, den Druck der wichtigsten Bundestagsprotokolle, den aber Österreich verhinderte.

[1]) Schreiben an den württembergischen Gesandten v. Bismarck in Karlsruhe (öfters gedruckt).

Digitized by Google

III. Abschnitt.

König Wilhelm I. seit den Revolutionsjahren.

1848—1864.

Als in den letzten Tagen des Februars 1848 die Nachricht von der in Paris ausgebrochenen Revolution nach Württemberg gelangte, war das Land in ziemlicher Erregung. Sie war verursacht nicht nur durch die Ereignisse in Stuttgart, sondern auch durch den überall lebhaft besprochenen badischen Antrag auf die Herbeiführung einer Vertretung der deutschen Ständekammern am Bundestag. Man erwartete als Folge der Revolution Krieg mit Frankreich; man war entschlossen, denselben mutig aufzunehmen, aber zugleich dafür zu sorgen, daß die Früchte des Krieges dem deutschen Volke zu gut kämen. Sofort wurden die Forderungen bezeichnet, durch deren Erfüllung allein das Volk das Ziel seiner Wünsche erreiche: vor allem Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, deutsches Parlament. Schon am 29. Februar richtete der ständische Ausschuß eine Adresse an den König, in der er die Treue der Unterthanen beteuerte, aber auch ihre Hoffnung zum Ausdruck brachte. Die Regierung sah sich sofort veranlaßt, ohne Rücksicht auf den Bund das freisinnige Preßgesetz von 1817 wieder einzuführen. Am 2. März antwortete der König dem Ausschuß, daß er für alles eintreten werde, was die Einigkeit und das Wohl Deutschlands fördern könne; er versprach, das Recht des Waffentragens zu regeln, die Versammlungsfreiheit thunlichst zu gewähren. Bald darauf wurden auch Schwurgerichte in Aussicht gestellt. Eine gedruckte Bekanntmachung, die überall angeschlagen wurde, forderte zu Vertrauen, Ordnung und Gehorsam auf und erklärte, daß der König, wo dem Vaterlande Gefahr drohe, an der Spitze des Volkes zu sehen sein werde.

Die Bekanntmachung hatte keine Wirkung mehr. Man hatte überall das Gefühl, daß jetzt die Zeit gekommen sei, freiheitliche Verfassungen für

Digitized by Google

das Land und den Bund durchzusetzen. Eine große Bürgerversammlung in Stuttgart verlangte auf Römers Antrag Berufung eines deutschen Parlaments, Schwurgerichte, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse, Gleichheit in der Besteuerung, Bodenbefreiung, Entwicklung der handelspolitischen Macht Deutschlands, Wehrhaftmachung des ganzen Volkes. Am packendsten drückte sich die von einer Tübinger Versammlung beschlossene, von Uhland verfaßte Adresse aus: „Der Sturm, der in die Zeit gefahren ist, hat die politischen Zustände Deutschlands in ihrer ganzen unseligen Gestalt, allen erkennbar, blosgelegt. Es ist nötig in dieser bewegten Zeit, daß Deutschland gerüstet dastehe, nicht um herauszufordern, gewiß aber zu Schutz und Schirm seiner Grenzen. Allein es soll die Rüstung anlegen, den wunden Fleck auf der Brust. Jetzt aber schmerzt er tief und es thut not, daß er rasch geheilt werde".

Das Ministerium Schlayer erhielt seine Entlassung (6. März). Da jedoch der König zwar zu Einräumungen bereit war, aber sich nicht willenlos fortreißen lassen wollte, stellte er an die Spitze der Geschäfte den Freiherrn Joseph von Linden, einen entschlossenen, thatkräftigen Mann von makellosem Charakter. Er sollte das Innere übernehmen, Freiherr von Varnbüler das Äußere. Die Kunde von der Ernennung war noch nicht in weitere Kreise gedrungen, als einige Abgeordnete Varnbüler vorstellten, daß dieselbe im Lande die größte Erregung hervorrufen würde. Gleichzeitig erklärten sich die Mitglieder der Oberregierung für genötigt, ihre Entlassung einzureichen. Galt doch vor allem Linden für unbeugsam. Es wurde erreicht, daß das neue Ministerium nach wenigen Stunden zurücktrat. Schlayer blieb vorläufig. Am 8. März bat der ständische Ausschuß dringend, das, was ohne Mitwirkung des Landtags zur Beruhigung des Volks geschehen könne, sofort auszuführen. Am 9. wurde auf Schlayers Rat ein Ministerium aus Männern der Opposition gebildet. Der Erwählte war Duvernoy; da aber dieser seinen Eintritt von demjenigen Paul Pfizers, Pfizer den seinigen von dem Römers abhängig machte, fiel dem letzteren als dem bedeutendsten die Leitung zu. Zu ihnen kam ihr Gesinnungsgenosse Goppelt, während die Minister des Auswärtigen, Graf Beroldingen, und des Kriegs, Graf Sontheim, beibehalten wurden. Damit war die Gefahr eines Ausbruchs der Revolution vorläufig beseitigt. Das „Märzministerium" warnte sofort vor Ruhestörungen und versprach Preßfreiheit, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Versammlungsrecht, Volksbewaffnung; fernerhin Schwurgerichte, Entlastung des Grundeigentums, Vertretung des Volks beim Bundestag. In Stuttgart wurde dem König in stürmischem

Digitized by Google

Aufzug Dank gesagt. Auch die Standesherren erklärten der Regierung ihr Vertrauen.

Die am 14. März zusammengetretene Kammer erledigte innerhalb zweier Wochen Gesetze über die Errichtung von Bürgerwehren, über Versammlungsrecht und Ablösung der mit Lehensverhältnissen zusammenhängenden Lasten. Dann wurde sie aufgelöst, da wegen der veränderten politischen Lage Neuwahlen angezeigt schienen. Noch während der Tagung fand die versprochene Vereidigung des Heeres auf die Verfassung statt (18. März). Um das Volk im Sinne der neuen Regierung zur Mitwirkung heranzuziehen, wurden Vaterlandsvereine gegründet.

Die Furcht vor einem Einfall der Franzosen war noch nicht verschwunden. Dazu kam die Nachricht, daß sich in Paris eine deutsche Legion gebildet habe, um nach Südwestdeutschland zu ziehen und hier die Republik auszurufen. Am 20. März hatte die württembergische Regierung „aus guter Quelle" die Mitteilung, daß am 21. oder 22. etwa 6000 Mann von Paris gegen den Oberrhein ausrücken werden. Zweifellos wurden die Beamten der Grenzbezirke davon in Kenntnis gesetzt; die Nachricht verbreitete sich und erregte bange Erwartung. Unter diesen Umständen genügte ein geringfügiger Anlaß, wie etwa das Rückströmen unbeschäftigter Arbeiter über den Rhein, das Gerücht hervorzurufen, daß die Franzosen da seien. Weil gerade die darauf vorbereiteten Beamten in ihrer Hilflosigkeit dasselbe weiter berichteten, so fand es leicht Glauben und vergrößerte sich rasch. Überallhin flogen Reitende mit den unsinnigsten Nachrichten; Kostbarkeiten wurden vergraben, Frauen und Kinder geflüchtet; oft nur mit Sensen und Prügeln versehene Scharen rückten mutigen oder auch schweren Herzens dem Feinde entgegen. Zwei Tage dauerte die Aufregung; besonders der zweite, der Franzosenfeiertag (25. März, Mariä Verkündigung) sah allgemeine Kopflosigkeit. Die Regierung suchte möglichst zu beruhigen, auch durch Abgabe alter Waffen. Da der Feind sich nirgends zeigte, legte sich der Lärm.

Was der ganzen damaligen Bewegung ihre hauptsächliche Kraft verlieh, die deutsche Frage, wurde zunächst von einzelnen Männern ohne amtlichen Auftrag vorberaten. Aus Württemberg war es Friedrich Römer, der auf dem Heidelberger Tage (5. März) die Wahl einer deutschen Nationalvertretung befürwortete. Er gehörte dem Siebenerausschuß an, der im Auftrage der Versammlung auf 31. März die deutschen Kammermitglieder zu einem Vorparlament einberief. Um im Sinne dieses Ausschusses zu wirken, kamen Gagern und Graf Lehrbach nach Stuttgart.

Digitized by Google

König Wilhelm billigte die Einsetzung einer Volksvertretung am Bundestage; badische und württembergische Vertreter begleiteten die beiden nach München, Dresden und Berlin. Der König erkannte, daß dem Bunde volkstümliche Elemente beigegeben werden müssen, wenn er noch Bestand haben solle, und war sogar bereit, die Leitung des so umgestalteten Bundes, wenigstens zunächst, dem König von Preußen zu überlassen. Der Bundestag wollte sich die Führung nicht entwinden lassen und gesellte sich 17 Vertrauensmänner bei, darunter Ludwig Uhland. Am Tage vor der Eröffnung des Vorparlaments mußte er sich dazu verstehen, die Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung anzuordnen. Nebenher gingen die Bestrebungen der Großmächte, die Entscheidung wieder auf einem Diplomatenkongreß herbeizuführen, Bestrebungen, denen sich namentlich Bayern als wirkungslos widersetzte. Der Aufstand in Wien und die Entlassung Metternichs gaben Preußen den Mut zu dem Versuche, die Vorherrschaft Östreichs abzuschütteln und die Verwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat unter Preußens Leitung zu verkünden. Aber die Art, wie Friedrich Wilhelm IV. nach den Berliner Straßenkämpfen sich selbst an die Spitze Deutschlands stellte, war nicht geeignet, ihm die Zuneigung des Südens zu gewinnen. Eine freie Vereinbarung der deutschen Verfassung war hier der Wunsch, nicht eine selbstherrliche Aneignung der höchsten Gewalt, die zudem nur als ein der Furcht vor der Revolution entstammender Schachzug erschien. In Stuttgart wurde als Antwort auf die Berliner Märztage unter Leitung von Johannes Scherr das Bild Friedrich Wilhelms IV. in den Feuersee geworfen. König Wilhelm wurde von starkem Mißtrauen gegen Preußen erfüllt.

Die revolutionäre Wendung, welche die Bewegung in Baden genommen hatte, führte württembergische Truppen als Teile des von der dortigen Regierung herbeigerufenen 8. Armeekorps in das Feld. 6 Bataillone, 8 Schwadronen und 1 Batterie, zusammen gegen 5000 Mann, rückten anfangs April unter Generallieutenant von Miller an die Grenze. Oberbefehlshaber des 8. Korps war Prinz Friedrich von Württemberg. Zunächst wurde die Grenze beobachtet. Als aber die Aufständischen sich im Seekreis ausbreiteten, rückte General Miller vor und säuberte die Gegend. Da Freiburg bedroht war, zog er gegen das Höllenthal, nach der Einnahme Freiburgs durch Bundestruppen in das Wiesenthal, während eine Seitenkolonne nach Säckingen vordrang. Am 25. April kam es bei Todtnau zu einem leichten Geplänkel mit den aus Freiburg fliehenden Freischaren; man begnügte sich, dieselben aus dem Land zu verscheuchen. Am folgenden

Digitized by Google

Tage marschierte die Vorhut der Württemberger über Zell nach Schopfheim, in dessen Nähe inzwischen Herwegh mit der deutschen Legion über den Rhein herüber angelangt war; dieser suchte auf dem Umweg über Dossenbach Schopfheim zu umgehen und den Rhein wieder zu gewinnen. Wie er mit noch etwa 850 Mann in verzetteltem Marsch durch die Waldwege daherkam, stieß er auf eine württembergische Kompagnie unter Hauptmann Lipp, welche die Gegend auskundschaftete (27. April). Sobald die ersten Schüsse gewechselt worden waren, fuhr Herwegh mit Frau in seinem Wagen davon, die andern griffen das Häuflein Soldaten an. Der tapfere Schimmelpennig drang mit seinen Sensenmännern auf sie ein; er selbst fiel durch einen Bajonetstich, nachdem er im Zweikampf mit dem Hauptmann von diesem niedergeschlagen worden war. Eine herbeieilende weitere Abteilung Württemberger vollendete die Niederlage der Legion, die zersprengt und über den Rhein gejagt wurde. Gegen Ende des Mai kehrten Prinz Friedrich und Miller mit einem Teil der württembergischen Truppen aus Baden zurück. Der Rest folgte erst im August.

In Württemberg selbst behielten die Anhänger der konstitutionellen Monarchie die Oberhand. Zwar veranlaßte die Verhaftung eines demokratischen Unteroffiziers in Stuttgart einen Auflauf vor der Hauptwache und der beschwichtigende Römer wurde selbst bedroht; in Nagold wurden die Bezirksbeamten mißhandelt, im Fränkischen einige Standesherren an ihrem Eigentum geschädigt. Aber im Ganzen harrte man mit ruhigem Vertrauen auf die von den Märzministern versprochene Besserung. König Wilhelm brachte persönliche Opfer; er überließ die Hofjagden außerhalb der Wildparke unentgeltlich den Gemeinden. Aber die Minister verlegten den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit nach Frankfurt, so daß zu Hause nicht viel von ihr zu verspüren war. Die Unsicherheit der Lage führte zur Stockung von Gewerbe und Handel. Die Verhätschelung der Bürgerwehr steigerte noch unter den Soldaten die Unzufriedenheit mit dem strammeren Dienste. In Heilbronn bewog ein Unteroffizier Soldaten des 8. Regiments zu einer gemeinsamen Klage über schlechte Behandlung. Als er festgenommen wurde, erzwangen Soldaten und Bürger seine Loslassung und zogen nach Weinsberg, um auch dort Gefangene zu befreien. General Miller stellte mit 3000 Mann die Ordnung wieder her (16. Juni); das 8. Regiment wurde nach Ludwigsburg versetzt. Andererseits rief der Sturm aufgehetzter Soldaten in Ulm auf ein Hauptquartier der Demokraten eine gefährliche Aufregung hervor. Das feste Versprechen Römers, die Wünsche des Volkes in Bälde zu erfüllen, das er von Frankfurt aus gab (27. Juni), glättete doch noch die Wogen.

Digitized by Google

Der Frankfurter Nationalversammlung gehörten unter 586 Abgeordneten 28 württembergische an. Stuttgart hatte Paul Pfizer entsendet, Besigheim Schoder, Böblingen Albert Schott, Göppingen-Geislingen Friedrich Römer, Kirchheim-Nürtingen Rümelin, Reutlingen Vischer. Trotz der Annahme des Grundsatzes der Volkssouveränität durch die Versammlung hoffte König Wilhelm auf eine Vereinbarung mit den Regierungen. Nach der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser und dem Erlöschen des Bundestags besuchte der König jenen persönlich in Frankfurt; er willigte in die Huldigung der württembergischen Truppen für den Reichsverweser und stellte ein Reiter-, zwei Infanterieregimenter und eine Batterie zur Verfügung für die Division, die unter dem Befehl des Generallieutenants von Miller die deutschen Truppen in Schleswig-Holstein verstärken sollte. Infolge des Waffenstillstands von Malmö kam dieselbe nicht mehr zur Verwendung; nur ein Regiment Württemberger blieb in Holstein und kam erst im August des nächsten Jahres wieder in die Heimat. Das Reiterregiment und die Batterie halfen auf dem Rückmarsch den Aufstand in Frankfurt niederwerfen. Dann eilten die Württemberger nach dem badischen Oberland, wo Hecker und Struve die Fahne des Aufruhrs erhoben hatten. Das Hauptquartier kam nach Freiburg.

Die republikanische Bewegung in Baden versetzte auch Württemberg in Erregung. An demselben Tage, da Struve geschlagen und gefangen genommen wurde (24. September), beschloß eine Volksversammlung zu Rottweil, auf Antrag des Fabrikanten Rau von Gaildorf, eine bewaffnete Riesenversammlung aus Anlaß des Cannstatter Volksfests abzuhalten. Sie wäre zweifellos der Ausgangspunkt für einen Aufstand geworden. Aber nur Rottweiler und Schramberger Bürgerwehrleute machten sich auf den Weg und kehrten, da sie keinen Zuzug erhielten, bald wieder um. Sie wurden zu Hause mühelos entwaffnet und entschuldigten sich zum Teile damit, daß sie die Absicht gehabt haben, der Regierung zu Hilfe zu eilen. Der König zeigte der Stuttgarter Bürgerwehr sein Vertrauen, indem er sie in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich an seinem Geburtstage musterte; er wurde mit lautem Jubel begrüßt. Am Tage des Volksfestes wurden zwar umfassende militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen; aber König Wilhelm nahm persönlich an demselben teil. Herbeiziehende kleinere Scharen legten ihre Waffen, ehe sie auf die Truppen stießen, nieder. Statt jener Massenversammlung tagten Abgeordnete der vaterländischen Vereine in Cannstatt. Dieselben hielten an dem Grundsatz der Volkssouveränität fest, vertraten aber den von einem Adjutanten des

Digitized by Google

Königs, General von Bangold, in einer Eingabe an die Nationalversammlung verfochtenen Gedanken, daß der Fortbestand der gegenwärtigen Staateneinteilung mit des deutschen Volkes Größe und Wohlfahrt unvereinbar sei und daß daher von der Nationalversammlung eine neue Einteilung Deutschlands erwartet werde. Man hatte im Auge, daß das zerrüttete Baden und die hohenzollernschen Fürstentümer mit Württemberg vereinigt werden sollten. Da auch Römer später in Frankfurt dahingehende Andeutungen machte, so ist nicht unwahrscheinlich, daß König Wilhelm selbst sich mit solchen Hoffnungen trug. Und weil dieser dazu die Unterstützung Preußens nötig hatte, schickte er, wahrscheinlich ohne Wissen seiner Minister, einen geheimen Agenten nach Berlin, der die Gründung eines eigenen Fürstenbundes ohne Östreich unter Preußens Vorsitz in Anregung bringen sollte. Eine so bedeutende Vergrößerung Württembergs, ein Mitdirektorium über das neugeordnete Deutschland und dazu noch die Stellung eines Reichsoberfeldherrn entsprach sicher den höchsten Wünschen Wilhelms. Um diesen Preis hätte er das ungefügige Östreich gerne aus dem deutschen Bunde scheiden gesehen.

Am 20. September 1848 hatte sich der württembergische Landtag versammelt; der König war daher aus dem Süden zurückgekehrt. Es war ein Zeichen der Zeit, daß die Abgeordneten zum ersten Mal den herkömmlichen Mantel und die Uniformen abwarfen und in den bürgerlichen Frack schlüpften, noch mehr, daß die einst beanstandeten Rödinger, Tafel und Kübel ihren Sitz in der Kammer einnehmen durften. Wie wenig man sich mehr an den Buchstaben der Verfassung hielt, zeigte vor allem die Bestätigung von Johannes Scherr als Abgeordneter, obgleich derselbe sich zum Deutschkatholizismus bekannte, während nur die Anhänger eines der drei christlichen Glaubensbekenntnisse zugelassen waren. Im Ministerium, das vor die Kammer trat, war Pfizer wegen angegriffener Gesundheit durch Schmidlin ersetzt, die einst beibehaltenen Grafen von Beroldingen und von Sontheim durch Roser und Rüpplin. In der Thronrede wurde die vorläufige Zentralgewalt zu Frankfurt anerkannt. Die Regierung versprach, sobald die Nationalversammlung schlüssig geworden sei, die nötigen Verfassungsveränderungen zu vereinbaren und dazu eine neue Kammer nach einem neuen Wahlgesetz einzuberufen, weil vielfach behauptet wurde, daß dieselbe in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht der Ausdruck des Volkswillens sei. Sie kündigte Gesetze über Ablösung von Zehnten und Bannrechten, über Geschworenengerichte an und verhehlte dabei nicht, daß eine Steuererhöhung notwendig sei. Die Antwort der Kammer betonte, daß die Regierung vom Volkswillen abhängig sei. Römer war damit einverstanden,

Digitized by Google

hielt aber, als sich immer weitergehende Forderungen hören ließen, jede Erinnerung, die der Regierung gemacht wurde, für überflüssig und unziemlich.

Die Arbeiten der Kammer waren geeignet, die inneren Zustände zu verbessern und Zufriedenheit zu schaffen. Die Entwicklung der deutschen Frage aber wirkte verwirrend. Da die Nationalversammlung sich so lange mit den Grundrechten aufhielt, statt die eigentliche Verfassung zu Stande zu bringen, erhoben sich in der württembergischen Kammer immer wieder Stimmen, welche die Frankfurter Beschlüsse beschleunigen oder gar sie durch eigene überholen wollten. Die Kammer ersuchte die Nationalversammlung, die Sache der konstituierenden Versammlung Preußens zu der ihrigen zu machen; sie sprach ihre Entrüstung über die Hinrichtung Robert Blums aus. Scherr donnerte gegen die Nationalversammlung und verlangte alsbaldige Berufung einer konstituierenden Versammlung für Württemberg. Namentlich des trefflichen Reyscher Besonnenheit verhinderte thörichte Beschlüsse, aber es kam so weit, daß der doch sonst so kühne David Friedrich Strauß der zertrümmerungswütigen Gesellschaft den Rücken kehrte und mit der Begründung aus der Kammer austrat, daß er nichts von den Versuchen wissen wolle, am Nesenbach die Verhältnisse an der Spree und Donau zu bestimmen, wozu man am Main sich zu schwach fühle.

Als endlich die deutschen Grundrechte verkündigt worden waren, zögerte die Regierung nicht, sie in Württemberg einzuführen; der König hatte auf die Drohung Römers mit dem Rücktritt des Ministeriums seine Einwilligung dazu gegeben. Schon eine Verfügung vom 14. Januar 1849 verlieh denjenigen Bestimmungen derselben, die sogleich ins Leben treten sollten, bindende Kraft. Sie betrafen namentlich das deutsche Reichsbürgerrecht, Auswanderungsfreiheit, Aufhebung des Adels als Stand, Abschaffung aller Standesvorrechte, Gleichheit der Deutschen vor dem Gesetz, Unverletzlichkeit sowohl der Freiheit der Person als der Wohnung, Gewährleistung des Briefgeheimnisses, freie Meinungsäußerung durch Wort und Schrift, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Wissenschafft und ihre Lehre, Versammlungs- und Vereinsrecht, Unverletzlichkeit des Eigentums, Unabhängigkeit der Rechtspflege. Besondere Anordnungen waren vorbehalten besonders bezüglich Abschaffung der Todesstrafe und körperlicher Züchtigung, allgemeiner Wehrpflicht, Selbständigkeit der Religionsgesellschaften in ihren innern Angelegenheiten, Zivilehe, Oberaufsicht des Staats über das Unterrichts- und Erziehungswesen, Ablösbarkeit aller Grundlasten in des Lehensverbandes, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, völliger Trennung von Rechts-

Digitized by Google

pflege und Verwaltung. Das Gesetz über die Grundrechte schrieb zugleich vor, daß die nötigen Abänderungen der Landesverfassungen entweder durch die gegenwärtigen Träger der Gesetzgebung oder durch einen neu zu wählenden Landtag vorgenommen werden sollen [1]). Die württembergische Regierung hatte sich schon für den letzteren Weg ausgesprochen und ließ bald keinen Zweifel daran übrig, daß dieser Landtag aus einer einzigen Kammer bestehen werde. Der Landtag fügte als weitere Forderung die Herabsetzung der königlichen Zivilliste und der Apanagen hinzu. Da aber Römer Stand hielt und jetzt der Kammer mit seinem Rücktritt drohte, gab diese nach, um so mehr als König Wilhelm über die Dauer der dermaligen Finanzlage bedeutenden Nachlaß bewilligte.

Landtag und Regierung zusammen erkannten den Beruf der Nationalversammlung an, die Verfassung Deutschlands festzustellen. Aber schon empfand Römer, daß die von den Volksvereinen vertretene schroffe Richtung, der jene Versammlung nicht weit genug ging, anfange, ihm den Boden unter den Füßen wegzuziehen, und auf der anderen Seite nahmen die Verhandlungen in Frankfurt über die Frage des Reichsoberhaupts eine Wendung, die er wie sein König mißbilligte. Vergebens bekämpfte er die Bestrebungen der preußischen Partei und der preußischen Regierung selbst, die einen engeren Bund ohne Österreich und die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an Preußen bezweckten. Ihm schien die Errichtung eines Direktoriums, wie es Wilhelm, allerdings unter Ausschluß Österreichs, hatte bei Preußen beantragen lassen, der einzige Ausweg, — jedenfalls auch dem König, nachdem er gesehen, wohin ein engerer Bund führen würde. Trotzdem wurde der König von Preußen in Frankfurt zum deutschen Kaiser gewählt. An der Abordnung, die ihm die Krone antrug, nahm der Württemberger Gustav Rümelin teil und erwiderte auf die Frage, wo seine Heimat Nürtingen liege: zwischen dem Hohenstaufen und dem Hohenzollern. Er war damit der Dolmetsch der gehobenen Stimmung in Württemberg, wo die herrschende Partei sich der Bundesverfassung zu fügen bereit war, obgleich sie nicht nach ihrem Wunsche ausfiel; von preußenfeindlichem Pöbel wurde er freilich für seine Haltung bei einem Besuche in der Heimat gröblich angegriffen.

Da König Friedrich Wilhelm IV. die Annahme der Kaiserwürde von dem Einverständnis der deutschen Fürsten und freien Städte abhängig machte, galt es um so mehr die Annahme der Reichsverfassung bei diesen

[1]) Das Vorhergehende nach Ficker-Geßler, Geschichte der Verfassung Württembergs S. 256—260.

Digitized by Google

durchzusetzen. Adolf Seeger stellte in der württembergischen Kammer den Antrag, die Staatsregierung zur unbedingten Annahme der Reichsverfassung aufzufordern. Das Ministerium befürwortete dieselbe beim König (16. April); Römer eilte dazu auf seinen Posten zurück. In Stuttgart vereinigten sich die bürgerlichen Kollegien, die vaterländischen und die Volksvereine Versammlungen einzuberufen, um einen Druck auszuüben. Da Gerüchte besagten, der König widerstrebe und das Ministerium habe seine Entlassung genommen, erhob sich im ganzen Lande ein Sturm. König Wilhelm erklärte dem Ministerium, daß die Nationalversammlung nicht das Recht habe, Österreich aus dem deutschen Bunde auszuschließen und eine Verfassung ohne Vereinbarung mit den Fürsten zum Gesetz zu erheben; da überdies die größeren Staaten die letztere ablehnen, so sei es zwecklos, wenn Württemberg sie annehme (19. April). Letzteres war an sich richtig. Aber Ministerium und Kammer waren darüber einig, daß in Württemberg ein Anfang gemacht werden müsse, um andere nachzuziehen. Wiederum stellte man sich hier an die Spitze der deutschen Bewegung und wiederum ohne Erfolg. Trotzdem erteilte König Wilhelm den Ministern nicht die erbetene Entlassung. Als seine Ablehnung in der Kammer bekannt wurde, beschloß dieselbe sofort, eine unmittelbare Adresse an ihn zu richten mit der ehrfurchtsvollen Bitte, den früheren Zusagen getreu den anderen Regierungen in der Anerkennung des lange ersehnten Verfassungswerks voranzugehen. Eine Abordnung überreichte die Adresse am Nachmittag des 21. April. Es ist nicht zu verkennen, daß die Schritte von Ministerium und Kammer sich nicht mehr innerhalb der konstitutionellen Grenzen bewegten: jenes machte mit der letzteren, obgleich sie noch im Amte war, gemeinsame Sache gegen den König; diese erzwang eine mündliche Antwort desselben, für die kein Minister die Verantwortung trug. Es war eine kleine, von Ministerium und Kammer ins Werk gesetzte Revolution — sie hat verhütet, daß eine solche der Masse ausbrach. Wilhelm erklärte der Abordnung der Kammer, daß die Reichsverfassung zwar noch nicht anerkannt sei, daß er sie aber — so weit kam er entgegen — durchführen werde. Nur in der Oberhauptsfrage weigere er sich nachzugeben. Er sei seinem Lande, seiner Familie und sich selbst schuldig, sich dem Hause Hohenzollern nicht zu unterwerfen; dieses Opfer für Deutschland könne er nur bringen, wenn alle deutsche Fürsten damit einverstanden seien; anders wäre es bei einer Wahl des Kaisers von Österreich gewesen.

Das Ministerium wiederholte beim König seinen Antrag und zugleich sein Entlassungsgesuch. Am 22. April, einem Sonntag, hielt die Kammer

Digitized by Google

in aller Frühe eine Sitzung. Auf Anregung Reyschers verlangte sie, da keine giltige Regierungserklärung vorliege, offene Klarstellung der Lage; Römer gab sie amtlich im Sinne der Kammer. Die letztere teilte der Nationalversammlung mit, daß sie an deren Beschlüssen unverbrüchlich festhalte. Die äußerste Linke, vor allem der hitzige Scherr, ging schon mit dem Gedanken um, wenn König Wilhelm nicht nachgebe, eine vorläufige Regierung einzusetzen. Allerorten erklärten sich die Bürgerwehren bereit, zum Schutz der Reichsverfassung mitzuwirken; die Stuttgarter besetzte das Kammergebäude. Der König sah sich in einer Zwangslage und wollte ihr durch Verlassen des Landes ausweichen. Seine Familie und der von ihr herbeigerufene Römer brachten ihn davon ab. Er entfernte sich wenigstens aus Stuttgart und ging nächtlicher Weile nach Ludwigsburg (23. April). In einem offenen Ausschreiben wandte er sich an das Vertrauen der Unterthanen, erklärte einen vorschnellen Entschluß für gefährlich und warnte vor den Einflüssen und den Reden aller Ehrgeizigen und Wühler, die sich selbst und andere auf den Weg des Verderbens führen würden.

Durch dieses Ausschreiben mußte sich die Regierung und die Kammer getroffen fühlen. Die letztere verbat sich die Vorlesung desselben durch ihren Präsidenten. Sie traf Anstalten, ihren Standpunkt zu verteidigen, ohne die Schranken der Gesetzlichkeit zu überschreiten; sie setzte einen Fünfzehnerausschuß unter Reyschers Vorsitz ein, der stets auf der Wache sein sollte, um die Entwicklung der Dinge zu beobachten. Die Minister erneuerten ihre Vorstellungen; höhere Offiziere gestanden auf des Königs Frage, daß auch auf das Militär nur zu rechnen sei, wenn das Ministerium Römer bleibe; Freiherr von Linden, obgleich ein Gegner der Reichsverfassung, stellte ihm auf Bitte einiger Abgeordneten die gefährlichen Folgen seines Widerstands vor. Schon bedeckten sich die Mauern mit Anschlägen, daß das Militär nicht gegen die Bürger kämpfen solle. Linden brachte König Wilhelm dahin, die Reichsverfassung unter der Voraussetzung anzuerkennen, daß dies durch alle deutschen Fürsten geschehe (24. April). Der Ausgleich schien vollzogen; die fieberhafte Spannung des Landes ließ nach. Aber der Fünfzehnerausschuß fürchtete, daß jene vom König ausgesprochene Voraussetzung im Lande falschen Deutungen unterliegen könnte. Die Minister mußten noch einmal nach Ludwigsburg und den König um bedingungslose Anerkennung bitten, da sich die Voraussetzung von selbst verstehe. Wilhelm zerriß die erste Urkunde und unterzeichnete eine neue, da er sich der Gewalt der Umstände fügen müsse. Am 25. April wurde der Kammer von dem Nachgeben des Königs Mitteilung gemacht. Von dem Balkon derselben

Digitized by Google

wurde eine Ansprache verlesen, durch welche der versammelten Menge das Ereignis verkündigt und dem Lande für seine treue und kräftige Haltung in den Tagen der Gefahr gedankt wurde.

Es war nicht so harmlos, wie man es hinstellte, daß König Wilhelm die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung abgenötigt wurde. Bei der ersten Fassung der Urkunde versprach der König thatsächlich eigentlich nichts, sondern opferte nur seinen grundsätzlichen Standpunkt, bei der zweiten verpflichtete er sich gewissermaßen, der von ihm angenommenen Verfassung weitere Geltung zu verschaffen. Römer selbst hielt in der Kammer an der Auffassung fest, daß die Voraussetzung zu Recht bestehe; die Opposition berief sich aber immer wieder auf den Buchstaben. Zunächst begnügte man sich im Lande mit dem stolzen Gefühl, wieder einmal die Reichssturmfahne voranzutragen, bald genug trat die Forderung an die Regierung heran, auch das Schwert in die Hand zu nehmen.

Der König von Preußen lehnte die Kaiserkrone endgiltig ab. In Sachsen, der Pfalz und Baden artete der angebliche Kampf für die Reichsverfassung in blutige Revolution aus. Da auch das badische Militär sich derselben anschloß, wurde der Divisionsverband mit demselben aufgehoben und die noch in Baden liegenden württembergischen Regimenter kehrten ins Land zurück. Nur 2 Bataillone wurden an das Reichsheer abgegeben, das unter General von Peucker gegen Baden aufgestellt wurde. Auch in Württemberg gärte es schon bedenklich. Die zurückgebliebenen Truppen nahmen sich heraus, Versammlungen zur Besprechung ihrer dienstlichen Verhältnisse und ihrer Stellung zur Reichsverfassnng abzuhalten; der König überzeugte sich in Ludwigsburg persönlich, daß er sich auf die Soldaten nicht werde verlassen können. Die radikale Partei gedachte das Vorbild Badens nachzuahmen. Sie hatte schon Vertreter zum Kongreß des Märzvereins nach Frankfurt geschickt, wo die Revolution vorbereitet wurde; Becher ging nach Baden, Hausmann in die Pfalz zur Verbindung mit den dortigen Aufständischen. Jener schrieb auch für Württemberg eine Volksversammlung aus, wo mit der Nationalversammlung und dem Ministerium Römer scharf ins Gericht gegangen werden sollte. Man nahm allgemein an, daß dort das Zeichen zur Bildung von Freischaren gegeben werde. Römer warnte in einer Ministerialansprache vor der Revolution und der aufwiegelnden Thätigkeit des demokratischen Landesausschusses, der in Reutlingen einen zweiten Offenburger Tag herbeiführen möchte. Die bürgerlichen Kollegien und die Bürgerwehr Stuttgarts schlossen sich sofort an und versicherten ihre Treue gegen die konstitutionelle Regierung

Digitized by Google

Württembergs sowohl als gegen die Reichsverfassung. In den Pfingstfeiertagen (27/8. Mai) sah Reutlingen eine gewaltige Menschenmasse in seinen Mauern. Unter Bechers Vorsitz wurde beschlossen, daß die deutsche Zentralgewalt nicht mehr anerkannt werden solle, da sie den Einmarsch Preußens in das für die Verfassung kämpfende Sachsen nicht verhindert habe, daß die Nationalversammlung Preußen mit Gewalt aus den Ländern, in denen es einschreite, vertreiben, daß die württembergische Regierung mit allen Staaten, welche die Reichsverfassung angenommen, also auch den aufständischen Baden und Pfalz, sich als verbündet betrachten solle. Ferner müsse die Volksbewaffnung durchgeführt, die Wahl der aktiven Offiziere bis zum Hauptmann einschließlich den Soldaten eingeräumt werden; die Feudallasten seien unentgeltlich abzulösen, Apanagen und Pensionen abzuschaffen. Im Ganzen verlief die öffentliche Versammlung, wenn auch manchmal stürmisch, so doch in den Grenzen der Gesetze. Daneben aber tagte unter dem Vorsitz von Becher, Hausmann und Karl Mayer ein Wehrausschuß, der die Durchführung der Reichsverfassung mit Waffengewalt, d. h. die Ausdehnung der Revolution auf Württemberg vorbereitete. Der Ausbruch wurde verschoben, so daß die Vorsichtsmaßregeln, welche die Regierung durch Besetzung der Filder getroffen, überflüssig waren. Vertrauensmänner der Versammlung aus allen Oberämtern sollten noch die Kammer und das Ministerium zum Einlenken zu bestimmen suchen. Schon am 29. Mai erschienen sie in Stuttgart. Ihrem Eindringen in die Kammer widersetzte sich diese trotz Bechers Fürsprache, der die betreffende Verfassungsbestimmung außer Wirkung setzen wollte. Römer empfieng sie im Justizministerium. Während seine Familie über die auf der Straße sich sammelnde Menge und die laute Todesdrohung eines als Freischärler aufgeputzten Menschen, des stadtbekannten Kafetier Werner, erschrack, trat Römer den Abgesandten mutig entgegen, wies zunächst zwei mitgekommenen Unteroffizieren die Thüre und verwarnte die übrigen.

Nun hätte nach dem Plane der meisten Vertrauensmänner losgeschlagen werden sollen. Schon waren ja die Feuerzeichen gerüstet, die das ganze Land benachrichtigt hätten. Aber der Landesausschuß in Stuttgart, dem die Entscheidung überlassen worden war, stutzte über die dortige Stimmung, die fast allgemein für die Regierung war. Schon kamen von allen Seiten Zustimmungserklärungen an dieselbe. Jetzt erfuhr man gerade, daß die Linke der Nationalversammlung den Beschluß gefaßt habe, deren Sitzungen nach Stuttgart zu verlegen; man fürchtete ihr Unternehmen durch eine Revolution zu stören und hielt es für angezeigt, abzuwarten, wie die Dinge sich nunmehr entwickeln würden.

Digitized by Google

Die erste Kammer stellte wegen der Unruhe der Zeit ihre Sitzungen ein. Allgemein verbreitete sich das Gerücht, der König wolle nach dem Vorgang des Großherzogs Leopold von Baden das Land verlassen und werde an der Spitze preußischer Truppen wiederkehren. Es wurde amtlich bestritten. Wirklich glaubte König Wilhelm, daß seines Bleibens nicht länger sein könne. Er ging den aus Baden zurückgekehrten Truppen nach Schwieberdingen entgegen, sammelte die Generale und Obersten um sich und nahm von ihnen Abschied. Als er weggegangen war, erklärten Prinz Friedrich und Graf Wilhelm ihm folgen zu wollen. Die Offiziere beauftragten aber den General von Miller, dem Könige nach Ludwigsburg nachzueilen und ihn der Treue ihrer Regimenter zu versichern. Es gelang König Wilhelm zurückzuhalten (1. Juni).[1]) Sofort wurde für das Militär das Standrecht verkündigt; der von der Reutlinger Versammlung heimreisende Agitator Fickler wurde in Stuttgart verhaftet. Durch den deshalb von den badischen Machthabern an die Württemberger entlassenen Aufruf zur Empörung erhielt die Regierung eine gute Waffe gegen die Liebäugelei mit jenen.

Jetzt rückte das Rumpfparlament in Stuttgart ein. Uhland, Schott und Vischer hatten sich gegen die Verlegung dahin ausgesprochen, der erste mit der Bemerkung, daß er sie weder für die Versammlung noch für sein schwäbisches Vaterland wünschen könne. Am 6. Juni wurde die erste Sitzung abgehalten. Die Parlamentsabgeordneten waren eingeladen, sich auf dem Rathause zu sammeln und gingen durch die aufgestellten Reihen der Bürgerwehr nach dem Sitzungssaale des Landtags, den ihnen dieser zur Verfügung gestellt hatte. Ihr erster Schritt war die Absetzung des Reichsverwesers und die Einsetzung einer fünfköpfigen Regentschaft, darunter des Württembergers Becher. Versuche, dem Minister Römer die Reichsstatthalterschaft zu übertragen, waren an dessen kühler Ablehnung gescheitert. Sofort änderte sich die Stimmung der Regierung und eines großen Teils der Bürgerschaft. Römer, der in der Sitzung sich einfand, und Männer wie Schott und Uhland hatten sich nicht an der Wahl der Regentschaft beteiligt, die zu schweren Verwicklungen führen mußte. Gleich die erste Ansprache der Regentschaft an das deutsche Volk beantwortete die Regierung mit einer solchen an die Württemberger: das Beginnen des Parlaments könne nur dazu führen, Gut und Blut des Landes in einem brudermörderischen und gegenüber den größeren deutschen Staaten

[1]) Nach den Aufzeichnungen eines Ohrenzeugen.

Digitized by Google

ganz ungleichen Kampf zu vergeuden und durch die Geldopfer, welche die neugewählte Regentschaft zunächst nur von Württemberg fordern könnte, dessen ohnehin schon tief gesunkenen Wohlstand vollends zerrütten (8. Juni). Die Kammer billigte mit großer Mehrheit auf Reyschers Begründung hin das Vorgehen der Regierung und behielt dieser und sich selbst die Prüfung der von der Reichsregentschaft ausgehenden Beschlüsse vor, sobald dieselben ein württembergisches Interesse berühren. Wiederholte militärische Musterungen, die in diesen Tagen durch den König stattfanden, die Ersetzung der Bürgerwehr zunächst auf der Stuttgarter Schloßwache durch Soldaten kennzeichneten die Entschlossenheit des Königs und der Regierung.

Schon für die dritte Sitzung mußte das Parlament einen anderen Saal suchen und bezog vorläufig einen solchen in einer Brauerei, bis ein Reithaus dazu hergerichtet war. Sie kam mit der Regierung in einen noch stärkeren Zwiespalt, weil die Regentschaft den General von Miller, der sich weigerte von ihr Befehle anzunehmen, als Befehlshaber der württembergisch-badischen Division des 8. Reichsarmeekorps absetzte und die Regierung zu Vorschlägen wegen eines Nachfolgers aufforderte. Als vollends die Regentschaft von Württemberg die Absendung von 5000 Mann zum Schutze von Landau und Rastatt gegen reichsfeindliche Truppen und damit zur Unterstützung der pfälzischen und badischen Revolutionäre verlangte, legte ihr das Ministerium nahe, Stuttgart zu verlassen (13. Juni). Sie wich nicht. Vielmehr erließ jetzt das Rumpfparlament ein Gesetz über die Bildung einer deutschen Volkswehr, obgleich Uhland ernstlich vor dem daraus entspringenden Bürgerkrieg warnte (16. Juni). Ein Erlaß des Ministeriums untersagte für Württemberg die Ausführung des Gesetzes; Römer richtete an den Präsidenten des Parlaments die Mitteilung, daß es seine Sitzungen einzustellen habe (17. Juni). Als am 18. Juni in der Kammer das Verhältnis Württembergs zum Rumpfparlament zur Sprache kam, bemerkte Römer, er habe noch keine Antwort auf dieses Verbot erhalten. Da erhob sich der Vizepräsident des Parlaments, der Abgeordnete Schoder, und kündigte trotzig an, daß an demselben Nachmittage eine Sitzung stattfinden werde. Sofort berieten sich die Minister. Nach kurzer Frist besetzte Militär die Zugänge zum Versammlungsort; dessen innere Einrichtung wurde zerstört. Als sich die Abgeordneten im Zuge nach dem Reithaus begaben — an der Spitze Schott und Uhland neben dem Präsidenten Löwe — eröffnete ein Zivilkommissär das Verbot weiterer Tagung; der Widerspruch des Präsidenten wurde durch Trommelwirbel übertönt; langsam vorrückende Reiterei drängte den Zug unsanft auseinander. Die

Digitized by Google

Abgeordneten sammelten sich noch in einem Gasthause, um ihre Beschwerden zu Papier zu bringen, und zogen ab. So erlitt eine Versammlung, auf die einst Deutschland die stolzesten Hoffnungen gesetzt hatte, ein tragisches, aber selbstverschuldetes Ende.

Die Aufhebung des Rumpfparlaments war dem gemäßigteren Teile desselben selbst nicht unwillkommen gewesen. Römers Schwiegervater Schott hatte selbst in diesem Sinne ihm zugesprochen. Hinterdrein freilich wollte dies niemand mehr Wort haben und Römer bekam bittere Vorwürfe zu hören; sein eigener Schwager Sigmund Schott, versuchte ihn zum Zweikampf zu zwingen. Die Wirkung war jedenfalls die Verhinderung der Revolutionierung Württembergs und des Einmarsches fremder Truppen, wie in Baden.

In Stuttgart brachte jene Aufhebung nur eine vorübergehende Aufregung hervor; der größte Teil der Bürgerwehr hielt an dem Ministerium fest; der kleinere, zu Gewaltthaten geneigte, namentlich bei der Artillerie, wurde durch die aufgebotenen Truppen in Schranken gehalten. Nicht so ruhig ging es in anderen Landesteilen zu. Hatte schon die badische Revolution mit ihrer scheinbaren Verteidigung der Reichsverfassung gegenüber der ablehnenden Haltung der Fürsten viele Gemüter in Württemberg erregt, so gab die Verweigerung der Anerkennung der Regentschaft seitens der Regierung und das dem Parlament in Stuttgart bereitete Ende Anlaß zu offenen Erhebungen. In Riedlingen wurden Verhaftete gewaltsam befreit, die wegen Vorbereitungen zu dem in Reutlingen geplanten Aufstand festgenommen worden waren. Als ein Ulmer Regiment heranrückte, trat die Bürgerwehr gegen dasselbe unter die Waffen, zog sich aber vor dem Zusammenstoße zurück, so daß die Ruhe bald hergestellt war. Dagegen hatte der Ausmarsch jenes Regiments aus Ulm dort starke Unruhen im Gefolge, zu deren Bewältigung bayrische Truppen herbeigeholt werden mußten. In Heilbronn erklärte sich die Bürgerwehr für die Regentschaft; sie hoffte auf Hilfe aus Baden; die ganze Gegend griff zu den Waffen, so daß es den aufgebotenen 4000 Soldaten nicht ganz leicht wurde, die Entwaffnung vorzunehmen. Auch Freudenstadt mußte wegen gefährlicher Haltung die Waffen abgeben. In manchen anderen Städten, wie in Calw, zogen die Bürgerwehren zum Schutze der Regentschaft aus, kehrten aber, weil die Bewegung wenig Anklang fand, bald wieder nach Hause. Die Entschlosseneren, namentlich Turner und Studenten, zogen in der zweiten Hälfte des Juni nach Baden, um dort für die Freiheit zu kämpfen. Waren auch unlautere Elemente darunter, und viele, welche nur für die

Digitized by Google

Errichtung einer Republik schwärmten, so wurden doch die meisten getrieben von dem edlen Streben, die Einheit Deutschlands und die würdige Ausbildung seiner Verfassung auf dem einzigen Boden zu verteidigen, auf dem dies überhaupt noch möglich schien. Bei Pforzheim bildete sich eine württembergische Freischarenlegion von nicht viel über 100 Mann, die nirgends Schaden anrichtete. Die meisten Zuzügler sammelten sich im oberen Schwarzwald; unter ihnen befand sich als Hauptmann der Reichsregent Becher. Für die Tage vom 24. bis 26. Juni wurde ein allgemeiner Einfall in Württemberg geplant, zu dem Struve die einzelnen Weisungen gab. Am 25. rückte wirklich die Tübinger Freischar von Gernsbach im Murgthal her in Herrenalb ein, um über Calw nach Stuttgart zu marschieren, zog sich aber auf die Meldung, daß Calw schon von Truppen besetzt sei, wieder zurück. Die Tags darauf in Herrenalb eintreffende württembergische Legion konnte aber noch den Tübingern folgen, ehe eine Abteilung der zum Schutz der Grenze aufgebotenen Truppen ankam. Nach wenigen Tagen lagerte das Reichsheer unter General Peucker, darunter die zwei württembergischen Bataillone, gleichfalls in Herrenalb; es stieß am 29. an der württembergischen Grenze hinter Loffenau auf Freischaren und warf sie in das Murgthal hinab. Das von ihnen besetzte Gernsbach wurde beschossen und erstürmt.

Inzwischen waren die Grenzbezirke gegen Baden durch General von Miller besetzt worden; König Wilhelm selbst kam zur Besichtigung nach Nagold (29. Juni). Es galt da und dort eine drohende Erhebung niederzuhalten und die von Villingen und Donaueschingen her streifenden Freischaren zurückzuweisen. Noch in den ersten Tagen des Juli kam eine solche nach Schwenningen; eine andere trieb sich bei Rottweil herum, um womöglich einen höheren Beamten als Pfand für den verhafteten Fickler mitzuschleppen. Bald rückte die Reichsarmee über Rottweil vor; der badische Aufstand wurde vollends niedergeworfen; das württembergische Heer konnte von der Grenze zurückgenommen werden. Von den Freischärlern stellten sich die meisten in möglichster Stille wieder zu Hause ein; die Führer flohen.

In der Kammer hatte Schoder vergebens beantragt, das Ministerium wegen seines Vorgehens gegen das Rumpfparlament in Anklagestand zu versetzen. Dagegen hielt sie mit dem Ministerium an der Giltigkeit nicht nur der deutschen Grundrechte, sondern auch der Reichsverfassung, abgesehen von der Frage des Oberhaupts, fest und suchte die württembergische Gesetzgebung damit in Einklang zu bringen. Hieher gehört vor allem das von

Digitized by Google

der zweiten Kammer nach der Selbstauflösung der ersten beschlossene, später so heftig angegriffene Gesetz über die Ablösung der Zehnten (vom 17. Juni 1849), diejenigen über Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des befreiten Gerichtsstands, der Jagd- und Bannrechte; ferner die Aufhebung der Todesstrafe und der körperlichen Züchtigung, die Einführung der Schwurgerichte. Da die Durchsicht der Verfassung durch einen neu zusammengesetzten Landtag stattfinden sollte, wurde am 1. Juli — gleichfalls von der zweiten Kammer allein — ein Wahlgesetz für denselben erlassen. Nach diesem Gesetz sollte eine einzige Kammer gewählt werden, und zwar durch alle volljährigen Staatsbürger, die im laufenden und dem vorhergehenden Jahre irgend eine direkte Staatssteuer entrichteten. Entgegen dem Wunsche der Regierung sollte sie nicht nur zur Abänderung der Verfassung im Sinne derjenigen des Reichs, sondern auch zur Erledigung dringender, in den Wirkungskreis der Ständeversammlung fallender, Staatsgeschäfte befugt sein. Der Geheimerat vermißte in dem Gesetze die deutliche Bestimmung, daß es im Falle des Nichtzustandekommens einer neuen Verfassung von selbst außer Kraft trete, meinte aber, bei redlicher Auslegung sei dieselbe überflüssig. Da die Landesversammlung nachher anderer Ansicht war, führte die Unterlassung einer solchen Bestimmung einen unheilvollen Streit herbei.

Nach der Vornahme von Neuwahlen wurde der „lange" Landtag am 11. August geschlossen. Jene brachten nicht einmal zwanzig Anhänger des Märzministeriums in die Kammer gegen mehr als vierzig Mitglieder der entschiedenen Linken. So rasch hatte in der aufgeregten Zeit das allgemeine Wahlrecht den Einfluß der Gemäßigten gebrochen. Das Ministerium wollte abtreten. Aber der von dem König zu Rate gezogene Freiherr von Linden hielt es für unklug, die Versuche einer Verfassungsdurchsicht zu stören.[1]) So kam es erst nach einiger Zeit über einer Frage zu Fall, die mit seiner Stellung zum Landtag nichts zu schaffen hatte.

Preußen hatte mit Sachsen und Hannover das Dreikönigsbündnis, die Union, geschlossen, um an die Stelle des in Frankfurt gescheiterten Verfassungswerks ein anderes zu setzen. Im gleichen Sinne hatten seine Anhänger zu Gotha getagt. An Württemberg trat die Frage heran, ob es diesem Bündnisse beitreten solle. Da Bayern sich von demselben fern hielt, siegte auch dort die durch die neueren Ereignisse gesteigerte

[1]) Hieher gehört offenbar diese von v. Pflugk-Hartung in Historische Zeitschrift 57, 31 gemachte Mitteilung.

Digitized by Google

Abneigung gegen Preußen; das wiederholte Ansuchen des letzteren nötigte Römer, der gerne zugewartet hätte, nach dem Willen des Königs die Ablehnung auszusprechen (26. September). Die Minister Duvernoy und Goppelt mißbilligten, wie die vaterländischen Vereine, diese Ablehnung und gaben ihre Entlassung. Römer wäre ihnen am liebsten gefolgt, hielt es aber für schimpflich, vor der Eröffnung der Kammer zu weichen, in der ihn ein heftiger Kampf erwartete. Er suchte für die Ausgetretenen Ersatz zu finden, aber der König glaubte jetzt auf die Stütze Römers verzichten zu können und berief ein neues Ministerium (28. Oktober). Römer dankte für die ihm angebotenen hohen Stellungen und trat vom amtlichen Schauplatz ab, ein Mann voll starken Willens und frischen Mutes, mit manchen Ecken und Kanten, aber ohne Flecken, erfüllt von dem Glauben an das Werden eines einigen und freien Deutschlands, aber besonnen Halt machend, wo er sah, daß der Weg zum Abgrund führe. König Wilhelm selbst hat wiederholt die guten Dienste anerkannt, die Römer in gefahrvollen Zeiten der Dynastie und dem Lande geleistet habe.

Das Ministerium fiel wieder an Schlayer, der es einst an Römer hatte abgeben müssen. Er selbst übernahm das Innere, Freiherr von Wächter-Spittler, ein tüchtiger und wohlmeinender, aber wie Schlayer selbst streng bureaukratischer Mann, neben dem Kirchen- und Schulwesen das Äußere. Als seine Aufgabe bezeichnete das Ministerium nicht nur die Stärkung der Regierungsgewalt und des Ansehens der Behörden, sondern auch das Streben nach Einheit und Freiheit Deutschlands und die Entwicklung der Landesverfassung im Sinne der deutschen Grundrechte. Da es seinem Wesen nach entschieden reaktionär war, aber noch mit der Stärke der liberalen Bewegung rechnen mußte, so litt es von Anfang an an einer bedenklichen Halbheit.

Wenige Wochen nach dem Amtsantritt des neuen Ministeriums schloß sich Württemberg dem zwischen Östreich und Preußen vereinbarten Interimsvertrag über Ausübung der Zentralgewalt für den deutschen Bund an (10. November). Bis zum 1. Mai des folgenden Jahres sollten nach württembergischer Auffassung des Vertrags die Befugnisse des engeren Rats der früheren Bundesversammlung an die beiden Vormächte übergehen, während die Rechte und Pflichten der Versammlung selbst sämtlich wieder an die Gesamtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückfallen würden. Mit einer bis zum 1. Mai zu berufenden deutschen Volksvertretung sollte eine Verfassung vereinbart und dadurch ein neues Zentralorgan geschaffen werden. Denn der Bund selbst bestand nach dieser Anschauung immer noch

Digitized by Google

und seine Gesetze blieben in Giltigkeit, wenn auch die Bundesversammlung aufgehört habe. Da aber nach östreichischer Behauptung die Revolutionsjahre an der Bundesakte von 1815 gar nichts geändert hatten, nach preußischer sowohl die Bundesversammlung als die Bundesgesetze aufgehoben waren, so kam keine Einigung zu stande.

Um der preußischen Union Schach zu bieten, wurde unter hervorragender Mitwirkung König Wilhelms in München das Vierkönigsbündnis (27. Februar 1850) zunächst zwischen Württemberg, Bayern und Sachsen geschlossen. Das letztere sagte sich von der Union los und trat jenem bei. Hannover, das auch in Aussicht genommen war, versagte. Bald trat Östreich offen an die Spitze der Verbündeten. Neben der Bundesregierung war ein Bundesgericht und eine Nationalversammlung in Aussicht genommen. Die Mitglieder der letzteren sollten von den einzelnen Landtagen gewählt werden. Die württembergische Regierung machte zur Bedingung, daß die deutschen Grundrechte so viel wie möglich in die neue Verfassung aufgenommen werden sollen, mußte aber voraussehen, daß davon bei der Abneigung Östreichs gegen dieselben nicht die Rede sein werde.

Der Beitritt zu dem Interim und dem Vierkönigsbündnis wurde von der Kammer für unverbindlich erklärt und zog dem Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Wächter-Spittler, eine Anklage durch die Kammer vor dem Staatsgerichtshof zu. Er sollte die Bestimmung der Verfassung verletzt haben, daß ohne Einwilligung der Stände durch Verträge mit Auswärtigen kein Landesgesetz abgeändert oder aufgehoben und keine Verpflichtung eingegangen werden dürfe, welche den Rechten der Staatsbürger Eintrag thun würde. Der Minister machte geltend, daß es sich gar nicht um Verträge mit Auswärtigen handle, sondern mit Mitgliedern des Bundes; in ganz Deutschland werde das Bestehen des letzteren anerkannt, nur nicht in der württembergischen Kammer; es sei doch undenkbar, daß er, indem er die durch ganz Deutschland herrschende Ansicht teile, die Rechte Württembergs mit Füßen trete. Trotz heftiger Anklage durch den Präsidenten der Landesversammlung, Schoder, wurde der Minister freigesprochen; Uhland und Pfizer, die dem Gerichtshof angehörten, stimmten für Verurteilung.

Der Anschluß Badens an die Union, vielleicht noch mehr die Abtretung der hohenzollernschen Fürstentümer an Preußen, versetzten König Wilhelm in eine gegen letzteres sehr gereizte Stimmung. Als er am 15. März 1850 persönlich den Landtag eröffnete, sprach er sich sofort gegen die Union aus; die Größe und die Einigkeit Deutschlands habe nichts mit ihr gemein; auf die Volkssympathieen könne sie keinen Anspruch

Digitized by Google

machen; sie sei ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet; die Durchführung dieses Bündnisses würde nicht zu vollbringen sein ohne einen offenen Bundesbruch und ohne eine wissentliche Verletzung jener feierlichen Traktate, worauf die deutsche Stellung und Unabhängigkeit gegen Europa, sowie das politische Gleichgewicht Europas überhaupt beruhe. In der Kammer erhoben sich nur wenige Stimmen gegen die Sprache der Thronrede. Die Folge derselben war der Abbruch des diplomatischen Verkehrs von Seiten Preußens.

Als Österreich Bevollmächtigte einzelner Regierungen nach Frankfurt berief und diese den Bundestag für wiedereröffnet erklärten (10. Mai 1850), fehlte ein Gesandter Württembergs nicht. Von Seiten der Regierung wurde freilich vorgeschützt, daß die ganze Zusammenkunft nur der Verwaltung des Bundeseigentums und den Vorbesprechungen über eine neue Bundesverfassung gelte. Thatsächlich hat schon das Ministerium Schlayer geholfen, den Bundestag wiederherzustellen, wenn es auch noch so viele Verwahrungen dagegen einlegte. Der genaueste Anschluß an Österreich, der dem Gesandten in Frankfurt empfohlen wurde, und die ausgesprochene Absicht, Preußen zur Anerkennung der jetzigen Bundesversammlung zu zwingen, ließ keine andere Deutung zu.

Die noch unter dem Märzministerium gewählte verfassungberatende Landesversammlung[1]) war vom Ministerium Schlayer auf 1. Dezember 1849 einberufen worden. Da dasselbe in der den Ständemitgliedern gesetzlich vorgeschriebenen Eidesformel, wonach sie an einer der deutschen Reichsverfassung und den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechenden Änderung der Landesverfassung mitzuwirken hatten, eigenmächtig die Stelle über die Reichsverfassung strich, kam es sofort in Streit mit der Kammer. Zahlreiche Mitglieder leisteten den neuen Eid nur unter Vorbehalt, zum Präsidenten wurde der demokratische Schoder gewählt, in der Antwortadresse auf die Thronrede, die aber der König nicht entgegennahm, hielt die Mehrheit an der Giltigkeit der Reichsverfassung fest. Eine Äußerung des Ministers von Wächter-Spittler, wonach die erste Kammer rechtlich noch fortbestehe, rief auch die altliberale Minderheit gegen das Ministerium in die Schranken. Jetzt rächte es sich, daß in dem Gesetze vom 1. Juli 1849 nicht, wie der Geheimerat gewünscht hatte, Bestimmungen

[1]) Die drei Landesversammlungen sind ausführlich behandelt bei Reyscher, Erinnerungen S. 178 ff. und Derselbe: Drei verfassungberatende Landesversammlungen und mein Austritt aus dem Staatsdienste.

Digitized by Google

für den Fall getroffen waren, daß der Versuch einer Verfassungsänderung scheitere: die nunmehrige Regierung behauptete, daß dann die Verfassung von 1819 wieder ins Leben trete, die Kammer bestand mit verschwindenden Ausnahmen auf der Auslegung, daß diese endgiltig aufgehoben sei, und erklärte jeden zuwiderhandelnden Minister für verfassungsbrüchig. Im Grunde hatten beide Recht. Denn die Regierung — allerdings nicht die Märzminister selbst — und die Stände hatten jenes Gesetz schon unter den ganz verschiedenen Voraussetzungen angenommen; auch über das von dem Geheimerat geäußerte Bedenken war man leicht hinweggegangen, wie wenn man gefürchtet hätte, durch offene Aussprache eine Übereinstimmung unmöglich zu machen. Die Macht der Thatsachen entschied für die Regierung.

Der Verfassungsentwurf, den Schlayer der Landesversammlung vorlegte, trug, was die Zusammensetzung der Kammern betraf, unverkennbare Spuren der liberalen Bewegung. Er beseitigte aus der ersten Kammer die erblichen Standesherren als Virilstimmführer, aus der zweiten die besondere Vertretung der ritterschaftlichen Gutsbesitzer. In jener sollten neben den königlichen Prinzen zweiunddreißig Abgeordnete der Höchstbesteuerten, Vertreter der Kirchen, der Universität, der Zentralstellen für Landwirtschaft sowie für Handel und Gewerbe sitzen, in dieser nur Abgeordnete der Oberamtsbezirke. Die letzteren sollten mittelbar gewählt werden, die Wahlmänner zur einen Hälfte aus den Höchstbesteuerten, zur andern aus solchen Bürgern bestehen, die irgend eine unmittelbare Staatssteuer bezahlen. Ehe der Entwurf zur Beratung kam, führte der Zwiespalt über die Auslegung des Wahlgesetzes und über den Bestand der Reichsverfassung zur Auflösung der Versammlung (22. Dezember).

Die Neuwahlen brachten die bisherige Mehrheit wieder. Außerhalb Württembergs sah man mit Verwunderung auf die starre Anhänglichkeit an die Reichsverfassung, die doch sonst nirgends Geltung hatte; man verglich da und dort das Land mit einem losgerissenen Schiff, auf dem eine trunkene Mannschaft allein im weiten Weltmeere Luftspiegelungen nachjage. Am 15. März 1850 wurde die zweite verfassungberatende Landesversammlung eröffnet. Die Thronrede führte, wie wir gesehen haben, zum Bruch mit Preußen. So wenig der Landtag sich an den Gedanken gewöhnen konnte, daß er auf die Frage der Reichsverfassung sehr wenig Einfluß habe, so wenig wollte der König zugeben, daß seine Stimme in Deutschland geringere Geltung habe, als die mächtigerer Fürsten. Um die Verfassungsdurchsicht zu beschleunigen, wurde ein gemeinsamer Ausschuß

Digitized by Google

eingesetzt. Die Ansichten gingen aber so auseinander, daß nichts zu stande kam. Die Regierung versuchte es mit einem neuen Entwurf (1. Mai). Nach demselben sollten in die erste Kammer, der zunächst die königlichen Prinzen angehörten, dreiundvierzig Mitglieder teils von den Höchstbesteuerten, teils von wenigen durch die Amtsversammlungen bestimmten Wahlmännern gewählt werden; dazu sollte die Hälfte der Abgeordneten den Höchstbesteuerten selbst entnommen werden. Die Zusammensetzung der zweiten Kammer sollte die frühere bleiben; nur die ritterschaftliche Vertretung sollte aufhören. Die Kammer forderte mindestens gleichmäßige mittelbare Wahl für die erste und allgemeine unmittelbare für die zweite Kammer. Eine große Zahl von Standesherren verwahrte sich für ihre Rechte auf Landstandschaft, so daß selbst Minister Schlayer bemerkte, sie, die im Mai 1849 ihren Posten verlassen, hätten in dieser Zeit nicht den Schlaf des Epimenides geschlafen und könnten jetzt nicht wieder da fortmachen, wo sie damals aufgehört.

Die Anschauungen des Ministeriums über den Fortbestand des deutschen Bundes führten am 27. Juni zu der schon erwähnten Anklage gegen den Freiherrn von Wächter-Spittler. Der König ließ dem Ministerium die Wahl zwischen Rücktritt oder nochmaliger Auflösung der Landesversammlung. Schlayer fürchtete, die letztere könnte Steuerverweigerung zur Folge haben, und zog vor, seine Entlassung zu nehmen (1. Juli). Der König hielt trotzdem die Zeit für gekommen, die Zügel wieder straffer zu ziehen und gab den Auftrag zur Neubildung des Ministeriums dem entschiedenen Freiherrn von Linden; mit ihm traten von Knapp, von Plessen und der General von Miller ein; nachdem von Wächter-Spittler von dem Staatsgerichtshof freigesprochen worden war, übernahm derselbe auch wieder ein Departement, das des Kirchen- und Schulwesens.

Das Ministerium Linden wagte den Schritt, vor dem Schlayer zurückgeschreckt war, es löste am 3. Juli die Kammer auf. Um aber seinerseits entgegenzukommen, machte es der auf 4. Oktober 1850 einberufenen dritten Landesversammlung nicht bloß Vorschläge über Abänderung der Zusammensetzung der Landstände, sondern legte einen vollständigen Verfassungsentwurf vor. Ja, der Entwurf ging noch weiter als die Vorschläge Schlayers. Er entfernte die Prinzen und Standesherren aus der ersten Kammer und übertrug die Wahl sämtlicher Mitglieder, dreiundvierzig an der Zahl, denselben Wahlmännern, die die zweite Kammer wählten, nur daß die Wahlbezirke größere waren und die Abgeordneten das vierzigste Lebensjahr zurückgelegt haben und mindestens hundert Gulden direkte Staatssteuer entrichten mußten. Auch aus der zweiten Kammer

Digitized by Google

entfernte der Entwurf sämtliche Privilegierte und knüpfte die Zulassung nur an das vollendete dreißigste Lebensjahr und die Bezahlung irgend einer direkten Steuer. Die Wahl sollte wieder eine mittelbare werden; aber diejenige Hälfte der Wahlmänner, die früher von den Höchstbesteuerten selbst dargestellt wurde, sollte nunmehr von diesen nur gewählt werden. Die Änderung in der Zusammensetzung war demgemäß so vollständig wie möglich. Den einzigen Maßstab für die Berechtigung zur Wahl sollte die Steuerleistung bilden; aber auch hierin zeigte sich ein kleiner Fortschritt. In den übrigen Kapiteln der Verfassung war, wenn auch das Ganze sich enge an diejenige von 1819 anlehnte, den freiheitlichen Errungenschaften Rechnung getragen. Sie enthielten Gleichstellung der Religionsbekenntnisse, Preßfreiheit, Zuständigkeit der Schwurgerichte bei Preßvergehen, Vereins- und Versammlungsrecht, Zivilehe, Einsetzung eines Staatsministeriums an Stelle des Geheimerats. Der Verfassungsentwurf erschien sehr liberal. Doch regte sich der Verdacht, er sei nur in der Voraussicht vorgelegt, daß durch die Wiederentstehung des deutschen Bundes Hauptpunkte, wie die Ausscheidung der Standesherren und Ritter, sofort wieder abgeändert werden würden. Der Verdacht war vorläufig unbegründet, denn der König hielt die einfache Rückkehr zu der zerfallenen Bundesform für unmöglich. Er ließ sogar dahin wirken, daß der vorläufige engere Bundesrat eine Verfassung entwerfen solle, die seinerzeit einem deutschen Parlamente vorzulegen sei. Die Veröffentlichung eines solchen Planes, so meinte er, würde Vertrauen und Teilnahme erwecken, die aus dem wieder eingeführten geheimen Geschäftstreiben schwerlich jemals erwachsen könne.

Die Durchsicht der württembergischen Verfassung war endlich in Bahnen geleitet, die zum Ziele führen konnten; der Ruck, den die deutsche Frage damals that, warf wieder alles über den Haufen. Schon der Beitritt der württembergischen Regierung zu dem von Östreich und Preußen mit Dänemark abgeschlossenen Frieden und der damit vollzogenen Preisgebung Schleswig-Holsteins führte zu scharfen Angriffen auf das Ministerium. Um den Herzogtümern wenigstens etwas zu bieten, verlangte die Kammer mit allen gegen zwei Stimmen — unter diesen die Lindens — ihnen den früher für württembergische Hilfstruppen gemachten Aufwand zu ersetzen. Dagegen erklärte König Wilhelm die Angelegenheit Schleswig-Holsteins für eine europäische, auf die Deutschland gegenwärtig wenig Einfluß habe. Er selbst hielt die Festhaltung der Herzogtümer für eine Lebensfrage Dänemarks und wollte bis zur Beruhigung derselben die Besetzung durch den Bund, damit sie nicht dem preußischen Einfluß unterliegen.

Digitized by Google

Noch heftigerer Zwist erhob sich zwischen Regierung und Ständen infolge der kurhessischen Frage. Die Regierung unterstützte aus Haß gegen die preußische Union den von dieser zum wiederhergestellten Bund übergetretenen Kurfürsten von Hessen und seinen berüchtigten Minister Hassenpflug; die Kammer legte Verwahrung ein gegen die vom Bunde ausgehenden Angriffe auf die kurhessische Verfassung. König Wilhelm ließ sich in der Frage ganz von Östreich einnehmen und folgte mit dem König von Bayern einer Einladung des Kaisers Franz Joseph zu einer Zusammenkunft in Bregenz (11. Oktober). Der östreichische Minister Fürst Schwarzenberg erklärte dort, daß es sich jetzt darum handle, ob Württemberg den deutschen Bund ernstlich wolle oder nicht; die Entscheidung liege in Kurhessen. Wenn nicht, so ziehe sich Östreich zurück und überlasse die kleineren Staaten ihrem Schicksal. König Wilhelm erkannte an, daß Württemberg nicht vereinzelt bleiben könne; er werde mit Östreich gehen, da Preußen nicht im Stande sei, ihn zu schützen. So sehr er einen Bruderkrieg bedaure, stelle er 20 000 Mann zur Verfügung, um den Willen des Bundes durchzusetzen. Der Minister von Linden trat ganz auf den Boden des Bundesprinzips und bedang deshalb auch einen Bundesbeschluß als Voraussetzung für die Rüstungen aus.[1]) Damit fiel, wie sich der württembergische Gesandte in München tadelnd ausdrückte, dem Bund wieder die Rolle des Wauwau zu. Das Bregenzer Abkommen erkannte die Gesetze des Bundes als Grundlage für die Erhaltung der äußeren und inneren Ruhe Deutschlands an und das durch die Bundesakte eingesetzte Organ als rechtlich bestehend. Gegen Kurhessen sollte zunächst Bayern vorgehen. Bei den Besprechungen äußerte sich der König dem Kaiser von Östreich gegenüber: „Einem Habsburger, ja; einem Hohenzollern, nie — unterwerfe ich mich!“ [2]) Sein Toast beim Festmahl lautete: „Seine Majestät der Kaiser hat mir erlaubt, das Wohl der östreichischen Armee auszubringen. Ein alter Soldat macht nicht viele Worte, aber er folgt dem Ruf des Kaisers, wohin es auch sei. Den besten Wunsch der Armee bringe ich aus, indem ich sage: es lebe der Kaiser!“ Als Wilhelm nach Friedrichshafen zurückgekehrt war (13. Oktober), erhielt er am folgenden Tage den Gegenbesuch des Königs von Bayern. Der Kaiser von Östreich, der auf der Treppe seiner Wohnung ausgeglitten war, schickte an seiner Stelle den Fürsten Schwarzenberg. Östreich traute dem König Wilhelm doch nicht recht.

1) v. Pflugk-Hartung: Die Anfänge des württembergischen Ministeriums Linden, in Historische Zeitschrift 57, 43.

2) Aufzeichnung eines Ohrenzeugen.

Digitized by Google

Als daher ein württembergischer Generalstabsoffizier der Abmachung gemäß sich in Wien einstellte, um über gemeinsame Schritte zu beraten, machte ihm Schwarzenberg bemerklich, daß Österreich keinen Mann hinausgebe. Nur wenn König Wilhelm zu ihm komme und hier ein Kommando übernehme, könne er Truppen haben, soviel er wolle.

Zur Erfüllung ihrer Versprechungen mußte die württembergische Regierung von der Landesversammlung 300 000 Gulden für Rüstungen verlangen. Da von dem Bregenzer Übereinkommen nur durch Zeitungsnachrichten einiges in die Öffentlichkeit drang, wurden die Rüstungen damit begründet, daß in anderen Staaten auch solche stattfinden. Auf eine förmliche Anfrage gab Linden zu, daß für Bundeszwecke gerüstet werde, läugnete aber, daß die Regierung ein Bündnis eingegangen habe, das dem Lande neue Lasten auflege. Er nahm einfach die durch den Bund bedingten als herkömmliche an. Die Kammer lehnte mit 52 gegen 5 Stimmen die Forderung der Regierung als nicht begründet ab. Linden hatte den Ausgang vorausgesehen und verlas sofort eine königliche Verordnung, durch welche die Landesversammlung aufgelöst wurde, da der eben gefaßte Beschluß mit der verfassungsmäßigen Stellung des Königs im Bunde nicht vereinbar und die Aussicht für eine Übereinstimmung über die Durchsicht der württembergischen Verfassung sehr gering sei. Ja die Regierung erklärte zugleich aus dem letzteren Grunde das Gesetz vom 1. Juli 1849 für aufgehoben und stellte den früheren Zustand wieder her. Demnach sollte die Landesversammlung nicht einmal befugt sein, vor dem Auseinandergehen den ständischen Ausschuß zu wählen, sondern der letzte unter der Herrschaft der früheren Verfassung gewählte sollte sein Amt wieder übernehmen (6. Nov.). Als die Versammlung trotzdem zur Wahl schritt, ließ die Regierung das Ständehaus zuschließen, und als sich kein früheres Mitglied zur Wiederherstellung des Ausschusses hergab, setzte sie von sich aus sechs derselben wenigstens als provisorische Schuldenverwaltungskommission ein (26. Nov.). Da auch Römer auf Seite der Opposition gestanden war, ließ ihm der König seine früher an ihn gerichteten Briefe abfordern.

Wie weit die Regierung mit der Aufhebung des Gesetzes vom 1. Juli 1849 im Recht war, haben wir oben gesehen; die Gerichte erklärten dieselbe für verfassungsmäßig. Überraschend kam sie nicht, nachdem schon das Ministerium Schlayer, vor allem der wieder im Amte befindliche Freiherr von Wächter-Spittler, der ersten Landesversammlung gegenüber den gleichen Standpunkt vertreten hatte. Daß sie aber gerade jetzt erfolgte, da Freiherr von Linden mit seinem Verfassungsentwurf der Kammer so

Digitized by Google

weit entgegengekommen war und ehe dieser zur Beratung gelangte, war mehr als auffallend. Der Verfassungsstreit bildete nur den Vorwand; bestimmend waren die Fortschritte, die die reaktionäre östreichische Politik machte.

Eben rückten die „Strafbayern" in Kurhessen ein. Preußen mußte sich in Olmütz demütigen und die Union auflösen. Die Dresdener Konferenzen, die am 23. Dezember eröffnet wurden, führten die Rückkehr des vollen Bundes und seiner Verfassung herbei. Gegen letztere suchte sich Württemberg zu wehren. Seine Gesandten hatten die Aufgabe, gegen jede Bundeszentralstelle sich auszusprechen, in der es nicht selbst mit voller Stimme vertreten sein würde, zugleich aber auch im Einvernehmen mit den Genossen des Vierkönigsbundes die Einsetzung einer Nationalvertretung am Bunde zu beantragen. Zur Unterstützung dieses Antrags schrieb König Wilhelm seinen berühmten Brief an den Fürsten Schwarzenberg (18. Jan. 1851), in dem er eine Abänderung des Artikels 13 der Bundesakte verlangte. Solle der Artikel in einer Weise geändert werden, die nicht hinter der Zeit und dem moralischen Bedürfnisse der Nation zurückbleibe, so müsse die bisherige landständische Vertretung auf das föderalistische Band im Ganzen angewendet und müssen die einzelnen, zersplitterten, unfruchtbaren und verwirrenden Kräfte der verschiedenen Ständekammern in ein einiges oberes Nationalparlament zusammengefaßt werden. Nur mit einem so vereinten Parlamente sei die Begründung einer einigen, starken, und ganz besonders einer allseitig geachteten und dauerhaften Zentralgewalt möglich. Nur eine von der Gesamtvertretung der Nation gestützte und gehobene Bundesregierung sei aber auch im stande, nach unten die zerstörenden Elemente zu bemeistern und nach oben die Absonderung und Leblosigkeit der Bundesgewalt, sowie die Lockerung des gemeinschaftlichen Bandes unter den Einzelregierungen mit Erfolg zu verhindern. „Als Deutscher und als Regent meines Landes", schloß König Wilhelm, „kann ich nach Gewissen und Überzeugung eine Bundesrevision nicht als eine zeitgemäße, genügende und definitive erkennen, welche den gerechten Ansprüchen der Nation auf eine Selbstteilnahme an ihren großen politischen Geschicken nicht die gebührende Rechnung trägt." Im Auge hatte der König ein durch die Einzellandtage gewähltes Parlament, wie es das Vierkönigsbündnis in Aussicht genommen hatte, also nicht im mindesten eine Volksvertretung nach dem Muster der Frankfurter. Bei Östreich aber fand er taube Ohren; Schwarzenberg sah in dem Plane eine Gefahr für Ruhe und Ordnung und würdigte den König nicht einmal einer Antwort, da

Digitized by Google

diese doch nur den Zweck hätte, in die Zeitungen zu kommen.[1]) Wilhelm bezeichnete seinem Gesandten das Vorgeschlagene als das Wenigste, das gewährt werden könne. Östreich blieb fest; die Konferenzen verliefen ergebnislos. Am 30. Mai 1851 wurde der Bundestag in Frankfurt ganz in der früheren Weise wieder eingerichtet. Auch in der Militärkommission ging der alte Tanz los: Kläffen der Kleinen, Zanken der Großen, dann immer der gleiche Schlendrian.

Infolge der Wiederherstellung des Bundes fühlte sich die Regierung stark genug, an die endliche Bestrafung der Widerspenstigen zu gehen. Unter Schlayers Ministerium waren tausende von Teilnehmern an der revolutionären Bewegung außer Verfolgung gesetzt worden; nur die Führer blieben im Anklagezustand. Jetzt kamen alle die politischen Prozesse auf die Tagesordnung der Schwurgerichte. Gleichzeitig ging es an eine Säuberung der Beamtenschaft und der Geistlichkeit durch Entlassungen und Versetzungen. Die letzte Maßregelung zog sich auch Reyscher zu, eines der klarstdenkenden Mitglieder der Rechten, der bei allem freiheitlichen und nationalen Streben immer die Gesetze verteidigt hatte. Wegen Teilnahme an Sitzungen des von der letzten Landesversammlung gewählten ständischen Ausschusses wurde er seinem Tübinger Lehramt entrissen und zu einer Kreisregierung versetzt. Dabei wurde ihm der Urlaub zum Eintritt in die neugewählte Kammer verweigert, und so trat er aus dem Staatsdienste.

Die wieder nach den Bestimmungen der alten Verfassung ausgeschriebenen Neuwahlen fanden unter lebhafter Beteiligung statt. Die Kammern wurden auf 6. Mai 1851 einberufen; die zweite wählte Römer zum Präsidenten, der bis zu seinem 1863 wegen Krankheit erfolgten Rücktritt diesen Posten bekleidete. Neunzehn Mitglieder, an der Spitze Schoder, bestritten die Verfassungsmäßigkeit des Bestehens der Kammer und beharrten auf der Giltigkeit des Gesetzes vom 1. Juli 1849; dreiundvierzig andere erklärten, daß ihr Eintritt nur durch die Erwägung veranlaßt sei, sich gerade in den schwierigsten Verhältnissen dem Vaterlande nicht entziehen zu wollen, daß sie aber durch ihren Schritt nicht für Wiederherstellung abgeschaffter Standesvorrechte sich aussprechen. Am Ende nahm die Kammer bei der Beratung über diese Verwahrungen doch den Antrag auf einfache Tagesordnung an und ebenso den weiteren, festzustellen, daß der Standpunkt der neunzehn mit ihrer Teilnahme an den Verhandlungen der Kammer im Widerspruch stehe.

[1]) v. Pflugk-Hartung: Das württembergische Ministerium Linden in Historisches Taschenbuch, 6. Folge, 7. Jahrg., S. 7.

Digitized by Google

Noch einmal legte Linden einen Verfassungsentwurf vor (13. Juni). Er entsprach im Ganzen dem vor die aufgelöste Landesversammlung gebrachten; nur die Zivilehe wurde freigestellt, statt verlangt. Eine völlige Umarbeitung hatte das Kapitel über die Zusammensetzung des Landtags erfahren. Auch jetzt blieben die Vorzüge der Geburt ausgeschlossen mit der einen Ausnahme, daß die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses in die erste Kammer eintreten sollten. Aber statt der Höhe der Besteurung wurde die Größe des Grundbesitzes als entscheidend für das Recht auf Vertretung in der ersten Kammer hingestellt. 20 Mitglieder sollte der Grundbesitz stellen, davon die eine Hälfte die 10 größten Besitzer selbst, die andere von denjenigen mit mindestens 100 Gulden Steuerleistung gewählt. Weitere 16 sollten von je den 30 Nächstbesteuerten ernannt werden. Dazu kamen zwei Vertreter der evangelischen Kirche, der katholische Landesbischof und 10 vom Könige auf die Dauer des Landtags bestimmte Mitglieder. Die 2. Kammer sollte nur aus den Abgeordneten der 64 Oberamtsbezirke gebildet werden; für ihre Wahl wurden die Urwähler in drei Steuerklassen eingeteilt, die je ein Drittel der Wahlmänner aufstellen sollten. Der Ausschuß, welcher den Verfassungsentwurf beriet, erkannte wohl, daß die Kammer der Standesherren niemals auf denselben eingehen würde, er schlug daher vor, zunächst nur den Artikel über die Zusammensetzung der Kammern zu beraten, und sprach dabei die Voraussetzung aus, daß die durch das Einführungsgesetz zu den Grundrechten herbeigeführten Erleichterungen der Beschlußnahme bei den Verhandlungen der Verfassung, welche durch die Abschaffung der Standesvorrechte notwendig werden, anzuwenden seien. Aber dazu hatte die Regierung die Standesherren und die Ritter nicht wieder in ihre Stelle eingesetzt, daß sie in der Verfassungsfrage nicht eine volle Stimme haben sollten, und so zeigte sich bald, daß der Entwurf der Regierung deren gänzlichen Rückzug bemänteln sollte.

Der Bund hob die Grundrechte auf und die württembergische Regierung veröffentlichte diesen Beschluß (5. Oktober), obgleich die Mehrheit der Kammer sie für verbindlich erklärt hatte. Da die letztere auf ihrem Standpunkt beharrte und die Grundrechte nur auf dem Wege verfassungsmäßiger Verabschiedung aufheben oder abändern lassen wollte, legte die Regierung ein Gesetz vor, das diese Aufhebung aussprach. Wirklich ging die Kammer, da hiemit der Form genügt war, darauf ein, jenen die Kraft eines Landesgesetzes zu nehmen, insoweit nicht einzelne Bestimmungen derselben in besonderen Gesetzen zur Ausführung gebracht seien. Nur die Rechtsver-

Digitized by Google

hältnisse der Israeliten ließ sie nicht auf den alten Stand zurückschrauben. Am 2. April 1852 wurde das Gesetz über Aufhebung der Grundrechte verkündigt, schon am 17. zog die Regierung den Verfassungsentwurf zurück. Die Begründung besagte, daß die öffentlichen Verhältnisse Deutschlands eine bestimmtere Richtung und Gestalt gewonnen haben, deren Ergebnis der einzelne Bundesstaat anerkennen müsse. Zudem seien die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden ständischen Körperschaften zu groß, als daß an eine Einigung zu denken wäre, und das Bedürfnis einer Totalrevision der Verfassung werde unter den jetzigen Verhältnissen mit Grund bezweifelt.

Wurde so die Verfassungsdurchsicht begraben, ohne wieder mit Aussicht auf Erfolg aufzuerstehen, so ging doch ein Teil der aufgehobenen Grundrechte allmählich in die württembergische Gesetzgebung über: allgemeine Wehrpflicht, Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, Abschaffung der körperlichen Züchtigung, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Möglichkeit der Zivilehe sind hieher zu rechnen [1]).

Trotz der Gefügigkeit der Kammer fehlte es von Anfang an nicht an Zwist mit der Regierung. Immer wieder wehrte sie sich gegen die Beschränkung der Preßfreiheit; sie gab in großer Mehrheit dem Mitgefühl des württembergischen Volkes Ausdruck für die in ihren verfassungsmäßigen Rechten tief verletzten deutschen Bruderstämme in Schleswig-Holstein und der Entrüstung über die Erniedrigung der deutschen Ehre und Nationalität an den Grenzmarken Deutschlands. Das hinderte freilich nicht, daß die württembergische Regierung dem Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 beitrat und damit die Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark befestigte. Je mehr der Bund und in seinem Gefolge die württembergische Regierung auf reaktionärem Wege fortschritt, wie durch die Bundesbeschlüsse über die Presse und das Vereinswesen (Juli 1854), desto mehr regte sich in der Kammer der Widerstand. Trotz eifrigster Bemühung der Regierung wurde ein Gesetzentwurf zur Ergänzung der Bestimmungen über Gefäll- und Zehntablösungen (31. Oktober 1854) sehr schlecht aufgenommen; die Kammer verschob zwar auf Ansuchen die Verwerfung, bis der Bund sich über die Ansprüche der Standesherren ausgesprochen habe, wenn auch unter Verwahrung gegen dessen Einmischung in diese Landesangelegenheit. Aber aus den verlangten Entschädigungen wurde es nichts. Und doch wären dieselben nicht unbillig gewesen, nachdem in den Jahren 1848 und 1849 in Würt-

[1]) Ficker-Geßler, Geschichte der Verfassung Württembergs S. 272 ff.

Digitized by Google

temberg den Nutznießern von Zehnten, Gülten und ähnlichen Einkünften nicht weniger als 58 870 000 Gulden ohne Entgelt abgesprochen worden waren. Nur die Verluste, welche die Pfarr- und Schulstellen durch die Ablösungen erlitten hatten, wurden einigermaßen durch Zulagen ersetzt. Immer deutlicher offenbarte sich der Umschwung. Die Kammer wahrte sich das Recht ständischer Entscheidung über den Postvereinsvertrag von 1850, dem die Regierung von sich aus längst beigetreten war. Sie lehnte die Beratung einer Gemeindeordnung, durch die eine staatliche Bestätigung der Gemeinderäte eingeführt, dem Staat, der Hofdomänenkammer, den Körperschaften Wahlrecht, ja Sitz und Stimme im Gemeinderat gegeben werden sollte, allerdings mit nur einer Stimme Mehrheit, ab (21. Februar 1855). Sie strich die geforderten Gehaltserhöhungen für Gesandte und Minister, setzte die verlangte Präsenzziffer des Heeres herab und nahm ein Gesetz über befreiten Gerichtsstand nur unter Beschränkung auf die vor 1806 im jetzigen Königreich dazu Berechtigten an. Besonders übel vermerkte Linden, daß sie das von ihm bestrittene Recht der Gemeinderäte zu Eingaben an die Kammer anerkannte. Er beantragte beim Könige, die Auflösung der Kammer zu verfügen, da der Gang der Verhandlungen während der letzten Sitzungsperiode keine befriedigenden Ergebnisse mehr erwarten lasse. Doch ließ er noch die Verhandlung über einen Antrag zu, der dahin ging, an die Regierung die Bitte zu richten, sie wolle mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln fortwährend auf die Neugestaltung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse Deutschlands im Sinne der Einheit und der aktiven Teilnahme des deutschen Volkes an seinen gemeinsamen Angelegenheiten hinwirken. Die große Mehrheit der Kammer billigte den Antrag. Als der ritterschaftliche Abgeordnete Freiherr von Varnbüler einwandte, daß sich dessen Absicht nur mit Opfern erreichen lasse, wurde ihm entgegengehalten, daß diese nur scheinbar seien und daß aus ihnen bedeutende Vorteile erwachsen würden. Am 20. August 1855 erfolgte die Auflösung.

Nicht ohne Einwirkung auf den Geist der Kammer war die durch den Krieg der Westmächte und der Türkei mit Rußland herbeigeführte Beunruhigung gewesen. Württemberg war als Bundesstaat dem Schutz- und Trutzbündnisse Österreichs und Preußen beigetreten. Der Bund beschloß die Herstellung der Kriegsbereitschaft; die württembergische Regierung beantragte dazu bei der Kammer ein Anlehen von 3 Millionen. Die Kammer ging nach lebhafter Verhandlung darauf ein, bat aber die Regierung, welche über ihre Politik keine genaueren Ausschlüsse gegeben hatte,

Digitized by Google

dahin zu wirken, daß in Verfolgung einer nationalen Politik Österreich allseitige Unterstützung zu Teil werde (1. März 1855). König Wilhelm, der sich schon länger mit Preußen wieder ausgesöhnt hatte, neigte sich mehr zu diesem, weil es ihm die Aufrechthaltung des Friedens eher zu verbürgen schien als das gegen Rußland mißtrauischere Österreich. Als daher der preußische Bundestagsgesandte Otto von Bismarck auf einer Reise Stuttgart berührte, um den neuernannten Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Hügel, zu besuchen, ließ ihn König Wilhelm rufen und sprach mit ihm offen über seine Hoffnung auf Preußen. Während die Kammer sich nur von dem Gefühle hatte leiten lassen, daß Österreichs entschiedenere Haltung dem Ansehen Deutschlands aufhelfen könnte, bedachte er zuerst die etwaigen Folgen eines Kriegs für Württemberg. Er teilte Bismarcks Ansicht, daß Deutschland kein Interesse habe, sich in den Krimkrieg zu mischen, versprach seine Unterstützung, wenn es sich deshalb mit den Westmächten verfeinden würde, verhehlte aber nicht, daß er, wenn doch der Krieg mit diesen ausbrechen würde, möglicherweise mit Frankreich verhandeln müsse. Denn der Knotenpunkt liege in Straßburg. So lange dieses nicht deutsch sei, werde es immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich der deutschen Einheit, einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben. Es sei ein Ausfallthor für ein Heer von 100 bis 150 000 Mann, denen Deutschland nicht rechtzeitig am Oberrhein entgegentreten könne [1]).

Das damalige gute Verhältnis des Königs zu Preußen kam im folgenden Jahre durch den Besuch des Königs Friedrich Wilhelm IV. und denjenigen seines Bruders, des Prinzen Wilhelm, zum Ausdruck. Das Land wollte in der großen Mehrheit nichts davon wissen und sprach sich, als ein Durchmarsch preußischer Truppen zur Bekämpfung der Aufständischen im Kanton Neuenburg bevorzustehen schien (1856), in zahllosen Versammlungen und Eingaben gegen die Gestattung desselben aus.

---

[1]) Über das Äußere des Besuchs erzählte Bismarck später: In München stieg ich durch die Reihe der Hellebardiere zum Prunksaal, wo ich mich vergebens nach einem Stuhl umsah und mit dem König Max stehend eine Stunde lang Fragen der hohen Politik verhandeln mußte. Dann fuhr ich nach Stuttgart. Kaum war ich dort angekommen und im Hotel Marquardt abgestiegen, so erschien bereits der Flügeladjutant und lud mich ein, so wie ich ging und stand ins Schloß zu kommen; und dort traf ich den König Wilhelm am Kamin sitzend, ein Bein über das andere geschlagen, und verhandelte mit ihm in aller Behaglichkeit dieselben Fragen (Schwäbischer Merkur v. 29. Dezember 1890).

Digitized by Google

Aus dem Gebiet der Verwaltung ist noch zu nennen die Einrichtung der Staatsposten, die durch Ablösung der Thurn und Taxis'schen Rechte um die Summe von 1 300 000 Gulden möglich wurde, der Anschluß an den deutsch-östreichischen Telegraphenverein, die Hebung des Verkehrs durch Förderung des Bahnbaus und Pflege der Straßen, die Vereinheitlichung des Gewichts, ferner ein, freilich nicht allen Wünschen entsprechendes, Jagdgesetz.

Von den Kirchen fand die evangelische eine Fortbildung durch die Einführung von Pfarrgemeinderäten (1851) und Diözesansynoden (1854). Eine Landessynode als Abschluß der Kirchenverfassung zuzugeben, weigerte sich König Wilhelm, da ihm die Einrichtung zu demokratisch schien. Die Arbeiten zur Ausscheidung des Kirchenvermögens wurden noch länger fortgesetzt und gerieten erst 1858 ins Stocken. Schwere Kämpfe gab es mit der katholischen Kirche, da sich dieselbe von der Staatsaufsicht loszulösen suchte[1]). Schon Anfangs der dreißiger Jahre trat der streitbare Freiherr von Hornstein in der Kammer für die volle Selbständigkeit der Kirche ein, fand aber auch auf katholischer Seite noch wenig Anhänger. Entfesselt wurde der Streit durch die Kölner Wirren und die Verweigerung der Einsegnung gemischter Ehen, bei denen nicht die von der Kirche gestellten Forderungen erfüllt waren. Bischof Keller, ein persönlich milder Mann, wurde zu einem Antrag in der Kammer gedrängt (1841), der eine Reihe von Rechten für den Bischof beanspruchte, die seither der Kirchenrat ausgeübt hatte. Die Anträge wurden verworfen; aber die Bewegung schien dem König so gefährlich, daß er wenigstens den damaligen Direktor des Kirchenrats fallen ließ. Kellers Nachfolger, Lipp, unterließ schon bei seinem ersten Hirtenbrief, das königliche Placet einzuholen. Im Einverständnis mit dem ganzen Episkopat verwarf er die von der Regierung gemachten Einräumungen; ja er ordnete eine rein kirchliche Konkursprüfung für die Geistlichen an und verweigerte den vom Staate geprüften die Anstellung. Der Sieg der katholischen Kirche in Preußen, das Überhandnehmen der politischen Reaktion überhaupt, vielleicht auch die Scheu vor dem katholischen Östreich führten trotz der offenen Auflehnung des Bischofs einen Umschwung in der Haltung König Wilhelms herbei. Die Regierung verstand sich zu einer Übereinkunft mit dem Bischof, in der sie die kirchlichen Hoheitsrechte bedeutend erweiterte (1854). Aber jetzt erhob Rom

[1]) Zum Folgenden vgl. neben Reyschers Erinnerungen namentlich Kolb in Württemb. Kirchengeschichte (1893) S. 666 ff.

Digitized by Google

Einsprache, das den Bischof für unzuständig erklärte und die Gelegenheit benützen wollte, seine eigene Macht über die Bischöfe zu vergrößern. Da der Kultminister von Wächter-Spittler sich zu sehr gebunden hatte, trat er in das Justizministerium über, während sein Amt an Gustav Rümelin übertragen wurde, einen Mann von scharfem Verstand und festem Willen, aber doktrinär in seinen Anschauungen vom Verhältnis von Staat und Kirche (1856). Die Verhandlungen wurden nach Rom gezogen und hier wurde am 8. April 1857 ein Konkordat verabredet, das im Anschluß an das österreichische, alle staatlichen Verordnungen über die Kirche aufhob und mit nur geringfügiger Berücksichtigung der Eigenart eines paritätischen Staates das kanonische Recht für Württemberg zur Geltung brachte. Die Regierung veröffentlichte das Konkordat ohne Rücksprache mit den Ständen und suchte es allmählich stillschweigend in Vollzug zu setzen. Am Anfang machte das Konkordat wenig Aufsehen. Eigentlich erst der Widerstand, den es von schroffsten Vertretern der römischen Ansprüche fand, weckte die Bedenken. Es entstand das Gerücht, der König selbst sei katholisch geworden; in der Kammer erhoben sich Stimmen, vor allem die Reyschers, gegen die Gesetzmäßigkeit des von der Regierung eingeschlagenen Wegs. Doch trat die Frage zurück, als die auswärtigen Ereignisse die öffentliche Aufmerksamkeit fesselten.

Der italienische Krieg von 1859 rief neue Wünsche nach Stärkung und Vereinheitlichung Deutschlands wach. Auch in Württemberg wurde der Angriff Frankreichs und Italiens auf Österreich vielfach als ein solcher auf den Bund aufgefaßt. Die Kammer bewilligte 6700000 Gulden für Kriegsrüstungen. Österreichs Freunde schalten auf Preußen, das abwartete, bis deutsche Interessen bedroht schienen. König Wilhelm stellte Preußen seine Truppen zur Verfügung; das gleiche geschah mit dem ganzen 8. und drei weiteren Armeekorps. Die Generalstabschefs derselben wurden auf 25. Juni nach Berlin beschieden, wie man glaubte zur Feststellung des Kriegsplans. Wie wenig aber Preußen gewillt war, ohne Weiteres sich in kriegerische Verwicklungen einzulassen, beweist der Ausspruch Moltkes, den er jenen Chefs gegenüber that: Preußen brauche 44 Tage an den Rhein [1]). Während dieser Verhandlungen in Berlin kam die Nachricht von der Niederlage der Österreicher bei Solferino. Jetzt erklärte der Prinzregent selbst den deutschen Offizieren: Ich habe 6 Armeekorps mobil gemacht, um dem Übermut außer und in Deutschland entgegenzutreten; nachdem

1) Aufzeichnungen eines Ohrenzeugen.

Digitized by Google

aber die Östreicher bei Solferino geschlagen worden, habe ich mich mit meinen Alliirten behufs Vermittlung in Verbindung gesetzt [1]). Trotzdem marschierten die württembergischen Truppen aus; der Kriegsminister von Miller, der sie selbst führen wollte, zog sie wenigstens bei Heilbronn zusammen. Im Lande stimmte übrigens nur die liberale Partei mit dem Wunsche überein, daß der Oberbefehl an Preußen überlassen werde; die Mehrheit besorgte, daß dieses die Gelegenheit benützen könnte, um ein dauerndes Übergewicht zu erlangen, um so mehr als es erklärte, sich von dem Bunde in der Kriegsfrage nicht überstimmen zu lassen. Da auch Östreich das Wachsen des preußischen Einflusses fürchtete, verzichtete es lieber auf die Hälfte seiner italienischen Provinzen und schloß Frieden.

Wieder versuchten einzelne Männer die Tage der allgemeinen Erregung für die Schaffung eines Deutschland umfassenden Bandes auszunützen. Es konnte sich jetzt nicht um Zusammentreten eines Parlaments handeln; man wählte die Form einer Partei. Am 16. September 1859 wurde in Frankfurt der Nationalverein gegründet, welcher die einheitliche und freiheitliche Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes auf gesetzlichem Wege anstreben sollte und Preußen als die allein mögliche Vormacht Deutschlands anerkannte. Auch das am 11. November in ganz Deutschland gefeierte Schillerfest war von Einfluß auf die Belebung des Gefühls der Zusammengehörigkeit.

Solchen Bestrebungen gegenüber und auf Grund der Erfahrungen während des italienischen Kriegs brachte eine Anzahl von Regierungen, darunter die württembergische, einen neuen Antrag auf Verfassungsänderung an den Bund. Er enthielt ein Direktorium, Stimmenmehrheit statt der bisherigen Stimmeneinheit, einheitliche Heeresverfassung mit Bestimmung eines Bundesfeldherrn schon in Friedenszeiten, Bundesgericht, Zuständigkeit des Bundes für alle Zoll- und Handelsangelegenheiten, Nationalvertretung am Bunde. Östreich trat im Ganzen bei; doch wollte es höchstens die Beiziehung von Landtagsausschüssen zugeben. Aber Preußen begnügte sich nicht mehr mit halben Maßregeln; die Anregung hatte keine weiteren Folgen. Andererseits brachte die Fürstenzusammenkunft in Baden-Baden, die der Prinzregent Wilhelm von Preußen aus Anlaß des Besuchs Napoleons III. veranstaltete, zwar das Zusammenhalten der deutschen Fürsten, darunter König Wilhelms von Württemberg, dem Auslande gegenüber zum Ausdrucke, führte aber keine Annäherung in den inneren Fragen herbei (1860).

[1]) Aufzeichnungen eines Ohrenzeugen.

Digitized by Google

So hatte die Kriegsgefahr wieder die nationalen und die liberalen Fragen in Fluß gebracht. Die Wirkung zeigte sich auch in der schwebenden Angelegenheit des Konkordats. Immer lauter ertönten die Stimmen der Gegner, namentlich nachdem auch dasjenige mit Baden von der dortigen Kammer verworfen worden war. Die staatsrechtliche Kommission der württembergischen Kammer war einig in der Annahme, daß die Sache nicht auf dem Wege des Vertrags zwischen der Regierung und der Kurie abgemacht werden dürfe, sondern der Gesetzgebung unterliege. Die Regierung selbst sah sich endlich genötigt, sich auf diesen Standpunkt zu stellen, und brachte einen Entwurf ein, der für diejenigen Punkte des Konkordats die ständische Zustimmung verlangte, für welche sie nötig schien. Der Entwurf wurde mit 63 gegen 27 Stimmen abgelehnt, nachdem besonders Sarwey die Forderung einer selbständigen Ordnung durch die Gesetzgebung vertreten hatte (16. März 1861). Rümelin trat ab. Sein Nachfolger Golther legte einen Gesetzesentwurf vor, der zur Annahme gelangte (30. Januar 1862). Auch die meisten katholischen Abgeordneten stimmten bei. Es ist richtig, daß das neue Gesetz das Konkordat fast vollständig in die amtliche Geschäftssprache übertrug; sachlich hat es an dessen Bestimmungen wenig geändert. Aber grundsätzlich hat es die Stellung des Staats gegenüber der Kirche gewahrt, statt sie preiszugeben.

Eine weitere Aufregung, die sich allerdings mehr der Regierung als des Landes bemächtigte, entstand durch die Ausbreitung des Nationalvereins. Man redete schon von Veranstaltung einer allgemeinen Schilderhebung, um die Regierungen zur Anerkennung der preußischen Oberhoheit zu zwingen. Als nun gar die württembergischen Liberalen den Anschluß an den Verein auf die Tagesordnung einer Versammlung setzten, griff König Wilhelm selbst zur Feder (2. Februar 1861) und setzte im Staatsanzeiger auseinander, daß der Nationalverein eine demokratische Tendenz habe, da Männer ohne bestimmtes Mandat die bestehenden Verhältnisse umwerfen und andere Ansichten an deren Stelle setzen wollen. Die Regierungen werden mit vereinten Kräften suchen, solchen Umsturzplänen entgegenzuarbeiten, die die Unabhängigkeit der Völker bedrohen. Die württembergische Regierung wachte denn auch strenge darüber, daß der Nationalverein keine Anhänger unter den Beamten fand. Gelegenheit zum Einschreiten fand sie nur gegen einen Justizreferendär in Reutlingen, der sich offen als Anhänger desselben bekannte. Justizminister von Wächter-Spittler begründete dessen Ausweisung aus dem Staatsdienst damit, daß die Propaganda für einen Verein, dessen Tendenz durch die von ihm ausgegangene Prokla-

Digitized by Google

mierung der Reichsverfassung von 1849 als bestehendes positives Recht nur die Wirkung haben könne, alle Rechtsbegriffe zu verwirren und Ruhe und Ordnung im Staat zu untergraben, mit den Funktionen eines Richters absolut unvereinbar sei.[1]) Der König persönlich ließ sich durch das Vorgehen des Nationalvereins zu der Äußerung hinreißen: „Lieber der Bundesgenosse Frankreichs als der Vasall Preußens"; er ließ dieselbe dahin erläutern, daß ein nach den Grundsätzen des Nationalvereins organisiertes Preußen mehr geeignet wäre, den deutschen Mittelstaaten ernstliche Besorgnisse wegen Beunruhigung Deutschlands einzuflößen, als das französische Kaisertum, welchem, wie sich auch die Zukunft gestalten möge, das Nationalgefühl, von dem alle deutschen Stämme durchdrungen seien, niemals gestatten werde, sich auf deutschem Boden festzusetzen oder die politische und faktische Existenz irgend eines Staates, und sei es des kleinsten, auf die Dauer zu gefährden.

Nur auf einem Gebiete drängten auch die Regierungen der Mittelstaaten in der Einigung Deutschlands vorwärts zu kommen, auf dem der Verbesserung des Militärwesens. Schon 1860 trafen ihre Kriegsminister in Würzburg Verabredungen, aber nur mit Rücksicht auf das „reine Deutschland", das wieder einmal in den Köpfen spuckte. Sie schmeichelten sich ihrerseits, durch entschiedenes Vorgehen Preußen oder gar Östreich zur Nachfolge zu zwingen, und lehnten den badischen Antrag ab, den Oberbefehl, sobald eine dieser großen Mächte den Abmachungen beiträte, dieser zu überlassen. Im folgenden Jahre berieten sich die Generalstabschefs über die Einzelausführung ihrer Verabredungen. Württemberg schloß sich ganz an Bayern an und wollte sogar diesem den Befehl über seine Truppen überlassen, fand aber bei ihm keine Geneigtheit. In der Kammer wurden Stimmen laut, welche für die Selbständigkeit der württembergischen Streitkräfte, wie der württembergischen Diplomatie eintraten. Moritz Mohl besonders war gegen jede Unterordnung. Ihm hielt Reyscher entgegen, daß das ganze Elend Deutschlands gerade von der Zerfahrenheit in diesen zwei Punkten herkomme, und beklagte nur, daß Preußen nicht den Ehrgeiz zu besitzen scheine, Deutschland auch nur vorübergehend unter eine einheitliche Kriegführung zu bringen. Um zu zeigen, wie ernst es ihm mit einer besseren Ausbildung der Truppen sei, ließ sie der Kriegsminister ein Lager bei Köngen beziehen (1861). Manche tüchtige Offiziere

[1]) Nach Privatpapieren des Herrn Rechtsanwalts Karl Schott. — Die Reichsverfassung von 1849 war übrigens auch den württembergischen Mitgliedern des Nationalvereins nebensächlich.

Digitized by Google

sahen aber darin mehr nur ein blendendes Volksfest als eine Übung. Eben damals wurde der preußische Plan bekannt, der dahin ging, im Kriegsfall den rechten Flügel an den Rhein anzulehnen und den Main als strategische Aufmarschlinie auch für die Süddeutschen zu bestimmen. Süddeutschland schien damit preisgegeben; König Wilhelm war entrüstet.

Gegen den engeren Bund, den Preußen unter seiner Leitung herstellen wollte, erhob sich in Württemberg eine heftige Gegnerschaft. Als es Sachsen zum Anschluß aufforderte, ging auch von württembergischer Seite eine Note nach Berlin ab, die ein solches Vorgehen als Gefährdung des deutschen Bundes und Unterwerfung einzelner Bundesstaaten bezeichnete. Um dem preußischen Plane einen eigenen entgegenzustellen, vereinigte sich Württemberg mit Österreich, den anderen Königreichen, den beiden Hessen und Nassau zu dem Vorschlag, zunächst für die Beratung von Gesetzen über Zivilprozeß und Obligationenrecht Abgeordnete der einzelnen Ständeversammlungen zusammentreten zu lassen. Der Antrag befriedigte in seiner Halbheit niemand; auch der Bund verwarf ihn (22. Januar 1863). Daß Preußen 1862 namens des Zollvereins einen Handelsvertrag mit Frankreich schloß, in dem es sich dem Freihandelssystem näherte und Österreich nicht anders behandeln wollte als jeden fremden Staat, fand in Württemberg auch keinen Beifall.

König Wilhelm stützte sich in dem Widerstand gegen Preußen auf die große Mehrheit seines Volkes. Als er im Frühjahr 1863 vom Winteraufenthalte im Süden heimkehrte — es war das letzte Mal in seinem Leben — bereitete ihm die Bevölkerung einen festlichen Empfang, der an die Tage des Regierungsjubiläums erinnerte. Auch der, bald wieder aufgegebene Plan, den Hohentwiel wieder zu befestigen, schien auf Entschlossenheit in der Verteidigung des Landes gegen fremde, wie deutsche Unterdrücker zu deuten.

Die Gegner Preußens machten noch einen Schritt vorwärts, um die Neuverfassung des Bundes in ihrem Sinn durchzusetzen. Österreich berief die deutschen Fürsten auf 16. August nach Frankfurt. Der König von Württemberg ließ sich dabei durch den Kronprinzen Karl vertreten. Die Fürsten beschlossen die Einsetzung eines sechsgliedrigen Bundesdirektoriums, in dem Württemberg jedes dritte Jahr vertreten sein sollte, abwechselnd mit Hannover und Sachsen; ferner die zeitweilige Einberufung von Abgeordneten aus den Kammern der Einzelstaaten, daneben zeitweilige persönliche Zusammenkünfte der Fürsten. Da Preußen sich ferne hielt, hatte man auch in Württemberg sofort den Eindruck, daß dieser Fürsten-

Digitized by Google

kongreß eine nur sehr vorübergehende Bedeutung habe. Östreich selbst trennte sich bald wieder von seinen Bundesgenossen und näherte sich Preußen, um mit ihm in der wieder brennend gewordenen schleswig-holsteinischen Frage Hand in Hand zu gehen.

Der Erbprinz von Augustenburg hatte sich zum Herzog von Schleswig-Holstein erklärt; Dänemark verleibte sich Schleswig ein. Der deutsche Bund schickte Truppen zur Besetzung Holsteins. Preußen wollte ihm die Entscheidung über die Erbberechtigung nicht überlassen und gewann Östreich, mit ihm allein vorzugehen. In Württemberg herrschte, wie überall, hohe Begeisterung für Schleswig-Holstein; die Regierung erkannte das Recht des Augustenburgers an. Groß war die Entrüstung über die Lossagung der Großmächte von der Politik des Bundes. König Wilhelm ließ den östreichischen Ministerpräsidenten warnen, erhielt aber die Antwort, die kleinen Herren müssen sich in die hohe Politik nicht mischen. Als eine Volksversammlung in einer Eingabe den König bat, doch ja in der Unterstützung des Augustenburgers nicht nachzulassen, erwiderte er seinerseits, das seien Dinge, die Privatpersonen nicht verstehen; er habe keine Lust, sich mit solchen in Erörterungen darüber einzulassen. Der Landtag drang der Regierung $1\frac{1}{2}$ Millionen für Rüstungen förmlich auf. Die Parteien waren in der Frage zusammengegangen, wenn schon die Großdeutschen sich mit denjenigen zankten, die den preußischen Oberbefehl für Deutschland verlangten. Erst im März 1864 trennte sich die radikale Gruppe vom Schleswig-Holstein-Ausschuß, um bald darauf die Volkspartei zu gründen, die alle Gegner Preußens vereinigte. Trotz der Klagen über das Vorgehen der Großmächte wurden die Siege über die Dänen laut bejubelt.

Als eben der Waffenstillstand in Schleswig-Holstein zu Ende ging, am 25. Juni 1864, starb König Wilhelm plötzlich, 83 Jahre alt, auf seinem Landhause Rosenstein. Er hatte die Staatsgeschäfte schon am 27. März dem Ministerrate unter dem Vorsitz des Kronprinzen übertragen müssen, konnte aber immer noch kleinere Ausflüge machen. Seine letzte Klage war: Wie schmerzlich ist es, von einem so schönen Lande scheiden zu müssen. Die Ruhestätte fand er neben seiner Gemahlin Katharina auf dem Rothenberg.

König Wilhelm war in dritter Ehe vermählt gewesen mit Pauline, Tochter seines Oheims, des Herzogs Ludwig von Württemberg und der vielverehrten Herzogin Henriette (Pauline ist geboren 4. September 1800, vermählt 15. April 1820, gestorben 10. März 1873). Der zweiten Ehe

Digitized by Google

waren 2 Prinzessinnen entstammt, Marie (geb. 30. Oktober 1816, vermählt 19. März 1840 mit Graf Alfred von Neipperg, gest. 4. Januar 1887) und Sophie (geb. 17. Juni 1818, vermählt 18. Juni 1839 mit dem König Wilhelm III. von Holland, gest. 3. Juni 1877); der dritten Ehe entstammten Prinzessin Katharine (geb. 24. August 1821, vermählt 20. November 1845 mit Prinz Friedrich von Württemberg), der Kronprinz Karl und Prinzessin Auguste (geb. 4. Oktober 1826, vermählt 17. Juni 1851 mit dem Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar).

König Wilhelms Regierung ragt hervor durch sorgfältige Pflege des Volkswohlstands [1]). Gewissenhaftigkeit in allen Zweigen der Staatsverwaltung, möglichste Schonung der Steuerkräfte, nüchtern verständige Erkenntnis des Erreichbaren brachten ihre Früchte. Damit ist freilich verbunden eine gewisse Schwerfälligkeit und Bedächtigkeit gegenüber neuen Aufgaben, ein in den späteren Jahren sehr bemerklicher Mangel an Frische und Lebendigkeit im Gang der öffentlichen Angelegenheiten, da der König sich auf die Güte des von ihm eingerichteten und erprobten Staatsorganismus verließ. Die Wiederaufrichtung der alten Landesverfassung, urteilt Strauß, wurde der Handhabung eines Ministeriums anvertraut, das ihre Befruchtung und weitere Ausbildung im Sinne der neuen Bedürfnisse möglichst zu hintertreiben wußte und auf dem letzten Abschnitt der Regierung des Königs wie ein lähmendes Bleigewicht lastete. Da die Unterthanen manchmal andere Wünsche hatten, klagte Wilhelm, die ersten Worte, welche sie sprechen lernen, seien „noi“ und „nette“.

Durch eifrige Thätigkeit hat sich König Wilhelm den Namen des Königs der Landwirtschaft erworben; mit besonderer Vorliebe trieb er Pferdezucht. Einfach in seiner Lebensweise, liebte er es doch, prächtige Bauten aufführen zu lassen, wie die Wilhelma, den Rosenstein, den Stuttgarter Königsbau. Sehr dagegen ab sticht der Mangel an Sinn für die schönen Denkmäler früherer Jahrhunderte. Es ist eine fromme Geschichtsfälschung, den Untergang der meisten württembergischen Schlösser und Burgen dem Bauern- und dem dreißigjährigen Krieg zuzuschreiben; die hauptsächlichsten Zerstörer derselben sind die Kameralverwalter des Königs Wilhelm gewesen. Die Perle Stuttgarts, das Lusthaus, sank in den Staub; sogar das alte Schloß verdankt nur einer List der Bauverständigen seine Erhaltung.

— — —

[1]) Zur Charakteristik des Königs vergl. D. Fr. Strauß, Gesammelte Schriften 1, 217 ff. Deutsche Vierteljahrsschrift 1864, 4. Heft 153 ff.

Digitized by Google

In der deutschen Politik des Königs zeigt sich scheinbar ein völliger Mangel an nationalem Gefühl und Planlosigkeit in dem Verhalten den Vormächten gegenüber. Und doch hat ihn Bismarck als einen durchaus nationalen, fast burschenschaftlich gesinnten Herrn bezeichnet. Sein Patriotismus ging auf die Einigung Deutschlands, auf die Hebung der militärischen Zerfahrenheit, die ihm ein Greuel war, auf den Schutz der Westgrenze. Aber er stellte sich ein einiges Deutschland nur in der Weise vor, daß er selbst mit an der Spitze desselben stünde; er wollte nicht zugeben, daß der Schwache dem Starken nicht gleichberechtigt sein kann. Daher sein fortwährendes Schwanken zwischen Bund, Österreich und Preußen, seine macchiavellistische Politik, die den Freund von gestern bitter bekämpfte, sobald derselbe übermächtig zu werden drohte. Oft genug ist er zu der Erkenntnis gelangt, daß Deutschlands Heil von Preußen kommen müsse, aber ebenso oft hat er auf der Seite Österreichs Preußen befehdet, um ihm die Wage zu halten. Der Fehler war, daß das Ziel, dem er mit allen Mitteln nachstrebte, thatsächlich unerreichbar war.

Digitized by Google

IV. Abschnitt.

König Karl bis zum Eintritt in das neue Reich.

1864—1871.

König Karl Friedrich Alexander (1864—1891) ist am 6. März 1823 zu Stuttgart geboren. Er erhielt seine Ausbildung in der Kriegsschule zu Ludwigsburg und auf den Universitäten Tübingen und Berlin und brachte dann mehrere Jahre auf Reisen in Deutschland, Italien und England zu. Am 18. Januar 1846 verlobte er sich in Palermo mit der Großfürstin Olga, Tochter des Kaisers Nikolaus I. von Rußland (geb. 11. September 1822, gest. 30. Oktober 1892). Die Vermählung fand am 13. Juli in Peterhof statt. Mit der ebenso hoheitsvollen als wohlthätigen Gemahlin verbrachte der Kronprinz seine Zeit nach dem Willen des Vaters ziemlich fern von den Staatsgeschäften. Als König Wilhelm starb, weilte der Thronfolger gerade in Kissingen zum Besuche seines Schwagers, des Kaisers Alexander II. von Rußland; er eilte sofort zurück.

In der Thronrede, mit der König Karl am 12. Juli 1864 die Kammern eröffnete, erklärte er sich zu der Hoffnung berechtigt, daß die ganz Deutschland bewegende Frage der schleswig-holsteinischen Herzogtümer, nachdem zwischen den deutschen Großmächten eine Einigung erzielt sei, in einer dem nationalen Sinn und dem nationalen Recht entsprechenden Weise ihre Lösung finden werde. Er knüpfte daran die weitere, daß aus dieser Einigung auch für alle andern Verhältnisse Deutschlands Ergebnisse hervorgehen, welche zu Befriedigung gerechter und besonnener Erwartungen der deutschen Nation in politischer wie in handelspolitischer Beziehung führen. Die Kammer wies in ihrer Antwort namentlich hin auf die Notwendigkeit einer mit ausreichenden konstitutionellen Befugnissen ausgestatteten Gesamtvertretung Deutschlands, sowie einer in allen gemeinsamen Angelegenheiten über den einzelnen Regierungen stehenden Zentralgewalt. Regierung und

Digitized by Google

Kammer waren darüber einig, daß das Vorgehen der deutschen Großmächte in Schleswig-Holstein die Rechte des Bundes verletze; die letztere wandte sich in scharfen Erklärungen dagegen, während die erstere vor übereilten Schritten warnte.

[1]) Am 24. September übernahm Freiherr von Varnbüler an Stelle des Freiherrn von Linden das Ministerpräsidium und zugleich für Freiherrn von Hügel das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten; als Minister des Innern wurde von Linden durch Geßler ersetzt. Wenige Tage nachher trat Freiherr von Neurath an die Stelle des Freiherrn von Wächter-Spittler als Justizminister. Noch eben vor Thorschluß (1. Oktober) nahm das neue Ministerium den neuen Zollvereinsvertrag an, für welchen die Handelswelt eifrig gewirkt hatte. Die Kammer genehmigte denselben freilich nur mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß er den preußisch-französischen Handelsvertrag in sich schließe. Wie der Zollverein einen Vertrag auch mit Italien abschloß, weigerte sich Varnbüler dieses, solange es seine Ansprüche auf Venetien nicht fallen lasse, als Königreich anzuerkennen, mußte aber zuletzt auf Preußens Drängen nachgeben. Kaum als Folge des Ministerwechsels ist die Wiederherstellung der Preßfreiheit zu betrachten, mit der der neue König den Wünschen des Landes unter Mißachtung der Bundesbeschlüsse entgegenkam (24. Dezember 1864).

Der deutsche Bund willigte nach dem Friedensschluß mit Dänemark gegen die Stimmen der Mittelstaaten in die Zurückziehung der Bundestruppen aus Holstein. In der württembergischen Kammer erhoben die Anhänger des Triasgedankens ihre Stimmen. Sie stellten an die Regierung die Frage, ob sie auch jetzt noch in der Einigung der Großmächte die gerechte Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit erwarte und nicht vielmehr gegenüber dieser Einigung eine solche der übrigen deutschen Bundesstaaten für möglich und ratsam halte. Varnbüler erwiderte, er habe keinen Grund zu der Annahme, daß die Verhandlungen der deutschen Großmächte nicht zu einer dem nationalen Interesse und dem Rechte entsprechenden Lösung führen werden. Diese Einigung sei Bedingung der Lösung; die der kleineren Bundesstaaten im Gegensatz zu jenen halte er zur Zeit weder für nötig noch für ratsam. Jedenfalls sei der Gedanke einer Anlehnung an das Ausland wie allen deutschen Regierungen, so auch der württembergischen fremd. Wie anders hätte die Sprache gelautet, wenn König Wilhelm noch am Leben gewesen wäre!

[1]) Zum Folgenden vgl. namentlich „Ein Jahrzehnt württembergischer Politik" in Unsere Zeit, Neue Folge 5, S. 1 ff.

Digitized by Google

Als die Kammer immer wieder auf die Frage zurückkam, bemerkte Varnbüler nüchtern, die kleineren Staaten handelten klüger, wenn sie sich mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigten, statt mit der großen Politik. Dennoch legte jene einstimmig gegen die Einverleibung der Herzogtümer durch Preußen Verwahrung ein, teilweise allerdings nicht aus Haß gegen dieses, sondern um auf die Notwendigkeit einer Bundesverfassung hinzuweisen, die das Recht auch der kleineren Staaten schützen könnte.

Österreich und Preußen einigten sich im Gasteiner Vertrag über die gemeinschaftliche Verwaltung Schleswig-Holsteins. Württemberg hatte sich der Forderung angeschlossen, daß die Herzogtümer als selbständiger Staat dem Bunde beitreten sollen. Eine Versammlung von Abgeordneten zu Frankfurt, an der 27 Württemberger teilnahmen, brandmarkte den Gasteiner Vertrag als Rechtsbruch und drohte mit Steuerverweigerung, wenn die Regierungen nicht einschreiten. Die württembergische Kammer schloß sich dieser Auffassung an; aber die Regierung ließ sich nicht vorwärts schieben und wirkte jetzt beim Bund gegen die Aufnahme Schleswigs und gegen die Einberufung des holsteinischen Landtags. Sie hoffte noch immer auf ein gemeinsames Einlenken der Großmächte. Daß sie dabei zu Österreich neigte, zeigte die Ernennung Lindens zum Bundestagsgesandten. Dieselbe Richtung nahm die Stimmung des Landes. Zunächst war zwar noch viel von Neutralität zu hören; besonders die Volkspartei wollte die beiden Vormächte den Kampf um die Großmachtstellung allein auskämpfen lassen. Als aber nach der Störung des Einvernehmens mit Preußen Österreich sich wieder den Mittelstaaten zuwandte, wetteiferte die Volkspartei mit der Regierung, das bedrohte Bundesrecht gegen jenes in Schutz zu nehmen.

Schon am 16. März 1866 teilte Österreich seinen Kriegsplan auch Württemberg mit. Am 24. stellte Preußen an die deutschen Regierungen das Ansinnen, auf seine Seite zu treten und sprach seine Absicht aus, durch Umgestaltung des Bundes die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu schaffen. Auf Österreichs einfachen Hinweis auf die Bundesakte legte es den bestimmteren Plan der Einberufung einer Versammlung vor, die aus unmittelbarer Wahl und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehen und dem Bundestag an die Seite treten solle (9. April).

In Württemberg war man, wie im übrigen Deutschland, geneigt, den preußischen Plan als Ausfluß reinster Selbstsucht aufzufassen und als lächerlichen Versuch, auf friedlichem Wege eine Oberherrschaft durchzusetzen, zu deren Abwehr schon die Schwerter in der Scheide gelockert waren. Die Regierung beteiligte sich an den Besprechungen der Mittelstaaten in Augs-

Digitized by Google

burg, später in Bamberg und München, die neben wertlosen Vermittlungsversuchen militärischen Vorbereitungen galten; sie beschleunigte einen in Aussicht genommenen Garnisonswechsel und die Einberufung der Rekruten; der Kriegsminister Wiederhold mußte von Hardegg Platz machen, dem man größere Entschiedenheit in der Aufstellung eines schlagfertigen Heeres zutraute. Davon, daß Österreich gerade damals noch den Versuch machte, sich mit Preußen auf Kosten der Mittelstaaten zu verständigen und diesem im Norden, sich selbst im Süden die Vorherrschaft zu erzwingen, ahnte man nichts.

Preußen ersparte Württemberg den ungerechten Vorwurf nicht, durch Rüstungen die Kriegsgefahr vergrößert zu haben. Als dem am 23. Mai eröffneten Landtag die Bewilligung von 7 700 000 Gulden für die Kriegsbereitschaft und die Einberufung der Landwehr angesonnen wurde, stimmten 82 von 90 Stimmen dem Antrag bei, allerdings mit der von der Regierung angenommenen Beschränkung, daß das Ziel des drohenden Kampfes nur in dem Rechte Deutschlands, dem Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer, und in der Einigung des ganzen deutschen Volkes in einem freigewählten Parlamente bestehen dürfe. Unter den ablehnenden waren 5 Freunde Preußens, sowie 3 Anhänger des Südbunds, welche die Berufung eines Parlaments der reindeutschen Staaten zur Bedingung gemacht hatten. Hölder hatte verlangt, daß die Streitkräfte Württembergs nur, wenn dies durch die Bundespflicht oder zur Landesverteidigung geboten sei, am Kampfe teilnehmen sollen; Robert Römer hatte offen sein Mißtrauen gegen Österreich ausgesprochen. Seine Äußerung veranlaßte Varnbüler, der die Kräfte und die Kriegsbereitschaft Österreichs bedeutend überschätzte, zu dem drohenden Ausruf, wenn das Kriegsglück entschieden haben werde, so werde auch Römer nicht im Stande sein, das vae victis (wehe dem Besiegten) von Preußen abzuhalten.

Österreich stellte die Entscheidung über Schleswig-Holstein dem Bund anheim. Am 10. Juni legte Preußen die Grundzüge seiner neuen Bundesverfassung vor, die Österreich und Luxemburg aus dem Bund ausschlossen, eine Nationalvertretung neben den Bundestag stellten, das deutsche Heer in eine Nord- und Südarmee, die eine unter Preußens, die andere unter Bayerns Führung trennten und besondere Verträge mit Deutschösterreich vorbehielten. Während in Bayern, das eine klarere Erkenntnis von Österreichs Lage gewann, der Gedanke der Südarmee sich zu dem eines Südbunds mit eigenem Zollverein erweiterte, beharrte die württembergische Regierung auf dem Boden des Bundes und hielt unbedingt zu Österreich als dem Ver-

Digitized by Google

teidiger des Bundesrechts. Unter den Stimmen, die in Frankfurt auf den östreichischen Antrag hin die Kriegsbereitschaft der nichtpreußischen Armeekorps beschlossen, war auch die württembergische. Die Regierung brach am 17. Juni die Beziehungen zu Preußen ab. Gleichzeitig vollzog sich innerhalb des Landes die Scheidung der Großdeutschen von den Anhängern Preußens in der alten Fortschrittspartei.

Der Krieg brach aus. Am 17. Juni wurden etwa 5000 Württemberger zum Schutz des Bundestags nach Frankfurt abgeschickt. Ihre Ausbildung, wie ihre Ausrüstung war sehr mangelhaft, ihre Beförderung vollzog sich mit Schwierigkeiten; den Zeitungen mußte bedeutet werden, über die Mängel des Heerwesens zu schweigen. Noch während des Monats folgte die übrige Felddivision, im ganzen 15 Bataillone, 14 Schwadronen, 6 Batterieen unter der persönlichen Führung des Kriegsministers von Hardegg. Von den Kanzeln protestantischer wie katholischer Kirchen im Lande erschollen Predigten gegen das bundbrüchige Preußen. Zum Oberbefehlshaber über das 8. Armeekorps, dem die Division angehörte, ernannte Württemberg, an dem die Reihe war, den bei Solferino bewährten Prinzen Alexander von Hessen. Auf Weisung des Bundestags legte das Korps schwarz-rotgoldne Feldbinden an. Seine nächste Aufgabe war, die Verbindung mit dem 7., den Bayern, herzustellen, die zur Vereinigung mit den Hannoveranern ausgezogen, aber durch die überraschend schnellen Siege der Preußen nach Osten abgedrängt worden waren. In offenbarer Ratlosigkeit wurden die Württemberger durch den Vogelsberg hin- und hergeführt, bis die Schlappen der Bayern, Hessen und Östreicher ein Ausweichen nach dem Süden zur Verbindung mit jenen über Miltenberg und Tauberbischofsheim rätlich machten.

Inzwischen besetzte ein Ulmer Bataillon im Auftrag des Bundes die hohenzollernschen Fürstentümer. Da die dortigen Beamten sich weigerten, Gehorsam zu leisten und die Kassen herauszugeben, sah sich der Regierungskommissär, Graf Leutrum, genötigt, sie aus dem Lande zu weisen.

Die Entscheidung fiel auf den böhmischen Schlachtfeldern. Preußen machte den Mittelstaaten Friedensanerbietungen. Östreich rief die Einmischung Frankreichs an. Beides war dazu angethan, die Stimmung auch in Württemberg zu beeinflussen. In einer am 12. Juli in Stuttgart veranstalteten großen Versammlung brachte zwar noch die Volkspartei einen Antrag auf Verständigung mit Preußen zu Fall, stimmte aber mit den Preußenfreunden ein in eine Erklärung gegen die Einmischung Frankreichs und Aufrichtung eines neuen Rheinbunds. Die Regierung billigte die An-

Digitized by Google

rufung Frankreichs nicht, wandte sich aber doch an dasselbe mit der Bitte, zu den Friedensunterhandlungen zugelassen zu werden, was ihr zugesagt wurde. Sie wartete, entsprechend der Auffassung einer in München zusammengetretenen Militärkonferenz, noch auf einen weiteren Hauptschlag vor Wien, und wollte es daher nicht mit beiden Teilen verderben; sie berief zu nachdrücklicher Fortsetzung des Kriegs die Landwehr ein. Am 21. Juli begab sich König Karl selbst nach Tauberbischofsheim, um durch sein Erscheinen die Truppen zu ermutigen.

Am 24. Juli wurde die württembergische Division, während sie die Stadt Tauberbischofsheim und die Ausgänge aus dem Tauberthal längs der Straße nach Würzburg sichern sollte, unerwartet von der aus dem Odenwald hervorbrechenden preußischen Brigade Wrangel angegriffen. Sie räumte die Stadt, zog sich auf das rechte Tauberufer zurück und suchte von hier aus wieder über die Brücke vorzudringen. Trotz mutiger Aufopferung — der Thronfolger, Prinz Wilhelm, gab ein Beispiel tapferen Ausharrens —, trotz großer Treffsicherheit der Artillerie mißlang der Versuch. Von ½2 bis 7 Uhr währte der Kampf, um 6 Uhr scheiterte der letzte Angriff gegen die Stadt. Mit einem Verlust von 60 Toten, 450 Verwundeten, etwa 160 Gefangenen setzte die Division ihren Rückzug gegen Würzburg fort. Die Nachhut wurde noch in einen Artilleriekampf bei Gerchsheim verwickelt. Am 27. Juli trennte sich die Division von den endlich gefundenen Bayern, da diese Unterhandlungen mit Preußen einleiteten. Österreich ließ die Verbündeten völlig im Stich. Am 27. Juli gelangte nach Stuttgart, wo die Abgeordneten in privaten Versammlungen sich zu keiner entschiedenen Haltung aufraffen konnten, die Nachricht, daß Württemberg für sich selbst zu sorgen habe. Varnbüler reiste sofort mit dem Prinzen Friedrich nach Wien und Nikolsburg ab, der Justizminister Neurath in das Hauptquartier der preußischen Mainarmee zu General Manteuffel. Zu ihm schickte Bismarck auch den Freiherrn von Varnbüler, nachdem er dessen Anerbieten, dem norddeutschen Bund beizutreten, mit Rücksicht auf die von Frankreich zu erwartende Einsprache abgelehnt hatte. In Eisingen bei Würzburg wurde am 1. August ein Waffenstillstand geschlossen, nach dem der nordöstliche Teil des Königreichs von preußischen Truppen besetzt wurde. Die Abgrenzungslinie wurde von der badischen Grenze den Neckar hinauf bis zur Einmündung des Kochers, den Kocher aufwärts bis Hall, von da der Landstraße nach über Crailsheim nach Feuchtwangen gezogen. Auf die naheliegende Frage, warum die Preußen am Kocher Halt gemacht, soll Bismarck erwidert haben: da haben wir den Kaiser von Rußland

Digitized by Google

salutiert. Varnbülers Bitte, die mit den Württembergern vereint gewesenen nassauischen Truppen in den Waffenstillstand einzuschließen, wurde von Manteuffel abgelehnt. Am 6. August räumte das württembergische Bataillon Hohenzollern; mit feiner Ironie begrüßte König Karl den zurückgekehrten Regierungskommissär als Exhospodar der oberen Donaufürstentümer. Am 8. wurde das 8. Armeekorps aufgelöst; die württembergische Division besetzte während der Anwesenheit der Preußen die Strecke diesseits der Abgrenzungslinie. Da die Kriegsentschädigung durch württembergische Staatsschuldenverschreibungen sichergestellt wurde, zogen die Preußen nach wenigen Wochen ab.

Zum Abschluß des Friedens begaben sich die Minister von Varnbüler und von Hardegg nach Berlin. Der erstere hatte seine Entlassung angeboten, die aber nicht angenommen wurde. Bismarck erkannte an, daß die bundestreue Haltung Württembergs seine Achtung verdient habe. Er verlangte 8 Millionen Gulden Kriegskostenentschädigung — nach Begründung des Reichs machte er ohne Erfolg den Vorschlag, sie zurückzuerstatten —, sowie Anerkennung der Bestimmungen des vorläufigen Friedens zwischen Preußen und Österreich über die Zukunft Deutschlands. Varnbüler lag vor allem daran, Württemberg nicht wirtschaftlich und militärisch vereinzeln zu lassen; er schlug von sich aus einen Bund mit Preußen auf Grund organischer Einrichtungen vor. Man einigte sich auf Erstreckung des Zollvereins vorbehältlich sechsmonatlicher Kündigung und auf ein zunächst geheim zu haltendes Schutz- und Trutzbündnis, durch das im Kriegsfalle die württembergischen Truppen dem Oberbefehl des Königs von Preußen unterstellt wurden und gegenseitig die Unverletzlichkeit des Landes zugesichert wurde. So verdanken die Verträge mit den Südstaaten ihr Zustandekommen der Anregung des Freiherrn von Varnbüler. Es entspricht ganz der Art desselben, in einer einmal gegebenen Lage sich zurechtzufinden, die dabei nötig scheinenden Maßregeln mit Entschiedenheit zu treffen, dann aber freilich jede Fortbildung dem Schicksal zu überlassen, bis eine weitere Stellungnahme nötig wird, und jede Bestrebung, die innerhalb seines Machtbereichs das Schicksal lenken will, mit allen Kräften niederzuhalten. Am 13. August kam der Friedensvertrag und das Bündnis zu Stande, letzteres ohne Wissen Frankreichs, das infolge des Danks, den ihm Varnbüler für seine wirksame Unterstützung spendete, sich ganz anderer Dinge versah. Die Mainlinie, klagt ein französischer Schriftsteller, freilich mit starker Einseitigkeit, über den württembergischen Minister, war gesprengt, Deutschland war fertig und das Werk Richelieus zerstört.

Digitized by Google

Schon ehe der Friedensvertrag unterzeichnet war, hielten in Württemberg Hölder, Robert Römer und ihre Freunde die Zeit für gekommen, die deutsche Partei zu gründen, welche die Einigung Deutschlands durch den engsten Anschluß an den norddeutschen Bund erreichen wollte. Dieselbe wurde sofort von der Regierung und von der Volkspartei, die als Folge des Prager Friedens den Südbund für gegeben hielt, lebhaft bekämpft.

Der Bundestag war aus Frankfurt über Württemberg nach Augsburg geflüchtet. Unter den vier Gesandten, die hier am 24. August den Bund für aufgelöst erklärten, befand sich Freiherr von Linden.

Am 27. September wurden die Kammern zur Genehmigung des Friedensvertrags einberufen. Sie erfolgte in der ersten Kammer einstimmig, in der zweiten mit 86 gegen 1 Stimme. Der Präsident der zweiten Kammer, Weber, sprach in seiner Begrüßungsrede von Annäherung an das höchste Ziel des deutschen Patriotismus, die Einheit. Aber die Mehrheit bestand auf dem Gedanken des Südbunds, für den weder Bayern noch Baden zu haben war. Um vor Augen zu führen, was Preußen voraus habe, stellte Hölder den Antrag, die Regierung um vollständige und genaue Erforschung der Mißstände und Fehler zu bitten, die den unglücklichen Verlauf des Kriegs verursacht haben. Der Kriegsminister von Hardegg, der sich wahrlich keine Lorbeeren geholt hatte, bestritt, daß Fehler gemacht worden seien. Die Kammer gab sich zufrieden. Nicht so der König; er hatte sich von dem Major von Suckow, einem klarschauenden und thatkräftigen Offizier, einen Bericht über den Feldzug ausarbeiten lassen, der in dem Satze gipfelte, daß Württemberg politisch nur im engsten Verband mit Preußen lebensfähig sei und militärisch ohne vollständigen Anschluß an das preußische Heer gar nichts bedeute. Zwar erteilte der König dem Kriegsminister, der von dem Bericht Kunde erhielt, die erbetene Entlassung nicht; aber sie konnte nicht mehr lange ausbleiben und der König ließ nicht ab, seine Aufmerksamkeit auf die Verbesserung des Heerwesens zu richten.

Gefördert wurde die Heeresumänderung durch den neuen bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, der eine Militärkonferenz der süddeutschen Staaten in Stuttgart veranlaßte (3.—5. Februar 1867). Hier beschloß man die Einführung gleicher taktischer Einheiten, möglichste Übereinstimmung der Dienstvorschriften, der Feuerwaffen und der Munition, gemeinschaftliche größere Übungen, gleichmäßige Ausbildung der Offiziere, — alles in Anlehnung an Preußen, doch mit vielerlei einzelnen Vorbehalten. Nur zu der allgemeinen Annahme des Zündnadelgewehrs konnte

Digitized by Google

man sich weder in Stuttgart noch bei der späteren Fortsetzung der Verhandlungen in München verstehen.

Gleich beim ersten Fall, da es sich darum handelte, den Fortschritt der deutschen Einigung dem Auslande gegenüber aufzuweisen, bei der durch die Luxemburger Frage zwischen Preußen und Frankreich entstandenen Spannung, wurde das geheime Schutz- und Trutzbündnis der Südstaaten mit Preußen bekannt gemacht. Am 23. März veröffentlichte der Staatsanzeiger für Württemberg den Wortlaut zu großer Freude der einen, zum lebhaften Ärger der andern. Preußen hatte die Anfrage gestellt, ob Württemberg entschlossen sei, aus eigener freier Überzeugung die Verantwortung für die Folgen, welche der Schutz der Unabhängigkeit Luxemburgs haben könnte, mit Preußen zu teilen und ob es vorbereitet sei, einer etwa schnell herantretenden Gefahr zu begegnen. Eine weitere Frage hatte gelautet, ob die württembergische Regierung, wenn sie auf einem andern Standpunkt stehen sollte, bereit sei, ihre Ablehnung öffentlich zu vertreten. Varnbüler erwiderte ganz allgemein, daß Württemberg nicht nur seine Verpflichtungen erfüllen, sondern auch sonst für die Ehre und die Interessen der Nation eintreten werde. Aber während Preußen nur seine Bundesgenossen hatte darauf vorbereiten wollen, daß der im Bündnis vorgesehene Fall der Hilfeleistung möglicherweise bald eintreten könne, behielt sich Varnbüler eine Prüfung des Falls vor und ließ die Entscheidung dahingestellt. Preußen gab sich vorläufig zufrieden, erklärte aber, als jener bei den nachherigen Verhandlungen in der Kammer dieselbe Auffassung geltend machte, daß ein Recht der Prüfung nicht in Betracht gekommen sei.

Während die Volkspartei das Schutz- und Trutzbündnis verdammte und den Luxemburger Handel für einen Ausfluß des preußischen Übermuts ansah, betrieb die deutsche Partei den völligen Anschluß an den norddeutschen Bund. Als unerwarteter Genosse trat ihr die der Regierung nahestehende liberale Partei zur Seite. Dieselbe sprach sich auf Antrag Sarweys für Eintritt in den Bund und entschiedene Änderung des Heerwesens nach dem Muster Preußens aus (24. April). Gegen den ersteren hatte sich besonders der Minister von Neurath gesträubt, gegen die letztere von Hardegg; beide mußten am 27. April vom Amte abtreten. Den Ausschlag hatte die Vorlegung eines Milizentwurfs durch Hardegg gegeben, der nur 6 Jahre Dienstzeit mit jährlich zweimonatlicher Einberufung in Aussicht nahm. Der König hatte ohne Wissen des Kriegsministers sich wieder an Suckow um Rat gewandt, der den Entwurf gründlich verurteilte. Hardegg hörte auch diesmal von dem über ihn beigezogenen Begutachter

Digitized by Google

und nahm seinen Abschied. An Neuraths Stelle trat Obertribunalrat von Mittnacht, an diejenige Hardeggs der von Suckow empfohlene Oberst von Wagner. Der letztere war überzeugt, mit der zweijährigen Präsenz auskommen zu können und hatte wegen der Haltung des Landtags Bedenken gegen die Einführung des Zündnadelgewehrs. Da aber Frankreich wegen Luxemburgs mit Krieg drohte, ließ er sich doch durch Suckow zur Annahme des Gewehrs bestimmen. Es wurde samt der Munition von Preußen geliefert. Damit war die Annahme der preußischen Exerzierart gegeben.

Kaum war die Luxemburger Frage zur Ruhe gekommen, so wurde von preußischer Seite eine andere aufgerollt, die zur Festigung im Innern zu dienen bestimmt war, die des Zollvereins. Preußen kündigte denselben auf Ende des Jahrs, um eine dauerhaftere Neuordnung zu ermöglichen. Varnbüler ging selbst nach Berlin und trat einem vorläufigen Vertrag bei, der ein deutsches Zollparlament und die Vertretung Süddeutschlands im Zollbundesrat in Aussicht nahm (4. Juni). Am 8. Juli wurde der Vertrag selbst geschlossen, der Deutschland auf einem wichtigen Gebiete bundesstaatlich einigte und Württemberg unter 382 Mitgliedern des Zollparlaments 17 einräumte.

Wieder kam ein Rückschlag. Der Besuch Napoleons III. in Salzburg bei Kaiser Franz Joseph stärkte die Hoffnungen derjenigen, die den Anschluß an Preußen rückgängig machen wollten. Bei der Durchreise durch Stuttgart (17. August) wurde der französische Kaiser lebhaft begrüßt und sprach seine Freude darüber aus. Varnbüler erklärte ihm zwar, daß trotzdem alle Württemberger den letzten Heller und den letzten Sohn hergeben würden, wenn es sich um einen Krieg mit Frankreich handelte. Dennoch sah sich Preußen durch die Stimmung des Landes veranlaßt, mit Auflösung des Zollvereins zu drohen, wenn bis 31. Oktober nicht alle Zweifel am Festhalten an dem Bündnisvertrag gehoben seien, da beide untrennbar zusammengehören. Nur ein Weitergehen stellte es freiem Ermessen anheim. Die Parteien veranstalteten Versammlungen. Die Volkspartei verwarf das Schutzbündnis und den Zollvereinsvertrag als Schritte zum Aufgehen Süddeutschlands in Preußen; die deutsche Partei hielt ebenso entschieden an der Annahme fest. Damals zuerst wagte ein Redner, es war Robert Römer, ein Hoch auf Bismarck auszubringen. Dagegen erhob Moriz Mohl einen langen Mahnruf vor den äußersten Gefahren, in dem er auseinandersetzte, in welch wilde Barbarei das herrliche Württemberg versinken würde, wenn es sich dem schädlichen Preußen in die Arme würfe.

Digitized by Google

Die entschiedene Stellungnahme der Handelskammern zu Gunsten des Zollvereinsvertrags, das offene Eintreten des Königs auch für das Bündnis verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 29. Oktober beriet die zweite Kammer über das letztere. Die staatsrechtliche Kommission beantragte mit 5 gegen 3 Stimmen die Verwerfung und erklärte Zweidrittelmehrheit für notwendig, da die Verfassung berührt werde. Justizminister von Mittnacht erörterte die Befugnis des Königs, einen solchen Vertrag abzuschließen, da er Ausfluß des Rechts sei, über Krieg und Frieden zu bestimmen, und wandte sich an das deutsche Gefühl der Kammer. „Würde in einem Kriege mit Frankreich", so rief er ihr zu, „eine Schlacht verloren und wir wären nicht dabei gewesen, die Schamröte müßte uns ewig auf den Wangen brennen. Und würde die Schlacht gewonnen und wir wären nicht dabei gewesen, wir hätten zu existieren aufgehört." Dann trat Freiherr von Varnbüler in stolzer Haltung vor die Kammer. Nachdem die Geschichte gesprochen, habe er nicht das Bedürfnis, den Wechsel in seiner persönlichen Anschauung zu entschuldigen. Wer sich nicht auf den Boden der Thatsachen stelle, sei ein unpraktischer Träumer. Nun sei aber der Anschluß an Östreich oder gar an Frankreich, die Bildung eines Südbunds wie die dauernde Vereinzelung Württembergs unmöglich; darum bleibe nichts übrig, als sich an Preußen anzulehnen. Den Vorhalt, daß die unbedingte Zusage der Bundeshilfe das Kronrecht des eigenen Königs verletze und daß das Land mit einer drückenden Militärlast bedroht werde, wies er mit der erneuten Behauptung zurück, daß der Regierung in jedem Falle das Recht der Prüfung zustehe und daß der Bündnisvertrag als solcher Württemberg nicht zur Erhaltung eines starken Heeres zwinge. Durch diese ziemlich bedenklichen Behauptungen gelang es ihm wirklich, die Kammer dahin zu bestimmen, für den Vertrag die Zweidrittelsmehrheit für unnötig zu erklären. Damit war sein Sieg entschieden, um so mehr als auch der bayrische Reichsrat seine Bedenken aufgegeben hatte; mit 58 gegen 32 Stimmen erfolgte am 30. Oktober die Annahme. Am 31. gab der Zollvereinsvertrag noch einmal Anlaß, die Klingen zu kreuzen. Doch war der Streit weniger erbittert, obgleich jener von deutschparteilicher Seite als der erste Schritt zum Eintritt in den norddeutschen Bund bezeichnet wurde. Der Vertrag wurde zwar als Verfassungsänderung anerkannt, erhielt aber 73 Stimmen gegen 16. Die Kammer der Standesherren billigte das Bündnis mit 23 gegen 6, den Zollverein mit allen Stimmen.

Sofort zog die deutsche Partei ihre Folgerungen aus der neuen Lage. Am 10. Dezember stellte sie in der Kammer den Antrag, die geplante Ge-

Digitized by Google

richtsverfassung zu verschieben, bis die deutsche Zivilprozeßordnung fertig sei. Justizminister von Mittnacht sprach sich mit Erfolg für selbständiges Vorgehen aus. Am folgenden Tag schlug Hölder vor, die auswärtige Vertretung den norddeutschen Gesandten zu überlassen. Freiherr von Varnbüler bekannte sich zu dem Vorsatz, jetzt, nachdem durch Genehmigung der beiden Verträge mit Preußen der nationalen Pflicht Genüge geschehen sei, über die gezogene Grenzlinie nicht hinauszugehen. Selbst wenn die Kammer der Geschichte vorgreifen wolle, würde die Regierung sich an das Land wenden und in Erwägung ziehen, ob ein solcher Schritt mit der europäischen Stellung Württembergs vereinbar sei.

Am Anfang des Jahres 1868 wurde in der Kammer das neue Kriegsdienstgesetz beraten, das Freiherr von Wagner im Anschluß an die preußischen Einrichtungen und in Übereinstimmung mit den übrigen süddeutschen Kriegsministern einbrachte. Er stellte den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht auf und verlangte 12 Jahre Dienstzeit, worunter 3 bei der Fahne. Leidenschaftlich wehrte sich die Volkspartei gegen solche Zumutung. Moriz Mohl verlangte sogar, die Kammer solle bei der Regierung Beschwerde darüber führen, daß der Kriegsminister das Zündnadelgewehr angeschafft habe, ohne in der Herstellung der Patronen von Preußen unabhängig zu sein. Trotzdem ging das Gesetz, für das der König persönlich entschiedene Stellung nahm, samt dem neuen Kontingentgesetz und dem Militäretat mit kleiner Mehrheit durch. Man erkannte damit an, daß Württembergs politische und militärische Bedeutung sonst zu gering wäre.

Der Landtag wurde am 20. Februar geschlossen. Er hatte außer den berührten Angelegenheiten eine Reihe innerpolitischer erledigt. Nachdem seit Jahren eine Änderung der Verfassung in Aussicht genommen gewesen war, legte die Regierung am 18. Dezember 1867 einen Verfassungsentwurf vor. Sie erklärte ein Rückgreifen auf das Gesetz vom 1. Juli 1849, das immer noch als giltig behauptet worden war, für unmöglich. Der Entwurf räumte der Kammer das Recht des freien Anbringens ein und änderte die Zusammensetzung des Landtags. Die erste Kammer umfaßte die Prinzen und Standesherren, deren Stellvertretungsrecht übrigens beschränkt wurde, einen Vertreter der Universität, den katholischen Landesbischof und 2 evangelische Prälaten, Vertreter der größeren Städte, dazu 8 von den Kreisversammlungen gewählte und 10 vom König auf die Dauer einer Wahlperiode ernannte Mitglieder. Die zweite Kammer sollte bestehen aus je einem durch allgemeines, unmittelbares und geheimes Stimmrecht gewählten Abgeordneten der Oberämter, 24 Vertretern der

Digitized by Google

mindestens 100 Gulden unmittelbare Staatssteuer bezahlenden Bürger, 4 von der Landessynode, 1 durch das Domkapitel und 1 durch sämtliche Landkapitel gewählten Geistlichen. Die Kammer beschränkte sich, namentlich mit Rücksicht auf die kurzbemessene Zeit, auf die Abänderung des Wahlgesetzes und bat die Regierung um möglichst baldige Vorlegung weiterer Vorschläge. Durch Gesetz vom 28. März 1868 wurde die Wahl für die zweite Kammer nach dem Entwurf geregelt.

Auch die schon länger angebahnte Verbesserung des gerichtlichen Verfahrens durch neue Prozeßordnungen und eine Gerichtsorganisation mit 8 Kreisgerichtshöfen und der Einführung des Schöffeninstituts bei Strafsachen wurde 1868 verabschiedet. Auf kirchlichem Gebiete erhielt die evangelische Kirche die schon lange gewünschte Einrichtung der Landessynode (20. Dezember 1867), allerdings zunächst mit so beschränkter Zuständigkeit, daß sie sich noch kein Ansehen erwerben konnte. Das Einvernehmen des Staates mit der katholischen Kirche wurde nur vorübergehend getrübt durch die Zettelungen, die der Leiter des Priesterseminars, Mast, gegen den milden Bischof Lipp anstellte. Das Schulwesen erfreute sich reger Aufmerksamkeit des Ministers Golther. Das Verkehrswesen, besonders der Eisenbahnbau, hatte in Varnbüler einen eifrigen und sachkundigen Förderer.

Der Streit über das Verhältnis Württembergs zu Preußen entbrannte zur größten Leidenschaftlichkeit durch die Wahlen zum Zollparlament. Die Regierung wachte darüber, daß der in diesem enthaltene Ansatz zu einem allgemein politischen Körper sich nicht fortentwickle. Die Einflüsse, die sie dazu veranlaßten, gingen, wie man annahm, besonders vom Hof aus. Schon auf die, auch von den Ministern unterzeichnete, Erklärung badischer Kammermitglieder, welche die Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments auf Freizügigkeit, Heimatsverhältnisse, Kolonisation, Handels- und Wechselrecht, Maß, Münze und Gewicht, Verkehrswesen u. a. forderte, hatte der amtliche Staatsanzeiger bemerkt, daß das alles eben durch den Zollverein ausgeschlossen sei. Zwar war hinzugefügt, daß sich wohl andere Mittel und Wege finden würden, um durch freie Vereinbarung solche berechtigte Forderungen des nationalen Gedankens durchzusetzen; aber das öffentliche Ohr hörte nur das Nein. Das Wort, daß das Zollparlament nicht zum Vollparlament werden dürfe, wurde zum Schlachtruf in der Wahlbewegung. Eine Zeit lang hatte es geschienen, als ob die vorherrschende Volkspartei sich überhaupt nicht in den Kampf einmischen wolle; sie hatte Wahlenthaltung empfohlen, da ihr das Zoll-

Digitized by Google

parlament überhaupt ein Dorn im Auge war. Als aber die Regierung sich veranlaßt sah, die deutsche Partei wegen ihres Drängens auf das „Vollparlament" zu bekämpfen, fand sie in der Volkspartei bereitwillige Bundesgenossen. Wahrhaft schreckenerregende Bilder von dem Unheil, das ein Anschluß an Norddeutschland über Württemberg brächte, machten dem Volke Angst; das berühmte „Steuerzahlen, Soldatwerden, Maulhalten" hat damals zuerst seine Rolle gespielt. Die Folge war, daß außer 6 Mitgliedern der Regierungspartei nur demokratische und großdeutsche Abgeordnete in das Zollparlament gewählt wurden. In diesem hat der Württemberger Probst durch einen Hinweis auf Frankreich Bismarcks Antwort hervorgerufen, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde. Unter den württembergischen Vertretern im Zollbundesrat war Freiherr Joseph von Linden. Er erkannte jetzt in dem neuen Zollverein eine heilsame Eindämmung des selbstsüchtigen Partikularismus, der so oft mit dem Gesamtinteresse in Widerspruch geraten sei.

Der Regierung waren die Bundesgenossen bei den Zollparlamentswahlen selbst lästig geworden; Varnbüler war sogar die völlige Niederlage der deutschen Partei nicht angenehm. Der Staatsanzeiger sprach das Bedauern aus, daß in der Heftigkeit der Wahlagitation da und dort Äußerungen der Feindseligkeit gegen Preußen und den Nordbund hervorgetreten seien. Der preußenfreundliche Adjutant des Kriegsministers, Suckow, bekam den Auftrag, nach Berlin zu reisen, um sich über „Mobilmachung und Verwandtes" zu besprechen. Moltke war sehr zurückhaltend, da er an der Kraft und dem guten Willen Württembergs zweifelte; doch gelang es Suckow, ihn wenigstens von der Ehrlichkeit und Sachlichkeit seiner persönlichen Auffassung zu überzeugen. Sie verabredeten, daß im Falle eines Einfalls der Franzosen in Süddeutschland die württembergischen Truppen sich bei Heilbronn und, wenn nötig, bei Würzburg zusammenziehen sollten, um die Vereinigung mit den Norddeutschen leichter zu gewinnen. Bismarck sprach sich für bloßes Zuwarten dem Süden gegenüber aus; wenn dieser keine nähere Verbindung wolle, werde ihn Preußen nicht zwingen.

Als die Landtagswahlen herannahten, brach die Regierung offen mit der Volkspartei. Ging die letztere doch auch immer weiter mit ihren Forderungen. Es war nicht mehr bloß Südbund und Volksmiliz, Aufhebung der Verträge mit Preußen, Abschaffung der ersten Kammer, was sie verlangte. Schon sprach sie davon, daß der Südbund nur einige Kronen koste und deutete einen Anschluß an die Schweiz an. In ihr herrschte der Geist, der Karl Mayer mit seinen Freunden zum Schützenfeste nach Wien

Digitized by Google

trieb, um, freilich ohne Gegenliebe, für den Südbund und gegen die preußische Führerschaft zu wirken; der Geist, der dem Ausschusse der Partei die Feder in die Hand drückte, um nach dem Ausbruche der spanischen Revolution Spanien das Festhalten an der Republik zu empfehlen. Trotz der Absage des Ministeriums verschafften die Wahlen vom 8. Juli 1868 den Volksparteilern und Großdeutschen die Hälfte der Sitze. In der auf die Thronrede im Dezember beratenen Adresse kam wieder das Verlangen nach dem Südbund zum Ausdruck; zugleich sollte dem Ministerium das Mißtrauen der Kammer ausgesprochen werden. Durch einen geschickten Antrag des späteren Ministers Sick wurde aber auch eine gewisse Anerkennung der Verträge mit Preußen aufgenommen. Zum Schluß fiel zu großer Befriedigung der Anhänger dieser Verträge die ganze Adresse. Am 23. Dezember wurde die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Für und wider das Kriegsdienstgesetz tobte der Kampf der Parteien weiter. Die Gegner desselben wurden bestärkt durch Hinweise aus Wien, die an den Prager Frieden und den darin begriffenen Südbund erinnerten. Dazu kam 1869 noch die Schrift des früheren sächsischen Offiziers Arcolay, der zu großer Befriedigung der Volkspartei in der Anlehnung an Preußen den sicheren Untergang durch den nächsten Krieg vor Augen malte. Suckow erwiderte mit einer Schrift: „Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet", in der er ausführte, daß die Kriegsgefahr nur in der Hoffnung auf den Abfall Süddeutschlands von der nationalen Sache liege. König Karl billigte die Schrift und veranlaßte, um seine Gesinnung aufs Neue zu bekunden, daß der Thronfolger, Prinz Wilhelm, in das preußische Heer eintrat. Sonst verhallte die Stimme des Warners im Lande fast wirkungslos. In Berlin blieb man in abwartender Haltung, so daß nicht einmal das willige Baden in den norddeutschen Bund aufgenommen wurde, um jeden Schein von Druck auf den Süden zu vermeiden.

Der bevorstehende Zusammentritt der Kammer erhöhte noch die Lebhaftigkeit der Umtriebe gegen das Kriegsdienstgesetz. Am 6. Januar 1870 beschloß die Volkspartei, dasselbe durch einen Adressensturm zu Fall zu bringen. In allen Ämtern sollten Unterschriften gesammelt und durch besondere Abgesandte an einem Tage der Kammer vorgelegt werden. Wirklich wurden gegen 150 000 Unterschriften aufgebracht. Gleich nach der am 11. März erfolgten Eröffnung der Kammer erklärten Volkspartei und Großdeutsche, daß in den militärischen Einrichtungen durch Herabsetzung der Präsenzzeit und Ersparnisse Änderungen dringend geboten seien. Jene wandte sich offen gegen das Militärwesen überhaupt, diese schoben die Not-

Digitized by Google

wendigkeit der Ersparnisse in den Vordergrund. Es kam sofort zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Führern der Volkspartei und den Ministern. Die letzteren sahen sich veranlaßt, noch ehe die Massenadresse einlief, eine Herabsetzung des Militäretats in Erwägung zu ziehen. Da Freiherr von Wagner sich nicht darauf einlassen wollte, legte er sein Amt nieder (18. März). Am 21. März bot das Gesamtministerium seine Entlassung an; der König gewährte sie außer dem Minister des Kriegs nur dem des Innern, von Geßler, und dem des Kults, von Golther, und ernannte dafür von Suckow, von Scheurlen und Th. von Geßler (23. März). Diese Wendung der Dinge brachte der Volkspartei und den Großdeutschen eine starke Enttäuschung. Wohl war zu erwarten, daß im Militäretat einige Abstriche erfolgen würden. Dafür aber war der an die Spitze des Kriegsministeriums berufene Suckow als Preußenfreund verhaßt und der einzige großdeutsche Minister, Golther, der die Mitglieder der deutschen Partei nach Möglichkeit bedrückt hatte, beseitigt. Man bezeichnete das Ministerium als „Regierung der Energie", von der anzunehmen war, daß sie jedem Angriff auf die Verträge mit Preußen schroff entgegentreten würde.

Noch während der Ministerkrisis hatte Varnbüler auf eine volksparteiliche Interpellation wegen seiner Auffassung von dem Recht, den Bündnisfall zu prüfen, geantwortet. Sigmund Schott behauptete, daß die Kammer den Vertrag wieder aufheben könne, da bei der Abstimmung über denselben eine falsche Voraussetzung geherrscht habe. Drohend erwiderte der Minister, er solle einmal den Versuch machen. Nach der Neubildung des Ministeriums wurde die Kammer sofort vertagt; der vorgelegte Hauptfinanzetat wurde zurückgezogen (24. März). Daß aber die Regierung thatsächlich Energie zu entfalten gewillt war, zeigte ein Erlaß des Ministers des Innern an seine Beamten, in dem er zwar solche Ersparnisse im Kriegsdepartement in Aussicht stellte, unter welchen die Kriegstüchtigkeit des Heeres nicht notleide, in dem er aber die Anweisung gab, der Beunruhigung des Volkes entgegenzuwirken, und die Erklärung beifügte, daß die Regierung an dem Bündnisvertrag unverbrüchlich festhalte. Auch eine öffentliche Ansprache des gesamten Ministeriums vom 28. März redete von einzelnen Erleichterungen des Kriegsdienstgesetzes und Verminderung des Heeresaufwands, verwarf aber das Milizsystem und verwahrte sich gegen jedes Rütteln an den Verträgen mit Preußen. Suckow war denn auch bereit, seine Forderungen um $^1/_2$ Million zu ermäßigen, indem er ein Jägerbataillon und eine Schwadron auflösen und die halbberittene Artillerie in

Digitized by Google

eine fahrende umwandeln wollte. Von der preußischen Organisation selbst ließ er nicht. Die Aufregung im Lande wurde wieder angefacht; der ständische Ausschuß bezeichnete die Abstriche der Regierung als ungenügend (1. Juni). Wohl mehrten sich auch die Anhänger Preußens; ein Teil der Ritterschaft machte offen mit ihnen Gemeinschaft. Aber der Ausgang des Kampfes war noch unentschieden, als ein neuer Sturm in die Zeit fuhr, der den Widerstand wegfegte.

Der Krieg mit Frankreich drohte auszubrechen. Einst hatte Napoleon III. sich geäußert, die französischen Kanonen werden von selbst losgehen, wenn Bismarck den deutschen Süden in den Nordbund hineinziehe. Jetzt, da die Kanonen drohend gerichtet waren, durchzuckte den Süden die Erkenntnis, daß der Krieg Alldeutschlands Unabhängigkeit gelte, und die scheu oder grollend bei Seite stehen wollten, wurden mitgerissen. Bis zum Verzicht des Prinzen Hohenzollern schien es wahrscheinlich, daß Württemberg mit dem ganzen Süden neutral bleiben würde. Als aber Frankreich sich dann noch nicht zufrieden gab, erklärte Varnbüler schon am 13. Juli dem französischen Gesandten St. Vallier, daß dadurch der Krieg zu einem nationalen werde. Preußen erhielt auf Anfrage die Antwort, daß Württemberg in 15 Tagen mit 23 000 Mann marschbereit sein könne. In heller Begeisterung verlangten zahlreiche Volksversammlungen, in denen die Parteiunterschiede zurücktraten, daß die Regierung mit allen Mitteln und auf alle Gefahr zur deutschen Sache halte. In der Frühe des 17. kehrte König Karl, der sich gerade im Engadin aufgehalten hatte, nach Stuttgart zurück. Der Widerstand einer einflußreichen Hofpartei, die den Bündnisfall nicht als gegeben anerkannte, wurde überwunden; der Befehl zur Mobilmachung erfolgte. An demselben Tag eilte Varnbüler nach München, um mit dem leitenden bayrischen Minister über die den Kammern gegenüber einzuschlagende Haltung Rücksprache zu nehmen. Die württembergische wurde auf 21. einberufen. Da inzwischen die bayrische die geforderten Summen zu Rüstungen bewilligt hatte, mußten sich auch die Kriegsgegner in Stuttgart, 38 an der Zahl, mit der Verwahrung begnügen, daß nicht die Veranlassung des ausgebrochenen Krieges, in dem sie nur eine Folge des Werkes von 1866 erblicken, sondern einzig die Rücksicht auf die bedrohte Unversehrtheit des deutschen Gebiets und die Solidarität der deutschen Völkerschaften ihre Zustimmung veranlassen; zugleich gaben sie dem Schmerze Ausdruck, daß in diesem Augenblick schwerer Prüfung für seine Unversehrtheit nicht mehr das ganze Deutschland einstehe. Nur ein einziger Abgeordneter stimmt mit Nein (22. Juli). Sofort wurde die Kammer vertagt. Jetzt erst stellte Varn-

Digitized by Google

büler dem französischen Gesandten, den er im Einvernehmen mit Bismarck so lange hingehalten hatte, die Pässe zu.

Es war Suckows Verdienst, daß die Mobilmachung der württembergischen Division schon am 26. vollendet war [1]). 21 740 Mann marschierten ins Feld, während 15 440 im Lande stehen blieben. Am 28. war der Aufmarsch bei Bruchsal vollendet; eine Reiterbrigade, die schon vorher sich mit den Badensern vereinigt hatte, kehrte zu der Division zurück; am 30. hielt König Karl die letzte Musterung ab. Die Württemberger wurden der 3. Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen zugeteilt, der auf der Durchreise im Lande mit Jubel empfangen wurde. Seinem Hauptquartier schlossen sich der Thronfolger, Prinz Wilhelm, und Herzog Eugen von Württemberg an. Ein Regiment unter Oberst Seubert wußte auf dem südlichen Schwarzwald und am Oberrhein den Schein zu erwecken, als ob ein großes Heer sich hier bewegte, so daß die Franzosen im oberen Elsaß nicht nur keinen Übergang wagten, sondern aus Furcht vor einem solchen durch die Deutschen sich nicht mit Mac Mahon vereinigten. Die Division selbst stand auf dem linken Flügel jener Armee, als am 4. August den Vormarsch begann. In der Frühe wurde bei Maxau unter den Klängen der Wacht am Rhein der Strom überschritten; bald war der Donner der Kanonen von Weißenburg her vernehmlich. Als die Württemberger am 6. gegen Hagenau vorrückten, hatte sich die Schlacht bei Wörth entsponnen. 5 Schwadronen, 1 Jägerbataillon und 2 Batterieen wurden sofort nach Gunstett vorgeschickt; die 2. Brigade folgte nach, zuletzt die ganze Division. Sie sollte Reichshofen besetzen und den Franzosen den Rückzug abschneiden. In den Kampf kamen nur noch das Jägerbataillon und ein Teil des 2. Infanterieregiments, die Fröschweiler stürmen halfen; Reiter und Geschütze beteiligten sich mit großem Erfolg an der Verfolgung des Feindes. Der Gesamtverlust der Württemberger betrug 17 Offiziere und 339 Mann. Da am 7. August die Badenser unter Werder gegen Straßburg rückten, wurde der Verband mit ihnen aufgelöst; die Württemberger wurden dem 5. Korps zugewiesen. Weiter ging der Marsch durch die Vogesen. Am 10. fiel die Feste Lichtenberg, die von 2 Jägerbataillonen, $^1/_2$ Schwadron und 2 Batterieen angegriffen war. Die Division nahm an dem Rechtsabmarsch gegen Sedan teil. Am 1. September bezog sie Stellung gegen Mezieres, um ein Ausbrechen der Besatzung gegen Sedan zu verhindern. Gegen Mittag stand sie als Reserve des linken Flügels der ganzen deutschen

1) Zum Folgenden vgl. namentlich Osterberg, Anteil der K. Württembergischen Felddivision am Kriege 1870/71 in Württ. Jahrbücher 1889, Heft 3.

Digitized by Google

Armee bei Donchery und überblickte von hier aus das Schlachtfeld. 3 Batterien konnten noch einige Schüsse gegen Sedan abgeben, ehe die weiße Fahne emporstieg. Ein Bataillon hatte dann die Ehre, die Wache für Bismarck und Moltke in Donchery zu stellen. Groß war die Freude, als gegen Abend des 2. September König Wilhelm von Preußen mit seinem Sohne, mit dem württembergischen Thronfolger, mit Bismarck und Moltke das Biwak der Division beritt. Auf dem wieder aufgenommenen Vormarsch nach Paris hatten die Württemberger in Rheims längeren Aufenthalt zur Sicherung des großen Hauptquartiers. Am 17. September bezogen sie ihre Stellung vor Paris. Dieselbe erstreckte sich von Ormesson über Noisy le grand, Villiers, Bry, Champigny nach Coeuilly. In der Stellung selbst kam es nur zu einem Vorpostengefecht (21. Oktober), während ausgeschickte Beitreibungsabteilungen mancherlei Kämpfe zu bestehen hatten, den bedeutendsten am 24. Oktober bei Nogent sur Seine, das gegen einige tausend Mobilgardisten erstürmt werden mußte. Nach kurzer Unterstellung unter den Großherzog von Mecklenburg kam die Division mit 3 andern unter den Befehl des Generals von Fransecky, bald unter den Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen. Ihre Linie wurde bis an die Seine nach La Folie ausgedehnt, so daß sie wohl die dem feindlichen Feuer am meisten ausgesetzte Stellung um ganz Paris einnahm. Am 27. November fand wieder ein Vorpostengefecht, bei Bonneuil, statt. Es war die Einleitung zu heftigen Kämpfen. Schon am 29. wurde ein größerer Ausfall der Franzosen erwartet und daher Unterstützung herangezogen. In der Frühe des 30. erfolgte eben die Ablösung der Württemberger durch Sachsen auf dem rechten Flügel bei Champigny, als die Franzosen mit großer Übermacht heranstürmten. Bei Mont Mesly, wo General Obernitz den Hauptangriff erwartete, trat dieser ihnen selbst entgegen. Die dort stehenden Kompagnieen des 2. und 3. Regiments mußten weichen; doch gelang es, die befestigte Höhe wieder zu nehmen. Der Hauptangriff fand aber nicht hier, sondern gegen Villiers statt. Die kaum eingerichteten Sachsen wurden aus Champigny vertrieben. Die erste württembergische Brigade, die hinter ihnen bei Villiers stand, hielt unter General Reitzensteins tapferer Führung den dortigen Park. Todesmutig machte sie Vorstöße, um dem Feinde die Schwäche ihrer Hilfskräfte zu verhüllen. Das 1. Regiment verlor dabei den kühnen Oberst Berger mit der Mehrzahl der Offiziere und 300 Mann und mußte sich in den Park von Coeuilly zurückziehen. Hin und her wogte die Schlacht, namentlich am Jägerhof und bei den Kiesgruben. Zuletzt erfolgte durch frische französische Truppen ein neuer Angriff von Norden

Digitized by Google

her über Bry, während die andern zugleich wieder vordrangen. Unerschütterlich hielten die Württemberger mit den sächsischen Brüdern Stand, bis die Dunkelheit dem Kampf ein Ende machte. 35 Offiziere und 805 Mann kostete die Brigade das blutige Ringen. Am 1. Dezember kam preußische Hilfe herbei. Die Franzosen, wenn auch schon ohne Hoffnung weiter vorzudringen, hielten den gewonnenen Boden fest und befestigten sich namentlich in Champigny. An demselben Tag kam, obwohl die verfügbare Mannschaft viel zu schwach war, der Befehl, Bry und Champigny wieder zu nehmen. In der Morgendämmerung des 2. Dezember überfiel das 7. württembergische Regiment mit dem 2. Jägerbataillon Champigny. Ein heftiger Straßenkampf entbrannte, in dem die Jäger bald zusammengeschmolzen waren. Herbeieilende Hilfe ermöglichte, wenigstens die Hälfte des Dorfes festzuhalten. Gleichzeitig hatten die Sachsen Bry gestürmt, das aber wieder verloren ging. Hier vorbrechende Franzosen wurden durch das 1. Regiment unter Reitzenstein selbst im Park von Villiers zurückgewiesen. Als sie aus dem wiedereroberten Ort nochmals heranrückten, zerschellten sie an dem Schnellfeuer des Regiments, das der kaltblütige Major Haldenwang leitete. Noch einmal wagten sie hier einen Anlauf; dann verzichteten sie auf einen weiteren Durchbruchsversuch. Die Hälfte von Champigny, das ganze Bry blieb in ihren Händen. Die württembergische Brigade hatte wieder 39 Offiziere und 769 Mann verloren. Dafür hatte sie einem bedeutend überlegenen Feind gegenüber die Waffenehre glänzend gerettet. Während des folgenden Tags zog das französische Heer sich mutlos über die Marne zurück.

Noch zwei kleinere Vorpostengefechte hatten die Württemberger zu bestehen. Die am 27. Dezember eröffnete Beschießung von Paris brachte auch ihnen viele Erleichterungen im Dienste. 2 Festungsbatterieen hatten vor Straßburg, dieselben nebst einer Geniekompagnie vor Belfort mitgefochten. Als am 18. Januar 1871 dem König Wilhelm von Preußen zu Versailles die deutsche Kaiserkrone übertragen wurde, durften außer dem Thronfolger noch einige Württemberger Zeugen des großen Ereignisses sein. Nachdem Paris gefallen war, sollten 7 000 von ihnen aus allen Heeresteilen mit in Paris einziehen. Die rasche Annahme der Friedenspräliminarien durch Frankreich vereitelte die Hoffnung. König Karl kam selbst, seine tapferen Truppen zu besichtigen; der neue Kaiser hielt auf dem Felde, da sie sich blutige Lorbeeren geholt, über sie die Heerschau. Im Juni endlich konnten sie nach Hause ziehen. Im Ganzen hatten von Württembergern 29 410 Mann und 823 Offiziere die französische Grenze überschritten. Ihr Verlust betrug 2613 Mann, worunter 650, und 119 Offiziere, worunter 37 Tote. Am

Digitized by Google

mindestens 100 Gulden unmittelbare Staatssteuer bezahlenden Bürger, 4 von der Landessynode, 1 durch das Domkapitel und 1 durch sämtliche Landkapitel gewählten Geistlichen. Die Kammer beschränkte sich, namentlich mit Rücksicht auf die kurzbemessene Zeit, auf die Abänderung des Wahlgesetzes und bat die Regierung um möglichst baldige Vorlegung weiterer Vorschläge. Durch Gesetz vom 28. März 1868 wurde die Wahl für die zweite Kammer nach dem Entwurf geregelt.

Auch die schon länger angebahnte Verbesserung des gerichtlichen Verfahrens durch neue Prozeßordnungen und eine Gerichtsorganisation mit 8 Kreisgerichtshöfen und der Einführung des Schöffeninstituts bei Strafsachen wurde 1868 verabschiedet. Auf kirchlichem Gebiete erhielt die evangelische Kirche die schon lange gewünschte Einrichtung der Landessynode (20. Dezember 1867), allerdings zunächst mit so beschränkter Zuständigkeit, daß sie sich noch kein Ansehen erwerben konnte. Das Einvernehmen des Staates mit der katholischen Kirche wurde nur vorübergehend getrübt durch die Zettelungen, die der Leiter des Priesterseminars, Mast, gegen den milden Bischof Lipp anstellte. Das Schulwesen erfreute sich reger Aufmerksamkeit des Ministers Golther. Das Verkehrswesen, besonders der Eisenbahnbau, hatte in Varnbüler einen eifrigen und sachkundigen Förderer.

Der Streit über das Verhältnis Württembergs zu Preußen entbrannte zur größten Leidenschaftlichkeit durch die Wahlen zum Zollparlament. Die Regierung wachte darüber, daß der in diesem enthaltene Ansatz zu einem allgemein politischen Körper sich nicht fortentwickle. Die Einflüsse, die sie dazu veranlaßten, gingen, wie man annahm, besonders vom Hof aus. Schon auf die, auch von den Ministern unterzeichnete, Erklärung badischer Kammermitglieder, welche die Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments auf Freizügigkeit, Heimatsverhältnisse, Kolonisation, Handels- und Wechselrecht, Maß, Münze und Gewicht, Verkehrswesen u. a. forderte, hatte der amtliche Staatsanzeiger bemerkt, daß das alles eben durch den Zollverein ausgeschlossen sei. Zwar war hinzugefügt, daß sich wohl andere Mittel und Wege finden würden, um durch freie Vereinbarung solche berechtigte Forderungen des nationalen Gedankens durchzusetzen; aber das öffentliche Ohr hörte nur das Nein. Das Wort, daß das Zollparlament nicht zum Vollparlament werden dürfe, wurde zum Schlachtruf in der Wahlbewegung. Eine Zeit lang hatte es geschienen, als ob die vorherrschende Volkspartei sich überhaupt nicht in den Kampf einmischen wolle; sie hatte Wahlenthaltung empfohlen, da ihr das Zoll-

Digitized by Google

parlament überhaupt ein Dorn im Auge war. Als aber die Regierung sich veranlaßt sah, die deutsche Partei wegen ihres Drängens auf das „Vollparlament" zu bekämpfen, fand sie in der Volkspartei bereitwillige Bundesgenossen. Wahrhaft schreckenerregende Bilder von dem Unheil, das ein Anschluß an Norddeutschland über Württemberg brächte, machten dem Volke Angst; das berühmte „Steuerzahlen, Soldatwerden, Maulhalten" hat damals zuerst seine Rolle gespielt. Die Folge war, daß außer 6 Mitgliedern der Regierungspartei nur demokratische und großdeutsche Abgeordnete in das Zollparlament gewählt wurden. In diesem hat der Württemberger Probst durch einen Hinweis auf Frankreich Bismarcks Antwort hervorgerufen, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde. Unter den württembergischen Vertretern im Zollbundesrat war Freiherr Joseph von Linden. Er erkannte jetzt in dem neuen Zollverein eine heilsame Eindämmung des selbstsüchtigen Partikularismus, der so oft mit dem Gesamtinteresse in Widerspruch geraten sei.

Der Regierung waren die Bundesgenossen bei den Zollparlamentswahlen selbst lästig geworden; Varnbüler war sogar die völlige Niederlage der deutschen Partei nicht angenehm. Der Staatsanzeiger sprach das Bedauern aus, daß in der Heftigkeit der Wahlagitation da und dort Äußerungen der Feindseligkeit gegen Preußen und den Nordbund hervorgetreten seien. Der preußenfreundliche Adjutant des Kriegsministers, Suckow, bekam den Auftrag, nach Berlin zu reisen, um sich über „Mobilmachung und Verwandtes" zu besprechen. Moltke war sehr zurückhaltend, da er an der Kraft und dem guten Willen Württembergs zweifelte; doch gelang es Suckow, ihn wenigstens von der Ehrlichkeit und Sachlichkeit seiner persönlichen Auffassung zu überzeugen. Sie verabredeten, daß im Falle eines Einfalls der Franzosen in Süddeutschland die württembergischen Truppen sich bei Heilbronn und, wenn nötig, bei Würzburg zusammenziehen sollten, um die Vereinigung mit den Norddeutschen leichter zu gewinnen. Bismarck sprach sich für bloßes Zuwarten dem Süden gegenüber aus; wenn dieser keine nähere Verbindung wolle, werde ihn Preußen nicht zwingen.

Als die Landtagswahlen herannahten, brach die Regierung offen mit der Volkspartei. Ging die letztere doch auch immer weiter mit ihren Forderungen. Es war nicht mehr bloß Südbund und Volksmiliz, Aufhebung der Verträge mit Preußen, Abschaffung der ersten Kammer, was sie verlangte. Schon sprach sie davon, daß der Südbund nur einige Kronen koste und deutete einen Anschluß an die Schweiz an. In ihr herrschte der Geist, der Karl Mayer mit seinen Freunden zum Schützenfeste nach Wien

Digitized by Google

trieb, um, freilich ohne Gegenliebe, für den Südbund und gegen die preußische Führerschaft zu wirken; der Geist, der dem Ausschusse der Partei die Feder in die Hand drückte, um nach dem Ausbruche der spanischen Revolution Spanien das Festhalten an der Republik zu empfehlen. Trotz der Absage des Ministeriums verschafften die Wahlen vom 8. Juli 1868 den Volksparteilern und Großdeutschen die Hälfte der Sitze. In der auf die Thronrede im Dezember beratenen Adresse kam wieder das Verlangen nach dem Südbund zum Ausdruck; zugleich sollte dem Ministerium das Mißtrauen der Kammer ausgesprochen werden. Durch einen geschickten Antrag des späteren Ministers Sick wurde aber auch eine gewisse Anerkennung der Verträge mit Preußen aufgenommen. Zum Schluß fiel zu großer Befriedigung der Anhänger dieser Verträge die ganze Adresse. Am 23. Dezember wurde die Kammer auf unbestimmte Zeit vertagt.

Für und wider das Kriegsdienstgesetz tobte der Kampf der Parteien weiter. Die Gegner desselben wurden bestärkt durch Hinweise aus Wien, die an den Prager Frieden und den darin begriffenen Südbund erinnerten. Dazu kam 1869 noch die Schrift des früheren sächsischen Offiziers Arcolay, der zu großer Befriedigung der Volkspartei in der Anlehnung an Preußen den sicheren Untergang durch den nächsten Krieg vor Augen malte. Suckow erwiderte mit einer Schrift: „Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet", in der er ausführte, daß die Kriegsgefahr nur in der Hoffnung auf den Abfall Süddeutschlands von der nationalen Sache liege. König Karl billigte die Schrift und veranlaßte, um seine Gesinnung aufs Neue zu bekunden, daß der Thronfolger, Prinz Wilhelm, in das preußische Heer eintrat. Sonst verhallte die Stimme des Warners im Lande fast wirkungslos. In Berlin blieb man in abwartender Haltung, so daß nicht einmal das willige Baden in den norddeutschen Bund aufgenommen wurde, um jeden Schein von Druck auf den Süden zu vermeiden.

Der bevorstehende Zusammentritt der Kammer erhöhte noch die Lebhaftigkeit der Umtriebe gegen das Kriegsdienstgesetz. Am 6. Januar 1870 beschloß die Volkspartei, dasselbe durch einen Adressensturm zu Fall zu bringen. In allen Ämtern sollten Unterschriften gesammelt und durch besondere Abgesandte an einem Tage der Kammer vorgelegt werden. Wirklich wurden gegen 150 000 Unterschriften aufgebracht. Gleich nach der am 11. März erfolgten Eröffnung der Kammer erklärten Volkspartei und Großdeutsche, daß in den militärischen Einrichtungen durch Herabsetzung der Präsenzzeit und Ersparnisse Änderungen dringend geboten seien. Jene wandte sich offen gegen das Militärwesen überhaupt, diese schoben die Not-

Digitized by Google

wendigkeit der Ersparnisse in den Vordergrund. Es kam sofort zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Führern der Volkspartei und den Ministern. Die letzteren sahen sich veranlaßt, noch ehe die Massenadresse einlief, eine Herabsetzung des Militäretats in Erwägung zu ziehen. Da Freiherr von Wagner sich nicht darauf einlassen wollte, legte er sein Amt nieder (18. März). Am 21. März bot das Gesamtministerium seine Entlassung an; der König gewährte sie außer dem Minister des Kriegs nur dem des Innern, von Geßler, und dem des Kults, von Golther, und ernannte dafür von Suckow, von Scheurlen und Th. von Geßler (23. März). Diese Wendung der Dinge brachte der Volkspartei und den Großdeutschen eine starke Enttäuschung. Wohl war zu erwarten, daß im Militäretat einige Abstriche erfolgen würden. Dafür aber war der an die Spitze des Kriegsministeriums berufene Suckow als Preußenfreund verhaßt und der einzige großdeutsche Minister, Golther, der die Mitglieder der deutschen Partei nach Möglichkeit bedrückt hatte, beseitigt. Man bezeichnete das Ministerium als „Regierung der Energie", von der anzunehmen war, daß sie jedem Angriff auf die Verträge mit Preußen schroff entgegentreten würde.

Noch während der Ministerkrisis hatte Varnbüler auf eine volksparteiliche Interpellation wegen seiner Auffassung von dem Recht, den Bündnisfall zu prüfen, geantwortet. Sigmund Schott behauptete, daß die Kammer den Vertrag wieder aufheben könne, da bei der Abstimmung über denselben eine falsche Voraussetzung geherrscht habe. Drohend erwiderte der Minister, er solle einmal den Versuch machen. Nach der Neubildung des Ministeriums wurde die Kammer sofort vertagt; der vorgelegte Hauptfinanzetat wurde zurückgezogen (24. März). Daß aber die Regierung thatsächlich Energie zu entfalten gewillt war, zeigte ein Erlaß des Ministers des Innern an seine Beamten, in dem er zwar solche Ersparnisse im Kriegsdepartement in Aussicht stellte, unter welchen die Kriegstüchtigkeit des Heeres nicht notleide, in dem er aber die Anweisung gab, der Beunruhigung des Volkes entgegenzuwirken, und die Erklärung beifügte, daß die Regierung an dem Bündnisvertrag unverbrüchlich festhalte. Auch eine öffentliche Ansprache des gesamten Ministeriums vom 28. März redete von einzelnen Erleichterungen des Kriegsdienstgesetzes und Verminderung des Heeresaufwands, verwarf aber das Milizsystem und verwahrte sich gegen jedes Rütteln an den Verträgen mit Preußen. Suckow war denn auch bereit, seine Forderungen um $^1/_2$ Million zu ermäßigen, indem er ein Jägerbataillon und eine Schwadron auflösen und die halbberittene Artillerie in

Digitized by Google

eine fahrende umwandeln wollte. Von der preußischen Organisation selbst ließ er nicht. Die Aufregung im Lande wurde wieder angefacht; der ständische Ausschuß bezeichnete die Abstriche der Regierung als ungenügend (1. Juni). Wohl mehrten sich auch die Anhänger Preußens; ein Teil der Ritterschaft machte offen mit ihnen Gemeinschaft. Aber der Ausgang des Kampfes war noch unentschieden, als ein neuer Sturm in die Zeit fuhr, der den Widerstand wegfegte.

Der Krieg mit Frankreich drohte auszubrechen. Einst hatte Napoleon III. sich geäußert, die französischen Kanonen werden von selbst losgehen, wenn Bismarck den deutschen Süden in den Nordbund hineinziehe. Jetzt, da die Kanonen drohend gerichtet waren, durchzuckte den Süden die Erkenntnis, daß der Krieg Alldeutschlands Unabhängigkeit gelte, und die scheu oder grollend bei Seite stehen wollten, wurden mitgerissen. Bis zum Verzicht des Prinzen Hohenzollern schien es wahrscheinlich, daß Württemberg mit dem ganzen Süden neutral bleiben würde. Als aber Frankreich sich dann noch nicht zufrieden gab, erklärte Varnbüler schon am 13. Juli dem französischen Gesandten St. Vallier, daß dadurch der Krieg zu einem nationalen werde. Preußen erhielt auf Anfrage die Antwort, daß Württemberg in 15 Tagen mit 23 000 Mann marschbereit sein könne. In heller Begeisterung verlangten zahlreiche Volksversammlungen, in denen die Parteiunterschiede zurücktraten, daß die Regierung mit allen Mitteln und auf alle Gefahr zur deutschen Sache halte. In der Frühe des 17. kehrte König Karl, der sich gerade im Engadin aufgehalten hatte, nach Stuttgart zurück. Der Widerstand einer einflußreichen Hofpartei, die den Bündnisfall nicht als gegeben anerkannte, wurde überwunden; der Befehl zur Mobilmachung erfolgte. An demselben Tag eilte Varnbüler nach München, um mit dem leitenden bayrischen Minister über die den Kammern gegenüber einzuschlagende Haltung Rücksprache zu nehmen. Die württembergische wurde auf 21. einberufen. Da inzwischen die bayrische die geforderten Summen zu Rüstungen bewilligt hatte, mußten sich auch die Kriegsgegner in Stuttgart, 38 an der Zahl, mit der Verwahrung begnügen, daß nicht die Veranlassung des ausgebrochenen Krieges, in dem sie nur eine Folge des Werkes von 1866 erblicken, sondern einzig die Rücksicht auf die bedrohte Unversehrtheit des deutschen Gebiets und die Solidarität der deutschen Völkerschaften ihre Zustimmung veranlassen; zugleich gaben sie dem Schmerze Ausdruck, daß in diesem Augenblick schwerer Prüfung für seine Unversehrtheit nicht mehr das ganze Deutschland einstehe. Nur ein einziger Abgeordneter stimmt mit Nein (22. Juli). Sofort wurde die Kammer vertagt. Jetzt erst stellte Varn-

Digitized by Google

büler dem französischen Gesandten, den er im Einvernehmen mit Bismarck so lange hingehalten hatte, die Pässe zu.

Es war Suckows Verdienst, daß die Mobilmachung der württembergischen Division schon am 26. vollendet war [1]). 21 740 Mann marschierten ins Feld, während 15 440 im Lande stehen blieben. Am 28. war der Aufmarsch bei Bruchsal vollendet; eine Reiterbrigade, die schon vorher sich mit den Badensern vereinigt hatte, kehrte zu der Division zurück; am 30. hielt König Karl die letzte Musterung ab. Die Württemberger wurden der 3. Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen zugeteilt, der auf der Durchreise im Lande mit Jubel empfangen wurde. Seinem Hauptquartier schlossen sich der Thronfolger, Prinz Wilhelm, und Herzog Eugen von Württemberg an. Ein Regiment unter Oberst Seubert wußte auf dem südlichen Schwarzwald und am Oberrhein den Schein zu erwecken, als ob ein großes Heer sich hier bewegte, so daß die Franzosen im oberen Elsaß nicht nur keinen Übergang wagten, sondern aus Furcht vor einem solchen durch die Deutschen sich nicht mit Mac Mahon vereinigten. Die Division selbst stand auf dem linken Flügel jener Armee, als am 4. August den Vormarsch begann. In der Frühe wurde bei Maxau unter den Klängen der Wacht am Rhein der Strom überschritten; bald war der Donner der Kanonen von Weißenburg her vernehmlich. Als die Württemberger am 6. gegen Hagenau vorrückten, hatte sich die Schlacht bei Wörth entsponnen. 5 Schwadronen, 1 Jägerbataillon und 2 Batterieen wurden sofort nach Gunstett vorgeschickt; die 2. Brigade folgte nach, zuletzt die ganze Division. Sie sollte Reichshofen besetzen und den Franzosen den Rückzug abschneiden. In den Kampf kamen nur noch das Jägerbataillon und ein Teil des 2. Infanterieregiments, die Fröschweiler stürmen halfen; Reiter und Geschütze beteiligten sich mit großem Erfolg an der Verfolgung des Feindes. Der Gesamtverlust der Württemberger betrug 17 Offiziere und 339 Mann. Da am 7. August die Badenser unter Werder gegen Straßburg rückten, wurde der Verband mit ihnen aufgelöst; die Württemberger wurden dem 5. Korps zugewiesen. Weiter ging der Marsch durch die Vogesen. Am 10. fiel die Feste Lichtenberg, die von 2 Jägerbataillonen, $^1/_2$ Schwadron und 2 Batterieen angegriffen war. Die Division nahm an dem Rechtsabmarsch gegen Sedan teil. Am 1. September bezog sie Stellung gegen Mezieres, um ein Ausbrechen der Besatzung gegen Sedan zu verhindern. Gegen Mittag stand sie als Reserve des linken Flügels der ganzen deutschen

[1]) Zum Folgenden vgl. namentlich Osterberg, Anteil der K. Württembergischen Felddivision am Kriege 1870/71 in Württ. Jahrbücher 1889, Heft 3.

Digitized by Google

Armee bei Donchery und überblickte von hier aus das Schlachtfeld. 3 Batterien konnten noch einige Schüsse gegen Sedan abgeben, ehe die weiße Fahne emporstieg. Ein Bataillon hatte dann die Ehre, die Wache für Bismarck und Moltke in Donchery zu stellen. Groß war die Freude, als gegen Abend des 2. September König Wilhelm von Preußen mit seinem Sohne, mit dem württembergischen Thronfolger, mit Bismarck und Moltke das Biwak der Division beritt. Auf dem wieder aufgenommenen Vormarsch nach Paris hatten die Württemberger in Rheims längeren Aufenthalt zur Sicherung des großen Hauptquartiers. Am 17. September bezogen sie ihre Stellung vor Paris. Dieselbe erstreckte sich von Ormesson über Noisy le grand, Villiers, Bry, Champigny nach Coeuilly. In der Stellung selbst kam es nur zu einem Vorpostengefecht (21. Oktober), während ausgeschickte Beitreibungsabteilungen mancherlei Kämpfe zu bestehen hatten, den bedeutendsten am 24. Oktober bei Nogent sur Seine, das gegen einige tausend Mobilgardisten erstürmt werden mußte. Nach kurzer Unterstellung unter den Großherzog von Mecklenburg kam die Division mit 3 andern unter den Befehl des Generals von Fransecky, bald unter den Oberbefehl des Kronprinzen von Sachsen. Ihre Linie wurde bis an die Seine nach La Folie ausgedehnt, so daß sie wohl die dem feindlichen Feuer am meisten ausgesetzte Stellung um ganz Paris einnahm. Am 27. November fand wieder ein Vorpostengefecht, bei Bonneuil, statt. Es war die Einleitung zu heftigen Kämpfen. Schon am 29. wurde ein größerer Ausfall der Franzosen erwartet und daher Unterstützung herangezogen. In der Frühe des 30. erfolgte eben die Ablösung der Württemberger durch Sachsen auf dem rechten Flügel bei Champigny, als die Franzosen mit großer Übermacht heranstürmten. Bei Mont Mesly, wo General Obernitz den Hauptangriff erwartete, trat dieser ihnen selbst entgegen. Die dort stehenden Kompagnieen des 2. und 3. Regiments mußten weichen; doch gelang es, die befestigte Höhe wieder zu nehmen. Der Hauptangriff fand aber nicht hier, sondern gegen Villiers statt. Die kaum eingerichteten Sachsen wurden aus Champigny vertrieben. Die erste württembergische Brigade, die hinter ihnen bei Villiers stand, hielt unter General Reitzensteins tapferer Führung den dortigen Park. Todesmutig machte sie Vorstöße, um dem Feinde die Schwäche ihrer Hilfskräfte zu verhüllen. Das 1. Regiment verlor dabei den kühnen Oberst Berger mit der Mehrzahl der Offiziere und 300 Mann und mußte sich in den Park von Coeuilly zurückziehen. Hin und her wogte die Schlacht, namentlich am Jägerhof und bei den Kiesgruben. Zuletzt erfolgte durch frische französische Truppen ein neuer Angriff von Norden

Digitized by Google

her über Bry, während die andern zugleich wieder vordrangen. Unerschütterlich hielten die Württemberger mit den sächsischen Brüdern Stand, bis die Dunkelheit dem Kampf ein Ende machte. 35 Offiziere und 805 Mann kostete die Brigade das blutige Ringen. Am 1. Dezember kam preußische Hilfe herbei. Die Franzosen, wenn auch schon ohne Hoffnung weiter vorzudringen, hielten den gewonnenen Boden fest und befestigten sich namentlich in Champigny. An demselben Tag kam, obwohl die verfügbare Mannschaft viel zu schwach war, der Befehl, Bry und Champigny wieder zu nehmen. In der Morgendämmerung des 2. Dezember überfiel das 7. württembergische Regiment mit dem 2. Jägerbataillon Champigny. Ein heftiger Straßenkampf entbrannte, in dem die Jäger bald zusammengeschmolzen waren. Herbeieilende Hilfe ermöglichte, wenigstens die Hälfte des Dorfes festzuhalten. Gleichzeitig hatten die Sachsen Bry gestürmt, das aber wieder verloren ging. Hier vorbrechende Franzosen wurden durch das 1. Regiment unter Reitzenstein selbst im Park von Villiers zurückgewiesen. Als sie aus dem wiedereroberten Ort nochmals heranrückten, zerschellten sie an dem Schnellfeuer des Regiments, das der kaltblütige Major Haldenwang leitete. Noch einmal wagten sie hier einen Anlauf; dann verzichteten sie auf einen weiteren Durchbruchsversuch. Die Hälfte von Champigny, das ganze Bry blieb in ihren Händen. Die württembergische Brigade hatte wieder 39 Offiziere und 769 Mann verloren. Dafür hatte sie einem bedeutend überlegenen Feind gegenüber die Waffenehre glänzend gerettet. Während des folgenden Tags zog das französische Heer sich mutlos über die Marne zurück.

Noch zwei kleinere Vorpostengefechte hatten die Württemberger zu bestehen. Die am 27. Dezember eröffnete Beschießung von Paris brachte auch ihnen viele Erleichterungen im Dienste. 2 Festungsbatterieen hatten vor Straßburg, dieselben nebst einer Geniekompagnie vor Belfort mitgefochten. Als am 18. Januar 1871 dem König Wilhelm von Preußen zu Versailles die deutsche Kaiserkrone übertragen wurde, durften außer dem Thronfolger noch einige Württemberger Zeugen des großen Ereignisses sein. Nachdem Paris gefallen war, sollten 7 000 von ihnen aus allen Heeresteilen mit in Paris einziehen. Die rasche Annahme der Friedenspräliminarien durch Frankreich vereitelte die Hoffnung. König Karl kam selbst, seine tapferen Truppen zu besichtigen; der neue Kaiser hielt auf dem Felde, da sie sich blutige Lorbeeren geholt, über sie die Heerschau. Im Juni endlich konnten sie nach Hause ziehen. Im Ganzen hatten von Württembergern 29 410 Mann und 823 Offiziere die französische Grenze überschritten. Ihr Verlust betrug 2613 Mann, worunter 650, und 119 Offiziere, worunter 37 Tote. Am

Digitized by Google

29. Juni fand der Einzug der sieggekrönten Schar in Stuttgart statt; alle Stände wetteiferten, ihnen Dank zuzujubeln.

Gleich nach dem Ausbruch des Kriegs betrachtete man als selbstverständlich, daß der Siegespreis ein neues deutsches Reich sein müsse. Als vollends die Kunde von Sedan kam, machte sich das Verlangen nach einem einigen Volk, einem Heer, einem Reichstag, einem deutschen Staatswesen in stürmischen Versammlungen Luft. Auch die württembergische Regierung — die Seele derselben war jetzt der Justizminister von Mittnacht, nachdem Freiherr von Varnbüler am 31. August aus persönlichen Gründen entlassen worden war — beriet über die Art eines Anschlusses an den Nordbund. Auf Bayerns Anregung kam der Präsident des Bundeskanzleramts Delbrück nach München; von Mittnacht begab sich gleichfalls dahin (21. September). Da nach dessen Rückkehr der Staatsanzeiger das Gerücht von einem schon vollzogenen Anschluß für unrichtig erklärte (29. September), erhob sich neue Ungeduld. Als Kundgebung einer Versammlung hervorragender Männer (2. Oktober) sollte dem Könige eine Adresse zu Gunsten der Annahme der Verfassung des norddeutschen Bundes übergeben werden. Da die Regierung sich in ihren Verhandlungen nicht stören lassen wollte, reiste der König nach Friedrichshafen ab und ließ von dort aus eine allgemein gehaltene Antwort geben. Am 9. Oktober versprach jedoch ein amtliches Manifest bundesstaatliche Einigung mit Zentralgewalt, deutschem Parlamente, gemeinsamer, bestimmt begrenzter Gesetzgebung und einheitlichem Heer. Sofort erließ auch die „liberale" Regierungspartei eine Erklärung in diesem Sinne. Am 19. reisten die Minister von Mittnacht und von Suckow nach Versailles ab. Hier wurden zunächst mit den einzelnen Staaten Verhandlungen gepflogen; am 6. November fand bei Delbrück der erste gemeinschaftliche Zusammentritt der Bevollmächtigten Württembergs, Badens und Hessens statt, der schon zu bestimmten Ergebnissen führte. Bald wurde auch die Militärkonvention mit Württemberg festgestellt. Da sich aber Bayern zurückhielt und die württembergischen Minister keine Vollmacht hatten, ohne dieses abzuschließen, reisten sie am 13. November zur Vortragerstattung nach Stuttgart mit der bestimmten Absicht in thunlichster Bälde nach Versailles zurückzukehren. Noch ehe sie die neue Vollmacht erhielten, verlegte Preußen die Verhandlungen nach Berlin. Die Minister begaben sich am 20. November dahin mit der Ermächtigung, auf der in Versailles gewonnenen Grundlage abzuschließen. Am 25. wurde der Vertrag unterzeichnet, der Württemberg dem neuen Reiche einfügte und ihm nur die innere Verwaltung von Post und Telegraphen, die Besteuerung

Digitized by Google

des inländischen Branntweins (später aufgegeben) und Biers und eine gewisse Selbständigkeit des Armeekorps vorbehielt. Am 7. Dezember erfolgte die Genehmigung durch den norddeutschen Reichstag; am 9. Dezember schloß sich ein Nachtrag an über die Annahme der Titel Kaiser und Reich.

Der württembergische Landtag war auf 21. Oktober einberufen worden, da die Bewilligung von Steuern nötig war; am folgenden Tag wurde er aufgelöst. Bei den Neuwahlen am 5. Dezember wurden etwa 150 000 Stimmen für, 60 000 gegen die Verträge abgegeben, die Annahme derselben war glänzend gesichert. Als es am 23. Dezember zur Abstimmung kam, fanden sich nur 15 demokratische und ultramontane Gegner zusammen gegen 74 Anhänger; in der ersten Kammer stimmte der Vertreter des Prinzen Wilhelm auf dessen besondere Weisung bei.

Am 1. Januar 1871 wurde so Württemberg ein Teil des deutschen Reichs. Es verzichtete damit auf eine gewisse internationale Stellung, die ihm zwar den Schein größerer Selbständigkeit, aber keine Sicherheit vor Gefahren verlieh. Es tauschte dafür die Gliedschaft eines machtvollen Ganzen ein, das unter Wahrung berechtigter Eigentümlichkeiten die deutschnationalen Kräfte zur Entfaltung brachte, die bei allen Wendungen und Irrgängen seiner Geschichte auch in ihm geschlummert hatten.

Digitized by Google

Digitized by Google

Register.

Aachen 11. 12. 289.
Aalen 32. 52. 195. 247. 325. 329. 401. 418.
Abel 385. 386. 389. 391. 393. 401. 409. 410. 413 bis 420.
Abensberg 448.
Achalm 17. 29. 33. 38. 43. 52. 108. 123. 252. 253. 257. 269. 272. — Graf Liutold 7.
Accon 13.
Adelberg 17. 18. 33. 44. 49. 234. 269. 303. 424.
Ahausen 216.
Aichelberg 29. 51.
Alba, Herzog 149. 150.
Albeck 52. 53. 81. 261. 269. 273. 284. 335.
Alber, M. 128. 177.
Aldringen 245.
Alençon 207. 208.
Algäu 131.
Allbuch 247.
Allerheim 267.
Alpeck 326. 437.
Alpirsbach 233. 234. 306.
Altdorf 429.
Altenburg 18. 27. 30.
Altensteig 208.
Altheim 37.
Altshausen 436.
Amerika 342.
Andreä, J. 163. 165. 177. 181. 182. 184. 195. 196. 200.
Andreä, J. V. 249. 260. 281.
Angers 76.
Anhausen 112. 234.
Ansbach 75. 392. 406.
Appenzell 39. 48.
Arcis sur Aube 464.
Arcolay 566.
Armagnaken 61.
Aschaffenburg 462. 463.
Asperg 25. 60. 138—140. 150. 158. 161. 162. 218. 229. 238. 240. 247. 248. 250. 253. 257. 260. 269. 273. 302. 304. 305. 315. 319. 347. 352. 360. 363. 368. 408. 409. 422. 450. 498. — Grafen von 23. 51.
Aston, d' 328.
Augsburg 12. 13. 30. 40. 63. 82. 122. 125. 133. 160. 174. 175. 178. 179. 194. 197. 242. 268. 270. 325. 413. 554. 559. — Bistum 46. — Bischof 61. — Bischof Otto 61. 147. 171. 300.
Autun 469.
Avignon 26.

Baar 242.
Backnang 27. 52. 237. 257. 259. 270. 315. 329. — Probst von 84.
Baden 10. 165. 203. 236. 257. 292. 309. 341. 374. 391. 392. 415. 419. 420. 426. 429. 436. 437. 466. 490. 498. 499. 501. 506. 514. 522. 530. 547. 566. — Markgrafen 23. 37. 65. 75. — Markgraf Hermann 8. 9. 18. Rudolf 21. 22. 27. Bernhard 43. 46. 47. 54. 63. 64. Jakob 63. Karl 68 ff. 81. Christoph 73. 91. 105. Karl 181. 189. 190. 193. 228. Jakob 197. Ernst Friedrich 208. Georg Friedrich 225. Friedrich 251. Karl Gustav 299. 304–306. Karl Wilhelm 322. Ludwig Wilhelm 313 ff. 323 ff. Karl Friedrich 373. 383. 384. Karl 437.
Baden-Baden 108. 545.
Baiersbronn 297.
Baireuth 388. 389. 446.
Balingen 49. 52. 53. 61. 130. 223. 252. 256. 260. 263. 264. 268. 334. 390. 408. 508.
Baldeck 16.
Bamberg 11. 64. 554.
Baner 260.
Bangold, v. 517.
Barleduc 135.
Bar sur Aube 463.
Baruth 458.
Basedow 376.
Basel 127. 385. 386. 389. 391.
Bautzen 458.

Digitized by Google

Bayern 40. 136. 146. 242. 246. 289. 358. 415. 426. 435–437. 457. 458. 499. 500. 530. 535. 547. 555. — Herzoge 88. 91. 120. 123. 134. 135. — Herzog Ludwig 10. Ludwig 22. Stephan 31. Wilhelm 56. Albrecht 65. 68 ff. Georg 106. 111. Albrecht 113. Albrecht 162. 173. 176. Herzog u. Kurfürst Maximilian 218. 219. 221. 226. 252. 265. 269. Kurfürst Max Emanuel 290. 299. 306. 323. 326. Max Joseph 412. König Ludwig I. 499. 506.
Baz 396. 400. 408. 409. 417. 422. 424. 425.
Bebenhausen 29. 33. 234. 274. 281.
Becher 522. 523. 524. 527.
Beer, G. 192.
Beihingen 317.
Beilstein 33. 51. 69. 307. 315.
Belfort 571.
Belgrad 332. 345.
Belsen 49.
Bengel, J. A. 370.
Berefina 456.
Berg 18. 21. 22. 74.
Berg, Großherzogtum 416.
Berg, Herrschaft 80.
Berger 570.
Berlichingen, Götz von 118. 123.
Berlin 336. 337. 354. 459. 500. 507. 514. 544. 552. 558. 561. 572.
Bernadotte 403.
Berneck 46.
Bernhausen 64.
Bernstorff 493.
Beroldingen, Graf 512. 517.
Berthier 444.
Bertold von Rheinfelden 3.
Bertrand, Graf 458. 459. 460.
Besançon, Bistum 74.
Besigheim 10. 26. 112. 208. 240. 292. 315. 516.
Besold 252. 253.
Besserer, Conrad 41. Heinrich 37.
Beurlin 177.
Beutelsbach 19. 25. 27. — Bruno von 8. Conrad 8. Liutgart 8.
Beza 196. 200.
Biberach 48. 52. 63. 246. 392. 394. 411. 436. 449. 458.
Bidembach 275.
Bietigheim 49. 52. 60. 171. 268. 306. 406. 407.
Bilfinger, Geh.-Rat. 355.
Bilfinger, Gen.-Maj. 411.
Bilfinger, Abg. 422.
Bilstein 52. 77.
Bingen 23.
Birkach 18.
Birkenfeld, Ch. v. 288.
Birs 38.
Bismarck, v., wbg. Gesandter 510.
Bismarck, O. v. 542. 551. 557. 558. 565. 568. 570.
Bissingen, v. 487.
Bittenfeld 52.
Blankenhorn 52.
Blankenstein 52.
Blarer, A. 143. 144.
Blaubeuren 28. 57. 62. 83. 84. 89. 121. 156. 201. 203. 234. 245. 252. 262. 263. 269. 270. 272. 274. 281. 305. 309. 325. 403. 411.
Bleddin 460.
Blücher 463.
Blum, R. 518.
Bodenheim 398.
Böblingen 34. 51. 60. 79. 95. 132. 258. 516.
Böhmen 23. 24. 32. 69. 129. 166. 222. 224. 413. — König Wenzel 23. Johann 28. 29.
Böhmische Lehen 33. 51. 216. 252. 376.
Bönnigheim 375. 381. 406.
Boll 501. 503.
Bologna 13. 84.
Bonndorf 429. 437.
Bonneuil 570.
Bopfingen 247.
Borisow 456.
Borodino 454.
Borowsk 455.
Bothnang 18.
Bottwar s. Groß-.
Brackenheim 27. 46. 51. 60.
Brandenburg 37. 91. 253. 291. — Markgraf von 311. Markgraf Ludwig 31. Albrecht 62. 63. 67 ff. 72. 81. 82. Elisabeth 118. Albrecht 171. 173. 174. Georg 157. Georg Friedrich 189. Johann Georg 207. Joachim Ernst 218. 224. Kurfürst Joachim 218. Friedrich Wilhelm 294. Markgraf Christian 328.
Braslaw 453.
Braunau 428.
Braunschweig 165. 285. — Herzog Heinrich 153. 174. Karl 358.
Bregenz 449. 450. 535.
Breisach 273. 291.
Breitenfeld 238.
Brenz, J. 128. 144. 159. 162. 165. 177. 178. 181. 184. 185. 195. 259.

Digitized by Google

Brenz 220. 335. 336.
Breslau 358. 386. 446.
Bretten 81. 112. 307.
Breuning, C. 120. 122.
Breuning, S. 122.
Breunlingen 429. 437.
Brie 21.
Brixen 13.
Broglie 359.
Bruchsal 307. 315. 411. 569.
Brünner Vertrag 429.
Brüssel 351.
Buchau 436.
Buchhorn 246. 437. 440.
Bühler 347. 352.
Bürgermeister von Deizisau, J. 73.
Bulach 57. 431.
Burgau 346.
Burgund 50. 72. — Herzog Johann 50. Karl 74. 76. 82.
Burgundische Lehen 75. 77. 86.
Burkard I. 3.
Burkard, A. 269.
Buwinghausen, B. v. 208. 219.

Calvin 183. 184.
Calw 27. 34. 51. 158. 249. 258. 261. 266. 267. 306. 311. 391. 392. 421. 526. 527. — Grafschaft 51. — Graf Adalbert 8. 9.
Cambrai 160.
Camerer, v. 446. 447.
Cannstatt 2. 9. 18. 21. 30. 34. 51. 61. 139. 237. 248. 257. 263. 267. 268. 302. 304. 311. 314. 322. 327–329. 341. 392. 406. 477. 489. 508. 516. — Werner, von 9.
Ceylon 368.
Champigny 571.
Charenton 464.
Chaumont 463.
Cherson 398.
Cleß 422.
Colmar 30.
Colombey 463.
Comburg 418.
Commerell 362.
Compiegne, Vertrag von 449.
Condé, Ludwig von 185.
Constantinopel 193. 196.
Constanz 11. 40. 74. 112. 150. 244. 450. — Bischof von 88. 107. 115. 147. 175. 232. 234. 249. 274. 289. 309. 321. 337. — Bischof Hermann 83. Hugo 128. Andreas 201.
Cornaro, K. 77.
Cotta 407. 409. 472—477. 479. 482. 487. 500.
Crailsheim 267. 329. 437. 557.
Cremona 12.
Crusius 192. 196.
Custine 373.
Cuvier 370.
Cypern, König Jakob 77.

Dänemark 364. 474.
Dannecker 370.
Danzig 350. 452. 456.
Darmstadt 137. 499.
Degen, J. 84.
Degenfeld, v. 244. 245.
Degerloch 18. 58.
Delbrück 572.
Denkendorf 16. 18. 29. 234. 274.
Dennewitz 459.
Dettingen 38.
Deutsche Kaiser und Könige: Heinrich IV. 7. Heinrich V. 8. Lothar 9. Conrad III. 9. Friedrich I. 9. 10. Philipp 10—12. Gemahlin Irene 11. Otto IV. 11. 12. Friedrich II. 11—13. Gemahlin Constanze 12. Heinrich 12. 13. Conrad IV. 16. Heinrich Raspe 16. Wilhelm von Holland 16. Richard von Cornwallis 16. 17. Alfons von Castilien 16. Rudolf I. 19 ff. Adolf 22. Gemahlin Imagina 22. Albrecht I. 22. Heinrich VII. 24 ff. Friedrich von Östreich 26 ff. Ludwig d. B. 26 ff. Karl IV. 31 ff. Günther 31. Wenzel 37 ff. Ruprecht 47 ff. Sigmund 48 ff. Gemahlin Barbara 49. Albrecht II. 56. Friedrich III. 56 ff. Maximilian I. 88 ff. Gemahlin Maria Bianca 91. Karl V. 123 ff. Ferdinand I. 126 ff. Maximilian II. 175. Rudolf II. 194 ff. Matthias 219. Ferdinand II. 223. Ferdinand III. 246 ff. Ferdinand III. 284. Leopold I. 285 ff. Joseph I. 330. Karl VI. 330 ff. 345. 346. 353. Karl VII. 353. Joseph II. 369. 371. 372. 388. Franz 372. 384. 388.
Deutschorden 13. 28. 45. 88. 171. 242. 429. 436. 450.
Didelot 420. 426. 427. 428.
Dietingen 241.
Dijon 114.
Dillingen 148. 149. 325. 448.
Dinkelsbühl 365.

Digitized by Google

Dischingen 437.
Dnieper 453.
Dobel 391.
Döffingen 40. 41.
Döring, v. 458. 459.
Donaueschingen 527.
Donauwörth 29. 68. 148. 149. 203. 204. 217. 219. 326. 412. 448.
Donzdorf 247.
Dornbirn 449.
Dornhan 52. 223. 306. 431.
Dornstetten 27. 91.
Dossenbach 515.
Dreher 318.
Dresden 514. 537.
Düna 453.
Dürrenmettstetten 418.
Durlach 257. 306. 307.
Duvernoy 512. 529.

Ebernburg 127. 311. 320.
Ebersberg 52.
Eberstein, Burg 37. — Grafen von 36. 37. Graf Johann 76.
Ebingen 44. 52. 61. 91. 199. 223. 252. 394.
Eck 142.
Eger 11. 42.
Eggmühl 448.
Egloss 450.
Eglosheim 315.
Ehingen a. D. 30. 237. 245. 326. 429. 503. — Herrschaft 30.
Ehingen, Burkard von 41. Georg 80. 82.
Eichstädt 75.
Einsiedel 94.
Eisingen 557.
Elsingen 10.
Ellwangen 44. 54. 114. 171. 239. 267. 329. 401. 418. 441. 447. 451. 476. — Abt Siegfried 48. 51.
Elsass 28. 75. 331. 374.
Elsasszabern 184.
Endersbach 22.
Engelberg bei Schorndorf 76.
Engelberg bei Leonberg 117.
Engen 411.
Enghien 266. 267.
England 216. 217. 358. 364. 368. 385. 404. 405. 410. 415. — Elisabeth von 186. 190. 198. 200. Jakob I. 212.
Enriquez 260.
Enfisheim 241.
Enzberg, Friedrich von 46. Reinhard 46.
Enzlin, M. 204. 206. 210. 214. 215.
Enzweihingen 315.
Epinal 463.
Eppingen 317.
Erfurt 445.
Erlach 263.
Erlachhof 336.
Erlangen 412—414. 422.
Erligheim 407.
Eschenbach, W. von 24.
Esslingen 10. 17. 20—22. 24—26. 29. 32. 33. 38. 39. 42. 43. 46. 47. 49. 50. 52. 62—64. 75. 81. 100. 112. 124. 147. 209. 217. 220. 234. 236. 245. 246. 263. 290. 292. 302. 304–306. 314. 317. 328. 337. 341. 391. 392. 395. 401. 403. 413. 418. 441.
Ettlingen 248.
Etupes 388.
Eupern 459.

Faber 245.
Fabri 84.
Farel 128.
Fautsberg 52.
Felix V. 67.
Fere Champenoise 464.
Feria 245.
Ferrara 165.
Feuchtwangen 267.
Feuerbach 444.
Feuerbacher 132.
Feuquieres 302.
Fichtel 349.
Fickler 524. 527.
Finnland 398.
Fischer 357.
Flein 315.
Fleischmann 424.
Florenz 13. 84.
Forstner, v. 334. 347. 352.
Fournier 459.
Frankenbach 295.
Frankenthal 273.
Frankfurt a. M. 11. 13. 16. 25. 88. 175. 177. 179. 180. 238. 243. 246. 248. 265. 269. 336. 462. 498. 504. 516. 522. 531. 548. 556.
Frankfurt a. O. 452.
Frankreich 72. 157. 171. 182 ff. 190. 217. 285. 323 ff. 356 ff. 544. 548. 556. 561. 568. — König Karl VIII. 91. Franz I. 123. 126. 129 ff. Heinrich II. 160. 173. 174. 183. Katharina 183. 185. Franz II. 183. Anton 183. 184. Karl IX. 183. 185. 186. Heinrich III. 198. Heinrich IV. 198. 216. Ludwig XIV. 264. 289 ff. Napoleon I. 396. 412. 421. 426–429. 435. 436. 444. König Louis Philipp 501. Napoleon III. 545. 561.

Digitized by Google

Franquemont, v. 458. 460. 461. 463. 475.
Freiburg 83. 291. 297. 301. 331. 463. 514. 516.
Freudenthal 335. 336.
Freudenstadt 210. 266. 283. 295. 306. 390. 391. 403. 426. 469. 526.
Freyberg, von 208. Ludwig 74.
Friedrichshafen 440. 535. 572.
Frischlin, N. 192.
Fröhlich 391. 392.
Fröschweiler 569.
Fuchsstein, H. v. 130. 132.
Fünfkirchen 288.
Fürstenberg 242. 402. — Graf von 236. 237. Wolfgang 107. 108. 111. Wilhelm 137.
Fulda 179. 358. 461. 462.
Fyner 95.

Gabelkofer 193.
Gagern, v. 513.
Gaildorf 516.
Gaisberg, von 352.
Gaisburg 18. 58.
Gallas 238.
Gardasee 13.
Gartach 52.
Gayling 128.
Geislingen 270. 302. 305. 328. 392. 437. 516.
Geizkofler 260.
Geldern 183.
Geleen, von 259. 260. 267.
Gemmingen, Hans von 70. Dietrich 81.
Gemmrigheim 61.
Gengenbach 373.
Georgii 347. 355. 396. 400. 402.
Georgii, Eberh. 423. 437.
Gerchsheim 557.
Gerlingen 315.
Germersheim 291.
Gernsbach 527.
Geroldseck, von 46. 50. 52. Walther 31. Hans 81.
Gerst 408.
Geßler, Min. d. Innern 553. 567.
Geßler, Kultmin. 567.
Giberie, La 463.
Giengen 52. 72. 149. 325. 401. 412. 418.
Glatz 446. 447.
Gleich 473.
Glogau 446.
Gmünd 20. 24. 38. 46. 48. 52. 63. 81. 149. 247. 329. 401. 418. 497.
Gneisenau 463.
Gochsheim 335. 336.
Göllheim 22.
Göppingen 8. 10. 27. 32. 47. 49. 51. 52. 63. 64. 89. 160. 181. 229. 237. 247. 256. 263. 270. 272. 302. 305. 317. 318. 324. 392. 412. 516.
Göthe 376.
Golther 546. 564. 567.
Goppelt 512. 529.
Goslar 262.
Gotha 528.
Grävenitz, v. 333 ff. 346. Chr. Wilh. 331 ff. 345.
Grafendorf 413.
Grafeneck 363.
Gregor XIII. 197.
Griechenland 300.
Grieningen, Graf Hartmann von 13 ff. Conrad 13.
Griesinger 482. 487.
Grötzingen 52. 61.
Gros 417. 420—422. 481.
Großbeeren 459.
Großbottwar 33. 51. 61. 263. 268. 307. 315. 316.
Großgartach 138.
Großheppach 263. 326.
Großsachsenheim 224.
Großsüßen 324. 325.
Grotius 250.
Grumbach, W. v. 176.
Grunbach 58.
Guebriant 263. 264.
Güglingen 52.
Gültlingen, von 46. Gumpolt 29. Balthasar 148.
Günzburg 148. 412.
Güterstein 57. 80.
Guibal 363.
Guisen 184. 198. Karl 207.
Gundelfingen 52.
Gunstett 569.
Gutenberg 51. 328.

Haag 308.
Hagenau 10. 12. 29. 43. 165. 327. 469.
Hahnenkamm 51.
Haigerloch 243.
Haiterbach 51.
Haldenwang 571.
Hall 29. 209. 217. 218. 263. 265—268. 305. 401. 418. 446. 557.
Hallwachs 347. 352.
Hannover 322. 415. 455. 474. 530. — Kurfürst Georg 329. König Ernst August 507.
Hardegg, v. 555—561.
Hardenberg, v., württbg. Minister 347. 355. 356. 385.
Hardenberg, v., preuß. Minister 467.
Harter 439.
Hartmann, v. 485. 487.
Hase, K. 498.
Haslach 51.

Digitized by Google

Hassenpflug 535.
Hauff 396.
Haunsheim 325.
Hausen a. Z. 138.
Hausmann 522. 523.
Hechingen 31. 245.
Hecker 516.
Hedelfingen 124.
Heespen 320.
Hegau 129. 131. 241.
Hegel 474.
Heideck 148.
Heidelberg 70. 71. 72. 83. 108. 173. 307. 314. 336.
Heidelsheim 70.
Heidenheim 70. 72. 112. 123. 126. 147. 162. 173. 230. 235. 237. 247. 252. 253. 257. 267. 270. 272. 305. 316. 320. 325. 327. 334. 401. 412. 443. — Herrschaft 209.
Heilbronn 24. 41. 42. 64. 68. 69. 131. 137. 149. 150. 217. 220. 221. 224—226. 238. 243. 248. 266—269. 273. 294. 301. 306. 310. 314. 315. 319. 323. 329. 341. 401. 406. 412. 418. 437. 446. 508. 515. 526. 545.
Heiliges Thal 453.
Heiligkreuzthal 19. 418.
Heimsheim 46. 81. 335.
Heine 497.
Helfenstein, Grafen von 62. 67. 131. Ulrich 37 Ludwig 73.
Hellenstein 70. 72. 248. 249. 273.
Heller, Kriegsrat 303. 304.
Heller, Prälat 362.
Helmstatt, von 236.
Henneberg, v. 65. Elisabeth 34.
Hemmingen 274.
Heerbrand, J. 196.
Herbrechtingen 112. 234.
Herbsthausen 267.
Hericourt 172.
Herrenalb 29. 30. 47. 105. 234. 263. 269. 292. 527.
Herrenberg 37. 41. 44. 51. 57. 60. 84. 130. 132. 211. 259. 262. 307. 317. 326. 391.
Herwegh 515.
Hessen 269. 498. 499. 500. 501. 535. — Landgraf Wilhelm 88. 107. Philipp 133ff. 142. 148. 184. 187. Wilhelm 160. Wilhelm 285. Wilhelm IX. 384. Prinz Alexander 556.
Heubach 32. 431.
Heutingsheim 316. 317.
Heyne 376.
Hiltenburg 122.
Hirsau 7. 8. 9. 18. 34. 192. 234. 261. 263. 274. 281. 296. 311. 318. — Abt Wilhelm 7. Bruno 8.
Höchstädt 327.
Hölder 555. 559. 563.
Hölderlin 425.
Hofacker, Abg. 396.
Hofacker, O.-J.-Rat 497.
Hofen 440.
Hofer, A. 449.
Hoffmann 406.
Hohenberg 62. 223. 240. 242. 243. 249. 256. 346. 401. 429. Graf Albrecht von 20. 22. Mechtilde 22. Rudolf 28.
Hoheneck 52. 431.
Hohenheim 363. 367. 372. 375. 382. 397. — Franziska von 371 ff.
Hohenkarpfen 62.
Hohenkrähen 255.
Hohenlinden 413.
Hohenlohe 436. 437. — Graf Kraft 218. 225. 233. Wolfgang 287. Karl 386. Fürst Chlodwig 559.
Hohenstaufen, Burg 10. 11. 26. 27. 33. 52. 252. 253. 257. 269. 347. — Herzog Friedrich I. 3. Friedrich II. 8. 9. Conrad 8. 12. Conradin 16. 17. Elisabeth 17.
Hohentwiel 127. 129—132. 141. 150. 159. 161. 227. 229. 248. 250. 253. 255—257. 259. 265. 266. 273. 292. 301. 324. 347. 360. 411. 548.
Hohenzollern 53. 54. 250. 402. 466. 499. 500. 530. — Herrschaft 14. 556. 558. Grafen 48. 234. Conrad 11. Friedrich d. Öttinger 50. 52—54. Eitelfritz 50. 53—55. Nikolaus 74. Eitel Friedrich 113. Karl 245. Fürst Friedrich Wilhelm 333.
Holtz, vom 238. 246. 260. 264. 283. 287.
Holzinger 106. 107.
Horb 261. 264. 391.
Horburg 29. 51. 77. 337.
Horn, G. v. 240. 244–247.
Hornberg 51. 269. 273. 324. 329. 437.
Hornstein, v. 543.
Horrheim 51. 248.
Huber 362. 375.
Hugenotten 183 ff. 190. 198. 322.
Hüfingen 241.
Hügel, v., General 412.
Hügel, v., Minister 542. 553.

Digitized by Google

Hüningen 463. 469.
Hunderfingen 52.
Hutten, Hans von 119.
Hutten, Ulrich von 121. 123.

Jäger, Friedrich 275.
Jäger, Melchior 190. 191. 199. 204. 214. 219.
Jaffa 80.
Jakobi, P. 107.
Jasmund, v. 462.
Jauer 458.
Java 368.
Jena 180.
Jerusalem 80.
Jesingen 51.
Illingen 315.
Imlin 275.
Ingersheim 52.
Ingolstadt 149. 448.
Innocenz IV. 16.
Inowrazlaw 456.
Innsbruck 13. 91. 140. 161. 216.
Johannisberg 495.
Johanniterorden 429.
Jomelli 363.
Jourdan 394. 403.
Irslingen 51.
Isny 21. 437. 449. 450.
Italien 544. 553.
Jülich-Cleve 165.
Jüterbog 459.
Justingen 375. 376.
Juvigny 301. 303—305.

Kaaden 141.
Kärnthen, Herzog Heinrich von 23. 24.
Kapfenburg 486.
Kappelberg 117.
Karlsbad 486. 489. 490. 499. 504.
Karlsruhe 416.
Kassel 136. 137.
Kastell, Graf von 274. Heinrich 189.
Katzenellenbogen, Graf Philipp von 51.
Kaufbeuren 40.
Kehl 321. 323. 331. 373. 390. 463. 469.
Keller, Kommandant 302.
Keller, Abg. 422.
Keller, v., Bischof 499. 543.
Kemnath 64.
Kempten 40. 63. 83. 243. 429. 449.
Kepler, J. 231.
Kerner, L. Conf. 391. 396. 402. 409. 410. 417. 422. 425.
Kerner, Karl 452. 456. 483.
Kirchheim a. N. 137. 138. 263.
Kirchheim u. T. 28. 37. 44. 51. 87. 88. 91. 95. 150. 158. 229. 236. 256. 261. 273. 320. 326. 328. 334. 362. 412. 516.
Kissingen 552.
Kitzen 459.
Kleist, H. v. 478.
Klettgau 131.
Klingenberg 314. 315. — Hermann von 74.
Klüpfel 396. 422.
Knapp, v. 533.
Kniebis 240. 390. 391.
Kniestädt, v. 367.
Knittlingen 137. 240.
Kochendorf 315.
Kölle 422.
Köln 11. 112. — Erzbistum 74. Kurfürsten 160. 285. Ruprecht 73. 82. Gebhard 194. 209.
Köngen 328. 341. 376. 547.
Königsbronn 54. 203. 234. 274.
Körner, Theod. 459.
Kolberg 447.
Korinth 300.
Koserig 505.
Krasnji 458. 455.
Kray 411. 412.
Krems 428.
Kronberg, v. 127.
Krossen 446.
Krummhaar 303. 304.
Kuchen 23.
Kübel 503. 517.
Küstrin 457.
Kulpis 313. 319—320.
Kunersdorf 387.

Ladenburg 248.
Laibach 492.
Laichingen 268.
Lamparter 107.
Landau 323. 331. 344. 469. 525.
Landau, Grafen von 14. 29.
Landshut 149. 448.
Lang, Kardinal 121.
Langenargen 325.
Langenau 325.
Latour 394.
Lauffen 34. 52. 137—139. 240. 263. 290. 301. 307. 314. 315. 347. 406.
Lausanne 381. 398.
Lauterburg 32. 52.
Lavater 376.
Lehrbach, Graf 513.
Leibniz 311.
Leipheim 131.
Leipzig 12. 452. 458—460.
Leofels 52.
Leonberg 17. 18. 20. 41. 51. 60. 65. 76. 231. 258. 260. 305. 392.
Leuthen 358. 387.
Leutkirch 52. 325. 437. 449.
Leutrum, Graf 556. 558.
Lichtenberg 33. 51.
Lichtenberg i. E. 569.

Digitized by Google

Lichtenstein 52.
Lichtenstein, v. 345.
Liebenstein 292. 316. — Philipp v. 247.
Liebenzell 32. 208. 311.
Limpurg 375. 376. — Schenken v. 209.
Lindau 40. 273. 449. 450.
Linden, v., Gesandter 484.
Linden, v., Minister 466. 512. 521. 528. 533-536. 541. 553. 554. 559. 565.
Lindenfels 108.
Lindner 492.
Linz 161. 428. 448.
Liozma 453.
Lipp, Hauptmann 515.
Lipp, v., Bischof 543. 564.
List 481. 487. 496. 499. 508.
Litthauen 28.
Lodi 13.
Löchgau 407.
Löffler 224. 227. 235. 239. 246. 248. 250. 251.
Löwe 525.
Löwenstein 112. — Graf Ludwig 193.
Loffenau 527.
Lohbauer 450.
Lorch 16. 17. 18. 23. 44. 52. 234. 251. 261. 269. 329.
Lorge 310. 311. 314. 315. 319.
Lothringen 183. — Herzog v. 263. 291. 297. Johann 32. Sophie 32. — Kardinal von 184.
Ludwigsburg 336. 341. 342. 349. 350. 360. 361. 363. 370. 375. 377. 386. 391. 392. 398. 406. 426. 427. 439. 441. 443. 445. 448. 476. 486. 488. 504. 515. 521. 522. 552.
Lüben 398. 479.
Lüttich 183.
Lützow, v. 458. 459.
Luftnau 302. 329.
Luther 127. 128. 136.
Luxemburg 560. 561.
Luzern 126. 127.
Lydda 80.
Lyon 16.
Lyser, C. 163.

Mack, General 418.
Mack, Prof. 508.
Mägdeberg 39. 255.
Märklin 396.
Magdeburg 10.
Magenheim 51.
Mailand 10. 183.
Mainz 31. 48. 73. 75. 224. 307. 385. 466. — Erzbistum 74. — Kurfürst 64. 91. 134. 160. 285. Heinrich 21. Johann 47. Diether 68. 70. 72. 73.
Maliaty 453.
Malplaquet 330.
Mandelslohe, v. 391. 393. 394. 484. 490.
Mansfeld, Graf 225.
Manteuffel, v. 557. 558.
Mantua 82. — Markgraf Ludwig 82. Barbara 82.
Mantel 128.
Marbach 17. 34. 52. 61. 73. 76. 112. 116. 150. 198. 263. 268. 302. 315.
Marchand 453.
Marchthal 30. 402. 436.
Margrethausen 418.
Markelsheim 451.
Markgröningen 9. 16. 20. 23. 26. 29. 32. 51. 60.
Markt 405.
Marlborough 326 ff.
Marmont 459.
Marschallenzimmern 335.
Massias 416. 417.
Mast 564.
Mastricht 183.
Matthisson 443.
Maucler, v. 451. 452. 482. 495. 496. 498. 501. 502.
Maulbronn 10. 18. 33. 68. 111. 175. 185. 196. 203. 225. 234. 238. 248. 261. 269. 270. 281. 290. 322.
Mayer, K. 523. 565.
Mazarin 285. 286.
Mecklenburg 194. 203.
Medici, L. v. 84.
Meimsheim 138.
Meißen 11. 22.
Melac 302—304. 314. 315.
Melanchthon 144. 163. 180.
Memel 45.
Memmingen 40. 63. 242. 413.
Mengen 30. 429.
Menzel 507.
Mercy 263. 264. 266. 267.
Mergentheim 238. 267. 268. 290. 302. 449 ff. 458. 461.
Merkle 444.
Meßkirch 411.
Metternich 468. 486. 493. 495. 514.
Metz 160. 171. 185. 318. — Bistum 183. Bischof Georg 68 ff.
Metz, Reg.-Rat 347. 352.
Metzingen 263. 412.
Mezieres 569.
Mieg, v. 506.
Miller, v. 514—516. 524. 525. 527. 533. 545.
Minsk 456.
Mittenwald 493.
Mittnacht, v. 561—563. 572.
Möckern 460.
Möckmühl 112. 123. 225. 252. 259. 263. 274.
Möhringen a. D. 130.

Digitized by Google

Möhringen a. F. 39. 63.
Mömpelgard 52. 54. 61. 76. 77. 86. 91. 127. 128. 131. 133. 135. 142. 157. 196. 198. 200. 201. 211. 214. 216. 220. 221. 235. 273. 274. 285. 294. 296. 298. 320. 321. 331. 337. 347. 361. 383. 387. 388. 392. 398. 401. 465. — Gräfin Henriette 50 ff.
Mönchsroth 234.
Mössingen 49.
Mohl, M. 506. 547. 561. 563.
Mohl, Rob. 508.
Molbach 429.
Moltke, v. 544. 565. 570.
Monrepos 398.
Montclar 301. 304.
Montecuccoli 290. 295.
Montereau 464.
Montfort 429.
Montgelas 427.
Montmartin 357. 359 ff.
Mont Mesly 570.
Moreau 390—392. 394. 396. 411. 413. 414.
Moser, J. J. 355. 357. 360. 364. 366.
Moskau 454. 455.
Mühl, v. 419.
Mühlacker 426.
Mühldorf 27. 412.
Mühlen a. N. 383.
Mühlhausen a. N. 392.
München 193. 242. 327. 499. 514. 554. 557. 560. 568. 572.
Münchingen, von 260. Conrad 80.
Münsingen 17. 39. 51. 89. 268. 270. 325. 411.
Münster 141. 265. 269. — Bischof von 285.
Mundelsheim 292.
Munderkingen 325. 429.
Murat 426. 454. 455.
Muri 418.
Murrhardt 44. 49. 234. 259. 270.
Myler, N. 275.

Nagold 34. 51. 55. 258. 264. 266. 317. 403. 515. 527. — Herrschaft 51.
Nancy 412.
Nassau 498.
Naumburg 181.
Neapel 80. 492.
Nebenius 499.
Neckargartach 295.
Neckarrems 23.
Neckarsulm 137. 172. 268. 302. 314. 444.
Neckartenzlingen 49.
Neckarweihingen 315.
Neckarwestheim 292. 316. 406.
Negroponte 300.
Neidlingen 195. 208. 211. 273.
Neisse 446.
Nellenburg 243. 346. 401. 429. 466.
Nellingen 155. 242. 274. 305.
Neresheim 247. 437.
Neubreisach 463.
Neubronn, v. 447. 448.
Neuburg a. D. 324. 412.
Neudenau 466.
Neuenburg 542.
Neuenbürg 27. 33. 46. 51. 221. 223. 275. 306. 311.
Neuenstadt 112. 221. 252. 268. 274.
Neuffen 27. 34. 51. 61. 135. 139. 215. 227. 229. 248. 250. 260. 347. — Herrschaft 51.
Neuffer, Geh.-Rat 352.
Neuffer, Gen. 470.
Neuhäusel 299.
Neuhausen 64.
Neurath, v. 553. 557. 560. 561.
Neuravensburg 450.
Neuß 74.
Neustadt 23.
Nevers 469.
Ney 406. 407. 426. 452. 455. 459.
Niederschwaben, Landvogtei 20. 22. 24. 27. 28. 33. 38.
Niemen 452.
Nikolai, v. 374. 383. 419.
Nikolsburg 557.
Nördlingen 29. 63. 149. 246. 247. 325. 412.
Nötlich 84.
Nogent 464. 570.
Nordheim 137.
Normann, v., General 458 bis 461.
Normann, v., Minister 369. 414—419. 428. 435.
Notter 501.
Nürnberg 11. 12. 20. 23. 31. 32. 34. 39. 40. 63. 127. 192. 217. 220. 223. 240. 272. 451. — Burggraf Gotfried 9. Elisabeth 48. 55.
Nürtingen 17. 20. 23. 25. 27. 52. 54. 61. 87. 88. 106. 113. 153. 198. 249. 256. 263. 295. 329. 516. 519.

Oberboihingen 23.
Obereßlingen 42.
Oberfranken 27.
Oberhofen 76.
Oberkirch 207. 208. 252. 253. 274. 402.
Oberndorf 52. 243. 440.

Digitized by Google

Obereisisheim 225.
Oberniz, v. 570.
Oberriexingen 51. 315.
Oberschwaben 70.
Oberstenfeld 418.
Obertürkheim 124. 275.
Ochsenberg 431.
Ochsenhausen 436.
Öhringen 329. 452.
Ökolampad 127.
Östreich 39. 46. 49. 61. 62. 82. 91. 92. 108. 111. 114. 123. 125. 128. 129. 131. 133. 136. 146–148. 194. 201. 202. 276. 297. 309. 323. 329. 332. 346. 353. 356. 390. 395. 400. 427. 447. 457. 458. 510. 517. 519. 530. 544. — Herzoge von 45. 123. Johann 24. Albrecht 31. Rudolf 32. Leopold 40. Erzherzog Albrecht 62. 79. 83. Sigmund 76. 81. 90. Karl 186. Ferdinand 201. Leopold 218. 234. Claudia 252. 253. 255. 257. 260. 262. 265. Ferdinand Karl 272. Franz Sigmund 292. Karl 390—392. 394. 403. 405. 406. 408. 413. Johann 516. Kaiser Franz 462. 489. Franz Joseph 535. 561.
Östreichische Lehen 62.
Ötisheim 310.
Öttingen 236. — Grafschaft 46. 165. Kraft Ernst, von 386.
Ofen 299.
Offenburg 240. 253. 323. 373.
Ofterdingen 235.
Olevianus 181.
Oliva, Friede von 286.
Olmütz 537.
Oos 411.
Oranien, Wilhelm von 187. Wilhelm 301.
Orleans, Ludwig von 47.
Osiander, L. 196. 197. 210. 211.
Osiander, J. 302. 332.
Osnabrück 265. 507.
Ossa 234. 235.
Ottmarsheim 292. 315. 316. 406.
Oudenaarde 330.
Oudinot 459.
Owen 51. 87.
Oxenstierna 242. 251. 254.

Padua, Herzog von 459.
Palermo 552.
Palffy 318.
Palm 444.
Pappenheim, Conrad v. 193.
Paris 114. 311. 372. 380. 391—393. 396. 398. 400. 414. 415. 417. 419. 421. 445. 464. 465. 469. 570. 571.
Parsdorf 412. 413.
Passau 161. 173.
Patras 300.
Paul IV. 174.
Paulus 487.
Pavia 13. 130. 131.
Perpignan 50.
Peterhof 552.
Peterwardein 332.
Peucker, v. 522. 527.
Peysonel 302. 304.
Pfalz 49. 54. 111. 114. 124. 203. 224. 285. 522. — Pfalzgrafen und Kurfürsten: Ruprecht 32. Otto 50. 52. Friedrich 65. 67 ff. 81. 82. Ludwig 67. Philipp 108. Ludwig 123. Philipp 136. 137. 139. Otto Heinrich 165. Friedrich III. 181. 182. 184. Wolfgang 182. 189. Friedrich IV. 196. Johann Casimir 196. Friedrich V. 223.
Pfau, v. 334.
Pfeddersheim 69.
Pfizer, P. 501. 504. 506. 507. 512. 516. 517. 530.
Pflummern 208.
Pforzheim 46. 70. 267. 306. 309. 310. 317. 326. 328. 329. 391. 527.
Pfullingen 17. 234. 242. 269.
Philippsburg 221. 250. 273. 295. 301. 302. 317. 319. 330.
Phull, v. 449.
Piccolomini 235.
Pistorius, Joh. 197.
Pius II. 50. 70. 72.
Pius IV. 174. 179.
Pleidelsheim 316.
Plessen, v. 533.
Plieningen 64.
Plochingen 42. 155. 256. 305. 317. 323. 437. — Bertold v. 9.
Podiebrad 69.
Poissy 184.
Polen 166. 209. 360. 500.
Portugal 445.
Prag 201. 216. 251. 387.
Preßburg 429.
Preußen 210. 323. 326. 358. 384. 385. 407. 426. 445. 457. 458. 474. 497. 499. 500. 506. 510. 517. 519. 523. 530. 544. — König Friedrich I. 294. Friedrich Wilhelm I. 331. 334—337. Friedrich II. 353. 354. 360. 364. 380.

Digitized by Google

386—388. 398. Friedrich Wilhelm II. 388. Friedrich Wilhelm III. 494. Friedrich Wilhelm IV. 514. 519. 542. Wilhelm I. 542. 545. 571.
Prieser, v. 498.
Probst 565.

Quedlinburg 10.

Ramillies 327.
Ramstein 52.
Rantzau 264.
Rapp 469.
Rastatt 396. 397. 400. 402—404. 485. 525.
Rau, Oberst 241.
Rau, Fabr. 516.
Ravensburg 48. 63. 437.
Rechberg 209. 244. — Ulrich von 12. Johann 41. Hans 74.
Rechtenstein 49. 52.
Regensburg 82. 128. 134. 147. 148. 177. 219. 253. 284. 288. 301.
Reichenbach 209. 270. 277. 292.
Reichenberg 27. 52. 387.
Reichenweier 29. 51. 61. 77. 85. 110. 153. 337.
Reinhard 407.
Reinhart, A. 41.
Reischach, v. 451.
Reitzenstein, v. 570. 571.
Remchingen, v. 347. 348. 350. 351. 352.
Remseck 21.
Reuchlin, J. 84. 94. 106. 117.
Reutlingen 16. 17. 22. 24. 29. 38. 39. 42. 43. 47. 48. 52. 63. 64. 81. 123. 147. 209. 220. 237. 245. 256. 263. 265. 268. 326. 329. 337. 391. 401. 403. 418. 487. 496. 516. 521 bis 523. 525. 546.
Reyscher 518. 521. 538. 547.
Rheims 307.
Rheinfelden 256. — Rudolf von 3.
Rheingraf Otto Ludwig 246. 247. 248.
Rhodt 208.
Richepanse 413.
Riedlingen 140. 237. 240. 324—326. 429. 526.
Rieger 357 ff.
Röder, v. 352. 356.
Rödinger 503. 517.
Römer, Fr. 504. 505. 506. 507. 509. 512. 513. 515 bis 526. 529. 536. 538.
Römer, Rob. 555. 559. 561.
Roger 9.
Rohan, Herzog von 251.
Rom 13. 73. 80. 83—85. 498.
Rommelshausen, W. v. 9.
Rosen 261. 266.
Rosenstein 32. 52.
Rosenstein bei Cannstatt 549.
Roser, v. 517.
Rothenberg 549.
Rothiere, La 463.
Rothenburg 40. 165. 174. 446.
Rottenburg 65. 80. 83. 130. 132. 242. 246. 261. 263. 326. 439. 499.
Rottenmünster 241. 418.
Rottweil 24. 38. 45. 46. 52. 53. 62. 74. 131. 132. 240. 241. 245. 264. 288. 297. 325. 326. 331. 401. 403. 418. 516. 527.
Rosenfeld 27. 51. 223. 252.
Rousseau 368. 381.
Rümelin, G. 516. 519. 544. 546.
Rüpplin, v. 517.
Rußland 426. 427. 452. — Kaiser Paul 367. 388. 395. 398. 404. 415. Katharina 398. Alexander I. 465 467. 489. 493. Großfürst Michael 477. Nikolaus I. 552. Alexander II. 552.
Rutesheim 305.
Ryswick 321.

Sachsen 253. 458. 530. — Kurfürst Friedrich 107. 114. Herzog Johann 114. Kurfürst Johann Friedrich 136. 140. 148. Herzogin Elisabeth 140. Kurfürst Moriz 149. 159. 160. 161. 169. 173. Herzog Johann Friedrich 178. 181. Kurfürsten: August 183. Johann Georg 305.
Sachsenheim, H. v. 83.
Säckingen 514.
Salem 88. 401.
Salerno 10.
Salzburg 413. 561. — Bistum 74. Erzbischof 40.
Sam, C. 128.
St. Blasien 234. 274.
St. Gallen 48.
St. Georgen 233. 234. 241. 269. 270. 437.
St. Gotthard a. R. 288
St. Leon 71.
St. Maur 464.
St. Suzanne 413. 414.
St. Vallier 568.
Sardinien 492.
Sarwey 546. 560.

Digitized by Google

Saulgau 429.
Savoyen 183. Herzog Amadeus 67. Ludwig 77. Eugen 326 ff. 330. 332.
Schaffhausen 63. 150.
Schalksburg 49. 52. 74.
Schatzberg 61.
Schauenburg 55. — W. v. 55.
Scheer 241.
Scheffer 347. 350. 352.
Scheler, v. 449. 450. 451. 452—455.
Schelklingen 30. 436.
Schelling 498.
Schenkenzell 46.
Scherr, J. 514. 517. 518. 521.
Schertlin 148.
Scheurlen 567.
Schick 370.
Schickhard, H. 211.
Schiller 370.
Schiltach 52. 273.
Schiltigheim 469.
Schimmelpennig 515.
Schlayer 502 ff. 510. 512. 529. 531—533.
Schlegelberg 429.
Schlegler 46.
Schleswig-Holstein 508. 516. 534. 540. 549. 553 ff.
Schlettstadt 30. 469,
Schlick, Graf 252. 259. 260.
Schmalz 470.
Schmidlin, Kons. 425.
Schmidlin, d. Ä. 495.
Schmidlin, d. J. 517.
Schmitz, v. 498. 499.
Schneider 450.
Schnepf, E. 143. 148. 177.
Schober 516. 525. 527. 530. 531. 538.
Schömberg 241.
Schönbuch 34. 43. 51.
Schönthal 418.
Schopfheim 515.
Schorndorf 17. 18. 25. 32. 34. 49. 51. 55. 58. 73. 117. 118. 150. 158. 224. 229—231. 237. 238. 247. 248. 250. 260. 263. 267—269. 273. 302 bis 305. 316. 328. 329. 412.
Schott, Vogt 318.
Schott, A. 487. 504. 505. 507. 516. 524—526.
Schott, E. 526. 567.
Schotzach 315. 317.
Schramberg 244. 516.
Schubart 368. 370.
Schülzburg 52.
Schütz 334.
Schuffenried 436.
Schwäbischer Bund 90. 91. 92. 111. 113. 114. 118. 120. 123. 125. 134. 135. 146.
Schwäbischer Kreis 147. 175. 193. 201. 203. 217. 225. 246. 260. 272. 285. 288. 289. 291. 295. 309. 313. 320. 321. 323. 331. 337. 373. 377. 413. 419.
Schwarzloch 84.
Schwarzenberg, Chr. v. 123.
Schwarzenberg, Gen. 463. 464. 468. 469.
Schwarzenberg, Minister 535—537.
Schwarzwald 129.
Schweden 285. — König Gustav Adolf 236. 238—240. 242.
Schwedt 387.
Schweidnitz 358. 446.
Schweiz 31. 40. 61. 76. 111. 114. 118. 123. 126. 129—132. 218. 254. 276. 322.
Schwenkfeld 144. 163.
Schwenningen 241. 527.
Schwieberdingen 328. 524.
Seckendorf, v., Reg.-Rat 425.
Seckendorf, v., General 446.
Seckenheim 71.
Sedan 569.
Seeger, v. 369. 411. 428.
Seeger, A. 520.
Sempach 40.
Sens 463.
Serbien 345.
Setzstab 130. 131.
Seubert 569.
Sicilien 332. — König Ludwig III. 67. Renatus 76.
Sick 566.
Sickingen, Franz v. 115. 127.
Sielmingen 64.
Sievershausen 173.
Sigmaringen 28. 49. 51. 91. 240. 242. 264.
Silberberg 446.
Sinclair 425.
Sindelfingen 34. 51. 83. 130.
Sirnau 17.
Sixtus IV. 74.
Smolensk 453. 455.
Söflingen 437.
Solitude 363. 394.
Solothurn 126.
Sontheim 315.
Sontheim, Graf 512. 517.
Soubise 358.
Soyer 310.
Spät, v. 209.
Spät, D. v. 120. 122. 124.
Spaichingen 130.
Spanien 136. 445. 566.
Speyr 303.
Speier 8. 11. 24. 54. 147.

Digitized by Google

— Bischof 71. 91. Günther 10.
Spieß 38. 48.
Spinola 224. 312.
Spittler 397.
Spitzenberg 23.
Sponeck 51.
Staufenberg, Bock von 55.
Stauffen 255.
Stein, W. v. 46.
Stein, Frh. v. 465. 466.
Steinheim 33.
Steinhöwel, H. 95.
Sternenfels 52.
Stetten i. R. 335. 336. 376.
Steub, v. 420.
Steußlingen 195.
Steyr 413.
Stickel 204. 205.
Stiefel 128.
Stockach 403. 411. 437. 450.
Stockmayer, Sekretär 421 bis 423.
Stockmayer, Konf. 423. 424.
Stockmayer, v. 454. 458. 463. 469.
Stollhofen 273.
Straßburg 9. 12. 31. 32. 45. 47. 55. 82. 207. 217. 236. 246. 248. 250. 258. 274. 282. 294. 297. 298. 311. 317. 318. 320. 321. 328. 465. 469. 501. 542. 571. — Bistum 115. 252. 254. Bischof Wilhelm 47. Leopold 218.
Strauß 518.
Struve 516. 527.
Stühlingen 193.
Stuttgart 17—21. 25. 27. 31. 34. 35. 39. 47—49. 51. 57. 58. 60. 61. 70. 73. 75. 76. 84. 87. 89. 90. 94. 98—100. 106. 110. 115. 117. 118. 120. 123. 124. 127. 128. 130. 131. 135. 139. 143. 145. 147. 150. 162. 171. 175. 180. 189. 192. 198. 203. 204. 212. 218. 220. 221. 244. 249. 254–257. 259. 277. 286. 291. 303–305. 307. 311. 314–317. 319. 328. 336. 341. 346. 351. 355. 363. 367, 369. 374. 377. 382–384. 386. 391. 392. 394. 406. 412–414. 421. 426. 427. 435. 441. 444. 445. 476. 489. 496. 504. 508. 509. 514–516. 520. 522. 523. 525. 527. 556. 559. 572.
Styrum 324. 325.
Suckow, v. 559. 561. 565 bis 567. 569. 572.
Süß 337. 347. 352.
Sulz 31. 50. 52. 53. 81. 223. 256. 263. 264. 295. 325. — Graf v. 256.
Surburg 469.
Sztarray 407. 411. 412.

Tafel 503. 517.
Tahiti 442.
Tallard 326.
Talleyrand 403. 407. 420. 428. 435.
Taube, Graf 451.
Tauberbischofsheim 557.
Taupadel 250. 251.
Teck 28. 91. 285. 327. 347. — Herzoge von 20. 44. 51. Herzog Ulrich 51.
Teinach 51. 82. 363.
Temesvar 332.
Tettnang 437.
Thalheim 314. 315.
Thiers 507.
Thorn 452.
Thüngen 327. 329.
Thumm 228.
Thurn und Taxis 440. — Fürst K. A. 351.
Tiffern 136.
Tilly 225. 226.
Tilsit 447.
Tirol 113. 201. 216. 234. 309. 376.
Tissot 381.
Todtnau 514.
Torgau 195. 380. 460.
Toskana 415.
Toul 160. 185. — Bistum 183.
Trautmannsdorf, Graf 252. 259.
Treptow 398.
Triberg 429. 437.
Trient 12. 13. — Konzil 148. 151. 159. 178.
Trier 82. 327. — Bistum 74. 91. 134. 285.
Trifels, D. v. 7.
Troppau 492.
Troyes 463—465. 469.
Truber 166.
Tübingen 29. 34. 51. 52. 60. 83. 95. 100. 106. 115. 118. 120. 123. 124. 129. 135. 143. 150. 152. 158. 187. 193. 198. 212. 217. 228. 234. 237. 241. 245. 248. 250. 252. 256. 258. 259. 263. 268. 269. 273–275. 277. 302. 317. 324. 325. 341. 363. 377. 391. 403. 406. 409. 441. 476. 490. 492. 501. 505. 527. 552. — Hochschule 84. 94. 144. 192. 197. 217. 281. 441. 497. 507 bis 509. Stift 144. 164 — Graf Heinrich 7. Hugo 7. Pfalzgrafen 44. 51. Rudolf 11. Götz 29. Graf Hans Georg 250.

Digitized by Google

Türenne 266—268. 273. 290. 291. 294. 295.
Tuttlingen 44. 52. 62. 239. 241. 245. 252. 256. 263. 264. 324—326. 394. 402. 403. 406. 411. 436. 437.

Überlingen 234. 246. 266. 273. 290. 401. 402.
Uhland 465. 481. 487. 504. 505. 507. 512. 514. 524. 525. 530.
Ulm 8. 10—12. 16. 17. 24. 31. 37—40. 43. 45. 46. 48. 50. 52. 63. 64. 80. 81. 83. 107. 124. 136. 147—150. 160. 176. 198. 209. 217. 223. 236. 237. 245. 251. 269. 270. 301. 302. 305. 317. 323–328. 340. 368. 401. 402. 406. 411. 412. 426. 428. 437. 439. 485. 489. 515. 526.
Ungarn 288. 332.
Ungnad 166.
Unterboihingen 335.
Untereisisheim 292.
Untergruppenbach 316.
Untertürkheim 43. 237. 329.
Urach 17. 34. 38. 60. 61. 65. 66. 75. 79—81. 85. 90. 95. 100. 106. 112. 120. 124. 139. 143. 166. 192. 210. 215. 227. 229. 248. 250. 256. 257. 260. 262. 268. 269. 273. 275. 325. 336. 403. 412. — Grafschaft 51. Graf Rudolf 17. — Stift 84. 85.
Urfahr 448.
Ursinus 181.
Utrecht 8. 183. 331.
Uxkull, v. 406.

Vaihingen a. E. 29. 51. 69. 175. 248. 258. 267. 290. 306. 310. 311. 315. 317. 319. 328. 347. 391. 406. 469.
Vaihingen a. F. 39. 63.
Vandamme 411. 446–448.
Varnbüler, Joh. Conr. 262. 269—272. 274.
Varnbüler, v., Hauptmann 404.
Varnbüler, v., Fin.-Min. 483. 500.
Varnbüler, v., Min.-Präs. 512. 541. 553 ff. 561 bis 569. 572.
Vassy 184.
Vendenheim 469.
Venedig 80. 81. 218. 300. 307. 340.
Verdun 160. 183. 185.
Vergenhans, J. 76. 79. 80. 84. 94.
Vergenhans, L. 94.
Vergerio 165. 166.
Veringen 49. 52. 240. — Gräfin v. 13.
Verona 493.
Versailles 571. 572.
Vestris 363.
Victor 464.
Villars 324. 325. 328. 329. 331.
Villiers 570.
Villingen 241. 244. 246. 248. 297. 429. 437. 527.
Vincennes 464.
Vischer, Fr. 508. 516. 524.
Vivant 329.
Vöcklabruck 413.
Vogelsberg 556.
Volland 122.
Voltaire 376.
Vorarlberg 449. 450.

Wachbach 451.
Wächter 370.
Wächter-Spittler, v. 529 bis 531. 533. 536. 544. 546. 553.
Wagner 421. 422. 424. 503.
Wagner, v. 561. 563. 567.
Wagram 448.
Waiblingen 22. 51. 61. 75. 192. 237. 249. 263. 269.
Walch 303.
Waldburg, Herrschaft 436. Truchsessen 70. Heinrich 12. Friedrich 12. Otto 75. 82. Wilhelm 124. Georg 129—132. Otto 171. Gebhard 194. 209.
Waldeck, Graf v. 471. 472. 476. 477.
Waldenbuch 34. 52. 91. 264. 302.
Waldenstein 52.
Waldhausen 17. 51.
Waldsee 232. 436.
Wallenstein 228. 232. 234. 240—246.
Wangen 329. 437. 450.
Wangen, O.A. Cannstatt 124.
Wangenheim 474. 475. 476. 481 ff. 488. 490. 492. 494. 498. 499. 503.
Warschau 489.
Wartenburg 460.
Warthausen 436.
Wasserburg a. J. 413.
Wassereck 52.
Wasserlos 381.
Weber 559.
Weidenstetten 37.
Weil 63. 263. 329. 392.
Weil der Stadt 38. 40. 41. 52. 63. 147. 209. 220. 231. 244. 261. 264. 270. 295. 315. 401. 418.

Digitized by Google

Weilheim u. T. 51. 87. 270.
Weiltingen 220. 235. 381. 412. 487.
Weimar 192.
Weimar, B. v. 245—248. 251. 255. 256. 258. 259.
Weimar, Prinz Hermann v. 550.
Weingarten 274. 436. 450. 497. — Abt Gerwig 136.
Weinsberg 25. 69. 112. 127. 131. 203. 252. 263. 268. 274. 515. — Conrad v. 24. 25.
Weishaar 483. 487.
Weißenau 487.
Weißenburg 330. 344.
Weißenburg bei Stuttgart 17.
Weißenfels 460.
Weißer 422.
Welzheim 209. 335. 336.
Werdenberg, Grafen von 49. — Heinrich 41. Hugo 92. 93.
Werner 523.
Werth, Joh. v. 249. 256. 263. 264. 268.
Weſtphalen, Jerome v. 444. 446. 465. Katharina 465.
Wiblingen 436.
Widdern 67.
Wiederhold, Conrad 233. 237. 244. 248. 250. 255 bis 257. 259—261. 263. 265. 271. 273.
Wiederhold, D. 324.
Wiederhold, Kriegsminiſter 555.
Wielandſtein 51.
Wien 119. 134. 234. 254. 256. 297. 299. 353. 395 bis 397. 404. 408. 413. 414. 419. 421. 424. 425. 448. 449. 465 ff. 490. 494. 514. 557. 565. — — Biſchof 252. 259.
Wieſenſteig 165. 302. 327. 331. 436.
Wildbad 56. 51. 152. 336.
Wildberg 50. 57. 258. 306.
Wilija 453.
Wilna 453. 456.
Wimpfen 12. 39. 69. 225. 236. 268. 315. 401. 466.
Windsheim 41.
Winnenden 52. 87. 88. 237. 242. 256. 263. 270. 316. 329.
Winnenthal 292. 312.
Wintzingerode, d. Ä. 419. 425. 435. 436. 467. 468.
Wintzingerode, d. J. 469. 485. 486. 490. 492–495.
Witebsk 453.
Witkiſau 51.
Wittelsbach, Otto von 12.
Wittenberg 459.
Wittleder 361. 362. 365.
Wittlingen 21. 51.
Wjasma 455.
Wöllwarth, v., Min. 391. 393. 394. 400. 406.
Wöllwarth, v., Gen. 448. 452.
Wörth 569.
Wolff, v. 411.
Wolfskeel 406.
Worms 10. 11. 73. 92. 93. 147. 161. 177. — Biſchof Adelbert 7.
Wrangel 268.
Wrangel, Gen. 557.
Wrede 461. 462. 501.
Würben, Graf 334.
Württemberg, Burg 7. 25. 34. 124. 256. 347. — Conrad I. 7. 8. Conrad II. 8. Gemahlin Hadelwig 8. Graf Ludwig I. 8 ff. Emicho 8 ff. Ludwig II. 10. Ludwig III. 10 ff. Hartmann 10 ff. 15. Eberhard 14. 15. Ulrich I. 15 ff. Gemahlin Mechtild 18. Agnes 18. Ulrich II. 19. Eberhard d. Erl. 19 ff. Gemahlin Irmengard 22. 27. Ulrich III. 28 ff. Gemahlin Sophie 30. Eberhard d. Gr. 30 ff. Gemahlin Eliſabeth 34. Tochter Sophie 32. Ulrich IV. 30. 36 ff. Eberhard d. M. 45 ff. Gemahlin Antonia 45. Eliſabeth 48. 55. Eberhard d. J. 50 ff. Gemahlin Henriette 50. Ludwig d. Ä. 51. 54 ff. Gemahlin Mechtilde 51. 60. 65. 79. 83. Anna 51. Ulrich d. Vielg. 56 ff. 60 ff. 67 ff. Gemahlin Margarethe 60. 67. Eliſabeth 67. Margarethe 67. 76. Mechtilde 62. Eliſabeth 62. Ludwig d. J. 65. Eberhard d. J. 72. 74 ff. 105 ff. Gemahlin Eliſabeth 75. 88. 105. 106. 108. 110. Heinrich 75 ff. 108. Gemahlin Eliſabeth 110. Eva 90. Eberhard i. B. 79 ff. Gemahlin Barbara 82. 83. 95. Herzog Ulrich 85. 88. 94. 107. 108. 110 ff. Gemahlin Sabine 111. 113. 119. 120. 152. Maria 153. Georg 90. 133. 150. 153. 157. 161. 162. 200. Gemahlin Barbara 153. 200. Chriſtoph 120. 123. 125. 134–136. 146. 157 ff. Gemahlin Anna Maria 157. 189.

Digitized by Google

Anna 123. 125. Eberhard 166. 175. 187. Ludwig 189 ff. Gemahlin Dorothea Urſula 190. 192. Urſula 192. 249. Friedrich I. 153. 172. 194. 198. 200 ff. 252. Gemahlin Sibylle 200. Johann Friedrich 214 ff. Gemahlin Barbara Sophie 218. 229. Ludwig Friedrich 208. 216. 220. 232 ff. Julius Friedrich 218. 220. 235 ff. 248. Friedrich Achilles 220. Magnus 221. 225. Leopold Friedrich 229. Gemahlin Sibylle 229. Roderich 270. Eberhard III. 229. 244 ff. Gemahlin Anna Katharina 254. 293. Maria Dorothea 293. Friedrich 229. 254. 256. 258. 264. 265. 274. 286. 296. Ulrich 229. 265. 275. Friedrich Auguſt 275. Ferdinand Wilhelm 275. Karl Rudolf 275. 300. 327. 328. 346. 351. Wilhelm Ludwig 290. 294 ff. Gemahlin Magdalene Sib. 294. 296. 301. 303. 304. 306. 307. 311. 328. Friedrich Karl 296 ff. 319. 320. Gemahlin Eleon. Jul. 312. Georg Friedrich 293. 299. Ludwig 293. 303. 305. 306. 308. 310. 313. Johann Friedrich 293. 313. 318. Eberhard Ludwig 296. 301. 308. 311. 313 ff. Gemahlin Johanna Eliſabeth 322. 336. Magdal. Wilhelmine 322. Friedrich Ludwig 338. Georg 298. 337. Leopold Eberhard 298. 337. Karl Alexander 312. 320. 323. 325. 326. 330—332. 344 ff. Gemahlin Maria Auguſta 351 ff. 356. Max Emanuel 312. Heinrich Friedrich 312. 345. Friedrich Ludwig 312. Karl Friedrich 353 ff. Karl Eugen 351. 353 ff. 388. Gemahlin Eliſabeth 354. 357. Ludwig Eugen 366—368. 371. 380 ff. Gemahlin Sophie 381. 386. Wilhelmine 386. Henriette 386. Friedrich Eugen 366. 367. 371. 380. 382. 383. 386 ff. Gemahlin Sophie Dorothee 387. König Friedrich 384. 389–396. 398 ff. Gemahlin Auguſte 398. Charlotte Mathilde 398. 477. Ludwig 374. 388. 549. Gemahlin Henriette 549. Eugen 388. Sophie Dorothee 388. 456. Wilhelm 388. Ferdinand 374. 388. Friedrike 388. Eliſabeth 372. 388. Karl 388. Alexander 388. 452. 456. Heinrich 388. Wilhelm I. 415. 417. 420 bis 422. 450. 452. 463 ff. 465–467. 469. 472. 475. 479 ff. 511 ff. Gemahlin Charlotte 479. Katharina 466. 479 ff. 549. Pauline 549. Prinzeſſin Katharina 398. 444. 465. Prinz Paul 398. 421. 425. 427. 450. 477. Herzog Eugen 452. Herzog Adam 452. 463. Prinz Friedrich 477. 514 bis 516. 524. 550. 557. Gemahlin Katharina 550. Prinzeſſin Charlotte 427. 477. Prinz Auguſt 477. Graf Wilhelm 524. König Karl 548. 552 ff. Gemahlin Olga 552. Prinzeſſin Marie 550. Prinzeſſin Sophie 550. Prinz Auguſt 550. Herzog Eugen 569. Prinz Wilhelm 557. 566. 569 bis 571. 573.

Würzburg 10–13. 31. 451. 547. — Biſchof von 114 132. 134. Friedrich Karl 349 ff.

Wunnenſtein, W. v. 36.

Wurmlinger Berg 223.

Wurzach 131.

Wyle, N. v. 62. 95.

Zähringen, Herzog Bertold von 8.

Zavelſtein 36. 311.

Zech 355.

Zeppelin, K. v. 397. 398. 404—406. 409. 415.

Zeppelin, F. v. 461. 462.

Zürich 31. 381. 406.

Zwiefalten 7. 57. 209. 234. 237. 240. 242. 292. 418.

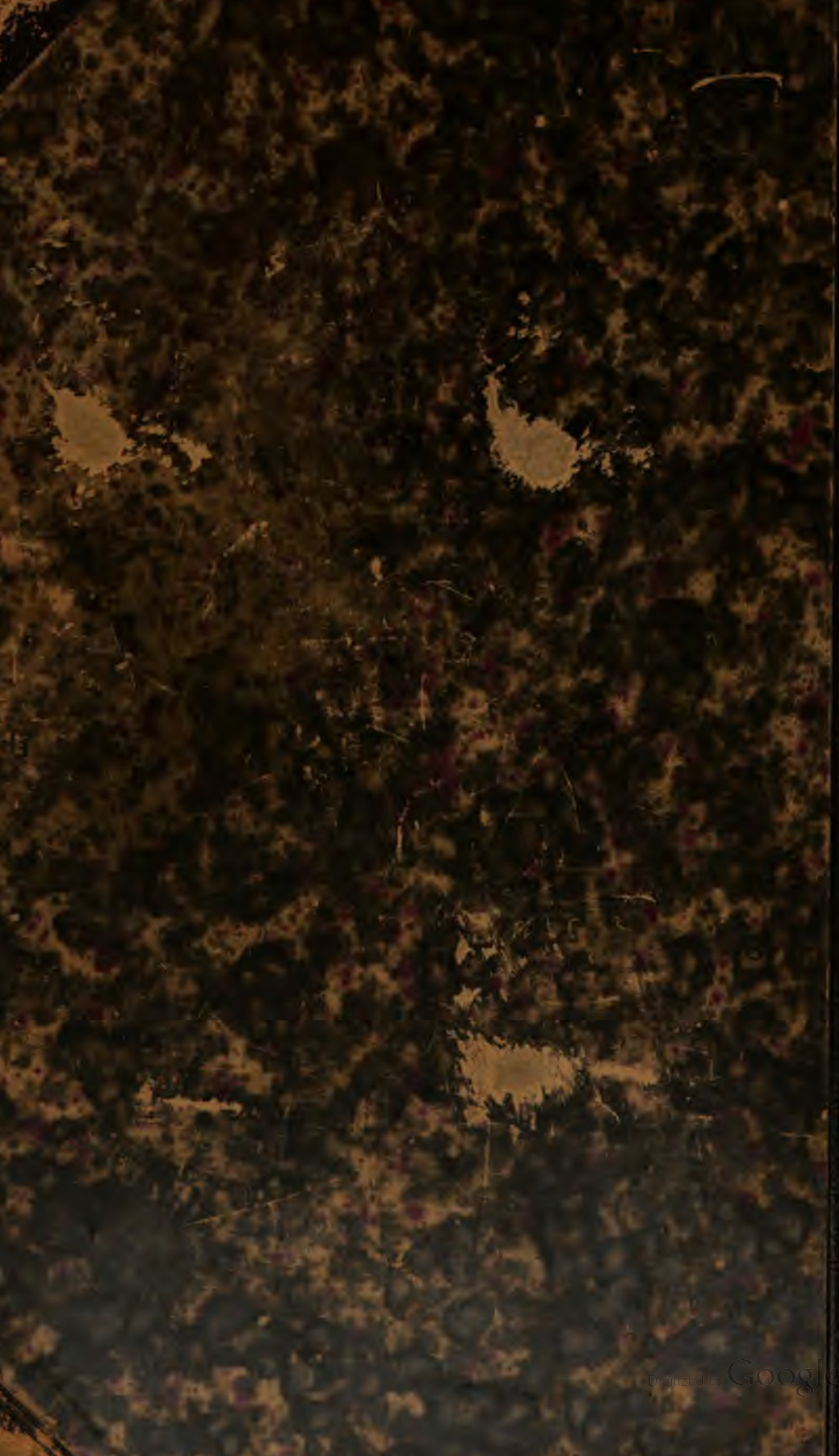
Digitized by Google

Berichtigungen.

Seite 80 Zeile 4 von unten statt: Rottweil, lies Rottenburg.

Seite 520 Zeile 14 von unten statt: obgleich sie, lies obgleich es.

Digitized by Google


Digitized by Google